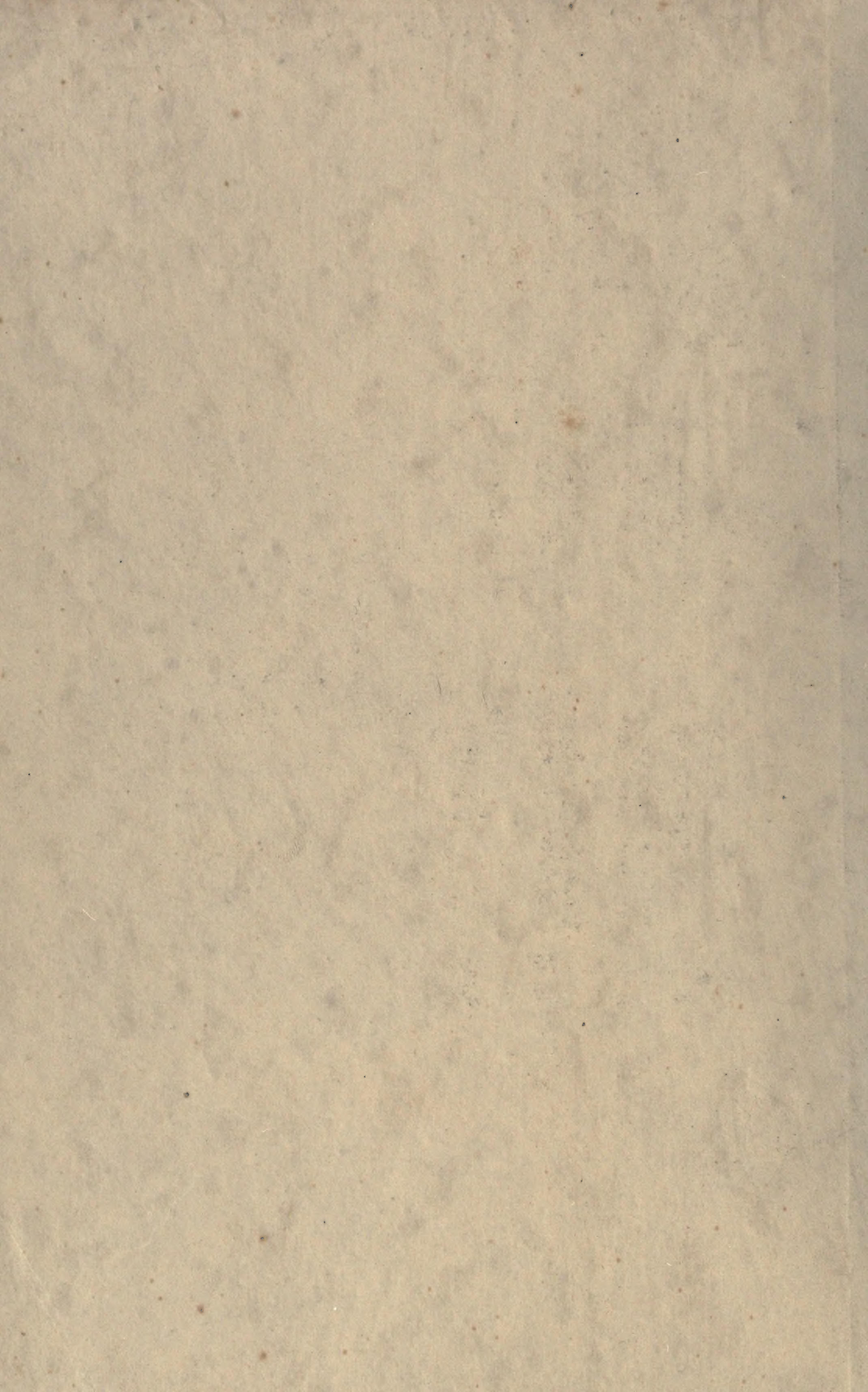
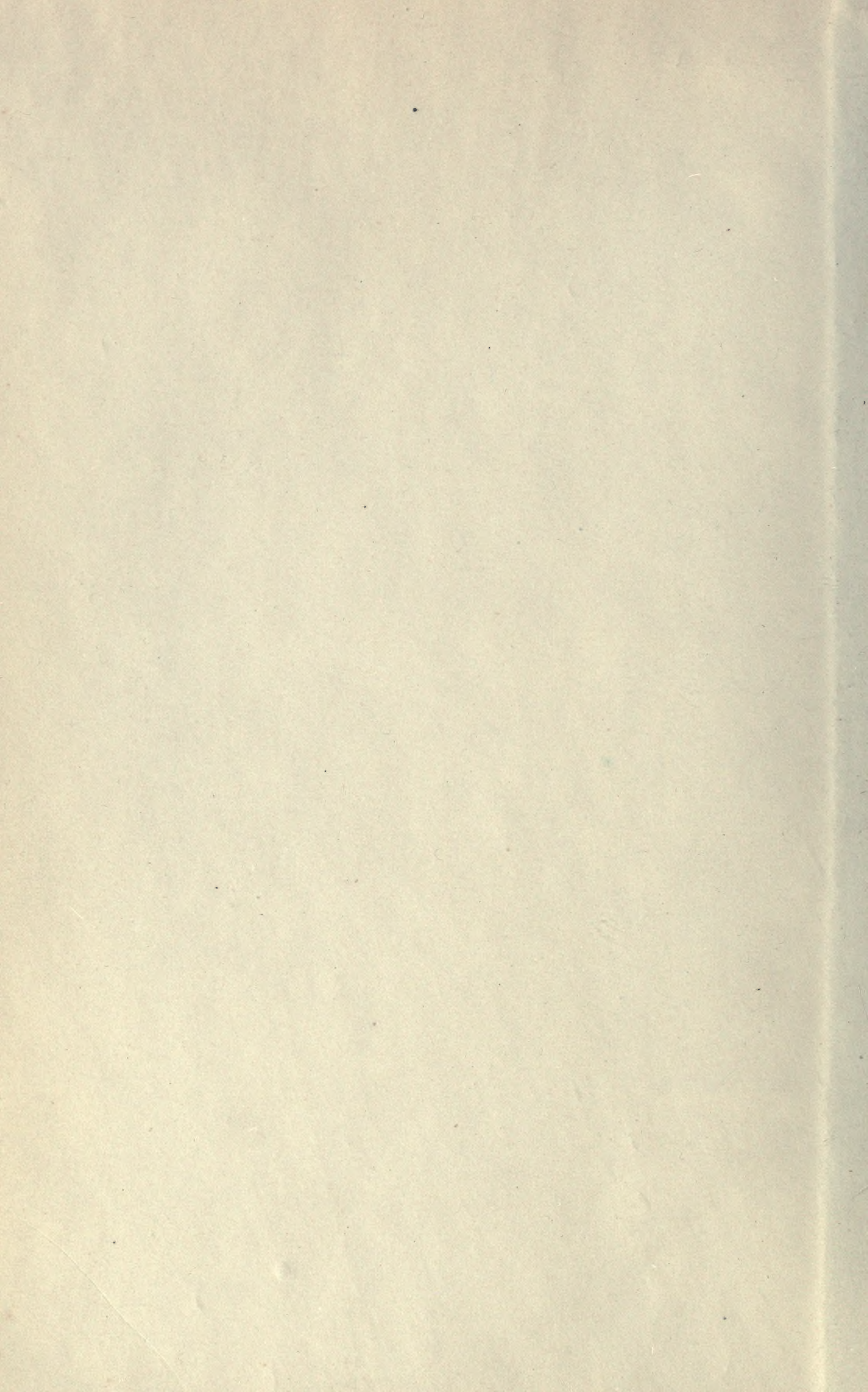
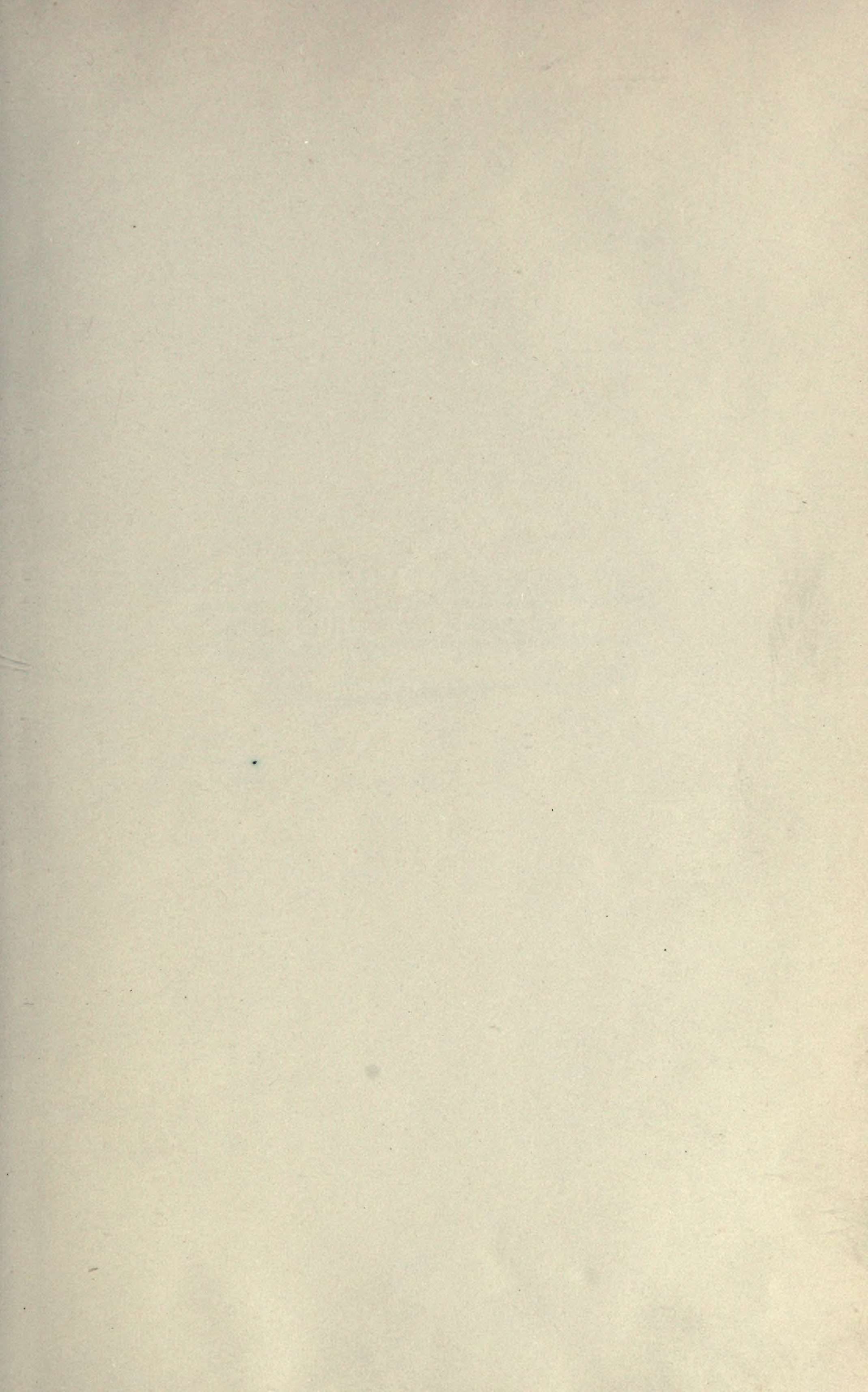
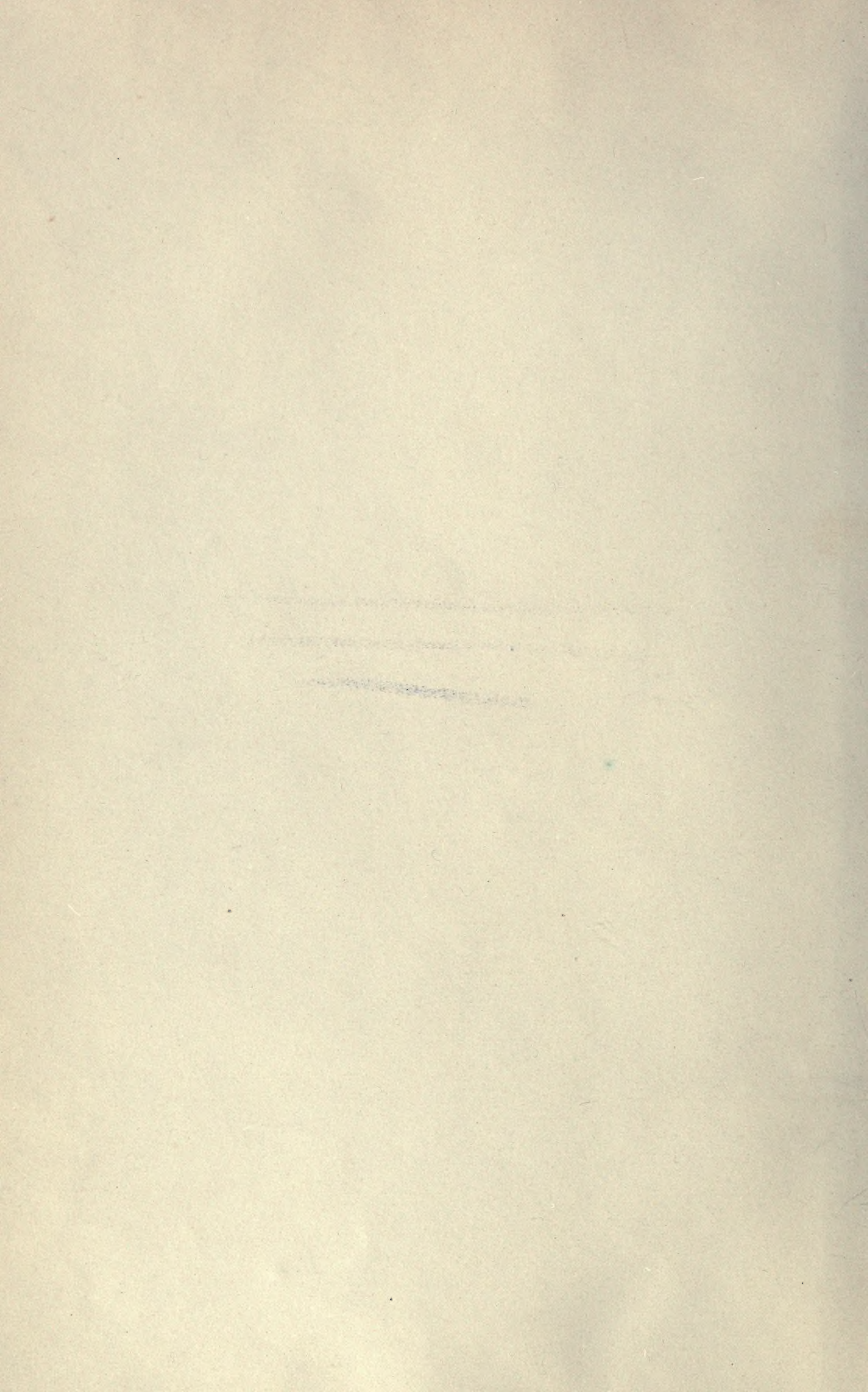




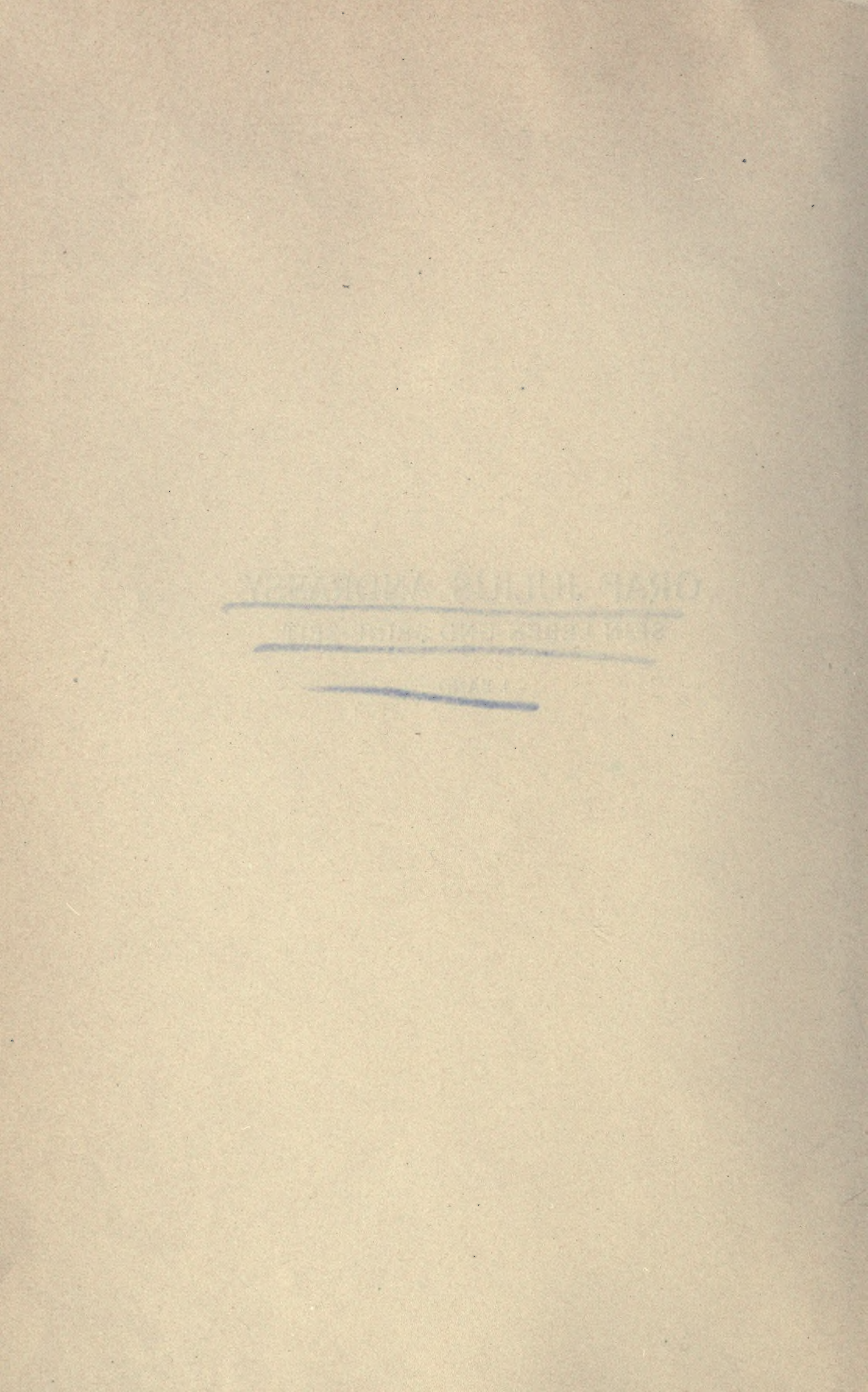




GRAF JULIUS ANDRÁSSY

SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

I. BAND







Graf Julius Andrássy

GRAF JULIUS ANDRÁSSY

SEIN LEBEN UND SEINE ZEIT

NACH UNGEDRUCKTEN QUELLEN

VON

EDUARD VON WERTHEIMER

I. BAND

BIS ZUR ERNENNUNG ZUM MINISTER DES ÄUSSERN



STUTTGART
DEUTSCHE VERLAGS-ANSTALT
1910



Druck der Deutschen Verlags-Anstalt in Stuttgart
Papier von der Papierfabrik Salach in Salach, Württemberg

Inhalt

Vorwort

Graf Julius Andrássy, einer der größten Staatsmänner Ungarns und einer der bedeutendsten Europas, entbehrte bisher einer verläßlichen Darstellung seines Lebens und Wirkens. Mir fiel im Auftrage der ungarischen Akademie der Wissenschaften die ehrenvolle Aufgabe zu, diese Lücke in der historischen Literatur auszufüllen. Ich übergebe hiermit als die Frucht langjähriger Quellenstudien den ersten Band der Biographie Andrássys, der bis zu dessen Ernennung zum Minister des Aeußern (November 1871) reicht. Im zweiten Band, der in Bälde nachfolgen soll, wird die auswärtige Politik Andrássys geschildert, woran sich die Erzählung der letzten Lebensjahre des Grafen reiht, die er nicht mehr im Staatsdienst verbrachte. Ausdrücklich sei noch bemerkt, daß die Charakteristik seiner Persönlichkeit im Schlußkapitel des zweiten Bandes gegeben wird.

Andrássy fühlte sich durch und durch als Ungar. Sein ganzes Bestreben war darauf gerichtet, Ungarn groß und blühend zu machen. Trotzdem gehört er auch Oesterreich an, infolge seines staatsmännischen Wirkens, das tief in die Geschicke der anderen Staatshälfte der österreichisch-ungarischen Monarchie eingriff. Seine Geschichte ist zugleich die Oesterreich-Ungarns und seit 1870 auch die Geschichte Europas. Es bedarf daher keiner besonderen Entschuldigung, wenn die großen Begebenheiten seiner Zeit in dem vorliegenden Werke ausführlicher erzählt werden. Bilden sie doch den Rahmen zum Lebensbilde Andrássys!

Sowohl Ungarn als auch Oesterreich haben alle Ursache, stolz auf diesen Mann zu sein. War er es doch, der die Monarchie, nach Jahren von Niederlagen, wieder zu jener Höhe des Ansehens erhob, dessen sie sich in den besten Tagen des Fürsten Kaunitz und des Fürsten Metternich erfreute. Wie kein anderer ungarischer Staatsmann ist, nächst Deák, Andrássy als Mitschöpfer des Ausgleiches von 1867 für die Versöhnung Ungarns mit Oesterreich und für die Erhaltung der Einheit der Monarchie gegenüber dem Auslande eingetreten, die ihm als Lebensfrage Ungarns erschien.

In Oesterreich sollte man nimmer vergessen, daß Andrássy, gleich Deák, nie auf den Ausgleich von 1867 ohne Herstellung verfassungsmäßiger Zustände dies- und jenseits der Leitha eingehen wollte. Besonders die Deutsch-Oesterreicher müßten dankbar der Tatsache gedenken, daß Andrássy es war, der nach der Schlacht von Königgrätz vor dem Monarchen mit der ganzen Wärme seines Herzens für das Inslebentreten des auf das deutsche und ungarische Element gestützten Dualismus das Wort erhob, und daß er es gewesen, der die Möglichkeit der Bildung eines föderalistischen Oesterreich mit dem ganzen Schwergewichte seines Ansehens bei jeder Gelegenheit bestritt. Hüben und drüben muß es sympathisch berühren, daß Andrássy, unter voller Billigung seines Monarchen, des Kaisers und Königs Franz Josef I., mitgeholfen hat, jene Basis der auswärtigen Politik zu schaffen, auf der wir noch heute ruhen und, im Interesse des Friedens der Menschheit, für immer ruhen müssen. Schon allein für diese Tat gebührt Andrássy im Verein mit Bismarck der nie erlöschende Dank der Welt.

Wie jedoch Andrássy, abweichend von Beust, Deutschland gegenüber eine ehrliche, offene Politik begründete, so war es auch Bismarcks Bestreben, der österreichisch-ungarischen Monarchie gegenüber mit vollkommener Aufrichtigkeit vorzugehen. Die zwei größten Staatsmänner ihrer Zeit, die sich als Freunde fühlten, wollten dies Freundschaftsverhältnis auch auf die von ihnen geleiteten Staatswesen übertragen, durchdrungen von dem Wunsche, daß diese Gefühle in der Bevölkerung Oesterreich-Ungarns und Deutschlands immer tiefere Wurzeln fassen, als die einzig feste Grundlage einer stets lebendig wirkenden Politik. Bismarck und Andrássy haben für immer als die Schöpfer wahrer Freundschaftspolitik zwischen Oesterreich-Ungarn und Deutschland zu gelten — ein wertvolles Erbe, das sie ihren Nachfolgern in der Leitung der auswärtigen Beziehungen hinterließen.

Niemals hätte ich jedoch die Geschichte Andrássys zu schreiben vermocht, wenn mir nicht in ganz außerordentlicher Weise öffentliche und private Archive zur Benützung zugänglich gewesen wären. Ein Gefühl inniger Dankbarkeit erfaßt mich allen jenen Persönlichkeiten gegenüber, in deren Bereiche es lag, mir hilfreich an die Hand zu gehen. Schon der frühere Minister des Aeußern, Seine Exzellenz Graf Agenor Gołuchowski, hatte die Güte, mir auf mein Ersuchen einige wertvolle Akten des k. u. k. Ministeriums des Aeußern zur Verfügung zu stellen. Aber erst Seine Exzellenz Alois Graf Aehrenthal machte es mir mit rühmenswerter Liberalität, durch die

er sich als wahrer Freund der Geschichte zeigte, möglich, umfassenderen Einblick in die archivalischen Schätze des ihm unterstehenden k. u. k. Ministeriums des Aeußern zu gewinnen. Von einem nicht minder hohen Gesichtspunkt und gleichfalls als Kenner der Geschichte ging auch der ehemalige deutsche Reichskanzler, Seine Durchlaucht Fürst Bülow, aus, als er mir die Benützung des preußischen Staatsarchivs gestattete. Mit Erlaubnis Seiner Exzellenz Dr. Freih. von Schießl durfte ich Akten des k. u. k. Kabinettsarchivs Seiner Majestät, mit Zustimmung Seiner Exzellenz des gewesenen ungarischen Ministerpräsidenten Dr. Weckerle und des gewesenen österreichischen Ministerpräsidenten Exzellenz Dr. Baron Beck Akten des ungarischen und des österreichischen Ministerpräsidiums verwerten. Von ganz besonderem Werte für die Darstellung innerer Verhältnisse waren für mich die Bestände des k. k. Ministeriums des Innern, deren Benützung mir der damalige Minister des Innern, Seine Exzellenz Arthur Graf Bylandt-Rheidt, bewilligte. Seine Exzellenz General der Infanterie von Woinovich hatte die Freundlichkeit, mir Einsicht in Akten des k. u. k. Kriegsarchivs zu gewähren. Interessantes Material bot auch die Schriftensammlung des ungarischen Nationalmuseums in Budapest.

Unter den Privatarchiven, die mir zugänglich waren, nenne ich hier vor allem das Gräflich Andrássysche Archiv, das mir der gewesene ungarische Minister des Innern, Seine Exzellenz Graf Julius Andrássy der Jüngere, in nicht genug anzuerkennender Unbeschränktheit überließ. Sehr wertvolle Beiträge erhielt ich von Ihrer Exzellenz Gräfin Ludwig Batthyány, der Tochter weiland Graf Julius Andrássys. Als eine Quelle ersten Ranges muß ich die ungedruckten Tagebücher und die an seine Mutter gerichteten ungedruckten Briefe Seiner Exzellenz des gewesenen Sektionschefs und nachmaligen Ministers a latere Baron Béla Orczy bezeichnen. Ihnen danke ich eine Fülle von Belehrung. Interessante Briefe ungarischer Altkonservativer, auf deren Grundlage diese als Bahnbrecher der Herstellung der Verfassungsmäßigkeit geschildert werden konnten, kamen mir von seiten des gewesenen Präsidenten des ungarischen Magnatenhauses, Seiner Exzellenz Graf Aurél Dessewffy und ebenso gehaltvolle Mitteilungen von Seiner Exzellenz Feldzeugmeister Graf Beck, dem ehemaligen Chef des Generalstabes, zu. Auch viele andere Persönlichkeiten hatten die Freundlichkeit, mich aus dem Born ihrer Erinnerungen schöpfen zu lassen. Große Förderung meiner Studien ward mir durch den k. u. k. Botschafter in Berlin, Seine Exzellenz Graf Szögyény-Marich, zuteil, der sich

meiner Arbeit mit ungewöhnlicher Wärme annahm. Desgleichen fühle ich mich zu lebhaftem Danke Seiner Exzellenz dem k. u. k. Sektionschef Paul Graf Esterházy, dem Geheimen Kaiserlich Deutschen Legationsrat Freiherrn von Griesinger, dem Geheimen Oberregierungsrat Dr. Koser, Direktor der preußischen Staatsarchive, und dem k. u. k. Hofrat Baron Schlechta verpflichtet, die ebenfalls dem vorliegenden Werke die größten Sympathien entgegenbrachten. Dankbar muß ich hier auch meiner verehrten Freunde gedenken, des Hofrates Dr. Árpád von Károlyí, des Direktors des k. u. k. Staatsarchivs, sowie Emanuel Kónyis, des Herausgebers der Reden Deáks, die mich bei jedem Anlaß bereitwilligst und in liebenswürdigster Weise mitihrem reichen Wissen unterstützten. Dank gebührt noch meinerseits dem Universitätsprofessor Dr. Heinrich Kretschmayr, dem Leiter des Archivs des k. k. Ministeriums des Innern.

Was die im vorliegenden Werke vorkommenden ungarischen Ortsnamen betrifft, weiß ich sehr wohl, daß das ungarische Gesetz vom Jahre 1898 : IV die ungarische Benennung der Ortsnamen Ungarns auch im deutschen Sprachgebrauche verfügt. Mit Rücksicht jedoch auf die historische Treue und das historische Kolorit der hier geschilderten Periode wäre es gewiß ein Anachronismus gewesen, sich der Anwendung von Namen zu bedienen, die in jener Zeit nicht gebräuchlich waren. Aus diesem Grunde konnte im vorliegenden Falle auch das Gesetz vom Jahre 1898:IV keine Beachtung finden.

Und noch, ehe dieses Werk seinen Weg auf den Büchermarkt nimmt, ein Wort, das ich mir erlaube, hier in eigener Sache zu erheben. Ich unterlasse es, mich der üblichen, aber bereits vielfach abgenützten Phrase von der Unparteilichkeit des Historikers zu bedienen. Die Darstellung allein hat es zu erweisen, ob ich dem Berufe des Geschichtschreibers gerecht geworden bin. Mein aufrichtigstes Bestreben war es, mit Hilfe des mir zugänglichen Materials in den Geist der Zeit und in die Absichten der leitenden Persönlichkeiten einzudringen. Dankbar werde ich daher jede Kritik begrüßen, die sachliche Belehrung bietet. Dagegen werde ich alle von Parteileidenschaft eingegebenen und erfüllten Bemerkungen unbeachtet lassen: im Interesse der Wahrheit, der jeder Historiker zu dienen hat.

Erstes Kapitel

Kindheit, Jugend und Beginn der diplomatischen Karriere

Noch während der Dauer des berühmten Reichstages von 1811/12 wurde von Fürst Metternich der Plan erwogen, mit Hilfe Napoleons I. die ungarische Verfassung zu beseitigen. Auf diese Weise sollte der Widerstand der unbotmäßigen ungarischen Stände gebrochen werden.[1]) Für kräftige militärische Anteilnahme Oesterreichs am bevorstehenden Kampfe mit Rußland scheint der Franzosenkaiser nicht abgeneigt gewesen zu sein, auf den Vorschlag des österreichischen Staatskanzlers einzugehen. Der unglückliche Ausgang des Französisch-Russischen Krieges hat diesem Metternichschen Luftgebilde ein jähes Ende bereitet. Konnte der Wiener Hof die ungarische Freiheit auch nicht vernichten, so hat er trotzdem der Hoffnung nicht entsagt, die Angelegenheiten des Landes eigenmächtig zu leiten. Von 1812 bis 1825 wurde in der Tat, entgegen dem Wortlaut des Gesetzes, kein Reichstag mehr einberufen. Mit Anwendung von Gewalt wurden Steuern eingetrieben und Rekruten ausgehoben. So kam es, daß die damalige Generation in Opposition gegen den Wiener Hof heranwuchs. Der zähe, wenn auch nur passive Widerstand der Ungarn zwang jedoch endlich die Regierung zu einer Aenderung ihrer Politik. Derselbe Metternich, der 1812 den Reichstag mundtot gemacht, riet 1825 Kaiser Franz, den bisherigen Standpunkt zu verlassen und, wie er sich ausdrückt, innerhalb der Verfassung eine verschanzte Stellung zu beziehen.[2]) Die nächste Folge dieses Ratschlages war die Einberufung des Reichstages von 1825, mit dem Ungarn in eine neue, bessere Tage verheißende Epoche eintrat. Nun blickte alles wieder mit Vertrauen der nächsten Zukunft entgegen, die eine Verjüngung zu verheißen schien. Einige Zeit, bevor sich dies

[1]) Siehe meine Arbeit: „Der ungarische Reichstag von 1811/12" (ung.), S. 143. Ich gebe alle in ungarischer Sprache erschienenen und hier angeführten Werke wie Stellen aus diesen und aus ungedrucktem Materiale in deutscher Uebersetzung und bemerke dazu immer in Klammern: (ung.).

[2]) Adolf Beer, „Kübeck und Metternich" in: Denkschriften der Kaiserl. Akademie der Wissenschaften, Bd. XLV, S. 33, Anm. 9.

wichtige Ereignis vollzog, ward Graf Julius Andrássy am 3. März 1823 in der oberungarischen Stadt Kaschau geboren.[1]) Seine Kindheit im Elternhause umgab keine Trauer mehr über die trostlose Lage des Vaterlandes. Andrássys jugendliche, empfängliche Seele hörte und erfaßte das Wort des edlen, nur für große Ziele begeisterten Grafen Stephan Széchenyi: „Ungarn war nicht, es wird sein." Von allen Seiten begrüßte den emporblühenden Knaben neues Leben, ein Aufschwung der Geister, der Literatur, wie er bisher in Ungarn unbekannt gewesen.

Andrássy, den die Gunst des Schicksals in dieser kraftvoll aufstrebenden Periode das Licht der Welt erblicken ließ, entstammt einem der vornehmsten Geschlechter Ungarns, dessen Ursprung sich im Dunkel des Mittelalters verliert. Nach Familientraditionen leitet das Geschlecht der Andrássys, von denen viele eine hervorragende Rolle in der Geschichte des Landes spielten, seine Abstammung von Andorás ab, einem der Führer der aus Szythien nach Ungarn eingewanderten Magyaren. Geschichtlich nachweisbar ist nur, daß die Andrássys ein uraltes Széklergeschlecht waren. Von dort haben sie auch ihr erstes Prädikat: Csik-Szent-Király.

In der zweiten Hälfte des sechzehnten Jahrhunderts mußte jedoch Péter András wegen Aufstandes des Gáspár Békés aus Siebenbürgen nach Ungarn flüchten. Hier ward er zum Burghauptmann auf Schloß Krasznahorka im Gömörer Komitat ernannt. Ihm und den Seinen ward dies Schloß von Maximilian II. teils zum Ersatz für die in Siebenbürgen verlorenen Besitztümer, teils als Zeichen königlicher Huld für geleistete treue Dienste geschenkt. Von dieser Burg entlehnten die Andrássys ihr zweites Prädikat: Krasznahorka, das sie, vereint mit dem ersten, noch heute führen. Die Familie teilte sich später in zwei Zweige: in die Betlérer, die ältere, und in die Monoker, die jüngere Linie. Eine der hervorragendsten Gestalten des älteren Zweiges war Karl (I.) Andrássy, der unter Maria Theresia die höchsten militärischen Rangstufen erklomm und 1779 in den Grafenstand erhoben wurde. Ein Enkel dieses ausgezeichneten Generals war Karl (III.), der Vater des Grafen Julius Adrássy.[2])

[1]) In den späteren kriegsgerichtlichen Akten heißt es immer, daß Andrássy in Wien geboren wurde, was falsch ist. Seine Geburtsstadt ist Kaschau, das Haus, wo er das Licht der Welt erblickte, besteht jetzt noch und ist zur Erinnerung an den großen Sohn der Stadt mit einer Gedenktafel versehen.

[2]) Siehe über die Andrássys: „Stammbaumtaschenbuch: Magnatenfamilien" (ung.); ferner den Aufsatz des Grafen Alexander Vay: „Die Andrássys" in dem Sammelwerke: „Die Komitate und Städte Ungarns: Komitat Gömör-Kishont" (ung.).

Graf Karl war wohl begütert, aber nicht reich. Dafür besaß er, der einer der schönsten Männer seines Kreises war, als vorzüglicher Reiter und Tänzer in hohem Maße die Gabe, die Herzen der jungen Aristokratinnen für sich erglühen zu machen. Diese Eigenschaften entzündeten in einer der reichsten Erbinnen Ungarns, der Gräfin Etelka Szápáry, heftige Liebe für die Person Karl Andrássys. Vorher soll er sich jedoch schon um die Hand der letzten Erbin des fürstlichen Hauses der Koháry beworben haben, die aber bereits dem Herzog von Koburg versprochen war. Man sagt, die alte Fürstin Koháry hätte dies sehr bedauert, da sie es gerne gesehen haben würde, wenn die großen fürstlichen Güter in ungarischem Besitz verblieben wären. Anstatt der Koháry war aber dem jungen Grafen die Gräfin Etelka Szápáry bestimmt. Nach der einen Version hätte deren Leidenschaft bei ihren Eltern auf heftigen Widerstand gestoßen, da sie nichts von der Heirat mit einem Kavalier wissen wollten, der durch seine etwas kostspieligen Passionen tief verschuldet gewesen. Etelka war jedoch nicht leicht zu entwaffnen. Ungeachtet der Drohung ihrer Eltern, sie zu enterben, falls sie auf ihrem Willen beharre, verlobte sie sich mit Graf Andrássy. Die gräflichen Eltern beugten sich wohl vor solcher Entschiedenheit des Charakters ihrer Tochter. Aber auch sie, die keine Nachgiebigkeit gekannt zu haben scheinen, hielten an dem Entschlusse fest, dem jungen Haushalte keinen Heller Unterstützung zu gewähren. Das neuvermählte Paar mußte daher sehr bescheiden leben. Die Gräfin Andrássy selbst hat in späteren Tagen einer ihr befreundeten Aristokratin erzählt, in ihrem Hause sei es zuweilen so knapp zugegangen, daß sie genötigt gewesen, die von ihrer Großmutter ererbten Perlen zu verkaufen.[1]) Nach der landläufigen Ueberlieferung hätte jedoch Graf Karl Andrássy seine zukünftige Gemahlin in den zwanziger Jahren des vorigen Jahrhunderts auf einem Balle kennen gelernt und mit Zustimmung ihrer Eltern heimgeführt.

Mögen diese nun den Ehebund gebilligt oder ihm ihren Segen verweigert haben, jedenfalls steht es außer Zweifel, daß die junge Gräfin keinem Unwürdigen die Hand gereicht hatte. Graf Karl Andrássy war ein Mann von hoher Bildung, großer Sprachkenntnis und voll Eifer für die Kulturbedürfnisse seines Vater-

---

[1]) Die ganze Geschichte wurde mir von einer jüngeren, der Gräfin Etelka Andrássy befreundeten Zeitgenossin mitgeteilt. Nach deren Versicherung habe die Gräfin Etelka ihr selbst wiederholt ihren Herzensroman in dieser Weise erzählt.

landes. Kennzeichnend für seine ganze Denkungsart ist der Brief, den er 1845 aus Hamburg an den von ihm viel bewunderten österreichischen Geschichtsforscher Freiherrn von Hormayr richtete.[1]) „Das Lesen Ihrer Werke," schreibt er an diesen, „ist mir der größte Genuß, welchen ich seit langem hatte, um so mehr, da Sie der erste Deutsche sind, der meine unterdrückte, systematisch verleumdete Nation aus dem wahren Gesichtspunkte beurteilt; es trieb mir mehr als einmal Tränen der Freude in die Augen. Julius Schneller,[2]) diesen Märtyrer der Wahrheit ausgenommen, ist mir keiner unter der hochgelehrten Nation bekannt, der nicht der Dupe der österreichischen Politik und Zensur und stereotypen Vorurteile gewesen wäre. Niemand hat so die Vergangenheit enthüllt, aber es tut nun not, auch die Gegenwart zu malen, und ich gestehe, einigen Beruf dazu zu fühlen, den Vorhang einigermaßen zu lüften, obschon ich gut weiß, daß man in Deutschland nichts liest, was für Ungarn spricht." [3])

Das hat Graf Karl Andrássy nicht abgehalten, für die Vertretung der wichtigsten Interessen Ungarns zur Feder zu greifen und einige Schriften in deutscher Sprache zu veröffentlichen[4]) zur selben Zeit, als sich auch der konservative Graf Georg Andrássy von der jüngeren Linie, der Vater des gegenwärtig lebenden Mäzenaten Graf Dionys Andrássy, mit allem Eifer für das gleiche Ziel einsetzte. Es geschah dies in einer Epoche bedeutsamer Reformbewegung, von der Graf Karl Andrássy selbst sagt: „Der Geist des Wirkens und der Tat ist in uns gefahren, Gott sei Dank." [5]) Als Präsident der Theißregulierungsgesellschaft, für die er namhafte materielle Opfer brachte, empfand er es bitter, daß jedes derartige Bemühen zur Hebung der inneren Blüte Ungarns nicht die gehörige Förderung beim Wiener

---

[1]) Graf Karl Andrássy an Hormayr, Hamburg, 29. Juli 1845. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums in Budapest.

[2]) Franz Julius Borgias Schneller, geb. 1777, Philosoph und Geschichtschreiber.

[3]) Graf Karl Andrássy an Hormayr, 29. Juli 1845. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums in Budapest.

[4]) „Umrisse einer möglichen Reform in Ungarn im Geiste des juste milieu", London 1833. Graf Karl Andrássy ließ die Schrift anonym erscheinen. Die Vorrede zu dieser Arbeit ist ganz charakteristisch für den Mann. Er hat auch ein anderes Schriftchen: „Eisenwerke in Ungarn" veröffentlicht.

[5]) Graf Karl Andrássy an Hormayr, 29. Juli 1845. Nationalmuseum in Budapest. Obigen Zeilen fügt Andrássy noch hinzu: „... und es scheint selbst die Regierung davon angesteckt; wenigstens zeigt unser Palatin (Erzherzog Josef) den besten Willen und will, glaube ich, zeigen, daß er nicht Schuld habe, daß in seiner zweiundfünfzigjährigen Administration so wenig geschehen."

Hof fand, gegen den damals immer wieder der Vorwurf absichtlicher Niederhaltung der wirtschaftlichen Entwicklung unseres Vaterlandes erhoben wurde. Aus diesem Grunde finden wir ihn in den Reihen der Opposition, zu deren hervorragendsten Mitgliedern er auf dem Reichstage von 1844 zählte. Unter dem Beifall seiner Gesinnungsgenossen erklärte er da: „Die österreichische Regierung könne nicht mehr auf die Sympathien des Landes rechnen, wenn sie in Gefahr geriete, denn Ungarn stehe zu Oesterreich im Verhältnisse eines Sklaven.“ [1]) Eben deshalb gehörte er auch dem von Ludwig Kossuth zur Wahrung der heimischen Industrie gegründeten „Schutzverein“ („Védegylet“) an.[2]) Trotzdem war er aufs tiefste von der Ueberzeugung durchdrungen, daß eine auf billigen Grundsätzen aufgebaute Zusammengehörigkeit zwischen Oesterreich und Ungarn eine naturgemäße Notwendigkeit bilde.[3])

Lebhaft bedauerte er daher, daß die den Interessen der österreichischen Regierung dienende und gegen Ungarn agitierende „Allgemeine Zeitung“ durch ihr Vorgehen in den Kreisen seiner Nation die Abneigung gegen das Deutsche nähre[4]) — das ja in jenen Tagen als gleichbedeutend mit Oesterreich galt. „Die Partei,“ heißt es in seinem Briefe an Freiherrn von Hormayr, „die sich enge und fest an Deutschland schließen will (als Bundesgenossen, nicht als Heloten), zu welcher auch ich mich rechne, wird täglich schwächer! So weit gehen die Deutschen, daß sie das slawische Prinzip gegen das ungarische in Schutz nehmen, während sie in Preußen das Gegenteil tun und in einem Maß, wie es bei uns noch niemand eingefallen ist.“ [5]) Mit Hormayr, der eben damals in Berlin weilte, wollte sich der Graf persönlich über die Mittel zur Beseitigung eines solchen Zustandes beraten; er hoffte, „daß der freisinnige Tiroler des gleichgesinnten Ungarn einfache Sprache nicht verkennen und gut aufnehmen werde“.[6]) Noch ehe er jedoch sein Vorhaben aus-

[1]) Bericht des Grafen Anton Mailáth an Graf Sedlnitzky, den Chef der Polizeihofstelle. Preßburg, 30. August 1844. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

[2]) Siehe Karl Andrássys Artikel in der „Allgemeinen Zeitung“ 1844, S. 2686.

[3]) Ibid. schreibt er: „Auf Billigkeit sage ich — denn jedes andere Uebereinkommen hat die Geschichte aller Zeiten als undauerhaft und keinen Segen bringend bezeugt.“

[4]) Karl Andrássy an Hormayr, 29. Juli 1845, a. a. O.

[5]) Ibidem.

[6]) Ibidem.

führen konnte, verschied Graf Karl Andrássy plötzlich im Jahre 1845 in Brüssel. Von ihm, dem genial veranlagten Vater, hatte dessen Sohn Julius den hohen Flug der Gedanken wie das Bestreben überkommen, zwischen Oesterreich und Ungarn ein friedliches, dem Wohle beider Teile der Monarchie förderliches Verhältnis herzustellen. Dagegen erbte er von der Mutter den aufs Reale und praktisch Erreichbare gerichteten Sinn — ein Zug, der für seine spätere staatsmännische Wirksamkeit von entscheidender Bedeutung wurde. Die Gräfin Etelka Andrássy war energisch, rasch zugreifend und äußerst temperamentvoll. Ihren Ansichten und Meinungen verlieh sie stets ungeschminkten Ausdruck. So äußerte sie sich, obgleich er ihr Advokat war, ohne nach irgendeiner Seite hin Rücksicht zu nehmen, in derber, nicht gerade schmeichelhafter Weise über den ihr wenig sympathischen Kossuth. Zeitgenossen schildern sie als ungemein tüchtige Hausfrau, der es jedoch, schon ihrem Aeußeren nach, an jenen Eigenschaften mangelte, die nötig gewesen wären, den Gatten dauernd an sich zu fesseln. Da Graf Karl Andrássy, der häufig ferne von Hause im Auslande weilte, sich um die Verwaltung der Güter nicht kümmerte, auch sonst kein Sparmeister war, sah sich die Gräfin genötigt, ihre umfangreichen Besitzungen selbst zu bewirtschaften. Mit Entschlossenheit ging sie ans Werk, und sie durfte sich rühmen, den ganzen Komplex ihrer Güter von den darauf lastenden Schulden befreit zu haben.[1])

Nächst den Eltern gab es noch eine dritte Persönlichkeit, die auf die Entwicklung Andrássys nachhaltigen Einfluß übte. Dies war Graf Stephan Széchenyi, der erste große Reformator Ungarns auf sozial-wirtschaftlichem Gebiete. Früh erkannte dessen Scharfblick die außerordentliche Begabung des jüngeren Standesgenossen. Er prophezeite ihm eine glänzende Zukunft. „Aus Dir," sagte er einmal zu Andrássy, als dieser noch ein Kind war, „kann alles werden, was Du willst, sogar Palatin von Ungarn." Mit rührender Sorgfalt wachte er über Andrássy. Als dieser, 16 Jahre alt, in Pest schwer erkrankte, zeigte sich Széchenyi ungemein besorgt um dessen Rettung. „Wissen Sie," sagte er dem behandelnden Arzte, „daß Sie dem Lande keine größere Wohltat erweisen können, als wenn Sie die Gesundheit dieses jungen Menschen wiederherstellen." Die Würdigung der Fähigkeiten und Eigenschaften

---

[1]) Nach mündlichen Mitteilungen einer Zeitgenossin der Gräfin Karl Andrássy.

Andrássys macht es mehr als wahrscheinlich, daß Széchenyi getrachtet haben werde, den jüngeren Freund in seinen Ideenkreis tiefer einzuweihen, um ihn zum Vollstrecker und Erben seiner Gedankenwelt zu stempeln. Diese Annahme erhält eine gewisse Berechtigung durch den als verbürgt mitgeteilten nachmaligen Ausspruch Andrássys: daß ihn Széchenyi auf die Notwendigkeit der Zusammengehörigkeit Oesterreichs und Ungarns hingewiesen habe.[1])

Andrássy erhielt seine erste Ausbildung im Sátoralja-Újhelyer Gymnasium (Zempliner Komitat). Hier lebte er für teures Geld als sogenannter „Convictor" in Kost und Quartier bei den Piaristen, die den Gymnasialunterricht leiteten.[2]) An der Pester Universität soll er hernach Jus gehört haben. Mit welchem Erfolge er sich dem Studium der Rechte hingab, ist nicht bekannt. Dagegen wissen wir, daß er als vorzüglicher Reiter, Tänzer und Schütze glänzte. Nach damaliger in Ungarn üblicher aristokratischer Sitte unternahm er, der schon als Jüngling seine Umgebung durch blendenden Witz und Schlagfertigkeit entzückte, früh Reisen nach Frankreich, England, Spanien, um seine Kenntnisse von Welt und Menschen zu erweitern. Nach seiner Rückkehr aus dem Auslande scheint er sich lebhaft am politischen Leben Zemplins, seines Heimatkomitates, beteiligt zu haben. Dies beweist seine Rede aus dem Jahre 1844 in der Versammlung (Generalkongregation) des Zempliner Komitates — aller Wahrscheinlichkeit nach die erste, die er in seinem Leben gehalten haben dürfte. Sie zeigt Andrássy bereits in jungen Jahren als einen Kopf, der weit über die engen Komitatsgrenzen hinausblickt und es versteht, sich auf einen höheren Standpunkt zu erheben. Man entnimmt sofort seinen Aeußerungen, daß er kein ungelehriger Schüler seines Vaters und Graf Stephan Széchenyis gewesen. Wie diese, bezeichnet auch er in seiner Rede als einen der größten Faktoren der Freiheit und Unabhängigkeit eines Landes das materielle Wohlergehen des Staates, für das man bereit sein müsse, die nötigen Geldopfer zu bringen. Wenn es sich — sagte er in der Komitatsversammlung — um das allgemeine Wohl handelt, dürfe man nicht provinziellen Ansichten huldigen, sonst

---

[1]) Mündliche Mitteilung der Gräfin Katinka Pejacsevich.

[2]) „Zemplén", Gesellschaftliches und literarisches Blatt, Nummer vom 30. März 1890. „Erinnerung an Andrássy" von Matolay (ung.). Matolay war Sekretär Andrássys, dem er mündliche Mitteilungen über seine Jugendzeit machte.

könnte man allerdings ein guter Zempliner, nie aber ein guter Patriot sein.[1])

Einen Mann, den derartige Anschauungen erfüllten und leiteten, mußte der politische Zustand seines Vaterlandes, wie er sich seit der Kanzlerschaft Graf Fidél Pálffys, des bestgehaßten Ungaren jener Zeit, gestaltet hatte, ungemein betrüben. Gleich seinem Vater zwang auch ihn die nunmehrige Lage der öffentlichen Angelegenheiten, in die Reihen der Opposition einzutreten. Nach der kurzen Friedenszeit, wie sie 1825 inauguriert worden, suchte Ende der dreißiger Jahre des vorigen Jahrhunderts eine streng konservative Richtung in Ungarn die Oberhand zu gewinnen. Auf allen Gebieten sollte eine freiheitsfeindliche Politik begründet werden, zu deren Organ und Vollstrecker sich Graf Fidél Pálffy hergab, der für Verfassung und Sprache seines Vaterlandes nicht das geringste Interesse bekundete. Eine Gewaltmaßregel folgte der anderen. Kaum hatte die Verdammung des freiheitlich gesinnten, ideal veranlagten, von der Wiener Polizei jedoch revolutionärer Umtriebe beschuldigten Ladislaus Lovassy zu zehnjährigem Kerker einen Schrei der Entrüstung hervorgerufen,[2]) als das Land auch schon wieder durch die Verurteilung Ludwig Kossuths zu fünfjährigem Kerker aufs tiefste erschüttert wurde.[3]) Die Reaktion, die überall nur Hochverräter witterte, schien wahre Orgien zu feiern. Einen Moment bewirkte wohl der Reichstag von 1840, auf dem für die politischen Verbrecher eine allgemeine Amnestie verlautbart wurde, eine Versöhnung zwischen Krone und Nation. Aber der gute Eindruck des „schönen Reichstages“[4]) von 1840 währte nicht lange. In Wien wollte man der Anarchie, als die man die ungarische Opposition gegen Willkürakte auffaßte, mit einem Schlage ein jähes Ende bereiten. Zu diesem Behufe wurde Februar 1845 das sogenannte „Administratorensystem“ eingeführt. Es bestand darin, daß in den ungefügigen Komitaten den Ober-

---

[1]) Notizen über die General-Kongregation des Zempliner Komitates, 25.—27. September 1844. Beiliegend dem Vortrag Sedlnitzkys vom 10. Oktober 1844. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

[2]) Siehe meine Abhandlung: „Der Hochverratsprozeß der Juraten“ (ung.), „Budapesti Szemle“, Januar- und Februarheft 1908. Lovassy wurde am 22. Februar 1837 verurteilt.

[3]) Siehe meinen Artikel: „Kossuths Gefangenschaft“, „Pester Lloyd“, 29. und 30. Januar 1902.

[4]) So nannte diesen Reichstag Baron Ludwig Ambrózy. Siehe meine Abhandlung: „Aus den ungedruckten Denkwürdigkeiten Baron Ludwig Ambrózys“ (ung.), „Budapesti Szemle“, 1898.

gespanen, die entweder nicht den Willen, die Kraft oder den Mut hatten, im Sinne der Wiener Minister vorzugehen, ernannte Beamte, sogenannte Administratoren, an die Seite gesetzt wurden. Diese reichlich besoldeten Amtspersonen waren mit der nötigen staatlichen Macht ausgerüstet, um jeden Widerstand im Keime zu ersticken und die Komitate zu willenlosen Werkzeugen der Regierung zu erniedrigen. Gerade zur Zeit, als das neue System mit Gewalt eingriff, legte Andrássy am 6. September 1845 den Eid als Táblabiró [1]) seines Komitates ab. Wie viele andere vornehme Geister, erfüllte der neueste reaktionäre Versuch zur Untergrabung der Freiheit Ungarns auch ihn mit Groll und Mißmut. In dem von Csengery redigierten „Pesti Hirlap" veröffentlichte er mehrere gegen das verhaßte Regime gerichtete Artikel, mit denen er sich sofort in die Reihen der ausgesprochensten Anhänger der Opposition stellte. Als gewandter politischer Schriftsteller zeigte er sich in dem Artikel, den er am 21. Mai 1846 im eben erwähnten „Pesti Hirlap" gegen Graf Emil Dessewffy erscheinen ließ. Der hochbegabte Führer der konservativen Partei hatte damals in seinem Organ „Budapesti Hiradó" unter dem Titel „Seien wir aufrichtig" („Legyünk őszinték") mehrere Aufsätze veröffentlicht, in denen er gegen Deák Stellung nahm, dessen Politik er eine fruchtlose nannte. In diesem Sinne verlangte er von der Opposition, daß sie die Fahne Deáks verlasse, sich der, seiner Ansicht nach, reformfreundlichen Richtung der Regierung anschließe und sie aus allen Kräften fördere und unterstütze. Gegen die Ausführungen seines gräflichen Standesgenossen erhob nun Andrássy seine Stimme. Er bestritt die Aufrichtigkeit Dessewffys und wies dessen Verdächtigung der Opposition als einer unfruchtbaren und sogar schädlichen Partei zurück. Die Opposition, hält er ihm entgegen, will sich durch einige hingeworfene Brocken, die kein nationales Ziel verfolgen, nicht einschläfern lassen. Sie kenne sehr wohl ihre heiligste Pflicht, die in der Verteidigung der Rechte der Nation gegen jede Vergewaltigung bestehe. Ein solcher Zustand der Knebelung aber würde unfehlbar eintreten, wenn gerade Dessewffy und die von ihm und dessen Anhängern gestützte Regierung unbeschränkt, wie sie es wünschen, schalten und walten könnten. Daher, fährt er fort, bedarf Ungarn zu seinen Vertretern unabhängiger Männer,

---

[1]) Táblabiró bedeutet: Tafelbeisitzer, eigentlich Tafelrichter. Er bildete eine Spezialität der vormärzlichen Zeit in Ungarn; ohne Bezahlung, bloß ex nobili officio, leistete er, der zu den „Besten" des Adels gehörte, dem Lande und seiner engeren Heimat Dienste.

die sich auch schon bisher als mutvolle Streiter im Kampf für die Unverletzlichkeit der Verfassung erwiesen haben. „Seien wir," schließt er, „eingedenk dessen, daß eine Nation, die es nicht versteht, bereits in ihrer Macht befindliche Vorteile zu schützen, nicht wert und nicht fähig ist, neue zu erwerben. Vergessen wir auch nicht, daß die Nation, die bereit ist, für einen momentanen Erfolg ihre Zukunft zu opfern, jenem Menschen ähnelt, der, vollkommen in Händen von Wucherern, nur um noch einige Gulden zu bekommen, keinen Anstand nimmt, Tausende zu unterzeichnen. Ein solcher Mensch und eine solche Nation sind unwiderruflich dem Untergange geweiht." [1]) Der dreiundzwanzigjährige Andrássy, der in solcher Weise für seine Partei eintrat, war bald einer der vornehmsten Führer des um diese Zeit von Gabriel Kazinczy gegründeten Vereins der „Szegény legények" („Arme Burschen"), der es sich zum Ziele gesetzt hatte, im Zempliner und den benachbarten Komitaten oppositionelle Grundsätze zu verbreiten.[2]) Seiner Haltung dankte es Andrássy, daß ihn am 14. Oktober 1847 die radikal gesinnte Majorität des Zempliner Komitats im Verein mit Gabriel Lónyay zu ihrem Vertreter an der unteren Tafel[3]) des Reichstages wählte. Anfangs wollte die Opposition nichts von Gabriel Lónyay als zweitem Deputierten wissen, sondern an dessen Stelle Gabriel Kazinczy oder Ludwig Kossuth wählen. Da aber Andrássy erklärte, weder mit dem einen noch mit dem anderen die Vertretung des Komitates zu übernehmen, blieb es bei der Wahl Lónyays. Mit folgenden Worten meldete der damalige Obergespan-Stellvertreter Graf Emanuel Péchy die Sendung der beiden Erwählten dem Palatin, Erzherzog Stephan: „So wenig wie Lónyay ist Andrássy Redner und wird daher nicht agitieren; dazu ist er auch in zu hohem Grade Aristokrat, sanften Charakters, nicht heftig und schroff; Seine Exzellenz Graf Széchenyi, den Andrássy ganz besonders verehrt und den er sich sozusagen zum Vorbild genommen, kann in vielen Dingen stark auf ihn einwirken." [4])

Auf dem Reichstage zeigte es sich sofort, wie, entgegen der Prophezeiung Graf Péchys, gerade die Entwicklung der öffent-

---

[1]) Emanuel Kónyi, „Graf Julius Andrássys erstes politisches Debüt" (ung.) in „Budapesti Hirlap", 19. Februar 1890.

[2]) Matolay, „Erinnerung an Andrássy" im „Zemplén", 9. März 1890 (ung.).

[3]) Gleichbedeutend mit dem heutigen ungarischen Abgeordnetenhaus.

[4]) T. S. (Takáts Sándor): „Andrássy auf dem 1847/48er Reichstag" (ung.), in „Budapesti Hirlap", 29. November 1906.

lichen Angelegenheiten den jungen Ablegaten von Széchenyi abdrängte, der sich noch immer schmeichelte, eine auf liberaler Grundlage beruhende mächtige Regierungspartei ins Leben rufen zu können. „Kossuth," klagte Széchenyi eines Tages im Hause der Gräfin Kendeffy, „reißt jeden jungen Mann an sich. Meine schönsten Hoffnungen setzte ich auf Andrássy, von ihm erwartete ich das meiste, und nun läßt auch er mich im Stich; er schließt sich Kossuth an." Ungemein betrüben mußte Széchenyi der Abfall Andrássys, von dem er meinte, daß er vielleicht der einzige sei, der die Fähigkeit besitze, die Dinge von einem höheren Gesichtspunkte aus zu erfassen und zu beurteilen. Seine Wertschätzung des Neulings auf dem Gebiete der Politik ging so weit, daß er sogar äußerte, von dessen künftiger Haltung werde das Schicksal des Reichstages abhängen. In der Tat nahm Andrássy sehr bald einen hervorragenden Platz unter den bedeutenderen Persönlichkeiten des 1847/48er Reichstages ein[1]) — jenes Reichstages, der entscheidend wurde für die ferneren Geschicke des Landes. Hier teilte er in einer bemerkenswerten Rede die Räte der Krone in drei Klassen: in solche, die raten könnten, aber nicht darum gebeten werden; in solche, von denen kein Rat verlangt wird und ihn auch nicht zu geben vermöchten, und schließlich in solche, die nur böse Ratschläge erteilen, und deren Vorgehen von Andrássy mit Humor und beißendem Witz gegeißelt wurde.[2]) Die Rede machte so tiefen Eindruck, daß er von diesem Tage an der Liebling und das Ideal der Landtagsjugend war.[3]) Andrássy gehörte auch zu jenen neun oppositionellen Abgeordneten, die sich vereinigt hatten, die Richtung und die Grundsätze festzustellen, nach denen die Geschäfte des Reichstages zu leiten wären.[4]) Wiederholt griff er in die Verhandlungen ein, in denen sein Wort ausschlaggebend gewesen. Schon zu jener Zeit, als auf dem Reichstage von 1847/48 von neuem der Kampf zwischen der absoluten Wiener Zentralgewalt und der nach Freiheit und Selbständigkeit ringenden Opposition heftig entbrannte, fiel aus Andrássys Munde manche Aeußerung, die mit Bezug auf seine ganze Zukunft äußerst charakteristisch

---

[1]) Eine Polizeinote aus dem Jahre 1847 bezeichnet Andrássy als „Oppositionalist und Juratenprotektor". Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien. Die Juraten bildeten die der Regierung feindlich gesinnte Landtagsjugend.

[2]) Matolay, „Erinnerung an Andrássy", „Zemplén", 9. März 1890 (ung.).

[3]) Ibid.

[4]) Michael Horváth, „Fünfundzwanzig Jahre", 3. Ausgabe, Bd. III, S. 268. Ich zitiere nach der ungarischen Ausgabe.

lautete. „Wenn wir," sprach er in der Reichstagssitzung vom 24. November 1847, „die Politik prüfen, die die Regierung gegenüber Ungarn befolgt, so begegnen wir immer und überall derselben in Oesterreich herrschenden Politik: der Politik des Absolutismus. Sie wollen nicht die Wahrheit einsehen, daß eine konstitutionelle Nation nur auf verfassungsmäßigem Wege zu regieren ist, daß Ungarns konstitutionelle Entwicklung Oesterreich nicht nur nicht schaden, sondern daß in gefährlichen Zeiten die Dynastie auf Ungarn am meisten schon aus dem Grunde rechnen kann, weil nur dieses allein außer seiner Grenze auch noch etwas anderes zu verteidigen hat: seine Freiheit. Wie ein roter Faden geht jedoch durch alle Handlungen der Regierung das Bestreben, die Gesetzgebung zu umgehen." [1]) Mochte Andrássy sich auch eins mit Kossuth in der Abwehr der absolutistischen Herrschgelüste fühlen, so stand er dafür, wie seine eben angeführten Worte bekunden, in der Auffassung des Verhältnisses zwischen Ungarn und Oesterreich näher zu Deák. Gleich diesem schwebt auch ihm die Unerläßlichkeit guter Beziehungen zwischen den beiden Nachbarstaaten vor Augen. Und bereits 1848 scheint er die Notwendigkeit einer Verfassungsmäßigkeit, wie sie Ungarn besaß, auch für Oesterreich erkannt zu haben. Mehr als wahrscheinlich ist es, daß auch Andrássy sich Februar 1848 in der Reihe jener Koryphäen der ungarischen Opposition befand, die die Absicht hegten, an Ferdinand mit der Bitte heranzutreten, er möge den österreichischen Erbländern eine Verfassung verleihen, „worunter sie" (die Oppositionellen) — wie der amtliche Bericht lautet — „eine Repräsentativverfassung verstehen".[2]) Das ganze Auftreten Andrássys auf dem Reichstage von 1847/48 ist von den liberalsten Gesichtspunkten beherrscht. Tief empfand er das Unrecht, das den Bewohnern der Städte bisher dadurch zugefügt wurde, daß ihnen, ihrer Gesamtheit nach, in der Vertretung des Landes nicht mehr politische Rechte zukamen als einem einzelnen Komitate.[3]) Indem er für sie eine Lanze brach, tat er dies nicht aus wohlerwogener Berechnung, um dadurch der Opposition eine neue Stütze zu verschaffen. Vor allem leitete ihn die Ueberzeugung, daß das bisherige Unrecht

---

[1]) Lederer, „Reden Andrássys", Bd. I, S. 18 (ung.).

[2]) Vortrag des Präsidenten der Polizeihofstelle, Grafen Sedlnitzky, 20. Februar 1848. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

[3]) Im Sinne der ungarischen Verfassung vor 1848 hatten alle Städte zusammen auf dem Reichstag nicht mehr und nicht weniger Stimmen als ein Komitat.

eine Sühne erfahren müsse. „Nicht deshalb," sagte er, „muß man das städtische Element in die Schanzen der Verfassung einführen, weil in ihm eine große Kraft ruht, sondern der Gerechtigkeit wegen, und nicht deshalb, weil es schon etwas wäre, sondern weil etwas von ihm zu erwarten ist." [1]) Von einem Manne, der in dieser Weise für die politischen Rechte der Städte eintrat, konnte nichts anderes vorausgesetzt werden, als daß er ein eifriger Befürworter der Wahl der Reichstagsdeputierten auf breiter, volkstümlicher Grundlage sein werde. Vollkommen einverstanden mit der Annahme dieses demokratischen Grundsatzes, weigerte er sich dennoch, aus diesem Prinzipe die äußersten Folgen abzuleiten. Zu jener Zeit wollte vor allem der radikale Vertreter des Sümeger Komitates, Ladislaus Madarász, die Wahl eines Reichstagsdeputierten nur auf Basis des allgemeinen Stimmrechtes zulassen, das an keine wie immer gearteten Bedingungen gebunden sein sollte. [2]) Der erste, der sich dagegen aussprach, war Andrássy, der in dieser Hinsicht sich bis ans Ende seines Lebens treugeblieben ist. Seine nachgelassenen ungedruckten Aufzeichnungen zeigen ihn noch in späteren Jahren als ebenso entschiedenen Gegner des allgemeinen Wahlrechtes, [3]) wie er es April 1848 gewesen. Nicht etwa, daß er durch seinen Widerstand an Rechten und Vorteilen für den Adel zu retten suchte, was noch in diesem Kampfe davon zu retten war. Im Gegenteil. Gerade er war es ja, der sofort erklärte, er könne es nicht billigen, daß schon allein die Geburt als Adeliger das Wahlrecht verleihen solle. [4]) Erhob er seine Stimme gegen dessen Verallgemeinerung, so geschah dies aus Beweggründen, wie sie ihm die herrschenden Zustände seines Vaterlandes aufdrängten. In erster Linie aber berief er sich auf die Verhältnisse, wie sie überall herrschen. Als Autorität für seine Behauptung der

---

1) Lederer, Bd. I, S. 44.

2) Nächst ihm plädierte dafür noch der Abgeordnete von Neograd, Franz Kubinyi.

3) Andrássys eigenhändige Aufzeichnung: „Zerstreute Ideen" (ung.), ohne Datum. Da jedoch schon Napoleon als Kaiser Napoleon III. erwähnt wird, stammt diese Aufzeichnung jedenfalls aus der Zeit nach der Thronbesteigung Napoleons III. Gräfl. Andrássysches Archiv. Andrássy sagt da: „Die widersinnigste aller demokratischen Ideen ist das suffragium universale oder das diesem am nächsten kommende Wahlsystem" (ung.). Nachdem er den Mißbrauch geschildert, den Fürsten und Großgrundbesitzer mit diesem Wahlsystem treiben können, schließt er: „Ist aber ein so breit angelegtes Wahlsystem schon in anderen Ländern gefährlich, so noch mehr in Ungarn, denn wenn es wo anders bloß die Freiheit tötet, so bei uns auch die Nationalität" (ung.).

4) Lederer, a. a. O.

Unzulässigkeit des Madarászschen Antrages führte er Lord Russell, das Oberhaupt der englischen Opposition, an, der in seinem Werke über die englische Verfassung[1]) gleichfalls das allgemeine Wahlrecht verwarf. Andrássy schwebte dabei die Bedrohung seiner Nation, der ungarischen, durch den Mißbrauch vor, den Reiche und Agitatoren so leicht mit dem allgemeinen Wahlrecht treiben könnten; er befürchtete, daß dessen gewissenlose Ausbeutung in letzter Reihe zum Untergang der begüterten Mittelklasse, des berufensten und sichersten Verteidigers der Freiheit in Ungarn, führen müßte.[2])

Wer das damalige Ungarn näher kennt, wird, wenn er auch Andrássys Standpunkt nicht billigen sollte, doch seinem Urteile über die zu jener Zeit obwaltenden Verhältnisse Gerechtigkeit widerfahren lassen. Wenn man noch heute, nach mehr als sechzig Jahren, Bedenken gegen die Einführung des allgemeinen Wahlrechtes, gerade mit Rücksicht auf die Bedrohung des ungarischen Elementes, äußern hört, um wie viel berechtigter waren diese Besorgnisse vor mehr als einem halben Jahrhundert, wo die ungarische Nation bei weitem nicht so widerstandsfähig war als in unseren Tagen. Aus Andrássys ablehnender Haltung gegen das allgemeine Wahlrecht darf aber nicht gefolgert werden, daß er, wogegen ja schon seine Parteinahme für die Städter spricht, blind gegen die Forderungen seiner Zeit gewesen wäre. Sagt er doch selbst in seinem Rechenschaftsberichte über den Reichstag von 1847/48: „Die Freiheit nimmt nicht ab, sondern wächst, wenn sie mit anderen geteilt wird; das Recht erleidet keine Schwächung, sondern nur Stärkung, wenn es Eigentum vieler wird; das allgemeine Wohl sinkt nicht, sondern nimmt im Gegenteil zu durch die Zahl jener, die sich daran beteiligen können.“[3]) Nur die Erfüllung unmöglicher, den Staat in seinem Lebensnerv erschütternder Wünsche, wohin er die Bewilligung des allgemeinen Wahlrechtes rechnete, wollte er ausgeschlossen sehen. Ihm lag vor allem die Erhaltung des freien ungarischen nationalen Staates am Herzen, der in dieser seiner Beschaffenheit allen Bewohnern die freieste Betätigung ihrer Kräfte gewähren sollte.

„Innerhalb der Grenzen unseres Vaterlandes,“ äußerte er, „leben vielsprachige Völker; es gibt da einen Boden, auf dem man

---

[1]) Lord John Russell, „Essay on the history of the English Government and Constitution from the reign of Henry VII“. London 1823.

[2]) Lederer, a. a. O., Bd. I, S. 80.

[3]) Lederer, Bd. I, S. 89.

die in verschiedenen Zungen redenden Menschen vereinigen kann: das ist die verfassungsmäßige Freiheit, deren alleinige Bedingung und Garantie die ungarische Nationalität ist. Ohne sie gibt es kein Ungarn! Auf dieser Grundlage können wir einig sein von den Karpathen bis zum Adriatischen Meere. Ohne sie kein freies, unabhängiges Ungarn. Auf der Basis der Unabhängigkeit aber können wir uns unter einem und demselben Herrscher mit dem österreichischen Reiche vereinigen. Einigkeit verleiht Kraft." [1]) Jedes seiner Worte bezeugt es, daß er ein durch und durch national fühlender ungarischer Staatsmann war, der mit allen Fasern seines Wesens in dem Boden wurzelte, dem er entsprang. Man kann es nicht genug betonen, daß er mit fünfundzwanzig Jahren über Ungarns politische Gestaltung und dessen Verhältnis zu Oesterreich, worauf die ruhige Entwicklung des Landes beruht, ebenso reif und nüchtern urteilte als in späteren Jahren, da er zur Macht gelangt war. Deshalb war er hocherfreut, als es nach dem 15. März 1848, der für Ungarn den Sturz des absolutistischen Metternichschen Systems bedeutete, zu einer Versöhnung zwischen der Nation und der Krone kam. Sie fand ihren Ausdruck in der Schöpfung eines parlamentarisch verantwortlichen Ministeriums und der Gesetze von 1848. Die neue, von Oesterreich vollkommen unabhängige Regierung ernannte Andrássy im April 1848 zum Obergespan des Zempliner Komitates. Die Anrede, die er bei dieser Gelegenheit, aus Anlaß seiner Installation als oberster Chef des Komitates, hielt, ist äußerst charakteristisch für ihn. Nachdem er betont hatte, daß ihn ohne Rücksicht auf Partei- oder Sonderinteressen nur allein die Sorge um das Gemeinwohl leiten werde, tat er noch die bedeutsame Aeußerung: „In meinem Berufe werde ich den Weg gehen, auf welchem ich gleichmäßig ein treuer Diener des Königs und der Verfassung sein werde; denn nach meiner innigsten Ueberzeugung können nur diese zwei Faktoren zusammen eine freie Nation glücklich machen." [2]) Im Einklang hiermit stehen die Worte, deren er sich in der Zirkularsitzung des Reichstages vom 24. Januar 1848 bediente. Als dort der Vorschlag gemacht wurde, die Abgeordneten hätten nur der Verfassung und den Gesetzen Treue und Gehorsam zu schwören, wurde auf Andrássys Antrag die Eidesformel in folgender Weise abgeändert: „Ich schwöre dem ge-

---

[1]) Lederer, Bd. I, S. 92.

[2]) Lederer, a. a. O., Bd. I, S. 95.

krönten König und der Konstitution Treue, sowie den Gesetzen Gehorsam." [1])

Aber die Königstreue des Grafen sollte bald genug auf eine harte Probe gestellt werden. Den Anlaß hierzu boten Ereignisse, die nicht nur ihn, sondern ganz Ungarn in Konflikt mit der höchsten Stelle im Staate brachten. Schon seit einiger Zeit, fast unmittelbar nachdem der Freudentaumel verrauscht war, den die Sanktion der vom Reichstage beratenen und angenommenen liberalen 1848er Gesetze hervorgerufen, zeigten sich am Horizonte die ersten Zeichen einer nahenden Krisis. Die Partisane der Reaktion in Oesterreich und Ungarn, die es sehnsüchtig nach Wiederherstellung des alten absolutistischen Regimes gelüstete, gingen bereits im stillen mit allem Eifer an das Absägen des in der Monarchie jüngst aufgerichteten Freiheitsbaumes. Das geeignetste Terrain hierzu bot die illyrische Bewegung in Kroatien, die, im Gegensatz zu Ungarn, auf eine Losreißung von dem marianischen Königreiche hinsteuerte. Oeffentlich ermahnte man von Wien aus die Kroaten zur Aufrechterhaltung des bisherigen Verhältnisses mit Ungarn, im geheimen aber versprach man ihnen Hilfe und Unterstützung. Ohne das eben in Bildung begriffene ungarische Ministerium zu befragen und gegen den Willen des Palatins Erzherzog Stephan wie des an der Spitze der ungarischen Hofkanzlei stehenden Szögyénÿ wurde Oberst Jellačić zum Banus von Kroatien ernannt. Er gehörte mit Leib und Seele der illyrischen Bewegung an.[2]) Auf ihn konnten bei ihren Plänen die reaktionären Kreise ganz und gar rechnen. Jellačić zögerte auch nicht, als Banus eine ungarnfeindliche Politik zu verfolgen, die in ihrem letzten Ziele auf die Vernichtung der 1848er Gesetze und die Unterwerfung Ungarns unter die Herrschaft der Reaktion lossteuerte. Sie konnte mit um so größerem Erfolge ans Werk gehen, als die neue parlamentarische Regierung sich wahrhaft anarchischen Zuständen gegenübersah. Hatte sie doch mit dem inneren Feind, mit Mangel an Geld und Soldaten zu kämpfen, um sich die nötige

---

[1]) Bericht über die Zirkularsitzung vom 24. Januar, beiliegend dem Vortrage Sedlnitzkys vom 26. Januar 1848. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

[2]) Wenn Horváth in „Fünfundzwanzig Jahre", dritte ung. Ausgabe, Bd. III, S. 482, sagt, die noch erhaltenen Gedichte Jellačićs können als Beweis dafür gelten, daß der Banus von Kroatien einst für Ungarn schwärmte, so ist dies aus der von diesem in Wien 1851 erschienenen Sammlung seiner Gedichte nicht zu ersehen.

Autorität zu verschaffen; auf der anderen Seite stand ihr jener Teil des Hofes gegenüber, der sich des Ansehens der Krone bediente, um die Gegner der ungarischen Nation gegen diese zu hetzen. „Das Schlimmste ist," schreibt der damalige Justizminister Franz Deák, „daß uns aller Wahrscheinlichkeit nach überall Perfidie umgibt." [1]) In jedem Augenblick war der Ausbruch eines Bürgerkrieges zu befürchten [2]) — das eigentliche Ziel der Wiener Kamarilla, um den jungen ungarischen Staat zu diskreditieren. Dieses Wühlen unter den Kroaten, Serben, Slowaken, Rumänen, hatte zur unmittelbaren Folge, daß die extreme Richtung, wie sie Kossuth repräsentierte, die Gewalt an sich riß und alle Kräfte der Nation anspannte, die feindlichen Anschläge der Gegner zunichte zu machen. Es liegt ein tiefer Sinn in den Worten Andrássys: daß nicht die 1848er Gesetze, sondern nur allein deren Nichtbeachtung den Zusammenstoß, wie er jetzt zwischen Ungarn und dem Hofe ausbrach, herbeiführte. In dem gewaltigen Ringen zwischen der aus dem Boden herausgestampften ungarischen und der kaiserlich österreichischen Armee nahm auch Andrássy als Obergespan seines Komitates Anteil. Die ungarische Regierung hatte alle Obergespane zu Honvédmajoren ernannt, daher befehligte auch Andrássy in dieser Eigenschaft ein Bataillon Zempliner Freiwilliger. Diese Truppen führte er in der Schlacht von Schwechat, die mit einer Niederlage für ihn endete. Alle Nachrichten stimmen jedoch darin überein, daß er hier persönlich Proben von Mut und Kühnheit gab. Die Anekdoten, die über ihn als Soldat erhalten sind, zeigen ihn als unerschrockenen Mann, der vor keinem Hindernisse zurückscheute und sein Leben leicht in die Schanze schlug. Mit wahrer Todesverachtung geleitete er in der Schlacht von Isaszeg freiwillig, ohne einen bestimmten Auftrag hierzu erhalten zu haben, zwei ganz nutzlos den Kanonenkugeln der Oesterreicher ausgesetzte Husarenschwadronen aus der Schlachtlinie heraus in sichere Deckung.[3]) Wie eine Ueberlieferung wissen will, soll Feldmarschalleutnant Moga, dessen Adjutant Andrássy gewesen, von ihm geäußert haben, daß er „ein sehr ausrichtsamer Offizier" sei.[4])

Nicht lange aber blieb der junge Major der militärischen Laufbahn erhalten. Kossuth bestimmte für ihn eine andere Karriere,

[1]) Kónyi, „Reden Deáks", zweite vermehrte Ausgabe, Bd. II, S. 239 (ung.).
[2]) Ibidem.
[3]) Paul Szőts, „Andrássy-Anekdoten" (ung.).
[4]) „Andrássy-Anekdoten" von Julian Weiß (Feuilleton).

die diplomatische, auf der er einst seine größten Triumphe als Staatsmann einheimsen sollte. Nachdem Kossuth am 14. April 1849 das Haus Habsburg des ungarischen Thrones verlustig erklärt hatte [1]) — wohl der unverzeihlichste und unbedachtsamste Fehler seiner ganzen politischen Wirksamkeit —, entschloß er sich, ein diplomatisches Korps zu organisieren, das die Interessen Ungarns bei den verschiedenen Höfen wie auch bei der Hohen Pforte vertreten sollte. Für diesen Posten war ursprünglich der berühmte

---

[1]) Ein Vortrag des Ministerrates vom 19. Juli 1850 (Registratur des k. k. Ministeriums des Innern) gibt interessante Aufschlüsse über die Art und Weise, wie der Beschluß vom 14. April 1849 zustande kam. Es heißt da, daß nach genau vorgenommenen Erhebungen an diesem Tage auf dem „Rebellenkonvent" überhaupt keine namentliche Abstimmung stattfand und besonders der Beschluß vom 14. April nicht im gewöhnlichen Sitzungslokal, sondern in der reformierten Kirche nicht durch Abstimmung, sondern durch einfaches Aufstehen und mittels Akklamation zustande kam, und daß die Entthronung nicht allein durch die Deputierten, sondern vielmehr unter Mitwirkung der anwesenden fanatisierten Menge durchgesetzt wurde. Als am 14. April durch Kossuths Anhänger die unvermutete Verlegung der Sitzung in die reformierte Kirche erfolgte, war diese bereits voll Volkes. Es wurden zwar einige Bänke für die Deputierten freigemacht, aber viele von ihnen konnten wegen des Gedränges gar nicht in die Kirche gelangen, andere wieder mußten mitten unter dem Volke stehenbleiben, „und so", heißt es im Vortrage, „läßt sich durchaus nicht mit Gewißheit ermitteln, welche von den in Untersuchung befindlichen Deputierten und Magnaten an jenem Tage dem damaligen Beschlusse ihre Zustimmung durch Aufstehen und Zuruf erteilt haben". Bei dem in der Kirche herrschenden Fanatismus könnte daher selbst erwiesenes Aufstehen des einen oder anderen nicht unbedingt für eine freiwillige Zustimmung angesehen werden. Im Vortrag wird dann weiter ausgeführt: In der am 13. April abgehaltenen geheimen Konferenz, in der Kossuth seinen Antrag auf Entthronung zuerst vorbrachte und mit der „lügenhaften" Versicherung begründete, daß dies der Wille der Armee sei, von der er eben komme, fand eine Erörterung über diesen Gegenstand statt, an der sich mehrere Deputierte beteiligten. In den Verhören mit gefangenen Deputierten werden nur die Namen jener angeführt, die den Antrag Kossuths zu bekämpfen suchten; nachdem aber keine Protokolle geführt wurden, konnten nur wenige der Mitglieder des „Rebellenkonventes" ermittelt werden, die dafür gesprochen, und von diesen flüchtete ein Teil, während der andere bereits gerichtet wurde. Die „Sichtungskommission" wählte daher den Ausweg, nur gegen jene Deputierten den Hochverratsprozeß anzustrengen, die durch ihre parlamentarische Tätigkeit auch noch nach dem 14. April die „revolutionäre" Sache förderten oder als Kommissäre der „Rebellenregierung" weiter wirkten. Ich will hier nur noch bemerken, daß Görgey in seinem Buche „Mein Leben und Wirken in Ungarn", Bd. II, S. 134, ausdrücklich sagt, er habe die Ueberzeugung gewonnen, daß die Unabhängigkeitserklärung mit dem ungarischen Nationalwillen nicht mehr zu tun habe, als etwa ein Privatvergnügen Kossuths mit der Wohlfahrt der Nation. Görgeys Bestreben war auf die Abolierung der Unabhängigkeitserklärung gerichtet.

Alfölder Volksmann, Edmund Beöthy, der Vater des nachmaligen Parlamentariers und historischen Schriftstellers Akusius Beöthy, ausersehen. Nach längerem Ueberlegen lehnte Edmund Beöthy ab. Er begründete die Weigerung damit, daß sich für eine solche Stellung ein Aristokrat besser eigne als ein dem mittleren Adel angehöriger Grundbesitzer. Unter seinen hochadeligen Anhängern fiel die Wahl Kossuths auf Graf Julius Andrássy, der ja auch sonst zu seinem engeren Kreise zählte. Als der „Gubernator von Ungarn" im Mai 1849 im Ministerrate Graf Andrássy für die Sendung nach Konstantinopel vorschlug, wurde diese Kandidatur von den Ministern mit Freude begrüßt und auch sofort gebilligt. Allein im letzten Moment erhob Kossuth selbst Bedenken gegen Andrássy als Gesandten am Goldenen Horn. Er meinte, daß der Graf, im Range eines Honvédmajors, doch nicht so recht für die Würde eines Vertreters der ungarischen Regierung passe. „Dem," erwiderte der damalige Kriegsminister General Klapka, „ist leicht abzuhelfen, wir können ihn ja zum Obersten befördern." [1]) In der Tat wurde ihm in den nächsten Tagen ein dem Armeekorps Görgeys angehöriges Honvédhusarenregiment verliehen. Andrássy, der den ganzen Winterfeldzug von 1848 auf 1849 gegen Oesterreich mitgemacht, nahm zur Zeit seiner Ernennung auch an der von Görgey geleiteten Belagerung der Ofener Festung teil, die vom österreichischen General Hentzi tapfer verteidigt wurde. Anläßlich seines Avancements und ehe er die Reise nach der türkischen Hauptstadt antrat, hielt es Andrássy für angemessen, sich vorerst noch bei Görgey zu melden. In seiner glänzenden funkelnagelneuen Oberstenuniform erschien er vor dem Oberkommandanten, der es liebte, sich stets nur in einer abgenutzten Kampagneuniform zu zeigen. Mag sein, daß der äußere Kontrast zwischen dem General und dem jungen Oberst, Görgey gegen Andrássy einnahm. Sicher ist es, daß er sich diesem gegenüber wenn auch höflich, so doch sehr kühl und gemessen verhielt. Als nun der an die Hohe Pforte abgehende Diplomat der ungarischen Regierung dem General Mitteilung von seiner Sendung machte und ihn fragte, ob er nicht etwaige Aufträge für ihn habe, entgegnete Görgey kurz und trocken: „Meine einzige Aufgabe ist es, mich hier zu schlagen. Ich habe weder etwas in Konstantinopel noch irgendwo im Auslande zu suchen. Was kann überhaupt

[1]) In seinem in der „Neuen Freien Presse" vom 21. Februar 1890 erschienenen Feuilleton behauptet B. Reiner, diese Aeußerung aus dem Munde Klapkas vernommen zu haben.

Konstantinopel uns helfen?“ Die Antwort, die gerade keine besondere Hochschätzung der von Andrássy mit Feuereifer übernommenen Mission verriet, muß den diplomatischen Neuling tief verletzt haben. Seit dem Moment lag eine unüberbrückbare Kluft zwischen den beiden Männern, von denen jeder in seiner Art von tiefstem Einfluß auf das Schicksal des Vaterlandes gewesen. Nie wieder kam es zwischen ihnen zu einer wärmeren Annäherung. [1])

Maß Görgey der diplomatischen Sendung des Grafen keine besondere Bedeutung bei, so wurde sie um so höher von der ungarischen Regierung veranschlagt. Sie drängte daher zur Abreise. Schon stand ja der Einmarsch der Russen bevor, die, von Oesterreich gerufen, heranzogen, um im Bunde mit den kaiserlichen Truppen Ungarn wieder dem Wiener Hofe zu unterwerfen. Andrássy hatte nun die Aufgabe, als Gegengewicht zur russischen Invasion die Hilfe der Türkei zu erlangen, die aus politischen Motiven den bedrängten Ungarn warme Sympathien entgegenbrachte.

Andrássy war nicht der erste Ungar, den Kossuth als Vermittler nach Konstantinopel sandte. Aus allen vorliegenden Zeugnissen geht mit Gewißheit hervor, daß der „Gubernator“ von Anfang an dem Oriente eine hervorragende Rolle in dem Kampfe Ungarns gegen die Wiener Regierung zuweisen wollte. In seinem politischen Kalkül gedachte er die Pforte zu einem wirksamen Teilnehmer an dem Feldzuge gegen die Feinde Ungarns zu machen. Deshalb hatte er schon sehr früh beschlossen, den Oberst Fedor Graf Karacsay mit einer vom 15. Juli 1848 ausgefertigten Instruktion [2]) an den Pascha von Belgrad, die Regierung von

---

[1]) Ich danke die ganze obige Mitteilung der Freundlichkeit des Herrn Königlichen Notars Stephan von Görgey, der die Geschichte von seinem Bruder, dem General Arthur Görgey, vernommen. Von Andrássy selbst liegt keine Darstellung hierüber vor. Unhaltbar ist, was Szőts a. a. O., S. 26, erzählt. Der von Ladislaus Kiss, dem Sekretär Andrássys, verfaßte Reisebericht erwähnt nur, daß sich dieser bei Görgey meldete. Kiss' Reisebericht, der als Grundlage zur Darstellung der Fahrt Andrássys nach Konstantinopel dient, befindet sich im Besitze Ihrer Exzellenz Gräfin Ilona Batthyány, geb. Gräfin Andrássy. Siehe hierüber die drei Feuilletons B. Reiners: „Graf Julius Andrássy als Diplomat der Revolution“ in der „Neuen Freien Presse“ vom 21., 22. und 26. Februar 1890.

[2]) Feldzeugmeister Freiherr von Welden an Bach, Wien, 14. Februar 1850. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Nach der Welden von dem Oberlandesgerichtsrat Fuchs gemachten Mitteilung, fand dieser die Instruktion für Graf Karacsay in den in Pest säsierten Präsidialakten des Kossuth- und Szemere-, oder, wie es hier genannt wird, „Rebellenarchives“. Am 25. Februar 1850 verlangte Bach, da er nur eine Kopie der Instruktion für Karacsay in

Serbien, den Gouverneur von Bosnien und nach Erfordernis an die Hohe Pforte zu senden. Es ist nicht bekannt, ob Graf Karacsay die ihm übertragene Mission auch wirklich vollführt habe. Fast ein Jahr später, Ende März oder anfangs April 1849, beorderte Kossuth den Ludwig[1]) Baron Splényi als Abgesandten der ungarischen Regierung nach Konstantinopel. Von dort aus soll er dem Gubernator den Rat erteilt haben, mittels des englischen Botschafters bei der Pforte, Sir Stratford Canning,[2]) Lord Palmerston zu bestimmen, sich für Ungarn zu erklären.[3])

Man forscht vergebens nach den Gründen, die Kossuth veranlaßt haben dürften, an Stelle des energischen, ungemein rührigen Agitators, der ihm schon vortreffliche Dienste geleistet, Graf Julius Andrássy als Vertreter der ungarischen Regierung nach Konstantinopel zu senden. Für Andrássy bedeutete jedoch diese Entscheidung Kossuths eine bedeutsame Wendung in dessen Leben — den Beginn seiner diplomatischen Laufbahn.

Händen hatte, auch die Vorlegung des Originals. Bach an den Ministerialkonzipienten Dr. Schiel. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Schiel war betraut mit der Aushebung der Akten aus dem Kossuthschen Archiv.

[1]) Er heißt richtig Ludwig und nicht Béla Splényi, wie Reiner in seinen Artikeln („Neue Freie Presse" vom 21., 22. und 26. Februar 1890) angibt. Aus einer Note des Oberstauditors Kopetzky, Wien 15. September 1857 (Registratur des k. k. Ministeriums des Innern in Wien), ist zu ersehen, daß Splényi, Sohn des k. k. Generals der Kavallerie und Gardekapitäns Ignaz Baron Splényi, k. k. Rittmeister im 2. Husarenregiment Ernst August, König von Hannover, war. Am 1. Dezember 1846 auf unbestimmte Zeit beurlaubt, befand er sich beim Ausbruch der Revolution von 1848 im Auslande. Kossuth akkreditierte ihn am 14. November als Gesandten beim Turiner Hofe. Voll Energie ging Splényi daran, die in Italien weilenden ungarischen Truppen zum Abfall von Oesterreich und zum Anschlusse an Kossuth zu bewegen. Radetzkys Siege bei Mortara und Novara bereiteten seiner Wirksamkeit ein Ende. Da er sich in Italien nicht mehr sicher fühlte, sandte ihn Kossuth, der zu seiner Tätigkeit das größte Vertrauen hatte, als Vertreter der ungarischen Regierung an die Hohe Pforte.

[2]) „The life of Lord Stratford de Redcliffe" by Stanley Lane-Pole, London 1890.

[3]) Note des Oberstauditors Kopetzky, Wien, 15. September 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern in Wien. Es ist daher unrichtig, wenn Reiner a. a. O. behauptet, Splényi sei der ungarische Agent Lord Palmerstons gewesen. Das hat keinen Sinn. Wozu hätte Palmerston neben einem Manne wie Sir Stratford Canning noch eines speziellen Agenten für diese Angelegenheit bedurft?

Zweites Kapitel

Andrássy als ungarischer Gesandter in Konstantinopel

Am 22. Mai 1849, einen Tag nach der Einnahme Ofens, verließ Andrássy Pest. In seiner Begleitung befand sich als sein Sekretär Ladislaus Kiss, dem wir einen interessanten Bericht über die Fahrt nach Konstantinopel verdanken. Kiss, der schon früher einmal in der türkischen Hauptstadt gewesen, war ganz der Mann, wie ihn Andrássy für seine Reise benötigte. Von gewinnenden Umgangsformen und glänzendem Rednertalent verfügte er gleichzeitig über tiefere Bildung und große Sprachkenntnis. Außer ihm gehörte noch der treue Diener Felix zum Gefolge des Gesandten. In Debreczin, dem damaligen Sitz der ungarischen Regierung, traf Andrássy noch einmal mit Kossuth zusammen. Hier empfing er von diesem die letzten Instruktionen[1]) und von Graf Kasimir Batthyány, dem ungarischen Minister des Aeußern, seine Beglaubigungsschreiben. Aus den Händen des Finanzministers Duschek nahm er 3000 Dukaten entgegen, womit die Spesen und die nötigen Backschische in Konstantinopel zu decken waren. Man könnte gerade nicht behaupten, daß dies eine für einen Ambassadeur besonders reichliche Ausstattung gewesen wäre. Allein Andrássy, der sonst in Geldsachen kein überaus genauer Rechner war, verstand es diesmal, mit seinem geringen Schatz sehr haushälterisch zu wirtschaften. Nach verschiedenen Fährlichkeiten, deren Besiegung vor allem Mut und Unerschrockenheit erforderten — Eigenschaften, an denen es bei Andrássy in keiner Lebenslage fehlte —,

---

[1]) Wenn behauptet worden ist, daß Andrássy in Jászberény von Kossuth Abschied nahm (so Hentaller in seinem im „Egyetértés" 1. Mai 1907 erschienenen Artikel: „Kleinigkeiten über Ludwig Kossuth" [ung.]), so widerspricht dem ganz entschieden Kiss in seinem Reisebericht, der ganz ausdrücklich sagt: „... und begab sich (Andrássy) nach Debreczin, noch immer dem Sitze der Regierung, um daselbst vom Chef derselben die letzten Instruktionen und aus den Händen des Ministers des Auswärtigen, Grafen Kasimir Batthyány, seine Beglaubigungsschreiben entgegenzunehmen." Reisebericht des Kiss im Besitze der Gräfin Ilona Batthyány.

erreichte die Reisegesellschaft anfangs Juni 1849 Pancsova. Von hier aus begab sich der Graf nach Belgrad,[1]) wo er zu seiner nicht geringen Ueberraschung mehrere Polen traf, die sich alle als im Dienste der ungarischen Sache stehende Emissäre ausgaben. Andrássy schien es äußerst bedenklich, daß jeder dieser Agenten, vollkommen unabhängig voneinander und ohne hierzu berechtigt zu sein, im Namen des ungarischen Ministeriums teils mit der serbischen Regierung, teils mit dem Pascha von Belgrad politische Unterhandlungen anknüpfen wollte. Es gelang ihm, die Polen davon abzuhalten. Mit Geschick hatte er ihnen vorgestellt, wie sehr ein einheitliches Zusammenwirken dringend nötig sei und alles vermieden werden müßte, was die ungarische Regierung in ein schiefes Licht bringen könnte.[2]) Er, der die Mission hatte, Serbien, gleich dem Osmanenreich, für die ungarische Sache zu gewinnen, wollte die ganze Leitung der politischen Angelegenheiten im Osten ausschließlich in seinen Händen konzentrieren. Zu seiner Freude vernahm er denn auch von Hussein Pascha, dem türkischen Gouverneur der Festung Belgrad, daß er gewiß in Konstantinopel von den maßgebenden Kreisen aufs beste aufgenommen werden würde. Doch verheimlichte ihm der Türke nicht, daß die Pforte noch nicht in der Lage sein werde, sich offen für Ungarn einzusetzen, weshalb er ihn auch bat, seine Mission vor aller Welt geheimzuhalten. Der sardinische Konsul aber, dem er empfohlen gewesen sein muß, belehrte den Grafen darüber, daß solche Sprache dem Pascha direkt von seiner Regierung vorgeschrieben worden sei. Andrássy, der sofort die große Wichtigkeit erkannte, den furchtsamen, aber wohlgesinnten Hussein Pascha, in seiner Eigenschaft als Gouverneur der Zitadelle von Belgrad, des Schlüssels zum Oriente, für sich zu gewinnen, versprach ihm eine Sendung Tokaier. Diese Aussicht erfüllte Hussein Pascha mit großer Freude, denn — sagte er — solch ein Getränk sei ein vortreffliches Mittel gegen Cholera.[3]) Andrássy hatte seinen Mann

---

[1]) Die von Kiss angegebenen Tages- und Monatsdaten sind ganz unhaltbar. So läßt er Andrássy am 29. Mai Belgrad betreten. Nachdem wir jedoch ein Schreiben des Grafen aus Pancsova vom 11. Juni besitzen und dieser sich nur einige Tage daselbst wie in Belgrad aufhielt, muß er jedenfalls später, gegen den 6. oder 7. Juni, in Pancsova resp. Belgrad eingetroffen sein.

[2]) Andrássy an Graf Kasimir Batthyány, den ungarischen Minister des Aeußern. Pancsova, 11. Juni 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums in Budapest. Der Brief Andrássys ist in französischer Sprache geschrieben.

[3]) Ibidem. Am Rande des Briefes befindet sich, wahrscheinlich von Graf Batthyány, die Bemerkung: „Wird geschehen“ (ung.).

in richtiger Weise zu behandeln verstanden. Der Pascha stellte ihm für die Weiterreise Pässe, auf den Namen dänischer Kaufleute lautend, zur Verfügung.[1]) Ehe er jedoch, versehen mit den Papieren, nach Pancsova zurückkehrte, hatte er noch im Hause des französischen Konsuls eine längere Unterredung mit Garašanin, dem serbischen Minister des Auswärtigen. Garašanin und Marinovich, Sekretär des Senates, galten als die einzigen Leute in Serbien, die für eine Allianz mit Ungarn eingenommen waren. Gerade deshalb hatte Andrássy ihnen gegenüber keine leichte Aufgabe. Denn die vor ihm eingetroffenen ungarischen Agenten waren, bar jedes Gefühles der Verantwortlichkeit, sehr freigebig in allerlei Versprechungen gewesen, zu deren Bekräftigung er keine Vollmacht besaß. Um nicht durch ein zu geringes Entgegenkommen Schaden zu stiften, hielt es daher Andrássy für geboten, Garašanin gar nicht Einsicht in die Note nehmen zu lassen, die er im Auftrage des ungarischen Ministeriums der serbischen Regierung zu übergeben hatte. Er beschränkte sich auf die nachdrückliche Betonung des Wunsches seiner Vollmachtgeber, ein freundschaftliches Nachbarverhältnis mit der Regierung jenes Volkes zu unterhalten, „das die gleichen Interessen und vor allem die stärksten Gründe habe, sich mit den gemeinschaftlichen Feinden (Oesterreichs) zu verbinden". Im übrigen verhielt er sich in betreff von Zusagen sehr vorsichtig. Er überschritt nicht die Grenzen allgemeiner Redensarten.

„Ich habe Garašanin versichert," schreibt Andrássy an Graf Kasimir Batthyány, „daß Ungarn, gemäß den von ihm laut verkündeten Prinzipien der Freiheit, bereit ist, all das zu versprechen, was ihm mittels der Waffen nicht abgetrotzt werden könnte und nicht über das Maß dessen hinausgeht, was zur freien Entwicklung des serbischen Volkes nötig ist, ohne die Zerstücklung des ungarischen Staates nach sich zu ziehen."[2]) Im Sinne dieser Erklärungen forderte er Garašanin auf, ihm rückhaltlos die Bedingungen mitzuteilen, unter denen es möglich wäre, Serbien von Oesterreich zu trennen und es zu bewegen, die ihm naturgemäße Allianz mit Ungarn zu schließen. Der serbische Minister des Aeußern sagte es Andrássy ganz offen, noch wäre nicht der günstige Moment zu Unterhandlungen mit den ungarischen Serben gekommen, selbst dann noch nicht, wenn auch mehr versprochen würde. Denn, fügte er hinzu, jetzt kämpfen die ungarischen Serben nicht mehr

---

[1]) Reisebericht des Kiss. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány.

[2]) Andrássy an Graf Kasimir Batthyány, Pancsova, 11. Juni 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums.

für ihre Nationalität, sondern schlagen sich als Teil des kaiserlichen Heeres nur noch als österreichische Soldaten unter der tyrannischen Führung des Generals Mayerhoffer und des Jellačić. Der Serbe empfahl eine Invasion im Rücken Jellačićs, um ihn nach Kroatien zurückzudrängen, desgleichen befürwortete er aufs nachdrücklichste ein mildes Vorgehen gegen die Serben des Banates, wie überhaupt gegen alle Bewohner dieses Landes. Erst dann, meinte er weiter, wird die Zeit gekommen sein, wo die serbische Regierung an Versöhnung mit Ungarn denken könnte, die sie selbst aufrichtig herbeisehnt, aber beim besten Willen, gehindert durch die Intrigen Mayerhoffers, in diesem Moment gar nicht in der Lage ist, zu verwirklichen. Im weiteren Verlauf des Gespräches verlangte dann Andrássy von Garašanin, daß er die serbischen Freiwilligen, die unter Führung des serbischen Generals Kničanin ihren südungarischen Stammesgenossen im Kampfe gegen Ungarn zu Hilfe geeilt waren, zurückberufe. In sehr merkwürdiger Weise begründete der serbische Minister die den Freiwilligen gewährte Erlaubnis zur Unterstützung der ungarischen Serben. Er habe ihnen, sagte er, nur deshalb das Ueberschreiten der Donau gestattet, damit die am jenseitigen Ufer wohnenden Serben sich nicht an Rußland wenden, was ihnen bereits von Oesterreich angeraten worden. Doch habe er, fügte er hinzu, das Uebersetzen des Donaustromes verboten, seitdem Mayerhoffer und Jellačić die Macht an sich gerissen hätten. Zur Beruhigung Andrássys bemerkte noch Garašanin, daß Kničanin sich gar nicht in seiner Eigenschaft eines serbischen Generals am Kampfe gegen Ungarn beteilige, weshalb er ihn auch nicht auf amtlichem Wege zurückberufen könne. Doch gebe er Andrássy die Versicherung, daß Kničanin, mit dem er auf sehr vertrautem Fuße stehe und dem er auch deswegen schreibe, in einigen Tagen das Feld seiner jetzigen Tätigkeit verlassen werde.[1])

Andrássy verließ Garašanin, der wiederholt seiner freundlichen Gesinnung für Ungarn Ausdruck verlieh, mit dem besten Eindruck. Er empfahl daher Graf Kasimir Batthyány, den hoch-

[1]) Andrássy an Kossuth, Pancsova, 11. Juni 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. Andrássy erwähnt kein Wort davon, daß ihm, wie Reiner a. a. O. erzählt, Garašanin die Kopie des an Kničanin abgegangenen Abberufungsschreibens gezeigt und ihm auch mitgeteilt hätte, die Zahl der serbischen Freiwilligen auf ungarischem Boden belaufe sich auf 12000 Mann. Wäre dies der Fall gewesen, so hätte Andrássy in seinem sehr ausführlichen Briefe von all dem Erwähnung getan.

angesehenen Mann durch ein Privatschreiben noch mehr für die ungarische Sache zu interessieren.[1])

Der Gesandte der ungarischen Regierung begnügte sich aber nicht, nur Garašanin zugunsten Ungarns beeinflußt zu haben. Er setzte sich auch mit Dragolin Kuslan, dem damaligen Redakteur des noch heute bestehenden „Slovenski Jug", in Verbindung, der, obgleich im höchsten Grade für den Slawismus begeistert, sich doch mehr als Demokrat denn als Slawe fühlte und aus diesem Grunde Jellačič tödlich haßte. Seit der Verkündigung der Märzverfassung von 1849 stand er an der Spitze einer Partei, die sich an Prinz Czartoryski in Paris um Geld und Waffen gewandt hatte. Von dort war die Antwort gekommen, daß dies Verlangen nur dann erfüllt werden könne, wenn Kuslan und dessen Anhänger Polen zu Führern nähmen und sie sich mit den Ungarn verbänden. Andrássy, von der Forderung Czartoryskis unterrichtet, säumte nicht, Kuslan seine Bedingungen als Grundlage eines Bündnisses mit Ungarn vorzulegen. Danach hätte dieser von nun an seiner Zeitung eine ausgesprochen antiösterreichische Richtung zu geben und für die Verteilung von in solchem Sinne gehaltenen Proklamationen unter das Volk und die Soldaten zu sorgen. Kuslan fiel ferner die Aufgabe zu, aus seinen Anhängern einen Klub zu bilden, der die ungarische Regierung, an die eine Ergebenheitsadresse zu richten wäre, von allen Vorfällen unterrichten und bei Annäherung der ungarischen Truppen eine Erhebung des Volkes veranlassen sollte. Dragolin Kuslan, der für seine Zwecke Geld von der ungarischen Regierung erwartete, ging bereitwillig auf alle Forderungen Andrássys ein, der überzeugt war, daß der serbische Redakteur getreulich sein gegebenes Wort einlösen werde.

Der Gesandte, der eine fieberhafte Tätigkeit entfaltete, um nur Oesterreich an der südslawischen Grenze den Boden zu entziehen, lenkte die Aufmerksamkeit seines Ministers auch auf Kroatien,

---

[1]) Andrássy an Graf Kasimir Batthyány, Pancsova, 11. Juni 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. In einem Berichte des k. k. Auditors Rittmeister Dusensy an das k. k. III. Armeekommando, Pest, 6. Oktober 1850 (k. u. k. Kriegsarchiv), wird von dem Brief Andrássys eine Inhaltsangabe mitgeteilt, die sehr zu dessen Ungunsten lautet, indem hier Andrássy direkt mit Dingen beschuldigt wird, die der Graf vielmehr als Vorschläge des Garaschánin mitteilt. In dem Original des Schreibens wird auch nichts davon erwähnt, daß Andrássy zur Gewinnung der Sympathie der Kroaten den General Bem zum Banus dieses Landes empfohlen. Die Inhaltsangabe des Auditors spricht jedoch von einem solchen Vorschlage Andrássys.

das gleichfalls für Ungarn gewonnen werden sollte. Er machte den Vorschlag, an die Kroaten eine Proklamation zu erlassen, die sie über ihre Freiheiten und Rechte zu beruhigen und ihnen zu sagen hätte, daß Ungarn mit Ausnahme der ungarischen Sprache als parlamentarischen Sprache keine andere Art von Suprematie beanspruche. „Eine solche in allgemeinen Ausdrücken gehaltene Deklaration," schrieb er an Graf Kasimir Batthyány, „verpflichtet zu nichts und könnte eine geradezu wunderbare Wirkung erzielen in dem Augenblick, wo ein Teil der Kroaten und Serben nur auf einen Vorwand wartet, um sich gegen Oesterreich zu kehren." Sowohl Garašanin, wie alle Slawen, mit denen er in Verkehr getreten war, hatten es ihm nahegelegt, einen ähnlichen Vorgang auch den Serben gegenüber zu beobachten, wofern man deren Bundesgenossenschaft wünsche. Andrássy war daher der Ansicht, daß solche beruhigende Erklärungen im Namen des ungarischen Reichstages erteilt werden müßten. Er spricht hier wie ein in der Schule der Erfahrungen gereifter Mann, der alle Möglichkeiten berücksichtigt und seiner Regierung für alle Fälle den Rücken zu sichern trachtet. „Befriedigen wir die Serben," heißt es in seinem Schreiben, „dann verliert die Behauptung der fremden Mächte allen Halt, daß wir nicht von Oesterreich, sondern von den Slawen bekriegt werden. Man würde aber auch dabei nichts riskieren. Als Sieger kann man alles modifizieren, und besiegt, ist nichts dadurch verloren." [1])

Nachdem Andrássy alle Minen hatte springen lassen, um die Serben und Kroaten Oesterreich abtrünnig zu machen, entschloß er sich, am 12. Juni die Fahrt nach Konstantinopel wieder aufzunehmen. [2]) Er begab sich zuerst nach der alten Grenzstadt Orsova, die sich in Händen ungarischer Truppen befand. Nun war guter Rat teuer, auf welchem Wege die Reise fortgesetzt werden sollte. Ganz ausgeschlossen war es, durch die Walachei hindurch vorwärts zu kommen. Hart an deren Grenze entlang lagerte mit seinem Armeekorps der österreichische Feldmarschall-

---

[1]) Das Ganze nach Andrássys Brief vom 11. Juni 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums in Budapest. Andrássy schreibt hier an Graf Batthyány: „On n'y perdrait rien, car vainqueur on peut tout modifier, vaincu, on n'a rien perdu." In seiner Inhaltsangabe übersetzt der Auditor diese Stelle folgend: es gäbe nur zwei Mittel, die Revolution der Slawen zu beenden: sie auszurotten oder sie zu beschwichtigen.

[2]) Andrássys Brief vom 11. Juni 1849. Hier sagt er ausdrücklich, daß er sich morgen, also am 12. Juni, nach Konstantinopel verfügen werde.

leutnant Baron Puchner, den der damals zu Weltruf gelangte Bem aus Siebenbürgen hinausgedrängt hatte. Sollte etwa das gegenüberliegende Serbien als Route gewählt werden? Die bisher bekundete feindliche Gesinnung des Serbenvolkes ließ es als geradezu wahnwitzig erscheinen, ein solches Unternehmen wagen zu wollen. Man mußte sich also für die neutrale Straße der Donau entscheiden. Der Strom aber konnte nicht befahren werden, da jede Art von Schiffahrt eingestellt war. In dieser Not halfen, wie Kiss erzählt, „unsere Freunde, die Türken". Auf die Bitte Andrássys ließ der Kommandant der auf einer Donauinsel liegenden türkischen Festung Neu-Orsova ein ziemlich langes, wenn auch etwas schmales, jedoch durchaus festes Boot herrichten, das er dem Grafen zur Verfügung stellte. Er bemannte es außerdem mit vier kräftigen türkischen Soldaten als Ruderern unter der Leitung eines Korporals, der Steuermannsdienste leistete. Der Kommandant sorgte auch für Kissen und nötigen Proviant. So ausgestattet, wurde, in Anbetracht der herrschenden krausen Zustände, die nicht gefahrlose Reise gegen Widdin (Türkei) zu angetreten, wo man nur mit Mühe eine keineswegs verlockende Unterkunft fand, die doch wenigstens vor Kälte und Nässe schützte. Allein gleich am Tage der Landung war eine Schwierigkeit zu überwinden, die leicht böse Folgen nach sich hätte ziehen können. Strenger als je ward jetzt im Donau-Wilajet das Paßwesen gehandhabt. Davon sollte auch Andrássy ein Pröbchen zu kosten bekommen. Der in der Zitadelle wohnende türkische Paßbeamte, zu dem der Gesandte seinen Sekretär wegen Vidimierung der türkischen Pässe gesandt hatte, wies diesen, in dem er sofort den „Franken" erkannt hatte, an Kapitän Marco. Nichts Unangenehmeres aber hätte der Osmane Andrássy antun können. Kapitän Marco war Agent der Kaiserlich Privilegierten Donau-Dampfschifffahrts-Gesellschaft und österreichischer Konsularagent in einer Person. Als einziger Vertreter eines europäischen Staates in Widdin hatte sich allmählich der Gebrauch herausgebildet, daß sich alle europäischen Reisenden mit ihren Pässen an Marco zu wenden hatten. Sekretär Kiss erkannte sogleich die Aussichtslosigkeit, bei einem kaiserlich österreichischen Beamten die Vidimierung der Pässe nach Konstantinopel durchzusetzen. Deshalb versuchte er sie vom türkischen Paßbeamten zu erwirken — vergebliches Bemühen. Die jedesmalige Antwort lautete, wie er selbst erzählt: „Kapitän Marco, Kapitän Marco und abermals Kapitän Marco". In seiner Not griff Kiss zu einem letzten Hilfsmittel, das wirklich nicht versagte. Mit dem mangelhaften Türkisch, das er sich während seines früheren Auf-

enthaltes in Konstantinopel angeeignet, machte er dem Beamten, einem alten, ehrwürdigen Türken, die Enthüllung, daß ein hochgestellter ungarischer Beg als Gesandter zum Padischah nach Konstantinopel gehe, versehen mit Pässen vom Pascha von Belgrad. Nun, fuhr er fort, werde er, der Türke, wohl begreifen, warum der Abgeordnete einer Regierung, die mit Oesterreich Krieg führe, nicht vom österreichischen Konsularagenten die Vidimierung verlangen könne. Die Lüftung des Geheimnisses wirkte „elektrisch", wie sich Kiss ausdrückt, auf den türkischen Beamten. Das Ziel war erreicht. Nach einer Viertelstunde Wartens befand sich Kiss im Besitze des nötigen Visa, zu dessen Erteilung der Gouverneur von Widdin seine Zustimmung gegeben. Trotzdem waren noch nicht alle Hindernisse beseitigt. Wohl gelang es, nach harter Mühe und mit schwerem Geld ein neues Boot zur Fahrt herbeizuschaffen. Allein man hatte nicht mit der Geschwätzigkeit eines Beamten des Gouverneurs von Widdin, eines zum Türken gewordenen Ungarn, gerechnet. Nichts Eiligeres hatte er zu tun gehabt, als in der ganzen Stadt die Neuigkeit von der Ankunft des Grafen und dem Zwecke seiner Reise zu verbreiten. So war das Gerücht auch an die Ohren des Kapitäns Marco gedrungen. In dessen Auftrage erschien nun plötzlich, als man sich schon auf dem Einschiffungsplatze befand, dort ein junger Mann, bedeckt mit der goldbordierten Dienstkappe der Donau-Dampfschiffahrts-Beamten. Sofort wandte er sich an den Sekretär: „Meine Herren," sagte er in gutem Deutsch, „wenn Sie Ihre Pässe vidimieren lassen wollen, so bin ich bereit, dies zu veranlassen." Kiss antwortete französisch, er hätte ihn nicht verstanden, worauf der Beamte das bereits Gesagte auch in dieser Sprache wiederholte. Der Sekretär dankte für die Aufmerksamkeit, indem er ihm zugleich bedeutete, seiner Dienste nicht mehr zu bedürfen, da die Papiere bereits in voller Ordnung seien. Aber der junge Mann, der nach einer Instruktion seines Vorgesetzten handelte, war nicht so leicht abzuwälzen. „Meine Herren," rief er der Reisegesellschaft zu, „wenn Sie auch Ungarn sind, so fürchten Sie nichts, wir werden Ihnen keine Hindernisse in den Weg legen." Nun mischte sich Andrássy selbst in das Zwiegespräch. Er versicherte dem Beamten der Dampfschiffahrts-Gesellschaft, daß weder er noch die Seinigen irgend etwas von Furcht empfänden. Das schien aber noch immer keinen Eindruck auf den jungen Mann machen zu wollen. „Meine Herren!" begann er von neuem, „Sie werden sich Unannehmlichkeiten aussetzen; alle Pässe der

im Innern der Türkei reisenden Europäer, die sich, wenn auch nur für ein paar Stunden, in Widdin aufgehalten haben, müssen durch uns vidimiert werden. Ich habe daher darauf zu bestehen, daß Sie sich legitimieren, damit ich Ihre Pässe mit dem nötigen Visa versehe." Hierauf nahm Andrássy abermals das Wort und entgegnete: Dies sei schon durch den Pascha selbst geschehen; sollte er aber trotzdem die Abfahrt hindern wollen, so werde er augenblicklich hiervon den Gouverneur verständigen lassen. „Oh," ließ sich der nun durch die an den Tag gelegte Zuversicht eingeschüchterte Beamte vernehmen, „sobald Sie sich vor Seiner Exzellenz dem Gouverneur legitimiert haben, erübrigt mir nichts mehr, als Ihnen eine glückliche Reise zu wünschen." Damit verschwand er, sich noch höflichst empfehlend. Nun erst vermochte Andrássy anstandslos den Befehl zum Aufbruch zu erteilen.

Von Widdin aus ging es auf der Donau nach Rustschuk, wo die Paßplackerei von vorne begann. Ueber Rustschuk hätte die kürzeste Strecke nach Galatz und von hier aus mittels regelmäßiger Schiffsverbindung nach Konstantinopel geführt. Allein mancherlei Umstände, wie die in der Moldau-Walachei herrschende Erregung, ließen es nicht geraten erscheinen, um jeden Preis auf der kürzeren Route über Galatz zu beharren. Man entschied sich daher für den beschwerlicheren Landweg über Bulgarien. Rascher, als es sonst mit der Umständlichkeit und Langsamkeit der Türken vereinbar war, wurden für die Karawane zehn gemietete Pferde herbeigeschafft. Auf den flotten Paßgängern trabte man munter durch die fruchtreiche, aber wenig bebaute bulgarische Landschaft. Andrássy, ein vortrefflicher Reiter, war immer an der Tete der Karawane. Fortwährend hörte man ihn auf den Refrain seines Lieblingsliedes, der Alfölder Volksweise, zurückkehren:

„Drei weiße Tüchlein kauf' ich ein,
Darein ich blühend weiß erschein',
So blühend weiß als ein Schwan —
Da soll nicht jeder Fant mir nahn." [1])

Nach dreitägigem Ritte konnte Andrássy endlich sein müdes Haupt in einer elenden Herberge des am Schwarzen Meere gelegenen Seehafens von Varna zur Ruhe legen. Damit war er aber noch nicht ans Ende seiner Argonautenfahrt gelangt. Denn hier erhielt er die ihn nicht wenig verstimmende Nachricht, daß die türkische Schiffahrts-Gesellschaft infolge Mangels an Frequenz

---

[1]) Dies die deutsche Uebersetzung des ungarischen Liedes.

die Verbindung zwischen Varna und Konstantinopel eingestellt habe. Den Verkehr des Seehafens mit der türkischen Hauptstadt vermittelte jetzt kein anderes Schiff als das des Oesterreichischen Lloyd. Unter den gegebenen Verhältnissen konnte sich Andrássy gerade dieser Gesellschaft nicht anvertrauen. Zur Verzweiflung brachte ihn daher die Erkenntnis, daß er deswegen einer Strecke entsagen sollte, die zu Wasser in höchstens zehn bis zwölf Stunden zurückzulegen war, wogegen der ebenso unsichere wie mühevolle Landweg über Adrianopel mindestens acht Tage in Anspruch nahm. Um so unangenehmer war dies, als Eile nottat; denn seit dem Verlassen Debreczins waren bereits vierzehn Tage verstrichen. Den ganzen Nachmittag und die Nacht hindurch brütete Andrássy über einen Entschluß, ohne zu einer Entscheidung zu kommen. Als er endlich mit sich einig war, die Weiterreise über Adrianopel fortzusetzen — auf dem Wege, den im sechzehnten Jahrhundert seit Verancsics' und Franz Zays Zeiten die ungarischen Gesandten nach Konstantinopel zu nehmen pflegten —, gab er Befehl, zur Versorgung von Pferden und Proviant. Mittlerweile kam die Meldung, das Schiff von Konstantinopel sei in Sicht. Auf diese Kunde eilten alle Leute, auch der Graf und sein Sekretär, nach dem nur wenige Schritte entfernten Landungsplatz hinaus. Nach kurzer Zeit sah man den Kapitän des eben eingetroffenen Dampfers in einem Boote dem Ufer zurudern. Zu seiner nicht geringen Ueberraschung erkannte Kiss in dem Manne den ihm schon von früheren Orientreisen her befreundeten Kapitän Poiret. Nach einer herzlichen Begrüßung sagte Kiss seinem alten Bekannten, daß er ihn binnen einer Stunde vertraulich zu sprechen wünsche. Dem Grafen aber erklärte er, der Kapitän sei ein Gentleman vom Scheitel bis zur Sohle, ehrlich, bieder und verschwiegen; an Bord von dessen Schiffe dürfe er getrost die Fahrt nach Konstantinopel wagen. An der mit Poiret verabredeten Zusammenkunft nahm auch Andrássy teil. Vorher hatte sich jedoch der Kapitän verpflichten müssen, über alles, was er vernehmen werde, strengstes Stillschweigen zu beobachten. Die Unterredung endete zu gegenseitiger Zufriedenheit. Poiret gab dem Grafen sein Wort, daß er sich auf seinem Schiffe eben so sicher wie innerhalb seiner eigenen vier Wände fühlen könne. Der Kapitän rechtfertigte vollauf Andrássys Vertrauen. Wenige Stunden nach der Begegnung lichtete das Schiff die Anker, das Andrássy gegen Ende Juni an das ersehnte Ziel seiner Reise brachte.

In der türkischen Hauptstadt konnte der Graf noch seinen Vorgänger, Ludwig Baron Splényi, begrüßen, den er vermeinte, dort gar

nicht mehr anzutreffen.[1]) Dafür hatte er das Vergnügen, noch dessen Schulden — 10 000 Piaster — zu bezahlen.[2]) Am 25. Juni 1849 verließ Splényi Stambul, um sich nach Frankreich zu begeben.[3]) In einem Berichte wird erzählt, er soll zu diesem Entschlusse aus Besorgnis gekommen sein, bei längerem Verweilen von Oesterreich oder Rußland als Rebell reklamiert zu werden.[4]) Tatsächlich hatte ihn der Internunzius Stürmer der Pforte als einen desertierten Offizier der österreichischen Armee bezeichnet und seine Auslieferung gefordert. Um diesem Verlangen zu entgehen, beredete die türkische Regierung den Baron Splényi zum freiwilligen Verlassen Stambuls.[5]) Nach dessen Abreise galt Andrássy, dem der englische Major Brown unterstützend zur Seite stand,[6]) als der einzige Vertreter der ungarischen Regierung in Konstantinopel. Im ewigen Byzanz erschloß sich ihm eine völlig neue Welt. Unter

---

[1]) Andrássy an Graf Kasimir Batthyány, 11. Juni 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. Hier bittet Andrássy den Minister, betreffs Splényis Vorkehrungen zu treffen „pour éviter toute confusion qui pourrait en résulter".

[2]) Andrássy an Kossuth. Konstantinopel, 3. September 1849; a. a. O.

[3]) Note des Oberstauditors Kopetzky, Wien, 15. September 1857. Ungedruckt.

[4]) Ibidem.

[5]) Andrássy an Graf Kasimir Batthyány, 11. Juni 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. In seiner Depesche vom 4. Juli 1849 (Wiener Staatsarchiv), erwähnt Graf Stürmer, daß er seiner Regierung jene Nummer des „Journal de Constantinople" sende, das die Erzählung über die Entfernung Splényis enthalte. Leider liegt diese Nummer der Depesche nicht mehr bei. Wie aus der Note Kopetzkys vom 15. September 1857 (ungedruckt) zu ersehen, wurde Splényi am 1. Januar 1850 vom Pester Kriegsgericht zum Tode durch den Strang verurteilt. Juli 1851 kehrte er unter dem Namen Maurigy nach Konstantinopel zurück, wo er mit seinem Schwager Guyon, einem Engländer von Geburt, zusammentraf, der zu den kühnsten Generalen der ungarischen Armee zählte. Splényi trat dann zum Islam über und wählte als Türke den Namen Haidas Ali. Eine Zeitlang lebte er in Kleinasien. 1855 suchte er von Smyrna aus um Bewilligung zu seiner Heimkehr an, die aber nicht gewährt wurde. Am 10. August 1857 erneuerte die Mutter, Maria Baronin Splényi, für ihren mittlerweile irrsinnig gewordenen Sohn die Bitte um Rückkehr ins Vaterland. Infolge Entschließung des Kaisers vom 11. Februar 1858 wurde die Erledigung der Angelegenheit an das Armeeoberkommando geleitet. Nun wurde ihm 1858 zum Zweck ärztlicher Behandlung die Heimreise gestattet (Registratur des k. k. Ministeriums des Innern). Wir wissen nicht, ob er davon Gebrauch gemacht hat oder ob er wirklich sein Leben in Pera in einem französischen Spital beschloß. Reiners Angaben über Splényi a. a. O. sind nicht stichhaltig.

[6]) Nach Briefen Kasimir Batthyánys an Franz Pulszky soll die ungarische Regierung auch den englischen Major Brown als ihren Vertreter betrachtet haben. Franz Pulszky, „Meine Zeit", Bd. II, . 405 u. 409.

ihm ganz unbekannten Menschen und völlig ungewohnten Verhältnissen sollte er sich zum erstenmal in der Rolle eines Diplomaten betätigen. Mit der Entschlossenheit, die sein ganzes Wesen kennzeichnet und von der er bereits während der Fahrt von Debreczin bis Konstantinopel markante Proben gegeben, rüstete er sich für die Lösung der ihm übertragenen Aufgabe.

* * *

Mit dem erhebenden Bewußtsein, in seiner Person den Vertreter einer siegreichen Nation zu repräsentieren, hatte sich Graf Andrássy im Mai auf den Weg nach Konstantinopel begeben. Als er dort eintraf, hatte sich die Lage seines Vaterlandes wesentlich verändert. Seinen gefährlichsten Feind fand damals Ungarn in Zar Nikolaus I., der als traditioneller Beschirmer des alten absolutistischen Systems sich beeilt hatte, dem bedrängten Wiener Hofe seine mächtige Hilfe zur Verfügung zu stellen. Aller Wahrscheinlichkeit nach leitete Nikolaus dabei auch die geheime Absicht, den Slawen die starke Hand Rußlands zu zeigen, in dem sie alle ihren Beschirmer zu erblicken hätten. Nicht nur Rußlands Macht, auch die in diese Tage fallenden Erfolge Radetzkys über König Karl Albert von Sardinien kamen Oesterreich im Kampfe mit Ungarn zustatten. Nun hatte es nicht mehr nötig, alle seine Truppen nach Italien zu senden; es konnte sie zur Bewältigung der „Rebellen" auf den ungarischen Schlachtfeldern verwenden. Gegenüber den vereinten russisch-österreichischen Armeen war das allerdings noch immer aus 152000 Mann bestehende ungarische Heer viel zu schwach, um sich auf die Dauer der Umklammerung durch die Russen und Oesterreicher zu entziehen. Selbst die heroischste Anstrengung vermochte nicht mehr das traurige Schicksal des Unterliegens durch die Uebermacht abzuwenden. Jedenfalls wurde die heldenmütige Widerstandskraft der Ungarn auch noch durch die Uneinigkeit zwischen den beiden hervorragendsten Männern der Erhebung, Kossuth und Görgey, gelähmt. Die volle Erkenntnis jeder Aussichtslosigkeit auf eine glückliche Fortsetzung des Kampfes trieb Görgey zur weltberühmten Kapitulation bei Világos (13. August 1849). Ungerechtfertigt und ganz unbegründet wäre es, auch heute noch, das von Kossuth gegen Görgey geschleuderte Wort von dessen Verrat an der Nation wiederholen zu wollen.[1]) Nach der Niederlage Dembinskis handelte er wie

[1]) Ueber Görgey siehe den interessanten Aufsatz des Generals der Infanterie Emil von Woinovich in: „Oesterreichische Rundschau", Bd. XIV.

ein General, dem nur zwischen gezwungener und freiwilliger Waffenstreckung die Wahl blieb,[1]) wie ein Feldherr, dessen Humanität es widerstrebte, Tausende und Tausende von tapferen Soldaten als nutzlose Opfer in vergeblichem Ringen auf die Schlachtbank zu führen. Infolge der Kapitulation von Világos fiel Ungarn ganz in die Hände seiner Besieger. Die Armee war kriegsgefangen und der ehemalige „Gouverneur von Ungarn", Ludwig Kossuth, ein Flüchtiger, der sich nach Widdin gerettet hatte. Fürst Paskjević, der russische Oberkommandant, hatte ein Recht, an seinen Kaiser die Worte zu richten: „Ungarn liegt zu den Füßen Euer Majestät!"

Dieser unglückliche Zustand des Vaterlandes war kein geeigneter Hintergrund für die Erfüllung der Mission Andrássys, der in Konstantinopel unter fremdem Namen Aufenthalt nahm. Vermutlich vermied er vor den nicht eingeweihten Kreisen die Lüftung seines wirklichen Charakters, um nicht sofort die Aufmerksamkeit der Kaiserlich Oesterreichischen Gesandtschaft auf sich zu lenken. Ungeachtet aller Vorsicht gelang es ihm doch nicht, Stürmer irrezuführen. Denn kurz nach seiner Landung schrieb der Internunzius an Fürst Felix Schwarzenberg nach Wien: „Vor ein paar Tagen ist aus Galatz ein Graf Andrássy unter dem Namen eines Herrn Konrad in Begleitung von vier mir unbekannt gebliebenen Individuen in Konstantinopel eingetroffen."[2]) Kaum hatte sich der Graf da einigermaßen zurechtgefunden, als er auch schon bestrebt war, seine Beglaubigungsschreiben zu überreichen, um mit den maßgebenden türkischen Persönlichkeiten in nähere Berührung treten zu können. Seine Bemühungen waren jedoch nicht vom gewünschten Erfolg begleitet. Die Pforte, die bei England und Frankreich keine genügende Unterstützung fand, wagte es nicht, vor den Augen aller Welt den Abgesandten eines Volkes zu empfangen, das in offener Fehde mit dem Kaiser von Oesterreich lag. Andrássy mußte daher besorgen, in jedem Augenblick auf

[1]) Arthur Görgey, „Mein Leben und Wirken in Ungarn", Bd. II, S. 401.

[2]) Graf Stürmer an Schwarzenberg, 4. Juli 1849, Nr. 28 B. Wiener Staatsarchiv. Reiner irrt in seinem dritten Artikel: „Graf Julius Andrássy als Diplomat der Revolution" („Neue Freie Presse", 21., 22., und 26. Februar 1890), wenn er behauptet, daß man in Wien kein übertriebenes Vertrauen zur „türkischen Allwissenheit" Stürmers hatte und deshalb hinter seinem Rücken noch einen speziellen Vertrauensmann in Konstantinopel hielt, von dem auch der Bericht vom 4. Juli herrühre. Die Depesche vom 4. Juli stammt gewiß von Stürmer. Zur Vermeidung jedes Irrtums trägt sie dessen eigenhändige Unterschrift.

Betreiben Stürmers vom Schicksale Splényis ereilt zu werden. Sofort trachtete er, sich gegen eine mögliche Ausweisung zu schützen. Auf privatem Wege ließ er die türkischen Minister wissen, daß er unter keiner Bedingung, außer auf Geheiß seiner Regierung, Konstantinopel verlassen werde. Wenn daher, gab er zu erkennen, Stürmer seine Entfernung verlangen sollte, so möge dies aufs entschiedenste abgelehnt werden. Andrássys energisches Auftreten hatte die ersehnte Wirkung. Von dem Moment an sprach niemand mehr von einer diesbezüglichen Forderung des österreichischen Gesandten. Er konnte unbehelligt in der türkischen Hauptstadt verbleiben.[1]) Aber damit war sein diplomatischer Charakter noch immer nicht anerkannt. Obgleich er keinen Augenblick in Zweifel darüber war, daß seine Stellung eigentlich ganz und gar von den mehr oder weniger günstigen Nachrichten vom ungarischen Kriegsschauplatze abhänge, wollte er sich doch den öffentlichen Zutritt zum türkischen Ministerium als Vertreter seiner Regierung erzwingen. „Es gibt," schreibt er an Graf Kasimir Batthyány, „nur eine Art, die Pforte zur Entfaltung von Energie zu veranlassen: man muß sie bloßstellen, denn von sich selbst wird sie nie Zeichen von Mut geben." [2]) Die wirksamste Handhabe schien Andrássy, der vor keinem wie immer gearteten Hindernis zurückschreckte, in dem Entschlusse der Türkei zu liegen, die österreichischen und russischen Truppen, wenn sie türkischen Boden betreten sollten, selbst mit Gewalt zu entwaffnen. Nach seiner Ansicht sollte die ungarische Regierung dieses Vorhaben dem General Bem mitteilen, dessen Aufgabe es wäre, die an der Grenze befindlichen türkischen Generale von der Absicht des Sultans zu unterrichten. So wollte Andrássy um jeden Preis einen Zusammenstoß zwischen den türkischen und russischen Truppen veranlassen — ein Ziel, zu dessen Herbeiführung, nach seinem Ratschlage, auch größere Geldgeschenke an einzelne türkische Befehlshaber in Anwendung kommen sollten. Ist einmal die Pforte — kalkulierte er — gegenüber Rußland bloßgestellt, dann werden die fanatisierten Türken schon ihr Ministerium zum Kriege zwingen. „Ich empfehle," heißt es im Briefe Andrássys, „diesen Plan der Aufmerksamkeit der Regierung. Das jetzige Ministerium ist wohlgesinnt, aber schwach und klein-

[1]) Andrássy an Graf Kasimir Batthyány, Konstantinopel, 3. Juli 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. Eine Abschrift des Briefes befindet sich unter den Prozeßakten gegen Andrássy im k. u. k. Kriegsarchiv.

[2]) Ibidem.

herzig; es ist zwar richtig, daß es eifrig rüstet und ein starkes Heer sammelt, trotzdem wird es so lange nichts tun, bis es entweder gegen seinen eigenen Willen hierzu genötigt oder durch England und Frankreich besser unterstützt werden wird. Risa Pascha, das Haupt des früheren Ministeriums," meinte er weiter, „sei der einzige Mann, von dem größere Erfolge zu erwarten wären, aber er befindet sich jetzt in Brussa, dem Orte der in Ungnade gefallenen Beamten, und so vermöchten nur allein unsere Siege auf die Regierung einen Einfluß auszuüben." [1])

Indem Andrássy derart trachtete, die maßgebenden Personen am Goldenen Horn mit sich fortzureißen, entsprach er nur den Intentionen seines Chefs, des Grafen Kasimir Batthyány, der die auswärtigen Angelegenheiten Ungarns leitete und ihn noch am 25. Juni anfeuerte, die Einsprache der Hohen Pforte gegen die Intervention Rußlands zu erwirken. „Also," schrieb Graf Kasimir Batthyány an ihn, wie an die übrigen im Auslande verwendeten ungarischen Gesandten, „lassen Sie noch einen letzten Aufruf ergehen an die Regierungen und an die Völker. Gebrauchen Sie alle gesetzlichen Mittel, die Ihnen zu Gebote stehen, um den Einbruch (Rußlands) ins rechte Licht zu setzen. Wenn es Ihnen gelingt, die Regierungen aus dem Schlafe zu rütteln, daß sie ihr wahres Heil gewahr werden, so erweisen Sie deren Völkern, uns und der gesamten Menschheit einen unermeßlichen Dienst." [2]) Vergeblich wie dieser pathetische Hilferuf verhallte auch der noch pathetischere Appell Kossuths vom 1. Juli: „An die Völker Europas." [3]) Die verschiedenen Minister Europas zuckten die Achseln, vertrösteten, wenn sie sich besonders wohlwollend zeigen wollten, auf eine bessere Zukunft, aber für ein Mehr waren sie nicht zu gewinnen. Alle Mühe Graf Ladislaus Telekis in Paris und Franz Pulszkys in London blieb nutzlose Arbeit. Um wieviel weniger konnte Andrássy einen greifbaren Erfolg in Konstantinopel erzielen, wo es nicht einmal, wie in Paris oder London, eine öffentliche Meinung gab, die doch immerhin auf die leitenden Minister wenigstens einen leisen Druck zugunsten Ungarns auszuüben vermochte. Im geheimen Verkehr mit den türkischen Staatsmännern

---

[1]) Andrássy an Kasimir Batthyány, 3. Juli 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums.

[2]) „Rundschreiben an alle ungarischen Gesandten im Auslande", mitgeteilt von Philipp Korn in: „Kossuth und die Ungarn in der Türkei" 1851, S. 20.

[3]) Ibid., S. 25.

konnte Andrássy sich auf diesen mächtigen Bundesgenossen, wie es die öffentliche Meinung ist, nicht berufen. Um Eindruck zu erzielen und die Pforte zur Energie aufzustacheln, suchte er in ihr die Ueberzeugung zu erwecken, daß der Untergang Ungarns nur der bestimmte Vorbote ihrer eigenen Vernichtung durch ihren Todfeind, Rußland, sein werde. Sie gaben ihm recht, jammerten nach Art schwacher, hilfloser Menschen über ihr Schicksal, aber zu einem entschiedenen Schritte gegen Rußland vermochten sie sich nicht aufzuraffen. „Die Türken," schreibt Andrássy am 3. September an Kossuth, „sind ganz verzweifelt über das Geschehene. Erst jetzt, leider zu spät, sehen sie ein, welche Gelegenheit sie verabsäumt haben, obgleich ich sie jeden Tag darauf aufmerksam machte." [1]) Besser wäre es für den ungarischen Gesandten gewesen, wenn er sich auf eine in Waffen strotzende siegreiche Nation hätte stützen können. Die Nachrichten über den Fortgang des ungarischen Freiheitskampfes lauteten jedoch äußerst ungünstig. Anstatt Erfolge meldeten sie Niederlagen. Was war unter solchen Umständen am Goldenen Horn zu erreichen? Von diplomatischen Unterhandlungen mit der Spitze gegen Rußland und Oesterreich konnte kaum mehr die Rede sein. Rascher, als es Andrássy lieb sein mochte, kam er in die Lage, eine diplomatische Aktion ganz anderer Art zu entfalten. Jetzt mußte er seine ganze Kraft und all seine Beredsamkeit für den mit seinen Gefährten nach Widdin entflohenen Kossuth aufbieten, um sie vor der Auslieferung an Oesterreich zu retten. Aus Vorsicht, daß im Falle der Besiegung die Hauptführer der „magyarisch-polnischen Rebellen" auf türkisches Gebiet zu entkommen trachten werden, hatte man von Wien aus schon anfangs 1849 die nötigen Vorkehrungen zu deren Festnehmung getroffen. Aus diesem Grunde waren am 23. Januar 1849 an den Internunzius in Konstantinopel, Grafen Stürmer, wie an alle diplomatischen Vertreter Oesterreichs im Orient Bilder und Personsbeschreibungen Kossuths und seiner tätigsten Anhänger gesandt worden. [2]) „Euer Exzellenz," schrieb Baron Werner damals im Namen des Fürsten Felix Schwarzenberg an Stürmer, „wollen

---

[1]) Andrássy an Kossuth, Konstantinopel, 3. September 1849. Mitgeteilt in „Neues Wiener Tagblatt", 3. April 1904. Abdruck davon im „Pester Lloyd", 5. April 1904. Das Original des Briefes in den Handschriften des ungarischen Nationalmuseums.

[2]) Baron Werner, Unterstaatssekretär des k. k. Ministeriums des Aeußern an Bach, Wien, 24. Juli 1849. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

die Pfortenminister neuerlich aufmerksam machen und ihnen vor Augen stellen, was die Türkei von solchen sogenannten politischen Flüchtlingen zu erwarten hätte, wenn ihnen dort die freie Niederlassung gestattet würde; es wäre nichts Geringeres, als daß Konstantinopel zum Herde der magyarischen oder, was bereits eines ist, der europäisch-demokratischen Propaganda gemacht würde, welche bei den in den osmanischen Ländern schon vorhandenen polnischen und italienischen Revolutionselementen, bei der Leichtigkeit ihrer Vermehrung von außen her, bei dem empfänglichen Charakter der griechischen Rajah, der Unzufriedenheit der Bulgaren, Bosniaken und Albanesen ein gewiß fruchtbares Feld zur weiteren Durchführung ihrer Pläne finden würde." [1]) Die türkische Regierung schien von der ihr geschilderten Gefahr nicht in dem gleichen Maße wie der österreichische Minister des Aeußern überzeugt zu sein. In Konstantinopel blieb man taub gegen Vorstellungen, wie sie Stürmer zu machen hatte. Die Pforte zeigte sich entschlossen, jede Verletzung ihrer Grenze, von wem immer sie komme, nicht ungestraft zu lassen. Aber sie war auch bereit, jenen Gastfreundschaft zu gewähren, die, nach Ablegung der Waffen, auf ihrem Gebiet Schutz vor Verfolgung suchen würden. [2]) Sie lehnte es daher ab, ihre Hand zur Habhaftwerdung der Emigranten zu bieten. Andrássys Aufgabe war es nun, von der Pforte ausgiebigen Schutz für Kossuth und die mit ihm auf türkisches Gebiet übergetretenen Ungarn und jener Polen zu erwirken, die im ungarischen Heere gefochten hatten. Rasche Zusage der Pforte war um so dringender, als bereits Oesterreich und Rußland an die Türkei mit der direkten Forderung nach Auslieferung der Flüchtlinge herangetreten waren. Die Hohe Pforte, die nicht einzuschüchtern war, ließ Kossuth und dessen Leidensgenossen durch Andrássy mitteilen, daß sie bereits dem Pascha von Widdin Befehl erteilt hätte, die Flüchtigen unbehelligt weiterreisen zu lassen. Zur selben Zeit erfuhr Andrássy vom englischen Botschafter, daß das türkische Ministerium die Absicht hege, die in Widdin Internierten nach der Insel Kandia zu senden, von der aus sich jeder, wenn er nur wolle, leicht ent-

---

[1]) Werner an Bach, 24. Juli 1849. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Der türkische Kommissär Fuad Effendi an den russischen General Duhamel, Bukarest, 12./24. Januar 1849. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern. „... Mais en leur (den türkischen Truppen) prescrivant d'accorder un refuge généreux à ceux qui voudront passer la frontière en déposant leurs armes et en demandant l'hospitalité."

fernen könne. Noch hielten jedoch die türkischen Minister es für geraten, diesen Plan nicht verlauten zu lassen, damit er nicht zur Kenntnis Oesterreichs und Rußlands gerate und von diesen Mächten verhindert werde. Solange Kossuth nicht Widdin den Rücken gekehrt hatte, lebte Andrássy in fortwährender Unruhe um die Sicherheit der Person des ehemaligen Gouverneurs von Ungarn. Er traute dem dortigen Pascha nicht ganz, mit dem er, wie es scheint, auf seiner Durchreise durch Widdin nicht gerade die angenehmsten Erfahrungen gemacht hatte. Am liebsten wäre er selbst zu Kossuth geeilt, um ihm auf seiner Weiterfahrt das Geleite zu geben. Von diesem Vorhaben riet ihm alle Welt ab, besonders Mechemed Ali Pascha, „der," wie Andrássy sich ausdrückt, „unter den Mitgliedern der Regierung unser wärmster Freund ist". Dieser Großwürdenträger stellte ihm vor, daß der Besitz eines türkischen Passes selbst ihn, Andrássy, nicht vor eventueller Verhaftung durch seine Feinde schützen würde. Daher müßte er in Konstantinopel bleiben, wo er den Landsleuten mehr zu nützen vermöge, als wenn er sich jetzt zu ihnen begäbe. Der Ratschlag leuchtete Andrássy ein, und er verschob seine Begegnung mit Kossuth bis auf den Zeitpunkt, da dieser an einem Orte in der Türkei Unterkunft gefunden haben würde, wo er von seinen Feinden nichts zu fürchten hätte.[1])

Als Andrássy in solchem Sinne an Kossuth schrieb, hoffte er noch immer auf eine Wendung zugunsten seines Vaterlandes. Der später so realistisch denkende, nur allein von der Macht der Tatsachen beherrschte Staatsmann war in diesen Tagen noch Optimist: von den bloßen Sympathien Europas erwartete er eine Besserung des Schicksales Ungarns. Seine Augen waren auf England und Frankreich gerichtet, vor allem auf England. Durch das Organ Pulszkys und Graf Telekis wollte er Lord Palmerston bewegen, den Wunsch Englands nach Pazifizierung Ungarns in entschiedenem Tone zum Ausdruck zu bringen.[2]) Der englische Minister der auswärtigen Angelegenheiten war wohl bereit, den Wiener Hof zu einem „generösen" Gebrauch seiner nunmehr errungenen Ueberlegenheit zu ermahnen; er war auch gesonnen, in Wien der Beruhigung Ungarns auf Grundlage der alten Verfassung mit Einbeziehung der im Jahre 1848 daran vorgenommenen Reformen das Wort zu reden.[3]) Trotz alledem war der englische

[1]) Andrássy an Kossuth, 3. September 1849, a. a. O.

[2]) Ibidem.

[3]) Ashley, The life of Viscount Palmerston, Bd. I, S. 137.

Minister weit entfernt davon, für die Annahme der gutgemeinten Ratschläge auch nur einen Soldaten seines Landes in Bewegung zu setzen. Und doch hätte nur bewaffnete Mahnung von nachhaltigem Eindruck in Wien sein können, wo man sich ganz und voll dem Siegesrausche überließ und von Milde nichts hören wollte. Nicht einmal der Zorn über die Ausschreitungen der Oesterreicher in Galizien, Italien, Ungarn und Siebenbürgen, die Palmerston als würdige Seitenstücke des Vorgehens der Negerrasse in Afrika und Haiti bezeichnete,[1] vermochten den englischen Staatsmann zu einer tatkräftigeren Aktion anzuspornen. So lange nicht wesentlichere Interessen Englands verletzt wurden, beschränkte sich Palmerston auf Warnungen. Inzwischen schmeichelte sich Andrássy mit der Hoffnung, General Görgey werde an der Spitze der von ihm befehligten Armee einen Schlag führen, der sofort eine totale Aenderung in der Lage Ungarns bewirken müsse. Zwar hatte auch schon zu ihm die „betäubende“ Kunde von der Kapitulation Görgeys bei Világos ihren Weg gefunden.[2] Aber noch wollte er nicht an die Möglichkeit einer solchen Handlung des ungarischen Heerführers glauben. Daher war er freudig bewegt bei der ersten Meldung von der Unwahrheit des Gerüchtes. Von der Ansicht ausgehend, daß er unter allen Umständen der Diener desjenigen sein müsse, der, auf welche Weise immer, die Verteidigung des gefährdeten Vaterlandes in die Hand nehme, billigte er es auch, daß Görgey sich nach der Flucht Kossuths zum Diktator Ungarns proklamieren ließ.[3] Deswegen suchte er ihn auch anzufeuern, seine Pflichten gegen das Vaterland zu erfüllen.[4] „Wenn Sie,“ schreibt er am 7. September an den General, „Ungarn noch retten können, wird unser Vaterland die erste Nation in Europa und Ihr Name der glorreichste sein. Und das ist noch möglich!“ — „Herr General,“ so apostrophiert er ihn weiter, „können binnen kurzem das Vertrauen der Welt zu unserer Sache wieder herstellen. Beträchtlich groß ist

---

[1]) Ashley, a. a. O. Bd. I, S. 139.

[2]) Andrássy an Kossuth, 3. September 1849, a. a. O.

[3]) Andrássy an Kossuth, Stambul. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. Ohne Datum. Da aber in dem Schreiben ein Brief Kossuths vom 20. September 1849 erwähnt wird, so muß das vorliegende Schriftstück jedenfalls in die Zeit gegen Ende September oder anfangs Oktober fallen.

[4]) Ibidem. „. . . weil in meinen Augen das Vaterland alles ist, solange irgend wer, auf welche Weise immer er zur Macht gelangt sein mag, das Vaterland verteidigt, bin ich dessen Diener.“ (Ung.)

allerwärts die Sympathie für dieselbe. Die Augen ganz Europas ruhen auf Ihnen.“[1]) Graf Andrássy gab sich Illusionen hin. Illusion muß es doch genannt werden, wenn er, selbst nur für einen Augenblick, glaubte, England unternehme Schritte, um Oesterreich seine Mediation auf Grundlage der Unabhängigkeit Ungarns anzubieten.[2]) Der Graf war schlecht unterrichtet, als er von derartigen Plänen Görgey Mitteilung machte. Wie weit war Lord Palmerston von einer Vermittlung zugunsten Ungarns beim Wiener Hofe entfernt! „Lord Feuerbrand“, wie man Palmerston nannte, stand wohl seinem ganzen Empfinden und Fühlen nach als ausgesprochener Feind Oesterreichs mit seinen Wünschen auf Seite der für ihre Freiheit kämpfenden Ungarn. Doch war er nicht gesonnen, für ein nationales, unabhängiges Ungarn mit der gleichen Wärme einzutreten, mit der er, selbst im Gegensatz zu seiner Königin, die Macht Englands für ein nationales, unabhängiges Italien in die Wagschale legen wollte.[3]) Andrássy gab sich einer Täuschung hin, als er unter diesen Umständen die englische Mediation schon als fertig und den Wiener Hof nach ihr mit Freude greifen sah, „nur,“ wie er sagt, „um die Russen los zu werden.“[4])

Ebenso unhaltbar wie die Behauptung von der englischen Mediation erweist sich auch die Versicherung, daß die Türken unter gewissen Voraussetzungen zu einer kriegerischen Verbindung mit den Ungarn gegen Rußland bereit wären. Es beruht auf einem Irrtum, wenn Andrássy an Görgey schrieb: „Gelingt es Ihnen, über die Russen wenn auch nur einen Sieg zu erkämpfen, so wage ich es, mich dafür zu verbürgen, daß die Türken den Krieg erklären werden, und dann ist alles gewonnen.“[5])

Woher hätten auch die türkischen Staatsmänner den Mut zu einer kriegerischen Aktion nehmen sollen, wenn sie schon bei der geringsten Drohung des Zaren erzitterten! Hätte Palmerston sie nicht gestützt und in ihrem Widerstand bestärkt, würde Andrássy anstatt der von ihm angekündigten Entfaltung von Heroismus

---

[1]) Andrássy an Görgey, Konstantinopel, 7. September 1849. Mitgeteilt im „Neuen Wiener Tagblatt“, 3. April 1904. Das ungarische Original des Briefes in den Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. Der Brief ist Görgey, der sich bereits in Gefangenschaft befand, nie zugekommen.

[2]) Ibidem.

[3]) Siehe hierüber: „Königin Viktorias Briefwechsel und Tagebuchblätter“, Bd. I, S. 662 (deutsche Ausgabe).

[4]) Andrássy an Görgey, 7. September 1849, a. a. O.

[5]) Ibidem.

seitens der Türken ein seltenes Schauspiel von Schwäche gegenüber Rußland erlebt haben. Er sollte es ja bald selbst erfahren, wie die Türken, ohne die mächtige englische Rückendeckung, sogar geneigt gewesen wären, Oesterreich und Rußland gegenüber durch das Joch der Selbsterniedrigung hindurchzugehen. Im ersten Moment freilich, als Sultan Abd ul Medschid von der ihm zugemuteten Verletzung des Gastrechtes vernahm, rief er voll großherrlichen Stolzes aus: „Möge kommen, was da will, davon mag ich absolut nichts hören.“ [1]) Als aber in der Person des Fürsten Radziwill ein Spezialgesandter mit einem eigenhändigen Brief Nikolaus I. in dieser Angelegenheit bei der Hohen Pforte erschien, änderte sich rasch die Situation. Es machte tiefen Eindruck, daß der Zar in drohendem Tone die Auslieferung jener flüchtigen zehn Polen heischte, die sich an dem ungarischen Feldzuge beteiligt hatten. Keine geringere Wirkung übte die Erklärung des russischen Kaisers aus, daß er die Flucht auch nur eines einzigen Ungarn aus der Festung Widdin als Casus belli betrachten würde. Zur Bekräftigung dieser Worte hatte schon Fürst Radziwill bei Uebergabe des Briefes seines Herrn deutlich genug angedeutet, daß 50000 Russen in Bereitschaft ständen, um auf den ersten Wink des Zaren in die Türkei einzumarschieren. [2])

Man kann sich leicht vorstellen, in welche Aufregung Andrássy Rußlands Verlangen nach Auslieferung Kossuths und der mit ihm in Widdin internierten vornehmen Flüchtlinge versetzen mußte. Die Ehre seines Namens war damit verknüpft, um jeden Preis die Uebergabe seiner Landsleute an Oesterreich zu verhindern, um so mehr als eine solche den Tod der Geächteten durch den Henker bedeutete. Es waren bewegte Tage, die Andrássy seit der Ankunft Radziwills in Konstantinopel durchmachen mußte. Er fürchtete, daß der gutmütige Sultan, trotz seiner zugunsten Kossuths getanen Aeußerung, aus Furcht vor Rußland vielleicht nicht standhalten und im entscheidenden Moment sich gefügig zeigen werde.

[1]) In dieser einfachen und darum durchaus glaubwürdigen Lesart berichtet Andrássy in seinem an Kossuth gerichteten Brief vom 3. September 1849 a. a. O. den Ausspruch des Sultans. Theatralisch aufgeputzt findet er sich bei Kossuth, dem er von Andrássy übermittelt worden, in dessen Werke: „Meine Schriften aus der Emigration“, Bd. I, Vorwort.

[2]) Andrássy an Kossuth, Stambul, 11. September 1849. Mitgeteilt im „Neuen Wiener Tagblatt“, 3. April 1904. Der Brief Andrássys wurde nach dem „Budapesti Hirlap“ im „Wiener Tagblatt“, 30. Dezember 1889, reproduziert. Sein Text weicht in mancher Hinsicht von dem im „Neuen Wiener Tagblatt“ veröffentlichten ab. Das ungarische Original im Nationalmuseum in Budapest.

Auch war ihm nicht unbekannt, daß die Majorität des Großen Rates (des Diwans) diese Angelegenheit benutzen wolle, um durch Votierung der Auslieferung das bestehende Ministerium in eine schiefe Lage zu bringen und zu stürzen.[1]) Wirklich war am 8. September die Forderung des Zaren im Diwan, an den sie der Sultan gewiesen, zur Beratung gelangt. Hier gestaltete sich die Verhandlung äußerst stürmisch; fast wäre es zum Handgemenge gekommen, wenn der Großwesir die Sitzung nicht rasch geschlossen hätte. Das wichtigste aber war, daß die Mehrheit der türkischen Würdenträger sich für die Preisgebung der Flüchtigen ausgesprochen hatte. Die Regierung, mit der Andrássy in fortwährender Fühlung war, befand sich infolge dieses Resultates in größter Verlegenheit.[2]) Sie fühlte es, mit welch untilgbarem Schimpfe sie sich vor ganz Europa belade, wenn sie dem russischen Drängen nachgebe; andererseits war sie sich wieder ihrer Schwäche bewußt, die ihr keinen Krieg mit dem Zaren gestatte. Eine Niederlage der Türkei in der Angelegenheit der ungarischen und polnischen Flüchtlinge hätte aber in unzweifelhafter Weise den Triumph Rußlands und sein moralisches Uebergewicht über den Sultan vor aller Welt dargetan. Das wäre eine nicht mehr gutzumachende Schlappe für England gewesen; nie durfte es den russischen Einfluß zu einem entscheidenden Faktor am Goldenen Horn werden lassen. Dies konnte dem englischen Gesandten bei der Hohen Pforte, Sir Stratford Canning, nicht entgehen, der eifersüchtig über alle Schritte der Russen wachte.

„Sir Stratford," schreibt über ihn Graf Stürmer an Schwarzenberg, „wünschte, vermöge seiner philantropischen Gesinnungen, bei jedem Anlasse, wo es sich um Handhabung der Strenge gegen Aufrührer handelt, vermittelnd und versöhnend einzuwirken; allein er bedenkt nicht, daß in äußersten Fällen, wie dem in Frage stehenden, nur durch Strenge und Konsequenz größeres Unglück verhütet werden könne."[3]) Stürmer irrte jedoch, wenn er Sir Stratford nur aus philanthropischen Anwandlungen für die unglücklichen Flüchtlinge das Wort ergreifen läßt. Daran hatte nicht geringeren Anteil sein staatsmännischer Blick, der ihn ermessen ließ, von welcher Gefahr das Ansehen Britanniens in Konstantinopel bedroht sei, wenn es vor Rußland zurückweiche. An Sir Stratford Canning,

---

[1]) Andrássy an Kossuth, 11. September 1849, a. a. O.

[2]) Ibidem.

[3]) Graf Stürmer an Fürst Schwarzenberg. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

der Andrássy sehr liebgewonnen und häufig bei sich zu Gast sah, hatte der junge ungarische Diplomat einen Verbündeten zur Durchkreuzung der russischen Forderungen gefunden. Auf eigene Faust, ohne noch der Zustimmung seines Ministeriums versichert zu sein, widersetzte sich der englische Diplomat der geplanten Auslieferung. [1])

Plötzlich wurde die Sache der ungarischen Flüchtlinge zu einer Frage von europäischer Bedeutung; deren Rettung oder Fall spitzte sich mit einem Male zu einem Kampf zwischen England und Rußland um den überwiegenden Einfluß auf die Pforte zu. Denn wie Canning, so erkannte auch dessen Chef, Lord Palmerston, die Notwendigkeit, in keinem Falle auf diesem Gebiet Rußland die Palme des Erfolges zu überlassen. Mochte Fürst Felix Schwarzenberg sich noch so spöttisch über die Neigung des Staatssekretärs des englischen Auswärtigen Amtes äußern, immer die Rolle eines „Schiedsrichters Europas“ spielen zu wollen, [2]) so sollte er es doch sehr bald erfahren, daß gerade Palmerston seine und Rußlands Wünsche durchkreuze. Um aber jetzt weder den Zorn des Zaren noch den Englands auf sich zu laden, nahmen die schlauen türkischen Minister zu einem Hilfsmittel Zuflucht, von dem sie mit Sicherheit erwarteten, daß es seine Wirkung nicht verfehlen werde. Einen Tag nach der stürmischen Sitzung vom 8. September wurde Andrássy benachrichtigt, daß es für die Emigranten nur einen Weg der Rettung gebe: den Uebertritt zum Islam. Als türkische Untertanen, fügten sie hinzu, wären sie gesichert vor jeder Verfolgung und könnten in einigen Monaten nach Belieben reisen, wohin sie nur wollten. Die Antwort Andrássys lautete: ein solcher Schritt sei ganz ausgeschlossen; die Türken täuschen sich, wenn sie hoffen, durch einen derartigen Rat ihre Ehre retten zu können. So dringend schien den türkischen Staatsmännern die Erledigung der Angelegenheit in der von ihnen empfohlenen Weise, daß sie Andrássy am 10. September abends neuerdings zu sich rufen ließen. Abermals suchten sie ihm die Annahme des türkischen Glaubens als Rettungsanker in der Not begreiflich zu machen. Man sagte ihm, wenn er nicht bei Kossuth interveniere, werde ihn selbst die

---

[1]) Sir Canning an Lord Palmerston, 17. September 1849. „If I had suspended my support for a moment, the Porte, I have no doubt, would have given way.“ Ashley, „Life of Palmerston“, Bd. I, S. 150, Anmerkung.

[2]) Hübner, „Ein Jahr meines Lebens“, S. 362; Schwarzenberg an Lebzeltern, 4. Dezember 1848.

Verantwortlichkeit für alles Unglück treffen, das aus seiner ferneren Weigerung entstehen könnte. „Daher," rechtfertigte sich Andrássy gegenüber Kossuth, „schrieb ich, und sollte sich von neuem ein solcher Fall ergeben, würde ich genau wieder so handeln. Was ich selbst in einer solchen Lage getan hätte, ist eine andere Frage. Da ich aber selbst außer Gefahr war, durfte ich nicht mit dem Leben, ja, was noch mehr ist, mit der Freiheit anderer den Großherzigen spielen."[1]) Um so mehr fühlte er sich verpflichtet, Kossuth von der Anforderung der Türken in Kenntnis zu setzen, als er jetzt an den Gesandten der europäischen Mächte nicht mehr die nötige Stütze fand. Sir Stratford, der über den meisten Einfluß in Konstantinopel verfügte, war ganz unerwartet kleinmütig geworden, hielt die Sache der Internierten bereits für verloren und gab selbst Andrássy den Rat, sich durch die Flucht zu retten. Obgleich dieser nichts davon hören wollte, hielt er seine Lage doch für äußerst schwierig. „Glaube mir," lautet es in seinem Briefe an Kossuth, „daß meine hiesige Existenz nicht viel besser ist als die Deinige. Alles versuchen und doch nichts tun können, vor den Türken als zudringlich, vor Euch vielleicht als ungeschickt oder faul zu erscheinen, ist keine angenehme Position, aber es läßt mich doch gleichgültig, ich erfülle meine Pflicht."[2]) Wenn er sich unter dem Einfluß dieser Seelenstimmung auch bereit erklärte, an Kossuth die von den Türken gewünschte Mitteilung gelangen zu lassen, so lehnte er es dagegen ab, für den Vorschlag der Pforte bei seinen Landsleuten befürwortend einzutreten. Damals schrieb er an Kossuth, dessen Kopf von Rußland und Oesterreich am „dringlichsten" verlangt wurde: „Ich kann Euch keinen Rat geben. Jedermann wird am besten imstande sein, dies mit sich selbst abzumachen." Gleichwohl ließ er durchschimmern, wie es, mit Rücksicht auf die möglichen Folgen, geboten wäre, die Sache doch in Erwägung zu ziehen. Es sei zwar, meinte er, zweifelhaft, ob Rußland, ungeachtet seiner Drohungen, etwas wagen werde. Wenn aber die zum Islam übergetretenen Emigranten, im Sinne des Versprechens des Kriegsministers, Aufnahme in der türkischen Armee finden, außerdem dann der Sultan die Herausgabe der Bekehrten, seiner nunmehrigen Untertanen, verweigert, „so ist" — und dies behauptet Andrássy auf Grundlage der Versicherungen höchstgestellter Persönlichkeiten — „der Krieg fast

[1]) Andrássy an Kossuth, ohne Datum. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums.

[2]) Ibidem.

gewiß, und der ungarische Feldzug wird in der Türkei fortgesetzt." Um dies höchst wichtige Ziel zu erreichen, brauche man nicht das Urteil der öffentlichen Meinung Europas zu scheuen; in dem aufgezwungenen Glaubenswechsel werde sie nie einen Akt der Feigheit, sondern vielmehr eine Kundgebung gegen die Kabinette und einen Beweis dafür erblicken, daß Ungarns Schicksal nunmehr an das „des türkischen Reiches geknüpft wurde". Andrássys Schreiben an Kossuth vom 11. September spiegelt getreulich das Bild der verschiedenen Eindrücke wieder, unter deren Herrschaft er stand. Von Moment zu Moment sah er sich vor andere Situationen und neue Entschlüsse gestellt. Hatte man ihm gesagt, man fürchte sich nicht vor den Drohungen Rußlands, so mußte er es erleben, wie gleich darauf der Wind wieder umschlug und jeden Augenblick die Auslieferung zu gewärtigen sei — falls der Uebertritt zum Islam nicht erfolge. Andrássy vermochte selbst nicht mehr, die Angst der Türken vor Rußland mit der in der Umgebung des Padischah immer lauter zutage tretenden Kriegslust in Uebereinstimmung zu bringen. „Ich weiß," bemerkte er hierzu gegenüber Kossuth, „Du wirst mich nicht[1]) verstehen, warum man die Auslieferung nicht verweigert, wenn man den Krieg nicht scheut. Auch ich bin nicht imstande, das zu begreifen, doch ist es so, darauf kannst Du Dich verlassen. Ich glaube, daß der Finger der Vorsehung uns diesen Weg zeigt. — Beschließet zum Wohle Eurer Person und zum Besten unseres Vaterlandes." [2]) Kossuth lehnte den Antrag der Pforte ab mit der Erklärung: „Zwischen Tod und Schande kann die Wahl weder zweifelhaft noch schwer sein." [3]) Diese Worte richtete der ehemalige „Gubernator" Ungarns an Lord Palmerston, dem er zugleich sein und seiner Mitgenossen „unglückliches" Los aufs nachdrücklichste empfahl. [4]) Nach der entschiedenen Weigerung Kossuths, den Glauben seiner Väter abzuschwören, stand die Pforte neuerdings vor der Alternative

---

[1]) In dem im „Neuen Wiener Tagblatt" veröffentlichten Schreiben Andrássys heißt es: „Ich weiß, Du wirst mich verstehen", was keinen Sinn gibt. Ich gebe die Stelle nach dem im ungarischen Nationalmuseum befindlichen ungarischen Original.

[2]) Andrássy an Kossuth, 11. September 1849, a. a. O.

[3]) Kossuth an Palmerston, Widdin, 20. September 1849, mitgeteilt von Ph. Korn, a. a. O., S. 99 u. ff. Die Antwort Kossuths an Andrássy ist nicht bekannt.

[4]) Das Schreiben Kossuths an Palmerston ist ohne Zweifel echt. Es enthält Mitteilungen, die dem Briefe Andrássys an ihn vom 11. September 1849 entnommen sind.

der Preisgebung der Flüchtlinge oder des Konfliktes mit Rußland und Oesterreich. Obgleich voll Angst vor der letzteren Möglichkeit, ließ sich der Sultan doch nicht einschüchtern. Er, dem bisher immer die Rettung der Ungarn am Herzen gelegen,[1] wies mit Entschiedenheit das ihn entehrende Ansinnen zurück, das einmal gewährte Gastrecht zu verletzen. Der Entschluß ist um so höher anzurechnen, als die Vertreter Rußlands und Oesterreichs bereits ihre Drohung, jeden diplomatischen Verkehr mit der Pforte abzubrechen, wofern sie nicht nachgebe, auch bereits tatsächlich zur Ausführung gebracht hatten.[2] Nicht nur die Festigkeit des Sultans, an der Andrássy sein Anteil gebührt, sondern auch das jetzt wieder energische Auftreten Palmerstons in Wien und Petersburg[3] sowie dessen Entschluß, jeden russischen Ueberfall auf Konstantinopel mit Hilfe der englischen Flotte abzuwehren, retteten Kossuth, der nicht zum Islam übertreten wollte, vor der Auslieferung.

War es auch Andrássy durch sein unermüdliches Drängen gelungen, das Schlimmste von seinen Landsleuten abzuwenden, so hatte er doch noch immer nicht deren gänzliche Freilassung aus Widdin erreichen können. Ungeachtet aller seiner Bemühungen winkte ihm kein Erfolg in dieser Hinsicht. War es heute gewiß, daß die Internierten hingehen könnten, wohin sie wollten, so stand am nächsten Tage schon alles wieder in Frage. Da schien ihm der gleichfalls in Widdin zurückgehaltene General Bem ganz unerwartet in höchster Not einen Rettungsanker zu bieten. Bem hatte erklärt, zum Osmanentum übertreten zu wollen, um dann in den türkischen Heeresverband aufgenommen zu werden. Andrássy schmeichelte sich mit der Hoffnung, daß die hierdurch veranlaßte Entfernung Bems aus dem türkischen Orte auf das

---

[1]) Andrássy an Kossuth, ohne Datum. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums.

[2]) Graf Stürmer an den Königlichen Fiskal (so wurde in Ungarn der Staatsanwalt genannt) in Widdin, Konstantinopel, 25. September 1849. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern. Fürst Felix Schwarzenberg hatte Kovács und einen gewissen Jazmagy nach Widdin gesandt, mit der geheimen Mission, die dort internierten ungarischen Flüchtlinge zu freiwilliger Rückkehr in die Heimat zu bewegen. Wie Stürmer am 28. November 1849 an Schwarzenberg berichtete (Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern in Wien), gelang es dem Jazmagy (?), den Grafen Stephan Batthyány zur Heimkehr nach Ungarn zu bereden.

[3]) Siehe die ganzen Verhandlungen bei Ashley, „Life of Palmerston", Bd. I, S. 142 u. ff.

Schicksal der übrigen Internierten, daher auch auf das Kossuths, von günstigem Einflusse sein werde. In der Tat vermochte Andrássy am 19. November Kossuth zu benachrichtigen, daß die Türken beschlossen hätten, ihm das kleinasiatische Kiutahia zum künftigen Aufenthaltsorte zu bestimmen.[1]) Damit aber war der „Gubernator“, der ganz richtig fühlte, daß er dort kaltgestellt werden sollte, gar nicht einverstanden. Er betrachtete die Verbannung nach Kleinasien als eine alle Menschenrechte verletzende Handlung. „Unser Tod am Schafott,“ schrieb er damals an Andrássy, „könnte noch für das Vaterland zum Freiheitssamen werden, doch die Deportation zerstört jede Hoffnung und vollendet die noch nicht vollendete Eroberung Ungarns für Oesterreich.“[2])

Der Brief Kossuths traf den Grafen nicht mehr in Konstantinopel, wo er nicht länger verbleiben konnte. Schon forderte Stürmer im Auftrage seiner Regierung dessen Ausfolgung an Oesterreich. Der Gesandte der „Revolution“ war in den Augen der österreichischen Staatsmänner ebensosehr dem Henker verfallen, wie alle Führer der Bewegung. Es war höchste Zeit, an die eigene Sicherheit zu denken. Die persönlichen Gefühle Graf Stürmers waren ihm zur Genüge bekannt, um von diesem keine Schonung zu erwarten. Eines Tages soll der Internunzius beim englischen Botschafter Sir Stratford Canning vorgesprochen haben, wo ihm zu seinem größten Verdrusse mitgeteilt wurde, daß eben Graf Julius Andrássy im Kabinette Seiner Exzellenz weile. Wütend kehrte Stürmer dem Grafen den Rücken zu, als er aus dem Gemach des Botschafters heraustrat und erhobenen Hauptes an dem Internunzius vorbei dem Ausgang zuschritt. Wir können den wirklichen Verlauf dieser eigentümlichen Szene nicht verbürgen.[3]) Aber gewiß ist es, wie Graf Stürmer selbst versichert, daß Andrássy zur englischen Botschaft in den vertraulichsten Beziehungen stand.[4]) Unter den herrschenden Umständen traute sich ja selbst sie nicht mehr

[1]) Dieses Schreiben Andrássys vom 19. November 1849 ist uns unbekannt. Kossuth erwähnt es in seinem vom 24. November aus Schumla datierten Briefe an Andrássy. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums.

[2]) Kossuth an Andrássy, Schumla, 24. November 1849. Handschriften des ungarischen Nationalmuseums. Kossuth hatte den Brief für alle Fälle deutsch geschrieben, damit ihn, wenn Andrássy schon abgereist sein sollte, ein anderer lesen und dem Grafen nachsenden könne.

[3]) So erzählt Reiner a. a. O.

[4]) Stürmer an Schwarzenberg, Konstantinopel, 26. September 1849. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

die Kraft zu, ihn vor der Gefahr bewahren zu können, möglicherweise, gleich Kossuth, in Kleinasien interniert zu werden. Er mußte daher an rasche Entfernung aus Konstantinopel denken. Uebrigens hatte er schon früher geäußert, nur so lange in Stambul bleiben zu wollen, als er dort von Nutzen sein könnte.[1]) Nachdem es entschieden war, daß die Emigranten an ihre Todfeinde nicht ausgeliefert würden, die weitere Regelung ihres Loses in den Händen Palmerstons lag, hatte es keinen Sinn mehr, sich noch länger in der für ihn gefährlichen türkischen Hauptstadt aufzuhalten.[2]) Mehr als der Schutz des Lebens seiner Landsleute war doch nicht zu erreichen. Und für eine andere Wirksamkeit Andrássys gab es jetzt keinen Spielraum in Konstantinopel. Man hatte wohl große Hoffnungen an seine Mission geknüpft, darauf gerechnet, daß es ihm gelingen werde, den Sultan zu bewegen, für Ungarns Rettung das Schwert zu ziehen. All diese Erwartungen beruhten auf falschen Voraussetzungen, die unter den gegebenen Verhältnissen gar nicht zu verwirklichen waren. Andrássy hat sich ebenso getäuscht wie sein Auftraggeber. Ohne tatkräftige Unterstützung von seiten Englands und Frankreichs konnte und durfte die Türkei nie an eine Fehde mit Rußland und Oesterreich denken. Hilfe war aber von England und Frankreich nicht zu erwarten, da weder die eine noch die andere Macht ernstlich einen Zusammenstoß mit Oesterreich und Rußland wünschte. Vermochte aber auch Andrássy nicht die Teilnahme der Pforte am Kriege gegen Oesterreich durchzusetzen, so kann er doch andererseits das Verdienst in Anspruch nehmen, im Vereine mit Sir Stratford Canning die Auslieferung der Flüchtigen an ihre Todfeinde verhindert zu haben. Dies wird auch durch ein amtliches österreichisches Zeugnis bestätigt, in dem es heißt, daß Andrássy in Konstantinopel „alle möglichen Mittel zugunsten der Rebellen gegen Oesterreich angewendet habe.“[3]) Erst nachdem der junge Diplomat von 26 Jahren unter den heikelsten Verhältnissen dies eine Ziel erreicht, womit er eine Probe seiner diplomatischen Geschicklichkeit gegeben, verließ er gegen Ende November 1849 die türkische Hauptstadt, nicht mehr als „ein“, sondern, wie Stürmer sich jetzt im Gegensatz zu früher ausdrückte, als der „bekannte“

---

[1]) Andrássy an Kossuth, Konstantinopel, 3. November 1849, a. a. O.

[2]) Ibidem.

[3]) Konsignation über die von dem k. k. Kriegsgericht zu Pest seit dem Jahre 1848 bis auf die neueste Zeit ediktaliter exilierten politischen Flüchtlinge. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

Graf Andrássy.[1] In Begleitung von mehreren Emigranten, unter denen sich der ungarische Arzt Mérey, ursprünglich Schopf genannt, befand, trat der Graf auf einem französischen Dampfboot[2] die Reise nach Marseille an. Noch ehe er die französische Hafenstadt erreichte, hatte schon Kossuth, der mit Andrássys Abgang von Konstantinopel nicht einverstanden gewesen zu sein scheint, an dessen Ersatz gedacht. Von Schumla aus, wo der „Gouverneur" vorläufig interniert worden, beabsichtigte dieser, seinen Sekretär Leopold Boek, versehen mit einem preußischen Passe und betraut mit wichtigen Papieren, nach Stambul zu senden, „um daselbst" — wie der Königlich Ungarische Fiskal Kovács an Graf Stürmer berichtet — „die Stelle Andrássys auszufüllen".[3]

---

1) Stürmer an Schwarzenberg, 28. September 1849. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern. Danach ist auch Reiners Angabe (a. a. O.) zu berichtigen, daß Andrássy am 25. September abgereist sei.

2) Stürmer an Schwarzenberg, 28. November 1849. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

3) Königl. Fiskal Kovács an Stürmer. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

Drittes Kapitel

Verbannung und Heimkehr

Mit wenigem Gelde in der Tasche war Andrássy von Konstantinopel aus in London eingetroffen.[1]) Von den 1800 Dukaten, die er im September 1849 erhalten, hatte er noch in der türkischen Hauptstadt einem gewissen Brown[2]) 600 gegeben, um dessen Reise nach Turin zu ermöglichen. Außerdem tilgte er in Konstantinopel die Schulden Baron Splényis.[3]) Auch stellte er Kossuth oder demjenigen der ungarischen Emigranten, der einer Unterstützung bedurfte, 700 Dukaten zur Verfügung, denn — wie der Graf sagt — „gerne teile ich mit jedermann“.[4]) Dies bewies er in Paris, wohin er, wie es scheint, nach kurzem Aufenthalt in London, übersiedelte. Die französische Hauptstadt bildete damals den Sammelplatz vornehmer ungarischer Emigranten. Eine originelle Erscheinung derselben war Graf Ladislaus Teleki, der diplomatische Vertreter der Regierung Ungarns in Paris. Mit scharfem, lebhaftem Geist verband der Mann, den später ein so tragisches Ende erreichte, ein bedeutendes diplomatisches Talent und sehr gewinnende Manieren.[5]) Im Kreise seiner Landsleute begegnete Andrássy auch dem Honvédgeneral Klapka, dem entflohenen ungarischen Minister des Aeußern, Graf Kasimir Batthyány, Szemere, Graf Paul Esterházy, Paul Almássy und vielen anderen, die jetzt fern vom besiegten Vaterlande im modernen Babel das Schicksal der Heimat betrauerten und beweinten. Unter den Flüchtlingen gab es so manchen, der bar aller Mittel war. Ehe Andrássy von seiner Mutter

---

[1]) Aus dem Schreiben Baron Kollers, des österreichischen Botschafters in London, an Andrássy vom 5. September 1850 (Gräfl. Andrássysches Archiv) geht hervor, daß Andrássy, was mir auch durch mündliche Mitteilung bestätigt wird, sich zu jener Zeit in der englischen Hauptstadt aufhielt.

[2]) Soll dieser Brown etwa mit dem amerikanischen Geschäftsträger gleichen Namens in Konstantinopel identisch sein? Das erscheint aber nicht recht glaublich.

[3]) Andrássy an Kossuth, 3. September 1849, a. a. O.

[4]) Ibidem.

[5]) Arthur Graf Seherr Thosz, „Erinnerungen aus meinem Leben“, S. 84.

reichlichere Mittel zuflossen, bewohnte er, sich von der Außenwelt ziemlich abschließend, zwei Zimmer. Umgeben von dem glänzenden und rauschenden Treiben in der Stadt an der Seine, wo damals schon Napoleon als Prinzpräsident der zweiten französischen Republik die Zügel der Regierung an sich gerissen hatte, gedachte Andrássy, gleich allen ungarischen Emigranten, voll Trauer der Heimat. Wenn er September 1849 den Wunsch geäußert hatte: „Gebe Gott, daß wir wenigstens die Zukunft unseres armen Vaterlandes retten können,“[1]) so mußte er sich jetzt mit tiefem Schmerze gestehen, daß diese Zukunft in Gefahr schwebe, für immer hoffnungslos vernichtet zu werden. Ungarn gegenüber kam eine Politik der Rache und Vergeltung in Anwendung. Bereits im Dezember 1848 hatte Graf Anton Szécsen, eines der begabtesten Mitglieder der ungarischen altkonservativen Partei, geäußert: „Man will Ungarn zerstückeln. Ich kann es nicht verhindern, aber ich will kein Zeuge davon sein.“[2]) Feldmarschall Fürst Alfred Windisch-Graetz, der mit Hilfe der Altkonservativen die Ordnung herstellen wollte, war es gelungen, diesen Stoß ins Herz Ungarns abzuwenden.[3]) Der leitende Minister, Fürst Felix Schwarzenberg, gedachte nicht auf den von Windisch-Graetz unterstützten Plan der ungarischen Altkonservativen einzugehen; er lehnte es aufs entschiedenste ab, zur Versöhnung Ungarns die alte Verfassung vor 1848 wieder herzustellen.[4]) Nach Világos gab es für die ans Ruder gelangten österreichischen Staatsmänner keine Schranke der Zurückhaltung mehr: Der Willkür eine freie Gasse, hieß es jetzt. Nun unterschied man noch weniger als vor Világos zwischen „Rebellen“ und „Treugebliebenen“.[5]) Das ganze Land bekam die schwere Hand des Siegers zu fühlen. Verleitet vom Rausche des Erfolges, wurden die Altkonservativen, in denen die ihnen gleichgesinnten Oesterreicher den Grundstock einer starken lebensfähigen Regierungspartei erblickten,[6]) beiseitegeschoben. Zum Verdrusse des Grafen Szécsen, der sich nach

---

1) Andrássy an Kossuth, 3. September 1849, a. a. O.

2) Hübner, „Ein Jahr meines Lebens“, S. 323.

3) „General der Kavallerie Prinz Ludwig Windisch-Graetz' Kindheit und Jugendzeit, 1839—1850“. Wien 1908. S. 138. Das Tagebuch des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz erschien anonym. Unter Mitwirkung des Generals der Infanterie Emil von Woinovich wurde es von der Frau des Verstorbenen, Prinzessin Valerie Windisch-Graetz, und deren Tochter, verehelichte Gräfin Henckel-Donnersmarck, veröffentlicht.

4) Hübner, a. a. O., S. 324.

5) Ibidem.

6) „Ludwig Windisch-Graetz' Kindheit und Jugendzeit“, S. 114.

Ischl, dem damaligen „Kobenzl“ [1]) seiner ihm gleichdenkenden Standesgenossen, zurückgezogen hatte, sollte in der Tat nach der Niederwerfung der letzten ungarischen Armee, die Zerstückelung oder vielmehr Verschmelzung Ungarns in Oesterreich durchgeführt werden — eine Idee, für die damals Aurél von Kecskeméthy in einer Broschüre ganz besonders Propaganda machte.[2]) Ehe aber dieses Königreich ganz und gar zu einem bloß geographischen Begriffe degradiert wurde, schritt man vorerst, zur Abschreckung Tausender und Tausender, an die Bestrafung all jener, die sich an der soeben niedergeschlagenen Erhebung beteiligt hatten.

Jedenfalls bereits vor Beginn der zweiten Hälfte Oktober 1849 dürfte Peter von Hegyesi, in seiner Eigenschaft als Generalprokurator von Ungarn, den Auftrag erhalten haben, sich über das Maß der anzuwendenden Bestrafung gegen die Urheber der ungarischen Revolution zu äußern. Hegyesi, der noch vor einem Jahre in der damaligen „Hofkammer“ eine wenig hervorragende Stelle eingenommen, muß sich den neuen Machthabern als ein für ihre Absichten besonders gefügiges Werkzeug empfohlen haben: rasch klomm er bis zur Höhe eines Generalprokurators empor.[3]) Er täuschte auch nicht die in ihn gesetzten Erwartungen. Mit wahrem Drakonismus, ohne jedes Erbarmen mit dem Besiegten, faßte er sein Gutachten ab. Als Vorbilder dienten ihm die verschiedenen Erlasse und Proklamationen des Fürsten Windisch-Graetz, durch die Kossuth und alle ungarischen Regierungsorgane im In- und Auslande für vogelfrei erklärt worden waren. Auch das Vorgehen Haynaus dürfte auf ihn eingewirkt haben, der am 6. Oktober 1849 in Arad dreizehn Generale der Görgeyschen Armee durch den Henker ins Jenseits befördern ließ. In dieser Maßregel schien sich all der Zorn und Haß zu entladen, den die kaiserliche Armee darüber empfand, daß Görgey, mit Ausschluß der Oesterreicher und zum Zeichen seiner soldatischen Geringschätzung für sie, nur vor den Russen die Waffen hatte

---

[1]) Hübner, „Ein Jahr meines Lebens“, S. 323.

[2]) Aurél von Kecskeméthys Tagebuch (ung.), S. XI.

[3]) Nach dem Staatsschematismus von 1848 war Peter von Hegyesi in diesem Jahr Königlicher Direktorialfiskal, und zwar als sechster in der Reihe. Diesen Fiskalen gingen noch voran der Hofkammerrat, Direktor Josef von Eötvös als Chef der Hofkammerprokuratur und der Vizedirektor Eduard von Fluck. Hegyesi mußte also sieben Personen überspringen, um selbst Chef werden zu können.

strecken wollen. Militärisch mochte sich vielleicht der ungarische Feldherr für berechtigt halten, an die Uebergabe die Bedingung zu knüpfen, daß bei dem entscheidenden Akte seines Lebens kein einziger österreichischer Offizier zugegen sein dürfe.[1]) Politisch war es gewiß von Görgey ein großer Fehler, darauf zu bestehen, daß der kaiserlichen Armee vor der ganzen Welt solcher Schimpf angetan werde.[2]) Er mußte sie mit tiefem Groll und unsagbarer Verbitterung gegen die Ungarn erfüllen. Feldzeugmeister Haynau, von Natur aus zur Brutalität und Rücksichtslosigkeit neigend, hatte diesen Gefühlen, als nunmehriger Oberkommandant, volle Macht über sich gestattet. Seine Seelenstimmung erklärt vielleicht zu einem Teile die ganz unnötige Grausamkeit, mit der Haynau die dreizehn Generale hinrichten ließ. So war die Atmosphäre beschaffen, die den Generalprokurator von Ungarn umgab. Er war ein viel zu unterwürfiger Diener, um bei den in allen maßgebenden Kreisen herrschenden Ansichten der Anwendung von Milde das Wort zu reden. Von Hegyesi war daher kein anderer Antrag zu erwarten, als alle, die bei der Empörung, „was immer für eine tätige, leitende, zustimmende oder vollziehende Rolle gespielt", des Hochverrates anzuklagen und mit dem Tode zu bestrafen.[3]) Ihm pflichteten der bevollmächtigte Zivilkommissär für Ungarn, Karl Freiherr von Geringer,[4]) und der Sektionschef des Justizministeriums, von Emminger, bei.[5]) Im Besitze der miteinander übereinstimmenden Noten beschloß der Ministerrat, auf Antrag Freiherrn von Bachs, des Ministers des Innern, die Einsetzung einer gemischten Kommission. Ihr fiel die Aufgabe zu, einen Entwurf zur Feststellung gleichförmiger Normen „in bezug auf die Verfolgung und Bestrafung der Urheber, Beförderer und Hauptteilnehmer an der unheilvollen Empörung in Ungarn" zu verfassen.[6]) Ausdrücklich ward hervorgehoben, daß auch die ins Ausland gesandten diplomatischen Vertreter zu den

---

[1]) Görgey, „Mein Leben und Wirken", Bd. II, S. 402.

[2]) Siehe Woinovich, „Arthur Görgey" in: „Oesterreichische Rundschau", Bd. XIV, S. 209.

[3]) Freiherr von Geringer an Bach, Pest, 14. November 1849. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern in Wien. Geringer führt den Inhalt des Hegyesischen Memorandums an.

[4]) Ibidem.

[5]) Referent Emminger, November 1849, ibidem.

[6]) Bach an den Justizminister von Kraus, November 1849 (zugestellt 19. November 1849), ibidem.

„Urhebern und einflußreichsten Beförderern“ der „Rebellion“ gehören und dem Tode verfallen seien.[1]) Damit war Andrássys Schicksal besiegelt. Bereits am 1. Januar 1850 wurde er „ediktaliter zitiert“, wie der so grausige technische Ausdruck für derartige Vorladungen vor das damalige, in Pest seines Amtes waltende Kriegsgericht lautete. Wahrscheinlich um ihn zur Stellung vor den militärischen Richter zu veranlassen, schrieb der Londoner Kaiserliche Gesandte, Baron Koller, am 5. September 1850 an Andrássy, daß er ermächtigt sei, ihm einen gesandtschaftlichen Paß zur freien Rückkehr nach Pest zu geben und daß er ihm überdies noch eine hierauf bezügliche Mitteilung zu machen habe.[2]) Kein Zweifel, daß Andrássy die Aufforderung unbeachtet ließ. Von seiner Seite wäre es ja auch heller Wahnsinn gewesen, vor einem Tribunal zu erscheinen, von dem er, nach dem Beispiel von Arad, mit voller Sicherheit annehmen mußte, daß es ihn dem Galgen überliefern würde. Im günstigsten Falle konnte er im Gnadenwege die Umwandlung des Verdiktes in lebenslänglichen Kerker erwarten. Da Andrássy der Aufforderung des Kriegsgerichtes keine Folge leistete, so ward, wie in ähnlichen Fällen damals üblich, in seiner Abwesenheit zur Austragung des gegen ihn angestrengten Hochverratsprozesses geschritten. Als Schuld ward ihm die „durch Zeugen erwiesene“ Tatsache angerechnet, sich in der Eigenschaft eines Nationalgardemajors an der Schlacht von Schwechat (30. Oktober 1848) beteiligt und das Amt eines Obergespans des Zempléner Komitates „in revolutionärer Richtung bis Ende 1849“ verwaltet zu haben. Hierin aber irrte das Kriegsgericht, indem Andrássy ja bereits am 22. Mai 1849 Ungarn verließ. Ebenso unrichtig ist, wenn ihn der militärische Gerichtshof in Wien geboren sein läßt, während er doch in Kaschau zur Welt kam; auch war er 1850 nicht neunundzwanzig Jahre, sondern erst siebenundzwanzig Jahre alt.[3]) Zu jener Zeit, wo man mit einer

---

[1]) Referent Sektionschef Emminger, Wien, November 1849. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Baron Koller an Graf Andrássy, Chandos House, 5. September 1850. Gräfl. Andrássysches Archiv. Leider haben sich im k. u. k. Ministerium des Aeußern weder die an Koller ergangene Weisung noch dessen Bericht über den Vollzug des Befehles vorgefunden.

[3]) Konsignation über die von dem k. k. Kriegsgericht zu Pest seit dem Jahre 1848 bis auf die neueste Zeit ediktaliter zitierten politischen Flüchtlinge. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Auch in einem gedruckten Verzeichnis der Verurteilten wird Wien als Geburtsort Andrássys bezeichnet. Die Altersangabe schwankt zwischen vierundzwanzig bis achtundzwanzig Jahren.

großen Anzahl rasch zu erledigender Hochverratsprozesse überhäuft war, scheint man es mit der Erforschung solcher Daten nicht allzu genau genommen zu haben. Die Hauptsache war der Beweis, daß der Angeklagte sich des Verbrechens schuldig gemacht, im Lager der Gegner in hervorragender Stellung tätig gewesen zu sein, was in diesem Falle klar zutage lag. Außer den beiden erwähnten Fakten wurde dem Grafen noch zur Last gelegt, daß er von der „Rebellenregierung" die Mission nach Konstantinopel angenommen, daß er „auf der Reise durch Serbien," wie es im Urteil heißt, „die dortige Regierung gegen Oesterreich feindselig zu stimmen gesucht, überhaupt die kühnsten und hinterlistigsten Vorschläge zur Unterjochung der Serben und Kroaten entworfen und in Konstantinopel alle möglichen Mittel zugunsten der Rebellen gegen Oesterreich angewendet" habe.[1]) Infolge der gegen ihn erhobenen Anklage ward Andrássy im Sinne des fünften Kriegsartikels und auf Grundlage der Proklamation des Fürsten Windisch-Graetz vom 1. Juli 1849[2]) des Hochverrats beschuldigt und nach Vorschrift des achtundvierzigsten Artikels des Militärstrafgesetzes in Verbindung mit dem zweiten Teil des Infanteriedienstreglements, Abschnitt 5 § 6, zum Tode durch den Strang und zum Verlust seines Vermögens verurteilt. Der kriegsgerichtliche Spruch ward am 15. April 1851 — nicht wie es sonst heißt, am 22. September — in contumaciam gefällt und am 13. September bestätigt. Am 25. September erfolgte dessen Verlautbarung.[3])

Andrássy selbst erhielt erst durch die Zeitung Kenntnis von dem seine Person betreffenden kriegsgerichtlichen Verdikt. Eines Tages

---

[1]) Konsignation über die von dem k. k. Kriegsgericht zu Pest seit dem Jahre 1848 bis auf die neueste Zeit ediktaliter ziterten politischen Flüchtlinge. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) In dem Berichte des Rittmeister-Auditors Dusensy an das k. k. dritte Armeekommando, Pest, 6. Oktober 1850, heißt es: „Aus dem Gesagten erhellt, daß bei Graf Julius Andrássy die in Serbien und bei der Pforte entwickelte, auf die Vernichtung des österreichischen Staates abzielende diplomatische Tätigkeit sich als der Schwerpunkt seiner Strafbarkeit darstelle". K. u. k. Kriegsarchiv. Als besonders schwer belastendes Material galten Andrássys im zweiten Kapitel angeführten Briefe vom 11. Juni und 3. Juli 1849. Die Aussagen der Zeugen fehlen in den Prozeßakten des k. und k. Kriegsarchives.

[3]) Diese Daten finden sich in den Prozeßakten des k. u. k. Kriegsarchives und in dem gedruckten Verzeichnisse der Verurteilten in Ungarn. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Siehe auch „Wiener Zeitung" vom 25. September 1851.

trat er unaufhörlich lachend in das Zimmer seines Freundes, des Grafen Seherr Thosz, wobei er ein Exemplar der offiziellen „Wiener Zeitung“ vom 25. September 1851 in der Hand hielt. Auf die wiederholte Frage des Grafen Seherr Thosz, was es denn so Komisches in der amtlichen Zeitung der österreichischen Regierung gäbe, reichte ihm Andrássy das Blatt mit den Worten: „Hier, lies mein Todesurteil, es ist so gut motiviert, daß ich mir einst kein schöneres Epitaph auf meinem Grabstein wünschen kann.“ [1]) Da das Urteil nicht an ihm selbst vollzogen werden konnte, nahm man zu der in jenen Tagen bei den österreichischen Kriegsgerichten in Schwung befindlichen, ebenso kleinlichen wie lächerlichen Rache Zuflucht, den zu Strafenden wenigstens bildlich, in effigie, zu henken.[2]) Niemand, und gewiß am wenigsten Andrássy selbst, hat damals — um dies hier sofort zu erwähnen — daran gedacht, daß es ihm später vergönnt sein werde, seinen Hals mit dem höchsten Orden der Monarchie schmücken zu können. Als ein fremder Diplomat in Berlin, zur Zeit des Kongresses von 1878, die Schönheit des Ordens an Andrássy bewunderte, bemerkte er, anspielend auf das Jahr 1851, gegenüber der betreffenden Persönlichkeit: „Jawohl, zweifellos; aber mein Bild hat einst ein ganz anderes Kollier um den Hals gehabt.“ [3]) Wehe hat ihm die imaginäre Justifizierung nicht getan, und er vermochte, als er davon hörte, über die Abgeschmacktheit, sein Dasein auf diese Art aus der Welt zu tilgen, ein zufriedenes Lächeln kaum zu unterdrücken. Anders stand es freilich mit dem seelischen Schmerze, von nun an für unabsehbare Zeit aus der Heimat ausgestoßen zu sein. Wohl gehörte er zu den Emigranten, denen in der Fremde ein behaglicheres Los beschieden war als den meisten von ihnen, die sich durch Unterricht, Handel oder sonstige ihrem bisherigen Beruf wenig entsprechende Beschäftigung oft kümmerlich ihr tägliches Brot verdienen mußten. Seine Mutter, die verwitwete Gräfin Etelka Andrássy, versah ihn mit reichlichen Mitteln und ermöglichte ihm ein standesmäßiges Auftreten. Nun konnte er Equipage und Reitpferde halten. Der geistreiche, un-

---

[1]) Arthur Graf Seherr Thosz, „Erinnerungen aus meinem Leben“, S. 85.

[2]) Bei dieser Prozedur bildeten berittene Gendarmerie und eine Abteilung Infanterie die übliche Bedeckung. Als Andrássy am 22. September 1851 in effigie gehenkt wurde, verlasen drei Militärauditore die Namen von 36 Verurteilten. Hierauf heftete der Henker 36 schwarze Tafeln, auf welchen die Namen der Hochverräter in weißer Schrift zu lesen waren, an den Galgen. Siehe hierüber: Karl Vayna, „Alte vaterländische Strafsachen“ (ung.), Bd. II, S. 33 und 36.

[3]) Souvenirs d'un diplomate du comte Charles de Mouy. Revue Des Deux Mondes. Livraison, 15 Octobre 1904, p. 744.

gemein liebenswürdige Graf, der im Verkehr mit den Menschen den ganzen Zauber seiner Persönlichkeit zu entfalten verstand, war ein gern gesehener Gast der vornehmsten Kreise, zu deren Lieblingen er bald gehörte. Mit Rücksicht darauf, daß er, allerdings 1851 und nicht 1848, in effigie gehenkt worden, sollen ihn die Pariser Damen: »Le beau pendu de 1848« genannt haben.[1]) Seine Kenntnis der französischen und englischen Sprache trug nicht wenig dazu bei, ihm überall den Zutritt zu erleichtern. Gerade als durch die Fürsorge der Mutter sich seine materielle Lage verbesserte, hatte sie zu Hause mit den Behörden einen Kampf um die Höhe ihres Einkommens zu bestehen. Auf Grundlage der verhängten Güterkonfiskation sprach ihr das Gömörer Landgericht die Nutznießung des väterlichen Erbanteiles ihres Sohnes Julius ab; es sollte für den Staat, als den durch die Revolution Geschädigten, sichergestellt werden. Der Präsident der Finanzdirektion, Graf Almássy, vor den das Urteil gelangte, erklärte sich dagegen und zugunsten der Gräfin. Im Gegensatz zu Almássy waren die übrigen Behörden, deren Votum gleichfalls angehört wurde, einstimmig der Ansicht, daß der Fiskus als Vertreter des Entschädigungsfonds gerade mit Rücksicht auf das Kontumazurteil schon jetzt berechtigt sei, die Ausscheidung, Ausmittelung und Sicherstellung des gesamten väterlichen und mütterlichen Erbes des Grafen Julius vorzunehmen.[2]) Die verwitwete Gräfin appellierte in ihrer Bedrängnis an den Thron. Ihr Majestätsgesuch wurde von der Militärkanzlei des Kaisers an den allgewaltigen Chef der Obersten Polizeibehörde, Feldmarschalleutnant Freiherrn von Kempen, zur Begutachtung geleitet.[3]) Kempen seinerseits holte hierüber die Ansicht des Major-Auditors Kopetzky ein, von dem er sagt, daß er „sein ganzes Vertrauen besitze".[4]) Diese gefürchtete Autorität der Obersten Polizeibehörde stellte sich, im Gegensatze zu Graf Almássy, auf Seite des Fiskus. Es wurde daher die Sicherstellung des Erbanteiles des verbannten Grafen verfügt.[5]) Die Entscheidung war wohl nicht mit unmittelbaren Nachteilen

---

[1]) Przibram, „Erinnerungen", S. 219.

[2]) Gutachten des Major-Auditors Kopetzky, Wien, 21. August 1852. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

[3]) Oberst Müller an Kempen, Wien, 17. August 1852. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Kempen an Graf Grünne, Wien, 23. August 1852. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Gutachten des Kopetzky, 21. August 1852. Ibidem.

für Andrássy verbunden. Um so mehr aber erstreckte sie ihre schädliche Wirkung auf die Zukunft. Denn das eine war durch das Urteil des Gömörer Landgerichts erreicht, daß Graf Julius Andrássy bei dem eventuellen Tode seiner Mutter keinen Anspruch auf ein Erbe erheben konnte, da es bei deren Ableben unmittelbar in den Besitz des Fiskus überging. Für den Moment jedoch brauchte ihm die Entscheidung des Gerichtes keinen Kummer zu bereiten. Die Generosität der Mutter gestattete dem Sohne auch ferner, das Dasein eines Grandseigneurs zu führen. Doch füllten ihn Zerstreuungen und all die Genüsse, wie sie Jagden, Reiten und die anderweitigen Vergnügungen der vornehmen Salons boten, nicht ganz aus. Sein Trachten und Sinnen war vielmehr in erster Reihe dem Lose seines unglücklichen Vaterlandes geweiht. Mancher Emigrant, der ihm seine sorgenfreie Existenz mißgönnte, mag es ihm verübelt haben, daß er sich nicht an den revolutionären Umtrieben und Wühlereien beteiligte, wie sie damals Kossuth von London aus zum Umsturz der neuen Ordnung in Ungarn leitete. Andrássy war ein zu bedächtiger Kopf, um nicht aus der Schule der jüngsten Erlebnisse als ein Gereifter hervorzugehen. Auch er wünschte die Beseitigung der Säbelherrschaft, aber nicht mit den von Kossuth verwendeten Mitteln. Am klarsten und bündigsten kommt dies in dem Artikel zum Ausdruck, den der Graf im November 1850 in englischer Sprache unter dem Titel: „Die gegenwärtige Lage und Politik Oesterreichs“ in der „Eclectic Review“ erscheinen ließ.[1]) Andrássy war eigens von Paris nach London gereist, um durch Vermittlung Franz Pulszkys, der in der englischen Kapitale als Emigrant lebte, seinen ziemlich umfangreichen Aufsatz in der „Edinburgh Review“ unterzubringen. Erst als dies nicht gelang, wurde der Artikel in der „Eclectic Review“ veröffentlicht.[2]) Während Kossuth von London aus seine zahlreichen Agenten nach den verschiedensten Gegenden Ungarns entsandte, um dort die Revolution von neuem zu entfachen,[3]) plädierte Andrássy in seinem Artikel für Versöhnung zwischen seinem Vaterlande und Oesterreich. Im Gegensatz zum gewesenen „Gubernator“, der immer nur auf europäische Konflagrationen rechnete, um bei einem allgemeinen Brande an der

---

[1]) Der englische Titel lautet: „The present position and policy of Austria“, „Eclectic Review“, Vol. XXVIII, 1850.

[2]) Pulszky, „Mein Leben und meine Zeit“, II. Ausg., Bd. II, S. 22 (ung. und deutsch).

[3]) Nach ungedruckten Berichten.

Spitze eines Heeres in Ungarn einzubrechen,[1]) dachte Andrássy die Wiederherstellung der beseitigten Verfassung in friedlicher Weise zu bewirken. Dabei bekundete er bereits seine große Fähigkeit, die Dinge nicht von einem beschränktem Standpunkte, sondern von dem der großen europäischen Politik aus zu betrachten. Er wußte sehr wohl, daß England, in welchem Lande er den Hort der Freiheit erblickte, nur dann für die ungarische Frage zu gewinnen sein wird, wenn es ihm gelingt, sie in innigen Zusammenhang mit den mächtigen Interessen Europas zu bringen. Darauf war vor allem sein Bestreben gerichtet. Mit überzeugender Kraft malt er die Gefahren aus, die das europäische Gleichgewicht bedrohen, falls Oesterreich auf dem Wege des Zentralismus, der Wiege des Absolutismus, verharre. Gerade die zentralistische Richtung nötige Oesterreich, Schutz und Schirm beim Zaren zu suchen, der den gefügigen Wiener Hof bald als geeignetes Werkzeug zur Vollführung seiner ehrgeizigen Absichten im Osten benutzen werde. Der Zentralismus allein, betont Andrássy, bringt die österreichische Regierung um den letzten Rest von Widerstandskraft, den noch Metternich den orientalischen Plänen Rußlands entgegenzusetzen wagte. Die Unterjochung Ungarns vernichtet jede Hoffnung, dem Zaren im Marsche gegen die Donaufürstentümer und in weiterer Folge gegen die Türkei ein energisches Halt zu gebieten. Dies aber sei nur von Ungarn zu erwarten, das unter allen Völkern der Monarchie das größte Interesse daran habe, Rußland, den Kristallisationspunkt aller slawischen Elemente, im Oriente nicht zum Herrn der Donau und des Schwarzen Meeres werden zu lassen. Doch müßte nicht Ungarn, beraubt seiner Freiheit, seiner Rechte, seiner Nationalität, naturgemäß gleichgültig und abgestumpft bleiben gegen das Vorrücken der Russen! Wären die österreichischen Staatsmänner weniger durch Rache und Vergeltungssucht verblendet, müßten sie dies einsehen und Ungarn gegenüber, für das die Erhaltung Oesterreichs den größten Wert hat, eine andere, gesundere Politik befolgen. Verharrt die Wiener Regierung bei ihrem System der Unterjochung, wird sie auch nie die Kraft in sich finden, eine Barriere gegen Rußland zu bilden. Mit ihrer jetzigen Politik jedoch bedroht sie das europäische Gleichgewicht. Gefährdet ist es aber ganz gewiß, wenn das österreichische Ministerium den Plan verwirklicht, auch mit den nichtdeutschen Provinzen der Monarchie in den Deutschen Bund einzutreten, in

---

[1]) Nach ungedruckten Berichten.

dem sie nur das Uebergewicht als gehorsame Dienerin des Zaren zu erhalten vermag. „Die Zukunft," sagt Andrássy, „liegt in der Hand der Vorsehung. Unmöglich ist das Schicksal einer Monarchie vorauszusehen, deren Basis auf so vielen politischen Fehlern beruht; es ist zum mindesten sicher, daß es zur Abwendung der Gefahr für die Gegenwart und vielleicht auch für die Zukunft nur ein Mittel gibt. Es besteht in der Abkehr von der sinnlosen Idee der Zentralisation, der Ursache und Wirkung so vieler Uebel, und ihrer Ersetzung durch ein System, das geeignet ist, das Interesse der verschiedenen Teile für die Erhaltung des Reiches zu beleben." [1] „Vor allem aber," fährt er fort, „ist die Wiederherstellung der Unabhängigkeit und der nationalen Rechte Ungarns nötig, erforderlich nicht allein zum Vorteil dieses Königreiches und auf Kosten des anderen Teiles der Monarchie, sondern zum ureigensten Nutzen Oesterreichs selbst und all seiner Provinzen. Denn es ist klar: solange die österreichische Regierung dem größten Königreich der Monarchie seine Rechte vorenthält, wird es auch den anderen Provinzen nie irgend etwas von wahrer Freiheit bewilligen; solange sie nicht die historischen Rechte Ungarns achtet, wird sie noch weniger die den anderen Ländern oktroyierten Rechte respektieren. Ganz besonders möge noch daran erinnert werden, daß nur allein die freiwillige Mitwirkung Ungarns Oesterreich aus seiner totalen Abhängigkeit von Rußland loszureißen vermag. — Gebt den Ungarn," lauten die Schlußworte des anonym erschienenen Artikels in der „Eclectic Review", „ihre historische Unabhängigkeit, gebt ihnen ihr Land zurück, und sie werden wieder von Anhänglichkeit (an die Dynastie) erfüllt werden. Und dies liegt im Interesse sowohl Europas als auch Oesterreichs und Ungarns; denn die Existenz Oesterreichs kann nur ein Gewinn für die anderen Mächte als Gegengewicht gegen Rußland sein. Aber solange dessen Regierungssystem auf der Unterdrückung der Unabhängigkeit Ungarns beruht, wird es eine derartige Stellung nie einnehmen." [2]

Durch den kräftigen Appell an die öffentliche Meinung gedachte Andrássy die Aufmerksamkeit Englands auf die in Ungarn herrschenden Zustände zu lenken. Vielleicht wollte er gleichzeitig seiner zur Versöhnung und Umkehr mahnenden Stimme in Wien Gehör verschaffen. Es entzieht sich unserer Kenntnis, ob sie bis

[1] Artikel Andrássys in der „Eclectic Review".

[2] Das Ganze beruht auf dem in der „Eclectic Review" erschienenen Artikel Andrássys.

dahin gedrungen und vernommen worden. In keinem Falle konnte ein Mann, der in diesem Sinne schrieb und einen solchen Ton anschlug, beabsichtigen, die Rechte seines Vaterlandes mittels einer neuen revolutionären Aufwiegelung zu wahren. Unbewußt webte sich so schon früh ein allerdings noch unsichtbares Band zwischen Andrássy und Deák, der ja auch seinerseits jedes gewaltsame Eingreifen perhorreszierte, das Tausende und Tausende in namenloses Unglück stürzen mußte. Freilich zu Beginn der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts war noch wenig Aussicht auf friedliche Verständigung vorhanden. Zum allerwenigsten herrschte die Geneigtheit vor, Ungarn, das man in fünf Statthaltereiabteilungen zergliedert hatte, in den Wiederbesitz seiner historischen Rechte einzusetzen. Vielmehr hieß es damals: „Nur fortwährende Strenge kann die Ungarn in den gehörigen Schranken halten,"[1]) und ein andermal: „Kategorische Strenge flößt dem Ungar Respekt ein, Konzessionen verderben ihn."[2]) Dieses fortwährende Rasseln mit dem Säbel half jedoch nicht viel. Die Erregung gegen das herrschende System äußerte sich in mehr oder minder lauter Weise. Der Chef der Obersten Polizeibehörde mußte selbst sagen: „Es gehöre zur Mode, in politischer Beziehung unzufrieden zu sein."[3]) Kossuth schrieb von London aus am 4. Oktober 1852 an seinen in der Schweiz gefangengenommenen Gesinnungsgenossen Oberst Calvi: „Ich will keine Emeute, sondern eine Revolution, wo die Chancen wenigstens gleich und der Erfolg nur von unserer Entschiedenheit und Ausdauer abhängt."[4])

Man darf es wohl heute als ein Glück bezeichnen, daß Ungarn nicht auf den Ruf der zahlreichen Emissäre Kossuths[5]) hörte, die von 1850 bis 1854 unser Vaterland durchzogen, um es nach dem Muster des Systems der Jahres- oder Zeitordnung für den Ausbruch einer großen Erhebung zu organisieren.[6]) Wenn auch die Agenten Kossuths, von denen alle ausnahmslos in die Hände der Regierung fielen, am Werke waren, so gelang es ihnen doch nicht,

---

[1]) Vortrag des Feldmarschalleutnants Freiherrn von Kempen, 9. Mai 1853. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Idem, Vortrag vom 15. Dezember 1853, ibidem.

[3]) Vortrag Kempens, 8. Februar 1853, ibidem.

[4]) Registratur des Ministeriums des Innern.

[5]) Die Vornehmsten unter ihnen hießen: Szuhel, Noszlopy, Haslinger, Hajnóczy, Andrásffy, Gál, Gasparich, Figyelmessy, Hatvany, Makk, Juhbal, Vargha.

[6]) Nach Akten des k. k. Ministeriums des Innern. Siehe hierüber die Schrift Ludwig Hentallers: „Die Weinlese von Bladenmarkt" (ung.).

die gewünschte Wirkung zu erzielen. Sie haben nichts erreicht, als sich und eine Anzahl Menschen, die sie betörten, zu verderben. Für eine Revolution war die Nation, in dem Moment wenigstens, nicht mehr zu haben. Kossuth würde die größte Enttäuschung erlebt haben, wenn er seinen Plan hätte ausführen können, jetzt an der Spitze eines fremden Heeres in Ungarn einzudringen. Der Zauber, den sein Name im ganzen Lande ausübte, war wohl nicht verflogen, aber die Macht hätte er nicht besessen, seine Landsleute zu abermaliger Erhebung fortzureißen. Dazu fehlte es der Nation vor allem an dem Vertrauen zur eigenen Kraft, die sich in dem großartigen Kampfe mit den Heeren Oesterreichs und Rußlands erschöpft hatte. Ungeachtet der tiefgehenden Unruhe waren es jetzt doch immer nur einzelne, die den Geist der Revolution von neuem heraufbeschwören wollten. Mit aller Bestimmtheit kann es heute zur Ehre Ungarns gesagt werden, daß der Mordanschlag des Schneiders Libényi auf das Leben des Kaisers Franz Josef im Jahre 1853 ganz allein von diesem exaltierten jungen Menschen ersonnen wurde. Er hatte keine Mitwisser.[1]) Die Gespräche, die er mit seinen Genossen in der Schneiderwerkstätte führte, ließen in ihm allmählich den verbrecherischen Entschluß reifen, den jungen Monarchen zu töten, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß er dadurch Ungarn seine Freiheit wiedergeben könne.[2]) Ebenso lebte, von politischem Fanatismus irregeführt, der pensionierte Hauptmann Szakmáry in dem Wahne, er vermöchte seinem Vaterlande einen großen Dienst zu leisten, wenn er die Hofburg mit dem Kaiser und den Erzherzogen durch Anwendung einer Höllenmaschine in die Luft sprenge.[3])

Die Attentate fanden, als Ausgeburten krankhafter Phantasten, im Lande keinen Widerhall. Außer von Libényi und Szakmáry kann wohl in jener Zeit von keinem Ungar behauptet werden, daß er dem noch ungekrönten Monarchen nach dem Leben getrachtet hätte. Vielmehr steht es fest, daß Franz Josef I., als er nach den letzten Ereignissen Ungarn 1852 wieder zum ersten Male bereiste, trotz der Gendarmenherrschaft, keiner ganz unfreundlichen

---

[1]) Kempen an das Militärgouvernement in Ofen, 9. Februar 1856. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. „Sein gräßliches Vorhaben reifte ausschließlich und selbständig in seinem eigenen Gemüte zur Tat, und er hatte dabei weder Mitwisser noch unmittelbare Teilnehmer.“

[2]) Idem, 9. Februar 1856, ibidem. Libényi wurde am 26. Februar 1853 durch den Strang hingerichtet.

[3]) Idem, Vortrag vom 20. Dezember 1855, ibidem.

Aufnahme begegnete. Aus dieser Tatsache durfte nun nicht, wie es die der Regierung ergebenen Beamten so gerne verkündeten, gefolgert werden, daß der „Umsturzpartei", also jener Partei, die eine Aenderung der Verhältnisse herbeisehnte, jeder Boden entzogen worden und sie gezwungen sei, ihre „finsteren Pläne" aufzugeben. Man frohlockte zu früh in Wien, als man dort das Inslebentreten der neuen Gesetze für Ungarn als das Grab der achthundertjährigen ungarischen Konstitution pries.[1]) Die Unzufriedenheit war nicht durch Erlassung von Verordnungen zu erdrücken. Erzherzog Albrecht mochte das Tragen der niederen breitkrämpigen Kossuthhüte wie überhaupt alle Arten „revolutionärer Abzeichen" verbieten,[2]) er bannte damit doch nicht den Geist, der solche Demonstrationen zeitigte. Man wurde nur vorsichtiger und ergötzte sich in geheimen Zusammenkünften um so mehr an den geliebten nationalen Abzeichen. Man versammelte sich zum Beispiel im Bade Tátrafüred (Schmecks) in der Wohnung der als „Badekönigin" verehrten Frau von Szinnyei, um sich nach Herzenslust alten Erinnerungen zu überlassen. Die Dame des Hauses kleidete sich schwarz zum Zeichen der Trauer für das unterdrückte Vaterland und sang ihren Gästen ungarische Lieder vor, in denen der Klage um die verlorene Freiheit Ausdruck verliehen ward.[3]) Ihre Wiederauferstehung wurde vom bevorstehenden Ausbruch eines Krieges zwischen Oesterreich und Rußland in der Mitte der fünfziger Jahre des vorigen Jahrhunderts erwartet. Man rechnete darauf, daß Oesterreich unter den gegebenen Umständen entweder freiwillig der verhaßten Gendarmeriewirtschaft entsagen oder im Falle einer Niederlage gezwungen sein werde, zurückzuweichen. Wie einen schweren Schlag empfand man es bei uns, als der Krimkrieg die Wiederherstellung der Verfassung nicht brachte, die man von dieser europäischen Verwicklung unbedingt erhofft hatte. Der bevorstehende Pariser Friedensschluß galt als „Todesstoß"[4]) für die Feinde der Regierung. Nach Unterfertigung des Pariser Friedensaktes von 1856 schrieb Feldmarschalleutnant von Kempen am 30. April desselben Jahres: „Die Mißvergnügten zeigen sich kleinlaut

---

[1]) Bericht Beers, Wien, 1. Mai 1853. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Erzherzog Albrechts Verordnung, Ofen, 3. April 1853. Dies war nur eine Erneuerung der Verordnungen vom 5. und 31. März 1852. Ibidem.

[3]) Ungedruckt.

[4]) Bericht des Kaschauer Polizeidirektors Marx, Kaschau, 31. März 1856. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

und verstimmt, und es sind ihre Hoffnungen und Erwartungen in demselben Maße gesunken, in welchem jene der Gutdenkenden steigen."[1]) Das Friedenswerk von 1856, an dem Graf Buol-Schauenstein als österreichischer Minister des Aeußern teilgenommen, flößte den Wiener Staatsmännern neues Vertrauen zu ihrer Stärke ein; sie hielten sich jetzt für mächtig genug, den Einheitsstaat gegen jede Auflehnung zu schützen. Sie priesen den Pariser Frieden als eine Tat, auf die der Oesterreicher mit „Stolz und Dank" blicken müsse, ganz geeignet, sein „Selbstbewußtsein" zu heben. Sehr bald verflüchtigte sich dies Gefühl von „Stolz und Selbstbewußtsein". Die schlechte, stets schwankende Schaukelpolitik, wie sie im Palais am Wiener Ballhausplatz betrieben worden war, hatte es meisterhaft zuwege gebracht, Oesterreich zu isolieren. Die bewaffnete Haltung des Wiener Kabinetts im Kampfe Rußlands mit den Westmächten verwandelte den noch kurz vorher befreundeten Zaren in einen erbitterten Feind. Ungeachtet der Hinneigung Oesterreichs zu England und Frankreich waren diese nicht gewonnen worden. Napoleon III. unterstützte die Ansprüche Sardiniens. Preußen aber hatte es verstanden, durch eine klug benutzte Politik, die später noch ihre Früchte zeitigen sollte, den neuen Zaren Alexander II. ganz auf seine Seite zu ziehen. Einsam stand die habsburgische Monarchie da, ohne Allianzen, bedroht von Gegnern und Nebenbuhlern.[2]) Das in seinem ganzen Organismus schwer geschädigte Oesterreich konnte unmöglich auf die Dauer die Unzufriedenheit eines mächtigen Teiles der Monarchie vertragen. Immer schärfer mußte das Mißverhältnis zwischen Kraftaufwand nach außen und geringem Erfolg im Innern zutage treten. Das herrschende System, wie es Bach, Kempen, Thun vertraten, bekam scharfe Risse, die trotz aller Bemühungen nicht mehr zu verhüllen waren. Allmählich kam das zentralistische Oesterreich zur Erkenntnis, daß, im Gegensatz zur bisherigen unerbittlichen Strenge, der Weg der Milde betreten werden müsse. Mit einem Male wurden die Zügel weniger straff angezogen. Die Geburt einer kaiserlichen Prinzessin diente als Anlaß, um politischen Verbrechern gegenüber Gnade walten zu lassen. In Gegenwart des Kaisers wurde der Beschluß zur Einsetzung einer eigenen „Amnestiekommission" gefaßt; unter gewissen, immerhin noch sehr drückenden Bedingungen sollten

---

[1]) Vortrag Kempens, 30. April 1856. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Heinrich Friedjung, „Der Krimkrieg und die österreichische Politik", 1907. S. 188 ff.

jenen die Pforten des Vaterlandes erschlossen werden, die wieder heimzukehren geneigt waren.[1]) Wohl wurde noch stets von einflußreichen österreichischen Staatsmännern der Grundsatz aufgestellt: „Man dürfe den Ungarn kein freundliches Gesicht zeigen, sondern müsse mit Gewalt gegen sie vorgehen." [2]) Die Einsetzung einer Amnestiekommission offenbarte jedoch die Bresche, die in das bisher rücksichtslos waltende System gebrochen worden war. Schon erlebte man es, daß der Kaiser, entgegen dem Antrage der Minister, sich für Nachlassung der Strafe bei einem oder dem anderen politischen Staatsgefangenen aussprach. Die neue Richtung griff auch in das fernere Schicksal des Grafen Andrássy ein, dem mit den zunehmenden Amnestierungen die Aussicht auf Rückkehr in sein Vaterland geboten ward. Ihm dürfte die sich vorbereitende Wandlung in der Heimat nicht entgangen sein. Von der Mutter, mit der er zuweilen in der Schweiz zusammentraf, mag er manch wichtigen Aufschluß über die Zustände in Ungarn erhalten haben, die ihn in der Ansicht bestärken konnten, er werde vielleicht in nicht allzuferner Zukunft wieder das Land seiner Väter betreten dürfen. Schmeichelte er sich mit solchen Erwartungen, so sollten sie, wenigstens vorläufig, noch unerfüllt bleiben. Im Einvernehmen mit Feldmarschalleutnant Kempen hatte Erzherzog Albrecht, der Generalgouverneur von Ungarn, den Namen des Grafen Julius Andrássy aus der Liste jener in contumaciam Verurteilten gestrichen, denen unter der Bedingung der Selbststellung vor dem kompetenten Richter die Heimkehr gestattet werden sollte. Die Zusammenkünfte mit seiner Mutter in der Schweiz hatten den Verdacht erregt, daß er Oesterreich feindliche Pläne schmiede. Ein so unverbesserlicher Verschwörer sollte die Grenze nicht überschreiten dürfen. Deswegen hatte man Andrássy schon April 1854 die Wohltat der Begnadigung verweigert, um die sich, aus Anlaß der Vermählung des Herrschers mit Herzogin Elisabeth von Bayern, die Gräfin Etelka Andrássy für ihren Sohn in einem Majestätsgesuch bewarb.[3]) Auch jetzt führte Erzherzog Albrecht als besondere Gründe gegen ihn dessen „hervorragende Beteiligung an der Revolution und Teilnahme an den auf den Umsturz der bestehenden

---

[1]) Resolution des Kaisers vom 12. Juli 1856 auf den Vortrag des Präsidenten der „Ministerkonferenz" vom 21. Juni 1856. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Ungedruckt.

[3]) Gesuch der Gräfin Etelka Andrássy an Erzherzog Albrecht, Pest, 9. April 1854, mit beiliegendem Majestätsgesuch. Gräflich Andrássysches Archiv. April 1854 fand die Hochzeit Franz Josefs mit Elisabeth statt.

Regierung in Ungarn abzielenden Umtrieben der Emigration in neuerer Zeit" an.

Jedenfalls müssen hier auch Berichte eingewirkt haben, die Andrássy bereits im Jahre 1851 als einen Verschwörer hinstellten, der im Hause einer in London wohnenden Französin Deluzy mit dem Republikaner Ledru-Rollin zum Zwecke geheimer Besprechungen zusammengekommen war.[1] Im selben Jahre ließ man ihn zu gleichem Zwecke Reisen von Paris nach London und der Schweiz unternehmen, wo er sehr vertrauliche, aber auch verdächtige Beziehungen zu einer sonst in Hamburg lebenden „schönen und resoluten" Ungarin namens Marie László unterhalten haben soll.[2] Man geht wohl nicht irre, wenn man bei diesem Verkehre weniger an staatsgefährliche Umtriebe als vielmehr an kleine Liebesabenteuer denkt, für die Andrássy, ein Verehrer des schönen Geschlechtes, nicht ganz unempfindlich war. Er schreibt einmal hierüber: „Eine liebenswürdige kleine Frau ist meine einzige Zerstreuung — doch szegény embernek az is jó (einem armen Manne genügt auch das). Gott, der für die Lilien im Felde sorgt, sorgt auch — für die armen Landesverwiesenen, wenn auch nicht so, wie man es wünschen könnte, doch erträglich."[3] Später zeigte es sich, daß die gegen Andrássy erhobenen Beschuldigungen, wie Erzherzog Albrecht selbst zugab, auf „unbegründeten Verdächtigungen" beruhten.[4]

In der Tat stand der Graf allen Verschwörungsanschlägen ferne. Er verkehrte wohl in den vornehmsten Salons von Paris, stand auch in Verbindung mit Prinz Napoleon, die Schwelle der Tuilerien aber hat er, was auch immer behauptet worden, nie überschritten.[5] Anstatt seine Zeit mit aussichtslosen Verschwörungsplänen zu vergeuden, benutzte er jede Gelegenheit zu seiner tieferen Ausbildung, wozu ihm der Umgang mit Diplomaten reichlichen Anlaß bot. Er soll auch die Militärschule von St. Cyr in Paris besucht haben, um seine militärischen Kenntnisse zu erweitern.[6]

Graf Seherr Thosz erzählt, daß unter allen Emigranten keiner gewesen, der mehr gearbeitet hätte als Andrássy.[7] Nichts ist daher

---

[1]) Ungedruckte Berichte aus London, Februar 1851.

[2]) Ungedruckter Bericht, London, Juli 1851.

[3]) Andrássy, London, 11. Mai 1855. Abgedruckt im „Pester Lloyd", 30. Mai 1897.

[4]) Erzherzog Albrecht an Bach, Ofen, 18. Januar 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Mündliche Mitteilung der Gräflich Pejacsevichschen Familie in Budapest.

[6]) Mündliche Mitteilung des unlängst verstorbenen Koloman von Thaly.

[7]) Seherr Thosz, „Erinnerungen aus meinem Leben", S. 85.

unrichtiger, als wenn man ihn als eine der Lektüre von Büchern vollkommen abgeneigte Person hinstellt. Am 11. Mai 1855 schreibt Andrássy aus London, dessen „Sauklima“ er nicht vertragen konnte: „In einer Hinsicht bin ich nur froh, hierhergekommen zu sein, da ich nämlich hier in einer Woche soviel lese, als in Paris in zwei Monaten.“ [1]) Außer dem Hinweis darauf, daß der Graf kein Buch zur Hand nahm, hat es auch nicht an dem Vorwurf gefehlt, daß ihn die Salonfreuden vollkommen absorbierten, ihm die „große Welt den Kopf verdrehe“, daß er wie ein „in den Tag hinein lebender Pariser Dandy“ die kostbare Zeit vergeude, kurz, überhaupt aufgehört habe, ein „homme sérieux“ zu sein. „Die armen Freunde,“ bemerkt Andrássy in wegwerfendem Ton, „wissen nicht, daß uns diese Meinung die angenehmste ist und daß die größten Dummheiten, die die Welt betroffen haben, mit gescheiten Gesichtern und von hommes sérieux begangen wurden, die weder sich noch andere unterhielten.“ [2]) Zuweilen jedoch, wenn ihn die Sorge um das Schicksal seines Vaterlandes ganz besonders bedrückte, überfiel ihn tiefer Mißmut. „Ich schreibe,“ heißt es in einem seiner Briefe aus dem Jahre 1855, „beinahe gar nicht und denke so wenig als möglich — das ist das einzige Mittel in unseren Zeiten und Verhältnissen, sich ein bißchen gesunden Verstand zu bewahren.“ [3])

In diese Periode seines Lebens fiel ein Ereignis, das wesentlich dazu beitrug, die Sehnsucht nach der Heimat, an der er mit allen Fasern seines Wesens hing, von neuem anzufachen. Im Jahre 1856 führte Andrássy in Paris eine Landsmännin, die wunderschöne, in Liebreiz und Anmut erstrahlende Komtesse Katinka Kendeffy, zum Traualtare. Sie entstammte einem der ältesten siebenbürgischen aristokratischen Geschlechte, das ungarische Sprache und Sitte mit inniger Begeisterung hütete und pflegte. Mit ihrem Vater, Adam Kendeffy (geb. 1795), dem intimen Freunde des großen siebenbürgischen Oppositionsführers Baron Nikolaus Wesselényi, starb 1834 der männliche Stamm dieses gräflichen Hauses aus. [4]) Er war mit Rosalie Baronin Jósika, einer geschiedenen Gräfin Imre Vass, verheiratet gewesen. Man scheint es damals in Siebenbürgen mit der Lösung eines Ehebundes nicht allzu genau genommen zu haben. Denn nach einiger Zeit wurde

[1]) Mitgeteilt im „Pester Lloyd“, 30. Mai 1897.
[2]) Andrássy, Paris, 13. März 1855. Mitgeteilt im „Pester Lloyd“, 30. Mai 1897.
[3]) Ibidem.
[4]) Stamm-Taschenbuch „Magnatenfamilien“ (ung.).

die Ehe mit Gräfin Rosalie getrennt, worauf Graf Adam Kendeffy sich mit Gräfin Barbara Bethlen vermählte, die ihrerseits von ihrem Manne, Graf Adam Bethlen, geschieden war. Gräfin Katinka war das Kind des Grafen Adam und der Gräfin Barbara Kendeffy. Nach dem Tode ihres Gatten lebte Gräfin Barbara vollkommen zurückgezogen. Erst nach fast zehn Jahren, 1843, legte sie den Witwenschleier ab, um dem österreichischen Grafen Franz Abensberg-Traun die Hand zu reichen. Sowohl sie, selbst eine geborene Bethlen, wie ihre Mutter werden als „echte Stock-Ungarinnen" bezeichnet, die von glühendem Patriotismus für die Geschicke ihres Vaterlandes und ihrer Nation erfüllt sind.[1]) Obwohl die Gattin eines österreichischen Grafen, ließ sie ihrer Tochter doch eine durchaus ungarisch-nationale Erziehung zuteil werden.[2]) Gleich ihrem zweiten Gatten, Adam Kendeffy, gehörte sie nicht zur Hofpartei. In Preßburg bildete ihr Haus 1847, zur Zeit des letzten vormärzlichen ungarischen Reichstages, den Sammelpunkt der Opposition. Man kann es eigentlich bei dieser der Wiener Regierung nicht sehr günstigen Stimmung kaum begreifen, wie Erzherzog Albrecht von den Kendeffys als der „loyalen Familie Kendeffy" sprechen konnte.[3]) Er müßte denn die Heirat der verwitweten Gräfin Barbara mit einem Abensberg-Traun für einen Akt der Loyalität angesehen haben. Zum erstenmal hatte Graf Andrássy die Komtesse, die schon im Alter von sieben Jahren die „sehr schöne Katinka" hieß,[4]) im Jahre 1847 im Hause ihrer Mutter in Preßburg gesehen, als er dort in seiner Eigenschaft eines Abgeordneten des Zempliner Komitates weilte. Damals konnte er freilich nicht ahnen, daß das blühende Mädchen, das schon um diese Zeit für ihn geschwärmt haben soll, einst seine Lebensgefährtin werden würde. Der reine Zufall hatte die Heirat bewirkt.[5]) Gegen Ende 1855 war Gräfin Barbara mit ihrem Ge-

[1]) Bericht, Ofen, 16. März 1837. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

[2]) Ibidem.

[3]) Erzherzog Albrecht an Bach, Ofen, 18. Januar 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Bericht aus Ungarn, Ofen, 16. März 1837. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern in Wien.

[5]) Ich erzähle hier die Geschichte der Heirat Andrássys nach mündlichen Mitteilungen der Gräflich Pejacsevichschen Familie und Emanuel Kónyis. Die noch lebende Gräfin Markus Pejacsevich ist eine Stiefschwester der Gräfin Katinka Andrássy und weilte mit dieser, als die Heirat zustande kam, in Paris. Kónyi hat das, was er über den Ehebund weiß, seiner eigenen Versicherung nach, aus dem Munde der Gräfin Katinka Andrássy wiederholt selbst vernommen.

mahl und ihren Töchtern nach Paris gekommen, um sich von dort nach Nizza zu begeben. In der französischen Hauptstadt brach sich jedoch die nunmehrige Gräfin Abensberg-Traun den Fuß, was einen längeren Aufenthalt daselbst nötig machte. Hier erfolgte das Zusammentreffen der Gräfin Katinka mit Graf Andrássy — sei es, daß er ihrer Mutter einen Besuch machte, oder daß er ihr in einem der aristokratischen Pariser Salons begegnete. Wie alle vornehmen Fremden, wollte sich auch Graf Abensberg-Traun nicht die Gelegenheit entgehen lassen, am Hofe Napoleons III. zu erscheinen. Am 27. Januar 1856 stellte ihn der damalige österreichische Botschafter Freiherr von Hübner, wie dieser sagt, mit der Stieftochter, „dem schönen Fräulein von Kendeffy", dem französischen Kaiserpaar vor.[1]) Unmittelbar danach erhielten sie eine Einladung zu dem am 29. Januar stattfindenden großen Tuilerienball.[2]) Auf diesem walzte sie mit dem Fürsten Reuß, dem nachmaligen deutschen Botschafter in Wien, der noch viele Jahre später stets mit Enthusiasmus erzählte, daß er in seinem Leben nie schönere Schultern als die der Gräfin gesehen habe.[3]) Bei diesem Anlaß lernte Katinka Kendeffy den spanischen Herzog von Ossuna, einen Verwandten der Kaiserin Eugenie, kennen, den sie derart entzückte, daß er sich mit dem Gedanken trug, um ihre Hand anzuhalten. Allein der spanische Grande, der vielleicht selbst nicht begütert war, wollte, ehe er einen entscheidenden Schritt unternahm, klar sehen. In seiner Verlegenheit wandte er sich an Graf Andrássy, von dem er, als einem Landsmann der Gräfin Katinka, Näheres zu erfahren hoffte. „Fräulein Kendeffy," sprach er zu ihm, „ist eine begehrenswerte Person, die man heiraten kann. Wären Sie in der Lage, mir zu sagen, ob sie auch Vermögen besitzt?" Mit solcher Frage war der Spanier freilich nicht an den richtigen Mann geraten. Der Graf erteilte dem spanischen Herzog eine wohlverdiente stolze Abfertigung. „Bei uns in Ungarn," sagte er ihm, „pflegt man sich nie nach dem Vermögen einer jungen Dame zu erkundigen, die zu heiraten man die Absicht hat."[4]) Es scheint, daß Andrássy selbst nur auf eine günstige Gelegenheit wartete, um endlich der Gräfin seine Liebe zu bekennen. Sie bot sich auch sehr bald. Die Gräfin

---

[1]) Graf Josef Alexander von Hübner, „Neun Jahre Erinnerungen", Bd. I, S. 224.

[2]) Ibidem, Bd. I, S. 225.

[3]) Nach einer mündlichen Mitteilung Emanuel Kónyis.

[4]) Briefliche Mitteilung der Gräfin Katinka Pejacsevich in Budapest.

d'Osmond hatte die Gräfin Katinka Kendeffy und den Grafen Andrássy zu einem ländlichen Ausflug eingeladen. Nach der Rückkehr beabsichtigte man, den Abend bei der französischen Gräfin zu verbringen. Da die junge Gräfin Katinka Kendeffy sich ohne Mutter und Schwester an der Landpartie beteiligt hatte, wollte sie den Tee nicht im Hause der Gräfin d'Osmond einnehmen. Graf Andrássy, der während des Ausfluges der Kendeffy seine Neigung zu erkennen gegeben, gelang es jedoch, sie von ihrem Vorsatz abzubringen. So war es bereits spät nachts geworden, als Gräfin Katinka, begleitet von der französischen Familie, heimkehrte. Die Mutter, die nicht wußte, wo die Komtesse gegen alle Verabredung so lange verweile, war indessen mit ihrer Tochter aus erster Ehe, der schon damals verheirateten Gräfin Hermine Pejacsevich,[1]) aus Besorgnis wachgeblieben. Beide Damen machten der eintretenden Gräfin Katinka die bittersten Vorwürfe über ihr unverantwortlich langes Ausbleiben. Sie hörte ruhig zu und sagte dann: „Wenn ihr Euch endlich ausgesprochen habt, überlaßt auch mir das Wort. Morgen kommt Julius Andrássy, meine Hand zu verlangen.“ Nun war die Ueberraschung auf Seite der Mutter und der Tochter, die die Gräfin Katinka so heftig bestürmt hatten. Denn der elegante, geistreiche, als Grandseigneur lebende Andrássy galt als ausgezeichnete Partie. Gräfin Hermine Pejacsevich, die sich schon vorher zu Bette begeben, sprang von ihrem Lager empor, und sie und ihre Mutter fragten mit sichtlicher Ungeduld und allen Anzeichen des Unglaubens, ob sie sich denn nicht auch getäuscht hätte? Der nächste Tag, an dem der Graf wirklich als Freier kam, überzeugte die beiden Frauen, daß Gräfin Katinka die Wahrheit gesagt habe. Noch im selben Jahre fand die Trauung statt, der auch der ungarische Emigrant Daniel Irányi beiwohnte.[2]) „Niemals,“ erzählte er später im Freundes-

---

[1]) Es ist dies die verwitwete Gräfin Markus Pejacsevich in Budapest.

[2]) Ich will hier nicht unerwähnt lassen, daß über die Heiratsgeschichte noch eine andere Version existiert, wie sie mir von einer Person erzählt wurde, die in Beziehungen zur Gräfin Andrássy stand. Nach dieser Mitteilung wäre zur Zeit der Anwesenheit der Komtesse Kendeffy in Paris Andrássy von tiefem seelischem Schmerze über den Tod einer hochgestellten schönen Brasilianerin ergriffen gewesen, die er innig geliebt hatte. Daher soll er sich anfangs Gräfin Katinka gegenüber ziemlich kühl verhalten haben, bis sie ihn durch den von ihrer Erscheinung ausgehenden Zauber vollkommen bezwang. Ich gebe der von mir im Texte erwähnten Darstellung den Vorzug, weil sie mir von der Gräfin Pejacsevich wie auch von Kónyi in fast gleichlautender Weise mitgeteilt wurde, ohne daß sie sich vorher über ihre Angaben verständigen hätten können.

kreise, „sah man eine schönere und bezauberndere Braut zum Altar treten.“ [1]) Wie erzählt wird, soll Hübner fast unmittelbar nach der Hochzeit die Gräfin aufgefordert haben, auf ihren Gatten dahin zu wirken, daß er sich jetzt um die Erlaubnis zur Heimkehr bewerbe, die er aufs kräftigste unterstützen wolle — eine Zumutung, die von der jungen Frau mit der Erklärung abgelehnt wurde: „Nie werde ich meinen Mann zu etwas bewegen, was gegen meine Ueberzeugung ist, und so gerne ich auch wieder den Boden Ungarns betreten möchte, werde ich mich wohl hüten, ihm davon zu sprechen.“ [2])

Vorläufig wenigstens erfolgte von Paris aus kein Schritt wegen Beendigung des Exils. Trotzdem ist es sicher, daß gerade die Heirat mit der Kendeffy die Sache in Fluß brachte. Die gräfliche Familie, besonders die bereits betagte Mutter, die innigst den Sohn herbeisehnte, bewarb sich bei Erzherzog Albrecht um die Aufhebung der Verbannung. Ohne noch Erhörung zu verheißen, wies der Erzherzog, der sich am 8. September 1856 ungünstig über Andrássy geäußert, ihm jetzt — anfangs Januar 1857 — einen Platz in jener Liste der Exilierten an, denen gegenüber eine mildere Auffassung einzutreten habe. „So wurde,“ schreibt er an Bach, den Minister des Innern, „der Graf Julius Andrássy aus dem Grunde darin aufgenommen, weil gegen ihn während seines Verweilens im Auslande außer unbegründeten Verdächtigungen nichts Tatsächliches vorgekommen ist, weil derselbe eine bejahrte Mutter hat, die alle Berücksichtigung verdient, weil er ferner in neuester Zeit eine Tochter aus der loyalen Familie der Kendeffy geehelicht hat und somit ein gänzlicher Umschwung seiner politischen Anschauungen zu erwarten steht und weil endlich die Begnadigung des Grafen Julius Andrássy nicht verfehlen kann, auf die zahl- und einflußreichen Glieder dieser gräflichen Familie den günstigsten Eindruck zu machen.“ [3]) Meldete sich daher Andrássy als Bewerber um die Rückkehr, so fand auf ihn bereits die kaiserliche Entschließung vom 19. Oktober 1856 Anwendung. Sie verfügte, daß bei Begnadigungsanträgen entweder die unbedingte Abweisung zu erfolgen habe oder aber, in berücksichtigungswerten Fällen, von dem Vorbehalte einer nachträglichen straf-

---

[1]) „Nemzet“, 15. Mai 1896 (ung.).

[2]) Ibidem. Kónyi bestätigt die Richtigkeit dieser Angaben, die er selbst aus dem Munde der Gräfin Andrássy vernommen.

[3]) Erzherzog Albrecht an Freiherr von Bach, Ofen, 28. Januar 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

gerichtlichen Untersuchung ganz abzusehen sei.[1]) Damit war eine grausame Bedingung für alle Amnestiebewerber fallen gelassen worden. Diejenigen, denen kaiserliche Gnade die Pforten ihres Vaterlandes öffnete, brauchten sich nicht mehr, wie dies bisher üblich war, der kompetenten Behörde zur nachträglichen Verantwortung zu stellen. Die maßgebenden Faktoren der Regierung fühlten selbst den krassen Widerspruch, der darin lag, daß man einem Exilierten die Wohltat der Heimkehr angedeihen ließ und ihn dennoch nötigte, zu Hause angelangt, vor dem Richter zu erscheinen, um von diesem eventuell verurteilt zu werden. Deshalb geschah es auf eigene Anregung des Ministeriums, daß der bislang beobachtete Vorgang durch die kaiserliche Entschließung vom 19. Oktober 1856 außer Kraft gesetzt wurde.[2]) Der mildernden Maßregel lag aber auch politische Berechnung zugrunde. Indem man einer größeren Anzahl Verbannter die Möglichkeit der Heimkehr gab, hoffte man die Stärke der Emigration im Auslande zu schwächen und weniger gefürchtet zu machen. An die Stelle der Erleichterung war dagegen eine Bestimmung getreten, die von dem Amnestiesuchenden volle Ergebung forderte. Im Sinne einer kaiserlichen Verfügung sollte kein Begnadigter früher den Boden der Monarchie betreten dürfen, ehe er nicht einen Revers unterfertigt hatte, durch den er sich zur Treue und Loyalität gegen den Herrscher und dessen Haus verpflichtete. Die gräfliche Familie dürfte Andrássy von all den Verfügungen verständigt und ihm zugesprochen haben, sich den Formalitäten zu fügen. Denn sie wünschte nichts sehnlicher, als daß die Gräfin Katinka, die für die nächste Zeit einem Familienereignis entgegensah, dem zu erwartenden Sprößling auf ungarischem Boden das Leben schenke.[3]) Wie hart es möglicherweise auch Andrássy gefallen sein mag, dem Wunsche seiner Familie nachzukommen, so

[1]) Resolution des Kaisers vom 19. Oktober 1856. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. „Im übrigen ist es mein Wille, daß der Vorbehalt einer nachträglichen strafgerichtlichen Untersuchung bei Begnadigungsanträgen für politische Flüchtlinge aus Ungarn und dessen vormaligen Nebenländern künftighin entfalle und nach Maßgabe der obwaltenden, sorgfältig zu erwägenden Verhältnisse entweder die Gestattung der straffreien Rückkehr ohne weiteren Vorbehalt oder die unbedingte Abweisung des eingebrachten Rückkehrgesuches bei mir in Antrag gebracht werde."

[2]) Erzherzog Albrecht an Bach, Ofen, 18. Januar 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Erzherzog Albrecht an Bach, Ofen, 24. Juni 1857; ferner Majestätsgesuch des Grafen Aladár Andrássy, 24. Juni 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

entschloß er sich doch dazu. Er, dem das Dasein in der Verbannung längst zuwider geworden, der sich während der ganzen Dauer des Exils fern von allen politischen Umtrieben gehalten,[1]) und der kein sehnlicheres Verlangen hatte, als in die geliebte Heimat zu den Seinigen zurückzukehren, überschritt endlich Juni 1857 die Schwelle des österreichischen Botschafters, um ihm sein Amnestieanliegen vorzubringen. Zum erstenmal stand er jetzt persönlich dem Manne gegenüber, der ihn bisher bei jeder Gelegenheit wie einen Pestkranken gemieden. Hatte Hübner doch stets seinen Söhnen, so oft sich bei einer Ausfahrt die Möglichkeit einer Begegnung mit Andrássy ergab, in höchster Aufregung zugerufen: „Weggeschaut, da kommt der ungarische Rebell.“ [2]) Es mag nun den kaiserlichen Botschafter merkwürdig angemutet haben, als der „Rebell“ ihm in seinem Hause erklärte, daß er, wenn ihm das Wiedersehen seines Vaterlandes gestattet werde, bereit sei, „fortan als ein getreuer und gehorsamer Untertan Seiner Majestät zu leben.“ [3]) Diesen Entschluß bekundete das von ihm dem Botschafter überreichte, an Erzherzog Albrecht gerichtete, ganz eigenhändig geschriebene Gesuch. Andrássy verdolmetschte darin dem Generalgouverneur von Ungarn sein Verlangen, für ihn beim Monarchen der mächtige Fürsprecher seiner Bitte um straffreie Rückkehr und Aufhebung der über ihn verhängten Güterkonfiskation zu sein. „Der ergebenst Gefertigte,“ heißt es da, „wird seinerseits es für seine dankbarste Pflicht halten, durch treue und unwandelbare Anhänglichkeit an Seine Kaiserlich Königliche Apostolische Majestät und Allerhöchstdessen Haus, sowie durch genaue Befolgung Allerhöchstseiner Gesetze und Anordnungen sich dieser Allerhöchsten Gnade würdig zu zeigen, weswegen er auch bittet, in die Zahl der Staatsbürger der Monarchie wieder aufgenommen zu werden.“ [4]) Zur selben Zeit fand sich in Ofen bei Erzherzog Albrecht die Mutter Andrássys ein, um gleichfalls ein Gesuch ihres Sohnes an ihn zu überreichen. Mündlich fügte sie die Bitte hinzu, daß die

[1]) Hübner an Graf Buol, Paris, 16. Juni 1857. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern. „... daß der Bittsteller“ — Andrássy — „soviel mir bekannt ist und nach den Versicherungen glaubwürdiger Personen während seines Aufenthaltes in Paris an politischen Umtrieben keinen Anteil genommen hat.“

[2]) Mündliche Mitteilung des bereits verstorbenen Feldmarschalleutnants Grafen Alexander Hübner, des Sohnes des Botschafters Grafen Hübner.

[3]) Hübner an Graf Buol, Paris, 16. Juni 1857. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[4]) Graf Andrássy an Erzherzog Albrecht, beiliegend der Depesche Hübners an Buol, 16. Juni 1857. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

Bewilligung noch vor Niederkunft der Gräfin Katinka erfolgen möge, damit bei eventueller Verzögerung die Heimkehr für Mutter und Kind nicht in die rauhe Jahreszeit falle. Der Generalgouverneur, der sich schon am 18. Januar 1857 zugunsten des Verbannten ausgesprochen, befürwortete jetzt in einem Schreiben vom 24. Juni 1857 an Bach aufs nachdrücklichste die erbetene Amnestierung. „Da," schreibt er an den Minister des Innern, „die gräflich Andrássysche Familie durch eine solchartige Berücksichtigung ihrer Interessen sich gewiß der Regierung zum Danke verpflichtet fühlen würde, so ersuche ich Euer Exzellenz um die gefällige Einflußnahme, damit diese Angelegenheit in einer für den Bittsteller und dessen achtbare Familie befriedigenden Weise ehermöglichst ihrer Erledigung zugeführt werde." [1]) Die nächsten Angehörigen Andrássys setzten alles in Bewegung, um eine günstige Entscheidung herbeizuführen. Sein Bruder, Graf Aladár, wandte sich mit einer schriftlichen Vorstellung direkt an den Monarchen. Mit Berufung auf das Gesuch des Exilierten an Erzherzog Albrecht bat er den Kaiser im Namen der ganzen Familie um schleunigste Erfüllung des Anliegens, damit die Heimreise noch in der ersten Hälfte des Monats Juli vor sich gehen könne. [2]) Der Herrscher war bereit, noch am 25. Juni das erforderliche Handschreiben zu unterzeichnen. Doch wollte er sich vorher noch von der Obersten Polizeibehörde darüber Gewißheit verschaffen, ob der Graf seinerzeit zum Tode verurteilt worden war. Im Namen des Feldmarschalleutnants Kempen erteilte Oberst-Auditor Kopetzky die gewünschte Aufklärung, [3]) worauf am 27. Juni 1857 aus Laxenburg bei Wien folgendes kaiserliche Reskript an Bach erfloß: „Aus Gnade bewillige Ich dem wegen Hochverrates zum Tode verurteilten Julius Graf Andrássy über das hier mitfolgende Gesuch seines Bruders Aladár unter den vorgeschriebenen Bedingnissen und Förmlichkeiten die straffreie Rückkehr in die österreichischen Staaten sowie die Rückgabe seines in Verfall gesprochenen Vermögens." [4]) Im Sinne der kaiserlichen Entschließung verständigte Freiherr von Bach am 30. Juni hiervon den Minister des Aeußern. Graf Buol wies hierauf den Pariser Botschafter an, dem Grafen Andrássy „mit möglichster Beschleunigung"

[1]) Erzherzog Albrecht an Bach, Ofen, 24. Juni 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Graf Aladár Andrássy an den Kaiser, Wien, 24. Juni 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Graf Aladár hatte seinen ständigen Wohnsitz in Pest.

[3]) Präsidialsekretär Hell an Feldmarschalleutnant Kempen, Wien, 25. Juni 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

Mitteilung von der Begnadigung zu machen und ihn gleichzeitig zur Ausstellung des „Loyalitätsreverses“ aufzufordern.[1]) Am 19. Juli setzte der Botschafter den „Insurrektionsflüchtling“, wie Andrássy in amtlichen Schriftstücken jener Zeit genannt wird,[2]) in Kenntnis von der Lösung des Bannes, der bisher über ihm gewaltet. Aufs freudigste ergriffen von der fröhlichen Kunde,[3]) unterzeichnete der Graf den ihm vorgelegten Revers, in dem er, wie im Majestätsgesuch, die Versicherung der Loyalität erteilte.[4]) Abgelehnt hatte er es jedoch, in dem Revers auch noch, wie es ihm Hübner zumutete, Ausdrücke des Bedauerns über seine Teilnahme am Freiheitskriege zu unterfertigen.[5]) Graf Andrássy beteuerte es stets im intimen Freundeskreise, daß er keine Reue über sein Verhalten in den Jahren 1848/49 zu empfinden habe. Nur auf einem Mißverständnis kann es daher beruhen, wenn Hübner berichtet, der Graf hätte ihm bei der Ueberreichung seines Gnadengesuches wiederholt versichert, seine politischen Verirrungen aufrichtig zu bereuen.[6]) In dem Revers findet sich auch keine hierauf bezügliche Aeußerung. Dagegen ist nicht länger die Erzählung aufrecht zu erhalten, daß Andrássy es stets abgelehnt habe, sich um seine Begnadigung zu bewerben[7]) und das dem Monarchen vorgelegte Majestätsgesuch die gefälschte Unterschrift des Grafen trug.[8]) Ebenso unhaltbar ist die Behauptung, die Mutter, Gräfin Etelka Andrássy, wäre zweimal beim Kaiser in der Wiener Hof-

---

[1]) Bach an Graf Buol, Wien, 30. Juni 1857. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[2]) So nennt ihn immer Baron Werner, der Unterstaatssekretär des k. k. Ministeriums des Aeußern.

[3]) Hübner an Graf Buol, Paris, 19. Juli 1857. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[4]) Revers des Grafen Julius Andrássy, Paris, 16. Juli 1857. „Nachdem Seine Kaiserlich Königliche Apostolische Majestät unser allergnädigster Kaiser Franz Josef mir die straffreie Rückkehr in die kaiserlichen Staaten und zugleich die Nachsicht der kriegsrechtlich verhängten Konfiskation meines Vermögens huldreichst zu bewilligen geruht haben, verspreche ich mit gegenwärtigem Revers an Eides Statt, als getreuer Untertan Seiner Kaiserlich Königlichen Apostolischen Majestät Franz Josef, Kaiser von Oesterreich, und seinen rechtmäßigen Nachfolgern, fortan den in Oesterreich bestehenden Gesetzen Folge zu leisten und überhaupt durch loyale Erfüllung aller meiner Pflichten mich der mir erteilten Allerhöchsten Gnade würdig zu bezeigen.“ Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Nach mündlichen Mitteilungen Graf Andrássys an Kónyi.

[6]) Hübner an Graf Buol, Paris, 16. Juni 1857. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[7]) So wird es in allen Geschichten, die sich mit Andrássy befassen, dargestellt.

[8]) „Budapesti Hirlap“, 19. Februar 1890: „Andrássys Begnadigung“ (ung.).

burg erschienen, um Gnade für ihren verbannten Sohn zu erflehen, daß aber stets der Erfolg der Audienz durch Bach und Graf Grünne vereitelt worden sei. Nicht minder ist es erfunden, daß sich Gräfin Etelka 1855 zum drittenmal unter einem erdichteten Vorwand Zugang zum Souverän verschaffte, der ihr, als sie vor ihm auf die Knie fiel, gar kein Gehör schenkte, sondern ihr voll Widerwillen den Rücken kehrte. Auch widerspricht es der historischen Wahrheit, daß Erzherzog Albrecht und dessen Gemahlin bei der zweiten Rundfahrt des Kaisers in Ungarn, im Jahre 1857, die gräfliche Mutter ermunterten, nun ihr Glück von neuem mit einem Majestätsgesuch zu erproben. In den Bereich der Fabel gehört es ferner, Erzherzog Albrecht hätte seine Unterstützung davon abhängig gemacht, daß die Brüder des Grafen, Emanuel und Aladár, beim Empfang des Kaisers persönlich erscheinen und Andrássy sich selbst um seine straffreie Rückkehr bewerbe.[1]) Die letztere Bedingung wurde allerdings gestellt. Aber sie, wie die Unterfertigung des Loyalitätsreverses, galt nicht bloß für Andrássy, sondern für alle politisch Verbannten, die zurückkehren wollten. Alle, die mit den Tendenzen der Revolution gebrochen und von der Ueberzeugung durchdrungen waren, ihrem Vaterlande besser daheim als in der Fremde dienen zu können, haben sich diesen beiden Forderungen unterworfen. Sie taten es aus Ueberdruß vor dem Leben im Auslande und erfüllt von grenzenloser Sehnsucht nach dem heimatlichen Boden. Männer von tadellosem Patriotismus, wie etwa Gorove,[2]) Paul Almássy und der berühmte ungarische Geschichtschreiber Bischof Michael Horváth,[3]) boten die Zusicherung künftiger Untertanstreue an, um nur endlich vom Bann des Exils befreit zu werden. Paul Hajnik erklärte sogar, lieber noch in Ungarn in einem Kerker verschmachten zu wollen, als länger fern vom Vaterlande bleiben zu müssen.[4]) Nur bei einer Persönlichkeit wie Kossuth, der sich mit einem solchen Schritt um seine ganze historische Bedeutung gebracht hätte, erscheint es begreiflich, wenn sie freiwillig für immer

---

[1]) „Budapesti Hirlap“, 19. Februar 1890: „Andrássys Begnadigung“ (ung.).

[2]) Der Finanzminister an den Minister des Innern, 31. Juli 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Bericht des Oberst-Auditors Kopetzky an Kempen, Wien, 2. Juli 1857. Das für Amnestierungsangelegenheiten eingesetzte Komitee sprach sich in der Sitzung vom 12. November 1857 einstimmig gegen die Bewilligung der Rückkehr Horváths aus.

[4]) Präsidialsekretär Hell an Feldmarschalleutnant von Kempen, 17. Dezember 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

die schwere Bürde der Verbannung auf sich nahm. Mit seinen Gesinnungen konnte der ehemalige Gubernator, der die Dynastie Habsburg des Thrones für verlustig erklärt hatte und sich auch noch immer als Oberhaupt der Umsturzpartei betrachtete, nur Unheil stiften. Aber warum hätte ein Mann wie Andrássy, zu dessen politischem Bekenntnisse jetzt die Versöhnung der Nation mit der Krone gehörte, sich um die Wohltat segensreichen Schaffens in seiner Heimat bringen sollen? Kossuth freilich nahm es ihm übel, daß er sich von der Emigration trennte und sie durch sein Ausscheiden schwächte.[1]) Zur Mißbilligung hatte Kossuth kein Recht mehr, da es ihm ja nicht unbekannt sein konnte, daß sich Andrássy innerlich längst von ihm losgesagt hatte. Daher ist es auch vollkommen ausgeschlossen, daß er Kossuth, wie dieser erzählte, aufgesucht haben soll, um von ihm, als dem leitenden Führer, die Zustimmung zur Heimkehr zu erbitten.[2]) Ein Mann, der, wie Andrássy, in der „Eclectic Review" für Versöhnung zwischen Oesterreich und Ungarn plädiert hatte, konnte unmöglich ferner in dem „Gubernator" sein ihn leitendes Oberhaupt erkennen. Er gehörte nicht mehr zur Umsturzpartei. Mit ruhigem Gewissen durfte er sich nun zu „treuer und unwandelbarer Anhänglichkeit an Seine Kaiserlich Königliche Apostolische Majestät und Allerhöchstdessen Haus" verpflichten. Das Gelöbnis stand nicht im Widerspruch mit dem Bestreben, für Ungarn auf dem gesetzlichen Boden den Wiederbesitz der verlorenen Freiheit und einstigen staatsrechtlichen Stellung innerhalb des Rahmens der Monarchie zu erringen. Als Andrássy schon die Begnadigung in der Tasche hatte, besuchte ihn der eben aus Ungarn in Paris eingetroffene Géza Szirmay in Begleitung Almássys, Gregor Bethlens und Nikolaus Vécseys, von denen noch keiner auch nur die geringste Ahnung von der erfolgten Amnestierung hatte. „Wie geht es Euch zu Hause?" fragte er Szirmay, worauf dessen Antwort lautete: „So weit sind wir schon, daß, wenn der bisherige Druck weiter andauert, wir auch noch unser Ungartum verlieren können." „Du könntest recht behalten," bemerkte hierauf Andrássy, „wenn wir es mit einer andern Macht als den Oesterreichern zu tun hätten. Mit Rücksicht hierauf können wir es für sicher nehmen, daß sie früher oder später infolge ihrer schlechten Politik dahin gelangen werden, auf uns angewiesen zu sein."[3]) Klar bestätigen diese Worte, daß sich

---

[1]) Josef Madarász, „Meine Erinnerungen" (ung.), 1831—1881, S. 368 1.

[2]) Ibidem, S. 367.

[3]) Briefliche Mitteilung des in Bosnien lebenden Géza von Szirmay.

Andrássy zur Reise nach seinem Vaterlande in der Hoffnung rüstete, dort bestimmt mit der Zeit den Boden für eine patriotische Tätigkeit im Dienste der Nation und des Königs zu finden. Gewiß würde es sowohl für Ungarn wie für Oesterreich den größten Verlust bedeutet haben, wenn ein solch staatsmännisches Genie, wie es Andrássy gewesen, seine Kräfte in unfruchtbaren revolutionären Wühlereien vergeudet hätte, anstatt sie dem Staate, dessen Bürger er war, zu friedlicher Arbeit zu weihen. Für die Zukunft der Monarchie war es von tiefer Bedeutung, als sich Andrássy entschloß, Paris den Rücken zu kehren. Aber er konnte nicht gleich die Heimreise antreten. Am 10. Juli, einige Tage bevor ihm Hübner seine Amnestierung verkündete, hatte Gräfin Katinka einem Sohne, dem mittlerweile allzufrüh verstorbenen Grafen Theodor, in Paris das Leben geschenkt.[1]) Eine Verlängerung des Aufenthaltes auf französischem Boden war daher geboten. Erst anfangs September konnte Andrássy seinen eigenen wie den Wunsch seiner Familie erfüllen. Als die Mutter, die gerade auf der Veranda ihres Hauses stand, die Nachricht von der Heimkehr des Sohnes erhielt, warf sie, im ersten Ansturm leidenschaftlicher Freude, mit der an ihr gewohnten Heftigkeit, einen Stuhl über die Balustrade, daß er in viele Stücke zerbrach. Erst nachdem dies geschehen, beruhigten sich ihre Nerven.[2]) Nach kaum beendigter festlicher Begrüßung auf dem gräflichen Gute in Legenye erschien auch schon unter Andrássys Fenstern eine von Kanizsa herübergekommene Zigeunerkapelle, die die Weise anstimmte: „Weit war ich in der Welt, es ging mir auch anderwärts gut, aber mein Herz sagte mir dennoch immer, zu Hause sei es besser.“ Im Freudenrausch um den Wiedergekehrten tanzten die Mitglieder der gräflichen Familie mit der zahlreich herbeigeeilten Bauernbevölkerung eifrigst Csárdás.[3])

Andrássy war am Vorabend großer weltgeschichtlicher Ereignisse in Ungarn eingetroffen. Sie waren von größtem Einflusse auf die späteren Geschicke der Monarchie, an deren künftiger Gestaltung der Graf als bedeutender politischer Baumeister hervorragenden Anteil nehmen sollte.

---

[1]) Er kam in Paris am 10. Juli 1857 zur Welt und starb in Budapest am 13. Mai 1905.

[2]) Nach mündlicher Mitteilung einer Zeitgenossin.

[3]) „Budapesti Hirlap“, 19. Februar 1890: „Andrássys Begnadigung“ (ung.).

Viertes Kapitel

Politischer Zustand Ungarns bei der Heimkehr Andrássys

Als Graf Andrássy nach langjähriger Verbannung wieder heimatlichen Boden betrat, fand er ein Ungarn, wesentlich verschieden von dem, das er zur Zeit seiner Fahrt nach Konstantinopel im Jahre 1849 verlassen hatte. Ein Heer fremdländischer Beamten schaltete und waltete nach österreichischem Rechte im Dienste des neuen Einheitsstaates, in dem Ungarn gänzlich aufzugehen hatte.[1] Durch den in den höheren Klassen der Gymnasien und Realschulen zumeist in deutscher Sprache betriebenen Unterricht sollte der Gebrauch und die Kenntnis des ungarischen Idioms in den intelligenten Klassen langsam, aber sicher ausgemerzt werden. Sorgsam wachte das Auge der Polizei darüber, daß kein Lied und kein Buch das Feuer der Liebe für die nationale Sprache nähre. Mit unnachsichtlicher Strenge verfolgten die Obrigkeiten jede Aeußerung nationalen Lebens. Gleich der Sprache durfte auch nicht mehr die Tracht an den Ungar erinnern. In nichts sollte er vom Oesterreicher verschieden sein. Gemessene Befehle verscheuchten jedes nationale Abzeichen als gefürchtete Merkmale des unter der Asche fortglimmenden revolutionären Geistes. Eine ganze Armee von Gendarmen, die überall, wo sie erschienen, heilige Scheu einflößten,[2] war aufgeboten, um Regungen des Widerstandes im Keime zu ersticken. Für jeden von ihm eingebrachten Uebeltäter empfing der Gendarm eine Belohnung. Die

---

[1]) Wie Albert Berzeviczy in seinem Buche: „Alte Erinnerungen“ (ung.), 1853—1870, Budapest 1907, S. 68, mitteilt, hat man damals in einem Vers die exotischen Namen der fremden Beamten zusammengestellt. Er lautet:

„Schmutz, Kozseluch, Tumerauf, Hornaček,
Hrubi, Melichar, Schleimer, Chrobaček,
Satala, Kreimel, Safranek, Weigl,
Wawra, Suček, Prihoda, Beigl,
Wiplel, Worel, Wrtel, Brix,
Popelka, Czibulka, Wavrecska, Dix.“

[2]) Berzeviczy, a. a. O., S. 69.

Prämie, zu deren Bezahlung der Verurteilte verhalten war, stieg mit der Größe der Strafe. Sie erhob sich auf sechzig Gulden, wenn ein Todesurteil über den vom Gendarm Eingelieferten verhängt wurde.[1]) Welche Anspornung zur Angeberei! Niemand war auch sicher vor solcher: bereits witterte der Freund im Freund einen geheimen Feind. Von der Beaufsichtigung und Ueberwachung war auch der Beamte nicht ausgenommen. Wenn ihn nur der entfernteste Verdacht zweifelhafter Gesinnung streifte, mußte er durch das Fegefeuer der „Purifikation" hindurchgehen.[2]) Ohne diese Gesinnungsreinigung vor seiner vorgesetzten Behörde wurde er erbarmungslos aus dem Amt gestoßen. Mit wahrem Feuereifer handhabte man den eisernen Besen, um auch die letzten Spuren revolutionärer Denkungsart auszutilgen.

Unter dem Drucke solcher Verhältnisse befand sich Ungarn in einem trostlosen Zustande, der viele verzweifelt machte, andere wieder die Rettung ihres Vaterlandes in auswärtigen Komplikationen suchen ließ. Inmitten des drohenden Bestrebens, Ungarn unauflösbar mit dem Einheitsstaat zu verschmelzen, glaubten die sog. „Altkonservativen",[3]) es werde ihnen gelingen, den jungen Monarchen der Wiederherstellung des Zustandes vor 1848 zugänglich zu machen. Sie, die einzelne reaktionäre Elemente in sich schlossen, zum Hofe in intimen Beziehungen standen, die politischen Ergebnisse der Bewegung von 1848 verwarfen, dafür aber deren soziale Folgen — allgemeine Besteuerung und Gleichheit vor dem Gesetze — anerkannten, hielten sich gerade wegen ihres Programmes für am ehesten berufen, einen Sturmlauf zugunsten des alten Ungarn gegen Bach zu unternehmen. Die führenden Männer dieser Partei waren der festen Ueberzeugung, im Bunde mit dem noch ungekrönten Könige werde es auch wirklich im Interesse des Landes möglich sein, zu den durch die Erhebung von 1848 erschütterten Verhältnissen von 1847 zurückzukehren. Ehe sie sich hierzu anschickten, machten sie noch einen Annäherungsversuch an den Minister des Innern. Um die

---

[1]) Friedjung, a. a. O., S. 325.

[2]) Ungedruckt.

[3]) In seinem Artikel: „Offenes Sendschreiben an den Wiener ‚Lloyd', 3. Februar 1850", sagt Graf Emil Dessewffy, daß es vor März 1848 keine „altkonservative" Partei gab; er lehnt diese Bezeichnung, als nicht besonders ehrend, ab. Während des Reichstages von 1843/44 kam das Epitheton „konservative Partei" auf, als dessen Urheber, zur Kennzeichnung für seine Gesinnungsgenossen, Graf Emil Dessewffy sich selbst nennt. Erst nach Bewältigung des ungarischen Freiheitskampfes kam „altkonservativ" in Mode, als Benennung für die ungarischen Konservativen des Vormärz.

verlorene Herrschaft in Ungarn mit Hilfe der österreichischen Absolutisten zu erlangen, scheuten sie, gleich diesen, nicht zurück, zur Zertrümmerung des „ungarischen Flügels der europäischen bewaffneten Umsturzbewegung“ die drastischsten Mittel zu empfehlen. Sie hatten nichts dagegen, daß für einige Zeit die Verfassung konfisziert werde und durch die Gewalt des Säbels und der Bajonette die Pazifizierung Ungarns bewirkt werde — freilich immer unter der Voraussetzung, daß dann sie das Heft in die Hand bekämen. In einer Denkschrift werden dem Monarchen die Rechte des Eroberers für so lange übertragen, als es sich um die Herstellung der durch die Revolution gestörten Ordnung handle. Ist die Tat vollbracht, so müsse der Souverän sofort wieder in die Befugnisse des Gesetzgebers einlenken und die in Geltung gewesene vormärzliche Verfassung herstellen, indem diese durch die Revolution nicht verwirkt werden konnte.[1]) Durch solche Argumente ließen sich weder Fürst Felix Schwarzenberg, der Ministerpräsident, noch Bach, der Minister des Innern, in ihrem Verhalten erschüttern. Sie beharrten auf dem Standpunkt: das Gesetz des Siegers bilde das Recht des Souveräns.[2]) Erst nach dieser entschiedenen Zurückweisung traten die Altkonservativen offen als die unversöhnlichen Feinde Bachs auf, in dessen Person sie den Hauptgegner ihrer Ansprüche erblickten. Schwer hatten sie gefehlt, als sie zur Erreichung ihres Zieles mit den österreichischen Absolutisten ein Bündnis schließen wollten — ebenso schwer wie diese, als sie von einem Zusammengehen mit der altkonservativen Partei nichts wissen wollten. Groß war dagegen nach Erkenntnis ihres Irrtums der Mut, mit dem jetzt die Altkonservativen, unter den widrigsten Umständen, es wagten, Bach die Stirne zu bieten. Denn was sie nun taten, konnte leicht verhängnisvoll für sie werden. Sagte ihnen doch eine mächtige Persönlichkeit: „Sie spielen mit Ihren Köpfen.“[3]) Trotzdem schreckten sie nicht davor zurück, bald nach dem Zusammenbruch der Revolution — April 1850 — kühn die Verdammung des Bachschen Systems zu verkünden. Freimütig erklärten sie dem Kaiser in einer Denkschrift, daß der Weg, welchen die Regierung eingeschlagen, nie zur Be-

[1]) Friedjung, a. a. O., S. 371. Friedjung nimmt als Verfasser dieser für Bach bestimmten Denkschrift den Grafen Emil Dessewffy an, und zwar bestimmt er dessen Autorschaft auf Grundlage der vom Grafen im Wiener „Lloyd“ am 3. Februar 1850 und in einigen folgenden Nummern erschienenen Artikel.

[2]) Friedjung, a. a. O., S. 374.

[3]) „Drei Jahre Verfassungsstreit“. Beiträge zur jüngsten Geschichte Oesterreichs. Von einem Ungar. 1864. S. 10 Der Verfasser dieser Schrift war Ludassy.

ruhigung Ungarns führen werde.[1]) Indem sie diese Sprache führten, rechneten sie nicht damit, sofort mit ihren Vorschlägen Gehör zu finden. „Den Anstoß zur Verfassung der Denkschrift der vierundzwanzig,“ [2]) schreibt deren Autor, Graf Emil Dessewffy, „gab mir nicht die Hoffnung auf Erfolg, sondern lediglich die Ueberzeugung, daß für die Meinungen im Lande ein Haltpunkt, ein Memento an die Legalität und das Recht in einem Augenblick nötig sei, wo die Regierung alles früher Bestandene zu negieren und als Basis eine Charte (Märzverfassung von 1849) aufzustellen begann, die voraussichtlich keine Zukunft hatte.“ [3]) Unter Anerkennung des Gesamtreiches suchten die Unterzeichner der Denkschrift das Verhältnis eines konstitutionellen Ungarns zu demselben, kraft der Pragmatischen Sanktion, „auf fester Basis und in solcher Weise zu regeln, daß gegen eine Erneuerung der jüngst erlebten Verwicklungen starke Garantien geboten seien“.[4]) Durch Verleugnung der Gesetze von 1848 trachteten sich diese Männer dem Hofe als Regierungspartei annehmbar zu machen — ein Bemühen, das sie in Ungarn, gerade wegen Außerachtlassung der großen Schöpfungen dieses Jahres, mit dem Fluche der Unpopularität belastete. Man hat behauptet, die österreichische Regierung ließ jetzt den günstigsten Moment ungenutzt verstreichen, wo es ihr noch zum letztenmal hätte gelingen können, mit Hilfe der Altkonservativen den Weg der Versöhnung im Sinne des österreichischen Einheitsstaates zu betreten.[5]) Es scheint wirklich, daß die Majorität der Nation, im Gefühle der Ohnmacht gegenüber der Wiener Regierung, eine Herstellung der Verfassung auf den Fuß vor 1848, wenn auch nicht mit Enthusiasmus, so doch mit stiller, dankbarer Ergebung entgegengenommen haben würde. Aber das Bachsche Ministerium dachte nicht im entferntesten daran, hierzu seine Hand zu bieten. Dies beweist folgende Szene voll packender Charakteristik. Der Kaiser hatte

---

[1]) „Drei Jahre Verfassungsstreit“. Beiträge zur jüngsten Geschichte Oesterreichs. Von einem Ungar. 1864. S. 11.

[2]) Damit sind die Männer der altkonservativen Partei gemeint, die die Denkschrift Dessewffys unterzeichneten.

[3]) Graf Emil Dessewffy an Fürst Ferdinand Bretzenheim, Sz.-Mihály, 26. September 1851. Aus dem Nachlasse des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

[4]) „Drei Jahre Verfassungsstreit“, S. 12. Siehe noch: Paul von Somssich, „Das legitime Recht Ungarns und seines Königs“, Wien 1850, und ferner: Graf Anton Szécsen, „Politische Fragen der Gegenwart“, Wien 1851.

[5]) Rogge, „Geschichte Oesterreichs von Világos an“, Bd. I, S. 488. — Eisenmann, „Le compromis austro-hongrois de 1867“, S. 181.

die Denkschrift Emil Dessewffys nicht übel gefunden und von ihr gesagt: „Es sei viel Wahres darin enthalten.“ Fürst Schwarzenberg reichte sie dem Minister des Innern mit der höhnischen Bemerkung: „Da können Sie Weisheit daraus lernen — eine Menge Protestationen von Treue und ein Landtag ist der Inhalt.“ Bach selbst steckte das Schriftstück schweigend in seine Tasche, „und Roß und Reiter sah,“ wie Baron Jósika erzählt, „keiner wieder“.[1]) Der Minister des Innern wollte mit den Altkonservativen nichts mehr zu schaffen haben; er schüttelte sie einfach von sich ab. Sie aber ließen sich hierdurch nicht einschüchtern oder mundtot machen.

Im Sommer 1851, aufs tiefste beleidigt durch die von Bachs Intimen ausgehende Verdächtigung, daß eigentlich sie an allem, was in Ungarn geschehen, schuld seien und daß sie wie die Maulwürfe im Dunkeln wühlen,[2]) leiteten die Altkonservativen gegen den Minister des Innern eine neue kräftige Kampagne ein. Laut sollte es verkündet werden, daß sie als Ungarn treue Untertanen und ergebene Freunde Oesterreichs seien.[3]) Ueber das Ministerium hinweg, das ihnen den Weg zum Throne verrammelte, wollten sie ihr politisches Bekenntnis an das Ohr des Herrschers gelangen lassen. Zugleich aber rüsteten sie sich, die Waffe zu schwingen gegen das das gesamte öffentliche Leben in Oesterreich und Ungarn vernichtende ministerielle System. Ihr Ringen richtete sich sowohl gegen die Allmacht der Minister, die die Autorität des Kaisers zu einem Schattenbild herabdrückten, wie gegen die Märzverfassung, an deren Schaffung sie nie einen Anteil gehabt,[4]) deren Existenz vielmehr ihr Ideal, den verfassungsmäßigen Zustand vor 1848, dem Untergang geweiht hatte. Sie führten den Kampf, ohne, wie es scheint, Kenntnis zu besitzen,[5]) daß zur selben Zeit Baron Kübeck, der Präsident des Reichsrates, den Monarchen zu bewegen suchte, sich von dem ministeriellen Uebergewicht zu

---

[1]) Baron Samuel Jósika an Graf Emil Dessewffy (Wien), 12. April 1850. Besitz Seiner Exzellenz des Grafen Aurél Dessewffy in Budapest.

[2]) Zsedényi an Fürst Ferdinand Bretzenheim, 27. September 1851. Aus dem schriftlichen Nachlaß des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

[3]) Ibidem.

[4]) Siehe hierüber die Aeußerungen Baron Jósikas in meinem Artikel „Ungedruckte Tagebuchblätter des Hofkanzlers Baron Samuel Jósika“, mitgeteilt in „Oesterreichische Rundschau“, 1. Mai 1909, S. 198.

[5]) Sennyey an Fürst Ferdinand Bretzenheim, 7. September 1851: „. . . daß der Reichsrat . . . ja selbst bei der Entstehung der a. h. Erlässe (vom 20. August) den Ausschlag gegeben haben mag.“ Aus dem schriftlichen Nachlaß des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

emanzipieren und die Märzverfassung von 1849 aufzuheben.[1]) Die Erlässe vom 20. August 1851, die das Werk Kübecks bilden, beseitigten die Allmacht des Ministeriums zugunsten der absoluten Autorität des Kaisers. „Es scheint gewiß," heißt es in einem vertraulichen Briefe des altkonservativen Sennyey, „daß seit dem 20. v. M. (August) eine andere Richtung und andere Einflüsse bei der Entscheidung der höchsten Entschließungen die Oberhand behielten. Das Ministerium wird zwar bleiben — aber entweder müssen mit der Zeit die Personen vor den Tatsachen weichen, oder sie werden von den Konsequenzen derselben absorbiert."[2]) In den Augen der Altkonservativen war es von höchster Bedeutung, daß sie, infolge des eingetretenen Systemwechsels, von nun an nicht mehr ausschließlich dem Ministerium, sondern in erster Reihe der Person des Herrschers gegenüberstanden, von dem sie eher Würdigung ihrer Absichten erwarteten. „Die wesentlichste, wenn auch nicht die leichteste Aufgabe ist jetzt," bemerkt Sennyey, „Vertrauen zu fassen und Vertrauen zu erwecken."[3]) Das erste günstige Resultat des neuen Kurses erblickten sie in der Ernennung Erzherzog Albrechts zum Zivil- und Militärgouverneur von Ungarn, in dem sie einen Bürgen dafür sahen, daß der „allgemein verachtete" Geringer[4]) beseitigt und damit eine erfreulichere Zukunft für Ungarn anbrechen würde. Ursprünglich sollte Graf Franz Zichy, einer der vierundzwanzig, die die Denkschrift Emil Dessewffys unterzeichnet hatten, als Adlatus des Erzherzogs nach Ungarn gehen. Als jedoch das Ministerium auf der Nichternennung Zichys zu dieser Stelle bestand und sogar eine Kabinettsfrage daraus machte, entschied der Kaiser, daß niemand den Erzherzog als offizielle Persönlichkeit begleite.[5]) Ungeachtet der eine Wendung verheißenden Anzeichen, hatten die Altkonservativen doch sehr recht, daß sie nicht allzu vertrauensselig waren und sich hüteten, voreilig in die „Jubelposaune zu stoßen".[6]) „Bis die

---

[1]) Friedjung, a. a. O., S. 473.

[2]) Sennyey an Fürst Ferdinand Bretzenheim, 7. September 1851. Aus dem schriftlichen Nachlasse des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

[3]) Ibidem.

[4]) Graf Franz Zichy an Fürst Ferdinand Bretzenheim, Hietzing, 16. September 1851. Aus dem schriftlichen Nachlasse des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

[5]) Graf Emil Dessewffy an Fürst Ferdinand Bretzenheim, Sz.-Mihály, 21. Oktober 1851. Aus dem schriftlichen Nachlasse des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

[6]) Sennyey an Fürst Ferdinand Bretzenheim, 7. September 1851. Aus dem schriftlichen Nachlasse des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

falsche Auffassung der ungarischen Verhältnisse nicht aufhört," meinte Graf Emil Dessewffy, „bis man nicht einsieht, daß mit mechanisch-bureaukratischen Formalitäten und hohlen Phrasen so tief verworrene und verpfuschte Zustände wie die österreichisch-ungarischen nicht zu ordnen sind, erhoffe ich nichts Wesentliches." [1]) Die Vorsicht, in der eingetretenen Aenderung höchstens „den Keim des Besserwerdens" [2]) zu erblicken und sich nicht allzu frühzeitig rosigen Illusionen zu überlassen, war sehr am Platze. Um sein Portefeuille zu retten, hatte Bach keinen Augenblick gezögert, sich dem in den Augusterlässen proklamierten Absolutismus der Krone zu unterwerfen. [3]) Auch unter Erzherzog Albrecht, mit dem es ihm gelang, sich auf guten Fuß zu stellen, behielt er weiter einen entscheidenden Einfluß in den ungarischen Angelegenheiten. Der Minister des Innern verstand es, ihnen das Gepräge seines Geistes aufzudrücken. Aenderte sich der Lauf der Dinge auch nicht in sichtbar günstiger Weise, so ist es doch sicher, daß sich die Altkonservativen gerade in dieser Epoche ungarischer Geschichte ein unleugbares Verdienst erworben haben durch die Fortsetzung des Kampfes gegen die Entnationalisierung des Landes, wie sie Bach anstrebte. Hierin zeigten sie sich von unermüdlichem Eifer, mochten sie bei diesem Bemühen auch, wie dies ja im Wesen der menschlichen Natur begründet ist, stets die Erhaltung ihrer eigenen Herrschaft im Auge behalten. „Man war erstaunt," schreibt Ende 1852 der Pester Polizeidirektor Protmann, „welche Fortschritte hier auf dem Felde des Magyarismus von Tag zu Tag gemacht werden und wie die altkonservative Partei immer mehr an Terrain gewinnt." [4]) Nicht ohne Interesse ist es, daß man selbst den Vizepräsidenten der Ofener Statthaltereiabteilung, Graf de la Motte, als denjenigen Mann bezeichnete, der, kraft seiner Stellung, in vorderster Reihe bestrebt sei, „den Boden für die Altkonservativen zu pflügen." [5]) Je mehr sie sich rührten, um so unnachgiebiger zeigte sich die Regierung. Hatte man gehofft, durch schroffes Verhalten die Alt-

---

[1]) Graf Emil Dessewffy an Fürst Ferdinand Bretzenheim, Sz.-Mihály, 26. September 1851. Aus dem schriftlichen Nachlasse des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

[2]) Sennyey an Fürst Ferdinand Bretzenheim, 7. September 1851. Aus dem schriftlichen Nachlasse des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz.

[3]) Friedjung, a. a. O., S. 474.

[4]) Protmann an Feldmarschalleutnant Freiherr von Kempen, den Chef der Obersten Polizeibehörde, Pest, 1. Dezember 1852. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Protmann an Kempen, 1. Dezember 1852. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

konservativen in ihrem Bestande zu erschüttern,[1]) so mußte man eine gründliche Enttäuschung erleben. Anstatt sich aufzulösen, benutzten sie vielmehr die alljährliche Weintraubenausstellung in Sátoralja-Újhely zu gegenseitigem Austausch ihrer Gedanken über die herrschende Lage. Sofort wurde dies als Akt politischer Demonstration ausgelegt.[2]) Zu ihrer Stärkung versuchten sie es sogar, wie früher einen Bund mit den österreichischen Absolutisten, nunmehr eine Verschmelzung mit den radikalen Elementen Ungarns herbeizuführen.[3]) Das Oberhaupt, dem die einheitliche Leitung der Partei oblag, und in dessen Händen alle Fäden zusammenliefen, war Baron Samuel Jósika, der geistig hervorragende ehemalige Hofkanzler von Siebenbürgen.[4]) Von seinem in der Nähe Wiens gelegenen Sitze aus unterrichtete er seine Anhänger, deren vornehmstes Lager sich in Oberungarn, speziell in Kaschau, befand, über alle Absichten des Ministeriums, um sie rechtzeitig durch entgegengesetzte Maßregeln zu durchkreuzen. An der Spitze der Getreuen in Oberungarn wirkte vor allem Baron Paul Sennyey, von dem es heißt, daß er „gewiß der wütendste und zugleich der ausdauerndste Opponent der damaligen Regierung“ sei.[5]) Ihm schloß sich Vinzenz von Szent-Iványi, der Generalbevollmächtigte der Fürstin Bretzenheim, an. Das Haus dieser fürstlichen Frau in Sáros-Patak

---

[1]) Vortrag Kempens, 30. Oktober 1853. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. „Die Partei der Altkonservativen ist durch die Administrationsmaßregeln augenblicklich heftig erschüttert, und ihr ohnmächtiger Zorn macht sich Luft durch Bespöttelung der mitunter mißlichen Vermögensumstände der neuen Beamten.“

[2]) Bericht des Grafen Lažansky, Präsidenten der Statthaltereiabteilung von Kaschau, 4. November 1855. Ibidem. Lažansky, der sich selbst nach Sátoralja-Újhely begeben, suchte auch den auf seinem Landsitze zu Perbenyik befindlichen Grafen Anton Mailáth, ehemaligen ungarischen Hofkanzler, auf, von dem er sehr wertvolle Mitteilungen über das Treiben der Altkonservativen erhielt.

[3]) Bericht des Grafen Lažansky, 4. November 1855. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Idem. „Alle meine Wahrnehmungen bestätigen auf das bestimmteste die fortwährende einheitliche Leitung der altkonservativen Partei durch Baron Jósika in Wien.“

[5]) Bericht des Grafen Lazansky, Kaschau, 4. November 1855. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Es mag hier erwähnt werden, daß Sennyey sowie auch Graf Cziráky nach Besiegung der 1848er Erhebung Dienste bei der absoluten Regierung nahmen in dem Glauben, hierdurch ihrer von schweren Heimsuchungen betroffenen Nation nützlich sein zu können. Als sie jedoch merkten, daß das neue Regime schonungslos auf die völlige Ausrottung der ungarischen Sprache im öffentlichen und privaten Leben hinarbeite, legten sie ihre Aemter nieder und zogen sich von der Regierung zurück.

bot ihnen reichliche Gelegenheit, den Adel dieser Gegenden in ihrem Sinne zu beeinflussen.[1] „Diese Herren," schreibt Graf Lažansky, „lassen sich weder warnen noch bekehren, und die einzige Waffe, die der Regierung übrigbleibt, ist ein ruhiges, energisches, konsequentes Vorgehen, unbekümmert um das Parteigetriebe, das gerade in seinen ehrgeizigen und viel Eigendünkel besitzenden Gliedern sie am empfindlichsten trifft."[2] Gerade diese „Herren", die man links liegen lassen wollte, und zu deren Partei Apponyi, Dessewffy, Zsedényi, wie manch andere hervorragende Ungarn zählten, glaubten bei der ersten Nachricht von der Reise des Kaisers mit seiner jungen Gemahlin nach Ungarn im Mai 1857 die Stunde gekommen, um endlich nach vielen vergeblichen Versuchen das gehaßte Ministerium Bach zu Fall bringen zu können.[3] Der Minister des Innern hatte den zweiten Besuch des Kaisers in Ungarn als eine Art von Demonstration für seine Person geplant. Durch ihn wollte Bach nicht nur vor dem Monarchen, sondern auch vor aller Welt den Beweis führen, wie felsenfest sein nunmehr vollendetes Werk dastehe und wie es ihm tatsächlich gelungen, Ungarn zu beruhigen. Aber es kam anders, als er sich die Dinge in seinem Kopfe zurechtgelegt. Anstatt heller Begeisterung für seine Schöpfungen, löste sich in allen Kreisen der Wunsch nach deren Beseitigung aus. Nicht nur die Altkonservativen, das ganze Land sah mit hochgespannten Erwartungen der Ankunft des Herrscherpaares entgegen. Durch die öffentliche Stimmung ging, wie ein maßgebender Augenzeuge bestätigt, ein „förmliches Vibrieren".[4] „Vor allem," heißt es in einem Vortrage Kempens, „ist es der Magyarismus, der in letzter Zeit immer entschiedener hervortrat, und der Ruf nach Einführung der ungarischen Sprache im Unterrichte, in den Gerichtsverhandlungen und im behördlichen Leben überhaupt zieht sich durch alle Schichten der magyarischen Bevölkerung. Daran knüpft sich bei einigen selbst die Hoffnung auf Wiedereinführung der ungari-

---

[1]) Bericht des Grafen La ̌ansky, 4. November 1855. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Ibidem.

[3]) In einem Berichte vom 7. Mai 1857 liest man: „Die magyarische Aristokratie glaubt, der Zeitpunkt sei gekommen, die Unhaltbarkeit des von Baron Bach eingerichteten Regimes Seiner Majestät ans Herz zu legen, und ist nun der Meinung, ungescheut sagen zu können, daß sie die deutsche Wirtschaft aus vollster Seele hasse." Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Protmann an Kempen, 27. Februar 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

schen Konstitution, und man glaubt den Zeitpunkt nicht mehr fern, wo die deutschen Beamten werden aus dem Lande ziehen müssen. Der Adel und die sogenannte altkonservative Partei werden als die Vorkämpfer für diese Separationsgelüste betrachtet, und in Großwardein wird selbst auf hochgestellte Beamte hingewiesen." [1]) Diesen Wünschen, soweit sie in ihr Programm paßten, wollten die Altkonservativen beim Empfang des Adels durch den Kaiser in einer von ihnen bereitgehaltenen Petition Ausdruck geben. Mit aller Heimlichkeit wurde sie in Szene gesetzt und Unterschriften gesammelt. Ueber 130 Personen, an ihrer Spitze Kardinal Scitowsky, der Fürstprimas von Ungarn, hatten sie unterzeichnet. Ebenso das Mitglied des ständigen Reichsrates, Ladislaus von Szögyenÿ-Marich, der bei dieser Gelegenheit gesagt haben soll: „Vor allem bin ich Ungar, und dann erst Reichsrat." [2]) Nächst den Namen eines Emil Dessewffy, Georg Apponyi, Samuel Jósika, fehlten nicht die eines Eötvös, eines Koloman Ghyczy und einiger Repräsentanten des Bürgerstandes.

In der von Graf Emil Dessewffy verfaßten Bittschrift wurde eine Lanze für die Integrität des Landes und für den Schutz des nationalen Charakters gebrochen. Von einer Unabhängigkeit des Königreiches mit einem eigenen Ministerium war in der Petition ebensowenig die Rede, wie im April 1850. Vielmehr hieß es jetzt in dem neuen Dokumente: „Unser Vaterland fühlt und erkennt vollkommen die Verpflichtungen, welche es Euer Majestät und der Gesamtmonarchie schuldet." [3]) Das Verlangen nach Aufhebung der Gliederung des Landes in fünf Statthaltereiabteilungen und Erhaltung der ungarischen Sprache im öffentlichen Leben stand jedoch im schroffsten Gegensatz zu dem in der „Allgemeinen Zeitung" vom 24. April erschienenen hochoffiziösen Artikel über die Kaiserreise. In dringendster Weise ward da vor Illusionen jeder Art gewarnt und die Möglichkeit der Rückkehr zum Alten für ganz ausgeschlossen erklärt. „Die Kaiserreise," hieß es, „bietet eine nicht leicht wiederkehrende Gelegenheit zum Abschluß mit der Vergangenheit." Jedem, der noch um die ehemalige Stellung seines Vaterlandes trauerte, ward zum Trost und zur Linderung seines Schmerzes die Aussicht eröffnet, „aus einem österreichischen Ungar

---

[1]) Vortrag Kempens, 1. Mai 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Hell an Kempen, 18. Mai 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) „Drei Jahre Verfassungsstreit", S. 28.

ein ungarischer Oesterreicher geworden zu sein".[1]) Aus diesem das „Prinzip der Einheit des Kaiserreichs" aufs nachdrücklichste betonenden Artikel konnten die Unterzeichner der Petition wenig Hoffnung schöpfen, ihre Wünsche erfüllt zu sehen — falls sie überhaupt zur Kenntnis des Monarchen gelangten. Gerade das sollte verhindert werden. Wie geheim auch die Vorbereitungen für das Zustandekommen der Bittschrift betrieben worden waren, vor dem Späherauge Kempens konnten sie doch nicht verborgen bleiben. Es wird erzählt, Buol und Bach, von der Absicht der Altkonservativen unterrichtet, eilten nach Ofen, um mit ihrem ganzen Einfluß, und selbst unter Androhung ihres Rücktrittes, die Annahme der Petition zu hindern.[2]) Nachdem der Kaiser sich schon vor der Abreise für die Aufrechterhaltung des Bachschen Kurses entschieden hatte, war im vorhinein das Schicksal der Bittschrift besiegelt. Als der Primas sie nun überreichen wollte, lehnte der Kaiser deren Empfang in feiner Weise ab, so daß der Kirchenfürst sie wieder in seiner Tasche verschwinden lassen mußte.[3]) Kein Hehl machte Franz Josef seiner Umgebung gegenüber aus der Entrüstung, die er darüber empfand, daß auch Bischöfe die Adresse unterfertigt hatten. Wiederholt stampfte er heftig mit dem Säbel auf den Boden, wobei er zu Erzherzog Albrecht und Graf Grünne sagte: „Das heißt doch den Undank aufs Aeußerste treiben. Diese Herren sollten sich um ihre kirchlichen Angelegenheiten kümmern, auf welchem Gebiete sie volle Freiheit genießen, die Politik aber beiseitelassen." [4]) Baron Augusz, Vizepräsident der Ofener Statthalterei, das „kleine Männlein von quecksilberner Beweglichkeit",[5]) mühte sich unterdessen eifrigst ab, durch seine Intrigen den Eindruck zu schwächen, den der Schritt der Altkonservativen hervorgerufen. Es gelang ihm unter den Unterfertigern der Adresse einen Bruch zu bewirken. Viele derselben suchten ihre Beteiligung mit der Begründung zu entschuldigen, daß sie dem Inhalte der Adresse keine genügende Aufmerksamkeit geschenkt hätten, in der Meinung, es sei eine Loyalitätsadresse.[6])

---

[1]) „Ueber die Kaiserreisen in den lombardisch-venezianischen Provinzen und in Ungarn." „Allgemeine Zeitung", Beilage zu Nr. 114, 24. April 1857.

[2]) „Drei Jahre Verfassungsstreit", S. 29.

[3]) Hell an Kempen, 18. Mai 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Idem, 4. Juni 1857. Ibidem.

[5]) Rogge, a. a. O., Bd. I, S. 484.

[6]) Hell an Kempen, 18. Mai 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

So blieb der geplante Handstreich ohne jeden Erfolg, und Bach durfte sich seines Einfalles freuen, durch die Kaiserreise sein System zu stärken. Am 11. September veröffentlichte die „Wiener Zeitung" ein vom 9. September datiertes kaiserliches Handschreiben an Erzherzog Albrecht, das folgende bezeichnende Worte enthielt: „Entschlossen, an den Grundprinzipien, welche mich bisher bei der Regierung meines Reiches geleitet haben, unverbrüchlich festzuhalten, will ich, daß dies allseitig erkannt und insbesondere von allen Organen meiner Regierung zur genauen Richtschnur genommen werde." Gleichsam zur Versüßung der bitteren Pille, die den Ungarn mit diesem markanten Ausspruch gereicht wurde, fügte man noch weiter hinzu: „Dabei wird aber meine angelegentliche Sorge stets auch dahin gerichtet sein, daß die verschiedenen Volksstämme fortan in ihrer nationalen Eigentümlichkeit erhalten und ihnen bei der Pflege ihrer Sprache die gebührende Rücksicht gewährt werde." Die Regierungserklärung war wenig danach angetan, jene zu beruhigen, die für die Wiederherstellung der alten Konstitution und für das national-ungarische Idiom das Bürgerrecht im öffentlichen Leben gefordert hatten. Noch weniger konnte sie Deák befriedigen, der, über die Altkonservativen hinausgehend, für kein höheres Ideal als für die 1848er Gesetze erglühte, deren Wiederherstellung er sein ganzes Denken und Fühlen weihte.[1] Der Polizeidirektor von Großwardein war im Irrtume, als er behauptete, das kaiserliche Handschreiben vom 9. September habe „so manchem den Star gestochen, der da wähnte, es sei die Zeit gekommen, durch ein einmütiges und keckes Auftreten Konzessionen abtrotzen zu können".[2] Da war der Polizeidirektor von Kaschau schon besser unterrichtet, als er in den Stoßseufzer ausbrach: er habe durch fünf Jahre die Erfahrung machen müssen, daß der Adel agitiere, „wo er geht und steht".[3] Ihm entging es nicht, daß die in Pest ungnädig aufgenommene Adresse der Magnaten eine wahre „Petitionsbewegung" in Fluß gebracht habe.[4] Auf Grundlage der ihm von allen Seiten zuströmenden Berichte mußte auch Kempen sagen, daß selbst nach Erlaß des kaiserlichen Handschreibens die „Wühlereien" nicht aufhörten.

---

[1]) Kónyi (2. Ausgabe), Bd. II.

[2]) Polizeidirektor Maschek an Kempen, Großwardein, 23. September 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Polizeidirektor Marx an Kempen, Kaschau, 29. September 1857. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Ibidem.

Nach seinen Wahrnehmungen bildete sogar die kaiserliche Zusicherung der Pflege der nationalen Sprache ein neues, und zwar das „kräftigste Bindemittel" für die verschiedenen, im Lande sich bemerkbar machenden regierungsfeindlichen Tendenzen.[1])

* * *

Noch weniger als Ungarn schien Bach, allerdings aus ganz anderen Motiven, das kaiserliche Handbillett zufriedenzustellen. Ihm genügte nicht der Triumph, mit dem die kaiserlichen Worte sein Werk gekrönt hatten. Er geizte nach mehr. In seiner unbegrenzten Machtgier und Eitelkeit wollte er den unter ihm eingetretenen „unverkennbaren Aufschwung", für den bereits das Handbillett Zeugenschaft abgelegt, auch noch durch eine ausführliche, keinen Widerspruch duldende statistische Darstellung begründen und bekräftigen lassen. Klar und bündig sollte es erwiesen werden, es gebe in Europa kein Land, „welches einen wichtigeren und rascheren Prozeß der Kulturentwicklung vor den Augen der staunenden Mitwelt darlegt, als das Königreich Ungarn".[2]) Infolge eines Auftrages des Ministers verfaßte daher sein getreuer Famulus, der aus der Schweiz nach Oesterreich eingewanderte Ministerialrat Bernhard von Meyer,[3]) den man in seinem Vaterlande den „Blutbäni" nannte,[4]) die ebenso berühmte wie berüchtigte Schrift: „Rückblick auf die jüngste Entwicklungsperiode Ungarns". In der k. k. Hof- und Staatsdruckerei verlegt, war das 87 Seiten starke Büchlein ohne Namensnennung im Jahre 1857 in der sehr beschränkten Anzahl von etwa 50 Exemplaren erschienen. Wie der Verfasser im Texte selbst erklärte, hatte er sein Opus zunächst nur für einen kleinen Kreis von Freunden bestimmt. Das hinderte freilich Bach nicht, es an von ihm bezahlte ausländische Blätter gelangen zu lassen, die nun, nach Art gedungener Federn, sein Loblied singen mußten. Der eitle, auf seine bisherigen Leistungen allzu stolze Minister des Innern

---

[1]) Vortrag Kempens, 31. Oktober 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) „Rückblick auf die jüngste Entwicklungsperiode Ungarns", S. 3.

[3]) B. von Meyer, „Erlebnisse", Bd. I, S. 357. Meyer sagt, daß er den „Rückblick" teils aus eigenem Antrieb, teils infolge Ermunterung Bachs geschrieben. Das Büchlein gilt allgemein als das Werk Bachs selbst.

[4]) Przibram, „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", S. 139. Als Staatsschreiber von Luzern hatte sich Bernhard von Meyer im Sonderbundskriege von 1847 auf Seite der Jesuitenpartei gestellt und fremde Hilfe gegen seine Landsleute in Anspruch genommen. Damals erhielt er den Spitznamen „Blutbäni".

hatte keine Ahnung davon, daß sein Ministerkollege Kempen, der Chef der „Obersten Polizeibehörde", der erste war, der eine äußerst abfällige Kritik über den „Rückblick" fällte.[1]) Aufs schärfste verurteilte er es, daß sich der Anonymus mit seiner Schrift an das Forum des Auslandes gewendet habe. „Es ist sehr zu besorgen," schreibt Kempen an Graf Grünne, „daß die ausländische Presse dieser Verherrlichung der Regierungstätigkeit andere Tatsachen, namentlich die bei der kaiserlichen Rundreise vorgekommenen Petitionen und Manifestationen entgegenstellen wird, welche keinen Zweifel darüber lassen, daß Adel und Klerus noch immer an den alten historischen Ueberlieferungen[2]) hängen, und daß, unter dem Einfluß dieser noch immer einen sträflichen Ton angebenden Stände, selbst die Mehrzahl in den übrigen Schichten der Bevölkerung die Vorzüge der Neugestaltung nicht anerkennen will." So wird allmählich der Chef der Obersten Polizeibehörde zum Ankläger Bachs. Wie ein verdammendes Urteil klingt es doch, wenn Kempen in seiner Darlegung fortfährt: „Die aus allen Teilen Ungarns tönenden Klagen über den kostspieligen Geschäftsgang in den Zweigen der Landesverwaltung, über die dem Kulturgrade des Volkes nicht entsprechende Justiz, über die hohen Steuern, die mittels Exekutionen eingetrieben werden müssen, über das noch unvollendete Werk der Grundentlastung, Kommassation des Katasters und der für den Kredit unentbehrlichen Grundbücher u. s. w. dürften wahrscheinlich zu Kontroversen benutzt und mit den Farben der Leidenschaft ausgemalt werden." Stellte sich der Chef der Obersten Polizeibehörde absichtlich, als wüßte er nicht, wer der Autor sei, der sich hinter dem „Rückblick" verberge und in diesem nur allein seinen engeren Geschäftskreis verherrlichte?[3]) Wenigstens gab er sich den Anschein, als hätte er keine Kenntnis davon und schloß folgend seine Bemerkungen: „Wie man übrigens über das fragmentarische Werk des anonymen Verfassers immer denken möge: so viel ist gewiß, daß es patriotischer gewesen wäre, wenn er sich nicht in geheimnisvolle Namenlosigkeit gehüllt, seine Schrift nicht in das Ausland geschickt und den Diskussionen fremdländischer Zeitungen übergeben hätte, sondern wenn er in der Heimat damit in die Oeffentlichkeit [gegangen] wäre, um für die Neugestaltung Ungarns

[1]) Kempen an Graf Grünne, Wien, 31. Oktober 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Ursprünglich stand: „Rechten".

[3]) Dies nahm Kempen dem Verfasser des „Rückblickes" sehr übel.

den Beistand der vaterländischen Presse zu gewinnen." [1]) Von dieser äußerst scharfen amtlichen Abfertigung erfuhr Bach freilich nichts. Aus der gereizten Sprache mancher Wiener Blätter konnte er jedoch sehr bald entnehmen, daß man es ihm verüble, sich mit seiner Schrift zuerst an das ausländische Forum gewandt zu haben. Den Minister schienen aber die mehr oder minder verhüllten Angriffe nicht im geringsten zu beirren. Vielmehr sagte sein intimes Sprachrohr, Bernhard von Meyer, zum Redakteur des „Wanderer", als dieser einige spitze Bemerkungen über den „Rückblick" veröffentlicht hatte, „er sei durchaus kein Feind der freien Presse und liebe es sogar, wenn diese sich offen ausspreche". [2]) Gar „lieb" mochte es dem auf allgemeine Anerkennung und entschiedenes Lob seiner Schrift rechnenden Minister des Innern doch nicht gewesen sein, als seine Erwartung sich nicht erfüllte. Hätte er ahnen können, daß in der Stille seiner Klause bereits einer der bedeutendsten und geistvollsten Männer Ungarns die Feder ergriffen, um die vernichtendste Widerlegung seines Werkes zu verfassen, so hätte er wohl schon jetzt bedauern müssen, den „Rückblick" der Oeffentlichkeit übergeben zu haben. Vorerst brach der Sturm, der sich über seinem Haupte zusammenzog, noch nicht los. War man auch mit der Verhimmelung, die er sich selbst angedeihen ließ, nicht einverstanden, so hatte ihm der Tadel Kempens doch auch nichts anhaben können. Es schien, als hätte die Kaiserreise, wie dies ja auch das Handschreiben vom 9. September 1857 bekräftigte, seine Stellung nur noch mehr befestigt. Die Vorträge des Chefs der Obersten Polizeibehörde mußten allerdings dem Kaiser manchmal Zweifel über den von Bach in Potemkinscher Art dargestellten Zustand Ungarns erregen. Ende Januar 1858 hatte Kempen seinem kaiserlichen Herrn noch melden können, der Adel sei zur Einsicht gekommen, daß an Konzessionen zur Wiederherstellung der früheren Verhältnisse nicht zu denken sei. [3]) Einige Monate später lautete jedoch seine Schilderung der öffentlichen Stimmung schon wesentlich anders. „Die Bestrebungen der magyarisch-nationalen Partei," heißt es im Vortrage des Chefs der

---

[1]) Kempen an Grünne, Wien, 31. Oktober 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Die Zuschrift hat den Hofrat Lewinsky zum Verfasser.

[2]) Hell an Kempen, 10. November 1857. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Vortrag Kempens, 31. Januar 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

Obersten Polizeibehörde vom 30. April 1858, „treten mit immer entschiedenerer Färbung in den Vordergrund und suchen durch vereinigte Umtriebe ein immer weiteres Feld zu gewinnen. Die von Tag zu Tag wachsende Partei macht es sich zur Aufgabe, die Unzufriedenheit mit der Regierung in Permanenz zu erhalten und ist nunmehr bemüht, auch den Bürgerstand auf indirektem Wege in ihren Ideenkreis zu ziehen. Die finanzielle Krisis und die herrschende Geldnot bahnen diesen Wühlereien den Weg. Das Benehmen der Mitglieder der nationalen Partei gegen die Regierungsorgane ist schroff und abstoßend." [1]) Einen ausgiebigen Hintergrund für diese Agitationen bildete die allgemeine Unzufriedenheit mit der herrschenden Lage. Von allen Seiten hörte man bittere Klagen führen über die unerschwinglichen Steuern, [2]) wie über die Rücksichtslosigkeit, mit der sie eingetrieben würden. Laute Beschwerde ertönte über den schleppenden Gang der Justiz und der Verwaltung überhaupt. Hinzu kam noch, wie dies auch von Kempen angedeutet wird, der Verfall von Handel und Industrie, der sich nicht bloß in Ungarn, sondern auch in Oesterreich in drückendster Weise fühlbar machte. In Wien herrschte großes Elend unter den Fabrikarbeitern. Viele Großindustrielle erklärten ihre Zahlungsunfähigkeit. Im umgekehrten Verhältnis zu dem von Tag zu Tag tiefer sinkenden Verdienst stieg die Teuerung der Lebensmittel, was besonders von Beamten und den von einem fixen Einkommen Lebenden peinlich empfunden wurde. Kein Wunder, wenn Kempen aus all dem den Schluß zog, er müsse die öffentliche Stimmung als eine „einigermaßen beunruhigte und gedrückte" bezeichnen. [3]) Auch die Gestaltung der Beziehungen der Monarchie zum Auslande bot den unzufriedenen Elementen reichlichen Stoff, die Gemüter von der Unhaltbarkeit des jetzigen Regimes zu überzeugen. Es bildete kein Geheimnis, daß zwischen dem Wiener und Pariser Kabinett eine starke Spannung bestehe, die sich früher oder später in Feindseligkeiten zwischen Oesterreich und Frankreich äußern werde. Man wußte, daß Piemonts großer

---

[1]) Vortrag Kempens, 31. Januar 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Selbst der in Wien wohnende reiche Marquis Pallavicini erklärte offen der Regierung, außerstande zu sein, die von ihm geforderten hohen Steuern aus dem ihm zufließenden Einkommen seiner in Ungarn gelegenen Güter zahlen zu können. Graf Flemming, Wien, April 1858. Kgl. Preuß. Staatsarchiv.

[3]) Vortrag Kempens vom 30. April 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

Minister, Graf Cavour, fortwährend in Paris gegen Oesterreich intrigiere, mu Napoleon III. zum Kriege gegen diese Macht zu bewegen. Seit dem wohl mißlungenen Attentat Orsinis auf den französischen Kaiser stand dieser im Banne Cavours, der sein ganzes staatsmännisches Genie für die Verwirklichung der Einheit Italiens einsetzte und durch geheime Missionäre in Lombardo-Venetien den Boden für eine Erhebung urbar zu machen trachtete. Die ungarische Emigration ihrerseits säumte nicht, von Cavours Plänen Nachricht nach der Heimat gelangen zu lassen, um dort Hoffnungen auf äußere Verwicklungen zu erregen. „Mit der größten Spannung," schreibt Kempen, „blickt man in Ungarn auch auf Italien und insbesondere auf die Vorkommnisse im lombardo-venezianischen Königreiche." [1]) Nach dem Verhalten Graf Buols, des Ministers des Aeußern, während des Krimkrieges, und der durch ihn bewirkten völligen Isolierung der Monarchie wuchs die Zuversicht der Feinde Oesterreichs, das sich im Auslande nur geringen Ansehens erfreute. „Wenn man hört," schrieb damals Josef Tuvora an die Oberste Polizeibehörde aus Paris, „wie hier überall über uns geurteilt wird, dann muß man sich beinahe schämen, Oesterreich anzugehören." [2])

Zur Stärkung der Autorität Oesterreichs gegenüber den fremden Mächten konnte es nicht beitragen, daß es im Innern fortwährend gärte. Man wollte mit Projekten, wie jenem des Einheitsstaates und der Germanisierung, um jeden Preis durchdringen, ohne zu merken oder sehen zu wollen, daß solche Bestrebungen Utopien seien, mit denen man sich selbst den Boden abgrub. Denn anstatt mit derartigen Versuchen Wurzel zu fassen, mehrten sich die Symptome, die auf einen immer tiefer greifenden Widerstand hinwiesen. Der Schrecken, den die Gendarmerie und die Polizei zu verbreiten trachteten, Verurteilungen und Einkerkerungen waren nicht imstande, das Wiedererwachen des nationalen Geistes zu verhindern. Im ungarischen Landesagrikulturverein wollte man nichts mehr vom Rittmeister von Heinrich wissen, dem der Regierung treuergebenen Präsidenten des Vereins. An seiner Statt wurde der k. k. Kämmerer Josef von Uerményi gewählt, von dem

---

[1]) Vortrag Kempens, 30. April 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Tuvora an Hell, 8. April 1858. Josef Tuvora, Journalist im Dienste der Obersten Polizeibehörde, war nach Paris geschickt worden zur Erforschung der dortigen Zustände. Hell war Präsidialsekretär Kempens. An diesen hatte Tuvora seine Berichte zu senden.

es bekannt war, daß er zu den eifrigsten Altkonservativen zähle und gewohnt sei, „die Verfügungen der Regierung in sarkastischer Weise zu bekritteln".[1]) Erzherzog Albrecht hielt es für geboten, solch einen gefährlichen Mann abzulehnen und dessen Wahl nicht zu bestätigen. Diese Haltung des Generalgouverneurs hinderte nicht die eben neugegründete „Allgemeine Assekuranzgesellschaft", denselben Uerményi an die Spitze ihres Instituts zu stellen. Sofort wurde auch dieser Akt vom Erzherzog für ungültig erklärt.[2])

Eine weitere beredte Aeußerung des sich auflehnenden Geistes bot auch ein für die damaligen Verhältnisse ziemlich kühner Artikel des „Pesti Napló", in dem es hieß, daß man der bedrängten Nation wenigstens den Trost lasse, einig zu bleiben, einig überall, einig in ihrer Literatur. Die allzu gewagte Sprache trug der Zeitung, die sich bereits vorher mehrere Rügen und zwei Verwarnungen zugezogen hatte, die Strafe einer zweimonatlichen Suspendierung ein.[3])

Zu nicht unbedeutender Macht erhob sich auch das Adelskasino, aus dem jetzt der bereits erwähnte Rittmeister von Heinrich hinausballotiert wurde. An dessen Stelle wählte man Graf Julius Andrássy.[4]) Es ist dies das erste öffentliche Hervortreten des aus der Verbannung Heimgekehrten. Mehr als über seinen Eintritt in das Adelskasino, das ein ungarischer Korrespondent des „Wanderer" als den „Mittelpunkt des nationalen geistigen Lebens" bezeichnet, erfährt man in dieser Zeit nicht.[5]) Der Graf scheint es noch immer für das richtigste gehalten zu haben, ganz im Hintergrunde zu bleiben, wahrscheinlich, um nur ja nicht mit seiner Loyalitätserklärung in Konflikt zu geraten. Doch wissen wir, daß er sofort nach seiner Heimkehr Deák aufsuchte.[6]) Sollte er sich

---

[1]) Protmann an Kempen, Pest, 13. Januar 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) „Erste ungarische allgemeine Versicherungsgesellschaft 1857—1907". Budapest 1908. Der bekannte ungarische Dichter Andor von Kozma ist der Verfasser dieses in deutscher und ungarischer Sprache erschienenen Werkes.

[3]) Protmann an das Generalgouvernement in Ofen, Pest, 17. Februar 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Präsidialerinnerung für den Polizeidirektor von Pest, Wien, 12. Februar 1858. Archiv des k. k. Ministeriums des Innern. Der Wiener „Wanderer", der am 11. Februar über das Nationalkasino einen Bericht brachte, erwähnt nichts von der Wahl Andrássys. Der Verfasser des Artikels scheint der nicht regierungsfreundliche Pester Journalist Gustav Birnbaum gewesen zu sein.

[5]) „Wanderer", 11. Februar 1858.

[6]) Mündliche Mitteilung Kónyis.

schon damals mit diesem verbunden haben? Es ist von hohem Interesse, daß eine der geistvollsten, schönsten und einflußreichsten Frauen Ungarns im April 1858 auf Deák, als den Retter in der Not für die Regierung, hinwies. Diese Frau war Luise von Beöthy, geborene Csanády, die Witwe des 1851 wegen Hochverrates in contumaciam zum Tode verurteilten Edmund (Ödön) von Beöthy. Aus Dankbarkeit für die Gnade, die sie beim Throne vor ungebührlichen Verfolgungen einiger höherer Justizbeamten gefunden, hielt sie es für ihre Pflicht, der Obersten Polizeibehörde einige Andeutungen über die verzweifelt schlechte Lage in Ungarn zu machen.[1]) Gleichzeitig ließ sie ihre Geneigtheit durchblicken, den ihr engbefreundeten Deák, „einen Mann der Opposition, aber von erprobter Rechtlichkeit und bei allen Parteien des Landes hochgeachtet", zu einer vertraulichen Annäherung an die Regierung bewegen zu wollen. Mit dem Einflusse, den sie auf ihn zu besitzen vorgab, hoffte sie ihn zur Abfassung einer Denkschrift veranlassen zu können, die offen die Verhältnisse darlegen und die Wege weisen sollte, auf denen eine Verständigung zu ermöglichen und der bestehende Bruch zwischen Krone und Nation zu heilen wäre.[2])

Luise von Beöthy täuschte sich, wenn sie annahm, die Zeit für das Eingreifen Deáks sei gekommen. Noch war man nicht so weit, um auf seinen Rat zu hören. Lagen auch Handel und Industrie im argen, sank der Wohlstand in der ganzen Monarchie täglich tiefer, schimpfte sogar Minister Bach schon selbst über die „schlechte Wirtschaft",[3]) so meinte man trotzdem noch nicht,

---

[1]) Notiz der Obersten Polizeibehörde vom 25. April 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Die Notiz war für den mündlichen Vortrag beim Kaiser bestimmt. Frau von Beöthy sprach von „unheilvoller Lage", „feiler Justiz" und daß „das ganze Land fiebere". Sie versicherte, daß man sich mit der Schnelligkeit eines Telegraphen über alle Ausschreitungen der Behörden verständige. „Ein Glück," heißt es da, „für die Regierung Seiner Majestät des Kaisers nenne sie es, daß man alles Unheil dem Bachschen System zuschreibe." In der Notiz für den Kaiser waren die Aussprüche der Frau von Beöthy ein wenig gemildert worden.

[2]) Notiz der Obersten Polizeibehörde vom 25. April 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Hell an Kempen, 16. November 1858. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Hell bemerkt dazu: „Derlei Aeußerungen aus dem Munde eines Ministers, den man für so einflußreich und mächtig hielt, müssen wohl den Zuhörer stutzig machen und das Vertrauen auf den Bestand der Regierung, ja selbst des Staates, wenigstens in seiner gegenwärtigen Einrichtung, schwächen, auch Besorgnisse hervorrufen."

seine letzte Zuflucht zu dem Prediger der „Passivität" nehmen zu müssen. Man wußte in Wien, daß dieses „Orakel" — wie Deák bereits hieß — auf Grundlage des Einheitsstaates, mochte er sich in absolutem oder liberalem Kleide zeigen, nie für irgendeine politische Wirksamkeit zu gewinnen sein werde. Das hatte schon der damalige Justizminister Schmerling erfahren, als er ihn 1850 zu den in Wien stattfindenden Beratungen über das ungarische Privatrecht einlud,[1]) und etwas später auch Bach, als er bemüht war, diese große Kraft für sich zu gewinnen. Mit der ihm eigenen naturwüchsigen Schlagfertigkeit wies Deák die Anpreisung des Glückes zurück, das Ungarn erwarte, wenn es in Oesterreich aufgehe. „Um wie viel größer," lautete seine Entgegnung, „ist die himmlische Glückseligkeit, und dennoch will niemand sterben." Die Altkonservativen, die Wind von der Berufung Deáks nach Wien bekamen, waren natürlich höchst begierig zu erfahren, ob er dem Rufe Folge leisten werde. Wie hoch sie auch Deák schätzten, wünschten sie doch nicht durch ihn aus dem Felde verdrängt zu werden. Sie kannten ihn doch zu gut, um nicht zu wissen, daß er um keinen geringeren Preis, als sie selbst, das Werk der Versöhnung in die Hand nehmen werde. „Deák," schrieb Baron Jósika aus Wien am 24. April 1850, „soll heraufzitiert worden sein unter dem Vorwande, sich über die Avitizitätsfrage auszusprechen, sie wollen hier mit ihm anbandeln. Wird er ihnen aufsitzen? Ich glaube nicht, weiter (sic) als wir kann er nicht eingehen, wenn er sich im Lande nicht gänzlich diskreditieren will."[2]) Die Altkonservativen konnten wirklich vollkommen über ihn beruhigt sein. Denn Deák war weder ein Intrigant, der es versucht hätte, hinter ihrem Rücken ihre Arbeit zu untergraben, noch war er eine Verschwörernatur. An dem sog. „Rebellenkonvent", wie der Debreziner Reichstag von 1849 genannt wurde, hatte er, absichtlich oder infolge Verhinderung, nicht teilgenommen, weshalb ihn auch das Kriegsgericht im Frühling 1850 von jeder Schuld freisprechen mußte.[3]) Der Mann der strengsten Gesetzlichkeit perhorreszierte die Gewalt hüben und drüben. Mit

---

[1]) Kónyi, a. a. O., Bd. II, S. 382.

[2]) Baron Samuel Jósika an Graf Emil Dessewffy, 24. April 1850. Am 5. Mai 1850 schrieb er an Emil Dessewffy: „Ich mache mir nichts daraus, wenn er (Deák) kommt, er kann, ohne sich vor dem Lande totzuschlagen, unmöglich weniger verlangen als wir." Beide Briefe im Besitze des Grafen Aurél Dessewffy.

[3]) Kónyi, a. a. O., Bd. II, S. 381

stiller Ergebung in den gegebenen Zustand hatte er seinem Lande als mächtigste Waffe zu dessen Beseitigung die „Passivität“ empfohlen. In der genauesten Befolgung der Politik des passiven Widerstandes, die dem herrschenden Regime Nahrung und Kraft zum Dasein entzog, erblickte Deák einen Schimmer von Hoffnung für die einstige Wiederherstellung der Freiheit und der Verfassung. Neben dem passiven Widerstand empfahl er noch die Pflege des konstitutionellen Prinzipes. Er hatte vollkommen recht, zu sagen: ist es einmal gelungen, die konstitutionelle Gesinnung in uns zu vernichten, so wird keine Gewalt der Erde es bewirken können, sie rasch wieder zu neuem Leben zu erwecken. Vorläufig rangen Kräfte ganz anderer Natur nach Geltung. In der Sprache der Leidenschaft suchten sie sich vernehmlich zu machen. Je länger das Regime des Absolutismus herrschte, um so lebhafter wurde das Verlangen, dessen drückendes Joch abzuschütteln. Es wurde gestärkt durch die Ansprache, die von Napoleon III. am 1. Januar 1859 an Baron Hübner, den österreichischen Botschafter am französischen Hofe, gerichtet worden war.[1]) Wie ein zündender Blitz brach die Anrede Napoleons, die sofort als Kriegsfanfare aufgefaßt wurde,[2]) in die Schwüle der politischen Stimmung hinein. „Der Tag der Rache naht,“ verkündete ein Anschlag am Tore der Pester Universität.[3]) „Tanzet, tanzet, Mädchen, habt ihr doch schon lange nicht getanzt!“ hieß es in einem Aufruf an die Ungarn. „Der Himmel hilft uns, Ludwig Kossuth kommt, er bringt die Krone und die Gerechtigkeit König Matthias’.“ [4]) — „Komme, Kossuth,“ lautete ein drittes Plakat, „erlöse uns von der Tyrannei!“ [5]) Mochte man auch in Wien bestrebt sein, die wahre Bedeutung der Worte Napoleons durch die Presse und auf allen der Regierung zur Verfügung stehenden Wegen abzuschwächen, so rechnete man in Ungarn doch mit dem bevorstehenden Ausbruche des Krieges und

---

[1]) Die Ansprache Napoleons an Hübner lautete: „Ich bedaure, daß unsere Beziehungen nicht so gut sind, als ich es wünschte, ich bitte Sie aber, nach Wien zu berichten, daß meine persönlichen Gefühle für den Kaiser immer die gleichen sind.“ Graf Alexander von Hübner, „Neun Jahre der Erinnerungen“ Bd. II, S. 150.

[2]) Ibidem, S. 151, 2. Januar 1859. „Man spricht nur mehr vom Kriege mit Oesterreich.“

[3]) Bericht vom 27. Januar 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Bericht des Oberstaatsanwaltes Ritter von Müller, Großwardein, 3. Mai 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Ungedruckt.

der dadurch möglichen Verwirklichung der nationalen Wünsche.[1]) „Die Stimmung in diesem Kronlande," meldet der Chef der Obersten Polizeibehörde dem Kaiser, „hat sich wesentlich verschlimmert."[2]) Trotzdem glaubte man in Wien über die Haltung des Landes im Falle eines Zusammenstoßes mit Frankreich beruhigt sein zu dürfen. Hatte doch erst vor kurzem Baron Jósika mit einer Anzahl von Edelleuten durch Vermittlung des Erzherzogs Albrecht dem Kaiser zu erkennen gegeben, daß sie im Augenblick der Gefahr ihre Beschwerden vergessen und der Dynastie treu zur Seite stehen würden.[3]) Der preußische Gesandte, der offenbar über die wahre Stimmung besser als die Regierung unterrichtet war, ließ sich durch die Versicherungen einer Partei nicht blenden, die aufgehört hatte, die maßgebende zu sein. Mit Recht fragt man sich, berichtet dieser nach Berlin, ob es dem gegenwärtigen Systeme, einer eigentümlichen Mischung radikaler, ultramontaner und despotischer Regierungsprinzipien, welche im Reich von keiner Partei getragen werden und auf allen Schichten der Gesellschaft gleich drückend lasten, ob es diesem Systeme gelingen wird, die Gegensätze zu versöhnen und das Band der Zuneigung zwischen Dynastie und Volk neu zu befestigen.[4]) Wirklich war der Wiener Hof gezwungen, mit einem unzufriedenen Volke im Rücken und ohne Bundesgenossen an der Seite, in den Krieg gegen Frankreich und Piemont zu ziehen. Lange hatte sich Graf Buol über den Ernst der Lage der äußeren Verhältnisse getäuscht. Wie tief auch seit dem Krimkriege das Zerwürfnis mit dem Petersburger Kabinett ging, wiegte sich der österreichische Minister des Aeußern doch in der Illusion, Rußland werde, was auch immer zwischen beiden Staaten vorgefallen, nie eine Vergrößerung Frankreichs auf Kosten Oesterreichs zugeben.[5]) Andererseits wieder überquoll Graf Buol von Machtgefühl, wenn er zu Baron Werther sagte: „Sollte es zum Kriege kommen, so wird Oesterreich seine Feinde nicht zählen und den Freunden, die ihm beistehen, seinen Dank zollen; beugen aber wird es sich vor Frankreich nicht anders als nach dem Verluste mehrerer Schlachten."[6]) Noch ehe

---

[1]) Vortrag Kempens, 8. Februar 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Vortrag Kempens, 8. Februar 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Bericht des Freiherrn von Werther, Wien, 5. Mai 1859.

[4]) Ibidem.

[5]) Bericht Werthers, Wien, 18. Februar 1859.

[6]) Bericht Werthers, Wien, 5. Januar 1859.

es zum feindlichen Zusammenstoß kam, fast unmittelbar vor demselben, wurde die Welt durch die Kunde von der Entlassung Graf Buols überrascht. Nicht weniger unerwartet kam sie ihm selbst. So wenig hatte Buol gerade jetzt an den Eintritt einer derartigen Möglichkeit gedacht, daß er meinte, man würde vergebens nach einem triftigen Grunde zu seiner Demission forschen.[1]) Sie beruhte auch wirklich nicht auf einer einzelnen Tatsache, sondern war vielmehr bedingt durch die ganze Politik Graf Buols, die seit Monaten schon im Monarchen den Gedanken zur Trennung von seinem Minister des Aeußern hatte reifen lassen. Teils infolge eigener persönlicher Wahrnehmung, teils unter der Einwirkung mächtiger Einflüsse war Kaiser Franz Josef allmählich zur Ueberzeugung gelangt, Buol habe Oesterreich in die Notlage völliger Isolierung gebracht, und von ihm sei die Anbahnung einer Verständigung mit Rußland nicht zu erhoffen. Bereits seit längerer Zeit arbeitete das Kaiserliche Militärkabinett, an dessen Spitze Graf Grünne stand, im Vereine mit Feldmarschall Heß und Fürst Windisch-Graetz an der Unterminierung der Stellung Buols. Fortwährend lagen sie dem Kaiser in den Ohren und weissagten großes Unheil für die Monarchie von der unglückseligen Leitung der äußeren Politik. Die Spannung zwischen den militärischen Kreisen und Graf Buol ward immer größer, als die ersteren auf rasche Kriegserklärung gegen Frankreich drängten, Graf Buol es dagegen für seine Pflicht als Minister des Aeußern hielt, das Heil vorerst noch auf dem Wege diplomatischer Ausgleichung zu versuchen. Die Mahnungen der militärischen Umgebung, die günstigste Zeit zum Losschlagen werde versäumt, und alle Künste Buols könnten den Krieg doch nicht verhindern, blieben nicht ohne Wirkung auf das Gemüt des Kaisers. Schon halb zur Entlassung Buols neigend, wollte Franz Josef vor definitiver Entscheidung doch noch erst den erfahrenen Rat des greisen Metternich einholen. In fast dreistündiger Unterredung besprach er mit ihm die ganze Lage. Der ehemalige Staatskanzler gab den Ausschlag. Er bestärkte den Kaiser in seinem Entschlusse und empfahl gleichzeitig als Buols Nachfolger den Grafen Rechberg, den bisherigen österreichischen Gesandten am Frankfurter Bundestage. Schon bei früheren Gelegenheiten hatte Buol seinen Rücktritt für den Fall angeboten, als seine Person

---

[1]) Privatbrief Werthers an den Minister Freiherrn von Schleinitz, Wien, 14. Mai 1859.

ein Hindernis für die Verwirklichung einer anderen als der von ihm befürworteten Politik bilden sollte. Immer hatte jedoch der Kaiser ein solches Ansinnen mit der entschiedenen Betonung seines Vertrauens zurückgewiesen. Am 12. Mai 1859 dagegen, nach der Begegnung mit Metternich, sagte der Monarch dem Grafen Buol, jetzt nehme er dessen öfter wiederholten Antrag auf Entlassung an.[1] Der Sturz Buols ist insofern von eingreifenderer Bedeutung für die innere Geschichte des Kaiserstaates, als er sofort den allgemeinen Wunsch auslöste, daß dies Ereignis auch zur Entfernung Bachs, der „eigentlichen Seele der Regierung", führen möge.[2] Aber damit eilte dies Verlangen der Zukunft voraus. Der Kaiser dachte vorläufig nur an einen Personen- und noch an keinen Systemwechsel. Ehe die Axt daran gelegt werden konnte, bedurfte es erst des durchschlagenden Beweises der gänzlichen Unfähigkeit des herrschenden Regimes. Auf den Schlachtfeldern von Italien wurde er geführt. Mit wenig genügender Kriegsvorbereitung, unter der Führung eines hierzu nicht geeigneten Oberkommandanten und ebenso untüchtiger Unterbefehlshaber wurde der Feldzug von 1859 eröffnet. In atemloser Spannung folgte man den Vorgängen auf dem Kriegsschauplatze in Italien. Alle Welt hatte die Empfindung, daß dort über die fernere innere Gestaltung der Monarchie die Würfel fallen werden. Gegen den Rat seiner Minister, die aus leicht begreiflichen Gründen wider ein solches Vorhaben protestierten, begab sich der Kaiser am 29. Mai zu seiner Armee. Kein Einspruch konnte ihn von seinem nach reiflicher Erwägung gefaßten Entschlusse abbringen. „Wenn das Schicksal des Reiches und der Dynastie auf dem Spiele stehen und allein von den Kräften der Armee abhängen," sagte Franz Josef zu Graf Rechberg, „so muß sich der Kaiser von Oesterreich in deren Mitte befinden."[3] Während nun in dessen Anwesenheit die Gegner auf den italienischen Schlachtfeldern die Waffen kreuzten, suchten die Feinde des österreichischen Kaiserstaates diesen auch hinter seinem Rücken zu bekämpfen. Wie der Kaiserliche Botschafter in Paris es als eine verbürgte Tatsache zu berichten wußte, hatte Napoleon III. mehrere Millionen

---

[1] Ich erzähle die Geschichte der Demission Buols auf Grundlage der Berichte des in diesem Falle sehr gut unterrichteten Freiherrn von Werther. In Betracht kommen sein Privatbrief vom 14. Mai sowie die Berichte vom 15. und 18. Mai 1859.

[2] Werther, Wien, 15. Mai 1859.

[3] Werther, Wien, 29. Mai 1859.

Franken nach Ungarn zu dessen Revolutionierung gesandt.[1]) In Wien war man überzeugt, daß Kossuth vom französischen Kaiser drei Millionen erhalten[2]) und bereits die englische Hauptstadt verlassen habe, um sich vorerst nach Genua zu begeben und dann über Fiume oder über die Donaufürstentümer in Ungarn einzubrechen. Die abenteuerlichsten Gerüchte waren im Umlaufe. Von Ohr zu Ohr ging die Märe, Kossuths Sohn werde eine russische Großfürstin heiraten und der Zar dann Ungarn von Oesterreich befreien. Nach allem, was über die Stimmung in Ungarn in Erfahrung gebracht werden konnte, litt es keinen Zweifel, daß dort jeden Augenblick eine Erhebung zu erwarten sei. „Sollte," schrieb Kempen am 20. Juni dem Kaiser, „die Landung eines französischen Armeekorps und dessen Einfall in Ungarn erfolgen, oder Kossuth an der Spitze von Rebellen oder unterstützt durch eine feindliche Armee irgendwo den ungarischen Boden betreten, so wäre für die Ruhe des Landes alles zu befürchten, da die Sympathien aller Schichten der Bevölkerung für die österreichische Regierung nur sehr schwach sind und die verschiedenen politischen Parteien und nationalen Fraktionen je nach ihren Partikularinteressen einem Umschwunge der Dinge nicht abhold seien."[3]) Nicht nur in Ungarn, auch in der Kaiserstadt selbst herrschte bittere Gereiztheit.

Man erging sich in heftigen Schmähungen gegen Graf Grünne, den ersten Generaladjutanten des Kaisers, der die verdienten Soldaten beiseite zu schieben verstanden, dafür aber den unfähigen Grafen Gyulai dem Monarchen als obersten Feldherrn empfohlen habe.[4]) Mit Offenheit, Freimut und ohne die bisher übliche Scheu vor der Polizei geißelte man die zutage getretenen furchtbaren Mängel in der Verpflegung der Armee.[5]) Laut forderte die öffentliche Meinung die Entfernung der Urheber alles Unglückes. Bürgermeister Seiler machte kein Hehl daraus, daß, wenn diesen Forderungen nicht bald genügt würde, der Kaiser

---

[1]) Telegramm Kempens an Graf Haller in Ofen, Stellvertreter Erzherzogs Albrecht, 7. Juni 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Werther, Wien, 23. Juni 1859.

[3]) Kempens Vortrag vom 20. Juni 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Bericht der Wiener Polizeidirektion, 13. Juni 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. — Hell an Kempen, 13. Juli 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Hell an Kempen, 13. Juli 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

bei seiner bevorstehenden Rückkunft aus Italien von seiten der Bürger Wiens einen schlechten Empfang finden werde.[1]) Immer lauter und nachdrücklicher erhob sich in Wien der Ruf nach durchgreifenden Aenderungen. „Das Wort: Konstitution," bekannte der Statthalter von Niederösterreich, „ist, so wie im Jahre 1848, im Munde aller."[2]) Nicht nur der zerrüttete, kaum mehr widerstandsfähige Zustand der Armee, nicht bloß die zögernde Haltung Preußens, dem bedrängten Bundesgenossen sofort hilfreich an die Seite zu springen, führten zum überraschend schnell abgeschlossenen Frieden von Villafranca (Juli 1859). Von ebenso mächtigem, ja ausschlaggebendem Einfluß auf diese aller Welt unerwartete Wendung war die Furcht, im eigenen Lande, bei Fortführung des Krieges, die Revolution wieder ihr Haupt erheben zu sehen. Auch Napoleon III. selbst bot aus Sorge vor den, wenngleich nur mit wenig Eifer betriebenen Rüstungen Preußens und Deutschlands, die Hand zur Beendigung des Feldzuges, dessen siegreicher Ausgang ihn zum Herrn der politischen Geschicke Europas zu machen schien. Von ihm, dem wenig gewissenhaften Politiker, war wohl zu erwarten, daß er, einmal versöhnt mit Oesterreich, seine bisherigen revolutionären Freunde einfach verleugnen und im Stiche lassen werde, wie dies ja Kossuth auch erfahren mußte. Der rasche Abschluß des Friedens, der Kossuths sanguinische Hoffnungen zerstörte, bewirkte in Ungarn, gleichwie nach dem Krimkriege, wenigstens für den ersten Moment, tiefe Erschütterung. „Die zauberhaft klingende Nachricht von der bereits erfolgten Unterzeichnung der Friedenspräliminarien," schreibt der Pester Polizeidirektor Protmann, „ergriff nun die Gemüter in unsäglicher Weise und scheint einen völligen Umschwung der öffentlichen Stimmung hervorzubringen."[3]) Wenn jedoch auch der Friede von Villafranca den revolutionären Bestrebungen einen vernichtenden Stoß versetzte, so hatte er dennoch den aus der Tiefe des Herzens kommenden Ruf nach Beseitigung des herrschenden Systems nicht verstummen machen können. Mit ungeahnter Heftigkeit ertönte er durch alle Teile der Monarchie. Wer sehen wollte, mußte die Ueberzeugung gewinnen, daß es diesem Ansturme der öffentlichen Meinung gegenüber auf die Dauer nicht möglich sein werde, das bisherige Regierungssystem

---

[1]) Ungedruckter Bericht vom 13. Juli 1859.

[2]) Der Statthalter von Niederösterreich an Kempen, Wien, 30. Juni 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Protmann an Kempen, Pest, 13. Juli 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

aufrechtzuerhalten. Selbst enragierte Anhänger des Absolutismus, wie Csorba, der Bürgermeister von Debrezin, und der Pester Polizeidirektor Protmann, mußten bekennen, der Boden wanke unter ihren Füßen und die Säbelherrschaft sei nicht länger zu stützen. Machte jedoch Csorba den Erzherzog Albrecht oder Bach auf den wahren Stand der Dinge aufmerksam, so schüttelten beide ungläubig den Kopf, beschuldigten ihn der Mutlosigkeit und meinten, man dürfe sich nicht sofort einschüchtern lassen.[1]) Protmann wagte sich schon gar nicht mit der Wahrheit heraus, aus Furcht, sonst entlassen zu werden. Nur ganz leise deutete er seinem Chef gegenüber an, daß er die Ansichten Csorbas teile.[2]) Alle, die bisher geschwiegen, fanden plötzlich den Mut, frei und offen ihre wahre Meinung zu enthüllen. Der Leibjournalist Kempens, Josef Tuvora, sagte ihm geradezu, die wirklich ernst zu nehmende öffentliche Stimmung des In- und Auslandes verurteile den geistlosen Absolutismus, wie er in Oesterreich an der Tagesordnung sei. Er verhehlte ihm nicht, daß allein eine Aenderung der herrschenden Richtung noch Oesterreich vor dem Schicksal des sogenannten „kranken Mannes" bewahren könnte, über dessen Erbschaft alle Mächte eifersüchtig wachen.[3]) Noch unbarmherziger äußerte sich über die Lage der Monarchie Hofrat Lewinsky, ein hervorragendes Mitglied der Obersten Polizeibehörde. Er fühlte sich im Verkehre mit den vornehmen Fremden in Karlsbad, wo er zur Kur weilte, aufs höchste beschämt durch deren abfällige Urteile über Oesterreich. „Eine solche Verachtung, wie jene des gegenwärtigen Regimes," schreibt er nach Hause, „ist ein größeres Unglück für ein großes Reich als der Verlust einer Provinz." „Wir haben," fügt er hinzu, „unsere Hauptschlacht nicht am Mincio, sondern im I n n e r n verloren. Hundertmal fielen mir Goethes Drohworte: ‚Verachte nur Vernunft und Wissenschaft' schwer aufs Herz."[4]) Man traut kaum seinen Ohren, solche Töne aus dem

---

[1]) Hell an Kempen, 16. Juni 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Hell an Kempen, 16. Juni 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Nach dem von Csorba Vernommenen schreibt Hell an Kempen: „Die Regierung hat keine Partei im Lande, nicht das V o l k, nicht die M a g n a t e n, nicht die B e a m t e n."

[3]) Tuvora, Wien, 6. Juli 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des nnern.

[4]) Hofrat Lewinsky an Hell, Karlsbad, 1. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

Munde einflußreicher Polizeibeamten zu vernehmen. Sie blieben jedoch auf den intimeren Kreis der Obersten Polizeibehörde beschränkt und drangen nicht über deren Schwelle in die große Oeffentlichkeit hinaus. Dies besorgte Graf Stephan Széchenyi, der Kranke der Döblinger Heilanstalt, der in seinem „Ein Blick auf den anonymen Rückblick" einen wahrhaft vernichtenden Schlachtruf gegen das Bachsche System anschlug.[1]) Empört über die Lobhudelei, die der Minister des Innern sich selbst in der von ihm inspirierten Schrift: „Rückblick auf die jüngste Entwicklungsperiode Ungarns" hatte zuteil werden lassen, verfaßte Graf Széchenyi in aller Stille den „Blick auf den Rückblick". Hier wollte er das Gegenteil dessen beweisen, was Bach behauptet hatte, und den wahren Zustand Ungarns darlegen. Der Graf war sich sehr wohl bewußt, welches Schicksal ihm drohe, wenn von den maßgebenden Stellen seine Autorschaft entdeckt würde. Deswegen betrieb er die Niederschrift seiner Arbeit wie deren Drucklegung in der geheimnisvollsten Weise. Sein Sohn Béla mußte mit dem Manuskript nach London reisen, wo es gedruckt wurde. In der ihm eigenen, stets geistvollen, aber rhapsodisch gehaltenen, mit Fremdwörtern und Einschaltungen gespickten Schreibart führte Graf Széchenyi die wuchtigsten Schläge gegen Bach, von denen sich der Minister nicht wieder erholen konnte. Jeder Hieb, zu dem der Graf ausholte, saß fest und schnitt tief ins Fleisch ein. Man verbot wohl das umfangreiche Buch, dessen Lektüre selbst sehr hochgestellten Persönlichkeiten nur mittels ganz spezieller Erlaubnis gestattet wurde.[2]) Széchenyi war jedoch bedacht darauf, daß sein Werk nicht unbekannt bleibe. Wie begreiflich, wurde eifrig nach dessen Verfasser gefahndet. Zuerst bezeichnete ein Herr von Kiss der Obersten Polizeibehörde den in Paris lebenden Grafen Ladislaus Teleki als Autor der Brandschrift. Bald berichtigte Kiss sich selbst. Nun nannte er mit voller Bestimmtheit Graf Stephan Széchenyi als den wahren Urheber, der seine Polemik gegen Bach in der Görgen-

[1]) „Ein Blick auf den anonymen Rückblick". Von einem Ungarn. London 1859.

[2]) Fürst Paul Esterházy wurde die Erlaubnis zum Bezug des „Blick" gewährt. (Kempen an die Niederösterreichische Statthalterei, 23. September 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.) Dagegen wurde das Gesuch des Baron Eötvös um Bewilligung zur Lektüre des „Blick" abschlägig beschieden (Kempen an Hell, 10. August 1859), obgleich Graf Haller die Bitte des Eötvös mit Rücksicht auf dessen „Ehrenhaftigkeit" „zum ausnahmsweisen Bezuge" befürwortet hatte. (Haller an Kempen, Ofen, 2. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.)

schen Heilanstalt zu Döbling bei Wien geschrieben habe.[1] Noch fehlten der Polizei überzeugende Beweise für die Behauptung, der scharfe Angriff, wie er in dem „Blick" unternommen worden, rühre von Graf Széchenyi her. Wehe ihm, wenn sie sich hierüber volle Gewißheit verschafft haben wird! Ganz unabhängig aber von Graf Széchenyi wurde seit einiger Zeit dies- und jenseits der Leitha das Verlangen nach Beseitigung Bachs immer dringender und nachdrücklicher erhoben. Es blieb bereits nicht ganz ohne Widerhall. Der Träger des bisherigen Systems, der Minister Bach, schrieb Werther am 16. Juli nach Berlin, dürfte nächstens das Ende seiner ministeriellen Wirksamkeit erreicht haben.[2] Seit der Bekämpfung der Revolution von 1848 hatte sich, vor allem in Wien, die öffentliche Meinung noch nicht so weit in ihren Wünschen vorgewagt als gerade in diesen Tagen. Instinktiv fühlte sie es, daß das mit so viel Kosten und Unterstützung der Gendarmerie und der Armee aufrechterhaltene Bachsche Regime innerlich morsch geworden. Man hörte es in allen Fugen krachen. Zuerst war es der Wiener Witz gewesen, der, noch zur Zeit der Ministerschaft Buols, die Minierarbeit zur Untergrabung der bestehenden Regierung unternommen. Man erzählte sich damals, der Kaiser sei gefragt worden, ob er denn nichts an Kreditlosen gewonnen hätte, worauf die Antwort gelautet haben soll: „Ich habe keine Kreditlose." „O doch," wurde ihm entgegnet, „Euer Majestät besitzen davon drei Stück: Bach, Bruck und Buol — alle drei sind kreditlos."[3] Ein andermal wieder hieß es, bei einer Tafel des Erzherzogs Albrecht hätten mehrere ungarische Magnaten den Prinzen gebeten, er möge beim Monarchen beantragen, daß er den Ungarn etwas gebe und nehme: geben die Konstitution und nehmen — den Bach.[4] Man ließ den Minister des Innern sich bereits für den diplomatischen Dienst in Rom vorbereiten, wozu Hofrat Lewinsky bemerkte, da sie ihn schon nicht zum Teufel schicken können, wollen sie ihn wenigstens nach Rom expedieren.[5]

* * *

---

[1]) Hell an Kempen, 23. Juli 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Werther, Wien, 16. Juli 1859.

[3]) Hell an Kempen, 13. April 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Idem ad eundem, 19. April 1859. Ibidem.

[5]) Idem ad eundem, 26. April 1859. Ibidem.

Die erste Abbröckelung des Ministeriums war erfolgt, als Graf Buol mit Rücksicht auf die bereits erwähnten Umstände seine Entlassung erhielt. Damals aber schien Bach noch festzustehen. Soll doch im ersten Moment der ausgebrochenen Ministerkrisis sogar die Rede davon gewesen sein, ihn zum Ministerpräsidenten zu machen. Da wagte es Kuranda, Redakteur der „Ostdeutschen Post", der mit Feldmarschalleutnant Kempen intimere Beziehungen unterhielt, den Chef der Obersten Polizeibehörde zu bitten, er möge eine derartige Absicht, falls sie bestehe, hintertreiben. Ihre Verwirklichung würde in Wien und noch mehr in Ungarn den übelsten Eindruck hervorrufen, da Bach, wie kein anderer Mann der Monarchie, allgemein verhaßt sei. Kurandas Ansicht nach müßte der Kaiser vor seinem Abgang zur Armee — es war im Monat Mai — wen immer, und sei es selbst eine Null, zum Minister des Innern ernennen; das würde so viel bedeuten, als hätte er ein wichtiges Zugeständnis gemacht.[1]) Der wohlgemeinte Wunsch Kurandas ward nicht erfüllt und Bach von seinem Platze nicht verdrängt. Aber der Minister des Innern konnte es nicht verhindern, daß man immer wieder einen bevorstehenden Systemwechsel weissagte und sogar ungestüm forderte. So sehr war alle Welt von der Unerläßlichkeit tiefgreifender Umgestaltungen überzeugt, daß man deren Bekanntmachung mit voller Sicherheit für den 18. August, den Geburtstag des Kaisers, erwartete.[2]) Das herrschende Regierungsprinzip war, wie es heißt, nicht bloß von der „beweglichen Tagesmeinung", sondern von allen ernster denkenden Leuten „unwiderruflich gerichtet".[3]) Man hörte die verschiedensten Namen als Nachfolger Bachs nennen, der selbst über geistige Abspannung klagte und gegenüber einem vertrauten Freunde äußerte: er habe das Gefühl, „als ob er bald hin sein werde".[4]) Die Grafen Leo Thun und Gołuchowski wurden als Minister des Innern bezeichnet.[5]) Auch von Baron Josef Eötvös

---

[1]) Hell an Kempen, 17. Mai 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Tages-Rapport der Oedenburger Polizeidirektion vom 12. August 1859. — Agenten-Rapport, Wien, 13. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Josef Tuvora an Hell, Wien, 11. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Hell an Kempen, 2. Januar 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Tuvora, Wien, 11. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

war die Rede, der durch seine vor kurzem erschienene Schrift: „Die Garantien der Macht und Einheit Oesterreichs“ in den Ruf eines „Ministrablen“ gekommen war.[1]) Wie der Name dieser Männer trat auch der Schmerlings in den Vordergrund. Auf ihn sah man mit Vertrauen, und allgemein wurde es bedauert, daß er noch keine Berufung von der Krone erhalten hätte.[2]) Große Enttäuschung rief es hervor, als verlautete, die „aristokratische Fraktion“, deren Seele Fürst Windisch-Graetz sei, wolle sich des Ministeriums bemächtigen und schiebe Männer, wie Graf Wolkenstein, einen enragierten Absolutisten, in den Vordergrund. Man wolle, hieß es dagegen, nichts von der Rehabilitierung aristokratischer Zustände und der Wiederbelebung ständischer Institutionen, wie sie vor 1848 bestanden, wissen; das würde nichts anderes bedeuten als „Mumien zur gastlichen Tafel des Lebens laden“.[3]) „Es ist meine traurige, tiefste Ueberzeugung,“ schrieb damals Hofrat Lewinsky an Hell, den Präsidialvorstand Kempens, „daß die Bach, Rauscher, Thun, so gut wie einige, die man als Ersatzmänner nennt, so Graf Apponyi, Wolkenstein, Clam-Martinitz, in wenig Jahren das Staatsschiff auf ein Felsenriff führen werden, an dem es zerschellt. Mögen die Lehren der Geschichte zweier Dynastien, die mit Rom durch dick und dünn gingen, der Stuarts und Bourbons, nicht verloren sein.“ [4])

Man war auf der richtigen Fährte, als man hinter den Kulissen den Verlauf einer großen ministeriellen Krisis voraussetzte. Unbedingt dürfte dabei Graf Rechberg seine Hand im Spiele gehabt haben, der sofort nach seiner Berufung ins Ministerium Freiherrn von Werther gegenüber die vertrauliche Aeußerung fallen ließ, er werde jedenfalls etwas mehr wie sein Vorgänger in die inneren Angelegenheiten eingreifen. Graf Rechberg bekannte sich wohl auch als Anhänger des Zentralismus, doch war er geneigt, innerhalb desselben den partikularen Interessen einen größeren Spielraum zu lassen, als dies bisher der Fall gewesen. Aus der Anerkennung, die Rechberg den Verdiensten und Talenten Bachs zuteil werden ließ,

---

[1]) Hell an Kempen, Wien, 5. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Hell an Kempen, 13. August 1859. In margine steht: „factum.“ Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Tuvora an Hell, Wien, 5. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Hofrat Lewinsky an Hell, Karlsbad, 1. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

wollte Baron Werther wohl schließen, der neue Ministerpräsident werde sich nicht vom Minister des Innern trennen.[1]) Damit war er im Irrtum. Graf Rechberg hatte die jugendliche Unruhe, die ihn in den Augen seines Frankfurter Kollegen Bismarck zu einem „Furibond" stempelte,[2]) längst überwunden. In Wien galt er als ein bedächtiger, die Verhältnisse genau und gewissenhaft erwägender Staatsmann,[3]) der sich nicht der Erkenntnis der gewichtigen Tatsache verschloß, daß Bach den Gegenstand allgemeinen Hasses bilde.[4]) Er wußte, daß eine Besserung der inneren verzweifelten Zustände, die auf die Regierung wie ein „Alp" drückten, nur von der Entfernung des Ministers des Innern zu erwarten sei.[5]) Wollte er daher dem Vertrauen des Kaisers, der ihn, selbst tief erschüttert durch die erlittenen Niederlagen, nach Italien berufen hatte, entsprechen, so konnte er nichts anderes tun, als zur Entlassung Bachs raten. Man darf annehmen, daß er auf die Notwendigkeit der Demission dieses Ministers hingewiesen haben werde, dessen Abgang, wie Werther bemerkt, schon allein als ein Systemwechsel angesehen werden würde, wenn auch sonst über letzteres nichts gleich vorläge.[6]) Erst mit dem Tage der Rückkehr des Kaisers aus Italien — 15. Juli — begann die Krisis im Schoße des Ministeriums eine ernstere Wendung zu nehmen. Baron Hübner, der von Neapel in Rom eingetroffen war, um daselbst seinen neuen Posten als österreichischer Botschafter bei der Kurie anzutreten, erhielt plötzlich telegraphischen Befehl, sich sofort nach Wien zu begeben. Groß war das Erstaunen, ihn wieder in der Residenz auftauchen zu sehen. Niemand konnte sich den Grund seiner Berufung erklären. Dem preußischen Gesandten gegenüber gab Hübner wohl zu, er sei bestimmt, in der inneren Verwaltung verwendet zu werden, was seiner Neigung durchaus widerspreche, in Zeiten der Gefahr aber, fügte er hinzu, müsse man dem Vaterland Opfer bringen.[7]) Bald wurde es jedoch zur allgemeinen Ueberraschung bekannt, daß Hübner an Stelle Feldmarschalleutnants Kempen zum Polizeiminister ernannt worden.

---

[1]) Werther, Wien, 21. Mai 1859.
[2]) Idem, Privatbrief, Wien, 14. Mai 1859.
[3]) Ibidem.
[4]) Werther, Wien, 21. Mai 1859.
[5]) Privatbrief Werthers, Wien, 7. Juli 1859.
[6]) Privatbrief Werthers, Wien, 7. Juli 1859.
[7]) Werther, Wien, 1. August 1859.

Zu den Sonderbarkeiten der damaligen Zeit gehörte es, daß man die Entlassung Kempens, des Schöpfers der verhaßten und gefürchteten Gendarmerie jener Tage, nicht als eine freudig begrüßte Bresche in das bisherige System bejubelte. Sie erregte vielmehr eine wenig angenehme Sensation, indem man in Kempen, gegenüber Bach und Thun, einen Beschützer des sich nur schüchtern hervorwagenden Liberalismus erblickte.[1]) Um so mehr schien man seinen Abgang, an den er auch selbst nicht gedacht, zu bedauern, als sich Hübner nur geringer Beliebtheit erfreute. Seine Ernennung erzeugte Mißmut. Man fürchtete ihn wegen seiner früheren Tätigkeit aus der Zeit Metternichs, und sein Name, bemerkte Graf Arnim, hat allerdings mehr Aussicht als derjenige seines Vorgängers, mit jenem geheimnisvollen Schrecken genannt zu werden, welcher in der populären Auffassung sich an die Persönlichkeit gewisser Polizeichefs der Gegenwart aus der Vergangenheit geknüpft hat.[2]) Mit Kempen fiel auch Bach. Länger als ursprünglich geplant gewesen, hatte sich dessen Entlassung verzögert, da man für ihn keinen geeigneten Nachfolger finden konnte.[3]) Zuerst nannte man als solchen den Grafen Wolkenstein, einen entschiedenen Gegner Bachs.[4]) Graf Clam-Martinitz hatte das ihm angebotene Ministerportefeuille abgelehnt, weil er für seine Pläne im Sinne der aristokratisch-konservativen Opposition keinen Boden fand.[5]) Endlich fiel die Wahl auf den Polen Agenor Graf Gołuchowski, den Statthalter von Galizien. Dem leidenschaftlichen, der ultramontanen Partei angehörigen und exklusiv polnisch-slawischen Aspirationen huldigenden Mann ging der Ruf eines Föderalisten von großer Energie voran.[6]) Er schien nicht der „Messias der Freiheit" zu sein, auf den alles mit Sehnsucht gewartet hatte. Seine Ernennung verstimmte daher. Man besorgte aristokratische Uebergriffe von seiner Verwaltung,[7]) und daß sein Regime nichts anderes sein werde, als das „potenzierte ultramontan-despotische" Bachs, allerdings mit einigen Modifikationen zugunsten größerer Selbständigkeit der Nationalitäten.[8])

[1]) Werther, Wien, 24. August 1859.

[2]) Depesche Arnims, Wien, 24. August 1859.

[3]) Werther, Wien, 1. August 1859.

[4]) Ibidem.

[5]) Arnim, Wien, 24. August 1859.

[6]) Ibidem. — Tuvora an Hell, 18. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[7]) Tuvora, 18. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[8]) Arnim, 24. August 1859.

Die öffentliche Meinung hatte die richtige Witterung, wenn sie die neue Situation nicht besonders günstig beurteilte. Sie wollte kühne Reformpläne, eine gründliche Beseitigung des ganzen bisher in Schwung gewesenen Systems, während die Regierung ihrer Tätigkeit sehr beschränkte Grenzen setzte.[1]) Es weissagte auch nichts Gutes, daß Kardinal Rauscher am 18. August bei einem Diner aus Anlaß des Geburtsfestes des Monarchen in Gegenwart Hübners die Worte sprach: er hoffe, daß es dem Kaiser gelingen werde, die über die Welt hereingebrochene Revolution siegreich zu bekämpfen.[2]) Nur die Personen hatten gewechselt, die Prinzipien, nach denen der Staat zu lenken sei, waren unverändert dieselben geblieben. Laut und vernehmlich kündete sich dies in dem Verbleiben des Kultus- und Unterrichtsministers an, jenes Ministers, der mit Bach einer der Begründer des unglückseligen Konkordates von 1855 gewesen, gegen dessen Druck sich nicht nur die Gebildeten, sondern sogar auch die unteren Volksschichten auflehnten. Längst war es allen klar, daß dieses Regiment, das den Staat zugunsten des hohen Klerus geschwächt, jeden freieren Schwung in Fesseln geschlagen, Oesterreichs Ansehen im Auslande schwer geschädigt hatte. Wie wenig Graf Leo Thun, dessen Verdienste um die Hebung des Unterrichtswesens nicht geschmälert werden sollen, unter den veränderten Verhältnissen geeignet war, seinen Platz zu behaupten, zeigte am deutlichsten das Protestantenpatent vom 1. September 1859 und der es erläuternde Ministerialerlaß vom 2. September. Das Patent bot wohl den ungarischen protestantischen Bekenntnissen einige Vorteile. So wurde zum Beispiel Preßburg zum Sitze eines Superintendenten erhoben, der eine gute staatliche Bezahlung erhalten sollte, desgleichen wurde den protestantischen Schulen staatliche Unterstützung zugesichert.[3]) Unter diesem verlockenden Kleide barg jedoch das Patent den entschiedensten Angriff gegen die bisherige Autonomie der protestantischen Kirchen. Mittels desselben wollte man ihnen eine neue Organisation aufoktroyieren und diese von dem k. k. Wiener Oberkirchenrat, der natürlich ganz in den Händen des k. k. Kultus- und Unterrichtsministers war, in Abhängigkeit versetzen. Mit dem Patente vom 1. September hatte der Unterrichtsminister der politi-

---

[1]) Arnim, Wien, 24. August 1859.

[2]) Notiz für Hübner, 19. August 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Josef Schrödl, „Geschichte der Augsburger evangelischen Gemeinde", 1906 (ung.), S. 458.

schen Opposition in Ungarn die mächtigste Waffe zur Bekämpfung der zentralistischen Bestrebungen in die Hand gedrückt. Es war der unklugste Schritt, den Graf Thun unternehmen konnte, als er einen Gewaltstreich gegen die Autonomie der ungarischen protestantischen Kirche führte. Diese war zu innig mit den liberalen Institutionen Ungarns verknüpft, als daß nicht auch die Katholiken derartige Angriffe hätten mißbilligen sollen. In dem Widerstande gegen das September-Patent befanden sich daher auch die aufgeklärten ungarischen Katholiken an der Seite der für Freiheit und Selbständigkeit ihrer Kirche kämpfenden Protestanten. Die Abneigung gegen ein Oktroi vereinte alle national gesinnten Elemente; sehr bald verwandelte sich die anfangs rein kirchliche Bewegung in eine ganz Ungarn umfassende politische Demonstration: Nicht viel nutzte es Thun, daß er den Hofrat Zsedényi und etwa noch hundert Personen verhaften und verurteilen ließ. Solche Maßregeln steigerten nur den Unmut und fachten die erregte Leidenschaft bis zur Siedehitze an. Ohne Uebertreibung darf man vielleicht behaupten, daß Graf Thun erst durch sein Protestantenpatent dem nationalen Kampfe das Feld gewiesen, auf dem er mit vereinten Kräften mächtig gegen die bestehende Ordnung die Hebel ansetzen[1]) und zugleich die Sympathie der großen protestantischen Mächte für sich gewinnen konnte. Die Vorgänge, wie sie sich jetzt in Ungarn abspielten, mußten es allen, die nicht mit Blindheit geschlagen waren, klarmachen, daß es eine ungarische Frage gebe, die ihrer Lösung harre, nie aber auf dem bisher betretenen Wege erfolgreich zur Austragung gebracht werden könne. „Wie die Dinge derzeit in Oesterreich liegen,“ äußerte sich damals ein sehr scharfer österreichischer Beobachter‘ „wird die Haltung Ungarns unfehlbar das künftige Schicksal der gesamten Monarchie bestimmen. Ungarn höre auf zu grollen und zu trauern, und Freude und Wohlfahrt werden wieder bei uns einkehren. Ungarn beharre in seiner Disposition, und uns ist nicht zu helfen. Der entscheidendste Augenblick für das gegenwärtige

---

[1]) Vortrag Thierrys vom 31. Oktober 1859. Thierry war der Nachfolger Hübners im Polizeiministerium. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. „Es hat sonach offenbar der Magyarismus als Hauptmittel der malkontenten Parteien in Ungarn, zur Agitation gegen die Regierung Euer Majestät auch in der beabsichtigten Regelung der kirchlichen Verhältnisse der Protestanten ein fruchtbares Feld gefunden, Aufregung und Unzufriedenheit zu erhalten und sein Streben nach einer Autonomie, welche jede Regierungsgewalt geradezu ausschließt, zu fördern.“

Kabinett wird sein, wenn es sich einmal über seine ungarische Politik erklären muß." [1])

Noch war man nicht entschlossen, den Wünschen der Ungarn zu willfahren, obwohl Hübner in einem mündlichen Vortrag dem Kaiser sagte: „Der eigentliche Magyare würde nur durch eine Konstitution für Ungarn, Herabsetzung der Steuern, Aufhebung des Tabakmonopols und Einführung der ungarischen Sprache als Geschäftssprache völlig zufriedengestellt werden." [2])

Zur Ueberraschung des Kaisers und der Minister stellte sich der Polizeiminister auf den Standpunkt, die in Ungarn herrschende Unzufriedenheit erheische dringend die Gewährung weitgehender Konzessionen. Er ging aber noch einen Schritt weiter, und man kann sich leicht das Entsetzen des Ministerrates vorstellen, als er in demselben für den Umfang der ganzen Monarchie weitgehende liberale Maßnahmen empfahl. [3]) Man hatte sich also in Hübner getäuscht, von dem man angenommen, er werde Kempen übertrumpfen! Mit dem Bekenntnis liberaler Gesinnungen trat jedoch der Polizeiminister in Gegensatz zu dem Regierungsprogramm, an dessen Redaktion er selbst vor einigen Wochen mitgewirkt. Für die Betätigung seiner neuen Ideen fand er Widersacher im Kaiser und den Mitgliedern des Ministeriums, die auf dieselben nicht eingehen wollten. Sofort bat er um seine Entlassung, zu der er um so freudiger griff, als sie ihm ein erwünschtes Mittel bot, aus einer ihm unbehaglich gewordenen Lage herauszukommen. Nicht aus Enthusiasmus für Ungarn und auch nicht aus Begeisterung für den Liberalismus hatte er seine Anträge im Ministerrat eingebracht. Erst als er seinen Ehrgeiz unbefriedigt fand, warf er sich zum Beschützer Ungarns und der liberalen Tendenzen auf, gewiß der Wirkung, daß ihm ein solches Verhalten den Austritt aus der Regierung ermöglichen werde. Das Palais des Polizeiministeriums hatte Hübner nur bezogen, um sich von da aus den Weg zum Ministerium des Aeußern zu bahnen. Dabei war er von der Voraussetzung ausgegangen, Graf Rechberg als Ministerpräsident werde viel zu sehr mit den inneren Angelegenheiten beschäftigt sein, um seine Zeit auch noch der äußeren

---

[1]) Josef Tuvora an Hell, Wien, 26. September 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Notiz für Hübner zum mündlichen Vortrag beim Kaiser, 6. September 1859. Ibidem. Die Notiz hat den Vermerk: „Hübner hat Gebrauch davon gemacht 12. September."

[3]) Werther, Wien, 26. Oktober 1859.

Politik widmen zu können, deren Leitung dann naturgemäß ihm, dem ehemaligen Botschafter, zufallen müsse. Die Ernennung Baron Kollers zum Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern, als Zeichen dafür, daß Rechberg nicht von seinem Platze zu weichen gedenke, war der herbste Schlag, der Hübner treffen konnte. Er beraubte ihn der gehegten Hoffnung, seinen Einzug ins Palais am Wiener Ballhausplatz halten zu können. Da er den Weg dorthin verrammelt sah, wollte er sich einen schönen Abgang sichern, was ihm auch glücklich gelang. Die Zeitungen, denen die intimeren Vorgänge während des Verlaufes der Krisis nicht ganz geheim blieben, feierten jetzt Hübner fast als Märtyrer der Freiheit, der den reaktionären Ministern geopfert wurde. Dagegen zog er sich durch sein Verhalten die Ungnade des Kaisers zu, der es ihm nie wieder vergaß, daß er ihn in einer Stunde schwerer Krisis rücksichtslos verlassen hatte. Auch Graf Rechberg verübelte es seinem Kollegen gar sehr, daß er durch seinen plötzlichen Rücktritt der Presse Anlaß gegeben, den Rest des Ministeriums in den Ruf freiheitsfeindlicher Tendenzen [1]) und dadurch um das Vertrauen zu bringen, dessen es gerade jetzt so sehr bedurfte. [2]) Der Nachfolger Hübners, Hofrat Baron Thierry, war gerade auch nicht die Persönlichkeit, deren Eintritt ins Ministerium die Zweifel der öffentlichen Meinung an den rückschrittlichen Gesinnungen der Regierung zu bannen vermochte. Obwohl ein tüchtiger Geschäftsmann, hatte er bisher als Hofrat des Ministeriums des Aeußern keine Gelegenheit gehabt, sein Licht besonders leuchten zu lassen. Von ihm, der sich stets nur in untergeordneter Stellung betätigte, war nicht vorauszusetzen, daß er es wagen werde, mit eigenen selbständigen Ideen hervorzutreten.[3]) Unter diesen Umständen konnte nur noch die am gleichen Tage (22. Oktober 1859) mit Hübners Demission erfolgte Entlassung Graf Grünnes als günstiges Zeichen gedeutet werden. Man war im Rechte, dessen Fall als eine Konzession des Kaisers an die öffentliche Stimmung zu betrachten.[4]) Nicht leicht mochte dem Monarchen die Trennung von seinem ersten Generaladjutanten geworden sein, der ihm als ein sonst kluger, gewandter und tätiger Soldat von ganzem Herzen ergeben war. Allein gegenüber den immer heftiger werdenden Angriffen auf dessen Person und den Beschuldigungen, er sei die Quelle aller in der Armee hervorgetretenen Mängel, war

---

[1]) Werther, Wien, 2. November 1859.
[2]) Ibidem.
[3]) Werther, Wien, 26. Oktober 1859.
[4]) Ibidem.

Grünne nicht mehr zu halten. Begründet ist vor allem der Vorwurf, daß er stets bemüht war, die Annäherung des Kaisers an hervorragende und begabte Persönlichkeiten der Monarchie zu hindern, um sich den ausschließlichen Einfluß auf das Ohr des Monarchen zu sichern.[1]) Von dem neuen ersten Generaladjutanten Grafen Crenneville, der sich in der Armee allgemeiner Achtung erfreute,[2]) und dem zweiten Generaladjutanten Graf St. Quentin, der einigen Ruf als militärischer Schriftsteller genoß,[3]) waren derartig schädliche Einwirkungen auf die Person des Herrschers nicht zu besorgen.

All die Veränderungen, die in der letzten Zeit im Kreise der Regierung vor sich gegangen waren, wie auch einzelne administrative Maßregeln hatten die Lage nicht verbessert, sondern eher verschlimmert. Ein erschreckender Pessimismus hatte überhandgenommen.[4]) Wenn Graf Buol vor einiger Zeit gemeint hatte: „Oesterreich sei noch nicht die Türkei," so gab es Leute, die im Hinblick auf die herrschenden Wirrnisse dessen stolzen Ausspruch für zu gewagt hielten.[5]) Das „Ministerium des 22. August", wie die Oeffentlichkeit die neue Regierung unter dem Präsidium Rechbergs getauft hatte, war weit entfernt davon, einen befriedigenden Zustand der Ordnung zu schaffen. Es hielt fest an dem Einheitsstaat, als der in seinen Augen einzig möglichen Staatsform in Oesterreich. Damit aber wurde die Ursache der in Ungarn herrschenden Unzufriedenheit und der Sehnsucht nach tiefgreifenden Aenderungen nicht beseitigt. Der altkonservative Adel, der sich bereits an Einfluß durch den leidenschaftlichen Patriotismus einer überschäumenden Jugend überflügelt sah,[6]) machte jetzt in demonstrativer Weise Front gegen den Zentralismus. Einen eklatanten, das größte Aufsehen erregenden Ausdruck erhielt diese Haltung auf dem Feste, das zu Ehren des fünfzigjährigen Priesterjubiläums des Kardinalprimas Scitowsky in Gran veranstaltet worden war.

In Gegenwart Erzherzog Albrechts, des Kardinals Rauscher und des Grafen Leo Thun wurden von Graf Cziráky, Baron Samuel Jósika und Graf Anton Szécsen Reden gehalten, die alle den „ungarischen König und das ungarische Vaterland" feierten.

---

1) Werther, Wien, 26. Oktober 1859.
2) Ibidem.
3) Ibidem.
4) Arnim, Wien, 13. Oktober 1859.
5) Ibidem.
6) Ibidem.

Während Graf Cziráky sagte, daß die ungarische Nation, trotz erlittener Unbilden, doch noch nicht gebrochen sei, meinte Graf Anton Szécsen, mit einer leicht zu verstehenden Anspielung auf die Krönung des Kaisers zum ungarischen König, er hoffe, den Primas bald auf dem ihm nach der Verfassung gebührenden Platze zu sehen. In ähnlicher Weise sprach Bartakovics, der Erzbischof von Erlau. Mit Hinweis auf den von Kaiser Franz bei der Grundsteinlegung der Graner Basilika gebrauchten Wahlspruch: „Lege et fide", betonte Bartakovics aufs nachdrücklichste, daß man gerade nach dem, was das Wort „lege" ausdrücke, jetzt in Ungarn vergeblich suchen würde.[1]) Erzherzog Albrecht war, wie er selbst sagt, über die „nationalen und konstitutionellen Expektorationen" aufs höchste empört.[2]) Sofort telegraphierte er nach Wien, daß mit Ausnahme seiner und der vom Primas gehaltenen loyalen Reden kein anderer bei der Festtafel gesprochener Toast in den Zeitungen veröffentlicht werde.[3]) Kaum in Pest angelangt, beschied er den Grafen Cziráky vor sich, um ihm eine gehörige „Admonition" über seine Pflichten als geheimer Rat und Kämmerer zu erteilen.[4]) Gleichzeitig sprach er gegenüber Thierry die Erwartung aus, die kaiserliche Regierung werde das Benehmen dieser mit den höchsten Würden ausgezeichneten Männer einer gründlichen Erwägung unterziehen.[5]) Unter dem Eindrucke dieser Nachrichten hatte Thierry dem Kaiser gegenüber das Verhalten der Aristokraten als „Ausschreitung gegen die Ehrfurcht für den höchsten Vertreter" des Thrones und als Parteiagitation zur Erreichung separatistischer Zwecke bezeichnet.[6]) Gleichzeitig unterbreitete er die ganze Angelegenheit dem Ministerrate, „damit," wie er in dem Vortrage an den Monarchen sagt, „die treugehorsamsten Räte der Krone jene Maßregeln beschließen und ausführen oder bei Euer Majestät ehrfurchtsvoll beantragen, welche geeignet sind, solche alle Ehrfurcht vor der geheiligten Person Euer Majestät verletzenden und den bestehenden Gesetzen hohnsprechenden Ausschreitungen

---

[1]) Erzherzog Albrecht an Thierry, Ofen, 7. November 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Ibidem.

[3]) Telegramm des Erzherzogs Albrecht an Thierry, Ofen, 7. November 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Protmann an Thierry, Pest, 7. November 1859. Ibidem.

[5]) Erzherzog Albrecht an Thierry, Ofen, 7. November 1859. Ibidem.

[6]) Vortrag Thierrys vom 8. November 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

gebührend zu ahnden." [1]) Allein die Zeiten waren vorüber, wo man so kühne Sprecher, wie Cziráky, Szécsen und Bartakovics, einfach in den Kerker werfen konnte. Ungeachtet der Anregung Thierrys und auch Protmanns geschah nichts. Wie wäre dies auch möglich gewesen, da sich der Ministerpräsident Graf Rechberg eben in Unterhandlungen mit den Altkonservativen eingelassen, zu deren Partei diese Aristokraten zählten. Durfte man es wagen, hervorragende Persönlichkeiten wegen ihres Rufes nach Herstellung der Konstitution zu gewaltmaßregeln in dem Augenblick, wo fast gleichzeitig in Wien der Wunsch nach verfassungsmäßigen Einrichtungen in der lebhaftesten Weise sich äußerte, wo es nicht bloß in bürgerlichen, sondern bereits auch in militärischen Kreisen zum „guten Ton" gehörte, alle Handlungen der Regierung einer überaus herben Kritik zu unterwerfen? [2]) Es müssen ungemein arge Zustände geherrscht haben, wenn der Polizeiminister selbst die Situation der Monarchie mit folgenden Worten schilderte: „Ich darf es Euer Majestät nicht verhehlen, daß beinahe sämtliche Berichterstatter in der Wahrnehmung übereinstimmen, es habe ein Gefühl der Unbehaglichkeit, der Gedrücktheit, ja selbst des Mißtrauens aller Stände der Bevölkerung sich bemächtigt, welches zwar bis nun noch nirgends zu einer Auflehnung gegen die Regierungsorgane gediehen ist, bei dem Dazutreten äußerer oder unvorhergesehener innerer Ereignisse aber das Schlimmste erwarten ließen." [3]) Die öffentliche Stimmung, durch die finanzielle Krisis aufs tiefste erregt, drängte vielmehr zum Verlassen der bisher mit so wenig Erfolg beschrittenen Bahn anstatt zu Strafen für getane Aeußerungen. [4]) Drückte die Regierung auch gegenüber manchen Vorfällen in Ungarn ein Auge zu, so schreckte man doch noch immer vor der Gewährung der Herstellung der avitischen Verfassung zurück. Ein sichtbares Zeichen der Schwäche war es jedoch, daß man sich die verlangten Konzessionen förmlich durch stürmische Demonstrationen abnötigen ließ, an denen sich, wie im Jahre 1848, die Studenten in hervorragender Weise beteiligten. In diesem Stadium des Kampfes bildete der Selbstmord Graf Stephan Széchenyis (8. April 1860), den er vermutlich in einem Anfall von Verzweiflung über die Lage seines Vaterlandes beging, ein äußerst wichtiges

---

[1]) Vortrag Thierrys vom 8. November 1859. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Vortrag Thierrys vom 31. Oktober 1859.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

Moment. Die im ganzen Lande abgehaltenen Requiems für den großen Toten, dem Ungarn in erster Reihe die Befreiung aus den Fesseln des Mittelalters dankt, bedeuteten unter den damaligen Verhältnissen mehr als eine bloße Aeußerlichkeit. In klarer, weithin vernehmlicher Sprache sollten sie vor der ganzen Welt kundtun, daß Ungarn noch nicht verloren, daß es sich wieder fühle und seine um das Vaterland verdienten Söhne nach Gebühr zu ehren verstehe. An diesen der Regierung abgetrotzten Feiern erstarkte wesentlich der nationale Geist, der sich, als Széchenyi freiwillig aus dem Leben schied, noch nachdrücklicher als zuvor anschickte, seine ihm vor einigen Jahren genommenen Rechte auf gesetzlichem Wege zurückzuerobern.[1]) Die in ganz Ungarn, wie auf ein gegebenes Zeichen, veranstalteten Requiems waren beredte Proteste gegen die bisherige Herrschaft. Der Boden schwankte gewaltig unter den Füßen der Machthaber. Trotzdem klammerten sie sich noch immer krampfhaft an den bereits in seinen Grundfesten erschütterten Einheitsstaat. Noch einmal wurde ein Versuch zu dessen Rettung unternommen — in einer Form, die sich schon wie das Sterbeglöcklein des Zentralismus ausnahm. Anknüpfend an den allen Einflusses baren ständigen Reichsrat, der eigentlich mehr ein Kronrat gewesen, sollte jetzt der sogenannte „verstärkte Reichsrat" eine Heilung der gründlich verfahrenen Zustände bewirken. Er hatte aus ernannten und gewählten Mitgliedern zu bestehen, in den auch Vertreter Ungarns berufen wurden. Die „ungarischen Herren", die der Aufforderung zum Eintritte in den „verstärkten" Reichsrat Folge leisteten, ließen keinen Zweifel darüber, daß vor allem Ungarns Verfassung hergestellt werden müsse. Es war das von seiten der konservativen Aristokraten eine deutliche Absage an den Einheitsstaat.

Unter solchen Umständen sehnte sich Erzherzog Albrecht, der starre, unbeugsame Repräsentant des Zentralismus, aus Ungarn hinaus und wünschte von einer Last befreit zu werden, der er sich nicht mehr gewachsen fühlte. Schon im April 1858 hatte er solch ein Verlangen zur Kenntnis des Thrones gebracht,[2]) ohne damit einen Erfolg zu erzielen. Erst zwei Jahre später, als sich die Verhältnisse in Ungarn noch unhaltbarer gestalteten, wurde er „vorläufig" seines Postens als Generalgouverneur von Ungarn enthoben. Jedermann aber wußte, daß dies „vorläufig" nur eine

---

[1]) Eduard von Wertheimer, Graf Stephan Széchenyis Totenfeier, „Pester Lloyd", 18. Dezember 1906.

[2]) Flemming, Wien, April 1858.

den wahren Zustand verhüllende Redensart sei und der Erzherzog nicht wieder in seiner bisherigen Eigenschaft auf ungarischem Boden erscheinen werde. Tatsächlich erklärte er, nicht mehr in seine frühere Stellung zurückkehren zu wollen.[1]) Diese Weigerung gestaltete die Lage um so verworrener, als es nun schwer wurde, den für die Verwaltung Ungarns geeigneten Mann zu finden. Der Kaiser wollte seinen jüngeren Bruder Erzherzog Max, der bis vor kurzem an der Spitze der italienischen Provinzen gestanden, als Generalgouverneur nach Ungarn senden. Wie es heißt, soll er zugunsten Ungarns Bedingungen gestellt haben, die das herrschende System von Grund aus erschüttert hätten. Franz Josef, der den Ungarn offenbar noch immer zürnte, weil sie sich geweigert, ihn als ihren rechtmäßigen Herrscher anzuerkennen, und der, wie es schien, ihnen noch nicht vergessen konnte, daß sie sich gegen seine Autorität aufgelehnt, mochte nichts von den Forderungen des Erzherzogs Max wissen. Nach damals umlaufenden Gerüchten soll es in der Unterredung zwischen beiden Brüdern zu einer sehr heftig bewegten Aussprache gekommen sein. Jedenfalls verlief sie ohne Resultat, und Erzherzog Max kehrte wieder nach Triest zurück, wo er sich seit einiger Zeit niedergelassen hatte.[2]) Nun sollte Erzherzog Rainer mit der heikeln Mission betraut werden, jener kaiserliche Prinz, der sich großer Beliebtheit erfreute, Geist und Talent sowie die nötige Ruhe und erforderlichen Kenntnisse besaß, um vielleicht der schwierigen Verwaltung des Königreiches gewachsen zu sein. Aber er lehnte es aufs bestimmteste ab, „der Regenerator Ungarns" zu werden.[3]) An die übrigen Erzherzoge konnte nicht gedacht werden, da sie nicht über die zur Lösung einer solchen Aufgabe unentbehrlichen Fähigkeiten verfügten. Infolge des gegen sie noch herrschenden Mißtrauens waren die Söhne[4]) des verstorbenen Palatins Erzherzog Josef von vornherein von jeder Kombination ausgeschlossen. So blieb nichts anderes übrig, als einen in Ungarn zuständigen General auf den Posten zu stellen, für den man vergebens unter den Erzherzogen Umschau gehalten. Die Wahl fiel auf Feldzeugmeister

---

[1]) Werther, April 1860.

[2]) Werther, April 1860.

[3]) Werther, April 1860. Diese Tatsache wurde mir auch von anderer, vollkommen verläßlicher Seite bestätigt.

[4]) Damit sind gemeint: der in der Verbannung lebende Palatin Erzherzog Stephan und der nachmalige Oberkommandant der ungarischen Landwehr (Honvéd) Erzherzog Josef.

Benedek, der sich anfangs sträubte, dem an ihn ergangenen Rufe zu folgen, bis ihn ein kaiserlicher Befehl zur Annahme der neuen Würde nötigte.[1]) Dem Helden von San Martino wurde allerdings nur, wie es im Dekrete hieß, „bis auf weiteres" die politische Verwaltung Ungarns übertragen. Benedek empfahl sich schon vorteilhaft durch seine Nationalität, da er, selbst ein Ungar, mit seinen Landsleuten in deren Idiom verkehren konnte. Das martialische Aussehen wie seine kernige, kräftige Natur, die ihm leicht die Herzen gewann, schienen es zu rechtfertigen, daß man gerade ihn und keinen anderen für die Leitung der obersten Verwaltung seines Vaterlandes erkoren hatte. Den Weg erleichterte es ihm, daß er nicht mit leeren Händen kam. Ein Teil des Ministerrates, worüber es fast im Schoße desselben zu einer Krisis gekommen wäre, wollte absolut nichts von Konzessionen wissen. Allein die Erfahrungen der letzten Zeit nötigten doch zum Einlenken, und so entstand der an Benedek gerichtete Erlaß vom 19. April 1860. Hatte Bach das Land in fünf Statthaltereiabteilungen zergliedert, so wurde jetzt mittels des Erlasses vom 19. April die Vereinigung der gesamten Verwaltung in der Statthalterei zu Ofen verfügt. Damit sollte der Klage über die Zerreißung des Königreichs in fünf Gruppen der Boden entzogen werden. Im ersten Augenblick wirkte diese Zusage, gerade weil sie nicht erwartet wurde, überraschend auf die Nation. Zum nicht geringen Erstaunen Benedeks aber waren, wie er selbst gesteht, die nächsten 48 Stunden hinreichend, „um den augenblicklichen Freudentaumel zu zerstreuen". Das momentane Aufjubeln machte einem nüchternen Prüfen Platz. Nun erblickte man in der Wiederherstellung des alten Königreiches ohne den gesetzlichen Reichstag ein „Almosen der Kaisergnade", das der Ungar zu stolz war, anzunehmen.[2]) Wie Benedek selbst konstatiert, zweifelte man überall an dem redlichen Ernst der Regierung. „Sollten," schreibt er nach Wien, „noch die nächsten vierzehn Tage, längstens vier Wochen vorüberfließen, ohne sichtbare Zeichen dessen zu bringen, daß es sich diesmal nicht um leere Versprechungen handle, daß das Wort Seiner Majestät zur schnellen und vollen Wahrheit werden solle, so ist niemand im Lande zu finden, der den Absichten der Regierung irgendwelchen Glauben schenkt und die weittragenden, wohlwollenden Absichten Seiner Majestät, die für den dauernden Bestand der Gesamt-

---

[1]) Werther, April 1860.
[2]) Werther, 23. April 1860.

monarchie Lebensbedingungen sind, werden durch die Passivität und Indolenz der Bevölkerung in ihrer Durchführung ernstlich gefährdet.“ Es war kein schlechter Gedanke dieses Soldaten, daß er sich zuerst eine „regierungsfreundliche“ Presse und mit deren Hilfe eine Regierungspartei schaffen wollte, auf die er sich in kritischen Momenten stützen könne. „Denn jetzt,“ klagt er, „keine Spur einer solchen, alles aber einig in dem Punkte, Front gegen die Behörden zu machen.“ [1]) Um so mehr setzte er sich für die Gründung einer ministeriellen Partei ein, als er die feste Ueberzeugung hatte, daß es mit der Gewalt allein nicht gelingen werde, Ungarn zu pazifizieren. Aber auch damit, was Benedek beabsichtigte, war das Land nicht zu beruhigen. Obgleich für Schonung ungarischer Art und Sprache eingenommen, war der General doch entschiedener Gegner der „Separatgelüste“ und ebenso nachdrücklicher Anhänger des „Gesamtstaates“. Es liegt Tragik darin, daß der Feldzeugmeister, der die Anwendung von Gewalt als abträglich für das von ihm geplante Werk der Pazifizierung erklärt hatte, schließlich selbst gezwungen war, an sie zu appellieren. Gleich seinem Vorgänger erlitt auch er, ungeachtet aller Sympathien für seine Landsleute, Schiffbruch. Schon arbeitete man im Einverständnisse mit den ungarischen Altkonservativen in Wien an einer neuen Gestaltung der staatsrechtlichen Verhältnisse der Monarchie. Als sie fertig war und man den Moment zur Verlautbarung der neuen Ordnung der Dinge für gekommen hielt, wurde auch Benedek aus Ungarn abberufen. Bisher hatte Andrássy, eingedenk seines Loyalitätsreverses, sich fern von jeder Beteiligung an den Ereignissen in seinem Vaterlande gehalten. Er blieb in der passiven Rolle eines aufmerksamen Beschauers, der ruhig seine Zeit abwartet. Die eingetretene Aenderung eröffnete ihm ein weites Feld, auf dem er später große Triumphe feiern sollte. Ohne die voraufgegangenen Umgestaltungen, wie sie hier geschildert wurden, hätte sich für die Entfaltung von Andrássys schöpferischer Tätigkeit niemals der richtige Schauplatz gefunden.

---

[1]) Die hier gegebene Darstellung beruht auf: Eduard von Wertheimer, „Feldzeugmeister Benedek und die ungarische Presse“, „Pester Lloyd“, 15. und 16. November 1907. Siehe ferner: H. Friedjung, „Benedeks nachgelassene Papiere“.

Fünftes Kapitel

Andrássy und das Oktober-Diplom

Bereits Ende Juni 1859 hatte Graf Rechberg, der österreichische Minister der auswärtigen Angelegenheiten, den Stab über den Absolutismus gebrochen. „Ich bin überzeugt davon," sagte er einige Tage nach der Schlacht von Solferino zu Baron Samuel Jósika, dem ehemaligen siebenbürgischen Hofkanzler, einem der angesehensten Führer der Altkonservativen, „daß, wie überall, so auch bei uns, der Absolutismus zur Revolution führen wird." [1]) Der Minister, der sich in so freimütiger Weise äußerte, forderte gleichzeitig Baron Jósika auf, ihm offen zu sagen, was für Zugeständnisse Ungarn beruhigen könnten.[2]) Die Antwort auf diese Frage, die das entschiedene Bedürfnis einer Versöhnung mit Ungarn verriet, lautete einfach und bündig: „Das einzige Zugeständnis, das Erfolg verspricht, ist die gänzliche Beseitigung des bisherigen Regierungssystems." [3]) Damit enthüllte der ehemalige siebenbürgische Hofkanzler ohne Umschweife das Ziel, auf das die Altkonservativen seit einem Jahrzehnt lossteuerten. Ein Hauptanteil an der mit vielen Mühen und Enttäuschungen verbundenen Arbeit gebührt Graf Emil Dessewffy, dem Verfasser der Denkschrift aus dem Jahre 1850. Er war einer der gebildetsten und geistig hervorragendsten Ungarn. Obgleich der Vater, Graf Josef Dessewffy, auf dem Reichstage von 1811/12 eine fast revolutionäre Rolle gespielt,[4]) hatte dessen Sohn Emil diese Richtung nicht eingeschlagen, sondern war vielmehr mit seinem gleichfalls sehr begabten Bruder Aurél ins konservative Lager der Magnaten übergetreten. Graf Emil Dessewffy widmete seine Kräfte dem Vaterlande, ohne je eine amtliche Stellung zu bekleiden. Er wollte stets seine volle Freiheit wahren, um desto unabhängiger und ohne jeden Schein persönlichen Ehrgeizes tätig sein zu können.

---

[1]) Kónyi, a. a. O., Bd. II, S. 413.

[2]) Ibidem, S. 412.

[3]) Ibidem, S. 412.

[4]) Eduard Wertheimer, „Der ungarische Reichstag von 1811/12" (ung.), S. 34.

In seiner Zurückgezogenheit hatte ihn bisher fortwährend der Gedanke beschäftigt, wie dem Untergang Oesterreichs und Ungarns, als natürlicher Folge des Weiterbestandes des Bachschen Systemes, vorgebeugt werden könnte. Klar stand es vor seiner Seele, daß, wenn der Sturz Bachs sich noch lange verzögere, ausschließlich solche Staatsmänner in den Rat der Krone gelangen könnten, deren höchstes Bestreben die Wiederherstellung der Märzverfassung von 1849 bilden würde. Mit der Verwirklichung einer solchen Absicht wäre aber ein neues Bollwerk gegen die Beilegung des österreichisch-ungarischen Konfliktes errichtet worden.[1]) Ebensosehr war Graf Dessewffy davon durchdrungen, daß für den Zweck einer Neugestaltung der Monarchie alles vermieden werden müßte, was auch nur von weitem an die Revolution von 1848 erinnern könnte, deren bloße Erwähnung in Wien sofort ein wahres Grauen erregte.[2]) Bei der aufgeregten Stimmung seiner Landsleute, die während des Feldzuges von 1859 herrschte, mußte er jedoch jeden Augenblick den Ausbruch einer Erhebung gegen die Dynastie befürchten. In dieser wenig vertrauensvollen Gemütsverfassung erweckten die Mitteilungen Jósikas über dessen Unterredung mit Graf Rechberg neue Hoffnungen in Dessewffy.[3]) Schärfer als bisher sah dieser endlich die Möglichkeit eines Endes des Absolutismus. Frei schien ihm nun die Bahn, auf der neue Wege beschritten werden konnten. So fertig stand in seinem Kopfe der Plan zu einer Umgestaltung der Monarchie, daß er ihn unmittelbar nach der ersten Kunde vom Abschlusse des Villafrancaer Friedens (Juli 1859) in raschen Zügen zu Papier brachte.[4]) In erster Reihe wollte Graf Dessewffy mit dieser Denkschrift, die den Keim zur Entstehung des Oktober-Diplomes von 1860 in sich birgt, auf Graf Rechberg, den Anhänger der historischen Schule, wirken. Im Einverständnisse seiner Freunde reiste er am 12. August nach Wien, um sich dort persönlich mit dem Minister des Aeußern in Verbindung zu setzen. Am 15. August empfing ihn Rechberg, dem er seine ausführliche Denkschrift vorlas.[5]) Nachdem Dessewffy in genug düsteren Farben den „gegenwärtigen

---

[1]) Kónyi, Bd. II, S. 414.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem, S. 415.

[4]) Ibidem.

[5]) „Entwurf eines Feldzugsplanes im Innern Oesterreichs, um den Folgen des unglücklichen Feldzugs vom Jahre 1859 zu begegnen und zu nachhaltiger Kraft zu gelangen." Geschrieben am 15. und 16. Juli 1859. Besitz des Grafen Aurél Dessewffy. Nach dem deutschen Original in ungarischer Uebersetzung veröffentlicht von Kónyi, Bd. II, S. 426 ff.

faktischen Zustand der österreichischen Macht" geschildert, äußert er sich über das „einzige Mittel", um dem Uebel zu begegnen, in folgender Weise: „Vollständiger und ehrlich gemeinter Bruch mit dem System, das ist: ein von der Krone ausgehender, freier, von jedem äußeren oder inneren Drucke unabhängiger, reformatorischer, diktatorischer Umschwung der äußeren und inneren Politik, ausgeführt mit der Raschheit und Impetuosität eines Staatsstreichs, sich manifestierend in einer schnell aufeinander folgenden Reihe von großen und umfassenden Maßregeln, welche auf der konservativ-historischen Rechtsgrundlage ergriffen, den Rechtszustand mit einem Male herstellen und die Wege zu seiner Verbesserung öffnen, das heißt: ein vollständiger, historisch-rechtlicher Staatsstreich." [1])

Der Umschwung sollte demnach auf historischer Rechtsgrundlage erfolgen, „denn," sagt Dessewffy, „die Legitimität kann das historische Recht ohne eigene größte Gefahr nicht von sich stoßen". [2]) Wie Kübeck 1851 die Neuordnung des Staates auf der unbeschränkten Allmacht des Herrschers aufbaute, so erwartete seinerseits Graf Emil Dessewffy im Sommer 1859 das Heil der Monarchie von dem unmittelbaren Eingreifen der Krone in Form eines „historisch-rechtlichen Staatsstreichs". Mit Anspielung auf die Namen Franz und Josef, die der Kaiser führte, hatte Dessewffy im August 1859 an Graf Rechberg geschrieben: „Es gibt kein anderes Hilfsmittel, als daß der Kaiser untreu seinem Namen wird, aber treu seinem Charakter bleibt. Weder so absolutistisch und starr wie Kaiser Franz, noch so zentralisierend und germanisierend gleich Kaiser Josef, sondern kräftig und kühn wie Franz Josef — und dann ist noch alles in Oesterreich gutzumachen." [3]) Mittlerweile hatte der Kaiser, nach einem schon seit längerer Zeit gefaßten Beschlusse und noch unbeeinflußt von der Denkschrift Dessewffys, Bach und Kempen, die zwei Hauptstützen des bisherigen Systems, entlassen. Damit begann die Periode der konstitutionellen Versuche, von deren Beginn Fürst Friedrich Schwarzenberg, genannt der „Landsknecht", bemerkte: „Bis jetzt hat man Soldaten gespielt, nun kommt das Verfassungsspiel an die Reihe." [4]) Am 14. September 1859 ward Graf Emil Dessewffy, den Rechberg noch vor kurzem nur für einen Mann der Theorie und

---

[1]) Kónyi, Bd. II, S. 426 ff.
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem, S. 425.
[4]) Ibidem, S. 447.

einen Schwärmer hielt,[1]) nach Wien berufen, damit er, wie es jetzt hieß, seine durchsichtig klaren und auf Kenntnis der Lokalverhältnisse beruhenden Ansichten noch einmal vor den maßgebenden Kreisen zur Darstellung bringe.[2]) Niemand mochte wohl die Notwendigkeit eines Ausgleiches tiefer empfinden, als gerade der Minister, dem die Vertretung der Interessen der Monarchie nach außen hin oblag. Kaiser Franz Josef sollte sich Oktober 1860 nach Warschau zu einer Entrevue mit dem Zaren und dem Prinzregenten von Preußen begeben. Mit wie ganz anderem Ansehen konnte er dort als der Souverän einer im Innern vollkommen beruhigten Monarchie auftreten, als wenn sie, wie bisher, von revolutionären Schauern durchschüttelt wurde. Einem Mann von der Denkungsart Rechbergs, hervorgegangen aus der Schule Metternichs, mußte es erwünscht sein, die Lösung der Neugestaltung der Monarchie nur im Bunde mit jenen ungarischen Politikern durchzuführen, die ihm ihrer bekannten konservativen Gesinnung wegen hierzu mehr als jede andere Partei berufen schienen. Trotzdem war keine Vereinbarung zustande gekommen; der Gegensatz der Ansichten war noch zu groß. Vergeblich blieb auch der Versuch mit dem aus dem ständigen Reichsrat erweiterten „verstärkten“ Reichsrat (Patent vom 5. März 1860). Dieser, in dem die staatsrechtlichen Fragen zur Erörterung gelangten, wurde plötzlich am 28. September geschlossen, ohne daß er die Sehnsucht nach einem parlamentarischen Regime befriedigt hätte. Es war eine arge Täuschung gewesen, diesen eben zu den Toten heimgeschickten „verstärkten“ Reichsrat als die „Krönung“ der versprochenen Reformen bezeichnet zu haben. Weder in Oesterreich noch in Ungarn wollte die Bewegung zur völligen Abschwenkung von dem, wenn auch in den Formen gemilderten, aber noch immer bestehenden absolutistischen Regime zum Stillstand gelangen. Graf Emil Dessewffy, der es abgelehnt, Mitglied des verstärkten Reichsrates zu sein, arbeitete eine neue Denkschrift aus als Ergänzung zu seiner politischen Darlegung vom 15. August 1859.[3]) Die Altkonservativen, die unter Bach um allen Einfluß gekommen waren, erfreuten sich jetzt wieder großer Bedeutung am Hofe. Ihre Stimme, besonders die des sehr befähigten Grafen Anton Szécsen, dessen Vater Obersthofmeister der Mutter Franz Josefs I. gewesen,

---

[1]) Kónyi, Bd. II, S. 449.

[2]) Ibidem, S. 450.

[3]) Ibidem, S. 462 ff.

verklang nicht mehr ungehört. Im verstärkten Reichsrat war Szécsen als dessen Mitglied für die Wiederherstellung der ungarischen Verfassung eingetreten. Er war es auch, der aufs nachdrücklichste sein Wort dafür erhob, daß die historisch-rechtlichen Traditionen der Völker der Monarchie mit der Großmachtstellung des damaligen Kaiserstaates Oesterreich in Einklang zu bringen seien. Die Rede scheint auf den Kaiser tiefen Eindruck gemacht und das Ansehen Szécsens noch mehr gestärkt zu haben. In der Tat gelang es ihm, auf der Fahrt nach Salzburg, wohin er den Monarchen begleitete, diesen für das Wiederaufleben der Verfassungsmäßigkeit in Ungarn zu gewinnen.[1]) Dies Verdienst ist um so höher anzuschlagen, als Franz Josef bis dahin seine Abneigung gegen jede Art von konstitutioneller Regierungsform noch immer nicht überwinden hatte können.[2]) Jetzt war endlich das Eis gebrochen. Im Einvernehmen mit den Altkonservativen und mit Benutzung der von Dessewffy aufgestellten Grundsätze kam nach langwierigen Beratungen[3]) das Diplom vom 20. Oktober 1860 zustande, das die neue Verfassungsära einleitete. Man hatte einige Zeit geschwankt, wie man den Erlaß benennen sollte. Anfangs wollte man ihn als „Patent“ erscheinen lassen. In dem Moment jedoch, wo man den verfassungsmäßigen Weg betrat, schreckte man vor der Bezeichnung „Patent“, die leicht den Eindruck des Oktroyierten hervorrufen konnte, zurück und entschied sich für den Ausdruck „Diplom“,[4]) unter welchem Namen auch der Erlaß vom 20. Oktober in der Geschichte bekannt geblieben ist. Das Oktober-Diplom sollte ein „beständiges und unwiderrufliches Staatsgrundgesetz“ bilden, durch welches sich der Herrscher verpflichtete, nur unter Mitwirkung der gesetzlich versammelten Landtage bzw. des Reichsrates „Gesetze zu geben, abzuändern oder aufzuheben“. Dieser Reichsrat, in welchen die Landtage eine festgesetzte Anzahl Mitglieder zu entsenden hätten, sollte als Beratungskörper für die allen Königreichen und Ländern, Ungarn mit eingerechnet, gemeinsamen Angelegenheiten dienen. Alle anderen Gegenstände gehörten in den Wirkungskreis der Landtage, und zwar werden sie in den zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern „im Sinne ihrer

---

[1]) Thallóczy, „Graf Szécsen“ in „Századok“ 1901, S. 407 l. (ung.).

[2]) Werther, 26. September 1860.

[3]) Werther, 10. Oktober 1860. Kónyi, Bd. II, S. 411—512.

[4]) Ungedruckte Aufzeichnung eines an den Beratungen beteiligt gewesenen ungarischen Altkonservativen (ung.). Besitz des Grafen Aurél Dessewffy.

früheren Verfassungen", in den übrigen Königreichen und Ländern „im Sinne und in Gemäßheit ihrer Landesordnungen" erledigt. Der letzte Punkt des Diplomes verfügte noch, daß es den Landtagen mitzuteilen und in die Landesgesetze einzutragen sei. Diese Bestimmung des Oktober-Diplomes ist ausschließlich auf die Einwirkung der ungarischen Altkonservativen zurückzuführen. „Daß dies," heißt es in einer gleichzeitigen Aufzeichnung eines Altkonservativen, „für die übrigen Länder bedeutungslos sei, wußten wir, aber noch besser wußten wir, daß es für uns nicht gleichgültig sei." [1])

Wien war am 20. Oktober beleuchtet, zum Zeichen der Freude, daß endlich das alte System beseitigt worden. Nicht so wohl fühlten sich dabei die Anhänger Bachs, die diesen Ausbruch von Jubel nicht begreifen konnten. „Was sagen Sie zu dem allem?" fragte Freiherr von Hock den Baron Bernhard Meyer, den Intimus des gestürzten Ministers. „Was," antwortete er, „kann man anderes von einem Volke, wie die Wiener sind, erwarten, als daß es zur Feier des Beginnes der Zersplitterung der Monarchie noch eine Illumination veranstaltet." Aus Trauer über den vermeintlichen Zusammensturz des nicht mehr von ihnen geleiteten Staates schieden die beiden Männer mit Tränen in den Augen voneinander. [2])

Für die nichtungarischen Länder, die bisher keine Verfassung besaßen, bedeutete wohl das Oktober-Diplom einen Lichtschimmer, wert einer Beleuchtung. Weniger erfreut war man darüber in Ungarn, das sich einer alten Konstitution rühmen konnte. Das Oktober-Diplom aber schuf eine neue Verfassung, nur notdürftig bekleidet mit einigen aus den 1848er Gesetzen herausgerissenen Fetzen. Sie kam auch nicht im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Krone und Nation zustande, sondern sollte Ungarn ganz einfach im Wege der Verordnung als „großmütiges Geschenk" [3]) aufgedrungen werden, was ganz und gar gegen den Sinn der Bestimmungen des Gesetzartikels X : 1790 verstieß. [4]) Das Oktober-Diplom, das an dem Prinzip der gemeinsamen Vertretung im Reichsrat festhielt, gemahnte lebhaft an den von den

---

[1]) Ungedruckte Aufzeichnung eines ungarischen Altkonservativen (ung.). Besitz des Grafen Aurél Dessewffy.

[2]) Bernhard Ritter von Meyer, „Erlebnisse", Bd. II, S. 5.

[3]) So betrachtete auch Werther, Wien, 28. Januar 1861, das Oktober-Diplom.

[4]) Gustav Steinbach, „Die ungarischen Verfassungsgesetze". 4. Auflage. S. 8.

Ungarn stets verabscheuten Einheitsstaat. Es raubte dem Lande eines der wichtigsten Befugnisse der Verfassung: das Recht der Votierung der Steuern und der Rekruten, das dem Reichsrate übertragen wurde.[1] Ungarn wäre mit seiner eigenen Zustimmung zu einer österreichischen Provinz herabgesunken, wenn es die ihm aufoktroyierte neue Verfassung angenommen und in deren Sinne Abgeordnete in den jetzt einzuberufenden „weiteren Reichsrat" entsandt hätte. Unter dem ersten Eindrucke der Veröffentlichung des Diploms äußerte der preußische Gesandte Freiherr von Werther: Ungarn ist wahrhaftig gnädig bedacht worden und hat die selbst verscherzten Rechte in weitem Umfange wieder erlangt.[2] Er verkannte jedoch, daß, was gegeben worden, nicht gleichbedeutend mit den sog. „selbst verscherzten Rechten" war und daß man in Ungarn überhaupt, wie sich Deák ausdrückte, keine geschenkte Verfassung, sondern die durch jahrhundertealten Usus geheiligte Konstitution haben wollte.[3] „Man macht uns zum Vorwurf," äußerte sich hierüber Andrássy, „an der alten Verfassung zu hängen. Diese hat vor einer neueren den Vorteil, daß die Menschen auf sie mit einem Gefühl von Inbrunst blicken, es als ihre erste Pflicht betrachten, sie mit allen Opfern zu verteidigen. Unter dem Schutze einer solchen Verfassung," meinte der Graf, „ist der König, wenn sie von höchster Stelle aus in Ehren gehalten wird, gegen plötzliche unerwartete Umgestaltungen und die Nation gegen jeden Versuch einer Unterdrückung der Freiheit gesichert. Die neue Verfassung," sagte er ferner, „kann besser sein, aber indem das Geschlecht, welche sie schuf oder der Souverän, der sie erließ, sich der Verhältnisse erinnern, unter denen sie zustande kam, können sie sich leicht veranlaßt fühlen, je nach Lage der Umstände eine noch bessere oder noch schlechtere neue an die Stelle der früheren Konstitution zu setzen. Die Geschichte beweist, daß Fürsten und Völker sich leichter an dem vergreifen, was sie selbst gegeben oder geschaffen haben, wie an dem, was sie von ihren Ahnen ererbt haben. Die Theorie allerdings lehrt was anderes."[4] Aus der Erwägung solcher Motive heraus blieb man blind selbst für die eine große Wohltat, die das Oktober-Diplom wirklich bot. Es hatte den Absolutismus, der Oesterreich

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 37. — Aurél von Kecskeméthy, „Ein Jahr aus der Geschichte Ungarns". S. 12.

[2]) Werther, Wien, 21. Oktober 1860.

[3]) Kónyi, Bd. III, S. 35.

[4]) Hinterlassene Aufzeichnungen Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.

unter dem letzten Regime beinahe an den Rand des Abgrundes gebracht, begraben und an dessen Stelle die bisher unterdrückte Freiheit zu neuem Leben erweckt.[1]) Allein, wie sehr man auch nach unbeschränkter Bewegung lechzte, so übersah man doch die gewährte Begünstigung gegenüber der Verfassungsverletzung, deren sich das Oktober-Diplom schuldig gemacht. Mit dieser ungünstigen Aufnahme ihres Werkes hatten die Schöpfer des Oktober-Diploms nicht gerechnet, zu denen sich in erster Reihe, allerdings mit Unrecht, auch Freiherr von Hübner zählte.[2]) Sie, die nur Gutes hatten schaffen wollen, waren auch durchdrungen davon, „Großes und Dauerndes" gestiftet zu haben.[3]) Zu den vornehmsten Männern, die im Dienste des neuen Regimes tätig waren und als dessen festeste Stütze gelten sollten, gehörte Baron Nikolaus Vay, das geistig hervorragende Oberhaupt der ungarischen Protestanten. Seine Ernennung zum ungarischen Hofkanzler erregte das denkbar größte Aufsehen.[4]) Hatte ihn doch, den ehemaligen Kronhüter und Geheimrat aus dem Vormärz, das Kriegsgericht im August 1852 zum Tode verurteilt — eine Strafe, die vom Kaiser in vierjährige Festungshaft ohne Eisen umgewandelt wurde.[5]) Und nun

---

[1]) Mit dieser gerühmten Freiheit war es allerdings nicht weit her. Erließ doch der Polizeiminister Mecséry, Nachfolger Thierrys, am 1. November 1860 eine Verordnung, der gemäß das Oktober-Diplom alle „Eigenschaften eines Staatsgesetzes" besitze, das nicht angetastet oder in Frage gestellt werden dürfe. Nur innerhalb der Grenzen der im Diplom verkündeten Grundsätze war eine Diskussion über das neue Staatsgesetz gestattet. Allen Blättern gegenüber, die die Schranken überschreiten und sich ein „planmäßiges Ankämpfen" gegen das Diplom zur Aufgabe machen, sollte auch weiterhin der berüchtigte § 22 der Preßordnung in Anwendung kommen.

[2]) Werther, Wien, 6. Dezember 1860. Kgl. Preuß. Staatsarchiv. „Herr von Hübner gibt sich übrigens den Anschein, als ob er der Schöpfer der Grundgedanken der jetzt schon kaum mehr genügenden Konzessionen vom 20. Oktober sei."

[3]) „Erinnerungsblätter aus dem Leben des Baron Nikolaus Vay", 1899, S. 316 (ung.).

[4]) Werther, Wien, 21. Oktober 1860.

[5]) Der Untersuchungsakt des Pester Kriegsgerichts, vom Auditor Bilko verfaßt, befindet sich im k. u. k. Kriegsarchiv. Infolge einer kaiserlichen Entschließung vom 25. August 1851 war die Untersuchung gegen Vay eingeleitet worden. Bilko sagt in seinem Bericht: „So viel bleibt immer unwiderlegbar, daß, sollte er (Vay) anfangs auch keine Sympathien für die ungarische Sache gehegt haben, er sich doch später der Revolution in die Arme geworfen habe." Vay wurde schon nach acht Monaten begnadigt. Ueber diese Phase seines Lebens siehe Vays Tagebuch in: „Erinnerungsblätter" (ung.) des Baron Vay; noch ist zu erwähnen Géza Ballagis, „Denkrede über den Baron Vay senior". Budapest 1895 (ung.).

war er zur ersten Würde des Landes berufen worden! Für den ganzen Wandel der Zeiten ist es bezeichnend, daß der Kaiser, als ihm Bischof Lonovics zur glücklich getroffenen Wahl der neuen Regierungsmänner gratulierte, rasch bemerkte: „Besonders der Vay." [1]) Auch Graf Rechberg, der das volle Vertrauen des Monarchen besaß, legte den allergrößten Wert auf die Annahme der Kanzlerwürde durch Baron Vay. Er ging dabei von der Ansicht aus, daß diesem sofort, gleichsam als Morgengabe und als nicht genug zu schätzende Unterstützung, der ganze Anhang seiner protestantischen Glaubensgenossen in Ungarn in den Schoß fallen werde. Rechberg sah voller Zuversicht der Zukunft entgegen. „Gelingt es nur dem Vay," meinte er, „geschickt zwischen den Klippen hindurchzuschiffen, so ist er gewiß der Mann, um eine Ausgleichung der Gegensätze zwischen Oesterreich und Ungarn anzubahnen." [2])

Baron Vay, der sich mit Feuereifer dem neuen System zur Verfügung stellte, lebte der sicheren Ueberzeugung, man brauche an die Spitze der jetzt wiederhergestellten Komitate nur die geeigneten Männer zu stellen, um der durch das Oktober-Diplom dekretierten Verfassung auf die Beine zu helfen. Die „glückliche Wahl" guter Obergespäne — wie im Sinne der alten Konstitution die von der Regierung ernannten obersten Beamten der durch das Oktober-Diplom wiederhergestellten 1847er Komitate hießen — bezeichnete Vay als eine der sofort zu treffenden „wichtigsten Maßregeln", um Erfolge zu erzielen. [3]) Ohne Rücksicht auf ihre politische Vergangenheit oder Parteistellung, unbekümmert darum, ob sie 1848/49 an dem Feldzuge gegen Oesterreich teilgenommen, wollte er unter den ungarischen Persönlichkeiten die Auswahl treffen, „soferne sie," wie er bemerkt, „sonst die Eignung zu Obergespänen oder Administratoren besitzen". [4]) Die Namen der Ernannten sollten sich in ihrem Vaterlande nur eines guten Klanges erfreuen und dem öffentlichen Geiste als Garantie für die neue Richtung dienen. [5]) Deshalb schlug der Hofkanzler unter anderen nebst Koloman Tisza für das Biharer, Melchior

---

[1]) Aurél Kecskeméthys Tagebuch, 1851—1878, herausgegeben von Rózsa 1909, S. 105 (ung.).

[2]) Werther, Wien, 31. Oktober 1860.

[3]) Vortrag Vays vom 27. Oktober 1860. Kabinettsarchiv Seiner Majestät Franz Josefs I.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem.

Lónyay für das Komitat von Bereg, auch den ehemaligen Emigranten und früheren Obergespan Graf Julius Andrássy abermals zum Obergespan des Zempliner Komitats vor.[1]) Am 30. Oktober 1860 genehmigte der Kaiser die Anträge Vays.[2]) Die Ernennung dieser Männer war erfolgt, ohne daß vorher auch deren Zustimmung hierzu eingeholt worden wäre, Dies geschah jedoch mit voller Absicht. Teils sollte dadurch Agitationen und schädlichen Einflüssen, teils übermäßigem Ehrgeiz und Stellenjägerei vorgebeugt werden. Maßgebend für den Vorgang war ferner die Rücksicht auf die rasche Besetzung der wichtigsten verfassungsmäßigen Posten.[3]) Die Männer des Oktober-Diploms hatten sich aber verrechnet. Es wäre gut gewesen, wenn ihr Gesinnungsgenosse Szent-Iványi einen Tag früher mit seinem Rate gekommen wäre, niemand der Krone zum Obergespan zu empfehlen, dessen Einwilligung man sich nicht vorher versichert hätte.[4]) Damit würde man sich die Absage vieler erspart haben. Von Andrássy, der gleich Deák auf dem Standpunkte der unbedingten Wiederherstellung der 1848er Gesetze fußte, war ebensowenig wie von Tisza oder Lónyay zu erwarten, daß er unter dem neuen, auf der oktroyierten Verfassung beruhenden Regime die Obergespanswürde annehmen werde. Sofort verständigte er von seiner Absicht mittels eines Privatbriefes den Hofkanzler.[5]) Wenn er die neuen ungarischen Regierungsmänner auch nicht unterstützen wollte, war er doch weit entfernt davon, ihnen Verlegenheiten zu bereiten. Schätzte er sie doch als Patrioten, die nichts Böses gegen ihre Nation im Schilde führen. Deswegen war er bestrebt, die herbe öffentliche Erklärung Tiszas zu mildern, der aus „prinzipiellen Gründen" seine Mitwirkung als Obergespan verweigerte.[6]) Es bestand die Gefahr, Tiszas Beispiel werde Nachahmung finden und die Regierung dann keine Organe für den höheren Verwaltungsdienst zur Verfügung haben. Tisza wurde daher von Andrássy und Lónyay beredet,[7]) gemeinsam mit ihnen eine Verlautbarung zu veröffentlichen.

[1]) Vortrag Vays vom 27. Oktober 1860. Kabinettsarchiv.

[2]) Ibidem.

[3]) Vortrag Vays vom 21. November 1860. Kabinettsarchiv.

[4]) Baron Vays „Erinnerungsblätter" (ung.), S. 320.

[5]) Lederer, „Andrássys Reden", Bd. I, S. 112 (ung.).

[6]) Tiszas Erklärung erschien am 1. November im „Pesti Napló". Siehe Beksics „Sigmund Kemény", S. 205 (ung.).

[7]) Baron Vays „Erinnerungsblätter", S. 330, ibidem 333, wonach Eötvös sich das Verdienst der gemeinsamen Erklärung Andrássys, Tiszas und Lónyays zuschrieb.

In dieser hieß es, sie hätten nur abgelehnt, um, frei von jedem Amte, als Abgeordnete des einzuberufenden Reichstages im Interesse des Vaterlandes wirken zu können.[1]) Damit aber hatte sich Andrássy scharfen Tadel von seiten Kossuths zugezogen. Mit seiner Ablehnung war der „Gubernator“ schon einverstanden, weit weniger mit der Begründung des aufsehenerregenden Schrittes. Seiner Meinung nach hätte Andrássy als alter 1848er Obergespan des Zempliner Komitates unter keinen Umständen sagen dürfen, er weise die Ernennung zurück, um als Deputierter des Reichstages seine patriotische Pflicht zu erfüllen. Nach Kossuth mußte sich der Graf vielmehr auf den prinzipiellen Standpunkt stellen und erklären: er könnte das Amt eines im Jahre 1848 ernannten Obergespans erst versehen, sobald die 1848er Konstitution und mit ihr das verantwortliche Ministerium wieder hergestellt sein werden; bis dahin aber dürfe er, der keinen Kanzler und keinen Statthaltereirat kenne, nicht mit einer Regierung in amtliche Beziehungen treten, die ihre Macht dem Gesetze entgegenstelle. „Ah, Freund,“ schreibt Kossuth an Nikolaus Jósika in Brüssel, „wenn Julius Andrássy und, wollte Gott, jeder neuernannte alte Obergespan sich derartig geäußert hätte, wo wäre jetzt schon die oktroyierte Charte (Oktober-Diplom)? Erschlagen wie ein wütender Hund für ewig; sogar Nikolaus Vay wäre ihr ausgewichen, damit ihm deren Biß nicht noch nach sieben Monaten Schaden bringe.“[2])

Eigentlich hätte es Kossuth gar nicht ungern gesehen, wenn die Obergespäne dem Rufe Vays gefolgt wären — freilich aus einem Motive, das mit den Intentionen des Wiener Hofes kontrastierte. Wie man aufs bestimmteste wissen wollte, hätte der ehemalige Gubernator, der sich bereits vollkommen in die Rolle eines Verschwörers eingesponnen, der Tag und Nacht auf die Revolutionierung Ungarns sann, nur daran gedacht, sich der Obergespäne der 1848er Richtung als Werkzeuge seiner Umsturzpläne zu bedienen. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, wie erzählt wurde, die Komitate in Aufregung zu versetzen und die Wahl revolutionärer Abgeordneter zu bewirken, die dann auf dem nächsten Reichstag den Prinzen Napoleon zum König von Ungarn und Kossuth zum Palatin des Reiches zu wählen gehabt hätten.[3]) Kossuth soll für diesen Zweck auch auf Manó und Aladár Andrássy gehofft haben,

[1]) Lederer, Bd. I, S. 112.

[2]) Kossuths Denkwürdigkeiten, Bd. III, S. 192. (Deutsche Ausgabe.)

[3]) Marx, Polizeidirektor von Kaschau, an den Polizeiminister Mecséry, 14. November 1860. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

die an Stelle ihres Bruders Julius nach dessen Abdankung die Obergespanswürde annahmen.[1]) Sind diese Angaben richtig, so gab sich das Revolutionskomitee einer Täuschung hin. Aber auch die Regierung irrte, wenn sie hoffte, an den beiden Grafen Andrássy und deren Gesinnungsgenossen eine Stütze zu finden. Eine gewaltige, alles mit sich fortreißende Bewegung erhob sich gegen das Oktober-Diplom. Wenn auch Paul Sennyey in einem vertraulichen Briefe berichtet, Deák hätte um diese Zeit ausgerufen: „Die Rolle der Männer von 1848 ist ausgespielt,“ [2]) so kann eine derartige Angabe trotzdem nur auf einem Mißverständnis beruhen. Wie soll es glaublich erscheinen, daß Deák, der selbst in der Periode des Höhepunktes des Absolutismus für 1848 eingetreten war, gerade jetzt, wo die Komitate feierlich ihr Votum für die Gesetze dieses Jahres abgaben, sich in so pessimistischer Weise geäußert hätte! Die Munizipien sprachen sich für die 1848er Gesetze aus, deren Wiederherstellung gerade Deák als Losungswort für das Land auf seine Fahne geschrieben hatte. Er kann daher nie das ihm von Sennyey in den Mund gelegte Wort gebraucht haben. In manchen Komitaten freilich zeigten sich auch revolutionäre Strömungen, die vor allem darin gipfelten, daß man Kossuth, Garibaldi, Cavour, Napoleon zu Mitgliedern der Komitatsausschüsse wählte. In überwiegendem Maße siegte jedoch der Geist der 1848er Gesetze, insbesondere auf der „Graner Konferenz“, die unter dem Vorsitz des Fürstprimas von Ungarn einen Beschluß über das Wahlgesetz faßte, auf dessen Grundlage der nächste ungarische Reichstag zusammenzutreten hätte. Die Frage war, ob als Basis hierfür, wie es die Krone wünschte, der Gesetzartikel III : 1608 oder der Gesetzartikel V : 1848 zu dienen habe? Unter Verwerfung des Gesetzartikels III : 1608 wurde von der „Graner Konferenz“ der Gesetzartikel V: 1848 als Grundlage des Wahlmodus für den nächsten Reichstag angenommen.[3]) Hatte man in den Hofkreisen nichts so sehr als ein solches Resultat gefürchtet, so suchten sie sich trotzdem mit demselben sofort zu befreunden, gleich Leuten, die unabwendbaren

---

[1]) Polizeidirektor Marx an Polizeiminister Mecséry, 14. November 1860. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Vays „Erinnerungsblätter“, S. 344 (ung.).

[3]) Siehe über die „Graner Konferenz“ Kónyi, Bd. II, S. 515—521. Im Sinne des Gesetzartikels III : 1608 beruhte die Wahl der Abgeordneten auf rein ständischer Grundlage: das aus Adeligen bestehende Komitat gab den Ausschlag. Erst der Gesetzartikel V : 1848 erstreckte das Wahlrecht auf das ganze Volk, also auch auf die Nichtadeligen.

Ereignissen die günstigste Seite abzugewinnen trachten. Die Regierung, äußerte damals Graf Rechberg, wird das demokratische Wahlgesetz genehmigen, von der Hoffnung geleitet, daß mit dessen Hilfe vielleicht bessere Wahlen zu erlangen sein werden als mit dem früheren Wahlmodus, der ausschließlich dem ständischen Geiste entsprach.[1]) Aber noch ehe es zu den Wahlen für den ungarischen Reichstag kam, mußten die Oktobermänner einen gewaltigen Ansturm gegen ihr Werk über sich ergehen lassen. Nirgends fanden sie Ermunterung oder Unterstützung. Weder in Ungarn noch in den Erbländern hatte man auch nur ein Wort des Dankes für sie. Bei uns wandte man sich unbefriedigt vom Diplome ab, weil es nicht die volle Herstellung der 1848er Gesetze gebracht. In Oesterreich hingegen erblickte man in diesem Staatsakt eine Zurücksetzung der nichtungarischen Länder zugunsten Transleithaniens.[2]) „Alles zu spät," heißt es in einem Wiener Berichte, „dieser Phrase bedient man sich allenthalben und drückt damit die herrschende Unzufriedenheit aus."[3]) Unter solchen Umständen gestaltete sich die Lage der am Ruder befindlichen ungarischen Staatsmänner der Krone gegenüber immer heikler. Haben sie dem Kaiser die Beruhigung der Monarchie mittels des Oktober-Diplomes in Aussicht gestellt? In einer späteren Aufzeichnung wird es von den Altkonservativen in Abrede gestellt, daß sie sich für die Garantie des Erfolges verbürgt hätten. Sie wollten der Krone bloß gesagt haben, daß bei weiterer Aufrechterhaltung des Bachschen Systems die Revolution unbedingt alle Chancen für sich habe, wogegen sich bei dessen Beseitigung auch günstige Aussichten für die Pazifizierung der Monarchie ergeben könnten.[4]) Es liegt aber in der Natur der Dinge, daß der Kaiser sich schwerlich entschlossen hätte, den Weg des Konstitutionalismus, der ihm bisher so viel Abneigung eingeflößt, zu betreten, wenn ihm nicht gerade die Herstellung der Verfassungsmäßigkeit als das sicherste Mittel zur Heilung des aus so vielen Wunden blutenden Kaiserstaates empfohlen

---

[1]) Werther, Wien, 22. Dezember 1860.

[2]) Telegramm des Statthalters von Steiermark, Graz, 24. Oktober 1860. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Bericht des Mariahilfer Polizeikommissariates, 13. Dezember 1860. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Ungedruckte Aufzeichnung eines ungarischen Altkonservativen (ung.). Besitz des Grafen Aurél Dessewffy. „Für den Erfolg stand niemand gut. Wir haben gesagt, daß, wenn das Bachsche System bleibt, nur die Revolution Chancen hat, daß aber auf dem gesetzlichen Weg auch die Versöhnung solche haben kann."

worden wäre. Wie dem auch immer sei: gewiß war, daß die, wenn auch nur als Möglichkeit prophezeite Beruhigung sich nicht einstellte. In dieser Bedrängnis hatte der Judex curiae Graf Apponyi Beratungen mit den Führern der damals noch vereinten liberalen Opposition vorgeschlagen.[1]) Graf Julius Andrássy, Koloman Tisza, Baron Josef Eötvös und Paul Almássy wurden zu einem Diner geladen. Als nach dem Mahle der Kaffee serviert wurde, brachten die Altkonservativen, unter Betonung ihrer Verdienste um die Bewältigung des Absolutismus und die Sicherung der Rechte Ungarns, die Notwendigkeit einer Fusion aller ungarischen Parteien aufs Tapet. Während sie in diesem Sinne sprachen, hatten sich die geladenen Führer der liberalen Opposition einer nach dem andern, bis auf Andrássy, aus dem Speisesaal entfernt. Als dies die Altkonservativen wahrnahmen, blickten sie einander erstaunt an. Spöttisch lächelnd, sagten sie zu dem allein zurückgebliebenen Andrássy, der das Beispiel seiner Freunde nicht befolgen hatte wollen: „Ihr wagt es ja nicht einmal mehr, mit uns zu sprechen!" Ohne lange zu überlegen, entgegnete Andrássy, er sei im reinen mit sich, wie die Antwort der Partei lauten würde, der er angehöre. Rückhaltlos sagte er es ihnen ins Gesicht, daß eine Fusion auf Grundlage des von ihm als verfehlt bezeichneten Oktober-Diploms unmöglich sei. „Euere Wege," fügte er noch hinzu, „sind andere als die der liberalen Partei. Seit einem halben Jahrhundert habt Ihr weder in Wien noch in Ungarn die volle Wahrheit bekannt. Seine Majestät bedurfte vor der Warschauer Zusammenkunft eines befriedigten Ungarns und hätte sicher damals die volle Herstellung der Verfassung unter Vorbehalt der nachmaligen Revision ebenso unterfertigt, wie er das Oktober-Diplom unterschrieb, mit dessen Fertigstellung Ihr Euch beeiltet." Andrássy, der es immer liebte, seine Beweisführung durch Vergleiche wirksam zu unterstützen, bediente sich auch diesmal eines solchen. „Ihr," sprach er in vorwurfsvollem Tone zu den versammelten Altkonservativen, „handelt nach Art der Quacksalber, die, wenn jemand eine kranke Hand hat, zuerst den kleinen Finger und nach und nach einen zweiten und dritten abschneiden. Inzwischen verbreitet sich das Uebel immer mehr, bis es schließlich den Patienten tötet, wo man doch sofort hätte sagen müssen: bis hierher reicht die Krankheit, bis hierher muß man die Hand abschneiden, dann aber stehen wir mit unserem Kopfe dafür ein, daß die übrigen Teile des Körpers

---

[1]) Baron Vay, a. a. O., S. 326.

gesund bleiben." Als die in solch scharfer Weise Apostrophierten dagegen anführten, es sei vollkommen ausgeschlossen gewesen, den Monarchen für die 1848er Gesetze zu gewinnen, daß sie mit ihrem Rücktritte gedroht, schließlich aber zur Vermeidung größeren Schadens, wie etwa der Verkündigung einer Reichsverfassung, ihre Aemter behielten, mußten sie aus Andrássys Munde noch viel bitterere Worte als die bereits vernommenen hören. Er beschuldigte sie direkt, daß sie auf Kosten der Gesinnung sich an ihre Stellen klammern und so vor dem Throne den Ruf der ungarischen Staatsmänner kompromittieren. „Fürchtet Ihr denn nicht," fuhr er fort, „daß Seine Majestät keinen Unterschied sehen wird zwischen Euch und jenen, die für Geld dienen? Man muß Seine Majestät vom Gegenteil überzeugen und dies damit bekräftigen, daß Ihr im Falle der Ablehnung Eueres Rates aus dem Amt scheidet. Ich kann mir nicht vorstellen, daß, wenn Ihr derart vorgehet, es so schwer sein sollte, den Kaiser zu überzeugen." Im Verlauf der Rede entwickelte dann Andrássy vor den erstaunten Altkonservativen das Bild des Ausgleiches, wie er sich diesen vorstelle und was für Bedingungen hierzu erforderlich seien; diese müßten dann der Krone als das einzige Mittel zur Herstellung des Friedens aufs nachdrücklichste empfohlen werden. Seine Darlegung machte einen so tiefen Eindruck, daß der anwesende Graf Emil Dessewffy ihn aufforderte, all das, was er in ihrer Gegenwart vorgebracht, auch vor dem Kaiser zu wiederholen. Davon wollte Andrássy nichts hören. „Wenn der Kaiser schon," mit diesen Worten begründete er seine Ablehnung, „zu den 1848er Institutionen kein Vertrauen hegt, muß er es doch wenigstens zu den Personen haben, denen die praktische Durchführung derselben übertragen werden soll. Ich und diejenigen," schloß er, „die mit mir halten, zählten und zählen auch noch heute zur Opposition. Nicht unsere Aufgabe kann es daher sein, mit dem Kaiser zu sprechen und dorthin zu gehen, wohin man uns nicht ruft; das ist die Pflicht derjenigen, denen er sein Vertrauen schenkt." [1]) Damit endete der Fusionsversuch der Altkonservativen zur Rettung des Oktober-Diplomes, das bisher die politische Lage nicht im geringsten verbessert hatte. „Nicht allein in der rohen Masse," schrieb Freiherr von Werther in einem vertraulichen Berichte nach Berlin, „sondern besonders in dem Bürgerstande und dem niederen Adel glimmt ein solcher Funke des Widerstandes gegen die österreichische Herrschaft und das

[1]) Kónyi, Bd. II, S. 616—619. Die ganze obige Darstellung beruht auf einer Mitteilung, wie sie Graf Andrássy Kónyi im Jahre 1888 machte.

deutsche Element, daß es nur des Anlasses bedarf, um die Revolution zu (sic) lichten Flammen ausbrechen zu lassen, welche alsdann die Höherstehenden und für das wahre Gedeihen des Vaterlandes sich abmühenden Patrioten in ihren Strudel, wie dies im Jahre 1848 war, mit sich fortreißen wird.“[1]) Ungeachtet der kritischen Situation und obgleich es mißlungen war, die Führer der ungarischen Parteien an sich zu fesseln, schmeichelten sich Szécsen und Vay noch immer mit der Hoffnung, es werde gelingen, den im Innern des Landes tobenden Sturm zu bewältigen und die Andersgesinnten schließlich doch in ihr Lager zu bringen.[2]) Gerade in den von den Radikalen damals veranstalteten Demonstrationen erblickten Szécsen und Vay das Mittel, die gemäßigten Anhänger der 1848er Verfassung über die wahren Interessen Ungarns aufzuklären und zum Anschluß an die, den innigen Verband mit Oesterreich Anstrebenden zu bewegen.[3]) Zur Erreichung eines solchen Resultates hätte es vor allem der Einigkeit im Schoße des Ministeriums selbst bedurft. Aber die deutschen und ungarischen Staatsmänner, die im Grunde verschiedenen Zielen zustrebten, lagen in ewigem Hader miteinander, der ihre Tatkraft lähmte. Von einer wahren Kollegialität, äußert unser wohl beobachtender und gut unterrichteter Gewährsmann, ist seit dem Jahre 1848 bei allen, so oft gewechselten Ministerien nicht die Rede, und dieses Nichtzusammengehen in der Staatsverwaltung, diese Anfeindungen der einzelnen Persönlichkeiten tragen zu dem Schwanken und Verzögern in den Regierungsmaßregeln bei.[4]) Kaum war eine Ministerkrisis überwunden, als auch schon eine neue am politischen Horizonte auftauchte. Eingeweihten war es kein Geheimnis, daß der den deutsch-österreichischen Liberalen höchst unsympathische frühere Minister des Innern, Graf Gołuchowski, seit Oktober 1860 Staatsminister, wegen fortwährender Reibungen im Schoße der Regierung, ernstlich an seinen Rücktritt denke. Als Kandidaten für dessen Nachfolgerschaft wurden schon wieder, doch mit wenig Wahrscheinlichkeit eines Erfolges, Hübner und Clam-Martinitz genannt. Auf Hübner lastete das Bleigewicht kaiserlicher Ungnade. Außerdem stand ihm, ungeachtet sonstiger großer Gewandtheit, seine absolute Unkenntnis der inneren Verwaltung im Wege.[5])

---

[1]) Werther, Wien, 29. November 1860.
[2]) Idem, 6. Dezember 1860
[3]) Ibidem.
[4]) Ibidem.
[5]) Idem, Wien, 13. November 1860.

Seine zahlreichen Gegner warfen ihm noch überdies den Hochmut des Emporkömmlings, Mangel an Takt, Hang zur Intrige und ein Liebäugeln mit den Jesuiten vor.[1] Graf Clam-Martinitz, der sich als hoher Aristokrat eines mächtigen Anhanges erfreute, ging wohl der Ruf eines vortrefflichen Kenners der Verwaltung voraus. Allein man schreckte vor seiner Willkür und seinem wenig verträglichen Charakter zurück.[2] Weit mehr Beachtung für den Posten des Staatsministers verdiente Schmerling, dessen Name jetzt vielfach genannt wurde, und der zur Zeit Schwarzenbergs Justizminister gewesen. Er hatte viele Freunde und Verehrer unter der Beamtenschaft, den Industriellen, den Konstitutionellen, die alle in ihm, schon mit Rücksicht auf seine in Frankfurt gespielte Rolle, den „gründlichen Regenerator" Oesterreichs feierten. Doch mußte er andererseits mit der Abneigung der höheren Gesellschaftskreise kämpfen, die ihm Ueberhebung vorwarfen und ihn wegen seines ewigen und scharfen Tadels von Personen und Zuständen haßten. Auch war er dem Hofe gerade infolge seiner Frankfurter Vergangenheit[3] und vor allem seiner Anhänglichkeit halber an den ehemaligen Reichsverweser Erzherzog Johann nicht sehr genehm. Niemand zweifelte an seiner Fähigkeit, ein vorzüglicher Justizminister sein zu können, doch besorgte man, daß er als „Ideologe" sich, gleich Bach, zum Nachteile des Staates sofort in neue, unberechenbare Verwaltungsexperimente stürzen würde.[4] Indem man aber gegenüber dem künftigen Reichsrate eines gewandten Redners bedurfte, der zugleich bei der Oeffentlichkeit das Ansehen eines freisinnigen Geistes und eines Feindes des alten Systems genoß, stiegen Schmerlings Aussichten von Tag zu Tag. Er war der Mann, um alle Schwierigkeiten, die sich der Befriedigung seines Ehrgeizes entgegenstellten, zu besiegen. Meisterhaft verstand er es, die Altkonservativen, denen er sich schon Ende 1859 genähert, glauben zu machen, daß er ihr Verbündeter und ein Freund der historisch-staatsrechtlichen Stellung Ungarns sei. Baron Paul Sennyey riet, allerdings vergeblich, vor ihm auf der Hut zu sein.[5] Die Altkonservativen selbst halfen ihrem nachmaligen Gegner, der sie hinwegfegen und, anstatt des Oktober-Diploms, mit einem neuen Verfassungsentwurf hervortreten

---

[1] Werther, Wien, 9. Januar 1861.

[2] Idem, Wien, 13. November 1860.

[3] Siehe über Schmerlings Rücktritt in Frankfurt Friedjung, a. a. O., S 194.

[4] Werther, Wien, 13. November 1860.

[5] Kónyi, Graf Stephan Sz[illegible]enyis Brief an Ernst Hollán in „Budapesti Szemle", 1899, S. 181 (ung.).

sollte, in den Sattel. Nachdem der Kaiser Schmerling in mehreren Privataudienzen, in denen er seine Bedingungen gestellt, empfangen hatte,[1]) wurde er am 15. Dezember 1860 an Stelle Graf Agenor Gołuchowskis zum Staatsminister ernannt. Sein Eintritt in die Regierung wurde von den liberalen Deutsch-Oesterreichern mit großer Genugtuung begrüßt. Von seinem redlichen und energischen Charakter, der die Erfordernisse der Zeit genau kenne, erwartete man, daß er dem Ministerium den Stempel seines Geistes aufdrücken, es einheitlicher, als es bisher gewesen, gestalten werde.[2]) Auch Graf Rechberg hatte nur Worte des Lobes für ihn, meinte, daß Schmerling mit dem von der Regierung eingenommenen Standpunkt — dem des Oktober-Diplomes — vollkommen einverstanden und keineswegs in dem Maße „konstitutionell“ sei, wie das Publikum und die Zeitungen sich einbilden.[3]) Indem sich der Ministerpräsident vom Programme Schmerlings, dem die deutsch-österreichische Presse ungeteilten Beifall schenkte, befriedigt erklärte, sagte er zu Werther: Gewiß sei es unbedingt nötig, für die Erbländer eine Form zu finden, die Ungarn das Gleichgewicht halte und den Oesterreichern den Glauben benehme, als würden sie minder freigebig behandelt als die Transleithaner. Aber — fügte er sofort hinzu — diese Absicht schließe keineswegs auch den Vorsatz in sich, eine allgemeine, nach den Grundsätzen der Neuzeit zugeschnittene und die Rechte der Krone verschlingende Verfassung zu oktroyieren.[4]) Allein die Gedanken Schmerlings bewegten sich in einer anderen Richtung als der der Herstellung der Parität zwischen Oesterreich und Ungarn.

Anfangs herrschte allerdings noch größte Einigkeit zwischen dem Staatsminister und seinen ungarischen Freunden; hatte er sie doch ausdrücklich darüber beruhigt, daß er treu zu den Bestimmungen des Oktober-Diploms halten werde.[5]) Es ist interessant, daß sowohl der Hofkanzler Vay[6]) wie auch Schmerling[7]) sich schmeichelten, alle Schwierigkeiten in Ungarn meistern zu können. Bald aber nahmen die Dinge in Ungarn, wie sich Werther ausdrückt, „eine schwarze Färbung“ an.[8]) Schmerling, der im Minister-

---

[1]) Werther, Wien, 6. Dezember 1860.
[2]) Idem, Wien, 13. Dezember 1860.
[3]) Idem, 6. Dezember 1860.
[4]) Idem, Wien, 26. Dezember 1860. Kgl. Preuß. Staatsarchiv.
[5]) Baron Vay, a. a. O., S. 351 und 367.
[6]) Werther, 3. Januar 1861.
[7]) Idem, 27. Dezember 1860.
[8]) Idem, Wien, 13. Januar 1861.

rate die dominierende Stellung an sich riß, bereitete sich bereits zu energischen Schritten vor. Mobile Kolonnen sollten gebildet werden, um sofort jede Auflehnung, wo immer sie sich zeige, im Keime zu ersticken. In großer Anzahl wurden nichtungarische Truppen nach Transleithanien gesandt; es war die Rede davon, bei Großwardein ein Observationskorps aufzustellen.[1]) Mit Rücksicht auf diese Machtentfaltung meinte der Kaiser, er hoffe, daß unter dem energischen Schutz der Regierung in Ungarn die Vernunft endlich doch siegen werde; der Krebsschaden bestehe dort darin, daß die Gutgesinnten nicht den Mut hätten, offen mit ihren Ansichten, selbst unter Verlust ihrer Popularität, hervorzutreten.[2]) Schmerling lebte sich immer mehr in die Idee hinein, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergehen könne und man unbedingt den Herrn herauskehren müsse. Er sah bereits das leibhaftige Gespenst der Revolution vor sich, worin ihn Berichte aus Pest bestärkten. „Alles," meldete der Polizeiminister Mecséry dem leitenden Staatsmanne Oesterreichs, „deutet darauf hin, daß von seiten jener nicht wegzuleugnenden starken Partei in Ungarn, welche die Eventualität eines offenen Widerstandes gegen die österreichische Regierung im Auge hat, mit allen Mitteln dahin gestrebt wird, in den Besitz möglichst vieler Waffen zu gelangen, die entweder schon an und für sich zur Ausrüstung eines künftigen Insurrektionsheeres geeignet sind oder ohne besondere Mühe dazu brauchbar gemacht werden können."[3]) Zwischen den ungarischen Staatsmännern und Schmerling, der sich über den Kopf Vays hinweg der Leitung Ungarns bemächtigen wollte, muß es schon um diese Zeit im Ministerkonseil zu sehr heftigen Auseinandersetzungen gekommen sein; ihr bisheriges Einvernehmen schien bereits einen starken Riß erlitten zu haben. Dies verraten deutlich genug die Worte, die damals Ladislaus Szögyény an den Hofkanzler schrieb: „Man muß dem Herrn Schmerling ein wenig die Zähne zeigen."[4]) Jede der Parteien bemühte sich, den Monarchen für ihre Ansicht zu gewinnen. Der Kaiser, dem der Friede mit Ungarn gewiß sehr am Herzen lag,[5]) wollte keine Entscheidung

---

[1]) Werther, Wien, 13. Januar 1861.

[2]) Idem, Wien, 24. Januar 1861.

[3]) Mecséry an Schmerling, Wien, 20. Februar 1861. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[4]) Baron Vay, a. a. O., S. 376.

[5]) Szögyény, bei Marczali, „Geschichte der neuesten Zeit" 1825—1880, S. 873 (ung.). Ueber die Umgebung des Kaisers siehe die „Denkwürdigkeiten Hohenlohes", Bd. I, S. 100.

treffen, ehe er nicht mit Deák und Baron Eötvös gesprochen.[1]) Es dürfte auffallen, daß nicht auch an Andrássy, der sich damals im Lager der Opposition schon eines hohen Ansehens erfreute, die Einladung erging, vor dem Throne zu erscheinen. In verschiedenen Berichten der Polizei war der ehemalige Emigrant als überzeugter Revolutionär geschildert worden, der unentwegt an dem Gedanken der Unabhängigkeit Ungarns von Oesterreich festhalte.[2]) Leicht begreiflich, daß der Souverän kein Verlangen empfand, gerade Andrássy, bei dem man feindselige Gefühle gegen den Bestand der Monarchie voraussetzte, um Rat zu befragen. So waren denn Deák und Eötvös allein am 26. Dezember 1860 nach Wien gereist, ohne jene Persönlichkeit, die hernach in den Ausgleichsfragen von tiefgreifendster Wirkung gewesen.

Mit voller Ueberzeugung verlangte Deák von der Krone, als erste Bedingung des Ausgleiches, die unverletzte Wiederherstellung der Gesetze von 1848. Er hatte seine guten Gründe, mit aller Zähigkeit auf dieser Forderung zu bestehen. Die legislatorische Schöpfung der Märztage von 1848 schloß in sich das Ergebnis der Kämpfe der letzten dreißig Jahre. Sie umfaßte die Verwirklichung der Ideen, die so lange niedergehalten worden waren. In ihr kamen zum erstenmal die liberalen Tendenzen zum Ausdruck, die das ständische Ungarn in einen wahrhaft konstitutionellen Staat mit parlamentarischer Vertretung des ganzen Volkes umgestaltet hatten. Daraus erklärt sich auch, warum der Bauer für die Verteidigung der 1848er Gesetze zu den Waffen gegriffen und auch jetzt mit voller Liebe an ihnen hing. Von Anerkennung der Rechtskontinuität, wonach die 1848er Verfassung auch durch den Freiheitskampf von 1849 gegen Oesterreich nicht außer Kraft gesetzt werden konnte, war man jedoch in Wien noch weit entfernt. Um so weniger vermochte Deák den Kaiser zu seinen Anschauungen zu bekehren, als dieser noch immer von der unverkürzten Wiederherstellung der 1848er Gesetze den unmittelbaren Ausbruch der Revolution befürchtete.[3]) Anstatt von der Erfüllung des Wunsches Deáks eine Beruhigung Ungarns zu erwarten, ließ man sich vielmehr durch die renitente Haltung der Komitate und die alarmierenden Berichte der Polizei zur irrigen Ansicht verleiten, daß mit der Bewilligung der 1848er Gesetzgebung nur Oel ins Feuer

---

[1]) Kónyi, Bd. II, S. 526.

[2]) Oberste Polizeibehörde an das Generalgouvernement in Ofen, Wien, 8. Oktober 1859. — Benedek an den Polizeiminister Thierry, Ofen, 2. Mai 1860.

[3]) Baron Vay, a. a. O., S. 380.

gegossen würde. Was nach langjährigen trüben Erfahrungen erst 1867 zugestanden worden, das hätte man schon jetzt, aus freiwilligem Entschlusse gewähren müssen. Schmerling, der dem Ministerium den Stempel seines Geistes aufgedrückt, wollte nichts von Nachgiebigkeit hören. Auf seinen Rat dürfte das höchst energische Reskript vom 16. Januar 1861 zurückzuführen sein, das den festen Entschluß ankündigte, jede revolutionäre Bewegung, in welcher Form sie immer auftreten möge, mit allen durch das Gesetz gebotenen Mitteln sofort zu erdrücken.

Am 4. Februar gelangte die kaiserliche Zuschrift im Komitatsausschuß des Zempliner Komitates zur Verlesung. Kaum war dies geschehen, als sich auch schon Graf Julius Andrássy zum Worte meldete. Er war der Ansicht, daß das Verfahren einiger Komitate, die das königliche Reskript einfach beiseiteschoben, ganz verfehlt sei. Andrássys Charakter entsprach es vielmehr, wie er selbst bemerkte, hierauf „ehrfurchtsvoll, aber offen und bestimmt" zu antworten.[1] Die Klarheit des Blickes, die ihn in jeder Lage seines Lebens kennzeichnete, ließ ihn auch hier sofort den wahren Grund entdecken, mit dem man, in der Erwiderung auf das Reskript, die Verweigerung der Aufnahme des Oktober-Diplomes in das Gesetzbuch Ungarns vor den Stufen des Thrones motivieren müsse. Seiner Ansicht nach hätte man es frei herauszusagen, die ganze Beweisführung des Reskriptes gehe von einem Fehlschluß aus. Sei es doch unmöglich anzunehmen, daß es in der Macht des Herrschers liege, nur einen Teil der rechtlichen Stellung des durch Waffengewalt besiegten Ungarns, wie sie auf den Schwüren so vieler Fürsten und auf sanktionierten Gesetzen beruhe, einseitig, unter allen möglichen Verklausulierungen, mittels Erlassung eines Diplomes wieder herzustellen. Mit der Anerkennung dieses Prinzipes höre auch sofort das Lebenselement der ungarischen Verfassung: die Gegenseitigkeit zwischen Krone und Nation auf; Ungarn würde dann direkt nur vom Willen des Souveräns abhängen. Wie heute das Oktober-Diplom das Steuer- und Rekrutenbewilligungsrecht beseitigt habe, so könnten morgen mit der gleichen Berechtigung, was immer für Angriffe auf die einzelnen Bestimmungen der Verfassung unternommen werden. Allerdings verkündet man, daß die Suspendierung einiger der wichtigsten Punkte der Konstitution nur bis zur Beschlußfassung des bevorstehenden Reichstages dauern solle. Wo aber, fragt Andrássy, ist eine Sicherheit

[1]) Lederer, Bd. I, S. 115.

dafür geboten, was zu geschehen habe, wenn dieser resultatlos endet? Von einem solchen Vorgange will er überhaupt nichts wissen, „da man," wie seine Worte lauten, „die Verfassung einer Nation ebensowenig zu suspendieren vermag, wie das Leben eines Individuums, indem in beiden Fällen aus dem Stillstand — der Tod folgen muß". Auch hier, im Lichte der vollen Oeffentlichkeit, bekannte er sich als offenen Anhänger der 1848er Gesetze. Er bestreitet dem Monarchen nicht das Recht, diese, wie jedes andere Gesetz, der Vertretung des Landes zur Revision vorzulegen; eben deshalb könne deren einseitige Außerkraftsetzung nicht zugestanden werden. Und hier trat er zugleich als Verteidiger der 1848er Gesetze auf, die manche als das Ergebnis eines kurzen, fieberhaften Zustandes bezeichnen. „Kaum," äußerte er, „enthalten sie ein Gesetz, das, wenn auch in anderer Form, nicht schon den Gegenstand von gesetzlichen Kämpfen und Verträgen gebildet hätte. Beinahe jeder einzelne Punkt der 1848er Gesetze, wenigstens in seiner Wesenheit, ist in unseren alten Gesetzen auffindbar und gab, wie jedes Kardinalgesetz eines Volkes, den Anlaß zu langem und erst unlängst wieder erneutem Ringen." Gerade darin aber sieht Andrássy die Weisheit der Fürsten, daß sie sich der Anerkennung solcher Prinzipien als Grundgesetzen fügen, um deren Erkämpfung die Vorfahren jahrhundertelang gestritten haben. „In gewisser Hinsicht," heißt es weiter, „gleichen die Völker den Flüssen. Beide formen an ihren Ufern, bald langsam, bald stürmisch, so lange, bis sie sich ein ihrem Umfange, ihrer Richtung und Beschaffenheit entsprechendes Strombett geschaffen haben und hören erst dann auf gefährlich zu sein, wenn sie in einem derart geformten Bette friedlich ihren Lauf nehmen können. Die 1848er Gesetze sind die Ufer, zwischen welchen, mitten unter den übrigen Völkern, die Nation ihren Weg ruhig fortsetzen kann. Die Nichtanerkennung dieser Gesetze wäre gleichbedeutend mit der Absperrung eines Teiles des Strombettes und der Bewirkung einer sicheren Ueberschwemmung. Das Verlassen des Bodens der 1848er Gesetze, auf den uns Vergangenheit und Zukunft weisen, ist eine moralische Unmöglichkeit." Andrássy schloß seine Rede, erfüllt von der Hoffnung, daß die Erfahrung der letzten elf Jahre wie die politische Lage Europas die Ratgeber des Kaisers sicher davon überzeugen werden, daß, wer sich auf die bloße Macht verläßt, auf Sand baut.[1])

[1]) Lederer, Bd. I, S. 121.

Sechstes Kapitel

Andrássy und das Februar-Patent

Am selben Tag, als Andrássy seine Rede zugunsten der 1848er Gesetze im Sitzungssaal des Zempliner Komitates gehalten hatte, war in Wien eine gänzliche Umgestaltung des Ministeriums vor sich gegangen. Erzherzog Rainer, der bisherige Präsident des Reichsrates, wurde zum Präsidenten des Ministeriums ernannt. Bei der Wahl Rainers dürfte den Kaiser die Erwägung geleitet haben, daß die ungarischen Mitglieder der Regierung sich nie Schmerling als Präsidenten des Ministeriums untergeordnet haben würden, neben dem sie eine selbständige Stellung beanspruchten.[1]) Die ganze Veränderung war nur mit Wissen des Grafen Rechberg erfolgt, der, nachdem er sich des Präsidiums entledigt, die Leitung der auswärtigen Politik behielt. Die anderen Minister — vielleicht mit Ausnahme Schmerlings — erlangten von der neuen Zusammensetzung des Ministeriums erst Kenntnis, als sie eine bereits vollendete Tatsache und kein Einspruch dagegen mehr möglich war.[2]) Der Kaiser scheint dabei, wie man wissen wollte, von der Ansicht ausgegangen zu sein, daß derartige Entschließungen ausschließlich ihm allein zustehen.[3])

Die einflußreichste Persönlichkeit des ganzen Kabinetts, den man schon den „leitenden Staatsmann für Oesterreichs Zukunft" nannte,[4]) war Schmerling. Seine erste Tat war die Erlassung des Patentes vom 26. Februar 1861.[5]) Am 27. Februar wurde das erwachende Wien durch das unerwartete Erscheinen des neuen Staatsgrundgesetzes überrascht. Um vier Uhr nachmittags machte der Kaiser, ganz gegen seine Gewohnheit, zu Fuß einen Rund-

---

[1]) Werther, 9. Januar 1861.

[2]) Idem, 13. Februar 1861.

[3]) Idem, Wien, 13. Februar 1861.

[4]) Idem, Wien, 14. Februar 1861.

[5]) Als der eigentliche geistige Schöpfer des Patentes kann Dr. Joh. Ritter von Perthaler (geb. 1816, gest. 1862), einer der geistvollsten Juristen Oesterreichs, gelten. Maßgebend für seine Erkenntnis sind seine Schriften „Palingesis", 1860, und „Neue Briefe". Gesammelte Werke.

gang durch Wien, wohl, um sich persönlich von dem Eindruck des Patentes auf die Bevölkerung zu überzeugen. Der Herrscher wurde nur von wenigen erkannt. Er kehrte mit dem Eindruck in die Burg zurück, daß es an allen Manifestationen für oder gegen seinen neuesten Erlaß fehle. Nirgends merkte man bei Tage etwas von Kundgebungen der Wiener. Erst am Abend erglimmten, anfangs schüchtern, einige Kerzenflammen in einzelnen Häusern, allmählich mehrten sie sich, bis schließlich alle Gassen in hellster Beleuchtung erglänzten. Den dichtgedrängten Massen, die ruhig, in „fast lautloser Stille“ dahinwogten, um das nicht alltägliche Schauspiel zu genießen, sah man es an, daß sie über die Tragweite des neuen Gesetzes nicht unterrichtet waren und über dasselbe sich auch nicht viel Gedanken machten.[1]) Denjenigen aber, die sich damit etwas eingehender befaßten, fiel es sofort auf, daß auf dem auch über Ungarns Schicksal entscheidenden Patente die Unterschrift des ungarischen Hofkanzlers Vay mangle. Zuerst gab man als Grund an, daß sein Verweilen in Pest die Verzögerung der Publikation des Staatsdokumentes bewirkt hätte. Wäre dies wirklich die Ursache der Verschiebung gewesen, so hätte man auch noch bis zum 27. Februar warten können, an welchem Tage Vay in Wien eintreffen sollte. Das Fehlen der Unterfertigung des Patentes durch Vay konnte um so weniger als Veranlassung der verspäteten Veröffentlichung geltend gemacht werden, als der ungarische Hofkanzler von vornherein um Enthebung von seiner Unterschrift gebeten hatte. Wenn es ganz besonders gewünscht würde, hatte er erklärt, sei er bereit, seinen Namen neben den der anderen Mitglieder der Regierung auf das Schriftstück zu setzen. Allein er gebe zu bedenken, daß er weit mehr nützen und auf seine Landsleute einen viel größeren Einfluß werde ausüben können, wenn er ein Dokument nicht unterschreibe, dem Ungarn ohnehin die Anerkennung jeder Verbindlichkeit versagen werde.[2])

Unbegreiflich ist es, wie man sich in Wien auch nur einen Augenblick Hoffnungen auf Annahme des Februar-Patentes von

---

[1]) Werther, 28. Februar 1861.

[2]) Idem, 6. März 1861. Graf Szécsen, als Minister ohne Portefeuille, unterzeichnete das Februar-Patent. Er hat sich später, als er deswegen von Graf Manó Andrássy angegriffen wurde, im ungarischen Magnatenhause in einer Rede gerechtfertigt, in der er mit Erlaubnis der Krone die Gründe seiner Rechtfertigung vortrug. Siehe Thallóczy, „Szécsen“ in „Századok“ (ung.).

seiten Ungarns hingeben konnte. Verfehlt war es, mittels der liberale Grundsätze verkündenden Februar-Verfassung die Ungarn in den Einheitsstaat locken zu wollen. Deák verdolmetschte sofort die Stimmung der Nation, als er von der neuen Verfassung sagte, daß sie bloß die „Maske der Freiheit“ trage. Wie man den österreichischen Erbländern eine Verfassung schenkte, so wollte Schmerling eine solche mittels des Februar-Patentes auch den Ungarn verleihen. Der Einheitsstaat, der unter dem absoluten Regime fallit geworden, sollte auch fernerhin, wenngleich in anderer Form, in Kraft verbleiben. Der absolute Zentralismus, wie ihn Bach zur Geltung gebracht, schien nur verdrängt zu sein, um einem bureaukratisch-freiheitlichen Zentralismus nach dem Zuschnitt Schmerlings Platz zu machen. Für den Einheitsstaat in liberaler Schimmerung hätte Ungarn das Opfer seiner durch eine vielhundertjährige Verfassung und durch die Pragmatische Sanktion garantierten nationalen und staatlichen Selbständigkeit bringen sollen. Die Februar-Verfassung bestimmte, daß der nur für die Regelung innerer Angelegenheiten zu berufende ungarische Reichstag fünfundachtzig Abgeordnete in den von Schmerling geplanten Wiener Reichsrat, als dem sichtbaren Ausdruck der Idee des Gesamtreiches, zu entsenden habe. Gleichwie man jedoch das Oktober-Diplom als ein Oktroi brandmarkte, so verfiel auch sofort nach seinem Erscheinen das Februar-Patent dem gleichen Schicksale. Die Ungarn weigerten sich, den Wiener Reichsrat, das sogenannte „Schmerlingtheater“, zu beschicken. Deák erblickte in dem Februar-Patent einen neuerlichen eklatanten Versuch der Verschmelzung seines Vaterlandes mit den Erbländern zu einem Großösterreich. Sein Vertrauen zu den Wiener Kreisen ward vollkommen erschüttert. Er war entschlossen, auf dem Reichstag, der für den 2. April einberufen worden und in dem er den inneren Stadtteil Pests vertreten sollte, seine Stimme gegen die im Wege der Verordnung erlassene Verfassung zu erheben. Auch der Ausfall der übrigen Wahlen sprach nicht zugunsten des Februar-Patentes. Es wurden fast lauter Parteigänger des Jahres 1848 in den Reichstag gesandt, „ein Ergebnis,“ wie Werther schreibt, „das auch auf Männer wie Vay, Szécsen, Zsedényi, Mailáth und andere, welche bisher nur die besten Hoffnungen und die größte Zuversicht zur Schau trugen, seinen deprimierenden Eindruck nicht zu verfehlen scheint“.[1]) Gegenüber der tiefen Mißstimmung, die die Februar-

[1]) Werther, Wien, 10. März 1861.

Verfassung in Ungarn erregt hatte, suchte die Regierung ein Gegengewicht in den ungarischen Slawen. Zsedényi sagte damals, als Ungar bedaure er die Wendung, die die Dinge genommen, allein den übertriebenen Ansprüchen seiner Landsleute gegenüber sei dem Kaiser, der anfangs von den wohlwollendsten Absichten geleitet gewesen, nichts anderes übriggeblieben, als sich auf die Slawen zu stützen.[1])

In diesem Zustand der Spannung der Gemüter wählten am 26. März 1861 die Bürger von Sátoralja-Újhely (Zempliner Komitat) Graf Julius Andrássy einstimmig zu ihrem Abgeordneten. Als Gegner des Februar-Patentes und getragen vom Bewußtsein, für seine Nation die schließliche Anerkennung ihrer gesetzlichen Unabhängigkeit auf dem Reichstag erringen zu können, übernahm er aus den Händen der Sátoralja-Újhelyer sein Mandat. Er war nicht blind für die großen Schwierigkeiten, die seiner auf dem Reichstage harrten. „Der zum Erfolge führende Pfad," sagte er in der Rede, mit der er für die auf ihn entfallene Wahl dankte, „ist so schmal und gefahrvoll wie die Schneide des Messers, auf der nach dem Koran die Anhänger Mohammeds ins Paradies gelangen." [2])

Sehr richtig und nach genauer Kenntnis der Verhältnisse hatte Andrássy die Lage des Landes mit der „Schneide des Rasiermessers" verglichen. Wußte er doch, daß es eine starke Partei gebe, die, vertrauend auf die Hilfe Napoleons III., jeder Versöhnung mit dem Wiener Hofe entschieden abhold sei. Ein Feind derartiger Bestrebungen, erfüllte ihn die von ihm als verfehlt bezeichnete Richtung mit großen Besorgnissen für die Zukunft. Aengstlich verfolgte er die Schritte des Grafen Ladislaus Teleki, seines ehemaligen Genossen aus der Emigrationszeit, der sich, eher das geschobene als das führende Haupt der Intransigenten, immer mehr den Abgründen revolutionärer Politik näherte. Graf Ladislaus Teleki, der während des Freiheitskampfes der diplomatische Vertreter Kossuths in Paris gewesen, spielt in der Geschichte jener Tage und insbesondere in der des Ausgleiches mit der Krone eine hervorragende Rolle. Er zählte zu den wirksamsten und regsten Mitgliedern der europäischen revolutionären Propaganda, deren Ziele gegen das Haus Habsburg gerichtet waren. Als er Dezember 1860 unter angenommenem Namen zum

[1]) Werther, Wien, 19. März 1861.
[2]) Lederer, Bd. I, S. 123.

Besuche einer ihm befreundeten Familie nach Dresden kam,[1]) wurde er dort erkannt und von der sächsischen Polizei am 17. Dezember 1860 verhaftet.[2]) Seine Auslieferung an die österreichische Polizei erfolgte am 20. Dezember,[3]) wie Beust nachträglich behauptete, nicht als „ein Akt der Willkür der sächsischen Regierung“, sondern auf Grundlage „in Kraft bestehender Staatsverträge“.[4]) Beust hat sich später zu seiner Rechtfertigung[5]) darauf berufen, die Auslieferung, die großes Aufsehen erregte, habe nur unter dem von ihm ausdrücklich ausgesprochenen Wunsche stattgefunden, daß Teleki nach seiner Ankunft in Wien keinen Unannehmlichkeiten ausgesetzt werde.[6]) Soll die Begnadigung und Freilassung Telekis auf eine solche Zusage des Wiener Hofes zurückzuführen sein? Nach der Auffassung des preußischen Gesandten lag dem ganzen Vorgang die Absicht des Kaisers zugrunde, „die Vergangenheit zu vergessen“.[7]) Direkt aus dem Gefängnis am 31. Dezember[8]) vor die Person des Monarchen

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 106.

[2]) An diesem Tage telegraphierte der Polizeiminister Mecséry an den Prager Polizeidirektor: „Ein Polizeikommissär ist morgen nach Bodenbach abzusenden, um den von Sachsen auszuliefernden Grafen Teleki zu übernehmen und sicher nach Wien an den Polizeidirektor zu übergeben.“ Ein zweites Telegramm Mecsérys lautet: „Teleki ist nicht direkt nach Wien zu liefern, sondern in Prag in sicherer polizeilicher Verwahrung zu halten, bis dessen Abgabe hierher anbefohlen wird.“ Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Am 20. Dezember wurde Teleki in Bodenbach dem österreichischen Polizeikommissär übergeben. Telegramm des Generalkonsuls Körner in Dresden an Mecséry, 21. Dezember 1860. Um sechs Uhr abends, 20. Dezember, befahl Mecséry, den Grafen unmittelbar an das Wiener Landesgericht auszuliefern. Einige Stunden später — halb elf Uhr nachts — ordnete der Polizeiminister an, daß Teleki unter sicherer Begleitung an das Festungskommando von Josefstadt abzugeben sei. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Erst als Teleki bereits acht Tage in Josefstadt weilte (Kónyi, Bd. III, S. 31), wurde wieder der Befehl erteilt, ihn nach Wien zu bringen.

[4]) Beust an Andrássy, Wien, 20. Februar 1869. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[5]) Ibidem. Wie Beust angibt, wollte ein in Wien lebender französischer Lehrer, Charles Noël, eine biographische Skizze veröffentlichen, in der der Anteil Beusts an der Verhaftung Telekis in gehässiger Weise dargestellt werden sollte — um Geld zu erpressen. Am 1. März 1869 schreibt Beust an Andrássy, daß nach vorliegenden Andeutungen die Arbeit nicht erscheinen dürfte.

[6]) Beust an Andrássy, 20. Februar 1869. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[7]) Werther, 1. Februar 1861.

[8]) Mecséry an den Justizminister, 31. Dezember 1860. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

geführt, gelobte Teleki mit seinem Ehrenwort, „sich nie mehr in politische Umtriebe einzulassen“,[1]) worauf der Befehl erteilt ward, ihn sofort der Haft zu entlassen und auf freien Fuß zu setzen.[2]) Mit der offiziellen Darstellung stimmt nicht die Angabe Telekis, wonach er nur „vor der Hand“[3]) verpflichtet wurde, sich jeder politischen Tätigkeit zu enthalten — ein Versprechen, von dem ihn übrigens, seiner Meinung nach, das ihm bei Eröffnung des Reichstages zugekommene königliche Einberufungsschreiben als Mitglied des Magnatenhauses enthob. Trotzdem war die Lage, in die er geriet, derart beschaffen, daß sie ihn in ein seelisches Zerwürfnis mit sich selbst brachte. Die ehemaligen Freunde in der Emigration beschuldigten ihn, seine Gefangenschaft und Freilassung sei eine von vornherein abgekartete Sache gewesen. Um dem ihn tief verletzenden Verdacht zu entgehen, trachtete er Deák zu übertrumpfen. Doch war er Patriot genug, um nicht einzusehen, wie sein Vorgehen, das auch nicht ganz mit dem von ihm dem Kaiser verpfändeten Ehrenwort in Einklang stand, das Land unfehlbar ins Verderben führen müsse. Als Deák ihm seinen Adreßentwurf mitteilte, nahm er ihn ohne ein Wort der Mißbilligung zur Kenntnis. Teleki muß jedenfalls empfunden haben, daß die vom „Weisen der Nation“ vorgeschlagene Methode eher dem Vaterlande zum Wohl gereiche als ein etwaiger neuer heftiger Zusammenstoß mit der Krone. So mag es gekommen sein, daß in dem, in seinem ganzen Nervensystem tief erschütterten Grafen die Ueberzeugung wachgerufen wurde, daß für ihn aus der verzweifelten Situation nur allein der Tod einen Ausweg biete. Er wählte dieses drastische Mittel. In der Nacht, die dem Tage vorherging, an dem verabredetermaßen der Deáksche Adreßentwurf im ungarischen Abgeordnetenhause zur Verlesung gelangen sollte, erschoß sich Graf

---

[1]) Mecséry an den Wiener Polizeidirektor, 31. Dezember 1860. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern. Der Generaladjutant Graf Crenneville, der anwesend war, als Teleki vor den Kaiser geführt wurde und der ganzen Unterredung beiwohnte, schrieb unmittelbar hierauf an den Polizeiminister: „Ich beehre mich, Euer Exzellenz auf Allerhöchsten Befehl bekanntzugeben, daß, nachdem Graf Ladislaus Teleki die ihm gestellten Bedingungen einzuhalten mit seinem Ehrenworte gelobt hat, selber unverweilt seiner Haft zu entlassen und auf freien Fuß zu setzen, jedoch unauffällig, besonders in bezug auf Abreise und Verkehr mit dem Auslande, zu überwachen ist.“ Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Mecséry an den Justizminister, 31. Dezember 1860. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Kónyi, Bd. III, S. 32 u. 106.

Teleki.[1]) Welchen Sturm der Gefühle mochte es in Andrássy erregt haben, als sich am 8. Mai 1861 zwischen neun und zehn Uhr vormittags im versammelten Reichstage die Nachricht vom Tode Telekis verbreitete. Damals hieß es sofort, die Regierungspartei habe ihn, als ihr unbequem, aus dem Wege geräumt.[2]) Heute kann es keinem Zweifel mehr unterliegen, daß Teleki freiwillig aus dem Leben geschieden, daß er, um Ungarn vor einer neuen, aussichtslosen Erhebung zu bewahren, sich selbst dem Vaterlande zum Opfer brachte. Deák faßte das tragische Ende des Grafen in der Weise auf, daß Teleki wohl nicht selbst die Hand zum Ausgleiche bieten, aber auch nicht länger als Hindernis im Wege stehen wollte und daher zur Pistole griff.[3]) So erschütternd wirkte die Kunde vom Tode Telekis auf die Reichstagsabgeordneten, daß Deák, der am 8. Mai seinen ersten Adreßentwurf an die Krone verlesen wollte, sich hierzu infolge der tiefen seelischen Gemütserregung außerstande fühlte. Erst einige Tage später fand er die nötige Sammlung. In seiner mächtigen Rede vom 13. Mai,[4]) so klar, so einfach, so überzeugend, wie sie nur einem Kopf von der Bedeutung Deáks entspringen konnte, entwickelte er vor der Nation, aber auch vor ganz Europa, die Motive, die ihn und mit ihm das Land zur Ablehnung des Februar-Patentes bewogen haben. Trotzdem wollte sein nur auf das Mögliche und Erreichbare gerichteter Sinn nichts von einem neuen Freiheitskampf wissen. Er trat für den Frieden ein, aber nur für einen Frieden auf der Grundlage der 1848er Gesetze.[5]) In diesem Bemühen stand ihm als unermüdlicher Genosse Andrássy zur Seite. Mit wahrer Hingebung und voller Wärme stritt er für den in Deáks Adresse vertretenen Standpunkt, der sich in entschiedenster Weise gegen die Aufrechterhaltung des Einheitsstaates kehrte. Allein Andrássy war nicht der Mann, der zur Befürwortung seiner Ideen die Waffen aus dem Köcher eines anderen holt. Fußte Deák streng auf dem

---

[1]) Siehe über den Tod Telekis Kónyi, Bd. III, S. 30 ff., und ibidem, S. 102 ff.

[2]) Worafka an den Polizeiminister, Pest, 8. Mai 1861. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Kónyi, Bd. III, S. 112.

[4]) Am 13. Mai telegraphierte der Polizeiminister an den Leiter der Pest-Ofener Polizei, Regierungsrat Worafka: „Hat Deák seine Rede in der bekannt gewordenen Fassung gehalten? Ist dabei etwas Bemerkenswertes vorgefallen?", worauf Worafka sofort antwortete, daß Deák den Adreßentwurf in derselben Fassung gehalten und daß „derselbe mit Begeisterung aufgenommen" wurde. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Kónyi, Bd. III, S. 34, findet sich der Adreßentwurf abgedruckt.

Boden des Gesetzes, so sprach Andrássy wie ein Staatsmann, der seinen Gegenstand mehr vom europäischen Gesichtspunkt aus beleuchtete. Aus dem Interesse Europas heraus betonte er die Notwendigkeit eines friedlichen Zusammenlebens zwischen Oesterreich und Ungarn. Eine Versöhnung der beiden Nachbarstaaten müßte nach des Grafen Ansicht die eroberungssüchtige Politik des kaiserlichen Oesterreich in eine defensive verwandeln. „Der Doppelaar würde dann," wie er sich ausdrückt, „nicht mehr in Rom, Toskana, Hessen und Holstein flattern, wohin die Kaiserliche Regierung die Armee vielleicht zum Ruhme des Heeres, aber nicht zum Vorteil und Wohl der Völker sandte." [1]) Nächstdem hat aber nach Andrássys Ueberzeugung ein verfassungsmäßiges selbständiges Ungarn noch eine andere höchst wichtige Aufgabe im Verbande mit Oesterreich zu erfüllen. All seinen Traditionen nach ist sein Vaterland berufen, die Bastion der Freiheit im Osten zu bilden, „und wenn es uns gelingt," äußerte er in der Rede vom 23. Mai, „in jenem Teil der Welt die Freiheit zu schützen — so wird die Nation groß sein." [2]) Indem er sich für die Adresse Deáks erklärte, schloß er: „Politische Parteien gleichen dem Magnete: sie haben eine Seite, die anzieht, und eine, die abstößt. Die bisherigen Erörterungen ergaben das Resultat, daß unter uns die anziehende Kraft stärker ist als die abstoßende. Anstatt fruchtloser Formalitätsstreitigkeiten wäre es daher besser, das Vaterland und die Welt davon zu überzeugen, daß für die Worte der Adresse: ‚Ungarn kann niemals die 1848er Gesetze aufgeben' die ganze Nation wie ein Mann eintritt. Und dann, wenn es der Wiener Regierung so beliebt, mag sie uns nach Hause schicken, wir aber können unseren Wählern sagen: als es sich um die Unabhängigkeit Ungarns handelte, da gab es keinen Abgeordneten, der eine Sondermeinung gehabt hätte." [3])

Der Appell Andrássys an die Einigkeit bezog sich auf die Teilung der Abgeordneten in zwei einander entgegengesetzte Lager. Die einen, unter der Führung Koloman Tiszas, wollten überhaupt, um jedem Kontakt mit dem ungekrönten König auszuweichen, keine Adresse an die Krone gelangen lassen, sondern nur einen Beschluß über ihre Forderungen fassen — daher „Beschlußpartei" genannt. Die anderen, zu denen auch Andrássy gehörte, wünschten die Annahme der Adresse Deáks — infolgedessen sie die Be-

[1]) Lederer, Bd. I, S. 136.
[2]) Ibidem, S. 134.
[3]) Lederer, Bd. I, S. 139.

zeichnung „Adreßpartei" erhielten. So standen die Unversöhnlichen und die mehr einer Ausgleichung Geneigten sich in schroffster Weise gegenüber. Man muß Zeitgenosse dieser Vorgänge gewesen sein, um eine richtige Vorstellung von der fieberhaften Aufregung zu haben, in welche die fast feindliche Haltung der beiden einander gegenüberstehenden Lager das ganze Land versetzte. Sowohl die „Beschlußpartei" wie die „Adreßpartei" suchten den Sieg an ihre Fahnen zu fesseln. Hing es doch von der Abstimmung über „Beschluß" oder „Adresse" ab, welche Richtung in der weiteren Entwicklung der Dinge die Oberhand behalten würde. Am Tage der Abstimmung — 5. Juni — herrschte im Sitzungssaal des Reichstages ungeheure Aufregung — eine schwüle Stille, wie sie dem Ausbruch heftiger Stürme voranzugehen pflegt. Nur mit der winzigen Majorität von 3 Stimmen — 155 gegen 152 — erfolgte die Annahme von Deáks Adresse. Alles war aufgeboten worden, um der Beschlußpartei den Sieg zu entreißen. Baron Vay, der ungarische Hofkanzler, war eigens nach Pest gereist, um wenigstens einen Teil der Anhänger Tiszas zu gewinnen. Seiner Einwirkung wird es zugeschrieben, daß sich viele Mitglieder der Beschlußpartei beurlauben ließen, um ihre Stimme nicht gegen Deák abgeben zu müssen.[1]) Auch Andrássy scheint nicht müßig seine Hände in den Schoß gelegt zu haben. Er muß, wie aus folgendem kleinen Dialog hervorgeht, die Angst der Opposition gekannt haben, daß sie einen Triumph erringen könnte. Als Paul Almássy ihn am 5. Juni mit den Worten ansprach: „Du bist so ruhig, wie wenn heute ein gewöhnlicher Tag wäre," erwiderte Andrássy: „Warum sollte ich es denn nicht sein? Die Majorität habt ja Ihr. Wenn Ihr für den Beschluß nicht die Verantwortlichkeit tragen wollt, so ist es eben Eure Sache, dafür zu sorgen, in die Minorität zu kommen."[2]) Andrássy war so sehr von der Notwendigkeit des Sieges Deáks durchdrungen, daß er gar nicht daran zweifelte, die politische Einsicht der Beschlußpartei werde sie selbst in letzter Stunde einen Umschlag zugunsten der Adreßpartei wünschen lassen. Die Möglichkeit der Annahme von Deáks Adresse war eine Frage von höchster Wichtigkeit, die ins tiefste Innere der Lebensexistenz der Monarchie eingriff. Gegenüber der Stimmung, wie sie das Bachsche System und die Agitation der vom Ausland her kräftig wühlenden Emigration erzeugt hatte, und im Anblicke der

---

[1]) Werther, 30. Mai und 6. Juni 1861.

[2]) Kónyi, „Rückerinnerungen an Graf Andrássy", in „Nemzet", 19. bis 21. Februar 1891 (ung.).

damaligen europäischen Konstellation wäre es für den Bestand der Monarchie ein fast unheilbarer Schlag gewesen, wenn die Beschlußpartei gesiegt und der Reichstag sich nicht unmittelbar an den Herrscher gewandt hätte. Aber Andrássy war zu sehr Realist, um sein Schifflein bloß den Wogen theoretischer Erwägungen zu überantworten. Deshalb war er aus allen Kräften bemüht, es durch die Ablehnung der Adresse nicht zum Bruche und zu einer unüberbrückbaren Kluft zwischen Krone und Nation kommen zu lassen.

Damit waren nicht alle Schwierigkeiten überwunden. Ein neuer, nicht minder leidenschaftlich geführter Streit entbrannte anläßlich der Spezialdebatte betreffs des Titels, der dem Monarchen in der Adresse zu geben sei. Da es gemäß der Abstimmung in der Generaldebatte eine ausgemachte Tatsache war, daß eine Adresse an den Monarchen zu richten sei,[1]) entbehrte die Aufwerfung dieser formalen Seite nicht des tieferen Sinnes. Es handelte sich darum, von vornherein die Stellung zu kennzeichnen, welche der Reichstag gegenüber dem Throne einnehme. Daher kam es, daß die Abgeordneten, je nach der Parteischattierung, ihrer diesbezüglichen Anschauung zum Durchbruche zu verhelfen suchten. Unleugbar war es, daß Franz Josef wohl als gesetzlicher, aber noch nicht als gekrönter König in Betracht kam. Welcher Anrede sollte man sich also ihm gegenüber bedienen? Etwa jener, die Deák vorgeschlagen: „Allerdurchlauchtigster Kaiser und König"? Aus staatsrechtlichen Gründen wollte Bónis „König" gestrichen wissen, damit es nur ja nicht das Aussehen habe, Franz Josef werde als König anerkannt. Aber auch „Kaiserliche Majestät" wurde beanstandet. Ebensowenig fand „Allerdurchlauchtigster Herr"[2]) Gnade, weil, wie der Deputierte Zsarnay bemerkte, „Herr" leicht die Folgerung zulasse, der Anredende sei ein Diener, ein Verhältnis, das der ungarische Reichstag mit Bezug auf sich doch niemals zugeben könne. Während Thalabér selbst den Gebrauch von „Majestät" verwarf und dafür nur „Hoheit", als Prädikat der Erzherzoge, zulassen wollte, schlug der Abgeordnete Vályi vor, daß überhaupt von jeder direkten Anrede abzusehen sei. Er befürwortete als Aufschrift der Adresse: „An Franz Josef, den faktisch regierenden Herrscher". In die etwas sonderbare, sich nicht immer auf staatsmännischer Höhe haltenden Debatte griff

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 51.

[2]) Die ungarischen Worte: „Felséges Úr" können auch mit „Euer Majestät" übersetzt werden.

auch Andrássy ein. Mit Ironie und dem klaren Blick, der ihm in den verworrensten Situationen den Ausweg wies, versuchte er in dem Dickicht der heiklen Diskussion Licht zu verbreiten. Er sprach wie ein echter Staatsmann, dem es um das Wesen der Sache zu tun ist, in deren Inneres er eindringt und der sich durch Aeußerlichkeiten nicht verwirren läßt. Mit treffender Kaustik wandte er sich vor allem gegen Zsarnay, dem er, unter Heiterkeit des Hauses, vorhielt, er gebe doch gewiß kein Zeichen eines dienstlichen Abhängigkeitsverhältnisses, wenn er sich in einem an ihn zu richtenden Briefe der Ansprache „Herr“ bediene. Ebenso witzig fertigte er Thalabér ab, der, im Gegensatz zur wirklichen Lage, Franz Josef nur „Hoheit“ oder „Erzherzog“ angesprochen wissen wollte. Das würde, meinte Andrássy, an den Vorgang des Fürsten von Monako erinnern, der Napoleon I. nicht als Kaiser anerkennen wollte und sich dadurch den Spott von ganz Europa zuzog. „Meiner Ansicht nach,“ meinte der Graf, „sollen wir der Macht den Titel geben, der in nichts präjudiziert, sowohl der Würde des Hauses als unserer Situation am meisten entspricht, und dieser Titel lautet: „Allerdurchlauchtigster Herr“. „Meinerseits,“ schloß er die von großem Beifall begleitete Rede, „fühle ich mich nicht so, als wüßte ich keinen Titel zu finden, im Gegenteil. Ich lasse mir auch gerne jede Titulatur gefallen, nur eine nicht: Ungarischer König.“ [1]) Der Reichstag entschied sich auch für: „Allerdurchlauchtigster Herr“.

In Wien war man entrüstet über diese Vorgänge. Graf Rechberg meinte: unmöglich könne der Kaiser die Adresse, der auch das Oberhaus die Zustimmung erteilt hatte, in der beschlossenen Form annehmen. Unverhohlen gab er der Ansicht Ausdruck, wie er es nicht zu begreifen vermöge, daß ein Mann von der Stellung des Grafen Apponyi sich als Präsident des Magnatenhauses zum Ueberbringer eines solchen, die Autorität der Majestät verletzenden Schriftstückes hergeben könne. [2]) Schmerling drohte gar mit seiner Demission für den Fall der Annahme der Adresse. Unter dem Vorsitze des Erzherzogs Rainer, des Präsidenten des Ministeriums, berieten dessen österreichische Mitglieder die durch die Adresse geschaffene Lage. Sie sprachen bereits von Erlassung eines Manifestes und Auflösung des ungarischen Reichstages. Obgleich auch, wie aus einer Aeußerung Zsedényis hervorgeht, [3]) die am Ruder befind-

---

[1]) Lederer, Bd. I, S. 141.

[2]) Werther, Wien, 26. Juni 1861.

[3]) Idem, Wien 27. Juni 1861.

lichen ungarischen Staatsmänner keineswegs die Ansprache des Reichstages billigten, erklärten sie doch, auf ihre Stellen zu verzichten, wenn der Kaiser die Adresse zurückweise.[1]) Im Widerstreite der Anschauungen lag die Entscheidung in der Hand des Kaisers, der, wie Werther bemerkt, sich mit seinen Sympathien noch immer auf Seite der Magyaren befinden soll.[2]) Der Monarch war in einer äußerst heiklen Lage. An einem Tage besaßen die Freunde, am anderen wieder die Gegner der Adresse das Ohr Franz Josefs I.[3]) Zahlreiche Ministerkonferenzen wurden abgehalten, um zu einem definitiven Entschlusse über Annahme oder Ablehnung der Adresse zu gelangen, die Graf Apponyi, als Präsident der Magnaten, und Koloman von Ghyczy, Präsident des Abgeordnetenhauses, nach Wien gebracht hatten. So sehr sich auch der Monarch zu Szécsen und Vay hingezogen fühlte, stellte er sich schließlich doch auf den Standpunkt Schmerlings. Bereits am 30. Juni teilte Ghyczy aus Wien seinem Freunde und Gesinnungsgenossen Koloman Tisza mit, die Zurückweisung sei beschlossen „der," wie er hinzufügte, „die gesamte auswärtige Diplomatie sekundiere".[4]) Der Präsident des ungarischen Abgeordnetenhauses war sehr wohl unterrichtet, als er in solchem Sinne nach Hause schrieb. Deáks Opus wurde abgelehnt und der Reichstag mittels eines Reskripts angewiesen, die Adresse in einer annehmbaren Form vor die Stufen des Thrones gelangen zu lassen.[5])

Im kritischsten Augenblick gelang es Andrássy, eine günstige Wendung herbeizuführen. Infolge seiner Anregung trat in seinem Hause am 3. Juli eine aus Deputierten beider Lager bestehende Konferenz zusammen. Obgleich Andrássy vorher eine andere Titulatur empfohlen, stellte er jetzt selbst den Antrag, daß man den ursprünglichen Adreßentwurf Deáks beibehalte, was natürlich auch die Annahme des vom Führer der Majorität vorgeschlagenen Titels: „Allerdurchlauchtigster Kaiser und König" in sich schloß. In Wien erregte das Zurückweichen des Reichstages große Zufriedenheit. Man betrachtete die Nachgiebigkeit als einen Sieg sowohl der Regierung wie der gemäßigten Partei und schmeichelte sich schon mit der Hoffnung, daß sich von nun an

---

[1]) Ueber die Gründe, infolge deren die Oktobermänner nicht gegen die Deáksche Adresse waren, siehe: „Drei Jahre Verfassungsstreit", S. 153.

[2]) Werther, Wien, 27. Juni 1861.

[3]) Briefe Ghyczys an Tisza, bei Kónyi, Bd. III, S. 136—148.

[4]) Kónyi, Bd. III, S. 146.

[5]) Ibidem, S. 148.

die Abgeordneten überhaupt entgegenkommender zeigen werden. Graf Rechberg glaubte an einen entschiedenen Umschwung der öffentlichen Meinung; er schien nicht mehr daran zu zweifeln, daß die Gemäßigten sich endlich dem Einfluß der Terroristen entziehen werden, wozu es, wie er meinte, auch eines kräftigeren Vorgehens der Regierung bedürfe.[1] Auch der Kaiser drückte Apponyi und Ghyczy, welche die in der Form revidierte Adresse in der Audienz vom 8. Juli überreichten, große Befriedigung darüber aus, daß der Reichstag den „pflichtwidrigen Weg" verlassen und rasch seinen Wünschen entsprochen habe.[2] Im Privatgespräche mit Ghyczy betonte der Monarch neuerdings die Notwendigkeit der Revision der 1848er Gesetze; ebenso wies er auf die unbedingte Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit der Finanzen, des Heerwesens und der auswärtigen Angelegenheiten hin. Den Einwurf Ghyczys, daß sich das Land vor der Verschmelzung mit Oesterreich fürchte, suchte Franz Josef in sehr bestimmter Weise zu entkräften. „Dazu," sagte er dem Präsidenten des ungarischen Abgeordnetenhauses, „ist gar keine Veranlassung vorhanden; von Germanisierung ist nicht die Rede; Ihre Rechte werden gesichert."[3]

In Pest sah man mit lebhafter Spannung der Antwort entgegen, welche die Krone auf die Adresse erteilen würde. In getrennten Konferenzen berieten die deutschen und ungarischen Minister über den Text des an den ungarischen Reichstag zu erlassenden Reskriptes. Ein tiefer Gegensatz schied sie voneinander. Die Deutschen waren entschlossen, unerschütterlich am Oktober-Diplom und Februar-Patent festzuhalten. Die Ungarn hingegen waren bestrebt, in der königlichen Enunziation auch den 1848er Gesetzen eine gewisse, wenngleich beschränkte Anerkennung zu verschaffen, was gegen den Geist des Oktober-Diplomes verstieß. Die deutschen Minister wieder gingen von der Ansicht aus, daß, solange Oktober-Diplom und Februar-Patent zu Kraft bestünden, es eine Reichsverfassung gebe, die ungarische Frage somit *keine rein interne ungarische Angelegenheit* bilden dürfe, die ausschließlich zwischen dem Thron und der ungarischen Nation zu regeln wäre. Ein Haupthindernis der Verständigung zwischen den deutschen und ungarischen Räten der Krone bildete aber das Verlangen Vays, daß in dem Reskripte im

[1] Werther, Wien, 10. Juli 1861.
[2] Idem, Wien, 9. Juli 1861.
[3] Kónyi, Bd. III, S. 156.

Sinne der Deákschen Adresse die Einverleibung der sogenannten Partes adnexae — Kroatiens und Siebenbürgens — in Ungarn ausgesprochen werde. Davon aber mochte Schmerling nichts hören. In den ungarfeindlichen Elementen der beiden Länder wollte sich der Staatsminister ein jederzeit verfügbares Gegengewicht gegen den ungarischen Reichstag sichern. Hübner, der eben damals in Wien weilte, versuchte eine Ausgleichung der von einander abweichenden Ansichten zu vermitteln. Allein die Kluft, welche sich zwischen den deutschen Ministern und den Ungarn auftat, war zu tief, um eine Annäherung zuzulassen.[1]) Die ungarischen Altkonservativen, die gleich anfangs bestrebt waren, die Abfassung des Reskriptes in ihre Hand zu bekommen, waren nicht stark genug, sich zur Geltung zu bringen. Im Ministerrate drang Schmerling mit dem von ihm verfaßten Texte durch. Hierauf überreichten Vay, Szécsen, Apponyi und Mailáth gegen das Schmerlingsche Reskriptsprojekt eine Protestschrift. Indem sie nicht geneigt waren, unter den Entwurf des Staatsministers ihre Namen zu setzen, verlangten sie vom Kaiser, daß auch er ihn nicht unterzeichne.[2]) Der Monarch, der sich schon vorher auf die Seite Schmerlings gestellt, gab den ungarischen Ministern infolge ihrer Erklärung, daß sie das Reskript aus der Feder Schmerlings nie mit ihrem Namen versehen könnten, die Entlassung, noch ehe sie selbst darum gebeten hatten.[3]) Schon in dem Moment, als sie gegen das Februar-Patent nicht Stellung genommen und auf ihren Posten geblieben waren, hatten sie sich selbst die Grube gegraben, in der sie jetzt versanken. Nun mochten sie sich mit Bitterkeit im Herzen und zu spät der Warnung Sennyeys erinnern, vor Schmerling auf der Hut zu sein. Rücksichtslos waren sie von ihm bei erster günstiger Gelegenheit, als die Unvereinbarkeit ihrer Ueberzeugungen kraß an den Tag trat, vor die Türe gesetzt worden. Rechtzeitig aber hatte sich Schmerling um Nachfolger für sie umgesehen. Noch ehe der Streit durch den kaiserlichen Willen entschieden worden, war schon Graf Forgách, der bisherige Statthalter von Böhmen, nach Wien berufen worden, um Vay zu ersetzen. Graf Forgách, tüchtig und energisch in seiner Geschäftsführung, hatte es verstanden, sich in Böhmen allgemeine Achtung zu erwerben. In Ungarn empfing man ihn mit Gefühlen des

---

[1]) Werther, Wien, 10. Juli, und eine Depesche desselben, die einige Tage später geschrieben wurde.

[2]) Kónyi, Bd. III, S. 160.

[3]) Werther, Wien, 24. Juli 1861.

Hasses, da es hieß, daß er 1849 in der Eigenschaft eines österreichischen Kommissärs die Russen nach Ungarn geführt habe.[1]) Als Ersatzmann Graf Szécsens ward Graf Moriz Esterházy ausersehen, einer der merkwürdigsten und rätselhaftesten Menschen. Rom mußte er schon früher als Botschafter verlassen, da er von einer krankhaften Arbeitsscheu befallen worden war. Vier Monate hindurch hatte man im Ministerium des Aeußern nichts von ihm gehört. Doch genoß er den Ruf, eine geistig hervorragende Kapazität zu sein. Man berief ihn jetzt in der Voraussetzung, daß er, obwohl keine Arbeitskraft, doch durch seinen Rat der Regierung vortreffliche Dienste werde leisten können.[2]) Interessant ist es, daß Graf Rechberg den preußischen Gesandten glauben machen wollte, die eingetretenen Personalveränderungen hätten nichts mit dem Reskripte zu schaffen. Vay und Szécsen seien entlassen worden, weil sie den ungarischen Behörden gegenüber um alles Ansehen gekommen wären, daher eine Anarchie von so bedenklicher Höhe um sich gegriffen hätte, daß energischere und kräftigere Beamte an ihre Stelle treten mußten. Werther hielt fest an seiner Meinung, die Demission Vays und Szécsens bilde den Schlußpunkt eines im Schoße der Regierung hin und her wogenden Kampfes über die Frage, ob sie sich dem Magyarismus in die Arme werfen oder ob sie die neue Verfassung aufrechterhalten sollte.[3])

Die neuen Männer — Forgách und Esterházy — unterzeichneten, wie es scheint, erst nach einigem vorhergegangenen Zögern des neuen Hofkanzlers,[4]) das Schmerlingsche Reskript vom 21. Juli 1861, das alle wesentlichen Forderungen der Deákschen Adresse ablehnte.[5]) Die kaiserliche Zuschrift an den Reichstag war, wie Szögyény erzählt, zu neun Zehnteln das Werk Zsedényis, der im geheimen gegen seine ungarischen Kollegen intrigierte und dem Staatsminister die „Politik des Dreinschlagens“ empfahl.[6]) Wenn Baron Eötvös schon nach dem Erscheinen des Februar-Patents äußerte, Deák werde dagegen mit einem solchen „Fulminatorium“ hervortreten, wie seinesgleichen nicht existiere, so schien der „alte

[1]) Werther, 24. Juli 1861.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Andrássy an seine Frau. Ohne Datum. Nach dem Inhalt jedenfalls vor den 21. Juli gehörig. „Das Reskript ist noch nicht herabgelangt, es scheint, daß es jetzt auch Forgách nicht unterschreiben wollte“ (ung.). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[5]) Kónyi, Bd. III, S. 193.

[6]) Ibidem, S. 190.

Herr" jetzt, nach Erlaß des Reskriptes vom 21. Juli, dieser Prophezeiung wirklich gerecht werden zu wollen. Er schloß sich in seine bescheidene Wohnung ein, um eine würdige Antwort zu entwerfen. In ihr verdolmetschte er in wahrhaft gewaltig ausklingenden Akkorden den Protest der Landesvertretung gegen die Beschlüsse der Wiener Regierung, die auf ihrer zentralistischen Basis [1]) beharrte. Der Eindruck der, wie sich ein Abgeordneter ausdrückte, mit „Engelsfeder" [2]) verfaßten Enunziation war der tiefste und nachhaltigste. Das ganze Haus nahm sie, mit Ausnahme von drei Stimmen,[3]) ohne jede Debatte an. Alle Parteiunterschiede schienen verwischt in dem Momente, als es sich darum handelte, neuerdings den Wiener Staatsmännern in feierlicher Weise zu verkünden, daß Ungarn keinen Fuß breit von den 1848er Gesetzen abweiche und nie den Beratungssaal des Wiener Reichsrates betreten werde. Von historischer Bedeutung war es, daß auch der Führer der Beschlußpartei sich die zweite Adresse Deáks zu eigen gemacht. Das ganze Land hatte sich zu imponierender Einmütigkeit erhoben. Ungeachtet des Gefühles, einer unbestimmten Zukunft entgegenzuschreiten, die große Gefahren in sich bergen könne, zeigte man sich mutig und unverzagt.

„Was geschehen wird," heißt es in einem Briefe Andrássys an seine Frau, „weiß noch niemand. So viel ist gewiß, daß man auf unsere Adresse nicht vorbereitet war, und obgleich viele deren Inhalt kannten, hatten die Wiener doch keine Ahnung davon. Das gereicht uns zur Ehre. Barkóczy, Dessewffy glauben, daß man uns nicht auflöst, ich das Gegenteil. Sie können nichts anderes machen, als uns heimschicken oder geben, was wir wünschen. Man spricht davon, daß man in Ofen bereits wieder die Kriegsgerichte zusammenstellt; ich glaube nicht daran, sie werden dazu weder den Mut noch die Gelegenheit haben. Sie mögen tun, was ihnen beliebt, aber nur rasch, denn Pest ist (wegen der Hitze) schon unausstehlich." [4]) In einem zweiten Briefe vom 16. August schreibt er seiner Frau: „Morgen wollte ich abreisen, aber heute kam Ghyczy [5]) (aus Wien) und sagte, daß Montag die Antwort

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 272.

[2]) Ibidem, S. 273.

[3]) Andrássy an seine Frau, Pest, 17. August 1861. „Als wir die Adresse angenommen hatten, stand jeder im Hause auf, nur (Virgil) Szilágyi, Balogh und Julius Odescalchi nicht" (ung.). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[4]) 11. August 1861 (ung.). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[5]) Ghyczy und Apponyi waren am 14. August vom Kaiser in Audienz empfangen worden.

(des Kaisers auf die zweite Adresse) da sein werde, folglich muß jeder Abgeordnete am Platze sein. Aber alles weist darauf hin, daß wir Dienstag oder Mittwoch ‚pour de bon' schon nach Hause gehen werden. Der Kaiser sagte zu Ghyczy, er freue sich, ihn wieder sehen zu können, es wäre ihm jedoch angenehmer gewesen, wenn er eine Adresse anderen Inhalts gebracht hätte. Als Ghyczy antworten wollte, fragte ihn der Kaiser, ob es in Pest warm sei, was dieser bejahte, und hierin hat er auch nicht gelogen. Hierauf verbeugte sich der Kaiser, und damit war alles zu Ende. Aller Wahrscheinlichkeit nach lösen sie uns auf oder vertagen uns bis November, und so vermag ich endlich nach Hause zu reisen." [1])

Rascher noch, als vielleicht Andrássy es sich gedacht, erfolgte am 22. August die Auflösung jenes Reichstages, mit dem man in Wien nicht fertig werden konnte. Der königliche Kommissär, General Graf Haller, hatte den bestimmten Befehl, im Falle der Widersetzlichkeit, selbst mit Anwendung von Waffengewalt, die Abgeordneten auseinanderzutreiben.[2]) Dazu kam es jedoch nicht. Aber noch ehe der Reichstag auseinanderging, beschloß er am 21. August auf Antrag Deáks, gegen das willkürliche Vorgehen feierlichen Protest einzulegen. Dem Charakter des Führers der Nation entsprechend, war dieser vom reinsten Hauche des Gesetzes durchdrungen, das, wie er sich ausdrückte, allein Schutz und Macht gegen Uebergriffe des Absolutismus verleihe.[3]) Indem Deák dies laut und vernehmlich verkündete, nahm er entschieden Stellung sowohl gegen die Wiener Regierung als auch gegen jede revolutionäre Strömung. Der Hof und Kossuth sollten es wissen, daß sich Ungarn, dessen Reichstag den Protest einstimmig angenommen, unter keinen wie immer gearteten Umständen vom Boden des Gesetzes entfernen werde, welches allein die zur Ertragung selbst der schwersten Schicksalsschläge nötige Stärke gewähre.[4]) Kossuth war mit der Erklärung Deáks nicht einverstanden. Nach ihm hätte sie die Form der Drohung annehmen und lauten sollen, es gebe im Leben der Völker Momente, in denen der Appell an die Revolution nicht nur ein Recht, sondern sogar Pflicht ist. Schmerling, unterstützt von der freudigen Aufnahme seines Vorgehens durch beide Häuser des österreichischen

[1]) Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.
[2]) Kónyi, Bd. III, S. 279.
[3]) Ibidem, S. 275, Verwahrung (ung.).
[4]) Ibidem, S. 278.

Reichsrates,[1]) tröstete sich mit dem Bewußtsein, die ungarische Nation werde ehestens Einkehr halten und er selbst binnen kurzem Gelegenheit haben, einen ihm gefügigeren Reichstag einzuberufen.

In dieser Hoffnung sollte er sich bald getäuscht sehen. Solange Männer wie Deák und Andrássy das Vertrauen ihrer Landsleute genossen, war an eine Sinnesänderung nicht zu denken. „Herr von Bach und Schmerling,“ äußerte Andrássy einmal, „haben nicht nur einen politischen, sie haben einen arithmetischen Fehler begangen; sie haben die Monarchie auf eine Basis gestellt, für die sechs Millionen gegen dreißig Millionen waren. Sie stellten die Pyramide auf den Kopf.“ [2]) Die stolzen Worte, die Andrássy nach der Auflösung des Reichstages an seine Wähler richtete, zeugten gewiß auch nicht von Kleinmut; sie klangen vielmehr wie ein trotziger, von Siegeszuversicht erfüllter Schlachtruf. „Unsere Gegner,“ sprach damals der Graf, „haben uns, ungeachtet der materiellen Gewalt, noch zu nichts zwingen können; wir aber haben sie schon genötigt, uns zu respektieren, und wir werden sie noch zwingen, einzusehen, es sei unmöglich, Ungarn zu bewältigen, wogegen es ein Lebensinteresse Oesterreichs ist, uns zu befriedigen.“ [3]) Scharf standen sich die Gegensätze gegenüber. Sowenig wie die Ungarn, wollte auch Schmerling die Flinte ins Korn werfen. Der Staatsminister befand sich eigentlich drei Parteien gegenüber: den Anhängern des 1847er Standpunktes, mit teilweiser Berücksichtigung der 1848er Gesetze, wie ihn die Altkonservativen vertraten, den rein 1848ern, die der Fahne Deáks folgten, und den 1849ern, die unter der Führung Kossuths auf die volle Losreißung Ungarns von Oesterreich drängten.[4]) Mit allen drei Parteien lag er in Fehde, und von keiner einzigen konnte er erwarten, seine Pläne unterstützt zu sehen.

Gewiß ist es nicht uninteressant, daß sich im stillen, wie es scheint, ohne Wissen Schmerlings, eine neue Partei zu bilden trachtete. Die Seele dieser Bestrebungen war der ungarische Statthaltereirat Titularbischof Danielik, ein entschiedener Feind der

[1]) Siehe die Adressenentwürfe des österreichischen Abgeordneten- und Herrenhauses bei Kolmer, „Parlament und Verfassung in Oesterreich“, Bd. I, S. 137—139.

[2]) In deutscher Sprache geschriebene Aufzeichnung Andrássys. Gräflich Andrássysches Archiv.

[3]) Lederer, Bd. I, S. 144.

[4]) Kossuths Schriften, Bd. V, S. 96.

1848er Gesetze, von deren Herstellung er die Untergrabung der kirchlichen Autorität befürchtete. Durch den Pester Polizeidirektor, Regierungsrat Worafka, ließ er nach Wien die Mahnung gelangen, man möge ja nicht dem Wunsche nach Wiedereinsetzung der 1848er Gesetze willfahren.[1]) Der geistliche Würdenträger, ein Lebemann, der viel ausgab, ohne die hierzu nötigen Mittel zu besitzen, dürfte die Annäherung an den Polizeiminister gesucht haben, um seine stets leeren Taschen zu füllen. Mecséry sollte die nötigen Gelder zur Durchführung des von ihm mit dem politischen Schriftsteller Ludwig Kovách ausgearbeiteten Planes zur Verfügung stellen. Danielik war mit Mecséry übereingekommen, eine Aktion einzuleiten, um Anhänger für ihr allerdings nicht näher bezeichnetes Programm zu werben. Wir wissen nur, daß Mecséry als dessen erste Voraussetzung die Bedingung stellte: die gemeinsamen Angelegenheiten müssen gemeinsam behandelt werden. Dafür sollte, wie er sagte, in jedem Fall konstitutionell regiert werden.[2]) Auf gesellschaftlichem Wege wie mittels der Presse wollte man dem Programme in den weitesten Kreisen Eingang verschaffen. Danielik forderte, daß in Ungarn, außer ihm, Worafka und Kovách keine sterbliche Seele von ihren Plänen und Absichten Kenntnis erlange. Mecséry teilte nicht vollkommen die frohe Zuversicht des Titularbischofs, der, seiner Ansicht nach, die vorhandene günstige Stimmung für das Gelingen des Werkes überschätze. Der Polizeiminister meinte vielmehr, das für die gegenseitige Annäherung nötige Terrain müsse „nicht im Sturm erobert, sondern nur langsam, mit Vorsicht gewonnen und ergriffen werden“. Anhänger und Gegner der Regierung wollte Mecséry „Satz für Satz und Punkt für Punkt“ zur Ueberzeugung bringen, „daß nur auf den in thesi angeführten Grundlagen eine vollständige, wahre, aufrichtige und Dauer verheißende Verständigung zu erzielen möglich sei.“[3])

Für solche Schalmeientöne, wie sie der Polizeiminister angeschlagen wissen wollte, war jedoch die Zeit vorbei. Einen Moment lang gab es, worüber wir aber nichts Näheres wissen, eine sehr ernste Krisis innerhalb des Ministeriums, die, wie es

---

[1]) Worafka an Mecséry, Pest, 5. Juni 1861. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Idem ad eundem, Pest, 18. Oktober 1861. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Mecséry an Worafka, Wien, 24. Oktober 1862. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

heißt, sich anfangs für Schmerling gefahrdrohend gestaltete.[1]) Doch rasch, wie sie gekommen, ging sie vorüber, und der Einfluß des Staatsministers blieb auch weiterhin maßgebend. Im Vollgefühl seiner Kraft setzte er die Einführung des sogenannten „Provisoriums“ durch.[2]) Bis zur Wiederherstellung der „Ordnung“, wie er sie plante, wurden die ungarische Statthalterei und sämtliche Ausschüsse der Komitate außer Wirksamkeit gesetzt.[3]) An deren Stelle traten militärische Gerichtshöfe. Zum Statthalter von Ungarn, als ausführendes Organ seiner Befehle, hatte der Staatsminister den Feldmarschalleutnant Graf Moriz Pálffy ernannt. Der noch aus der Zeit der Revolution verhaßte Graf,[4]) in seinem ganzen Auftreten der stramme, unbeugsam strenge Soldat,[5]) stand im Rufe, ein rücksichtsloser Mensch zu sein, bereit, alles hinzustrecken, was sich ihm in den Weg stelle.[6]) Sein Schlagwort, das er bei jeder Gelegenheit im Munde führte, lautete: „Man muß dem Terrorismus (der Ungarn) ein Ende machen.“ [7]) Von solchen Gesinnungen erfüllt, sorgte er als willenloses Werkzeug Schmerlings für die gänzliche Erstickung jedes politischen Lebens in Ungarn.

Noch einmal senkten sich die Schatten düsterer Tage auf unser Vaterland herab. Wer nicht zur Regierung hielt, galt als Rebell. Nebst Paul Nyáry, Koloman Tisza, Graf Julius Szápáry, Graf Béla Széchenyi und Baron Josef Eötvös wurde auch Graf Julius Andrássy in einem Polizeiberichte als eine „Koryphäe der Nationalkoalition“ bezeichnet, deren Aufgabe es sei, einerseits den Widerstand im Innern des Landes zu organisieren und andererseits

---

[1]) Werther, Wien, 26. September 1861. Solche Krisis — bemerkt Werther — ist in diesen Tagen wieder vorübergegangen, diesmal aber war sie ernster als sonst.

[2]) Handschreiben des Kaisers an Graf Forgách, Wien, 5. November 1861. Registratur des k. k. österreichischen Ministerpräsidiums in Wien. „Die Unbotmäßigkeit der ungarischen Munizipien und die offene, an Empörung grenzende Widersetzlichkeit gegen jedwede zur Herbeiführung geordneter Zustände erlassenen Maßnahmen bedroht auf das gefahrvollste den Bestand der öffentlichen Ordnung im allgemeinen, ohne daß die Behörden in ihrer dermaligen Einrichtung und die gegenwärtig übliche Anwendung der bestehenden Strafgesetze des Landes gegen solche von der großen Mehrzahl meiner getreuen Untertanen mißbilligte, äußerst bedauerliche Angriffe hinlänglichen Schutz zu gewähren und den überwuchernden Ungehorsam zu bewältigen vermöchten.“

[3]) Ibidem.

[4]) Werther, Wien, 6. November 1861.

[5]) Kecskeméthys Tagebuch (ung.), S. 108.

[6]) Ibidem.

[7]) Ibidem.

im Auslande die liberalen Elemente für die Idee einer Intervention zugunsten der Wiederbegründung der konstitutionellen Selbständigkeit Ungarns zu gewinnen.[1])

Man hat allen Grund, an der Verläßlichkeit dieser Nachricht zu zweifeln. Denn sowenig wie Eötvös, dürfte sich jetzt auch Andrássy an irgendwelchen agitatorischen Umtrieben beteiligt haben. Eines Sinnes mit Deák wird er wohl der ganzen Sachlage nach jeden Schritt vermieden haben, der ihn vom Boden des Gesetzes entfernen konnte. Gewiß hat auch ihn die tiefe Erregung ergriffen, die sich aller Geister in Ungarn nach der Auflösung des Reichstages und der Einsetzung der militärischen Gerichtshöfe bemächtigte. Oft genug konnte man ja selbst aus dem Munde gemäßigter Männer den Ausruf hören: „Schmerling muß früher oder später fallen,“ [2]) und der Redakteur des „Magyarország“, Pompéry, soll zu Baron Eötvös geäußert haben: „Es wird eine große Leiche geben: Oesterreich und Ungarn.“ [3])

Schmerling war nicht in der Ueberzeugung zu erschüttern, daß es ihm schließlich doch gelingen müsse, Ungarn im Reichsrat vertreten zu sehen, daß es keine „große Leiche“, sondern vielmehr den von ihm erhofften mächtigen Einheitsstaat geben werde. Und mit was für Mittel suchte er ans heißersehnte Ziel zu gelangen! Keine Zeitung, sei es in Zis- oder Transleithanien, durfte die brennende Verfassungsfrage berühren.[4]) Kriegsgerichtliche Verurteilungen politischer Verschwörer, die man beschuldigte, daß sie mit Hilfe des Auslandes eine Loslösung Ungarns von Oesterreich erzwingen wollten,[5]) sollten Schrecken verbreiten und Nachgiebigkeit erzeugen. Unbeirrt durch was immer für widrige Erscheinungen klammerte sich Schmerling hartnäckig an sein berühmtes Wort: „Wir können warten.“ Die Zauberformel, mit der er jeden Widerstand der Ungarn zu brechen vermeinte, bildete die Verwirkungstheorie, wonach ein Volk, das seinem Fürsten gegenüber zu den Waffen gegriffen und im Kampfe unterlegen war, all seiner Rechte

---

[1]) Worafka an Mecséry, Pest, 23. August 1861; Mecséry an Schmerling, 29. August 1861. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Worafka, 7. Dezember 1861. Registratur des k. u. k. Ministeriums des Aeußern.

[3]) Ibidem.

[4]) Graf Pálffy an Mecséry, Ofen, 13. April 1863. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[5]) Unter anderen Verhafteten wurden Stephan Nedeczky und Ludwig Beniczky zum Tode, Paul Almássy zu zwanzigjährigem schwerem Kerker verurteilt.

verlustig erklärt werden könne. Das war eine Ansicht, die auch schon 1851 der aus der Verbannung heimgekehrte Fürst Metternich ausgesprochen hatte. Der ehemalige Staatskanzler meinte, die alte ungarische Verfassung sei legal durch die 1848er Gesetze, diese wieder durch die Unabhängigkeitserklärung vernichtet worden, Ungarn somit faktisch ohne Konstitution. Aus seiner Prämisse zog Metternich doch andere Folgerungen als Schmerling. Wenn er sich auch auf den Standpunkt der Verwirkung stellte, war er doch nicht der Anschauung, Ungarn sei ohne alles Anrecht auf eine Verfassung. Wie jeder Mensch, äußerte er, habe auch ein Land eine natürliche Konstitution seiner Lebensexistenz, die dann als Grundlage der Verwaltung zu dienen habe. Man dürfe wohl, sagte er, Ungarn als erobert betrachten, doch nie so unklug sein, deswegen alle noch vorhandenen Gebäude zu zerstören oder den fruchtbaren Boden absichtlich mit hingerollten Steinen unfruchtbar machen wollen. Erhob Metternich in thesi auch die Verwirkungstheorie zum Prinzip, so war er dagegen in praxi für die Anerkennung der Verwaltung auf historischer Basis. Er forderte die ungarischen Altkonservativen auf, sich der Regierung anzuschließen, um selbst den Wechsel des Systems bewirken zu können.[1]) Wie sehr unterschieden sich die Regierungsmaximen Fürst Metternichs von denen Schmerlings, dessen größter Feind die Ergebnislosigkeit seiner bisherigen Bemühungen war. Vergeblich mahnte ihn Falke von Lilienstein, ein gebürtiger Ungar und damals noch junger Beamter im Präsidialbureau des Staatsministeriums, daß er mit der Theorie der Rechtsverwirkung nicht aufkommen werde; ebenso erfolglos auch der steirische Abgeordnete Mende, der selbst als „Bach-Huszár“ in Ungarn gedient und aus eigener Anschauung daselbst Land und Leute kennen gelernt hatte.[2])

Wirklich erreichte Schmerling in Ungarn nichts anderes, als daß man ihn als das „Haupthindernis“ des Zustandekommens eines Ausgleiches betrachtete, das um jeden Preis beseitigt werden müsse. Obgleich er das wußte, wollte er doch nicht zur Er-

---

[1]) Nach einem Gespräche Eduard Zsedényis mit Metternich, angeführt in Zsedényis Brief an den Fürsten Bretzenheim, Wien, 25. November 1851. Aus dem handschriftlichen Nachlaß des Prinzen Ludwig Windisch-Graetz. — Siehe auch Metternichs Schreiben an Fürst Felix Schwarzenberg vom 26. Juni 1849 über die ungarischen Verhältnisse, abgedruckt in „Aus Metternichs Nachlaß“, Bd. VIII, S. 478—484.

[2]) Przibram, „Erinnerungen“, S. 137.

kenntnis gelangen, daß all seine Bemühungen resultatlos geblieben. Der preußische Minister, schrieb Werther nach Berlin, werde von neuem entnehmen, wie wenig die bitteren Erfahrungen der letzten vier Jahre einen Staatsmann von den doktrinären Anschauungen des Herrn von Schmerling von einem Wege abzubringen vermocht haben, dessen Durchführung bei dem heutigen Stand der öffentlichen Meinung in Ungarn als ein reines Phantasiegebilde zu betrachten ist.[1] Wenn überhaupt keine Politik der werbenden Kraft des Erfolges entbehren kann, so durfte sie ganz gewiß dem Schmerlingschen System nicht fehlen, das unter den ungünstigsten Verhältnissen eine Neugestaltung der Monarchie anstrebte. Unter dem Fluche der Fruchtlosigkeit mußte es den größten Schaden erleiden. Wohin immer der Staatsminister blicken mochte, sah er nichts als Gegner. Durch seinen Abfall von den Prinzipien der Freiheit, als deren mit Jubel umrauschter Apostel er einst von den Deutschen Oesterreichs begrüßt worden war, hatte er diese mit Gefühlen der Unversöhnlichkeit gegen sich erfüllt.

Ein ansehnlicher, und zwar der geistig hervorragendste Flügel der Deutsch-Oesterreicher, griff sogar auch heftig seine Zuwartungspolitik gegenüber Ungarn an und schleuderte gegen ihn das verhängnisvolle Wort vom „Marasmus der Nichterfolge".[2] Der hochbegabte Kaiserfeld, Führer der Autonomistenpartei, der Verbindungen mit den Deákisten angeknüpft hatte,[3] drang gegenüber der jetzt zögernden und haltlos gewordenen Politik Schmerlings auf rasche Lösung der ungarischen Frage, ohne die eine Herstellung des Gleichgewichts innerhalb der Monarchie gar nicht gedacht werden könne. Aus dem Labyrinth des schon Jahre dauernden Verfassungsstreites sah Kaiserfeld keinen anderen Ausweg als den, auf der Basis der 1848er Gesetze eine Verständigung zu suchen. Reden, wie sie aus seinem Munde kamen und die aussprachen, „was bewußt und unbewußt, wie ein Alp auf der Brust jedes österreichischen Patrioten lastete",[4] mußten Schmerling schwer verwunden, wenn dies nicht schon der Verlauf des Fürstenkongresses in Frankfurt a. M. bewerkstelligt hätte. Hier hatte

---

[1]) Werther, 2. April 1865.

[2]) Krones, „Moriz von Kaiserfeld", S. 213.

[3]) Kónyi.

[4]) Kaiserfelds eigene Worte in einem vom 6. Dezember 1864 datierten Briefe an Stremayr, mitgeteilt von Professor Ottokar Weber in „Neue Freie Presse", 1. September 1907.

sein Plan, mittels einer Reform des Deutschen Bundes, Oesterreichs Uebergewicht in Deutschland zum Nachteile Preußens für immer zu verwirklichen, völligen Schiffbruch erlitten. An dem Widerstande Preußens, das sich an dem zum Zweck der Beratung der österreichischen Reformakte nach Frankfurt berufenen Fürstentag (16. August 1863) nicht beteiligen wollte,[1]) ging der stolze Traum, ganz Deutschland unter den schützenden Schirm Habsburgs zu stellen, zugrunde. Damit scheiterte auch das stille Sehnen Schmerlings, die vollbrachte Reform der deutschen Verfassung zur Befestigung des deutsch-zentralistischen Systems in Oesterreich zu benützen, um dann Slawen und Magyaren mit um so größerer Wucht erdrücken zu können. Der Mißerfolg war gewiß nicht geeignet, sein Ansehen in den Augen seines Gebieters zu erhöhen, der sich in der alten Krönungsstadt der deutschen Kaiser anstatt Preis und Anerkennung eine kaum zu verwindende persönliche Niederlage geholt hatte. Fürsten verzeihen alles eher, denn eine ihnen selbst zugefügte Unbill, und einer solchen hatte sich Schmerling schuldig gemacht, als er nicht, gleich Rechberg, vom Fürstentag abriet, sondern vielmehr alles aufbot, um seinen Kaiser in Frankfurt in den Vordergrund zu stellen, ohne sich vorher des vollen Sieges für dessen Person zu vergewissern. Ungeachtet aller ihm ungünstigen Erscheinungen, glaubte Schmerling noch immer sicheren Boden unter seinen Füßen zu haben und zweifelte nicht an dem schließlichen Triumphe der von ihm vertretenen Sache. Und doch war der Boden schon aufs tiefste unterwühlt. Die Außenwelt hatte längst eine Ahnung von Schmerlings Sturze, wußte, daß seine Tage gezählt und er ein sinkendes Gestirn sei;[2]) nur der Staatsminister allein konnte oder wollte nicht die gegen ihn sich kehrenden Anzeichen zu seinen Ungunsten deuten. Er merkte nichts von der heftigen Agitation der ungarischen Altkonservativen, die zum Zweck der Beseitigung des Schmerlingschen Ministeriums angeblich sogar die Waffengenossenschaft des Grafen Clam-Martinitz,

---

[1]) Unter dem Vorsitz Oesterreichs sollte ein Direktorium die Geschäfte des neuen Bundes führen; daneben war ein Bundesrat geplant, gleichfalls mit dem Vorsitz Oesterreichs. Alle drei Jahre hätten Delegierte der Landtage in öffentlicher Versammlung zusammenzutreten, doch nur mit beratender Stimme. Wichtig war ferner die Bestimmung, daß der neue deutsche Bund die Bürgschaft für Oesterreichs Gesamtbesitzstand zu übernehmen gehabt hätte.

[2]) Kaiserfeld an Stremayr, 25. März 1865. „Neue Freie Presse", 1. September 1907.

des Führers der slawisch-feudalen Adelsfraktion, gesucht hätten.[1]) In unmittelbarer Nähe des Staatsministers entfaltete dessen eigener Ministerkollege, Graf Moriz Esterházy, eine unermüdliche Minierarbeit beim Throne gegen ihn, an der sich in mehr offener Weise auch Mailáth beteiligte.[2]) Deák handelte sehr weise, als er den bei Hofe bestens angeschriebenen Altkonservativen den Vorstoß gegen die Stellung Schmerlings überließ. Er wußte genau, was er tat, als er nicht auf die Warnungen Eötvös' und Treforts hörte, die meinten, jene Gruppe von Magnaten könnte ihn leicht überflügeln und die Einleitung des Ausgleiches auf der Basis von 1847 an sich reißen. Ruhig sah Deák ihrer Maulwurfsarbeit zu, schwieg und wartete auf den geeigneten Moment, um in der entscheidenden Stunde seine gewichtige Stimme zu erheben. Am 16. April 1865 erachtete Deák den Augenblick für gekommen, in seinem im „Pesti Napló" erschienenen berühmten Osterartikel mit völliger Außerachtlassung der Minister ein ernstes Wort direkt an die Krone zu richten.[3]) Hier legte er dar, daß parallel mit der ungarischen Verfassung unter einem gemeinsamen Herrscher und neben gemeinsamer Verteidigung auch die konstitutionelle Freiheit der zisleithanischen Länder bestehen könne, ohne daß es nötig wäre, daß ein Teil den anderen absorbiere. So oft, führte er aus, Unzufriedenheit und Separationsgelüste in Ungarn herrschten, waren stets daran nur die österreichischen Ratgeber schuld, die sich über die Verfassung hinwegsetzten, um das Königreich mit Oesterreich zu verschmelzen. Zum Glücke — und dies betont Deák aufs nachdrücklichste — waren es dann immer die Fürsten selbst, die den vernichtenden Schlag verhüteten, „die mit tieferer Einsicht und strengerer Gewissenhaftigkeit die gegen die ungarische Verfassung gerichteten Erlasse beseitigten, die verletzten Gesetze wieder herstellten, das Vertrauen und die Hoffnung der Nation wieder aufrichteten".[4]) Der Osterartikel erregte die größte Sensation. Auch der Monarch äußerte Freude, als er vernahm, daß er von Deák selbst geschrieben worden. Die Anzeichen der zur nötigen Aussöhnung vorhandenen Neigung mehrten sich. Als der Kaiser am 30. April aus Anlaß der dort statt-

---

[1]) Mecséry an Schmerling, 18. Dezember 1861. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Mündliche Mitteilung eines hochgestellten Zeitgenossen. Siehe ferner Kónyi, Bd. III, S. 437.

[3]) Der leichteren Zugänglichkeit wegen zitiere ich den Artikel nach Kónyi, Bd. III, S. 401, der ihn in extenso mitteilt.

[4]) Kónyi, Bd. III, S. 402.

findenden Wettrennen in Preßburg ohne jedes militärische Gefolge erschien, wurde er am Wettrennplatze in der Au vom anwesenden Publikum mit stürmischen Éljenrufen empfangen.[1]) Ein weiterer Zug von hervorragender politischer Bedeutung war es, daß im Mai 1865 in der von der altkonservativen Partei in Wien erhaltenen Zeitung „Debatte" drei Artikel erschienen,[2]) die sich mit der Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten zwischen Oesterreich und Ungarn befaßten. Ludassy, der Redakteur der „Debatte", hatte die Artikel nach einem Gespräche mit Deák und unter dessen Gutheißung veröffentlicht. In aller Form anerkannten sie, daß es zwischen den beiden Staaten jenseits und diesseits der Leitha gemeinsame Angelegenheiten gebe, zu denen die Diplomatie, das Heer, die zu deren Erhaltung nötigen Finanzen und ein gemeinsames Zoll- und Handelsbündnis gehören. Außerdem wurde die Frage erörtert, in welcher Weise die Oesterreich und Ungarn betreffenden gemeinsamen Angelegenheiten zu behandeln seien. Indem die Artikel die Existenz eines „Zentralparlamentes" verwarfen, stellte sich deren Verfasser, der im Grunde kein anderer als Deák war, auf die Basis der Parität. Danach sollten zwei „ebenbürtige, gleichbedeutende und gleichberechtigte Faktoren" mit „den nötigen Vollmachten versehene Deputationen" abordnen und „diese beiden Deputationen sich miteinander und mit der Krone über die gemeinschaftlichen Angelegenheiten verständigen". Ferner hieß es, daß im Falle der Nichtverständigung und doch dringlicher Erledigung, wo die Einholung neuer Vollmachten nicht möglich oder nicht tunlich wäre, die vereinigte Deputation berechtigt sein soll, auch ohne weitere Ermächtigung von seiten der Auftraggeber, mit Stimmenmehrheit maßgebende Beschlüsse zu fassen. Baron Eötvös war gar nicht damit einverstanden, daß die hochwichtige Erklärung aus dem Lager der Deákpartei ursprünglich in der altkonservativen „Debatte" erschien und erst nachher, wie ein lächerlicher Abklatsch, in ungarischer Uebersetzung im „Pesti Napló", dem eigentlichen deákistischen Organe veröffentlicht wurde.[3]) „Die Sache,"

---

[1]) Telegramm des Preßburger Polizeidirektors. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Siehe Kónyi, Bd. III, S. 411—434.

[3]) Kónyi, Bd. III, S. 422, teilt in ungarischer Uebersetzung die drei Artikel der „Debatte" mit, obgleich infolge behördlichen Verbotes der dritte Artikel der „Debatte" zu jener Zeit nicht in ungarischer Uebersetzung erscheinen durfte.

schrieb er an Andrássy, „ist ärgerlich, weil sie die Wiener noch mehr in der Ueberzeugung bestärkt, daß Deák und wir übrigen unter der Hand mit Apponyi einverstanden sind und unsere Angelegenheiten auf Kosten des österreichischen Konstitutionalismus mit dem Kaiser ausgleichen wollen ... Wenn wir so fortfahren, werden wir noch alle einen Franz-Josef-Orden bekommen.“ [1]) Aber auch Andrássy, der zur Zeit der Publikation der „Debatte“-Artikel fern von Pest weilte, war von deren Inhalt nicht befriedigt — allerdings in einem ganz anderen Sinne als Eötvös oder Ghyczy, der überhaupt die ganze Veröffentlichung, als zu unrichtiger Zeit erfolgt, verurteilte.[2]) Aufs tiefste davon überzeugt, daß die richtige Lösung der Behandlungsart der gemeinsamen Angelegenheiten die vornehmste Bedingung eines möglichen Ausgleiches zwischen König und Nation bilde, beschäftigte sich Andrássy seit langem eindringlich mit dieser Frage. In seinem ländlichen Aufenthalt zu Terebes trachtete er jetzt zu einem Endresultat zu gelangen. Voll Vertrauen rechnete er auf das nötige Verständnis Deáks für seine die gemeinsamen Angelegenheiten betreffenden Ideen. Gerade, als er meinte, den Schlüssel zur Klärung der hochwichtigen Frage gefunden zu haben, fielen ihm auf seinem Landsitze die Artikel der „Debatte“ in die Hände. Sofort war er entschlossen, dagegen Verwahrung einzulegen in der Hoffnung, im mündlichen Verkehr den „alten Herrn“ für seine Anschauungen zu gewinnen.

In einer von ihm selbst verfaßten Darstellung hat Andrássy die heftige Gemütserregung geschildert,[3]) in die Deák geriet, als er ihm offenherzig seine Bedenken gegen die „Debatte“-Artikel vortrug. „Also auch Du glaubst,“ fuhr ihn Deák an, „wie Ghyczy,

---

[1]) Eötvös an Andrássy, Schwabenberg, 18. Mai 1865. Gräfl. Andrássysches Archiv. Eötvös schreibt noch: „An der ganzen Sache ist nur soviel wahr, daß Ludassy bei Deák gewesen und ihn über den Modus des Ausgleiches befragte. Gemäß seiner Gewohnheit teilte Deák seine Ansichten mit. Ludassy ging nach Hause, schrieb alles nieder und las später, wie man sagt, das Ganze Deák vor und fragte, ob er darüber sprechen könne, was Deák erlaubte, wodurch wir in jene lächerliche Lage gelangten, daß das angebliche Programm unserer Partei in der Zeitung der Altkonservativen erschien und durch den „Napló“ nur in Uebersetzung veröffentlicht wurde.“ (Ung.)

[2]) Kónyi, Bd. III, S. 432.

[3]) Von Kónyi, Bd. III, S. 434—437 veröffentlicht. Wie Kónyi die Freundlichkeit hatte, mir mitzuteilen, rührt der da von ihm abgedruckte Aufsatz über die Behandlungsart der gemeinsamen Angelegenheiten ganz und gar von der Hand Andrássys her.

daß ich das Land verkauft habe?" Für alle Beweisführungen des Grafen zur Verteidigung der von ihm vorgebrachten Gründe hatte Deák nichts als ein eisiges Schweigen zur Antwort. Denn wenn von irgendeinem seiner Getreuen, so hatte er gewiß von Andrássy rasches Eingehen auf seine Ideen erwartet. Daher berührte ihn die Täuschung so schmerzlich. Nach der Begegnung mied er sogar einige Zeit seinen sonstigen Liebling und schien ihm zu zürnen. Doch schon nach wenigen Tagen näherte er sich Andrássy wieder in gewohnter freundlicher Weise und sprach ihn mit den Worten an: „Da Du meine die gemeinsame Behandlungsart betreffenden Ansichten nicht annehmen willst, setze ich voraus, daß Du einen besseren Modus kennst; ich bitte Dich daher, komme zu mir und teile mir Deine Gedanken mit."

Bei dem hierauf erfolgten Besuche hörte Deák ruhig den Auseinandersetzungen Andrássys zu. Erst als er seinen aus 26 Paragraphen bestehenden Vorschlag[1]) eingehender beleuchtete, sperrte Deák, wie er bei ernsteren Verhandlungen zu tun pflegte, die Türe seines im Hotel „Königin von England" gelegenen Zimmers ab. Andrássys Anschauung nach durften die gemeinsamen Angelegenheiten nur durch zwei, auf Grundlage völliger Parität, gewählte Körperschaften erledigt werden.[2]) Demgemäß hätte daher sowohl der ungarische Reichstag als auch der österreichische Reichsrat eine bestimmte Anzahl von Delegierten zu wählen.[3]) Jede der beiden Körperschaften bildet ein in sich abgeschlossenes Ganzes und darf nicht, wie es Deák beabsichtigt hatte, bindende Weisungen von dem Auftraggeber empfangen.[4]) Denn ein solcher Vorgang hätte, wie Andrássy mündlich darlegte, leicht das Schwergewicht der Entscheidung anstatt in zwei in vier Beratungskörper verlegt.[5]) Bei Meinungsverschiedenheiten sollten die beiden Vertretungen, wie dies unter voneinander unabhängigen Parlamenten gebräuchlich, den Weg schriftlicher Verständigung (Nuntien) betreten.[6]) Andrássy war überzeugt davon, daß es keiner Vorschrift dafür bedürfe, was zu geschehen habe, wenn eine Einigung nicht erzielt werden könnte. „Gerade deshalb," äußerte er, „werden

---

[1]) „Mein Vorschlag betreffs der Behandlungsart der gemeinsamen Angelegenheiten" (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) § 1.

[3]) § 2.

[4]) § 8.

[5]) Kónyi, Bd. III, S. 436.

[6]) § 8. Ueber das Weitere verbreiten sich die §§ 11, 12, 13 und 14.

sie sich verständigen, weil eine Körperschaft die andere nicht überstimmen kann." [1]) In dem Punkte befand sich der Graf im entschiedensten Gegensatz zu Deák, nach dessen Vorschlag in der Debatte für den Fall der Nichtverständigung die beiden Delegationen in einer gemeinsamen Sitzung mit Stimmenmehrheit entscheiden sollten. In der von Deák geplanten Einrichtung erblickte Andrássy eine Institution, die sich nur dem Namen nach von dem durch das Oktober-Diplom geschaffenen Reichsrat unterscheiden und mit der Zeit leicht in ein Zentralparlament umgewandelt werden könnte. Wenn auch der „alte Herr" den Delegationsentwurf seines jüngeren Freundes schließlich mit den Worten lohnte: „Na, das ist Dir gelungen, auch ich habe danach gesucht, es aber nicht gefunden, das ist das Ei des Kolumbus," [2]) so ließ er sich doch nicht davon abbringen, daß im Notfalle eine gemeinsame Sitzung stattzufinden habe. Von den intimen Vorgängen in der Wohnung des Führers der Nation, die wir als die Werkstätte der 1867 ins Leben gerufenen Institution der Delegationen bezeichnen dürfen, hatte die Außenwelt keine Ahnung. Sie kannte nur die Artikel der „Debatte", die für den Hof den Wohlklang von Sirenentönen besitzen mußten. Was Franz Josef I. im Gespräche mit Ghyczy im Jahre 1861 als unerläßliche Bedingung eines Ausgleiches mit Ungarn aufgestellt hatte: die Gemeinsamkeit des Heeres, der Diplomatie und der hierzu nötigen Finanzen, das war soeben in den „Debatte"-Artikeln als durchführbar bezeichnet worden. Für den Eindruck, den sie in der Wiener Hofburg erzeugten, spricht es deutlich genug, daß die Kaiserliche Kabinettskanzlei mehrere Nummern des Blattes ankaufen ließ, in welchem die Deáksche Enunziation erschienen war. Somit war der Boden für eine Friedensäußerung auch von seiten des Monarchen urbar gemacht. Sie erfolgte in Pest, wohin der landwirtschaftliche Verein den Kaiser zur Besichtigung seiner Ausstellung geladen hatte. Aus eigener Initiative, ohne vorher auch nur einen Minister deswegen zu Rate gezogen zu haben, hatte sich der den Ausgleich herbeisehnende Kaiser entschlossen, am 6. Juni 1865 die ungarische Hauptstadt zu besuchen.[3])

„Groß war der Jubel" — „Enthusiastischer herzlicher Emp-

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 436.

[2]) Andrássys Delegationsentwurf enthält all die Punkte, die später in das Delegationsgesetz Eingang fanden. Im § 16 schlug er die Errichtung eines gemeinsamen Ministeriums vor.

[3]) Werther, Wien, 8. Juni 1865.

fang“, meldete der Leiter der Pester Polizeidirektion, Regierungsrat Worafka, nach Wien,[1]) mit dem der Herrscher begrüßt wurde, der 1854 zum letztenmal innerhalb der Mauern Pests geweilt hatte. Als der Kaiser in der Ofener Hofburg die Ansprache des Primas in ungarischer Rede erwiderte, wurde sie siebenmal durch nicht endenwollende Éljenrufe aus dem Munde der Großen des Landes unterbrochen.[2]) Die Worte des Monarchen bedeuteten auch einen Wendepunkt im Schicksale Ungarns. „Wie immer,“ sprach der Kaiser zu den versammelten Magnaten, „so ist es auch gegenwärtig mein entschiedener Wille, die Völker meiner ungarischen Krone in jeder Hinsicht nach Möglichkeit zu befriedigen.“ Die erste, auf den neuen Kurs hinweisende Tat war die noch während des Aufenthalts Franz Josefs I. in Ofen vollzogene Wiederherstellung der ungarischen Statthalterei und die Sistierung der Wirksamkeit der militärischen Gerichtshöfe. In Pest hatte der Kaiser im Verkehr mit den maßgebenden Faktoren des öffentlichen Lebens die Erkenntnis gewonnen, Schmerling werde nie zu einer Verständigung mit dem künftigen Reichstag gelangen. Mit dieser Ueberzeugung war der Kaiser aus Ungarn nach Wien zurückgekehrt, ohne noch feste Entschlüsse gefaßt zu haben. Sie kamen erst zur Reife, als es dem Monarchen klar ward, daß Schmerling auch im österreichischen Parlamente um jeden Halt gekommen sei. Er konnte das Heil nicht mehr von einem System erhoffen, dem nicht nur Ungarn, sondern auch der österreichische Reichsrat entschiedenste Opposition bereitete. In solch kritischem Moment wurde der Herrscher von den ungarischen Altkonservativen bestürmt, baldigst etwas zu tun, um den guten Eindruck, den sein jüngstes Erscheinen in Pest hervorgerufen, nicht erkalten zu lassen. Die nächste Wirkung davon war die am 26. Juni erfolgte Ernennung Georg Mailáths zum Hofkanzler an Stelle des, Schmerling als blindes Werkzeug dienenden Grafen Hermann Zichy, dessen Rücktritt der preußische Gesandte ein von allen Seiten gewünschtes Ereignis nennt.[3]) Damit war die Krisis zum vollen Ausbruch gelangt. Ohne Wissen und Befragen Schmerlings war, im Gegensatz zu dessen System, der Wechsel in der obersten Leitung der ungarischen Angelegenheiten vor sich gegangen. Für den

---

[1]) Telegramm Worafkas, Pest, 6. Juni 1865. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[2]) Telegramm Worafkas, 7. Juni 1865. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

[3]) Werther, Wien, 10. Juni 1865.

Staatsminister mußte der hinter seinem Rücken sich abspielende Umschlag in den Ansichten der Krone eine schwere Niederlage bedeuten. Erst nach der bereits vollzogenen Ernennung Mailáths ließ der Kaiser den Erzherzog Rainer zu sich berufen, um ihm als Präsidenten des Ministeriums hiervon Kenntnis zu geben. Sofort erklärte Rainer mit aller Bestimmtheit, unter solchen Umständen nicht eine Minute länger im Amte verbleiben zu können. Im selben Augenblick bat er um alsogleiche Erteilung eines Urlaubs, den ihm der Kaiser auch bewilligte.[1]) Nach der Audienz berief Erzherzog Rainer einen Ministerrat, dem er über seinen soeben getanen Schritt Mitteilung machen wollte. Kurz, ehe der Ministerrat sich versammelte, hatte Schmerling mit Graf Mensdorff, der seit Oktober 1864 die Leitung des Auswärtigen Amtes übernommen, ein äußerst bezeichnendes Gespräch geführt. Rückhaltlos hatte er Mensdorff Einblick in seine tiefe Verstimmung darüber gewährt, daß ihn der Kaiser weder wegen der Fahrt nach Pest noch in Angelegenheit der Ernennung Mailáths zu Rate gezogen. Als hätte er im Auftrag seines kaiserlichen Herrn zu reden, entgegnete Graf Mensdorff rasch, kurz und trocken, der Kaiser habe auf der Reise nach Ungarn die Ueberzeugung gewonnen, daß hüben und drüben ein Ausgleich gewünscht werde, der aber auf dem bisherigen Wege unmöglich zu erreichen wäre.[2]) Das war eine Antwort, die Schmerling wohl alle Illusionen, die er noch über seine Stellung zur Krone haben mochte, rauben mußte. Er hatte deren Vertrauen vollkommen verloren. Nach der Begegnung mit Mensdorff konnte er keinen Zweifel mehr hierüber hegen, falls er keine Straußpolitik treiben und kein unverbesserlicher Optimist sein wollte. Schwankte er trotzdem noch immer, so sollte alle Hoffnungen in ihm die Konferenz vernichten, die Erzherzog Rainer nach der Audienz beim Kaiser einberufen hatte. Sie war, wie ein beteiligtes Mitglied derselben berichtet, höchst stürmisch.[3]) Nachdem im Ministerrat die ganze Lage eingehend besprochen worden war,[4]) reichte Schmerling am 27. Juni — also unmittelbar nach Mailáths Ernennung — sein Entlassungsgesuch ein, das auch sofort angenommen wurde.

---

[1]) Werther, Wien, Depeschen vom 5. und 10. Juli 1865. Werther sagt, daß er seine Daten aus „zuverlässigen Quellen" erhalten habe.

[2]) Werther, 5. Juli 1865.

[3]) Mündliche Mitteilung eines eingeweihten Zeitgenossen.

[4]) Leider sind wir über den Verlauf des Ministerrates selbst nicht näher unterrichtet.

Für den Mann, der pathetisch sein stolzes „Wir können warten“ verkündete, ist es gewiß charakteristisch, daß er eigentlich fast bis zur letzten Minute in Selbsttäuschung über seinen nahe bevorstehenden Sturz befangen blieb. Und doch hatte diesen schon vor Monaten der altkonservative Graf Emil Dessewffy angekündigt.[1]) Aber der Staatsminister dünkte sich so felsenfest in der Gnade des Kaisers, daß er noch am 31. Mai 1865 vor seinem Leibjournalisten Fröbel in aller Ausführlichkeit das Programm entwickelte, mit dessen Hilfe er bestimmt darauf rechnete, die Ungarn in seinem „parlamentarischen Gesamtkörper“ vertreten zu sehen.[2]) Es fiel ihm gar nicht ein, daß er sich durch sein großdeutsches Fiasko von 1863 längst beim Kaiser um alles Vertrauen gebracht und dadurch für seine verbündeten Gegner das Terrain freigemacht hatte, von dem aus sie ihre Pfeile gegen ihn abschnellen konnten. In der Beamtensphäre aufgewachsen, wo ein Widerspruch, besonders zu jener Zeit, nicht leicht gegen den Vorgesetzten laut wurde, hatte Schmerling mit der Zeit ein durch nichts zu erschütterndes Gefühl der Unfehlbarkeit seiner staatsmännischen Weisheit und Geschicklichkeit erlangt. Er hörte gar nicht mehr auf Warnungen zur Vorsicht.[3]) Sehr richtig sagte Kaiserfeld in einem vertraulichen Briefe von ihm: „Sein Selbstvertrauen ist Hochmut, seine Zuversicht Leichtsinn, seine Festigkeit Starrsinn.“[4]) Wie der Staatsminister einmal von sich selbst äußerte, daß er eigentlich für den Soldatenstand geschaffen sei,[5]) wo das Kommando entscheidet, glaubte er auch im staatlichen Leben nach dem gleichen Rezepte verfahren zu können. Er war der Ansicht, daß Volksvertreter nur das zu beschließen hätten, was ihnen eine höhere Macht gebiete. Deputierte waren in seinen Augen so gut Beamte, wie andere Angestellte des Staates, die auf Befehl ihres Vorgesetzten einzuschwenken haben. Damit stimmt es, wenn er in einer Zuschrift an das Präsidium des Abgeordnetenhauses sich der Worte bediente: „An das k. k. Präsidium des Abgeordnetenhauses“. Sein herrisches Wesen offenbarte sich auch in seinem Aeußern. Noch im hohen Alter ließ er durch seine Haltung, den Ausdruck im Gesicht, die scharf hervortretende Nase und den

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 437.

[2]) Fröbel, „Ein Lebenslauf“, Bd. II, S. 375.

[3]) Fröbel, a. a. O. Przibram, „Erinnerungen“, S. 136, 137.

[4]) Brief Kaiserfelds vom 25. März 1865, mitgeteilt von Ottokar Weber in der „Neuen Freien Presse“ vom 1. September 1907.

[5]) Fröbel, Bd. II, S. 303.

Blick der Augen den geborenen Führer erkennen. Aber das war er denn doch mehr nach der äußeren Erscheinung als nach der inneren Beschaffenheit. Vor allem mangelte es ihm, wie selbst der ihm sehr nahestehende Fröbel zugibt, an Menschenkenntnis, an der den Staatsmann kennzeichnenden Begabung, die Menschen zu behandeln, zu lenken und nach seinem Willen zu bestimmen. Ein wirklicher Staatsmann hätte es sich gewiß nicht verdrießen lassen, auch minder hochstehende Leute, als es gerade das Oberhaupt der Monarchie war, für die Mitarbeiterschaft an seinem Werke zu gewinnen.[1]) Solch ein Bemühen hielt er jedoch für tief unter seiner Würde stehend. Aus der geringschätzigen Nichtbeachtung des Spieles der Kräfte in seiner Nähe kam es, daß ihn sein Sturz völlig überraschte. Es war ein Rechenfehler von seiner Seite, als er meinte, daß er die ihm widerstrebenden Elemente aus dem Wege räumen könne, ohne nachher weitere Gefahr von ihnen befürchten zu müssen. Nur wenn es sich um die Befriedigung seines persönlichen Ehrgeizes handelte, schien eine gewisse Erleuchtung über ihn zu kommen, die ihn dann in der Ergreifung der Mittel auch die richtige Auswahl treffen ließ. Er war gar nicht der eminent ideal veranlagte Mann, als den man ihn mitunter zu zeichnen liebt. Sehr wohl verstand er sich auf die Kunst, die Gegner zu stürzen und auf deren Kosten selbst emporzugelangen. Nachdem er sich durch Graf Rechberg dem Kaiser bestens anempfehlen hatte lassen, scheute er später nicht davor zurück, seinem ehemaligen Gönner bei erster günstiger Gelegenheit ein Bein zu stellen, um den ausschließlichen Einfluß im Kabinette an sich zu reißen.[2]) Dabei aber fehlte es ihm am Mute zur Aufrichtigkeit. Nicht die Ungarn, die er dann aus dem Amte drängte, haben sich an ihn herangeschlichen, wie er glauben machen wollte.[3]) Vielmehr hat er sich an die Altkonservativen herangedrängt, um auf deren Schultern zur Höhe eines Ministerfauteuils emporzuklimmen. Auch in späteren Jahren noch, so oft ein Ministerwechsel eintrat, ließ er sich bei solchen Anlässen in den ihm ergebenen Zeitungen lanzieren, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken. Er verschmähte es auch bei solcher Gelegenheit nicht, sich unter einem nichtigen Vorwande

---

[1]) Fröbel, a. a. O., Bd. II, S. 380.

[2]) Ibidem, S. 332. Ferner: Graf Rechbergs Brief an Manteuffel, mitgeteilt von S. Münz in der „Neuen Freien Presse" vom 27. Juli 1906.

[3]) Fröbel, a. a. O., Bd. II, S. 204.

beim Kaiser zur Audienz zu melden, nur um sich dadurch dem Monarchen in Erinnerung zu bringen.[1])

Sowenig wie Schmerling die Menschen kannte, ebensowenig war er auch über das Terrain orientiert, auf dem er bauen wollte. Er glaubte sich berufen, der Schöpfer einer neuen Ordnung im alten Oesterreich zu werden. Vollgesogen von josefinisch-zentralistischen Ideen, wollte er, gleich seinem großen Vorbilde, den Einheitsstaat auf festerer Grundlage errichten, als dies Bach gelungen war. Er übersah dabei nur, daß man in politischen Dingen sein Auslangen nicht mit Schlagworten, wie „Wir können warten" oder „Verwirkungstheorie", finden kann. Schmerling jagte Unmöglichkeiten nach, wenn er, nach den Erfahrungen seiner eigenen Zeit, sich schmeichelte, die Ungarn in sein Zentralparlament hineinlocken zu können. Selbst wenn der Hofkanzler Graf Forgách sich nicht als Preis der Uebernahme seines Amtes den Ausschluß allgemeiner direkter Wahlen in Ungarn ausbedungen hätte, würde Schmerling mit der Durchführung solch direkter allgemeiner Wahlen noch immer kein Erfolg gewinkt haben. Wer hätte den Ausfall allgemeiner Wahlen in dem vom Staatsminister gewünschten Sinne herbeiführen sollen? Etwa das Bürgertum in Ungarn? Dieses, noch an und für sich schwach, ging, so weit man sehen konnte, Hand in Hand mit dem Adel als der herrschenden Klasse. Die Bauern wieder folgten dem Rufe der Gutsherren und der durch diese geförderten nationalen Propaganda. Von einer Arbeiterbewegung als maßgebendem Faktor war gewiß in der ersten Hälfte der sechziger Jahre des vorigen Jahrhunderts, wenigstens in Ungarn, noch nicht die Rede.[2]) Und die verschiedenen Nationalitäten,

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 28. Oktober 1871: „Dazu hat er (Schmerling) die Schwäche, so oft eine Ministerkrise eintritt, à plusieurs reprises sich beim Kaiser Audienzen erteilen zu lassen, in welchen er ihm, da er Präsident des Obersten Gerichtshofes ist, etwas aus seinem Ressort, was aber gewöhnlich nur etwas ganz Unwichtiges, plutôt prétexte que matière d'intérêt ist, vorträgt; au fond aber nur darum geht, damit es heißt: Schmerling hat wiederholt Audienz beim Kaiser, also ist er der Auserwählte." Baron Orczy war um diese Zeit Sektionschef im Ministerium des Aeußern. Seine deutsch geschriebenen, ungedruckten Briefe an seine Mutter wie seine in ungarischer Sprache verfaßten Tagebücher, die ich für die vorliegende Arbeit benützen konnte und die noch vielfach hier erwähnt werden sollen, sind ungemein wertvoll und bilden eine Quelle ersten Ranges. Seine Mutter war eine geborene Gräfin Berényi.

[2]) Siehe Eduard von Wertheimer, „Zur Geschichte der ‚Internationale' in Oesterreich-Ungarn", Feuilleton des „Pester Lloyd" vom 26. und 27. August 1908. Siehe auch Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 229.

wenn sie auch gerne dem Worte des Staatsministers folgten, besaßen gleichfalls noch nicht die Kraft, den Ausschlag zugunsten Schmerlings zu geben. Es beruht daher sicher auf Täuschung, wenn zuweilen auch jetzt noch in manchen Köpfen die Ansicht spukt, man hätte nur den Kaiser bereden müssen, ungeachtet des Widerstrebens des Grafen Forgách, schon in den sechziger Jahren zum schweren Geschütz der allgemeinen direkten Wahlen zu greifen, um den renitenten ungarischen Adel zu Paaren zu treiben. Viel gewisser ist es, daß Schmerling über kurz und lang fallen mußte, da er nicht auf realer Grundlage fußte. Sein ganzes Wirken erinnert an den von Mirabeau geschilderten Reisenden, der auf der Karte ohne Anstand, wie im Fluge, über Berge und Flüsse dahingleitet und erst bei wirklicher Fahrt zu seiner großen Ueberraschung der Hindernisse gewahr wird, die ihm die auf der Karte rasch und ohne Hemmung überflogenen Berge und Flüsse auf der Erde bereiten.

Der Staatsminister mußte fallen. Zwei so diametral entgegenstehende Richtungen, wie sie von den unter Deáks Führung stehenden Ungarn und von Schmerling verfolgt wurden, konnten nicht miteinander in Einklang gebracht werden. Schmerling mußte unterliegen, da er sich durch die Verleugnung der freiheitlichen Tendenzen, die seine Stärke bildeten, auch in Oesterreich bei der eigenen Partei um jeden Rückhalt gebracht hatte. Der Verlust an Popularität in Verbindung mit seiner verfehlten deutschen Politik erschütterten in letzter Linie das Vertrauen der Krone zu seinem staatsmännischen Können.

Aber selbst von einem ihm entgegengesetzten Standpunkte aus darf man Schmerling nicht die Anerkennung verweigern, daß er nach Großem strebte. Allein infolge der übel berechneten Messung der Kräfte zur Durchführung seiner Pläne hat er die Partie endgültig verloren. Mit ihm scheiterte der letzte großzügige Versuch des Zentralisierens. Für Ungarn bedeutete der Schiffbruch des Einheitsstaates eine Lebensfrage. „Wenn Ungarn," sagt Graf Andrássy in einer seiner hinterlassenen Aufzeichnungen, „sich entschließen hätte können, in den Reichsrat einzutreten, müßte es verzichten auf die Idee der Erhaltung der Unversehrtheit des Landes. In diesem Falle wäre es seines konservativen Charakters verlustig gegangen, um ein Element des Umsturzes zu werden." [1]

---

[1] Gräfl. Andrássysches Archiv.

Siebentes Kapitel

Sistierungspolitik

Der Sturz Schmerlings wurde sowohl jenseits wie diesseits der Leitha als vollkommener Bruch mit dem bisherigen Regierungssystem empfunden. In Ungarn gab man der Befriedigung über die Beseitigung der Februar-Männer offenen und würdigen Ausdruck. Voll Hoffnung blickte man wieder einmal in die Zukunft. Nach der erfolgreichen Zurückweisung des Anschlages auf die Verfassung war die Verschmelzung Ungarns mit Oesterreich in einen großen Einheitsstaat nicht mehr zu befürchten. Die Versuche hierzu hatten entschiedenen Schiffbruch erlitten. Es gab keine Kraft mehr, die es gewagt hätte, das Unmögliche noch einmal zu unternehmen. Vergeblich hatte sich, wie erzählt wurde, der ungarische Hofkanzler Schmerlings, Graf Zichy, gerühmt, eine Wette eingehen zu wollen, daß er binnen zwei Monaten den ungarischen Reichstag eröffnen werde. Er fiel, noch ehe er sein Wort einlösen konnte. An seine Stelle trat ein der bisherigen Richtung entgegengesetzter Hofkanzler. Als den Oktober-Männern die Fahne im Jahre 1861 entsank und sie von ihnen im Stiche gelassen wurde, gab es doch einen unter ihnen, der den Mut besaß, in der letzten Sizung des Magnatenhauses die seinerzeitige Erlassung des Oktober-Diplomes zu verteidigen. Der unerschrockene Mann, den der Kaiser eben dieser Haltung wegen dem Baron Sennyey als Hofkanzler vorzog, war Georg von Mailáth. In der Mitte der vierziger Jahre stehend, blickte der neue oberste ungarische Würdenträger für gewöhnlich träumerisch und apathisch vor sich hin. Erst wenn er über einen Gegenstand sprach, der ihn fesselte, erhellte sich sein Auge und schien sich die sonst schläfrig matte Pupille zu beleben. Dann merkte man auch sofort, einen tiefen Denker und entschlossenen Geist vor sich zu haben. Ihn, den Entschiedenheit, Festigkeit des Vorsatzes und kritisches Urteil kennzeichneten, erfüllte der Ehrgeiz selbständigen Handelns. Altkonservativer reinsten Wassers, kannte Mailáth kein höheres Ziel, als die Verwirklichung der Verheißungen des Oktober-Diplomes. Für ihn bedeutete, wie er unumwunden erklärt hatte, das Schmerlingsche

Februar-Patent keine Fortentwicklung des Oktober-Diplomes; vielmehr sah er in dem ersteren den diametralen Gegensatz zu dem letzteren.

Wie Mailáth in Ungarn, so trat Graf Richard Belcredi in Oesterreich das Erbe Schmerlings an. Schon Ende März bezeichnete man ihn als dessen Nachfolger.[1]) Er wurde tatsächlich anstatt Schmerlings zum Staatsminister und außerdem noch zum Vorsitzenden des Ministerrates ernannt. Graf Moriz Esterházy hatte nicht genug Worte des Lobes über ihn und meinte, es wäre ein wahres Glück, daß der Kaiser einen solchen Ratgeber gefunden habe. Er sei, fügte er hinzu, der Mann, der nicht nur umfassende Sachkenntnisse, sondern auch die nötige Energie zur Ueberwindung der Schwierigkeiten besitze, welche die nächste Zeit in sich berge.[2]) Esterházys Vertrauen zu den Fähigkeiten Belcredis war um so begreiflicher, als der neue Staatsminister ja zu dem engeren Kreise seiner Gesinnungsgenossen gehörte. Seit 1864 Statthalter von Böhmen, stand der hagere, mehr als mittelmäßig kleine Mann, dessen Gesichtszüge nicht besonders ausdrucksvoll waren,[3]) im Rufe, ein ausgesprochener Föderalist zu sein. Die Wahrung der historischen Rechte und Eigentümlichkeiten aller Länder Oesterreichs auf Grund der Pragmatischen Sanktion im Rahmen der Einheit der Monarchie bildete sein unumstößliches politisches Glaubensbekenntnis.[4]) Belcredis Name war ebensowenig wie der Mailáths geeignet, den deutschen Liberalen Oesterreichs Gutes für ihre junge Verfassung vom Februar 1861 ahnen zu lassen. In der Tat griffen rasch düstere Stimmungen unter den deutsch-österreichischen Verfassungstreuen um sich. Vor allem besorgte man, als könnten die Ungarn, von Egoismus für ihre Zukunft geleitet und nur allein auf die eigene Sicherheit bedacht, das liberal fühlende Oesterreich den absolutistisch gesinnten Föderalisten preisgeben. In den deutsch-österreichischen Preßorganen kam diese Furcht zu vollem Ausdruck. Sie schien um so begründeter, als es ja unter Schmerlings Regime einen Moment gegeben, wo man dessen Vorgehen gegenüber Ungarn gebilligt hatte. Die gesamte österreichische Linke, mit Herbst und Giskra

---

[1]) Werther, Wien, 30. März 1861.

[2]) Idem, Wien, 26. September 1861.

[3]) Aurél Kecskeméthys Tagebuch (ung.), S. 216.

[4]) Graf Ludwig Belcredi, „Ein österreichischer Staatsmann“, in „Die Kultur“, 6. Jahrgang, S. 288. Ueber Belcredi noch zu sehen: H. Pollak, „Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten“.

an der Spitze, hatte dem Staatsminister durch endloses Händeschütteln ihren Beifall über seine Lehre von der Verwirkungstheorie zu erkennen gegeben.[1]) Trotzdem blieb der Angstruf der Deutsch-Oesterreicher in Ungarn nicht ohne Echo. Er veranlaßte Persönlichkeiten, wie Graf Andrássy und Baron Eötvös,[2]) dessen Grundlosigkeit darzutun. In einem „Einige anspruchslose Worte an die Liberalen jenseits der Leitha" betitelten und im „Pesti Napló" veröffentlichten Artikel warnte Graf Andrássy die deutsch-österreichische Verfassungspartei, sich mit der zentralisierenden Bureaukratie zu identifizieren, die auch noch jetzt den „Teufel des Absolutismus" an die Wand male, in der Hoffnung, daß er vielleicht doch noch erscheinen werde. Der Graf wies darauf hin, daß, so oft in Oesterreich absolut regiert werden sollte, die maßgebenden Kreise es nie wagten, sich mit derartigen Absichten an Ungarn zu wenden. Ebenso erinnerte er daran, wie unmittelbar vor Schaffung der 1848er Gesetze die erste Ansprache der ungarischen liberalen Partei an Oesterreich gerichtet war. Sie lautete: daß sie die Freiheit nur dann für gesichert halten könne, wenn auch in Zisleithanien verfassungsmäßig regiert werde — eine Erklärung, welcher die österreichische Freiheit das Licht der Welt zu verdanken habe. Der Reichsrat habe wohl im Jahre 1861 die Auflösung des ungarischen Reichstages mit Militärgewalt gebilligt, doch könne er versichern, daß es unter seinen Landsleuten keinen einzigen vernünftigen Menschen gebe, der an Wiedervergeltung dächte. „Wir möchten," sagt Andrássy in seinem Artikel, „für die treue Ausdauer nur einen Lohn erwarten: die Gewißheit, daß auch jenseits der Leitha schon die Ueberzeugung allgemein geworden, daß man, um frei sein zu können, auch verstehen muß, gerecht zu sein — die Gewißheit, es existiere keine Partei, welche zu glauben vermöchte, daß der österreichische Staat ein freier Staat sein könne, wenn es nicht gleichzeitig beide Hälften sind, und daß endlich keine Verfassung gesichert ist, wenn sie nicht von beiden Parteien angenommen werden kann. Damit sich diese (Gewißheit) endlich erfülle, wollen wir uns miteinander verständigen."[3]) Bei einer anderen Gelegenheit, als zu Ehren der Manen Stephan Széchenyis ein Bankett veranstaltet wurde, hielt Andrássy einen Trinkspruch, der mit den Worten endete: „Ich

---

[1]) Belcredis „Fragmente", in „Die Kultur", 6. Jahrgang, S. 401.

[2]) In dessen Organ „Hetilap".

[3]) „Pesti Napló", 6. August 1865; in deutscher Sprache mitgeteilt im „Pester Lloyd", Abendblatt, 7. August 1865.

erhebe mein Glas auf die Einigkeit der beiden Staaten der Monarchie hinsichtlich ihrer gemeinsamen Freiheiten." [1]) Der Graf war, wie man aus diesen Aeußerungen ersieht, aufrichtig durchdrungen davon, daß hüben und drüben die Fahne der Freiheit gehißt und nie mehr aus dem Gesichtskreis der daselbst wohnenden Völker entfernt werde. Dabei ging er jedoch immer von der Voraussetzung aus, daß Zisleithanien der unglückseligen Idee der Verschmelzung Ungarns mit Oesterreich ehrlich entsage, jener Idee, die schon so viel Blut gekostet und den Wohlstand der Monarchie zerstörte. [2]) Man ist wohl berechtigt zu der Annahme, daß die von Andrássy und Eötvös den österreichischen Liberalen dargebotene Hand willkommen geheißen und so der Weg zur Anbahnung eines gegenseitigen Ideenaustausches zwischen Zis- und Transleithanien geebnet wurde. Die Idee der Annäherung fand einen fruchtbaren Boden in der durch das Ministerium Belcredi erzeugten Bedrängnis. Als Andrássy seine „Anspruchslosen Worte" an die Liberalen Oesterreichs richtete und seinen Trinkspruch hielt, tastete man noch immer im Dunkeln über das eigentliche Ziel der neuen Regierung gegenüber Zisleithanien. Noch umhüllte deren Pläne tiefes Geheimnis. Das Ministerium Belcredi bildete ein „politisches Rätsel", um dessen Entzifferung man sich vorläufig vergeblich mühte. Dagegen hatte bereits der Hofkanzler Mailáth ein wenig den Schleier gehoben von der Art und Weise, wie er seine Politik in Ungarn durchzusetzen gedachte. Gewitzigt durch die Erfahrungen, die man 1861 mit der Herstellung der Komitate gemacht, die, gleich zweiundfünfzig selbständigen Gesetzeskörpern, dem Reichstage die von ihm zu nehmende Richtung vorgezeichnet hatten, wollte jetzt Mailáth diese Feuerherde der Agitation nicht zur Wirksamkeit gelangen lassen. Man fürchtete, daß sie über die letzten Ungesetzlichkeiten ihr Verdammungsurteil fällen und dadurch wieder die tiefe Erregung des Jahres 1861 aufleben machen könnten. Der einzuberufende Reichstag sollte wohl die Verfassung herstellen, an die Reaktivierung der Komitate aber erst später geschritten werden. Mailáths Absicht war es, die Munizipien in der ihnen von Schmerling gegebenen Organisation zu belassen; damals hatten anstatt gewählter ernannte Beamte die Geschäfte geleitet. In seinem Präsidialschreiben an die „Beamten-Obergespäne", wies Mailáth diese an, die Besorgnisse über

---

[1]) Lederer, a. a. O., Bd. I, S. 50.

[2]) Lederer, Bd. I, S. 150.

das nicht sofortige Inslebentreten der alten Munizipaltätigkeit mit der Versicherung zu zerstreuen, die Regierung betrachte die Komitatsinstitution als „eine der kostbarsten Perlen der ungarischen Verfassung", müsse sich aber gerade deswegen hüten, „dieselbe außerhalb des legislativen Weges, ohne die unentbehrlichen Prämissen, zum Schauplatze gefährlicher leidenschaftlicher Erschütterungen zu machen, die bei irriger Auffassung der Verhältnisse leicht hervorgerufen werden könnten".[1]) Die Angelegenheit der Komitate bildete die brennendste Frage, von deren Erledigung das Schicksal der neuen Regierung abhängen konnte. Wohl war von der gemäßigten Opposition das Losungswort ausgegeben worden, die am Ruder befindlichen ungarischen Staatsmänner in ihrer Aktion durch nichts zu behindern, vielmehr gegenüber der Ungarn feindlichen mächtigen Hofpartei und der zentralistisch gesinnten Bureaukratie durch das Vertrauen des Landes zu stützen. Dieses Schlagwort fand nicht überall Gehör. Ein bedeutender Teil der Nation forderte ungestüm die Reaktivierung der Komitate in ihrer ursprünglichen Gestalt als Grundbedingung alles verfassungsmäßigen Lebens. Konnte es doch leicht geschehen, daß eine starke Minorität, wie sie unleugbar vorhanden war, die Gesetzlichkeit des neuen Reichstages bestreiten werde, weil dessen Zusammensetzung nicht durch die im Sinne der 1848er Gesetze zur Wahl berufenen Komitate vor sich gegangen war. Zu denjenigen, die ihre Stimme zugunsten der Komitate erhoben und die Aufrechterhaltung von deren provisorischem Zustande einen „politischen Fehler" nannten, gehörte Graf Andrássy. Obgleich auch er den ungarischen Räten der Krone keine unnötigen Schwierigkeiten bereiten wollte, war er doch nicht der Ansicht, daß jede ihrer Handlungen zu billigen sei und kein Einspruch dagegen erhoben werden solle, „denn," so äußert er sich, „die konstitutionelle Wage verliert ihre natürliche Lage, wenn das Gewicht der Opposition ebenfalls in die Schale der Regierung gelegt wird". Aus verschiedenen sehr gewichtigen Motiven politischer Natur vermochte sich Andrássy mit dem Vorgehen des Hofkanzlers nicht einverstanden zu erklären. Mit Rücksicht darauf, daß jetzt, im Gegensatz zu 1861, ganz Ungarn von Zuversicht und Vertrauen auf die Besserung der Lage erfüllt sei, sagte er: „Die Komitate müßten schon aus dem Grunde in dieselben Rechte, welche ihnen das 1848er Gesetz gelassen, wieder eingesetzt werden, damit der Monarch sehe, daß

---

[1]) Mitgeteilt im „Pester Lloyd" vom 31. August 1865.

das Aussprechen der Gesetzlichkeit in unserem Vaterlande Wunder zu bewirken vermag; damit er sehe, daß sich die 1865er Komitate von denen des Jahres 1861 ebensosehr unterscheiden, als sich die Hoffnung (sic), welche durch die jüngsten Erklärungen und Taten des Monarchen in der Nation erweckt wurde, von jenem Zustande unterscheidet, in welchen die Schmerling-Nádasdy-Reichensteinsche Regierung die Nation hineingezwängt hatte; damit er neuerdings sehe, was er schon in Pest erfahren konnte, daß es nicht das energische Wirken einzelner, sondern der freie Wille der gesamten Bevölkerung ist, der die Ruhe in unserem Vaterlande aufrechterhält." Andrássy zweifelte nicht daran, daß die Komitate genügend politische Einsicht besäßen, um sich, den Wünschen der ungarischen Staatsmänner entsprechend, aller Kritik zu enthalten und die Beurteilung der Handlungen der vergangenen Regierung ausschließlich dem Reichstage zu überlassen. Die übertriebene Angst vor Ausschreitungen erschien ihm ganz unbegründet. Er war daher der Ansicht, daß der Hofkanzler, anstatt sich von den Komitaten abzuwenden, vielmehr bei diesen für die Durchführung seiner Politik die nötige Stütze zu suchen hätte. So unerläßlich dünkte Andrássy die Herstellung der Munizipien, daß er darauf drang, sich auch durch die vollendete Tatsache des Provisoriums nicht beirren zu lassen. „Lieber," meinte er, „eine Verordnung zehnmal den Umständen gemäß abändern, als bei einer Verfügung beharren, die dem Zwecke schaden würde. Das konstitutionelle Leben gleicht den Schlachten, man kann nicht jeden Schritt voraus unabänderlich bestimmen. Das Streben der Regierung ist, nach den eigenen Worten des Rundschreibens:[1]) Verwirklichung gesetzlicher Zustände im Wege des Reichstages. Dies das Ziel, das übrige ist nur Detail. Im Ziel sind wir alle einig. Auf diesem Boden ist daher die Regierung stark; eine starke Regierung aber darf nachgeben. Warum sollte also die Regierung nicht die Details ändern, wenn die öffentliche Meinung in Rücksicht auf das Ziel es ausspricht: ‚Wenn das dein Ziel ist, werden dich die 1865er Komitate nicht hindern.'"[2]) Mailáth war nicht danach angetan, um sich durch derartige Mahnungen und die heftigen Proteste einzelner Komitate von der einmal von ihm beschlossenen Maßregel abdrängen zu lassen. Er beharrte

---

[1]) Damit ist das obenerwähnte Rundschreiben Mailáths an die Obergespäne gemeint.

[2]) Andrássy im „Pesti Napló", 10. September 1865.

darauf, daß der Reichstag von den Komitaten im bisherigen provisorischen Zustande gewählt werde.

Mit Hilfe des neuen Reichstages, der für Dezember 1865 einberufen war, sollte wieder der durch Schmerling verlassene Weg zur Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Ungarn betreten werden. War dies aber möglich, solange in den österreichischen Erbländern der Reichsrat in Kraft war, also ein gesetzgebender Körper, der zu seiner Voraussetzung den Bestand des Einheitsstaates hatte? Es mußte als geradezu ausgeschlossen gelten, auf dem Boden einer die staatliche Selbständigkeit Ungarns negierenden Verfassung zu der so nötigen Ordnung der Verhältnisse zu gelangen. Die große Frage bestand darin, ob der Reichsrat geneigt sein würde, seinem zentralistischen Gepräge zu entsagen und die Hand zur Anerkennung der ungarischen Konstitution von 1848 zu bieten, die den Eintritt in den durch das Februar-Patent geschaffenen Reichsrat ausschloß. Graf Belcredi hielt jeden Versuch eines Ausgleiches der Gegensätze auf der vorhandenen Basis für hoffnungslos. Er traute dem Reichsrat gar nicht die Fähigkeit zu, der Fiktion zu entsagen, wonach er de jure das ganze Reich vertrete. Vielmehr war Belcredi der Ansicht, daß jeder Politiker, der sich dem Glauben an eine solche Selbstverleugnung dieser Versammlung hingäbe, ein starkes Maß von Naivität bekunden würde. Auch dünkte es ihn der höchste Grad politischer Unklugheit, gleichzeitig neben Verhandlungen mit Pest den Reichsrat in Wien tagen zu lassen, dessen Geist, wie er sagt, die Zerklüftung im Innern gefördert und die Ungarn abgestoßen hatte, anstatt sie anzuziehen.[1]) Deshalb sah er im Chaos, in dem sich damals die Monarchie befand, keinen anderen Ausweg, als für einige Zeit die Februar-Verfassung, eigentlich deren Organ, den Reichsrat, zu „sistieren". Der diesbezügliche Wille des Herrschers wurde durch das am 20. September morgens veröffentlichte Manifest vom 20. September 1865 kundgetan.[2]) Bis zum 20. abends hatte man es vor aller Welt aufs strengste geheimgehalten.[3]) Nach der eigenen Versicherung Graf Esterházys war dies allein der Vorsicht zu danken, mit der man alle noch von Schmerling ernannte Beamten aus dem Staatsministerium entfernt

[1]) „Fragmente" Belcredis, mitgeteilt von dessen Sohn Graf Ludwig in „Die Kultur", Jahrgang 1906, S. 418 und 419.

[2]) Mitgeteilt von Bernatzik, „Die österreichischen Verfassungsgesetze", S. 275.

[3]) Werther, 21. September 1865.

und durch neue zuverlässige Elemente ersetzt hatte.[1]) Der Haupturheber dieses Staatsaktes,[2]) der für die Leitung der öffentlichen Angelegenheiten einen ganz neuen Kurs vorschrieb, war eben derselbe Graf Esterházy, der von sich rühmte, schon im Januar 1865 die Grundzüge des September-Manifestes entworfen zu haben. Er würde — sagte er zu Freiherrn von Werther — dem Kaiser gar nicht die in ihren Wirkungen so folgenschwere Reise nach Pest angeraten haben, wenn der Monarch ihm nicht schon damals die Versicherung erteilt hätte, daß die von ihm (Esterházy) aufgestellten Prinzipien auch wirklich zur Durchführung gelangen würden.[3]) Unter dem Einfluß Esterházys war der Kaiser zur Ueberzeugung gelangt, daß eine Verständigung mit den Ungarn auf dem bisher eingeschlagenen Wege geradezu unmöglich sei. Esterházys Einwirkung ist der Systemwechsel zuzuschreiben, wie er sich vor aller Welt in dem September-Manifest dokumentierte. Oeffentlich war der „Stillstand in dem verfassungsmäßigen Wirken des engeren Reichsrates“ damit begründet, daß es rechtlich unmöglich sei, „eine und dieselbe Leistung in einem Teile des Reiches zum Gegenstand der Verhandlung zu machen, während es gleichzeitig in den anderen Teilen als allgemein bindendes Reichsgesetz behandelt würde“.[4]) Der Staatsminister war so sehr von der Unerläßlichkeit der Maßregel durchdrungen, daß er noch später, als er bereits sein Amt niedergelegt, in den von ihm zur Rechtfertigung seiner Politik verfaßten „Fragmenten“ die Worte niederschrieb: „Durch die Sistierung (der Verfassung) wurde die erste, wichtigste und gefährlichste Frage in Oesterreich, nämlich die ungarische, einer friedlichen Lösung entgegengeführt;“[5]) er sagt sogar: der nachmalige Ausgleich von 1867 datiere eigentlich vom 20. September 1865 her.[6]) Seiner Ansicht nach wäre man auf dem bisher

---

[1]) Werther, 26. September 1865.

[2]) Idem, Wien, 28. September 1865. Werther bezeichnet ausdrücklich Esterházy als den Haupturheber der Richtung des kaiserlichen Manifestes.

[3]) Idem, 26. September. Bei dieser Gelegenheit äußerte Graf Esterházy zu Werther, daß er die Grundzüge des Manifestes schon im Januar dieses Jahres festgestellt habe; auch würde er dem Kaiser die Reise nach Ungarn gar nicht angeraten haben, wenn Seine Majestät ihm nicht die feste Zusicherung gegeben hätte, daß diese Grundzüge strikte zur Ausführung gebracht würden. Przibram, „Erinnerungen“, S. 134, irrt, wenn er Graf Georg Festetich als Urheber der Reise nach Pest hinstellt.

[4]) September-Manifest.

[5]) „Fragmente“ Belcredis, a. a. O., 6. Jahrgang, S. 399.

[6]) Ibidem, Jahrgang 1906, S. 441.

befolgten Wege nie zu diesem Friedenswerk gelangt. Entweder hätte man seine Zuflucht zum Absolutismus oder zum schroffsten Dualismus nehmen müssen, der jede Gemeinsamkeit der Angelegenheiten zwischen Oesterreich und Ungarn vernichtet hätte.[1]) Ohne daß Belcredi eine Ahnung davon hatte, billigte auch Andrássy die im September-Manifest ausgesprochenen Grundsätze. Es ist wahr, meinte er, daß die Sistierung der Februar-Verfassung viele, zwar nie zu verwirklichende aber tatsächlich gehegte parlamentarische Ideen zunichte gemacht und dadurch Hoffnungen und Interessen verletzte. „Das am 20. September erlassene Manifest," sagt Andrássy ausdrücklich, „motiviert allein vom Standpunkte des ungarischen Interesses aus die Aufhebung der Februarverfassung und des engeren Reichsrates. Diese zwei Tatsachen haben Ungarn dem Monarchen nähergebracht — jedenfalls läßt sich behaupten, daß er dadurch ebensoviel an Kraft da gewonnen hat, als er jenseits der Leitha verlor." [2]) Kein Zweifel, daß die Notwendigkeit eines baldigen Ausgleiches mit Ungarn bestimmend auf die Entschlüsse der Regierung einwirkte. Ausschlaggebend war aber sicher in erster Reihe der drohende Konflikt mit Preußen, in den man sich mit einer durch Verfassungskrisen arg geschwächten Monarchie nicht einzulassen wagte. „Die Situation," erzählt Belcredi, „war im Innern und nach außen derart gespannt, daß, selbst wenn die Legalität des Reichsrates außer allem Zweifel gewesen wäre, die Rücksicht auf die Existenz des Staates es notwendig gemacht hätte, mit der bisher befolgten Politik zu brechen und auch vor einem Staatsstreich durch Beseitigung eines Verfassungsgesetzes, welches die Entzweiung der Völker hervorruft, nicht zurückzuschrecken." [3]) Graf Belcredi will es aber gar nicht gelten lassen, daß er überhaupt einen Staatsstreich begangen, und mit aller Entschiedenheit wehrt er sich in seinen hinterlassenen „Fragmenten" gegen derartige, seiner Person zugeschleuderte Beschuldigungen. Die Februar-Verfassung war in seinen Augen nicht nur ein von Anfang an totgeborenes Kind,[4]) sondern auch der ganze Reichsrat illegal, indem ihm alle Bedingungen zu seiner Rechtswirksamkeit fehlten,[5]) folglich, so schließt der Staatsminister, „kann auch von

---

[1]) „Fragmente" Belcredis, a. a. O., Jahrgang 1906, S. 419.

[2]) „Hinterlassene Aufzeichnungen Andrássys aus dem Jahre 1866". Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) „Fragmente" Belcredis, a. a. O., 1906, S. 419.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem.

keinem von Belcredi ausgeführten ‚Staatsstreich' die Rede sein, da unter diesem Begriff doch nur die gewaltsame Unterbrechung legaler Zustände zu verstehen ist".[1])

Mag Graf Belcredi auch innerlich davon durchdrungen gewesen sein, keinen Staatsstreich inszeniert zu haben, so kann doch nicht in Abrede gestellt werden, daß seine Sistierungspolitik den Anstrich eines solchen besaß. Hatte doch das Februar-Patent in aller Form die feierliche Versicherung erteilt, die „Reichsverfassung" „unverbrüchlich" für alle Zeiten „befolgen und halten" zu wollen. Richtiger wäre es jedenfalls gewesen, offen und rückhaltlos den durch die Staatsnotwendigkeit gebotenen Bruch mit der Verfassung einzubekennen. Nachdem von den deutsch-liberalen Abgeordneten die Mitwirkung zu einer anderen als der auf dem Boden der Februar-Verfassung zu erzielenden Lösung nicht zu erwarten stand,[2]) mußte zu einem gewaltsamen Ausweg geschritten werden. „Frei war nun die Bahn,"[3]) wie es im September-Manifeste heißt, die zur Verständigung führen sollte. Das eine hatte Belcredi vorläufig erreicht, daß jener Körper von ihm außer Wirksamkeit gesetzt wurde, der bisher der Anbahnung versöhnlicher Gefühle im Wege gestanden war, weil er sich für das „Reichsparlament" und die ungarische Gesetzgebung für eine Institution minderen Rechtsumfanges hielt. Während jedoch die Feudalen über diese vollständige Revolutionierung der inneren Gestaltung Oesterreichs jubelten, die Ungarn dagegen das Manifest, das sie weder gewünscht noch gefördert hatten, nicht mit lärmender Freude, sondern mit ernster Genugtuung aufnahmen,[4]) schien man im Kreise der deutschen Verfassungspartei auf einen raschen Zusammenbruch des neuen Systemes zu rechnen. „Laßt nur erst," konnte man damals in deren hervorragendstem Organe lesen, „die Flitterwochen der neuen Paare vorüber sein, dann wird auch den Zentralisten wieder die Sonne scheinen."[5])

Die Schwärmer für den Einheitsstaat, von denen Andrássy einmal bemerkt, daß sie nicht zu leben vermögen, ohne schon zum Frühstück, wenigstens in Gedanken, ein gut Stück des Reiches

---

[1]) „Fragmente" Belcredis, a. a. O.

[2]) Siehe Kaiserfelds Pettauer Rede vom 30. August 1865 und was Belcredi in seinen „Fragmenten", 6. Jahrgang, S. 419, anführt.

[3]) Przibram, „Erinnerungen", S. 143, erwähnt, daß nicht Bernhard von Meyer, sondern Graf Belcredi selbst den größten Teil des September-Manifestes verfaßte. Nur der Satz: „Frei ist die Bahn" bis „gerichtet ist", entstammt nach Przibram der Feder Teschenbergs.

[4]) Baron Eötvös in „Helilap".

[5]) „Neue Freie Presse", 24. September 1865.

des heiligen Stephan zu verzehren,[1]) besaßen einen mächtigen Bundesgenossen an der Militärpartei. Unentwegt hielt sie an der Ansicht fest, Ungarn sei infolge der Ereignisse von 1848/49 gleich einem eroberten Lande zu behandeln.[2]) Graf Crenneville, seit Graf Grünnes Rücktritt erster Generaladjutant des Kaisers, zeigte sich wohl sehr zurückhaltend und vorsichtig in seinen Reden; trotzdem war einzelnen seiner Anspielungen leicht zu entnehmen, daß auch er ein Anhänger der Schmerlingschen Verwirkungstheorie sei.[3]) Weniger diplomatisch benahm sich schon der zweite Generaladjutant, Graf Coudenhove, der bald nach der letzten Pester Reise des Kaisers (Juni 1865) zum preußischen Militärattaché in Wien äußerte: Nicht das zuvorkommende Wesen des Kaisers, nicht das Erscheinen der Kaiserin in Pest werden von Einfluß auf die Lösung der politischen Differenzen sein, sondern allein die Kanonen, die Ultima ratio gegenüber den Ungarn.[4]) So dachte auch der größte Teil der Generale. Er habe, berichtete der preußische Militärattaché Major Graf Gröben nach Berlin, noch keinen derselben über die ungarische Frage gesprochen, der nicht ungläubig den Kopf schüttelnd gesagt hätte: „Es ist alles schon dagewesen und wird auch nicht besser ablaufen als früher." [5])

Unter solchen Auspizien versammelte sich am 11. Dezember 1865 in Pest der ungarische Reichstag. In der neuen Versammlung, die berufen war, das künftige Geschick Ungarns und somit das der ganzen Monarchie zu regeln, erschien auch wieder Graf Julius Andrássy, als Abgeordneter von Sátoralja-Újhely (Zempliner Komitat). Gleich bei seiner Wahl hatte er die entscheidende Erklärung abgegeben, daß er mit aller Kraft für die Herstellung der verfassungsmäßigen Komitate und die Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums eintreten werde, indem er, wie er sagte, ohne die Mitwirkung der beiden konstitutionellen Faktoren nicht einmal den Versuch eines Ausgleiches für möglich halte.[6]) Andrássy wußte sehr wohl, daß man in Wien nichts gegen einen Hofkanzler, einen Judex curiae und Tavernicus einzuwenden habe, wofern sie nur ihre Weisungen aus der Hand des Staatsministers

---

[1]) „Hinterlassene Aufzeichnungen Andrássys". 1862—65, Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Bericht des Grafen Gröben, Wien, 24. Januar 1866.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem.

[6]) Lederer, Bd. I, S. 151 ff.

entgegennehmen. Ebenso bekannt aber war ihm auch, daß man dort sofort von einem unerhörten Skandal sprechen würde, falls diese Würdenträger es wagen sollten, auf eigene Faust handeln zu wollen. Bisher, sagt Andrássy, sah die ganze Welt in dem ungarischen Hofkanzler nichts anderes als einen ersten Sektionschef des Staatsministers. Würde aber der Hofkanzler in einen verantwortlichen Minister umgewandelt, dann werde kein österreichischer Minister, nicht einmal in Gedanken, es mehr wagen, von jenem Gehorsam zu verlangen. Daher sträube man sich in Wien, ein nur allein dem Monarchen und der Gesetzgebung verantwortliches ungarisches Ministerium zuzulassen.[1])

Von solchen Ideen erfüllt, deren Verwirklichung selbst die Gemäßigtesten unter den neugewählten Abgeordneten anstrebten,[2]) nahm Andrássy Besitz von seinem Platz im Reichstag, den der noch ungekrönte Herrscher am 14. Dezember 1865 mit einer bemerkenswerten Rede eröffnete. Indem der Kaiser einerseits die Schmerlingsche Verwirkungstheorie verwarf, andererseits aber den Deákschen Standpunkt der strengen Rechtskontinuität zurückwies, wählte er die Pragmatische Sanktion zum Ausgangspunkt der bevorstehenden Verhandlungen. Die Thronrede betonte mit allem Nachdruck die Anerkennung der im Oktober-Diplom und dem Februar-Patente festgestellten gemeinsamen Angelegenheiten. Wie deren Regelung, so bezeichnete sie auch die Sicherung der Großmachtstellung der Monarchie als die vornehmsten Aufgaben der reichstäglichen Tätigkeit. Die in ungarischer Sprache vorgetragenen, warmempfundenen Worte, die der Kaiser dem Zustandekommen des Ausgleiches und der Förderung des gegenseitigen Vertrauens widmete, sowie auch die Aufzählung der getroffenen Maßregeln zur Vereinigung Siebenbürgens und Kroatiens mit dem Mutterlande Ungarn, machten auf die im Thronsaale der Ofener Königsburg versammelten Abgeordneten und Magnaten den günstigsten Eindruck. Unangenehm berührte jedoch das starke Hervorheben der Einheit der Monarchie und der königlichen Rechte sowie das absichtliche Schweigen, mit dem die Thronrede über das Inslebentreten eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums hinwegglitt. Nicht minder unvorteilhaft wirkte die Erklärung, daß die 1848er

---

[1]) „Hinterlassene Aufzeichnungen Andrássys", 1862—65. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) „Tagebuchanmerkungen eines Abgeordneten" (ung.), S. 75. Der Verfasser ist der bereits verstorbene berühmte ungarische Dichter und nachmalige reformierte Bischof Karl Szász.

Gesetze in ihrer gegenwärtigen Gestalt unvereinbar seien mit der Erhaltung der Monarchie und deswegen deren Revision eine unerläßliche Pflicht des versammelten Reichstages wäre.[1]) Diejenigen, die nach dem Erlassen des September-Manifestes die sofortige Erfüllung der in der 1861er Adresse niedergelegten Wünsche erwartet hatten, fanden sich von der Thronrede enttäuscht. War es aber denkbar, daß der Monarch, der 17 Jahre lang im Dunstkreise der absoluten Monarchie aufgewachsen war, nun plötzlich als vollendeter verfassungsmäßiger König vor die Stände des ungarischen Reiches hintreten und ihnen alles bewilligen werde, wonach sich ihr Herz sehnte? Und selbst wenn der Monarch die Kraft der Selbstüberwindung besessen hätte, Rechten zu entsagen, deren Besitz er bisher als unerläßliches Attribut seiner Würde gehalten, würden dann die ihn umgebenden ungarischen Räte die völlige Entäußerung der Souveränität zugunsten eines verantwortlichen parlamentarischen Regimes geduldet haben? Die Altkonservativen, die ihr ganzes Leben im Streite wider die demokratischen Ideen und parlamentarischen Formen der Neuzeit verbracht, die mit zäher Ausdauer ihre Ueberzeugungen zu verteidigen verstanden, waren gewiß die Männer, um noch einen letzten Versuch zur Rettung der von ihnen so tief verehrten Zustände vor 1848 zu unternehmen. Für jeden klugen, einsichtigen Politiker war es klar, daß es noch zahlreicher Kämpfe bedürfen werde, um die Altkonservativen zur Bekehrung zu zwingen oder sie gänzlich aus dem Sattel zu heben.[2])

Vorläufig besaß noch die friedliche, eine Verständigung herbeisehnende Stimmung das Uebergewicht unter den Abgeordneten. Hatte doch auch Deák, gleichsam als Losung, die Weisung ausgegeben: die Hauptsache sei, mit dem Monarchen auf gutem Fuße zu bleiben, der sich noch nicht an die mannigfachen Eigentümlichkeiten des Parlamentarismus gewöhnt haben könne.[3]) Diesem Stichwort entsprach die Wahl des Präsidiums. Ghyczy, der sich als Präsident des 1861er Reichstages durch seine äußerst kluge und unparteiische Leitung der Verhandlungen einen vortrefflichen Namen gemacht, wurde jetzt von der Mehrheit fallen gelassen. Es scheint, daß er, der 1861 zur Beschlußpartei gehörte, sich jetzt selbst für die Wiederwahl eines Präsidenten unmöglich machen wollte. Ganz ausgeschlossen schien es, daß

---

[1]) Die Thronrede, mitgeteilt bei Kónyi, a. a. O., Bd. III, S. 503.

[2]) „Tagebuchanmerkungen eines Abgeordneten", S. 13 (ung.).

[3]) Kónyi, Bd. III, S. 496.

die der Versöhnung günstig gestimmte Majorität einen Mann zum Vorsitzenden wähle, der in seiner Programmrede vor den Wählern den Ausgleich für unwahrscheinlich erklärt hatte. Karl Szent-Iványi wurde zum ersten Präsidenten des Abgeordnetenhauses erkoren.[1] Noch bezeichnender für die einzuschlagende Richtung war die Wahl Andrássys zum Vizepräsidenten. Von ihm, der 1861 als Kandidat für die Würde eines Vizepräsidenten gegenüber Koloman Tisza unterlegen war, wußte alle Welt, daß ihm der Friede zwischen Krone und Nation sehr am Herzen liege. Von der Ansicht ausgehend, daß die Befriedigung Ungarns ein Interesse der Monarchie bilde, sagte er in seiner Dankrede für die auf ihn gefallene Wahl als Vizepräsident des Reichstages: „Ich halte es für wünschenswert, die Völker der anderen Hälfte der Monarchie zu überzeugen, daß Ungarn, wenn es seine staatliche Selbständigkeit zu erlangen trachtet, dies nicht bloß deshalb anstrebt, weil es sein geschichtliches Recht ist, sondern auch deshalb, weil es einen geschichtlichen Beruf hat, der nur auf diese Weise zu erfüllen ist; daß, wenn die ungarische Nation unerschütterlich an den 1848er Gesetzen festhält, dies nicht geschieht, um, wie unsere Gegner behaupten, sich von Oesterreich zu trennen, sondern vielmehr, um mit ihnen Jahrhunderte hindurch in ehrlichem, aufrichtigem und dauerndem Zusammenhange zu bleiben. Aber," fügte er noch hinzu, „auch Oesterreich muß endlich erkennen, daß sein Interesse und seine Aufgabe nicht in der Eroberung Ungarns bestehen, sondern daß es mit dessen Hilfe jene Stellung wieder gewinne, die dem gemeinsamen Herrscher und dem Gesamtreich im Rate der europäischen Mächte gebührt."[2] Die Rede, die großes Aufsehen erregte, machte tiefen Eindruck. Die Zukunft der ganzen weiteren Entwicklung hing jetzt davon ab, ob es möglich sein werde, die Krone und Zisleithanien mit der Erkenntnis zu durchdringen, daß die Interessen Ungarns in keinem unversöhnlichen Gegensatz zu denen Oesterreichs stehen, sondern in vielen Dingen miteinander identisch seien. Konnte sich diese Einsicht Bahn brechen, dann war ein großer Teil der Ursachen, die bisher die Annäherung zwischen den streitenden Parteien verhindert hatten, aus dem Wege geräumt. Andrássy kämpfte in erster Reihe für die Beseitigung dieser Schwierigkeiten. Im Parlamente und außerhalb desselben trat er mit der ganzen Lebhaftigkeit und Energie seines Temperamentes für die in der Thronrede

---

[1]) „Tagebuchanmerkungen eines Abgeordneten", S. 15 (ung.).
[2]) Lederer, a. a. O., Bd. I. S. 159.

geforderte Sicherung der Großmachtstellung der Monarchie ein. „Sie," sagte er, „ist in gewissem Sinne vor allem ein ungarisches Interesse. Man muß Ungarn die Gelegenheit geben, daß es die Großmachtstellung in seinem eigenen Interesse rette, und das wird mehr Sicherheit gewähren als alle Paragraphen der Welt." [1]) Als hätte er geahnt, daß er einst noch berufen sein werde, der Lenker der äußeren Geschicke der Monarchie zu werden, verfocht er mit aller Verve die Notwendigkeit der Gewährung der Machtmittel, die zur Erreichung des aufgestellten Zieles unerläßlich schienen. Doch waren es vor allem tiefe innere, sachliche Gründe, die ihn zu dieser Stellungnahme bewogen. Als er sich dazu entschloß, befand er sich in einer äußerst heiklen Lage. In seinem am 8. Februar 1866 vor das Abgeordnetenhaus gelangten Adreßentwurfe hatte sich Deák wieder auf den Standpunkt von 1861 gestellt, der das Oktober-Diplom und Februar-Patent verwarf, Herstellung der verfassungsmäßigen Komitate und Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums forderte. Der Führer der Nation, der jetzt der Personalunion nicht mehr, wie 1861, gedachte, anerkannte wohl die Existenz gemeinsamer Angelegenheiten zwischen Oesterreich und Ungarn, deren Regelung nötig sei. Doch sträubte er sich aufs entschiedenste, in die Adresse einen Passus aufzunehmen, der sich auf die Großmachtstellung bezogen hätte. Hier war nur von der „gemeinsamen Sicherheit" die Rede, als dem Hauptziel der Pragmatischen Sanktion.[2]) Seiner Ansicht nach wohne der Betonung der Großmachtstellung eine viel weittragendere Bedeutung bei, als durch die bestehenden Gesetze gerechtfertigt werde, die für ihn allein ausschlaggebend seien.[3]) Schwer war es gegenüber der alles beherrschenden Autorität Deáks, einer anderen Auffassung der Dinge zum Durchbruche zu verhelfen. Und doch unternahm es Andrássy, wenn auch ungern, dem alten Herrn entgegenzutreten. Mit der bloßen Erwähnung der „Sicherheit" schien ihm der Thronrede nicht entsprochen zu sein. Sie verlange die unversehrte Erhaltung der Großmachtstellung und biete als Preis hierfür den Ausgleich. Verdanke doch alles, was bisher geschehen, angefangen vom Oktober-Diplom bis zur Einberufung des jetzigen Reichstages, dieser Erwägung sein Entstehen.[4]) Deák, in diesem Falle mehr Gesetzgeber als Staats-

---

[1]) Hinterlassene Aufzeichnungen Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.
[2]) Kónyi, Bd. III, S. 547.
[3]) Ibidem, S. 508.
[4]) Ibidem, S. 507.

mann, war nicht zu erschüttern; er war fest durchdrungen davon, daß er nur das verteidigen könne, wozu ihn die bestehenden Gesetze ermächtigen. Solch energischem Einspruch gegenüber dünkte es Andrássy das Geratenste, sich zu unterwerfen. Einerseits wollte er durch fortgesetzte Widerrede keinen Zwiespalt in der Partei selbst hervorrufen, was er unter den gegebenen Verhältnissen für das Schlimmste hielt. Andererseits mochte er auch durch weitläufige unangenehme Erörterungen den von Deák vertretenen Begriff der „Sicherheit" nicht der Gefahr eventueller Schädigung aussetzen.[1]) Die Nachgiebigkeit Andrássys war um so gerechtfertigter, als, wie es sich schon nach einigen Tagen zeigte, Deák um keinen Preis davon abzubringen war, alle gegenteiligen Ansichten mit der ganzen Wucht seines Ansehens zu bekämpfen.[2]) Nun mußte Andrássy sich sagen, daß er im Streite um eine in Ungarn so wenig populäre Idee, wie die der Großmachtstellung der Monarchie, unbedingt unterliegen werde.

Andrássy konnte nichts anderes tun, als sich jetzt fügen, obgleich er mit der von Deák seit einiger Zeit befolgten Annäherung an die Leiter der sogenannten Beschlußpartei äußerst unzufrieden war. Er besorgte davon den Schiffbruch des Ausgleiches. Der Graf fand bereits die durch Deák geschaffene Situation unerträglich und war entschlossen, ohne Rücksicht auf den Führer, seine eigenen Wege zu gehen, falls nicht eine Wandlung eintreten sollte.[3]) Deák hatte sich wirklich der von Tisza und Nyáry beherrschten Linken des Hauses genähert. Er ging dabei von der Absicht aus, wie 1861 so auch jetzt, der Adresse die einstimmige Annahme zu sichern und ihr dadurch abermals das hohe moralische Gewicht einer einmütigen Enunziation Ungarns zu verleihen. Wie sehr auch Deáks Berechnung stimmte, so fürchtete Andrássy doch, daß des „alten Herrn" Zusammengehen mit der Linken leicht bei Hofe Mißtrauen und infolgedessen wieder Entfremdung erzeugen könnte. Mochte Andrássy von derartigen Strömungen Kenntnis besitzen oder nicht, in jedem Falle befand er sich auf der richtigen Fährte. Dem aufmerksamen Beobachter konnte es nicht entgehen, daß die Regierungskreise in ihren auf Deák gesetzten Hoffnungen wesentlich abgekühlt waren. Der preußische Gesandte gibt der herrschenden Stimmung Ausdruck, wenn er nach Berlin schreibt: Die Entwick-

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 508—509.
[2]) Ibidem, S. 564.
[3]) Ibidem, S. 563.

lung der Verhältnisse in Ungarn scheint einen ganz ähnlichen Verlauf zu nehmen wie im Jahre 1861.[1]) Zur Hemmung dieses Laufes der Dinge sollte nun Graf Apponyi, das bedeutendste und einflußreichste Mitglied[2]) der Altkonservativen, eine neue, die rechte Partei bilden. Sie, die vorläufig nur 22—24 Köpfe umfaßte, mußte alle Schritte der Deákisten kontrollieren. Seite an Seite hatte sie mit diesen für den Ausgleich zu kämpfen. Bei der ersten Gelegenheit jedoch, wo im Sinne der Linken über das Deáksche Osterprogramm von 1865 hinausgegangen werden sollte, war sie berufen, sich jedem derartigen Versuche mit aller Energie zu widersetzen. Wenn aber die unter Apponyis Leitung stehende Rechte keinen Erfolg erzielen könnte, war man auch schon bereit, die Deputierten wieder heimzuschicken. Die jetzt tonangebenden Führer im Reichstage, sagte Graf Mensdorff, der Minister des Aeußern, nach einem kurzen Aufenthalte in Pest zu Baron Werther, sind solche Rabulisten und Prinzipienreiter, daß mit ihnen vielleicht gar keine Verständigung zu erzielen sein wird. Nichts bleibt dann übrig, als den Reichstag aufzulösen, Neuwahlen auszuschreiben, die versöhnlichere Elemente an die Oberfläche bringen werden[3]) — eine Auffassung, die sofort Bismarcks berechtigten Skeptizismus herausforderte.[4]) Mensdorff gründete seinen Optimismus auf die in der Nation herrschende Sehnsucht nach Versöhnung mit dem Monarchen, welchem Wunsche sich der neugewählte Reichstag nicht werde entziehen können.[5]) Es ist ja kein Zweifel, daß die Minister in dem Monarchen den Glauben zu erwecken trachteten, Ungarn wolle den Ausgleich um jeden Preis, werde sich allen Bedingungen mit Leichtigkeit unterwerfen, wozu des Kaisers und der Kaiserin längerer Aufenthalt in Pest gewiß das Seinige beitragen wird.

Wenn Andrássy auch, wie wir wissen, keinen Zoll breit von den Rechten Ungarns aufgeben wollte, so hätte er doch nur ungerne der Sicherung der Großmachtstellung entsagt. Er, der durch seine Verbindungen die hierauf bezüglichen Bestrebungen des Hoflagers kannte, wollte wenigstens in dem einen Punkte dem Monarchen keine Enttäuschung bereiten. Daher versuchte er noch einmal, am 20. Februar, der Großmachtstellung das Wort zu reden. Die Erfüllung

---

[1]) Baron Werther, Wien, 7. Februar 1866.
[2]) So nennt ihn Baron Werther in seinem Berichte vom 24. Januar 1866.
[3]) Idem, Wien, 8. Februar 1866.
[4]) Ibidem.
[5]) Ibidem.

des dem Kaiser so sehr am Herzen liegenden Wunsches hätte wahrscheinlich für Unnachgiebigkeit Ungarns in anderen wesentlichen Dingen zu entschädigen gehabt. Doch sollte die Großmachtstellung der Monarchie nicht mehr auf der bisherigen Grundlage beruhen. „Sie muß," sagt Andrássy, „dort gesucht werden, wo sie nach dem Zeugnisse der Geschichte immer am billigsten und sichersten zu haben war: in solch innerer Organisation, die im Patriotismus und dem Interesse der beiden Teile ihre Stütze fand." [1]) Je lebhafter er dafür eintrat, daß die Monarchie wieder ihren ehemaligen Einfluß im Rate der Staaten erlange, desto heftiger griff er die früheren Minister an, die es zustande gebracht, daß Oesterreich um den für sein Wohl so nötigen Frieden betteln mußte, anstatt daß es im Gefühle seiner Kraft dessen Aufrechterhaltung gebieten konnte. Er beschuldigte die kaiserlichen Ratgeber, daß sie im Streben für ein theoretisches Phantom: die Durchführung eines unmöglichen Zentralismus, die Schwächung des Staates bewirkt hätten, wo doch, wie er in seiner Rede sagt, „die Monarchie nur dann frei, stark und eine Großmacht sein kann, wenn sie die volle rechtliche Unabhängigkeit Ungarns zu ihrem eigenen ständigen Prinzipe erhebe. Mögen daher," schließt der Graf seine Ausführungen, „unsere zisleithanischen Brüder es unterlassen, sich festzuklammern an eine unglückliche Theorie; wir aber werden, wie dies die Adresse ausspricht, solche Bedingungen formulieren, die es ermöglichen, daß unsere Selbständigkeit vereint mit ihrer (der Oesterreicher) Verfassungsmäßigkeit und beide zusammen mit der Großmachtstellung der Monarchie bestehen können." [2]) Die Rede Andrássys, die es klar heraussagte, man könnte doch von den Ungarn nicht verlangen, daß sie Selbstmord begehen, um eines schönen Tages als Oesterreicher aufzuerstehen,[3]) übte sensationelle Wirkung. Sie bildete eine Absage an alle jene, die im stillen noch immer gehofft hatten, Ungarn werde, wie sich der preußische Gesandte ausdrückte, eine Reichsvertretung für die verfassungsmäßige Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten zugestehen.[4]) Zwei Tage später zerstörte Deák vollends die Illusionen der Altkonservativen, die, wie Bartal und Apponyi, aus Opportunitätsrücksichten die Adresse verwässern und aus ihr gerade jene Stellen ausgemerzt sehen wollten, die sich auf die sofortige Reaktivierung der 1848er Gesetze mit allen ihren Folgen:

---

[1]) Lederer, Bd. I, S. 171.

[2]) Ibidem, S. 175.

[3]) Ibidem.

[4]) Depesche Werthers, 9. Januar 1866. Kgl. Preuß. Staatsarchiv.

Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums und Krönung Franz Josefs I., bezogen. Deák hatte zwar in der von ihm verfaßten Adresse als Antwort auf die Thronrede nicht die darin verlangte Revision der 1848er Gesetze abgelehnt, doch aber deren Herstellung als erste Bedingung des zu beginnenden Ausgleichswerkes gefordert. Um diesen Kardinalpunkt drehte sich jetzt das ganze Bemühen der Altkonservativen, die wohl wußten, daß sie damit standen oder fielen. Deák, den seine eigenen Freunde des Liebäugelns mit den Regierungsmännern, diese wieder ihn des Zusammenwirkens mit der Linken beschuldigten, fühlte, daß er nicht länger zaudern und der kritischen Situation ein Ende machen müsse. Aus dieser Erwägung heraus entsprang seine berühmte Rede vom 22. Februar gegen die Opportunisten.[1]) Je erregter er war, desto gemäßigter pflegte er zu sprechen; dann aber mit der vollen Wucht aller ihm in so überreichem Maße zur Verfügung stehenden Argumente. Er machte nicht nur die Unzufriedenen in seiner eigenen Partei, sondern auch die Opportunisten verstummen. Mit gewaltigen Worten wandte sich Deák gegen die Altkonservativen, die an Stelle des Gesetzes die Politik der Opportunität treten lassen wollten, die nur von bedingter Erfüllung von Hoffnungen sprachen und das Prinzip der Rechtskontinuität nicht anerkannten. Demgegenüber betonte Deák, daß man sich mit bloßen Hoffnungen nicht begnügen könne, sondern daß vor allem die 1848er Verfassung hergestellt werden müsse, deren Schlußstein die Krönung bilde. Ehe dies nicht geschehen, dürfe von Revision der 1848er Verfassung nicht die Rede sein, die nur im gegenseitigen Einvernehmen zwischen Krone und Nation erfolgen könne. Nachdrücklichst verurteilte er die Politik der Opportunität, als deren Früchte er das Oktober-Diplom und das Februar-Patent bezeichnete. Indem Deák jedoch den Stab über die Opportunitätspolitik brach, unterließ er nicht, zugleich die aufrichtige Neigung der ungarischen Nation zur Förderung des Ausgleiches auszusprechen. Mochte er auch von der Großmachtstellung im Sinne der Thronrede nichts hören, so betonte er dagegen wieder aufs nachdrücklichste die Erfüllung jener Pflichten, die den Ungarn durch die Pragmatische Sanktion zur Verteidigung des gesamten unter Habsburgs Zepter stehenden Länderkomplexes auferlegt waren. Darüber hinauszugehen war er in keinem Fall gewillt. „Wir sind," sagte er im Hinblick auf Oesterreich und

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 578.

Ungarn, „Genossen; wir stehen mit und neben den Oesterreichern, aber nie unter ihnen.“ [1])

Die einmütige Annahme der Adresse, das Werk der Politik Deáks, mußte das Ministerium überzeugen, daß jede Hoffnung auf ein anderweitiges Resultat durch Neuwahlen vergeblich sei und daß die Nation immer wieder dieselben Männer in den Reichstag senden werde. Um so weniger war auf eine Wandlung zu rechnen, als nach der erwähnten Rede vom 22. Februar auch Apponyi und Bartal ihren Widerstand gegen den Inhalt der Adresse aufgegeben hatten. Von großer Bedeutung auf den Gang der Ereignisse war aber auch die Spaltung im Innern des Ministeriums selbst. Es bestand absolut kein einheitliches Vorgehen zwischen Graf Belcredi und den ungarischen Mitgliedern des Kabinettes. Ohne deren Wissen hatte unmittelbar nach Bekanntwerden des Textes der Deákschen Adresse der Staatsminister in der offiziellen „Wiener Abendpost“ einen Artikel veröffentlichen lassen, worin es hieß, daß die Forderung eines verantwortlichen Ministeriums und der Herstellung der Komitate „das Maß des Erfüllbaren“ überschreite. Aus Furcht vor der nachteiligen Wirkung, die eine solche Erklärung auf die Debatten des ungarischen Reichstages ausüben könnte, bestanden Graf Esterházy und der Hofkanzler Mailáth darauf, daß in der „Wiener Abendpost“ eine den ersten Artikel mildernde Auslegung erscheine. Das geschah denn auch. Man sprach bereits von einer Ministerkrisis, dem Entlassungsgesuch Belcredis und seiner österreichischen Kollegen.[2]) Schnell wurde es wieder still davon. Graf Mensdorff, der Minister des Aeußern, der noch vor kurzem sich ziemlich enragiert gegen Ungarn und in pessimistischem Sinne über den Ausgleich geäußert, sah nun wieder rosiger in die Zukunft.[3]) Der preußische Gesandte dürfte nicht irren, wenn er meint, es müßte von höchster Stelle ein Druck auf die österreichischen Minister ausgeübt worden sein, um sie zur Aufgabe ihres schroffen und ablehnenden Standpunktes zu bewegen.[4]) Der Kaiser wünschte wirklich dringend das baldige Zustandekommen des Ausgleiches und daß womöglich noch während seines Aufenthaltes in der ungarischen Hauptstadt die nötige Basis für die gegenseitige Verständigung gefunden werde. Vor allem hatte es den Monarchen günstig beeinflußt, daß die Adresse

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 594.

[2]) Werther an Bismarck, Wien, 14. Februar 1866.

[3]) Idem ad eundem, Wien, 20. Februar 1866.

[4]) Ibidem.

die Armeefrage gänzlich unberührt gelassen hatte.[1] Schlecht waren daher diejenigen unterrichtet, die befürchteten, die Reden Andrássys und Deáks vom 20. und 22. Februar könnten auf den Kaiser einen übeln Eindruck gemacht haben. Insbesondere waltete diese Besorgnis Andrássys wegen vor, der ja von Erbettlung des Friedens und von Erniedrigung der Monarchie durch die letzten österreichischen Staatsmänner zu einer Macht dritten Ranges gesprochen hatte. Ein Zürnen des Kaisers auf Andrássy wäre um so bedauerlicher gewesen, als man ihn, der sich bereits nach Deák des größten Ansehens unter den Deputierten erfreute, für den einzigen Mann hielt, der, vermöge seines Geistes und seiner gesellschaftlichen Stellung, Ungarn am besten und wirksamsten am Hofe vertreten könnte. „Nur allein durch Deine Persönlichkeit," sagte Gorove zu Andrássy, „kann es erreicht werden, daß Deák und unsere Partei beim Kaiser akzeptabel sei; daher kann uns Deine Stellung bei Hofe nicht gleichgültig sein. Deine Rede hat dort einen übeln Eindruck gemacht, das muß wieder gutgemacht werden. Deiner Geschicklichkeit bleibt es überlassen, wie dies zu geschehen habe."[2] Am 25. Februar, an welchem Tage Andrássy zu einem Hofball geladen war, mußte es sich zeigen, ob der Kaiser ihm seine Ungnade dadurch zu erkennen geben werde, daß er ihn beim Cercle keines Blickes würdige. Aber das gerade Gegenteil ereignete sich. Kaum hatte der Monarch den Grafen bemerkt, als er sich ihm näherte und ihm seine Freude darüber ausdrückte, daß er ihn nach dessen kürzlicher Krankheit wieder wohlauf sehe. Die Freundlichkeit des Kaisers ermutigte Andrássy, entgegen der höfischen Sitte, eine Frage an den Herrscher zu richten. Sie lautete: „Haben Euer Majestät Deáks Rede (vom 22. Februar) gelesen?" „Ja, ich habe sie gelesen," erwiderte der Kaiser, „ich sage nicht, daß darin keine Annäherung enthalten ist; aber ich finde doch, daß Deák viel von den Ansichten der Linken angenommen hat . . . Ich gebe zu, daß darin zur Annäherung Türlein, aber nur Türlein vorhanden sind." „Tore, Majestät," entgegnete rasch Andrássy. Wird aber der Kaiser geneigt sein, durch das, wie Andrassy meinte, weitgeöffnete Tor der faktischen Anerkennung der Rechtskontinuität hindurchzugehen? Der Monarch tat es nicht, und seine Aeußerung bei Ueberreichung der Adresse brachte eine große Enttäuschung. Mit der Erklärung, an den

---

[1]) Werther an Bismarck, 20. Februar 1866.

[2]) Kónyi, Bd. III, S. 601. Aus Goroves Tagebuch vom 24. Februar 1866.

Prinzipien der Thronrede festhalten zu wollen, gab er schon einen Vorgeschmack von der auf die Adresse zu erteilenden Antwort.[1]) Der Kaiser ging dabei, wie es heißt, ohne Wissen der ungarischen Staatsmänner[2]) vor, unter denen große Zerfahrenheit über die einzuschlagenden Wege herrschte.[3]) Im Ministerrat, der über die Fassung des zu erlassenden Reskriptes als Entgegnung auf die Adresse abgehalten wurde, traten nur der Kaiser, Belcredi und Mensdorff sehr bestimmt gegen die Forderungen Deáks auf. Sie sollten keine Erfüllung finden, ehe nicht der ungarische Reichstag positive Garantien dafür geboten hätte, daß die Revision der angeblich mit den Herrscherrechten und den Interessen des Gesamtreiches in Widerstand stehenden 1848er Gesetze in befriedigender Weise erfolgen werde.[3]) Man war also wieder an einem toten Punkt angelangt. Die Ungarn verfochten den Standpunkt der vorherigen Anerkennung der 1848er Gesetze. Sie gingen dabei von der Erwägung aus, die Grundlage der Verfassung zu erschüttern, wenn sie diese dem einseitigen Ermessen der Krone preisgeben und nicht streng an dem Prinzip festhalten würden, daß ein bestehendes Gesetz so lange in Kraft zu bleiben habe, bis es nicht einverständlich zwischen dem König und der Nation abgeändert werde.[4]) Davon aber wollte der Kaiser nichts wissen, der vor allem auf eine Umgestaltung des Art. III : 1848 drang, der nur ganz allgemein von den gemeinsamen Angelegenheiten sprach und eben dadurch Anlaß zu erbittertem Kampfe gegeben hatte. Doch sollten, wie es hieß, noch andere Rücksichten zur ablehnenden Fassung des Reskriptes vom 3. März[5]) geführt haben. Man wollte wissen, daß die von manchen ungarischen Rednern betonte Notwendigkeit eines innigen Zusammenschlusses zwischen den liberalen Elementen dies- und jenseits der Leitha auf die Beschlüsse der Kaiserlichen Regierung von bestimmendem Einflusse gewesen seien. Danach hätte sie besorgt, durch sofortige Bewilligung eines ungarischen verantwortlichen Ministeriums auch von den zisleithanischen Parteien zu ähnlichen Zugeständnissen gedrängt zu werden.[6]) Allein wenn die Regierung sich gegenüber Ungarn fest zu zeigen trachtete, so war sie doch weit

---

1) Kónyi, Bd. III, S. 602.
2) Ibidem, S. 604.
3) Werther an Bismarck, Wien, 7. März 1866.
4) Idem, 9. Januar 1866.
5) Das Reskript vom 3. März 1866 ist abgedruckt bei Kónyi, Bd. III, S. 608.
6) Werther an Bismarck, 7. März 1886.

davon entfernt, folgerichtig entscheidende Schläge zu führen und den Reichstag aufzulösen. Man war entschlossen, so lange zu verhandeln, bis nicht zwingende Gründe den Abschluß des Ausgleiches um jeden Preis wünschenswert machen.[1]) Aller Wahrscheinlichkeit nach fanden sich auch auf ungarischer Seite Persönlichkeiten, die auf den Eintritt europäischer Komplikationen rechneten, die den Hof zum Entgegenkommen nötigen würden.[2]) Wie wenig auch in Ungarn die Neigung zum Abbrechen aller Beziehungen zur Regierung vorherrschte, bewies ja gerade Deáks Antrag, eine Kommission — den berühmten 67er Ausschuß, der dann ein fünfzehngliedriges Subkomitee wählte — zur Feststellung und Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten einzusetzen.[3]) Das bedeutete einen Fortschritt zum Besseren, der allerdings wieder durch den üblen Eindruck des Reskriptes vom 3. März paralysiert wurde. Bei der Beratung über den neuen Adreßentwurf als Antwort auf das Reskript vom 3. März offenbarte sich sofort der hohe Grad der Erregung, der die Gemüter ergriffen hatte. Eine Anzahl von Abgeordneten wünschte eine scharfe schriftliche Erwiderung, Andrássy und Apponyi plädierten dagegen für eine Milderung im Ausdruck. Deák, der selbst stärkere Saiten aufziehen zu müssen meinte, wurde durch den Antrag der beiden Männer derart in Wallung gebracht, daß er seinen Adreßentwurf voll Zorn auf den Tisch schleuderte.[4]) Bemerkenswert ist hierbei der Standpunkt Andrássys überhaupt, der stets die Person des Monarchen von der Regierung getrennt wissen wollte, dem ersteren volles Vertrauen auszusprechen gedachte, während alles Schlimme, was geschehen, auf die Schultern der schlechten Ratgeber überwälzt werden sollte.[5]) Gelang es zwar dem Grafen auch nicht, manch spitzen Ausfall zu beseitigen,[6]) so scheint eine Annäherung an seine Auffassung insofern stattgefunden zu haben, als Deák am Schlusse der Adresse doch wieder den Kaiser mit den Worten apostrophierte: „Unser ganzes Vertrauen setzen wir ausschließlich auf das väterliche Herz Euer Majestät. Nur allein von Euer Majestät Weisheit erwarten wir eine solche Sicherung unseres verfassungsmäßigen Lebens, die uns wieder den Glauben zurückgibt, daß, was der vereinte Wille

1) Werther an Bismarck, 21. März 1866. Kgl. Preuß. Staatsarchiv.
2) Idem ad eundem, 7. März 1866. Kgl. Preuß. Staatsarchiv.
3) Kónyi, Bd. III, S. 606.
4) Ibidem, S. 618.
5) Ibidem, S. 620—621.
6) Ibidem, S. 638.

von König und Nation geschaffen, rechtlich und faktisch auch in ferner Zukunft so lange aufrechtbestehen wird, bis der vereinte Wille des Königs und der Nation darüber nicht anders verfügt hat."[1])

Wahrscheinlich um diese zweite, einstimmig angenommene Adresse nach obenhin mundgerecht zu machen und vor ihrer Nichtbeachtung zu warnen, griff auch Andrássy zur Feder. In einem im „Pesti Napló"[2]) erschienenen Artikel betonte er, daß die Adresse keine Rechtsverwahrung sei, sondern ein von dynastischer Gesinnung erfüllter direkter Appell an den Monarchen gegenüber dem Reskripte vom 3. März, das im Lande den übelsten Eindruck gemacht. Das Reskript, welches das Vertrauen untergrub, habe es dem Reichstage erschwert, den Erwartungen der Krone zu entsprechen. „Vertrauen in ausgedehntem Maße" — sagt er — „tut vor allem not, damit unsere Gesetze unter gegenseitiger Uebereinstimmung geprüft, verbessert und fortentwickelt, damit die so schwierige Frage der gemeinsamen Angelegenheiten zu beiderseitiger Beruhigung gelöst werde." Wem aber soll, da kein verantwortliches Ministerium besteht, der Reichstag einen die Regelung der gemeinsamen Beziehungen befriedigenden Entwurf unterbreiten? „Einer unsichtbaren Regierung gegenüber," meint Andrássy, „wird die (67er) Kommission für die gemeinsamen Angelegenheiten sich in der gleichen Lage befinden wie diejenigen, die vormals vor die Sphinx gestellt wurden. Sie muß ein Rätsel lösen, aber niemand ist da, der ihr sagen könnte, womit sie die Regierung und womit sie die andere Hälfte der Monarchie zufriedenstellen könnte." Wenn dies nicht gelingt, wird stets mit Hilfe von Reskripten, die mit dem Namenszuge des Herrschers versehen sind, verhandelt werden. „Immer aber," bemerkt er, „im Namen des Monarchen polemisieren, heißt so viel als jene Grundsätze in Gefahr bringen, auf welchen bei uns die beinahe religiöse Verehrung des Königs beruht." Seiner Ansicht nach wäre die Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums schon deshalb nötig, damit während der Zeit der Unterhandlungen der Monarch nicht in die Arena des politischen Kampfes hineingezogen werde. Andrássy ist überzeugt davon, daß innere wie äußere Verhältnisse zur raschesten Ernennung einer verant-

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 638.

[2]) Ich zitiere nach der im Abendblatte des „Pester Lloyd" vom 22. März 1866 erschienenen Uebersetzung des Andrássischen Artikels.

wortlichen Regierung drängen; er staunt über die Kühnheit der Männer, die, wegen ganz unbegründeter Skrupel gegen die Form eines verantwortlichen Ministeriums, dem Könige, anstatt ihm das Betreten des kürzesten Weges anzuraten, den langwierigsten anempfehlen. Doch gerade in der Person des Herrschers besaß die Verwirklichung dieser Forderung den mächtigsten Widersacher. Wenigstens behaupteten die ungarischen Staatsmänner, Franz Josef sei fest durchdrungen davon, daß die Ernennung eines ungarischen Ministeriums zugleich das Zeichen zum Ausbruch einer neuen Revolution in Ungarn sein würde.[1] Man fahndete daher in Regierungskreisen nach einem Mittel, um die Realisierung des ungarischen Ministeriums zu umgehen. Sennyey und Bartal verfielen auf den Gedanken, königliche Landeskommissäre ad hoc ernennen zu lassen, die zwischen dem 67er Ausschuß und der Regierung einen unmittelbaren geschäftlichen Verkehr herstellen und so gewissermaßen ein „Surrogat“ für das ungarische Ministerium abgeben sollten.[2] Aber dies Suchen nach Auswegen und das Ausweichen vor der Notwendigkeit zeigte klar, wie sehr sich die Regierung noch immer in Illusionen über die Stimmung in Ungarn wiegte. Sie ließ sich insbesondere irreführen durch die Bereitwilligkeit, mit welcher der Reichstag das Zustandekommen des 67er Ausschusses für die Behandlung der auswärtigen Angelegenheiten ermöglicht hatte.[3] Und all dies Schwanken und Zaudern noch zu einer Zeit, wo die Gefahr des Ausbruches eines Krieges mit Preußen eine immer drohendere Gestalt annahm und es das einzig Richtige gewesen wäre, sich zum bevorstehenden Kampfe der tatkräftigen Unterstützung des in Opposition verharrenden Ungarn zu versichern. Es erging sich damals, einschließlich der Linken, in demonstrativen Versicherungen der Hilfsbereitwilligkeit, und Graf Andrássy soll zu Belcredi gesagt haben: „Der Kaiser ernenne ein selbständiges ungarisches Ministerium nach den 1848er Gesetzen, gebe das Weitere unseren Beschlüssen anheim, und ganz Ungarn marschiert nach Berlin.“[4] Aber die Furcht, dadurch Ungarn einen größeren Einfluß auf die Geschicke der Monarchie gewähren zu müssen, als dem Wiener Ministerium lieb war, hielt von jedem Entgegenkommen ab. „Mag sein,“ hatte Belcredi dem Grafen Andrássy geantwortet, „aber

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 650.

[2]) Werther an Bismarck, 11. April 1866. Kgl. Preuß. Staatsarchiv.

[3]) Idem ad eundem.

[4]) Belcredis „Fragmente“, a. a. O., 6. Jahrgang, S. 420.

nach erfochtenem äußeren Sieg müßten wir uns dann zu einem Eroberungszug in die Länder der Stephanskrone anschicken."[1]) Man kann den Gedanken nicht von sich abwehren, daß Belcredi und sein ganzer Anhang im stillen auf die Erfolge über Preußen rechneten, um dann mit Hilfe der siegreichen Armee Ungarn von neuem ihrem Willen zu unterwerfen. Um, wie Belcredi es nennt, einer „sicheren inneren Niederlage"[2]) zu entgehen, als welche ihm die Erfüllung der Wünsche Ungarns erschien, setzte man die Monarchie lieber den Fährnissen eines unsicheren Krieges aus.

Große Sorge bereitete für einen solchen Fall der Regierung die Haltung, die sie dem versammelten ungarischen Reichstag gegenüber zu beobachten hätte. Sollte er vereint bleiben, das Fünfzehnerkomitee des 67er Ausschusses seine beratende Wirksamkeit fortsetzen oder aber der Reichstag vertagt oder gar dessen gänzliche Auflösung verfügt werden? Am meisten neigte das Ministerium der Auflösung zu. Sie hätte nach Ansicht der Regierung die Deputierten der Möglichkeit beraubt, als solche noch weiter in öffentlicher Stellung die Stimmung des Landes zu beeinflussen und ihr eine gefahrdrohende Richtung zu geben. Es war gewiß eine mehr als „verrückte Idee", in demselben Moment, als man aus Mißtrauen den Reichstag heimschicken wollte, der Nation das Wohl und die Sicherheit der Dynastie und des Reiches im Auflösungsdekret zu empfehlen.[3]) Obgleich also der Hof die Auflösung bevorzugte, zeigte er sich unter gewissen Bedingungen doch bereit, die Abgeordneten weiter tagen zu lassen. Nach der Versicherung des Hofkanzlers Mailáth war der Kaiser nicht abgeneigt, den Reichstag auch ferner in Wirksamkeit zu belassen — wenn Deák Bürgschaft dafür leiste, daß die Vertreter der Nation sich zu keinem den Monarchen vor seinen Feinden kompromittierenden Schritte hinreißen lassen werden. Sofort lehnte Deák eine solche Zumutung ab. Ihn leitete hierbei die Erwägung, daß die Wechselfälle des Krieges auf der einen wie auf der anderen Seite Entschlüsse zu zeitigen vermöchten, die leicht sein bis zur jetzigen Stufe gereiftes Versöhnungswerk über den Haufen werfen könnten. Aus diesem Grunde wünschte er während des Waffenganges zwischen Oesterreich und Preußen die Aussetzung aller Beratungen und die Vertagung des Reichstages bis nach dem Ende des Krieges. Auch dem Andrängen seiner Freunde, die eine entgegengesetzte

[1]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., 6. Jahrgang, S. 420.
[2]) Ibidem, S. 421.
[3]) Kónyi, Bd. III, S. 658.

Ansicht vertraten, hielt er stand. Nannte doch auch Andrássy die Zustimmung zur Vertagung einen politischen Selbstmord. Eine tiefe Kluft schien die beiden hervorragendsten ungarischen Staatsmänner ihrer Zeit voneinander zu trennen. „Was tun wir," sagte Deák zu Andrássy, „wenn (bei Fortdauer des Reichstages) eine neue Rekrutierung ausgeschrieben und die Frage der Gesetzlichkeit des Krieges von der Linken aufs Tapet gebracht wird?", worauf der Graf antwortete: „In Frankreich gibt es 19 Abgeordnete, die die gesetzliche Existenz der Dynastie bestreiten, aber man kümmert sich nicht um sie und schreitet einfach über sie hinweg." Unmutig entgegnete Deák: „Lieber Freund, laß die ewigen Beispiele und Gleichnisse, dort (in Frankreich) liegen die Verhältnisse doch noch anders als bei uns." [1]) Wie stark auch die Erregung war, die durch die bevorstehende Vertagung erzeugt würde, wie sehr auch infolgedessen die Besprechung jeder anderen noch so wichtigen Angelegenheit in den Hintergrund gedrängt wurde, so ließ sich der Führer der Nation trotzdem nicht von seiner für richtig erkannten Meinung abwendig machen. Doch war er dem Verlangen zugänglich, daß der Reichstag nicht auseinandergehen dürfe, ohne vor seiner Vertagung der Nation ein für alle Fälle richtunggebendes Werk zu hinterlassen.[2]) Deshalb beeilte er sich, in Gemeinschaft mit dem Protokollführer Csengery, das Resultat der bisherigen Beratungen des fünfzehngliedrigen Subkomitees des 67er Ausschusses in stilgerechte Form zu bringen und mit dessen Genehmigung dem Drucke zu übergeben. Es war dies jenes Elaborat, das die Grundlage für die nachmalige Gestaltung Oesterreichs und Ungarns als österreichisch-ungarische Monarchie bildete. Als Deák das Elaborat veröffentlichen ließ, standen klar vor seiner Seele alle eventuellen Ergebnisse des bevorstehenden Krieges von 1866. Siegte Oesterreich, so befürchtete er das Emporkommen der Militärpartei, die dann den Kaiser von jeder Versöhnung mit Ungarn abzuhalten versuchen werde. Dieser Partei gegenüber wollte Deák ein Dokument geschaffen wissen als entsprechenden Zeugen dafür, daß das alte Oesterreich auf neuer Basis rekonstruierbar sei. Gleichzeitig sollte es auch den Militärs als gründliche Widerlegung ihrer vorauszusehenden Behauptung dienen, daß der Reichstag absichtlich nichts getan und nur die Zufälle des Krieges abwarten wollte, um seine Forderungen zu steigern oder die

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 682.
[2]) Ibidem, S. 683.

gänzliche Lostrennung Ungarns von Oesterreich auszusprechen. Aber auch für den Fall der Niederlage, wenn nach Besiegung des Heeres der Feind gemeinsam mit den Emigranten ins Land dränge, sollte der Nation die Wahl zwischen diesem Staatsakt und der Revolution gelassen werden. Deák wollte dadurch sein Gewissen vor dem Vorwurf bewahren, als hätte er das Land in dem kritischsten Augenblick ohne Rat gelassen. Es ist sein großes Verdienst, daß er alle Möglichkeiten rasch in seinem ebenso klar wie hell blickenden Geiste gegeneinander abwog und dann mit entschiedener Tatkraft den in dieser Stunde einzig allein richtigen Ausweg fand, wie er sich in der Veröffentlichung des Elaborates darbot. Deák hat damit bewiesen, daß er sich auf der Höhe der Situation befand. Dadurch ist es ihm gelungen, die Verwirklichung des Ausgleiches in seiner Hand zu behalten, bei dessen bald hierauf erfolgter Durchführung ihm Andrassy als sein verläßlichster und geschicktester Mitarbeiter treu zur Seite stand.

Achtes Kapitel

Königgrätz

Das drohende Gespenst eines österreichisch-preußischen Krieges hatte die Notwendigkeit des Ausgleiches mit Ungarn immer mehr in den Vordergrund gerückt. Und doch nahm der Wiener Hof, noch ehe er seinen Frieden mit der ungarischen Nation geschlossen, gleichzeitig nach zwei Seiten hin: gegen Preußen und Italien, den Kampf auf. Mit einem unzufriedenen, seine Hoffnungen zum Teil auf äußere Komplikationen gerichteten Volke im Rücken, zogen die kaiserlich österreichischen Heere ins Feld. Hätten unter solchen Umständen die Wiener Minister nicht im eigensten Interesse des von ihnen geleiteten Staates den Zusammenstoß mit Preußen vermeiden sollen, das ein Mann leitete, von dessen zielbewußtem Streben die damalige Welt schon die richtige Meinung hatte. Bismarck wollte, wie man jetzt weiß, „die Frage der österreichisch-preußischen Rivalität auf dem Schlachtfelde entscheiden, weil sie in anderer Weise nicht lösbar sei". Um des preußischen Ministerpräsidenten letzte Absichten zu erraten, hätte es zur Vertretung der österreichischen Angelegenheiten allerdings anderer Männer bedurft als solcher, die damals tatsächlich an der Spitze der Monarchie standen. In geschickter Weise wußte Bismarck den Zündstoff zu häufen, wozu ihm Schleswig-Holstein reichlichen Anlaß bot. Nachdem Oesterreich und Preußen im Jahre 1864 die Herzogtümer dem König von Dänemark in einem gemeinsam glücklich geführten Feldzuge abgerungen und sie ihnen zu gleichen Teilen zugefallen waren, verlangte jetzt Bismarck vom Wiener Hof, daß er freiwillig Schleswig-Holstein entsage. Dazu aber konnte Oesterreich nicht bestimmt werden. An der Frage, ob es Preußen gelingen werde, die Herzogtümer in seiner Machtsphäre festzuhalten, entspann sich der große Brand, auf den die Augen von ganz Europa gerichtet waren. Hier handelte es sich weniger um den Besitz des kleinen Ländergebietes als um die Entscheidung, wem von den beiden Großmächten in Zukunft die Vorherrschaft in Deutschland gebühre. Schleswig-Holstein bildete nur den Probestein des Kräfteverhältnisses zwischen den Höfen von Wien und

Berlin. Bismarck war bemüht, den großen Interessenstreit zum endgültigen Abschluß zu bringen, den schon Kaunitz, aber vergebens, auszufechten versuchte, und den dann Fürst Felix Schwarzenberg im Jahre 1850, allerdings nur mit einem Scheinerfolg, ausgetragen zu haben schien. Dem preußischen Ministerpräsidenten brannte es auf der Seele, daß einst Fürst Schwarzenberg gesagt haben soll: „Il faut avilir la Prusse". Keinem österreichischen Staatsmann wollte er künftig eine solche Sprache gestatten, die mehr von Uebermut als Klugheit zeugt. Bismarck verstand es, Oesterreich vor der ganzen Welt in der holsteinischen Frage ins Unrecht zu setzen, die Dinge sich so sehr zuspitzen zu lassen, daß nur der Appell ans Schwert übrigblieb. Es kam zum Schlagen, und wie 1859 in Italien, so wurde am 3. Juli 1866 die kaiserliche Armee auf dem Schlachtfelde von Königgrätz zertrümmert. Die Rückwirkung, vor allem auf die innere Gestaltung der Monarchie, machte sich sofort fühlbar. Die Veränderung, die die militärische Niederlage bewirkte, war eine so tiefgreifende, daß nachträglich kein Mitglied des sogenannten Dreigrafenministeriums — Belcredi, Esterházy, Mensdorff — sich zur Urheberschaft des Konfliktes bekennen wollte. Jeder trachtete, die Schuld dem anderen zuzuschieben. Man hat denn auch das sonderbare Schauspiel erlebt, daß zuerst Graf Alexander Mensdorff, der Minister des Aeußern, verkünden ließ, er wäre nie mit dem Kriege gegen Preußen einverstanden gewesen. Dann meldete sich Graf Moriz Esterházy, Minister ohne Portefeuille, gleichfalls bestrebt, von dem Vorwurfe loszukommen, als hätte er den Rat erteilt, im Streite mit Preußen zum Schwert zu greifen. Als Dritter im Bunde mochte auch der damalige Staatsminister Graf Richard Belcredi nichts davon wissen, die Monarchie zum Losschlagen veranlaßt zu haben. Er behauptet in seinen hinterlassenen „Fragmenten",[1]) erst am Tage der Beeidigung als Minister — 7. Juli 1865 — und nicht früher, zu seinem „Entsetzen", in Gegenwart Mensdorffs und Esterházys, aus dem Munde des Kaisers erfahren zu haben, daß der Krieg unvermeidlich sei. Bei seinem Amtsantritt dünkten Belcredi die deutschen Angelegenheiten, über die ihm auf Befehl des Kaisers die beiden Diplomaten des Kabinettes, Mensdorff und Esterházy, Aufklärungen zu erteilen hatten, so gründlich verfahren, daß, wie er bemerkt, „kein anderer Ausweg blieb als der Krieg".[2]) Sollte etwa der letzte

---

[1]) Belcredis „Fragmente", in „Kultur", 1906, S. 7.

[2]) Ibidem, a. a. O., S. 7.

Passus eine unabsichtliche Bestätigung dafür bieten, daß Belcredi sich schließlich, unter dem Drucke der von anderen geschaffenen Notlage, für den Feldzug gegen Preußen entschied? Es ist höchst wahrscheinlich, daß er sich mit der gegebenen Situation abfand und nicht bloß die Zustimmung hierzu erteilte, sondern sogar, als einmal die Dinge diesen Verlauf genommen, auch selbst für den Krieg war. Sagt doch eine ihm sehr nahe gestandene Person, daß Belcredi immer mehr einer Entscheidung durch die Waffen zuneigte.[1]) Es gibt in Belcredis „Fragmenten" keine einzige Stelle, die Zeugnis dafür ablegen könnte, daß er gegen eine bewaffnete Auseinandersetzung Einspruch erhoben. Die Wahrheit wird wohl sein, daß alle Minister auf den Zusammenstoß lossteuerten — unter dem Zeichen ewigen Schwankens und steter Ungewißheit. Aeußerte ja später einmal Mensdorff zum preußischen Gesandten in Wien, er habe dringend vom Kriege abgeraten, von dessen Ausbruch er seinen Austritt aus dem Kabinette abhängig machen wollte.[2]) Freilich nur w o l l t e, ohne es wirklich zu tun, was das Renommee seines Namens als Minister des Aeußern gerettet hätte. Und was soll man ferner dazu sagen, wenn er noch unmittelbar vor dem Beginn der Feindseligkeiten den Ausspruch tat: „Ich bin überzeugt, daß es dennoch nicht zum Kriege kommt."[3]) Ein arger Wirrwarr muß unter den nächsten Ratgebern des Kaisers geherrscht haben. Den Gang, den die damalige auswärtige Politik Oesterreichs nahm, lernt man überhaupt erst bei einem tieferen Einblick in den Charakter der leitenden Persönlichkeiten verstehen. Graf Mensdorff hat es selbst erklärt, daß er wider Willen, nur infolge ausdrücklichen Befehls seines Souveräns, das Ministerium des Aeußern übernommen habe. Wenn Vornehmheit, Tapferkeit und edle Gesinnung allein schon zur Leitung der äußeren Politik eines großen Staatswesens befähigen würden, hätte die Wahl des Kaisers auf keine würdigere und geeignetere Persönlichkeit als auf Graf Mensdorff fallen können. Aber es war verhängnisvoll, daß es ihm neben solchen Vorzügen gerade an den zu seinem jetzigen Amte wichtigsten Eigenschaften mangelte. Obgleich er bereits 1852 Botschafter in Petersburg gewesen, wo er allerdings nur im Sinne der Weisungen seines Vorgesetzten zu handeln hatte, fühlte er sich dennoch in seiner neuen Tätigkeitssphäre fremd und unbehaglich. Ihm wurde Graf Moriz Esterházy als beratender Mentor an die

---

[1]) Bernhard Ritter von Meyer, „Erlebnisse", Bd. II, S. 51.

[2]) Werther an Bismarck, 21. September 1866.

[3]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., S. 5.

Seite gegeben, an den er sich, als den erfahrenen Diplomaten, in heiklen Fragen zu wenden habe. Graf Esterházy war eigentlich von der Natur nichts von dem versagt worden, was zur Intelligenz eines Mannes gehört. Fein, lebhaft, spöttisch, fehlte ihm nur die treibende Kraft des Ehrgeizes, um selbsttätig zu wirken. Mehr Meister der scharfen Kritik als schöpferischer Geist, fand er hohes Vergnügen daran, jede Ansicht, jeden Vorschlag seines Kollegen nach allen Seiten hin, gleichsam zerfasernd, zu beleuchten, ohne jedoch selbst mit einem positiven Gegenantrag hervorzutreten. Bei solcher Behandlung der Geschäfte fand sich Mensdorff bald nicht mehr zurecht, da er, obgleich richtig urteilend, doch nicht den Mut der eigenen Meinung besaß. So oft er bei Esterházy Rat suchte, kam er aus dem Regen in die Traufe. Häufig genug geschah es, daß er in dringenden Fällen vom ersten Stock des Ministeriums des Aeußern in den zweiten Stock hinaufstieg, wo Esterházy sinnend weilte. War aber Mensdorff, von Zweifeln getrieben, zu jenem hinaufgeeilt, so kehrte er von ihm mit einer vermehrten Last von allerlei Erwägungen wieder in sein Bureau zurück. Die Unterredung mit Esterházy hatte ihn nicht klüger, sondern nur noch kopfscheuer gemacht. Nichts war daher ungeeigneter, als einen immer zögernden, gegen sich im höchsten Grade mißtrauischen Minister des Aeußern, der stets nur Bedenken auf Bedenken häufte, ohne sich je zu entscheiden, mit einem Manne von den Anlagen Esterházys zu vereinter Tätigkeit zu verbinden, der seinerseits zersetzend wirkte, ohne selbst zu einem Entschlusse gelangen zu können. Obgleich Esterházy berufen war, der eigentliche geistige Leiter der äußeren Politik zu sein, zog er es doch vor, im Hintergrunde der Aktion zu bleiben, um gegebenenfalls die Verantwortlichkeit auf die Schultern Dritter überwälzen zu können. Psychologisch erklärt es sich dann, wie zwei Menschen von solcher Beschaffenheit später sich einreden konnten, daß sie den Krieg nicht gewollt hätten. In Wirklichkeit haben sie, was kaum zweifelhaft erscheinen kann, den Ausbruch der Feindseligkeiten mit Preußen gefördert. Mit aller Bestimmtheit bezeichnet sie denn auch Belcredi in seinen „Fragmenten“ als die Urheber des Krieges.[1]) Von Ministern, die so wenig miteinander harmonierten, wie Mensdorff, Esterházy und Belcredi, war gewiß ein heilsames Zusammenwirken nicht zu erwarten. Neben und hinter ihnen hetzte zum Kriege die sogenannte „Militärkamarilla“, die ihren Mittelpunkt in

---

[1]) Belcredis „Fragmente“, a. a. O., S. 8

der Generaladjutantur des Kaisers hatte. Ausdrücklich bezeichnet der preußische Gesandte, Baron Werther, den ersten Kaiserlichen Generaladjutanten, Graf Crenneville, als denjenigen, der vor allen anderen zum Krieg gegen Preußen geschürt hat.[1]) Und wie wenig rechtfertigte die Führung des Heeres das in sie gesetzte Vertrauen. Man erzählte sich damals, daß die Ernennung Benedeks zum Oberkommandanten der Nordarmee die Frucht einer geschickt eingefädelten Intrige gewesen sei, um bei dessen erstem Mißerfolg dem Kaiser beweisen zu können, ein wie wenig „verläßlicher Faktor" die öffentliche Meinung sei.[2]) War das die Absicht, so hatte sie ihr Ziel, freilich auf Kosten des Staates, gründlich erreicht. Denn die öffentliche Stimme war es, die man jetzt zuschanden bringen wollte, die dem Monarchen den Feldzeugmeister Benedek geradezu als den einzig möglichen Generalissimus aufgedrängt hatte. Es zeugte sicher von großer Erkenntnis der eigenen Fähigkeiten, wenn Benedek den ihm angebotenen Oberbefehl zuerst ablehnte und sich dann nur auf bestimmtes Geheiß seines obersten Kriegsherrn fügte. Jedenfalls besaß weder Benedek und noch weniger seine militärische Umgebung — Henikstein und Križmanić — die Begabung,[3]) um einem Gegner, wie Moltke, die Stirn bieten zu können. Vielleicht wäre das Aeußerste zu vermeiden gewesen, wenn sich der Oberfeldherr nicht hätte verleiten lassen, die Schlacht am 3. Juli 1866 anzunehmen. In Wien hatte man auch nach dahin gelangten Berichten aus dem Hauptquartier darauf gerechnet, Benedek werde, mit Rücksicht auf die bisher erlittenen Schlappen, einem größeren Zusammenstoße mit dem Feinde aus dem Wege gehen, um sich vorerst zu sammeln und zu stärken. Bis spät in die Nacht des 3. Juli saßen der Kaiser und die Kaiserin in tiefernster Stimmung zusammen, weiterer Nachrichten vom Kriegsschauplatze gewärtig.[4]) Als endlich die Kunde von der Vernichtung der Armee bei Königgrätz eintraf, wirkte sie niederschmetternd auf das Kaiserpaar. In dieser Notlage richtete es seine Blicke sofort auf Ungarn, von dessen Hilfe man eine günstige Wendung erhoffte. Einige Tage nach der Schlacht von Königgrätz — 9. Juli — kam die Kaiserin nach

---

[1]) Werther an Bismarck, Wien, 21. September 1866.

[2]) Weymann an Bismarck, Wien, 9. September 1866.

[3]) Siehe Näheres bei Friedjung, „Der Kampf um die Vorherrschaft in Deutschland".

[4]) Mündliche Mitteilung eines hochgestellten Offiziers.

Pest, aller Wahrscheinlichkeit nach mit der Mission betraut, persönlich Umschau über die in Ungarn gegenüber der Dynastie herrschende Gesinnung zu halten.[1]) Zur Erreichung dieser Absicht hätte man von Wien keine geeignetere Persönlichkeit senden können. Es war der ebenso schönen wie bestrickend liebenswürdigen Fürstin gewiß nicht vergessen, daß sie, die bayerische Herzogstochter, Ungarisch erlernt und in dem nationalen Idiom am 8. Januar 1866 die Glückwunschdeputation des Reichstages begrüßt hatte, was, wie ein Zeitgenosse erzählt, auf die Augenzeugen einen wahrhaft überwältigenden und teilweise rührenden Eindruck machte.[2]) In eingeweihten Kreisen dürfte es nicht unbekannt geblieben sein, daß sie im selben Jahre auf einem Ball in der Ofener Hofburg zu Andrássy gesagt hatte: „Sehen Sie, wenn des Kaisers Angelegenheiten in Italien schlecht gehen, so schmerzt es mich; wenn aber das gleiche in Ungarn der Fall ist, so tötet mich das.“[3]) Längst war Kaiserin Elisabeth, auf die das ritterliche, enthusiastische Wesen der Ungarn eine hinreißende Wirkung ausübte, der Ruf vorangegangen, daß sie die ungarische Nation aufrichtig liebe und deren warme Fürsprecherin in der Nähe des Thrones sei.[4]) Alle diese Umstände mögen Deák bewogen haben, in Gemeinschaft mit Andrássy und einigen anderen am Bahnhofe bei der Ankunft Elisabeths zu erscheinen. Anspielend auf den glänzenden Empfang, der ihr im Dezember 1865 zuteil geworden, begründete Deák sein jetziges Vorgehen mit folgenden Worten: „Ich würde es für eine Feigheit halten, der Kaiserin im Unglück den Rücken zuzuwenden, nachdem wir ihr entgegengingen, als die Angelegenheiten der Dynastie noch gut standen.“[5]) Vermutlich hat die Kaiserin ihren Gemahl von der herzlichen Aufnahme unterrichtet, der sie und ihre Kinder in Pest begegnet waren. Sie dürfte ihm aber auch wahrheitsgetreuen Bericht über die revolutionäre Stimmung erstattet haben, die sich unzweifelhaft in den verschiedenen Schichten der ungarischen Bevölkerung kundgab. In Kecskemét wurden die italienischen Kriegsgefangenen von Tausenden und Tausenden enthusiastisch begrüßt. An anderen Orten erklärten die jungen Burschen, lieber in die Wälder zu flüchten, als sich auf die sichere Schlachtbank

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 763.
[2]) Werther an Bismarck, Wien, 10. Januar 1866.
[3]) Kónyi, Bd. III, S. 602.
[4]) Belcredis „Fragmente“, 6. Jahrgang, S. 413.
[5]) Kónyi, Bd. III, S. 763.

nach dem Kriegsschauplatze führen zu lassen. In Pest selbst trugen die Studenten zum Zeichen ihrer Gesinnung rote Federn auf den Hüten.[1] Genährt wurde die aufrührerische Strömung teils durch Emissäre der ungarischen Emigration, teils durch Abgesandte Bismarcks, mit dessen Einwilligung und tatkräftiger Unterstützung die sogenannte „Klapkalegion“ gebildet wurde, bereit, gegen Oesterreich zu kämpfen.[2] Man hat mit den gegen das Haus Habsburg gerichteten revolutionären Bewegungen auch Andrássy in Verbindung zu bringen gesucht, und es ihm zum Vorwurfe gemacht, daß er mit Graf Seherr Thosz, einem ungarischen Vertrauten Bismarcks, schriftlichen Verkehr unterhielt.[3] Noch von der Emigrationszeit her stand Andrássy mit Seherr Thosz in intimen Beziehungen, und er war nicht der Mann, seine ehemaligen Freunde wegen gegenteiliger politischer Anschauungen zu verleugnen. Gerade aus dem Antwortschreiben Andrássys muß gefolgert werden, daß er Seherr Thosz' Bestrebungen nicht billigte. Aller Wahrscheinlichkeit nach hat ihn dieser von seinen Plänen unterrichtet, worauf dann Andrássy, anstatt Seherr Thosz zu ermuntern, ihm die Aussichtslosigkeit seiner beabsichtigten Unternehmung vor Augen hielt. Nicht anders darf die Stelle in dem Briefe, mit welchem Andrássy das Schreiben des Grafen beantwortete, gedeutet werden. Sie lautet: „Jedoch glaube ich, der Moment, wo sich dies arme Land an irgendeiner auswärtigen Unternehmung beteiligen kann, ist noch in weiter Ferne.“[4] Hätte sich Andrássy für eine mit dem Auslande vereinbarte Erhebung seines Vaterlandes entschließen können, so wäre hierfür die Zeit nach dem 3. Juli 1866 jedenfalls günstiger gewesen als zu Anfang des Jahres, wo Oesterreichs Armee noch keine vernichtende Niederlage erlitten. Und gerade jetzt vereinte er seine Kräfte mit Deák und den ihnen Gleichgesinnten, um, wie er schreibt, eine der schwierigsten Aufgaben zu lösen, „die je den zu großen Dingen schon oft berufenen Söhnen der Pußta anheimgefallen ist“.[5] Ohne die ausgleichsfreundliche Gesinnung Deáks und Andrássys wäre sicher das Land von den Zuckungen der Revolution durchwühlt worden. Nicht vergeblich

---

1) Kónyi, Bd. III, S. 764.

2) A. Kienast, „Die Legion Klapka“. Eine tüchtige Arbeit, die aber durch zur Schau getragene ungarfeindliche Gesinnung gekennzeichnet ist.

3) Ibidem, S. 44.

4) Mitgeteilt von Seherr Thosz im „Pester Lloyd“, 30. Mai 1897. Kienast, a. a. O., S. 45.

5) Ibidem.

wandte sich jetzt der Kaiser in seiner Not an diese Männer. Nach der Schlacht von Königgrätz wurde Deák nach Wien in die Hofburg berufen. Noch ehe dies geschah, fragte im Allerhöchsten Auftrage der Tavernikus Sennyey den Grafen Andrássy, was unter den jetzigen Umständen sein Programm wäre. Der Graf, der voll Erbitterung von den am Ruder befindlichen ungarischen Staatsmännern sprach und entschlossen war, sie im nächsten Reichstag schonungslos anzugreifen,[1]) antwortete dem Vertreter der Regierung: „Der erste Punkt meines Programmes ist, daß Ihr anderen Platz machet, solchen, die das Vertrauen der Nation besitzen; da ist Deák, bekleidet ihn mit der Verantwortlichkeit, und die Sache wird gehen." In größter Erregung, wie wenn man ihn angeschossen hätte, sprang Sennyey von seinem Sitze empor und rief: „Du sagst: Ihr könnt gehen! Und Ihr denkt, daß der Kaiser Euch annehmen soll? Soweit sind wir noch nicht, daß wir uns fortpacken und Ihr mit Triumph einzieht."[2]) Sennyey gab sich einer großen Täuschung hin, als er meinte: „So weit sind wir noch nicht." Der unglückliche Schlachttag vom 3. Juli hatte den Altkonservativen den Boden unter den Füßen entzogen; ihre Entfernung war nur noch eine Frage kurzer Zeit. Als triftigster Beweis hierfür galt das Erscheinen Deáks in Wien, der am 18. Juli unter dem Namen „Advokat Ferenczy" im „Hasen"-Gasthof zu Meidling (bei Wien) abgestiegen war. Von dort fuhr er am nächsten Tage in einem Einspänner, nachdem er seinen kleinen Koffer auf dem Bocke des Kutschers untergebracht, zu früher Morgenstunde in die Burg, wo er sofort vom Monarchen empfangen wurde. Den vom Schicksal schwer betroffenen Herrscher berührte es angenehm, daß Deák in der Stunde des Unglückes nicht mehr für Ungarn forderte, als er während des Friedens in seinen Adressen verlangt hatte.[3]) Er tat dies als kluger Politiker, der nur zu gut weiß, daß über das Recht hinausgehende abgetrotzte Zugeständnisse, wie er es auch später in einer im Abgeordnetenhaus gehaltenen Rede sagte, von Anfang an den Keim der Zerstörung in sich bergen. Indem er dem Kaiser gegenüber der in beiden Staaten der Monarchie verbreiteten Anschauung von der Unerläßlichkeit der Aenderung des herrschenden Regierungsystems beredten Ausdruck gab, war er aus politischen Gründen dennoch der Ansicht,

---

[1]) Kónyi, Bd. III, S. 765.
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem, Bd. V, S. 3.

daß die Durchführung dieser Maßregel bis nach dem Friedensschluß zu verschieben sei. Seinem ganzen, jedem Machtbedürfnis abholden Wesen entsprach es, daß er die ihm angebotene Bildung einer Regierung aufs entschiedenste ablehnte. Nun wäre es freilich nahe gelegen, dem Kaiser Mailáth und dessen Genossen als die berufenen Männer zur Uebernahme des ungarischen Ministeriums vorzuschlagen. Allein deren Haltung auf dem letzten Reichstag hatte Deák derart verstimmt, daß er mit ihnen keine politische Gemeinschaft haben wollte. Er empfahl daher als die geeignetste Persönlichkeit Graf Andrássy. Schon vorher hatte die damals in Pest anwesende Kaiserin Elisabeth, die in dieser Angelegenheit eine bedeutende Rolle spielte, am 16. Juli an Andrássy geschrieben: „Soeben habe ich die Antwort erhalten, daß der Kaiser Sie in Wien erwartet. Ueber das übrige mündlich heute nachmittag, wieder bei der Gräfin Königsegg." [1])

Infolge dieser Nachricht und einer eigenen an ihn ergangenen Berufung des Kaisers reiste Andrássy nach Wien. Als er die Räume der Wiener Hofburg betrat, ahnte er nicht, daß unmittelbar vor ihm der Führer des Reichstages von Angesicht zu Angesicht dem Herrscher gegenübergestanden. Hier, im Audienzsaal, äußerte er sich, ohne vorherige Verabredung, in gleichem Sinne wie Deák über die Lage und über die Mittel zu deren Heilung. Franz Josef I. war offenherzig genug, um selbst die Identität seiner Anschauungen mit denen des „alten Herrn" zu betonen. [2]) Von diesem Augenblick an beginnt die eigentliche historische Rolle Andrássys in den Geschicken seines Vaterlandes. Ungeachtet der vielen Schwankungen, die noch eintraten, ward Andrássy allmählich Vertrauensperson des Kaisers und hierdurch Vermittler zwischen Krone und Nation. Mit gespannter Aufmerksamkeit hörte der Monarch seinen Erörterungen zu, die sich in erster Linie auf die Frage bezogen, ob jetzt oder erst nach dem Friedensschlusse die Wünsche der Ungarn zu erfüllen wären. Im Rate der Krone hatte sich Graf Belcredi aufs entschiedenste gegen alle Konzessionen in diesem Moment ausgesprochen. Er stützte seine Beweisführung darauf, daß die sachlichen Hindernisse, die bisher bestanden, auch durch das Unglück auf dem Schlachtfeld nicht be-

---

[1]) Kaiserin Elisabeth an Andrássy, 16. Juli 1866. Der Brief ist in ungarischer Sprache verfaßt. Gräfl. Andrássysches Archiv. Pauline Marie Gräfin Königsegg-Aulendorf war Obersthofmeisterin Elisabeths.

[2]) Ueber die Audienzen Deáks und Andrássys siehe Kónyi, Bd. III, S. 767 und ibidem, Bd. IV, S. 1—6.

hoben seien, und es höchst unklug wäre, gerade in einem Zustand der Schwäche das Elaborat des 1867er Ausschusses anzunehmen. Belcredi verstand es, den Kaiser durch die Perspektive der Gefahren, die ein solches Nachgeben unfehlbar heraufbeschwören müsse, für sich zu gewinnen. Man dürfe ja nicht glauben, äußerte er, daß sich Ungarn mit dem Erreichten zufriedengeben werde; durch den Erfolg ermutigt, werde es vielmehr bis zur Personalunion fortschreiten, um so gewisser, als die ungarische Linke für derartige Bestrebungen bei der deutsch-österreichischen Partei kräftige Unterstützung fände. „Die Personalunion," sagte er dem Monarchen, „wäre nicht bloß der Anfang vom Ende, sondern das Ende selbst, indem bei der geographischen Lage der Monarchie, ihren äußeren und inneren Verhältnissen, der großen Verschiedenheit in der Kultur, den Sitten, Anschauungen und Interessen der ungarischen und nichtungarischen Länder, dem Bestehen zweier selbständiger Parlamente ohne jedes andere Band als die Person des Regenten, das Reich wahrhaft ein Koloß mit tönernen Füßen wäre, der durch die geringste innere Erschütterung oder eine leise Berührung von außen zusammenstürzen und in seine Teile zerfallen müßte." [1]) Leicht begreiflich, daß der Kaiser, den Belcredi durch seine tendenziös gefärbte Schwarzmalerei an dessen empfindlichster Seite zu treffen gewußt hatte, Andrássy gegenüber jede Nachgiebigkeit als Besiegter für außerordentlich bedenklich erklärte. Der Graf war aber nicht so leicht zu entwaffnen. Er entgegnete: der Natur der Sache nach geraten zuweilen die Interessen der Monarchen und Völker in Gegensatz zueinander. Daraus entstehe jedoch nur dann Uebles, wenn der Souverän mehr gibt, als er geben kann, oder aber zurücknehmen will, was er bereits bewilligte. Glücklich, meinte er, ist der Fürst, der weder in den einen noch anderen Fall gerät. Wenn nun, führte er weiter aus, der Kaiser Frieden schließt, ohne vorher die Wünsche der Nation erfüllt zu haben, wird man allgemein behaupten, er ziehe den schmählichsten Frieden einer verfassungsmäßigen Regierung vor. Die Versöhnung Ungarns sei auch schon deswegen nötig, um bessere Bedingungen von Preußen zu erhalten. Andrássy verhehlte nicht dem Monarchen, daß dessen äußere Gegner auf seine Abneigung rechnen, unter irgendwelchem Zwange Konzessionen zu bewilligen, und daß die europäische Diplomatie alle ihre Künste dagegen aufbieten werde, weil es außer England keine Macht

---

1) Belcredis „Fragmente", a. a. O., 6. Jahrgang, S. 413.

gebe, die ein Interesse daran hätte, Oesterreich stark zu sehen. Jetzt und freiwillig müsse der Kaiser Ungarn entgegenkommen. In einem späteren Zeitraum würde man ihm hierfür keinen Dank mehr wissen. „Der Enthusiasmus hernach," sprach er zum Herrscher, „wäre vergeblich gewesen, weil man gedacht hätte, er (der Kaiser) tut es, weil er es tun muß, und wird es wieder zurücknehmen. Tun es Euer Majestät jetzt, so wird man sagen, er hat es freiwillig getan, folglich ohne Rückhalt, und der Enthusiasmus entsteht von selbst. Es ist ein entscheidender Moment, und ich wage es zu sagen, der Stern Euer Majestät wird von dem Tage im Steigen begriffen sein, wenn Euer Majestät sich zu dem Schritte entscheiden. Gedenken Euer Majestät dieser Worte, sie werden sich buchstäblich Wort für Wort erfüllen." Deshalb forderte er, daß sich der Kaiser offen und entschieden zum Dualismus bekenne, den Andrássy als die schon zur Zeit der Wahl Ferdinands I. akzeptierte Grundidee des Bestandes der neuen Monarchie hinstellte. In klarer, bündiger Art setzte der Graf auseinander, wie bisher jeder Versuch mit der einheitlichen Monarchie gegen Ungarn, sei es im Namen des Absolutismus oder des liberalen Zentralismus, zu einer Katastrophe geführt und wie es vollkommen unstichhaltig sei, den Dualismus als eine Gefahr zu bezeichnen, deren Folgen unberechenbar wären. Der Dualismus, erörterte er, müsse auf den Deutschen und Ungarn, den beiden Säulen der Monarchie, neu aufgebaut werden. Sie sind die Elemente, die vor allem befriedigt werden müßten. Der Kaiser machte hierauf den Einwurf, daß die Nationalitätenfrage jetzt noch größere Schwierigkeiten als im Jahre 1848 bereiten werde. Schlagfertig entgegnete Andrássy, daß sie gerade deswegen definitiv gelöst werden müsse, denn die Zeit, wo man eine Nationalität gegen die andere ausspielen konnte, sei vorüber. Abgesehen davon, daß ein solches Experimentieren sich bereits abgenützt habe, wäre es auch gefährlich, unmoralisch und dem monarchischen Prinzip viel verderblicher als die republikanischen Ideen. Schließlich dürfe nicht außer acht gelassen werden, daß ein solcher Versuch auch sehr kostspielig sei, eine Bemerkung, die den Kaiser zu herzlichem Lachen anregte. Zur Bekräftigung seiner Ansicht führte Andrássy noch an, daß gerade in einem Staate, den so verschiedene Nationen bewohnen, eine Art von Balance bestehen müsse. Dieses Gleichgewicht kann aber nur in dem konstitutionellen Dualismus gefunden werden. Als verfassungsmäßiger Herrscher habe es der Kaiser in der Gewalt, die Balance zwischen den beiden Hälften

der Monarchie in seiner Hand zu behalten.[1]) Die gerade im Munde Andrássys etwas merkwürdig klingende Anschauung stimmt so ziemlich mit dem, was er um diese Zeit zu Graf Belcredi sagte: „Zwei selbständige Parlamente sind ganz ungefährlich und für die Krone geradezu erwünscht, denn was der Kaiser von dem einen Parlamente nicht erreichen kann, wird er bei dem anderen erreichen." [2]) Noch in derselben Audienz erhielt der Graf den Auftrag, sich mit Deák in Verbindung zu setzen und ihn zu befragen, wie er sich das Verhältnis Ungarns zu den Erbländern vorstelle und welche Garantien die eventuelle Ernennung eines ungarischen Ministeriums für die Interessen des Thrones und der Gesamtmonarchie bieten könnte.[3]) Andrássy begab sich nach Pußta-Szent-László zu Deák, mit dem er die Lage besprach und aus dessen Munde er die Versicherung erhielt, daß er bereit sei, eine aus der Majorität des vertagten Reichstages gebildete Regierung aufs wärmste zu unterstützen.[4]) Nach einer langen ermüdenden Reise war der Graf am 27. Juli von Pest aus wieder in Wien eingetroffen, um dem Kaiser über seine Unterredung mit Deák Bericht zu erstatten. Da er anstatt um acht Uhr abends erst gegen zwei Uhr morgens in der Kaiserstadt anlangte, nahm er die Verspätung zuerst für ein böses Vorzeichen der Mission. Sofort aber tröstete er sich. „Ich erinnerte mich," lautet es in seiner Aufzeichnung hierüber, „daß heute Freitag ist, und ich habe das lächerliche Vorurteil, daß alles, was ich an einem Freitag beginne, nicht schlecht enden kann." [5]) Noch am 28. Juli spät abends suchte er Mailáth auf, mit dem er lange über die Situation sprach. Der ungarische Hofkanzler machte ihm den Eindruck, daß er noch zu keinem definitiven Entschlusse gelangt sei. Einen Moment schien es Andrássy, als ob Mailáth, wenn er jetzt gehen müßte,

---

[1]) Nach dem eigenhändigen deutschen Konzept eines Vortrages Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv. Das Konzept ist undatiert. Kónyi teilt Bd. IV, S. 6 ein kleines Stückchen davon mit. Auf der Rückseite des Konzeptes steht von Andrássys Hand in ungarischer Sprache: „Erstes Zusammentreffen mit Seiner Majestät während des preußischen Krieges", daher kann der Vortrag nur vom 19. Juli 1866 sein.

[2]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., 6. Jahrgang, S. 414.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 7.

[4]) Ibidem, S. 6. Andrássy an Baron Kemény, 27. Juli 1866.

[5]) Eigenhändige tagebuchartige Aufzeichnungen Andrássys, 28. Juli 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv. Vorträge, Aufzeichnungen u. s. w. von der Hand Andrássys, bei denen der Vermerk: „deutsch" fehlt, sind in ungarischer Sprache abgefaßt.

seinen Platz in nicht gerade sehr verdrossener Stimmung verlassen würde. Im nächsten Augenblick wieder deutete des Hofkanzlers Haltung an, daß, wenn er überhaupt etwas bedaure, er sich mehr über die Trennung vom Amte gräme als über das Aufgeben der Ideen, die er bisher verteidigte. Keineswegs aber traute Andrássy Mailáths Versicherung, er werde bestrebt sein, eine Aenderung der Regierung zu fördern. [1]) Erfüllt von dieser Ueberzeugung begab er sich am 29. Juli neun Uhr morgens zum Kaiser, der ihn diesmal auffallend besser empfing als bei seinem ersten Erscheinen in der Burg. Fiel damals Andrássy der düstere Blick im Antlitz des Monarchen auf, so überraschte ihn jetzt dessen heiterer Gesichtsausdruck, der sich noch zu steigern schien, als der Graf bejahte, bereits mit Deák gesprochen zu haben. [2]) Sofort las Andrássy ein Schriftstück vor, in dem er das Resultat seiner Beratungen mit dem Führer der Nation zusammengefaßt hatte. Im Dokument, das er hernach dem Kaiser einhändigte, erklärte der Graf, Deák halte unverändert an den Grundsätzen des Komitees für gemeinsame Angelegenheiten fest und könne nicht davon abgehen, daß die verfassungsmäßige Organisation gleichzeitig in Zis- wie in Transleithanien vor sich gehen müsse. In seinem und Deáks Namen verpflichtete sich Andrássy dafür, daß das ernannte verantwortliche Ministerium die Annahme des Elaborates der Fünfzehner-Kommission über die gemeinsamen Angelegenheiten sowie auch die Revision der 1848er Gesetze im Reichstage durchsetzen werde. „Einem konstitutionellen ungarischen Ministerium," sagte der Graf zum Schlusse dem Monarchen, „dürfte es nicht schwer fallen, dies alles durchzuführen, vorausgesetzt, daß es aus Männern bestünde, die das Vertrauen der gegenwärtigen großen Majorität der Gesetzgebung und des Landes besitzen, zugleich aber durch das Allerhöchste Vertrauen Euerer Majestät und die Legalität ihrer Stellung die Mittel haben, die Nation durch die Bande des Vertrauens an die Interessen der Krone und die Allerhöchste Person Euerer Majestät zu fesseln." [3]) Sehr geschickt war es von Andrássy, diese Saite anzuschlagen und die Notwendigkeit gegenseitigen Vertrauens als vornehmste Grundbedingung ersprießlichen Wirkens in den Vordergrund zu stellen. Doch nicht bloß taktische Erwägung, sondern vielmehr innerste Ueberzeugung gab

---

[1]) Eigenhändige tagebuchartige Aufzeichnungen Andrássys, 28. Juli 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem, 29. Juli 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 7.

ihm solche Worte in den Mund. Wiederholt betonte er es bei verschiedenen Gelegenheiten: ohne aufrichtiges Vertrauen der Krone vermöge sich kein Ministerium auf die Dauer zu halten. Er trachtete den Beweis zu erbringen, daß die zu ernennende Regierung gewiß nichts unternehmen werde, was gegen die wahrhaften Interessen der Dynastie verstoßen könnte und somit berechtigten Anspruch auf die Unterstützung des Thrones erheben dürfe. Der Graf war sich sehr wohl bewußt, in dieser Hinsicht einen Teil der Nation, der im oppositionellen Lager stand, doch nach dem gleichen Ziele wie er strebte, gegen sich zu haben. Aber während die Opposition nur nach dem Endresultat ihrer Bestrebungen auslugte, war dagegen Andrássy bemüht, nicht nur ans Ziel zu denken, sondern auch die Mittel herbeizuschaffen, durch welche es erreicht und dem „Staatsschiff" eine gefahrlose Fahrt gesichert werden könnte. Er wollte es, wie er selbst sagt, mit einem Mastbaum und all dem versehen, dessen es in der Stunde höchster Bedrängnis zu seinem Schutze bedürfe.[1]) Und in seinen Augen war das Vertrauen des Kaisers der Kompaß, mit dessen Hilfe allein die glückliche Landung im Hafen durchzusetzen wäre." [2])

Ungeachtet der günstigen Aufnahme, deren sich Andrássy am 29. Juli beim Kaiser zu erfreuen gehabt, war die Verständigung nicht um einen Schritt weiter gerückt. Der Monarch hatte ihn, auf seinen Vortrag hinweisend, mit den Worten entlassen: „Das werde ich noch sehr durchstudieren und überlegen,"[3]) und zu einer ihm sehr nahestehenden Persönlichkeit sagte der Herrscher: „Andrássy verlange sehr viel, verspreche aber nichts."[4]) Im kritischen Moment griff die Kaiserin ein, die sich bisher wiederholt, aber stets vergebens, der ungarischen Sache angenommen hatte.[5]) Am 30. Juli erhielt Andrássy die Nachricht, daß ihn die Kaiserin den folgenden Tag in Schönbrunn zu sehen wünsche. Er blieb in Unkenntnis darüber, ob die hohe Frau mit ihm im Auftrage ihres Gemahls oder aus eigener Initiative sprechen wolle. Jedenfalls muß er

---

[1]) Eigenhändige Aufzeichnung Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Deutsches Konzept zum mündlichen Vortrage Andrássys vom 28. Juli 1866. „Ohne das Vertrauen des Kaisers könnten wir auch nichts durchführen." Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Andrássys tagebuchartige Aufzeichnungen, 29. Juli 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem, 31. Juli 1866.

[5]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., 6. Jahrgang, S. 413.

Kunde von den Bemühungen der edlen Fürstin im Interesse des Friedens mit Ungarn gehabt haben. Nur so ist es erklärlich, daß er am 30. Juli, als er den Ruf nach Schönbrunn erhielt, in sein Tagebuch vermerken konnte: „Sicher ist, daß, wenn ein Erfolg erreicht wird, Ungarn der schönen Vorsehung (Elisabeth), welche über ihm wacht, mehr zu danken haben wird, als es ahnt.“[1] Leider hat Andrássy über seine Unterredung mit Elisabeth keine Aufzeichnungen hinterlassen. Nach allem scheint es jedoch, daß sie nach beiden Seiten hin bemüht war, die Bahn zu einer gütlichen Verständigung freizumachen. Vorläufig allerdings konnte sie kein befriedigendes Resultat erzielen; sie blickte pessimistisch in die Zukunft und verabschiedete Andrássy mit der wenig trostreichen Versicherung, sie hege keine Hoffnung, ihre Wirksamkeit von Erfolg gekrönt zu sehen.[2] Aber deswegen legte sie nicht resigniert die Hände in den Schoß. Man darf wohl annehmen, daß die Kaiserin nicht ohne Wissen ihres Gemahls mit Andrássy zusammengetroffen war. Und wenn sie dem Kaiser auch von keiner entscheidenden Wendung in den Ansichten Andrássys zu berichten gehabt haben wird, so dürfte es doch gerade auf ihren Einfluß zurückzuführen sein, daß der Graf ein drittes Mal[3]) von der Krone angehört wurde. Aller Wahrscheinlichkeit nach gehört in diese Zeit sein umfangreicher, in deutscher Sprache geschriebener Vortrag über die Neugestaltung der Monarchie, in dem er noch einmal alle Gründe für die Annahme des Dualismus und die Verwerfung des Föderalismus zusammenfaßte.[4] Was Andrássy hier sagt, ist von höchster Wichtigkeit und zeugt für scharfen staatsmännischen Blick, der ihn würdig den ersten Politikern seiner Zeit an die Seite stellt. Man kann nicht tiefer in die Natur unserer Monarchie eindringen als Andrássy in seinem Vortrage. Nur zu deren Schaden könnte von dem abgegangen werden, was der Graf in dieser Schrift als die Basis der Monarchie bezeichnet. Ihr Inhalt verdient hier eingehend beleuchtet zu werden. Indem Andrássy mit aller ihm eigenen Wärme für den Dualismus, gestützt auf das deutsche und ungarische Element, eintritt, wünscht er bei weitem nicht die Unterdrückung der slawischen Bevölkerung. Allein als Realpolitiker nimmt er

---

[1]) Andrássys tagebuchartige Aufzeichnungen, 30. Juli 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem, 31. Juli 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 3.

[4]) Undatiertes Konzept. Gräfl. Andrássysches Archiv.

vor allem die Zustände, wie sie sind, zum Ausgangspunkt seiner Pläne. Er möchte nur den Fehler früherer Politiker vermeiden, die einer dem Bestande der Monarchie so gefährlichen Krankheit, wie es die nationale Frage ist, stets mit aufregenden anstatt mit beruhigenden Mitteln beizukommen suchten. Andrássy gibt wohl zu, daß die Folgen der Schlacht am Weißen Berge (8. November 1620) grausam gewesen sein mögen, woraus aber doch nicht hervorgehen könne, daß man die Verhältnisse von neuem so herstellen müsse, wie sie vor jener großen Katastrophe waren, denn dies „würde das vergangene Unrecht nicht gut, dagegen wahrscheinlich die künftige Wiederholung desselben notwendig machen". „Eine künstliche Rekonstituierung der böhmischen Krone," sagt er im Vortrage, „und eine Gruppierung der slawischen Provinzen um dieselbe würde nur ein Werk innerhalb Oesterreichs anfangen, welches außerhalb desselben vollendet werden müßte." Aus diesen Erwägungen erklärte sich Andrássy aufs entschiedenste gegen die Neugestaltung Oesterreichs und Ungarns nach föderalistischen Prinzipien. „Die Grundzüge der Pragmatischen Sanktion neuen föderalistischen Ideen opfern," läßt er sich vernehmen, „hieße nicht nur ganz Ungarn der Monarchie entfremden, sondern auch die Monarchie selbst ihrer stärksten Basis berauben. Das Aufgeben der einmal angenommenen legislativen Vereinigung der Erbprovinzen hieße das deutsche Element um seine kulturhistorische Mission, d. h. um seine Mission in der Monarchie bringen. Und die Folge davon wäre, daß man sehr bald in Berlin oder München den Schmerzensschrei der deutschen Provinzen hören würde, so wie man in Florenz den Schmerzensschrei der italienischen Provinzen seinerzeit gehört hat." „Im Gegenteil," fährt er fort, „wird durch die legislative Vereinigung der Erbprovinzen, die man nicht mehr oktroyieren, sondern nur den Ideen des Elaborates des Fünfzehner-Komitees adoptieren müßte, die Monarchie gegen die Deutschtümelei des deutschen Elementes durch die Vermischung mit dem slawischen gesichert, das slawische dagegen durch das deutsche gehindert, eine Zentrifugalpolitik zu befolgen." Andrássy warnt davor, eine verschiedene Politik in Ungarn und eine verschiedene in Oesterreich inaugurieren und etwa in den Erbländern allein den Föderalismus zum herrschenden System erheben zu wollen. „Hat Ungarn seine Integrität," erklärt er, „während in der anderen Hälfte der Monarchie nicht das deutsche, sondern die slawischen Elemente ein künstliches Uebergewicht bekommen, so würde eine jede Regierung oft gezwungen sein, diejenigen Tendenzen in der

einen Hälfte der Monarchie zu bekämpfen, die sie in der anderen Hälfte mit allen Mitteln künstlich zu erhalten trachten müßte. Dies würde den Glauben an die Aufrichtigkeit der Regierung, an dem es vor allem not tut, gefährlich erschüttern und dadurch die Gefahren heraufbeschwören, die die Grundpfeiler der Monarchie schon mehrmals erschüttert haben." Wenn dagegen, versichert der Graf in seinem Vortrage, der Dualismus ehrlich und aufrichtig für alle unter dem Zepter des Kaisers befindlichen Länder angenommen wird, so stehe er auch ein für die volle Hingabe seiner Nation an die zu bewerkstelligende Neugestaltung des Staates, „denn Ungarn," sagt er, „wird nie aus der Monarchie hinausgravitieren, nur muß gesagt werden, daß Ungarn und seine Konstitution Platz haben in der Monarchie. Es war der Fehler des Bachschen Systems und der Februarregierung, daß sie sich zur Aufgabe gemacht haben, das Gegenteil zu beweisen, und es wird immer das Verdienst der Septemberregierung bleiben, der Initiative Seiner Majestät gefolgt zu sein und als die erste das Gegenteil offen ausgesprochen zu haben." Man würde jedoch Andrássy unrecht tun, wenn man ihn egoistischer Hintergedanken zum Vorteil seines engeren Vaterlandes beschuldigen wollte. So sehr er sich auch in erster Linie als Ungar fühlte, dessen staatsrechtliche Selbständigkeit und verfassungsmäßige Freiheiten gewahrt wissen wollte, war er doch kein engherziger Politiker, der nur an der Scholle haften blieb und nicht über die Grenzpfähle seines Komitates hinausblickte. Andrássy war sich klar darüber, daß die Existenz Ungarns immer nur in der engen Verbindung mit den Erbländern gesichert sei. So wenig dachte er dabei an eine erdrückende Macht Ungarns über Oesterreich, daß er das, was ihm sonst als spezifischem Ungar angenehm sein könnte, von höherem Gesichtspunkte aus, sogar selbst widerrät. Seiner Ansicht nach wäre ein vereinigtes Ungarn gegenüber einem zerstückelten Oesterreich wie ein großer Stein zwischen Kiesel, der diese bald zum Nachteile der ganzen Monarchie auseinanderdrücken würde. Für den Moment, bis zum Eintritt stabiler Verhältnisse, hätte Andrássy allerdings aus politischen Gründen nichts gegen ein Verschieben der Lage zugunsten seiner Nation. „Freilich," so lauten seine diesbezüglichen Worte, „wäre es notwendig, für den Anfang ein bißchen mehr Uebergewicht der ungarischen Hälfte zu geben, Ungarn sozusagen als die Garde Euerer Majestät zu betrachten. Und es ist kein Grund dagegen. Die öffentliche Meinung hier (Oesterreich) nimmt es sehr gerne an und wirft Euer Majestät eher vor,

den Ungarn nichts gegeben zu haben als das Gegenteil. Dagegen würde Ungarn die Idee unwiderstehlich gewinnen, das Uebergewicht in der Monarchie zu haben — eine Idee, die aber durchaus nicht bedrohlich ist, denn, wie immer die Sachen sich gestalten, hat Oesterreich weniger Grund, sich davor zu fürchten, daß es magyarisiert, als Ungarn, germanisiert zu werden.“ Mit aller Wärme befürwortete Andrássy in seinem Vortrage noch einmal das Verlassen des exklusiv altkonservativen Gesichtspunktes und die Erfüllung der in den Deákschen Adressen ausgesprochenen Wünsche. „Ich stehe,“ ruft er dem Kaiser zu, „mit meinem Kopfe gut dafür, daß von dem Tage an, als eine liberale Regierung in Ungarn einmal ins Leben tritt, keine Revolution mehr möglich ist.“ Daher riet er abermals in dringendster Weise, freiwillig den unerläßlichen Schritt zu tun. Geschieht es nicht, und der Kaiser versammelt den Reichstag, so wird nichts übrigbleiben, als, was eben vermieden werden sollte, unter einem Drucke desselben zu handeln oder ihn heimzuschicken, um die ganze Arbeit wieder von vorne zu beginnen. „Wenn Oesterreich,“ apostrophiert er den Kaiser, „seine inneren Kräfte nicht jetzt entwickelt, so wird es nicht nur aus dem Deutschen Bunde, sondern auch aus dem zivilisierten Europa ausgestoßen. Damit aber Oesterreich seine inneren Kräfte frei entwickeln könne, bedarf es einer durchgreifenden Umgestaltung.“ [1])

Man darf wohl behaupten, daß bis zu diesem Moment der Herrscher noch nie aus dem Munde eines seiner Untertanen eine solch offene Sprache über die inneren Verhältnisse der Monarchie vernommen. Unter dem Einflusse von Strömungen, wie sie das „Drei-Grafen-Ministerium“ vertrat, wurde Andrássys Freimütigkeit noch nicht gewürdigt. Er verließ Wien mit dem Eindruck, daß der Kaiser nicht geneigt sei, die Wünsche des Landes zu erfüllen.[2]) Unmittelbar nach der Schlacht von Königgrätz, als man, um möglicherweise den Kampf fortsetzen zu können, auf Ungarns Hilfe angewiesen war, schienen die Wiener Minister bereit, mit beiden Händen nach den Vorschlägen des fünfzehngliederigen Subkomitees greifen zu wollen; im Monat August fingen die Nörgeleien der leitenden Männer wieder an.[3]) Sie schreckte, worauf ja

---

[1]) Das Ganze nach dem Vortrage über die Neugestaltung der Monarchie. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Kónyi, Bd. IV, S. 9.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 8. Baron Orczy schreibt am 3. August 1866 in sein Tagebuch: „Passato il pericolo, gabbato il santo“. Ibidem, S. 18.

schon Belcredi in seinen Darlegungen dem Kaiser gegenüber hingewiesen, nichts mehr als eine Koalition der Liberalen Ungarns mit den verfassungstreuen Deutsch-Oesterreichern. In einer solchen Verbindung sahen sie den Todfeind ihrer föderalistischen Pläne. Ihre Angst war um so berechtigter, als damals tatsächlich an einer Verständigung zwischen den freiheitlich Gesinnten dies- und jenseits der Leitha gearbeitet wurde.

Hatte doch Kaiserfeld, einer der bedeutendsten österreichischen Politiker jener Tage, schon am 6. März 1866 im „Telegraf", seinem Organ, erklärt: „Wir wollen den engeren Reichsrat, weil wir im Dualismus für lange Zeit die einzige Form sehen, unter welcher Oesterreich möglich ist und weil wir in dieser Institution allein den Schutz unserer Nationalität erblicken,"[1]) und am 10. August desselben Jahres schreibt er an Trefort, den nachmaligen ungarischen Unterrichtsminister: „Welchen Anteil nehme ich als Deutscher an einer glücklichen Lösung der ungarischen Frage! Ist sie ja doch implizite auch die unsere."[2]) So sehr aber auch die Wiener Minister das Hand-in-Hand-Gehen der Ungarn mit den Deutsch-Oesterreichern fürchteten, wagten sie es doch nicht, die Verhandlungen ganz abzubrechen und alle Schiffe hinter sich zu verbrennen. Eben deshalb wurde Andrássy in der zweiten Hälfte des August wieder nach Wien berufen. Er nahm den im Rufe einer großen Finanzkapazität stehenden Melchior von Lónyay als sachlichen Mitarbeiter in den finanziellen Fragen mit sich nach der Kaiserstadt.[3])

Graf Andrássy kam mit einem bestimmt umschriebenen Programm, wie er es schon in seiner ersten Audienz vom 19. Juli vor dem Kaiser entwickelt hatte. Er hielt fest an der sofortigen Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums und der Annahme des Elaborates des fünfzehngliederigen Subkomitees. Noch in Pest sagte er seinen Freunden, mit weniger könne man sich nicht begnügen, sonst würde der Reichstag den unter solchen Verhältnissen keine Dauerhaftigkeit versprechenden Ausgleich verwerfen.[4]) Hinter dem Grafen stand Deák mit der großen Mehrheit der Abgeordneten, denen sich nötigenfalls auch die Opposition zugesellt hätte. Wie anders sah es dagegen in Oesterreich aus! Die Stellung der im Amte befindlichen Minister, auf deren Gewissen schwer der Miß-

[1]) Krones, „Moritz von Kaiserfeld", S. 243.
[2]) Ibidem.
[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 17.
[4]) Ibidem, S. 19.

erfolg des bisherigen Feldzuges lastete, war eine äußerst schwankende. Graf Moriz Esterházy, die hervorragendste Persönlichkeit des Ministeriums, hatte, wie es hieß, zur Stärkung seiner geschwächten Gesundheit, einen Urlaub angetreten. Die öffentliche Meinung, die sich durch solche ihr aufgetischte Märchen nicht irreführen ließ, traf das Richtige, als sie ihn für beseitigt erklärte und fest behauptete, er werde nicht mehr auf seinen Posten zurückkehren.[1]) Niemand betrauerte mehr dessen Abwesenheit als der Minister des Aeußern, Graf Mensdorff, der in schwierigen Lagen, wenn auch vergeblich, stets bei Esterházy Rat suchte. Nun fühlte er sich in seinem Palais am Ballhausplatze gänzlich hilflos und verlassen. Mensdorff sehnte sich aus demselben hinaus; er durfte aber nicht gehen, weil man vorläufig keinen geeigneten Nachfolger für ihn unter den zur Verfügung stehenden Diplomaten zu finden vermochte. Nun half er sich damit, wozu schwache Menschen häufig ihre Zuflucht nehmen, daß er scharfe Kritik an den Handlungen der anderen übte. Er, der sich nie zu energischer Tatkraft aufzuraffen gewußt, fand plötzlich, daß man allzuviel nach allen Seiten herumfrage, anstatt von oben her definitiv zu bestimmen, wie die innere Gestaltung der Monarchie beschaffen sein solle.[2]) Als unbedingter Anhänger des Zentralismus mißbilligte er das Vorgehen Belcredis, der ihm jetzt den Wünschen der Ungarn mehr als früher entgegenzukommen schien. Im vertrauten Gespräche mit den auswärtigen Diplomaten versicherte er, daß, wenn die inneren Angelegenheiten weiter in dieser Weise im Schoße der Regierung behandelt würden, er gehen müsse; denn er könne nicht länger Dinge offiziell vertreten, die ihm von Herzen zuwider seien.[3]) Alle diese Aeußerungen und Andeutungen des Grafen Mensdorff und die Wahrnehmungen, die Baron Werther in den wenigen Tagen nach seiner Rückkehr auf den Wiener Posten[4]) machen konnte, erzeugten in ihm den Eindruck, als ob die Bedrängnisse der letzten Epoche die Ratlosigkeit vermehrt, noch größere Erschlaffung als früher hervorgerufen und der Mangel an tüchtigen Männern für die Leitung

---

[1]) Weymann an Bismarck, Wien, 9. September 1866.

[2]) Werther an Bismarck, Wien, 17. September 1866.

[3]) Werther an Bismarck, 23. September 1866.

[4]) Baron Werther war anfangs September nach dem Friedensschlusse von Prag (23. August 1866) wieder auf seinen Wiener Posten als Vertreter Preußens zurückgekehrt.

der Staatsgeschäfte sich immer fühlbarer machte.[1] Schwer litt der Kaiser unter dem Bewußtsein, in seiner Umgebung der großen durchschlagenden Kräfte entbehren zu müssen, auf die er sich unter allen Verhältnissen verlassen könnte. So oft nach der Schlacht von Königgrätz Esterházy und Mensdorff mit hängenden Köpfen und traurigen Mienen sich bei ihm melden ließen, äußerte Franz Josef mit einer Stimme, die geringe Zuversicht zu seinen Ministern verriet: „Was werden die mir wieder zu sagen haben!“[2] Das Vertrauen zu seinen Ratgebern war tief erschüttert und wohin er blicken mochte, fand er unter jenen, auf die er bisher gehört, lauter Schiffbrüchige.[3] Der Kaiser war genötigt, Belcredi noch weiter im Staatsministerium zu belassen, der gleichwohl nicht mehr ganz fest im Sattel saß.[4] Hübner, der an Schärfe des Urteils und richtiger Erkenntnis die Minister überragte und jetzt auf Befehl des Kaisers an den bevorstehenden Verhandlungen mit Andrássy und Lónyay teilzunehmen hatte, erfreute sich weder beim Monarchen noch beim Publikum großer Beliebtheit. Er schien daher nicht geeignet, an die Spitze der Geschäfte berufen zu werden.[5] Auf allen Gebieten der Verwaltung, sei es der bürgerlichen oder militärischen, herrschte Verwirrung und Uneinigkeit. Aus den Kreisen der Bevölkerung ertönten bittere Klagen über die Unfähigkeit der Generale. Man tadelte die Schaffung eines Armeeoberkommandos, das Erzherzog Albrecht, dem Sieger von Custozza, übertragen worden war. Graf Mensdorff erblickte darin das Wiederaufleben eines reaktionären „Hofkriegsrates“.[6] Sowohl Tegetthoff wie Gablenz bedauerten sogar den Sieg von Custozza, da ihm die österreichische Armee einen Oberkommandanten verdanke, dessen angeblich ungünstiger Einfluß nicht verfehlen werde, sich sehr bald, besonders

---

[1]) Werther an Bismarck, 17. September 1866.

[2]) Mündliche Mitteilung eines höheren Offiziers.

[3]) Werther an Bismarck, 3. September 1866, bemerkt, daß, so sehr man auch gegen das Ministerium Belcredi eingenommen sei, doch niemand die Zeit eines Schmerling und dessen ideologischen Anhangs zurückwünscht.

[4]) Weymann an Bismarck, 9. September 1866, äußert, daß nur der Mangel einer energischen und die gegebenen Verhältnisse genau kennenden Persönlichkeit, die die schwierige Stellung eines Staatsministers ausfüllen könnte, Belcredi noch erhalte.

[5]) Werther an Bismarck, Wien, 25. September 1866.

[6]) Werther an Bismarck, Wien, 23. September 1866.

in entscheidenden Momenten, fühlbar zu machen.[1]) Das Wichtigste aber war, daß, im Gegensatze zu Ungarn, hinter den leitenden Männern Oesterreichs nicht die Bevölkerung stand, sie ihnen daher keine Kraft verlieh, sondern vielmehr deren Entfernung und das Verlassen der bisherigen Bahnen forderte.

Dem Monarchen konnte dies alles nicht entgehen. Das innere und äußere Mißgeschick beeinflußten in hohem Grade seine Stimmung. Der Kaiser, läßt sich der preußische Gesandte über ihn vernehmen, sieht im allgemeinen wohl aus, doch trägt sein Antlitz die Spuren der Sorgen der letzten Zeit und schwebt über seinem Ausdruck ein ganz besonderer Ernst.[2])

Aber auch Andrássy und Lónyay blieb natürlich die Schwäche und Zerfahrenheit des Ministeriums kein Geheimnis. Aus den Gesprächen mit Graf Belcredi gewann Andrássy den Eindruck, daß der Staatsminister, überzeugt von der Unhaltbarkeit der Zustände und der Unvermeidlichkeit des Ausgleiches, gerne etwas tun möchte, und trotzdem nicht die Kraft des Entschlusses besitze, das zu wagen, was allein zum Ziele führen könnte. Graf Belcredi wollte sich den Einfluß auf Ungarn nicht ganz entreißen lassen; gleichzeitig widerstrebte es seiner absolutistischen Gesinnung, den Erbländern, wie es Deák und Andrássy forderten, gerade so viel Freiheiten zu gewähren, als Ungarn beanspruchte.[3]) Selbst Hübner, der kein Hehl daraus machte, daß man Ungarn zufriedenstellen müsse und sich deswegen auch weniger stützig und zögernd benahm[4]) als der vom Scheitel bis zur Sohle in bureaukratischen Formen verknöcherte Belcredi,[5]) richtete bei den Zusammenkünften an Andrássy die Frage: „Nicht wahr, darum kümmern Sie sich nicht besonders, wie die Verhältnisse in dem anderen Teile der Monarchie organisiert werden, nur soll es auf konstitutioneller Basis geschehen?“[6]) Sowohl Hübner als auch der Staatsminister konnten sofort die bestimmte Antwort vernehmen, daß die innere Einrichtung Oesterreichs keine „gleichgültige“ Sache für Ungarn sei.

---

[1]) Werther an Bismarck, Wien, 29. September 1866.
[2]) Werther an Bismarck, Wien, 18. September 1866.
[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 19.
[4]) Ibidem, S. 24.
[5]) Ibidem, Bd. IV, S. 33 u. 37.
[6]) Ibidem, S. 24.

Hübner und Belcredi mußten die ihnen nicht gerade angenehme Erfahrung machen, daß die ungarischen Staatsmänner keineswegs geneigt wären, ihren Herzenswunsch zu erfüllen und in Oesterreich eine föderative Gestaltung zu dulden, als wahrscheinlichen Herd künftiger feindlicher Angriffe gegen Ungarn. In diabolischer Weise versuchte noch Belcredi die Zustimmung der Deutsch-Oesterreicher zu dem Elaborate der fünfzehngliederigen Kommission als dem geheimen Wunsche entspringend zu schildern, es möge daraus eine große Verwirrung entstehen, die schließlich zur Wiederaufrichtung des Zentralismus führen werde.[1]) Mit solchen Schreckgebilden hatte jedoch der Staatsminister keinen Erfolg. Wußte man doch aus dem Munde der Führer der deutsch-österreichischen Verfassungspartei, daß diese aufrichtig geneigt sei, das Elaborat der fünfzehngliedrigen Kommission durchzuführen.[2]) Wie sehr auch Belcredi bestrebt sein mochte, seine Gegner bei den ungarischen Staatsmännern anzuschwärzen, so hatte er damit doch keinen Erfolg. Vielmehr hatten sie den Staatsminister im Verdacht, daß er alles aufbiete, um den Kaiser vom angeblichen Widersinn der ungarischen Forderungen zu überzeugen.[3]) Man darf sich daher nicht wundern, daß bei ihnen immer mehr die Auffassung Oberhand gewann, daß, solange Belcredi an seinem Platze bleibe, jede Aussicht auf Verständigung verschlossen sei.[4]) Mittlerweile wurden, nach dem Wunsche des Monarchen,[5]) zwischen den zur Beratung versammelten Räten der Krone — Belcredi, Hübner, Mailáth, Sennyey — und der Ungarn — Andrássy, Lónyay — die Ansichten über die wichtigsten in der Schwebe befindlichen Angelegenheiten ausgetauscht. Man sprach über die Herstellung der Komitate, deren eventuelle politische Agitation den Regierungsmännern nicht geringe Angst einflößte. Andrássy beruhigte sie mit den Worten, daß man die Komitate, falls sie ihren administrativen Wirkungskreis überschreiten sollten, „beim Schopf nehmen" müsse.[6]) Die Minister vertraten ein gemeinschaftliches Zoll- und Handelsbündnis, Uebernahme eines Teiles der bestehenden Staatsschuld, wie die Erhaltung der Einheit des Heeres. Andrássy und Lónyay wollten unter keiner Bedingung dem Reichstage das Recht

---

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 24.
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem, S. 24 u. 34.
[4]) Ibidem, S. 37.
[5]) Ibidem, S. 20.
[6]) Ibidem, S. 21.

der Rekruten- und Steuerbewilligung entreißen lassen. Als vornehmste Bedingung aller weiteren Verhandlungen verlangten sie die vorhergehende Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums aus der Majorität des Reichstages, sowie gleichmäßige Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich und Ungarn.[1]) Andrássy war wohl längst im reinen mit sich über das Maß dessen, was von den Forderungen der Wiener Minister erfüllt werden könnte. Allein mit Rücksicht auf die gewaltige Autorität, die Deák im Lande genoß, wollte er doch nicht ohne dessen Zustimmung positive Verabredungen treffen. Ganz offen sagte er dem Kaiser in der von ihm erbetenen Audienz vom 27. August, daß er nicht bloß die Schwierigkeiten ins Auge zu fassen habe, denen er in Wien begegne, sondern auch jene, die in Ungarn zu besiegen seien. Täte er dies nicht, so könnte er leicht in die Lage der Ratgeber kommen, die dem Monarchen die Erlassung des Oktober-Diplomes anempfohlen hatten. Deshalb müsse er äußerst vorsichtig in seinen Zusagen sein, „denn ich betrachte," wie er bemerkte, „ein jedes Versprechen, wenn es auch ein politisches ist, nicht nur für eine politische, sondern auch für eine persönliche Ehrensache." Seiner Ansicht nach, legte er dar, gebe es zwei Methoden der Durchführbarkeit einer Angelegenheit. Man kann dem Lande sagen, ich will das oder jenes bewerkstelligen, weil es der Herrscher so befohlen hat. Befolgt man diese Richtung, so deckt man wohl seine eigene Popularität, nützt aber nicht viel, indem das Odium der Mißliebigkeit widriger Maßregeln auf die Person des Regenten überwälzt wird. Richtiger und zweckmäßiger ist es dagegen, wenn der Minister erklärt, er wolle etwas tun, nicht nur, weil es der Wille der Krone sei, sondern weil es auch seiner Ueberzeugung entspräche. Seiner ganzen Denkungsart nach könnte er nur den letzteren Weg wählen, der allerdings servile Gefügigkeit ausschließe.[2]) „Ich begreife," schließt er, „daß Eure Majestät manchmal schon an der Möglichkeit eines guten Resultates zweifeln. Aber Eure Majestät müssen nicht vergessen, daß große Zwecke nie ohne viel Enttäuschungen und lange Ausdauer zu erreichen sind." [3])

Die Mahnung zur Geduld an den Monarchen war nicht un-

---

[1]) Ueber die Verhandlungen, Kónyi, Bd. IV, S. 17—45.

[2]) Vortrag Andrássys, 27. August 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv. Kónyi, Bd. IV, S. 41.

[3]) Vortrag Andrássys, 27. August 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv. Von Kónyi nicht mitgeteilt.

begründet. Die Verhandlungen wollten nicht vom Fleck rücken. Zwischen Andrássy [1]) und Belcredi kam es mitunter zu scharfen Auseinandersetzungen.[2]) Andrássy lehnte aufs entschiedenste die Zumutung ab, den Hofkanzler Mailáth in einem zu bildenden ungarischen Ministerium als Minister um die Person des Königs zu belassen. Mit Recht beharrte er auf der Forderung eines einheitlichen, aus der Majorität des Reichstages hervorgegangenen Ministeriums.[3]) In dem Bewußtsein, alle nur nötigen Erläuterungen gegeben zu haben, die zur Klärung der Situation nötig waren, trat Andrássy noch einmal — in den ersten Tagen des September — vor den Kaiser, um sich von ihm zu verabschieden. Andrássy sah die Nutzlosigkeit weiterer Unterhandlungen ein, wofern man auf seine Ratschläge nicht eingehen wolle, und hielt sich daher für verpflichtet, dies dem Herrscher in letzter Stunde erneut zu versichern. „Ich muß aufrichtig sagen," lauten seine Worte, „ich werde sehr bedauern, wenn Eure Majestät sich nicht entschließen können, die Ideen anzunehmen, die ich befürwortet habe, aber nicht aus persönlichen Rücksichten, denn ohne die vollkommene Beruhigung Eurer Majestät und das Vertrauen Eurer Majestät hätte ich auf keinen Fall die Durchführung annehmen können und würde Eurer Majestät immer geraten haben, sich an Männer zu wenden, die das Vertrauen Eurer Majestät von länger her besitzen, um so mehr, als weder ich noch jemand ohne das Vertrauen Eurer Majestät, welches eine rein individuelle Sache ist und sich nicht erzwingen läßt, irgendein glänzendes Resultat zeigen könnte." [4]) So sehr war Andrássy von der Dringlichkeit der sofortigen Ernennung eines Ministeriums — sei es aus dem Kreise der liberalen Mehrheit oder der konservativen Minderheit — überzeugt, daß er es nicht unterlassen wollte, dessen unerläßliche Notwendigkeit dem Kaiser abermals ans Herz zu legen. „Wenn mir," äußerte er, „Eure Majestät noch einen Rat erlauben, so wäre es, den Reichstag nicht ohne ein Ministerium zusammenzuberufen, ich bin viel zu sehr und zu aufrichtig den Interessen Eurer Majestät ergeben, um das nicht sagen zu müssen. Ernennen Eure Majestät

---

[1]) Andrássy hatte sich nach der Audienz für einige Tage nach Pest begeben und traf am 31. August wieder in Wien ein.

[2]) Kónyi, Bd. IV, S. 47.

[3]) Ibidem, S. 50.

[4]) Andrássys eigenhändiges Konzept seines Vortrages aus den ersten Tagen des September. Gräfl. Andrássysches Archiv. Das beiläufige Datum des undatierten Vortrages ist aus Andrássys Mitteilungen an Lónyay (Kónyi, Bd. IV, S. 54) zu ersehen.

ein Ministerium aus den Männern — Altkonservativen —, welche das Vertrauen Eurer Majestät haben, so müßten nur Eure Majestät dann nicht das Vertrauen in die Institution verlieren. Ich hätte Eurer Majestät einen anderen Weg geraten aus Furcht, daß Eure Majestät Ihr Vertrauen in die Nation und in die Institution selbst verlieren werden, wenn dies aber nicht der Fall ist, so wäre ich ganz beruhigt.“ [1])

Ehe der Kaiser bereit war, auf Fragen von so weittragender Bedeutung eine Antwort zu erteilen, gedachte er, in der Zurückgezogenheit von Ischl, wohin er sich für zwei Wochen begab, alles noch einmal reiflich zu erwägen. [2]) Bald stellten sich jedoch die Anzeichen dafür ein, daß in Wien für Ungarn kein günstiger Wind wehe. [3]) Kurze Zeit nach der Rückkehr des Kaisers aus seiner Ischler Sommervillegiatur teilte Graf Mensdorff dem preußischen Gesandten mit, die Regierung habe den Entschluß gefaßt, kein ungarisches Ministerium zu ernennen, bevor nicht die Revision der 1848er Gesetze in bindender Weise versprochen worden. [4]) Die bereits angebahnte Verständigung auf der von Deák und Andrássy vorgeschlagenen Basis wurde fallen gelassen; wieder stand man dort, wo man sich vor dem Kriege von 1866 befunden hatte. Wie Baron Werther an Bismarck berichtet, sind die Beziehungen durch das ausgesprochenste gegenseitige Mißtrauen charakterisiert, welches die beiden Teile verhindert, mit denjenigen Konzessionen hervorzutreten, zu welchen sie beide schon so ziemlich entschlossen sein mochten. [5]) Der Gegensatz zu Ungarn schien auch eine größere Einigkeit im Schoße des Ministeriums selbst bewirkt zu haben. [6]) Sie offenbarte sich zunächst in dem Verhalten gegenüber dem Reichstage, dessen Zusammentritt unter dem Vorwande der drohenden Choleragefahr hinausgeschoben wurde. Die Regierung aber täuschte sich, wenn sie meinte, daß die Absicht ihres Vorgehens nicht durchblickt werde. War es doch bekannt, daß die Cholera in den letzten Tagen gerade in Pest und Ofen nachgelassen, während sie in Wien, Prag, Lemberg, wohin man die Landtage einberufen, stärker als in

---

[1]) Eigenhändiges Konzept eines Vortrages Andrássys aus den ersten Tagen des September. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Kónyi, Bd. IV, S. 57.

[3]) Ibidem, S. 65.

[4]) Werther an Bismarck, Wien, 17. Oktober 1866.

[5]) Werther, 17. Oktober 1866.

[6]) Ibidem.

Ungarn wütete. Es fehlte nicht an Anklagen und Beschuldigungen gegen die Regierung, daß sie sich mit ungarnfeindlichen Hintergedanken befasse. Andere wieder behaupteten, das Ministerium sei in sich selbst so zwiegespalten, daß es unter den obwaltenden Verhältnissen nicht wage, an die Einberufung des Reichstages zu schreiten.[1]) Die Wiener Staatsmänner wollten Zeit gewinnen, um mittlerweile die maßgebenden Elemente in Ungarn für ihre Auffassung zu gewinnen.[2]) Gaben sie sich solchen Illusionen hin, so irrten sie in hohem Grade. Kein maßgebender einflußreicher Politiker Ungarns konnte von der Forderung der sofortigen Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums abstehen. Der Ausgleich mußte an dem Bestreben der Wiener Regierung scheitern, das zu bildende ungarische Ministerium mit altkonservativen Mitgliedern zu verquicken, wovon weder Deák noch Andrássy hören wollten. Und mit vollem Rechte. Eine solche widernatürliche Vermengung hätte von Anfang an in den Schoß der neuen Regierung den Todeskeim gelegt. Andrássy, der klar die Ziele sah, die er als Staatsmann zu verwirklichen trachtete, konnte unmöglich einwilligen, im Bunde mit Andersgesinnten sich allzu rasch zum Schaden seines Vaterlandes abzunutzen. Er fühlte, daß er berufen sei, als praktischer Politiker Ungarn aus dem herrschenden Wirrsal herauszuführen. Wollte man ihm die Bahn jetzt nicht freigeben, so war er entschlossen, zu warten, bis die Verhältnisse dazu nötigen würden. Nach der ihm bekannten Lage der Dinge mußte früher oder später seine Stunde schlagen. Und sie kam. In dem Augenblicke, als die Situation unrettbar verloren schien, man schon von der Auflösung der Deákpartei und ihrem Zurückweichen vor der Linken sprach, trat eine Wendung ein, die den Schutt aus dem Wege räumte und den festgerannten Karren wieder in Bewegung brachte. Die Ernennung des bisherigen sächsischen Ministers Freiherrn von Beusts zum österreichischen Minister des Aeußern bewirkte, wie die nächste Zeit schon lehrte, eine völlige Umgestaltung der inneren Verhältnisse der Monarchie. Der Ausgleich, an dessen Zustandekommen man bereits verzweifelte, trat in ein hoffnungsreicheres Stadium, womit auch eine neue Phase der Tätigkeit Andrássys beginnt.

---

[1]) Werther an Bismarck, Wien, 23. Oktober 1866.
[2]) Ibidem.

Neuntes Kapitel

Beust-Belcredi

Der Eintritt des Freiherrn von Beust in österreichische Staatsdienste bedeutete eine große und ernste Wendung in den Geschicken des damaligen Kaiserstaates. Sein Name ist für immer mit der Begründung des Dualismus verknüpft, jener Staatsform, die Altösterreich in zwei unabhängige, nur durch gewisse gemeinsame Angelegenheiten miteinander verbundene Staaten teilte. Beust beruft sich auf das Zeugnis Andrássys, daß ohne ihn der auf Basis des Dualismus aufgebaute Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn nie das Licht der Welt erblickt haben würde. Es ist aber sehr fraglich, ob Andrássy je gegen ihn die Aeußerung getan: „Wären Sie nicht gekommen, hätten wir nie den Ausgleich zustande gebracht.“[1]) Dagegen ist es aber bestimmt, daß sich Deák in folgender Weise äußerte: „Beust hat uns (Deák und Andrássy) in der Arbeit gut unterstützt, Hauptfaktor des Erfolges aber war nicht er; denn wer immer zu dieser Zeit ins Ministerium des Aeußern eingezogen wäre, hätte sich genötigt gesehen, den Ausgleich zu fördern. Falsch ist daher die Behauptung, mit der Beust sich immer schmeichelte, daß er den 1867er Ausgleich geschaffen habe.“[2]) Deáks Worte, so berechtigt sie auch sind, beabsichtigen keineswegs Beusts Verdienste zu schmälern. Kann er auch nicht als ausschließlicher Schöpfer des Ausgleichs von 1867 gelten, so wird doch seine hilfreiche Mitwirkung anerkannt. Beust leistete in der Tat wesentliche Dienste durch die beredte Vertretung des Grundsatzes vor der Krone, daß die inneren Zustände der Monarchie unmittelbar nach Königgrätz eine Versöhnung der herrschenden Gegensätze zur unerläßlichen Notwendigkeit machen. Beust besaß die Klarheit politischen Urteils, die in gewissem Sinne auch Belcredi nicht mangelte. Allein, auf dem vom Staatsminister betretenen Wege wäre der Ausgleich nie erzielt worden. Es ist zweifelhaft, ob dieser mit den damaligen

---

[1]) Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten“, Bd. II, S. 86.

[2]) Tagebuch des Baron Béla Orczy (ung.).

leitenden Staatsmännern überhaupt hätte abgeschlossen werden können, die sich, aufgewachsen in den altösterreichischen Traditionen, gar nicht in die Möglichkeit eines selbständigen Ungarn versetzen konnten. Selbst Gegner des Dualismus müssen bekennen, daß bei dem von Belcredi befolgten Vorgange die Monarchie, anstatt aufzuleben, immer tiefer gesunken wäre.

Wer mit ungetrübtem Blicke die damaligen Verhältnisse überblickt, muß zugeben, daß Ungarn nach Königgrätz sich in einer Position befand, die es ermächtigte, auch nicht um Haaresbreite von den Forderungen zurückzuweichen, die vor der Katastrophe vom 3. Juli 1866 aufgestellt wurden. Unter den gegebenen Umständen war es daher das natürlichste, Ungarn die nationale Selbständigkeit zurückzugeben, auf die es ein unbestreitbares Recht hatte.

Fast scheint es, als wäre Beust von vornherein zur Laufbahn eines Ministers des Aeußern in Oesterreich prädestiniert gewesen. Wie er selbst in seinen Erinnerungen erzählt, soll bereits nach dem Tode des Fürsten Felix Schwarzenberg (April 1852) der russische Reichskanzler, Graf Nesselrode, in Wien den Gedanken angeregt haben, nunmehr Beust, der damals die Geschicke Sachsens leitete, zum österreichischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten zu ernennen.[1]) Ein zweites Mal sollte man als Retter in der Not an ihn nach dem italienischen Feldzug von 1859 gedacht haben. Einer Ueberlieferung zufolge hätte der alte Staatskanzler Fürst Metternich, als er von dieser Absicht hörte, ausgerufen: Man wird doch diesen „politischen Seiltänzer“ nicht zum österreichischen Minister des Aeußern machen.[2]) Nun gehörte aber Metternich, der am 11. Juni 1859 starb, am Ende des italienischen Feldzuges nicht mehr zu den Lebenden, konnte daher diesen Ausspruch nicht getan haben. Beust selbst bezweifelt, daß man ihn zu jener Zeit zum Minister in Oesterreich ernennen wollte.[3]) Dagegen war vor dem Kriege von 1866 die Rede davon, ihm diese Stelle zu verleihen.[4])

Noch heute ist es nicht ganz aufgeklärt, wer die erste Anregung hierzu gegeben. Dem preußischen Gesandten am Wiener Hofe sagte Beust, in erster Linie habe Preußen selbst seine Berufung verursacht; da es auf seine Entfernung aus dem sächsischen Staatsdienst drang,

---

[1]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 4.

[2]) Siehe den Artikel Erdmannsdörfers über Beust in der „Allgemeinen Deutschen Biographie“.

[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 4.

[4]) Allgemeine Deutsche Biographie. Artikel: Beust.

stellte es ihn auch zur freien Verfügung Oesterreichs.[1]) Es scheint, daß Franz Josef I. an Beust schon vor dessen Austritt aus dem sächsischen Staat als seinen zukünftigen Minister des Aeußern dachte. Beust, mit dem der Kaiser wiederholt in Berührung gekommen, und von dem er August 1866 mit einer Mission an Kaiser Napoleon III. nach Paris betraut worden,[2]) stach vorteilhaft von den bisherigen Ratgebern des Monarchen ab. Des Sachsen Rührigkeit und Beredsamkeit, die ungemein viel Bestechendes an sich hatten, ließen ihn leicht als jenen Mann erscheinen, der weit mehr als die inländischen Diplomaten die Fähigkeit und Energie besitze, den Kaiserstaat aus der Tiefe des Unglücks wieder emporzuheben, in das ihn Ungeschick und Talentlosigkeit gestürzt. Kein Zweifel: in geistiger Hinsicht überragte er Mensdorff und Belcredi gewaltig. Früh schon hatte er Proben seiner Begabung gegeben, denen er den Ruf eines der bedeutendsten Staatsmänner Deutschlands verdankte. Nicht ohne Komik war die seiner Ueberhebung entstammende Sucht, in dem kleinen Sachsen die Rolle eines europäischen Staatsmannes ersten Ranges spielen zu wollen, wodurch er sich wiederholt den Spott und den Aerger Bismarcks zuzog. Sein ehemaliger König kannte ihn sehr genau, als er ihm beim Abschied als Geleite die Warnungsworte mit auf den Weg gab: „Vergessen Sie nicht, daß Nadelstiche oft mehr Weh und mehr Zorn verursachen als Prügel.“ [3]) Mit solchen Nadelstichen hat er Bismarck, der für derartige kleine Verletzungen viel empfindlicher war als für die schwersten sachlichen Angriffe,[4]) häufiger als nötig gereizt. Bismarck rächte sich, indem er immer wieder sagte, man müsse den „eiteln und boshaften Intriganten“ stürzen, was er in seiner ungebunden kräftigen Art mit dem Ausspruch begründete: „Von Ochsen kann man nichts anderes erwarten als Rindfleisch, und von Beust nichts anderes als eine ehrgeizige, intrigante sächsische Hauspolitik.“ [5]) Beusts Unglück war es, daß ihn das Schicksal im Kampfe für die Durchsetzung der Politik

---

[1]) Werther an Bismarck, Wien, 6. November 1866.

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 9.

[3]) Ibidem, S. 22.

[4]) Graf Alois Károlyi an Graf Andrássy, Berlin, 6. April 1872. „. . . denn dergleichen persönliche Nadelstiche pflegen den Reichskanzler oft mehr als sachliche Verwicklungen und Schwierigkeiten zu irritieren, und es liegt nicht in seinem Charakter, ähnliche Angriffe so leicht zu vergessen.“ K. u. k. Ministerium des Aeußern.

[5]) Briefwechsel des Generals Leopold von Gerlach mit Otto von Bismarck, 3. Aufl. S. 126.

Oesterreichs und der mit ihm verbundenen deutschen Mittelstaaten einem solchen Giganten gegenüberstellte, wie es Bismarck war. Hätte er sich nicht mit einem gar so Gewaltigen messen müssen, er wäre vielleicht nicht unterlegen, und das Urteil der Mit- und Nachwelt über ihn würde milder lauten. Denn an den nötigen Eigenschaften, Bedeutendes zu leisten, mangelte es Beust sicher nicht. Er war mehr als ein bloß „journalistisches Talent, das seinen Beruf verfehlte".[1]) Geist, scharfes Urteil, Unternehmungslust und Willenskraft sind ihm nicht abzusprechen; damit verband er Geschmeidigkeit und Hinneigung zur Intrige — Vorzüge, die in so hohem Maße die französischen Diplomaten des Ancien régime charakterisieren, mit denen Beust überhaupt viel Aehnlichkeit aufweist.[2]) Der ganze Kopf dieses Staatsmannes hatte schon den feinen Schnitt der Diplomaten alter Schule, die durch ein gewisses geistreiches Wesen zu glänzen suchten. Ein scharfer Beobachter der Persönlichkeit Beusts meinte, sein Gesicht verrate bald den lauernden, bald wieder den freundlich blinzelnden Blick und die einschmeichelnd weiche Art der Katze.[3]) Wie alle derartig beschaffenen Naturen liebte er die Selbstberäucherung. Der boshafte Ignatiev bemerkte einmal von ihm, daß er gerne mit geschlossenen Augen spreche, um sich desto besser reden hören zu können.[4]) Diese übermäßige Eitelkeit, wie die ihm eigene Neigung, alles von der optimistischsten Seite aufzufassen,[5]) ließen ihn nur zu oft die Gebote der Klugheit übersehen. Dazu verleitete ihn auch ein gewisser Zug von Leichtsinn, der ihn mitunter veranlaßte, sich mehr zuzutrauen, als seine Kräfte gestatteten.[6]) Im Verkehr mit ihm hatte man die Empfindung,

---

[1]) Aeußerung Treitschkes.

[2]) Großherzog Karl Alexander von Sachsen-Weimar prägte für ihn das charakteristische Wort: „Er sei ein Mann aus der Epoche der Saxe galante." Mündliche Mitteilung des Freiherrn von Egloffstein, ehemaligen Sekretärs des Großherzogs Karl Alexander und jetzigen Erziehers des Kronprinzen Boris von Bulgarien. Ueber Beust noch zu vergleichen: (Heinrich Pollak), „Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten", obgleich dieses Werk nur mit sehr großer Vorsicht zu benutzen ist.

[3]) Friedrich Schütz, „Werden und Wirken des Bürgerministeriums", S. 181.

[4]) Graf Brassier an Bismarck, Konstantinopel, 21. April 1868.

[5]) Werther, Wien, 26. September 1868, daß Beust gern alles möglichst von der optimistischsten Seite aufzufassen sucht.

[6]) Als Beust noch sächsischer Minister war, nannte man ihn spöttisch: „Le lion dans l'entresol". Mündliche Mitteilung des Freiherrn von Egloffstein.

einem klugen, aber die Dinge nicht tiefer ergründenden Manne gegenüberzustehen, dem es in heiklen Fällen nicht schwer werde, sich bloß mit dem Schein einer Sache zu begnügen. Manche, wie der nachmalige österreichische Ministerpräsident Hasner, sprachen ihm jede Größe der Gesichtspunkte ab,[1]) andere wollten ihn überhaupt nicht ernst nehmen und kennzeichneten ihn als einen Akrobaten, der das Seil nicht kenne, auf dem er sich produziere.[2]) Wenn man ihn, selbst bei Besprechung der wichtigsten Staatsgeschäfte,[3]) mit seinem immerwährenden Lächeln vor sich sah, mußte man glauben, daß Beust alles leichtfertig nehme. Dies ewige Lächeln jedoch war eine mit Berechnung seinem Gesichte aufgezwungene Maske. Damit wollte er die Menschen wie im Sturm für sich gewinnen,[4]) sie über seine wahre Gesinnung täuschen. Denn das war sein Hauptbestreben: günstigen Eindruck hervorzurufen. Als er mit Kaiser Franz Josef zusammentraf, dürfte er, was ja natürlich, alles aufgeboten haben, sich im vorteilhaftesten Lichte zu zeigen. Gewiß wird er bemüht gewesen sein, dem Monarchen Aussicht auf rasche Wiedergeburt des Kaiserstaates zu eröffnen. Bestochen mag den Kaiser auch des Sachsen frühere Haltung auf dem Bundestage haben, wo er, im Gegensatz zu Preußen, sich stets auf die Seite Oesterreichs stellte und dessen Interessen mit Wärme vertrat. Ausschlaggebend aber dürfte ein anderes Moment von hoher politischer Bedeutung gewesen sein. Bei der Berufung Beusts, von dem man wußte, daß er bei Napoleon III. Persona gratissima sei, scheint man darauf bedacht gewesen zu sein, sich die Hilfe des französischen Kaisers für spätere Zeiten zu sichern, wenn es wieder zu einem Waffengange mit dem jetzt glücklicheren Preußen kommen sollte. In der Hinsicht soll Erzherzog Albrecht seinen kaiserlichen Herrn sehr beeinflußt haben.[5]) Man wollte wissen, daß Fürst Richard Metternich, der damalige österreichische Botschafter in

---

[1]) Leopold von Hasner, „Denkwürdigkeiten“, S. 88.

[2]) Graf Arnim an Bismarck, Rom, 11. April 1868.

[3]) Leopold von Hasner, a. a. O., S. 88.

[4]) Freilich gelang ihm dies nicht immer. Einmal mußte er sich in einer Delegationssitzung aus dem Munde des ungarischen Abgeordneten Franz Pulszky die Worte gefallen lassen: „Das ewige Lächeln des Herrn Ministers gefällt mir nicht.“

[5]) Werther, Wien, 6. November 1866. Werther erwähnt noch Erzherzog Rainer, der aber, wie mir mitgeteilt wurde, seine Mitwirkung bei der Ernennung, sei es in direkter oder indirekter Weise, aufs entschiedenste in Abrede stellt.

Paris, Beust als „letzten Trumpf“ des Kaiserstaates empfahl, um sich dadurch die Gunst Napoleons III. zu erwerben.[1]) Keinem Zweifel unterliegt es, daß Beusts Ernennung zum österreichischen Minister des Aeußern, mag sie nun König Johann von Sachsen, dessen Neffe oder irgendeine andere gewichtige Persönlichkeit betrieben haben, sofort als deutliches Zeichen der Revanchepolitik des Wiener Hofes aufgefaßt wurde. Als der preußische Gesandte nach Hause berichtete, Graf Mensdorff hätte ihm versichert, weder Rachegefühl gegen Preußen noch Befürwortung Frankreichs hätten die Aufmerksamkeit auf die Person Beusts gelenkt, bemerkte Bismarck: Doch wohl.[2]) Hierin pflichtete ihm ein sehr wohl unterrichteter österreichisch-ungarischer Staatsmann, Baron Béla Orczy, Sektionschef im Ministerium des Aeußern, bei, der 1870 äußerte: „Ich bin immer mehr davon überzeugt, daß Beust, als er 1866 die Leitung der äußeren Angelegenheiten übernahm, das Versprechen gegeben, Rache an Preußen zu nehmen.“[3]) Gleicher Auffassung ist der deutsche Reichskanzler auch noch in späteren Tagen treu geblieben. Er sagt in seinen „Erinnerungen“: Schon die Wahl des „verstimmten“ sächsischen Ministers ließ darauf schließen, daß die Wiener Politik die Richtung der Revanche einschlagen werde.[4]) In seinen Preßorganen ließ er gegen Beust schreiben und durch sie verkünden, dessen Ernennung werde den Abbruch der diplomatischen Verhandlungen zwischen Preußen und Oesterreich zur Folge haben. Die preußischen Zeitungen sprachen von Beust als einem Manne, der kein anderes Verdienst besitze, als den „chronischen Bankerott aller seiner Unternehmungen“. Witzelnd bemerkte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“, daß Beust, obgleich er beim Festessen der sächsischen Schützengilde es als sein Ziel bezeichnete, stets ins „Schwarzweiße“ zu schießen, nachträglich doch das „Schwarzgelbe“ getroffen habe. Der Anschauung, daß dieser Staatsmann nur Feindliches gegen Preußen im Schilde führe, war auch der bayerische Minister Freiherr von der Pfordten. Als dieser aus des Sachsen Munde vernahm, es sei ihm vom Kaiser von Oesterreich der Antrag zum Uebertritt in dessen Dienste gemacht worden, mahnte ihn Pfordten, die neue Stellung nicht zu übernehmen, um

---

[1]) Graf Goltz an Bismarck, Paris, 29. Oktober 1866.
[2]) Werthers Depesche vom 6. November 1866.
[3]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 10. August 1870 (ung.).
[4]) Bismarcks „Erinnerungen“, Bd. II, S. 53.

eine Politik der Rache und des Hasses zu betreiben, die in Wien zahlreiche Anhänger zähle; vielmehr möge er in versöhnlichem Geiste wirken, sich Preußen nähern, auch nicht vergessen, daß er ein Deutscher sei und daher nie Zuflucht zu einer französischen Allianz nehmen, um an Preußen Vergeltung zu üben. Alle Versicherungen des Gegenteils konnten Pfordten nicht beruhigen. Er war überzeugt, Franz Josef I. habe diese „unbegreifliche" Wahl nur getroffen, um seinen Gefühlen der Rache Ausdruck zu geben und sich zu deren Verwirklichung in Beust ein „brauchbares Werkzeug" zu schaffen.[1])

Unleugbar war der Eindruck der Wahl Beusts fast überall, ausgenommen Paris[2]) und Dresden, ein sehr übler. In London betrachtete man sie als einen großen politischen Fehler, der nur durch den Mangel geeigneter österreichischer Staatsmänner zu entschuldigen wäre.[3]) Graf Blome sagte zu Freiherrn von Werther: Die Preußen in Böhmen seien eine Kalamität gewesen, der Sachse in der Staatskanzlei ist aber eine noch viel schlimmere Landplage.[4]) Unter den österreichischen Diplomaten, die ja die Berufung Beusts als Bankrottsbescheinigung[5]) ihrer Befähigung zu den höheren Posten ansehen mußten, herrschte tiefe Verstimmung über die Ernennung. Weder Graf Rechberg[6]) noch Graf Mensdorff machten ein Hehl daraus. Mensdorff zögerte gar nicht, dem preußischen Gesandten ganz offen zu gestehen, daß er dem Kaiser wiederholt Vorstellungen gegen die Berufung Beusts gemacht, die aber, wie er zu seinem Bedauern sehen müsse, ohne Erfolg geblieben seien.[7]) Ueberall prophezeite man dem neuen Minister einen schlechten Empfang in Wien, da die höheren Kreise seine Berufung als eine grobe Verletzung der österreichischen Eigenliebe betrachten.[8]) Auch Andrássy hat in den ersten Oktobertagen der Kaiserin Elisabeth gegenüber der Ansicht Ausdruck verliehen, Beust solle nicht als Minister nach

---

[1]) Depesche des Fürsten Reuß an Bismarck, München, 3. November 1866.

[2]) Was Beust, Bd. II, S. 43, hierüber sagt, entspricht gewiß nicht der Wahrheit.

[3]) Bernstorff an Bismarck, London, 31. Oktober, und an König Wilhelm von Preußen, London, 9. November 1866.

[4]) Reuß an Bismarck, München, 3. November 1866.

[5]) Graf Goltz an Bismarck, Paris, 29. Oktober 1866.

[6]) Telegramm Werthers an Bismarck, 27. Oktober 1866.

[7]) Berichte Werthers vom 27. und 30. Oktober 1866.

[8]) Ibidem.

der Monarchie berufen werden. Unumwunden erklärte er der hohen Frau, die ihm als Erste Nachricht hiervon gegeben, daß er von dem Sachsen nichts Gutes erwarte. In der Geschichte, setzte er auseinander, sei es wohl schon vorgekommen, daß ein fremder Feldherr ein geschlagenes Heer zum Siege geführt habe, da die Armeen sich überall gleichen; er kenne aber kein Beispiel, wo ein fremder Staatsmann ein ihm bislang unbekanntes Land gerettet hätte. Jeder Staat sei verschieden von dem anderen, was insbesondere von dieser Monarchie gelte; um einen richtigen Begriff von ihr zu haben, müßte man da geboren sein und auch da gelebt haben.[1]) Sympathisch wurde Beust eigentlich nur von dem Hauptorgan der deutschen Verfassungspartei begrüßt, die, angesichts der bitteren Erfahrungen der letzten Zeit, von ihm einen Systemwechsel erwartete. Obgleich kein Oesterreicher, erblickte sie in ihm doch den Mann, der, gegenüber der bisherigen, auf das ultramontanfeudale Slawentum gegründeten Politik, wieder das deutsche bürgerliche und josefinische Element zur Geltung bringen werde.[2])

Aus Angst, die Besitznahme des Ministerpalais am Wiener Ballhausplatz durch den ehemaligen sächsischen Staatsmann könnte auf die in Schwebe befindlichen Friedensverhandlungen mit Preußen von schlimmer Einwirkung sein, hatte man die vollzogene Tatsache geheimgehalten. Erst am 4. November veröffentlichte die offizielle „Wiener Zeitung“ das vom 30. Oktober datierte Ernennungsdekret Beusts zum Minister des Aeußern. Er selbst möchte uns wohl gerne davon überzeugen, daß die auf ihn gefallene Wahl ihn vollkommen überraschte und er sich nie in einen solchen Wechsel seines Geschickes hineingeträumt habe.[3]) Möglich ist es ja immerhin, daß der Kaiser, der zuerst an Hübner als Nachfolger Mensdorffs gedacht haben soll,[4]) einer plötzlichen Eingebung folgend,

---

[1]) Eigenhändige Aufzeichnungen Andrássys vom 6. Oktober 1866. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Morgenblatt der „Neuen Freien Presse“ vom 28. und 30. Oktober 1866.

[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 3.

[4]) Bernstorff an König Wilhelm, London, 9. November 1866. Hübner strebte diesen Posten an, und es ist nicht richtig, wenn dessen Sohn, der zu jener Zeit der österreichischen Botschaft in London attachiert war, dort verbreitete, der Kaiser habe seinem Vater das Ministerium des Aeußern angeboten, dieser aber solche Bedingungen gestellt, die nicht angenommen wurden (Bernstorff, London, 9. November 1866). Hübner war beim Kaiser keine Persona gratissima, wie er sich überhaupt auch im Auslande keiner Beliebtheit erfreute, weshalb allein schon der Monarch von seiner Verwendung als Minister des Aeußern absah.

ihm durch einen Vertrauensmann den hohen Posten anbieten ließ.[1]) Hätte ihn der Monarch jetzt nicht berufen, so wäre Beust aller Wahrscheinlichkeit nach für immer verloren gewesen. Solange Bismarck herrschte, gab es für dessen Antagonisten in ganz Deutschland keinen Platz. Das muß Beust selbst empfunden haben, als er, noch in voller Ungewißheit seiner eventuellen Verwendung in Oesterreich, mit sich kämpfte, ob er die Entlassung aus dem sächsischen Staatsdienste verlangen solle.[2]) Nur schwer konnte er sich an den Gedanken gewöhnen, in der besten Manneskraft vom politischen Schauplatze zu verschwinden. Es bedurfte daher eines starken Druckes, um ihn zum Rücktritt zu bewegen.[3]) Nachdem ihm schon alle Aussicht auf eine günstige Wendung seiner Zukunft versagt war, konnte er nur allzu froh sein, nach so tiefem Fall als österreichischer Minister des Aeußern in neuem Glanze aufzuerstehen.[4])

Mit dem Moment, da er sein Amt antrat, regte sich in Beust sofort die Ambition, nur als Oesterreicher zu gelten, der, ohne Rückerinnerung an die Vergangenheit, seine gesamten Kräfte der ihm zum zweiten Vaterlande gewordenen Monarchie widmen wolle.[5]) Weit und breit verkündete er es, daß von ihm nur eine Politik des Friedens zu erwarten sei. Das stand in gewissem Widerspruch zu seiner im November erfolgten Rundreise nach einigen vornehmeren deutschen Höfen, die er für den von ihm geplanten und unter Oesterreichs Leitung stehen sollenden deutschen Südbund zu gewinnen suchte.[6]) Dieses Vorgehen hinderte ihn nicht, weiter zu betonen, daß er im Bunde mit der äußeren Friedenspolitik die Ordnung der inneren Angelegenheiten anstrebe, die er vorläufig kaum oder nur höchst oberflächlich kenne, aber nach allen Seiten hin gründlichst zu studieren gedenke.[7]) Dabei bestritt er das Gerücht, in den zu Prag stattgefundenen Ministerberatungen ein detailliertes Programm über die Verfassungsfrage im allgemeinen und speziell über die ungarische Frage vorgelegt zu haben. Seiner Versicherung nach habe er nur auf schleunigsten

---

[1]) Der Vertrauensmann scheint der Staatsrat Braun gewesen zu sein.

[2]) Freiherr von Friesen, „Erinnerungen aus meinem Leben", Bd. II, S. 237.

[3]) Ibidem, S. 239 ff.

[4]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 19 u. 20.

[5]) Rundschreiben Beusts an die Botschafter. Ibidem, Bd. II, S. 28.

[6]) Goltz an Bismarck, Paris, 29. Oktober; Flemming, Baden, 8. November; Reuß, München, 3. November 1866.

[7]) Bericht Werthers vom 6. November 1866.

Beginn der Verhandlungen mit Ungarn und auf die Einberufung des ungarischen Reichstages gedrungen; denn die Verständigung mit den Ungarn bilde, wie er meinte, die Vorbedingung und den Ausgangspunkt für die Regelung auch der österreichischen Verfassungsfrage. Beust hielt das auf die gemeinsamen Angelegenheiten bezügliche ungarische Elaborat des Fünfzehner-Subkomitees für eine geeignete Basis zu Unterhandlungen, immer unter der Voraussetzung, daß der ungarische Reichstag an demselben die im Interesse der Einheit und Integrität Oesterreichs unerläßlichen Modifikationen vornehmen werde. Darunter verstand der Minister des Aeußern vor allem die gemeinschaftliche parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten; ferner die unbedingte Aufrechterhaltung des im Heereswesen und in den Finanzen zum Ausdruck gelangenden Prinzips der Reichseinheit. Erst nach Durchführung dieser Veränderungen am Elaborat des Fünfzehner-Subkomitees wollte Beust dem Kaiser die Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums anempfehlen. Der Minister des Aeußern schmeichelte sich mit der Hoffnung, daß eine offene und entschiedene Darlegung dieses Standpunktes ihren Eindruck in Ungarn nicht verfehlen und der Majorität, die den Ausgleich wünsche, auch die Kraft verleihen werde, der Beschlußpartei — also der Opposition — die Spitze zu bieten. Er war überzeugt, daß bereits seine Ernennung einen günstigen Umschlag der Stimmung herbeigeführt habe und gewiß viel dazu beitragen werde, das in letzter Zeit übermäßig gesteigerte Mißtrauen gegen die Wiener Regierung zu beschwichtigen.[1])

Kein Zweifel, der Ministerwechsel und das Ausscheiden Esterházys aus dem Kabinett waren von vorteilhaftem Einfluß; von nicht geringerer Wirkung war es, als bekannt wurde, Beust beharre vor allem auf Unterhandlungen mit Ungarn. Der Minister des Aeußern übersah allerdings, daß die günstige Stimmung nur auf der Erwartung der sofortigen Erfüllung aller Wünsche beruhe. Ließ man doch in Pest bereits eigene Ministerlisten kursieren! Der preußische Gesandte hatte ganz recht, wenn er der Ansicht ist, die rosige Gesinnung der Ungarn werde rasch in ihr Gegenteil umschlagen, sobald es sich zeige, daß Beust im wesentlichen auf dem Standpunkte des königlichen Reskriptes vom 3. März 1866

---

[1]) Bericht Werthers vom 11. November 1866. Werther teilt hier den Inhalt seines Gespräches mit Beust mit, der sich in diesem Sinne zu ihm äußerte.

stehe.[1]) Wie wenig kannte noch der Sachse den Boden, den er zu pflügen sich anschickte, wenn er wirklich hoffte, mit dem Reskript vom 3. März sein Auslangen zu finden! Gründlich hatten sich seitdem die Verhältnisse geändert. Damals, im März, war es allein dem Uebergewicht der Deákpartei zuzuschreiben, wenn man sich in Ungarn entschloß, noch vor Herstellung der 1848er Gesetze, an die Ausarbeitung eines Entwurfs über die Handhabung der gemeinsamen Angelegenheiten zu schreiten. Jetzt, im November 1866, bezeichnete die Deákpartei das Elaborat als Maximum und nur dann durchführbar, wenn sofort ein verantwortliches ungarisches Ministerium eingesetzt werde. Und selbst dies Maximum hatte sie noch immer gegen den Ansturm der Beschlußpartei und einen wesentlichen Teil der öffentlichen Meinung zu verteidigen, die vereint das Elaborat des Fünfzehner-Subkomitees, als durch die Ereignisse überholt, mißbilligten. Schon erwog man die verschiedensten Eventualitäten. So hieß es, das Elaborat werde gar nicht zur Verhandlung zugelassen, oder, falls ja, sicher verworfen werden, wenn die Forderung nach dem ungarischen Ministerium unerfüllt bliebe. Ebenso wurde behauptet, Deák sei entschlossen, den Entwurf des Subkomitees lieber gleich gänzlich zurückzuziehen, als ihn einer Niederlage auszusetzen. Wie Werther an Bismarck berichtet, sind die Auspizien, unter denen der ungarische Landtag am 19. November wieder zusammentreten wird, wenig hoffnungsreich für den Ausgleich. Wenn die Kaiserliche Regierung, äußert der Gesandte, nicht etwa noch in letzter Stunde auf Grund der Stimmung, die ihr doch unmöglich unbekannt sein kann, zu Konzessionen schreitet, dann dürfte sich sehr bald herausstellen, daß der Nimbus des Namens Beust die ungarische Frage auch nicht um ein Haar breit gefördert hat.[2]) Werther war gut unterrichtet, als er nach Hause meldete, daß ohne Gewährung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums jede Aussicht auf einen Ausgleich vergeblich sei, und daß die Ungarn nie in einem Zentralparlament zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten erscheinen werden.[3]) Beust gab sich auch über die Gesinnungen der Ungarn keinen Illusionen hin. In dem ihm eigentümlichen Optimismus suchte er sie jedoch auf eine seiner Person nicht ungünstige Weise zu deuten. Er rühmte sich, sehr genau den

---

[1]) Bericht Werthers vom 11. November 1866.
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem.

eigentlichen Grund der Haltung aller ungarischen Parteien zu kennen. Sie seien alle, meinte er, so fest davon überzeugt, bisher von der österreichischen Regierung stets hintergangen worden zu sein, daß sie glauben, schon aus Vorsicht, auf den jetzigen Forderungen beharren zu müssen, um nicht wieder von ihr hinters Licht geführt zu werden. Trotzdem, sagte er, könnte das Ministerium nicht sofort bewilligt werden. Ein solches würde nur dem Reichstage verantwortlich sein, und dann könne man mit Sicherheit darauf rechnen, daß die im Interesse der Einheit der Monarchie unerläßlichen Forderungen betreffs des Heereswesens und der Finanzen nie im Sinne der Regierung eine Erledigung fänden. Aber, so tröstete sich Beust, wie große Schwierigkeiten auch noch zu überwinden wären, so sei das Mißtrauen der Ungarn doch mehr ein subjektives als objektives. Damit wollte er andeuten, daß dieses sich nicht gegen ihn, sondern vornehmlich gegen Belcredi und Mailáth richte. Es sei jedoch nicht wahr, versicherte er Ladenberg, dem Stellvertreter des preußischen Gesandten, daß er bereits auf Entfernung dieser Männer aus dem Kabinett gedrungen habe. Man streue solche Gerüchte nur aus, um ihn mit seinen Ministerkollegen zu entzweien. Um so weniger wäre er zu einem solchen Schritte berechtigt, als er ohne tiefere Kenntnis der Verhältnisse noch gar nicht in der Lage sei, derartige Anträge zu stellen. Ich mache, schloß er sein Gespräch, erst jetzt gründliche Terrainstudien und orientiere mich — eine Aeußerung, die Ladenberg zur Bemerkung veranlaßte: er glaube, die öffentliche Meinung irre sich nicht gar zu sehr in betreff der Pläne, die sie dem Baron Beust unterschiebt, und seine gründlichen Terrainstudien dürften sehr wahrscheinlich zu dem Resultate führen, daß Graf Belcredi und Mailáth aus dem Ministerium scheiden werden.[1])

Die öffentliche Stimme antizipierte eine Entwicklung, von der noch gar nichts zu merken war. Vorläufig zeigte sich nur, daß Beust bereits durch die Textierung des Reskriptes vom 17. November 1866, mittels dessen der ungarische Reichstag wieder einberufen wurde, einen Sieg über den Staatsminister errungen hatte. Es war nur nach sehr lebhaften Debatten im Ministerrate zustande gekommen, bei denen der Minister des Aeußern den Ausschlag gegeben.[2]) Beust vermied vorsichtig die Klippen, an denen

---

1) Ladenberg an Bismarck, Wien, 17. November 1866.

2) Idem, Wien, 20. November 1866.

er sofort zerschellen konnte und stellte sich, ungeachtet aller Warnungen, nicht auf den Boden des Reskriptes vom 3. März, das so viel böses Blut in Ungarn gemacht. Das neue Reskript sprach nicht mehr von Bedingungen, sondern nur noch von unabweisbaren „Hauptgesichtspunkten", wie sie die Einheit des Heeres und die Gemeinsamkeit der Finanzen erforderlich machen. Kein Wort mehr von gemeinschaftlicher parlamentarischer Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten. Im Prinzip anerkannte das Reskript die verantwortliche Regierung, deren Inslebentreten nach Regelung der gemeinsamen Angelegenheiten versprochen wurde. Man stellte die im Erlaß vom 3. März angeführte und sofort vorzunehmende Revision der 1848er Gesetze jetzt schon als eine erst vom verantwortlichen ungarischen Ministerium zu erfüllende Aufgabe hin. Vergebens hätte man auch in dem Reskripte vom 17. November, wie dies besonders die zentralistische „Presse" hervorhob, nach jener Zusage des Septembermanifestes geforscht, die die Regierung verpflichtete, das Resultat der Vereinbarungen mit Transleithanien den legalen Vertretern Zisleithaniens vorzulegen. Ungeachtet der Annäherung an den ungarischen Standpunkt, befriedigte das Reskript dennoch nicht. Die darin enthaltenen Begünstigungen waren, wie es scheint, absichtlich durch die Textierung so verhüllt worden, daß sie auf den ersten Blick gar nicht da zu sein schienen. Man müßte, wie ein geistreicher Deputierter bemerkte, sich eines Vergrößerungsglases bedienen, um im Reskripte den Fortschritt gegen früher zu entdecken.[1]) Man hatte etwas gegeben, aber wieder nur halb und unwillig. „Wenn Ihr," äußerte Andrássy zu Mailáth, „mit den Konzessionen im Reskript schon so weit gegangen seid, warum sagtet Ihr nicht gleich dem Kaiser, daß Ihr, sobald er nicht auch die Minister ernennt, unfähig seid, seine Wünsche zu erfüllen und Ihr abdanken müßt."[2]) Unter dem ersten Eindrucke des Reskriptes, dessen Inhalt Andrássy schon einen Tag vor der Veröffentlichung bekannt geworden war, schrieb der Graf an seine Frau: „Es wäre unmöglich, auf ungeschicktere Art große Zusagen zu machen. Nicht umsonst habe ich es immer wiederholt, ihr (der Minister) größter Fehler ist es, daß sie E... sind. In Wien sagte ich es ihnen ins Gesicht, sie werden das Ministerium ebenso hinschenken wie Venedig, ohne daß ihnen

---

[1]) (Karl Szász), „Tagebuchanmerkungen eines Reichstagsabgeordneten", 37 (ung.).

[2]) Kónyi, Bd. IV, S. 84.

irgend jemand dafür danken wird — zur Hälfte hat es sich schon erfüllt. Uebrigens seien Sie ganz ruhig, meine liebe gute Mama, (so nennt er seine Frau), ich nehme die Dinge mit dem denkbarsten Phlegma, denn ich will mich nicht vergebens abnützen." [1]) Die Stimmung, die das Reskript erzeugte, entsprach durchaus nicht den Erwartungen Beusts, der sich davon einen durchschlagenden Erfolg versprochen hatte. Man werde, so legte er sich die Sache zurecht, zur Erkenntnis gelangen, dies sei das letzte Wort der Regierung. Es war ihm sogar ganz recht, daß die Wiener ultrazentralistische „Presse" das Reskript in scharfer Weise angriff; liefere doch deren vehementer Ausfall den Beweis, daß das Ministerium bereits bis an die äußerste, nicht mehr zu überschreitende Grenze gegangen sei. Nimmt Ungarn,. sagte Beust zum preußischen Legationsrat Ladenberg, „die dargebotene Hand an, dann haben wir den Dualismus, und die Aufgabe der Regierung wird es sein, denselben möglichst lebensfähig zu machen und zu mildern; weist Ungarn sie zurück, dann werden wir allerdings andere Saiten aufziehen müssen, und die ‚Presse' wird mit mir zufrieden sein. Ein Freund von halben Maßregeln bin ich nicht. [2]) Die Vorgänge im Reichstage sollten Beust bald zum Bewußtsein bringen, daß Ungarn gar nicht gewillt sei, in die dargebotene Hand freudig einzuschlagen. Dort wollte man sich nicht mit Anerkennung von Prinzipien begnügen, die keinen Heller wert seien. Man verlangte endlich Taten zu sehen, vor allem die faktische Herstellung der Verfassung in Verbindung mit der Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums. Die Unzufriedenheit stieg von Tag zu Tag. Noch behielt wohl Deák durch große Klugheit und das mächtige Uebergewicht seines Geistes die Leitung der Majorität in seiner Gewalt. Aber wie sehr es gärte, zeigte sich darin, daß sich die Abgeordneten in zwei abgesonderte Lager trennten: in das der „Deákpartei" und das der „Tiger", so benännt nach dem gleichnamigen Hotel, wo die Linke unter der Führung Koloman Tiszas ihre Versammlungen abhielt. Deák war für die Beantwortung des Reskriptes durch eine kurze Adresse und für die Fortsetzung der Arbeiten des 67er Ausschusses, die die künftigen Entschlüsse des Reichstages nicht im mindesten binden. [3]) Davon aber wollte die Linke nichts

---

[1]) Andrássy an seine Frau, Pest, 22. November 1866. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[2]) Legationsrat Ladenberg an Bismarck, Wien, 20. November 1866.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 92.

wissen, sie ging sogar so weit, von Preisgebung der Verfassung durch Deák, den man schon den „Schwarzgelben" nannte,[1]) und dessen Partei zu sprechen. Deák fand kräftige Töne, um eine solche Beschuldigung weit von sich zu weisen.[2]) Aber auch Andrássy wollte nicht den Schein aufkommen lassen, als stünde sein Patriotismus, weil er die Dinge von einem anderen Standpunkte beurteilte, auf einem niedrigeren Niveau als der Tiszas. „Es scheint," schrieb er damals an seine Frau, „wir werden eine große Mehrheit haben, aber das Land werden wir nicht verraten ... Fürchten Sie nicht, daß ich mich hineinhetzen lasse, nur wünsche ich nicht, die Menschen sollen glauben, daß das, was wir sagen, anderer Leute halber gesagt wird. Deshalb war es sehr gut, daß von nun an die Deputierten in zwei Klubs geschieden sind. Gestern habe ich lange mit Koloman Tisza gesprochen, ich merke, er sieht es selbst ein, daß sie Böcke geschossen haben." [3]) Die Linke war nachträglich so sehr von ihrer falschen Haltung durchdrungen, daß sie ihren Gegensatz Deák gegenüber aufgab und im Reichstage dessen Adresse an den Kaiser fast einstimmig annahm.[4]) Sie war befriedigt von der festen Sprache, mit der hier der Führer der Majorität das Reskript vom 17. November ablehnte und vor allem auf der Herstellung der Verfassung beharrte. Wie ein Stoß in die Kriegstrompete klang der geharnischte Ton, mit dem der Monarch aufgefordert wurde, die Erfüllung der Wünsche nicht länger an Bedingungen zu knüpfen.[5]) Charakteristisch für die Stimmung war es, wie man damals zwischen völliger Hoffnungslosigkeit und den frohesten Aussichten hin und her schwankte. Noch kurz vor endgültiger Textierung der Adresse überwog allgemein die Ueberzeugung, die Ernennung des Ministeriums stände für die nächste Zeit bevor.[6]) Andrássy wollte nicht recht daran glauben. Die Ernennung wäre ihm in der geplanten Form jetzt nicht einmal erwünscht gekommen. Denn so sehr er auch früher einem mit Zuziehung von Altkonservativen gebildeten Kabinette zugestimmt

---

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 112

[2]) Ibidem, S. 113.

[3]) Andrássy an seine Frau, Pest, 22. November 1866. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[4]) Werther, Wien, 17. Dezember 1866.

[5]) Kónyi, Bd. IV, S. 124.

[6]) Andrássy an seine Frau, 7. Dezember 1866. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

hätte, in eben dem Maße war er nun gegen ein solches Koalitionsministerium eingenommen. Seiner Ansicht nach könnte eine Gemeinschaft mit dem ungarischen Hofadel, den alle Welt wegen seiner Zögerungspolitik im Jahre 1865 für den gegenwärtigen Zustand verantwortlich machte,[1]) nur dann bestehen, wenn dieser seinen bisherigen Standpunkt aufgäbe und sich ganz dem der Deákpartei anpasse. „Es hat den Anschein," schreibt Andrássy an seine Frau, „daß der alte Herr (Deák) doch endlich dem Plan entsagt hat, Baron Hahn[2]) (Sennyey) in eine Gesellschaft mit mir zu bringen, dafür aber habe ich den Plan gefaßt, ihn selbst in unsere Gesellschaft zu bringen für den Fall, als aus der Sache (Ernennung des Ministeriums) wirklich etwas werden sollte, was ich aber noch immer nicht glaube. Unmittelbar nach der Königgrätzer Schlacht würde ich nicht gewagt haben, ihm einen solchen Vorschlag zu machen .... Nun aber werde ich wenigstens alles daran setzen — mit welchem Erfolge weiß ich nicht." [3]) Andrássy hatte jedenfalls die Lage richtig beurteilt, als er das Ministerium noch in weiter Ferne sah. Die Adresse Deáks hatte in Wien einen geradezu deprimierenden Eindruck erzeugt. Sennyey war in verzweifelter Stimmung.[4]) Bankier Wodianer sagte dem Baron Béla Orczy, der Kaiser könne jetzt nicht nachgeben, sonst würde die deutsche Verfassungspartei in Wien sich wie ein Mann dagegen erheben.[5]) Sympathisierten auch die Autonomisten mit Ungarn, und waren sie dem Dualismus freundlich gesinnt, so stimmten sie doch darin mit den Zentralisten überein, daß von einer gemeinschaftlichen parlamentarischen Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten unter keiner Bedingung abgegangen werden könne noch dürfe. Schon sprach man vom Wiederaufleben des Provisoriums in Ungarn und Einberufung des Reichsrates auf Grundlage direkter Wahlen, um sich ein starkes Gegengewicht gegenüber den sogenannten ungarischen Uebergriffen zu verschaffen.[6])

---

[1]) Bericht Ladenbergs an Bismarck, 4. Dezember 1866.

[2]) So wurde Sennyey, wir wissen nicht aus welchem Grunde, im intimeren Kreise genannt.

[3]) Andrássy an seine Frau, 7. Dezember 1866. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[4]) Kónyi, Bd. IV, S. 129.

[5]) Ibidem, S. 123.

[6]) Werther an Bismarck, Wien, 17. Dezember 1866. Kónyi, Bd. IV S. 123.

Inmitten der schwülen Atmosphäre brachte es Beust allein zustande, unentwegt festzuhalten an der Hoffnung, die Regierung werde mit Geduld und Beharrlichkeit schließlich doch den Ausgleich in den sicheren Hafen bringen. Er meinte, man fasse die Adresse viel zu pessimistisch auf. Es sei ja wohl wahr, fügte er hinzu, die Adresse stelle sich, gegen alle Erwartung, in Gegensatz zu den Beschlüssen der Parteikonferenzen, die zur Annahme berechtigten, das Plenum des Reichstages werde die Bemerkungen des königlichen Reskriptes, bei Vorlage des Elaborates des Fünfzehner-Subkomitees, in „ehrfurchtsvolle Erwägung" ziehen. Der Minister des Aeußern tröstete sich jedoch sehr leicht über diesen Widerspruch. Die ungarischen Parteiführer werden bei ruhiger Erwägung, sagte er, schließlich doch zur Erkenntnis gelangen, daß auf sie allein die Verantwortlichkeit für das Scheitern des Ausgleiches zurückfalle, wenn sie Begehren stellen, die die Regierung im Interesse der Machtstellung der Monarchie um keinen Preis bewilligen könne. Beust gewärtigte große Wirkung von einem Artikel der „Times", der die Ungarn zur Nachgiebigkeit mahnte. Dem preußischen Gesandten aber teilte er im Vertrauen mit, wie er wisse, daß in letzter Zeit Zuschriften aus England und Frankreich nach Ungarn gelangt seien, die zur Mäßigung raten und es nahelegen, durch allzu schroffe Haltung sich die für Ungarns Sache bisher bekundete Sympathie nicht unnötig zu verscherzen.[1])

Der Artikel der „Times" und die erwähnten englischen und französischen Briefe, auf die der Minister des Aeußern so sehr pochte, trugen das Gepräge, als würden sie dessen eigener Fabrik entstammen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er auf diese Weise die angebliche Hilfe des Auslandes in seine Dienste zu stellen trachtete. Wollte man doch wissen, er habe Schritte unternommen, um die ungarische Emigration zur Einflußnahme auf das Inland in seinem Sinne zu benutzen. Sein Werkzeug soll eine damals in Florenz wohnende Gräfin Károlyi gewesen sein, die nach Paris und London reiste, um auf die dort lebenden ungarischen Emigranten, gemäß den Wünschen des Wiener Ministeriums des Aeußern, einzuwirken.[2]) Wie dem auch immer sei, gewiß ist, daß Beust sich als Herrn der Situation fühlte oder wenigstens den An-

---

[1]) Das Ganze nach einem Berichte Werthers vom 17. Dezember 1866.

[2]) von Brandt, Hauptmann beim preußischen Generalstab, an Graf Bismarck-Bohlen, Berlin, 14. November 1866.

schein erwecken wollte, es zu sein. Früher kein Ministerium, sagte er wiederholt zu Freiherrn von Werther, bis der ungarische Reichstag nicht entsprochen hat.[1]) Der Preuße war besser orientiert, als er prophezeite, Beust werde baldigst aus seiner Täuschung erwachen müssen.[2]) Vorläufig machte er allerdings noch nicht den Eindruck, als zweifle er an seinem schließlichen Erfolge. Vielmehr schickte er sich gerade in diesen Tagen an, die Führer der Deákpartei persönlich überzeugen zu wollen, daß die Regierung nicht im mindesten gewillt sei, auch nur einen Schritt vom Standpunkte des am 17. November erlassenen Reskriptes abzugehen. Dies Ziel gedachte er in Pest, im Kreise der Ungarn selbst, zu erreichen. Am 20. Dezember erschien er dort in Begleitung des Hofkanzlers Mailáth.

Wer hat den ersten Anlaß zur Begegnung des Ministers des Aeußern mit Deák, Andrássy und den übrigen maßgebenden Deákisten gegeben? Lónyay erzählt in seinem Tagebuch, er (Lónyay) habe Sennyey aufmerksam gemacht, daß es im Interesse der gegenseitigen Verständigung nützlich wäre, wenn wir Ungarn, wie er sagt, mit Beust, den wir nicht kennen und dem wir unbekannt sind, in persönlichen Verkehr treten könnten.[3]) In Graf Belcredis schriftlichem Nachlasse hingegen befindet sich eine Aufzeichnung, die den Anstoß zur Pester Reise ganz anders darstellt. Danach hätte nun Sennyey, dem als Tavernikus die ungarische Verwaltung unterstand, nach Wien gemeldet, Beust lasse im geheimen durch seine Agenten in Pest versichern, man habe von ihm nur das Günstigste zu gewärtigen. Als Gegenmittel solcher Machinationen habe nun Sennyey den Vorschlag gemacht, den Minister des Aeußern zu nötigen, selbst nach Pest zu kommen, um dort zu erklären, er sei gleicher Meinung mit dem Ministerium über die Lösung der ungarischen Frage. Auf diese Weise sollte der Plan zur Fahrt nach der ungarischen Hauptstadt entstanden sein, den Belcredi zwar nicht sehr freudig begrüßte, dem er aber schließlich, im Vertrauen auf Sennyeys genaue Kenntnis der Personen und Verhältnisse, doch zustimmte.[4]) Im Gegensatz hierzu behauptet Beust, die Reise sei auf ausdrücklichen Wunsch des Monarchen, unter dem Widerspruche Belcredis erfolgt, der seine Einwilligung nur unter einer Bedingung geben wollte.

---

[1]) Werther an Bismarck, Wien, 17. Dezember 1866.

[2]) Ibidem.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 130.

[4]) Belcredis „Fragmente" in: „Die Kultur", 7. Jahrgang, S. 278.

Der Staatsminister soll — immer nach Beust — begehrt haben, daß Mailáth mit dem Minister des Aeußern nach Ungarn fahre, diesen also, gleichsam als Vertrauensmann der Regierung, auf Schritt und Tritt begleite und kontrolliere.[1]) Es zeugt wenig für den persönlichen Stolz Beusts, daß er ruhigen Blutes solch eine Zumutung hinnahm. Er hat es geduldet, ohne hierüber in Wallung zu geraten, durch die Begleitung Mailáths, wie er selbst sagt, unter „polizeiliche Aufsicht" gestellt worden zu sein.[2]) Sollte etwa gar der Kaiser selbst, wie Beust erwähnt,[3]) die Anregung zur Reise gegeben haben? Unwahrscheinlich wäre es gerade nicht. Der Monarch hegte damals die Hoffnung — man begreift nicht recht, worauf sie sich gründete —, die Ungarn werden sich seinen Wünschen fügen. Ueberraschte er doch den preußischen Gesandten mit der Aeußerung, daß die Dinge in Ungarn anfangen einen besseren Verlauf zu nehmen.[4]) Diese Zuversicht mochte ihn zu dem Wunsche veranlaßt haben, daß sich Beust nach Pest begebe, um dort mit Deák und dessen intimerem Anhange in näheren Kontakt zu treten und dadurch den Boden für eine weitere günstige Entwicklung zu ebnen. Erklärte doch Beust selbst, daß er mit seiner Reise zunächst keinen anderen Zweck verband, als das dortige Terrain persönlich zu rekognoszieren und die einflußreichen Parteiführer von Angesicht zu Angesicht kennen zu lernen. Wenn er diesen Worten noch weiter hinzufügt: durch den Meinungsaustausch wollte er gleichzeitig den ungarischen Parteiführern jeden Glauben an ein Zurückweichen der Regierung benehmen, mit der er sich vollkommen solidarisch fühle, so kam er bereits mit seiner ersten Aussage in Widerspruch. Reiste er nach der ungarischen Hauptstadt, um das „Terrain zu rekognoszieren", so wurde ihm hierzu allerdings genügende Gelegenheit gegeben, aber nicht in dem von ihm erwarteten Sinne. Sowohl aus dem Munde Deáks wie Andrássys konnte er es vernehmen, daß ohne vorherige Bewilligung des Ministeriums jeder Aussicht auf einen Ausgleich entsagt werden müßte.[5]) Noch ehe Andrássy der Einladung zum Speisen bei Sennyey folgte, in dessen Hause er mit dem Minister des Aeußern zusammentreffen sollte, schrieb der Graf vertraulich an seine Frau: „Haben Sie keine Angst vor

---

[1]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 84.
[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 84.
[3]) Ibidem.
[4]) Werther an Bismarck, Wien, 9. Dezember 1866.
[5]) Kónyi, Bd. IV, S. 142—155.

dem Diner, vor Beust und vor niemand — nie habe ich mich wohler gefühlt als jetzt, mit der ganzen Gesellschaft nehme ich es auf."[1]) Nicht der Sachse war es also, der durch kräftiges Auftreten imponierte, vielmehr suchte er als geriebener Diplomat nur durch Insinuationen, die allerdings nicht verfingen, zu wirken. Halb lockend, halb drohend ließ er auf der Bildfläche das Schreckgespenst einer „Gesamtvertretung" erscheinen, mit der es unendlich schwerer sein würde, zu einem Abkommen zu gelangen, als mit dem Ministerium, das bereit sei, ein Fait accompli zu schaffen.[2]) Welche Täuschung, durch den Hinweis auf den Reichsrat, die Ungarn einschüchtern zu wollen! Fußten diese doch auf dem Standpunkt, sie ginge die österreichische Volksvertretung gar nichts an, indem die Nation das Recht habe, ihren Frieden direkt mit dem Könige abzuschließen! Beust hatte keinen Erfolg zu verzeichnen und sprach nur die Wahrheit, als er bei seiner Rückkehr zu Graf Belcredi sagte: er habe aus Pest den Eindruck mitgenommen, die ungarischen Herren seien nicht zu kapazitieren.[3]) Dagegen prahlte er gegenüber dem preußischen Gesandten mit der Versicherung, er habe die ungarische Hauptstadt nicht unbefriedigt verlassen und glaube sich zur Hoffnung berechtigt, mit Geduld und Festigkeit endlich doch eine Verständigung herbeiführen zu können.[4]) Beust würde es gewiß nicht gewagt haben, sich so hochtrabender Worte zu bedienen, hätte er ahnen können, wie wenig vorteilhaft man von ihm im Kreise der ungarischen Staatsmänner dachte. Lónyay nannte ihn wohl einen geschickten, aber nicht gerade besonders hervorragenden Diplomaten, der den allerdings nicht zu unterschätzenden Vorteil besitze, kein so eingefleischter Bureaukrat zu sein, wie die österreichischen Minister, mit denen man bisher zu tun hatte.[5]) Bedeutend abfälliger urteilte Andrássy. In einem Briefe an seine Frau heißt es: „Von den Dingen hat er (Beust) nicht den geringsten Begriff. Er ist leichtfertig, eitel, wohl ein kluger, doch einsichtsloser Kopf. Hilft ein anderer nicht heraus, so wird er diese

---

[1]) Andrássy an seine Frau, Pest, Donnerstag nachmittag. Undatiert, kann aber nur am 20. Dezember 1866 geschrieben worden sein. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[2]) Werther an Bismarck, Wien, 23. Dezember 1866. Er berichtet nach einem Gespräche mit Beust.

[3]) „Fragmente" Belcredis, a. a. O., S. 280.

[4]) Werther an Bismarck, 23. Dezember 1866.

[5]) Kónyi, Bd. IV, S. 143.

Monarchie ebenso unbedingt verderben, wie er das andere Reich (Sachsen) zugrunde richtete. Das ist mein jetziger Eindruck, aber sagen Sie niemand etwas davon, ich möchte nicht, daß es weiter verbreitet werde.“ [1])

Man hat allen Grund, Beusts Darstellung in seinen Erinnerungen über die Reise nach Pest mit vollem Mißtrauen zu begegnen. Es widerspricht der Wahrheit, wenn er dem Monarchen nach seiner Rückkehr einen von dem bisherigen fruchtlosen Verhalten abweichenden Weg vorgeschlagen und ihm gesagt haben will: „Euere Majestät sind entschlossen und haben es ausgesprochen, unter gewissen Voraussetzungen ein ungarisches Ministerium zu ernennen. Auch die Männer, die es bilden sollen, haben Euere Majestät bereits gewählt. So lassen Euere Majestät diese Männer kommen, damit wir mit ihnen hier unterhandeln.“ [2]) Nun war es aber schon vor der Ankunft Beusts in Pest eine feststehende Tatsache, daß, aus Anlaß des am 27. Dezember 1866 stattfindenden Geburtsfestes der Kaiserin, eine Glückwunschdeputation des ungarischen Reichstages sich nach Wien begeben werde, die von der Kaiserin am 8. oder 10. Januar 1867 empfangen werden sollte. Mitglieder der Deputation, der sich gerne etwa hundert Abgeordnete angeschlossen hätten, [3]) waren auch Andrássy und jene Männer, mit denen in Wien verhandelt werden sollte. Der Gedanke hierzu ging daher nicht von Beust aus. Auch die Stimmung, in der die entscheidenden Beratungen im Jänner 1867 begonnen wurden, waren einer Verständigung nicht sehr günstig. „Die Aussichten,“ äußerte damals Andrássy, „sind durchaus schlechte; es ist nur wenig Hoffnung vorhanden, daß etwas aus der Sache wird.“ [4]) In einem unter Vorsitz des Kaisers stattgefundenen Ministerrat beantragte Beust, für den Fall eines Miß-

---

[1]) Andrássy an seine Frau. Undatiert. Nach dem Inhalte unmittelbar nach der Abreise Mailáths geschrieben, daher vom 21. Dezember 1866. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy. Abgedruckt bei Kónyi, Bd. IV, S. 155, aber nicht ganz.

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 85.

[3]) Andrássy an seine Frau (20. Dezember 1866). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy. Er schreibt da: „Mit der Deputation zur Kaiserin wären gerne auch 100 Abgeordnete hinaufgefahren. Friedrich (Podmaniczky) und Ihr Freund Ludwig (Tisza) baten mich darum, ich führe daher zur Ansicht zwei abgenützte kleine Tiger mit mir hinauf“ (Anspielung darauf, daß beide dem Klub der Linken im Hotel „Tiger“ angehörten).

[4]) Kónyi, Bd. IV, S. 156.

erfolges der Verhandlungen, sehr scharfe Maßregeln, wie Auflösung des Reichstages und Vereinigung aller Gewalt in den Händen der Regierung. An Belcredi, den damaligen Leiter des Polizeiministeriums, richtete er die Frage, ob er beim Eintritt von Ruhestörungen bereits jene Männer ins Auge gefaßt habe, deren man sich rechtzeitig durch Verhaftung versichern müsse.[1]) Wie ernst es Beust mit diesen Dingen war, beweist auch seine Aeußerung gegenüber Freiherrn von Werther, dem er sagte, daß ja der Kaiser, wenn der Ausgleich scheitern sollte, unter allen Umständen auf seine starke und zuverlässige Armee zählen könne.[2])

Beust fühlte sich noch immer als den Mann der starken Hand, kräftig genug, um den widerspenstigen Ungarn den Daumen aufs Auge zu setzen. Er verfügte daher mittels Patentes vom 2. Januar 1867 die Einberufung des „außerordentlichen" Reichsrates. Dieser sollte, wenn nötig, eventuell sein Wort in die Wagschale legen und entscheiden, ob auf dem betretenen Wege fortzuschreiten oder ob man Ungarn gegenüber schon zu weit gegangen sei.[3]) Im Ministerrate hatte sich Beust für eine Gesamtvertretung eingesetzt. Nach den Erfahrungen mit dem niederösterreichischen Landtage, der sich in schärfster Weise gegen die Sistierungspolitik ausgesprochen, protestierte Belcredi gegen den Vorschlag des Ministers des Aeußern. Aus den einander diametral entgegengesetzten Standpunkten ging als Kompromiß der „außerordentliche" Reichsrat hervor.[4]) Es ist eine ganz irrtümliche Auffassung, wenn man annimmt, daß der „Außerordentliche", in dem das tschechisch-feudal-klerikale Element das Uebergewicht erlangt hätte und der von Beginn an den heftigsten Widerspruch der deutschen Verfassungspartei erregte, ausschließlich der Initiative Belcredis entsprang. Beust erteilte hierzu ebensogut seine Zustimmung wie der Staatsminister selbst. Ueberhaupt darf nicht außer acht gelassen werden, daß Beust kein festes Programm hatte, sich mehr von den Ereignissen schieben ließ, als daß er die Kraft besessen hätte, diese seinem Willen untertänig zu machen. Der Minister huldigte ganz und gar dem Dumouriezschen Grundsatze: „Nicht die Dinge sich, sondern im Gegenteile sich

---

[1]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., S. 280.

[2]) Werther an Bismarck, 4. Januar 1867.

[3]) Werther an Bismarck, 4. Januar 1867.

[4]) Werther an Bismarck, Wien, 8. Januar 1867. In der Wiener „Morgenpost" vom 5. Februar 1867 heißt es, daß der außerordentliche Reichsrat eine Erfindung Beusts sei.

diesen unterwerfen." Von der Idee der Gesamtvertretung schwenkte Beust zum außerordentlichen Reichsrat hinüber, der das deutsch-österreichische Element, auf das sich der Minister des Aeußern stützen wollte, den Tschechisch-Feudal-Klerikalen ausgeliefert hätte. In der ungarischen Frage huldigte er zuerst dem Optimismus, stets von der Hoffnung beseelt, durch einige Begünstigungen die Ungarn zur Nachgiebigkeit bewegen zu können. Da diese Voraussetzung nicht eintraf, sollte der den Ungarn feindlich gesinnte kroatische Landtag als Sprengmittel gegen sie benutzt werden.[1]) Beust rasselte sogar mit dem Säbel, um den unbeugsamen Deák und Andrássy zur Ergebung zu zwingen. Kaum war jedoch die Fruchtlosigkei dieses Versuches erkannt, als er sofort wieder einlenkte und milderet Saiten aufzog. Bereits am 15. Januar 1867 wußte der preußische Gesandte nach Hause zu melden, wie alle Anzeichen dafür sprechen, daß in der ungarischen Frage abermals ein entscheidender Wendepunkt eingetreten sei, und daß die Regierung im Begriffe stehe, dem Rechtsstandpunkt der Ungarn noch weitere und über das Reskript vom 17. November hinausgehende Konzessionen zu machen.[2])

Ein besonders günstiges Zeichen für das Gelingen der bevorstehenden Unterhandlungen in Wien war es freilich nicht, daß der Kaiser mittels Handschreibens vom 28. Dezember 1866 den Entwurf eines neuen Wehrgesetzes[3]) gebilligt hatte, ohne daß der ungarische Reichstag vorerst hierüber vernommen worden wäre. Als Andrássy aus Anlaß der Uebergabe der Adresse im Dezember in Wien weilte, bat er Beust, das Wehrgesetz nicht zu veröffentlichen, wenn man den Ausgleich wolle.[4]) Der Wunsch blieb unerfüllt,[5]) sei es, daß Beusts Einfluß nicht mächtig genug war, um Andrássys Verlangen Genüge zu tun, sei es, daß der Minister des Aeußern dem Kriegsminister John zustimmte, der aus Rücksichten der Stärkung der Armee das Inslebentreten des neuen Wehrgesetzes für unbedingt nötig erachtete.[6]) Die Maßregel erzeugte in allen Teilen des Landes tiefe Unzufriedenheit. Deák gab ihr später in einem an die Krone zu richtenden Pro-

---

[1]) Werther, 23. Dezember 1866.

[2]) Werther an Bismarck, Wien, 15. Januar 1867.

[3]) Veröffentlicht in der „Wiener Zeitung" vom 31. Dezember 1866.

[4]) Kónyi, Bd. IV, S. 158.

[5]) Ibidem.

[6]) Vortrag Johns, abgedruckt in der „Wiener Zeitung" vom 31. Dezember 1866.

teste gegen die Einführung des Wehrgesetzes als einer Verletzung der Rechte der Nation beredten Ausdruck.[1]) Da auch bei der deutschen Bevölkerung Oesterreichs die Einberufung des „außerordentlichen“ Reichsrates den denkbar größten Unwillen erregt hatte, so konnte man wohl die Aussichten, unter denen neuerdings die Verhandlungen mit den Ungarn über die Herstellung des inneren Friedens aufgenommen werden sollten, nur als sehr trübe bezeichnen. Der Kaiser war allerdings bei Empfang der ungarischen Gratulationsdeputation in bester Laune und fragte Baron Béla Orczy: „Ist Deák sehr böse?“ Orczy und Andrássy apostrophierte der Monarch noch mit den Worten: „Nur Courage, nur Courage sollen Sie haben,“ was wohl den Sinn hat, sich durch die Stimme der öffentlichen Meinung nicht einschüchtern zu lassen. Andrássy ließ den Zuruf des Kaisers nicht unerwidert. „Ich kann Fehler haben, und besitze solche auch gewiß,“ entgegnete er, „aber unter diese gehört sicher nicht der Mangel an Mut; und ich verfüge über den Mut, Dinge nicht auf mich zu nehmen, die ich für unausführbar halte.“ Als der Herrscher noch des Gesetzentwurfes gedachte, den die Regierung mit Zuhilfenahme des Elaborates des Fünfzehner-Subkomitees ausgearbeitet habe und hierzu bemerkte: „Ueberlegen Sie alles genau,“ erwiderte Andrássy in einer Weise, die für den praktischen Kopf dieses Staatsmannes zeugt. Unerschrocken und mit männlicher Offenheit sagte er dem Kaiser, daß es bei diesem Entwurf nicht nur auf die richtige logische Ausarbeitung, sondern vielmehr darauf ankomme, daß er einen wirklich beruhigenden Zustand schaffe. Zum Beweis hierfür erwähnte er die Pragmatische Sanktion, die us den drei Worten: Unteilbarkeit, Untrennbarkeit und Sonderstellung (Ungarns) bestehe. Obgleich nun, betonte er, die zwei ersten Worte das Gegenteil von dem letzten besagen, konnte man doch damit durch anderthalb Jahrhunderte die Monarchie regieren. Wenn man aber, so endete er, die drei Begriffe theoretisch und logisch bis in ihre letzten Schlußfolgerungen regelrecht miteinander in Uebereinstimmung hätte bringen wollen, würde man vielleicht noch heute über die Pragmatische Sanktion beraten.[2]) Der Kaiser, der die Ausführungen ruhig angehört hatte, ging hierauf nicht weiter ein. Vielmehr entfernte er sich von Andrássy und trat zu dem in einer Fensternische stehenden Beust,

---

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 182—188.
[2]) Ibidem, S. 160.

den er aller Wahrscheinlichkeit nach von seinem Gespräche mit dem Grafen unterrichtet haben dürfte.

Als Andrássy sich derart dem Kaiser gegenüber äußerte, kannte er bereits den Gesetzentwurf der Regierung über die gemeinsamen Angelegenheiten.[1] Er hatte ihm, wie er seiner Frau mitteilte, eine schlaflose Nacht bereitet.[2] Im Vergleich zur früheren Haltung des Ministeriums bezeichnete der jetzige Entwurf einen wesentlichen Fortschritt. Hatten doch in demselben der Dualismus, die Delegationen und die Parität Ungarns mit Oesterreich in der Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten Anerkennung gefunden.[3] Trotzdem erschien es den ungarischen Staatsmännern als ein Mangel, daß das Regierungsprojekt eine Anzahl von Gegenständen den Delegationen zuwies, die ihrer Auffassung nach in den Wirkungskreis des ungarischen Reichstags gehörten.[4] Aus diesem Grunde schrieb Andrássy am 8. Januar, einen Tag nach der Audienz beim Kaiser, an seine Frau: „Aus dem Operate," wie er den Regierungsentwurf nennt, „wird nichts."[5] Am liebsten hätte er allein, in Abwesenheit Mailáths und Belcredis, mit Beust hierüber gesprochen, wozu sich aber keine Gelegenheit bot.[6] Schon vorher hatte er seiner Abneigung, mit dem „zugeknöpften" Hofkanzler und dem „bureaukratischen" Staatsminister in Verhandlung zu treten, energischen Ausdruck gegeben.[7] Wie immer es aber auch kommen mochte, er war entschlossen, entweder etwas Ehrenvolles zustande zu bringen oder sich lieber in gar nichts einzulassen.[8] Unter dem Vorsitze Beusts begannen am 9. Januar die Beratungen über den Regierungsentwurf, den man Andrássy als Ultimatum bezeichnet hatte.[9] An den Konferenzen nahmen außer dem Minister des Aeußern und Andrássy noch Mailáth, Belcredi, Sennyey, Lónyay

---

[1]) Andrássy an seine Frau, 8. (Januar) 1867. Besitz der Gräfin Batthyány-Andrássy.

[2]) Der Gesetzentwurf ist abgedruckt bei Kónyi, Bd. IV, S. 163—169.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 170.

[4]) Ibidem. „Die (Gegenstände), die wir dem ungarischen Reichstage vorbehalten zu sehen wünschten." (Ung.) Zu diesen zählte vor allem das Rekrutenbewilligungsrecht des ungarischen Reichstags. Ueber die obwaltenden Gegensätze Kónyi, Bd. IV, S. 170—178.

[5]) Andrássy an seine Frau, 8. Januar 1867. Kónyi, Bd. IV, S. 170, Anmerkung.

[6]) Ibidem.

[7]) Kónyi, Bd. IV, S. 158.

[8]) Ibidem, S. 170, Anmerkung.

[9]) Ibidem, S. 170.

und Baron Eötvös teil. Andrássy berief sich darauf, daß das Ausland großes Gewicht auf die Befriedigung Ungarns lege, indem dadurch das Ansehen der Monarchie nach außen mehr gestärkt werde als durch einzelne Gesetzesparagraphen. Beust entgegnete, man möge sich nicht zu sehr auf die günstige Stimmung des Auslandes verlassen; vielmehr finde man dort bereits, wie ihn neuester Zeit erhaltene Berichte belehren, daß die ungarische Frage nachgerade anfange, langweilig zu werden.[1]) Belcredi wieder wies auf die Schwierigkeit seiner Stellung gegenüber den Oesterreichern hin, die zumeist doktrinär seien und gerne alles, in Paragraphen gefaßt, vor Augen haben wollen. Dies müsse wohl berücksichtigt werden.[2]) Nach dem Vorschlage Lónyays hatten die Ungarn es durchzusetzen verstanden, daß in den gemeinsamen Beratungen nicht der Regierungsentwurf, sondern der des Fünfzehner-Subkomitees zum Ausgangspunkt der Besprechungen genommen wurde.[3]) Unter dem Eindrucke, daß von beiden Seiten der ehrliche Wille bestehe, Frieden zu schließen, trennten sich die Mitglieder der Konferenz.[4]) Der Boden war nun betreten, auf dem eine endgültige Versöhnung angebahnt werden sollte. Schon am 15. Januar konnte Baron Werther an Bismarck die Nachricht von einer entschieden günstigen Wendung übermitteln. Sein Gewährsmann, der es von Sennyey vernommen, hatte ihm mitgeteilt, den Ungarn sei nicht nur die verfassungsmäßige Behandlung des Wehrgesetzes im ungarischen Reichstage, sondern auch die bevorstehende Ernennung eines ungarischen Ministeriums aus der Reichstagsmajorität zugestanden worden. Als Gegenleistung sollten Andrássy, Lónyay und Eötvös sich bei ihrer Partei dafür einsetzen, daß diese das Elaborat des Fünfzehner-Subkomitees annehme, somit auswärtige Angelegenheiten, Staatsschulden, Steuern, Monopole, Handelsangelegenheiten sowie das Heereswesen vom ungarischen Reichstage für gemeinsame Angelegenheiten erklärt werden. Als bindend wurden diese Abmachungen noch nicht bezeichnet. Bedurften sie ja zu ihrer Gültigkeit noch der Sanktion der Krone. Mit Rücksicht auf die im Lande durch die Veröffentlichung des Wehrgesetzes erzeugte tiefe Erbitterung war es immerhin fraglich, ob denn auch Deák noch über die Macht verfüge, die Annahme des Elaborates

---

[1]) „Fragmente" Belcredis, a. a. O., 7. Jahrgang, 3. Heft, S. 281, und Kónyi, Bd. IV, S. 172.

[2]) „Fragmente" Belcredis, a. a. O., 7. Jahrgang, 3. Heft.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 170.

[4]) Ibidem, S. 173.

im Reichstage gegenüber dem voraussichtlichen Ansturme der Beschlußpartei durchsetzen zu können. Der preußische Gesandte war der Ansicht, daß, wenn diese Verabredungen zur Ausführung gelangen, die Ungarn mehr erreicht haben, als ihre kühnsten Träume vor Jahresfrist noch zu hoffen wagten; die Kaiserliche Regierung aber werde sich der bitteren Erkenntnis nicht verschließen können, daß sie allein durch ihre Zögerungspolitik es dahin gebracht hat, jetzt einen so teuern Preis für die Verständigung mit Ungarn zahlen zu müssen.[1]) Freiherr von Werther irrte, wenn er die Wiener Abmachungen als die „kühnsten Träume“ der Ungarn bezeichnete. Der schwere Kampf, den damals Andrássy mit Deák zu bestehen hatte, um dessen Zustimmung zu dem, was in Wien festgesetzt worden, zu erhalten, hätte den Preußen überzeugen können, daß der Führer der Nation anderer Ansicht als er über den Preis war, den die Regierung für die Verständigung bezahlen sollte. Die Situation schien rettungslos verloren, wenn Deák auf seinem Sinne beharrte. Mitten in dem Widerstreite der Meinungen, da Deák seine Mitwirkung verweigerte, Andrássy hingegen mit dem Nichteintritte ins Kabinett drohte, traf aus Wien die telegraphische Meldung ein: der Kaiser habe die Punktationen in der Voraussetzung der Erfüllung eingegangener Verpflichtungen angenommen.[2]) Inzwischen war auch in der Denkungsweise Deáks eine Umwandlung eingetreten. Die Sehnsucht seiner Partei nach dem baldigen Abschluß des Ausgleiches hatte ihn belehrt, daß er zu weit gegangen war. Der Führer der Majorität sah ein, daß es nicht zum Bruche kommen dürfe und schließlich gutgeheißen werden müsse, worüber man sich in Wien bereits verständigt hatte. Nun billigte Deák, daß der 67er Ausschuß die zwischen Andrássy und der Wiener Regierung vereinbarten Punktationen noch vor Ernennung des verantwortlichen ungarischen Ministeriums annehme. Sie sollten, immer im Geiste des Elaborates des Fünfzehner-Subkomitees, als Grundlage weiterer Verhandlungen dienen.[3]) Nach dieser günstigen Wendung der genug kritisch zugespitzt gewesenen Lage reiste Andrássy am 19. Januar nach Wien.[4]) Er fand hier wohl eine freundliche Stimmung. Aber es scheint, daß man, wenigstens für den Anfang, nicht mit voller Aufrichtigkeit gegen ihn vorging. Andrássy, von jeher ein persönlicher Anta-

---

[1]) Werther an Bismarck, 15. Januar 1867.

[2]) Kónyi, Bd. IV, S. 199.

[3]) Ibidem, S. 200.

[4]) Ibidem, S. 202.

gonist Sennyeys, meinte, dieser, der krankheitshalber in Pest zurückgeblieben war, habe von dort aus eine Intrige angezettelt. Der ganzen Energie Andrássys bedurfte es, um reinen Tisch zu machen, wie dies aus dem Briefe an seine Frau hervorgeht, an die er schrieb: „Es ist gewiß, daß alles im vorhinein so ausgemacht war, wie man es Ihnen schrieb. Indessen bereitete ich mir den Spaß, ihnen die Sache zu erschweren. Gestern saßen wir von sieben Uhr bis Mitternacht zusammen. Sie wollten den Plan des Baumeisters kennen lernen; ich teilte ihn ihnen mit, aber so, daß sie sich erst recht nicht auskannten und untereinander in die größte Verwirrung gerieten. Ueber das, was sie am liebsten erfahren hätten, hüllte ich mich in tiefes Schweigen. Das Resultat aber davon wird doch sein, daß der Hahn (Sennyey) auf einen noch höheren Hügel zu sitzen kommt, wo er sich gleichwohl nicht besser fühlen wird. Jedenfalls ist das unter den gegebenen Umständen das vorteilhafteste, weil ihnen der Verstand noch immer nicht gekommen ist, und von einem solchen Plane, den ein ehrlicher Baumeister annehmen könnte, ist noch nicht die Rede oder vielmehr wieder nicht die Rede.“ [1]) Gerade an dem Tage, an dem sich Andrássy in der Weise zu seiner Frau äußerte, hatte sich die Regierung schon zu weiterem Entgegenkommen entschlossen. Falls der 67er Ausschuß die geforderten Aenderungen an dem Elaborate des Fünfzehner-Subkomitees vornehme, war der Wiener Hof bereit, von der Bedingung der vorherigen Annahme desselben durch das Plenum abzugehen und das Ministerium sofort zu ernennen. [2]) Beust sprach jetzt mit großer Zuversicht davon, daß auf der nunmehr gewonnenen Grundlage der Ausgleich gewiß zustande kommen werde. Diese Hoffnung nährte er, nachdem er bisher gedacht, die „widerspenstigen“ Ungarn zu Paaren zu treiben. Vom Reskript des 17. November 1866, das von ihm als das letzte Wort des Ministeriums bezeichnet worden, war nicht mehr die Rede. Ja, plötzlich fand Beust, die Regierung, wie er sich zu Werther äußerte, sei gar nicht befugt, den Ungarn länger ihr Recht vorzuenthalten. Jetzt war es seiner Ansicht nach sogar ein unbegreiflicher Fehler, es ihnen nicht schon früher gegeben zu haben. Um das Zurückweichen zu verhüllen, brüstete er sich vor Werther, daß auch

---

[1]) Andrássy an seine Frau, Wien, 22. (Januar 1867). Besitz der Gräfin Ludwig Batthyány-Andrássy.

[2]) Werther an Bismarck, 22. Januar 1867.

Ungarn durch Veränderungen am Elaborate des Fünfzehner-Subkomitees auf manche seiner angeblichen Rechte verzichte. Dies, sagte er, sei um so bedeutender, als die im Elaborate vorkommenden Ansprüche ja noch vor Königgrätz erhoben und, wie doch zu befürchten war, seitdem nicht um ein Jota erhöht wurden. Beust trachtete nicht nur so rasch als möglich das Seinige zur Austragung aller noch in Schwebe befindlichen strittigen Punkte beizutragen. Er wollte auch den auf diese Weise unter Dach und Fach gebrachten Ausgleich als Fait accompli vor die Vertretung Oesterreichs bringen.

Lange Zeit hatte sich Beust der Illusion hingegeben, die Deutschen werden mit Freude den durch Patent vom 2. Januar 1867 berufenen „Außerordentlichen" beschicken. Sie würden, meinte der Minister des Aeußern, dies um so bereitwilliger tun, als sie mit Vertrauen auf seine Person blicken und es dankbar anerkennen, daß er nach der Sistierung der Verfassung wenigstens wieder eine Gesamtvertretung für Oesterreich durchgesetzt habe.[1]) Allein die Konferenzen der deutschen Parteiführer gaben auf die von Beust gepriesene „Errungenschaft" einer Gesamtvertretung eine klare und nicht mißzuverstehende Antwort. Die deutschen Abgeordneten, die absolut nichts vom „Außerordentlichen" wissen wollten, forderten die Einberufung des engeren Reichsrates. Da der Minister, wie schon erwähnt, eher an allem als an festen Grundsätzen hing, nahm er es nicht schwer, einer Idee zu entsagen, für die er noch kurz vorher mit aller Wärme eingetreten war. Seinem Naturell entsprechend, zeigte er sich sofort bereit, den außerordentlichen Reichsrat über Bord zu werfen, als er sich dem Sturme des Widerstandes der Deutsch-Oesterreicher gegenüber sah. Man überschätzt die Konsequenz des Ministers des Aeußern, wenn man ihm den angeblich von langer Hand her vorbereiteten Plan zumißt, schon am 2. Januar 1867 dem „Außerordentlichen" bloß in der Absicht beigestimmt zu haben, um Belcredi nur desto leichter „prellen" zu können.[2]) Das ist schon deshalb nicht richtig, weil Beust selbst bis zum letzten Moment mit dem „Außerordentlichen" regieren wollte und auf Mittel bedacht war, wie man die Deutsch-Oesterreicher zu dessen Beschickung bestimmen könnte.[3]) Erst als er bereits jede Aussicht auf die Möglichkeit des Zusammen-

---

[1]) Werther an Bismarck, 22. Januar 1867. Beruht auf Mitteilungen Beusts an Werther.

[2]) Eisenmann, „Le compromis austro-hongrois de 1867", S. 454.

[3]) Werther an Bismarck, 29. Januar 1867.

trittes des außerordentlichen Reichsrates schwinden sah, machte er kehrt. Damit brach auch sofort der schon geraume Zeit latente Konflikt zwischen Beust und Belcredi aus, der sich jetzt auf die Berufung des „Außerordentlichen“ steifte, dem, als gleichwertigem Faktor, der Ausgleich mit Ungarn zur Begutachtung vorgelegt werden müsse. Nach einer Angabe Beusts hätte der Staatsminister, so gut wie er selbst, den Ungarn in den Januarkonferenzen die Zusicherung erteilt, ohne weitere Berücksichtigung des Reichsrates ein Fait accompli zu schaffen.[1]) Man irrt also, wenn man Graf Belcredi als den unbeugsamen Mann hinstellt, der zäh an seinen Meinungen festhält, der von dem, was er einmal für richtig befunden und wofür er sein Wort eingesetzt, um keinen Preis ablassen will. Trotz der Zusage im Septembermanifest, den Ausgleich noch vor dessen Aktivierung dem Forum der zisleithanischen Abgeordneten zu unterbreiten, wäre auch Belcredi geneigt gewesen, an sein Wort zu vergessen, wenn nur die Ungarn ihm seine Zirkel nicht gestört und die föderalistische Gestaltung Zisleithaniens gestattet hätten. Doch deren Forderung nach Verfassungsmäßigkeit in Oesterreich war gar nicht nach dem Geschmack des tschechisch-klerikal-feudalgesinnten Grandseigneurs. Deshalb besann er sich und wollte nachher weder dem „Außerordentlichen“ noch der Berufung an dessen Votum über den Vergleich mit Ungarn entsagen. Belcredi beruft sich wohl darauf, daß auch Andrássy sich ihm gegenüber mit der vorhergängigen Beurteilung des Ausgleiches durch die österreichische Vertretung einverstanden gezeigt habe.[2]) Ein solches Versprechen des Grafen muß aber als ganz ausgeschlossen erscheinen. Eine solche Erklärung widerstrebte ja ganz und gar dem ungarischen Standpunkt, von dem aus immer wieder betont wurde, die ungarische Nation habe ihren Frieden direkt mit der Krone und nicht mit Oesterreich abzuschließen. Der Staatsminister, der sich selbst einen Augenblick untreu geworden, klammerte sich nun, als er die Ungarn nicht auf seine Seite ziehen konnte, um so hartnäckiger an die im Septembermanifest verheißene Zusage. Wie Beust bemüht war, den Monarchen für seine Auffassung zu gewinnen, so trachtete auch Belcredi seiner Anschauung beim Herrscher Gehör zu verschaffen. Am 27. Januar setzte der Staatsminister dem Kaiser in einer mehrere Stunden währenden Audienz die für ihn maßgebenden Gründe

---

[1]) Werther an Bismarck, 5. Februar 1867.
[2]) Belcredis „Fragmente“, a. a. O., S. 283.

auseinander. Nach ihm hätten die ungenügenden Ergebnisse der bisherigen Verhandlungen die für die Monarchie noch immer bestehende Gefahr nicht beseitigt. Sie könne nur dann beschworen werden, wenn in Oesterreich ein solcher Zustand der Befriedigung geschaffen werde, der den Widerstand gegen eine den Reichsbestand bedrohende Entwicklung der Dinge erhöhe und sichere. Auf dem von Beust angeratenen Wege werde aber das nie zu erreichen sein. Bei der überwiegend slawischen Bevölkerung in den nichtungarischen Ländern, sagte er dem Kaiser, werde durch den vorgeschlagenen Modus vielmehr das Gegenteil von dem bewirkt werden, was man anstrebe. Schließlich berief sich Belcredi auf seine Ehre, die ihm nicht gestatte, das von ihm im Septembermanifest gegebene Versprechen unerfüllt zu lassen. Franz Josef hielt es, seiner Gewohnheit folgend, für geraten, keine sofortige Entscheidung zu treffen. Er wollte die Angelegenheit vor einen unter seinem Vorsitz abzuhaltenden Ministerrat bringen. Bis dahin sollte sich Belcredi die Sache noch reiflich überlegen. Seiner eigenen Versicherung zufolge hätte er aber schon jetzt erklärt, mit sich vollkommen im reinen zu sein; unwiderruflich müsse er um die Entlassung bitten, falls der Vorschlag Beusts genehmigt würde.[1]) Seit dieser am 27. Januar, einem Sonntag, stattgefundenen Audienz kam Belcredi mit dem Monarchen nicht mehr in persönliche Berührung. Das war um so auffallender, als es bisher des Kaisers Gepflogenheit gewesen, den Staatsminister fast täglich zu sich in die Hofburg zu bescheiden, selbst wenn auch kein dringender Anlaß hierzu nötigte. Dies plötzliche Abbrechen des persönlichen Verkehrs war für den Staatsminister ein beredtes Zeichen dafür, daß er auf die Krone nicht mehr rechnen dürfe. In stiller Ergebung harrte er der kommenden Dinge. Endlich, Freitag den 1. Februar, erhielt er ein kaiserliches Schreiben mit der Aufforderung, die Minister noch für denselben Tag zu einer Beratung über die innerpolitischen Fragen zusammenzuberufen. Vorher hatte sich jedoch Belcredi noch im Arbeitszimmer des Herrschers einzufinden. Mit seinem Entlassungsgesuch in der Hand erschien er vor dem Souverän. Schweigend und nachdenklich nahm es dieser entgegen. Nach einigen Minuten aber richtete er an Belcredi die Frage, ob denn eine Verständigung ganz ausgeschlossen sei. „Sie ist unmöglich," lautete die Antwort, „wenn Beust bei seinen neuesten politischen Plänen und bei dem Intrigenspiel beharrt, das

[1]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., S. 286.

seit den letzten Tagen besonders lebhaft gegen mich betrieben wird."[1]) Nach der entschiedenen Erklärung Belcredis, und nachdem ihm auch der Kaiser deutlich genug seine Hinneigung zum Minister des Aeußern zu erkennen gegeben, kam in formeller Hinsicht der hierauf folgenden Konferenz keine tiefere Bedeutung mehr zu. Trotzdem war sie von Wichtigkeit. Nicht etwa wegen der Ausführungen Belcredis, der nur wiederholte, was er schon vorher dem Kaiser gesagt, sondern mit Rücksicht auf die Rede, die Beust im Ministerrate in Gegenwart des Monarchen hielt. Hier, in dieser Konferenz vom 1. Februar, sagte es Beust dem Staatsminister ins Gesicht, daß mit dessen Wissen und Zustimmung in den Januarverhandlungen den Ungarn die bestimmte Zusicherung der sofortigen Einsetzung eines verantwortlichen Ministeriums für den Zeitpunkt erteilt worden sei, in dem der 67er Ausschuß das Elaborat des Fünfzehner-Subkomitees im Sinne der verabredeten Modifikationen erledigt haben werde. Dies Versprechen, betonte Beust, müsse gehalten werden, wenn nicht alles wieder auf den Kopf gestellt werden solle. Eine Verständigung mit der zisleithanischen Vertretung, führte er weiter aus, werde leichter zu erreichen sein, wenn man ihr den mit Ungarn geschlossenen „Pakt" in Form eines Fait accompli vorlege. Bei der ablehnenden Haltung der Deutschen gegen den außerordentlichen Reichsrat sei jede Aussicht verschlossen, mit diesem zu einem Ziele zu gelangen; dagegen biete der verfassungsmäßige ordentliche Reichsrat eine Bürgschaft für den Weg der Einigung, den die Deutschen, abgesehen vielleicht von der starr zentralistischen Fraktion, gewiß gern und bereitwillig betreten würden. Den Widerstand der Landtage in den slawischen Gebieten gegen den engeren Reichsrat hoffte Beust durch das Ausschreiben direkter Wahlen mit Erfolg zu überwinden. Mit Ausnahme Belcredis erklärten sich alle anwesenden Minister für die Ansichten des Ministers des Aeußern. Als auch der Kaiser sich auf dessen Seite stellte, bot Belcredi abermals seine Entlassung an, die jetzt auch angenommen wurde.[2]) Nach dieser seiner eigenen Angabe ist es kaum begreiflich, wie Beust in seinen Erinnerungen erzählen kann, der Kaiser habe die Konferenz beendigt, ohne sich definitiv auszusprechen. Gerade so unfaßbar bleibt es, wenn er uns glauben

---

[1]) Belcredis „Fragmente", S. 289.

[2]) Werther an Bismarck, nach den unmittelbaren Mitteilungen Beusts an ihn, 5. Februar 1867.

machen will, er habe sich nach dem Schluß der Beratung, der für ihn einen vollen Sieg bedeutete, doch mit dem Gefühl eines total Geschlagenen in sein Arbeitszimmer zurückgezogen, in jedem Moment der Entlassung aus dem österreichischen Staatsdienst gewärtig.[1]) Die Darstellung Beusts macht den Eindruck eines absichtlich arrangierten theatralischen Aufputzes, um seine schweren Kämpfe und gleichzeitig auch seine Verdienste in ein um so helleres Licht zu rücken. An dem, was er erzählt, ist nur das eine wahr, daß er nach der Konferenz ein kaiserliches Schreiben mit dem Auftrag erhielt: „Setzen Sie den Erlaß an die Landtage nach Ihren Vorschlägen auf.“[2]) Er jubelte über den Erfolg, der ihm die Stelle des Ministerpräsidenten eintrug. Voll Befriedigung über diesen Ausgang der Krisis sagte er zu Freiherrn von Werther: Jetzt erst könne mit vollem Fug und Recht von einem Ministerium Beust gesprochen werden. Er prophezeite bereits für die Zukunft seinen ausschlaggebenden Einfluß auf die Entwicklung der inneren Politik.[3])

Wenn behauptet wurde, Andrássys Wort habe die Entscheidung in dem Streite zwischen Beust und Belcredi bewirkt, so ist das zum mindesten in dieser bestimmten Form nicht richtig. Wahr ist nur, daß der Kaiser auch des Grafen Meinung über die divergierenden Ansichten seiner beiden vornehmsten Räte vernehmen wollte. Andrássy erhielt erst am 2. Februar 1867, nachdem schon die Würfel gefallen waren, die Berufung nach Wien. Er langte also dort an, als der Monarch es überhaupt nicht mehr nötig hatte, ihn um seine Auffassung zu befragen, die dem Kaiser ohnehin bekannt war.[4]) Hatte Andrássy doch kein Hehl daraus gemacht, daß er für ein Fait accompli, wie es Beust beantragte, eintrete. Seine Berufung galt jetzt überhaupt nicht mehr der Entscheidung in dem Kampfe zwischen den beiden Rivalen, sondern seiner eigenen Ernennung zum ungarischen Ministerpräsidenten,[5]) für welche Stellung er bereits seit längerer Zeit als designierter Kandidat ausersehen war. Mit dem Sturze Belcredis war in Wien das vornehmste Hindernis beseitigt, das einer raschen Erledigung

---

[1]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 91.

[2]) Ibidem.

[3]) Werther an Bismarck, 5. Februar 1867.

[4]) „Fragmente“, a. a. O., S. 301, sagt Belcredi, daß Andrássy am 3. Februar in Wien eintraf, wo ihn Mailáth von der eingetretenen Wandlung in Kenntnis setzte, „über welche er sich sehr betroffen zeigte“.

[5]) Werther an Bismarck, 5. Februar 1867.

des ungarischen Ausgleichs noch im Wege stand. Belcredi ist im buchstäblichen Sinne des Wortes über die ungarische Frage gefallen. Seine Entfernung aus dem Rat der Krone bedeutet nicht nur den Triumph Beusts über den Staatsminister, sondern vor allem den Ungarns und des dualistischen Prinzips, dessen entschiedener Gegner Belcredi war. Eine neue Periode des inneren politischen Lebens begann jetzt für die Monarchie.

Zehntes Kapitel

Krönung

Nicht bloß der sachliche Widerstreit, der ihn von Beust trennte, veranlaßte Graf Belcredis Sturz. Auch psychologische Momente hochbedeutsamer Natur führten seinen Fall herbei. Solange Belcredi an seinem Platze stand, am außerordentlichen Reichsrat und den damit zusammenhängenden föderalistischen Plänen festhielt, war an eine Krönung in Ungarn nicht zu denken. Aber gerade diese als Schlußstein des ganzen Ausgleichswerkes bildete den Wunsch des Kaisers.[1]) Mit ihm teilte ihn die Kaiserin, die bei ihrer ausgesprochenen Neigung für die Ungarn kein sehnlicheres Verlangen kannte, als endlich in gesetzlicher Weise das Verhältnis der Dynastie zu diesem Königreich geregelt zu sehen.[2]) Als sich Franz Josef I. nach Königgrätz in den weiten Räumen der Hofburg vereinsamt fühlte und in einem der kritischsten Momente seines Lebens sich an ihn die große Frage über die zukünftige Gestaltung der Monarchie herandrängte, da legte Elisabeth ihr Wort zugunsten Ungarns in die Wagschale. Das geschah allerdings im Gegensatz zu Belcredi, der deshalb gegen sie den Vorwurf erhebt, den seelischen Zustand des Kaisers benützt zu haben, „um die spezifisch und egoistisch ungarischen Bestrebungen, die sie schon lange, aber bisher erfolglos patronisierte, nun mit noch mehr Nachdruck zu unterstüzen".[3]) Kaiserin Elisabeth war es, wie das auch öfter von ihr ausgesprochen worden, ehrlich um den Frieden zwischen der ungarischen Nation und der Krone zu tun; sie wollte dadurch ihrem hohen Gemahl und der Monarchie wieder die Möglichkeit zur Erhebung und Stärkung gewähren. Elisabeth, als eine ganz hervorragende Persönlichkeit, war wie berufen zu dieser Mission. Alle, die das Glück hatten, ihr näher zu treten, bewunderten nicht allein ihre äußere, bestrickende Erscheinung — sie galt als eine der schönsten Frauen Europas —,

---

[1]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., S. 287.

[2]) Mündliche Mitteilung einer gut informierten Persönlichkeit.

[3]) Belcredis „Fragmente", a. a. O., 6. Jahrgang, S. 413.

sondern auch ihre geistige Ueberlegenheit, die den Eindruck machte, daß man hier einer durch körperliche Reize wie seelische Tugenden gleich ausgezeichneten Fürstin gegenüberstehe. Keine intrigante Natur, abhold allen Schleichwegen, zu deren Betretung das höfische Leben so leicht verlockt, und in den meisten Fällen treu den Traditionen der Wiener Hofburg, daß die Frauen dem Getriebe der Politik fernbleiben sollen, mischte sie sich auch nicht in diese. Ihrem ganzen Wesen widerstrebte die aufregende Beschäftigung mit staatlichen Dingen, wie sie denn einmal äußerte: „Ich habe zu wenig Respekt vor der Politik und erachte sie eines Interesses nicht wert." War es daher nicht die öde und häufig die feinsten Empfindungen der Seele verletzende Beschäftigung mit der Politik, die sie reizte, so widmete sie sich mit um so größerer Hingebung der veredelnden Pflege der höchsten Erzeugnisse menschlichen Geistes. Namentlich die Werke der Literatur zogen sie an. In den Schöpfungen der tiefsten Denker und Dichter der Weltliteratur suchte und fand sie Stärkung gegen die Widerwärtigkeiten des Lebens. Nur in sehr seltenen Momenten, in solchen, von denen sie meinte, daß ihre Stellung die äußerste Anspannung erheische, entsagte Elisabeth der sich selbst auferlegten Zurückhaltung und wandte sich der Politik zu, vor der sie ja so wenig Respekt hatte. Für Ungarn ist sie ihrem Grundsatz untreu geworden, und hier bildete es ihr Ideal, die Rolle der politischen Friedensstifterin zu übernehmen. Es kennzeichnet Elisabeth, wenn sie, auf düstere Vorgänge des Jahres 1849 anspielend, einmal zum ungarischen Geschichtschreiber Bischof Michael Horváth äußerte: „Glauben Sie mir, wenn es in unserer Macht stände, mein Mann und ich wären die ersten, die Ludwig Batthyány und die Arader Blutzeugen ins Leben zurückrufen würden." [1])

Wie kam es aber, daß diese fern von Ungarn geborene Fürstin — sie war die Tochter des Herzogs Max von Bayern —, an deren Ohr in ihrer Kindheit nie der Klang der ungarischen Sprache gedrungen war, sich so rasch und in so hohem Maße für dies Land begeisterte? Nur auf psychologischem Wege ist das Rätsel zu lösen. Als Elisabeth an der Seite ihres kaiserlichen Gemahls die Stätte des Wiener Hofes betrat, begegnete sie da einer für Ungarn sehr unfreundlichen Stimmung. Noch lebte

[1]) Graf Ludwig Batthyány, der erste ungarische Ministerpräsident, war 1849 erschossen und 13 ungarische Honvédgenerale am 6. Oktober 1849 in Arad hingerichtet worden. Neun von ihnen wurden gehängt, vier erschossen.

alles unter dem frischen Eindruck der Auflehnung des ungarischen Volkes gegen die Fesseln, die ihm despotisch gesinnte Staatsmänner hatten auferlegen wollen. Die junge Monarchin hörte stets nur in ungünstigster Weise über die Untertanen jenseits der Leitha urteilen. Als selbständiger Kopf, der alles nach eigenem Wissen prüft, entschloß sie sich, diesen Dingen näher zu treten, um sich aus eigener Anschauung zu überzeugen, ob die vielfach geschmähten Ungarn denn wirklich so arg seien, wie man sie ihr geschildert hatte. Ihrem, ohne Voreingenommenheit und bis auf den Grund blickenden Auge bot sich sehr bald ein wesentlich anderes Bild, als es ihr gezeichnet worden. In kurzer Zeit fühlte sie warme Sympathie für das ritterliche, treuselige und offenherzige Wesen der Ungarn — Eigenschaften, die mit ihrem eigenen Charakter harmonierten. Vollends gewann sie der herzliche Empfang, der ihr bei einer Rundreise mit ihrem kaiserlichen Gemahl durch Ungarn zuteil wurde. Sie mußte sich sagen, daß ein Volk, das seinen Herrscher, wenn dieser auch noch nicht gekrönt ist, zwar wohl nicht jubelnd, aber doch in ritterlicher Weise begrüßt, wie dies 1857 der Fall war, unmöglich aus Rebellen bestehen könne, sondern daß allein der Zwang der Ereignisse es zur Auflehnung genötigt haben müsse. Elisabeth erkannte, daß in den Bewohnern des Reiches der heiligen Stephanskrone ein mächtig pulsierendes dynastisches Gefühl lebendig sei und nur verfehlte Staatskunst den Fürsten um diesen edeln Schatz in den Herzen seiner Völker zu bringen vermocht habe. Von dieser Erkenntnis war der Weg nicht mehr weit zum Vorsatz, bei erster Gelegenheit die Versöhnung zwischen König und Nation aus aller Macht zu fördern. So ist es auch erklärlich, daß sie sich mit einem Ernst, der vor keinem Hindernis zurückschreckt, der Erlernung des schweren ungarischen Idioms widmete. Durch die Sprache, die ja auf die Menschen gleich einer Zauberkraft wirkt, wollte sie sich das innerste Wesen der ungarischen Nation erschließen, die tiefsten Einblicke in deren Herz eröffnen. Nach dem einstimmigen Zeugnis von Personen, die in der Lage waren, mit ihr zu verkehren, hat Elisabeth das Ungarische nicht nur vollkommen beherrscht, sondern es wie eine im Lande selbst Geborene gesprochen. Jókai, der große ungarische Romancier, war überrascht von Elisabeths akzentlosem Gebrauch seiner Muttersprache; sie bediente sich derselben, laut seiner Aussage, wie eine feine Frau der Gentry. Von solchen Gesinnungen für Ungarn durchdrungen, fühlte sie den Beruf in sich, das seit der

Revolution gerissene Band zwischen Thron und Nation wieder aufs innigste zu knüpfen.[1]) Ihre Menschenkenntnis ließ sie den bereits damals im Vordergrund der Ereignisse stehenden Grafen Andrássy als geeignete Persönlichkeit zur Durchführung der von ihr geplanten Friedensvermittlung erwählen. Daß sie dies nie bereute, beweist, daß sie in Briefen, die sie in späteren Jahren an Andrássy richtete, ihn „lieber Freund“ titulierte und sich selbst als dessen „aufrichtige Freundin“ unterzeichnete.[2]) Sie lud ihn zu sich, um seine Ansichten über die Lage und Wege zur Entwirrung zu vernehmen. So großes Vertrauen hatte sie zu seiner Person, daß sie ihm jetzt ganz offen mitteilte, sie hätte einen ganz miserabeln anonymen Brief erhalten, der sie vor ihm als einer ungemein eiteln Person warne und ihr empfehle, nur auf Mailáths und Sennyeys Rat zu hören. Als Andrássy hierauf die Frage an sie richtete, ob sie den Verleumdungen auch ein wenig Glauben schenke, erwiderte die Kaiserin: Wäre das der Fall, hätte sie der ganzen Sache überhaupt keine Erwähnung getan; sie würde ihn dann beobachtet haben, um sich von der Stichhaltigkeit der gegen ihn erhobenen Anklagen zu überzeugen. Ermutigt durch diese Aeußerung brachte Andrássy das Gespräch auf Beust, den er als Fremden für unfähig hielt, die Monarchie mit neuem Leben zu erfüllen. Schon dachte er an sich als deren zukünftigen Retter. Als ein von seinem Werte durchdrungener Mann sagte er der Kaiserin, sie möge es ihm nicht als Unbescheidenheit auslegen, wenn er die Ueberzeugung hege, daß in *diesem* Augenblicke nur er allein helfen könne. Elisabeth ließ ihn kaum zu Ende reden. Welche Genugtuung mußte es ihm bereiten, als er aus ihrem Munde die Worte vernahm: „Wie oft habe ich das schon dem Kaiser gesagt!“ Hoffnungen auf eine bessere Gestaltung der Zukunft erregte in ihm auch die Mitteilung der hohen Frau, daß ihr kaiserlicher Gemahl unlängst bei Tische mit ihr im stillen auf das Wohl des „alten Herrn“ — so pflegte selbst das Herrscherpaar Deák zu nennen — angestoßen hätte. Trotz der freudigen Stimmung, in die ihn die Unterredung mit der Kaiserin versetzte, unterließ es Andrássy doch nicht, ihr reinen Wein einzuschenken und sie darüber aufzuklären, daß ohne rascheste Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums keine Aussicht auf die von ihr ge-

[1]) Siehe in Anton Bettelheims „Biographisches Jahrbuch und deutscher Nekrolog“, Bd. III, meinen Artikel über Elisabeth.

[2]) Nach Briefen Elisabeths an Andrássy. Gräfl. Andrássysches Archiv.

wünschte Wiederherstellung guter Beziehungen zwischen Thron und Nation bestehe.[1]) Bereits damals — Oktober 1866 — als, nach eigener Aussage Elisabeths, die Chancen für das Gelingen einer solchen Möglichkeit sehr geringe waren, versprach sie Andrássy, noch einmal alles aufbieten zu wollen, um die dem Werke entgegenstehenden Hindernisse hinwegzuräumen.[2]) Leider fehlt es an Nachrichten über das weitere Wirken der Kaiserin zugunsten der Versöhnung. Nach all dem, was hier angeführt worden, kann man wohl annehmen, daß sie nicht geruht haben werde, Stein um Stein von dem Trümmerhaufen zu lösen, der noch immer den Weg zum Throne verrammelte. Ihr Ziel stand fest, und dieses Ziel war die Krönung. Sie fand Unterstützung in dem Bestreben der Männer, die den Kaiser in dem Glauben bestärkten, durch die Salbung zum König von Ungarn und den dadurch erlangten Machtgewinn werde er allen ernsten Gefahren für Thron und Reich in Zukunft am wirksamsten vorbeugen können.[3]) Das war aber nur durch Beendigung der Verfassungswirren zu erreichen, deren rasche Beseitigung Beust in Aussicht stellte.[4]) Endlich schien nach den vielen fruchtlosen Versuchen seit 1848 ein Erfolg zu winken. Noch erschüttert durch die Königgrätzer Niederlage und ganz entmutigt durch das Scheitern der vorher so gepriesenen Sistierungspolitik, war es nur ein natürliches Ergebnis aller Umstände, daß sich der Kaiser jetzt von Belcredi abgewandt hatte. Ebenso begreiflich war es auch, daß er nunmehr Beust sein Vertrauen schenkte, der auf dem besten Wege war, den inneren Frieden herzustellen. Ihm gewährte denn auch Franz Josef I. eine Machtfülle, wie sie seit Metternich und Schwarzenberg in ausgedehnterem Maße ein anderer österreichischer Minister bisher nicht besessen.[5]) Hierzu kam noch Beusts besondere Geschicklichkeit, die Last der Staatsgeschäfte für den Monarchen in einer gefälligeren und weniger ermüdenden Form zum Vortrag und zur Erledigung zu bringen, als dies der „doktrinäre Theoretiker“ Belcredi vermocht hatte.[6]) Befreit von der hemmenden Rivalität des gestürzten Staatsministers und gestärkt durch

---

[1]) Das Ganze nach eigenhändigen Aufzeichnungen Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem.

[3]) Belcredi, a. a. O., S. 287.

[4]) Ibidem.

[5]) Werther, Wien, 25. Februar 1867.

[6]) Kónyi, Bd. IV, S. 310.

den ihm vom Kaiser gewährten Rückhalt, eilte er, den Ausgleich zum Abschluß zu bringen. Die Grundlage hierzu bot die Annahme des durch den 67er Ausschuß modifizierten Elaborates des Fünfzehner-Subkomitees. Schwierigkeiten bereitete noch die Revision der 1848er Gesetze, die jetzt nicht mehr vor, wie ursprünglich von Wien aus verlangt worden war, sondern erst nach der Ernennung des Ministeriums erfolgen sollte. Der Kaiser hatte Andrássy persönlich die „Punkte" übergeben, deren Aenderung er für nötig erachtete.[1]) Dahin gehörte der § 12, Gesetzartikel III : 1848. Der Paragraph bestimmte, daß der vom Monarchen ernannte Ministerpräsident seine Ministerkollegen nur zur Bestätigung in Vorschlag bringt. Die Krone hingegen verlangte, daß die Minister ihr nicht bloß zur Bestätigung, sondern auch zur Ernennung unterbreitet werden, was natürlich ein Stärkung der königlichen Autorität in sich schloß. Ebenso wollte der Monarch die absolute Verfügung über die gesamte Heeresmacht in seiner Hand vereinigen. Eine besondere Schwierigkeit bereitete nur das ungarische Honvédministerium, das, als Schöpfung des Jahres 1848, aus leicht begreiflichen Gründen sich beim Throne keiner Beliebtheit erfreute. Der Herrscher wünschte daher die Aufhebung der speziell ungarischen Militärbehörde. Andrássy war zu dem Zugeständnis bereit, vorläufig solle nur eine provisorische Außerkraftsetzung dieses Ministeriums eintreten. Deák sprach sich dagegen aus und bat den Kaiser, als er bei ihm in Wien in Audienz weilte, die Agenden des Honvédministeriums auf den Ministerpräsidenten zu übertragen. „Ich werde es mir bedenken," lautete die Antwort des Souveräns.[2]) Deák war hierüber sehr verstimmt; er zeigte sich entschlossen, die Angelegenheit, falls der Kaiser auf seinem Standpunkt beharren sollte, vor das Forum des Reichstages zu bringen.[3]) Ohne Ahnung, daß der „alte Herr" die Forderung der Geschäftsübernahme des Honvédministeriums durch den Ministerpräsidenten gestellt, hatte sich auch Tisza in gleichem Sinne geäußert. Als ihm Andrássy den momentanen Tatbestand mitteilte, drang Tisza in diesen, unter allen Umständen, auch wenn es keinen einzigen Honvéd gäbe, das Recht auf ein solches Ministerium zu retten. Andrássy versprach, einen neuerlichen Versuch zu unternehmen. Aus Wien zurückgekehrt, sagte er zu Tisza: „Dein Wunsch ist erfüllt, aber ich bin dessen Opfer, weil Seine Majestät nur unter der Bedingung

[1]) Mitgeteilt bei Kónyi, Bd. IV, S. 310.
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem.

auf den Vorschlag einging, wenn ich auch dieses Portefeuille übernehme." [1]) Das Ansehen Deáks vor der Krone und das Vertrauen, das sie zu Andrássy hegte, hatten die obwaltenden Bedenken gegen die in revolutionärem Geruche stehende Institution überwunden. So war endlich der militärische Teil, der sich auf das Landesverteidigungswesen bezog, ins reine gebracht. Allein die endgültige Regelung des Heerwesens im allgemeinen bildete noch immer eine heikle Frage, über die der Ausgleich in die Brüche gehen konnte. In einem Ministerrate unter Vorsitz des Kaisers kam es zu heftigen Auseinandersetzungen. Es muß scharfe Luft geweht haben, wenn Andrássy in Gegenwart des Herrschers dem Kriegsminister Feldmarschalleutnant John sagen konnte: „Sie scheinen es nicht zu verstehen, mein Herr, Sie wissen es nicht." [2]) Der Streit dürfte über die kriegsherrlichen Rechte des Monarchen ausgebrochen sein. Aller Wahrscheinlichkeit nach forderte John eine andere Fassung des § 11 des Elaborates, der neben der gesamten Armee auch von dem „ungarischen Heere" als einem ergänzenden Teile des gesamten Heeres sprach. Schon vorher war betont worden, daß die Bezeichnung „ungarisches Kriegsheer" leicht Anlaß zu Mißverständnissen geben könnte und deswegen ein anderes, der Einheit der Armee entsprechenderes Wort vorgeschlagen werden müßte. [3]) Dagegen meinte Andrássy, es sollte von keiner Seite einzelnen Ausdrücken, wie etwa „ungarisches Kriegsheer" allzugroße Bedeutung beigemessen werden. „Daher," heißt es in einer eigenhändigen Aufzeichnung von ihm, „wäre es außerordentlich undankbar, eine prinzipielle Diskussion aus Anlaß eines Ausdruckes hervorrufen zu wollen, der nur als Zitat älterer Gesetze das lateinische Wort ‚exercitus' ersetzen soll." Seiner Ansicht nach müßte vielmehr das Hauptgewicht auf den Teil des § 11 gelegt werden, der die grundsätzliche Entscheidung über die Einheit der Armee enthält, „indem," wie der Graf sagt, „darin nicht nur die einheitliche Leitung, Führung, sondern auch die innere Organisation des gesamten Heeres als der gemeinsamen Verfügung angehörend auf die unzweideutigste Art als den Rechten Seiner Majestät zustehend anerkannt wird." [4]) Einen lebhaften Gegenstand der Erörterung

---

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 315, Anmerkung.

[2]) Ibidem, S. 319.

[3]) Ibidem, S. 29.

[4]) Eigenhändiges deutsches Konzept Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.

zwischen Andrássy und John scheint auch die Frage der Rekrutenbewilligung gebildet zu haben. Bereits Dezember 1866 hatte Beust erklärt, ein besonderes ungarisches Rekrutenbewilligungsrecht vertrage sich nicht gut mit dem Wesen einer einheitlichen Armee.[1]) Und einige Monate vorher hatte der Kaiser in bestimmtester Form zu Andrássy gesagt: „In dieser Frage werden Sie mich unerbittlich finden.“ [2]) Aber der Graf wußte sehr wohl, daß er etwas Unmögliches tue, falls er sich in diesem Punkte nachgiebig erweisen wollte. Ein Sturm der Unzufriedenheit wäre gegen ihn im Reichstag losgebrochen. Das wäre um so berechtigter gewesen, als Andrássy, bei einem Entgegenkommen in der Hinsicht, auf verbürgte Rechte der Nation verzichtet hätte. Die Bewilligung von Rekruten bildete ja nicht erst eine Errungenschaft des Jahres 1848; das Recht hierzu hat immer bestanden und wurde noch vor 1848 durch den Art. 2:1840 anerkannt und bestätigt. Infolgedessen war Andrássy befugt zu sagen: „Das Recht der Rekrutenbewilligung im Sinne der bisherigen ungarischen Gesetze ist ein Recht, welchem kein ungarischer Reichstag entsagen würde.“ Als praktischer Kopf, der stets die idealen mit den realen Bedürfnissen in Einklang zu bringen trachtete, bezeichnete Andrássy sofort den Weg, auf welchem die Wünsche der Heeresleitung nach Stärkung der Armee befriedigt werden könnten. Er empfahl das erforderliche jährliche Rekrutenkontingent noch auf Grundlage des bestehenden Wehrsystems zu fordern. Keinen Augenblick zweifelte er daran, daß der Reichstag zustimmen werde. Zugleich aber müßte seiner Ansicht nach, infolge Anregung des Monarchen, als obersten Kriegsherrn, ehestens zur Vorlage eines neuen Heeresorganisationsgesetzes geschritten werden. Bei dieser Gelegenheit, meinte er, könnte eine Modifikation in der A u s ü b u n g des Rechtes der Rekrutenbewilligung durch Vereinbarung mit dem Reichstage ermöglicht werden.[3])

In dem Ministerrate, dem, wie Lónyay bemerkt, der Kaiser in geradezu „entzückender“ Weise präsidierte,[4]) gelangten auch die Handelsbeziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn zur Sprache. Freiherr von Wüllerstorf-Urbain, der damalige österreichische Handelsminister, stellt in seinen hinterlassenen Aufzeich-

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 147.

[2]) Ibidem, S. 151.

[3]) Eigenhändige deutsch geschriebene Aufzeichnung Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Kónyi, Bd. IV, S. 321.

nungen die Dinge so dar, daß er bei seinem Bestreben, in volkswirtschaftlicher Beziehung soviel als möglich für den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten zu retten, nichts als volltönigen, aller Sachkenntnis baren Phrasen Andrássys begegnete. Gleichzeitig aber legt er das Geständnis ab, daß er schließlich genötigt war, vor der Macht, die der Graf und das nationale Magyarentum errangen, die Segel zu streichen.[1]) Es ist sehr bedauerlich, daß Freiherr von Wüllerstorf, den Lónyay als Gentleman von angenehmem Aeußern schildert,[2]) seine Anklagen gegen Andrássy nicht näher formulierte und auch nicht das Ziel seiner eignen Pläne definierte, die, wie anzunehmen, wohl dahin gingen, den gesamten Handel der gemeinsamen Leitung zu unterstellen. Eigentümlich muß es jedoch berühren, daß der Minister, der gegen Andrássy den Vorwurf der Unwissenheit schleudert, sich selbst einer solchen schuldig gemacht hat. Wenn die unter dem Eindruck der Debatte entstandenen tagebuchartigen Aufzeichnungen Lónyays richtig sind — und es ist kein Grund vorhanden, sie anzuzweifeln —, so muß Wüllerstorf von dem ganzen Ausgleichsoperat nur eine höchst oberflächliche Kenntnis besessen haben, die ihn am wenigsten berechtigte, über das Wissen anderer zu richten. Abgesehen davon, daß der Handelsminister bei Besprechung der in sein Ressort einschlägigen Angelegenheiten nichts Positives vorzubringen wußte,[3]) hat er auch in der Konferenz die einfachsten Dinge miteinander verwechselt. Es entbehrt nicht einer gewissen Komik, daß der so anspruchsvolle Wüllerstorf in seiner Eigenschaft als Minister, berufen, über das Elaborat des 67er Ausschusses zu entscheiden, von dessen grundlegenden Ideen keine rechte Anschauung besaß. Wie hätte er sonst, selbst zum Erstaunen des Kaisers, der ihn immer auf den richtigen Weg verwies,[4]) stets von Delegation sprechen dürfen, wo von Deputation die Rede war, und wie in demselben Atem das Wort Deputation auf den Verkehr der beiden Ministerien — des künftigen ungarischen mit dem österreichischen Ministerium — anwenden können.[5]) Auch bei anderer Gelegenheit zeigte er sich — wenigstens nach dem gewiß nicht ganz unkompetenten Urteile Lónyays — nicht orientiert, als

---

[1]) Vermischte Schriften des Bernhard Freiherrn von Wüllerstorf-Urbain, herausgegeben von seiner Witwe, 1889, S. 630.

[2]) Kónyi, Bd. IV, S. 320.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem.

es sich um die Scheidung des Eisenbahn-, Post- und Telegraphenwesens nach paritätischen Grundsätzen handelte. Der österreichische Handelsminister trennte sich von dem großen Umfange seines bisherigen Wirkungskreises so schwer, als wenn man ihm, wie Lónyay bemerkt, „einen Zahn hätte ziehen wollen“.[1]) Es mag ja begreiflich sein, daß er von seinem Standpunkte aus den Ausgleich, als den großösterreichischen Interessen abträglich, bekämpfte. Nach den hier berührten Vorgängen kann gewiß Wüllerstorf am wenigsten als Autorität dafür angeführt werden, daß man in Wien 1867 übereilt gehandelt habe. Dem österreichischen Handelsminister scheint es großen Schmerz bereitet zu haben, daß in dem unter dem Vorsitz des Kaisers stattgefundenen Ministerrat, nach endgültiger Annahme des Elaborates über die gemeinsamen Angelegenheiten, der Ausgleich perfekt geworden war. Dies darf als ziemlich sicher angenommen werden. Denn einen Tag nach der Konferenz fand, gleichfalls unter dem Vorsitz des Monarchen, der erste ungarische Ministerrat statt, in dem die Revision der 1848er Gesetze, wie sie von der Krone vorgeschlagen worden war, zur Verhandlung gelangte.[2]) Nun folgte ein Schritt dem anderen zur Vollendung des Werkes, an dem seit Jahren, oft genug verzweifelnd an dessen Gelingen, gearbeitet wurde. An dem Tage — 16. Februar —, an welchem die „Wiener Zeitung“ die Enthebung Mailáths von der Würde eines ungarischen Hofkanzlers veröffentlichte, trafen die ungarischen Ministerkandidaten in der ungarischen Hauptstadt mit der frohen Botschaft ein, daß Seine Majestät die Verfassung des Landes wiederherstelle.[3]) Endlich war der „große Fels“, wie Deák den Absolutismus nennt, der bisher an Stelle der Konstitution lag, aus dem Wege geräumt. Nichts hinderte mehr das Inslebentreten einer verantwortlichen Regierung. Nachdem der „alte Herr“ die Uebernahme des Ministeriums wieder abgelehnt und hierfür als „providentiellen“ Mann Andrássy vorgeschlagen, ward dieser in der Tat zum Präsidenten des zweiten verantwortlichen ungarischen Ministeriums ernannt. Am 18. Februar, der, wie Lónyay in seinem Tagebuch verzeichnet, für alle Zeiten in der Geschichte Ungarns Epoche machen wird,[4]) kam im Reichstag das königliche Reskript zur Verlesung, mittels dessen der bisher noch ungekrönte König Mitteilung von der Herstellung der Verfassung und der

---

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 378.
[2]) Ibidem, S. 320.
[3]) Ibidem, S. 323.
[4]) Ibidem, S. 335.

Ernennung eines verantwortlichen Ministeriums machte. Die königliche Zuschrift erregte stürmischen Jubel unter den Deákisten, die ihrer Freude über die große Errungenschaft stehend Ausdruck gaben.[1]) Dagegen war die Linke des Hauses mit nur wenigen Ausnahmen sitzengeblieben — ein Vorgehen, das sie sofort bereute, und das in ihren eigenen Reihen zur Scheidung der Gemäßigten von den Ultras führte.[2]) Nachdem sich die Begeisterung gelegt, mit der auch die in dem Reskripte erwähnte Designierung Andrássys zum Ministerpräsidenten Ungarns aufgenommen worden, ergriff dieser selbst das Wort, um eine Anrede an den versammelten Reichstag zu richten. „Ich hätte gewünscht," sagte er mit Hinblick auf Deák, den Abgeordneten Pests, „und meine Ansicht teilt gewiß die ganze Nation, die schwere und meine Kräfte überragende Mission durch jenen erfüllt zu sehen, den hierzu das Vertrauen des Landes als besonders geeignet bezeichnete und die Weisheit des Monarchen als den Würdigsten erkannte. Da aber Seine Majestät die Argumente billigte, die meinen verehrten Freund, den außerordentlich verdienstvollen Vertreter der Stadt Pest (langanhaltendes Éljenrufen), zur Bitte um Außerachtlassung seiner Person veranlaßten, so sah ich, der ich der Krone ehrfurchtsvollen Gehorsam und der Nation unbegrenzte Aufopferungsbereitwilligkeit schulde, ein, daß da, wo der König befiehlt und die Nation es erwartet, das Gefühl der individuellen Unzulänglichkeit kein Grund zur Ablehnung sein darf." [3]) (Lebhafte Éljenrufe.)

Fast unmittelbar hierauf reiste der Graf nach Wien, um in die Hände des Kaisers[4]) den Eid als ungarischer Ministerpräsident abzulegen und die Ernennungsdekrete seiner Ministerkollegen[5]) nach Pest mitzubringen. Am Hofe erfreute sich Andrássy seitens der Mitglieder des kaiserlichen Hauses der herzlichsten Aufnahme.

---

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 336.

[2]) Ibidem, S. 337.

[3]) Lederer, Bd. I, S. 194.

[4]) Solange Franz Josef I. nicht gekrönter König von Ungarn war, bediene ich mich immer des Ausdruckes: Kaiser.

[5]) Die neuen Minister außer Andrássy, dem auch provisorisch die Leitung der auf Ungarn bezüglichen Militärangelegenheiten übertragen wurde, waren: Baron Josef Eötvös, Kultus- und Unterrichtsminister; Menyhért von Lónyay, Finanzminister; Balthasar Horvát, Justizminister; Baron Béla Wenckheim, Minister des Innern; Stephan von Gorove, Handelsminister; Graf Emerich Mikó, Kommunikationsminister; Graf Georg Festetics, Minister um die Person des Königs (a latere).

Erzherzogin Sophie, die Mutter des Monarchen, die bisher Ungarn nicht sehr gewogen gewesen, lud ihn zu Tische. Erzherzog Albrecht, den er über die militärischen Angelegenheiten beruhigte, sagte zu ihm, indem er ihm die Hand drückte: „Ich bin überzeugt, Sie sind ein becsületes ember (ehrlicher Mann).“ [1]) Nichts bezeichnet mehr den Wandel der Zeiten als die Aeußerung des kaiserlichen Prinzen, der Andrássy einst (1856) infolge irriger Berichte von der Liste der zu Amnestierenden gestrichen [2]) und ihm noch einige Tage vorher in der Antichambre des Kaisers sehr kalt begegnet war. [3]) Andrássy schien große Fortschritte im Vertrauen gemacht zu haben, wozu jedenfalls die Geradheit und Offenheit seines Wesens nicht wenig beitrug. Versprach ihm doch auch der Kaiser, daß er, ohne ihn zu befragen, in keiner wie immer gearteten Angelegenheit etwas unternehmen werde. [4]) In vollem Maße verdiente er es auch, daß man seinen Worten unbedingtes Gehör schenkte. Denn gleichwie er entschlossen war, die Fahne der Verfassungsmäßigkeit hochzuhalten und sie gegen jeden Angriff aufs energischste zu verteidigen, so schwankte er auch keinen Augenblick, selbst für unpopuläre Maßregeln einzutreten, wenn diese im Interesse der Monarchie nötig waren. Volkstümlich konnte keinesfalls weder die Einhebung von Steuern noch die Anordnung der Rekrutierung für das Jahr 1867 genannt werden. Gegen die ursprüngliche Absicht Deáks setzte Andrássy seinen Willen durch, diese zwei Forderungen im Vereine mit Gesetzesvorschlägen über die Neuorganisation der Komitate und provisorische Regelung der Presse gleichzeitig bewilligen zu lassen. [5]) Einen so hohen Wert legte man in Wien auf die rechtzeitige Erledigung der Rekrutierung und der Steuern, daß der Kaiser seine Reise nach Pest bis nach der Abstimmung des Reichstages über die Steuern und die Rekrutierung verschob. [6]) Beust und Graf Georg Festetics, der neue Minister am königlichen Hoflager, befanden sich gerade zum Diner beim französischen Botschafter, dem Herzog von Gramont, als

---

[1]) Kónyi, Bd. IV, S. 345. Erzherzog Albrecht bediente sich der zwei ungarischen Worte: „becsületes ember“, um seine Begrüßung desto wirkungsvoller zu gestalten.

[2]) Siehe das Kapitel: Emigration.

[3]) Kónyi, Bd. IV, S. 315.

[4]) Ibidem, S. 345.

[5]) Lederer, Bd. I, S. 201.

[6]) Graf Festetics an Andrássy, Wien, 1. März 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv. Siehe auch Mailáths Brief an Andrássy vom 28. Februar 1867, bei Kónyi, Bd. IV, S. 351.

Andrássys Depesche eintraf, die die Meldung von der Bewilligung der Steuern enthielt. In seiner Freude eilte Beust sofort in die Burg, um dem Monarchen persönlich Bericht zu erstatten. Der Kaiser hatte sich jedoch bereits — es war schon nach acht Uhr abends — zurückgezogen, so daß Beust nur Andrássys Telegramm in das kaiserliche Schlafzimmer gelangen lassen konnte. Den folgenden Tag wurde Graf Festetics zum Monarchen berufen, der ihm dann persönlich seine Freude über die glückliche Austragung des so heikeln Gegenstandes aussprach.[1]) Des Kaisers Hoffnung, in kürzester Zeit auch die Rekrutenfrage in befriedigender Weise erledigt zu sehen,[2]) wurde bald erfüllt, und infolge energischen Eintretens Andrássys für das Jahr 1867, sogar noch nach Maßstab des bestehenden Wehrsystems, 48000 Rekruten bewilligt.[3]) Nun stand nichts mehr der Reise des Herrschers nach Pest im Wege, wo er, vom lautesten Jubel der Bevölkerung begrüßt, am 12. März eintraf.[4])

Man begreift es, daß der begeisterte Empfang und die ganze Wendung, die die ungarischen Angelegenheiten genommen, den Kaiser in die beste Laune versetzten.[5]) Im Gegensatz hierzu regte sich in Oesterreich die Unzufriedenheit mit den neuen Zuständen. Sie richtete sich in erster Linie gegen Beust, auf dessen Stellung von seinen Gegnern ein vehementer Angriff unternommen wurde. Vor allem gönnte man ihm nicht den Ruhm, die Verfassungsfrage gelöst zu haben. Das landläufige Urteil in Wien über das Abkommen mit Ungarn lautete: Dazu hätte man nicht erst des Ausländers bedurft; unter solchen Bedingungen hätten der frühere Reichsrat und die Vorgänger Beusts den Ausgleich

---

[1]) Graf Festetics an Andrássy, Wien, 3. März 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv. Aus dem Schreiben ist zu ersehen, daß Franz Josef I. diesen Anlaß zum Ausdrucke eines Wunsches benützte, der, ohne je in Gesetzesform gekleidet worden zu sein, doch mit der Zeit im politischen Leben Ungarns durch die Macht langjähriger Tradition eine Art von Gesetzeskraft gewann. Mit Rücksicht auf die vier von Andrássy soeben eingebrachten Gesetzentwürfe, in deren Wortlaut der Krone vorher kein Einblick gewährt worden, wünschte diese, daß ihr in Zukunft alle Vorlagen der Regierung früher zur Einsichtnahme unterbreitet werden sollten, ehe sie vor das Forum der Gesetzgebung gelangen. Daraus entwickelte sich der jetzt übliche Gebrauch der Vorsanktion, die auf einem Usus, aber auf keinem Gesetzesparagraph beruht.

[2]) Graf Festetics an Andrássy, 3. März 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Lederer, a. a. O., Bd. I, S. 207 ff.

[4]) Kónyi, Bd. IV, S. 376.

[5]) Ibidem.

auch herbeiführen können.[1]) Bei weitem schärfer zog gegen ihn die ihm durchaus feindselig gesinnte Aristokratie los, deren hervorragendste und einflußreichste Mitglieder sich auf Seite der Tschechen stellten, mit denen im Bunde sie den engeren Reichsrat und die Februarverfassung bekämpften.[2]) Von allen Seiten wurde dem Sachsen ein baldiges klägliches Ende geweissagt. Eine Persönlichkeit, die sich rühmte, die österreichischen Verhältnisse genau zu kennen, wollte wissen, daß Beust noch sehr unangenehme Erfahrungen mit den Ungarn machen werde.[3]) Graf Mensdorff, der ehemalige Minister des Aeußern, zeigte sich gleichfalls äußerst besorgt über die Entwicklung der Dinge in Ungarn. In einem an Beust gerichteten Briefe warnte er ihn dringend, den Versprechungen der Ungarn nicht allzuviel Vertrauen zu schenken und bei allen Verhandlungen mit ihnen die größte Vorsicht obwalten zu lassen. Als Beust hierauf nicht antwortete, meinte Mensdorff, er verarge es dem Fremden gar nicht, wenn er sich durch die Verheißungen der Ungarn betören lasse, die er nicht kenne, und die ihm noch viel bittere Enttäuschungen bereiten werden. Um so unverständlicher aber sei es ihm, worüber er seine tiefe Bekümmernis nicht zu unterdrücken vermöge, daß sich der Kaiser den Ungarn gegenüber, die ihm schon so häufig mitgespielt hätten, zu einseitigen und bedenklichen Konzessionen habe bestimmen lassen.[4]) Mit solchen Ansichten stand Mensdorff nicht vereinzelt da. Er brachte damit nur zum Ausdruck, was man in den Wiener aristokratischen, vor allem in den höheren militärischen Kreisen, fühlte und sagte.[5]) Dies trat besonders markant in die Erscheinung, als durch Indiskretion zwei vom 22. Februar datierte Verordnungen des Ofener k. k. Generalkommandos in der Prager „Politik" erschienen, die vom ungarischen Landesverteidigungsministerium in ziemlich geringschätzigem Tone sprachen.[6]) Sie bewiesen klar, daß die militärischen Behörden es noch nicht gelernt hatten, sich mit den neuen Verhältnissen zu befreunden. Das Vorgehen des Chefs des Generalkommandos, des Fürsten Friedrich Liechtenstein, der angeblich ohne Wissen der Regierung gehandelt hatte,[7]) erregte tiefe

---

[1]) Werther an Bismarck, 5. Februar 1867.

[2]) Ibidem.

[3]) Werther, 5. Februar 1867.

[4]) Werther, 25. März 1867.

[5]) Ibidem.

[6]) Mitgeteilt im Abendblatt der „Neuen Freien Presse" vom 5. März 1867.

[7]) Nach der „Neuen Freien Presse" vom 9. März 1867 wäre der Urheber des zweiten Erlasses Erzherzog Albrecht selbst gewesen.

Mißstimmung in Ungarn. Sofort hieß es, Andrássy wäre entschlossen, seine Entlassung für den Fall anzubieten, als Fürst Liechtenstein nicht desavouiert würde.[1]) Auch Beust beklagte aufs lebhafteste den Zwischenfall. Indem er auf Erzherzog Albrecht als den eigentlichen Urheber der Verordnungen hinwies, meinte er, daß es dieser nicht einmal bedurfte. Die Hauptsache sei ja, daß man weiterhin Herr der Armee bleibe, und das hätte gewiß auch ohne die, unnötiges Aufsehen erregende Reservate erreicht werden können. Gegenüber der wachsenden Aufregung und der drohenden Interpellation im Reichstage mußte etwas zur Beruhigung der Gemüter geschehen. Aller Wahrscheinlichkeit nach ist es dem Eingreifen Andrássys zuzuschreiben, daß in der „Wiener Abendpost" eine Erklärung erschien,[2]) von der Beust hoffte, daß sie genügen werde, die hochgehenden Wogen zu glätten.[3]) Die Erklärung Andrássys im Reichstage, den Verordnungen des Generalkommandos komme keinerlei Bedeutung zu, das Ministerium kenne übrigens seinen Wirkungskreis und seine Pflichten,[4]) sowie der in der „Wiener Abendpost" veröffentlichte Artikel erzielten die beabsichtigte Beschwichtigung.

Beust verkannte nicht das Gewicht derartiger Vorstöße; sie erschienen ihm um so gefährlicher, je mehr ihm klar ward, daß die Nationalitäten im Bunde mit hervorragenden Aristokraten die unglaublichsten Anstrengungen machten, ihn und das neue System, als verderbenbringend für den Bestand der Monarchie, beim Kaiser zu diskreditieren.[5]) Der Minister des Aeußern konnte solcher Minierarbeit gegenüber nicht ruhig die Hände in den Schoß legen. Er hatte auch nicht gesäumt, sich in Ritter von Braun, dem Direktor der Kaiserlichen Kabinettskanzlei, einen in nächster Umgebung des Monarchen befindlichen sehr mächtigen Bundesgenossen zu sichern. Durch ihn, der das volle Vertrauen Franz Josefs I. besaß, ließ er den Monarchen auf die gegen seinen

---

[1]) Werther, 12. März 1867.

[2]) „Wiener Abendpost", 9. März 1867. Da hieß es: „Es wird genügen, hier auszudrücken, daß jede Deutung, die geeignet wäre, den durch Allerhöchstes Reskript vom 18. und durch Handschreiben vom 19. März bezeichneten Wirkungskreis des Kgl. Ungarischen Verteidigungsministeriums in Frage zu stellen oder Mißtrauen zwischen dem von Seiner Majestät ernannten Kgl. Ungarischen Ministerium und den obersten Militärbehörden zu erwecken — weder den Intentionen der letzteren noch der Sachlage entspricht."

[3]) Werther, 12. März 1867.

[4]) Lederer, a. a. O., Bd. I, S. 214.

[5]) Werther, 13. März 1867.

Minister im Zuge befindlichen Intrigen aufmerksam machen. Braun hatte die Aufgabe, der Krone die Notwendigkeit eines entschiedenen Auftretens gegen die Umtriebe nahezulegen.[1]) Je unversöhnlicher die Gegner Beusts in Oesterreich sich zeigten, um so mehr empfand er das Bedürfnis, sich auf die ihm freundlich gesinnten Ungarn zu stützen. Mit großer Befriedigung sprach er von seinem jüngsten Aufenthalte in Pest, wo ihm von allen Seiten Beweise der Anerkennung für sein günstiges Wirken entgegengebracht worden seien. Ich habe die Ueberzeugung, sagte er zum preußischen Gesandten, daß, so wie die Ungarn jetzt auf mich bauen, ich auch auf sie zur Ueberwindung der noch vorhandenen Schwierigkeiten rechnen kann.[2])

In der Tat bereitete die Annahme des mit Ungarn abgeschlossenen Ausgleiches durch Oesterreich dem Minister des Aeußern, der jetzt zugleich auch österreichischer Ministerpräsident war, große Sorgen. Er war wohl mit Andrássy übereingekommen, das ungarische Abkommen als Fait accompli, an dem nicht mehr zu rütteln wäre, dem österreichischen engeren Reichsrat nicht zur Begutachtung, sondern zur einfachen Kenntnisnahme, vorzulegen. Die große Frage war jedoch, ob die Deutsch-Oesterreicher hierauf auch eingehen würden. Als böses Omen konnte es gelten, daß unter dem ersten Eindrucke der Abmachungen mit Ungarn die Vertreter des zentralistischen Systems an Einfluß gewannen.[3]) Von ihnen, die in den Zugeständnissen gegenüber Ungarn nicht über die Grenzen hinausgehen wollten, die das Reskript vom 3. März 1866 festgesetzt hatte, war es aufs bestimmteste zu erwarten, daß sie auf dem weiteren Reichsrat beharren und die Kompetenz des einberufenen engeren bestreiten würden. Die Autonomisten wieder waren nur für den engeren Reichsrat und für eine gemeinschaftliche parlamentarische Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten, wie dies ursprünglich ja auch der Standpunkt der Regierung war.

Ungeachtet der Unterschiede in der Auffassung empfanden die Deutsch-Oesterreicher aller Schattierungen das Bedürfnis, sich zu einer einheitlich starken Partei zusammenzuscharen. Aber ihr Erbübel, die Uneinigkeit, trat sofort trennend zwischen sie. Die Konferenz der verfassungstreuen Abgeordneten, von der man Großes erwartete, hatte keinen anderen Erfolg, als daß sie den

---

[1]) Werther, 20. März 1867.
[2]) Idem, 25. März 1867.
[3]) Idem, 14. Februar 1867.

grellen Gegensatz zwischen Zentralisten und Autonomisten unerbittlich bloßlegte. Beust verhehlte sich nicht die Schwierigkeiten, die das zwischen der Krone und Ungarn zustande gekommene Werk bedrohten. Denn auch von der tschechisch-feudalen Partei war der entschiedenste Kampf gegen den Ausgleich zu gewärtigen, der sie um all ihre Hoffnungen auf Selbständigkeit brachte. Beust bemühte sich vor allem, die versöhnlicheren Elemente unter den Deutschen auf seine Seite zu ziehen. Ferner trachtete er mit Hilfe des Grafen Gołuchowski die Polen, denen große Versprechungen gemacht wurden, von den Tschechen zu trennen und sie zur Beschickung des engeren Reichsrates zu bewegen, in den die ersteren nicht eintreten wollten. Wie es dem österreichischen Ministerpräsidenten gelang, die Polen für sich zu gewinnen, so blieb auch sein Werben um einen namhaften Teil der Verfassungspartei nicht ganz fruchtlos. Die psychologisch merkwürdige Stimmung, in der sich die Deutsch-Oesterreicher jetzt befanden, hatte nicht wenig zum Umschwung beigetragen. Nach Aussage Werthers, als aufmerksamen Beobachters der Vorgänge, hatte das Scheitern aller bisherigen Versuche, die innere Verfassungsfrage, namentlich in ihren Beziehungen zu Ungarn, einer Lösung auch nur einigermaßen näher zu führen, nachgerade eine so pessimistische Stimmung in Oesterreich erzeugt, daß das Vertrauen zur eigenen schaffenden und gestaltenden Kraft mehr und mehr geschwunden war. Alle Parteien waren mit dem bestehenden Zustande der Dinge mehr oder weniger unzufrieden; in der Opposition und Negation vereinigten sich alle, aber über das, was zu geschehen habe, und wie es ausgeführt werden sollte, darüber gingen die Ansichten und Wünsche weit auseinander.[1]) Mit wie großem Mißtrauen sie auch Beust gegenüberstanden, so mußten sie sich doch sagen, daß er die Kunst verstanden, „den Stier bei den Hörnern zu packen", und etwas geschaffen habe, was, wie der preußische Gesandte weiter bemerkt, keinem seiner Vorgänger gelungen war: einen wenigstens formellen Ausgleich mit Ungarn und die momentane politische Befriedigung der Ungarn.[2]) Mißbilligten auch die Verfassungstreuen den materiellen Inhalt des Vergleiches mit Ungarn, so konnten sie sich doch nicht des imponierenden Eindruckes erwehren, daß ein bedeutender Schritt nach vorwärts erfolgt war. Es herrschte die Empfindung vor, daß man sich mit

---

[1]) Werther, 25. Februar 1867.

[2]) Ibidem.

Ergebung in das Geschehene schicken müßte und aus allen Kräften nur dahin zu wirken habe, eine Milderung der möglicherweise nachteiligen Folgen des Ausgleiches für Oesterreich herbeizuführen.[1])

Nicht gar zu lange hielt jedoch die günstige Stimmung gegenüber dem Vergleiche der Regierung mit Ungarn vor. Sehr bald bemächtigte sich der Deutsch-Oesterreicher ein Gefühl des Neides. Während sie selbst in ihrer parlamentarischen Tätigkeit zur Unfruchtbarkeit verurteilt waren, konnten sie in Ungarn ein lebhaft pulsierendes politisches Treiben gewahren, dessen Mittelpunkt der ungarische Reichstag bildete. Sie fühlten sich in jeder Weise zurückgesetzt, auf die Rolle des Ja- und Neinsagens beschränkt. Auch fürchteten sie, die Regierung suche zur Durchbringung des Ausgleiches im Reichsrate eine Verständigung mit den Feudalen, um sie diesen dann rücksichtslos zu opfern.[2]) Mag auch einen Moment eine den Deutschen Oesterreichs ungünstige Richtung vorgeherrscht haben, so ist es, wie Plener selbst zugibt, seit Februar 1867 Beusts ernstes Bestreben gewesen, sich der Unterstützung der deutsch-österreichischen Partei zu versichern.[3]) Vorerst wollte er sie allerdings, nach seinem eigenen Ausdrucke, die bittere Pille des ungarischen Ausgleiches hinunterschlucken lassen.[4]) Allein ein Teil der führenden Köpfe der Deutsch-Oesterreicher, wie Hasner, Plener, Pratobevera, Giskra, Skéne, Tschabuschnigg, gedachte sich für alle Fälle das Recht vorzubehalten, die ungarischen Vorschläge und die daraus fließenden Verfassungsänderungen anzunehmen, zu ändern oder zu verwerfen. Männer wie Brestel, Berger, Kuranda, Mende waren dagegen für einfache Annahme der ungarischen Forderungen. Ist Pleners Mitteilung richtig — und warum sollten wir sie bezweifeln? — so beobachtete Herbst in dieser Frage keine ganz korrekte Haltung. Nach außen hin trug er ein ausgleichsfreundliches Gesicht zur Schau, um sich mit der Regierung und der wahrscheinlichen Majorität in Uebereinstimmung zu halten; im privaten Verkehr hingegen äußerte er unverhohlen seine Besorgnisse über den Pakt.[5]) Wie immer sich auch Beust bestrebt haben mochte, Herbst oder einen von dessen Anhängern zum Eintritt ins Ministerium zu be-

---

[1]) Werther, 25. Februar 1867.

[2]) Werther, Wien, 19. März 1867.

[3]) Aus den Briefen Ignaz von Pleners an seinen Sohn. Mitgeteilt von Dr. Ernst Freiherrn von Plener in der „Neuen Freien Presse", 3. Mai 1908.

[4]) Werther, 15. April 1867.

[5]) Aus den Briefen Ignaz von Pleners, a. a. O.

wegen, überall hatte er nichts als Körbe geerntet. Es fehlte am Mute offener Anteilnahme an der Regierung. Der geheime Gedanke, der die Abgeordneten der deutsch-österreichischen Partei leitete, war ganz geschickt ausgeklügelt. Sie schienen wohl nicht abgeneigt, sich schließlich zur Anerkennung des Dualismus zu bequemen. Allein die Last der Verantwortung für das Inslebentreten desselben sollte Beust allein auf seine Schultern nehmen. Daher ihr Sträuben, als Minister den Ausgleich vor dessen Perfektionierung mit ihrem Ansehen im Reichsrate zu decken.[1])

Für alle Schwierigkeiten, denen Beust in Oesterreich begegnete, bot ihm Ersatz die Raschheit, mit der am 20. März der ungarische Reichstag das Elaborat der 67er Kommission in Beratung zog. Mit der ganzen Vollkraft seiner glänzenden Beredsamkeit befürwortete Deák in der am 28. März gehaltenen Rede die friedliche Bestimmung der gemeinsamen Beziehungen zwischen Ungarn und Oesterreich, durch dessen Zerfall, wie er sagte, Ungarn gewiß nicht gewinnen würde.[2]) Am 30. März erklärte sich die Majorität der Abgeordneten — 257 gegen 117 — für das Elaborat, das in der Gesetzgebung Ungarns als Gesetzartikel XII : 1867 bekannt ist. Damit hatte die neue Staatsform der Monarchie, die in der Geschichte den Namen des Dualismus führt,[3]) ihre rechtliche Grundlage erhalten. Nicht ohne gewissen pikanten Beigeschmack ist es, daß Max Falk, als er gegenüber der zentralistischen Richtung Schmerlings zum erstenmal im Wiener „Wanderer“ den Ausdruck „Dualismus“ im Sinne eines politischen Begriffes anwandte, zu drei Monaten Gefängnis verurteilt wurde. Damals durfte keine Wiener, noch irgendeine ungarische Zeitung sich, bei strenger Ahndung, der Bezeichnung „Dualismus“ bedienen — also eines Wortes, das jetzt — 1867 — die offiziell anerkannte staatsrechtliche Geltung erlangte.[4]) Auch das, kraft der Abstimmung vom 30. März 1867 zur Bedeutung eines Staatsaktes erhobene Dokument, durch das die Anerkennung des Dualismus erst proklamiert ward, hat seine eigene,

---

[1]) Werther, 15. April 1867.

[2]) Kónyi, Bd. IV, S. 460.

[3]) Ibidem, S. 465. Der Gesetzartikel XII vom Jahre 1867 ist in deutscher Sprache abgedruckt bei Dr. Gustav Steinbach, „Die ungarischen Verfassungsgesetze“; desgleichen bei Radó-Rothfeld, „Die ungarische Verfassung“; siehe ferner Bernatzik, „Die österreichischen Verfassungsgesetze“, S. 289 u. 379, wo auf die Unterschiede in der Textierung zwischen dem ungarischen Gesetzartikel XII : 1867 und dem österreichischen Gesetz vom 21. Dezember 1867 hingewiesen wird.

[4]) Max Falk, „Zeit- und Charakterzeichnungen“, S. 69 (ung.).

nicht minder eigentümliche Vorgeschichte. Auf den ersten Blick muß es nämlich befremden, daß einzelne Paragraphen des Gesetzartikels XII : 1867, der die gemeinsamen Angelegenheiten zwischen den beiden Nachbarstaaten regelt, eigentlich gar nicht in ein Gesetz gehören; sie enthalten keinerlei gesetzliche Verfügung, sondern nur eine Motivierung. Die auffallende Erscheinung findet ihre Erklärung in folgendem Umstande. Als sich der Kaiser nach 1866 prinzipiell zum Ausgleich bereit erklärte, forderte er Andrássy auf, ihm ein konkretes Bild dessen zu liefern, wie man sich die Ordnung der gemeinsamen Angelegenheiten in Ungarn vorstelle. Im Besitze des Auftrages verfaßte Graf Andrássy ein Memorandum, das er nach Wien mitnahm. Nachdem es der Monarch zwei Tage bei sich behalten, stellte er es, mit seinem Namenszug unterfertigt, an Andrássy zurück. Freudig bewegt eilte er damit nach Pest. Hier nun wollten Deák, Csengery und andere ungarische Politiker mit Hilfe des von der Krone sanktionierten Memorandums ein eigenes Ausgleichsgesetz ausarbeiten. Dem aber widersetzte sich Andrássy. Er sagte seinen Freunden: „Von dem, was der ritterliche Monarch einmal unterschrieben, wird er auch nicht ein I-Tüpfelchen verleugnen. Wenn man ihm ein dem Wesen nach wohl gleiches, in der Form jedoch abweichendes Schriftstück vorlegt, könnte er mit Recht sagen: das sei ja nicht jenes Dokument, das er mit seiner Unterschrift gutgeheißen habe," womit Andrássy, ohne es auszusprechen, auf die Gegner hinweisen wollte, die den Zwischenfall leicht zum Nachteil Ungarns ausbeuten könnten. Ueberzeugt von den Argumenten des Grafen, begnügten sich Deák und die Anwesenden, die einzelnen Absätze des Memorandums mit fortlaufenden Nummern als Gesetzesparagraphen zu versehen und in dieser Gestalt dem fünfzehngliederigen Subkomitee vorzulegen.[1])

[1]) So wurde mir die Entstehungsgeschichte des Gesetzartikels XII : 1867 von Max Falk, der in diesen Dingen wohlversiert war, erzählt. Eine davon abweichende Darstellung bietet Schwicker, „Der österreichisch-ungarische Ausgleich" in „Oesterreich-ungarische Revue", Bd. XX, S. 340. Andrássys Memorandum muß jedenfalls der Zeit vor der Schlacht von Königgrätz (3. Juli 1866) angehören. Denn das vom fünfzehngliederigen Subkomitee des 67er Ausschusses am 24. Juni 1866 veröffentlichte Elaborat beruht vollkommen auf dem allerdings bisher nicht publizierten Memorandum, das zum Leitfaden für das Ausgleichsgesetz XII : 1867 wurde. Dies beweist ein Vergleich jenes Elaborates (Kónyi, 2. Ausgabe, Bd. III, S. 738) mit dem definitiven Gesetz XII : 1867. Auf das Memorandum als Grundlage des Elaborates des fünfzehngliederigen Subkomitees hat übrigens auch der ungarische Reichstagsabgeordnete Gabriel Ugron in seiner Reichstagsrede vom 10. Dezember 1903 hingewiesen.

Das in Gesetzesparagraphen eingeteilte Elaborat ward am 30. März mit den für nötig erachteten Veränderungen vom ungarischen Parlamente zur Grundlage der Spezialberatung genommen und am 29. Mai zum Gesetz erhoben. Diese Entscheidung bedeutet nicht nur in der Geschichte Ungarns, sondern auch in der der ganzen Monarchie eine hochwichtige Wendung. Der 30. März resp. 29. Mai 1867 führte eine Versöhnung zwischen König und Nation herbei, wie in ähnlichem Maße es nur 1608 der Fall gewesen. Gegenüber der Pragmatischen Sanktion von 1722/23, die den Grundsatz der gemeinsamen Verteidigung im allgemeinen aussprach,[1]) und gegenüber den 1848er Gesetzen, die nur in einem einzigen Paragraphen von den gemeinsamen Angelegenheiten handeln,[2]) bezeichnet das Ausgleichsgesetz von 1867 einen immensen Fortschritt. Deutlich verweist das Gesetz von 1867 die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten,[3]) und des Kriegswesens [4]) in den Kreis der gemeinsamen Angelegenheiten. Die Lücke der 1848er Gesetzgebung, die gerade dadurch Anlaß zu erbittertem Kampf gegeben, ist damit gründlich beseitigt worden.

Aller Wahrscheinlichkeit nach wurde Deák, als er am 28. März in erweitertem Sinne für die Geltendmachung der gemeinsamen Angelegenheiten in die Bresche trat, von den damals gerade im Oriente und, infolge der Luxemburger Frage, sich auch im Westen düster gestaltenden Verhältnissen stark beeinflußt. Er und Andrássy hatten das gleiche Bedürfnis, den Ausgleich vor dem vielleicht schon in nächster Zeit ausbrechenden Sturm unter Dach zu bringen. Die staatsklugen Führer der ungarischen Nation wußten sehr wohl, daß es ihnen nur im freundschaftlichen Bunde mit der Krone gelingen könne, die Oberherrschaft über die in Ungarn lebenden Slawen zu behaupten.[5]) Im Einvernehmen mit dem Monarchen trachteten sie daher das durch seine nationalen Aspirationen am meisten gefährliche Kroatien zum staatsrechtlichen Anschlusse an Ungarn und zur Beschickung des ungarischen Reichstages, als des allein gesetzlichen Vertreters aller Länder der heiligen Stephanskrone, zu bestimmen. Die gütliche Regelung der Beziehungen Kroatiens zu Ungarn war auch

---

[1]) Gesetzartikel I : 1722/23. In deutscher Sprache abgedruckt bei Steinbach, a. a. O., S. 2.

[2]) Gesetzartikel III : 1847/48 § 13, bei Steinbach, a. a. O.

[3]) Gesetzartikel XII : 1867 § 8, bei Steinbach.

[4]) Ibidem § 9.

[5]) Werther, 2. April 1867.

schon aus Rücksicht auf die bevorstehende Krönung Franz Josefs I. zum König von Ungarn wünschenswert, die nach einer Aeußerung Andrássys jedenfalls vor Mitte Juni stattzufinden hätte.[1] Sollte doch im Sinne des Gesetzes die Krönung durch die Vertretung der Gesamtheit aller zur heiligen Stephanskrone gehörigen Länder erfolgen. Sowohl Beust wie Andrássy rechneten mit einer befriedigenden Erledigung der kroatischen Angelegenheit, die das Erscheinen der Abgeordneten Kroatiens auf dem Krönungsreichstag ermöglichen werde. In diesem Falle hätte es nur noch der Ausfertigung des Inauguraldiploms bedurft, mittels dessen der König die Rechte des Landes beschwört, um dann zur Krönung selbst zu schreiten, als dem sichtbaren Ausdruck des Friedens zwischen König und Nation vor den Augen der ganzen Welt. Sollte Kroatien sich weigern, den Reichstag zu beschicken, so war die Regierung entschlossen, auch in Abwesenheit der kroatischen Abgeordneten, in Anhoffung ihres späteren Erscheinens, das Inauguraldiplom für ganz Ungarn ausfertigen zu lassen. Man hatte sich im vorhinein der Zustimmung der Krone versichert, daß sie ein solches, auch ohne vorläufige Mitwirkung des kroatischen Landtages zustande gekommenes Diplom mit ihrer Sanktion versehen werde,[2] wie es dann auch tatsächlich ausgeführt wurde.[3] So war in Ungarn die Bahn für die Ermöglichung der Krönung freigemacht. Sollte sie vollzogen werden, noch ehe Oesterreich den ungarischen Ausgleich angenommen? Es war keine Aussicht vorhanden, daß der österreichische Reichsrat diese Aufgabe bis Ende Mai oder Anfang Juni erledigt haben werde, für welche Zeit man die Krönung anberaumt hatte. Mit Sicherheit war der Widerstand der tschechisch-föderalistischen Partei zu erwarten, auch mit der Abneigung der Deutsch-Oesterreicher mußte gerechnet werden, die Abmachungen mit Ungarn en bloc zu genehmigen. Beust ersann daher den Ausweg, daß die Krönung als eine von den politischen Beratungen des Reichsrates ganz unabhängige Angelegenheit zu behandeln sei. Wie der Reichskanzler dem preußischen Gesandten andeutete, stimmte die deutsche Verfassungspartei dem Vorschlag lebhaft bei. In dessen Sinne sollte der Reichsrat für anfangs Mai einberufen werden, um die Wahl einer nach Pest zu entsendenden Krönungsdeputation

---

[1]) Werther, 25. März 1867.
[2]) Werther, 16. April 1867. — **Kónyi, Bd. V, S. 78.**
[3]) **Kónyi, Bd. V, S. 82.**

vorzunehmen. Gleich hierauf wollte man das Parlament vertagen und es erst nach Vollzug der Feierlichkeiten in der ungarischen Hauptstadt wieder zur Verhandlung des Ausgleiches zusammentreten lassen.[1])

In letzter Stunde, als alle Hindernisse, die noch der Krönung im Wege standen, hinweggeräumt zu sein schienen, erhob sich eine neue, nicht unbedenkliche Schwierigkeit. In der aus 24 gewählten Mitgliedern bestehenden Regnikolardeputation, die den Text des Inauguraldiplomes fertigzustellen hatte, erhoben Tisza und Ghyczy gegen dessen Abfassung Einspruch. Sie sagten, hiervon könne keine Rede sein, ehe nicht dem Reichstage die Entsagung Ferdinands V. wie die seines Bruders, des Erzherzogs Franz Karl, mitgeteilt worden.[2]) Zu solcher Forderung waren sie um so berechtigter, als dies merkwürdigerweise bisher unterblieben war. Die Abdankungsurkunde enthielt außerdem den Fehler, daß sie Ungarns gar nicht gedachte. Der Reichstag von 1861 hatte wohl die Abdankung anerkannt, aber gleich damals die nachträgliche Berichtigung dieses Formfehlers beschlossen, dessen Beseitigung nun jetzt die Linke forderte. Andrássy durchblickte sofort deren Absicht, durch Aufwerfung des „leeren Formprozesses", wie er sagt, die Krönung auf unbestimmte Zeit zu verschieben. Obgleich er das ganze Vorgehen verurteilte, erkannte er doch, daß hierfür Abhilfe geschaffen werden müsse, um den Schachzug der Gegner zu durchkreuzen. Er telegraphierte an Graf Festetics, den ungarischen Minister am Hoflager in Wien, vom Kaiser für ihn, Andrássy, die Ermächtigung zu einer Erklärung zu erwirken, die geeignet sei, die erhobenen Bedenken zu beschwichtigen. Da im Augenblick der Formfehler nicht mehr gutzumachen wäre, sollte, gemäß dem nach Wien telegraphierten Vorschlage, der Reichstag die Befugnis erhalten, zur Verhinderung ähnlicher Vorkommnisse, einen eigenen Gesetzartikel zu schaffen. Er hätte zu besagen, daß Ungarn, ungeachtet des geschehenen Versehens, zwar die Abdankung anerkenne, daraus aber für die Zukunft keine Folgerungen abgeleitet werden dürfen; daß ferner der ungarische Reichstag in jedem solchen Falle besonders verständigt und in der eventuellen Abdankungsurkunde Ungarn speziell erwähnt werden müsse. All dem wollte der ungarische Ministerpräsident noch beifügen, der Monarch werde nach der Krönung ein derartig lautendes

---

[1]) Werther, 9. April 1867. — Kónyi, Bd. V, S. 78.

[2]) Kónyi, Bd. V, S. 99.

Gesetz auch sanktionieren.[1]) Wirklich legte Andrássy, von der Krone hierzu befugt, eine derartige schriftliche Enunziation vor,[2]) auf deren Grundlage dann Franz Pulszky die Abfassung eines solchen, das Gewissen der Abgeordneten beruhigenden Gesetzes beantragte.[3]) Der findige Geist Andrássys schaffte, wenngleich unter dem Protest der Linken,[4]) die um jeden Preis die Krönung hintanhalten wollte,[5]) eine heikle Frage aus der Welt, die leicht zu verdrießlichen Störungen und zum Aufschub der Krönung, als dem Schlußstein des ganzen Ausgleichswerks, hätte führen können. Und gerade nach dieser höchst wichtigen Zeremonie verlangte nicht nur das Kaiserpaar, sondern auch, mit Ausnahme der Linken, der größte Teil der Bevölkerung Ungarns.

Wie aus einem im Jahre 1861 an Baron Vay gerichteten Briefe Szögyénÿs zu ersehen, erfüllte den Kaiser schon damals ernstlich der Gedanke, gekrönt zu werden. Eine Reihe schwerer Prüfungen hatte allmählich in ihm noch mehr die Ueberzeugung von der tiefen Bedeutung gefestigt, welche der Krone von Ungarn anhaftet. Diese Erkenntnis hinderte den Monarchen, in den Fehler seines Ahnen Kaiser Josef II., des „Königs mit dem Hute", zu verfallen, der die ungarische Krone als ein Mobiliar betrachtete, mit dem er nach Belieben schalten könnte und der sich über alle lustig gemacht, die in der Ueberführung dieses heiligen Kleinods aus Ungarn nach der Wiener Schatzkammer die Vernichtung der Freiheiten des Landes betrauerten. Bitter hatte Josef II. diesen Irrtum büßen und schließlich die Erfahrung machen müssen, daß die ungarische Krone mehr als ein bloßes Schatzkammerschaustück sei, nur vorhanden, um als äußerlicher Schmuck zu dienen.

Nach der herrschenden und als gültig anerkannten Anschauung[6]) ist die Krone Stephans des Heiligen der Ausfluß alles staatlichen Lebens und jedes Rechtes in Ungarn. In ihr wurzelt die Staatsgewalt. Mittels der Krönung gehen die Hoheitsrechte der Krone (jus sacrae regni coronae) auf den Herrscher über, immer jedoch unter der Voraussetzung, daß auch der

---

[1]) Telegramm Graf Andrássys an Graf Festetics in Wien. Konzept, ohne Datum, gehört jedoch in die letzten Tage des Monates Mai. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Kónyi, Bd. V, S. 100. Die hierauf bezügliche Rede Andrássys bei Lederer, Bd. I, S. 233 ff.

[3]) Ibidem, S. 105.

[4]) Ibidem.

[5]) Josef Madarász, „Denkwürdigkeiten", S. 361 (ung.).

[6]) Nach der Darstellung der ungarischen Staatsrechtslehrer.

König seinerseits die verfassungsmäßigen Rechte der Nation durch Eid und Brief (diploma inaugurale) anerkennt. Wenn man sich die der Krone zugeschriebenen Befugnisse vor Augen hält, die tief ins Bewußtsein der ungarischen Nation eingedrungen sind und in ihr als stets lebendige Kraft wirken, wird man auch die Bedeutung ermessen können, die der Krönung durch dieses Kleinod in Ungarn innewohnt. Infolgedessen ist sie nicht, wie in anderen Ländern, eine bloß glänzende Zeremonie, sondern, vom Standpunkte der Verfassung aus, die unerläßliche Vorbedingung der konstitutionellen Ausübung der königlichen Gewalt. Die Krönung selbst aber kann nicht mit jeder beliebigen Krone, sondern nur mit der tausendjährigen Stephanskrone, die „heilige" genannt, vollzogen werden. Daher war es für alle Fälle von der dringendsten Notwendigkeit, in den Besitz dieses von der Nation verehrten Symbols zu gelangen, das seit 1849 verloren schien.[1]) Als Ungarn in diesem Jahre unterworfen worden und die vornehmsten Führer der Erhebung in die Fremde flüchteten, nahm einer von ihnen — der Ministerpräsident Bartholomäus Szemere — die Krone mit sich, um sie über die türkische Grenze zu bringen. Da dies nicht möglich war, entschloß er sich, sie zu vergraben, damit das Abzeichen der gesetzlichen Macht nicht in die Hände des Hauses Habsburg gelange, eventuell in späteren besseren Zeiten die Grundlage eines Vergleiches zwischen König und Nation bilden könne. Unter Mithilfe von mehreren Personen war die Krone Ende August 1849 in einer eisernen Kiste von Szemere bei Orsova, am Fuße des Allionberges, in die Erde versenkt worden, mit der bewußten Absicht, daß kein Menschenauge sie zu Gesicht bekomme.

Die Wiener Regierung hatte jedoch sehr früh schon Kenntnis von dem Aufbewahrungsort bei Orsova erhalten. Sehr bald nach der Flucht Kossuths, dem man irrtümlich die Verscharrung der Krone zuschrieb, von der er jedoch gar nicht wußte, was aus ihr geworden, betraute man den k. k. Hauptmann-Auditor in Temesvár, Titus Karger, mit den Arbeiten zur Auffindung des so wertvollen Kleinods. Lange blieben seine Bemühungen vergeblich. Erst am 8. September 1853 erzielten sie den gewünschten Erfolg. Auf der Straße von Orsova zur Wodicamühle fand er die drei Fuß

---

[1]) Das Folgende beruht auf meinem nach ungedruckten Akten gearbeiteten und in der „Neuen Freien Presse" vom 7. Juni 1907 veröffentlichten Artikel: „Das ungarische Krönungsjubiläum".

tief in die Erde versenkte eiserne Kiste mit ihrem kostbaren Inhalte.[1]) Gleich damals ist darauf hingewiesen worden, daß nur Verrat auf die richtige Fährte geführt habe. Aufs energischste hat Szemere in seinem „Tagebuche“ gegen eine solche schimpfliche Anklage protestiert, mit der man seine Person belasten wollte. Mit mehr Recht richtete sich der Verdacht vorzugsweise gegen Stephan von Vargha, der sowohl der österreichischen Regierung Spionierdienste leistete als auch gleichzeitig Kossuths Agent war. Im Volksmunde hieß er nur der „Kronen-Vargha“.[2])

Mag nun Karger ausschließlich durch seinen Scharfsinn oder mit Hilfe von Varghas Verrat den verborgen gewesenen Schatz ans Tageslicht gefördert haben — unbestritten bleibt es, daß der Wiener Hof über dies Ereignis Freude empfand. Bei der 1853 erfolgten Ueberführung der Krone von Orsova, wo sich nun zur Erinnerung an den denkwürdigen Fund eine Kapelle erhebt, nach Ofen, von dort nach Wien und wieder zurück nach Ungarn, wurden ihr königliche Ehren erwiesen. War es doch auch ein großer Gewinn, daß man jetzt — im Jahre 1867 — über jenes Kleinod verfügen konnte, das in den Augen des ungarischen Volkes als der Ausfluß aller Staatsgewalt galt.

So rückte denn der 8. Juni 1867 heran, an dem die Krönung stattfinden sollte. Als Deák die seltene Ehrung zurückwies, am Tage der Krönung an Stelle des Palatins zur Seite des Thrones zu stehen, schlug er selbst für diese Funktion Andrássy vor. Der Deputation des Reichstages, die dem Kaiser hiervon Mitteilung machte, sagte dieser: „Gerne willige ich ein; einen besseren, verdienstvolleren als Graf Andrássy hätte man gar nicht zur Ausübung dieser Würde erwählen können.“[3]) Mit einem Gefühl berechtigten Stolzes durfte auch der ungarische Ministerpräsident dem Herannahen des großen Tages entgegenblicken, der bestimmt war, die heißesten Wünsche Ungarns endlich zu erfüllen. Mit voller Seelenruhe verachtete er all die beunruhigenden Gerüchte, die damals die Hauptstadt durchschwirrten, um Schrecken zu er-

---

[1]) Der damals bereits zum Major-Auditor avancierte Karger erhielt zur Belohnung für seine Dienste in dieser Angelegenheit am 21. September 1853 das Ritterkreuz des Sankt-Stephan-Ordens, auf dessen Grundlage ihm, im Sinne der Statuten des Ordens, am 7. Februar 1854 der Freiherrnstand verliehen wurde.

[2]) Nach einer mir gewordenen mündlichen Mitteilung des Großwardeiner Domherrn Dr. Johann Karacsonyi wurde der 1867 oder 1868 verstorbene Vargha in Großwardein stets so genannt.

[3]) Lederer, a. a. O., Bd. I, S. 239.

zeugen. Es war ihm nicht unbekannt, daß Deák in der letzten Zeit vielfach Schmähbriefe erhalten hatte, in denen er Verräter gescholten und mit dem Tode bedroht wurde.[1]) Auch wußte er, daß in der Stadt die Nachricht verbreitet war, es sei beabsichtigt, die für die Schaulustigen aufgestellten Tribünen in die Luft zu sprengen, wie überhaupt das ganze Krönungsfest gewalttätig zu stören. Gräfin Katinka Andrássy, die edle Gemahlin des Ministerpräsidenten, verbrachte eben deswegen den 8. Juni in größter Besorgnis um das Schicksal des in der Geschichte der Monarchie epochemachenden Tages. Als nach Beendigung der Feierlichkeiten der Minister des Innern, Baron Béla Wenckheim, zu ihr die Treppen hinaufstürmte und ihr, noch voll Erregung, die Worte zurief: „Alles ist glücklich vorübergegangen, nichts ist geschehen," da brach die Gräfin in Tränen aus, und in ihrer Freude umarmte sie den Baron und küßte ihn. Einige Minuten später traf auch Andrássy ein, um seiner Gemahlin die gleiche Botschaft zu bringen. Ihrem Gatten gestand sie nun ihre bisher vor ihm verheimlichte Angst, wobei sie hinzufügte, sie müsse auch bekennen, daß sie kurz vorher einen Mann — den Baron Wenckheim — im Jubel über den frohen Ausgang der Krönung geküßt habe.[2])

Man durfte auch wirklich vom ungestörten und friedlichen Verlauf des 8. Juni befriedigt sein. Die Hauptstadt Ungarns verzeichnete in ihrer Vergangenheit kein glänzenderes und bedeutungsvolleres Fest als diese Krönung — ein Fest, das die Wiederherstellung der Verfassung und die nationale Selbständigkeit zum vollen Ausdruck gebracht hatte. Von allen weltlichen und kirchlichen Großen des Landes umgeben, die in ihren herrlichsten Prunkgewändern erschienen waren, wurden, getreu nach altem Herkommen, die Krönungszeremonien vollzogen, die eigentlich aus mehreren Akten bestehen. Ein Moment von hochdramatischer Wirkung war es, als Graf Andrássy, nachdem er, in seiner Eigenschaft des stellvertretenden Palatins, mit Hilfe des Primas Simor dem gesalbten Herrscher die Krone aufs Haupt gesetzt, in die Mitte des Presbyteriums der Matthiaskirche vortrat und nach alter Sitte mit weithin tönender Stimme rief: „Es lebe der gekrönte König!" — ein Freudenruf, der von der festlichen Versammlung mit einem begeisterten dreimaligen „Éljen" erwidert wurde.

---

1) Kónyi, Bd. IV, S. 322 u. 323.

2) Mündliche Mitteilung Emanuel Kónyis, der die hübsche Episode aus dem Munde der Gräfin Andrássy vernahm.

Hierauf fand die Salbung und Krönung Elisabeths statt, die, in der Blüte ihrer Jugend stehend, durch den Zauber ihrer Erscheinung alle Welt entzückte. In feierlicher Weise vollzog sich auch die Eidesleistung des nunmehr gekrönten Königs auf die Verfassung unter freiem Himmel auf dem Pfarrhausplatz in Pest. Nicht minder tiefen Eindruck machte es, als hernach Franz Josef I. den auf dem heutigen Franz-Josefs-Platz in Pest errichteten Krönungshügel hinaufsprengte, um die vier berühmten Schwertstreiche zu vollführen, womit der gekrönte Herrscher bekundete, daß er das Land gegen jeden, von welcher Himmelsgegend immer kommenden Feind verteidigen werde. Den Schlußakt bildete in der Ofener[1]) Burg das königliche Schauessen, wobei außer dem Königspaar nur der Primas von Ungarn, der Erzbischof von Kalocsa, der päpstliche Nuntius und Graf Andrássy als Palatinstellvertreter an der Tafel saßen. Mit Ausnahme des Krönungsmahles hatte an allen Festlichkeiten des Tages auch Beust teilgenommen. Man merkte es ihm an, wie glücklich er sich über das Gelingen des von ihm in Gemeinsamkeit mit Deák und Andrássy zum Abschlusse gebrachten Ausgleiches fühlte. Kurz vorher hatte er an einen seiner Dresdener Freunde geschrieben: Er habe das Gefühl, als Blondin[2]) auf einem Seile über dem Niagara zu tanzen, wobei er, wenn er glücklich ans Ziel gelange, rauschenden Beifalls sicher sei; komme er dagegen zu Fall, so werden ihn wenigstens die über seinem Haupte zusammenschlagenden Wellen verhindern, das Zischen der Menge zu hören.[3]) Anstatt des gefürchteten Zischens konnte er jetzt in der ungarischen Hauptstadt das Rauschen des Beifalls vernehmen. Wo immer er sich im Festzuge zeigte, wurde er mit brausenden Éljenrufen begrüßt. In seinen Denkwürdigkeiten erzählt er, daß ihm nach der Rückkehr in die Burg der Kaiser sagte: „So ist noch kein österreichischer Minister in Ungarn empfangen worden.“

---

[1]) Der König kam, außerordentlich ermüdet, in das Ofener Königsschloß zurück. Kaum hatte er sich da der schweren Krone entledigt, als er auch schon seinem altbewährten Kammerdiener Hannakampf den Auftrag erteilte, ihm eine Flasche Champagner zu bringen, „aber,“ wie der Herrscher hinzufügte, und dies bildet einen menschlich schönen Zug, „mit zwei Gläsern, damit Sie mit mir auf das Wohl des neugekrönten Königs von Ungarn anstoßen können.“ Mündliche Mitteilung der in Raab lebenden Schriftstellerin Vilma Popper, deren Onkel der Kammerdiener Hannakampf gewesen und der wir die Verantwortung für die Glaubwürdigkeit überlassen müssen.

[2]) Der bekannte Seiltänzer.

[3]) Rosenberg, Stuttgart, 31. Mai 1867, teilt dieses Schreiben Beusts mit.

Der 8. Juni 1867, der uns wieder einen gekrönten König gab, bezeichnet nicht nur in der Geschichte unseres Vaterlandes und Franz Josefs I., sondern auch im Leben Graf Julius Andrássys einen unvergänglichen Glanzpunkt. Während seines ganzen Daseins durfte er auf diesen Tag, den er zu einem der denkwürdigsten in der Vergangenheit Ungarns gestempelt, mit stolzer Genugtuung zurückblicken. In charakteristischer Weise wird dies Ereignis illustriert durch ein damals in Pest erschienenes Flugblättchen: „Die neuen politischen Gebete der Ungarn" betitelt. In dem dritten derselben: „Ungarisches Glaubensbekenntnis" heißt es: „Ich glaube an Franz Josef, allgütigen König der Ungarn und Kaiser von Oesterreich, an Franz Deák, den Schöpfer des Ausgleichswerkes, an Graf Julius Andrássy, der mit Deák hinaufgefahren war nach Wien, dort gesessen zur Rechten des ritterlichen Königs und wohlwollenden Landesvaters, von denen er nach Budapest gekommen war, zu berichten, die Freudensbotschaft von der fleischgewordenen Ernennung des verantwortlichen Ministeriums." [1])

---

[1]) Gedruckt und zu bekommen bei Emerich Bartalits, Pest 1867.

Elftes Kapitel

Abschluß des Ausgleiches

Nachdem der ungarische Reichstag dem Elaborat des 67er Ausschusses in Form des Gesetzartikels XII : 1867 seine Zustimmung erteilt hatte, bedurfte es noch dessen Annahme durch den österreichischen Reichsrat. Nach allem, was aus Zisleithanien bekannt geworden, durfte man dort auf keine besonders günstige Gesinnung für den Ausgleich rechnen. Nicht bloß die noch immer mächtige zentralistische Richtung, sondern auch Besorgnisse der Verfassungspartei vor etwaigen Uebergriffen Ungarns, standen einer raschen und freundlichen Ausgestaltung des Verhältnisses zwischen Oesterreich und Ungarn im Wege. Da war es Kossuth selbst, der den Boden für eine Verständigung zu ebnen schien. Am 26. Mai 1867 hatte der „Gubernator“ an Deák einen „Offenen Brief“ gerichtet, in dem er vor den Augen der ganzen Nation deren bisherigen Führer der Preisgabe Ungarns an Oesterreich beschuldigte.[1]) Gleich damals herrschte die Meinung vor, dieser Schritt Kossuths werde — worauf er gewiß nicht gerechnet hatte — in der öffentlichen Meinung Oesterreichs einen Umschwung zugunsten des Ausgleiches bewirken.[2]) So faßte auch Andrássy die Situation auf, als er, etwas drastisch, äußerte: Kossuths absurde, dumme Briefe mögen nur verbreitet werden.[3]) In demselben Sinne beurteilte auch Franz Josef I. die Lage, der, gerade mit Rücksicht auf die noch immer widerstrebenden Oesterreicher, das Erscheinen des Briefes Kossuths als im richtigsten Moment veröffentlicht bezeichnete. „Sie (die Oesterreicher),“ sagte er zum ungarischen Finanzminister Lónyay, „haben daraus ersehen können, daß der Ausgleich doch nicht so leicht gegangen ist und vieles zu überwinden war.“[4]) Andrássy hatte keinen Augenblick die Hoffnung aufgegeben, daß es ihm, ungeachtet der vorhandenen Schwierigkeiten,

---

1) Kónyi, Bd. V, S. 1—8.
2) Werther, 29. Mai 1867.
3) Aurél Kecskeméthys Tagebuch, S. 239 (ung.).
4) Kónyi, Bd. V, S. 98.

schließlich doch gelingen werde, in allen strittigen Fragen zwischen Oesterreich und Ungarn eine Uebereinstimmung und die für beide Staaten der Monarchie so nötige Ruhe herbeizuführen.[1]) Der Graf bemühte sich auch in persönlichen Unterredungen mit maßgebenden österreichischen Abgeordneten Stimmung zu machen. Er wandte sich an die für derartige Bestrebungen zugänglichste Persönlichkeit. Noch vor Eröffnung des Reichsrates trat er mit Kaiserfeld in Verkehr, den er sofort für sich eroberte. „Ich sah den Grafen Andrássy," schrieb damals nach der Begegnung mit ihm Kaiserfeld an seine Frau, „der auf mich einen sehr angenehmen Eindruck macht, ein Mann voll Wärme und edlem Gefühl. Hätten wir doch solche Leute, aber bei uns steht es schlecht. Reizbarkeit, Unverstand und maßlose Eitelkeit, das ist die Essenz unserer Charaktere. Ich bin in großer Unruhe über den Ausgang der für die Geschicke Oesterreichs entscheidenden Frage des Ausgleiches, um so mehr, als Beust ein vollkommener Ignorant in unseren Verhältnissen ist und daher mehr verderben als nützen wird."[2]) Es war auch wirklich keine leichte Aufgabe, die Abneigung, die sich hüben und drüben gegen den Ausgleich bemerkbar machte, zu entwaffnen. Unter dem Einflusse Kossuths trugen die Honvéds — die Landesverteidiger aus dem Jahre 1848/49 — die Agitation gegen den Vergleich mit Oesterreich selbst bis in die Hütten der Bauern hinein. Durch den geschickten Schachzug des von ihm vorgeschlagenen Verzichtes auf das Krönungsgeschenk von 100000 Kronen zum Vorteile der Honvéds und den Erlaß einer allgemeinen Amnestie hatte Andrássy, vorläufig wenigstens, dem Wühlen der äußersten Linken einen Riegel vorgeschoben. Nun mußte sie selbst gestehen, daß ihre Zeit noch nicht gekommen sei.[3]) Aber so lange der Ausgleich nicht auch in Oesterreich unter Dach und Fach gebracht war, konnte jeden Augenblick der Sturm gegen denselben in den Reihen der äußersten Linken von neuem losbrechen. Es war daher wünschenswert, so rasch als möglich auch im österreichischen Reichsrate die gesetzliche Weihe für ihn zu erlangen. Die erste Voraussetzung für solches Gelingen war die Bildung eines auf einer

---

[1]) Werthers Depesche vom 18. Juni 1867. Mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse" vom 11. Juli 1867. Zuerst war sie von der Pariser „Gazette de France" veröffentlicht worden, zu deren Kenntnis sie in nicht aufgeklärter Weise gelangt war.

[2]) Krones, Moritz von Kaiserfeld, S. 271.

[3]) Werthers Depesche vom 18. Juni 1867.

starken Partei beruhenden parlamentarischen Ministeriums, das in Uebereinstimmung mit Beust die Verantwortung für die Abmachungen mit Ungarn übernehme. Gerade an solch kompakter ministerieller Majorität fehlte es im Reichsrate. Beust war äußerst niedergeschlagen darüber, daß er, ungeachtet all seiner Bemühungen, keine Männer finden konnte, die ihm beistehen und sich mit ihm politisch solidarisch erklären wollten. Wie man ihn der Unkenntnis und Unwissenheit in österreichischen Dingen beschuldigte, so klagte seinerseits er über Mangel an wirklichem und tatkräftigem Patriotismus seiner neuen Landsleute, von denen keiner etwas wage und jeder sich scheue, seine Person aufs Spiel zu setzen.[1]) „Wir bringen kein Ministerium zusammen," schreibt Kaiserfeld, „denn Herbst nimmt keines an."[2]) Mit ihm, dem vielleicht scharfsinnigsten aller österreichischen Abgeordneten, hatte Beust wegen seines Eintrittes ins Ministerium schon im April 1867 Unterhandlungen angeknüpft. Gleich damals erklärte Herbst, die Bildung eines parlamentarischen Kabinettes in diesem Augenblick sei weder nötig noch möglich.[3]) Der wahre Beweggrund seiner Ablehnung war, daß er seinen Namen nicht mit dem, vermutlich große Opfer erheischenden finanziellen Ausgleich verbunden sehen wollte. So lange er nicht durchgeführt war, bestand keine Hoffnung, daß Herbst im Rate der Krone Platz nehmen werde. Motive anderer Art leiteten Giskra, den Beust für die einzige wirklich staatsmännische Kapazität Oesterreichs hielt. Dieser Abgeordnete lehnte den Eintritt ins Ministerium ab, weil man ihm, wie versichert wird, angeblich keinen genügenden Ersatz für sein bisheriges bedeutendes Einkommen als sehr gesuchter Advokat zu bieten vermochte.[4]) Den meisten Verfassungstreuen fehlte es am Mute, sich Herbst, dem wegen seines Sarkasmus und seiner Schärfe gefürchteten Führer der Opposition im Reichsrate, entgegenzustellen.[5]) In einem von Beust selbst inspirierten Artikel tadelte die „Neue Freie Presse" die Zurückhaltung jener Abgeordneten, die nach dem Beispiele Herbsts dem Rufe des Ministerpräsidenten kein Gehör schenkten.[6]) Die Weigerung der verfassungstreuen Deputierten zwang Beust, den

---

[1]) Werther, 19. Juni 1867.

[2]) Ibidem.

[3]) Werther, 2. Juli 1867.

[4]) So äußerte sich Beust zu Werther, der hierüber am 2. Juli berichtet.

[5]) Artikel der „Neuen Freien Presse", 2. Juli 1867.

[6]) Werther, 2. Juli 1867 und „Neue Freie Presse", 2. Juli 1867.

Grafen Taaffe, bisherigen Statthalter von Linz, dem Kaiser zum Minister des Innern, Becke, den „Mann der angeblichen Notwendigkeit“, zum Finanzminister und Hye zum Minister der Justiz vorzuschlagen. Wenn niemand annehmen will, so äußerte Beust, muß ich meine Mitarbeiter dort suchen, wo ich sie finden kann.[1]) Die Wahl dieser Männer schien ihn für längere Zeit der Sorge um die Schaffung eines parlamentarischen Ministeriums zu entheben.[2]) Um Beust eine feste Stütze bei Durchführung des Ausgleiches gegenüber dem widerhaarigen Reichsrat zu gewähren, verlieh ihm der Kaiser den Titel eines „Reichskanzlers“. Beust meinte, die ihm zuteil gewordene Auszeichnung müsse sich selbst des Beifalls der Gegner des Dualismus erfreuen, weil eigentlich in ihr wieder die Reichseinheit zum Ausdruck gelange.[3]) Wir wissen nicht, ob er damit das Richtige getroffen. Sicher ist nur, daß man sich damals in Ungarn jeder Kritik über diesen zentralistische Allüren verratenden Titel enthielt. Sie wäre aber sicher nicht ausgeblieben, wenn ein weniger populärer Minister, als es Beust noch um die Zeit in Ungarn war, die Reichskanzlerwürde erhalten hätte. Wie glänzend auch die Stellung war, die ihm vor allem nach außen hin das neue Amt gewährte, sie vermochte doch nicht den Eindruck zu tilgen, als hätte er durch das Mißlingen der Bildung eines parlamentarischen Ministeriums seine erste politische Niederlage in Oesterreich erlitten.[4]) Da der Monarch den einzigen Rückhalt Beusts bildete, mußte der Reichskanzler den großen Kampf um den Ausgleich im Reichsrat ohne verfassungstreue Minister und ohne politische Gefolgschaft allein auf sich nehmen.

Noch ehe jedoch die für die Existenz der Monarchie höchst wichtige Angelegenheit vor das Forum des Reichsrates gelangte, traten im Sinne eines Spezialgesetzes die von den Ungarn und Oesterreichern gewählten Regnikolardeputationen zusammen. Sie hatten über die Festsetzung der finanziellen Beitragsleistungen Ungarns (Quote) zur Deckung der gemeinsamen Ausgaben zu beraten. Ebenso sollten sie den Teil der Staatsschuld bestimmen, dessen Tilgung Ungarn zu übernehmen habe. Es war um so dringender, über diese Dinge ins reine zu kommen, als ohne deren vorhergegangene Regelung kein Budget für das Jahr 1868 entworfen

---

[1]) Werther, 2. Juli 1867.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem. Siehe Beust, Bd. II, S. 243 und 244 über die Verleihung des Titels „Reichskanzler“.

werden konnte. Anstatt langer Erörterungen wollte der von großen Gesichtspunkten ausgehende ungarische Finanzminister Melchior Lónyay vor allem das Gleichgewicht im Staatshaushalte sowohl Oesterreichs als Ungarns herstellen. Dies Ziel hoffte er durch eine kühn gedachte Konversion der Staatsschuld — ihr Nominalwert betrug 3046, ihr Kurswert bloß 1641 Millionen Gulden — zu erreichen, womit er die Regelung der Valuta, die Liquidation der Nationalbank und den Uebergang zum System der Bankfreiheit zu verbinden gedachte.[1]) Lónyay fand für seinen Plan: eine der Größe des Defizits entsprechende Herabminderung der Staatsschuldenlasten eintreten zu lassen, kein Entgegenkommen. Lónyay wußte sehr wohl, daß so weittragende und tief ins alltägliche Leben einschneidende Maßregeln nicht ohne Zustimmung der beiden Ministerien durchzusetzen wären. Der ungarische Finanzminister schrieb daher vor allem an den damals in Ischl weilenden Grafen Andrássy einen ausführlichen Brief, in dem er ihn um die Ermächigung bat, die Konversion respektive die Reduktion der Staatsschuld vornehmen zu dürfen. In seiner Antwort aus Ischl vom 24. Juli riet der ungarische Ministerpräsident von einem derartigen Schritte ab. Sie lautete: „Ueberlege es wohl und nimm Dich in acht, damit man nicht die Initiative direkt der ungarischen Regierung zuschreibe."[2]) Andrássy wie auch andere ungarische Politiker gingen von der unter den herrschenden Verhältnissen ganz richtigen Erwägung aus, man dürfe um keinen Preis dem neuen ungarischen Staatswesen den Vorwurf gewaltsamen Eingreifens in den Säckel der Staatsgläubiger machen lassen. Es war Andrássy nicht unbekannt, welchen Lärm die Gegner Ungarns geschlagen hätten, wenn sein Ministerium mit derartigen Plänen vor die Oeffentlichkeit getreten wäre. Deshalb verzichtete er auf die Vorteile, die sich unbedingt aus dem Lónyayschen Vorschlage auch für Ungarn ergeben hätten.

Da Lónyays Projekte gescheitert waren, wurde eine Verständigung angestrebt über die Quote,[3]) das ist die Summe der Beitragsleistung Ungarns zu den gemeinsamen Angelegenheiten, wie auch über die Bestimmung der Größe des Teiles der österreichischen Staatsschuld, der auf Ungarn zu entfallen habe. Die beiden Deputationen, die hierüber zu verhandeln hatten, konnten zu keiner Einigung gelangen. Die Oesterreicher behaupteten, die

---

[1]) Graf Menyhért Lónyay, „Das Bankwesen", 1875, S. 177. Ung. Ausgabe.

[2]) Lónyay, a. a. O., S. 196.

[3]) Siehe über diesen Gegenstand die Schrift Dr. Alexander Spitzmüllers, „Die Quote", 1907.

Quote und die Staatsschuld könnten voneinander nicht getrennt werden; für beide müsse der gleiche Beitragsschlüssel festgestellt werden.[1]) In ihren Berechnungen, auf Grundlage der momentanen direkten Besteuerung,[2]) gelangte die österreichische Deputation zu einer Quote von 69% für Oesterreich und 31% für Ungarn. Die ungarische Deputation hingegen hatte zum Ausgangspunkt ihrer Berechnungen für die Quote das Verhältnis genommen, in welchem die Länder der ungarischen Krone nach dem Durchschnitte der Schlußrechnungsergebnisse der Jahre 1860—1865 zu den aus der Zentralkasse bestrittenen Staatsausgaben faktisch beigetragen haben. Auf dieser Grundlage kam sie zu dem Beschlusse, Ungarn hätte nicht 31%, sondern 25,052% für die gemeinsamen Kosten beizusteuern. Von einer Verquickung der Quote mit der Staatsschuld wollte sie überhaupt nichts wissen. Die Ungarn erklärten aufs entschiedenste, sich in keine bindenden Abmachungen rücksichtlich des Jahresbeitrages zu den Staatsschulden einlassen zu wollen, da Gesetzartikel XII : 1867 die Verhandlungen der beiderseitigen Deputationen ausschließlich auf die Leistungen zu den gemeinsamen Angelegenheiten beschränke. Sie waren nur bereit, hierüber in eine vorläufige Besprechung mit der reichsrätlichen Deputation einzutreten, deren Ergebnisse dann das Ministerium, nebst dessen eigenem Vorschlage, dem ungarischen Reichstage zu unterbreiten hätte.[3])

Die Frage der Uebernahme eines Teiles der Staatsschuldenlast durch Ungarn bildete einen der wichtigsten Punkte des finanziellen Ausgleichs. Wohl sagt der § 53 des Gesetzartikels XII : 1867, daß Ungarn, kraft seiner staatsrechtlichen Stellung, streng genommen keine Verpflichtung habe, solche Schulden anzuerkennen, die ohne seine gesetzliche Einwilligung eingegangen wurden. Doch diesen ablehnenden Standpunkt beschränkte sofort der § 54 desselben Gesetzartikels. In diesem ward ausgesprochen, daß Ungarn, wenn auch in Oesterreich ein verfassungsmäßiger Zustand hergestellt werde, aus Gründen der Billigkeit und politischen Rücksichten sich an der Staatsschuld beteiligen wolle, „damit," wie es im § 54 heißt, „unter jenen schweren

---

[1]) „Die neue Gesetzgebung Oesterreichs", S. 720. Bericht der österreichischen Deputation.

[2]) Ibidem.

[3]) Siehe Ghyczys Rede, mitgeteilt von Kónyi, Bd. V, S. 190. Ausdrücklich erklärte die ungarische Regnikolardeputation, daß es nicht ihre Aufgabe wäre, in der Staatsschuldenfrage einen Vorschlag zu machen.

Lasten, welche das Verfahren des absoluten Systems angehäuft hat, nicht der Wohlstand der übrigen Länder Seiner Majestät und mit diesem auch jener Ungarns zusammenbreche und die schädlichen Wirkungen der verflossenen schweren Zeiten abgewendet werden". Nach Lónyays Ansicht durfte aber der Anteil Ungarns, der nicht in einer bestimmten Quote, sondern nur in einem jährlichen Beitrage zu bestehen habe, nicht die Steuerkraft Ungarns übersteigen. Auch Andrássy trat dafür ein, daß die Frage der Staatsschulden jetzt in günstiger Weise gelöst werden müsse. Dies schien ihm schon deswegen wichtig, da man es nicht mehr mit dem alten zentralistischen, sondern mit einem neuen, in Umwandlung begriffenen „dualistischen Oesterreich" zu tun habe, dessen Bestand gesichert werden müsse. Entweder, sagte er, müsse die Staatsschuld reduziert oder aber ein jährlicher Beitrag zur Zinsenlast festgestellt werden. Da ersteres unmöglich sei, bleibe nichts anderes übrig, als ein zweckmäßiges Uebereinkommen auf einer Basis zu treffen, die bei einer eventuell später eintretenden Reduktion auch Ungarn zum Nutzen gereichen könne. Seinem Antrag gemäß sollte eine Kommission gewählt werden, die auf Grund der vom ungarischen Ministerium zu liefernden Daten alle jene Schulden ausscheide, die nicht im direkten Interesse Ungarns erfolgt seien. Nicht um einen Heller Vorteil, äußerte er, wolle er aus dem Dualismus ziehen, vielmehr sei er gerne bereit, noch daraufzuzahlen; aber der Kredit Ungarns müsse unversehrt aufrechterhalten werden, um so mehr, als es Investitionen bedeutenden Umfanges zu machen habe, was eine große Anspannung des Kredits erfordern werde. Indem Andrássy sich in dem Sinne äußerte, bestand er doch darauf, daß vor allem die Quote für die gemeinsamen Angelegenheiten festgesetzt sein müsse, nach deren Erledigung erst darüber entschieden werden könne, mit welcher Summe Ungarn für die Staatsschuld zu belasten sei. In keinem Falle wollte er, wie er am Schlusse seiner Rede nochmals betonte, eine Verschiebung der Austragung der Staatsschuldenfrage zugeben.[1])

Die beiderseitigen Deputationen konnten sich nicht verständigen und zu keinem alle Teile befriedigenden Abkommen gelangen. Beust war darüber ganz außer sich. Sein Mißmut und sein Aerger steigerten sich, als er noch immer vergebens unter den verfassungstreuen Deutschen nach Ministern zu seiner

[1]) Rede Andrássys bei Kónyi, Bd. V, S. 217.

Unterstützung suchen mußte. Voll Verdruß bemerkte er zum preußischen Geschäftsträger: Tadeln und Kritisieren, das verstehe man wohl in Oesterreich, aber schaffen und ernst arbeiten, dazu fehle Kraft und Trieb.[1]) Als die ungarische Deputation auf die Vorschläge der österreichischen nicht eingehen wollte und mit Rücksicht auf die nahe bevorstehende Wiedereröffnung des Reichsrates ein Bruch vermieden werden sollte, trat an die Regierungen die Notwendigkeit heran, selbst die Lösung der strittigen Fragen herbeizuführen. Zuerst fanden Ministerberatungen unter dem Vorsitz Beusts statt, denen ein Ministerrat in Gegenwart des Kaisers folgte. Man wollte wissen, der Monarch selbst habe an die beiden Finanzminister die kategorische Forderung gerichtet, endlich zu einem Arrangement zu gelangen, das den beiderseitigen Deputationen zur Annahme vorgelegt werden könne. Unter diesem Drucke von höchster Stelle kam in Vöslau (bei Wien) zwischen Lónyay und Becke am 12. September 1867 ein Vergleich zustande. Er bestimmte den Beitrag (Quote) Oesterreichs zu den gemeinsamen Angelegenheiten mit 70 Prozent, den Ungarns mit 30 Prozent. Lónyay hatte dazu seine Einwilligung nur unter der Voraussetzung erteilt, daß von der Staatsschuld ein gewisser Anteil vorweg als „Präzipuum“ (Vorbelastung) zur Ausscheidung gelange; dieses aber habe Ungarn nicht weiter zu belasten. Der nach Abzug des Präzipuums übrigbleibende Rest sollte zwischen Oesterreich und Ungarn im Verhältnis von 70 : 30 verteilt werden. Die Idee des Präzipuums selbst stammte von Andrássy.[2]) Danach wurde jetzt in dem Vorschlag Lónyays und Beckes aus der 3 Milliarden hohen Staatsschuld ein Sechstel, also ein Kapital von 500 Millionen Gulden, als Präzipuum ausgeschieden, dem 25 Millionen Gulden jährlicher Zinsen entsprachen. Zum Beitrag für diese Summe konnte Ungarn, da es die 500-Millionen-Schuld nichts anging, auch nicht herangezogen werden. Genau genommen, durfte eigentlich gar nicht von einer Ausscheidung von 25 Millionen, sondern nur von $7^1/_2$ Millionen die Rede sein. Denn wenn beide Teile an dieser Summe zu partizipieren gehabt hätten, so würde der auf Oesterreich entfallende Teil $17^1/_2$ Millionen betragen haben. Sicher war es in jedem Falle, daß Ungarn, abgesehen vom Präzipuum, nach dem neuen ministeriellen Vorschlag noch immer mehr zu zahlen hatte als bisher. Berechnete man die jährlichen gemeinsamen Auslagen

---

[1]) Depesche des Legationsrats Ladenberg, Wien, 8. September 1867.
[2]) Lónyay, a. a. O., S. 197.

mit 77 Millionen, die Zinsen der Staatsschuld mit 111 Millionen, so hätte jetzt Ungarn zu den ersteren einen Beitrag von 23,1 Millionen, zu den letzteren 33,3 Millionen Gulden leisten müssen. Im ganzen ergab dies für Ungarn eine Summe von 56,4 Millionen, also um 2—3 Millionen mehr, als sein bisheriges jährliches Budget aufwies.

Als integrierenden Bestandteil des ganzen finanziellen Ausgleichs, mit dem er zu stehen oder zu fallen habe, erklärte die Vöslauer Verabredung die Unifikation der unter verschiedenen Titeln erscheinenden Staatsschuld. Indem Lónyay die Staatsschuldenangelegenheit im gemeinschaftlichen Einverständnis beider Gesetzgebungen geordnet wissen wollte, suchte er die Vorteile, die sich bei der Durchführung der Konversion auf gemeinsame Rechnung ergeben mußten, auch für Ungarn zu sichern. Gleich nach Unterbreitung des Vorschlags an beide Deputationen wurde das als sehr ernst bezeichnete Gerücht verbreitet, sowohl Beust als auch Andrássy seien entschlossen, aus der Annahme des Vergleichs eine Kabinettsfrage zu machen und, im Falle der Ablehnung, ihre Demission zu geben.[1] Obgleich die Drohung auch zur Kenntnis der beiderseitigen Deputationen gelangte, hielt sie diese nicht ab, auf Modifikationen zu bestehen. Abgesehen davon, daß die Mitglieder der reichsrätlichen Deputation ein Definitivum für den Zeitraum von zehn Jahren wünschten, wollten sie in die Unifikation der Staatsschuld nur unter der Bedingung eingehen, daß bei der Konversion das Recht der Staatsgläubiger nicht verkürzt werden dürfe. Die ungarische Regnikolardeputation hingegen beharrte auf dem Standpunkt, daß weder die ungarische Regierung noch die ungarische Gesetzgebung sich mit den Staatsschuldenangelegenheiten beschäftigen solle. Vielmehr wurde verlangt, daß die von Ungarn unabänderlich zu bezahlende Quote, als Beitrag für die Staatsschuldenlast, schon jetzt ziffermäßig festgestellt werde. Um dieses Prinzips willen war die ungarische Deputation bereit, auf alle Vorteile zu verzichten, die sich aus der Konversion ergeben würden, wie sie der ministerielle Vorschlag plante. Infolge der verschiedenen Anregungen entschloß sich Becke am 23. September zu einigen, allerdings sehr wichtigen Modifikationen des Vöslauer Abkommens vom 12. September desselben Jahres. Man ließ jetzt die Unifikation der Staatsschuld auf gemeinsame Rechnung fallen und machte die all-

[1] „Neue Freie Presse", 17. September 1867.

gemeine Staatsschuld zu einer ausschließlichen Schuld der im Reichsrate vertretenen Königreiche und Länder. Damit war von seiten Ungarns der Verzicht auf irgendwelchen Vorteil bei der Konversion der Staatsschuld und Feststellung der Couponsteuer verbunden. Die Berechnung des fixen jährlichen Zinsenbeitrags Ungarns für die von Oesterreich ganz und gar übernommene Staatsschuld erfolgte auf Grund des Standes derselben zu Ende des Jahres 1867. Ungarn hatte von nun an jährlich 29,1 Millionen zu zahlen, davon 12 Millionen Gulden in Silber. Da die Kursdifferenz bei dieser letzteren Ziffer auf 3 Millionen veranschlagt werden konnte, entfielen auf Ungarn jährlich 32,1 Millionen Gulden. Außer dieser unabänderlichen Quote von 32,1 Millionen verpflichtete sich noch Ungarn zur Kapitalsrückzahlung (Amortisation) jener Staatsschuldentitel, die sich ihrer Natur nach nicht, wie z. B. das 80-Millionen-Bankdarlehen, zur Umwandlung in eine einheitliche Rentenschuld eignen, 1,150 Millionen Gulden beizutragen. Ungarn übernahm daher aus dem Titel der Staatsschuld die jährliche Leistung von 33,250 Millionen Gulden.

Der so vereinbarte finanzielle Ausgleich sollte dem nun wieder tagenden Reichsrat zur Anerkennung vorgelegt werden. In Verbindung damit der staatsrechtliche Vergleich, wie auch die in letzter Stunde noch zwischen den beiden Ministerien verabredete und auf die Dauer von zehn Jahren berechnete Regelung der Zoll- und Handelsverhältnisse Oesterreichs und Ungarns. Die Stimmung der Verfassungspartei drückte deren hervorragendes Mitglied Kuranda aus, als er zum preußischen Gesandten äußerte: Der finanzielle Ausgleich sei zwar sehr nachteilig für Oesterreich, werde aber schließlich aus politischen Rücksichten doch vom Reichsrat angenommen werden.[1]) Schon dieser Ausspruch ließ erkennen, welche Schwierigkeiten noch die Neugestaltung der Beziehungen zwischen Oesterreich und Ungarn zu überwinden haben werde. Beust war ungeduldig; so rasch als möglich wollte er die definitive Ordnung sichergestellt sehen. Zu dem Wunsche trieb ihn vor allem seine äußere Politik an, in deren Interesse es gelegen schien, den Kaiser, der sich im Oktober zum Besuche Napoleons III.[2]) nach Paris begeben sollte, am französischen Hofe als begehrenswerten mächtigen Alliierten erscheinen

---

[1]) Werther, Wien, 15. Oktober 1867.

[2]) Das französische Kaiserpaar war am 18. August 1867 in Salzburg mit Franz Josef I. und dessen Gemahlin zusammengetroffen.

zu lassen.[1]) Die parlamentarischen Kreise Oesterreichs zeigten jedoch keine Neigung, dem Verlangen Beusts bereitwilligst entgegenzukommen. Sie waren vielmehr entschlossen, den Ausgleich nur unter einer Bedingung zu vollziehen, aber auch dann nur schweren Herzens. Ausdrücklich forderten sie, daß vor allem das im Jahre 1855 abgeschlossene und schwer auf dem geistigen Leben Oesterreichs lastende Konkordat beseitigt oder ihnen wenigstens Bürgschaften für dessen demnächstige Aufhebung gewährt werden. Um so eher glaubte die Verfassungspartei mit ihrem Anliegen durchdringen zu können, als die gegen das Konkordat gerichtete Bewegung eine tiefgehende war. Hatte doch selbst der für ultramontan gehaltene Pratobevera diesen kirchlichen Staatsakt eine Eiterbeule der konfessionellen Zwietracht genannt.[2]) Beust gab sich der Hoffnung hin, dem immer mächtiger anschwellenden Verlangen, das auch schon in der Adresse des Abgeordnetenhauses Ausdruck gefunden, entsprechen zu können.[3]) Am 11. Oktober hatte er in dieser Angelegenheit eine zweistündige Audienz beim Monarchen, nach der er sich in vertrautem Kreise äußerte, er habe einen vollen Sieg über seine Gegner errungen.[4]) So vollkommen muß der Erfolg doch nicht gewesen sein; sonst hätte sich der Reichskanzler gewiß nicht mit der liberalen Partei in Unterhandlungen darüber eingelassen, damit sie noch vor der Revision des Konkordats den Ausgleich genehmige.[5]) Als diese aber hierauf nicht eingehen wollte, war er sehr verstimmt darüber, daß die Verabschiedung des Ausgleichs bis nach der Rückkehr des Kaisers aus Paris verschoben werden müßte.[6]) Zu einer bedeutenden Enunziation der Krone im Sinne der Liberalen war es doch noch vor der Pariser Reise gekommen. Den Anstoß dazu gab die Adresse der fünfundzwanzig Bischöfe vom 28. September, in der sie in einem geradezu herausfordernden Tone Stellung gegen die von der Gesetzgebung geplante Revision des Konkordats nahmen. Wenn Beust in seinen Denkwürdigkeiten sich das Verdienst zumißt, allein den Kaiser zum Erlaß des Hand-

---

[1]) Werther, 9. Oktober 1867.

[2]) Rede Pratobeveras vom 20. Juli. Beust, Bd. II, S. 145, zitiert unrichtig, wenn er diesen von der „Pestbeule am Leibe des österreichischen Volkes" sprechen läßt.

[3]) Werther, Wien, 9. Oktober 1867.

[4]) Idem, 14. Oktober 1867.

[5]) Ibidem.

[6]) Werther, Wien, 16. Oktober 1867.

billetts vom 16. Oktober bewogen zu haben, das die Bischöfe der Förderung des Zwiespaltes beschuldigt, so hat er, und wie es scheint absichtlich, einen sehr gewichtigen Umstand verschwiegen.[1]) Ohne die werktätige Hilfe Graf Andrássys wäre es Graf Beust aller Wahrscheinlichkeit nach nie gelungen, den Monarchen zur Unterzeichnung des von ihm verfaßten Handschreibens an die Bischöfe zu veranlassen. Graf Andrássy hatte sich vor dem Throne zum Dolmetsch der tiefen Erregung gemacht, von der auch Ungarn durch das aggressive Vorgehen der Bischöfe ergriffen worden war. Wie der preußische Gesandte, Freiherr von Werther, vernommen haben wollte, soll gerade das Auftreten des ungarischen Ministerpräsidenten nicht wenig zu der Entschließung des Herrschers in der Konkordatsfrage beigetragen haben.[2]) Es war dies das erste Eingreifen Andrássys in einer rein österreichischen Angelegenheit, in der er durch seinen persönlichen Einfluß eine günstige Wendung herbeiführte.

Für die Zentralisten war es, wenn sie überhaupt Kenntnis davon hatten, jedoch ganz gleichgültig, ob Andrássy dem Liberalismus eine Stütze lieh oder nicht. Sie sahen unter allen Umständen in ihm ja nur den Zerstörer ihres Idols, des Einheitsstaates, auf dessen mögliche Erhaltung ihr ausschließliches Bestreben gerichtet war. Deshalb donnerten sie im Abgeordnetenhaus gegen den Dualismus, in erster Reihe Skéne, der die Ausgleichsdeputation das „Königgrätz für den Parlamentarismus in Oesterreich“ nannte.[3]) Gegen diesen Ansturm hielt Kaiserfeld eine bemerkenswerte Rede. Er sagte, daß die Staatseinheit mit dem Moment ihre Lebensfähigkeit eingebüßt habe, in dem der Absolutismus aufhörte, die treibende, bewegende und tragende Kraft der Monarchie zu sein. Kaiserfeld berief sich auf das Volk, das von einem richtigen Instinkt geleitet, in dem Streite Oesterreichs mit Ungarn die Quelle alles Uebels erkenne und deshalb von seinen Vertretern fordere: „Gebt uns den Frieden und schafft uns damit den Boden, auf dem unser Recht wieder Schutz findet, auf dem wir fortarbeiten können, um uns herauszureißen aus dem Elend, in dem wir uns befinden.“

---

[1]) Siehe die Darstellung Beusts in: „Aus drei Viertel-Jahrhunderten“, Bd. II, S. 145—154. Daselbst ist auch das Handschreiben vom 16. Oktober mitgeteilt.

[2]) Nach Werther, Wien, 21. Oktober 1867, soll dieser entschiedene Ausdruck der Stimmung in Ungarn, den Graf Andrássy hier im entscheidenden Augenblick geltend gemacht, nicht wenig zu der Entschließung des Kaisers in d r Konkordatsfrage beigetragen haben.

[3]) „Die neue Gesetzgebung Oesterreichs“, 1868, S. 767.

Eine begeisterte Apologie der Neugestaltung der Monarchie lieferte nächst Kaiserfeld der Abgeordnete J. N. Berger, der, indem er den Zentralismus den größten Gegner der Freiheit nannte, sich folgender Worte bediente: „Der Dualismus wird bewähren, daß es unmöglich sein wird, zwei dualistische konstitutionelle Verfassungen zu vernichten, zwei Verfassungen in den Absolutismus zu verkehren und ihren konstitutionellen Wirkungskreis, ihre konstitutionelle Funktion zu beseitigen. Die alten Zeiten werden nicht wiederkehren, wo man jenseits der Leitha konstitutionell war, so gut es ging und diesseits ungehindert absolut sein konnte, weil die finsteren Potenzen zum Absolutismus das ihrige beitrugen." Doch wäre es gefehlt, aus solchen Erklärungen nur den Ton freier, ungezwungener Anerkennung des Dualismus heraushören zu wollen. Sie können nicht darüber hinwegtäuschen, daß die liberale Partei unter dem Druck der Erkenntnis handelte, die Regierung habe sie in eine Not- und Zwangslage versetzt.[1]) Durch die bereits für Ungarn erfolgte Sanktionierung des Gesetzartikels XII : 1867 war ein Zustand geschaffen worden, unter dessen alles beherrschendem Einflusse für die Neuordnung der Monarchie gestimmt werden mußte. Trat auch die liberale Partei für den Ausgleich ein, so war sie nicht weniger wie alle anderen Parteien des Reichsrates von Abneigung gegen das Delegationsgesetz erfüllt. In der Hinsicht begegnete sie sich mit der ungarischen äußersten Linken, der die Delegationen, als gemeinsame Institution, ebenfalls ein Dorn im Auge waren. Es mag hier daran erinnert werden, daß diese Einrichtung das ureigenste Werk Andrássys war. Die Idee hierzu kam ihm während eines sehr raschen Rittes, wie er solche zu unternehmen pflegte, wenn sein Geist nach der Lösung einer ihn lebhaft beschäftigenden Sache suchte. Mit dem Ausrufe:

---

[1]) Im Bericht des österreichischen Verfassungsausschusses heißt es: „So sehr man es auch tief beklagen muß, daß es der Vertretung der diesseitigen Reichshälfte nicht gestattet war, ihre Anschauung in der fraglichen Angelegenheit zu einer Zeit geltend zu machen, wo dies mit Aussicht auf Erfolg hätte geschehen und wo so manches im beiderseitigen Interesse beider Reichshälften auf eine entsprechende Weise hätte geordnet werden können, so erübrigt doch angesichts der gewordenen Verhältnisse (womit die Sanktionierung des Gesetzartikels XII : 1867 gemeint ist) dem Reichsrate nichts, als sich den Tatsachen zu fügen, die Zwangslage, in der er sich befindet, zu konstatieren und die Verantwortlichkeit in betreff der fraglichen Bestimmungen jenen zu überlassen, welche sie entworfen und vereinbart haben," mitgeteilt in: „Die neue Gesetzgebung Oesterreichs", 1868, S. 520. Siehe ibidem, S. 766, die Aeußerung Brestels.

„Ich hab's," brachte er plötzlich bei einem Spazierritt auf seinem Landgut Terebes das von Schweiß triefende Pferd zum Stehen.[1]) Inmitten des angestrengten Galoppes hatte er die Institution der Delegation ersonnen als Beratungsorgan beider Parlamente für die gemeinsamen Angelegenheiten. So sehr war er von der Notwendigkeit der Delegationen überzeugt, daß er den Ungar, der sie streichen möchte, der Absicht zieh, die Verfassung seines Vaterlandes ihres stärksten Bollwerkes zu berauben. In seinen Augen war die Delegation eine internationale Kommission, die auf Grundlage der Parität über die gemeinsamen Angelegenheiten und nur über diese zu beraten habe. Sie gewähre der Nation, wie er äußerte, eine viel größere Garantie, als sie ihr eine diplomatische oder eine im Wege der Ministerien erfolgende Erledigung der gemeinsamen Angelegenheiten zu bieten vermöchte. Nicht genug konnte er die Vorteile der Abwicklung der gemeinsamen Angelegenheiten durch die Delegationen als zwei gleichberechtigte Ausschüsse der beiden Parlamente rühmen. Die Delegation, meinte er, sichert Ungarn im Verhältnis seiner Leistung von 30 Prozent zu den gemeinsamen Lasten ein Ausmaß von 70 Prozent an Rechten.[2]) Aufs lebhafteste bestritt er die Ansicht derjenigen, die behaupteten, Ungarn habe durch die Delegation nichts gewonnen, sondern vielmehr dadurch sein Verfügungsrecht verloren. Der Vorwurf erschien ihm schon deshalb nicht begründet, weil Ungarn bisher ja gar nicht über seine eigenen Angelegenheiten verfügte, während das im Gegenteil jetzt ja der Fall sei. „Durch diese gemeinsame Einrichtung," lauten seine Worte, „wurde nichts eingebüßt, vielmehr erreicht, daß wir jetzt, auf Grundlage der Parität, berufen sind, auf die äußeren Geschicke eines der territorial größten Reiche und auf die gemeinsamen Interessen Europas bestimmend einzuwirken. So nehmen wir denn, mit Rücksicht auf Europa, Oesterreich und unser eigenes Land, eine Stellung ein, wie wir sie seit den Arpáden nicht innehatten."[3]) Man weiß, daß Andrássy seine ursprüngliche Fassung dieser, wie er sie nennt, internationalen Einrichtung nicht ganz ins praktische Leben einführen konnte. Gegenüber dem Einspruche Deáks hatte er schon 1865[4]) seiner Anregung entsagen müssen, daß es zwischen der österreichischen und ungarischen

---

[1]) A. von Okolicsányi, „Beiträge zur Charakteristik des Grafen Andrássy", „Deutsche Revue", 1890, Bd. II, S. 168.

[2]) Lederer, a. a. O., Bd. II, S. 9.

[3]) Eigenhändige Aufzeichnung Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Siehe hierüber das sechste Kapitel: Andrássy und das Februar-Patent.

Delegation, selbst im Falle von Meinungsverschiedenheiten, zu keiner gemeinsamen Sitzung kommen dürfe.[1])

Lehnte die ungarische äußerste Linke die Delegation ab, schon aus Scheu vor allem, was nur auch im entferntesten an eine Gemeinsamkeit mit Oesterreich erinnerte, so walteten bei den österreichischen Parteien Motive ganz anderer Art vor, die sie in Gegensatz zu dieser Institution brachten. Der Abgeordnete Kuranda teilte ganz offenherzig dem preußischen Gesandten den Grund mit, der die liberale Partei gegen die Einbürgerung der Delegation im staatlichen Leben veranlasse. Er befürchtete eine vollkommene Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten Oesterreichs. Seiner Ansicht nach werde sich die österreichische Delegation als Ausdruck des durch Parteien und Nationalitäten in sich geschwächten Reichsrates, stets im Nachteile gegenüber der ungarischen befinden, die eine in sich starke und einige Reichstagsmajorität vertrete. Die naturgemäße Folge davon werde, wie er behauptete, eine Verlegung des Schwerpunktes Oesterreichs nach Pest sein.[2]) Auch von anderer Seite hörte man sagen, daß ein „bloß schriftlich verhandelndes und mündlich abstimmendes Zentralorgan“ nicht als genügender Ersatz für ein Zentralparlament angesehen werden könne. Man hielt das neue „Zentralorgan“ für „schwerfällig, unpraktisch“ und somit nicht für lebensfähig.[3]) Einen Moment schien es denn auch, als würde der von der Regierung vorgelegte Delegationsentwurf[4]) nicht durchgebracht werden können. Erst nach langen und lebhaften Verhandlungen Beusts mit den Parteien, in deren Verlauf sich Giskra, als Präsident des Abgeordnetenhauses, um die Herbeiführung der Verständigung große Verdienste erworben haben soll,[5]) kam ein Kompromiß zustande. Der Vertagungsantrag, wie er zur Beseitigung des Delegationsprojektes geplant war, wurde fallen gelassen. Dafür aber setzte es die Verfassungspartei durch, daß das Delegationsgesetz gleichzeitig mit den bereits beschlossenen Staatsgrundgesetzen in Wirksamkeit treten müsse als Bürge dafür,

---

[1]) Der § 35 des Gesetzartikels XII : 1867 verfügt: „Sollte es mittels dieser schriftlichen Nunzien nicht gelingen, die Meinungen der zwei Delegationen zu vereinigen, dann halten beide Delegationen eine gemeinsame Sitzung, doch lediglich behufs einfacher Abstimmung.“

[2]) Werther, Wien, 15. Oktober 1867. Es ist dies eine Variation des Bismarckschen Ausspruches von der Verlegung des Schwergewichtes der Monarchie nach Ofen.

[3]) Idem, Wien, 18. November 1867.

[4]) „Die neue Gesetzgebung Oesterreichs“, S. 508.

[5]) Werther, Wien, 24. November 1867.

daß deren Sanktion nicht ins Ungewisse hinausgeschoben werden könne. Interessant ist es, daß sich jetzt sowohl die „deutschen Dualisten“, wie man die Verfassungstreuen nannte,[1]) gleich den Zentralisten des Reichsrates, mit der Vorstellung trösteten, die Delegation bringe in gewissem Sinne doch die österreichische Staatsidee zum Ausdrucke.[2]) Sagte ja, diesen Gedanken in seiner ganzen Schärfe ausführend, Schmerling im Herrenhause: „Wir stimmen dem Delegationsprojekte in der Hoffnung bei, daß aus demselben sich dereinst eine Reichsvertretung entwickeln werde, die alle Teile des Kaiserstaates umfaßt und daß in dieser Reichsversammlung alle Stämme zu einem einmütigen Wirken sich die Hände reichen, gemeinschaftlich zu diesem Zwecke tagen werden.“[3]) Wie wenig war der ehemalige Staatsminister in die Denkungsweise Andrássys eingedrungen, wenn er aus der Institution der Delegationen die Zukunft einer „Reichsversammlung“ herausprophezeien wollte. Beim besten Willen war in der Delegation nicht der Keim zu einer solchen Gestaltung zu erkennen. Mit der Annahme dieses für die Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten unentbehrlichen Gesetzes war im Reichsrate der staatsrechtliche Teil des Ausgleichswerkes erledigt worden. Es erübrigte allerdings noch die Verständigung über die heikle Seite des finanziellen Vergleiches, wie er zwischen beiden Ministerien am 23. September zustande gekommen war. Hatte doch Skéne gegen Beust das harte Wort geschleudert, daß die Staatsmänner, die dem König von Ungarn haben raten können, die Schuld nicht anzuerkennen, die der Kaiser von Oesterreich einging, wohl verdienen, auf die Anklagebank versetzt zu werden.[4]) Mit Recht wies der Reichskanzler auf die Notwendigkeit hin, sich dem verfassungsmäßigen Ungarn gegenüber in der Frage der Staatsschuld auf den Standpunkt der Verhandlung und nicht auf den der Verpflichtung zu stellen. Es war ein glücklicher Gedanke, seinerseits hinzuzufügen: wenn die Verhandlung zu einem relativ noch günstigen Resultate führte, sei dies wesentlich dem Umstande zu danken, daß man nicht mehr ein abgeneigtes, feindliches, sondern ein wiedergewonnenes, befreundetes Ungarn vor sich hatte.[5]) Wie jetzt Beust im Reichsrate, so

---

[1]) Werther, Wien, 18. November 1867.

[2]) Ibidem.

[3]) „Die neue Gesetzgebung Oesterreichs“, S. 687.

[4]) Ibidem, S. 770.

[5]) Beusts Rede vom 12. Dezember 1867, mitgeteilt in dessen: „Aus drei Viertel-Jahrhunderten“, Bd. II, S. 158.

hatte Andrássy am 5. Dezember im ungarischen Reichstage das Quotengesetz und am 13. das über die Teilnahme Ungarns an der österreichischen Schuldenlast zu verteidigen. Gleich Skéne, der aus dem Beitrage von 70 Prozent zu den gemeinsamen Ausgaben den Untergang Oesterreichs prophezeite, weissagte auch die ungarische Opposition aus dem Beitragsschlüssel von 30 Prozent den finanziellen Zusammenbruch Ungarns. Nach einer Rede Andrássys, in der er für sich und seine Partei die volle Verantwortlichkeit für alle Folgen zu übernehmen erklärte,[1]) ward das Gesetz über die Quote mit 214 gegen 80 Stimmen genehmigt. Nicht minder wurde am 15. Dezember mit einer Majorität von 119 Stimmen — 229 gegen 110 — der Vorschlag des Ministeriums über die Staatsschuldenlast bewilligt, von dem Andrássy äußerte, daß es unmöglich war, weniger als die stipulierte Summe durchzusetzen. Einige Tage später — am 18. Dezember — unterbreitete Beust dem Kaiser die Gesetze über die gemeinsamen Angelegenheiten wie auch die vier Staatsgrundgesetze zur Sanktion. „Allen," sagte er in seinem Vortrage vom selben Tage, „liegt der Zweck unter, die verfassungsmäßigen Zustände des Reiches zum Abschlusse zu bringen und den Boden festzustellen, auf welchem in Zukunft für das Wohl des ganzen Reiches und aller einzelnen Teile desselben mit sicherer Hand gewirkt werden kann." [2]) Wie Beust andeutete,[3]) sah er voraus, daß es dem Kaiser nicht leicht fallen werde, die Staatsgrundgesetze mit seinem Namenszuge zu versehen. Kein Zweifel, daß des Reichskanzlers Einfluß mit wirksam war, um die kaiserliche Sanktion zu erwirken, die am 21. Dezember erfolgte.[4])

---

[1]) Lederer, Bd. I, S. 276.

[2]) Vortrag Beusts vom 18. Dezember 1867. Registratur des k. k. Ministerpräsidiums in Wien.

[3]) Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten", Bd. II, S. 161.

[4]) Ibidem. — Der Text des ungarischen und österreichischen Ausgleichsgesetzes vom Jahre 1867 weist manche Abweichungen auf. Charakteristisch ist die Aufschrift des österreichischen Gesetzes, das im Reichsgesetzblatt Nr. 146 von 1867 erschien: „Gesetz vom 21. Dezember 1867, betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung." Hier wird also noch Ungarn als ein Teil der österreichischen Monarchie betrachtet und das, nachdem der ungarische Gesetzartikel XII : 1867, der die staatsrechtliche Selbständigkeit Ungarns anerkennt, schon seit dem 12. Juni 1867 sanktioniert war. Graf Theodor Zichy bemerkt in seinem Artikel: „Oesterreich und Ungarn" („Deutsche Rundschau" 1908), man müsse sich nur wundern, daß die damaligen ungarischen Staatsmänner nicht sofort an der Bezeichnung „österreichische Monarchie" Anstoß nahmen. Sollten etwa dabei, wie Zichy vermutet, absichtlich zentralistische Tendenzen mitgespielt

Am 24. ließ er Graf Andrássy die mit der kaiserlichen Namensfertigung versehenen Gesetze zugehen, wodurch — wie er an diesen schreibt — „die volle Verfassungsmäßigkeit auch in den nicht zur ungarischen Krone gehörigen Königreichen und Ländern ins Leben getreten und auch einer im XII. ungarischen Gesetzartikel vom Jahre 1867 enthaltenen Grundbedingung bereits vollständig entsprochen ist".[1])

Von Anfang an hatte man bei uns auf Herstellung verfassungsmäßiger Zustände in Oesterreich wie in Ungarn gedrungen. Dies sollte man nie in Oesterreich vergessen und stets dessen eingedenk sein, daß die sicherste Bürgschaft konstitutionellen Lebens in Oesterreich auf dem ungarischen Gesetzartikel XII : 1867 beruht. Solange dies Gesetz zu Kraft besteht, wird auch die österreichische Verfassung in Geltung verbleiben. Wie sehr diese Garantie durch den Gesetzartikel XII : 1867 nötig war, beweist ein Ausspruch Beusts zum russischen General Ignatiev während dessen Anwesenheit in Wien im Jahre 1868. Berichtete der russische General, dessen Verläßlichkeit allerdings nicht immer über allen Zweifel erhaben ist, wahrheitsgemäß über seine Unterredung mit dem Reichskanzler, so hat sich dieser nur widerwillig in den Dualismus gefügt, an dessen Bau er als ein Hauptmitarbeiter beteiligt war. Nach Ignatiev hätte Beust zu ihm geäußert, der Dualismus sei ihm keineswegs erwünscht, und er könne ihn auch als kein vollkommenes Werk betrachten, allein unter den gegebenen Verhältnissen wäre kein anderer Ausweg möglich gewesen; doch hoffe er, daß die Zeit und praktische Erfahrungen die jetzigen Einrichtungen modifizieren und bessern werden.[2])

---

haben? Oder hat man derartige staatsrechtliche Uebergriffe bloß der Uebereiltheit zuzuschreiben, mit der man den Ausgleich perfekt zu machen suchte? Bernatzik hat die Abweichungen des österreichischen Gesetzes (Nr. 138) vom ungarischen Gesetzartikel XII : 1867 in seiner Ausgabe: „Die österreichischen Verfassungsgesetze" stets vermerkt. Ueber den Ausgleich siehe außer Eisenmann, „Le compromis", noch Friedjung in „Deutsche Worte" 1899 und ibidem, XXIII. Jahrgang: Rudolf Springer, „Der Dualismus, eine politische Skizze"; ferner: Julius von Wlassics, „Einleitung zu den Werken Deáks", 1906 (ung.); Josef Kalmár, „Der Dualismus und Gustav Beksics" (ung.).

[1]) Beust an Andrássy, 24. Dezember 1867. Registratur des k. k. Ministerpräsidiums in Wien. Der Paragraph des Gesetzartikels X : 1867, auf den sich hier Beust bezieht, ist der § 25, der folgend lautet: „Die zweite Grundbedingung ist die, daß die volle Verfassungsmäßigkeit auch in den übrigen Königreichen und Ländern Seiner Majestät ins Leben trete, weil Ungarn nur mit den konstitutionellen Vertretungen dieser Länder, bezüglich welch immer gemeinsamer Verhältnisse in Berührung treten kann."

[2]) Werther, Wien, 8. Januar 1868. Ignatiev teilte diese Worte Beusts dem Freiherrn von Werther mit.

Jetzt freilich benahm sich Beust vor der Oeffentlichkeit als getreuer Diener des Dualismus und gefiel sich als erster Minister des gemeinsamen Ministeriums, dessen Ernennung — Beust, Minister des Aeußern, Becke und Feldmarschalleutnant John — nach dem damaligen Sprachgebrauche als Reichsfinanz — und Reichskriegsminister — am 24. Dezember erfolgt war.

Zur vollkommenen Ausgestaltung der neuen Ordnung gehörte nur noch, daß, wie in Ungarn, es auch in Oesterreich ein parlamentarisches Ministerium gebe; ein verantwortliches, aber nicht aus Mitgliedern des Reichsrates zusammengesetztes Kabinett bestand ja schon seit der Betrauung Beusts mit dem österreichischen Ministerpräsidium. Jetzt, nach der Annahme der Verständigung zwischen Oesterreich und Ungarn, konnte bereits mit mehr Aussicht auf Erfolg als vorher an die Bildung einer parlamentarischen Regierung geschritten werden. Lónyay hatte schon im September Andrássy gedrängt, hierauf Einfluß zu nehmen. Zur Sicherung des finanziellen Ausgleiches lag gerade vor allem dem ungarischen Finanzminister viel daran, daß keine Ungarn feindlich gesinnte Elemente ins österreichische Ministerium gelangen.[1]) Der ungarische Ministerpräsident verhielt sich ablehnend. Er hinderte die Ernennung eines parlamentarischen Kabinettes, indem er sagte — und hierin scheint er eines Sinnes mit der liberalen Partei gewesen zu sein —, man möge früher den Ausgleich durchführen und dann erst diejenigen zu Ministern ernennen, die ihn durchbringen geholfen.[2]) So war denn bis zu dem Augenblick die Erledigung dieser Angelegenheit verschoben worden. Auch jetzt noch, als sie zur Lösung reif war, bedurfte es, wie Beust bemerkt, eines seltenen Aufwandes von Geduld und Beharrlichkeit, um den Eintritt der Männer ins Ministerium zu bewirken, die man als die hierfür geeignetsten hielt.[3]) Zum Ministerpräsidenten war ein Mitglied der hohen österreichischen Aristokratie ersehen: Fürst Carlos Auersperg. Der österreichische Grandseigneur wollte die Bildung eines Kabinettes nur übernehmen, wenn Giskra Minister des Innern würde, und dieser wieder machte seinen Entschluß von dem Herbsts abhängig.[4]) Beust war sehr verstimmt über den langsamen Fortgang der Unterhandlungen.[5]) Nach harter Bemühung gelang es

[1]) Kónyi, Bd. V, S. 221.
[2]) Ibidem, S. 222.
[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 162.
[4]) Werther, Wien, 23. Dezember 1867.
[5]) Ibidem.

endlich doch, unter dem Präsidium des Fürsten Carlos Auersperg das sogenannte „Bürgerministerium“ zustande zu bringen,[1]) zusammengesetzt aus Männern, von denen ein Teil, wie Giskra und Herbst, dem Kaiser gar nicht sympathisch waren.[2]) Der Volkswitz hatte das neue Kabinett eigentlich willkürlich zum Bürgerministerium gestempelt. Mit Recht hat ein Mitglied desselben die ganz unverdiente Titulatur hervorgehoben.[3]) Stand doch an der Spitze der Regierung ein Fürst, der außerdem zwei Grafen — Taaffe und Potocki — angehörten. Am merkwürdigsten mag es Giskra erschienen sein, sich im Besitze eines Ministerportefeuilles zu sehen. Seine Ernennung bezeichnet vor allem den großen Wandel, der sich in Oesterreich seit 1848 vollzogen. Der ehemalige Barrikadenheld des Sturmjahres 1848 hatte sich noch vor acht Jahren — Juli 1859 — als Brünner Advokaturkonzipient vergebens bemüht, die Erlaubnis zur Eröffnung einer selbständigen Advokaturkanzlei zu erlangen. Er versicherte wohl dem damals allmächtigen Chef der Obersten Polizeibehörde, Feldmarschalleutnant Freiherrn von Kempen, daß die „Verirrungen“ des Jahres 1848 einer „längstentschwundenen“ Zeit angehören. Trotzdem konnte er, vorläufig wenigstens, nicht mehr erreichen, als daß sein Gesuch nicht direkt abgeschlagen, sondern dessen Erledigung auf spätere, günstigere Tage verschoben wurde.[4]) Und nun hatte er die Herrlichkeit all der Minister, die ihn unter polizeiliche Aufsicht gestellt, überlebt und war selbst Minister geworden!

Die öffentliche Meinung Oesterreichs hätte alle Ursache gehabt, vollauf befriedigt zu sein, daß jetzt ein „Bürgerministerium“ die Staatsgeschäfte leitete. Nichts aber war hier von der hellen Freude zu merken, die in Ungarn über den Wiederbeginn der konstitutionellen Aera herrschte. Eine gewisse Apathie in den meisten Schichten der zisleithanischen Bevölkerung, bemerkt Freiherr

---

[1]) Mitglieder der Regierung waren: Graf Eduard Taaffe als Ministerpräsident-Stellvertreter und Minister für Landesverteidigung und öffentliche Sicherheit; Dr. Ignaz von Plener, Handelsminister; Leopold Ritter von Hasner, Minister für Kultus und Unterricht; Graf Adam Potocki, Ackerbauminister; Dr. Karl Giskra, Minister des Innern; Dr. Eduard Herbst, Justizminister; Dr. Rudolf Brestel, Finanzminister; Dr. J. N. Berger, Minister ohne Portefeuille.

[2]) Beust, a. a. O., S. 162.

[3]) Hasner, „Denkwürdigkeiten“, S. 89.

[4]) Dr. Giskra, Advokaturskonzipient an Feldmarschalleutnant von Kempen. Ohne Datum. Aus der auf dem Dorso befindlichen Erledigung des Gesuches ist zu ersehen, daß es in den Juli 1859 gehört. Registratur des k. k. Ministeriums des Innern.

von Werther, bildet überhaupt den wesentlichsten Gegensatz zu der rührigen Stimmung jenseits der Leitha.[1]) Es fehlte noch an Vertrauen zu den neuen Männern, von denen eigentlich nur Giskra den Ruf eines wahren Staatsmannes genoß.[2]) In den übrigen sah man nur Advokaten und Professoren, die man wohl für gute Kammerredner, aber für keine Staatsmänner hielt. Diese Auffassung von den ans Ruder gelangten Persönlichkeiten erhöhte in den Augen des Publikums den Wert und das Ansehen Beusts. Ungeachtet des Tadels, der sich wegen des Ausgleiches zuweilen gegen ihn hörbar machte, wurde er doch, wie der ihm keineswegs wohlwollende preußische Gesandte erwähnt, als der einzige Mann betrachtet, welcher Oesterreich, in der Gegenwart wenigstens, vor noch größeren Kalamitäten bewahrt.[3])

Nach vielen mühsamen, oft hoffnungslosen Verhandlungen war endlich über alle Fährnisse hinaus der Ausgleich zwischen Oesterreich und Ungarn geborgen, jener Ausgleich, der in einen festen Teil (Vereinbarung über die Staatsschuld und Gesetz über die gemeinsamen Angelegenheiten) und in einen beweglichen (von Zeit zu Zeit abänderbare Vereinbarung über die Quote und das Zoll- und Handelsbündnis) zerfällt.[4]) Lange Dornenpfade waren zu durchschreiten gewesen, bevor das letzte Stadium erreicht werden konnte. Vorerst waren die Phasen des Oktober-Diploms, des Februar-Patentes, des Provisoriums, des Sistierungsmanifestes zu überwinden, und schließlich mußte die Niederlage von 1866 erlitten werden, ehe die Standarte des Dualismus aufgepflanzt werden konnte. Lange genug hatte man sich dagegen gesträubt. „Während jeder Versuch mit der einheitlichen Monarchie gegen Ungarn,“ sagt Graf Andrássy, „sei es im Namen des Zentralismus oder des Absolutismus, zu einer Katastrophe führte, schien man die Idee des Dualismus wie ein gefährliches Unternehmen zu betrachten, wie eine neue Sache, deren Folgen unberechenbar seien. Wenn von beiden eines ein Experiment genannt werden kann, so gewiß das einheitliche Oesterreich, und zwar ein solches Experiment, dessen Mißerfolg leicht vorherzusagen war.“ [5]) Um den Widerstand gegen die neue staatsrechtliche Form der Monarchie

---

[1]) Werther, Wien, 31. Dezember 1867.

[2]) Ibidem. Sehr günstig urteilte über ihn auch Kaiserfeld, a. a. O. bei Krones, S. 283.

[3]) Werther, Wien, 31. Dezember 1867.

[4]) Bernatzik: „Ueber die verfassungsrechtliche Seite des Ausgleiches“. „Neue Freie Presse“, 20. Oktober 1907.

[5]) Eigenhändige Aufzeichnung Graf Andrássys. Gräfl. Andrássysches Archiv.

und die geringe Popularität zu begreifen, deren sich unstreitig der Ausgleich von 1867 in Zisleithanien erfreute,[1]) muß man sich ein wenig in die Seelenstimmung der damaligen Generation Oesterreichs zurückversetzen. Man konnte sich in Oesterreich nur schwer an den Gedanken gewöhnen, daß Ungarn, das bisher, wenn auch nicht de jure, so doch de facto, als Provinz gegolten, nun mit einem Male ein gleichberechtigter Faktor sein sollte. Die österreichischen Staatsmänner kostete es große Selbstüberwindung, auf den Einfluß und die Macht zu verzichten, die Oesterreich Jahrhunderte hindurch tatsächlich in Ungarn ausgeübt. Wie Wien 1806 durch die Auflösung des alten römisch-deutschen Reiches in gewissem Sinne dekapitiert worden, so sollte auch jetzt wieder die Kaiserstadt durch den Ausgleich von 1867 an Glanz und Ansehen verlieren. Den österreichischen Ministern mochte es tiefen Schmerz bereiten, durch ihre eigene Mitwirkung dazu beizutragen, daß die alte Kaiserstadt für immer aufhöre, der einzige Mittelpunkt der Monarchie zu sein, und daß sie sich von nun an in diese Rolle mit der ungarischen Hauptstadt zu teilen habe. Ein Staatsmann, der damals auf all diese Fragen Einfluß geübt und sich mit dem eingetretenen Wandel abfand, äußerte: Man müßte sich nach der Sanktionierung des Ausgleichsgesetzes von der Idee lossagen, daß die Monarchie sich am Himmel der Staaten in einem Kreise bewege, der nur einen Mittelpunkt hat, nämlich Wien; denn von nun an nehme ihre regelmäßige Bewegung die Form der Ellipse an, die zwei Mittelpunkte hat. Seinen Ausspruch suchte er noch durch die Bemerkung zu stützen, daß Gott, als er das Universum ordnete, der Bewegung der Himmelskörper für ewige Zeiten eine solche Form gegeben, und man müsse fragen, warum sie nicht ebenso stark, ja noch stärker sein könne, als die vorige?[2]) Seit 1867 hat es nicht an Gegnern des, wie Lónyay sagt,[3]) auf „dem Boden der Transaktion“ zustande gekommenen Ausgleiches gemangelt. Sie werden auch in Zukunft hüben und drüben nie fehlen. Wer aber, um einen vom jüngeren Andrássy gebrauchten Ausdruck zu benützen,[4]) die Ergebnisse des Ausgleiches vom Stand-

[1]) So äußert sich hierüber Emanuel Ritter von Proskowetz, der Mitglied des Reichsrates von 1867 gewesen. Siehe dessen Artikel in der „Neuen Freien Presse“ vom 12. Januar 1908: „Erinnerungen an die Dezemberverfassung“.

[2]) Lónyay, S. 236.

[3]) Ibidem.

[4]) Graf Julius Andrássy der Jüngere: „Ungarns Ausgleich mit Oesterreich vom Jahre 1867“. 4. Kapitel: „Die Ergebnisse des Ausgleiches vom Standpunkte der Machtinteressen“, auf das ich mich hier stütze.

punkte der Machtinteressen der Monarchie betrachtet, muß bekennen, daß das Werk Deáks und Andrássys von den günstigsten Folgen gewesen. Nach der Katastrophe von 1866, durch die das alte Oesterreich auf die tiefste Stufe des Niedergangs herabgedrückt und fast aus der Reihe der Großmächte gestoßen wurde, erhob sich die in einen dualistischen Staatskörper umgewandelte Monarchie, gefördert durch die Segnungen des Ausgleiches von 1867, zu ungeahnter Blüte und Machtentfaltung. In der Reihe der europäischen Staaten erlangte sie wieder den ihr gebührenden Platz, den Andrássy stets von ihr eingenommen sehen wollte. Das erstarkte Ungarn, geführt von einem Staatsmann, wie dem Grafen Andrássy, konnte kein Gegner mehr derjenigen Monarchie sein, innerhalb deren Rahmen es Raum für seine Entwicklung fand. Kein Feind Oesterreich-Ungarns konnte mehr hoffen, wie in den Zeiten von 1850–1866, an den Ungarn hilfsbereite Genossen zur Vernichtung der Monarchie zu finden. Die Tage waren vorbei, wo Kossuth noch mit Hoffnung auf starken Widerhall im Lande die Erhebung gegen das Haus Habsburg predigen konnte. Kamen auch noch hie und da revolutionäre Zuckungen vor, so vermochte eine energische nationale Regierung sie sofort, ohne wesentlichen Widerstand zu finden, ja unter der Zustimmung des Landes selbst, zu unterdrücken. Die Idee der Revolutionierung hatte so sehr an werbender Kraft eingebüßt, daß ihr jetzt selbst ein ehemaliger hervorragender Honvédgeneral, der in manch heißer Schlacht sein Leben fürs Vaterland gewagt, den Rücken kehrte und zum Lobredner der durch Deák und Andrássy wiederhergestellten Verfassungsmäßigkeit wurde. Dieser Honvédgeneral war Klapka, der am 20. Juni 1867, noch als Verbannter, an Graf Andrássy folgende Worte richtete: „Ich erblicke in dieser, von der Vorsehung so gewollten Wendung der Dinge (Herstellung der Verfassung) den Beginn einer glücklichen Aera für unser Volk und den ersten Schritt zu seiner wirklichen Aufgabe im Osten Europas.“ [1]) In der Hinsicht hatte Klapka die verborgensten Gedanken des ungarischen Ministerpräsidenten erraten, der die Entwicklung der politischen Zukunft der Monarchie nicht mehr, wie die früheren österreichischen Minister, im Eingreifen in die Geschicke Westeuropas erblickte. Andrássy wollte von nun an die durch die Versöhnung mit Ungarn neu erstarkte Macht der

---

[1]) Klapka an Andrássy, Brüssel, 20. Juni 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Monarchie in den Dienst einer Politik stellen, die den Einfluß Oesterreich-Ungarns auf alle Ereignisse und Gestaltungen im Orient sicherte. Solch staatsmännisches Erfassen von der Mission der Monarchie mußte ihr neue Bahnen für die Entfaltung ihrer Kräfte weisen und allmählich das Band des Vertrauens weben, wie es später zwischen Andrássy und Bismarck zustande kam und seinen Höhepunkt in dem Abschluß des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses fand. Die mächtigste Unterstützung aber ließ dem Wirken Andrássys der Kaiser und König Franz Josef I. selbst angedeihen. Mit voller Berücksichtigung seines weltgeschichtlichen Berufes, der in der Erhaltung der Einheit der Monarchie und ihrer Großmachtstellung gegenüber dem Auslande besteht, erkannte Franz Josef doch, wenn auch erst nach einer Reihe schwerer Prüfungen, daß das Ziel besser und erfolgreicher mit Hilfe der eben begründeten dualistisch gestalteten Monarchie als mit jener eines zentralistischen Oesterreichs zu erreichen sei, wie es Bach und Schmerling geplant hatten.

Zwölftes Kapitel

Andrássy als ungarischer Ministerpräsident

I. Das Wehrgesetz von 1868

Mit dem frischen Mut eines Mannes, der die Kraft und Fähigkeit zu hervorragenden Leistungen in sich fühlt, ging Andrássy an die Neugestaltung Ungarns, als dessen Ministerpräsident er jetzt die Geschicke seines Vaterlandes leitete. Sehr bedeutend waren die Schwierigkeiten, die sich seiner Schaffenslust in den Weg stellten. Diese mußten erst überwunden werden, wenn es ihm gelingen sollte, der seiner harrenden wichtigsten Aufgaben: wie die Regelung der Wehrmacht, des Ausgleiches mit Kroatien, der Besitzergreifung Fiumes und der Festsetzung des Titels der Monarchie Herr zu werden. Nicht früher konnte an die Organisation des heikelsten aller dieser Probleme: der Einrichtung der Wehrmacht, die seit 1866 tief daniederlag, geschritten werden, ehe nicht die für groß angelegte Aktionen so wünschenswerte Beruhigung im Lande eingetreten war. Andrássy mußte sofort seine ganze Aufmerksamkeit den Komitaten, dem von ihnen gepflegten Kossuthkultus, wie den zu neuem Leben erwachten „Vereinen der Vaterlandsverteidiger“ („Honvéd-egyletek“) zuwenden. Es war höchste Zeit, den gefährlichen Brutstätten der Erregung den Zündstoff zu entziehen.

Mit der Wiederherstellung der Schwurgerichte für Presseangelegenheiten befreite Andrássy die Presse von der Fessel rücksichtsloser Zensur, die seit fast achtzehn Jahren auf ihr gelastet hatte. Im Anschlusse hieran wurden am 10. April 1867 die Komitate wieder in ihre verfassungsmäßigen Rechte eingesetzt und die Wahlen zur Restaurierung des Beamtenkörpers derselben angeordnet. In hohem Grade war da der gleichsam traditionell gepflegte Geist der Opposition gegenüber jeder Regierung zu fürchten. Vor 1848 betrachteten sich die Munizipien als die Hüter der Verfassung wider alle gegen sie von unverantwortlichen Ministern ausgehenden Uebergriffe. Nach der Niederwerfung des Freiheitskampfes von 1848/49 schlummerte wohl unter dem Druck der

Bajonette und einer ungemein strengen Polizei der Gegensatz, doch nur, um beim ersten günstigen Anlaß sofort wieder in Aktion zu treten.

Am Schluß des Jahres 1860 waren die wiederhergestellten Komitate an der Spitze der Bewegung gestanden, die sich gegen den Absolutismus kehrte und zur Einberufung des Reichstages von 1861 geführt hatte. Sie fühlten sich auch jetzt als die Herren der Situation, wenig geneigt, den Weisungen des verantwortlichen Ministeriums zu gehorchen, das aus dem Schoße der Majorität des Abgeordnetenhauses hervorgegangen war. Als weitblickender Politiker mußte Andrássy gegen den selbstherrlichen Drang ankämpfen, der jede ersprießliche Regierungstätigkeit schon im Keime erlahmen machte. Sein vornehmstes Bestreben mußte darauf gerichtet sein, das Prinzip der Verantwortlichkeit der Regierung mit dem der Selbstverwaltung der Komitate in Einklang zu bringen. Mit Recht war er davon durchdrungen, daß das künftige geistige und materielle Aufblühen Ungarns ausschließlich davon abhänge, ob es gelingen werde, die „Lebenstätigkeit der beiden gleich wichtigen Institutionen“ harmonisch zu regeln. Seiner Ansicht nach waren zur Ueberwachung der lokalen Angelegenheiten die Komitate und zur Wahrung der Landesinteressen ausschließlich die verantwortliche Regierung berufen. Der Eingriff der einen Obrigkeit in den Wirkungskreis der anderen sollte nicht gestattet sein. Demgemäß war der Ministerpräsident bereit, die Autonomie der Munizipien zu achten, aber auch entschlossen, unter allen Bedingungen von ihnen zu fordern, daß sie mit ihrem ganzen Einflusse das Ansehen der Regierung im Lande stützen. Zur Erreichung des großen Zieles schien es ihm unerläßlich, daß nur solche Männer von den Komitaten an die Spitze der Verwaltung gestellt würden, deren „moralische Unbescholtenheit, Charakterfestigkeit und Fähigkeit“ verbürgt sind. Dies, so betonte er, sei um so dringender, als von nun an jeder Fehltritt nicht mehr der bisherigen „vormundschaftlichen Gewalt“, sondern ausschließlich dem eigenen moralischen Kredit des Landes zur Last fallen werde. Aufs nachdrücklichste ermahnte er daher in seinem Rundschreiben die Komitate, daß die Nation von ihrer Mitanteilnahme die Lösung des schwierigen Problems erwarte, wie das verantwortliche Regierungssystem mit der Munizipalautonomie vereinbart werden solle. Mit um so größerer Zuversicht, sagte er, rechne Ungarn hierauf, als davon die dauernde und ungeschmälerte Erhaltung der Verfassung und Freiheit bedingt sei. „Die Siche-

rung des Erfolges," so schließt der Aufruf, „ist in die Hände der Jurisdiktionen und deren Beamten gelegt." [1])

Obgleich die Wahlen für die Ausschüsse in den Komitaten überwiegend zugunsten der Deákpartei ausgefallen waren, mußte Andrássy doch sehr bald die Erfahrung machen, daß in einzelnen Teilen des Landes eine Bewegung um sich griff, die, wenn sie nicht energisch eingedämmt würde, leicht eine gefährliche Wendung nehmen konnte. So hatte sich gleich dem Szathmárer auch der Ausschuß des Heveser Komitates gegen das ministerielle Rundschreiben vom 10. April aufgelehnt und einen, wie Andrássy sagt, [2]) geradezu „aufrührerischen" Beschluß im Interesse der Komitatsautonomie gefaßt. „Die Regierungen wechseln," erklärte der Ausschuß von Heves in der Sitzung vom 26. Juni 1867, „deren Mitglieder sind sterblich, während das Komitat ein ewig lebender Körper und daher unsterblich ist. Die Mitglieder der verantwortlichen Regierung müssen im Geiste der Gesetze des Landes handeln, aber das Komitat ist es, das diesen Geist schafft und entwickelt." Im Gefühle seiner Verantwortlichkeit war Andrássy sofort entschlossen, „dem Rechtsübergriff und der Aufwiegelung gegen die bestehenden Gesetze zu steuern". Er verfügte die Annullierung des am 26. Juni gefaßten Beschlusses; ebenso verbot er die nach üblicher Landessitte gewohnte Mitteilung desselben an die übrigen Jurisdiktionen. Für den immerhin möglichen, wenn auch nicht wahrscheinlichen Fall der Unfügsamkeit erbat er sich schon jetzt zur Wahrung des Ansehens der exekutiven Gewalt von der Krone die Ermächtigung zur Aussendung eines königlichen Kommissärs, der mit der Vollmacht ausgestattet werden sollte, die Ausschußsitzungen des Komitates zu sistieren, die ungehorsamen Beamten ihrer Stellen zu entheben und, wie er an den König schreibt, „nötigenfalls sich der Militärmacht zu bedienen". [3]) Solche Energie war um so mehr am Platze, als auch im Pester Komitat Paul Nyáry das Losungswort ausgegeben hatte: das Munizipium sei der Regierung vollkommen ebenbürtig und ihr nicht untergeordnet. Die Führer der äußersten Linken entfalteten in Wort und Schrift die größte

---

[1]) Vortrag Andrássys, 20. April 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium. Dem Vortrage liegt das gedruckte Rundschreiben an die Komitate vom 10. April bei. Im Vortrage sagt Andrássy, daß das Zirkular wohl keine organischen Verfügungen enthält, sondern nur die Richtung bezeichnen will, welche nach Ansicht der Regierung bei den bevorstehenden Munizipalwahlen einzuhalten wäre.

[2]) Vortrag Andrássys, 9. Juli 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[3]) Vortrag Andrássys, 7. Juli 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

Rührigkeit für völlige Wiederherstellung der Macht der Komitate, wie sie vor 1848 bestanden hatte, wo es anstatt eines einheitlichen Ungarns über 52 kleinere selbständige Staaten im Staate gab. Diese Richtung, die das junge, wiedererwachte Ungarn zu keiner Ruhe kommen lassen wollte, fand mächtige Förderung durch eine von außen ins Land getragene Agitation. Andrássy war es nicht unbekannt, daß Rußland[1] und Kossuth einander in die Hände arbeiteten, um die Unzufriedenheit mit den herrschenden Zuständen zu nähren. Man wollte wissen, daß der ehemalige „Gubernator" von Rußland eine Unterstützung von 50000 Franken erhalten habe und daß er in Dieppe mit dem Wiener russischen Gesandten Graf Stackelberg zusammengetroffen sei.[2]) Diese Beschuldigung tauchte gerade damals auf, als Baron Kemény im „Napló" gegen Kossuth die Anklage erhoben, dieser habe im August 1849 dem Fürsten Paskjević nicht weniger als viermal die ungarische Krone als russische Sekundogenitur angeboten.[3]) Der ungarische Justizminister behauptete, selbst die Kopie des an sicherem Orte befindlichen Originales jenes Briefes in Händen zu haben, durch welchen Kossuth am 2. August 1849 die damaligen ungarischen Minister Szemere und Graf Kasimir Batthyány von seinem Vorsatz verständigt haben soll, mit dem Zaren wegen Auslieferung der heiligen Stephanskrone in Unterhandlung zu treten.[4]) Horvát war es, der dies Schreiben dem von Kossuth erst jüngst wegen der gegen ihn gerichteten Artikel schwer angegriffenen Baron Kemény zum Zweck der Publikation zur Verfügung stellte.[5]) Hierzu kam noch, daß Kossuths bekannter Agent, der Advokat Virgil Szilágyi, sich in Berlin bemühte, die dortigen Kreise neuerdings für die

---

[1]) Beust an Andrássy, Wien, 11. und 14. September 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium. Siehe „Neue Freie Presse", 20. November 1867: „Russische Umtriebe in Ungarn".

[2]) Schäfer (für Beust) an Andrássy, Wien, 14. September 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[3]) „Pesti Napló", 27. September; auch zitiert in der „Neuen Freien Presse" 29. September 1867.

[4]) Balthasar Horvát an Andrássy, Pest, 23. September 1867. Gräflich Andrássysches Archiv. „... welchen (Brief) dieser (Kossuth) am 2. August 1849 in der mit dem Zaren beabsichtigten Unterhandlung an die Minister Szemere und Kasimir Batthyány richtete. Ich schließe hier eine Kopie des Briefes an (lag nicht bei). Das Original befindet sich nicht bei mir, ist aber in sicheren Händen." (Ung.)

[5]) Ibidem. „Wenn m. v. (Chiffre des Baron Kemény im „Pesti Napló") aus diesem Briefe keinen Nutzen ziehen wollte, so bediene ich mich seiner." (Ung.)

ungarische „Umsturzpartei" zu interessieren.[1]) Alle Berichte machten den Eindruck, daß der Ehrgeiz des ehemaligen Gubernators es nicht vertrage, über seinen Kopf hinweg und ohne sein Hinzutun, in Ungarn geordnete Zustände herstellen zu lassen. Er wollte sich absolut nicht dem Votum der Majorität des Landes für den Frieden mit der Krone unterwerfen. Nachdem er Deák der Preisgebung Ungarns angeklagt, benutzte er die auf ihn am 1. August gefallene Wahl des Waitzener Komitates zum Abgeordneten[2]) — die erste Frucht der Agitationen — zu einer noch schärferen Verdammung des Ausgleiches. Indem er der Anschauung Ausdruck gab, aus prinzipiellen Gründen die Wahl nicht annehmen zu können, erklärte er laut vor aller Welt: der Bestand der habsburgischen Dynastie sei mit der Unabhängigkeit Ungarns unvereinbar.[3]) Er trat demnach zum zweitenmal für die Absetzung der Habsburger ein. Nach solchen Handlungen, die mit den durch die Krönung besiegelten Gesetzen in offenem Widerspruch standen, konnte die Regierung nicht schweigen, zumal einige Komitate fortfuhren, Kossuth ihres Vertrauens durch an ihn gerichtete Adressen zu versichern. Die Mahnungen des Ministeriums blieben fruchtlos; wirkungslos verhallte die Drohung, jeden, der ferner Vertrauenskundgebungen an Kossuth beantragen oder unterstützen würde, kraft des 9. Gesetzartikels : 1723 vor die Schranken des Gerichtes zu stellen.[4]) Im Sinne dieser Verordnung forderte das Ministerium, daß die am 8. September von der Stadt Erlau votierte Vertrauensadresse an Kossuth als ungesetzlich annulliert werde. Mit der Aktion wurde das Heveser Komitat beauftragt, zu dessen Jurisdiktion Erlau gehörte. Heves verweigerte nicht bloß die Vollstreckung des Auftrages des Königlich Ungarischen Ministeriums, es ergriff sogar noch die Partei Erlaus. Da riß Andrássy die Geduld. Wieder erbat er sich von der Krone die Ermächtigung zur Entsendung eines königlichen Kommissärs, dessen Aufgabe, wie er in seinem Vortrage sagt, es sein solle, „den Verordnungen der Regierung Geltung zu verschaffen".[5]) Der

---

[1]) Beust an Andrássy, Wien, 14. September und 4. Oktober 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[2]) Kaum fünf Prozent der Bevölkerung des Waitzener Wahlbezirkes hatte sich an der Stimmabgabe beteiligt.

[3]) Offener Brief an die Waitzener vom 5. August 1867, veröffentlicht in „Magyar Ujság" vom 17. August. Mitgeteilt von Kónyi, Bd. V, S. 241.

[4]) Mitgeteilt von Kónyi, Bd. V, S. 250.

[5]) Vortrag Andrássys vom 6. Oktober 1867. Resolution vom 9. Oktober. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

Obergespan des Barser Komitates, Paul Rajner, sistierte in seiner Eigenschaft eines königlichen Kommissärs die Wirksamkeit des Heveser Komitates.[1]) Die Regierung ging noch einen Schritt weiter und ließ durch den Causarum-Regalium-Direktor vom Reichstag die Bewilligung zur preßgerichtlichen Verfolgung des Abgeordneten Ladislaus Böszörményi verlangen,[2]) in dessen Blatte „Magyar Ujság" der aufsehenerregende Waitzener Brief Kossuths veröffentlicht worden war. Mit den beiden Maßregeln hatte Andrássy es aufs unzweifelhafteste dargetan, daß er es auf eine Kraftprobe mit den Ultras ankommen lassen wolle, die die Heveser Affäre, in Form einer Interpellation, im Reichstage zur Sprache brachten. In sehr geschickter Weise hatten sie es verstanden, die heikle Frage der Komitatsautonomie mit dem Nimbus Kossuths zu verquicken. Das fernere Ansehen der Exekutive im Lande hing von dem Votum des Reichstages ab. Das ungarische Parlament billigte mit überwiegender Majorität (195 gegen 79) das Vorgehen der Regierung,[3]) womit es deutlich genug aussprach, daß es den Komitatskongregationen in Zukunft nicht mehr gestattet sein solle, sich Rechte anzueignen, die allein der gesetzlichen Vertretung der gesamten Nation, dem Reichstage, zukommen. Die getroffene Entscheidung war von außerordentlicher Bedeutung. Der preußische Gesandte war vollauf berechtigt, am 11. November an Bismarck zu berichten, daß die Stellung des Ministeriums Andrássy durch diesen parlamentarischen Sieg unzweifelhaft gestärkt und befestigt worden sei.[4])

* * *

Die Regierung bedurfte eines solchen Erfolges, um gegenüber den fortgesetzten Agitationen der Linken die Errungenschaften des Jahres 1867 zu schützen. Denn die mit den neuen Zuständen Unzufriedenen begnügten sich nicht damit, bloß die Komitate aufzuwühlen. Sie trachteten auch die Honvédvereine (Honvéd-egyletek) in ihr Netz zu ziehen. Den seit dem Jahre 1861 bestehenden Ver-

---

1) Kónyi, Bd. V, S. 254.

2) Die Zuschrift des Causarum-Regalium-Direktors Karl Ráth vom 15. Oktober wurde am 18. im Reichstag verlesen. Am selben Abend wurde Ráth einer Katzenmusik teilhaftig.

3) Siehe Kónyi, Bd. V, S. 241—280. 110 Deputierte fehlten. Siehe hierüber Gabriel Várady, „Reichstagsbriefe", Bd. I, S. 329 (ung.).

4) Werther, Wien, 11. November 1867.

bindungen von ehemaligen ungarischen Kriegern aus dem Feldzuge von 1848/49 hatte das Königspaar sein Krönungsgeschenk von 100000 Dukaten gewidmet. Es sollte zur Unterstützung von im Freiheitskampfe Verkrüppelten und hinterlassenen Witwen und Waisen dienen.

Die Linke war durch diesen Akt königlicher Hochherzigkeit nicht entwaffnet worden. Die Honvédvereine erschienen ihr auch weiterhin als geeignetes Terrain zur Verbreitung ausgleichsfeindlicher Tendenzen. In diesem Sinne mußte der Antrag Koloman Tiszas aufgefaßt werden, wonach den Honvéds durch Landesmittel geholfen werden sollte. Hätte die Majorität des Reichstages Tisza beigestimmt, so wäre darin unbedingt eine Spitze gegen den eben gekrönten König gelegen. Nicht nur gegen ihn, sondern auch gegen die anderen Nationalitäten Ungarns, die im Kampfe mit den Honvéds verstrickt gewesen. Mit Recht wurde darauf hingewiesen, der Ausgleich bedeute nicht nur eine Versöhnung nach oben, sondern auch nach unten. Deswegen wurde die staatliche Unterstützung abgelehnt und der Linken nahegelegt, das Beispiel des Königspaares zu befolgen. Mittels freiwilliger Spenden sollte sie den durch Schenkung der 100000 Dukaten geschaffenen Fonds vermehren helfen. Nyáry war mit dem Vorgehen des Reichstages gar nicht einverstanden. Er benutzte den Anlaß zu einem heftigen Ausfall gegen die Regierung, deren Politik er eine schwankende schalt. Andrássy blieb die Antwort nicht schuldig. Anstatt Anklagen gegen das Ministerium zu schleudern, meinte er, sollte man vielmehr dessen Nachsicht dankbar anerkennen. Damit spielte der Ministerpräsident auf seine Geduld gegenüber der Kolportage mit den Kossuthbriefen und dem damit in Verbindung stehenden agitatorischen Treiben der Honvédvereine an. Es herrschte ein Zustand, den Deák mit den Worten kennzeichnete: „Wir befinden uns inmitten einer unbewaffneten Revolution.“ [1]) Die Honvéds

---

[1]) Bericht eines Pester Korrespondenten, präsentiert den 29. November 1867. Dieser ungenannte Korrespondent gehörte den vornehmsten Kreisen an und war, wie aus seinen Berichten hervorgeht, stets sehr gut informiert. Er saß in den Ausschüssen und verkehrte intim mit den Ministern und anderen einflußreichen Männern. In dem Bericht aus Pest, präsentiert den 17. Mai 1868, sagt er von dem Landwehrstatut, daß es, mit Ausnahme von einigen Zusätzen und unwesentlichen Aenderungen, das seine ist. Nun ist es bekannt, daß Klapka ein Landwehrstatut verfaßt hat, was, nebst dem vertrauten Umgang mit den ersten Männern des Landes, den Gedanken nahelegt, daß er der Berichterstatter gewesen sein dürfte. Dafür spricht auch seine Verbindung mit Bismarck.

verfügten über eine vollkommen ausgebildete Organisation, die sich ganz und gar in den Händen der revolutionär gesinnten 48er Männer befand. Ihre öffentlichen Vereine befaßten sich angeblich nur mit humanitären Zwecken, wie der Unterstützung von Bedürftigen. Daneben gab es geheime, unter sich zusammenhängende Verbindungen, deren Tendenz in der Verbreitung regierungsfeindlicher Grundsätze bestand. Es waren dies sogenannte „demokratische Klubs“ mit ausgesprochen revolutionärer Färbung, deren Zentralkomitee seinen Sitz in der Hauptstadt hatte.[1]) Mit beklemmenden Gefühlen verfolgte man diese Entwicklung der Dinge in Wien. Andrássy wollte nichts von gewaltsamem Einschreiten wissen, da dies nur Oel ins Feuer gießen hieße. „Bitte,“ schrieb er an Graf Festetics, den ungarischen Minister am königlichen Hoflager, „Seine Majestät in jeder Hinsicht zu beruhigen.“[2]) Das unermüdliche Wühlen des „Honvéd“, des Organes der Honvédvereine, der damals schrieb: es wäre seine „Pflicht“, das österreichische Militärsystem einer strengen Kritik zu unterziehen, bereitete dem Monarchen ernste Sorgen. „Wie soll,“ ließ der Herrscher Andrássy sagen, „ein mögliches und von mir annehmbares Wehrsystem beim Reichstage durchgebracht werden, wenn die öffentliche Meinung immer die Hetzereien des ‚Honvéd‘ vernimmt und die Honvéds selbst sich fester organisieren? Auf diese Weise, indem man stets im gegensätzlichen Sinne von einer österreichischen Armee spricht, wird sich der gute Geist der ungarischen Truppen nur schwer erhalten lassen. Jedes Blatt des ‚Honvéd‘,“ schloß Franz Josef I., „bestärkt mich in der Auffassung, unbedingt allen bedenklichen Wünschen in den militärischen Fragen mit Festigkeit entgegenzutreten.“[3]) Einige Tage später war der Kaiser einer etwas ruhigeren Beurteilung zugänglich. Doch meinte er noch immer, Andrássy, der sich eigentlich nie in den Kreisen der Armee bewegt habe, könne kaum ermessen, welch schlimmen Eindruck gewisse Dinge auf diese machen und wie es daher im Interesse eines allseitig befriedigenden Ausganges wünschenswert sei, keine Aufreizungen zu dulden.

Graf Festetics erwiderte hierauf, daß der Ministerpräsident

---

[1]) Bericht aus Pest, präsentiert 29. November 1867.
[2]) Andrássy an Festetics, 5. Juli 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.
[3]) Graf Festetics an Andrássy. Wien, 25. Dezember 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

ganz der Meinung des Monarchen sei und es nur allein der Lage der Verhältnisse zuzuschreiben wäre, wenn derartige Ausschreitungen, wie sie der Monarch rüge, vorkämen.[1]) Bei dem großen Vertrauen, das der Herrscher zu Andrássy hegte, schien er sich der Hoffnung hinzugeben, es werde bald Ordnung geschafft werden. Hierzu hatte er um so mehr Grund, als Andrássy ja bereits durch den Minister des Innern die für den 6. Oktober, den Jahrestag der Hinrichtung der dreizehn Generale in Arad, geplante Landesversammlung aller Honvédvereine verboten hatte. Mit Hilfe Klapkas, der sich angeblich anheischig gemacht haben soll, die ganze Honvédbewegung „totzuschlagen“, suchte Graf Andrássy dem Wirken der Honvédvereine seine gefährliche Spitze abzubrechen. Klapka, der als ehemaliger Honvédgeneral große Volkstümlichkeit genoß, ließ sich zum Präses des Pester Vereines wählen. Er setzte es dann durch, daß in den Ausschuß lauter regierungsfreundliche Männer gesendet wurden. Auf diese Art siegte in den Beratungen stets sein Wille, wodurch es ihm auch gelang, die Tätigkeit des von revolutionären Elementen erfüllten Zentralvereins lahmzulegen. Allmählich sollte die doppelte Organisation der Honvéds ganz beseitigt werden. Mit Rücksicht darauf, daß der finanzielle Ausgleich mit Oesterreich noch nicht gesichert war, hütete sich Andrássy brüsk vorzugehen; er war, wie es heißt, genötigt, vorläufig gute Miene zum bösen Spiel zu machen.[2]) Als der finanzielle Vergleich unter Dach und Fach gebracht war, zögerte der Ministerrat nicht länger, März 1868, die Auflösung der im geheimen wirkenden „demokratischen Klubs“ anzuordnen.[3]) Diese anfangs von Deák für bedenklich erachtete Maßregel[4]) war um so unerläßlicher, als diese demokratischen Vereinigungen, ganz im Dienste Kossuths stehend, immer mehr um sich griffen und die Stimmung im Lande wesentlich vergifteten.[5]) Sie hatten die Aufgabe, im Volke den Boden für ein erfolgreiches Wiederauftreten des ehemaligen Gubernators in Ungarn vorzubereiten. In dessen Umgebung gab es einige, die Kossuth drängten, so bald als möglich nach seinem Vaterlande zurückzukehren, wofern er dort nicht um allen Einfluß kommen wolle. Sie meinten, seine erst

---

[1]) Graf Festetics an Andrássy, 27. Dezember 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Bericht aus Pest, präsentiert den 20. Dezember 1867.

[3]) Kónyi, Bd. V, S. 347.

[4]) Ibidem.

[5]) Bericht aus Pest, präsentiert den 20. Dezember 1867.

unlängst vom Reichstage verifizierte Wahl in Fünfkirchen biete die günstigste Gelegenheit zur Heimkehr.[1]) Schon verbreitete sich auch, Februar 1868, das Gerücht, Kossuth komme, um einen politischen Coup auszuführen.[2]) Er selbst verhielt sich über alle seine Pläne schweigsam und äußerst verschlossen. Wohl unterrichtet über dessen Absichten schien nur sein Berliner Emissär, Virgil Szilágyi, gewesen zu sein. Dieser behauptete, der Gubernator denke gar nicht daran, wieder nach Ungarn zurückzugehen; Kossuth habe es nur zur Verifizierung seiner Wahl kommen lassen, um zu erproben, von welcher Wirkung das Vorgehen der Regierung gegen seine Person gewesen.[3]) Erklärte auch der Reichstag die Wahl für gültig, so konnte doch in dem Auftreten der Generale Türr und Perczel, zweier so hervorragender Achtundvierziger, die sich gegen Kossuth aussprachen, keine Aufmunterung zur Rückkehr erblickt werden. Besonders Perczels Angriff erschütterte aufs tiefste die in Turin angesiedelte ungarische Emigration.[4]) Die Regierung hatte trotzdem für alle Fälle ihre Vorkehrungen getroffen. Abgesehen von der schärfsten Ueberwachung der Grenze, hatte Beust noch überdies eine Vertrauensperson nach Turin, dem Aufenthaltsorte Kossuths, gesandt. Sie sollte ihm überallhin „unauffällig" folgen und bei drohender Gefahr raschestens die Grenzämter von des „Gubernators" Abreise verständigen.[5]) Die Regierung konnte ohne Sorge sein. Es lag wirklich nicht in der Absicht Kossuths, wieder den Boden der Heimat zu betreten, wenigstens so lange nicht, als keine besseren Aussichten für die Wiederherstellung seiner Macht vorhanden waren. Gerade deshalb mußte Andrássys Bemühen darauf gerichtet sein, alles aus dem Wege zu räumen, was Kossuths Heimkehr erleichtern konnte. Vor allem durfte die hochwichtige Frage der Honvéds und des Wehrgesetzes nicht länger ungeregelt bleiben. Es wäre verfehlt gewesen, die Stellung der Honvéds mit Hilfe von Palliativmitteln ordnen zu wollen. Niemand konnte sich der Erkenntnis ver-

---

[1]) Hofmann für Beust an Andrássy mit Agentenbericht vom 13. April 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[2]) Idem, 6. April 1868. Ibidem.

[3]) Idem, mit Bericht vom 13. April 1868. Ibidem.

[4]) Hofmann an Andrássy, mit Bericht vom 13. April 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[5]) Hofmann an Andrássy, Wien, 6. April 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

schließen, daß in weiten Kreisen die Unzufriedenheit zunahm.[1]) Den größten Anlaß hierzu bot die Lage der Honvéds selbst, deren wachsende Erregtheit leicht einen für das Andrássysche Ministerium gefahrdrohenden Charakter annehmen konnte.[2]) Man mußte den noch lebenden alten Kriegern aus dem Jahre 1848/49, die sich mit Recht darauf beriefen, ihr Blut für die heilige Sache des Vaterlandes verspritzt zu haben, wenigstens ein Existenzminimum sichern. Schon aus dem einfachen Grunde, um sie nicht den Wühlereien gewissenloser Agitatoren zu überliefern. Der Altkonservative Paul von Somssich empfahl Andrássy zwei Wege, auf denen die Honvéds für die Regierung gewonnen werden könnten. Vor allem müßte die öffentliche Meinung Ungarns davon überzeugt werden, daß es der ernste Wille des Königs sei, das Landwehrsystem (honvédelmi rendszer) ins Leben zu rufen. Daher sollte sofort eine aus drei k. k. Generalen ungarischer Herkunft und drei gewesenen Honvédgeneralen (Perczel, Klapka, Vetter) zusammengesetzte Kommission eingesetzt werden, deren Aufgabe es wäre, sich eingehend mit dieser Angelegenheit zu befassen. Da jedoch nach Ansicht Somssichs die endgültige Regelung der Frage Jahre beanspruchen würde, beantragte er, und dies als zweites Mittel, die sofortige Aufstellung von zehn Regimentern, in die die Honvéds eingereiht werden sollten. Diese Regimenter hätten als Ersatz der bisherigen für die öffentliche Sicherheit sorgenden Gendarmen und Komitatspanduren zu dienen. Indem sie als Fortsetzung der ehemaligen adeligen Insurrektion zu betrachten wären, könnten sie den Stamm des an deren Statt zu errichtenden Volksheeres bilden.[3]) Andrássy war von dem Plane, zu dessen Ausführung nach Somssich nur ein starker und entschiedener Wille benötigt werde,[4]) gar nicht entzückt. „Dieses Promemoria," bemerkte er in einer Marginalnote hierzu, „ist

---

[1]) Paul Somssichs Promemoria für Graf Andrássy, Wien, 9. Februar 1868. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Für den, der das öffentliche Leben Ungarns nur mit einiger Aufmerksamkeit verfolgt und nicht in einseitigen Ansichten befangen ist, ist es unmöglich, nicht zu gewahren, wie in unserem Vaterlande die Unzufriedenheit von Tag zu Tag zunimmt und die Leidenschaften aufflammen. Vor allem muß man diese um jeden Preis beruhigen, damit wir Zeit zu gründlicher Heilung des Uebels gewinnen können." (Ung.)

[2]) Ibidem. „Nur allein die Lage der Honvéds bedroht mit gefährlichen Ausbrüchen." (Ung.)

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

der Beweis dafür, wie schwer die Regelung einer Frage war, die konservative Politiker auf solche Art lösen wollten. Aus bloßer Furcht vor der Revolution hätten sie die Revolution gemacht.“ [1])

* * *

In solchem Sinne äußerte sich Andrássy, da er sehr wohl wußte, daß, gegenüber dem von Perczel am 3. Dezember 1867 erhobenen Rufe nach einem selbständigen Heere, mit dem altkonservativen Programm das Auslangen nicht zu finden sein werde. Kein Zweifel, daß Perczel mit seinem Verlangen nicht vereinzelt dastand. Obgleich der § 11 des Gesetzartikels XII : 1867 die Einheit der Armee ausgesprochen, soll sich doch, und nicht bloß unter den Abgeordneten der Linken, sondern auch unter denen der Deákpartei, eine starke Bewegung für die Zweiteilung des Heeres bemerkbar gemacht haben. Die ungarische, von der österreichischen vollkommen unabhängige Armee sollte ihre eigenen nationalen Fahnen, die Offiziere trikolore (rotweißgrüne) Abzeichen tragen und die Dienstsprache die ungarische sein. [2]) Diese Männer legten den Passus des § 11 des Gesetzartikels XII : 1867, wo es heißt, die ungarische Armee bilde einen ergänzenden Teil der gesamten Armee, dahin aus, daß Ungarn das Recht auf ein selbständiges Heer habe. [3]) Andrássy befand sich unter diesen Umständen in sehr schwieriger Lage. Er fühlte es, daß er, ungeachtet der Verfügung des § 11 über die „einheitliche Leitung, Führung und innere Organisation des gesamten und somit auch des ungarischen Heeres“, die Interpellation Perczels nicht schroff abweisen dürfe. Damit hätte er das, wofür er eintreten wollte, nur verdorben. Deshalb beschränkte er sich auf die Erklärung, daß er nach Einvernehmen mit dem österreichischen Ministerium und nach Anhörung der durch ihr militärisches Wissen hierzu berufenen Abgeordneten so bald als möglich einen Gesetzentwurf

---

[1]) Eigenhändige Bemerkung Andrássys zum Promemoria Somssichs. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Mitteilungen Seiner Exzellenz des Feldzeugmeisters Graf Beck, der damals, als Oberst, Vorstand der Militärkanzlei des Kaisers und Königs Franz Josef I. war.

[3]) Interpellation Perczels bei Lederer, Bd. I, S. 263. Bericht aus Pest, präsentiert 29. November 1867.

über die Neugestaltung der Landesverteidigung dem Reichstage unterbreiten werde.[1]) Die Antwort, mit der er allerdings Zeit zu gewinnen suchte, enthob ihn nicht der Verdächtigung, daß er so gesprochen, um eifrig im Dienste des Hofes tätig sein zu können. Andere wieder behaupteten, er hintergehe und täusche den Monarchen. Man ging sogar so weit, ihn zu beschuldigen, die ganze Perczelsche Interpellation sei eine von ihm mit dem Honvédgeneral abgekartete Sache gewesen, den Kaiser einzuschüchtern.[2]) Andrássy war ein viel zu offener, selbstbewußter Charakter, um mit Hilfe derartiger Mittelchen die Krone beeinflussen zu wollen. Er war wie kein zweiter in der Monarchie dem Kaiser treu ergeben,[3]) stets bereit, dessen Ziele zu fördern. Hielt er diese jedoch für unvereinbar mit den nationalen Lebensinteressen Ungarns, so hätte ihn keine Macht der Erde bestimmen können, mit seiner Ansicht vor der Krone zurückzuhalten. Für den Monarchen, der sich bisher nur Ministern gegenüber befunden, die es nie gewagt, unangenehme Wahrheiten rückhaltlos vor den Stufen des Thrones zum Ausdruck zu bringen, war es etwas ganz Neues, einen Ratgeber vor sich zu haben, der, unbekümmert um seine Stellung, höher als Fürstengunst das Wohl des Staates schätzte. Den Kaiser, selbst ein Mann von Offenheit und Ritterlichkeit, zog diese ungewohnte Erscheinung mächtig an. Bald hatte sich Andrássy durch sein gerades, mit staatsmännischem Blicke gepaartes Wesen das Vertrauen des Herrschers in vollem Maße zu erwerben gewußt. Dem Kaiser konnte es nicht entgehen, einen wie loyalen, aufopferungsvoll ergebenen Minister er an Andrássy besitze. Er war sich bewußt, nie vergeblich an den Rat dieses klugen Staatsmannes zu appellieren. Man kann sich kein idealeres Verhältnis vorstellen, als es sich im Laufe der Zeit zwischen Franz Josef I. und Graf Andrássy herausgebildet hatte. Es beruhte ausschließlich auf der Grundlage vollster gegenseitiger Wahrhaftigkeit im Verkehre, in dessen Verlauf der Monarch den Minister und dieser den Fürsten schätzen und ehren lernte. Nichts ist hierfür bezeichnender, als daß der Kaiser einmal, in einer Stunde überquellenden Vertrauens, zu Andrássy sagte, er brauche einen Minister mit selbständigen Ideen und Selbst-

---

[1]) Lederer, a. a. O., Bd. I, S. 263—264.

[2]) Bericht aus Pest, präsentiert den 20. Dezember 1867.

[3]) Bericht aus Pest, präsentiert den 30. Januar 1868. Er (Andrássy) ist dem Kaiser ergeben wie vielleicht kein Mann im ganzen Reich.

vertrauen, was er an Andrássy besonders schätze, während er bisher diesbezüglich nicht immer Glück gehabt habe.[1]) Franz Josef I. hatte es nie zu bereuen, wenn er dem Rate Andrássys folgte, von dem er wußte, daß sein höchstes Ziel darin bestehe, die Interessen der Dynastie und der Großmachtstellung der Monarchie mit denen Oesterreichs und Ungarns zu vereinen. Auch jetzt, wo es sich um die Regelung einer der wichtigsten Fragen, der Wehrfrage, handelte, sollte es die Krone erfahren, daß sich der ungarische Ministerpräsident nicht von Schlagworten, sondern ausschließlich von den wahren Lebensinteressen der Monarchie leiten lasse. Zur Genüge kannte Andrássy die Gesinnungen des Kaisers. Gestützt auf den § 11 des Gesetzartikels XII : 1867 war dieser gesonnen, seine militärischen Hoheitsrechte unverkümmert aufrechtzuerhalten. Sagte doch eben damals der Monarch zum Generalstabsoberst Grivičić: er sei Ungarn gegenüber in seinen Konzessionen so weit gegangen, als er nur gehen konnte, aber an der Einheit der Armee werde er nicht rütteln lassen.[2]) Mit dieser Denkungsweise mußte Andrássy, der Mitarbeiter des Gesetzartikels XII : 1867 gewesen, unbedingt bei Vorlage des Wehrgesetzes rechnen.

Mit Rücksicht auf eine stetige und jährlich gleichmäßige Heeresergänzung, die weder dem Zufall noch der Willkür überlassen werden durfte, war ein durch die Legislativen beider Staaten der Monarchie zu schaffendes Wehrgesetz ein Gebot unaufschiebbarer Notwendigkeit. Nachdem die vom 28. Dezember 1866 erlassene Wehrordnung infolge der mit Ungarn verabredeten Vereinbarung vom 10. November 1867 zurückgezogen und das alte Gesetz vom 29. September 1858 wiederhergestellt worden, mußte eine Regelung der in vielfacher Hinsicht unhaltbaren Lage herbeigeführt werden. Das war die Ansicht aller maßgebenden Persönlichkeiten. Dafür trat in erster Linie Kriegsminister Freiherr von John ein,[3]) wie auch Erzherzog Albrecht in seiner anonym erschienenen Flugschrift: „Wie soll Oesterreichs Heer organisiert sein?“ [4]) Nicht minder setzte sich hierfür der Monarch

---

[1]) Graf Stollberg an Bismarck, 1. März 1878.

[2]) Bericht aus Pest, präsentiert den 20. Dezember 1867.

[3]) Vortrag Johns vom 26. Dezember 1866, in „Wiener Zeitung“ vom 31. Dezember veröffentlicht.

[4]) Wien 1868.

selbst ein, der zu Gelich, dem Sektionsrat des ungarischen Landwehrverteidigungsministeriums, sagte: Haben Sie Ihr Elaborat fertig? Es ist die höchste Zeit, daß die Wehrfrage auf die Tagesordnung komme.[1]) Auch General Klapka schrieb damals an Andrássy: „Die Lösung der Wehrfrage in Ungarn ist in diesem Augenblicke zu einem unabweislichen dringenden Bedürfnisse geworden. Von ihrer richtigen Entscheidung hängt die dauernde vertrauensvolle Verständigung zwischen der Krone und dem Volke ab.“[2]) Länger konnte es nicht geduldet werden, daß die Festsetzung des zu stellenden Rekrutenkontingentes von dem mehr oder minder günstigen Resultat der Verhandlungen zwischen dem Kriegsminister und dem jeweiligen Leiter des Honvédministeriums abhänge. Das führte nur zu unangenehmen Weiterungen. So verlangte Kriegsminister John, der Andrássy bereits am 30. Juni 1867 einen Wehrgesetzentwurf zur verfassungsmäßigen Behandlung gesandt hatte,[3]) von Ungarn 46000 Rekruten für das Jahr 1868. Andrássy wollte dem Reichstage die Votierung von bloß 38000 Mann vorschlagen. John soll sich förmlich die Füße wundgelaufen haben, um seinen ungarischen Kollegen zu einer Erhöhung des Kontingentes zu bewegen. Der Kriegsminister las ihm seinen Vortrag an den Kaiser vor. In diesem machte er Andrássy für die Schwächung der Armee verantwortlich, falls der Wiener Reichsrat dem Beispiele Ungarns folgen sollte. Der ungarische Ministerpräsident, der von John mit Unrecht keine besonders hohe Meinung hegte, ihn bald einen Feldwebel, bald einen Korporal nannte, entgegnete diesem, er möge mit seiner Anklageschrift nur ohne weiteres vor den Kaiser treten und, wofern es ihm beliebe, den Erzherzog Albrecht nur recht gegen ihn hetzen. Er, Andrássy, habe gar keine Lust, einiger tausend Rekruten wegen äußerst wichtige politische Rücksichten zu opfern. Der Monarch, dem Andrássy seine Gründe auseinandersetzte, entschied gegen John für die Forderung von 38000 Rekruten.[4]) Wie sehr der Ministerpräsident im Rechte war, nicht in das von John gestellte Verlangen einzugehen, bewies die Haltung der Komitate in dieser

---

[1]) Bericht aus Pest, präsentiert den 20. Dezember 1867.

[2]) Klapka an Andrássy, Pest, 28. November 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) John an Andrássy, Wien, 17. Juli 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[4]) Bericht aus Pest, präsentiert den 29. November 1867.

Frage. Sie wollten von einer Rekrutierung vor Sanktion eines neuen Wehrgesetzes überhaupt nichts wissen. Selbst das Gömörer Komitat, an dessen Spitze als Obergespan Graf Emanuel Andrássy, ein Bruder des Ministerpräsidenten, stand, protestierte gegen die Rekrutierung.[1])

Mittlerweile hatte der Chef der Militärkanzlei, Oberst Beck, dem Kaiser ein von ihm verfaßtes Memoire überreicht, in welchem er gegen das damals noch immer an der Tagesordnung befindliche Verlangen nach Zweiteilung der Armee Einspruch erhob. Er ging dabei von der Ansicht aus, daß „jeder Staatsmann und freiblickende gute Patriot“, der nicht vom kleinlichen Geist des Partikularismus und des Nationalitätendranges befangen sei, wohl erkennen müsse, wie gerade die von innen und außen bedrohte Existenz der Monarchie eines geschulten, zahlreichen und einheitlichen Heeres bedürfe. „Mit der Erfüllung der Forderung der Zweiteilung,“ sagt Beck, „schafft man ein Nationalheer, das in der kürzesten Zeit von Böhmen, Galizien, Kroatien gefordert und folgerichtig diesen Ländern auch gewährt wird werden müssen. Nicht weiter ließen sich die einheitliche Bewaffnung und Ausrüstung der Armee aufrechterhalten. Selbst das freundlichste Entgegenkommen beider Kriegsminister vermöchte nicht die Gegensätze auszugleichen, die mit der Zeit auf der Oberfläche erscheinen würden. Das Heer, bald ins Privatleben hineingerissen, könnte sich nicht mehr politischer Meinungsäußerungen entschlagen, infolgedessen es aufhören müßte, eine Stütze des Thrones und der Monarchie zu sein; vielmehr würde es zum Spielball politischer Leidenschaften werden. Welches Ministerium,“ fragt der Chef der Militärkanzlei, „könnte als Bürge dafür dienen, daß die jetzige gemäßigte Mehrheit des ungarischen Reichstages die Oberhand behalte und nicht schon bei den nächsten Wahlen die äußerste Linke zur Macht gelange, die mit den extremsten Forderungen hervortreten werde?“ Oberst Beck zog auch die allgemeine politische Lage in den Bereich seines Beweismaterials für die Notwendigkeit der Erhaltung der einheitlichen Armee. „Mit dem Moment,“ lauten seine Worte, „wo Kroaten, Rumänen, Serben gezwungen werden sollten, von Ungarn militärische Gesetze und Sprache zu empfangen, werden sie alle lieber den alten Rassenkampf neu aufnehmen als sich unterwerfen. Sie stehen nicht mehr allein wie 1848, sondern stützen sich auf das wohlgerüstete Serbien —

---

[1]) Bericht aus Pest, präsentiert den 20. Dezember 1867.

das Arsenal Rußlands — und auf das zum Kriege geneigte rumänische Fürstentum; Rußland selbst aber wartet nur auf den ersten Schuß an der unteren Donau, um im Bunde mit allen slawischen Nationen über Oesterreich herzufallen und den großen Krieg zur Lösung der orientalischen Frage zu beginnen.“ Oberst Beck glaubte all dem gegenüber seine warnende Stimme erheben zu müssen. „Jede Erschütterung,“ heißt es im Memoire, „die Oesterreich trifft, fällt auf Ungarn zurück, und dieses müßte an dem Tage zusammenbrechen, an dem der Grabgesang für die Monarchie erschallen würde.“ Seiner Ansicht nach sollten daher die Ungarn anstatt durch unerfüllbare Wünsche immer neue Verlegenheiten zu bereiten, vielmehr helfen, den Groll zu bannen, der seit ihrer Sonderstellung in den übrigen Nationalitäten der Monarchie aufgekeimt ist. „Zumal,“ so schließt Beck, „die Honvéds, welche erst kürzlich bei feierlichem Anlasse vor den Augen der ganzen Welt unzweifelhafte Beweise kaiserlicher Huld erhalten, mögen mit Vertrauen ihr Schicksal in die Hände ihres Herrschers legen und die ihm erneut gelobte Treue dadurch bewähren, daß sie ihr Streben mit dem der Regierung vereinen, um Oesterreich groß und stark zu machen und in die Lage zu setzen, den Kampf aufzunehmen, den die nach seinen herrlichen Ländern lüsternen Gegner vorbereiten.“ [1])

Der Kaiser übergab die Denkschrift des Chefs seiner Militärkanzlei dem Grafen Andrássy. Beck war durchdrungen davon, daß sie dazu beigetragen, „diesen“ — wie er von dem Ministerpräsidenten äußert — „verständigen und für die Großmachtstellung der Gesamtmonarchie empfänglichen Staatsmann“ teilweise wenigstens für seine Anschauungen zu gewinnen. Dies zeigte sich sofort in einer Unterredung, die Beck in Ofen mit Andrássy hatte, bei der, wir wissen nicht aus welchem Grunde, als Zeugen des Ministerpräsidenten Baron Majthény und als solcher des Chefs der Militärkanzlei der Generaladjutant Graf Bellegarde fungierten. Bei der Zusammenkunft forderte Andrássy in ganz kategorischer Weise, als Ersatz für die ungarische Armee, die Schaffung einer Honvédtruppe. Somit hatte man zu wählen zwischen der Zweiteilung der Armee oder deren Einheit, an die sich eine zweite aus Honvédtruppen bestehende Linie schließen sollte. Oberst Beck entschied sich, seiner Ansicht nach, für das kleinere Uebel, um

---

[1]) Denkschrift Becks, Ofen, 27. November 1867. Ungedruckt.

das einheitliche Heer zu retten. Da er aber Ungarn doch nicht das Privilegium einer eigenen nationalen Armee lassen wollte, so plädierte er dafür, daß auch in Oesterreich eine den Honvéds gleiche Truppe unter der Bezeichnung: „k. k. Landwehr" ins Leben gerufen werde.[1])

Die große Frage war nur, wie sich die vom Kaiser einberufene und aus den hervorragendsten Generalen zusammengesetzte Kommission zu der äußerst wichtigen, in Schwebe befindlichen Angelegenheit verhalten werde. Ohne Kenntnis der Vereinbarungen zwischen Andrássy und Beck[2]) sollten die Führer der Armee ihre Meinung über die Grundprinzipien der zu treffenden neuen Organisation der Wehrkraft äußern. Oberst Georg Grivičić hatte die Anregung zum Zusammentritt der sogenannten „Generalskommission" gegeben. Er war von John nach Pest gesandt worden, um mit Andrássy und dem Sektionsrat Gelich über das Wehrgesetz zu unterhandeln. Der Oberst hielt die einzelnen Punkte eines ihm von ungarischer Seite vorgelegten Entwurfes für vollkommen unannehmbar, wollte jedoch die Verantwortung für dessen Ablehnung nicht allein auf sich nehmen. Deswegen hatte er die Einberufung der „Generalskommission" beantragt. Johns Rücktritt (18. Januar 1868) veranlaßte die Vertagung der Beratungen der Heerführer. Verschiedene Umstände hatten den Kriegsminister zur Bitte um Enthebung von seinem Posten bewogen. Vor allem die Erkenntnis, daß es ihm dem ungarischen Widerstande gegenüber nicht möglich sein werde, seine Pläne durchzusetzen. Dann drückte ihn auch die Besorgnis, kein genug parlamentarisch geschulter Redner zu sein, um die dem Kriegsbudget drohenden Abstriche in den bevorstehenden Delegationen verhindern zu können. Nicht zuletzt waren es Differenzen mit Erzherzog Albrecht und Graf Andrássy, die John amtsmüde werden ließen.[3]) Nachfolger des bedächtigen Kriegsministers, der das Wort aussprach: „Der Geist ist die wirksamste Waffe des Heeres", war Freiherr von Kuhn, dessen Name mit dem Wehrgesetz von 1868 aufs innigste verknüpft ist. Nachdem er sich 1848/49 seine ersten Lorbeeren auf den Schlachtfeldern Italiens geholt, erwarb er sich 1866 durch die Verteidigung Südtirols den Ruf eines Meisters des Gebirgskrieges. Er war ein echtes Soldaten-

---

[1]) Nach Mitteilungen des Feldzeugmeisters Graf Beck.

[2]) Siehe Horsts Bemerkung bei Friedjung, „Julius Freiherr von Horst", S. 46.

[3]) Berichte aus Pest, präsentiert den 30. Januar und den 10. Februar 1868. Ueber die Ursache des Rücktrittes Johns siehe den, wie es scheint, inspirierten Artikel der „Presse" vom 21. Januar 1868.

kind aus der Schule Radetzkys. Seine als Troupier vernachlässigte Bildung suchte er durch nachträgliches Selbststudium zu ergänzen, weshalb ihn der Wiener preußische Botschafter, General Schweinitz, einen geistreichen Autodidakten nannte.[1]) Der Preuße fand es für viel zu gefährlich, das Heer, wie er sagt, einem Manne anzuvertrauen, der infolge von Nichtschulung allerlei Theorien huldigte, seine Ansichten auf Physik und Psychologie gründete und seine Vorbilder dem nordamerikanischen Kriege entlehnte.[2]) Mochte Kuhn dem in strenger geistiger Zucht aufgewachsenen preußischen General als gefährlicher Dilettant in Kriegssachen erscheinen, so brachte er doch in das ihm übertragene Amt eine für jene Zeiten hochbedeutsame Eigenschaft mit. Aus einem Gegner aller modernen Ideen[3]) hatte er sich zu einem Freunde des Fortschrittes durchgerungen.[4]) Nun war er für Neuerungen empfänglich, wie sie damals, gegenüber den veralteten Traditionen der österreichischen Armee, als unbedingt nötig erachtet wurden. Verstand man es, ihn zu behandeln, so konnte er selbst für solche Reformen gewonnen werden, die ihm wider den Strich gingen. Ursprünglich war es ihm ganz gleichgültig, woher die Heereskraft stamme, ob sie auf dem Wege der allgemeinen Wehrpflicht oder mittels der bisherigen üblichen Rekrutierungsweise gebildet werde.[5]) Er wollte nur eine tüchtige, schlagfertige Armee zur Verfügung haben. Allmählich jedoch bekannte sich Kuhn zu den Prinzipien der allgemeinen Wehrpflicht mit Ausschluß des Loskaufes durch Geld, wofür er anfangs eigentlich eingetreten war. Leicht war es freilich nicht, diesen General auf die richtige Fährte zu bringen. Es hat vielleicht keinen widerhaarigeren Minister gegeben, als es Feldzeugmeister Kuhn war. Er liebte es, den Unzugänglichen herauszukehren, um nur ja nicht als von Gefühlswallungen beherrscht zu erscheinen. Darum hatte er sich eine kurz angebundene, knorrige Sprechweise angewöhnt,[6]) die auf Fremde, die keinen Einblick in sein Seelenleben erhielten, den Eindruck machen sollte, als hätten sie es mit einem rüden, ungemein brutalen Menschen zu tun. Die ihn näher kannten, wußten nur zu gut, daß hinter dieser rauhen Brust ein edles, wohlwollendes Herz schlage, daß er, selbst wenn sein großes,

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 2. Mai 1870.
[2]) Ibidem.
[3]) „Erinnerungen" des Ludwig Ritter von Przibram, 1909, S. 222.
[4]) Auspitz, „Aus bewegter Zeit", S. 130.
[5]) Przibram, a. a. O., S. 222.
[6]) Ibidem.

schwarzes Auge finster rollte und seine Stirne sich runzelte, weder Haß noch Rachgier empfand.[1]) Er war nur eine rücksichtslos temperamentvolle Natur, die am liebsten alles, ohne vieles Federlesen, übers Knie gebrochen hätte. Eine wertvolle Ergänzung seines ganzen Wesens fand Kuhn in seinem vornehmsten Mitarbeiter, in dem Oberstleutnant Julius Horst, dem Vorstand der zweiten Abteilung (Heeresorganisation) im Kriegsministerium. Stieß der Kriegsminister durch leidenschaftliche Ungestümheit ab, so eroberte sich Horst dagegen die Menschen durch eine Geradheit, die nie verletzte, und durch eine gewisse Jovialität, die den Verkehr mit ihm sehr angenehm machte. Was ihm, ausgezeichnet durch eine ungetrübte Beobachtungsgabe und gesundes Urteil, in ernster, schwerer Arbeit zur Ueberzeugung geworden, bekannte er ohne Scheu mit frischem, frohem Mannesmut.[2]) Manch harten Strauß hatte er für seine Anschauungen betreffs des Wehrgesetzes mit Deák und Andrássy zu bestehen. Für Horsts Eigenart ist es bezeichnend, daß ihn Deák nach einer heftigen Debatte, in der sie hart aneinander geraten waren, herzlich umarmte und auf die Stirne geküßt haben soll.[3]) Kuhn und Horst traten in der „Generalskommission“ für die ungeschmälerte Erhaltung der einheitlichen Armee ein. Die Konferenzen der Generale gewähren ein ebenso charakteristisches wie deutliches Bild der Stimmungen und Anschauungen, wie sie damals in den höchsten militärischen Kreisen über die brennendste und wichtigste Frage des Tages herrschten. Die Kommission war berufen, die Grundlage für die Entschließungen des obersten Kriegsherrn zu schaffen. Ihre Aufgabe war es, die Entscheidung über Einheit oder Zweiteilung der Armee vorzubereiten. Ebenso sollte ihr Wort maßgebend dafür sein, ob in Oesterreich und Ungarn Landwehren im Sinne der zwischen Andrássy und Oberst Beck getroffenen Vereinbarung zu errichten seien oder das im Horstschen Entwurfe vorgeschlagene System der Reserven beizubehalten wäre. In Horsts „Denkschrift zu dem Wehrgesetzentwurfe“ heißt es: „Die Landwehr, aus nationalen Körpern bestehend, ist ein integrierender Teil des Heeres; sie bildet die strategische Reserve für die Feldarmee zur Verteidigung der Gesamtmonarchie, steht daher mit der Feldarmee

---

[1]) Auspitz, a. a. O., S. 130.

[2]) Przibram, „Erinnerungen“, und Friedjung, „Julius Freiherr von Horst“ Wien 1906.

[3]) Briefliche Mitteilung der Baronin Julie Horst, der diese Szene von ihrem Vater selbst erzählt wurde.

in inniger Beziehung, und durch ihre Errichtung sollen im Frieden die Steuerzahler sowenig als möglich belastet, die Landwehrmänner selbst in ihren bürgerlichen Verhältnissen so selten als möglich gestört werden.“ Seiner Ansicht nach habe die Landwehr aus der Feldarmee hervorzugehen, „sie muß,“ wie sich Horst ausdrückt, „ihre nahe Verwandtschaft zu dieser behalten, wie diese andererseits in der Landwehr jene alten Waffenbrüder — gleichsam ihre Vorfahren — zu ehren hat, die sich bereits den Anspruch auf eine gewisse Schonung erworben haben, auf deren tatkräftige Unterstützung im Unglücke sie aber mit voller Sicherheit rechnen kann. Der enge Zusammenhang,“ fährt er fort, „mit der Feldarmee ist sohin eine psychologische Notwendigkeit, will man ein erfolgreiches Zusammenwirken beider Heeresteile sichern, und daß ein solches Zusammenwirken ein unbedingt notwendiger Faktor im Kriege ist, das ist doch wohl über jeden Zweifel erhaben.“ Mit aller Verve trat Horst für die unbedingte Aufrechterhaltung der Gemeinsamkeit der Armee ein; er bekämpfte die Schaffung nationaler Landwehren, die geeignet wären, „das Volksbewußtsein, auf welches sich doch hauptsächlich die Möglichkeit einer erfolgreichen gemeinsamen Verteidigung basiert, zu verwirren“. „Die Verfassung beider Reichshälften,“ betont er aufs nachdrücklichste, „und jene der Gesamtmonarchie (die Ausgleichsgesetze), in welchen die Rechte der Geld- und Rekrutenbewilligung und eine strenge Ministerverantwortlichkeit gewährleistet sind, dürften denn doch hinreichende Garantien bieten, daß das einheitliche Heer einzig und allein im gemeinsamen Interesse und zur gemeinschaftlichen Sicherheit verwendet werden könne.“ [1]) Ueber die hier angeregten Fragen entbrannte in der „Generalskommission“ ein heftiger Kampf. Viele Mitglieder derselben wollten absolut nichts von Nachgiebigkeit gegenüber Ungarn hören. Einig waren alle nur in der entschiedenen Stellungnahme für die unversehrte Erhaltung der Einheit der Armee.

Die „Generalskommission“ [2]) begann ihre Beratungen unter dem Vorsitz des Kriegsministers Kuhn am 29. Januar 1868. Es

---

[1]) Die „Denkschrift“ ist veröffentlicht in der militärischen Zeitschrift „Der Kamerad“, 9. Juni 1868, aber nicht unter dem Namen Horsts, sondern als Schrift des Kriegsministers Kuhn.

[2]) Zu den Mitgliedern der Kommission gehörten außer dem Kriegsminister Kuhn noch: die Feldmarschalleutnants Josef Ritter von Schmerling, Wilhelm Freiherr von Ramming, Karl Graf Bigot de St. Quentin, Josef Freiherr von Maroičić, Ludwig Freiherr von Gablenz, Ernst Hartung, Tassilo Graf

wurden ihr fünf Fragen vorgelegt, von denen sich die erste auf die zur Verteidigung der Großmachtstellung der Monarchie nötige Stärke des Heeres bezog. Sie fand rasche Erledigung. Nach kurzer Verhandlung stimmten die anwesenden Generale mit ihrem Chef darin überein, daß ein Heer von 800000 Mann erforderlich sei — eine Zahl, die sich auf die Armeereformen der anderen großen Staaten gründete. Außerdem wurde noch eine Defensivreserve von 200000 Mann taktisch gegliederter und geschulter Truppen beansprucht. Von größter Wichtigkeit war die zweite Frage, deren Beantwortung in innigster Beziehung zu den Wünschen Ungarns stand. Es handelte sich hierbei um die innere Gliederung der Armee in Linie, Reserve und Landwehr bzw. Seewehr. Bei dieser Frage gelangte sofort die in Ungarn an der Tagesordnung befindliche, insbesondere durch die Zeitung „Honvéd" betriebene Agitation für die Trennung der Armee zur Sprache, die neue Nahrung fand in der nicht ganz präzisen Fassung des 1867er Gesetzartikels XII betreffs Militärangelegenheiten.[1]) Man war wenig erbaut davon, daß Andrássy als Leiter des Landesverteidigungsministeriums auf die zu bildende Landwehr maßgebenden Einfluß anstrebe. Die hierfür vom ungarischen Ministerpräsidenten angeführten Gründe erfreuten sich geringer Zustimmung von seiten der hohen militärischen Würdenträger. Sie wollten es nicht als stichhaltig anerkennen, daß Andrássy, wie er behauptete, eventuelle Unruhen in Ungarn nur mit heimischen Landwehrtruppen, nie aber mit österreichischen Soldaten dämpfen dürfe, da sonst sein Sturz sofort erfolgen müßte. Man hatte Angst, dem ungarischen Ministerpräsidenten, in seiner Eigenschaft eines Leiters des Landesverteidigungsministeriums, eine seinen Befehlen unterstehende Truppe in die Hand zu geben. Deshalb erregte die Errichtung einer eigenen ungarischen Landwehr heftigen Widerspruch. Wohl wurde gesagt, die Zufriedenheit der Völker bilde die Grundlage der Kriegsbegeisterung und Opferfreudigkeit, daher auch den Forderungen Ungarns innerhalb vernünftiger Grenzen und der Wahrung der Einheit der Armee entsprochen werden solle. Es ward auch als Bürge für die Ungefährlichkeit

---

Festetics, Rudolf Freiherr von Roßbacher, Josef Freiherr von Philippović, Leopold Graf von Edelsheim-Gyulai, Karl Möring, die Generalmajore Josef Gallina, Georg Grivicić, Generalkriegskommissär August Früh, die Obersten Arthur Graf Bylandt-Rheidt, Ludwig Reitz. Als Protokollführer fungierte Major Julius Horst.

[1]) Das war die Ansicht Andrássys selbst.

der von Andrássy verfolgten Pläne auf dessen loyalen und ehrlichen Charakter hingewiesen. Das vermochte aber nicht die Stimme jener Generale zum Schweigen zu bringen, die in einer ungarischen, vom Landesverteidigungsminister abhängigen Landwehr die gefährlichste Waffe gegen den Bestand der Monarchie erblickten. Sie sagten, die Bildung der Landwehr im ungarischen Sinne werde gewiß zu nationalen Truppenkörpern führen. Fordere man von ihnen nur darum die Befriedigung der ungarischen Linken, um den Sturz des Ministeriums Andrássy zu verhüten, so werde dies sicherlich die „Pannonisierung Oesterreichs" bewirken und den „Schmerzensschrei" der Westhälfte der Monarchie auslösen. Ihre Aufgabe, betonten diese Generale, könne es doch nicht sein, zu verhindern, daß Tisza und Ghyczy — die Führer der ungarischen Linken — Minister werden. Ein Kabinett der Rechten, ließen sie sich vernehmen, das zu dem gefährlichen Experiment der Befriedigung der Linken seine Zuflucht nehmen muß, um sich zu erhalten, verdiene gar nicht, gestützt zu werden. Es wäre ganz gut, daß die Oppositionellen die Maske lüften müßten, um zu zeigen, wohin ihr Streben ziele. Bald würden sie sich überzeugen müssen, daß gewisse Dinge doch nicht zu erreichen sind. „Ich setze," sagte ein Kommissionsmitglied, „nicht den geringsten Zweifel in die Ehrenhaftigkeit des Grafen Andrássy, in seinen guten Willen, in die Aufrichtigkeit seiner Versprechungen, nehme mir jedoch die Freiheit, daran zu erinnern, wie auch der König von Preußen in Gastein die friedlichsten Versicherungen gab und zuletzt dennoch einen Krieg mit Oesterreich führte." Alle Kautelen, Klauseln und Vorsichten, mit denen die verlangten Konzessionen umgeben werden sollten, vermochten für diesen General und dessen Gesinnungsgenossen den „stacheligen Igel", wie er sich ausdrückte, nicht „anfaßbar" zu machen. Indem diesen Ausführungen gegenüber darauf verwiesen wurde, Ungarn werde für den Fall der Ablehnung der geforderten Zugeständnisse zur Errichtung von Nationalgarden schreiten, die ein General für viel gefährlicher erklärte als die Bewilligung der Landwehr, war ein anderer militärischer Würdenträger der entgegengesetzten Ansicht. Einige Mitglieder der Kommission waren geneigt, Ungarn eine Organisation nach dem Muster des Tiroler Landwehraufgebotes zu gewähren, wie es auch Oesterreich für sich wünschte. Dagegen warnten manche Generale vor allzu großer Opposition gegenüber den Ansprüchen Ungarns und sagten es frei heraus, man müsse diese Dinge nicht bloß vom Standpunkte des „grauen Rockes"

(die Farbe des Generalsrockes), sondern von dem des Staatsmannes aus betrachten. „Es ist und bleibt ein Unglück,“ äußerte ein der gemäßigten Partei angehöriger Feldmarschalleutnant, „aber man kann die Honvédfrage eben nicht umgehen, und besser ist es doch gewiß, die Armee reißt die Honvéds an sich, bringt sie unter den Fahneneid, unter die strengen Satzungen der militärischen Disziplin und Standesehre, macht sie sohin unschädlich, als daß die Honvéds, durch ihre Zurückweisung verbittert, nicht nur eine Parallelarmee, sondern geradezu eine feindliche Honvédarmee zustande bringen. Seine Majestät,“ schloß er, „hat bereits Männer zu Räten der Krone ernannt, die Honvéds waren und als solche verurteilt wurden. Man kann doch nicht kaiserlicher sein wollen als der Kaiser selbst.“ Nach langen Debatten einigte sich die Majorität der „Generalskommission“ für die Errichtung einer stramm organisierten Landwehr, die aus den Soldaten der gemeinsamen Armee nach deren vollendeter Reservepflicht hervorgehen sollte. Die Mehrheit war dafür, daß dem ungarischen und österreichischen Landesverteidigungsministerium ein beschränkter Einfluß zu gestatten sei. Nur die Verpflegung, Unterkunft und Adjustierung sollte ihnen obliegen. Nicht einmal im Frieden wollte man ihnen die Verwendung der Landwehr bewilligen. Für den Fall von Unruhen im Innern hätte sich der Landwehrminister an den Kriegsminister um dessen Zustimmung zur Einberufung zu wenden, die von diesem, nach eingeholtem Befehl des Kaisers, zu erteilen wäre. Gegen die nationale Adjustierung wurde kein Einwand erhoben. Kommando und Fahnen dürften jedoch nicht vom Kommando und den Fahnen der gemeinsamen Armee unterschieden sein. Aufs unzweifelhafteste ward es ausgesprochen, daß die Landwehr stets unter dem Befehle des gemeinsamen Kriegsministers zu stehen habe. Denn, so sagte man, wenn ein integrierender Teil der Armee, er heiße, wie er wolle, unter dem Kommando des ungarischen Landesverteidigungsministeriums stehe, so ist damit der Keim zu einer ungarischen Nationalarmee gelegt. Dies müsse unter allen Umständen verhindert werden, da die Einheit des Heeres die letzte Säule der Gesamtmonarchie bilde. [1])

Es war vorauszusehen, daß Andrássy sich mit diesem Ergebnis der Beratungen der Generale nicht begnügen und gegen

[1]) Die Darstellung der in der „Generalskommission“ herrschenden Stimmung beruht auf vollkommen verläßlichen, bisher ungedruckten Angaben.

deren Votum aufs entschiedenste Stellung nehmen werde. Es wehte kein günstiger Wind für eine Verständigung. Die äußerste Linke entfaltete eine intensive Tätigkeit gegen die einheitliche Armee. Selbst Deákisten waren der Ansicht, man müsse die Forderungen in der Wehrfrage ziemlich hoch spannen.[1] Auf der anderen Seite ereigneten sich Vorfälle, die gleichfalls nicht danach angetan waren, den Geist der Versöhnung zu fördern. Graf Neipperg, der Kommandierende von Preßburg, hatte die Einladung zu einem vom dortigen Honvédverein veranstalteten Balle für sich und das Offizierkorps mit der Begründung abgelehnt, die Honvédvereine seien der Armee feindlich gesinnt.[2] So sehr war die Abneigung gegen die Honvéds verbreitet, daß es hieß, Erzherzog Albrecht wolle zu dem eben in Pest weilenden Monarchen reisen, um ihn zu einer energischen Kundmachung zugunsten der Einheit des Heeres zu veranlassen.[3] Sie kam nicht vom obersten Kriegsherrn, sondern aus jenen Kreisen, die sich mit den neuen Verhältnissen noch immer nicht befreunden konnten. Der Hieb, der im Interesse der Einheit des Heeres geführt wurde, hätte leicht gerade deren Aufrechterhaltung wie überhaupt dem ganzen Wehrgesetz sehr gefährlich werden können. Die maßgebenden Militärs waren erbittert darüber, daß der Abgeordnete Emerich Ivánka, der früher kaiserlicher Offizier gewesen und nunmehr den Charakter eines Honvédobersten führte, in einer Sitzung der damals in Wien tagenden ersten ungarischen Delegation scharfe Angriffe gegen die Armee gerichtet hatte, deren Einheit nur auf dem Papier bestünde. Das wollte man nicht auf sich sitzen lassen. Als nun am 11. März, nach den Reden Andrássys und des Ministerialreferenten Falke von Lilienstein über die auswärtige Politik, die Sitzung geschlossen werden sollte, erhob sich noch in letzter Minute Generalmajor Georg Grivičić.[4] Der ungarischen Sprache mächtig, hatte ihn Feldzeugmeister Kuhn als seinen Dolmetsch in die ungarische Delegation entsandt. In Grivičić, der zu den begabteren Generalen zählte, war erst vor kurzem eine bedeutungsvolle Wandlung vor

---

[1]) Bericht aus Pest, präsentiert den 11. März 1868.

[2]) Werther, 19. Februar 1868.

[3]) Bericht aus Pest, präsentiert den 16. März 1868.

[4]) Ueber Grivičić, der seinem Leben durch einen Pistolenschuß ein Ende machte, siehe „Neue Militär-Zeitung" vom 7. September 1870, 1. und 11. November 1871.

sich gegangen. Als Vertreter Johns in den Unterhandlungen mit Andrássy hatte er große Mäßigung bekundet. Noch in der „Generalskommission" wirkte er anfangs in versöhnlichem Geiste und für die Gewährung weitgehender Konzessionen. Die Aeußerungen einiger intransigenter Generale hatten aber so tiefen Eindruck auf ihn geübt, daß er seinen bisherigen Standpunkt aufgab und erklärte, nunmehr nur für das strengste Festhalten an dem Prinzipe der Einheit zu stimmen, komme, was da wolle.[1]) Ihn, der in der hierzu richtigen Verfassung war, hatte man jetzt auserkoren, ohne alle Veranlassung, eine Philippika gegen das neue System vom Stapel zu lassen. Er sagte: wohl ist es wahr, daß die Armee zweimal unglücklich gewesen, die Hauptschuld daran treffe jedoch die innere Politik. Der Ruf nach Reformen sei berechtigt, doch müsse es dafür eine Grenze geben, und diese heiße: die Armee und deren Einheit. „Der Herr Kriegsminister," sprach er, „läßt offen und ernst erklären, daß er die Einheit der Armee nie opfern, zur Zweiteilung der Armee nie die Hand bieten und hierzu nimmer seine Zustimmung geben kann." (Fortwährende lebhafte Unruhe.) „Das Glück des gemeinsamen Herrschers und des gemeinsamen Vaterlandes wünschend," betonte der General aufs nachdrücklichste, „lebt und stirbt jeder k. k. Soldat für den von ihm geliebten österreichischen Kaiser und für das österreichische Reich, durchdrungen von der Ueberzeugung, daß er auf diese Weise am besten seine Liebe bekundet für das Glück jeder Hälfte, jedes Landes und jeder Provinz der Monarchie. Die Armee," setzte er fort, „ehrt jedes Recht, sie verlange aber, daß auch sie in ihren Gefühlen nicht verletzt werde; das Heer bedaure die Honvédoffiziere, die der 1848er Erregung zum Opfer fielen; die Einheit sei das einzige Bollwerk gegen die Wiederkehr solcher Ereignisse. Ohne Oesterreich," sagte er noch, „würde auch das Reich nicht verteidigt sein. Auch in Ungarn gibt es verschiedene Nationen, die nur auf der Basis eines kräftigen und lebensfähigen Oesterreichs ihre Zustimmung zu einem aufrichtigen und dauernden Ausgleich geben." (Lebhafte Bewegung.) „Die Einheit der Armee bildet daher die Sanktion unseres gemeinsamen glücklichen Lebens." (Allgemeine Unzufriedenheit.)[2]) Die ganz unerwartete, von den krausesten staatsrechtlichen Begriffen er-

---

[1]) Ungedruckte Aufzeichnung.

[2]) „Journal der ungarischen Delegation" 1868. Sitzung vom 11. März. (Ung.)

füllte Ansprache rief geradezu verblüffende Sensation unter den ungarischen Delegierten hervor. Das ganze Vorgehen dieses Generals, der jetzt offen bekannte, nur einen Kaiser und keinen König von Ungarn zu kennen, war um so merkwürdiger, als er sich bis zu diesem Zeitpunkte durch seine in korrektem Ungarisch gehaltenen Ausführungen selbst unter den der äußersten Linken angehörenden Deputierten Sympathien zu erwerben gewußt hatte.[1]) Alle Delegierten, selbst die der konservativsten Richtung angehörenden, faßten den einmütigen Beschluß, Wien unmittelbar zu verlassen, wofern Kuhn nicht alles zurücknehme, was sein Vertreter vorgebracht.[2]) Schriftführer Rajner bemerkte nach der Rede Grivičićs gegenüber dem Kriegsminister: „Unser Patriotismus hat Sie und Ihre Leute einen Dr . . . zu kümmern.“[3]) Der Vorfall machte den Eindruck einer vorher abgekarteten Demonstration, der noch dadurch verstärkt wurde, daß Beust, gerade bevor sich der General erhoben, den Sitzungssaal verlassen hatte.[4]) Kuhn, der jedenfalls davon Kenntnis gehabt, suchte das Ganze damit zu entschuldigen, daß Grivičić zu einer solchen Rede gar nicht berechtigt gewesen. Dieser selbst soll nachher gesagt haben, daß er nur einem höheren Auftrage gehorchte, es sich überhaupt nur darum handelte, ob die von ihm vertretene Kundgebung schon jetzt oder erst später zu erfolgen habe. Nun wollte man auch mit voller Bestimmtheit wissen, daß Grivičić seine Rede schon vierundzwanzig Stunden früher, bevor er sie in der Delegation hielt, dem Erzherzog Albrecht unterbreitete, und sie von diesem auch gutgeheißen worden war.[5]) Andrássy trachtete die augenscheinliche Gefahr, die in dem Vorgang für den Bestand des Ausgleiches lag, auf der Stelle zu paralysieren. Ein in so unverantwortlicher Weise vom Zaun gebrochener Zwischenfall konnte die Delegation sprengen, die seit dem Ausgleiche von 1867 zum erstenmal über die gemeinsamen Angelegenheiten beriet. Sofort war er daher zum Kaiser geeilt, um Abhilfe zu bewirken. Zwischen dem Monarchen und

---

[1]) Várady, „Reichstagsbriefe“, Bd. II, S. 77, 80, 166 f. (ung.).

[2]) Bericht aus Pest, präsentiert den 16. März 1868. Siehe auch Várady, a. a. O., Bd. II, S. 174.

[3]) Mündliche Mitteilung Kónyis, der diese Worte als Ohrenzeuge vernommen.

[4]) Idem.

[5]) Bericht aus Pest, präsentiert den 16. März 1868. Das Fazit ist, daß General Grivičić im Auftrage des Erzherzogs Albrecht sprach, dem er seine Rede 24 Stunden früher schriftlich überreicht hatte.

dem ungarischen Ministerpräsidenten war vereinbart worden, die anstößigen Stellen aus der Rede des Grivičić einfach wegzulassen.[1] Da dies aber nicht recht zu erreichen war, wurde bestimmt, daß der General fernerhin nicht mehr in der Delegation erscheine und anstatt seiner Oberstleutnant Ghyczy, ein Kernmagyar, den Minister vertrete.[2] Im Sinne eines zwischen Andrássy und Kuhn festgestellten Textes[3] sollte Ghyczy die Rede des Grivičić desavouieren. Durch den Mund des Oberstleutnants ließ Kuhn am 13. März in der ungarischen Delegation auch erklären, er bedaure die von Grivičić gebrauchten, die staatsrechtliche Stellung Ungarns verletzenden Ausdrücke und werde stets das Gesetz strenge achten; demgemäß solle die Wehrfrage, soweit sie Ungarn betreffe, auch nur im Pester Reichstage ihre Lösung finden. Ghyczy versicherte noch, daß Kuhn, laut dem Texte des Gesetzartikels XII : 1867, die Einheit der Armee in der Weise auffasse, daß deren Leitung, Führung und innere Organisation eine einheitliche sein müsse.[4] Die Versicherung hatte den Erfolg, daß die ungarischen Delegierten ihre Absicht aufgaben, Wien zu verlassen und hierdurch die Fortsetzung der Verhandlungen zu hindern. Doch wahrten sowohl Tisza als auch Perczel ihren Standpunkt, wonach sie keine gegen die Gesetze verstoßende Teilung der Armee, sondern die Aufstellung eines durch die Gesetze garantierten ungarischen Heeres wünschen. Der Sturm, der alles umzustürzen drohte, war für den Moment beschwichtigt. Nach der eklatanten Niederlage der Gegner des neuen Systems war wohl für längere Zeit kein weiterer Angriff von der Militärpartei auf die durch den Ausgleich von 1867 sanktionierte staatsrechtliche Stellung Ungarns zu befürchten. Im Gefühle seines Triumphes schrieb damals Andrássy an seine Frau: „Sie haben sich sicher wegen des Intermezzos Grivičić Sorgen gemacht. Er wollte die Rolle des Jellačić übernehmen. Morgen werden Sie seine Rede in den Zeitungen lesen können. Mir bereitete er vierundzwanzig schreckliche Stunden. Aber der Sieg ist vollkommen, und der Jellačić hat fausse couche gemacht.

---

[1] Mündliche Mitteilung Kónyis.

[2] Ueber dessen sympathisches, kluges Auftreten siehe Várady, a. a. O., Bd. II, S. 186.

[3] Andrássy an seine Frau. Undatiert. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy. Auch Werther, 14. März 1868, bemerkt, daß die Erklärung offenbar mit dem Grafen Andrássy vorher vereinbart worden.

[4] „Journal der ungarischen Delegation", 18. Sitzung, 13. März 1868 (ung.).

Sie können sich vorstellen, wie sich alle jene freuten, die gegen den Ausgleich sind und wie die großen Helden erschraken. Aus unserer eigenen Partei haben nur vier Menschen gebilligt, was ich antworten ließ, und jetzt liegen sie alle auf dem Bauch, sogar auch die Opposition. Ich hoffe, das Ganze wird von guter Wirkung sein. Ungeachtet der vielen Widerwärtigkeiten ist meine Gesundheit viel besser."[1])

Nach dieser üblen Erfahrung mit Grivičić schien Andrássy, was ja leicht begreiflich ist, ein besonderes Bedürfnis zu empfinden, näheren Einblick in das Elaborat der „Generalskommission" zu erlangen. Er wandte sich daher um dessen Mitteilung an den Kriegsminister Kuhn.[2]) Um so wichtiger war es für ihn, Einsicht in das Endergebnis der Beratungen der Generale zu erhalten, als er gesonnen war, sich, bei der bevorstehenden Einreichung der Rekrutenvorlage für das Jahr 1868, über die Grundprinzipien des zu vereinbarenden Wehrgesetzes im ungarischen Reichstage zu äußern. Dies vermochte er nicht, solange ihm unbekannt war, ob seine Ideen mit denen des Kriegsministers und der „Generalskommission" übereinstimmen.[3]) Aus diesem Grunde scheint denn auch der Kaiser am 9. April Beust befohlen zu haben, die Beratungen der gemeinsamen Minister mit Andrássy zu beschleunigen und zum Abschluß zu bringen.[4]) Am 14. April begaben sich daher Beust und Kuhn nach Ofen,[5]) wo die Ministerkonferenzen unter Vorsitz des Monarchen abgehalten wurden.

Gemäß dem Gesetz konnte die Vorlage eines Wehrgesetzentwurfes nur nach getroffener Vereinbarung zwischen den Regierungen beider Staaten der Monarchie erfolgen. Von diesem Zeitpunkt schien man noch sehr weit entfernt zu sein. Der gemeinsame Kriegsminister setzte sich mit aller ihm eigenen Verve und Ursprünglichkeit seines Naturells für die Einheit der Armee ein. Andrássy dagegen bestand auf der Bildung einer nationalen Landwehr, die wiederum dem österreichischen Ministerium nicht sehr sympathisch war. Unterstützt von Beust und dem gemeinsamen Finanzminister Becke errang jedoch der ungarische Ministerpräsident, der, wie es heißt, rücksichtslos

---

[1]) Andrássy an seine Frau. Der Brief muß aber jedenfalls am 13. März geschrieben worden sein. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[2]) Andrássy an Kuhn, Ofen, 9. April 1868. Ungedruckt.

[3]) Ibidem.

[4]) Beust an Kuhn, 10. April 1868. Ungedruckt.

[5]) Kuhn an das Wiener Generalkommando, 13. April 1868. Ungedruckt.

„frei von der Leber weg" seine Ansichten äußerte, den Sieg.[1]) Im Verlaufe der weiteren Debatten drehte sich der Kampf zwischen den Ministerien hauptsächlich um drei Punkte. Soll, wie Andrássy es wünschte, eine direkte Einreihung von Rekruten in die Landwehr erfolgen? Die „Generalskommission" hatte sich, auf Grundlage der Horstschen Denkschrift, einvernehmlich mit dem Kriegsminister dahin entschieden gehabt, daß die Landwehr nur aus den ihrer Reservepflicht bereits ledigen Soldaten der gemeinsamen Armee zu bilden sei. Auf diese Weise wollte man der Landwehr jeden selbständigen nationalen Charakter benehmen und sie, wie es heißt, zur „Kontinuität" des gemeinsamen Heeres stempeln. Das aber lag nicht in der Absicht Andrássys. Volle drei Tage wurde hin und her gestritten, ehe eine Einigung vereinbart werden konnte. Schließlich wurde vereinbart, daß, nach Abstellung des jährlichen Kontingentes von 100000 Mann für die Linie, der Ueberschuß an Rekruten zur einen Hälfte an die Ersatzreserve, zur anderen direkt an die Landwehr mit zwölfjähriger Dienstpflicht abzugeben sei. Ein Gegensatz herrschte auch in der Frage der allgemeinen Wehrpflicht, für die sich schon John in seinem Entwurfe ausgesprochen hatte.[2]) Ursprünglich war Kuhn nicht für diese eingenommen gewesen. Noch am 3. Februar 1868 äußerte er: 100000 jährlich bewilligter Rekruten seien ihm lieber als die allgemeine Wehrpflicht; er sage es offen, wenn die Volksvertreter keine Neigung für diese zu erkennen geben sollten, werde auch er sich nicht dafür mit besonderer Wärme einsetzen. So erhob er auch keinen Protest gegen den Loskauf. Kuhn war damit einverstanden, daß für den Bauer eine Befreiungstaxe von 400 Gulden und für die vermögendere Klasse eine solche von 3—4000 Gulden zu bestimmen sei.[3]) Erst später, im Mai 1868, bekannte auch er sich als entschiedenen Anhänger der allgemeinen Wehrpflicht und als ebenso bestimmten Gegner des Loskaufes oder der Stellvertretung um „schnödes Geld", wodurch, wie es in dem von Horst verfaßten Memoire heißt, die Wehrpflicht entwürdigt, die Bevölkerung demoralisiert und die tiefernste Bestimmung des Kriegers entweiht wird.[4]) Wir wissen nicht, ob Andrássy von

---

[1]) Bericht aus Pest, 17. Mai 1868.

[2]) Vortrag vom 26. Dezember 1866 in „Wiener Zeitung" vom 31. Dezember 1866.

[3]) Ungedruckt.

[4]) Kuhn an den österreichischen Ministerpräsidenten Fürst Karlos Auersperg, Wien, 10. Mai 1868. Ungedruckt.

Einfluß auf die Wandlung in den Anschauungen des Kriegsministers gewesen. Gewiß ist es jedenfalls, daß der ungarische Ministerpräsident, der von Anfang an für die allgemeine Wehrpflicht kämpfte, sich über alle früheren Einwendungen Kuhns gegen diese hinwegsetzte und seinen für den ungarischen Reichstag bestimmten Entwurf auf dem Prinzip der für alle gültigen Wehrpflicht mit Ausschluß der Stellvertretung aufbaute. Damit versetzte er auch das österreichische Ministerium, das gleichfalls dem System der Stellvertretung zuneigte, in die Zwangslage, sich für seinen Standpunkt zu erklären. In diesem Falle hatte Andrássy die öffentliche Meinung Oesterreichs für sich. Die allgemeine Wehrpflicht *ohne* Stellvertretung war eigentlich nur in den aristokratischen Kreisen Oesterreichs unbeliebt. Die übrige Bevölkerung war der bedingungslosen Wehrpflicht ohne Rücksicht auf Stand und Vermögen günstig.[1]) Jedermann sollte, wie dies auch in Ungarn zum Ausdruck kam, für die Verteidigung des Vaterlandes die Waffen tragen. Gab es von seiten des österreichischen Ministeriums noch Anzeichen des Widerstandes, so wurden sie durch das Ansehen, dessen sich der ungarische Ministerpräsident beim Monarchen erfreute, sofort erstickt. Wie Werther an Bismarck berichtete, kam da der nicht zu unterschätzende Einfluß des Grafen Andrássy auf den Kaiser in Betracht, der eine wirksame Opposition seiner österreichischen Kollegen unmöglich machte.[2]) Zu gar keiner Verständigung schien man über die Forderung der Einführung der ungarischen Sprache bei der Landwehr gelangen zu können. Hierin wollte keine Seite ihren Widerstand mäßigen. Auch der Kaiser selbst befand sich in der hartnäckigsten Opposition gegen dieses Verlangen. Andrássy sagte, er würdige vollkommen die vorgebrachten stichhaltigen Gründe der Gegenpartei für den Gebrauch der deutschen Sprache, allein er müsse befürchten, der Reichstag werde hierauf nicht eingehen und an dieser Klippe das ganze Wehrgesetz scheitern.[3]) Werther urteilte sehr richtig, als er Bismarck gegenüber, der die einzelnen Phasen der Wehrgesetzverhandlungen mit gespanntester Aufmerksamkeit verfolgte, bemerkte, wie schon heute kein Zweifel mehr darüber bestehe, daß die nationale Organisation der Landwehr der Preis sein wird, welchen die Kaiserliche

---

[1]) Werther, Wien, 22. Juli 1868.

[2]) Ibidem.

[3]) Bericht aus Pest, präsentiert den 17. Mai 1868

Regierung Ungarn für die einheitliche Organisation der Linie zugesteht.[1])

Andrássy war es nun darum zu tun, das, was er angeblich durch seine „wohldurchdachte Verschleppungspolitik" erreicht, und womit er hoffte, die Deákpartei zu befriedigen, so rasch als möglich der Lösung zuzuführen und vor den Reichstag zu bringen. Er gedachte dadurch dem österreichischen Reichsrat, in dem, wie im österreichischen Kabinett, eine dem Landwehrsystem unfreundliche Stimmung herrschte, zuvorzukommen und ein unabwendbares Fait accompli zu schaffen. Um das, was dann die Oesterreicher machen, soll Andrássy gesagt haben, kümmere ich mich wenig. Mögen sie das Landwehrsystem annehmen oder nicht, das ist mir einerlei, nur bei uns soll Ordnung herrschen.[2]) Sofort traf er auch die nötigen Anstalten dazu. Nachdem er mit Klapka den Entwurf durchgenommen und dessen Zustimmung gewonnen, berief er im Mai eine Konferenz ein, zu der er unter anderen die ehemaligen Honvéds Vetter, Perczel, Hollán, Tóth und Ivánka geladen hatte. Fünf Stunden währte die Besprechung, in der alle Anwesenden dem von Andrássy Erzielten ihren Beifall spendeten, selbst Perczel und Ivánka. Dieser erklärte wohl, daß er von seinem Standpunkte aus die Wehrvorlage im Reichstage angreifen werde, schränkte aber die Bedeutung seiner Worte durch die Bemerkung ein, das eben Vernommene beruhige ihn vollkommen über die Zukunft. Eine lebhafte Debatte entwickelte sich mit Rücksicht auf die deutsche Sprache, deren Gebrauch bei der ungarischen Landwehr, wie sie alle behaupteten, den größten Schwierigkeiten begegnen würde. Indem Andrássy versicherte, daß er in diesem Falle nochmals seinen ganzen Einfluß bei der Krone zugunsten der ungarischen Sprache aufbieten wolle, verhehlte er der Konferenz nicht die Nachteile, die eine solche Errungenschaft im Gefolge haben würde. Wenn wir die ungarische Sprache einführen, hätte angeblich der Graf gesagt, werden das gleiche sofort die Nationalitäten Oesterreichs fordern, und zwar auf Grund des Zugeständnisses, daß wir den Kroaten gestatten wollen, sich bei ihrer Landwehr ihres nationalen Idiomes zu bedienen. Ermuntert durch die Kroaten werden das gleiche auch die anderen Nationalitäten fordern, so daß schließlich der Dienst darunter leiden werde.[3]) Im

---

[1]) Werther, Wien, 19. Mai 1868.

[2]) Bericht aus Pest, präsentiert den 17. Mai 1868.

[3]) Ibidem.

Hinblick auf den dadurch entstehenden Wirrwarr soll sich Deák schon 1867 dahin ausgesprochen haben, das deutsche Kommando hätte das allein maßgebende zu sein. Eingedenk dieses Wortes wollte man es versuchen, hierfür Propaganda zu machen.[1]) Um im vorhinein, noch ehe der Entwurf vor den Reichstag gelangte, das Terrain zu ebnen, wurde beschlossen, für den 16. Mai eine zweite Konferenz bei Deák abzuhalten, an der sich auch die Linke beteiligen sollte. Als Hauptpionier benutzte Andrássy den General Klapka, der in dieser Frage unter den Deputierten über einen großen Anhang verfügte. Klapka stellte sich um so eifriger in den Dienst des Ministerpräsidenten, als er sich Hoffnung auf das Portefeuille eines Honvédministers oder auf die Stelle des Landwehroberkommandanten machte.[2]) Dazu war wohl geringe Aussicht vorhanden, da Klapkas Vergangenheit als Organisator der ungarisch-preußischen Legion im Feldzuge von 1866 alle derartigen Pläne von vornherein vernichten mußte. Hörte man doch höhere Militärs sagen, daß, wenn Klapka zum Honvédminister oder zum Landwehroberkommandanten ernannt werden sollte, dies unfehlbar eine Revolte in der Armee erregen würde. Man wollte wissen, daß schon das bloße Gerücht, es sei beim Monarchen eine Anfrage wegen Klapkas Ernennung erfolgt, den kommandierenden General von Ungarn, Fürst Liechtenstein, veranlaßt hätte, sich nach Wien zu begeben, um für diesen Fall seine Demission anzubieten. Erst des Kriegsministers Kuhn Erklärung, die Möglichkeit einer Beförderung Klapkas zum Honvédkriegsminister sei vollkommen ausgeschlossen, vermochte Liechtenstein zu beruhigen. Als das stärkste Bollwerk gegen derartige Kombinationen galt Erzherzog Albrecht, von dem man sich erzählte, daß er während einer seiner jüngsten Inspektionsreisen in Agram beim Grabe Jellačićs kniend ein Gebet verrichtet habe.[3]) Diese angeblich Ungarn feindlichen Strömungen, wie andererseits das maßlose Treiben der ungarischen Exaltados kamen dem Ministerium Andrássy in der Wehrfrage sehr zustatten. Sie ließen das Gefährliche übertriebener Forderungen erkennen. Unter dem Einflusse Klapkas, sowie auch Türrs, erkannte jetzt die Linke selbst, daß sie sich mit den von Andrássy erreichten Errungenschaften begnügen müsse. Man tröstete sich mit der Hoffnung, daß die endgültige Lösung der Wehrfrage der Zukunft angehöre. Erst ein

---

[1]) Bericht aus Pest, den 17. Mai 1868.

[2]) Ibidem.

[3]) Werther an den Staatssekretär Thile, Wien, 17. Juni 1868.

glücklich geführter Krieg werde hierüber die Entscheidung bringen. Haben sich, so meinte man, in einem solchen die Honvéds ausgezeichnet, dann werde das Mißtrauen schwinden und der Herrscher die Ueberzeugung gewinnen, daß alle Besorgnisse vor einer national-ungarischen Armee unbegründet seien.[1]) Gleich dem Ministerpräsidenten wünschte auch der Kaiser die rascheste Erledigung des Wehrgesetzes. Beim Sektionschef Baron Orczy, dem Vertrauensmann Andrássys im Ministerium des Aeußern, erkundigte sich der Monarch, ob der Ministerpräsident die nötigen Schritte wegen des Wehrsystems einleite. Es sei nötig, fügte der Kaiser hinzu, daß die Deákpartei zusammenhalte, da gerade in dieser Frage sehr viel unvollkommene Ansichten herrschen.[2]) Sehr bald bot Andrássy der Krone den Beweis, daß er nicht müßig die Hände in den Schoß gelegt und alle Vorbereitungen für eine gedeihliche Erledigung des Wehrsystems getroffen habe. Am 17. Juni unterbreitete er ein „Promemoria hinsichtlich der Wehrfrage", das auch jetzt noch von hohem Interesse ist und wohl verdient, des näheren gewürdigt zu werden. In dieser Denkschrift versuchte Andrássy die Vorteile zu entwickeln, die aus der Annahme des unter seiner Mitwirkung vereinbarten Wehrgesetzes entspringen. „Erreicht wird," sagt er, „eine definitive Festsetzung des Wehrsystems und somit für lange Zeit die Beseitigung jener Gefahr, welche in dem der Legislative vorbehaltenen Rechte der Festsetzung eines neuen Wehrsystems enthalten ist, welches Recht, insolange als diese Festsetzung nicht geschehen ist, als Schwert des Damokles über allen die Armee betreffenden Fragen schweben würde." In Verbindung damit gibt, seiner Ansicht nach, die Annahme des Wehrgesetzes „eine präzise Explikation des auf die Armee bezüglichen, leider nicht in allem bestimmt verfaßten Gesetzartikels vom Jahre 1867". Von großer Wichtigkeit erschien Andrássy die prinzipielle Einführung der allgemeinen Wehrpflicht, gegen die ja eine Zeitlang das österreichische Ministerium Einwendungen erhoben hatte.[3]) Der Ministerpräsident erblickte in der Durchführung der allgemeinen Wehrpflicht den schlagendsten Beweis für die Konsolidierung der Monarchie. „Dies Prinzip," heißt es im Promemoria, „ist daher vom höchsten moralischen Wert, indem es, in Kürze zusammengefaßt, bedeutet:

---

[1]) Bericht aus Pest, 11. Juni 1868.

[2]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 7. Mai 1868 (ung.).

[3]) Werther, Wien, 19. Mai 1868.

da die stehende Armee zur Zurückweisung eines kombinierten Angriffs nicht genügte, so reiht sich nun die ganze wehrfähige Bevölkerung der Monarchie in das Heer ein, um dieses zu unterstützen.“ Die allgemeine Wehrpflicht behebt seiner Meinung nach jeden Grund der Unlust zum Eintritt in die Armee und beseitigt, wenigstens teilweise, die noch gegen dieselbe bestehende Animosität. Indem ferner „für die voraussichtlich ereignis- und bedeutungsvollsten nächsten zehn Jahre“ ein Heer von 800000 Mann gegesichert wird, macht man es den Delegationen „gewissermaßen moralisch“ zur Unmöglichkeit, die zur Erhaltung einer solchen Armee nötigen Mittel zu verweigern. Ebenso wird die „wesentlichste Schwierigkeit des dualistischen Regierungssystems“, das ist das beiderseitige Rekrutenbewilligungsrecht, zu einer einfachen konstitutionellen Form umgestaltet, wie es mit der Muting bill in England der Fall ist. Auch von einem anderen Gesichtspunkte aus hielt Andrássy die Verwirklichung des Wehrgesetzes für dringend geboten. „Es wird dadurch,“ lauten seine Worte, „zur Unmöglichkeit, daß sich im Lande eine Partei bilde, welche eine Kriegsgefahr möglicherweise als Gelegenheit benutzen könnte, um die Teilnahme des Landes zur Abwehr feindlicher Angriffe an Bedingungen zu knüpfen und durch Debatten über die Art der Teilnahme, diese letztere selbst ganz oder teilweise zu paralysieren, in welchem Falle es dann leicht heißen könnte: Roma deliberante, Saguntum perit.“

Neben der Hervorhebung dieser Vorzüge besprach Andrássy in seinem Promemoria auch die im Interesse der Monarchie und der Dynastie wesentliche Stärkung der militärischen Macht, die ihr durch Schaffung der Landwehr zuteil wird. Er verschwieg dabei nicht, daß Ungarn gewiß nie zu bewegen gewesen wäre, die Opfer, welche es an Mann und Geld für eine ungarische Landwehr zu bringen bereit ist, über das Maß der bisherigen Wehrpflicht hinaus, auch für das stehende Heer zu leisten. Die Parität mit Oesterreich,[1]) fügt er weiter hinzu, ist der andere vornehmste Beweggrund, der Ungarn zur Uebernahme der erwähnten großen Opfer zu bestimmen vermag. „Dies sind die Vorteile,“ erläuterte er dem Kaiser, „welche ich mit dem neuen Wehrsystem verbunden sehe, und sie sind von solcher Bedeutung und solch immenser Tragweite, daß ich die Durchführung dieses Wehrsystems für die

[1]) Es steht: „die Parität mit Ungarn“, doch glaube ich, daß es „mit Oesterreich“ heißen muß.

Monarchie nicht nur für heilsam, sondern für eine Lebensfrage derselben halte.“ Freilich werden hierfür, wie er nicht verhehlt, der Majorität des Reichstages Zugeständnisse gemacht werden müssen, über deren Umfang er sich jetzt, vor Beginn der Verhandlungen im Parlamente, noch gar kein Urteil bilden könne. Doch war er überzeugt, daß mit Rücksicht auf die Sicherung des Wehrgesetzes alle jene Konzessionen von untergeordneter Bedeutung sind, die den wichtigen, ausschließlich ins Auge zu fassenden Hauptzweck fördern helfen. Dagegen wäre es seiner Ansicht nach eine ganz verfehlte Politik, große Vorteile erreichen zu wollen und trotzdem gegenüber den hierzu führenden Mitteln, beziehungsweise gegenüber minder wichtigen Bestimmungen des Gesetzes, einen „schroffen und unnachgiebigen Standpunkt“ festzuhalten.

„Ein Gesetz,“ sagt die Denkschrift, „welches der Monarchie ein Jahr nach der Schlacht von Königgrätz eine Wehrkraft von 800000 Mann zuführt, ein Gesetz, welches die beiden Teile der Monarchie, die sich achtzehn Jahre hindurch feindselig, fast bis zum Bruche gegenüberstanden, nun zur gemeinsamen Verteidigung des Thrones und aller Länder zu scharen bestimmt ist, ein Gesetz endlich, welches die Monarchie neu zu kräftigen, ihre Stellung nach außen zu konsolidieren, und ihr bei den zu gewärtigenden europäischen Krisen ihre einstige Bedeutung wieder zu verleihen hat, ein solches Gesetz ist wohl von zu großer Wichtigkeit, als daß es ratsam erscheinen könnte, die Durchführbarkeit desselben durch Differenzen unwesentlicher Art in Frage zu stellen.“ [1])

Als eines der Zugeständnisse, die unbedingt zu gewähren seien, erschien Andrássy die Bewilligung von Artillerie für die ungarische Landwehr. In einem unter Vorsitz des Kaisers abgehaltenen Ministerrate, der unmittelbar nach Ueberreichung des Promemoria in Wien stattfand, wurde über diese Frage sehr lebhaft debattiert. Die österreichischen Minister wollten nichts davon wissen. Einer von ihnen sagte während der Beratung: wenn die Honvéds auch Artillerie erhielten, wäre sofort das letzte Band zerrissen, das noch die Monarchie zusammenhalte. Mit Recht machte sich Andrássy über diese Bemerkung lustig. Nur schwach, meinte er, müßte der Kitt sein, der die Monarchie ver-

---

[1]) Andrássys deutsch geschriebenes Promemoria, Ofen, 17. Juni 1868. Gräfl. Andrássysches Archiv.

binde, wenn schon ein paar Batterien sie zu sprengen vermöchten. Andrássy betrachtete die Bewilligung oder Verweigerung der Artillerie als eine Vertrauenssache.[1]) Um so mehr verdroß es ihn, daß er im Ministerrate in der Minorität geblieben war. „Meine Gewohnheit," äußerte er, „ist es gewiß nicht, ein Schwarzseher zu sein, jetzt aber bin ich es." Dem Kaiser gegenüber vertrat er ganz offen den Standpunkt, daß, wenn die Wehrfrage keine zur Beruhigung der Nation gereichende Lösung fände, er sich als Ministerpräsident nicht werde halten können.[2]) Beust zürnte er, weil ihn dieser im Ministerrate nicht energisch genug unterstützt hatte.[3]) Baron Orczy, der die Einverleibung von Artillerie in die ungarische Landwehr wie eine „Lebensfrage" Ungarns ansah, leitete die Ablehnung derselben durch die österreichischen Minister aus deren täglich wachsender Abneigung gegen Ungarn ab. Mit Ausnahme Brestels schien ihm kein einziges Mitglied des österreichischen Ministeriums sich aufrichtig zum Dualismus zu bekennen. Nach Orczy hatten die feudalen Tendenzen an Auersperg, Taaffe, besonders an Potocki einen starken Rückhalt, die übrigen Minister waren, wie er bezeichnend sagt, „Zentralisten pur sang".[4])

Andrássy hatte sehr richtig vorausgesetzt, daß die Verweigerung von Artillerie und Genietruppe für die Landwehr böses Blut in Ungarn machen werde. Wirklich hat sofort die nach Vorlage des Wehrgesetzes (27. Juni) zu dessen Vorberatung eingesetzte fünfzehngliedrige Kommission des Reichstages gewünscht, die Honvéds mit Artillerie und Genietruppe ausgestattet zu sehen. Kriegsminister Kuhn, der damals in Pest weilte, wollte sich dazu nicht verstehen. Da Andrássy bei den Verhandlungen im Reichstage schwere Konflikte befürchtete, war er am 14. Juli nach Wien geeilt, um dort eine Ausgleichung des obwaltenden Streitfalles zu bewirken. Auf Befehl des Kaisers, der eigens deswegen aus Ischl nach seiner kaiserlichen Residenz zurückgekehrt war, mußte auch Beust, der eben nach Gastein reisen wollte, in Wien verbleiben.[5]) Andrássy schlug vor, in den Entwurf die Worte aufzunehmen, daß die ungarische Landwehr „vorläufig" oder „im Frieden" aus

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 18. Juni 1868 (ung.).
[2]) Ibidem, 19. Juni 1868 (ung.).
[3]) Ibidem.
[4]) Ibidem, 18. Juni 1868 (ung.).
[5]) Werther, 15. Juli 1868. Es steht: Juni, was auf einem Schreibfehler beruhen muß. Hier kann es nur Juli heißen.

Kavallerie und Infanterie zu bestehen habe. Er machte geltend, daß der Herrscher als oberster Kriegsherr es ja immer in seiner Hand habe, späterhin die Bestimmungen zu treffen, die ihm am zweckmäßigsten erscheinen — eine Aussicht, die wesentlich zur Beruhigung der Gemüter beitragen werde. Wenn dagegen, stellte er vor, die von Kuhn beantragte Fassung, wonach die Landwehr bloß aus 82 Bataillonen Infanterie und 32 Eskadronen Kavallerie zusammengesetzt sein solle, vor den Reichstag gelange, würde dadurch die Opposition direkt zum Kampfe herausgefordert werden.[1]) Es gelang Andrássy, die Zustimmung des obersten Kriegsherrn für das Wörtchen „vorläufig" zu erlangen. Als Tisza am 6. August in der Spezialdebatte für die Landwehr die Einfügung von Artillerie und Genietruppe forderte, konnte sich Andrássy schon auf seine Textierung berufen, die ja für die Zukunft die Anreihung der gewünschten Waffengattungen nicht ausschließe.[2])

Stolzen Hauptes vermochte Andrássy seinen Wehrgesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen. Selbst die Opposition, wenn sie ihn auch bekämpfte, mußte anerkennen, daß er mit Energie, Ausdauer, Klugheit und Umsicht das bewirkt habe, was noch anfangs des Jahres 1868 für reine Unmöglichkeit gegolten oder als frommer Wunsch angesehen wurde.[3]) Brachte er auch nicht das selbständige ungarische Heer, wofür die meisten der Deputierten schwärmten, so war es ihm doch gelungen, die ungarische Landwehr durchzusetzen, jene militärische Einrichtung, die in Wien die größten Besorgnisse erregt hatte, und in der man eine gefährliche Waffe der Revolution erblickte. Gerade mit Rücksicht auf solche Stimmungen durfte die Errungenschaft nicht unterschätzt werden. Andrássy war die Gesinnung der Militärs alten Schlages, die sich so schwer in die neue Richtung hineinzugewöhnen vermochten, nicht unbekannt. Sie aber wollte er überzeugen, daß, ungeachtet der Errichtung der ungarischen Landwehr, nichts für den Bestand der durch Gesetzartikel XII : 1867 garantierten Einheit der Armee zu befürchten sei. Durchdrungen davon, wie er selbst sagte, daß die Monarchie am zweckmäßigsten durch eine besondere nationale Landwehr und ein gemeinsames Heer verteidigt werde, trachtete er nun, nach Erreichung des einen Zieles, auch die Sicherstellung des anderen durchzukämpfen. Mit aller Macht seines Temperamentes und der ganzen Entschiedenheit seines Charakters setzte er sich

---

[1]) Werther, 22. Juli 1868.

[2]) Lederer, Bd. I, S. 367.

[3]) Várady, „Reichstägliche Briefe", Bd. II, S. 290 (ung.).

für die Einheit der Armee ein. Von dem Grundsatze ausgehend, die Verteidigung der Monarchie bilde ein ungarisches Interesse, betonte er, daß die Erfüllung des Wunsches nach einer Zweiteilung der Armee nicht bloß für die Monarchie, sondern auch für Ungarn das größte Unglück wäre. Nur dann, meinte er, hätte der Wunsch nach Zweiteilung Berechtigung, wenn man die benachbarten großen Staaten bewegen könnte, daß auch sie nicht einheitlich organisierte Heere, sondern zwei, drei, gar vier gesonderte Armeen aufstellen. Er verwies auf die Geschichte, auf die Erfahrungen des letzten Krieges, in dem es einem kleinen, aber einheitlichen Heere gelang, die voneinander getrennten Armeen nur deshalb zu schlagen, weil in der Organisation selbst schon die Unmöglichkeit des Sieges lag. „Wie warm auch," hieß es in seiner Rede vom 31. Juli 1868, „das ungarische Ministerium die gerechten und, ich wiederhole es, für die gesamte Monarchie nur vorteilhaften Forderungen der Nation vertrat, ebensowenig wollte es der Organisation (des Heeres) eine solche Auslegung geben, die nicht zum Ergebnis gehabt hätte, einen unter den verschiedenen Teilen der Armee nützlichen Wetteifer zu erzeugen, sondern vielmehr jene künstlich voneinander getrennt hätte, die berufen sind, die gemeinsame österreichisch-ungarische Monarchie einheitlich gegen jeden äußeren Feind zu verteidigen." [1]) Das Gefühl der Verantwortung, die auf seinen Schultern als Chef der Regierung lastete, drängte ihn, den Wehrgesetzentwurf dem Reichstag aufs wärmste ans Herz zu legen. Er war dabei von der Anschauung geleitet, daß dessen glückliche Lösung, die gegenseitige Beruhigung, die zielbewußte Verteidigung und Erhaltung der Rechte der Nation nur auf den Grundlagen möglich seien, auf denen das Wehrgesetz aufgebaut sei. „Wenn," äußerte er am Schlusse seiner improvisierten Rede, „irgend etwas noch nötig wäre, was diesen Gesetzentwurf besser empfehlen könnte, als ich es imstande bin, so vermag dies nur der Umstand: alle äußeren und inneren Feinde der Monarchie und besonders Ungarns setzen ihre Hoffnungen darauf, daß betreffs dieser weittragenden Frage keine Einigung erzielt werden wird. Ich bin überzeugt, daß dieser Grund allein schon entscheidend für das Unterhaus sein wird." [2])

Andrássy vertraute den Erfolg seiner Bemühungen nicht nur den zugunsten des Wehrgesetzes im Reichstage gehaltenen Reden an. Als richtiger Taktiker legte er seine Minen auch außerhalb

[1]) Lederer, Bd. I, S. 341.
[2]) Ibidem, S. 352.

des Schauplatzes der reichstäglichen Verhandlungen. Von dem Grundsatz ausgehend: „Vorbeugen heißt regieren", suchte er die Gelegenheit, mit den Abgeordneten der Linken, den sogenannten „Tigern", in Verbindung zu treten, um von vornherein deren Widerstand zu mäßigen oder ganz auszuschalten. Vor der Beratung über jeden wichtigeren Abschnitt des Wehrgesetzes pflegte er die zwei älteren Honvéds, Várady und Ivánka, beide Mitglieder der fünzehngliedrigen Kommission, zu sich zu laden. In freundschaftlicher Unterhaltung, sei es am weißen Tisch oder bei einer Tasse schwarzen Kaffees brachte er mit ihnen die wichtigsten Punkte ins reine, noch ehe sie auf die Tagesordnung des Reichstages gelangten. Als dieser Vorgang ruchbar wurde, gerieten Várady und Ivánka sofort in den Ruf von Landesverrätern,[1]) gleichwie auch Andrássy und Deák nicht von derartigen Beschuldigungen verschont blieben, die rascher als irgendwo in Ungarn Glauben finden und unser ganzes politisches Leben so leicht mit giftigen, tödlichen Miasmen erfüllen. Wer aber sowohl Andrássys wie Deáks Aeußerungen in der Wehrgesetzdebatte mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird in diesen gewiß keine Spur von Vaterlandspreisgebung finden. Vielmehr entströmt ihnen der Atem echtesten, tiefsten und glühendsten Patriotismus. Gleich Andrássy griff auch Deák mit einer großzügigen Rede in die Verhandlung ein. Der Führer der Nation wies nach, daß unter der Herrschaft der Habsburger, mit Ausnahme von 1848, es nie in Ungarn ein selbständiges ungarisches Heer gegeben, sondern stets nur ein k. k. Heer, das auch die ungarischen Regimenter in sich schloß.[2]) Mit zwei getrennten, voneinander unabhängigen Armeen wäre es auch im Anblick so vieler Gefahren, die Ungarn und Oesterreich bedrohen, gar nicht möglich gewesen, Thron und Nation erfolgreich zu verteidigen. „Wenn wir aber," so apostrophierte Deák die Abgeordneten, „es jetzt unterlassen, für den Schutz des Landes und der Monarchie das zu tun, was nötig und zweckmäßig ist, so könnten wir dies Versäumnis noch bitter mit dem Preis des Unterganges bezahlen; denn gerade die Landesverteidigungsmaßregeln sind von der Art, daß es gefährlich ist, sie unter Schwankungen der Unentschiedenheit zu verschieben oder sie nur zur Hälfte auszuführen. Leicht könnte es dann geschehen, daß die Ereignisse nicht warten."[3])

---

[1]) Kónyi, Bd. V, S. 42.
[2]) Ibidem, S. 453.
[3]) Ibidem, S. 454.

Der Eindruck der Reden Deáks und Andrássys war so stark, daß der Entwurf am 4. August mit 235 gegen 43 Stimmen als Grundlage für die Spezialdebatte angenommen wurde.[1]) Gerade ihr sah Andrássy nicht ohne Besorgnis entgegen. Wußte er doch, daß sowohl die Linke als auch mehrere Deputierte seiner eigenen Partei einige wesentliche Modifikationen planten. Ebensogut kannte er das „Bis hierher und nicht weiter" des Monarchen. Der Ministerpräsident gab daher in einer vertraulichen Konferenz die Erklärung ab, daß, falls seine nach so unsäglichen Mühen erlangten Errungenschaften durch eine unkluge Opposition erschüttert werden sollten, er genötigt sein werde, die Kabinettsfrage zu stellen. Da eigentlich sowohl die Linke wie die Rechte im ganzen mit dem Entwurfe, der ihnen die Landwehr gebracht, einverstanden waren, beschloß die Deákpartei, auch infolge der kategorischen Sprache Andrássys, für das Wehrgesetz in seiner vorliegenden Fassung einzustehen.[2]) Die Debatten dauerten nur wenige Tage. Sie endeten damit, daß der Reichstag die Entwürfe über das Wehrgesetz für das gemeinsame Heer, über die Errichtung der Landwehr und des Landsturmes mit überwiegender Majorität annahm. Da das neue Wehrgesetz noch nicht in Kraft treten konnte, wurde der Vorlage über eine außerordentliche Rekrutierung von 38000 Mann auf Grundlage des alten, noch die Stellvertretung anerkennenden Systems, die Zustimmung erteilt.[3])

In Wien begrüßte man die Nachricht von der glücklichen Erledigung des Gesetzes und der Bewilligung der außerordentlichen

---

[1]) Ich will hier nur bemerken, daß das Wehrgesetz eine ganze Flut von Broschüren veranlaßte. Genannt davon seien folgende: „Neue Briefe an einen ungarischen Patrioten", Wien und Pest 1868. Der anonyme Verfasser war der k. k. Rittmeister Graf Schweinitz. Gleichfalls anonym erschien von ihm: „Gedanken über die Reform der k. k. Armee", Wien und Pest 1868. Arnold Kövesz von Aszód, „Studien über die zweckmäßigste und einfachste Organisation der k. k. Armee", Wien 1868. „Militärisch-politische Aufsätze in bezug auf einige Tagesfragen", Wien, Pest 1868. „Gedanken über den Dualismus in der Kaiserl. Oesterr. Armee", Wien 1868. Der anonyme Verfasser war der Generalmajor Georg Grivičić. Siehe auch die 1888 gehaltene Rede Andrássys über das Heer, die 1889 im Druck erschien. In neuester Zeit: Gustav Beksics, „Die Geschichte des Dualismus", 9. Kapitel: „Kriegswesen und Heer"; Tezner, „Die Wandlungen der österreichisch-ungarischen Reichsidee", 1905, S. 20—34.

[2]) Bericht aus Pest, präsentiert den 19. August 1868.

[3]) Lederer, Bd. I, S. 377.

Stellung von Truppen sehr freudig. Besonders zollte man den Reden, mit denen Andrássy die Angriffe der Opposition zurückgewiesen, lebhaften Beifall.[1] Gerade der Umstand, daß der ungarische Ministerpräsident genötigt gewesen, sich für die Vornahme der Rekrutierung noch nach den alten Vorschriften einzusetzen, erregte in ihm den Wunsch, das eben durchberatene Wehrgesetz so rasch als möglich auch durchgeführt zu sehen. Er verband damit die weitere Absicht, auf das österreichische Kabinett und den Reichsrat, die beide nicht sehr für die allgemeine Wehrpflicht schwärmten, einen Druck zu deren Gunsten auszuüben. Außerdem schien es ihm wünschenswert, in die demnächst bevorstehenden Reichstagswahlen schon mit dem Losungswort der bereits in Organisation befindlichen Landwehr einzutreten. Bewaffnet mit diesem volltönenden Schlagworte gedachte er auf die öffentliche Meinung zum Vorteil des Ausgleiches von 1867 einwirken zu können, gegen den in letzter Zeit von den extremen Elementen in ganz unerhörter Weise agitiert worden war.[2] Indem sein Verlangen dem lebhaft empfundenen Bedürfnisse des Hofes begegnete, konnten die Detailberatungen gegen Ende Oktober in Pest begonnen werden. Andrássy hatte dem Kaiser vorgeschlagen, Oberst Beck bei den Verhandlungen mit der militärischen Vertretung zu betrauen. Er selbst wollte eine aus ehemaligen Honvéds bestehende Kommission einberufen. Wenn es, sagte er dem Herrscher, Beck gelänge, diese Männer für seine Anträge zu gewinnen, sei er bereit, alles zu unterschreiben, was in dieser Kommission beschlossen worden. Am 5. November begann sie ihre Arbeiten. Die ungarischen Mitglieder derselben, unter ihnen Gelich und der ehemalige Honvédkriegsminister Vetter, forderten für die ungarische Landwehr die rotweißgrüne Fahne und die 1848 üblich gewesene nationale Adjustierung.[3] Oberst Beck sträubte sich gegen solche Zugeständnisse. Als er dem Monarchen über die in der Kommission aufgetauchten Schwierigkeiten berichtete, bemerkte der Kaiser: „Vetter kenne ich ja recht gut. Er war Grenadierkommandant, als ich in seiner Kompagnie exerzierte.“ Sofort war Beck entschlossen, diesen Umstand zu verwerten. Vor Beginn der nächsten Sitzung der Kommission nahm er Vetter beiseite, erzählte ihm, wie

---

[1]) Bericht aus Pest, präsentiert den 19. August 1868.

[2]) Ibidem.

[3]) Brauner Attila, rote Hosen mit rotweißgrüner Verschnürung; die Offiziere sollten in den nationalen Farben gehaltene Feldbinden und ebensolche Portepees tragen.

sich der Monarch über ihn geäußert und daß er ihn als korrekten Offizier bezeichnet hätte. Der ehemalige Honvédkriegsminister war tief ergriffen davon, daß sich der Herrscher seiner noch aus jener Zeit erinnere. Voll Enthusiasmus äußerte er zu Beck: „Jetzt lasse ich jeden Widerstand fallen und werde für alles stimmen, was Sie verlangen.“ [1]) Beck konnte sich ehestens eines Erfolges rühmen. Von der rotweißgrünen Fahne war gar bald nicht mehr die Rede; an ihrer Stelle wurde eine weißfarbene gewählt, geschmückt mit dem Bildnis der Mutter Gottes als Patrona Hungariae und dem Namen Franz Josef I. Das letzte Hemmnis der Verständigung bildete die Kappenfrage, die nach dem Wunsche der ungarischen Kommissionsmitglieder mit dem nationalen Wappen und den nationalen Farben versehen sein sollte. Auch dies Hindernis nahm Beck, indem er sich des alten Sprichwortes bediente: „Gleiche Brüder, gleiche Kappen“. Einstimmig ward dann die in der gemeinsamen Armee gebräuchliche Mütze genehmigt. [2]) Niemand war froher als der Chef der Militärkanzlei über den glatten Verlauf der Verhandlungen, die er mit wahrem diplomatischem Geschick geleitet hatte.

Am 9. November schrieb er seiner Frau: „Bin ganz glücklich, habe meine parlamentarische Schlacht gut zu Ende geführt und durchgesetzt, was nur durchzusetzen war mit allen Mitteln und auf Nebenwegen. Das gehört dazu, man muß sich sein Feld vorbereiten, hilf, was helfen kann. Muß noch lachen, wenn ich jetzt darüber nachdenke, daß ich in den letzten Tagen, ohne steckenzubleiben, halbstündige Reden aus dem Stegreif hielt, hätte das niemals gedacht, doch das Interesse der Sache öffnet den Mund und konzentriert die Gedanken.“ [3])

Vollkommen war der Sieg noch immer nicht. Solange das Wehrgesetz nicht auch im österreichischen Reichsrat angenommen worden, konnte es die Sanktion der Krone nicht erhalten. Es mußte hüben und drüben auf der gleichen Grundlage beruhen. Gerade im Reichsrate fand sich für den neuen Entwurf nicht die richtige Stimmung. Selbst die Majorität trat nur lau für das neue Wehrgesetz ein. Die Minderheit bekämpfte es geradezu. Eines ihrer Mitglieder — der Abgeordnete Sturm — sagte: „Nicht ein Volksheer, ein Soldatenheer wird geschaffen, das Wehrgesetz ist

---

1) Mündliche Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck.
2) Idem.
3) Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck.

ein militärisches Konkordat.“ Es bedurfte einer starken Arbeit hinter den Kulissen, die von Oberst Beck und Oberstleutnant Horst geleistet wurde, um die österreichischen Deputierten gefügiger zu machen.[1]) Auch der Monarch selbst mußte eingreifen.[2]) Unter dessen Drucke erklärte am 4. November 1868 Minister Dr. Berger im Parlamente, daß sich bei weiterer Verzögerung der Wehrgesetzvorlage das Kabinett gezwungen sehen müßte, seine Demission zu geben. Auch ward eine Abgeordnetenkonferenz einberufen, in der die Regierung bemüht war, durch persönliche Einflußnahme den Widerstand gegen die Wehrvorlage zu brechen. Von entscheidender Bedeutung war, daß schließlich der Minorität vor ihrem eigenen Siege bangte. Ihr Triumph hätte das liberale Ministerium gestürzt, ohne Aussicht, dann selbst zur Macht zu gelangen. Sie konnte keinen Augenblick im Zweifel darüber sein, daß ihre fernere Opposition einer vom Hofe begünstigten Koalition freiheitsfeindlicher Elemente die Wege ebnen werde, die nur darauf lauern, sich wieder der ihnen entrissenen Herrschaft zu bemächtigen. Die Minorität konnte es mit einigem Scharfsinn voraussehen, daß für diese, die neuen Zustände tödlich hassenden Parteien die Bewilligung des Wehrgesetzes kein allzu hoher Preis sein würde, um die junge Saat des Fortschrittes und der Kultur zu vernichten. Diese Erwägungen sehr ernster Natur scheinen eine Wandlung in den Reihen der Minorität bewirkt und sie dahin gebracht zu haben, sich wenigstens Zurückhaltung aufzuerlegen.[3]) Am 5. Dezember 1868 konnte endlich die Sanktion des Gesetzes erfolgen. Der Armeebefehl, der hiervon dem Heere und der Bevölkerung Kenntnis gab, entstammt der Feder des damaligen Oberst Beck. Bereits vor einiger Zeit hatte er ihn zu Papier gebracht. Am 3. Dezember fand dann unter Vorsitz des Monarchen eine Beratung statt, an der sich Beust, Andrássy und Beck beteiligten. Drei Stunden lang ward jedes einzelne Wort und jede Satzfügung der von Beck vorgelegten Textierung des Armeebefehls erörtert. Nach der Sitzung begaben sich Andrássy und Beust noch auf das Zimmer Becks, wo dieser in Gegenwart der beiden Minister endgültig den Wortlaut des Armeebefehles festzustellen hatte. Er sollte die Abneigung

---

[1]) Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck. Friedjung, „Julius Freiherr von Horst“, S. 8.

[2]) Bericht aus Pest, 31. Oktober 1868.

[3]) Siehe den Artikel der „Neuen Freien Presse“ vom 15. November 1868 und die Beilage der „Allgemeinen Zeitung“ vom 18. November 1868: „Das österreichische Wehrgesetz“.

der Armee gegen die neu zu errichtende Landwehr überwinden und den Geist der Kameradschaft zwischen dem gemeinsamen Heere und der Landwehr pflanzen. „Ich will," so lauteten die Worte des obersten Kriegsherrn, „daß die neue Bahn freudig und kraftvoll von allen denen betreten werde, welche dem Vaterlande schon in Waffen dienen. Ich will, daß das teure Erbteil des Heeres, dessen Treue und innige Kameradschaft in allen dessen Abteilungen lebendig erhalten werde, daß die Armee, die Kriegsmarine und die Landwehr als treue Waffengefährten zusammenhalten, getragen von gleichen Pflichten, berechtigt zu gleichen Ehren. Ich erwarte daher von jedem Offizier der Armee und der Landwehr, daß er die neuen Institutionen in diesem Geiste auffasse, besonders aber von den Generalen, den Führern, daß sie das Band beider Teile festzuknüpfen streben, den Geist der Ordnung und Disziplin beleben, jeder etwa aufkeimenden falschen Richtung gleich im Beginn entgegentreten."[1]) Der Appell des obersten Kriegsherrn war um so nötiger, als viele von einer Gleichstellung der Generale und Offiziere der Honvéds mit denen des gemeinsamen Heeres nichts wissen wollten. Noch vor Veröffentlichung des Armeebefehles hatte Fürst von Thurn und Taxis geäußert, er werde, wenn das neue Wehrgesetz in Kraft trete, nicht weiter dienen können, da er, wie alle ihm Gleichgesinnten, sonst in einem Geiste wirken müßte, der nicht ihr Geist sei. Nur das Zureden Erzherzog Albrechts, daß man gerade jetzt aushalten müsse und Oesterreich sich bald wie ein Phönix aus der Asche erheben werde, vermochte Fürst von Thurn und Taxis anderen Sinnes zu machen.[2]) Aehnlich wie dieser Fürst dachte auch Fürst Liechtenstein, der Kommandierende von Ungarn. „Ich kann weiterhin," sagte er zu Oberst Beck, „in keiner ungarischen Generalsuniform erscheinen, die nunmehr auch den Honvédgeneralen zu tragen gestattet ist." — „Und Sie müssen," entgegnete der Oberst, „trotzdem diese als Kameraden aufnehmen, wie wir es im Interesse Seiner Majestät unseres Kaisers auch selbst tun müssen."[3]) Fürst Liechtenstein fügte sich diesem Zuspruche, blieb noch einige Zeit Kommandierender von Ungarn, aber er

---

[1]) Armeebefehl vom 5. Dezember 1868, veröffentlicht in der „Wiener Zeitung" vom 8. Dezember 1868.

[2]) Bericht des Generals Schweinitz über sein Gespräch mit Fürst Thurn und Taxis, Petersburg, 7. Oktober 1869.

[3]) Mitteilung des Feldzeugmeisters Graf Beck.

gehörte weiter zu den enragiertesten Schwarzsehern. Er war nicht von dem Gedanken abzubringen, daß in der Organisation der ungarischen Landwehr der Keim zu einer eigenen Nationalarmee liege. Der General witterte Gefahr für die Einheit der Armee in dem Handschreiben vom 6. August 1868, wonach „in die aus den Ländern der ungarischen Krone sich ergänzenden Regimenter und Truppenkörper, soweit es möglich, aus diesen Ländern gebürtige Offiziere eingeteilt werden“.[1]) Er gewahrte überall nur Ansprüche zur Befriedigung der „Nationaleitelkeit“ und das Bestreben, mit Hilfe der Armee „das Land selbst zu magyarisieren“. „Bevor ich,“ so beendete Fürst Liechtenstein seine Ausführungen, „aus dem Heere scheide, hielt ich es für meine heiligste Pflicht, meinem Kaiser sowie der Armee gegenüber meine Ansichten, meine Befürchtungen offen, ohne Rückhalt und Rücksicht auszusprechen. Ich kann schließlich nur den Wunsch aussprechen, daß ich mich im Irrtum befinde, doch trüb sehe ich die Zukunft, und mein altes Soldatenherz fühlt sich gedrückt.“[2]) Andrássy begleitete die Bemerkung Liechtensteins, daß er trüb in die Zukunft blicke, mit den Worten: „Tut nichts.“[3]) Der ungarische Ministerpräsident, dem auch Liechtenstein nicht das Zeugnis versagen konnte, er sei dem Programm von der Einheit der Armee nicht untreu geworden, durfte mit Recht die Zweifel des Generals anfechten. Sah Andrássy doch in den Honvéds nicht einen feindlichen, sondern einen „ergänzenden“ Teil der gesamten Armee. Der ungarische Ministerpräsident, der mitgeholfen, das seit 1866 tieferschütterte Heereswesen auf eine imponierende Höhe zu erheben, der bestrebt war, die Armee zum kräftigen Werkzeug der Verteidigung Ungarns und Oesterreichs zu machen, wollte nicht im Lichte eines Zerstörers, sondern eines grundlegenden Schöpfers erscheinen. Bei jeder Gelegenheit ist er denn auch für die Stellung der Armee als einer Vertreterin der Gesamtinteressen der Monarchie eingetreten, die sowohl im Dienste Oesterreichs wie Ungarns stehe. „Daraus,“ sagte er in seiner berühmten Wahlrede vom Jahre 1869, „daß ein Volk gemeinsam mit einem anderen seine Wehrkraft organisiert, folgt noch nicht, daß es seine staatliche Existenz aufgibt; aber daraus, daß es dies, obgleich verhältnismäßig schwächer

---

[1]) Allerhöchstes Handschreiben vom 6. August 1868, veröffentlicht in der „Wiener Zeitung“ vom 9. August 1868.

[2]) Fürst Liechtensteins Memorandum, Ofen, 20. Mai 1869. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Marginalnote des Grafen Andrássy. Ibidem.

als andere mächtigere Staaten, aus Eifersucht nicht tun will, kann es leicht kommen, daß es nicht nur seine Staatlichkeit, sondern auch den Staat selbst verliert.“ [1])

II. Kroatien, Fiume

„Ich bin,“ sagte Andrássy, „ebenso Kroate wie Ungar, weil ich kein ungarisches Interesse kenne, das mit einem kroatischen im Gegensatz stände.“ [2]) Allerdings dachte er, als er diese Worte sprach, an ein Kroatien, das einen integrierenden Teil der heiligen Stephanskrone bildet und das sich nicht einen eigenen, von ihr unabhängigen Staatskörper dünkte. Obgleich er bei anderer Gelegenheit einmal äußerte: man müsse die Kroaten mit Hafer und Peitsche behandeln, tat er auch diesen Ausspruch nur, um sie auf diesem Wege um so eher zum Frieden mit Ungarn zu nötigen. Um so mehr wünschte der ungarische Ministerpräsident ein befriedigendes Verhältnis mit Kroatien, als er aus Erfahrung zur Erkenntnis gelangt war, daß dieses lange genug eine offene Wunde Ungarns gewesen, die dessen Feinde nicht zur Heilung kommen lassen wollen. In Kroatien hatte die nationale Partei das Banner der staatsrechtlichen Selbständigkeit entfaltet, womit sie die Losreißung vom ungarischen Staate proklamierte.[3]) In Verbindung damit nährte sie die stille Hoffnung, im gegebenen Moment, unterstützt von Rußland, aus Kroatien, Slawonien, Dalmatien, der Militärgrenze mit Hinzufügung der allmählich zerfallenden Türkei ein mächtiges südslawisches Reich zu schaffen, dessen Errichtung sowohl für Ungarn wie für Oesterreich die größten Gefahren in sich barg.[4]) Um jeden Preis mußte solch aggressiven Bestrebungen

---

[1]) Lederer, Bd. II, S. 14.

[2]) Ibidem, S. 301.

[3]) Von Broschüren, die damals über diese Angelegenheit erschienen, mögen erwähnt werden: „Die kroatische Frage“, Agram, 1867; „Der alte Verband und der neue Ausgleich“, 1868. Vorher wurden publiziert von Eugen Kvaternik: „Historisch-diplomatisches Verhältnis Kroatiens zu Ungarn“, 1860; Idem, „Was ist die Wahrheit?“, 1861, als Antwort auf Szalays Schrift: „Zur kroatischen Frage“ (ung.); Zigrović, „Ueber das Selbstbestimmungsrecht Kroatiens“, 1864; „Was wir wollen und sollen“, 1864; (Hellenbach), „Opposition und Regierung des dreieinigen Königreiches“, 1864; „Die Fusion, eine Skizze aus dem kroatischen Parteileben, von L. B. H.“, 1866; Baron Béla Jeszenszky, „Das staatsrechtliche Verhältnis der Nebenländer zum ungarischen Staate“, Budapest 1889 (ung.). Jeszenszky gibt eine Uebersicht der Literatur.

[4]) Werther, Wien, 16. April 1867.

der Boden entzogen und jenen Elementen in Kroatien zur Macht verholfen werden, die mit Ungarn, als dem gemeinsamen Vaterland, in Frieden und Freundschaft zu leben wünschten. Für Andrássy und dessen Ministerium war es mit Rücksicht auf die Rolle, die Kroatien seit dem Jahre 1848 gespielt, keine leichte Aufgabe, dies Land zum alten Verband mit Ungarn zurückzuführen. Unter der Führung des Banus Graf Jellačić waren die Kroaten gegen Ungarn zu Felde gezogen, was Freiherr von Bach allerdings nicht hinderte, sie nach dem gleichen Rezepte wie die Besiegten zu behandeln. Als dann nach Erlaß des Februar-Patentes vom 26. Februar 1861 auch zur Einberufung des kroatischen Landtages geschritten wurde, schuf sich dieser den vom Kaiser am 8. November sanktionierten Gesetzartikel 42 : 1861, der jedes legislative, administrative und justizielle Band mit Ungarn zerriß.[1]) Man wollte eine Verständigung mit der Stephanskrone versuchen, doch nur als Gleicher mit dem Gleichen verhandeln. Schon sah man Franz Josef I. als gekrönten kroatischen König. Von Wien aus wurden solche Illusionen genährt, um im kroatischen Landtag ein gefügiges Werkzeug zur Bedrohung Ungarns zu haben und um diesen zu bewegen, den österreichischen Reichsrat als Zentralparlament zu beschicken. In Wien war man nicht klug genug, die Situation auszunutzen. Indem von da aus die Zulassung der Vertretung der Militärgrenze auf dem kroatischen Landtag verweigert wurde, stieg der ungarische Einfluß, der von einer Beschickung des Wiener Reichsrates abzuhalten suchte.[2]) Die maßgebende Richtung in Kroatien mochte nichts von inniger staatsrechtlicher Verbindung mit Oester-

[1]) Gesetzartikel 42 : 1861. § 1: „Das dreieinige Königreich Dalmatien, Kroatien und Slawonien ... erklärt durch seine in der Hauptstadt Agram tagende Landtagsversammlung, daß infolge der Ereignisse des Jahres 1848 jedes andere, wie immer beschaffene, sei es legislative oder administrative, sei es justizielle Band zwischen dem dreieinigen Königreiche Dalmatien, Kroatien und Slawonien und dem Königreiche Ungarn rechtlich aufgehört hat, außer daß Seine Majestät, ihr gemeinsamer König, nach ihren bis zum Jahre 1848 gemeinsamen Gesetzen auch zum König von Dalmatien, Kroatien und Slawonien, und zwar nach dem freien Willen des Volkes des dreieinigen Königreiches mit einer und derselben Krone und demselben Krönungsakte, wie zum König von Ungarn, gekrönt werden soll."

[2]) Siehe das damals erschienene Rundschreiben Deáks, veröffentlicht im „Pester Lloyd" vom 25. März 1861. Siehe Ferenczi, „Deáks Leben" (ung.), Bd. III, S. 351, wo der Nachweis erbracht wird, daß Deák sich nie des berühmten Ausdruckes „weißes Blatt" bedient habe, auf das Kroatien seine Wünsche einzeichnen solle. Paul Somssich soll zuerst in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts diesen Ausdruck angewendet haben.

reich oder Ungarn wissen, sondern mit beiden nur im Verhältnisse reinster Personalunion stehen. Es hat sich weder für das Zentralparlament gegen Ungarn noch für den Anschluß an dieses entscheiden wollen, wodurch es sich in vollkommen berechtigter Weise den Zorn beider Teile zuzog. Auf dieser schiefen Bahn wandelte Kroatien auch 1865/66. In der Adresse vom 12. Dezember 1865 erklärte der Agramer Landtag, er habe beschlossen, „selbständig mit Euerer Majestät . . . hinsichtlich der Beziehungen dieses Königreiches zum Gesamtstaate in Verhandlung zu treten“. Noch immer auf dem Gesetzartikel 42 : 1861 fußend und die Gesetze von 1848 völlig ignorierend, spannen sich die kroatischen Politiker immer mehr in die Vorstellung ein, daß sie überhaupt gar keine Verpflichtung hätten, eine „legislative Gemeinsamkeit“ mit Ungarn anzuerkennen.[1]) Leicht begreiflich, daß in Ungarn diese Demonstration des kroatischen Landtages zugunsten der absoluten Selbständigkeit des „dreieinigen Königreiches“ den übelsten Eindruck machte und große Mißstimmung erzeugte.[2]) Mittlerweile aber hatte Belcredi, der an diesem erhöhten Selbstbewußtsein der Kroaten nicht ganz unbeteiligt zu sein scheint, seine Rolle ausgespielt. Das Bedürfnis nach einem Ausgleich mit Ungarn ward von Tag zu Tag dringender; Kroatien sollte sehr bald zu fühlen bekommen, daß sein Schicksal von dem Gang der Verhandlungen des ungarischen Reichstages mit der Wiener Regierung abhänge. Die Zeiten Schmerlings und Belcredis, unter deren Schutze sich die kroatischen Deputierten der herausforderndsten Worte gegenüber dem ungarischen Reichstage bedienen konnten, waren vorüber. Man stand unmittelbar vor der Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums. Obgleich jetzt Ungarn im Aufstieg zur Macht war, reichte Deák, der den Frieden wünschte, doch den Kroaten die Hand zur Versöhnung. Er bot ihnen, wenn auch nicht freudig, eine weitgehende Autonomie und alle Garantien, die ihnen nach Recht und Billigkeit für ihre historischen und nationalen Ansprüche zukamen. Dafür forderte Deák, daß Kroatien auch tatsächlich der Zugehörigkeit zur heiligen Stephanskrone Ausdruck verleihe. Dies hätte sich in der Weise zu vollziehen, daß für Ungarn, Kroatien und Slawonien die Krönung und die Ausstellung des Inauguraldiplomes eine gemeinsame sein müsse; daß in all jenen Fällen, wo die Länder der ungarischen Krone Oesterreich gegenüber eine

---

[1]) Adresse des kroatischen Landtages vom 12. Dezember 1865.
[2]) Werther, Wien, 24. Januar 1866.

gemeinsame Vertretung erheischen, auch Kroatien und Slawonien zu dieser Einheit gehören. Demgemäß hätte der kroatische Landtag eine Anzahl Deputierter in den sogenannten ungarischen Krönungsreichstag zu entsenden.[1]) Der Ausgleich mit Kroatien sollte auch dem Vergleiche mit der Krone Bürgschaft und Dauer verleihen. Daher hatte jetzt Deák seinen früher so schroff betonten Rechtsstandpunkt gemildert, der Kroatien nur eine sehr beschränkte Autonomie gewähren sollte. Deshalb soll er auch seinen ganzen Einfluß auf seine Partei aufgeboten haben, um die Annahme seines Antrages durchzusetzen,[2]) der am 9. April ohne eigentliche Debatte und mit großer Majorität zum Beschlusse erhoben wurde. Aber es bedurfte offenbar auch eines starken Druckes von seiten Andrássys auf Deák selbst, um ihn für die Kroaten wohlwollender zu stimmen. Diesbezüglich müssen Verhandlungen zwischen der Krone und Andrássy einerseits und Andrássy und Deák andererseits vorhergegangen sein. Nur allein so ist es zu erklären, daß der Monarch durch Graf Festetics Andrássy daran erinnern ließ, die besprochenen „Punktationen" nicht außer acht zu lassen. In deren Sinne sollte es dem Belieben der Kroaten anheimgestellt bleiben, ob sie ihre in die zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten bestimmte Delegation zu entsendenden Deputierten entweder unmittelbar aus dem kroatischen Landtage selbständig oder aus dem durch sie zu beschickenden ungarischen Reichstage wählen wollten.[3]) Die Antwort Graf Andrássys lautete: „Beibehaltung der Punktationen hat harten Kampf gekostet, es wird aber an denselben festgehalten." [4]) Obgleich Ghyczy damals sofort Einwürfe gegen die Fassung in dem Beschlußantrage Deáks erhob,[5]) wurde sie doch unverändert aufrechterhalten. Man wollte wissen, daß dabei auch Beust seine Hand im Spiele hatte, der, mit Rücksicht auf die auswärtige Politik, Andrássy dringende Vorstellungen wegen rascher Beilegung des ungarisch-kroatischen Zwistes machte.[6]) Die drohende Gestaltung der äußeren Lage, die um diese Zeit einen sehr kritischen Charakter annahm, konnte in der Tat nicht unberücksichtigt gelassen werden.

---

[1]) Mitgeteilt bei Kónyi, a. a. O., Bd. IV, S. 483.

[2]) Werther, 16. April 1867.

[3]) Chiffrierte Depesche des Grafen Festetics an Andrássy, Wien, April 1867. Dürfte vom 7. April sein. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[4]) Andrássy an Festetics, Pest, 7. April 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[5]) Werther, 16. April 1867.

[6]) Ibidem.

Freiherr von Werther berichtet von Wien aus, daß man in Wiener und ungarischen Regierungskreisen ernstlich befürchte, im Falle eines Krieges Preußens mit Frankreich werde Rußland die Gärung und Unzufriedenheit der österreichischen südslawischen Bevölkerungen für seine Interessen ausbeuten. In Wien sowohl wie in Pest wünsche man daher vor allem eine möglichst schleunige und friedliche Lösung der kroatischen Streitfrage, und in diesem Wunsche allein seien die Gründe für die so hastige Beschlußfassung in der kroatischen Frage und die vom ungarischen Landtage gemachten Zugeständnisse zu suchen.[1]) Nichts ist unrichtiger, als die damals in der Wiener slawisch gesinnten Zeitschrift „Zukunft",[2]) vom „Pesti Naplô" aber sofort bestrittene Behauptung, zwischen Beust und Andrássy hätte es bezüglich Kroatiens eine Meinungsverschiedenheit gegeben. Der Minister des Aeußern war im vollkommenen Einvernehmen mit Andrássy. Bereits am 22. Februar 1867 hatte der Minister des Aeußern mit Billigung des ungarischen Ministerpräsidenten den Banus von Kroatien, Feldmarschalleutnant Freiherrn von Sokčivić, aufmerksam gemacht, daß über die Haltung der „Kaiserlichen Regierung" gegenüber Kroatien kein Zweifel obwalten dürfe. Er beauftragte ihn, dahin zu wirken, daß die amtlichen Blätter die Illusion all jener zu zerstören hätten, „welche," wie er bemerkt, „auf die Lösung des bisherigen staatsrechtlichen Verbandes des Königreichs von der königlichen Krone von Ungarn hinarbeiten und von der Gründung eines dreieinigen, bloß im lockeren Verbande mit der Gesamtmonarchie stehenden Königreichs träumen".[3]) Die Harmonie der Anschauungen in dem gegenüber Kroatien zu beobachtenden Vorgehen, offenbarte sich auch in dem Wortlaut des königlichen Reskriptes, mittels dessen der kroatische Landtag nach Agram einberufen wurde.[4]) Ausdrücklich wies das Reskript auf die ausgleichsfreundliche Stimmung des ungarischen Reichstages hin und befahl förmlich, Abgeordnete zur Krönung nach Pest zu senden.[5]) Zur Erreichung des Zieles wünschte Andrássy vor allem, daß die im Landtag als Deputierte wirkenden Beamten — seien es aktive oder Pensionisten — ihren Widerstand gegen

---

[1]) Werther, 16. April 1867.

[2]) „Zukunft" vom 6. April 1867.

[3]) Beust an den Banus, 22. Februar 1867. Von Beust an Andrássy mitgeteilt. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[4]) Kgl. Reskript vom 23. April 1867.

[5]) Ibidem.

die Regierungsvorlage aufgeben. Sie sollten in deren Sinne für die Beschickung des Krönungsreichstages und Annahme des ungarischen Vorschlages für gemeinschaftliche Angelegenheiten stimmen.[1]) Nach Erfüllung dieser Forderung bliebe jedermann die Freiheit der Meinung über die zukünftige staatsrechtliche Gestaltung Kroatiens zu Ungarn sowie über die Territorialfrage — Zugehörigkeit Fiumes — unbenommen.[2]) Mit eisernem Willen bestand Andrássy darauf, daß die Beamten in den von ihm bezeichneten zwei Punkten der Regierungsvorlage zum Siege verhelfen. Er war absolut nicht gesonnen, sich mit „Versicherungen unbegrenzter Treue" abspeisen zu lassen. „Nichtannahme," depeschierte er an den Banus, „der beiden Bedingnisse wird jedoch, als direkte Auflehnung gegen die Intentionen Seiner Majestät, Entlassung ohne Pension nach sich ziehen."[3]) Die Mandatsniederlegung, um sich der Abstimmung zu entziehen, genügte dem Ministerpräsidenten nicht.[4]) Er verlangte unbedingte tatkräftige Mitwirkung. Daher ist es ganz unrichtig, daß er darauf hingearbeitet hätte, den früheren kroatischen Hofkanzler Mažuranić, den Führer der selbständigen nationalen Partei, vom Landtage fernzuhalten. Dieser hat sich freiwillig absentiert, um nicht der Regierungsvorlage seine Unterstützung leihen zu müssen. Dagegen ist es wahr, daß auf den bedeutendsten und gefährlichsten Gegner jedes Ausgleiches mit Ungarn, auf Stroßmayer, Bischof von Djakovár, ein nachhaltiger Druck ausgeübt wurde, um dessen Opposition zu brechen. Er, der nie aus seinem Hasse gegen Ungarn ein Hehl gemacht und sich am 17. Dezember 1866 in der Adreßdebatte der Worte bedient hatte: „Die Männer der Regierung haben weder politischen Charakter noch irgendwelche politische Bedeutung," sollte seinen unglückseligen Einfluß auf seine Mitabgeordneten aufgeben. Der unversöhnlichen, mit dem Amt eines geistlichen Oberhirten wenig verträglichen Gesinnung wegen ward er nach Wien berufen, wo ihn Beust vor die Wahl stellte, entweder in mäßigender Weise in der Agramer Landstube zu wirken oder seinem Bistume zu entsagen.[5]) Man wollte sogar mit aller Bestimmtheit wissen, es sei gelungen, „diesen einflußreichsten und

---

1) Andrássys Telegramm an den Banus Sokčivić, Ofen, 10. Mai 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

2) Ibidem.

3) Ibidem.

4) Ibidem.

5) Werther, 7. Mai 1867.

gefährlichsten Führer der kroatischen Opposition" durch „sehr klingende Ueberzeugungsgründe" zum Fernbleiben während der Verhandlungen des Agramer Landtages und zu einer Reise nach Paris zu bewegen.[1]) Stroßmayer liebte es, sich als selbstlosen südslawischen Patrioten hinzustellen, der bereit ist, für sein Vaterland alle Leiden zu erdulden.[2]) In Wahrheit gehörte er zu jenen Menschen, die mit politischem Fanatismus zugleich persönlichen Ehrgeiz und die Eitelkeit vereinen, überall an erster Stelle zu stehen. Höher noch als das kroatische Staatsrecht stand ihm der Besitz seines Bistums. Im Juli 1867 erklärte er seinem Gegner Baron Rauch, er werde sich, wenn nötig, den Absichten der Regierung fügen, aber nie seine Ueberzeugung aufgeben, was Rauch zu den Worten veranlaßte: „Ich halte ihn mit seinem laxen Gewissen fähig, selbst die Religion zu verleugnen, um seiner Eitelkeit und Erfüllung seiner Ideen Genugtuung zu verschaffen."[3]) So war der Bischof von Djakovár beschaffen, in dessen Händen eine Zeitlang die Geschicke Kroatiens lagen und der, nachdem er durch seinen energischen Widerspruch gegen die päpstliche Unfehlbarkeit eine europäische Berühmtheit geworden, sich schließlich doch auch, wie die anderen Kirchenfürsten, dem angefeindeten Dogma unterwarf.[4])

Man hatte freilich nicht viel durch die Abwesenheit Stroßmayers und des Mażuranić erreicht. Die Majorität des Landtages wollte nicht von der auf den Gesetzartikel 42 : 1861 basierten

---

[1]) Werther, 7. Mai 1867. Werther hatte die Nachricht an sonst gut unterrichteter Stelle erhalten.

[2]) Wie sehr Stroßmayer es liebte, in salbungsvollen Worten von den Leiden der kroatischen Nation zu sprechen, die er wie seine eigenen empfindet, dafür mögen folgende Zeilen aus einem Briefe von ihm vom 3. Januar 1871 angeführt werden: „Meine Nation, der nach Gott mein Herz und mein Leben angehört, leidet seit Jahrhunderten und ist wahrlich ein Märtyrer. Die Leidensgeschichte hat für dieselbe noch nicht ein Ende. Der Leidenskelch muß zur Neige geleert werden. Ich tröste mich damit, daß eine Nation, die zu leiden versteht, nicht verloren ist. Das Leiden, wenn es gehörig verstanden und geübt wird, ist für immer eine sichere Bürgschaft einer bevorstehenden Resurrektion. Ich werde freilich die Resurrektion nicht erleben, aber ich will nach Möglichkeit die Elemente dazu in den leidenden Körper der Nation niederlegen helfen." Gräfl. Andrássysches Archiv. Es ist nicht bekannt, an wen Stroßmayer diesen Brief richtete.

[3]) Rauch an ?; wahrscheinlich an Graf Andrássy, Agram, 9. Juli 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Hyacinthe Loyson, „Meine persönlichen Erinnerungen an Bischof Stroßmayer", Feuilleton der „Neuen Freien Presse", 23. Mai 1905.

Selbständigkeit abgehen. Die Minorität hingegen war zur Beschickung des Krönungsreichstages nur unter gewissen Garantien der Landesautonomie und der territorialen Integrität Kroatiens bereit. Graf Andrássy, der dem Agramer Landtag gegenüber eine sehr energische Haltung einnahm, zu der er sich der vollen Zustimmung des Monarchen erfreute,[1]) war auch mit der Minoritätsadresse nicht einverstanden. Seiner Ansicht nach müßten die Kroaten erklären, sie seien einverstanden, auf dem Reichstag zu erscheinen, obwohl, mit Rücksicht auf die Kürze der Zeit, noch vorher eine meritorische Behandlung des Deákschen Antrages nicht mehr möglich wäre. Ebenso müßten sie an der Krönung teilnehmen, bei voller Wahrung gegen jede sich daraus ergebende Folgerung. Wegen künftiger Ordnung der staatsrechtlichen Beziehungen wäre vor oder nach der Krönung eine kroatische Landtagsdeputation nach Pest zu senden, die mit einer Deputation des ungarischen Reichstages zu verhandeln hätte. Ehe die Angelegenheit nicht erledigt worden, müßte die territoriale Frage beziehungsweise die Frage, wohin Fiume gehöre, ob zu Ungarn oder Kroatien, in Schwebe bleiben.[2]) Bis zum letzten Augenblicke wollte der ungarische Ministerpräsident Beweise seiner Versöhnlichkeit geben. Als der kroatische Landtag am 11. Mai einstimmig den Beschluß faßte, alle weiteren Beratungen für so lange zu unterbrechen, bis nicht der von ihnen im Jahre 1861 — also noch unter Schmerling — unterbreitete Gesetzartikel betreffs der Unverletzlichkeit der Abgeordneten von der Krone sanktioniert worden, säumte Andrássy auch da keinen Augenblick, dies Verlangen zu bewilligen. Er, der sehr wohl wußte, daß die kroatische Opposition von Belgrad aus zu einer Verzögerungspolitik[3]) und auf alle Weise zum Widerstand ermutigt werde,[4]) dem ferner nicht unbekannt war, daß zahlreiche russische Emissäre das Land durchziehen, mit der förmlichen Absicht, es zu einem Konflikt mit Ungarn zu drängen,[5]) bemühte sich,

---

[1]) Graf Festetics an Andrássy, Wien, 10. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an Graf Erdődy in Agram, 10. Mai (1867). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Bericht aus Agram, 11. Mai 1867, mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse".

[4]) Lauberan an Bismarck, Belgrad, 19. Mai 1867.

[5]) Dies erzählte Beust selbst dem preußischen Gesandten Freiherrn von Werther, 10. Juli 1867.

soweit nur möglich, jeden Anstoß dazu aus dem Wege zu räumen. Ihm lag vor allem daran, daß im Agramer Landtag die Stimme der Unionisten, also derjenigen zur Geltung komme, die den Anschluß an die Stephanskrone wünschten. Damit wollte Andrássy keineswegs andeuten, daß sie mit der Majorität um den Sieg kämpfe. Denn auch die Adresse der Minorität — der Ungarn Freundlichgesinnten — enthielt eine Forderung — Einverleibung Fiumes in Kroatien —, die sie der ungarischen Regierung absolut unannehmbar machte. Daher ging die Absicht des Ministerpräsidenten dahin, daß die auf dem Gesetzartikel 42 : 1861 fußende Adresse der Majorität durchdringe und hierdurch ihr allein die Verantwortung für alle weiteren sich daraus ergebenden Folgen zufalle. Dagegen sollte seiner Meinung nach die Adresse der Minorität mit höchstens nur zwei bis drei Stimmen in der Minderheit bleiben.[1]) „Hauptsache ist," schreibt er an Koloman Bedekovics, einen der Unionisten in der Minorität, „daß durch die Abstimmung bewiesen werde, daß es zwei beinahe gleichstarke Parteien gibt, deren eine aufrichtig den Ausgleich mit Ungarn wünscht. Sollte jedoch in der Diskussion kein größerer Unterschied der Parteien hervortreten als in den Vorlagen (Adressen), so glaubt weder in Ungarn noch sonstwo jemand an das Bestehen einer Unionspartei . . . Wenn aber keine kroatische Partei den Mut hat, die Regierung zu unterstützen, so ist kein Resultat abzusehen."[2]) Diesen Plan wollte Andrássy durchgeführt sehen, ehe noch zur Auflösung des Landtages geschritten werden sollte. Sie war bereits, für den Fall der Annahme der Adresse des Majoritätskomitees, im Einvernehmen mit der Krone und Beust beschlossen worden.[3]) Tatsächlich wurde mit Rücksicht hierauf der kroatische Landtag heimgeschickt, dem gleich bei seinem Zusammentritt das Organ der deutsch-österreichischen Verfassungspartei die Prognose gestellt, er werde keine andere Aufgabe zu erfüllen haben, als „sich in sein Sterbegewand zu hüllen".[4]) Der kroatische Landtag hatte sich förmlich in eine Art Größenwahn hineingelebt, indem er als ein Ungarn gegenüber Gleichstehender diesem sein Gesetz diktieren könne. Die Kroaten schienen wie hypnotisiert von der

---

[1]) Andrássy an Graf Erdődy, 13. Mai 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv. Lederer, Bd. II, S. 25. Anmerkung.

[2]) Andrássy an Koloman Bedekovics, 14. Mai 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Werther, 28. Mai 1867.

[4]) „Neue Freie Presse", 3. Mai 1867: „Der kroatische Landtag".

Illusion, in Wien noch genug mächtige Freunde zu haben, die es nicht zulassen würden, daß ohne ihre Teilnahme die Krönung zustande komme. Sie waren daher überzeugt, es werde ihnen gelingen, den ungarischen Reichstag ihren Forderungen gegenüber mürbe zu machen; sie sollten sich gründlich täuschen. Die maßgebenden Wiener parlamentarischen Kreise boten ihnen keine Unterstützung. Schallte doch von dort der bittere Vorwurf nach Agram, daß sie 1861 in ihrer Ueberhebung sich ebenso mit Wien wie mit Pest auf den Fuß reinster Personalunion stellten und für die Krone Zvonimirs außer Dalmatien auch noch Kärnten, Krain und Südsteiermark beanspruchten.[1]) Auch von der Hofburg hatten sie keinen Beistand zu erwarten. Die Krone war nicht geneigt, ihrer Prätensionen willen die Krönung aufschieben zu lassen. Graf Andrássys Einfluß erwies sich doch stärker als der der Kroaten. Man schritt über sie hinweg, nahm die Krönung auch ohne ihre Anwesenheit vor und ließ ihnen nur die Möglichkeit offen, um nachträglich ihre Zustimmung als integrierende Teile der heiligen Stephanskrone auszusprechen.[2]) Wenn sich auch Andrássy über den Widerstand der ungarfeindlichen Opposition hinweggesetzt hatte, so schwebte ihm die Versöhnung des Landes mit Ungarn doch immer als höchst wünschenswertes Ziel vor. Er war durchdrungen davon, daß er im Interesse der Stärkung des von ihm nun geleiteten Staatswesens nichts unterlassen dürfe, um das Band wieder zu knüpfen, das achthundert Jahre lang Ungarn mit Kroatien verbunden und nur von letzterem, verleitet durch die Wiener Kamarilla, im Jahre 1848 gewaltsam zerrissen worden war. Eine neue Wahlordnung wurde eingeführt, mit deren Hilfe die Opposition zerschmettert werden sollte. Die Leitung der Wahlen selbst nahm der energische Unionist Baron Levin Rauch in die Hand, der, nachdem der bisherige Banus, Feldzeugmeister Freiherr von Sokčivić, seiner Würde enthoben war, an Stelle des Kardinalerzbischofs Haulik zum Locumtenens banalis ernannt wurde.[3]) Die Kroaten bekamen sofort die starke Faust des Banalstellvertreters zu fühlen. Er traf gleich am ersten Tage seines Amtsantrittes solche Vorkehrungen, daß Agram, wie er selbst berichtet, schon seit Jahren keine so ruhige Nacht verlebt hatte als

---

[1]) „Neue Freie Presse", 3. Mai 1867: „Der kroatische Landtag".

[2]) Siehe das Kapitel: Krönung.

[3]) Kussević, Leiter der kroatischen Hofkanzlei, an Andrássy, Wien, 28. Juni 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv. — Es fanden noch andere Pensionierungen statt.

diese, ungeachtet man alles aufgeboten, um ihm zu trotzen.[1]) Bischof Stroßmayer war einer der ersten, die ihn aufsuchten, um ihm zu erklären, daß er bereit sei, sich den Absichten der Regierung zu fügen, „weil er," wie Rauch hinzufügt, „zu gut weiß, daß er es in ultima analysi auch muß. Ich glaube an seine aufrichtige Bekehrung nie."[2]) Nach dem allerdings nur scheinbaren Erfolg suchte Baron Rauch seinen Vorgänger, den Kardinalerzbischof Haulik, auf. Gewonnen durch ein geschickt angebrachtes Kompliment, das seiner Eitelkeit schmeichelte, versprach der Kardinalerzbischof dem Banalstellvertreter, alles zu tun, was in seinen Kräften stehe, um den Widerstand der unbotmäßigen nationalgesinnten Geistlichkeit zu brechen. Jetzt sagte es Haulik, der bisher auf seiten dieser widerspenstigen Priester gestanden, offen heraus, daß er vereint mit Rauch dahin wirken wolle, den ziellosen Zuständen, die er selbst nicht billigen könne, ein Ende zu machen.[3])

Am 9. Januar 1868 trat der neugewählte kroatische Landtag zusammen, in dem die unionistische Partei das Uebergewicht besaß. Mražović und Starčević, beide Führer der ungarfeindlichen Partei, vermochten kein Mandat zu erlangen. Michael Polit konnte sich nur schwer in seinem alten Wahlbezirke in Syrmien (Iregh) behaupten.[4]) Den Anstrengungen Baron Rauchs in Syrmien war es zu danken, daß von dort aus allein drei unionsfreundliche Abgeordnete in den Landtag gesandt wurden.[5]) Die ganze kroatisch-serbische Opposition war auf vierzehn Abgeordnete zusammengeschrumpft. Das königliche Reskript forderte den Landtag auf, die 1866 abgebrochenen Verhandlungen mit dem ungarischen Reichstag durch sofortige Entsendung einer neuen Regnikolardeputation wieder aufzunehmen.[6]) Die Opposition brachte dagegen einen Antrag ein, daß in einer Vorstellung die Krone gebeten werde, diesen Landtag, da er auf einer oktroyierten Wahlordnung, daher auf ungesetzlicher Grundlage, beruhe, aufzulösen

---

[1]) Levin Rauch an? (Dürfte an Andrássy selbst gerichtet sein.) Agram, 9. Juli 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Dr. Michael Polit, „Zur kroatischen Frage", in „Neue Freie Presse", 25. Mai 1907.

[5]) Baron Rauch, wahrscheinlich an Andrássy, 16. Dezember 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[6]) Das königliche Reskript war vom 20. Oktober 1867 datiert.

und eine neue Vertretung einzuberufen. Als die Versammlung hierüber zur Tagesordnung überging, verließ mit Ausnahme von zwei Deputierten — Vucotinovics und Filippovich — die die Opposition darstellende nationalliberale Partei den Sitzungssaal. Josipovich wünschte den Austretenden in ironischer Weise glückliche Reise und trug ihnen Grüße an Fürst Gorčakov auf. Der Adreßentwurf der regierungsfreundlichen Majorität nahm den Gesetzartikel 42:1861 zur Richtschnur, bat um die Einverleibung Dalmatiens wie der Militärgrenze, sprach sich gegen jede Oktroyierung aus und billigte die Wahl von zwölf Mitgliedern in die nach Pest zu entsendende Regnikolardeputation. Nachdem die vornehmsten Gegner kein Mandat erhalten und die in den Landtag gelangte Opposition sich abseits hielt, konnte mit voller Aussicht auf Erfolg das Friedenswerk der Versöhnung unternommen werden. Seinen Abschluß fand es in dem Gesetzartikel XXX:1868.

Am 24. September 1868 ward das Ausgleichsoperat, wie es mit der ungarischen Regnikolardeputation vereinbart worden, vom Landtag ohne Spezialdebatte unter rauschendem Beifalle der Versammlung en bloc angenommen. Den folgenden Tag drückte die Generalkongregation des Agramer Komitates dem Landtag ihren Dank für den vollzogenen Ausgleich mit Ungarn aus. Dazu war auch aller Grund vorhanden, denn wie der Deputierter Car mit Recht erklärte, ward durch diesen Vergleich die Reaktion gebrochen und erhielt das Land eine noch nie innegehabte Selbständigkeit,[1]) einen eigenen Minister,[2]) die kroatische Sprache als Verwaltungssprache,[3]) und eine eigene Delegation.[4]) Außerdem wurde, selbst auf den Münzen, der Name des dreieinigen Königreiches für immer verewigt.[5]) Im Reskript vom 7. November 1868 drückte die Krone ihre „aufrichtige Freude“ über diesen Ausgleich aus, „durch welchen,“ wie es da heißt, „der zwischen beiden Ländern der ungarischen Krone seit Jahrhunderten bestandene und auch durch die Pragmatische Sanktion befestigte gesetzliche Verband zur Beruhigung und Befriedigung beider Teile aufs neue

---

[1]) Siehe § 48 des Gesetzartikels XXX:1868.

[2]) Ibidem § 44.

[3]) Ibidem § 56.

[4]) Ibidem § 59.

[5]) Im Gesetzartikel XXX:1868 § 64 heißt es: „Auf den Münzen, welche die Länder der ungarischen Krone prägen werden, ist in den königlichen Titel auch der Titel ‚König von Kroatien, Slawonien und Dalmatien‘ aufzunehmen.“

gesichert und gekräftigt wird". Der von der Krone als Gesetzartikel XXX : 1868 sanktionierte Ausgleich sprach es nun als eine von beiden Kontrahierenden anerkannte Tatsache aus, daß Kroatien und Slawonien seit Jahrhunderten zur Krone des heiligen Stephan gehört haben, daß diese Länder voneinander untrennbar sind und sie alle, mit Einschluß von Dalmatien, „eine und dieselbe Staatsgemeinschaft sowohl gegenüber den übrigen unter der Herrschaft Seiner Majestät stehenden Ländern wie gegenüber anderen Ländern" bilden.[1]) Aus der Staatsgemeinschaft und Zusammengehörigkeit folgte naturgemäß, daß der König von Ungarn und von Kroatien, Slavonien und Dalmatien mit einer und derselben Krone und mittels einer und derselben Krönungshandlung gekrönt und für alle zur heiligen Stephanskrone gehörigen Länder auf dem gemeinsamen (ungarischen) Reichstage ein gemeinsames Krönungsdiplom festgesetzt und ausgestellt wird.[2]) Der ungarisch-kroatische Ausgleich spricht aber nicht nur von Kroatien und Slavonien als bereits tatsächlich integrierenden Ländern der Stephanskrone, sondern auch von Dalmatien, dessen Wiedereinverleibung zu fördern, Ungarn sich verpflichtete.[3]) Alle drei Gebiete hätten das „Dreieinige Königreich" zu bilden. Ein damals sehr beglaubigtes Gerücht wollte wissen, daß Andrássy und Beust mächtige Beschützer des Anschlusses Dalmatiens an Ungarn seien.[4]) In der Liste der Vorschläge, die Baron Rauch der kroatischen Regnikolardeputation vorzulegen beabsichtigte, gedenkt er mit keinem Worte Dalmatiens.[5]) Von maßgebender ungarischer Seite ist aber auch sofort jedes derartige Vorhaben aufs entschiedenste bestritten worden. Man erklärte den Besitz Dalmatiens als eine in politischer und finanzieller Hinsicht unannehmbare Last. Ungeachtet solcher Bedenken wurde doch die Reinkorporierung dieses einen faktischen Bestandteil Oesterreichs bildenden Gebietes ausgesprochen, womit nur ein heißer, längst gehegter Wunsch der kroatischen Bevölkerung erfüllt wurde.[6]) Graf Andrássy hat sich im Verein mit Deák um die Ruhe, den Frieden und die ge-

---

[1]) § 1 des Gesetzartikels XXX : 1868.

[2]) Gesetzartikel XXX : 1868 § 2.

[3]) Ibidem § 65.

[4]) Freiherr von Werther, Wien, 22. Juli 1868.

[5]) Ibidem.

[6]) Sowohl Ungarn wie Oesterreich haben es unterlassen, die staatsrechtliche Frage Dalmatiens zu lösen. Ungarn gibt wohl seinen Anspruch auf Dalmatien nicht auf, erhebt aber keine Einwendung dagegen, daß dessen Verwaltung weiterhin von der österreichischen Regierung besorgt wird.

deihliche Entwicklung seines Vaterlandes durch die Förderung der erfolgten Versöhnung zwischen Ungarn und Kroatien ein großes Verdienst erworben. Nichts bezeugt dies mehr, als daß die Opposition selbst — kroatische Nationalpartei — im Jahre 1873 (Gesetzartikel 34) den Ausgleich von 1868 vollkommen anerkannte.[1]) Als treuer Mitarbeiter an dem Friedenswerke stand Andrássy in erster Reihe Baron Levin Rauch zur Seite, den er am 8. Dezember 1868 zur Belohnung für den unter schwierigen Verhältnissen bekundeten unermüdlichen Eifer und sein Taktgefühl zum wirklichen Banus von Kroatien vorschlug.[2]) Nicht in amtlicher Stellung, aber als Vertrauensmann Andrássys hatte Alexander Graf Erdődy die Mission übernommen, zwischen den schroff gegenüberstehenden Parteien des kroatischen Landtages im Interesse des staatsrechtlichen Ausgleiches eine Verständigung anzubahnen. Er hat, wie der Ministerpräsident selbst bestätigt, mit seinen Teil zu dem erzielten Ergebnis beigetragen.[3]) In nicht unerheblicher Weise spielte auch Stephan Türr in den Ausgleichsverhandlungen eine Rolle. Da er während der Emigration vielfach mit südslawischen Politikern in Verbindung getreten war, sandte ihn Andrássy im Herbst 1867 nach Agram, um sie für eine Verständigung zu gewinnen.[4]) Türr erhielt zu diesem Zwecke von Andrássy keinen schriftlichen, sondern nur einen mündlichen Auftrag.[5]) Graf Julius Jankovich, der an den Besprechungen der ungarisch-kroatischen Regnikolardeputationen als Führer der nichtungarfeindlichen Opposition in den Vordergrund trat, anerkannte in einem nach Abschluß des Ausgleiches an Türr gerichteten Schreiben dessen Verdienste um das Zustandekommen des Friedens zwischen Ungarn und Kroatien.[6])

* * *

Den wichtigsten Punkt, der beinahe den Ausgleich zum Scheitern gebracht hätte: die Frage, ob Fiume mit seinem

---

[1]) Die Anhänger des Starčević anerkennen nicht den Ausgleich von 1868; sie gehen von dem Standpunkt aus, daß dieser nur mit Hilfe der oktroyierten Wahlordnung zustande kommen konnte.

[2]) Vortrag Andrássys, Ofen, 8. Dezember 1868. Resolution vom selben Tage. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[3]) Vortrag Andrássys vom 8. August 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[4]) Schriftliche Mitteilung General Türrs.

[5]) Schriftliche Mitteilung Türrs. Er hat über diese Angelegenheit im „Magyar Hirlap“ 1903 einen Artikel veröffentlicht.

[6]) Der Brief des Grafen Jankovich wurde von mir in der „Neuen Freien Presse“: „Aus dem Leben General Türrs“, 18. Mai 1908, veröffentlicht.

ganzen Gebiete zu Ungarn oder Kroatien gehöre, ließ der Gesetzartikel XXX : 1868 in Schwebe. Um dieser strittigen Angelegenheit wegen nicht wieder alles in Brüche gehen zu lassen, hatte man sich geeinigt, deren Lösung auf den Weg künftiger Vereinbarungen zu verweisen. Für jeden der beiden Teile war es von größter Wichtigkeit, den Besitz der Hafenstadt, die den Zugang zum Adriatischen Meere eröffnete, sein eigen zu nennen. Sowohl Ungarn als auch Kroatien erhoben Ansprüche hierauf. Ungarn war entschlossen, sie mit Aufbietung aller seiner Kräfte geltend zu machen. Einer seiner bedeutendsten Geschichtsforscher, Ladislaus Szalay, sagte: Ungarn ist verpflichtet, zu verlangen, ja darauf zu dringen, daß Fiume mit und unter uns sei, es ist unser liebes Eigentum, niemals bildete es einen integrierenden Teil des in Agram tagenden kroatischen Landtages. Fiume sah es stets als einen Ruhmestitel an, zu Ungarn zu gehören, wie dieses seinerseits mit Stolz auf „diesen glänzenden Edelstein seiner Krone“ blickte.[1]) Zu weit würde es führen, hier auf eine nähere Erörterung der aus der Vergangenheit hervorgeholten historischen Beweise für die Zugehörigkeit Fiumes zu Ungarn oder zu Kroatien eingehen zu wollen. Keinem Zweifel kann es jedoch unterliegen, daß diese Stadt bereits drei Jahrhunderte Ungarn angegliedert war, als sie Ende des fünfzehnten Jahrhunderts vom Königreich getrennt wurde. Ebenso sicher ist es, daß Maria Theresia am 23. April 1779 Fiume wieder Ungarn inkorporierte und daß dieser Staatsakt durch den Gesetzartikel IV : 1807 neuerdings bestätigt wurde. Infolge der Ereignisse von 1848 ward Fiume von der absoluten österreichischen Regierung im Jahre 1849 dem „ungarischen Kronland“ Kroatien einverleibt, gleichsam zur Belohnung für geleistete Dienste im Kampfe gegen das „rebellische“ Ungarn. Die Hafenstadt selbst war mit dem ihr zuteil gewordenen Schicksal gar nicht zufrieden. Ihr Herz zog sie nach Ungarn, mit dem sie vereint sein wollte. Als 1861 das neue Regime einen ungarischen Reichstag einberufen hatte, richtete der Munizipalrat von Fiume an den Kaiser eine Adresse, in der er bat, unter den Ständen Ungarns vertreten sein zu dürfen. Die lebhaften Demonstrationen, mit denen das Gesuch unterstützt wurde, hatten die Verhängung des Belagerungszustandes über Fiume zur Folge. Hierauf beschloß am 18. Februar 1861 die Repräsentanz der Haupt-

[1]) Szalay hat 1861 über diesen Gegenstand im „Pesti Napló“ einen Aufsatz veröffentlicht.

stadt Pest eine Vorstellung an den Monarchen zu richten, in der die Aufhebung des Belagerungszustandes und die Ersetzung des Banus durch einen Ungar als Gouverneur von Fiume erbeten wurde.

Mit mißgünstigen Augen verfolgte Kroatien die ungarfreundliche Haltung der Fiumaner. Sie hatten das harte Joch der mit Kroatien sympathisierenden und durch mächtige Wiener und Agramer Einflüsse unterstützten lokalen Behörden zu ertragen, die die sich laut äußernde Hinneigung zu Ungarn nicht dulden wollten. Voll Vertrauen auf die Zukunft erwarteten die Bürger der Seestadt den Eintritt besserer Zeiten, der sie von der Tyrannei ihrer kroatischen Herren befreien sollte.[1])

Als es gewiß schien, daß endlich der langersehnte Moment der Versöhnung zwischen der Krone und der ungarischen Nation eintreten werde, traf man Anstalten, um die Ernennung eines verantwortlichen ungarischen Ministeriums in feierlicher Weise zu begehen. Die Veranstalter der Festlichkeiten sandten den Advokaten Ritter von Thierry zum Obergespan und Zivilkapitän Ritter Bartholomäus von Smaich, um ihn nicht nur vom Vorhaben der Bürger zu unterrichten, sondern auch seine Einwilligung zu demselben zu erbitten. Freudig — wenigstens äußerte er sich in diesem Sinne — stimmte Smaich zu, wobei er nur Thierry aufmerksam machte, keinen Wein unter das Volk verteilen zu lassen, da es, erhitzt durch den Genuß der Getränke, bei solchen Gelegenheiten leicht über die Schnur haue.[2]) Inzwischen aber begannen die ungarfeindlichen Elemente auf den schwachen, selbst dieser Partei zuneigenden Zivilkapitän einzuwirken, um ihn zu einem Verbot zu bewegen. Gegen alle Erwartung ließ Smaich am 15. Februar den Advokaten Thierry zu sich berufen und sagte ihm, daß er die Abhaltung der geplanten Festlichkeiten nicht gestatten könne; er würde ihm dies schon bei seinem ersten Besuche mitgeteilt haben, wenn er ihn nicht mißverstanden hätte. Auch eine Abordnung der Bürger vermochte ihn nicht anderen Sinnes zu machen. In ganz merkwürdiger Weise verdolmetschte er seinen Entschluß den Fiumanern. Am 16. Februar erschien eine Kundmachung, in der Smaich bekanntgab, er hätte eigentlich nichts gegen eine Feier zur Verherrlichung des zu ernennenden ungarischen Ministeriums einzuwenden.

---

[1]) Kgl. Kommissär Eduard von Cseh an Graf Andrássy, Fiume, 24. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Idem, 5. Mai 1867. Ibidem.

Mit Rücksicht jedoch darauf, daß ein solches Frohlocken (exultanza) leicht zu Störungen und übeln Deutungen führen könnte, müßte er alle öffentlichen Freudenbezeugungen untersagen. Wenn es aber, hieß es zum Schlusse, doch jemand gäbe, dem diese „Ermahnung“ nicht genüge, „so hat sie ihm als gemessener Befehl zu gelten“.[1]) Hielt Smaich eine derartige Aufforderung für wirksam, so sollte die Enttäuschung rasch auf dem Fuße folgen. Am 18. Februar empfing der zur Union mit Ungarn hinneigende Fiumaner Bürger namens Gaspar Matcovich aus Pest ein Telegramm, das ihm Nachricht von der Ernennung des ungarischen Ministeriums gab und mit den Worten endete: „Restitutio in integrum.“ [2]) Matcovich hatte nichts Eiligeres zu tun, als es den vor dem „Casino patriottico“, dem Forum publicum der Fiumaner, angesammelten Menschen vorzulesen. Die Depesche erweckte, wie vorauszusehen war, ungeheure Begeisterung. Gleichsam, wie infolge eines Zauberschlages, waren wenige Minuten hernach alle Häuser mit Fahnen geschmückt. Mit der städtischen Musik an der Spitze durchzog eine freudig erregte und jubelnde Menge die Straßen, die abends in einem Lichtmeer schwammen.[3]) Das war aber dem Zivilkapitän Smaich, der von zwei fanatischen Kroaten, dem Platzkommandanten Černadak und dem Richter Čepulić übel beraten wurde,[4]) doch zu viel. In gewaltsamer Weise ließ er den vierundsiebzigjährigen Gaspar Matcovich, Josef Sgardelli, Anton Walluschnig und den Arzt Dr. Anton Giacich wegen Aufreizung des Volkes verhaften und gleich den gemeinsten Verbrechern in die elendesten Kerker werfen.[5]) Man hat damals behauptet, die Verhafteten seien infolge Intervention Graf Andrássys wieder in Freiheit gesetzt worden.[6]) Dem war nicht so. Das Agramer Komitatsgericht hatte selbst nach Einsichtnahme in die Akten entschieden, daß, mit Ausnahme des angeblichen Rädelsführers Matcovich, alle übrigen Beschuldigten aus der Haft zu entlassen wären. Ist es auch nicht richtig, daß der ungarische Ministerpräsident zugunsten der

---

[1]) Mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse“ vom 21. Februar 1867. Die Kundmachung Smaichs in ungarischer Uebersetzung bei Akusius Radich, „Die staatsrechtliche Stellung Fiumes“, S. 201 (ung.).

[2]) Cseh an Andrássy, Fiume, 5. Mai 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Ibidem. Damit stimmt der Bericht der „Neuen Freien Presse“ vom 22. Februar aus Fiume.

[4]) Idem ad eundem, 24. April 1867. Ibidem.

[5]) Idem ad eundem, 5. Mai 1867. Ibidem.

[6]) „Neue Freie Presse“, Bericht aus Pest vom 23. Februar 1867.

Angeklagten bei der kroatischen Hofkanzlei eingeschritten sei, so hatte ihn das ganze Vorgehen des Obergespans Smaich doch nicht gleichgültig gelassen. Unmöglich durfte er es zugeben, daß patriotisch gesinnte Bürger wegen ihrer Sympathien für Ungarn von den der Union feindlichen Beamten wie Diebe und Mörder behandelt wurden. Andrássy erwirkte daher von der Krone zur Untersuchung des Falles die Entsendung eines königlichen Kommissärs. Hofrat Eduard von Cseh wurde für diesen Posten ausersehen.

Bei längerer Duldung solcher Zustände hätte die ungarische Regierung Gefahr laufen müssen, Fiume von sich abwendig zu machen, wo, nach Aussage Csehs, nicht nur die Mehrheit, sondern mit Ausnahme von etwa fünfzig Personen die ganze aus 15000 Einwohnern bestehende Stadt die Vereinigung mit Ungarn herbeiwünsche.[1]) Der nationalen Partei in Kroatien war der königliche Kommissär ein Dorn im Auge. Sie besorgte, daß er einen ihr nachteiligen Einfluß auf den demnächst zusammentretenden kroatischen Landtag ausüben könnte. Man würde sich noch ins Unvermeidliche gefügt haben, hätte die Regierung Cseh nur mit der Untersuchung der letzten Vorfälle betraut. Mächtig schwoll jedoch die Unzufriedenheit an, als man vernahm, daß er auch zum königlichen Kommissär für das Komitat, die Stadt und den Bezirk Fiume ernannt und ihm außerdem noch das Recht eingeräumt worden, über die Beamten nach seinem Ermessen provisorisch zu verfügen.[2]) Man bezeichnete sofort Cseh als den Mann, der berufen sei, die unmittelbar bevorstehende Einverleibung Fiumes in Ungarn durchzuführen. Um so feindseligere Gesinnungen mußte dessen Ankunft erzeugen, als am 26. Februar die Generalkongregation des Agramer Komitates durch Beschluß jedermann zum Landesverräter stempelte, der es sich zum Ziele setze, einen Teil des dreieinigen Königreiches — in diesem Falle Fiume — von demselben loszutrennen.[3]) Zum Dolmetsch der in der kroatischen Landeshauptstadt herrschenden Erregung machte sich der Banus Baron Sokčivić, der schon vorher bei der kroatischen Hofkanzlei Vorstellungen gegen die Absendung eines königlichen Kommissärs erhoben und gebeten hatte, Fiume unangetastet zu lassen.[4]) Mit seinem Proteste

---

[1]) Cseh an Andrássy, 24. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Banus Feldzeugmeister Baron Sokčivić an Graf Andrássy, Agram, 14. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Bericht aus Agram vom 26. Februar 1867 in der „Neuen Freien Presse".

[4]) Banus Sokčivić an Graf Andrássy, Agram, 14. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv. Siehe über den Banus Radich, a. a. O., S. 205.

gegen Cseh als königlichen Kommissär wandte er sich jetzt direkt an den ungarischen Ministerpräsidenten, dem er es dringend ans Herz legte, den Abgesandten der Regierung, in dem er das größte Hindernis des Friedens zwischen Ungarn und Kroatien erblickte,[1]) noch vor Zusammentritt des kroatischen Landtages wieder abzuberufen. „Dieses", schreibt der Banus an Graf Andrássy, „würde die Gemüter vielleicht beruhigen und die Stimmung günstiger gestalten, obwohl es andererseits nicht übersehen und unterschätzt werden darf, daß die Gegner des Ausgleiches schon die Ernennung des königlichen Kommissärs als ein Vorspiel der Gewaltmaßregeln Ungarns geltend machen werden. Der Erfolg," fährt er fort, „bleibt demnach jedenfalls zweifelhaft. Findet mein obiger Antrag jedoch keinen Anklang, so kann ich Euer Exzellenz schon dermalen die bestimmteste Versicherung geben, daß sich in diesem Falle, vielleicht mit Ausnahme von höchstens sechs bis acht Stimmen, der ganze Landtag gegen jeden Ausgleich ausspricht."[2]) Feldzeugmeister Sokčivić begnügte sich nicht, derartige Klagen bloß zur Kenntnis des Grafen Andrássy zu bringen. Er wandte sich damit auch direkt nach Wien an die Krone, infolgedessen der kroatische Hofkanzler den königlichen Kommissär Cseh dringend aufforderte, die ihm übertragene Mission mit der möglichsten Raschheit zu beendigen und sich ehestens wieder aus dem Lande zu entfernen.[3]) Der ungarische Ministerpräsident ließ sich aber in seinen Absichten durch nichts beirren. Durchdrungen davon, daß Fiume von jeher einen integrierenden Teil Ungarns gebildet, war er auch fest entschlossen, sich dieses Kleinod der ungarischen Krone nicht entreißen zu lassen. „Die Wiedereinverleibung Fiumes," schrieb er an Cseh, „ist eine solche Sache, deren Durchführung ich mir zur Aufgabe gemacht habe, und die unbedingt eintreten wird. Aber den Zeitpunkt, wann dies zu geschehen hat, muß Fiume der Regierung überlassen. Die Lage ist nicht unbestimmt; ich bitte, diese als ganz bestimmt zu betrachten in dem Sinne, daß die Frage nur dann entschieden wird, wenn zu diesem Zwecke die Deputation des kroatischen Landtages hierher (nach Pest) kommt.

---

[1]) Banus Sokčivić an Graf Andrássy, Agram, 14. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Ueberhaupt läßt sich sagen, daß der ärgste Feind des Ausgleiches zur Förderung seiner Zwecke nichts Besseres hätte tun können, als die Entsendung des königlichen Kommissärs in der Art und Weise, wie es geschehen."

[2]) Sokčivić an Graf Andrássy, 14. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Cseh an Andrássy, 24. u. 27. April 1867. Ibidem.

Dann aber wird sie sicher zum Vorteil Fiumes gelöst werden, mag die kroatische Angelegenheit in der einen oder anderen Weise zur Austragung gelangen... Solange die Regierung ihre Verantwortlichkeit fühlt, wird sie und nur allein sie regieren." [1]) Es war nötig, die Fiumaner zur Geduld ermahnen zu lassen, [2]) wie dies der königliche Kommissär in seinem Berichte bestätigt, in dem es heißt: „Fiume anlangend, so ist die Bevölkerung in sehr gespannter Stimmung, welche sich oft in tumultuosen Kongregationsversammlungen, gehobenen Zeitungsartikeln Luft macht; die öffentliche Ruhe ist aber vollkommen standhaft; die unversöhnlichsten Feinde Ungarns, wie Derenčin, Vončina u. s. w., erscheinen unbehelligt öffentlich, und das bestehende Bürgerkomitee leistet das Menschenmöglichste, um Gassendemonstrationen hintanzuhalten." [3])

Gestützt auf die Entschließungen der Krone, des ungarischen Reichstages und des Ministeriums, hoffte Andrássy die Reintegrierung Fiumes gleichzeitig mit der Lösung der kroatischen Differenzen zu Ende zu führen. Das gelang jedoch nicht. Der Ausgleich mit Kroatien war ohne die Regelung der Fiumaner Frage zustande gekommen. Vielmehr hatte der § 66 des Gesetzartikels XXX: 1868 bestimmt: „Stadt, Hafen und Bezirk Fiume bilden einen besonderen der heiligen ungarischen Krone angegliederten Körper (separatum sacrae regni coronae adnexum corpus), über dessen besondere Autonomie und die darauf bezüglichen legislativen und Verwaltungsverhältnisse im Wege von Deputationsverhandlungen zwischen dem ungarischen Reichstage, dem Landtage von Kroatien, Slawonien und Dalmatien sowie der Stadt Fiume im gemeinsamen Einvernehmen ein Uebereinkommen zu treffen sein wird." Auch mündlich gab der König der Deputation des kroatischen Landtages seinen Wunsch zu erkennen, daß die Fiumaner Frage auf freundschaftlichem Wege zwischen den daran interessierten Beteiligten ausgeglichen werde. [4]) Zu diesem Behufe wollte Andrássy binnen kürzester Zeit eine aus Vertrauensmännern Kroatiens und Fiumes zusammengesetzte Enquete einberufen. Der ungarische Ministerpräsident legte besonderes Gewicht darauf, daß die Fiumaner Vertrauensmänner durch die dortige städtische Repräsentanz, jedoch

---

[1]) Andrássy an Cseh, 12. Juli 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv. Lederer, Bd. II, S. 229.

[2]) Ibidem.

[3]) Cseh an Andrássy, April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Andrássy an Cseh, Ofen, 12. Oktober 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

ohne an irgendeine Weisung von seiten derselben gebunden zu sein, gewählt würden. Von Cseh erwartete er, daß sein Einfluß weitreichend genug sein werde, um dieser Anregung Geltung zu verschaffen. Gleichzeitig lenkte Andrássy des königlichen Komissärs Aufmerksamkeit auf Randich, Scarpa und Ciotta als geeignete Vertrauensmänner Fiumes.

In Verbindung hiermit regte der ungarische Ministerpräsident noch einen anderen Gedanken an, der lebhaft für seinen schöpferischen Geist spricht und dafür zeugt, wie er alle Kräfte in den Dienst des Aufschwunges seines Vaterlandes zu stellen trachtete. Seinem Scharfsinne entging es nicht, daß Fiumes Meeresufer eine viel zu geringe Ausdehnung habe, um den Anforderungen einer bedeutenden Handelsentwicklung entsprechen zu können. Deshalb wünschte er das ganze kroatische Seeufer mit dem von Fiume zu vereinigen, das dann unter der Leitung eines von der ungarischen Regierung abhängigen Gouverneurs stehen sollte. Mit Rücksicht auf die Verhältnisse sowohl der ungarischen wie der kroatischen Meeresküste hätte er Mitglied des kroatischen Landtages zu sein. Die Vorteile, die Fiume aus dieser Vereinigung für seine Blüte und seinen Wohlstand schöpfen könnte, schienen Andrássy so sehr in die Augen springend, daß er keinen Augenblick zweifelte, es würde für solche Gunst zu einem, wenn auch nicht sehr namhaften Opfer bereit sein. Darunter verstand er, daß Fiume in justizieller Beziehung in den Bereich der kroatischen Appellationsstellen eingereiht werde, ferner einen Abgeordneten sowohl in den ungarischen Reichstag wie in den kroatischen Landtag entsende. Von Cseh erwartete Andrássy nähere Auskunft darüber, ob es zu erreichen sein würde, die Fiumaner für einen solchen Plan zu gewinnen.[1]) Nach „sehr bewegter zweitägiger Wahlvorbereitung“, wie Cseh sich äußert, gelang es, die Absendung Anton Randichs, Ernst Vernedas, Paul Scarpas und des Dr. Felix Giachich als Vertrauensmänner nach Pest durchzusetzen.[2]) Geringe Hoffnung aber bestand dafür, daß die Fiumaner die kroatischen Behörden als höhere Justizstellen anerkennen würden. Sie waren höchstens geneigt, Agram als Appellationsgericht erster Instanz gelten zu lassen, doch auch dies nur unter der Bedingung, daß von ihr nach Pest an den dortigen obersten Gerichtshof als höheres Forum appelliert werden könne. Ebensowenig wollte man davon

---

[1]) Andrássy an Cseh, 12. Oktober 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[2]) Telegramm des Cseh, wahrscheinlich vom 20. Oktober 1868. Ibidem.

wissen, im kroatischen Landtag vertreten zu sein.[1]) Die am 29. Oktober 1868 in Pest eröffnete Beratung[2]) endete resultatlos. Mittlerweile war das königliche Reskript vom 9. November 1868 erschienen. Es forderte zur Wahl von Regnikolardeputationen des ungarischen Reichstages und des kroatischen Landtages auf, mit denen sich die Deputation Fiumes zu vereinen hätte, um einen solchen freundschaftlichen Ausgleich zustande zu bringen, welchem zufolge — wie es da heißt — eine Modalität gefunden werden soll, wodurch alle Schwierigkeiten zu beseitigen wären.[3]) Am 15. Mai 1869 begannen die Beratungen.[4]) Sofort zeigte sich, daß der Standpunkt der Kroaten und Fiumaner himmelweit voneinander verschieden war. Trotzdem es anerkannt war, daß Fiume „einen besonderen, der heiligen ungarischen Krone angegliederten Körper" (separatum sacrae regni coronae adnexum corpus) bilde, somit dessen staatsrechtliche Stellung nicht mehr in Frage komme,[5]) wollten die Kroaten sich doch nicht zu dieser Anschauung bequemen. Die kroatische Regnikolardeputation legte Verwahrung dagegen ein, daß Fiume ein selbständiger, von Kroatien vollkommen unabhängiger Körper sei und demgemäß frei über sein Schicksal verfügen könne. Mit Berufung auf verschiedene Gesetzartikel behaupteten die Kroaten, die Fiumaner Frage könne rechtlich gegen den Willen des kroatischen Landtags gar nicht entschieden werden. Um jedoch die allerseits sehnlichst gewünschte Lösung der staatsrechtlichen Verhältnisse der hierbei interessierten Länder nicht zu verzögern, seien sie gerne bereit, alle Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die noch immer auf das Ausgleichswerk zwischen Ungarn und Kroatien störend einwirken. Die kroatische Regnikolardeputation, fest entschlossen, den Anspruch auf Fiume in irgendeiner Weise zu dokumentieren, stellte daher den Antrag, daß das ganze Küstenland samt Fiume die Benennung „Ungarisch-kroatisches Küstenland" („Magyar-horvát partvidék") erhalte. Es untersteht einem Gubernium, dessen Wirkungskreis sich ausschließlich auf die gemeinschaftlichen Angelegenheiten sowohl Fiumes als auch des kroatischen Litorale bezieht. Der Stadt Fiume soll das Recht eingeräumt werden, die Verwaltung und die Exekutive in erster Instanz bezüglich aller

---

1) Cseh an Andrássy, 12. Oktober 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.
2) Radich, a. a. O., S. 233.
3) Lederer, Bd. II, S. 27.
4) Die Namen der Mitglieder der Deputationen bei Radich, a. a. O., S. 237.
5) Lederer, Bd. II, S. 239.

autonomen Angelegenheiten auszuüben, wobei es ihr freisteht, die Amtssprache nach Belieben zu wählen. Die zweite und letzte Instanz in diesen Angelegenheiten bildet jedoch die Landesregierung zu Agram. Die Gerichtsbarkeit aber wird in zweiter Instanz von der Banaltafel, in dritter von der Septemviraltafel in Agram ausgeübt. Ferner sollte die Stadt Fiume in autonomen Angelegenheiten im kroatischen Landtag durch zwei Deputierte, bezüglich der gemeinschaftlichen Angelegenheiten im ungarischen Reichstag durch einen unmittelbaren Abgeordneten vertreten sein. Endlich wurde verlangt, daß der Gouverneur, der zugleich Obergespan des Fiumaner Komitats sein sollte, von dem König auf Vorschlag des Banus von Kroatien unter Gegenzeichnung des ungarischen Ministerpräsidenten zu ernennen sei.[1]) Kein Zweifel: alle Anträge zielten dahin, in jeder Hinsicht die unmittelbare Zugehörigkeit Fiumes zu Kroatien zum entschiedensten Ausdruck zu bringen. Diese Auffassung des Verhältnisses konnte weder Ungarn noch Fiume billigen. Unter solchen Umständen schien alle Aussicht auf eine Versöhnung der Gegensätze ausgeschlossen. In diesem kritischen Stadium erklärte die kroatische Regnikolardeputation, daß es das richtigste wäre, bis zur glücklicheren Lösung der strittigen Frage ein Provisorium zu begründen. In dessen Sinne sollte Fiume von der ungarischen Regierung übernommen, das Komitat Fiume aber, gemäß einem längst gehegten Wunsch der Kroaten, an Kroatien zurückgegeben werden. Gleichzeitig hätte die Wirksamkeit des königlichen Kommissärs aufzuhören. In der letzten gemeinsamen Sitzung der verschiedenen Deputationen beschlossen die anwesenden Ungarn und Fiumaner, den Vorschlag eines Provisoriums anzunehmen. Sie taten dies unter der Bedingung, daß, nachdem die Handels- und Marineangelegenheiten keinen Aufschub dulden, die ungarische Regierung anzuweisen sei, für deren Regelung Vorsorge zu treffen. Am 15. März 1870 gelangte der Antrag im ungarischen Reichstag zum Beschlusse. Doch wäre vorerst auch noch, wie dies Graf Andrássy wünschte, die Zustimmung des kroatischen Landtags abzuwarten.[2]) Unter Wahrung seiner Rechte und Ansprüche auf Fiume erfolgte sie am 20. Juli mit 55 gegen 10 Stimmen von seiten der kroatischen Landesvertretung. Man dachte daran, seinerzeit zur Regelung der strittigen Frage

---

[1]) Votum der kroatischen Regnikolardeputation, Pest, 28. Mai 1869, abgedruckt in ungarischer Sprache bei Radich, a. a. O., S. 239—240.

[2]) Lederer, Bd. II, S. 236. Kónyi, Bd. VI, S. 262—266.

des Besitzes von Fiume eine neue Regnikolardeputation zu wählen.[1]) Am 21. Juli 1870 kam die Depesche des Banus Rauch zur Verlesung, durch welche er die ungarische Regierung von der Annahme des Provisoriums benachrichtigte. Nach eingehender Beratung bestimmte der Ministerrat, daß für das ganze ungarisch-kroatische Litorale, Fiume inbegriffen, zum Zwecke der Leitung der Seeangelegenheiten ein Gouverneur zu ernennen sei, der seine Weisungen vom Verkehrs- und Handelsministerium erhält. Als Richtschnur seines Wirkungskreises galt die Triester Seebehörde. Mit der Würde eines Gouverneurs des Küstenlandes, der seinen Sitz in Fiume hat, betraute man Graf Josef Zichy. Indem das Provisorium nur als Uebergang bis zum Eintritt definitiver Zustände betrachtet wurde, sorgte man für eine vorläufige rasche Erledigung des Justizganges. Demgemäß bildete Fiume die erste Instanz. In einigen gerichtlichen Streitfragen konnte an die Pester Kurie, in anderen näher bestimmten Fällen dagegen an die Agramer Septemviraltafel appelliert werden. Mit Ausnahme des Gymnasiums, das man aus einem gemeinsamen kroatisch-fiumaner Fonds erhielt, gelangten alle Kulturangelegenheiten Fiumes in den Wirkungsbereich des ungarischen Kultus- und Unterrichtsministeriums. Das Komitat Fiume wurde der kroatischen Landesregierung übergeben.[2]) Auf diese Weise fand die ebenso heikle wie schwierige Fiumaner Frage ihre vorläufige Regelung. Mit der definitiven Lösung wollte man warten, bis die Gemüter sich beruhigt hätten. Nachdem Graf Josef Zichy am 4. August 1870 den Eid als Gouverneur von Fiume und des ungarisch-kroatischen Küstenlandes abgelegt, übernahm er am 1. November die Leitung des ihm übertragenen Amtes.[3]) Auf dem Kriegsschiffe „Elisabeth" befuhr Zichy die ihm unterstellten Küstenstädte. Seiner Aufmerksamkeit entging es nicht, welch gefährlicher Kultus besonders in den südlichen Gegenden mit dem Zaren getrieben werde. Auch mußte er wahrnehmen, wie die national-kroatische Partei, die den russischen Sympathiebezeugungen nicht fremd war, Anstrengungen machte, damit die Anordnungen des Gouverneurs auf kroatischem Gebiet kein Gehör fänden. Allein Graf Zichy ließ sich dadurch in der Auffassung

[1]) Telegramm des Banus Rauch, Agram, 20. Juli 1870. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[2]) Protokoll der Ministersitzung vom 21. Juli 1870 und der hierauf begründete Vortrag Andrássys. Kgl. Ung. Ministerpräsidium. Der Vortrag Andrássys bei Lederer, Bd. II, S. 238—247.

[3]) Graf Zichy an Graf Andrássy, Fiume, 18. November 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

von seiner wichtigen Mission nicht beirren, hierin in vollem Einklange mit Andrássy,[1]) daß es seine vornehmste Aufgabe bilde, mit Hilfe der ungarischen Regierung das bisher vielfach zurückgebliebene Fiume auf das hohe Niveau anderer blühender Seestädte zu bringen.[2])

III. Die Auflassung der Militärgrenze

Nach dem Ausgleich mit Kroatien blieb noch die Regelung einer damit innig zusammenhängenden, ebenso wichtigen wie heikeln Frage übrig. Es handelte sich um die Aufhebung oder, wie der technische Ausdruck lautete, „Provinzialisierung" der Militärgrenze — ein längst gehegter inniger Wunsch Kroatiens.[3]) Ihr Uebergang aus der streng militärischen in die zivile Verwaltung des nun mit Ungarn versöhnten Kroatiens sollte endlich durchgeführt werden. Das war von hoher politischer Bedeutung. Solange die Militärgrenze in ihrer bisherigen Organisation fortbestand, bildete sie eine stete Bedrohung Ungarns, das in der Grenze eine nie wankende Säule der ihm feindlich gesinnten Wiener reaktionären Kreise zu erblicken hatte.[4]) Diese betrachteten die Militärgrenze als Basis ihrer Bestrebungen, um im geeigneten Moment den neuen Zustand in Ungarn zu unterminieren und den soeben geschaffenen Dualismus in die Luft zu sprengen. Waren es doch die Grenzregimenter, die 1848/49 halfen, den ungarischen Freiheitskampf zu bewältigen. Es war vorauszusehen, daß die Feinde Ungarns alles aufbieten würden, um sich ein solch gefügiges Werkzeug nicht entwinden zu lassen. Einer erfahrenen, geschickten Hand bedurfte es daher, die bevorstehenden Schwierigkeiten zu besiegen und alle Klippen glücklich zu umschiffen. Andrássys Staatskunst harrte eine schwierige Aufgabe. Nicht zum geringen Ruhme gereicht es ihm, daß er sie zielbewußt durchgeführt und glänzend löste.

Die alte Militärgrenze umfaßte jenen schmalen Landstrich Ungarns, der sich vom Adriatischen Meer bis Siebenbürgen erstreckt und die Grenze gegen Dalmatien, Bosnien und Rumänien

---

[1]) Vortrag Andrássys bei Lederer, Bd. II, S. 239.

[2]) Graf Zichy an Andrássy, Fiume, 18. November 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Adresse des kroatischen Landtages vom 10. Februar 1866.

[4]) Dies gibt auch Mollinary, „Sechsundvierzig Jahre im österreichisch-ungarischen Heere", Bd. II, S. 208, zu.

bildete. Sie hatte die Mission, eine starke Grenzwacht gegen die Türken zu üben. Denn weder die Ungarn noch die Kroaten waren damals imstande, sich gegen die räuberischen Einfälle der Osmanen zu schützen. Wie jetzt unumstößlich nachgewiesen, ist die Begründung der Militärgrenze nicht, wie bisher behauptet worden, auf das Jahr 1538, sondern auf 1527 zurückzuführen.[1]) Mit der Erschütterung der Macht des Halbmondes hatten die Grenzer ihre militärische Bedeutung verloren. Jetzt, eine Art Miliz, erfreuten sie sich nicht mehr der Wertschätzung wie in früheren Zeiten. Ihre Organisation entsprach nicht mehr den gesteigerten kriegstechnischen Anforderungen; auch ihre Ausbildung hielt nicht Schritt mit jener der Linientruppen. Aus diesem Grunde wurde militärischerseits kein Einwand erhoben, als 1851 die Auflösung der seit 1763 in Siebenbürgen bestehenden Grenztruppen erfolgte.[2]) Dagegen ließ man das Militärsystem im Banate und in Kroatien weiterbestehen. Der damals herrschenden absoluten Zentralregierung schien es wünschenswert, das alte „Soldatenland", das 1849, zum Lohne für geleistete Dienste im Feldzuge von 1848/49, in ein eigenes Kronland umgestaltet worden war, noch ferner als geeignetes Operationsfeld gegen Ungarn zu erhalten.[3]) Kaum war jedoch der Dualismus eine vollendete Tatsache, als auch schon die Beseitigung des bisherigen Zustandes angestrebt ward. Im § 65 des Ausgleichs vom 8. November 1868 mit Kroatien hatte Ungarn die Verpflichtung übernommen, „auch künftig darauf zu dringen, daß jener Teil der Militärgrenze, welcher zu Kroatien-Slawonien gehört, mit diesen Ländern sowohl in legislativer als in administrativer und jurisdiktioneller Beziehung vereinigt werde".[4]) Starke Unterstützung fand diese Strömung in den Grenzern selbst, die eine Umgestaltung ihrer bisherigen Verhältnisse wünschten. Den Nachkommen der einst in fortwährenden Kämpfen lebenden Grenzsoldaten war der ewige militärische Dienst zur Last geworden.[5])

---

[1]) „Monumenta Hungariae historica", Bd. XXXI: Thallóczy und Hodínka, „Dokumentensammlung der kroatischen Grenzorte", Bd. I. 1490—1527, S. LX (ung.).

[2]) Mollinary, a. a. O., Bd. II, S. 206.

[3]) Ibidem.

[4]) Der deutsche Text des Ausgleiches abgedruckt bei Bernatzik, „Die österreichischen Verfassungsgesetze", S. 571—590.

[5]) Bericht des Generalmajors Križ, Wien, 6. März 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Dem Grenzer ist gegenwärtig faktisch das Dienen unter den Waffen das Lästigste, und wollte man ihm seine dermalige fast ununterbrochene Beurlaubung beschränken, so wäre das für das eigentliche Volk ein wahrer Grund zur Unzufriedenheit."

Wie Feldzeugmeister Mollinary bestätigt, fehlte „das Bedürfnis beständiger Kampfbereitschaft“,[1]) das allein auf die Dauer den Mut befeuert. Nicht nur an der Lust zur Fehde mangelte es. Die ganze militärische Organisation war veraltet und hatte sich überlebt; deren Einrichtungen erwiesen sich nur mehr als Hemmschuh gegenüber der im Grenzvolk erwachten Sehnsucht nach Besserung der wirtschaftlichen Zustände und höherer Kultur. Wohl war schon unter Maria Theresia versucht worden, Bodenbau und Viehzucht zu heben, Handel, Verkehr und Industrie zu entwickeln. Der in der steten Kriegsbereitschaft bestehende Hauptzweck stellte sich aber allen kulturellen Bestrebungen hemmend in den Weg.[2])

Die ersten Verhandlungen über die Aufhebung der Militärgrenze reichen zurück in die Zeit, als Franz Josef I. mit seiner Gemahlin Elisabeth nach dem Abschluß des kroatischen Ausgleichs in Begleitung von Beust und Andrássy nach Agram reiste. Der ungarische Ministerpräsident hielt Umschau auf dem Terrain; er hatte daselbst Konferenzen mit dem Reichskanzler — zu einem Beschlusse über die Entmilitarisierung der Militärgrenze führte dies jedoch nicht.[3]) Den offenen Anstoß gab hierzu die im Sommer 1869 in Wien versammelte ungarische Delegation. Als geeigneten Anlaß hierzu benutzte sie die nach damaliger Anschauung exorbitanten Forderungen des Kriegsministers Kuhn, der 17 Millionen Gulden beanspruchte, beinahe um 7 Millionen Gulden mehr als im Jahre 1868. Außerdem begehrte er als Nachtrag für Mehrausgaben pro 1868 und 1869 6 $^1/_2$ Millionen Gulden. Gegenüber solchen Ueberschreitungen entschloß sich die ungarische Delegation zu einem Vorstoß. Nicht früher wollte sie sich in eine Behandlung des Kriegsbudgets einlassen, ehe nicht ihre Wünsche wegen Rückgabe der Militärgrenze an Ungarn erfüllt worden seien. Das zur Prüfung des Kriegsbudgets eingesetzte Subkomitee der ungarischen Delegation beschäftigte sich eingehend mit dieser Angelegenheit. Es stellte die Ansicht auf, daß die bis jetzt dem Kriegsministerium zufließenden Einkünfte aus der Militärgrenze, als eines Gebietes der Stephanskrone, Ungarn zu überweisen seien. Dagegen wurde von österreichischer Seite behauptet, daß diese Einkünfte gemeinschaftlich bleiben müßten. Der Unterschied der beiden Forderungen war von sehr erheblicher Art. Siegte die ungarische Auffassung, so bedeutete

---

[1]) Mollinary, a. a. O., Bd. II, S. 206.
[2]) Ibidem.
[3]) Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten“, Bd. II, S. 257.

dies eine Vermehrung des Einkommens um $4\,^1/_2$ Millionen Gulden. Gelangte dagegen die österreichische Anschauung zur Geltung, so erhielt Ungarn von den $4\,^1/_2$ Millionen nur 30 Prozent. Es kam noch hinzu, daß bei Uebernahme der Militärgrenze in die zivile Verwaltung Ungarns Aussicht vorhanden war, deren Einkünfte in einigen Jahren um das Doppelte der bisherigen zu erhöhen. Ebenso sicherte eine bessere, umsichtigere Grenzbewachung, als sie von den Militärbehörden ausgeübt wurde, die Beseitigung des schwunghaft betriebenen, dem Aerar zum Schaden gereichenden Schmuggels. Die österreichische Delegation hatte wohl keinen berechtigten Anspruch auf das Einkommen der Militärgrenze. Außer allem Zweifel stand es, daß sie ein integrierender Teil der Stephanskrone sei. Einen nicht unwesentlichen Punkt der reichstäglichen Gravamina bildete ferner die allerdings stets unberücksichtigt gebliebene Klage, daß auf dem Gebiete der Militärgrenze die Verwaltung, im Widerspruch zu den ungarischen Gesetzen, ausschließlich nach österreichischen Normen geleitet werde. Erst nach dem Sturze des alten Systems konnte der Gesetzartikel V : 1848 in aller Form die Zugehörigkeit der Militärgrenze zu Ungarn verkünden.[1]) Oesterreich hatte sie 1867 stillschweigend anerkannt. Als die ungarische Regnikolardeputation am 14. August 1867 bei Feststellung der Quote die Unverletzlichkeit der Souveränität der Stephanskrone über die Militärgrenze im Protokoll ersichtlich machte, wurde diese Erklärung von der reichsrätlichen Deputation ohne Gegenbemerkung angenommen. Einzelne Mitglieder der Deputation stellten allerdings den Antrag, es möge auch von österreichischer Seite eine Reserve in Beziehung auf die staatsrechtliche Stellung der Militärgrenze zum Ausdruck gebracht werden. Allein von der überwiegenden Majorität wurde beschlossen, davon abzusehen und bloß zu konstatieren, die Einnahmen aus der Militärgrenze seien nicht in das Quotenverhältnis einbezogen worden[2]). Mit gutem Rechte konnte die ungarische Delegation in der Sitzung vom 24. Juli 1869 an den Kriegsminister Kuhn die Anfrage richten, welche Schritte er getan, um das Einkommen der Militärgrenze aus seinem Budget auszuscheiden und es zur Verfügung der

---

[1]) Siehe die Gesetze von 1848: Gesetzartikel V, der Verfügungen über die Zusammensetzung des ungarischen Reichstages enthält und für die gesamte Militärgrenze 15 Deputierte festsetzt.

[2]) Erklärungen des gemeinsamen Finanzministers Becke in der österreichischen Reichsratsdelegation vom 19. August 1869. Stenographische Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, II. Session, 1869.

Gesetzgeber der Länder der ungarischen Krone zu stellen. Kuhn, zu dessen Ressort noch die Militärgrenze zählte, nahm eine ablehnende Haltung ein. Er antwortete: nach den bestehenden Gesetzen gehöre die Militärgrenze als integrierender Bestandteil des „Reichsheeres“ in den Bereich der Verwaltung des „Reichskriegsministers“. „Diesen Standpunkt,“ sagte er, „habe ich in mehreren unter dem Allerhöchsten Vorsitze Seiner Majestät des Kaisers und Königs abgehaltenen Ministerkonferenzen, an denen auch einige königliche ungarische Minister teilnahmen, vertreten und muß daran festhalten, insolange nicht im gesetzlichen Wege über die Militärgrenze sowohl in legislatorischer als auch administrativer und gerichtlicher Hinsicht etwas anderes verfügt wird.“[1])

Man hat nun behauptet, daß Andrássy vom Vorgehen der ungarischen Delegation überrascht gewesen.[2]) Dies scheint unwahrscheinlich, da er doch von Anfang an zielbewußt auf die Verbürgerlichung der Militärgrenze lossteuerte. Dies zeigte sich, als Kriegsminister Kuhn, entgegen dem Wortlaute des § 8 des ungarisch-kroatischen Ausgleiches,[3]) ohne Befragen der hierzu berechtigten Legislativen ansehnliche Holzbestände aus den reichen Waldungen der Militärgrenze verkaufen wollte.[4]) Damals, 26. Mai 1869, erklärte Andrássy in einem unter dem Vorsitz des Monarchen abgehaltenen Ministerrate: es wäre Zeit, die Militärgrenze nicht

---

[1]) Antwort Kuhns im Subkomitee der ungarischen Delegation. Gräflich Andrássysches Archiv.

[2]) Lederer, Bd. II, S. 113.

[3]) Der § 8 des Gesetzartikels XXX: 1868 (ungarisch-kroatischer Ausgleich) besagt, daß „die Verwaltung, Umgestaltung, Belastung oder der Verkauf von unbeweglichem Staatseigentum (hierher gehören Wälder) — überhaupt alle Verfügungen, welche sich auf eine allen unter der Sankt-Stephans-Krone stehenden Ländern gemeinsame Finanzangelegenheit beziehen, vor den allen Ländern der Sankt-Stephans-Krone gemeinsamen Reichstag gehören; in bezug auf den Verkauf der kroatisch-slawonischen Staatsgüter (hierin sind auch die Staatsforste inbegriffen) gilt dies mit der Einschränkung, daß hierüber auch der Landtag von Kroatien, Slawonien und Dalmatien zu hören ist und daß ohne dessen Zustimmung ein solcher Verkauf nicht stattfinden darf.“

[4]) Im Verein mit der Wiener Agrarbank plante die Anglo-Oesterreichische Bank den Bau einer Eisenbahn von Semlin nach Sisak, mit einer Abzweigung Brood—Esseg. Anstatt staatlicher Subvention beanspruchten diese Banken die Ausnutzung und Verwertung der Brooder und Peterwardeiner ärarischen Waldungen, die noch unter der Verwaltung des Kriegsministeriums standen. Siehe bei Lederer, Bd. II, S. 85 ff., was für eigennützige und ungarfeindliche Absichten mit diesen Waldverkäufen und Unternehmungen verbunden waren.

länger als ein Noli me tangere zu betrachten und allmählich deren Provinzialisierung anzubahnen.[1]) Mit aller Kraft setzte er sich dafür ein. Damit im Zusammenhang steht der folgende Brief, den er am 30. Juni 1869 aus Wien an seine Frau schrieb: „Nach den anstrengendsten Aufregungen und Kämpfen, die selbst die besten Nerven zugrunde hätten richten können und die mich, seit ich hier weile, nur sehr wenig schlafen ließen, vermag ich endlich seit heute morgen aufzuatmen. So meine ich denn mit einem größeren Erfolg heimzukehren, als irgendwer zu glauben gewagt hätte. Aber man darf den Tag nicht vor Sonnenuntergang loben.“[2]) Danach dürfte es nicht begründet sein, daß ihn der Vorgang in der ungarischen Delegation überrascht habe. Wie dem aber auch immer sei, eines ist gewiß, daß er nach diesen Plänkeleien sofort die Lösung der hochwichtigen Frage mit aller Energie betrieb. Im Monat August fanden hierüber Beratungen in Wien statt, die mitunter einen sehr kritischen und stürmischen Verlauf nahmen. Am 12. August 1869 setzte Andrássy dem Kaiser seine Ansichten in einer dritthalb Stunden währenden Unterredung auseinander.[3]) Leider wurde der Inhalt dessen, was er dem Monarchen in der Audienz sagte, nicht aufgezeichnet. So viel wissen wir jedoch, daß der Herrscher von den Eröffnungen des Ministerpräsidenten nicht sehr erbaut schien.[4]) Dies ist um so begreiflicher, als sich bereits zu Anfang des Jahres 1868 die zum Zwecke ihrer Meinungsabgabe bestimmten Behörden gegen die Auflösung der Grenze ausgesprochen hatten. Feldzeugmeister Baron Gablenz, der zum kommandierenden General von Kroatien ernannt worden, erhielt den Auftrag, eingehend die Lage der Militärgrenze zu studieren. Außerdem ward noch eine eigene Kommission zur Ueberprüfung der von Gablenz eingesandten Berichte eingesetzt. Sowohl er wie die Mitglieder der Kommission erklärten, vom militärischen wie politischen Gesichtspunkte aus sei die Aufrechterhaltung der bestehenden Verhältnisse geboten. Unmöglich könne man auf die 70000 Mann geschulter Soldaten verzichten, die die Militärgrenze der Heeresverwaltung zur Verfügung stelle. Ebensowenig wäre es zu dulden, daß dort von den zivilen Behörden der Krone entgegengesetzte

---

[1]) Nach ungedruckten Aufzeichnungen eines Zeitgenossen.

[2]) Andrássy an seine Frau, 30. Juni 1869. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[3]) Andrássy an seine Frau, Wien, 16. August 1869. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. August 1869 (ung.).

politische Bestrebungen gefördert werden. Aus diesen Gründen empfahlen Gablenz und die Kommission wohl die Einführung von Reformen, aber nicht die Einverleibung der Grenze in Kroatien.[1]) Dieser Darlegungen dürfte der Kaiser eingedenk gewesen sein, als jetzt Andrássy vor ihm stand. Der Ministerpräsident merkte auch sofort, wie unangenehm den Monarchen seine Darstellung der Sachlage berührte. „Niemals," schrieb er nach der Audienz an seine Frau, „habe ich den Kaiser so schlecht gelaunt und schwierig gefunden."[2]) Dies zeigte sich auch bei dem am selben Abend stattgefundenen Delegations-Galadiner. Der Kaiser war in übelster Stimmung. Allen fiel es auf, daß er lange und angelegentlich mit Erzherzog Albrecht sprach,[3]) der als entschiedener Gegner der Entmilitarisierung der Grenze galt und seinen Einfluß in einer dieser Sache ungünstigen Weise aufgeboten hatte.[4]) Der Prinz machte kein Geheimnis daraus, sein Plan gehe dahin, aus der Militärgrenze, Kroatien, Dalmatien mit Hinzuschluß Bosniens und der Hercegovina eine südslawische Vendée zu bilden, als starkes Bollwerk der Dynastie, um Ungarn stets in Schach zu halten. In seiner soldatischen Geradheit hielt der Erzherzog selbst vor Andrássy nicht mit seiner Absicht zurück, worauf ihm dieser, gleichfalls mit Offenheit, entgegnete: er möge nur ruhig die Verteidigung der Dynastie den Ungarn überlassen, die diese Aufgabe besser als eine südslawische Konföderation erfüllen werden. „Die Zeiten der Jellačićiaden," fügte er nachdrücklichst betonend hinzu, „seien vorüber."[5]) Bei seiner Kenntnis der Vorsätze des Erzherzogs konnte Andrássy nichts besonders Gutes von der langen Unterredung zwischen dem Kaiser und Erzherzog Albrecht erwarten. Sehr bald verlautete auch, Franz Josef habe sich einzelnen Mitgliedern der ungarischen Delegation gegenüber sehr ungnädig über deren Bestrebungen geäußert. So sagte der Monarch zu Graf Franz Zichy: „Es geht sehr schlecht, ich bin sehr unzufrieden," und zu einem anderen ungarischen Delegierten: „Sie (die ungarischen Delegierten) wollen immer etwas nach Hause bringen, denken nur daran, aber vergessen darauf, welche Rücksichten sie für die Zu-

---

[1]) Werther an Bismarck, 24. Februar 1868.

[2]) Andrássy an seine Frau, 16. August (1869). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. August 1869 (ung.).

[4]) Andrássy an seine Frau, Wien, 16. August (1869). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[5]) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869 (ung.).

sammengehörigkeit der Monarchie haben sollten."[1]) Des Kaisers Mißmut offenbarte sich auch darin, daß er mit unverhüllter Absichtlichkeit die österreichischen Delegierten durch Ansprachen mehr auszuzeichnen trachtete als deren ungarische Kollegen.[2]) Andrássy wurde überhaupt keines Wortes gewürdigt. Die Hofleute, die mit ihrem für derartige feine Nuancen geübten Blick schon Ungnade witterten, wußten nicht, wie Andrássy launig bemerkt, ob sie ihm überhaupt noch guten Tag sagen sollten oder nicht.[3]) Die Höflinge hatten sich geirrt. Noch schlug seine Stunde nicht. Vielmehr ging er auch aus dieser gefährlichen Situation als Sieger hervor. Am 13. August berief ihn der Kaiser bereits um neun Uhr früh zu sich. Hatte er Andrássy den Tag zuvor auch nicht aufs gewogenste entlassen, so hatten dessen vorgebrachte Gründe gleichwohl ihre Wirkung auf den Herrscher nicht verfehlt. Er empfing ihn jetzt in gewohnter herzlicher Weise[4]) und forderte ihn auf, seine Ansichten neuerdings zu begründen. Indem der Ministerpräsident dem Verlangen nachkam, blieb er standhaft bei seiner früher vertretenen Meinung. Diesmal verhielt sich der Kaiser weniger ablehnend. Er stellte sich ganz auf den Standpunkt Andrássys und verabredete mit ihm den in dieser Angelegenheit einzuschlagenden Modus procedendi.[5])

Nachdem der Kaiser mit Andrássy ins reine gekommen, wurde für drei Uhr[6]) nachmittags ein Ministerrat einberufen, über den Andrássy vertraulich äußerte, daß dieser seine ganze Geduld auf die Probe stellte, er aber trotzdem ruhig und guter Laune blieb und sich des Sieges auf der ganzen Linie erfreute.[7]) In der Konferenz machte der Monarch keine Einwendungen mehr. Mit größter Aufmerksamkeit folgte er dagegen dem Redekampf zwischen Giskra und Andrássy, in welchem der ungarische Premier sich stärker als sein österreichischer Gegner erwies. Der österreichische Minister des Innern muß sich an dem Tage nicht von seiner besten Seite gezeigt haben. Denn nach der Konferenz sagte der Kaiser

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. August 1869 (ung.).

[2]) Ibidem.

[3]) Andrássy an seine Frau, Wien, 16. August (1869). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. August 1869 (ung.).

[5]) Andrássy an seine Frau, 16. August (1869). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[6]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. August (1869) (ung.).

[7]) Andrássy an seine Frau, Wien, 16. August (1869). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

über ihn: „Aber hat der Giskra einen Stiefel zusammen gesprochen.“ [1]) Dieser Ministerrat war von ausschlaggebender Bedeutung. Es wurde in demselben die Auflassung der Militärgrenze beschlossen. [2]) Vorerst sollten nur die beiden Warasdiner Grenzregimenter, die elfte und zwölfte Kompagnie des Szluiner Grenzregimentes aufgelöst und deren Bezirke sowie die Gemeinden Zengg und Sisak in die Zivilverwaltung übergeben werden. [3]) Andrássy schrieb damals an seine Frau: „Mehr auf einmal wäre für uns nicht gut. Das Land, das in mehreren Jahren ganz zu Ungarn gehören wird, ist zweimal so groß als das Königreich Sachsen. Eine Hauptstütze der Reaktion fällt damit. Schon seit Jahrhunderten wünschte dies Ungarn und vermochte es nicht durchzusetzen. Im Prinzip wäre es nun erreicht, aber es muß noch formuliert werden; auch das wird nur mit vieler Mühe gelingen, nachdem sich jetzt alle Generale kroatischer Abkunft zusammengetan haben und alles, was nur möglich, versuchen werden, um das Ganze zu hintertreiben. Ich hoffe jedoch, nachdem ich schon so viel durchgebracht, auch noch alles andere glücklich zu Ende zu führen. Die Delegation ist außer sich vor Freude. Wenn ich Freunde gewonnen, so habe ich mir noch viel mehr Feinde zugezogen. Aber das macht nichts. Ich gehe von dem Grundsatz aus:

Greife nicht ins Wespennest
Tust du's dennoch, so tu es fest.“ [4])

Auf dem Wege von Gerüchten war einiges aus dem Ministerrate in den Kreis der österreichischen Delegation gedrungen, die der Ansicht war, daß sie auch ein Wörtchen bei der Regelung der Militärgrenze dreinzureden habe. Am 19. August kam es dann auch in der österreichischen Delegation zur Aussprache. Nachdem es unzweifelhaft war, daß die Militärgrenze zu Ungarn gehöre, muß es als ein Fehler der österreichischen Delegierten bezeichnet werden, daß sie diesen Anspruch der Stephanskrone bestreiten wollte und die gemeinsame Regierung warnte, es

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. August 1869 (ung.).

[2]) Andrássy an seine Frau. Undatiert. Nach der Angabe des Wochentages Freitag kann der Brief nur vom 13. August 1869 sein. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy. „Die Grenzangelegenheiten haben wir glücklich auf dem Papier beendigt, ich hoffe, daß wir sie auch in der Wirklichkeit zu Ende führen werden.“

[3]) Handbillett vom 19. August 1869. Veröffentlicht in der „Wiener Zeitung“ vom 22. August.

[4]) Andrássy an seine Frau, Wien, 16. August 1869. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

ohne Zustimmung des Reichsrates zu keinen Faits accomplis kommen zu lassen, die man als ungesetzlich brandmarken müßte.[1]) Die österreichische Delegation hatte kein Recht, prinzipielle Einwendungen gegen die Reinkorporierung der Militärgrenze in Ungarn zu erheben. Es war auch unbillig, wenn damals das größte Blatt Oesterreichs von einem „politischen Skandal", vom „Verspeisen der Artischocke" sprach, die aus dem Italienischen ins Magyarisch-Kroatische übersetzt werden soll.[2]) Das einzig Richtige wäre gewesen, die ganze Frage auf das Gebiet der materiellen Interessen hinüberzuspielen. Die österreichischen Delegierten hätten vor allem dafür Sorge tragen müssen, daß durch Ausscheidung der Einkünfte der Militärgrenze aus dem gemeinsamen Budget Oesterreich keine Einbuße erleide. Dies konnte, im Verhältnis zur Vermehrung des Einkommens Ungarns, entweder durch Erhöhung der Quote oder durch eine jährliche Geldentschädigung für Oesterreich geschehen. Nie aber durfte eine rein wirtschaftliche Angelegenheit zu einer politischen aufgebauscht werden. Die ganze Frage kam erst ins gehörige Geleise durch die Handbillette vom 19. August an den Kriegsminister Kuhn und an die beiden Ministerpräsidenten. Sie verfügten die teilweise Auflösung der Militärgrenze und deren allmähliche Einverleibung in das Gebiet der Stephanskrone. Zugleich aber ordneten sie an, daß die materielle Seite — Entschädigung an Oesterreich für den Entgang aus dem bisher im gemeinsamen Budget erscheinenden Einkommen — durch beide Legislativen im verfassungsmäßigen Wege zu regeln sei.[3]) Die Entschließungen der Krone waren aller Welt ganz überrascht gekommen; es scheint, als hätte deren Durchsetzung noch im letzten Moment einen harten Kampf gekostet. Wenigstens geht dies aus einem Schreiben Andrássys vom 20. August hervor, in dem es heißt: „Seit meinem letzten Briefe hatte ich wieder viel Unannehmlichkeiten wegen der Dummheiten der hiesigen (Wiener) Minister. Nur an einem Faden hing es, daß das Ganze wieder ins Stocken gekommen wäre. Doch gestern abend vermochte ich zum Abschluß zu gelangen."[4]) Einen Augenblick zürnte

---

[1]) Rede Rechbauers in der österreichischen Delegation vom 19. August 1869. Stenographische Sitzungsberichte, II. Session 1869.

[2]) Morgenblatt der „Neuen Freien Presse" vom 20. August 1869.

[3]) Siehe die Publikation der Handbillette in der „Wiener Zeitung" vom 22. August 1869.

[4]) Andrássy an seine Frau, Wien, 20. August 1869. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

Andrássy auch Beust, der auf die Angriffe der österreichischen Delegierten in der Sitzung vom 19. August ausweichend geantwortet und den staatsrechtlichen Teil der Frage nicht strenge genug von dem finanziellen geschieden hätte. [1]) Nicht weniger grollte der ungarische Ministerpräsident der österreichischen Delegation selbst wegen ihrer Ausfälle gegen die ausschließliche Souveränität Ungarns über die Militärgrenze. [2]) Als praktischer Politiker erfaßte er sofort, welch großen Fehler die österreichische Delegation begangen, als sie in der Sitzung vom 19. August, um ihrer Mißbilligung Kuhn gegenüber Ausdruck zu geben, den Beitrag Oesterreichs für die Militärgrenze aus dem Kriegsbudget gestrichen hatte. „Wenn die österreichischen Delegierten," sagte Andrássy, „die Kosten zur Erhaltung der Grenze als einer gemeinsamen militärischen Institution verweigern, und somit Ungarn diese allein bestreiten muß, dann hört sie naturgemäß als solche auf zu existieren, und ein ungarisches Heer wird aus ihr." [3]) Bald kamen auch die Oesterreicher zur Erkenntnis der Tragweite des „ab irato" gefaßten Beschlusses. Die österreichischen Blätter dämpften allmählich den Ton, den sie bisher in der Militärgrenzfrage angeschlagen hatten. Man konnte sich nicht mehr der Ueberzeugung verschließen, daß, wenn man fortfahre, sich nur mit der staatsrechtlichen Seite der ganzen Angelegenheit zu befassen, eine solche Zwangslage geschaffen werde, die eine Auflösung der Militärgrenze nur um so rascher zur Durchführung bringen müßte. [4])

Nachdem die Provinzialisierung beschlossen und durch die Handbillette vom 19. August auch der Oeffentlichkeit bekanntgegeben worden war, trachtete man diese durch geeignete Vorbereitungen ehestens ins Werk zu setzen. Als die geeignetste Maßregel hierzu erwies sich die Verwertung des Holzbestandes von 30 000 Joch Waldungen im Gebiete des Brooder und Peterwardeiner Grenzregimentes. Der gesamte Erlös aus dem Verkauf des Holzvorrates ward zur Anlage von Kommunikationen, Entwässerungs- sowie zu Bewässerungsarbeiten in der kulturell arg

[1]) Tagebuch Baron Orczys, 20. August 1869 (ung.). Siehe die Rede Beusts in der österreichischen Delegation vom 19. August. Stenographische Sitzungsberichte, II. Session 1869.

[2]) Tagebuch Baron Orczys vom 20. August 1869 (ung.).

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

vernachlässigten Militärgrenze bestimmt.[1]) Es wurde ferner festgesetzt, daß der Kaiser und König eine von ihm allein gezeichnete Proklamation an die Grenzer erlassen sollte, die die Erwartung auszusprechen hätte, daß sie sich auch unter der neuen Verwaltung stets als gleich treue und loyale Staatsbürger bewähren mögen. Eine zweite von Andrássy und Kuhn gefertigte Kundgebung sollte den Grenzern Mitteilung machen von den für das Uebergangsprovisorium festgestellten kulturellen Arbeiten. In einem dritten im Namen Andrássys, des kroatischen Ministers und des Banus von Kroatien zu erlassenden Schriftstücke wollte man der Grenzbevölkerung Kenntnis von der Gewährleistung aller jener Rechte und Begünstigungen geben, die ihr nach der Scheidung aus dem Militärgrenzverbande zugestanden werden sollen.[2]) Alle maßgebenden Faktoren waren einig darin, daß diese Reformen vollkommen geeignet wären, „das geistige und materielle Wohl der Grenzbevölkerung zu heben und einen Uebergang aus der jetzigen militärischen Verwaltung der Militärgrenze in konstitutionelle Verhältnisse anzubahnen und zu erleichtern“.[3])

Anfangs Januar 1870 ward der bisherige Militär- und Landesverteidigungskommandant in Tirol und Vorarlberg, Feldmarschallleutnant Mollinary, der den Ruf eines ebenso hochgebildeten wie tapferen Generals besaß,[4]) nach Wien berufen. Ihn hatte man ausersehen, die Auflösung des Militärgrenzsystems in den Ländern am Südrande der Monarchie durchzuführen. Der Kaiser sagte ihm:

---

[1]) Punktationen, welche infolge der Beschlüsse des Ministerrats de dato Wien am 14. Oktober 1869 zwischen dem ungarischen Ministerium und dem Kriegsministerium vereinbart wurden. Ofen, 28. Dezember 1869. Ungedruckt. In erster Linie war beabsichtigt, die Anlage eines Schiffahrtkanals zwischen Donau und Save in der Linie Vukovar—Šamac; Trockenlegung der Save- und Bossutniederung; Herstellung einer Eisenbahn von Sisak über Gradiska und Brood nach Mitrowitz; eine Eisenbahn von Sisak nach Karlstadt oder bis zu einem geeigneten Punkte der Karlstadt—Fiumaner Bahn durch das Militärgrenzgebiet; eine Verbindung von Barcs durch das Ittavatal zum Anschluß an die Bahn Sisak—Mitrowitz. Für später war dann in Aussicht genommen eine Verbindung von einem geeigneten Punkt der Karlstadt—Fiumaner Bahn aus durch die Militärgrenze nach Dalmatien resp. nach Spalato mit einer Zweigbahn nach Zengg; die Linie Pancsova—Becskerek—Kikinda und nach deren Herstellung die Fortsetzung der Linie Sisak—Mitrowitz nach Semlin und die Linie Orsowa—Karansebes.

[2]) Punktationen u. s. w., Ofen, 28. Dezember 1869. Ungedruckt.

[3]) Ibidem.

[4]) Urteil des deutschen Wiener Botschafters General von Schweinitz in seinem Berichte vom 26. Januar 1870 an Bismarck.

„Dies System habe, als überlebt, keinen Zweck mehr; dessen Aufhebung werde vom Grenzvolke selbst gewünscht. Ueber die politische Zugehörigkeit der verschiedenen Distrikte könne kein Zweifel bestehen. An der dualistischen Gestaltung des Reiches sowie an dem durch den Ausgleich vom Jahre 1868 geregelten staatsrechtlichen Verhältnisse zwischen Kroatien und Ungarn dürfe nicht gerüttelt werden, daher jene Personen fernzuhalten seien, die zur Beratung und Beschlußfassung über die Art und Weise der Aufhebung des Militärsystems und die künftige staatsrechtliche Stellung ihres Landes einen Grenzerlandtag verlangten.[1]) Derlei könne durchaus nicht bewilligt werden.“ [2]) Am 21. Januar erfolgte Mollinarys Ernennung zum kommandierenden General in Agram. Mit dem Glückwunsche des Monarchen begab er sich nach seinem neuen Bestimmungsorte.[3])

Damit schien ein bedeutender Schritt nach vorwärts getan, jener Anomalie ein Ende zu machen, wonach die Militärgrenze bisher eine Ausnahmestellung besessen und von allen verfassungsmäßigen Rechten ausgeschlossen war, deren sich die übrige Bevölkerung der Monarchie seit dem Ausgleiche von 1867 erfreute. Als jedoch die Einleitung zur teilweisen Auflösung und Uebernahme der Militärgrenze in die zivile Verwaltung Kroatiens getroffen werden sollte, erhob sich dagegen eine mitunter revolutionär gefärbte Bewegung unter den Grenzern. Schon während der Verhandlungen über die Auflösung hatte man die Bevölkerung gegen eine solche Maßregel zu hetzen versucht. Agitatoren spiegelten den ungebildeten Grenzern vor, man werde ihnen bei der Einverleibung in Ungarn ihre Grundstücke wegnehmen, die Pensionen der Militärbeamten einstellen und ihre Schullehrer wegjagen.[4]) In einer von Hofrat Utiaženović verfaßten Flugschrift hieß es: Die ungarischen Politiker glauben, in den Waldungen der Militärgrenze einen Nibelungenhort entdeckt zu haben, den sie nach deren vollendeter Auflösung als Res nullius für die ungarische Schatzkammer okkupieren können. Ebenso erhob Utiaženović die Beschuldigung, daß sie Miene machen, die Grenzer als eine rechtlose Herde zu behandeln, die nach Belieben in diesen oder jenen Stall ein-

---

[1]) Das kroatisch-slawonische Grenzland war 1848, 1861 und 1866 auf dem Agramer Landtage durch Abgeordnete vertreten gewesen. Einen besonderen Grenzlandtag hat es aber damals nicht gegeben.

[2]) Mollinary, „Sechsundvierzig Jahre“, Bd. II, S. 205.

[3]) Ibidem, S. 211.

[4]) Morgenblatt des „Pester Lloyd“ vom 22. August 1869.

gepfercht werden könne.[1]) Auf die, von Gehässigkeiten gegen Ungarn strotzende, in mehreren Auflagen erschienene Broschüre schwuren insbesondere die Halbgebildeten wie auf ein Evangelium.[2]) Vor allem ward seit dieser Schrift mit Halsstarrigkeit daran festgehalten, das Oktober-Diplom von 1860 und der sanktionierte Gesetzartikel 42:1861 des Agramer Landtags haben die alleinige unverrückbare Rechtsbasis für die künftige Stellung der Militärgrenze zu bilden.[3]) Angesehene Grenzer sprachen von der Auflösung nicht anders als von einem „Abschlachten" durch Ungarn. Andere wieder meinten, wenn man vor die Alternative gestellt sei, dem Befehle des Monarchen zu gehorchen oder ihn zu umgehen, so sei es in dem Falle Pflicht des ehrlichen Oesterreichers, die Grenzauflösung um jeden Preis zu verhindern. Ein Führer der nationalen Partei sagte es in Wien ganz unumwunden heraus, man dürfe nicht davor zurückscheuen, an die Leidenschaften der unteren Volksschichten zu appellieren, wie dies auch tatsächlich geschah.[4]) Es gelang, Besorgnisse vor der „Magyarenherrschaft" zu erwecken;[5]) die nächste Folge davon war, daß aus allen Teilen der Militärgrenze Proteste gegen die Auflösung beim Kriegsministerium einliefen.[6]) Die Lehrer, Krämer, Wirte, die sich rühmten, als die Intelligenteren des Grenzvolkes, die Petitionen unterfertigt zu haben,[7]) waren nur die vorgeschobenen Posten. Die maßgebenden Hintermänner derselben, von denen die ganze Bewegung im geheimen angezettelt wurde, vermieden es, in den Vordergrund zu treten. Vorsichtigerweise verhüllten sie auch ihre wahren Ziele. Die leitenden Männer standen mit den Häuptern

---

[1]) „Die Militärgrenzfrage und der österreichisch-ungarische Konstitutionalismus", Wien 1869. Die Schrift erschien anonym. Der Verfasser war der Hofrat Utiaženović, was auch durch Generalmajor Križ in einer Eingabe an den Kriegsminister Kuhn bestätigt wird. Ohne Datum, aber in den März 1870 gehörig. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Generalmajor Križ an Kuhn. Ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Ibidem. Utiaženović beruft sich in seiner Broschüre auf das Oktober-Diplom und den Gesetzartikel 42. S. 51 teilt er den Gesetzartikel 42:1861 mit.

[4]) Generalmajor Križ an Kuhn. Ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Bericht des deutschen Generalkonsuls Rosen in Belgrad, 3. Januar 1870.

[6]) Generalmajor Križ an Kuhn. Ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[7]) Ibidem.

der national-kroatischen Partei im engsten Verbande, welche die Grenzfrage benutzen und ausbeuten wollte, um eine Revision des kroatisch-ungarischen Ausgleichs zu erzwingen.[1]) Hand in Hand mit ihr gingen die von Dr. Svetozar Miletics geführten nationalen Serben, deren Ideal ein großserbisches Königtum war, zusammengesetzt aus dem eigentlichen Serbien, Montenegro, Bosnien, Hercegovina, Albanien, Bulgarien, Kroatien, Slawonien, Dalmatien und der Militärgrenze. Von Neusatz aus, dem Sitze der nationalserbischen Propaganda, verfolgte Miletics die Vorgänge in der Militärgrenze mit größter Aufmerksamkeit.[2]) Unter den Serben kursierte damals eine Kupfermünze, auf deren einen Seite das Bild des Miletics zu sehen war, während die andere Seite einen Doppeladler mit den Namen aller jener Länder zeigte, welche die Bestandteile eines großserbischen Reiches zu bilden hatten.[3]) Bei gleichzeitiger Erregung von Unruhen in der Militärgrenze rechnete man auf einen Weltbrand im Orient, um dann mit Erfolg die in Aussicht genommenen Pläne verwirklichen zu können. In den Bereich des politischen Kalküls wurde auch die Teilnahme Rußlands und der serbischen Regierung gezogen, von der man mit aller Bestimmtheit behauptete, sie warte nur den Aufstand in der Militärgrenze ab, um sofort tatkräftig einzugreifen.[4]) Wollte man doch auch wissen, daß die schlauen serbischen Staatsmänner alles aufbieten, um Herrn von Kallay, den österreichisch-ungarischen Generalkonsul in Belgrad, über ihre Machinationen durch wiederholte Versicherungen der Freundschaft für Oesterreich-Ungarn einzuschläfern. Mit den für ihre Zukunftsträume begeisterten Südslawen standen in regstem Verkehr die in Prag lebenden tschechischen Redakteure Skrejsovsky und Gregr, welche die Spalten ihrer Blätter den hierauf bezüglichen Korrespondenzen des Miletics, des Generals Stratimirović und eines gewissen Jankovics öffneten.[5]) Alle einigte das gemeinsame Streben: um jeden

---

[1]) Generalmajor Križ an Kuhn, Wien, 6. März 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) „Die südslawischen Bewegungen", Neusatz, 10. Juni 1870. Ungedrucktes Memoire. Siehe auch Bernhardi, „Zwischen zwei Kriegen", S. 364 und 365.

[3]) Baron Rauch an Andrássy, Agram, 13. April 1870. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[4]) Generalmajor Križ an Kuhn, ohne Datum, und die ungedruckte Schrift „Die südslawischen Bewegungen".

[5]) Sektionschef Hofmann an Andrássy, Wien, 15. Februar 1869. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

Preis Unruhen zu erregen und die Einverleibung der Militärgrenze in Ungarn zu hindern. Aus diesem Grunde mahnte damals eine Stimme den Grafen Andrássy, die Besitzergreifung durchzuführen, ehe Serbien, Bosnien, die Hercegovina, Montenegro, Bulgarien und Albanien in Waffen stünden, in welchem Falle ein Aufstand in der Militärgrenze von ernsterer Bedeutung werden könnte.[1]) Andrássy war vom Bewußtsein erfüllt, großen Schwierigkeiten gegenüberzustehen, die angeblich noch dadurch erhöht worden seien, daß Erzherzog Albrecht die militärische Beamtenschaft der Grenze zum Widerstand ermuntert hätte.[2]) Ebenso hieß es, daß Oberst König, Referent für Grenzangelegenheiten im Kriegsministerium, in der Bevölkerung der Militärgrenze die Ueberzeugung wachgerufen habe, die kaiserliche Familie sehe ihre Opposition nicht ungern.[3]) Wenn diese Beschuldigungen auch auf unhaltbaren Tatsachen beruhen, so ist es doch gewiß, daß Oberst König jetzt Einspruch gegen die teilweise Provinzialisierung erhob, wie sie in den Handbilletten vom 19. August angeordnet worden war. König, seit 1868 Vorstand der 10. Abteilung des Kriegsministeriums, war ein Bückeburger; 1843 trat er in die Armee ein, in der er es nach fünfzehnjähriger Dienstzeit in der Militärgrenze bis zum Oberst gebracht hatte. Gerade mit Rücksicht auf seine reichsdeutsche Abstammung und weil er, abweichend von den gebürtigen Grenzern, die dortigen Verhältnisse unbefangen und als klarer verständiger Kopf beurteile, war er vom Kaiser, wie dieser Lónyay gegenüber bemerkte, zum Berichterstatter für Grenzangelegenheiten bestimmt worden.[4]) Ein Anhänger der unbedingten Auflösung der Militärgrenze, befürwortete er noch 1868 die allmähliche Durchführung der Maßregel.[5]) Nachdem der Oberst, wie er selbst zugesteht, dem „Auflösungsmodus" seine Zustimmung erteilt,[6]) änderte er ganz unerwartet seine Meinung; nun mißbilligte er sogar die von ihm vorher genehmigte teilweise Einverleibung in Ungarn. Dafür

---

[1]) „Die südslawischen Bewegungen".

[2]) Bericht des deutschen Generalkonsuls Rosen in Belgrad, 3. Januar 1870, und Bismarck an den deutschen Botschafter in Wien, General von Schweinitz, Berlin, 21. Januar 1870.

[3]) Bismarck an General von Schweinitz, 21. Januar 1870.

[4]) Aufzeichnungen des Finanzministers Lónyay, Ofen, 5. November 1868 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Ibidem.

[6]) Oberst König an Andrássy, Wien, 18. Januar 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

schlug er auf allen Gebieten der Verwaltung und der Justiz Reformen vor. Ehe an den Uebergang aus der Militär- in die Ziviladministration auch nur zu denken sei, müßten Volksbildung und Volkswirtschaft gehoben werden, hätte an die Stelle des bisherigen Militärkordonsystems eine stabile Grenzwache zu treten.[1] Mit anderen Worten hieß dies soviel, als die eben mühsam und nach vielfachen Kämpfen durchgesetzte Errungenschaft auf ungewisse Zeiten verschieben. Oberst König begnügte sich nicht damit. Aufs nachdrücklichste befürwortete er ferner den in den Petitionen an das Kriegsministerium ausgedrückten Wunsch nach Mitwirkung des Grenzvolkes bei Entscheidung der Auflösungsfrage.[2] Wie er betonte, hielt er es für seine Pflicht als Soldat und Referent, seine warnende Stimme vor Außerachtlassung dieses Verlangens zu erheben, da dessen Nichtberücksichtigung bei der vorhandenen Gärung leicht die gefährlichsten Folgen nach sich ziehen könnte.[3] Welchen Sinn sollte aber die Einberufung einer Art Grenzlandtags haben? Gehörten die Grenzer nach dem Gesetz zu Kroatien, dann bedurfte es weiter keiner Zustimmung. Nach der Einverleibung mußten ihnen die gleichen verfassungsmäßigen Rechte wie allen Angehörigen der Stephanskrone zuteil werden. Es war klar, daß mit der Zusicherung der vorherigen Befragung die ganze Inkorporierung abhängig gemacht werden sollte von den gegen Ungarn im feindlichen Sinne aufgewühlten Grenzern. Man brauchte nicht allzu scharfsinnig zu sein, um im vorhinein zu wissen, wie diese von einem Miletics und Bischof Stroßmayer, dem Apostel der panslawistischen Ideen,[4] beeinflußte Willensmeinung der Grenzer ausfallen werde. Andrássy säumte auch nicht, vor den Stufen des Thrones scharfe Kritik an den Auseinandersetzungen des Obersten König zu üben. Mit Recht erinnerte er daran, wie sonderbar es doch erscheinen müsse, daß ein Mann von solchen Ueberzeugungen, wie sie der Oberst in seinem Memorandum ausgesprochen, es über sich bringen konnte, Wochen und Monate an der Verwirklichung der ihm übertragenen Aufgabe zu arbeiten, ohne sofort

---

[1]) Oberst König an Andrássy und Oberst Königs Memorandum an Kuhn, Wien, Januar 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv. Lederer, Bd. II, S. 124.

[2]) Oberst König an Kuhn, Januar 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Ibidem.

[4]) Generalmajor Križ an Kuhn, Wien, 6. März 1870. „... weil über allem der schwindelhafte, von einem hohen Kirchenfürsten (Stroßmayer) enthusiastisch vorangestellte Nimbus der Nationalität schwebt." „Die südslawischen Bewegungen", wo Stroßmayer als „Apostel" panslawistischer Ideen bezeichnet wird.

auf seine Stelle zu verzichten. Der ungarische Ministerpräsident wies auf den Widerspruch hin, der darin liege, daß Oberst König die Grenzer als ein erst durch Reformen zu erziehendes Volk bezeichne und trotzdem fordere, daß gerade den in der Bildung so weit zurückgebliebenen Männern die Entscheidung über ihre Zukunft überantwortet werden solle. Klar charakterisierte Andrássy die ganze Tendenz der von Oberst König vertretenen Bewegung, wie auch das sich dahinter verbergende eigentliche Ziel. Hier, sagte er, suche sich das Bestreben durchzuringen, die Militärgrenze als einheitlichen Körper, als gleichberechtigten Faktor Ungarn und Kroatien gegenüber festzuhalten, dem man die Mission vindiziere, Kroatien und Slawonien aufzusaugen. „Das wäre," lauten seine Worte, „eine Umwälzung des jetzt gültigen dualistischen Systems, dessen Grundgedanke die Einheit der ungarischen Krone bildet, die als besonderen Schmuck das versöhnte Kroatien kenne, welches Verhältnis schon in der kurzen Zeit seines Bestandes so ungemein wertvolle Erfolge aufzuweisen hat. Das wäre," fährt er fort, „die Inaugurierung eines anderen Systems, das, indem es die einzelnen Länder gesondert konstituiert, ein jedes von ihnen so sehr stärken und die zentrifugalen Elemente zu solcher Macht erheben würde, daß nur noch der Absolutismus sie vereint zusammenhalten könnte, und dieser auch nur für so lange, als er nicht genötigt wäre, die ihm zur Verfügung stehenden Kräfte nach außen zu verwenden."[1]) Während Andrássy sich auf die Weise mit Oberst König auseinandersetzte, hatte bereits auch Kriegsminister Kuhn in einem an die Krone gerichteten Vortrag gleichfalls Stellung gegen die Auflösung der Militärgrenze genommen.[2]) Er stand ganz unter dem Einfluß seines Referenten, des Obersten König, und der Berichte, die ihm die beiden Länderchefs der Militärgrenze über da zu befürchtende Unruhen im Falle der Auflösung zukommen hatten lassen.[3]) Gegenüber Kuhns Vorstellungen erinnerte Andrássy den Monarchen an die Heiligkeit des königlichen Wortes, das unbedingt eingelöst werden müsse.[4]) Es gelang ihm, den Träger der Krone davon zu über-

---

[1]) Andrássys deutsch geschriebenes Memorandum für den Kaiser und König. Undatiert. Als Entgegnung auf des Obersten König Memorandum, jedenfalls zum Januar 1870 gehörig. Gräfl. Andrássysches Archiv. Siehe Lederer, Bd. II, S. 132 ff.

[2]) Kuhns Vortrag vom 25. Januar 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Ibidem.

[4]) Andrássys Memorandum. Gräfl. Andrássysches Archiv.

zeugen, daß der von ihm empfohlene Weg der einzig richtige sei. Der Kaiser entschied gegen Kuhn für den Standpunkt des ungarischen Ministerpräsidenten.[1]) Am 15. Februar 1870 erschien Andrássy persönlich in Wien, um die letzten Anstände zu beseitigen, die noch dem Beginne des Auflösungswerkes entgegenstanden.[2]) An Stelle des Generalmajors Križ, der sich einer solchen Mission nicht gewachsen fühlte,[3]) ward Feldmarschalleutnant Rosenzweig[4]) zum Uebernahmskommissär für die Militärgrenze ernannt. Mittlerweile erteilte auch der österreichische Reichsrat durch Gesetz vom 8. Juni 1871[5]) seine Zustimmung zur Einverleibung in Kroatien. Doch knüpfte er daran die Bedingung, „daß hiervon der Sichelburger Distrikt und die Gemeinde Marienthal vorläufig ausgenommen werden, bei der gleichzeitig durchzuführenden Grenzregulierung der Anspruch des Herzogtums Krain auf diese Gebietsteile die gebührende Berücksichtigung finde und die Grenzregulierung der Genehmigung des Reichsrates unterzogen werde".[6]) Im August 1871 vermochte endlich der neue Uebernahmskommissär die Provinzialisierung der beiden Warasdiner Regimenter in Angriff zu nehmen. „Herr Feldmarschalleutnant Rosenzweig," berichtet Mollinary, „behandelt dieselbe geschickt und mit großem Eifer. Alle Nachrichten aus den beiden Regimentern lauten dahin, daß

---

[1]) Allerhöchste Resolution vom 31. Januar auf den Vortrag Kuhns vom 25. Januar 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Bericht des deutschen Generalkonsuls Wäcker-Gotter in Pest, 16. Februar 1870.

[3]) Generalmajor Križ an Kuhn, Wien, 5. März 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Feldmarschalleutnant Rosenzweig hatte in einem Grenzregiment, ferner durch 15 Jahre bei der Gendarmerie in Ungarn und Kroatien gedient. Ueber seine Abberufung als Kommissär siehe Mollinary, Bd. II, S. 231.

[5]) Gesetz vom 8. Juni 1871, abgedruckt bei Bernatzik, a. a. O., S. 470.

[6]) Ibidem. Die Sichelburger Frage ist bis heute nicht geordnet. Siehe hierüber den Artikel Fourniers: „Der Sichelburger Distrikt" in „Neue Freie Presse" vom 27. Dezember 1897. — Die Ansprüche Krains auf Sichelburg werden dargestellt in dem offiziellen „Memoriale über die Zugehörigkeit des ehemaligen Sichelburger Militärgrenzdistrikts und der Gemeinde Marienthal zu Krain vom 26. April 1881" in „Berichte über die Verhandlungen des krainischen Landtages 1881, 21. Band, Beilage 27". Dieses nicht gezeichnete Memorandum hat gleichfalls Fournier zum Verfasser. — Die Sichelburger Frage hat auch zu einem Konflikt zwischen Andrássy und Arneth geführt, der 1871 als Referent des österreichischen Herrenhauses den Antrag stellte, der Regierung sei die nachgesuchte Ermächtigung zum Abschlusse der Uebereinkunft mit Ungarn nur unter der ausdrücklichen Bedingung zu erteilen, daß der Anspruch Krains Befriedigung finde. Siehe Arneth, „Aus meinem Leben", Bd. II, S. 457 ff.

die Bevölkerung und selbst auch die Geistlichkeit sowohl mit der Provinzialisierung an und für sich, als auch mit der Art und Weise der Durchführung vollkommen einverstanden ist und dadurch in gute Normalverhältnisse zu gelangen hofft."[1]) Die vollständige Inkorporation war mit dem 1. August 1881 vollendet. Das von Oberst König und seinen Hintermännern an die Wand gemalte Gespenst hatte sich nicht eingestellt. Nur in Rakovica war ein von der nationalen Partei angezettelter, doch rasch unterdrückter Aufstand ausgebrochen. Mollinary, der früher etwas düster gefärbte Berichte an den Kriegsminister Kuhn gesandt,[2]) änderte jetzt seine Meinung. Es sei zu erwarten, schrieb er nun, daß der „ganze Provinzialisierungsprozeß ruhig und in Ordnung vor sich gehen werde".[3]) Später bekannte er sogar, daß überhaupt die Angst vor der Mißstimmung der Grenzer übertrieben gewesen.[4]) Richtiger hatte der deutsche Generalkonsul in Belgrad geurteilt, der äußerte, die Grenzer würden sich ungeachtet aller Agitation schließlich ohne Aufstand fügen.[5]) Man muß den Mut Andrássys bewundern, der ungeachtet aller üblen Prophezeiungen sich doch nicht von seinem Vorsatze abbringen ließ und unentwegt dem Monarchen zuredete, auf der einmal eingeschlagenen Bahn auszuharren, die er als die beste und richtigste bezeichnete.[6]) Der ungarische Premier hatte es erreicht, eine Institution aus dem Leben zu schaffen, von der die ungarische Regierung überzeugt war, daß man sie gerne erhalten möchte nicht nur in militärischen, sondern auch in den zivilen Regierungskreisen Oesterreichs, um sie, gleichwie im Jahre 1848, für alle Fälle als Hebel gegen Ungarn gebrauchen zu können.[7])

IV. Die Titulatur der Monarchie

Nach der Begründung des Dualismus durch den Gesetzartikel XII:1867 schwebte die offizielle Bezeichnung der Monarchie

---

1) Mollinary an Andrássy, Agram, 16. August 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

2) Kuhns Vortrag, 25. Januar 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

3) Mollinary an Andrássy, Agram, 16. August 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

4) Mollinary, a. a. O., Bd. II, S. 233.

5) Bismarck an General von Schweinitz, Berlin, 21. Januar 1870.

6) Andrássys Memorandum, Januar 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

7) Bericht des deutschen Generalkonsuls Wäcker-Gotter, Pest, 22. November 1869.

in der Luft. Infolge des diesem Gesetzartikel zugrunde liegenden Prinzips der Parität war sie in zwei gleiche, einander vollkommen ebenbürtige Teile geschieden: in Oesterreich und Ungarn. Wohl würde man es gerne gesehen haben, wenn der Doppelaar auch noch ferner seine Fittiche über Oesterreich und Ungarn hätte ausbreiten können. Aber „Kaisertum Oesterreich" oder kurzweg „Oesterreich", wie die Doppelmonarchie bisher hieß, vermochte nun nicht mehr aufrechterhalten zu werden. [1]) Im Sinne der ihm jetzt zukommenden Stellung hatte Ungarn den begreiflichen Ehrgeiz, im amtlichen Titel sowohl Oesterreich als auch dem Auslande gegenüber zur vollen staatsrechtlichen Geltung zu gelangen.[2]) Doch war es nicht allein Ehrgeiz, der den Drang nach Regelung dieser Frage erzeugte. Das Staatsbewußtsein trieb in erster Reihe zu deren Lösung. Die richtige Benennung der Monarchie war von entscheidender Wichtigkeit, da in ihr die staats-

---

[1]) In seinem jüngsten Werke: „Der Kaiser", 1909, versucht Tezner S. 83 darzulegen, daß Ungarn diesen den einen Staat der österreichischen Monarchie bildenden Ländern als der zweite Staat der österreichischen Monarchie gegenüberstehe. S. 84 sagt er, daß die österreichische Monarchie auch noch nach 1867 fortbesteht und diese Ungarn als einen selbständigen Staat in sich schließt oder, wie es bei Tezner lautet: „Oesterreich mit Ungarn". Also nicht: Oesterreich und Ungarn. Diese Ansicht entspricht Tezners Auffassung der Begründung des österreichischen Kaisertitels im Jahre 1804 (Tezner, „Der Kaisertitel"), wonach das Kaisertum Oesterreich auch Ungarn in sich faßt. In Ungarn ist man anderer Ansicht. Siehe Ernst Nagy, „Ueber die Annahme des österreichischen Kaisertitels" (ung.), 1877, in den Abhandlungen der Ungarischen Akademie der Wissenschaften; ferner „Zur Erinnerung an Stephan Gorove von Gattaja", S. 300 ff. (ung.); Eduard Wertheimer, „Geschichte Oesterreichs und Ungarns im ersten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts", Bd. I, S. 198—199. Ich will hier nicht unterlassen zu bemerken, wie irrig die Behauptung ist, daß die Ungarn nie gegen die Auffassung protestiert hätten, als schließe das Kaisertum Oesterreich auch Ungarn in sich. Diesbezüglich verweise ich auf den Reichstag von 1807 und auf das Verlangen der Stände im Jahre 1835, daß Ferdinand, der als Kaiser von Oesterreich Ferdinand I. hieß, als König von Ungarn Ferdinand V. genannt werde — ein Verlangen, das, wenn auch nicht gerne, schließlich doch erfüllt wurde. Gegenüber Franz I. war ein solches Anliegen nicht nötig, da er sowohl als Kaiser von Oesterreich wie auch als König von Ungarn dem Namen nach der I. war. Von besonderer Wichtigkeit ist auch, worauf Professor Dr. G. Turba in seinem Artikel „Hundert Jahre" in der Wiener Zeitung „Die Zeit", 11. August 1904, hingewiesen hat, daß es im ungarischen Krönungsdiplom von 1867 heißt: Franz Josef I. habe die Regierung angetreten, weil Ferdinand „auf die österreichische Kaiserkrone" und die „Kronen der übrigen Länder" verzichtet habe. Hier ist also klar ausgesprochen, daß es nicht heißen kann: „Oesterreich mit Ungarn".

[2]) Siehe hierüber die Aeußerung Deáks bei Kónyi, Bd. VI, S. 74.

rechtliche wie verfassungsmäßige Stellung sowohl Oesterreichs als Ungarns ihren Ausdruck erhielt. Keiner staatsrechtlichen Spielerei entsprang somit in Ungarn das Verlangen, die Titulatur der Monarchie der neuen Staatsgestaltung anzupassen. Bei verschiedenen Anlässen und in mancherlei Formen rang sich der Wunsch nach endgültiger Befriedigung der die Gemüter in hohem Grade beherrschenden Angelegenheiten durch.[1]) Trotzdem darf man sich gar nicht wundern, daß während der Dauer der Ausgleichsverhandlungen es niemand einfiel, eine genaue Umschreibung der Titulatur der Monarchie zu fordern oder zu geben. Wie es Lücken in der Pragmatischen Sanktion und in den 1848er Gesetzen gibt, die erst eine spätere Zeit berufen war, auszufüllen, so ließ auch der 1867er Ausgleich noch Raum für eine weitere Ausgestaltung, zumal für die Benennung der Monarchie, die gleichsam den Schlußpunkt des ganzen Werkes bilden sollte.

Der Gesetzartikel XII : 1867 spricht nur von „den Ländern der ungarischen Krone und den übrigen unter der Regierung Seiner Majestät stehenden Ländern“ — eine sprachlich wahrhaft häßliche Ausdrucksweise, die ihre Entstehung der Antipathie vor Bezeichnungen verdankte, die allzusehr an die zentralistische Monarchie erinnerten.[2]) Daher protestierte ja Ghyczy in der Sitzung des 67er Ausschusses vom 30. Januar 1867 gegen die Benutzung von „birodalom“ als gleichbedeutend mit „Reich“ oder „Oesterreichischer Kaiserstaat“.[3]) Nur weil Deák im Gebrauch dieses Wortes nichts für die Unabhängigkeit Ungarns Gefährdendes erblickte,[4]) wurde „birodalom“ („Reich“, „Monarchie“) beibehalten als Benennung für die Gesamtheit aller unter dem Zepter Seiner Majestät stehenden Königreiche und Länder. Die Minister, denen die Leitung der durch den Gesetzartikel XII : 1867 begrenzten, Oesterreich und Ungarn gemeinschaftlich betreffenden Angelegenheiten zukam, hießen nach dem Texte des ungarischen Ausgleichsgesetzes „gemeinsame Minister“, als Gesamtheit „gemeinsames Ministerium“.[5]) In Oesterreich, wo die Erinnerung an die eben

---

[1]) „Zur Erinnerung an Stephan Gorove von Gattaja“, S. 301 (ung.).

[2]) Ibidem, S. 305 (ung.).

[3]) Kónyi, a. a. O., Bd. IV, S. 243.

[4]) Ibidem. Daselbst die Aeußerung Tiszas S. 245.

[5]) Gesetzartikel XII : 1867, § 27. „Ein gemeinsames Ministerium ist für die Gegenstände zu errichten, welche als in der Tat gemeinsam weder unter die besondere Regierung der Länder der ungarischen Krone noch der übrigen Länder Seiner Majestät gehören.“

vergangene Zeit gerne festgehalten wurde, nannte man sie mit Vorliebe „Reichsminister". Wie wenig noch damals die Begriffe geklärt waren, beweist am besten die Verleihung des Titels „Reichskanzler" an Beust, obgleich eine solche Würde ganz und gar der staatsrechtlichen Auffassung Ungarns widersprach. Beust war die Auszeichnung eigentlich in der Absicht zuteil geworden, um ihm bei Durchführung des Ausgleiches gegenüber dem widerhaarigen österreichischen Reichsrate einen festen Halt zu gewähren.[1]) Freilich spornte ihn auch seine eigene Eitelkeit an, nicht hinter Gorčakov und Bismarck zurückzubleiben, mit denen im Bunde er als dritter Kanzler Europas fungieren wollte.[2]) Gleichzeitig aber, so scheint es wenigstens, wollte man diesen Titel den Deutsch-Oesterreichern als eine Art Beruhigungsmittel bieten. Es sollte ihnen damit zu verstehen gegeben werden, daß die vermeintliche Suprematie Ungarns hier eine Grenze finde und die Stelle eines Reichskanzlers, die in der Monarchie zu vergebende vornehmste Würde, stets den Deutschen in Oesterreich gesichert bleibe.[3])

Beust verband damit sofort weitergehende Vorstellungen. Wie er selbst meinte, hätte „der Reichskanzler zwischen den beiden Reichshälften wie über den Wassern zu schweben". [4]) Zum preußischen Gesandten äußerte er, der Titel eines „Reichskanzlers" müsse sich selbst des Beifalles der Gegner des Dualismus erfreuen, da in ihm gewissermaßen die Reichseinheit wieder zum Ausdrucke gelange.[5]) Beust nährte im stillen den Ehrgeiz, für sich eine Machtvollkommenheit zu erlangen, die ihn zum Schiedsrichter in den zwischen Oesterreich und Ungarn entstehenden Streitfragen erheben sollte. Hörte man auch in Ungarn das Wort „Reichskanzler" nicht gerne,[6]) da es zu sehr an den eben gestürzten Zentralismus gemahnte, so fand man sich damit doch ab, ohne viel Aufsehens davon zu machen. Beglückwünschte ja sogar Andrássy selbst den Minister des Auswärtigen zu der ihm verliehenen kaiserlichen Gnade.[7]) Trotzdem ist es gewiß, daß die Kritik über den starke zentralistische Allüren verratenden Titel in Ungarn nicht unterblieben wäre, wenn ihn ein weniger beliebter

---

[1]) Werther, 2. Juli 1867.
[2]) Tagebuch des Baron Orczy, Februar 1869 (ung.).
[3]) Ibidem.
[4]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 143.
[5]) Werther, 2. Juli 1867.
[6]) Beust, Bd. II, S. 143.
[7]) Ibidem.

Minister, als es Beust noch um diese Zeit bei uns war, erlangt haben würde. Ein klein wenig freilich hatte man in Wien doch Angst, die ungarischen Zeitungen könnten Lärm schlagen und fragen, wozu denn eigentlich der neue Titel eines Reichskanzlers nötig sei? Der Intimus Beusts, Sektionschef Leopold von Hofmann, bat denn auch den Baron Orczy, er möge Andrássy schreiben, auf die ungarischen Zeitungen dahin einzuwirken, daß sie sich diesbezüglich ruhig verhalten. Die Antwort Orczys lautete, man solle den Teufel nicht an die Wand malen, dann werde er auch nicht erscheinen.[1]) Beust hätte es klugerweise vermeiden sollen, auch weiterhin noch Bezeichnungen zentralistischen Gepräges in Umlauf bringen zu wollen. Als er dies dennoch tat, brach der Sturm gegen ihn in der 1868 zu Wien tagenden ersten ungarischen Delegation los. Den Anstoß hierzu bot sein gesetzlich keineswegs zu rechtfertigendes Vorgehen. In den für die ungarische Delegation bestimmten Vorlagen nannte er, entsprechend dem Gesetzartikel XII : 1867, das zur Leitung der gemeinsamen Angelegenheiten berufene Ministerium: „Gemeinsames Ministerium“ (közös ministerium“) und dessen Mitglieder: „Gemeinsame Minister“ („közös ministerek“). Ein anderes Mäntelchen wurde diesen Männern umgehängt, wenn sie vor die reichsrätliche Delegation zu treten hatten. Dann hießen sie in ihrer Gesamtheit „Reichsministerium“ und einzeln „Reichsminister“.[2])

Die der Opposition angehörigen ungarischen Delegierten, die schon früher den Ausdruck „birodalom“ („Reich“) bemängelt hatten, wollten nicht früher in eine Beratung des gemeinsamen Budgets eingehen, ehe ihnen nicht eine befriedigende Aufklärung über die doppelte Titulatur des Ministeriums zuteil geworden. Vergeblich bemühte sich die Deákpartei, den hierüber entstandenen Aufruhr der Linken zu beschwören. Noch in einer Konferenz unmittelbar vor dem Zusammentritt der Delegationssitzung, trachtete man die Opposition zu bewegen, von der Einbringung einer Interpellation über diesen Gegenstand abzustehen. Vergebliches Bemühen! Sie wurde am 28. Januar von Ghyczy im Namen der Linken verlesen. Nun konnte die Deákpartei, bei der die zentralistische Nomenklatur gleichfalls Aergernis erregt hatte, nicht hinter der Linken zurückbleiben. Auch sie stellte durch den Mund Kerkápolys eine diesbezügliche Anfrage. Doch enthielt sie sich — und das

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, Februar 1869 (ung.).

[2]) Vorlage des Reichsministeriums an die löbl. Delegation des h. Reichsrates.

war das ausschlaggebende Moment — in ihrer Interpellation der von der Linken ausgestoßenen Drohung, nicht in die Beratung des Budgets eingehen zu wollen.[1]) Nicht ohne tiefe Besorgnis verfolgte Andrássy den stürmischen Angriff der oppositionellen Abgeordneten, der die Delegation schon gleich bei ihrer ersten Lebensäußerung vernichten konnte. Diesen Triumph durfte er um keinen Preis den Feinden des Ausgleiches gönnen, die ja ohnehin die Delegation ein „körperloses Hirngespinst“ und „politisches Taubstummeninstitut“ höhnten. Außerdem drohte die Gefahr, daß bei einem Konflikt zwischen der Delegation und dem gemeinsamen Minister eine Verfassungs-, zum mindesten eine Ministerkrisis ausbreche, die dann alle Errungenschaften der letzten Zeit wieder in Frage gestellt hätte. Der ungarische Ministerpräsident hielt es daher für seine Pflicht, den Schlag, der nach allen Seiten hin vernichtend wirken konnte, zu parieren. Ihm, der sich in solch heiklen Lagen noch stets als ausgezeichneter Taktiker erwiesen, war es vor allem darum zu tun, keine vollendeten Tatsachen schaffen zu lassen. Es sei doch, meinte er, gegen allen parlamentarischen Brauch, unter Androhung der Arbeitseinstellung eine sofortige Antwort auf die erfolgte Anfrage zu fordern. Hierzu sei dem Ministerium die nötige Zeit zu gewähren. Solange die Aufklärung vom Ministerium nicht erteilt wurde, dürfe die Beratung auch nicht verweigert werden.[2]) Die Stunden bis zum Zusammentritt der nächsten Sitzung benutzte Andrássy, um sowohl bei der Krone wie bei Beust für eine befriedigende Lösung der verwirrten Situation zu wirken.[3]) Sein Bemühen war auch von Erfolg gekrönt. Am 31. Januar erteilte Beust der ungarischen Delegation die gewünschte Auskunft. Zwei peinliche Tage waren vergangen, ehe die gemeinsamen Minister feierlichst vor den Ungarn erklärten, es sei ihnen ferne gelegen, die staatsrechtliche Stellung zu gefährden oder daß sie die Tendenz gehabt hätten, das Gebiet der gemeinsamen Angelegenheiten über deren gesetzliche Grenzen

---

[1]) Berichte über die Delegation von 1868. — Lederer, Bd. I, S. 296. — Ferner Gabriel Várady, „Reichstägliche Briefe“, Bd. II, S. 43 ff. (ung.).

[2]) Lederer, Bd. I, S. 297.

[3]) Beust, Bd. II, S. 171. Was Beust hier erzählt, läßt die Annahme zu, daß Andrássy hinter den Kulissen für eine glückliche Lösung sehr tätig war. Beust erwähnt ferner, daß er in dieser Angelegenheit einen Vortrag erstattet habe, den ich jedoch trotz Nachforschens nicht zu Gesicht bekommen habe. Im k. u. k. Ministerium des Aeußern erhielt ich auf meine diesbezügliche Anfrage die Auskunft, daß ein solcher Vortrag Beusts nicht vorhanden sei.

hinaus zu erweitern. Mit der von ministerieller Seite erteilten Erklärung: die Bezeichnung „Reichsministerium", „Reichsminister" wäre nur darum gewählt worden, weil sie dem Geiste der deutschen Sprache homogener sei als „gemeinsames Ministerium" und „gemeinsame Minister", war der ganzen Kontroverse die Spitze abgebrochen. Sie sank damit, wie sich Kerkápoly treffend ausdrückte, zu einer rein grammatikalischen Bedeutung herab.[1]) Die öffentliche Meinung Wiens empfing von dieser Beantwortung der ungarischen Interpellation einen höchst ungünstigen Eindruck. Man wies darauf hin, daß das kaiserliche Handschreiben an Graf Andrássy vom 24. Dezember 1867 ja selbst den Ausdruck „Reichsministerien" enthalte. Im ganzen wurde die Erklärung Beusts als ein unverantwortliches Zeichen von nicht zu rechtfertigender Schwäche und Nachgiebigkeit aufgefaßt.[2]) Das vornehmste Organ der deutschen Verfassungspartei, die in dem Auftreten der Ungarn einen neuerlich heftigen Vorstoß gegen das Prinzip der Reichseinheit erblickte,[3]) verdolmetschte in ziemlich scharfer Weise die herrschende Unzufriedenheit. Wer, fragte das Sprachrohr der österreichischen Liberalen, kann uns streitig machen, daß wir, begrifflich und sprachlich, „Reichsministerium" für zutreffender halten als „Gemeinsames Ministerium"?[4])

Es wäre eine schwere Täuschung gewesen, glauben zu wollen, mit der glücklichen Ueberwindung dieser Episode sei die staatsrechtliche Erörterung der ganzen Angelegenheit für immer von der Tagesordnung abgesetzt worden. Sie war mit allem, was

---

[1]) Ghyczy hatte in seiner Interpellation auch die Erwähnung eines „gemeinsamen Kriegsministers" beanstandet, da ein solcher im Gesetzartikel XII : 1867 gar nicht erwähnt werde. In der ministeriellen Antwort wurde ihm nachgewiesen, aus dem Ausgleichsgesetz gehe logisch die Existenz eines Kriegsministers hervor, indem es ja den konstitutionellen Anforderungen entspreche, daß der oberste Kriegsherr die ihm durch den § 11 Gesetzartikel XII : 1867 übertragenen militärischen Hoheitsrechte durch einen verantwortlichen Minister ausüben lasse. Die Majorität der ungarischen Delegation billigte diese Ansicht. Mit Rücksicht darauf, daß noch vor kurzem die höchsten maßgebenden Kreise sich gegen eine Ausdehnung der ministeriellen Verantwortlichkeit auf das Gebiet des Kriegswesens sträubten, mußte der Bestand eines verantwortlichen Kriegsministers als Fortschritt im Verfassungsleben angesehen werden. Freilich durfte der gemeinsame Kriegsminister nicht beanspruchen wollen, auch die Landwehr in seinen Wirkungskreis zu bekommen. Siehe noch: Dr. Friedr. Tezner, „Der Titel des Kriegsministers", „Neue Freie Presse", 30. August 1908.

[2]) Werther, Wien, 3. Februar 1868.

[3]) Ibidem.

[4]) „Neue Freie Presse", Morgenblatt vom 31. Januar 1868.

drum und dran hing, zu innig mit dem Drange nach voller Geltendmachung der Staatlichkeit Ungarns verbunden, um nicht immer wieder aufzutauchen. Mit einiger Sicherheit war vorauszusehen, daß, nachdem einmal der Stein ins Rollen gekommen, es keiner menschlichen Macht mehr gelingen würde, ihn in seinem Laufe aufzuhalten. Daher konnte es nicht überraschen, als Tisza in der Delegationssitzung vom 6. März 1868 die Angelegenheit abermals in Form einer Interpellation berührte. Im eigenen wie im Namen seiner Gesinnungsgenossen gab er der Erwartung Ausdruck: der gemeinsame Minister des Aeußern werde sich in Zukunft bei allen internationalen Handlungen nur eines solchen Titels und solcher Bezeichnungen bedienen, die der staatsrechtlichen Stellung Ungarns und dessen verfassungsmäßigen Gesetzen entsprechen.[1]) Hatte Tisza richtig gehandelt, als er sich gerade die Delegation zum Schauplatze der Interpellation erkor? Die gemeinsame Institution war ja kein Faktor des Ausgleichswerkes, sondern nur ein Ergebnis desselben. Das einzig berufene Forum zur Erörterung solch heikler Dinge, das eigentlich erst die Kuppel des ganzen Ausgleichsbaues zu bilden hatte, war der ungarische Reichstag. Nur er allein durfte anregen und entscheiden. Tisza scheint jedoch von der Erwägung ausgegangen zu sein, daß alle Fragen internationalen Charakters ausschließlich vor die Schranken der Delegation gehören.[2]) Damit aber begab er sich in eine Gefahr, die er selbst gewiß am wenigsten gerne heraufbeschworen gesehen hätte. Wäre, wie es die Linke beabsichtigte, ihr Verlangen zum Beschluß erhoben worden, so hätte er auch der reichsrätlichen Delegation mitgeteilt werden müssen. In dem Falle würde ihr niemand das Recht haben streitig machen können, über eine rein ungarische staatsrechtliche Frage zu Gericht zu sitzen. Csengery machte sofort auf diese Abnormität aufmerksam; er beantragte, daß der Inhalt der Tiszaschen Interpellation, den sich die ganze ungarische Delegation zu eigen gemacht, nur im Protokoll verzeichnet werde.[3]) Auch Andrássy wollte nichts von einer Beschlußfassung, höchstens nur von einer protokollarischen Festlegung des ausgesprochenen Wunsches der Delegation hören. Er ging aber noch einen Schritt

---

[1]) Lederer, Bd. I, S. 298.

[2]) In der Reichstagssitzung vom 6. November 1868 anerkannte Tisza mit seinen engeren Genossen den beschränkten Wirkungskreis der Delegation für die Aufwerfung solcher Fragen.

[3]) Lederer, Bd. I, S. 299.

weiter. In der Delegationssitzung vom 6. März sagte er ausdrücklich, die ungarische Regierung habe es schon, ohne erst einen Auftrag hierzu abzuwarten, als selbstverständliche Pflicht erachtet, dahin zu wirken, daß bei allen, auch Ungarn betreffenden internationalen Verträgen und diplomatischen Aktionen ein solcher Titel gebraucht werde, der seiner staatsrechtlichen Stellung zukomme. „Ich denke," fügte er hinzu, „daß auch von seiten des geehrten Ministeriums des Auswärtigen die Erklärung erfolgen wird, was für die Zukunft in dieser Hinsicht als Richtschnur gelten soll."[1]) In der Tat erteilte Hofrat Falke im Namen Beusts die Versicherung, er werde streng die durch die Verfassung vorgeschriebenen Normen beobachten.[2]) Wie aber der im Sinne der staatsrechtlichen Stellung Ungarns anzunehmende Titel zu lauten habe, darüber traf man auch jetzt keine endgültige Bestimmung. Wieder blieb alles im dunkeln, da ja auch Tisza keinen positiven Antrag eingebracht hatte. Es scheint jedoch, daß es Andrássys absichtliche Tendenz gewesen, die Frage offen zu halten. Da er bereits um die Zeit mit Beust wegen Feststellung der Titulatur Unterhandlungen pflog, wollte er künftigen Abmachungen durch einen Beschluß der Delegation nicht vorgreifen lassen. Deswegen dünkte ihn jetzt der protokollarisch zum Ausdruck gebrachte Wunsch der Delegierten für hinreichend.

Ohne die unerklärliche Sorglosigkeit des Ministeriums des Aeußern hätte diese Angelegenheit auch in aller Ruhe ausgetragen werden können. Die Vorgänge in der Delegation und der Antrag Tiszas hätten für Beust eine genügend eindringliche Mahnung zur Vorsicht sein sollen, um nicht wieder Verstöße gegen die staatsrechtliche Stellung Ungarns zu begehen. Es ist kaum zu begreifen, daß es trotzdem zu solchen kam, und zwar in einer Sache, die den ungarischen Reichstag tief verletzen mußte. Die große Befriedigung, die dem ungarischen Parlament durch Vorlegung des ersten internationalen Vertrages seit 1867 zur gesetzlichen Behandlung bereitet wurde, erhielt sofort einen gewaltigen Stoß durch die Wahrnehmung, daß in demselben Ungarn nicht jene Beachtung gefunden, auf die es im Sinne der neuen Ordnung der Dinge vollen Anspruch hatte. Der dem ungarischen Unterhause am 8. Mai 1868 unterbreitete Handelsvertrag mit dem Norddeutschen Bund sprach im formellen Teil nur von Oesterreich und gedachte

---

[1]) Lederer, Bd. I, S. 299.

[2]) Ibidem, S. 300.

mit keinem Worte Ungarns. Handelsminister Gorove hatte sofort, als er den Vertrag auf den Tisch des Abgeordnetenhauses niederlegte, sein Bedauern über den staatsrechtlichen Mangel ausgedrückt und hinzugefügt, das ungarische Ministerium habe bereits Aufklärungen hierüber vom Ministerium des Auswärtigen verlangt. Bot der Handelsvertrag auch nicht zu unterschätzende Vorteile, so blieb man demselben gegenüber doch unzugänglich wegen der darin vorkommenden Außerachtlassung der staatsrechtlichen Stellung Ungarns. Die oppositionellen Blätter zögerten nicht, in stürmischer Weise ihr Verdikt über diesen Fall auszusprechen. Die Deputierten der Linken hegten den Verdacht, daß hier eine bewußte Unterlassungssünde vorliege. Man wolle einfach das Ausland nicht merken lassen, es gebe wieder ein Ungarn, das allmählich auf eigene Füße zu stehen komme.[1]) Die verschiedenen Fraktionen der Opposition einigten sich daher in dem Beschlusse, den Vertrag so lange nicht annehmen zu wollen, bis nicht Abhilfe geschaffen worden. Die Linke wußte sehr wohl, daß sie damit auch einem Herzenswunsche vieler Mitglieder der Deákpartei Ausdruck verleihe und sich auf diese Weise unter ihnen für die Durchbringung desselben so manchen Anhänger erwerbe. Mit rasch die Situation beherrschendem Blicke erkannte Deák, daß auch er dem berechtigten Gravamen gegenüber nicht schweigen und der Linken nicht die Möglichkeit bieten dürfe, seinem Werke einen schweren Schlag zu versetzen. Am 13. Mai vertrat er in einer vertraulichen Klubsitzung den Standpunkt: wegen Nichtberücksichtigung staatsrechtlicher Momente könne der Vertrag in der vorgelegten Form nicht angenommen werden. Er stellte den Antrag, das Ministerium möge eine dem Gesetze entsprechende Aenderung bewirken. Andrássy und Gorove, die die Schwierigkeiten eines solchen Vorganges kannten und denen diese Zumutung daher sehr ungelegen kam, suchten Deák von seinem Vorsatz abzubringen. Sie beriefen sich darauf, daß für den mit England abzuschließenden Vertrag bereits die richtigen Ausdrücke gewählt worden seien. Im gegenwärtigen Falle konnte dies nicht mehr geschehen, doch hätten sie es nicht unterlassen, gegen die fehlerhafte Fassung des Vertrages Einwendungen zu erheben. Solche staatsrechtliche Fehlgriffe, meinten die Minister, werden so lange nicht zu vermeiden sein, bis nicht eine gesetzliche Verfügung über den Gebrauch der im diplomatischen Verkehr anzuwendenden Bezeichnungen erfolgt sein würde. Alle

---

[1]) Várady, Bd. II, S. 256.

Vorstellungen scheiterten an dem festen Willen Deáks, den dessen gesamte Partei zu dem ihrigen erhob. Andrássy, dem nun nichts anderes übrigblieb, als bei der Krone und Beust auf eine Umgestaltung der Eingangsformel zu dringen, entfernte sich aus dem Klub der Deákpartei in äußerst verdrießlicher Stimmung.[1]) Grund dazu hatte er zur Genüge, da er sich nicht verhehlen konnte, es werde in jedem Falle der größten Anstrengungen bedürfen, zum Ziele gelangen zu können. Vor allem war die Zeit bis zum Austausche der Ratifikationsurkunden des bereits vom Reichstag des Norddeutschen Bundes genehmigten Vertrages sehr kurz bemessen. Ja, es war fraglich, ob es überhaupt noch möglich sein werde, innerhalb des festgesetzten Termines Aenderungen vorzunehmen, die der Zustimmung des norddeutschen Bundeskanzlers bedurften. Der Zwang der eventuellen Zurückziehung des Vertrages versetzte Beust nicht minder in die peinlichste Lage. Er geriet in eine unbeschreibliche Aufregung, als ihn Orczy noch am 13. Mai, unmittelbar nach der Sitzung der Deákpartei, von deren Ergebnis auf telegraphischem Wege verständigte. Ungeachtet der Ausstellungen Andrássys und Goroves hatte er sie, gerade mit dem Hinweis auf die nunmehrige Unmöglichkeit einer anderweitigen Vorkehrung, bewogen, die Einbringung und Vertretung des Handelsvertrages zu übernehmen. Nun mußte er sehen, daß sie ihre Verpflichtung nicht erfüllten. Anstatt die Ursache hierzu in seinem eigenen Verschulden zu suchen, machte er die ungarischen Minister für das Fehlschlagen verantwortlich. Am 14. Mai telegraphierte er an den in Pest weilenden Sektionschef Baron Orczy: „Ich bin aufs unangenehmste betroffen, teils dadurch, daß der mit Graf Andrássy und Gorove getroffenen Abrede keine Folge gegeben zu sein scheint, teils dadurch, daß man nach allem dem, was vorausgegangen, in der ungarischen Majorität so wenig Rücksicht für mich hat, um mir Dinge zuzumuten, die mich im Auslande lächerlich machen.“[2]) Wie Andrássy vorausgesehen, stieß der Aufschub der Ratifikation des Vertrages auf schier unüberwindliche Hindernisse. In diesem Sinne antwortete ihm Beust, als er ihm den Wunsch der Deákpartei verdolmetschte. Nur davon, meinte der Reichskanzler, könne die Rede sein, daß mit der Auswechslung jener Dokumente gezögert werde, in welche die von Ungarn festzustellenden Bezeichnungen eingetragen werden sollen. Man schien

---

[1]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 13. Mai 1868 (ung.).
[2]) Mitgeteilt von Baron Orczy in seinem Tagebuch, 14. Mai 1868.

am Beginn einer Reihe endloser Wirren zu stehen. Der ungarische Reichstag wollte die staatsrechtlichen Aenderungen durch einen Ergänzungsartikel zum Vertrag vornehmen lassen. Solchem Verlangen verwehrte Wien die Zustimmung. Dagegen stieß wieder in ungarischen parlamentarischen Kreisen das, was der Kaiser zu bewilligen geneigt war, auf entschiedenen Widerstand. Man mochte sich nicht mit einer nachträglichen einfachen Inartikulierung der ungarischerseits festzustellenden Titulatur ins ungarische Gesetzbuch begnügen, sondern beharrte vielmehr auf deren sofortiger Aufnahme in den Text des Handelsvertrages. Unter derartigen Umständen schien man entschlossen, ihn ganz von der Tagesordnung abzusetzen, was Beust ungemein erbitterte, den nur seine Kompromittierung besorgt machte. Der Reichskanzler hatte nicht einmal die Aussicht, seine Zuflucht zum österreichischen Reichsrat nehmen zu können, der sich gleichfalls nicht besonders für den Handelsvertrag begeisterte. Unter dem Vorwand, auf die von Ungarn geforderte Aenderung nicht eingehen zu können, wäre man bereit gewesen, ganz von ihm abzusehen.[1]) Im letzten Augenblick konnte doch noch eine Verständigung mit dem ungarischen Reichstag erzielt werden. Man hatte sich dahin geeinigt, daß die im Vertrag vorkommende Ausdrucksweise: „Seine K. K. Apostolische Majestät" richtig zu lauten habe: „Seine Majestät der Kaiser von Oesterreich und König von Ungarn". Anstatt der im Vertrag in Verwendung gekommenen und beanstandeten geographischen Bezeichnung „Oesterreich" wurde gesetzt: „Beide Staaten Seiner Majestät".[2]) Andrássy war es gelungen, die Annahme dieser Titulatur durchzusetzen, die der Monarch durch ein eigenes Handschreiben zur allgemeinen Kenntnis bringen sollte.[3]) Nun galt es noch eine Schwierigkeit zu überwinden. Man mußte sich auch der Zustimmung Berlins zur Umgestaltung des formellen Teiles des Vertrages zugunsten der ungarischen Auffassung versichern. Beust telegraphierte an Graf Wimpffen, er möge das Berliner Kabinett zur Aenderung der Titulatur, aber nur im ungarischen Texte des Vertrages, bewegen. Während er diesen Auftrag erteilte, drückte er gleichzeitig dem Kaiser in einem Vortrage „sein

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 19. Mai 1868 (ung.).

[2]) Ibidem, 28. Mai 1868 (ung.). De Pont und Biegeleben, beide Referenten im Ministerium des Aeußern, waren in großer Verlegenheit, was sie an Stelle des Wortes „Oesterreich" setzen sollten. Biegeleben schlug dafür „Die Reichsgebiete" vor, was aber im Gegensatz zum Dualismus stand.

[3]) Ibidem, 26. Mai 1868 (ung.).

tiefstes Bedauern" über die Haltung des ungarischen Reichstages aus.[1])

Bismarck, der schon deutlich die Schatten wahrnahm, den ein aller Wahrscheinlichkeit nach in nächster Zeit bevorstehender Zusammenstoß Deutschlands mit Frankreich vorauswarf, zögerte keinen Moment, seine Bereitwilligkeit gegenüber der Forderung Beusts zu erkennen zu geben.[2]) Lag es doch in seinem eigensten Interesse, die Ungarn, von denen er wußte, daß sie gegen ein Bündnis mit Napoleon eingenommen seien, zu guten Freunden zu haben. Eine wohlfeilere Gelegenheit zur Erreichung eines solchen Zieles als jetzt vermochte sich dem norddeutschen Kanzler nie wieder zu bieten. Im Besitze der Zustimmung des Monarchen und des Norddeutschen Bundes zu den erforderlichen Veränderungen, konnte endlich am 27. Mai 1868 die zur Prüfung des Handelsvertrages eingesetzte „Zentralkommission" des ungarischen Unterhauses ihren Bericht erstatten. Am 28. Mai empfahl ihn Andrássy zur unveränderten Annahme. Damit war aber nur für einen ganz speziellen Fall und auch nur mit Bezug auf Ungarn vorgesorgt worden. In Oesterreich kam der Handelsvertrag noch mit dem alten Titel: „Wir Franz Josef I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen" zur Verlautbarung.[3]) Jeden Augenblick konnte daher ein neuer Streit ausbrechen; dieser Möglichkeit mußte unter allen Umständen vorgebeugt werden. Deshalb sagte Andrássy in derselben Sitzung noch: „Was jenen Wunsch der Zentralkommission betrifft, daß die Titelfrage endgültig geregelt werde, so legt diesbezüglich die Regierung großes Gewicht darauf, daß diese Angelegenheit nach jeder Richtung, besonders nach der staatsrechtlichen Seite hin, befriedigend und in kürzester Zeit zur Austragung gelange. In dieser Beziehung wird daher," so schloß Andrássy, „die Regierung es nicht am Bestreben mangeln lassen, daß die Lösung möglichst bald und in zweckmäßigster Weise erfolge." [4]) Von den mit großem Beifall aufgenommenen Worten zeigte sich selbst Tisza befriedigt. „Wenn ich," sagte er, „auch keine Ursache habe, mich der 1867er Errungenschaften besonders zu freuen, so erstrebe ich

---

[1]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 27. Mai 1868 (ung.).

[2]) Bismarck an Wimpffen, 24. Mai 1868. Mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse", 31. Mai 1868.

[3]) „Reichsgesetzblatt für das Kaisertum Oesterreich", Jahrgang 1868, XXI. Stück, 5. Juni.

[4]) Lederer, Bd. I, S. 320.

doch nur auf gesetzlichem, verfassungsmäßigem Wege die Entwicklung der in diesem Jahre (1867) geschaffenen Verhältnisse.“ Er lieh der Hoffnung Worte, die Regierung werde die Titelfrage derart erledigen, „daß Oesterreich und Ungarn auch nominell als zwei selbständige, voneinander unabhängige Staaten anerkannt werden“.

* * *

Andrássy, der dem zu wählenden Titel, als der „neuen Taufe“ des Dualismus vor den Augen Europas, wie er sich ausdrückte, den größten Wert beimaß,[1]) zögerte nicht, bei Beust die Regelung der definitiven Benennung der Monarchie zu urgieren. Er entsprach damit einem allgemein empfundenen Verlangen. Hatte ihn doch schon Ende 1867 sein Kollege, der Handelsminister Stephan Gorove von Gattaja, in einem Memoire auf die Notwendigkeit der Ordnung dieser Sache aufmerksam gemacht, ohne deren befriedigende Lösung ein verantwortliches Ministerium für die Dauer vor einem ungarischen Reichstage nicht bestehen könnte.[2]) Am 23. Januar 1868 — also bevor noch in der ersten Delegation von Ghyczy der Gebrauch des Wortes „Reichsminister“ getadelt worden — hatte der ungarische Ministerpräsident die Angelegenheit in die Hand genommen. Schon damals stellte er an den Reichskanzler das Verlangen, eine solche Titulatur für die Monarchie zu wählen, die Oesterreich und Ungarn vor dem Auslande als zwei vollständig selbständige Staaten erscheinen lasse.[3]) Der Anregung Andrássys wurde aus uns unbekannten Ursachen keine Folge gegeben. Erst nach den mit der Ratifizierung des deutschen Handelsvertrags in Verbindung stehenden Vorfällen beauftragte Beust (3. Juni 1868) Alfred von Arneth, den Direktor des ihm unterstehenden Staatsarchivs, Vorschläge wegen geeigneter Bezeichnung für die Gesamtheit der Monarchie zu erstatten.[4])

---

[1]) Werther, Wien, 22. Juli 1868.

[2]) „Zur Erinnerung an Stephan Gorove“, S. 304 (ung.).

[3]) Dieses Schreiben Andrássys liegt uns nicht vor. Erwähnt wird es von Arneth in seinem hier noch zu besprechenden Gutachten über die Titelfrage.

[4]) Beust an Arneth, Wien, 3. Juni 1868. K. u. k. Ministerium des Aeußern. „Nachdem in neuerer Zeit mehrfache Schwierigkeiten darüber entstanden sind, daß nach der Behauptung des Kgl. Ungarischen Ministeriums die bei internationalen Verträgen seit dem Anfang dieses Jahrhunderts üblichen Titel, besonders in abgekürzter Form, zum Beispiel Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen u. s. w., sowie die Bezeichnung des Gesamtstaatsgebietes, insbesondere der Name „Oesterreich“ für das gesamte Reich infolge des Ausgleiches mit Ungarn nicht mehr der staatsrechtlichen Selbständigkeit der Länder der Stephanskrone entsprechen sollen,

Höchst eigentümlich berührt es, daß gerade einem so eingefleischten Zentralisten, wie es der vortreffliche Historiker und Archivdirektor Arneth war,[1]) die Aufgabe zufiel, mit seinem Wissen und seinen Kenntnissen bei der Prägung eines Titels mitzuwirken, der seiner ganzen Gesinnung widerstreben mußte. Sein Memoire, das er binnen drei Tagen — am 5. Juni — dem Reichskanzler vorlegte, ist denn auch vom Geist des Einheitsstaates erfüllt, an dem Arneth mit allen Fasern seines Wesens hing. Ausgehend davon, daß alle Habsburger seit Ferdinand I., insbesondere seit Maria Theresia, den Gedanken an eine Personalunion zwischen Oesterreich und Ungarn weit von sich wiesen, daß sie vielmehr durch die Gründung gemeinsamer Ministerien für die auswärtigen und militärischen Angelegenheiten die Monarchie als ein einheitliches Ganzes erscheinen lassen wollten, tritt Arneth für die Wahl eines Sammelnamens ein, unter dem, wie er sagt, „die Staaten, welche unter dem Zepter Seiner Majestät des Kaisers sich befinden, subsumiert werden können". „Seit mehr als einem Jahrhundert," so läßt er sich vernehmen, „wurde das Wort Oesterreich, seit mehr als sechzig Jahren das Wort Kaisertum Oesterreich als dieser Sammelname gebraucht. Nach der festen Ueberzeugung der unterzeichneten Archivdirektion liegt auch jetzt und infolge der geänderten staatsrechtlichen Stellung für dasselbe kein berechtigter Anspruch vor, hierin eine Aenderung Platz greifen zu lassen. Denn die staatsrechtliche Selbständigkeit Ungarns bezieht sich, und es wird dies nur zu oft und zu gern aus den Augen verloren, nur auf die inneren Verhältnisse, auf die Stellung Ungarns zum Monarchen und zu den übrigen Teilen der Gesamtmonarchie." Indem Arneth einen derartigen Standpunkt einnahm, billigte er auch nicht den Vorschlag Andrássys, wonach künftighin der kleine Titel[2]) des

---

so erhält die k. k. Archivdirektion andurch den Auftrag, aus den archivalischen Quellen und maßgebenden Dokumenten seit der Pragmatischen Sanktion und dem Allerhöchsten Patente vom Jahre 1804, die den allseitigen staatsrechtlichen Ansprüchen am richtigsten entsprechenden Allerhöchsten Titel und Gebietsbezeichnungen zu begutachten und womöglich einen von Seiner Kaiserlich Königlich Apostolischen Majestät zu genehmigenden Vorschlag zu entwerfen."

[1]) Siehe dessen Ansichten in Arneth, „Aus meinem Leben", Bd. II, S. 317 ff.

[2]) Der kleine Titel, wie er 1836 geregelt wurde, lautet: „Wir Ferdinand I., von Gottes Gnaden Kaiser von Oesterreich, König von Hungarn und Böhmen, dieses Namens der V., König der Lombardei und Venedigs, von Galizien, Lodomerien und Illyrien, Erzherzog von Oesterreich u. s. w." Zufolge Handschreibens vom 3. Oktober 1866 entfiel aus dem kleinen Titel: „König der Lombardei und Venedigs".

Monarchen zu lauten hätte: „Franz Josef I., Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn.“ Nach der Auffassung des österreichischen Geschichtschreibers mußte einer so tiefgreifenden Aenderung ein staatsrechtlicher Akt vorangehen. In aller Form müßte vorher erklärt werden, in Zukunft bilde Zisleithanien allein das Kaisertum Oesterreich, dem als gleichberechtigter Staat ein zweiter, das Königreich Ungarn, an die Seite gesetzt sei. „Nun ist es bisher wenigstens,“ meint Arneth, „niemand beigefallen, die westeuropäischen (zisleithanischen) Länder allein zu einem Kaisertum zu konstituieren; es könnte solches auch gewiß nicht ohne vorhergegangene Zustimmung der Reichsvertretung geschehen; der Vorschlag des Grafen Andrássy scheint daher auch schon aus diesem Grunde und weil er eine tatsächliche Unrichtigkeit enthält, der unterzeichneten Archivdirektion ein völlig unannehmbarer zu sein.“ Nach all dem gelangte der Direktor des Staatsarchivs zu dem Ergebnis, daß seit mehr als drei Jahrhunderten bis auf die neueste Zeit herab, sowohl in den Perioden der größten staatsrechtlichen Selbständigkeit Ungarns als auch in denen der weitestgehenden Zentralisation, der Titel des Monarchen immer gleichmäßig und ohne Einspruch von irgendeiner Seite bloß in der Aufzählung der einzelnen königlichen und landesfürstlichen Würden bestand. Ungarn genoß hierbei, wie Arneth bemerkt, nur das Vorrecht, an erster Stelle genannt zu werden, ohne jedoch den Anspruch erheben zu können, daß „Apostolischer König“ in den kleinen, internationale Bedeutung besitzenden Titel aufgenommen werde. Um so weniger sei dies berechtigt, als das durch päpstliches Breve im Jahre 1758 erteilte Epitheton „Rex apostolicus“ stets nur in solchen Ausfertigungen zur Anwendung gelangte, die sich ausschließlich auf rein ungarische Angelegenheiten bezogen, doch nie auf Verträge mit auswärtigen Mächten. Da der Archivdirektor dem Ausgleich von 1867 nur die Wirkung innerer staatsrechtlicher, aber durchaus nicht völkerrechtlicher Natur beimaß, bestritt er die Berechtigung zu einer solchen Umgestaltung der Titulatur, welche die bestehende staatsrechtliche Scheidung als eine völkerrechtliche zum Ausdruck bringen könnte. Auch fernerhin sollte „Oesterreich“ rechtlich und faktisch als ein „Ganzes“ genommen werden. „Um jedoch,“ in dieser Weise milderte Arneth seine Ausführungen, „Ungarn gegenüber auch in dieser Beziehung soviel Nachgiebigkeit an den Tag zu legen, als nur immer möglich erscheint, und sich nicht gleich von vornherein gegen jedwede, auch gering-

fügigere Aenderung auszusprechen, wäre vielleicht das Wort ‚Apostolisch‘ trotz der dagegen obwaltenden Bedenken in den Titel aufzunehmen und derselbe in folgender Weise zu fassen: Wir Franz Josef I., Kaiser von Oesterreich, Apostolischer König von Ungarn, König von Böhmen und von Galizien, Erzherzog von Oesterreich u. s. w.“ „In der Annahme des Wortes ‚Apostolisch‘,“ erläuterte Arneth seine Darlegungen, „würde man in Ungarn wohl immerhin ein Zugeständnis erblicken, durch die Wiederholung des Wortes ‚König‘ vor den Ländern Böhmen und Galizien würde ein merkbarer Unterschied zwischen diesen Ländern und Ungarn angedeutet und gleichzeitig die für beide, insbesondere für Böhmen immerhin verletzende Hinweglassung seines Namens vermieden.“ Dem Biographen Prinz Eugens und Maria Theresias, der sich mit der ganzen Liebe seiner Seele in die Geschichte Altösterreichs vertieft hatte und in den Erinnerungen an jene Zeiten schwelgte, fiel es schwer, sich sofort in all die Umwälzungen zu fügen, die der Ausgleich von 1867 in der Struktur der Monarchie nach sich zog. Wie sich Arneth nicht vom bisherigen Usus loszusagen vermochte, so wollte er auch nicht auf das Wort „Oesterreichisch“ als der alles überragenden, ausschließlichen Titulatur für alle Länder unter der Herrschaft Franz Josefs I. verzichten. Sollte schon, wie er meinte, die Benennung „Oesterreich“ und „Kaisertum Oesterreich“ über Bord geworfen werden, so müßte doch zum mindesten die Bezeichnung „die österreichische Monarchie“ gerettet werden. „Eine andere Gesamtbezeichnung,“ schreibt er in seinem Memorandum, „wird sich nun und nimmermehr finden lassen; eine solche zu besitzen, ist jedoch ganz unerläßlich, und da Ungarn sich ja in keiner Weise sträubt, unter dem Zepter des Monarchen Oesterreichs zu stehen, wird es auch keine berechtigte Einwendung dagegen erheben können, unter dem Gesamtausdruck der österreichischen Monarchie mitverstanden zu werden.“ Weigerte sich auch Arneth, in der Repräsentation gegenüber dem Auslande eine Zweiteilung der Monarchie zuzugeben, so empfand er andererseits selbst das Bedürfnis, die neue innere Scheidung zwischen Oesterreich und Ungarn in weithin sichtbarer Form in die Erscheinung treten zu lassen. Er schlug daher, im Gegensatz zu Ungarn, für Oesterreich den Namen „Westösterreichische Länder“ vor, obgleich er sich sehr wohl bewußt war, daß dieser, mit Rücksicht auf das mit inbegriffene Galizien und die Bukowina, geographisch nicht ganz zutreffend sei. „Eine vollkommen richtige geographische Be-

zeichnung," lauten seine eigenen Worte, mit denen er seinen Antrag zu rechtfertigen suchte, „wird man bei der eigentümlichen Gestaltung dieses Länderkomplexes fruchtlos suchen, und eine staatsrechtliche wie die früher gebräuchliche ‚Erbländer' zu wählen, scheint mir wegen des Gegensatzes zu Ungarn und weil es die Möglichkeit böte, die ungarischen Länder nicht gleichfalls als Erbländer zu betrachten, allzu gefährlich. Gerade der Ausdruck ‚westösterreichisch' deutet jedoch an, daß es auch ‚ostösterreichische' Länder gibt, die natürlich keine anderen sind und sein können als diejenigen der ungarischen Krone." [1])

Das Gutachten des Direktors des Staatsarchivs wurde Andrássy zur Gegenäußerung mitgeteilt. Er fühlte sich veranlaßt, in einem eigenen Promemoria sehr eingehend seine Auffassung der Titelfrage zur Kenntnis der Krone zu bringen. Andrássy bestreitet nicht, daß das Wort „Apostolisch" nur für ungarische Staatsurkunden verwendet wird. [2]) Aber er kehrt sich dagegen, als würde der Bezeichnung „Apostolischer König" ebenso jede reelle Bedeutung fehlen wie den gleichfalls vom Papst an andere Souveräne verliehenen Prädikaten „Rex christianissimus" und „Rex catholicus". „Nicht nur ist," sagt Andrássy, „entgegen der Behauptung der Archivdirektion in allen Traktaten, wenn auch nicht im Eingangstitel, so doch im Kontext das Wort ‚Apostolisch' gebraucht worden, sondern es ist auch dieser Titel von den ähnlichen Titeln der Souveräne Spaniens, Portugals und der früheren Könige Frankreichs eben darin wesentlich verschieden, daß der Titel ‚Apostolischer König' mit ganz reellen und bestimmten Rechten verbunden ist und als formeller Ausdruck dieser Rechte erscheint, daher auch vom Souverän ohne die mindeste zeremonielle Inkonvenienz stets hätte gebraucht werden können, und daß es auch gegenwärtig lediglich nur von dem Allerhöchsten Ermessen Seiner Majestät abhängt, das Wort ‚Apostolisch' in den Allerhöchsten Titel aufzunehmen." Andrássy wollte es ferner nicht zugeben, daß der von ihm vorgeschlagene kleine Titel „Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn" nur deshalb als „völlig unannehmbar" bezeichnet wurde, weil dessen Annahme, nach Ansicht der Archivdirektion, ein mit Zustimmung der Reichsvertretung

---

[1]) Alfred von Arneth an Beust, Wien, 5. Juni 1868. K. u. k. Ministerium des Aeußern. Eigenhändig von Arneth geschrieben.

[2]) Obgleich das durch die internationalen Verträge des alten Oesterreich bestätigt wird, so findet sich doch merkwürdigerweise in dem Vertrage mit Würzburg vom 10. Mai 1808 die Bezeichnung: „Se. k. k. Apostolische Majestät". K. u. k. Staatsarchiv.

genehmigter staatsrechtlicher Akt vorhergehen müßte. „Ich vermag," entgegnet der ungarische Ministerpräsident, „diese Ansicht der Archivdirektion nicht als richtig anzuerkennen, denn daß die Worte ‚Kaiser von Oesterreich' und ‚König von Ungarn' zwar denselben Monarchen bezeichnen, aber verschiedene staatsrechtliche Begriffe bedeuten, dies beweist die seit Jahrhunderten gesetzlich festgesetzte Stellung Ungarns zu den Erbländern, dies beweist," wie Andrássy in seiner Darlegung fortfährt, „in neuester Zeit die Tatsache, daß Kaiser Ferdinand, als König von Ungarn, dieses Namens der Fünfte, als Kaiser, somit als der Souverän der zisleithanischen Länder, der Erste genannt wurde, dies beweist endlich die durch die Gesetze vom Jahre 1867 neu erfolgte Präzisierung des Verhältnisses Ungarns zu der anderen Reichshälfte, welchem Verhältnisse eben der besagte Titel, als der getreue Ausdruck des dualistischen Regierungsprinzips, vollständig entspricht und daher ohne einen neuen staatsrechtlichen Akt angenommen werden kann." Als ganz verfehlt und unrichtig dünkte Andrássy die Darlegung der Bedeutung des Wortes „und", das sich ja auch schon bisher im Titel vorfinde, wie in „Kaiser von Oesterreich, König von Ungarn und Böhmen". „Würde nun," heißt es im Promemoria, „nach Ansicht der Archivdirektion dies Wort eine Gleichstellung bezeichnen, so wäre hier Böhmen einerseits dem Königreich Ungarn und dem Kaisertum Oesterreich andererseits gleichgestellt, eine Annahme, welcher die Archivdirektion selbst kaum zustimmen dürfte." Arneth machte sich tatsächlich einer Inkonsequenz schuldig, als er, ungeachtet seiner Bemängelung des „und", folgende Formulierung vorschlug: „Kaiser von Oesterreich, Apostolischer König von Ungarn, König von Böhmen und von Galizien." In der Fassung erschien das so arg beanstandete „und" zwischen Böhmen und Galizien, wodurch dies letztere Land mit Oesterreich, Ungarn und Böhmen in eine Reihe gestellt wurde. Andrássy war daher berechtigt zu sagen, wenn dies geschehe, müßten folgerichtig alle Königreiche im kleinen Titel aufgezählt werden, der dann überhaupt aufhören würde, noch ein solcher zu sein. Ohne es eigentlich zu beabsichtigen, hatte der Zentralist Arneth eine mehr im föderalistischen Sinne gehaltene Umgestaltung des kleinen Titels empfohlen. Andrássy sprach sich aber nicht nur gegen die Anführung Galiziens, sondern auch Böhmens aus; er vermochte keinen Grund zu gewahren, warum sich dieses Königreich durch Nichtnennung im kleinen Titel hintangesetzt fühlen sollte. „Nachdem," äußert er, „in einer staatsrecht-

lichen Frage wohl nur von Verletzung wohlbegründeter Rechte die Rede sein kann, Böhmen aber ein von der zisleithanischen Reichshälfte gesondertes Recht zur Mitwirkung oder Einflußnahme beim Abschluß von Verträgen nicht besitzt, so ist weder die Aufnahme Böhmens in den kleinen Titel rechtlich begründet, noch wird durch die Hinweglassung ein Recht Böhmens verletzt; vielmehr würde mit dessen Aufnahme ein sehr gefährliches Präzedens dadurch geschaffen, daß man diesem Lande durch seine Stellung im Titel ein formelles Recht gewährt, ohne daß man demselben die entsprechenden materiell politischen Rechte zu verleihen in der Lage wäre.“ Seiner Ansicht nach komme Böhmen die gleiche Stellung wie Kroatien gegenüber Ungarn zu; es kann daher nur im mittleren, alle Königreiche anführenden Titel genannt werden, der in der Regel in der Ratifikationsklausel der Verträge Verwendung findet. „Ich glaube somit,“ beschließt Andrássy diesen Teil seiner Ausführungen, „dargelegt zu haben, daß als kleiner Titel die Bezeichnung ‚Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn‘ diejenige ist, die der gegenwärtigen staatsrechtlichen Stellung der beiden Reichshälften allein entspricht.“ [1])

Wie sich Andrássy in dem der Person des Herrschers zukommenden Titel der Auffassung Arneths nicht anschloß, so bekämpfte er auch jenen Abschnitt der Ausführungen, die den Gesamtnamen der Monarchie betrafen. Indem „Oesterreich“ und „Kaisertum Oesterreich“ der staatsrechtlichen Begründung entbehrten, [2]) suchte der ungarische Ministerpräsident nach einer

---

[1]) Andrássys Promemoria. Gräfl. Andrássysches Archiv. Damit fällt wohl die Behauptung Tezners, „Der Kaiser“, S. 82—83, wonach die Aenderung des kleinen Titels nicht mehr andeuten wolle, als daß innerhalb Oesterreichs oder der österreichischen Monarchie Ungarn nicht die staatsrechtliche Bedeutung Böhmens u. s. w. zukomme.

[2]) Andrássy sagt in seinem Promemoria: „Die Archivdirektion vermag für die Worte ‚Oesterreich‘ und ‚Kaisertum Oesterreich‘ eine staatsrechtliche Basis nicht anzugeben. In der Tat ist die Bedeutung des Wortes ‚Kaiser von Oesterreich‘ in dem Allerhöchsten Patente vom 11. August 1804 klar umschrieben, in welchem Patente aber ausdrücklich erklärt wird, daß jener Titel nur als eine Bezeichnung des Allerhöchsten Hauses gewählt werde, daß hierdurch die Titel, Verfassungen, Prärogative und Beziehungen aller einzelnen Länder völlig unberührt bleiben und daß insbesondere der vertragsmäßig selbständigen, staatsrechtlichen Stellung Ungarns und seiner Nebenländer hierdurch nicht im mindesten präjudiziert werden soll.“ Ueber den Kaisertitel von 1804 in Beziehung zu Ungarn bestehen in der Literatur Differenzen. Siehe die Streitschrift Tezners: „Der Kaisertitel“.

Kollektivbezeichnung, die einesteils der Repräsentation der Monarchie nach außen gerecht werden sollte, andererseits von allen Gliedern derselben, als den Staatsgrundgesetzen und der staatsrechtlichen Stellung entsprechend, anerkannt werden könnte. Einen solchen Gesamtnamen glaubte er in „Oesterreichich-ungarische Monarchie“ und „Oesterreichisch-ungarisches Reich“ zu finden — zwei Titulaturen, die abwechselnd zu gebrauchen wären. Andrássy bemerkt hierzu, daß man in Ungarn selbst „Oesterreich und Ungarn“ in staatsrechtlicher Beziehung für richtiger hält,[1]) und zwar deshalb, weil diese Benennung seit alter Zeit „sprachgebräuchlich“ ist. „Dennoch,“ meint er, „erscheint der Titel ‚Oesterreich und Ungarn‘ gefährlich, denn er würde in letzter Analyse zu dem Verhältnisse führen, in welchem Schweden und Norwegen zueinander stehen. Will man dies nun vermeiden, will man eine Bezeichnung wählen, welche den so wünschenswerten, ja notwendigen Ausdruck des Gesamtbegriffes der Monarchie in internationaler Beziehung enthält, so ist dies nur dadurch zu erreichen und durchzuführen, daß man in den die Idee des Gesamtreiches bezeichnenden Ausdruck ein Wort aufnimmt, welches eine Absorption der ungarischen Krone ausschließt. Dieser doppelte Zweck ist nun, wie ich glaube, in dem von mir beantragten Titel erfüllt, da dieser die Einheit des Gesamtreiches nach außen bezeichnet und zugleich der Selbständigkeit der beiden Staatsgebiete nach innen Rechnung trägt.“ Sowenig als Andrássy den von Arneth formulierten Gesamtnamen gelten ließ, ebenso entschieden lehnte er die von diesem vorgeschlagene Bezeichnung für jedes der beiden Staatsgebiete der Monarchie ab. Er meinte, daß „Deutsch-slawische Länder“ oder „die im Reichsrate vertretenen Länder“ und „Länder der ungarischen Krone“ sowohl dem Erfordernisse der Vollständigkeit des Begriffes wie den ethnographischen Verhältnissen der Monarchie als auch dem bisherigen Sprachgebrauche am besten Rechnung tragen. In dem Falle jedoch, wo von den beiden Staaten ohne deren spezielle Benennung die Rede ist, sollte es nach Andrássys Ansicht bloß heißen: „Beide Staatsgebiete der österreichisch-ungarischen Monarchie“ und „Beide Staatsgebiete Seiner Kaiserlich und Königlich Apostolischen Majestät“.

[1]) Gorove in seinem Memoire („Erinnerung an Stephan Gorove“, S. 301) schlug „Oesterreich und Ungarn“ vor. Ueber die Bezeichnung „Oesterreichisch-ungarische Monarchie“ siehe Graf Albert Apponyi in der Zeitschrift „Forum“, 15. April 1909.

Nachdem Andrássy seine Ansichten über den künftigen Gebrauch der Titulatur der Person des Herrschers, der Monarchie wie der diese bildenden zwei Staatsgebiete klargelegt hatte, hielt er es für geboten, im Promemoria noch die Frage zu erörtern, ob die neuen Benennungen dem Auslande offiziell im diplomatischen Wege mitzuteilen wären. Der ungarische Ministerpräsident trat für eine Notifikation ein. Um so mehr, da er es nicht zugeben wollte, daß durch dieselbe, wie manche meinten, im Auslande die Ansicht erweckt werden könnte, als sei mit der neuen Titulatur auch der staatsrechtliche Charakter der Monarchie und die verfassungsmäßige Stellung ihrer Teile eine andere geworden. Diese Auffassung, hob er hervor, hätte nur dann einen Sinn, wenn der Begriff der Gesamtmonarchie und der Gemeinsamkeit der Staatsgebiete nach außen hin nicht erhalten geblieben wäre, was aber nicht der Fall sei. Im Gegenteil. Die von ihm gewählten Benennungen, sagte er, sind vielmehr der erschöpfende Ausdruck des Bestehenden und längst Bestandenen. Er war überzeugt davon, daß deren Annahme nicht nur einen Gewinst für die beiden Staatsgebiete, sondern vorzüglich auch für den Thron selbst bedeute. Würde doch dann die so wichtige Idee der Gemeinsamkeit nicht mehr nach außen hin durch einen Namen veranschaulicht werden, den man, wie bisher, bloß dem stets wechselnden Sprachgebrauch entlehnte und den man vom Standpunkte des ungarischen Staatsrechtes immer bekämpfte. Vielmehr trüge von jetzt ab die Monarchie eine in den Staatsgrundgesetzen wurzelnde Titulatur, durch welche die Idee der Gemeinsamkeit nicht in bestreitbarer, sondern in verfassungsmäßig anerkannter, für alle Zeiten gültiger Weise ausgesprochen und aufrechterhalten wird. Aus diesem Grunde war er durchdrungen davon, daß die Notifikation des neuen Titels im Auslande nur den günstigsten Eindruck hervorrufen könnte, indem man hierin nicht eine „neuerliche Zerklüftung der Monarchie, im Gegenteil, eher nur eine innigere Annäherung und Verbindung der Reichshälften miteinander erblicken würde“. Erfüllt von dem Gedanken an die Großmachtstellung der Monarchie, dem er schon bei anderer Gelegenheit beredten Ausdruck verliehen, legte Andrássy mehr als irgendeiner seiner ungarischen Zeitgenossen großes Gewicht darauf, daß Oesterreich und Ungarn nach außen hin als ein gemeinsames Ganzes erscheinen. Es ist nicht unwahrscheinlich, daß er vielleicht schon in diesem Moment sich im Geiste als zukünftigen Leiter der äußeren Politik der Monarchie sah, dem es wünschenswert erschien, immer jedoch unter An-

erkennung der Rechte Ungarns, „eine innere Annäherung und Verbindung der beiden Reichshälften" zu bewirken. Nur diese Erwägung macht es begreiflich, daß er den Standpunkt, auf den er sich gestellt, so nachdrücklichst betonte. Ausschließlich diese Richtung seiner Denkungsart erklärt es, warum er mit solcher Wärme, wie es in dem Memorandum geschieht, für die Annahme der von ihm vorgeschlagenen Bezeichnungen eintrat. Sie sollten, wie er selbst sagt, dem Auslande die Ueberzeugung beibringen, „daß jene vieljährigen Differenzen zwischen den beiden Reichsgebieten beigelegt und die Beziehungen derselben zueinander endlich in dauernder, verfassungsmäßiger Weise geregelt sind und dadurch die Monarchie nur an Kraft gewonnen habe". Eben deshalb maß er der Notifikation so große Bedeutung bei, denn sie würde, wie sich Andrássy ausdrückt, „dem Auslande nur das offiziell proklamieren, was im Innern bereits vollendet ist: den Abschluß des Ausgleichs, die staatsrechtliche Neukonsolidierung der Monarchie".[1])

* *
*

In größter Stille, unter dem Siegel strengster Geheimhaltung, flossen diese Auseinandersetzungen zwischen Andrássy und Beust. Niemand hatte eine Ahnung davon. Die Opposition war der Meinung, die von Andrássy im Mai in Aussicht gestellte Lösung der Titelfrage sei wieder verschoben und vielleicht gar nie zu erwarten. Als nun am 5. November der Präsident des ungarischen Unterhauses den Abgeordneten die Mitteilung machte, die Delegationen seien zur Wiederaufnahme ihrer im Sommer unterbrochenen Beratungen für den 12. November nach Pest einberufen worden, faßte die Linke einen entscheidenden Entschluß. Hatte sie schon im Januar wegen der angeblich gesetzwidrigen Benutzung des Wortes „Reichsministerium" und „Reichsminister" die Delegation nicht beschicken wollen, so sollte jetzt bis zur definitiven Erledigung der ganzen Titelfrage die Tagung der Delegation überhaupt unmöglich gemacht werden. Am 6. November stellte Ghyczy im Namen seiner Gesinnungsgenossen den Antrag: das Unterhaus solle allen durch den Reichstag gewählten Delegierten für so lange die Fortsetzung ihrer Arbeiten verbieten, bis nicht den Anforderungen des Gesetzartikels XII : 1867 in ihrer Gänze entsprochen worden.[2]) Als Beust von diesem Vorschlage Kenntnis

---

[1]) Memorandum Andrássys über die Titelfrage. Gräfl. Andrássysches Archiv.
[2]) Kónyi, Bd. VI, S. 62.

erhielt, wandte er sich auf telegraphischem Wege an den Kaiser mit der Bitte, Andrássy zu veranlassen, alles aufzubieten, damit der Ghyczysche Antrag zu Fall gebracht werde. Der Reichskanzler begründete sein Verlangen damit, daß in diesem Augenblicke zwischen ihm und dem Ministerium (welchem?) Verhandlungen über den Titel gepflogen werden, und er hoffe, bereits am 9. November einen befriedigenden Vortrag über diesen Gegenstand erstatten zu können. „Tritt aber," hieß es weiter in der Depesche, „eine Verhandlung oder ein Beschluß des ungarischen Landtages dazwischen, so habe ich die größten Schwierigkeiten." [1])

Von Gödöllö aus, wo der Monarch weilte, telegraphierte dieser am selben Tage an Beust zurück: „Ich habe heute Graf Andrássy in Ofen gesprochen und fand ihn entschlossen, den Ghyczyschen Antrag auf das entschiedenste zu bekämpfen. Es ist dies nur ein Schachzug der Linken, um Zeit verlieren zu machen und die Votierung des Budgets zu hindern." [2]) Man hat damals angenommen, es sei der Opposition gar nicht so sehr um die Erledigung der Titelfrage zu tun; daß sie vielmehr sich dieser heikeln Sache als eines untrüglichen Mittels zur Lahmlegung aller verfassungsmäßigen Kräfte bedienen wolle. Konnte innerhalb der paar Wochen, bis Ende des Jahres 1868, im Sinne des Gesetzartikels XII : 1867 das Budget für 1869 nicht erledigt werden, mußte die ganze Staatsmaschine in Stockung geraten. Der regelrechte Staatshaushalt vermochte aber nicht vor Beratung des gemeinsamen Budgets durch die Delegation fertiggestellt werden. Sowohl Andrássy als auch Deák, den der ungarische Ministerpräsident unbedingt von der demnächst bevorstehenden Regelung der Titelfrage unterrichtet haben muß, waren entschlossen, der Linken bei derartigen Absichten nicht zu Gefallen zu sein. Am 9. November entspann sich eine große Debatte im Unterhause, während deren Verlauf sehr bedeutende Aeußerungen von seiten Deáks und Andrássys fielen. Da Ghyczy wieder auf die Bezeichnung „Reichsministerium" und „Reichsminister", als eines gegen die Würde und das Ansehen der ungarischen Nation gerichteten Attentates, zurückgekommen war, entgegnete Deák: davon könnte nur dann die Rede sein, wenn sich die gemeinsamen Minister

---

[1]) Telegramm Beusts an den Kaiser, Wien, 7. November 1868. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Der Kaiser teilte Andrássy in einem eigenhändigen Schreiben vom 7. November den Inhalt seines Antworttelegrammes an Beust mit. Gräfl. Andrássysches Archiv.

„österreichische Reichsminister" nennen würden;[1]) auch bestritt er, der Ausdruck „Reich", „Monarchie" (birodalom) sei gleichbedeutend mit „österreichischem Reiche" oder „österreichischer Monarchie".[2]) Andrássy hingegen sagte: wenn man schon eine Gefahr für Ungarn in der Existenz von „Reichsministern" wittere, müsse folgerichtig eine solche auch darin erblickt werden, daß sich der gesetzgebende Körper Zisleithaniens „Reichsrat" nenne. Und doch nehme hieran niemand Anstoß.[3]) Der ungarische Ministerpräsident und der Führer der Majorität sträubten sich aufs entschiedenste gegen eine Politik des „Uebers-Knie-Brechen".[4]) Sie ließen sich darin auch nicht erschüttern durch Aeußerungen wie die Iványkas, daß hier nicht die Rede von einem Parteikampf, sondern von einem Kampf ganz Ungarns gegen Oesterreich sei, das mit vollen Segeln der Reichseinheit zustrebe. Um einer katastrophalen Politik, wie eine solche das Vorgehen der Linken in sich barg, in weitem Bogen auszuweichen, stellte Deák gegenüber Ghyczy den Gegenantrag, das Haus solle zur Tagesordnung übergehen und die Delegation ihre Arbeit nicht unterbrechen.[5]) Die Zustimmung des Reichstages zu diesem Vorschlage veranlaßte die Opposition am 10. November zur Abgabe der Erklärung, daß ihre sämtlichen Mitglieder wegen Verletzung des Gesetzes den Delegiertenmandaten entsagen. Mit Billigung der Majorität nahm dann infolge Anregung Deáks das Unterhaus an Stelle der auf ihre Mandate verzichtenden oppositionellen Abgeordneten neue Wahlen in die mittlerweile anstatt für den 12., für den 16. November einberufene Delegation vor.[6])

Kaum hatte die Linke ihren Entschluß vollzogen, als das vom 14. November 1868 datierte Handbillett erschien, mittels dessen die lange Zeit hindurch so viel Staub aufwirbelnde Titelfrage endgültig gelöst wurde. Der Monarch stellte sich in diesem Handschreiben an Beust auf den Standpunkt, wie ihn Andrássy in seinem Promemoria gegenüber Arneth eingenommen. Auf der ganzen Linie hatte der ungarische Ministerpräsident den Sieg davongetragen. Mit einer einzigen Ausnahme waren alle seine Vorschläge gebilligt worden. Diese Ausnahme betraf Böhmen,

---

[1]) Kónyi, Bd. VI, S. 64.
[2]) Ibidem, S. 74.
[3]) Lederer, Bd. I, S. 390.
[4]) Kónyi, Bd. VI, S. 64.
[5]) Ibidem, S. 68.
[6]) Ibidem, S. 79.

das gegen den Antrag Andrássys auch ferner seinen Platz im kleinen Titel behielt. Er lautete in der neuen Fassung: „Kaiser von Oesterreich, König von Böhmen u. s. w. und Apostolischer König von Ungarn“ — eine Titulatur, für die, der diplomatischen Uebung entsprechend, im Kontexte der Verträge die abgekürzte Form: „Kaiser von Oesterreich und Apostolischer König von Ungarn“ und „Seine Majestät der Kaiser und König“ oder „Seine Kaiserlich und Königlich Apostolische Majestät“ gebraucht werden sollte. Zur Bezeichnung der ganzen Monarchie dienten die Ausdrücke: „Oesterreichisch-ungarische Monarchie“ und „Oesterreichisch-ungarisches Reich“. „Sie haben,“ lautete der Schluß des Handschreibens an Beust, „diese Meine Entschließung sowohl dem Ministerrat Meiner im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder als Meinem ungarischen Ministerium zu eröffnen und das Weitere zu veranlassen, damit die dem abgeänderten Titel entsprechenden Ausdrücke und Bezeichnungen durch Meine Missionen in den auswärtigen Staaten notifiziert und gleichförmig in den staatsrechtlichen und diplomatischen Aktenstücken eingeführt werden.“ [1]) Nur darüber fehlt im Handschreiben eine Bestimmung, welche Benennung einem jeden einzelnen der beiden Teile zukomme, die zusammen die Monarchie bilden. Doch enthält es im Auftrage zur Verlautbarung an Beust den Passus: „Meiner im Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder“, als Spezialbezeichnung für die ehemaligen Erbländer, wie sie Andrássy in seinem Promemoria vorgeschlagen hatte.

Als die Willensentschließung des Monarchen einige Tage nach dem Mandatsverzicht der der Linken angehörigen Abgeordneten erschien, machte sie auf diese den Eindruck, als seien sie mit Vorbedacht düpiert worden. Sie waren überzeugt, Andrássy habe die Publikation des Handbilletts aus Berechnung verzögert. Die Linke mutete ihm die Absicht zu, er habe sie in ihrem Vorsatze, aus der Delegation auszutreten, nicht gehindert, um dann ohne jeden Widerspruch ihrerseits das gemeinsame Budget von den Delegierten der Deákpartei anstandslos bewilligen zu lassen.[2]) Es mag ja sein, und wir möchten fast daran glauben, daß sich der Ministerpräsident im geheimen des übereilten Entschlusses der Linken freute, der ihn ihrer Opposition entledigte und er daher gerne nichts tat, um sie in ihrem Vorgehen schwankend zu machen.

---

[1]) In deutscher Sprache mitgeteilt von Bernatzik in: „Die österreichischen Verfassungsgesetze“, S. 33; in ungarischer von Kónyi, Bd. VI, S. 82.

[2]) Kónyi, Bd. VI, S. 83, Anmerkung.

Wie jedoch aus dem Telegramm Beusts an den Kaiser vom 7. November zu ersehen, war der Vortrag des Reichskanzlers erst in Vorbereitung. Andrássy vermochte demnach um die Zeit noch gar nicht mit Bestimmtheit vorauszusagen, ob die Allerhöchste Resolution schon für die nächsten Tage bevorstehe. Fraglich ist es auch, ob er mit einer derartigen Ankündigung Ghyczy und Tisza, die zur Hebung ihres Ansehens bei den demnächst bevorstehenden Wahlen einer gewaltigen, ganz Ungarn verblüffenden Sensation bedurften, zum Zurückweichen hätte bewegen können. Gewiß ist es aber, daß die Opposition sehr rasch ihre Uebereilung, wie Orczy berichtet, „in camera caritatis bedauerte".[1]) Der vermeintlich große Erfolg, den sie mit ihrem Austritt aus der Delegation im Lande zu erzielen gehofft, ward ihr durch die Veröffentlichung des Handbilletts vom 14. November 1868 entrissen.

Der geschickte Schachzug Andrássys hatte die oppositionellen Abgeordneten um den Triumph gebracht, allein im Glorienschein der wahrhaften Verteidiger der Rechte des Vaterlandes erscheinen zu können. Mehr als die heftigste Opposition auf diesem Gebiete je zu erwarten gewagt, war durch die Majorität des Reichstages und des auf ihr ruhenden Ministeriums Andrássy erreicht worden. Die ungarische Nation durfte mit dieser Tat zufrieden sein, die in unbestreitbarer, weithin sichtbarer Form vor dem ganzen Ausland die staatliche Selbständigkeit Ungarns zum Ausdruck gebracht und an Stelle des „Kaisertum Oesterreich" eine „österreichisch-ungarische Monarchie" gesetzt hatte. Von nun an war der König von Ungarn nicht mehr ein bloßes Attribut des Kaisers von Oesterreich, sondern stand gleichberechtigt *neben* diesem. Seit dem 14. November 1868 ward die heilige Stephanskrone nicht mehr von der österreichischen Kaiserkrone verdunkelt. Der Abgeordnete Berzenczey hatte weiterhin kein Recht zu sagen: „Der zweiköpfige Adler habe Ungarn bereits im Magen." Jetzt bestand kein Zweifel darüber, daß die Zweiteilung der habsburgischen Monarchie ihren Platz im öffentlichen Rechte Europas erhalten habe. Hatte Ungarns Stimme bisher auch schon *faktisch* in der Wagschale der Entscheidungen über das Schicksal der Monarchie ihr Gewicht bekundet, so war die Befugnis hierzu nun auch *rechtlich* anerkannt. In den Augen Europas galt von nun an der Erzherzog, der den Thron der Habsburger bestieg, bloß als der legitime Herrscher der *einen* Hälfte der Monarchie, so lange er nicht durch

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, November 1868 (ung.).

die Krönung auch zum Träger der Krone des heiligen Stephan berechtigt war. Von größter Wichtigkeit mußte es erscheinen, daß das Recht auf die ungarische Krone an den Krönungseid auf die ungarische Verfassung geknüpft war. Die Erfüllung dieser Bedingung war eine unerläßliche Notwendigkeit für denjenigen, der vor dem Forum Europas als verfassungsmäßiger Beherrscher nicht nur Oesterreichs, sondern auch Ungarns erscheinen wollte. Dies hatte zur Folge, daß die ungarische Verfassung förmlich unter europäische Kontrolle gestellt war.

Auffallen könnte es, daß die für das konstitutionelle Leben beider Staaten der Monarchie so wichtige und in alle Verhältnisse so tief eingreifende Titelfrage nicht eigentlich auf streng verfassungsmäßigem Wege, durch das Votum beider Gesetzgebungen ihre Lösung gefunden. Schon als man sich im Mai 1868 auf der Suche nach einer passenden Bezeichnung für die Monarchie befand und diese noch namenlos „auf den Wogen der Zeitereignisse" dahinglitt, hatte das vornehmste Organ der Deutsch-Oesterreicher eine verfassungsmäßige Erledigung der Titelfrage gefordert.[1]) Während sich jedoch der ungarische Reichstag lebhaft dafür interessierte und auch Andrássy eine Gesetzesvorlage über die Titulatur der Monarchie in Aussicht stellte, schwebte, wie wieder das Organ der österreichischen Liberalen bemerkt, der Wiener Reichsrat in „glücklichster Unwissenheit" über diese Angelegenheit.[2]) Man kennt keine Gesamtäußerung des österreichischen Abgeordnetenhauses, durch welche es, gleich dem ungarischen Reichstage, sein Recht der Anteilnahme an der Regelung des Titels in Anspruch genommen hätte. Erst in der Delegationssitzung vom 9. August 1869, also fast ein Jahr nach Veröffentlichung des Handschreibens vom 14. November 1868, beschwerte sich der der Linken angehörige österreichische Abgeordnete Sturm darüber, daß die Bewohner Oesterreichs ohne Namen geblieben seien und man ihnen den Namen, den sie eigentlich führen sollten, den Oesterreichs, verweigert habe. „Wenn wir uns," so sagte er, „auf das Gebiet der äußeren Politik begeben, so dürfen wir es nicht einmal als Oesterreicher, geschweige denn als Deutsche, sondern nur als Oesterreicher-Ungarn."[3]) In der hierauf folgenden Sitzung vom 19. August erhob dann dieser Delegierte Klage

---

[1]) Morgenblatt der „Neuen Freien Presse", 24. Mai 1868.

[2]) „Neue Freie Presse", 12. November 1868.

[3]) Stenographische Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, II. Session 1869. Sitzung vom 9. August.

darüber, daß die Titelfrage bloß einseitig gelöst wurde durch Verfügung des gemeinsamen Ministeriums, dem es, wie er bemerkte, durch die Ausgleichsgesetze ausdrücklich verwehrt ist, in die Geschäftsführung der „beiden Reichshälften“ irgendwie einzugreifen.[1]) Beust antwortete auf diese Beschuldigung noch in derselben Sitzung. Er protestierte dagegen, als hätte das gemeinsame Ministerium den ihm gesetzlich verbürgten Wirkungskreis überschritten. Vielmehr war es dessen Pflicht und Aufgabe, die richtige Bezeichnung für die „Gesamtmonarchie“ und nicht für den einen oder anderen Teil zu finden. „Ich will aber,“ fügte er noch wörtlich hinzu, „nicht unbemerkt lassen, daß das Vorgehen des gemeinsamen Ministeriums in dieser Frage stattgefunden hat im vollkommenen und steten Einvernehmen mit den Ministerien der beiden Reichshälften.“ [2]) Die Aeußerung des Reichskanzlers beweist es klar, daß sowohl das ungarische als auch das österreichische Ministerium an der Textierung des Handbilletts vom 14. November 1868 beteiligt sind. Außer der Erklärung Beusts erhält diese wichtige Tatsache noch eine weitere Bestätigung durch folgenden Umstand. Das österreichische Ministerium verlangte ausdrücklich, daß in dem durch das Handbillett vom 14. November festzusetzenden kleinen Titel nebst Böhmen auch Galizien erwähnt werde.[3]) Unmöglich aber hätte die österreichische Regierung ein solches Ansinnen stellen können, wenn es nicht in voller Kenntnis der Verhandlungen gewesen wäre, die damals über die neue Titulatur gepflogen wurden. Andrássy erhob sofort Einspruch gegen ein derartiges Verlangen,[4]) was um so begreiflicher ist, als er ja vorher dagegen protestiert hatte, daß Böhmen in einer Reihe mit dem Kaiser von Oesterreich und dem Könige von Ungarn genannt werde. Infolge der ablehnenden Haltung des ungarischen Ministerpräsidenten erschien das Handbillett vom 14. November in der vorliegenden Fassung, ohne Erwähnung Galiziens im kleinen Titel. Unaufgeklärt bleibt es, warum der den neuen Titel der Monarchie regelnde Befehl in Oesterreich nicht im „Reichsgesetz-

---

[1]) Stenographische Sitzungsprotokolle der Delegation des Reichsrates, II. Session 1869. Sitzung vom 19. August.

[2]) Am 16. November 1868 brachte die offiziöse „Wiener Abendpost“ die Erklärung, daß die Regelung der Titelfrage einen souveränen Akt des Monarchen bilde, und daß das „positive Staatsrecht der österreichisch-ungarischen Monarchie“ keine Basis zur konstitutionellen Erledigung dieser Frage biete.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. November 1868 (ung.).

[4]) Ibidem, 13. November 1868 (ung.).

blatt" veröffentlicht wurde,[1]) wie es doch der Fall hätte sein müssen. Sollte einem solchen Vorgehen Absichtlichkeit zugrunde gelegen haben? Das vermögen wir allerdings nicht zu entscheiden.[2])

Nach allem gewinnt man den Eindruck, als hätten es die beteiligten Faktoren absichtlich vermieden, die stachlige Angelegenheit vor die beiden Parlamente zu bringen.[3]) Dürfte man doch von Debatten über die Titelfrage in den gesetzgebenden Körpern Oesterreichs und Ungarns allzu große Weiterungen und nicht vorherzusehende Zwischenfälle befürchtet haben, die die ganze Sache leicht unheilbar vergiften konnten. Bestand vielleicht trotzdem der Vorsatz parlamentarischer Behandlung, so scheint man ihn infolge der Haltung der ungarischen Opposition aufgegeben zu haben. Gegenüber den volltönenden Worten der Linken, die sich als einzige Beschützer der bedrohten Verfassung gerierten, benötigte es einer raschen Tat, deren sich die Majorität mit vollem Rechte als eines großen Triumphes rühmen könnte. Diese Tat durfte nicht durch Verweisung einer alle Gemüter erregenden Frage vor die beiden Parlamente Oesterreichs und Ungarns für ungewisse Zeit verzögert werden. Derartige Erwägungen mögen Andrássy bestimmt haben, den Monarchen zu veranlassen, daß unmittelbar nach der Mandatsniederlegung der Linken am 10. November, und gleichfalls unmittelbar vor der neuerlichen Eröffnung der Delegation am 16. November, das Handbillett vom 14. November 1868 veröffentlicht werde. Andrássys Berechnung war keine irrige. Die Enunziation des Kaisers und Königs übte überall den tiefsten Eindruck, sie zeigte die Deákpartei als den Hort der Verfassung, als jene Partei, zu der Ungarn mit Vertrauen aufblicken und der

---

[1]) Das Handbillett wurde im „Reichsgesetzblatt" von 1868 nicht publiziert.

[2]) Wie nötig jedoch eine allgemein gültige Regelung der Titelfrage war, geht am schlagendsten daraus hervor, daß selbst Beust in seiner berühmt gewordenen Schützenfestrede, August 1868, von der „österreichischen Gesamtmonarchie" sprach — eine Ausdrucksweise, die nach dem Ausgleiche von 1867 staatsrechtlich gewiß unstatthaft war. Trotzdem heißt es noch im Gesetz vom 21. Dezember 1867, mittels dessen für Oesterreich der Ausgleich perfekt wurde: „Gesetz ... betreffend die allen Ländern der österreichischen Monarchie gemeinsamen Angelegenheiten und die Art ihrer Behandlung." Es sei hier noch erwähnt, daß die Brüsseler Zuckerkonvention vom 5. März 1902, R.G.Bl. u. 25 ex 1903, gesondert für Oesterreich, für Ungarn und für Oesterreich-Ungarn unterfertigt wurde.

[3]) Bernatzik, „Die österreichischen Verfassungsgesetze", S. 30, Anmerkung, sagt, daß eine verfassungsrechtliche Norm darüber, wer zur Feststellung oder Aenderung der Titel kompetent sei, ob Gesetz oder Verordnung, fehle.

es getrost sein Schicksal überlassen dürfe. Das Handbillett vom 14. November 1868 kündete erst, wie Andrássy sehr richtig sagte, aller Welt den Abschluß des Ausgleichs und die staatsrechtliche Neukonsolidierung der Monarchie an. Wie die „grimmigsten Nimrode zentralistischer Spuren“ befriedigt sein konnten, so waren jetzt auch die Zweifler zum Schweigen verurteilt, die noch immer nicht an den Ernst der neuen Gestaltung hatten glauben wollen. Im Anblick des Befehles des Herrschers vom 14. November ward es selbst der Opposition klar, daß das alte Oesterreich, das „Kaisertum Oesterreich“ aufgehört habe zu existieren und an dessen Stelle ein Neubau, die „Oesterreichisch-ungarische Monarchie“ aufgeführt worden.

Dreizehntes Kapitel

Andrássy und die Kriegsgefahr von 1870

Beust schien durch den Ausgleich von 1867, den sicher ein Minister Altösterreichs nie zustande gebracht hätte, der Monarchie den inneren Frieden wiedergegeben zu haben. Doch darf man mit einiger Bestimmtheit behaupten, daß der Reichskanzler gleichwohl hierin nicht das letzte Ziel seines staatsmännischen Ehrgeizes erblickte. Ihm diente vielmehr die Versöhnung Ungarns mit der Krone nur als Durchgangsetappe zur Befriedigung eines noch ganz andersgearteten Strebens. Soll er doch bald nach der ungarischen Krönung geäußert haben, daß ihm der Dualismus keineswegs erwünscht, aber als Notbehelf unvermeidlich gewesen sei.[1]) Von diesem Gesichtspunkt aus beurteilte später auch Bismarck die Politik des ehemaligen sächsischen Staatsmannes. Beust gedachte alle Kräfte der durch ein verfassungsmäßiges Leben wiedererstarkten Monarchie zur Erniedrigung oder wenigstens zur Eindämmung der Macht Preußens zu verwerten. Als Gegengewicht gegen den Norddeutschen Bund wollte er den Süddeutschen Bund mit Oesterreich an der Spitze gründen. War Bismarck norddeutscher Bundeskanzler, so sollte für ihn die Stellung eines süddeutschen Bundeskanzlers geschaffen werden. Beust war viel zu vorsichtig, um mit dreister Unverhülltheit an die Verwirklichung seiner Pläne zu schreiten. Behutsam tastend, vorsichtig nach allen Seiten auslugend, suchte er die Bahn zu ebnen, auf der dann zum letzten, entscheidenden Streich ausgeholt werden sollte. Zu gut kannte er die Schwäche der Monarchie, um eine kühnere Sprache zu wagen. Eben deswegen nahm er, nur schwach protestierend, aber im stillen die Zähne knirschend,[2]) die Verlautbarung der geheimen Verträge Preußens mit den süddeutschen Staaten aus dem Jahre 1866 hin. Wie sehr er auch im Innersten seines Wesens über dies „Meisterstück deloyaler Handlungsweise“ empört war,[3]) das

---

[1]) Siehe elftes Kapitel: „Abschluß des Ausgleiches.“
[2]) Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten“, Bd. II, S. 117.
[3]) Ibidem.

die militärischen Kräfte Süddeutschlands zur Verfügung des preußischen Königs stellte, vermied er es dennoch, offen Preußen entgegenzutreten. Als es infolge der von Napoleon III. auf Luxemburg erhobenen Ansprüche fast zum Kampfe zwischen Frankreich und Preußen kam, bot er sogar seine Vermittlung zur Ausgleichung der obwaltenden Gegensätze an. Dies Entgegenkommen trug ihm die Anerkennung des ihn stets mit mißtrauischen Blicken verfolgenden Bismarck ein.[1]) Trotzdem hütete sich Beust, ein engeres Verhältnis zu dem norddeutschen Kanzler entstehen zu lassen, der schon seit der Schlacht von Königgrätz die Annäherung an Oesterreich ins Auge gefaßt[2]) und im Anblick der von Frankreich drohenden Kriegsgefahr ein Bündnis mit der österreichisch-ungarischen Monarchie anstrebte. Daher wurde — April 1867 — im Einverständnis mit dem in die Allianz einzubeziehenden Bayern der Ministerialrat Graf Tauffkirchen nach Wien gesandt.[3]) Der bayrische Vertrauensmann war von Berlin, wo er eingehende Informationen eingeholt hatte, nach der Kaiserstadt mit der Ueberzeugung gekommen, daß Bismarck Oesterreich-Ungarns dringend bedürfe,[4]) es daher ein leichtes sein werde, die Allianz zum definitiven Abschluß zu bringen. So sehr war Graf Tauffkirchen von der Möglichkeit des Gelingens seiner Mission durchdrungen, daß er sich bereits aus München die nötigen Vollmachten und ein hierauf bezügliches Schreiben des Königs von Bayern an Franz Josef I. nach Wien hatte senden lassen.[5]) Um so größer war seine Enttäuschung, als er bei Beust absolut auf keine Geneigtheit zum sofortigen Abschlusse einer Allianz traf. Der Reichskanzler vermied es sorgfältig, das Wort „Ablehnung" auszusprechen, ja er warnte sogar davor, seinem Verhalten einen derartigen Sinn unterzulegen.[6]) Beust befleißigte sich einer vorsichtigen Sprache und wies auf den Wunsch Oesterreichs hin, vielleicht später einmal

---

[1]) Thile an Werther in Wien, 11. Mai 1867. Im Namen Bismarcks hatte der Staatssekretär Thile an Werther zu telegraphieren, daß der Ministerpräsident (Bismarck) der Tätigkeit des Baron Beust bei der Friedensvermittlung die größte Anerkennung zolle.

[2]) Noch auf dem Schlachtfeld von Königgrätz soll Bismarck gesagt haben: „Die Streitfrage ist jetzt entschieden, nun gilt es, die alte Freundschaft mit Oesterreich wieder zu gewinnen."

[3]) „Denkwürdigkeiten des Fürsten Chlodwig Hohenlohe", Bd. I, S. 228.

[4]) Ibidem, S. 230.

[5]) Werther, Wien, 23. April 1867.

[6]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 119, dessen Depesche an den österreichisch-ungarischen Gesandten Graf Wimpffen in Berlin, 19. April 1867.

zu einer Wiederannäherung an Preußen und Deutschland die Hand bieten zu können.[1]) Aus allem, was er sagte, hörte man doch nur die Abneigung heraus, sich irgendwie an Preußen zu binden. Dies bestätigte auch die kurze Audienz, die Graf Tauffkirchen vor seiner Abreise aus Wien vom Kaiser und König Franz Josef I. gewährt wurde. Oesterreich, meinte der Monarch, das von den deutschen Regierungen im Stiche gelassen worden, könne für den Moment bloß Interessenpolitik betreiben. Auch in der Zukunft sei eine Annäherung an Deutschland nur möglich, wenn es sich zu bedeutenden Gegenleistungen verstände.[2]) Indem Beust das preußische Entgegenkommen höflich, aber kühl ablehnte,[3]) befand er sich im Einvernehmen mit einer bis in die höchsten Wiener Regionen hinaufreichenden Richtung, die absolut nichts vom Zusammengehen mit Preußen wissen wollte. An der Spitze der preußenfeindlichen Hofkreise stand Erzherzog Albrecht, der, gleich Beust, auf Vergeltung für Sadowa sann. Beide Männer blickten unverwandt auf Frankreich, mit dem im Bunde sie den Tag der Rache an Preußen zu erleben hofften. Bei solchen Gesinnungen war es begreiflich, daß die von Bismarck angebotene Annäherung zurückgewiesen wurde. Alle von Beust vorgebrachten Gründe, die ihn, seiner Ansicht nach, zur Vereitlung der Tauffkirchenschen Mission bewogen, entbehren der Stichhaltigkeit.[4]) Wie konnte er auf das Angebot des Bayern eingehen, da er doch im geheimen den Anschluß an Napoleon III. suchte! Hatte Beust doch jetzt nichts Eiligeres zu tun, als den französischen Hof von seiner Zurückweisung des preußischen Allianzantrages zu unterrichten. Viel wichtiger als ein solcher erschien ihm eine Begegnung des französischen Kaiserpaares mit Franz Josef und dessen Gemahlin. Unter dem sich bietenden Vorwande, daß Napoleon III. dem Herrscher Oesterreich-Ungarns, als dem Bruder des eben in Mexiko erschossenen Kaisers Maximilian einen Kondolenzbesuch abstatten

---

[1]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 123.

[2]) Werther, Wien, 23. April 1867.

[3]) Als später der „Pesti Napló" behauptete, die preußische Regierung habe nie an einen Versuch der Annäherung an Oesterreich-Ungarn gedacht, bestritt dies Bismarck; seiner Ansicht nach habe eben der Annäherungsversuch einen Bestandteil der Mission des Grafen Tauffkirchen in Wien gebildet, wo dieser Versuch aber zurückgewiesen worden. Er berief sich dabei auf Hohenlohe als vollwichtigen Zeugen, dem er es auch überließ, den aktenmäßigen Beweis hierfür zu erbringen. Bismarck an von Werthern, den preußischen Gesandten in München, 20. Januar 1868.

[4]) Beust an Graf Wimpffen, „Beust", Bd. II, S. 119.

solle, wurde die berühmte Kaiserentrevue vom August 1867 in Salzburg veranstaltet. Mit Rücksicht auf die Folgen, die der Zusammenkunft der beiden Monarchen in Salzburg von der öffentlichen Meinung zugeschrieben wurden, hielt es Beust für angemessen, beruhigende Mitteilungen nach Berlin gelangen zu lassen, die Bismarck mit folgendem Auftrag an den preußischen Geschäftsträger in Wien beantwortete: er solle den Reichskanzler erkennen lassen, daß Preußen durch seine positiven Erklärungen befriedigt sei und es diese Versicherungen in der Tat für aufrichtig halte, überzeugt davon, daß der leitende österreichische Minister nicht geneigt sei, die für Oesterreich möglichen Beziehungen zu Preußen und zu Deutschland um der Vorteile willen aufzuopfern, die eine Allianz mit Frankreich in einem gegen Deutschland feindlichen Sinne darbieten könnte.[1]) In Salzburg war es wirklich zu keinen Abmachungen gekommen. Weder hat Napoleon da seinen Wunsch erreicht, Oesterreich-Ungarn zu festen Engagements in der deutschen Frage zu bewegen, noch auch gelang es Beust, den Kaiser der Franzosen zu bindenden Zusagen für den Fall orientalischer Wirren zu veranlassen. Beide Monarchen hatten sich freie Hand bewahrt unter der vieldeutigen Voraussetzung, die Erhaltung des Friedens auf der Basis der bestehenden Verträge fördern zu wollen.[2]) Das wichtigste Ergebnis der Salzburger Entrevue lag wohl darin, daß sie die zwischen dem Wiener und Pariser Hofe seit dem Tode Kaiser Max' von Mexiko entstandenen Schatten der Entfremdung verscheuchte, an dessen Untergang Napoleon III. in hohem Grade beteiligt war. Die Bahn für ein späteres innigeres Anschließen aneinander war frei. Nun, nachdem Napoleon persönlich sein Beileid in Salzburg ausgedrückt, lag für Franz Josef kein Grund mehr vor, die damalige Pariser Ausstellung zu meiden, wohin er sich Ende Oktober 1867 begeben wollte. Mit aller Bestimmtheit war vorauszusehen, daß der rasch nacheinander folgende Austausch von Besuchen zwischen den Herrschern von Oesterreich-Ungarn und Frankreich zum mindesten Verstimmung in Berlin erzeugen werde. Trotzdem unterließ es Beust, sie zu mildern, als sich ihm ganz unerwartet hierzu eine günstige Gelegenheit bot. Kaum hatte der in Baden-Baden weilende König Wilhelm von Preußen erfahren, Franz Josef werde auf der Fahrt nach Paris am 21. Oktober Oos berühren, als er sich sofort an Bismarck mit der Anfrage wandte, ob es nicht

---

[1]) Bismarck an von Ladenberg in Wien, 15. September 1867.

[2]) Ladenberg, Wien, 5. September 1867.

angemessen wäre, die Durchreise zu einer Begegnung mit dem Kaiser zu benutzen.[1]) Bismarck telegraphierte zurück: seines Erachtens wäre auf jede österreichische Initiative bereitwillig und in liebenswürdiger Form einzugehen, eine diesseitige (preußische) Initiative, deren Aufnahme ungewiß, sei jedoch zu vermeiden.[2])

Unter solchen Umständen glaubte Bismarck am richtigsten vorzugehen, wenn er die zwischen ihm und dem König gewechselten Telegramme Werther zur vertraulichen Mitteilung an Beust zur Verfügung stellte.[3]) In der Art und Weise, wie Beust das Entgegenkommen behandelte, wodurch die Entscheidung einer so schwerwiegenden Angelegenheit in seine Hände gelegt wurde, zeigte sich seine ganze übelwollende Gesinnung gegenüber Preußen. Anstatt rasch zuzugreifen, machte er Ausflüchte.[4]) Auf seinen Ratschlag erklärte der Kaiser, wie unschicklich es wäre, in Oos eine Begegnung um vier Uhr morgens, zu welcher Stunde die Durchfahrt erfolgen solle, vorzuschlagen; doch würde es in seinen Augen eine sehr freundliche Aufmerksamkeit bedeuten, wenn der König sich trotzdem entschließen könnte, ihn zur angegebenen Zeit zu begrüßen.[5]) Bismarck widerriet seinem königlichen Herrn, sich zu so ungewohnter Stunde einzufinden.[6]) Erst als der Kaiser schon Wien verlassen, wurde noch unterwegs eine Aenderung der Reisebestimmungen getroffen. Von Linz aus telegraphierte Beust an Werther, die Ankunft in Oos werde nicht um vier, sondern um sieben Uhr morgens stattfinden.[7]) Mit Rücksicht auf die unerwartete Wendung (der Rat Bismarcks konnte nicht mehr eingeholt werden), entschloß sich König Wilhelm, auf eigene Faust zu verfügen, daß

---

[1]) Abeken (im Auftrage des Königs) an Bismarck, Baden-Baden, 17. Oktober 1867.

[2]) Bismarck, 17. Oktober 1867.

[3]) Bismarck an den König, Berlin, 19. Oktober 1867. Bismarck hatte des Königs Telegramm vom 17. Oktober im Reichstag in Gegenwart des sächsischen Ministers Freiherrn von Friesen erhalten. Auf die Bemerkung Bismarcks, Preußen könne doch unmöglich die Initiative zur Begegnung in Oos ergreifen, entgegnete Friesen mit großer Wärme, dies könne noch weniger von Franz Josef, als dem Besiegten, geschehen; er sei aber überzeugt, daß des Königs Initiative in Wien freudige Aufnahme finden würde. Dieser Einwurf bestimmte Bismarck, sein und des Königs Telegramm Beust vertraulich mitteilen zu lassen.

[4]) Telegramm Werthers an Bismarck, Wien, 18. Oktober 1867.

[5]) Idem ad eundem, 19. Oktober 1867.

[6]) Telegramm Bismarcks an König Wilhelm, Berlin, 20. Oktober 1867.

[7]) Werther an Bismarck, Wien, 21. Oktober 1867.

er um sieben Uhr auf dem Bahnhof von Oos erscheinen werde.[1]) Es muß jedenfalls ein Moment von starker Wirkung gewesen sein, als sich hier zum erstenmal seit Königgrätz die ehemaligen Gegner wieder begegneten. Beusts Behauptung, die ganze, allerdings nur zehn Minuten dauernde Zusammenkunft habe einen „flüchtigen und steifen Verlauf" genommen,[2]) erleidet eine Widerlegung durch Abekens an Bismarck gerichtete Depesche, in der es heißt, daß die Begegnung auf beiden Seiten die freundlichste und herzlichste war.[3]) Beust, der mit seinem Kaiser in der entschiedenen Absicht nach Paris reiste, um dort für alle Eventualitäten der Zukunft mit Kaiser Napoleon festere Bande zu knüpfen, kam die Begrüßung der beiden Monarchen sehr ungelegen.[4]) Man darf voraussetzen, daß er seine Zustimmung auch nur sehr widerwillig erteilte. War er doch unmittelbar nach der Entrevue bestrebt, ihr im „Mémorial diplomatique" eine Auslegung zu geben, die jeder mißliebigen Deutung in Paris die Spitze abbrechen sollte.[5]) Getreu der Politik, vor allem Zeit für einen künftigen Waffengang zu gewinnen, hatte er die Begegnung in Oos zugelassen, um nicht schon jetzt Preußen vor den Kopf zu stoßen. Die Darstellung im „Mémorial diplomatique" hatte jedoch Napoleon den Beweis zu liefern, daß man keine Gemeinschaft mit dem Gegner in Berlin wünsche. Dagegen sollte dem Kaiser der Franzosen der Glaube benommen werden, als könnte er nach seinem Willen die österreichisch-ungarische Monarchie allzu frühzeitig in den Revanchekrieg verwickeln. Deshalb betonte Beust in dem zur Mitteilung an die Höfe bestimmten „Zirkulare" den vollkommen

---

[1]) König Wilhelm an Abeken, 21. Oktober 1867.

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 135.

[3]) Abeken an Bismarck, 22. Oktober 1867.

[4]) Beust, Bd. II, S. 135, meint, daß die Wunde von 1866 noch nicht vernarbt und daher auch noch nicht der Zeitpunkt für eine Zusammenkunft gekommen war. Das war nur eine Ausrede.

[5]) Nach dem Bericht des preußischen Gesandten Grafen Goltz in Paris vom 31. Oktober 1867 wäre der Artikel über die Ooser Zusammenkunft im „Mémorial diplomatique" vom 31. Oktober von Beust selbst inspiriert oder verfaßt worden. Der Artikel ist voll Unwahrheiten; vor allem ist es ja nicht richtig, daß der Wiener Hof weder direkt noch indirekt von der Absicht des Königs, mit Franz Josef in Oos zusammenzutreffen, benachrichtigt worden sei. In seinen „Denkwürdigkeiten", Bd. II, S. 135, erwähnt Beust bloß, daß sich Wilhelm zu einer Begrüßung in Oos angesagt habe. Siehe die hierüber gut informierte „Süddeutsche Reichskorrespondenz". „Neue Freie Presse", 29. August 1906: „Die Monarchenbegegnung in Oos im Jahre 1867".

friedlichen Charakter des Aufenthaltes des Kaisers Franz Josef in Paris. Mit Genugtuung hob er in seinem diplomatischen Schriftstück hervor, alle politischen Gespräche zwischen den beiden Monarchen und deren Ministern hätten die vollständige Einigkeit Frankreichs und Oesterreich-Ungarns in den wichtigeren europäischen Fragen im Sinne des Friedens ergeben.[1]) Wenn Bismarck diese Eröffnungen des österreichisch-ungarischen Gesandten auch mit den Worten begleitete: er habe sich beeilt, seiner Freude hierüber gegen Graf Wimpffen (den Gesandten) auf unzweideutige Weise Ausdruck zu geben,[2]) so bedeuteten sie doch noch nicht, daß er sich von diesen zur Schau getragenen friedlichen Gesinnungen seines Wiener Kollegen am Ballhausplatz habe irreführen lassen.[3]) Den Bundeskanzler täuschte die Tatsache nicht, daß der vierzehntägige Pariser Aufenthalt zu keinem Bündnis zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich geführt. Ebensowenig beruhigte es ihn, daß die öffentliche Proklamierung der politischen Resultatlosigkeit der Reise durch Beust bei den französischen Staatsmännern Mißstimmung erzeugte.[4]) Mit scharfem Auge durchblickte Bismarck das Dickicht politischer Kombinationen. Klar war es ihm, daß in Paris, ungeachtet aller Ableugnung, die Fäden zu einem künftigen Zusammengehen zwischen dem Wiener und französischen Kabinette so weit gesponnen worden waren, um im gegebenen Moment inniger geknüpft werden zu können. Hierin mußte ihn das Wort des Herzogs von Gramont, des damaligen französischen Gesandten in Wien, bestärken. Gramont hatte zu Graf Stackelberg, dem Wiener russischen Kollegen, gesagt: Man möge sich über die Resignation Oesterreichs keinen Illusionen hingeben, es lebe und webe in dem Gedanken der „Revanche".[5]) Bismarck zweifelte an der Aufrichtigkeit und Friedensliebe Beusts, Grund genug für ihn, alle Schritte des Reichskanzlers mit verdoppelter Aufmerksamkeit zu verfolgen.

Die Zweideutigkeiten und Irrgänge der Beustschen Politik erregten nicht bloß das Mißtrauen des norddeutschen Bundeskanzlers. Sie erweckten gleichfalls die Bedenken Graf Andrássys, des ungarischen Ministerpräsidenten, der, freilich ganz gegen den Willen

---

[1]) Bismarck an Werther, 5. November 1867.
[2]) Ibidem.
[3]) Siehe Bismarcks Aeußerung bei Beust, a. a. O., Bd. II, S. 137.
[4]) Goltz an Bismarck, Paris, 11. November 1867.
[5]) Brief Werthers an den Staatssekretär Thile, 4. Dezember 1867.

Beusts, es verstanden hatte, sich von Beginn seines Eintritts ins ungarische Ministerium bedeutenden Einfluß auf die äußere Politik der Monarchie zu sichern. Andrássy, der der deutschen Frage von Haus aus ziemlich kühl gegenüberstand, erblickte nicht wie Beust ein Lebensinteresse Oesterreich-Ungarns darin, Preußen um jeden Preis die Vorherrschaft in Deutschland streitig zu machen. Noch während der Dauer seiner Emigrationszeit hatte er von Paris aus an seinen Freund, den Grafen Seherr Thosz, geschrieben: „Der gesunde Verstand sagt, daß, will Preußen Deutschlands Unabhängigkeit bewahren, es zuerst damit anfangen muß, seine Suprematie in Deutschland herzustellen, und daß dieses schwerlich mit österreichischer Hilfe geschehen kann. Doch das ist nicht meine Sache.“ [1]) Nach dem Kampfe von 1866, als Oesterreich tatsächlich aus Deutschland ausgeschlossen worden, war Andrássy weit entfernt davon, mit bewaffneter Hand der Monarchie die frühere Stellung im Deutschen Reiche zurückerobern zu helfen. Vielmehr war er der Ansicht: wenn es Preußen gelingt, Deutschland zu absorbieren, müsse dies als ein nicht zu hinderndes Ereignis angesehen werden. Nur glaubte er nicht recht an den Bestand des Bismarckschen Werkes und hielt es nicht für ausgeschlossen, daß Oesterreich in Deutschland bald eine viel wichtigere Rolle spielen werde, als dies bisher der Fall gewesen. [2]) Als er jedoch Ministerpräsident von Ungarn geworden, dadurch tieferen Einblick in die Verhältnisse erlangte und sah, wie Bismarck die Ausgestaltung des Norddeutschen Bundes vornahm, dachte er, was alle seine Handlungen bezeugen, nicht mehr an ein Eingreifen der Monarchie in die Geschicke Deutschlands. Es bedarf noch der Bestätigung, ob Andrássy wirklich bei der Salzburger Entrevue, wie es damals hieß, Beust förmlich „am Rockschoß gehalten, damit er nicht mit beiden Beinen in die französische Allianz springe“. [3]) Sicher ist nur, daß ihm die Begegnung der beiden Kaiser in der Stadt an der Salzach gar nicht gefiel. „Wie ich heute in den Zeitungen lese,“ schrieb er an seine Frau, „kommt Napoleon nach Salzburg — um etwas besser, als wenn er nach Wien käme, obgleich der Unterschied ein geringer ist. Ich bedaure sehr, daß dies ge-

---

[1]) Andrássy an Graf Seherr Thosz, Paris, 13. März 1855, mitgeteilt im „Pester Lloyd“, 30. Mai 1897.

[2]) Eigenhändiges Konzept eines Vortrages Andrássys über die Neugestaltung der Monarchie (in deutscher Sprache). Der Vortrag dürfte unmittelbar nach Königgrätz verfaßt worden sein.

[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 133.

schieht, doch glaube ich, die Sache beruht auf Wahrheit."[1]) Nach dieser Aeußerung und seiner in der Luxemburger Affäre bekundeten Haltung, in der er für volle Neutralität der Monarchie eingetreten war,[2]) ist es sehr wahrscheinlich, daß er auch in Paris kein Partisan der französischen Allianz gewesen sein werde. Zwar scheint man dort gehofft zu haben, es werde gelingen, ihn an Frankreichs Interesse zu fesseln. Noch ehe Andrássy in Paris zur Ausstellung eintraf, erkundigte sich, gerade während des luxemburgischen Streitfalls, die geistvolle Prinzessin Mathilde, die Cousine Napoleons III., sehr angelegentlich beim Grafen Edmund Zichy um die Persönlichkeit des ungarischen Ministerpräsidenten. Ebenso wollte sie orientiert sein über die Gefühle der Ungarn den Preußen gegenüber. In der Voraussetzung, der gleiche Haß erfülle Ungarn und Franzosen gegen Preußen, äußerte sie: „Da sind wir ja Alliierte."[3]) Mit solchen Anschauungen dürfte Prinzessin Mathilde nicht allein gestanden sein; es ist anzunehmen, daß ihre Worte auch die Empfindungen der maßgebenden französischen Kreise verdolmetschten. Hierfür spricht die äußerst auszeichnende Art, mit der Andrássy sowohl von Napoleon als von Kaiserin Eugenie bei jeder sich darbietenden Gelegenheit begegnet wurde.[4]) Seine noch erhaltenen Briefe aus der Zeit des Pariser Aufenthalts machen nicht den Eindruck, als wäre er ein warmer Verehrer der Politik Napoleons gewesen,[5]) oder daß er sich durch die ihm erwiesenen Höflichkeiten irgendwie vom Kaiser der Franzosen die Hände hätte binden lassen. Er war nur froh, daß die Monarchie in keiner Weise durch die damals auf der Tagesordnung befindliche Frage der weltlichen Herrschaft des Papstes zu einem vereinten Einschreiten mit Frankreich zugunsten des kirchlichen Oberhauptes der katholischen Welt engagiert worden war. Diesen Standpunkt vertrat Andrássy Beust gegenüber noch während der Fahrt nach Paris. Der Reichskanzler

---

[1]) Dieser Brief ist undatiert. Eigentum der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[2]) Graf Georg Festetics an Andrássy, Wien, 10. April 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[3]) Graf Edmund Zichy an Andrássy, Paris, 5. April (1867). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Briefe Andrássys an seine Frau, Paris, 27. Oktober und 2. November 1867. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[5]) Ladenberg an Bismarck, Wien, 10. Oktober 1867, meint, Graf Andrássy sei sehr für die französischen Interessen eingenommen und ein warmer Verehrer des Kaisers Napoleon und seiner Politik.

hatte die Absicht, im Verein mit anderen Mächten — wozu er England und auch Preußen rechnete — dem Papste Rom zu sichern, für welche Gefälligkeit er den Heiligen Stuhl zum Nachgeben in der Regelung des Konkordats zu bewegen hoffte. Aufs entschiedenste sprach sich der ungarische Premier gegen derartige Pläne aus, die Oesterreich-Ungarn in Konflikt mit Italien bringen mußten. Er sagte Beust, das Interesse der Monarchie erfordere die vollste Neutralität. Wir haben, meinte er, nichts anderes zu tun, als den streitenden Teilen (Italien und dem Papste) unsere guten Dienste anzubieten, dann in Rom ernst aufzutreten, wo man sich in der Angelegenheit des Konkordats schon nachgiebig erweisen werde. Als Beust, der die Ansichten Andrássys bekämpfte, noch im Eisenbahncoupé die ihn sehr erschreckende Nachricht erhielt: das italienische Heer hätte Befehl erhalten, gegen Rom zu marschieren, rief der ungarische Premier aus: „Ah, das höre ich gerne, wenn der Wind stark bläst, kommt das Schiff rasch vorwärts.“[1]) Andrássy wäre, wie es scheint, froh gewesen, wenn die Italiener aus eigener Kraft sich in den Besitz Roms gesetzt hätten. Aber es waren nur die Freischärler Garibaldis, die einen Angriff auf das päpstliche Gebiet unternommen hatten. Napoleon bezeichnete dies als Bruch des Vertrages vom 15. September 1864[2]) und sandte daher seine Truppen zum Schutze des Heiligen Vaters nach der Stadt am Tiber. „Die Hauptsache ist,“ schrieb damals der ungarische Ministerpräsident aus Paris an seine Frau, „daß ungeachtet der heikeln Stellung, in der wir uns wegen der römischen Expedition befinden, wir dennoch eine gute Position einnehmen und die vorteilhafte Seite der schwierigen Sachlage benutzen werden.“[3]) Anstatt der Teilnahme an dem kriegerischen Auftreten gegen Garibaldi, der bei Mentana unterlag, willigte die auswärtige Politik der Monarchie nur in die Förderung des französischen Projekts, wonach die Regelung der weltlichen Herrschaft des Paptes einem europäischen Kongresse vorbehalten bleiben

---

1) Andrássys eigenhändige Reiseaufzeichnungen, 21. Oktober (1867). Gräfl. Andrássysches Archiv.

2) Am 15. September 1864 war zwischen Frankreich und Italien ein Vertrag zustande gekommen, wonach die Dauer der französischen Besatzung Roms, wo seit 1849 eine französische Garnison weilte, noch auf zwei Jahre verlängert wurde und die italienische Regierung den Schutz des Patrimonium Petri gegen jeden fremden Einfall übernahm.

3) Andrássy an seine Frau, Paris, 27. Oktober (1867). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

solle. Hierauf mag es sich beziehen, wenn Andrássy seiner Frau berichtet, er hoffe, daß das Ergebnis des Besuches unter den gegebenen Verhältnissen das denkbar beste sein werde.[1]) Der ungarische Ministerpräsident, der auch bisher kein Gegner der Erstarkung Preußens gewesen und aus politischen Gründen für nichts weniger schwärmte als für die Wiedereroberung der Stellung Oesterreichs in Deutschland, könnte sich gewiß nicht in dem erwähnten Sinne zu seiner Frau geäußert haben, wenn er ein Anhänger der Revanchegelüste Napoleons und Beusts gewesen wäre. Andrássy wollte aber auch nicht als Gegner des Kaisers der Franzosen erscheinen. In einer seiner Aufzeichnungen heißt es: „Die erfolgte Annäherung zwischen den beiden Kaisern (Franz Josef und Napoleon) ist von großer Wichtigkeit. Ohne Oesterreich ist eine Ligue gegen die Napoleonsche Dynastie nicht möglich, und nie wird Oesterreich-Ungarn in eine solche eintreten. Es wäre nützlich, wenn diese Annäherung auch einen sichtbaren Ausdruck fände, ohne den Krieg zu provozieren.“[2]) Bestrebt, das Gleichgewicht in Europa erhalten zu sehen, wodurch die Monarchie nur gewinnen konnte, war Andrássy weit entfernt davon, sich in entschiedenem Sinne für Frankreich oder für den Norddeutschen Bund auszusprechen. Er wollte vielmehr mit beiden Mächten auf gutem Fuße bleiben. Damit verdolmetschte er gleichzeitig die Gedanken der Déakpartei wie des von ihm geleiteten Ministeriums. Das geht auch aus einem Briefe hervor, den ihm der ungarische Finanzminister Lónyay noch während der Salzburger Entrevue schrieb, und worin er sagt: „Ich hoffe, Ihr habt die Zukunft der Monarchie nicht für einseitige Kombinationen engagiert. ... Die Hauptsache ist, daß das preußisch-russische Bündnis nicht gelingen könne.“[3]) Für Andrássy bestand in der Tat nur ein Anlaß, sich gegen Preußen zu kehren: wenn Bismarck Lust gezeigt hätte, im Orient Rußland oder irgendeine Macht des Ostens gegen die Monarchie zu unterstützen. Nur dann wäre er bereit gewesen, mit Frankreich zu gehen und vereint mit Napoleon zur

---

[1]) Andrássy an seine Frau, Paris, 2. November 1867. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[2]) Eigenhändige französische Aufzeichnungen Andrássys. Ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv. Andrássy bemerkt noch, daß Franz Josef nicht nur der Person Napoleons, sondern auch dessen Dynastie attachiert sei.

[3]) Lónyay an Graf Andrássy, Wien, 21. August 1867. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Schwächung Preußens behilflich zu sein.[1]) Unverwandt war sein Blick auf Rußland gerichtet, das ihm als Gegner seines Vaterlandes erschien. Er kannte die geheimen Wege, auf welchen die russischen Rubel nach Ungarn wanderten, um dort die slawische Bewegung zu schüren und wachzuerhalten.[2]) Ebenso wußte er, daß von Petersburg her starke Mittel aufgeboten wurden, um auch Rumänien in den Strudel russischer Agitationen hineinzuziehen und als Keil gegen Ungarn zu gebrauchen. Andrássy vermutete, daß Bismarck diesen Wühlereien, die die Existenz Ungarns schädigen konnten, nicht fremd sei.[3]) Unter solchen Umständen fürchtete er nichts mehr als ein gegen die vitalsten Interessen der Monarchie gerichtetes einträchtiges Zusammenwirken der beiden nordischen Nachbarn. Er stehe, sagte Andrássy zum Wiener italienischen Gesandten, der nationalen Politik Preußens durchaus sympathisch gegenüber und werde der Verfolgung von dessen Zielen in Deutschland nie hindernd im Wege stehen. Sollte aber Bismarck in den Donaufürstentümern Bestrebungen begünstigen, die den Interessen Ungarns feindlich seien, so bliebe der ungarischen Regierung nichts anderes übrig, als ihre Stütze in Paris zu suchen.[4])

---

[1]) Man kann die Worte, die General Ducrot dem Grafen Andrássy während seines Aufenthaltes in Straßburg auf der Rückreise von Paris in den Mund legt, nur in dem Sinne deuten, daß zwischen Oesterreich-Ungarn und Frankreich kein Interessenstreit vorhanden sei. Wenn Andrássy zu Ducrot sagte: „Je n'entrevois pas une question qui puisse amener la moindre divergence dans nos vues dans notre action commune" („La vie militaire du général Ducrot", Bd. II, S. 195), so kann sich die „action commune" nur auf friedliche Zwecke und nicht auf ein kriegerisches Bündnis gegen Preußen beziehen. Diese Worte würden ja sonst in entschiedenem Gegensatze zu allen Aeußerungen Andrássys stehen, der den Krieg nicht wollte und von dem es bekannt ist, daß er kein intriganter, sondern ein offener Charakter war, der jede Zweideutigkeit der Rede haßte.

[2]) Beust, 6. September 1867; Hofmann an Andrássy, 24. März 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium. Ladenberg, Wien, 16. September 1867. Die Besorgnis vor den panslawistischen Uebergriffen, meint Ladenberg, haben in Ungarn die Magyaren zu den entschiedensten Gegnern Rußlands gemacht; sie fürchten, daß Rußland im Falle eines Krieges Preußens mit Frankreich die Gärung und Unzufriedenheit der österreichisch-südslawischen Bevölkerung für seine Interessen ausbeuten werde und die letztere nur auf einen Konflikt Rußlands mit Oesterreich warte, um sich von der österreichischen und ungarischen Oberherrschaft zu befreien.

[3]) Graf Wesdehlen, preußischer Gesandter in Florenz, an Bismarck, 18. November 1868. — Siehe auch Meysenburg für Beust an Andrássy, 5., 10. Juli und 22. August 1867. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[4]) Wesdehlen an Bismarck, Florenz, 18. November 1868.

Bismarck verstand den Wink sehr wohl. Sofort beauftragte er den preußischen Generalkonsul in Bukarest, Grafen Keyserling, es dem Fürsten von Rumänien dringend nahezulegen, alle Umtriebe unter den ungarischen Rumänen einzustellen. Graf Keyserling hatte Befehl, dem Fürsten Karl nicht zu verschweigen, daß Preußens bisherige Beziehungen zu Rumänien nur haltbar sind, wenn es dem Fürsten gelingt, jede Tätigkeit seiner Minister abzuschneiden, die dem europäischen Frieden und insbesondere den Beziehungen zu Ungarn Gefahr bringen. Für den Fall der Nichterfüllung seiner Wünsche drohte der norddeutsche Bundeskanzler mit der öffentlichen Mißbilligung der rumänischen Hetzereien.[1]) Nötigenfalls, bemerkte Bismarck, wäre er sogar gezwungen, die Abberufung des Gesandten aus Bukarest zu beantragen. Die nächste Folge davon war die Entlassung des bisherigen rumänischen Ministeriums Golesku-Bratiano, an dessen Sturze sich in hervorragender Weise der Wiener italienische Gesandte Marchese Pepoli beteiligt hatte.[2]) Nur allein getragen von dem Gedanken, Andrássy von Beusts antipreußischer Politik zu trennen, hatte Bismarck auf die Entlassung Bratianos, der Seele der gegen Ungarn gerichteten Feindseligkeiten, gedrungen. Gleich 1866, gönnte er auch jetzt Ungarn einen maßgebenden Einfluß auf seine politischen Kombinationen. Als Beust Oktober 1867 Klage darüber führte, daß angeblich Preußen die ungarischen Radikalen reichlich mit Geld versehe, bezeichnete Bismarck solche Beschuldigungen als unbegründete Verleumdungen. Freiherr von Werther war beauftragt, Beust auf das bestimmteste die Versicherung zu erteilen, daß Bismarck solchem Verdacht gegenüber ein sehr gutes Gewissen hätte; der Reichskanzler möge seinen Gegnern nicht den Gefallen tun, solchen Erfindungen Glauben zu schenken. Was die Stimmung in Ungarn angehe, so sei es Bismarcks Wunsch, daß sie so günstig als möglich für Beust und den Erfolg seines Unternehmens sein möge. Die Notwendigkeit, Ungarn mit anderen Augen anzusehen, könne nur durch eine aggressive Politik Oesterreichs gegen Preußen entstehen.[3]) Infolgedessen war es für

---

[1]) Telegramm Bismarcks an Graf Keyserling, Varzin, 22. November 1868.

[2]) Marchese Pepoli hatte sein Gespräch mit Andrássy sofort nach Florenz mitgeteilt, von wo es durch den Kanal des dortigen preußischen Gesandten Graf Wesdehlen nach Berlin gelangte. Marchese Pepoli, ein Intimus des Fürsten Karl, schrieb noch selbst an diesen, um ihn auf die Gefahren aufmerksam zu machen, in die er sich stürze, wenn er Bratiano weiterhin freie Hand lasse. „Aus dem Leben König Karls von Rumänien", Bd. I, S. 307 ff.

[3]) Bismarck an Werther, Berlin, 15. Oktober 1867.

ihn, wie dies sein Vorgehen in Rumänien beweist, von höchster Wichtigkeit, in Ungarn selbst nicht die Besorgnis vor einer nicht ganz verläßlichen Politik Preußens aufkommen zu lassen. Er wollte selbst den Schein vermieden wissen, als könnte es Preußens Absicht sein, Rußlands panslawistische Tendenzen in der Monarchie zu fördern. Indem er Ungarn für den Fall eines künftigen Zusammenstoßes zwischen Preußen und Frankreich ganz besondere Wichtigkeit zuschrieb, lag dem Bundeskanzler daran, über die dort herrschende Stimmung gegenüber dem von ihm geleiteten Staatswesen auch eingehend unterrichtet zu sein. Bismarck ließ daher seinen ungarischen Vertrauten auffordern, ihm genaue Informationen über Ungarn zu senden.[1]) Schon September 1867 hatte der preußische Legationsrat von Ladenberg berichtet, daß die Erhaltung des Friedens zur Sicherung der durch den Ausgleich errungenen Stellung den entschiedenen und dringenden Wunsch der ungarischen Bevölkerung bilde und diese mit wahrer Besorgnis der Möglichkeit eines Krieges zwischen Preußen und Frankreich entgegensieht, in den vielleicht auch die Monarchie verwickelt werden könnte. Nach Ladenberg fürchten die Ungarn nichts so sehr als ein Kriegsergebnis, welches Oesterreich seine alte Machtstellung zurückgeben würde; gewiß werden sie daher nicht dazu helfen wollen, das eben erst gebrochene Uebergewicht der Deutschen in Oesterreich wiederherzustellen. Bereits damals erkannte Ladenberg, Ungarn werde nur so lange für die Neutralität einstehen, als Rußland sich nicht am Zweikampf zwischen dem deutschen und französischen Rivalen beteilige. Andrássy, so versicherte er Bismarck, sei der vornehmste Vertreter dieser Richtung.[2])

Der ungarische Berichterstatter Bismarcks stimmte im wesentlichen mit den Angaben Ladenbergs überein.[3]) Man darf nicht glauben, daß Andrássy zu den Staatsmännern gehörte, die sich durch die Wirksamkeit Dritter ihre Rolle in der Politik vorschreiben lassen. Er war ein zu selbständiger Kopf, um nicht den Eingebungen der eigenen Einsicht und Erkenntnis zu folgen. Entschlossen, im Falle gemeinsamen Vorgehens Rußlands und Preußens Frankreich die Hand zu bieten, wollte er andererseits doch auch jeden Anlaß aus dem Wege räumen, der zu einer solchen Eventualität führen könnte. Ebendeshalb suchte er Beusts Politik zu

---

[1]) Ende 1868.

[2]) Ladenberg, Wien, 16. September 1867.

[3]) Beantwortung der von Bismarck gestellten Fragen, präsentiert 6. Dezember 1868.

durchkreuzen, den er auf dem besten Wege sah, zur Befriedigung seiner Revanchegelüste kriegerische Verwicklungen heraufzubeschwören. Die entschiedensten Gegensätze trennten Andrássy und Beust betreffs ihrer Auffassung vom Berufe der Monarchie. Dies trat am deutlichsten in ihrer Haltung der orientalischen Frage gegenüber zutage.

Der Reichskanzler, dessen Blick durch die deutschen Angelegenheiten wie gebannt schien, legte kein größeres Interesse für den Orient an den Tag,[1]) der für ihn erst in zweiter Reihe in Betracht kam, als Mittel zum Zweck, um freie Hand zur ungehinderten Durchführung seiner antipreußischen Pläne zu bekommen. Andrássy hingegen erkannte im Orient selbst ein für die Monarchie erstrebenswertes Ziel und nicht nur ein Mittel zum Zweck der Erniedrigung Preußens. Ihn dünkte es nötig, um jeden Preis den Einfluß Oesterreichs und Ungarns gegenüber dem nach ausschließlicher Autorität in den Balkanländern strebenden Rußland zu stärken und zu erhöhen. Schon der bloße Gedanke empörte ihn, daß beim eventuellen Eintritte des Zerfalles der Türkei der Zar ohne Rücksicht auf die Monarchie für sich das Recht beanspruchen könnte, eigenmächtig über das Geschick der Untertanen des Osmanenreiches zu entscheiden. Jedesmal trieb es ihm das Blut ins Gesicht, wenn er vom Herrscher aller Reußen als dem alleinigen Schutzherrn der christlichen Bevölkerung der Türkei sprechen hörte. „Das Allersonderbarste ist es wohl,“ äußerte er einmal, „daß bei Erwähnung des Orientes es niemand in den Sinn kommt, auch jener Monarchie zu gedenken, die einst im Osten das meiste Blut vergossen und durch ihre Interessen ganz besonders dazu berufen erscheint, dort ihr Wort in die Wagschale zu legen. Ungarn war unter der Herrschaft der ungarischen Könige die im Oriente am meisten bekannte Macht, vor der man sich, seitdem es zu einem der größten Staaten Europas emporwuchs, gewaltig fürchtete. Nun hat die österreichisch-ungarische Monarchie das geringste Ansehen im Osten.“ [2]) Andrássys Ehrgeiz bildete es, solch verhängnisvollen Zuständen, die für die Zukunft Oesterreich-Ungarns eine Quelle drohender

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 12. April 1868. Benjamin Kállay (1868 zum Generalkonsul für Belgrad ernannt) klagt, daß Beust sich eigentlich nur für die deutschen Angelegenheiten interessiere, um das übrige sich dagegen wenig kümmere. (Ung.)

[2]) Bruchstück aus dem Tagebuch während der Suezer Reise, 25. Oktober bis 29. November 1869 (ung.). Eigentum der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

Gefahren in sich bargen, ein Ende zu machen. Daher war er ein Gegner der Politik Beusts, dessen ganzes Streben darauf gerichtet war, im Orient den Status quo unangetastet aufrechtzuerhalten.[1]) Aus der gleichen Ursache hielt es der ungarische Premier auch für angemessen, Serbien der Einflußsphäre Rußlands zu entreißen.

Als Michael Obrenović III., Fürst von Serbien, Juni 1868 ermordet wurde, setzte sich Andrássy sofort dafür ein, daß dessen minderjähriger Neffe Milan Jefrem Obrenović zum Regenten ausgerufen werde, schon aus dem einfachen Grunde, weil, wie er meint, „so wie Vormünder nie akquirieren, auch Regentschaften keine Eroberungen zu machen pflegen".[2]) Im Gegensatz zu Beust wollte er nichts von einer bloß zuwartenden neutralen Stellung gegenüber der bevorstehenden Fürstenwahl hören. Er war der Ansicht, daß die Monarchie eines ihrer wesentlichsten Interessen verletze, wenn sie es unterlasse, jetzt als aktiver Teilnehmer aufzutreten. Er schreibt an Beust: „Nicht die Sprachenverwandtschaft und Religionsgemeinschaft allein sind jene Faktoren, welche den Einfluß Rußlands in Serbien begründen, sondern die Politik der Einflußnahme auf die Wahlen der Fürsten, insbesondere des alten Obrenović und des Karagjorgjević." Aeußere und innere Momente veranlaßten den ungarischen Ministerpräsidenten, die passive Haltung Beusts zu bekämpfen. Hierzu bewog ihn vor allem die Rücksicht auf die Nationalitäten Ungarns, „indem," wie seine Worte lauten, „die serbischen Elemente diesseits wie jenseits der Donau stets gegenseitig aufeinander einwirken und das einzige Mittel, einem Einflusse Serbiens auf die hierländigen (ungarischen) Serben zu begegnen, nur darin bestehen kann, unseren eigenen Einfluß auf Serbien auszuüben".[3]) So sehr war er von der Notwendigkeit durchdrungen, Serbien an die Monarchie zu fesseln, daß er dem Fürstentum gegenüber das denkbar freundlichste Entgegenkommen betätigt sehen wollte. Im Gegensatz zum gemeinsamen Kriegsministerium und dem österreichischen Ministerium, die hierfür Entschädigungen verlangten, beantragte Andrássy, daß Oesterreich-Ungarn aus eige-

---

[1]) Andrássy an Kállay, Konzept, ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Während meines jetzigen Aufenthaltes in Wien ist es mir endlich gelungen, den passiven Widerstand zu brechen und Beust davon zu überzeugen, daß die Aufrechterhaltung des Status quo eine solche Politik ist, die, wenn sie auch jeder Staat auf seine Fahne schriebe, gerade wir dort (im Osten) nicht befolgen dürfen."

[2]) Telegramm Andrássys an Beust, Ofen, 13. Juni 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[3]) Andrássy an Beust, Ofen, 15. Juni 1868. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

nem Antriebe in einer Konvention der ferneren Aufrechterhaltung der österreichisch-ungarischen Konsularjurisdiktion in Serbien entsage. Das sei schon deshalb geboten, weil die Jurisdiktion auf die Dauer ohnehin nicht in Kraft bleiben könne; in einem späteren Zeitpunkt werde man deren Auflassung aber nicht mehr als freiwilligen Beweis der Freundschaft und des Vertrauens für Serbien gelten lassen.[1]) Andrássy war ferner der Ansicht, daß die Beseitigung der Konsularjurisdiktion nicht mit der gleichzeitigen Aufhebung der Kapitulationen (Verträge) im türkischen Reiche Hand in Hand gehen dürfe. Denn nur in diesem Falle würde, wie er meinte, auch bei den anderen Regierungen der christlichen Staaten der Türkei der Wunsch rege werden, ähnlicher Begünstigungen durch Annäherung an Oesterreich-Ungarn und Befestigung freundschaftlicher Beziehungen zu uns teilhaftig zu werden.[2]) Allein der ungarische Ministerpräsident, dem immer nur die Stärkung der Machtstellung der Monarchie im Osten vor Augen schwebte, hatte noch ein anderes, weit wirksameres Mittel in Bereitschaft, um Serbien, mit dem er schon seit den ersten Monaten des Jahres 1868 intimere Beziehungen unterhielt,[3]) ganz und gar zum Bundesgenossen Oesterreich-Ungarns zu machen. Dieses Mittel waren Bosnien und die Hercegovina.

Die bosnische Frage spielte zu jener Zeit in den politischen Kombinationen eine nicht unbedeutende Rolle. Die Südslawen, unter ihnen besonders die serbischen Aktionsmänner, erblickten in der Entscheidung über das Schicksal Bosniens die Lösung ihres eigenen Geschickes. Andererseits herrschte in diplomatischen Kreisen die Anschauung vor, daß auch in Wien Bosnien als eine Lebensfrage für die Monarchie betrachtet werde. Es wurde, wenn auch irrtümlich, als ziemlich sicher angenommen, daß Beust bei einer eventuellen Aenderung des Status quo in der Türkei die Besitzergreifung jener türkischen Provinzen ins Auge gefaßt habe. Freiherr von Werther berichtete am 11. Dezember 1867 an Bismarck, er glaube zu wissen, daß schon vor der Salzburger Zusammenkunft (August 1867) in dieser Hinsicht ein Gedankenaustausch zwischen den beiden kaiserlichen Kabinetten von Wien und Paris in vertraulicher Weise stattgefunden habe. Die Salzburger und

---

[1]) Beust an Andrássy, Wien, 31. August 1869, Kopie. Beust gibt hier den Inhalt des an ihn gerichteten Schreibens Andrássys wieder. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[2]) Andrássy an Beust, Terebes, 31. August 1869, Konzept. Ibidem.

[3]) Bericht aus Pest, zirka 30. Juni 1868.

Pariser Zusammenkunft dürfte aber nach ihm die angebahnte Verständigung nicht unwesentlich gefördert haben, und es schien ihm, als ob der Reichskanzler von Paris die beruhigendsten Versicherungen zurückgebracht hätte, die in ihm den Glauben erweckten, seine Beurteilung der südslawischen Verhältnisse, namentlich in betreff der eventuellen Zukunft Bosniens, sei dort vollkommen akzeptiert worden und daß die französische Regierung sich in der weiteren Entwicklung dieser Frage stets auf derselben Linie mit der österreichischen befinden werde.[1]) Ein ungarischer Vertrauter Bismarcks wollte entschiedene Kunde davon haben, daß für den Fall des Eintritts von Wirren im Orient sogar schon zwischen Wien und Konstantinopel ein Abkommen getroffen worden, wonach unsere Monarchie sofort den nördlichen Teil Bosniens und der Hercegovina besetzen sollte[2]) — ein Plan, mit dem sich, freilich aus ganz anderen Motiven, Erzherzog Albrecht gleichfalls beschäftigte.[3]) Im Gegensatz zum Monarchen, der schon damals sein Augenmerk auf die Erwerbung der beiden türkischen Provinzen richtete,[4]) perhorreszierte Graf Andrássy die Annexion Bosniens und der Hercegovina. Als der serbische Minister Garašanin im September 1867 dem ungarischen Minister gegenüber die Möglichkeit einer solchen Besitzergreifung berührte, erwiderte dieser: Serbien habe derzeit derartiges nicht zu befürchten; solche Absichten könnten für Ungarn nur schädlich sein, da sie eine Verstärkung des slawischen Elements bewirken würden.[5]) Andrássy wies Bosnien und der Hercegovina eine andere Bestimmung als der Besitzergreifung durch Oesterreich und Ungarn zu. Er gedachte die türkischen Provinzen als Sprengmittel des Zusammenhanges zwischen Rußland und Serbien zu verwenden. Hierin wurde er durch den seit 1868 in Belgrad funktionierenden österreichisch-ungarischen Generalkonsul Benjamin von Kállay wirksam unterstützt. Irregeführt durch seine serbische Umgebung, die von den wohlwollendsten Gesinnungen für die von ihm vertretene Monarchie überfloß, scheint Kállay, aus denselben Beweggründen wie Andrássy, eine intime Freundschaftspolitik mit Serbien empfohlen

---

[1]) Werther an Bismarck, 11. Dezember 1867.

[2]) Bericht aus Pest, präsentiert 11. März 1868.

[3]) Siehe zwölftes Kapitel: III. Die Auflassung der Militärgrenze.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869. „Der Kaiser ist von der Erwerbung ganz Bosniens und der Herzegowina durchdrungen.“ (Ung.)

[5]) Bericht Laubrans aus Belgrad, 18. September 1867.

zu haben[1]) — ein Wahn, von dem er allerdings später zurückgekommen ist. Im Einverständnis mit dem Belgrader Generalkonsul ging nun Andrássys Plan dahin, einen Teil Bosniens und der Hercegovina dem Fürstentum einzuverleiben, jenes Gebiet jedoch, das westlich von den Flüssen Vrbas und Narenta liegt, für Oesterreich-Ungarn zu erwerben.[2]) Von der Erfüllung dieses ihres heißesten nationalen Wunsches erhoffte Andrássy nicht nur die Serben von den Russen zu trennen, sondern auch eine wesentliche Verminderung der Gefährlichkeit der orientalischen Frage für die Monarchie herbeizuführen, die so lange bestehen würde, als der Einfluß Petersburgs im Fürstentum herrsche.[3]) Der ungarische Ministerpräsident wünschte dadurch noch ein anderes, nicht minder wichtiges Ziel zu erreichen. Fiel ein Teil Bosniens und der Herzegowina wirklich den Serben zu, so mußten diese dadurch in ein feindschaftliches Verhältnis zu Kroatien geraten, das gleichfalls Anspruch auf die beiden türkischen Provinzen erhob. Nur so konnte das Ungarn stets bedrohende Gespenst einer innigen Vereinigung zwischen Serben und Kroaten gebannt werden. Es war sicher, daß die Kroaten den Serben nie die Erwerbung des türkischen Gebiets verzeihen würden.[4]) Mit Hilfe Kállays, der Feuer und Flamme für die Sache war,[5]) ließ Andrássy das Terrain in Serbien sondieren.[6])

Nicht leicht war es, Beust diese Gedanken mundgerecht zu machen.[7]) Ohne sich zu entscheiden, bemerkte er nur: „Die Idee sagt mir zu.“[8]) Die Art, wie Andrássy seinen Vorsatz zu verwirklichen trachtete, kennzeichnet seine ganze politische Richtung und beleuchtet hell den Gegensatz, in dem er sich bereits um diese Zeit zu den Bestrebungen des Reichskanzlers befand. Am liebsten hätte der ungarische Ministerpräsident, unter Mitwirkung Frankreichs und Englands, im geheimen die Zustimmung der Türkei zur Abtretung Bosniens und der Hercegovina an Serbien durchgesetzt, wofür der Hohen Pforte der Schutz Oesterreich-Ungarns

---

1) Denkschrift über die „südslawischen Bewegungen“. Ungedruckt.

2) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869 (ung.).

3) Ibidem.

4) Ibidem.

5) Ibidem.

6) Kállay an Andrássy, Belgrad, 10. Oktober 1869 (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

7) Eigenhändiges Konzept eines Briefes Andrássys an Kállay (ung.). Ohne Datum. Dürfte dem Herbst 1869 angehören. Gräfl. Andrássysches Archiv.

8) Tagebuch des Baron Orczy 1869 (ung.).

gegen jeden feindlichen Angriff von außen zugesichert hätte werden sollen.[1]) Nicht nur, weil, seiner Aeußerung nach, zur Schaffung einer solchen Tatsache mehr Ueberzeugung und Willenskraft gehört, als Beust besitze, unterließ er es, seine Absicht bei den Mächten in Anregung zu bringen.[2]) Ein weit gewichtigeres Bedenken hielt ihn davon ab, dem Fluge seiner Gedanken freien Lauf zu lassen. Mit Rücksicht auf die Haltung, die Beust gegenüber Frankreich beobachtete, besorgte Andrássy, daß Napoleon III. sich seine Gefälligkeit in der bosnischen Frage mit der Unterstützung Oesterreich-Ungarns gegenüber Preußen werde bezahlen lassen wollen. Nichts aber schreckte Andrássy mehr, als im Falle eines preußisch-französischen Krieges die Neutralität aufgeben und sich eventuell einem kombinierten preußisch-russischen Angriff aussetzen zu müssen. Daher hielt er es für geraten, die ganze Angelegenheit bis zum Eintritt günstiger Verhältnisse aufzuschieben.[3]) Nach all dem ist es vollkommen unrichtig, davon zu sprechen, daß Andrássy der fürstlichen Regierung durch Vermittlung Kállays einen auf die Erwerbung Bosniens und der Hercegovina bezüglichen Vertrag vorschlagen ließ,[4]) den auch der Kaiser und Beust gebilligt hätten.[5]) Ebensowenig stichhaltig ist es, daß die serbische Regierung den ihr vorgelegten Vertrag abgelehnt habe. Sie soll hierauf nicht eingegangen sein, weil es ihr im Falle eines Krieges zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland unmöglich ge-

---

[1]) Eigenhändiges Konzept Andrássys an Kállay. Aller Wahrscheinlichkeit im Oktober 1869 geschrieben. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem.

[3]) Eigenhändiges Konzept eines Briefes Andrássys an Kállay. Undatiert. Wahrscheinlich Herbst 1869.

[4]) Dr. Wladan Georgewitsch, „Die serbische Frage“, 1909, S. 45. Georgewitsch sagt, daß der Vertrag folgende Punkte enthielt: 1. Wenn Serbien und die Türkei Krieg miteinander führen, beobachtet Oesterreich-Ungarn Neutralität. 2. Im entgegengesetzten Falle, wenn Oesterreich-Ungarn sich im Kriege mit einer Macht befindet, muß dagegen Serbien neutral bleiben. Dafür verpflichtet sich unsere Monarchie nach dem Ende des Krieges, Bosnien und die Hercegovina mit Serbien zu einem Staate zu vereinen, der unter der Oberhoheit der Pforte unter denselben Bedingungen zu stehen hätte, wie dies mit dem bisherigen Fürstentum der Fall gewesen. Hat Serbien die genannten türkischen Provinzen annektiert, so wird Oesterreich-Ungarn einen Teil Bosniens bis zum Vrbas und zur Narenta besetzen. Sollte wegen der Annexion die Türkei Serbien angreifen, so wird das Fürstentum mit Hilfe Oesterreich-Ungarns zu einem unabhängigen Staat proklamiert. Georgewitsch erwähnt diesen Vorschlag als im Herbst 1870 erfolgt. Andrássy hat sich mit der eventuellen Einverleibung im Herbst 1869 befaßt. Im Jahre 1870 war nicht mehr die Rede davon.

[5]) Georgewitsch, „Die serbische Frage“, S. 46.

wesen wäre, die Neutralität zu behaupten, und weil ferner ein Feldzug an der Seite unserer Monarchie gegen den Zaren den Gefühlen aller Slawen, daher auch denen der Serben, schnurstracks widersprochen haben würde.[1]) Die serbische Regierung kam gar nicht in die Lage, den angeblichen Vertrag zurückzuweisen, aus dem einfachen Grunde, da er ihr gar nicht vorgelegt wurde. Am wenigsten im Namen Andrássys, wie Ristić bebehauptet.[2]) Der ungarische Ministerpräsident beschäftigte sich wohl, was unleugbar ist, mit derartigen Plänen. Er durfte sich aber freuen, daß es nicht zu deren Verwirklichung gekommen. Es wurde ihm dadurch, wie er nachher selbst eingesehen,[3]) ein politischer Fehler erspart, der nur aus dem Bestreben entsprungen wäre, die Serben aus Feinden zu Freunden der Monarchie zu machen. Andrássy scheint hierbei der Gedanke vorgeschwebt zu haben, gegen Ueberlassung von Bosnien und der Hercegovina, die Serben für alle Eventualitäten zu Wächtern unserer südlichen Grenze zu machen. Konnte aber ihren Versicherungen Glauben geschenkt werden, daß sie als Preis für die Erwerbung Bosniens und der Hercegovina allen Aspirationen über die Save hinaus entsagen würden, daß sie dann nichts weiter von ihren ungarischen Stammesverwandten wissen wollen, von denen sie ohnehin durch natürliche Grenzen getrennt seien?[4]) Selbst wenn derartige Zusagen, woran wir nicht zweifeln wollen, in dem Moment vollkommen aufrichtig gemeint waren, so hätte ein erweitertes Serbien ja gar nicht die Macht besessen, die Anziehungskraft auf die ungarischen Serben abzuwehren. Mit der Zeit wäre an unserer Grenze ein großserbisches Reich — der Traum aller Südslawen — entstanden, als stete Gefahr für unsere staatliche Existenz. Daß aber Andrássy jetzt lieber auf einen ihn wichtig dünkenden Vorsatz verzichtete, als sich für dessen Befürwortung durch Frankreich die Hände binden zu lassen, spricht am deutlichsten dafür, wie wenig er mit Beusts politischer Denkungsart einverstanden war. Was ihm von dessen geheimen Intentionen und vorläufigen Verabredungen bekannt geworden, mahnte ihn doppelt zur Vorsicht und erweiterte von Tag zu Tag die Kluft zwischen den beiden maßgebendsten Staatsmännern der Monarchie. Empfand Andrássy

---

[1]) Georgewitsch, „Die serbische Frage", S. 47.

[2]) Georgewitsch, a. a. O., S. 46.

[3]) Nachträgliche Einschaltung im Tagebuch Baron Orczys zum Jahre 1869.

[4]) Kállay an Andrássy, Belgrad, 10. Oktober 1869. Gräfl. Andrássysches Archiv.

auch Dankbarkeit für das Land, in dem er die Jahre seiner Verbannung verbracht, so ward die Erkenntlichkeit für das gewährte Asyl doch bei weitem überwogen von der Erkenntnis der Gefahr, der Beust mit seiner Politik zusteuerte. Andrássy war in erster Reihe ausgesprochener Realpolitiker, dem höher als alles andere die unversehrte Integrität der Monarchie stand, die er durch die Bestrebungen des Reichskanzlers bedroht sah. Nicht wieder sollte wie 1866 durch unglückliche Hände der Staat an den Rand des Abgrundes geführt werden. Als verantwortlicher Minister Ungarns forderte er seinen Anteil an der Bestimmung über das künftige Schicksal der Monarchie. Beust sollte es nicht gestattet sein, ohne eventuelle Einsprache Ungarns, die nicht zu spät kommen durfte, verderbliche Politik zu treiben. Darum hatte Andrássy schon Anfang des Jahres 1868 darauf gedrungen, daß dem bisherigen ungarischen Abgeordneten Baron Béla Orczy, als seinem Vertrauensmanne, eine hervorragende Stelle im Ministerium des Aeußern eingeräumt werde. Die Entsendung Orczys, die Beust gerade keine besondere Freude bereitete,[1]) erfolgte unter Zustimmung des Kaisers mit der bewußten Absicht, daß er Andrássy über alle Vorgänge der äußeren Politik unterrichte.[2]) Keine geeignetere Persönlichkeit als Baron Orczy, der bald zum Sektionschef im Ministerium des Aeußern ernannt wurde, hätte für die heikle Mission erwählt werden können. Ein hochgebildeter,[3]) vollkommen unabhängiger Magnat, verband Orczy mit einem wohlwollenden, entgegenkommenden Charakter Klugheit und ruhige Ueberlegung. Nie hat er seine Stellung mißbraucht, um durch Anzettelung von Intrigen zwischen den beiden Ministern, was ihm so leicht gewesen wäre, den eigenen Einfluß zu stärken. Vielmehr hat er es selbst in äußerst schwierigen Lagen verstanden, bestehende Gegensätze zu mildern und auszugleichen.[4]) Nichts spricht mehr für Orczy, als daß er auf dem verantwortungsvollen Posten, auf dem er anfangs nur scheelen Blicken begegnete,[5]) sich sowohl das Vertrauen Beusts als auch Andrássys durch Ehrlichkeit und ein wahrhaft

---

[1]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 17. März 1868 (ung.).

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, der sehr wohl von der Bestimmung Orczys unterrichtet war, führt seine Ernennung nur auf den Mangel eines „Dolmetschers" in der ungarischen Delegation zurück.

[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 175.

[4]) Ibidem. Trotzdem spricht Beust von ihm nur als von einem „Beamten", dessen er sich zu „beloben gehabt".

[5]) Tagebuch Baron Orczys, 4. Mai 1868 (ung.).

sympathisches Wesen zu bewahren wußte.[1]) Für Andrássy, der ja fern von Wien weilte, war es von höchster Bedeutung, einen Mann von den unschätzbaren Eigenschaften Orczys als Informationsorgan im Ministerium des Aeußern zu besitzen.[2]) Das war um so wichtiger, als Beust gegen den Sommer 1868 sich schon etwas kühner auf das Terrain herauswagte, das er zum Schauplatz seiner Wirksamkeit erwählte. Mit großer Besorgnis nahm Andrássy wahr, wie sich die Konturen eines bevorstehenden Konfliktes immer deutlicher zeigten. Höchst unangenehm war es ihm, daß Beust im geheimen die Leidenschaften in den von Preußen neuerworbenen Gebieten aufstachelte, was wieder Bismarck damit beantwortete, daß er durch Geldsendungen nach Ungarn die Erregung und den Widerwillen gegen den Ausgleich von 1867 zu nähren trachtete.[3]) Nicht minder wurde Andrássys Sorge um die Erhaltung des Friedens, auf den er im Interesse des Wohlstandes der Monarchie das größte Gewicht legte, dadurch gesteigert, daß Beust sehr gerne bereit gewesen wäre, Napoleon in einem Waffengange mit Preußen hilfreich beizuspringen. „Nicht wir," sagte damals Andrássy zu Orczy, „dürfen den Vorwand dazu schaffen, daß Preußen und Frankreich aneinander geraten. Im Sinne des Prager Friedens haben wir uns nicht darum zu kümmern, wie Preußen den Einigungsprozeß bewerkstelligt. Wenn Preußen die süddeutschen Staaten verletzt, so ist das ihre Sache, und wir hätten jedenfalls eine günstigere Stellung, wenn man uns ruft und von uns Hilfe verlangt, als wenn wir durch ein fortgesetztes und ungerechtfertigtes Wühlen den Anlaß dazu bieten, daß Preußen uns durch die Unterstützung und Aufstachelung unserer Ultras beunruhigt. Viel vorteilhafter wäre es für uns," fuhr er fort, „wenn wir Bismarck gegenüber eine offene Sprache führen und ihm sagen würden: ‚Wir mischen uns nicht in den deutschen Einigungsprozeß, aber wir verbieten es uns auch, daß man sich in unsere Angelegenheiten menge.'"[4]) Mit Unbehagen mußte bei solcher Auffassung der Lage Andrássy die Wahrnehmung erfüllen, daß Beust keine

---

1) Przibram, „Erinnerungen", S. 256.

2) Von den zahlreichen Privatbriefen, in denen Orczy dem von ihm hochverehrten, viel jüngeren Andrássy eingehenden Bericht über die auswärtige Politik erstattete, sind leider nur einzelne Stücke erhalten. Die anderen wurden beim Austritt Andrássys aus dem Ministerium des Aeußern verbrannt. Ein nicht zu ersetzender Verlust!

3) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 4. Mai 1868 (ung.).

4) Ibidem.

Gelegenheit ungenützt ließ, um Bismarck zu reizen. Auf dem zu Wien im August 1868 stattgefundenen Bankette des dritten deutschen Schützenfestes hatte Beust eine längere, mit großem Beifall aufgenommene Rede gehalten, in der er von „Oesterreichs Fühlung mit Deutschland" sprach,[1]) was in seinem Sinne Fühlung Oesterreichs mit Süddeutschland bedeutete. Schon der Umstand, daß Wien den Versammlungspunkt eines deutschen Schützenfestes bildete, hatte unangenehm in Preußen berührt. Die offizielle „Weser-Zeitung" nannte das Bundesschießen, auf dem hauptsächlich Süddeutsche und Sachsen vertreten waren, das „Rendezvous der Besiegten von 1866". Das Fest erregte aber auch Anstoß bei der herrschenden Partei in Ungarn. Der „Pesti Napló" — gewiß unter der Einwirkung Andrássys — veröffentlichte damals einen geharnischten Artikel gegen das Bundesschießen und Beusts Rede. Das Organ der Deákpartei verurteilte die dabei zutage getretene Gravitation nach Deutschland, durch die sich Ungarn „verletzt und gewarnt" fühle. Die Aufgabe des ungarischen Reichstages und der ungarischen Regierung, erklärte das Blatt, müsse es sein, der Wahrheit Geltung zu verschaffen, „daß in der äußeren und inneren Politik des österreichisch-ungarischen Staates Ungarn maßgebend, Schwer- und Mittelpunkt sei, daher alle Bestrebungen, die in anderer Richtung gehen, entschieden und energisch verhindert werden". Beust hätte wirklich richtiger gehandelt, wenn er, seinem ersten Impulse folgend,[2]) dem Feste ferngeblieben wäre. Allein die Sucht, im Angesicht der in Wien erschienenen Deutschen großdeutsche Politik zu treiben, hatte ihn verleitet, seine Gasteiner Kur zu unterbrechen und nach seinem Ministerpalais auf dem Ballplatze zurückzukehren.[3]) Manch unangenehme Stunde würde

---

[1]) Beusts Rede in dessen „Aus drei Viertel-Jahrhunderten", Bd. II, S. 208 bis 211. Die so großes Aufsehen erregende und vielfach beanstandete Stelle in der Rede Beusts lautete: „Oesterreichs Fühlung mit Deutschland, das ist etwas, was gewiß keine Partei in Deutschland — und ich darf keck hinzufügen — keine Nationalität in der österreichischen Gesamtmonarchie zurückweist. (Zustimmung.) Will man aber, meine Herren, das deutsche Element in Oesterreich zum Träger dieses Gedankens machen, dann darf man es nicht von den anderen Stämmen trennen, die mit gleicher Berechtigung, mit gleicher Treue, mit gleich erprobter Tapferkeit und Hingebung dem Reiche angehören. (Beifall.) Die Vereinigung, die Eintracht aller unter dem Zepter unseres erhabenen Kaisers lebenden Völker ist es, welche allein die Erfüllung jener kulturhistorischen Mission Oesterreichs verbürgen kann, welche im Interesse Oesterreichs und im Interesse Deutschlands ist."

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 207.

[3]) Ibidem.

er sich durch die Abwesenheit erspart haben. Der Artikel des „Pesti Napló", dem der „Pester Lloyd" sekundierte, gellte Beust noch lange in den Ohren nach. Seit geraumer Zeit hatte ihn nichts so peinlich berührt,[1]) wie die Angriffe der Zeitungen, bei deren Lektüre der Minister, nach seiner eigenen Bemerkung, gleichsam aus den Wolken fiel.[2]) Kaum nach Gastein zurückgekehrt, empfand er das Bedürfnis, sich Andrássy gegenüber auszusprechen. „Daß meine Rede," schrieb er an den ungarischen Ministerpräsidenten, „auf die süddeutsche Demokratenpartei wie ein kaltes Sturzbad wirken, daß der Ultratschechismus sich dagegen auflehnen würde, hierauf war ich gefaßt." Selbst darauf schien er vorbereitet zu sein, daß seine Worte, in schlechter Uebersetzung verbreitet, vielleicht in Paris keinen günstigen Eindruck machen würden. „Daß man aber in Ungarn," fährt er fort, „deren (der Rede) Bedeutung so ganz verkennen und übersehen konnte, daß sie wie ein Lichtstrahl in die chaotische Verwirrung hineinfiel, welche ultragermanischer Schwindelgeist hervorzurufen bestrebt war, hierzu fehlt mir, aufrichtig gesagt, alles und jedes Verständnis." Als ob er nichts gesagt und nichts gesprochen, was an die eben abgetane Politik der Einmengung in die deutschen Angelegenheiten zu erinnern vermöchte, tat Beust äußerst erstaunt darüber, daß man ihm in Ungarn die von ihm betonte „Fühlung mit Deutschland" verüble. „Wenn wir," heißt es in dem Briefe, „mit den deutschen Stammesgenossen keine Fühlung behalten sollten, mit wem sollen wir eine solche haben? Etwa mit Rußland? Und da diese gewiß nicht in der Absicht der ungarischen Blätter liegen kann, sucht man von dieser Seite etwa eine Allianz mit Frankreich und will uns zu einer solchen drängen?"[3]) Welch gleißnerische und scheinheilige Sprache in dem Munde eines Mannes, der sich stellt, als wollte man ihn gegen seine Neigung zu einer Verbindung mit Frankreich zwingen, während er bereits auf dem besten Wege war, diese zu einer Tatsache zu gestalten. Nicht ohne einen gewissen Beigeschmack des Komischen ist es, wenn er gleichzeitig Andrássy gegenüber bemerkt, er sei sicher, dieser werde seine Frage, ob man ihn denn zur Allianz mit Frankreich nötigen wolle, mit einem entschiedenen Nein beantworten.[4]) Mit

[1]) Beust an Andrássy, Wildbad Gastein, 13. August 1868. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

dem an den ungarischen Ministerpräsidenten gerichteten Brief war es Beust nur darum zu tun, daß Andrássy die Angriffe der ungarischen Blätter desavouiere; der Eindruck sollte verwischt werden, als seien sie auf Befehl der ungarischen Regierung erfolgt. Die Außenwelt sollte ihn nur in schönster Harmonie mit Andrássy sehen. „Lassen wir," apostrophiert er den ungarischen Ministerpräsidenten, „das Unkraut nicht unter dem Weizen wuchern, sondern jäten wir es rechtzeitig aus, sonst könnte es diesen ersticken."[1]) Mochte er auch versichern, daß selbst weitere hundert ähnliche Artikel, wie die letzten des „Pesti Napló" und des „Pester Lloyd" über das Schützenfest seinen freundschaftlichen Gefühlen für Graf Andrássy keinen Abbruch zu tun vermöchten,[2]) so war doch der Riß zwischen ihren Anschauungen schon ein zu tiefgehender, um noch verhüllt werden zu können.

Unmöglich vermochte Andrássy, ohne die Monarchie gefährlichen Wirren auszusetzen, der Politik Beusts willig zu folgen. Nach außen hin hatte dieser eine Richtung eingeschlagen, die alles eher als von Nutzen für Oesterreich-Ungarn sein konnte. Sprach der Reichskanzler in der Delegation auch nur von „sehr guten, freundlichen Beziehungen zur französischen Regierung",[3]) so war es doch gewiß, daß er in seiner Rede mehr verschwieg, als er zugab. Schon zur Zeit der Delegation von 1868 wurden zwischen Wien und Paris Unterhandlungen über einen Dreibund gepflogen, der Frankreich, Oesterreich-Ungarn und Italien umfassen sollte. Aus sicherer Quelle hatte Andrássy September 1868 erfahren, daß der ehemalige sächsische Diplomat Graf Vitzthum, den Beust in Paris und London für geheime Missionen verwendete,[4]) mit „seltsamen Plänen" nach Wien gekommen war. Sie schienen Baron Orczy, dem der ungarische Ministerpräsident hiervon Mitteilung machte, so heikler Natur, daß er es nicht einmal wagte, sie seinem Tagebuche anzuvertrauen.[5]) Graf Vitzthum, in den Künsten der politischen Intrige ebenso bewandert wie der Reichskanzler selbst, wurde von ihm, zum Verdrusse der österreichischen Diplomaten, zum Gesandten in Brüssel ernannt, um so Paris näher zu sein. Er war vollkommen eingeweiht in alle Absichten Beusts. Vitzthum, durch

---

1) Beust an Andrássy, Gastein, 13. August 1868. Gräfl. Andrássysches Archiv.

2) Ibidem.

3) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 251.

4) Tagebuch des Baron Orczy, 19. September 1868 (ung.).

5) Ibidem.

den der Reichskanzler auch ein Bündnis mit England betrieb, war der Ueberbringer von gegen Preußen gerichteten Anträgen Napoleons, die durch den angeregten Dreibund verwirklicht werden sollten. Als Entschädigung für die aktive Teilnahme Oesterreich-Ungarns an einem eventuellen Kriege zwischen Frankreich und Preußen bot Napoleon die Wiedereroberung der früheren Macht in Deutschland an.[1]) Dagegen sträubte sich der gesunde politische Sinn Andrássys. „Wenn wir wieder," äußerte er zu Baron Orczy, „hinter der Rückgewinnung der deutschen Stellung herlaufen, dann haben wir uns bisher vergebens bemüht, und alle unsere Erfolge waren ziellos. Schon früher, als unser Rücken gedeckt war, bildete dessen Verteidigung eine mühevolle Aufgabe, nunmehr aber, wo wir im Orient bedroht sind, gehört die Erhaltung der deutschen Stellung überhaupt zu den Unmöglichkeiten." Seiner Ansicht nach müßte für immer mit den „deutschen Velleitäten" gebrochen werden. In dem bevorstehenden Kriege zwischen Preußen und Frankreich dürfe die Monarchie keine andere Rolle als die eines Zeugen zwischen zwei Duellanten einnehmen und nicht im entferntesten etwas tun, was an bewaffnete Neutralität erinnern könnte. „Das wäre," fuhr Andrássy fort, „die dümmste Position, weil sie nur Unzufriedenheit erzeugen und keinen Nutzen stiften würde. Auch Napoleon ist seine bewaffnete Neutralität im Jahre 1866 sehr schlecht bekommen." Der ungarische Ministerpräsident möchte verhindern, daß das unglückselige Beispiel des Kaisers Napoleon auch von Oesterreich-Ungarn befolgt werde. Seinem ganzen Charakter nach, der stark abstach von der Winkelzüge und Schleichwege bevorzugenden Natur Beusts, bekämpfte Andrássy jedes hinterhältige Benehmen. „Aufrichtig," äußerte er zu Orczy, „müssen wir erklären, daß wir uns zu voller Neutralität bekennen. Wenn es uns gelingt, dadurch den Frieden aufrechtzuerhalten, um so besser; wir bedürfen der Ruhe, um uns zu sammeln, und wenigstens bedrohen wir niemand. Bricht trotzdem der Krieg aus, dann können wir unsere Kräfte vereinen, damit kein Dritter, sei es Rußland oder die christlichen Nationalitäten der Türkei, sich einmenge. Damit haben wir auch Frankreich gegenüber unserem guten Willen genügenden Ausdruck gegeben." Andrássy legte alles Gewicht darauf, daß Preußen jeder Verdacht an der Aufrichtigkeit der Absichten der Monarchie benommen werde. Nie dürfe dort die Meinung aufkommen, daß

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 31. Oktober 1868 (ung.).

es Oesterreich-Ungarn im gegebenen Falle beikommen könnte, seine Macht gegen das eventuell geschlagene Preußen verwenden zu wollen. Von ehrlicher, unzweideutiger Sprache erhoffte der ungarische Ministerpräsident einen nicht hoch genug anzuschlagenden Erfolg. Sie werde, wie er überzeugt war, dann Bismarck jeden Anlaß nehmen, in Rumänien, Böhmen und Ungarn zu schüren; besonders werde er dann aufhören dahin zu wirken, daß in den demnächst zu wählenden ungarischen Reichstag nur der äußersten Linken angehörige Deputierte gelangen. Um so mehr werde der norddeutsche Bundeskanzler dies Ziel zu erreichen streben, als er sehr wohl wisse, daß mit dem Sturz der jetzigen ungarischen Regierung auch Zisleithanien zur Unvermögenheit verurteilt sei. Wie sehr aber auch Andrássy die preußische Regierung über die Aufrichtigkeit der Haltung der Monarchie beruhigt sehen wollte, so sollte doch auch volle Klarheit darüber bestehen, daß wir mit unserer ganzen Kraft sofort zur Verteidigung unserer Interessen bereit sind, wofern ein Dritter Miene machen sollte, uns anzugreifen.[1])

Mit den Ansichten des ungarischen Staatsmannes schien es aber gar nicht zu stimmen, daß Dezember 1868 im „Pesti Napló" zwei Artikel erschienen, die in der Behauptung gipfelten: die Ueberschreitung der Mainlinie von seiten Preußens würde nicht nur für Oesterreich, sondern auch für Ungarn einen Kriegsfall bilden. Die Erklärung des Organes der Deákpartei machte um so größeres Aufsehen, als sie solchen geheimen Wünschen der Revanchepartei entgegenkam, die öffentlich auszusprechen es ihr bisher am nötigen Mut gebrach.[2]) Helle Freude herrschte jetzt in deren Kreisen. Nun hieß es: „Denken derart die Ungarn, dann brauchen wir ja erst recht nicht länger unser Licht unter den Scheffel zu stellen und weiterhin den Stummen zu spielen."[3]) Sofort setzten in diesem Konzert auch die Stimmen der antipreußischen Blätter ein, das gleiche Thema variierend. Doch war es eine arge Täuschung, wenn man die Aeußerungen des „Pesti Napló" für die Gesamtmeinung der Deákpartei hielt. Sie gab nur die Ansicht des Titularbischofs Danielik wieder, der wohl ein Deákist war, aber als solcher absolut kein Ansehen besaß. Es war dies derselbe Danielik, der anfangs der sechziger Jahre dem

---

1) Das Ganze auf Grundlage des Tagebuches des Baron Orczy, 31. Oktober 1868 (ung.).

2) Tagebuch des Baron Orczy, Dezember 1868 (ung.).

3) Ibidem.

damaligen Polizeiminister Mecséry gegen gute Entlohnung seine Dienste zur Begründung einer Regierungspartei angeboten hatte, ohne jedoch mit diesem Plane durchzudringen.[1]) Noch ist es unaufgeklärt, ob Danielik auf eigene Faust oder unter dem Einfluß dritter Personen seine Artikel schrieb. In den „Pesti Napló“ konnten sie um so leichter gelangen, als dessen Redakteur, Baron Sigmund Kemény, einer der ausgezeichnetsten ungarischen politischen Schriftsteller und Romandichter seiner Zeit, eine ebenso merkwürdige wie originelle Figur des öffentlichen Lebens in Ungarn, mitunter in seiner Bequemlichkeit die Spalten des von ihm geleiteten Blattes Artikeln öffnete, die er gar nicht vorher gelesen hatte.[2]) Im Ministerium des Aeußern scheint man offenbar von den Sonderlichkeiten Keménys keine Kenntnis gehabt zu haben. Sonst würde man dort etwas vorsichtiger gewesen sein und nicht sofort Danieliks Artikel für die Stimmung von ganz Ungarn genommen haben. Man saß einfach auf. Sektionschef von Hofmann, Freiherr von Biegeleben und andere Herren des Ministeriums des Aeußern gratulierten Baron Orczy zu den als „epochal“ gekennzeichneten Artikeln.[3]) Die auswärtige Presse erhielt vom Preßbureau des Ministeriums des Aeußern die Weisung, die Mainlinienfrage im Danielikschen Sinne zu behandeln. Der Herzog von Gramont, der Wiener französische Botschafter, dem kein höheres Ziel als der Abschluß einer französisch-österreichisch-ungarischen Allianz vorschwebte und der dafür seine ganze Kraft einsetzte, war hoch erfreut über den Zwischenfall. Er kalkulierte ganz richtig, daß, wenn wir drohen, man nach außen hin die Allianz bereits als ein Fait accompli betrachten werde. Sofort berichtete Gramont an seine Regierung darüber, welch gute Folgen es haben werde, wenn wir den Krieg vorbereiten, dazu den Vorwand schaffen und gleichsam für Frankreich die Kastanien aus dem Feuer holen.[4]) Richtiger urteilte Graf Castellane, der französische Konsul in Pest, der gleichfalls nach Paris Bericht erstattete. Besser unterrichtet als Gramont, machte er das französische Ministerium auf den Irrtum aufmerksam, als drückten die Artikel des „Pesti Napló“ die in der Deákpartei herrschende Ansicht aus. Gleichzeitig mahnte

---

[1]) Siehe sechstes Kapitel.

[2]) Max Falk, „Zeit- und Charakterbilder“, S. 61/62 (ung.). Baron Orczy sagt ausdrücklich in seinem Tagebuch, Dezember 1868, daß Kemény die Danielikschen Artikel nicht gelesen habe.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. Dezember 1868 (ung.).

[4]) Ibidem, Dezember 1868 (ung.).

er auch Gramont zur Vorsicht.[1]) Damit jedoch kam er schon zu spät. Gleich nach dem zweiten Artikel Danieliks hatte Andrássy erkannt, daß Baron Kemény durch dessen Veröffentlichung einen argen Verstoß begangen. Auf seine Veranlassung beschloß der Deákklub die Desavouierung. Im „Pesti Napló“ erschien infolgedessen ein kleines Entrefilet, in welchem erklärt wurde, die beiden Artikel enthalten nur die Meinung eines Privatmannes, mit der die Deákpartei nichts zu schaffen habe. Nun gab es im Ministerium des Aeußern lange Gesichter. Sektionschef Hofmann erschien mit dem Ausdruck der Verzweiflung bei Baron Orczy, dem er sagte, die jüngste Publikation des „Pesti Napló“ kompromittiere den Reichskanzler und beleidige ihn so schwer, „daß er imstande sei, zu gehen“. Hofmann verstieg sich zu der Bemerkung, der „Pesti Napló“ ermuntere förmlich durch seine neueste Erklärung Preußen zur Ueberschreitung der Mainlinie; wenn die Monarchie dies dulde, fügte er hinzu, werden die deutsch-österreichischen Erbländer von nun an nur die Vereinigung mit Deutschland im Sinne haben.[2]) Auch Beust, der bisher in der Illusion gelebt, Ungarn werde nie das Uebertreten der Mainlinie ruhig hinnehmen und es deshalb selbst zu einem Krieg kommen lassen, war ganz erschüttert durch die ihm bereitete Enttäuschung. In lebhaftester Weise beklagte er sich bei Orczy, wie man ihn bloßstelle und Lügen strafe; denn das Desaveu des „Pesti Napló“ bedeute doch so viel, als hätte er die Danielikschen Artikel veranlaßt. Der Reichskanzler verlangte von Orczy, er möge Andrássy auffordern, die üble Wirkung der letzten Erklärung des „Pesti Napló“ zu mildern.[3]) Sofort antwortete der ungarische Ministerpräsident, das Desaveu sei schon mit Rücksicht auf die ungarische Opposition nötig gewesen, die sonst mit Recht im Lande die Auffassung hätte vertreten können, die Deákpartei gedenke die Ueberschreitung der Mainlinie zu einem Kriegsfall zu machen. Eine solch mächtige Waffe zum Zwecke der Agitation bei den bevorstehenden Wahlen durfte ihr nicht in die Hand gegeben werden, um so weniger, als Beusts Aeußerungen in den Delegationen in entschiedenem Gegensatze zu den Danielikschen Artikeln stünden. Wenn man, meinte Andrássy, mit einer Million Wähler zu rechnen hat, das Wohl und Wehe der Monarchie von der Mehrheit der neuen Wahlen abhängt, muß alles vermieden

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. Dezember 1868 (ung.).
[2]) Tagebuch des Baron Orczy, Dezember 1868 (ung.).
[3]) Ibidem.

werden, was das Hereinströmen preußischer Taler zur Beeinflussung derselben zu verhindern vermag. Im übrigen ließ der ungarische Ministerpräsident Beust versichern, daß ihn die ungarische Regierung in der auswärtigen Politik unterstützen werde und er absolut keinen Grund habe, an der Loyalität der Deákpartei zu zweifeln.[1]) Der Reichskanzler war von all dem unbefriedigt geblieben. Neuerdings forderte er Orczy auf, Andrássy zu irgendeinem Schritte in seinem Interesse zu bewegen.[2]) Mittlerweile bemächtigten sich die Wiener Zeitungen, die sehr bald gemerkt hatten, daß Beust und das auswärtige Preßbureau den Danielikschen Artikeln aufgesessen waren, des Streitfalles. Indem sie Stellung gegen Andrássy nahmen, spöttelten sie über sein Streben nach der Reichskanzlerwürde und daß tatsächlich bereits der ungarische Ministerpräsident und nicht mehr Beust Minister des Aeußern sei. Nun entschloß sich Andrássy, doch etwas zu tun, was vor der Welt den zwischen ihm und Beust bestehenden Gegensatz in der Behandlung der äußeren Politik in milderem Lichte erscheinen lassen sollte. Er veranlaßte Max Falk, den berühmten und geistvollen Redakteur des „Pester Lloyd“, einen Artikel zu schreiben, der nur so viel besagen sollte, daß Ungarn unmöglich für die Erhaltung der Mainlinie Krieg führen könne. Ein so hervorragender Schriftsteller auch Falk war, schoß er diesmal doch übers Ziel. Die bestehende Kluft wurde durch den sensationellen Weihnachtsartikel, auf dessen Form Andrássy absolut keinen Einfluß nahm, nicht überbrückt, sondern nur noch mehr erweitert.[3]) Anstatt einfach bei der von Andrássy aufgestellten Thesis zu bleiben, daß Ungarn aus der Mainlinienfrage keinen Kriegsfall machen könne, ging Falk einen Schritt weiter und ließ sich auf eine Erörterung der Stellung des ungarischen Premiers zur Politik Beusts ein. Graf Andrássy, schrieb Falk, ist weder von Leidenschaft für die Mainlinie noch auch sonst von kriegerischen Gelüsten erfüllt. Selbst wenn er es wäre, könnte er keinen Delegierten finden, der irgendeinem Minister, welchen Namen er immer trage, einen Heller oder einen Mann bewilligen würde, um die Mainlinie gegen einen Einbruch Preußens oder aber Süddeutschland am Eintritt in den Nordbund zu hindern. „Und was,“

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, Dezember 1868 (ung.).

[2]) Ibidem.

[3]) So äußerte Andrássy selbst zu Freiherrn von Werther (dessen Depesche vom 5. Januar 1869), was auch Orczy in seinem Tagebuch, Dezember 1868, bestätigt. Kónyi, „Beust und Andrássy“, „Deutsche Revue“ 1890, stellt den Sachverhalt etwas anders dar.

fuhr Falk fort, „von Graf Andrássy gilt, das gilt auch von Graf Beust, es muß auch von ihm gelten. Oesterreich kann keinen Krieg führen, wenn ihm nicht die reichen Mittel Ungarns zur Verfügung stehen, und Graf Andrássy kann ihm diese Mittel nicht zur Verfügung stellen, wenn es sich um die Mainlinie, um den Süddeutschen Bund oder überhaupt um irgendein anderes Interesse handelt, als um den Bestand und die Integrität der österreichisch-ungarischen Monarchie. Graf Beust ist ein kluger Staatsmann; er will gewiß nur, was er kann; er kann nur das, was Ungarn will. Es besteht somit schlechterdings kein Gegensatz, der uns zur Lossagung von der Politik Beusts veranlassen könnte." [1]) Ungeachtet der besonderen Hervorhebung, daß kein Gegensatz bestehe, brachte gerade der Schlußpassus des Falkschen Artikels den Reichskanzler ganz aus dem Häuschen. Hofmann, der, wie es scheint, den Zwischenfall benutzte, um seinen Chef gegen Andrássy noch mehr in Harnisch zu bringen, wiederholte, was er schon früher erwähnt, daß Beust „dies nicht aushalte und imstande sei, zu gehen". Nun schien es Orczy höchste Zeit zu sein, beruhigend auf den Reichskanzler einzuwirken. Als er in dessen Arbeitszimmer trat, fand er ihn äußerst niedergeschlagen. Seine Beschwichtigungsversuche erwiderte Beust mit Klagen über die Ungarn, die ihm, wofern sie ihn nicht durch eine zustimmende Erklärung in seiner Politik unterstützen, seine Stellung unhaltbar machen. Hierauf schrieb Orczy an Andrássy, er möge so rasch als möglich nach Wien kommen, da Beust sich ernstlich beleidigt fühle. Die Lage sei um so bedenklicher, als die Feinde des Reichskanzlers im geheimen hetzen in der Hoffnung, daß, wenn Andrássy und Beust sich gegenseitig befehden, ihre Zeit gekommen sei.[2]) Die Situation wurde noch durch die auf der ganzen Linie entbrannte Zeitungsfehde verschärft. Die preußischen Blätter machten unsere Monarchie für den damals ausgebrochenen türkisch-griechischen Streit verantwortlich und stellten uns direkt als die Ruhestörer des Friedens hin. Natürlich blieben auch die Wiener Blätter die Antwort nicht schuldig. Die gegenseitigen Anklagen wollten kein Ende nehmen. Da entschloß sich Andrássy infolge der Aufforderung Orczys nach Wien zu reisen, wo er am 30. Dezember 1868 in sehr erregter Stimmung eintraf. Dem ihn empfangenden Orczy machte er lebhafte Vorwürfe darüber, wie er ihm nur zu-

---

[1]) „Pester Lloyd" vom 24. Dezember 1868.
[2]) Tagebuch Orczys, Dezember 1868 (ung.).

muten konnte, Beust Genugtuung zu geben, der mit seiner unheilvollen deutschen Politik alle Mächte gegen uns hetze und mit seinen schwankenden Grundsätzen eines schönen Tages uns lächerlich machen werde. Preußen, sagte er, brauchte die Hetzereien Beusts in den süddeutschen Staaten nur übelzunehmen, wo wir dann nicht in der Lage wären, uns tüchtig zu verteidigen und zu einem schändlichen Rückzuge genötigt wären. „Zu einer solchen Politik," betonte Andrássy aufs nachdrücklichste, „gebe ich meinen Namen nicht her; ich will das begonnene Werk nicht aufs Spiel setzen; lieber trete ich zurück, als mich in eine schimpfliche Niederlage hineindrängen zu lassen, für die nicht ich die Verantwortlichkeit tragen mag. Ich möchte nicht wie Mensdorff, Belcredi und Esterházy im Jahre 1866 handeln, wo jeder die Entstehungsursache des Krieges von sich ablehnte und schließlich auf die Schultern Biegelebens[1]) überwälzte." [2]) Nach der Aussprache mit Orczy weigerte sich Andrássy, Beust sofort aufzusuchen, „ich müßte ihm sonst," wie er bemerkte, „alle Grobheiten ins Gesicht sagen".[3]) Dafür begab er sich zum Kaiser, den er noch in den Anschauungen großdeutscher Politik befangen fand. Es wurde ihm nicht leicht, den Monarchen von den Wegen abzubringen, die Beust betreten. Doch wagte er den Kampf, wohl wissend, daß er vor allem den Herrscher für sich gewinnen müsse, um Beust den Boden für seine weitere Aktionen abzugraben. Seine Vorstellungen verhallten nicht ungehört. Es machte auf den Kaiser tiefen Eindruck, als er ihn auf die Gefährlichkeit der vom Reichskanzler eingeschlagenen Richtung aufmerksam machte, wie sie alle bisherigen Errungenschaften gefährde und die Monarchie in einen Krieg verwickeln könnte, noch ehe die damals eben in Umgestaltung begriffene Wehrmacht vollkommen unter Dach und Fach gebracht worden. Der Kaiser verschloß sich nicht solch triftigen Gründen. Wie schwer es ihm auch fallen mochte, seinem Lieblingswunsche: der Wiedereroberung der Macht in Deutschland zu entsagen, erkannte er doch, bestimmt durch Andrássys Darlegungen, die unbedingte Notwendigkeit der Aufrechterhaltung der Neutralität in einem Kampfe zwischen Preußen und Frankreich. Ebenso sah er ein, es sei unumgänglich nötig, vor allem unseren Rücken gegen Osten hin zu schützen.[4]) Nach dem entschiedenen

---

[1]) Referent der deutschen Angelegenheiten im Ministerium des Aeußern.
[2]) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869 (ung.).
[3]) Ibidem.
[4]) Ibidem.

Erfolge im Kabinette des Kaisers hatte Andrássy leichtes Spiel mit Beust, zu dem er sich von da begab. Der Reichskanzler, der sich sehr empfindlich zeigte, versuchte seinen deutschen Standpunkt zu verteidigen. Der ungarische Ministerpräsident blieb unerbittlich. Gegenüber allen Beteuerungen von der Richtigkeit seiner Prinzipien hatte Andrássy nur eine Antwort: er sei sofort bereit, zurückzutreten, wofern Beust das Fingerziehen mit den Preußen nicht aufgebe; unmöglich könnte er es zugeben, daß sein Nàme in der Geschichte durch die Erinnerung an einen schimpflichen Rückzug gebrandmarkt werde. Der Reichskanzler merkte sehr bald, daß Andrássy nicht zum Nachgeben zu bewegen sei. Wiewohl er sich, was auch der Kaiser von ihm behauptete, noch „verschnupft" zeigte, so war er doch zu klug, um es zum Aeußersten kommen zu lassen. Konnte es ihm doch nicht entgehen, daß ein Bruch mit Andrássy unfehlbar seinen eigenen Sturz nach sich ziehen werde.[1]) Beust war nicht der Mann, der für seine Grundsätze das Amt opfert, an dem er mit allen Fasern seines ganzen Wesens hing. Er liebte die Macht, das Paradieren in der Oeffentlichkeit, und derartigen Naturen fällt es nicht schwer, rasch umzusatteln, wenigstens für so lange, als ihnen widrige Umstände herrschen. Der Reichskanzler ließ daher auf der ganzen Linie zum Rückzug blasen. Andrássy hatte den Frieden gerettet. Denn die feindliche Stimmung zwischen Wien und Berlin war bereits so weit gediehen, daß man in diplomatischen Kreisen schon vom Abbruch der diplomatischen Beziehungen zwischen Oesterreich-Ungarn und Preußen sprach.[2]) Bei solcher Lage der Dinge war es geradezu lächerlich, wenn die Preßorgane der Reichskanzlei es in alle Welt hinausposaunten, Andrássy habe eine kriegerische Politik betrieben, der nur allein die staatsmännische Weisheit Beusts die Spitze abgebrochen. Der Herzog von Gramont wußte wohl am besten, daß diese Behauptungen keinen Funken von Wahrheit enthielten. Ihm hatte ja Andrássy unmittelbar nach einer bewegten Unterredung mit Beust wörtlich gesagt: Glauben Sie nicht halben Worten und halben Versprechungen, wer immer es auch sei, der sie Ihnen gibt, lügt Sie an.[3]) Der ungarische Premier machte vor dem französischen Botschafter kein Hehl daraus, daß Napoleon absolut nicht auf das ungerüstete Oesterreich-Ungarn rechnen

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869 (ung.).

[2]) Ibidem.

[3]) Bericht Waecker-Gotters, Pest, 10. November 1870. Andrássy selbst teilte Waecker-Gotter seine Worte mit.

dürfe — eine Bemerkung, die Gramont mit dem Ausdruck des Dankes für die ihm bezeugte Aufrichtigkeit erwiderte. Nun wisse er wenigstens, fügte er noch hinzu, woran er sich zu halten habe.[1]) Von dem Momente an sprach der französische Botschafter nie wieder von Politik mit Andrássy.[2])

Aber auch der ungarische Ministerpräsident wußte, daß er nicht länger zögern dürfe, mit kräftiger Hand in das Wespennest von Intrigen und abenteuerlichen Plänen, die alle verschiedene Ziele anstrebten, einzugreifen. Die altfranzösische Adelspartei stand von Paris aus mit den Wiener hocharistokratischen reaktionären Kreisen in Verbindung, um in gemeinschaftlicher Minierarbeit den Ausbruch des Krieges zwischen Preußen und Frankreich zu fördern.[3]) Hoffte von dem Waffengang die altfranzösische Adelspartei den Sturz des Napoleonischen Kaiserreiches, so schmeichelten sich dagegen die Wiener Aristokraten, durch den Krieg die Demütigung Preußens und in letzter Linie die Wiederherstellung ihrer Herrschaft in Oesterreich herbeizuführen. Ihnen schloß sich Erzherzog Albrecht als das anerkannte Oberhaupt der Militärpartei an, die die Niederlage von 1866 noch nicht verwunden hatte und nichts sehnlicher wünschte, als im Kampfe gegen Preußen die erlittene Scharte der österreichischen Armee wieder auszuwetzen. Als Bundesgenosse bot sich das depossedierte hannoveranische Königshaus an, in dem die Anhänger der alten Zustände in den von Preußen neuerworbenen Provinzen ihren Führer sahen. Alle diese verschiedenen Parteien blickten vertrauend auf Beust, der unermüdlich rührig war, um den Revanchekrieg, das vornehmste Ziel seiner Lebensarbeit, vorzubereiten. Während er, woran ja absolut nicht mehr zu zweifeln ist, mit Frankreich und Italien über das Zustandekommen eines Dreibundes mit der Spitze gegen Preußen unterhandelte,[4]) wollte er Polen als eine feste Bastion gegen Rußland benutzen, um es als etwaigen Bundesgenossen Preußens von dieser Macht abzuschneiden. Bismarck, der gerade des russischen Freundes

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869 (ung.).

[2]) Waecker-Gotter, Pest, 10. November 1870. Selbst als Gramont nach seiner Ernennung zum Minister des Aeußern von Andrássy Abschied nahm und bei diesem eine Stunde verweilte, vermied es der französische Botschafter, auch nur mit einem Worte die Politik zu streifen. Dies erzählte Andrássy selbst dem norddeutschen Generalkonsul in Pest.

[3]) Bericht aus Pest, präsentiert 21. Februar 1869.

[4]) Wilhelm Busch, „Die Beziehungen Frankreichs zu Oesterreich und Italien".

benötigte, um mit dessen Hilfe den Wiener Hof in Schach zu halten, verfolgte Beusts polnische Pläne mit der größten Aufmerksamkeit. Werther hatte aus Wien berichtet,[1]) der Reichskanzler halte für den Fall äußerster Eventualitäten an der Idee fest, aus Galizien ein unabhängiges Königreich zu machen und Oesterreich für den Entgang dieser Provinz durch die Besitzergreifung „gewisser" Donauländer zu entschädigen. Die ganze Sache schien Bismarck durchaus nicht unbegründet; auch ohne daß darüber bestimmte Schriftstücke existierten oder daß aus der Rede des Reichskanzlers selbst Andeutungen hierauf hervorgingen, hielt es der norddeutsche Kanzler doch für zweifellos, daß Beust der Idee einer politischen Wiederbelebung der polnischen Nationalität und eventuell eines Ländererwerbes an den Donauländern festhalte, und zwar nicht nur für den Fall extremer Eventualitäten.[2]) Um so mehr glaubte Bismarck an das Bestehen derartiger Absichten, als sie schon zur Zeit des Krimkrieges vom Wiener Kabinett bei Friedrich Wilhelm IV. von Preußen angeregt worden waren, von dem er es dann selbst erfahren. Bismarck war überzeugt davon, daß diese Richtung der Politik von Wien aus nie aufgegeben worden und sie nunmehr eines der wesentlichsten Elemente der Beustschen Bestrebungen ausmache, um je nach den Umständen von ihr verwertet zu werden. Die Berechnung, meint Bismarck, ist eine falsche, daß ein solches Königreich nicht lebensfähig sei; eine andere Sache ist es, daß selbst der Versuch einer durch die österreichische Grenze vorläufig gedeckten Bildung desselben in Galizien durch eine von Rußland unterstützte Gegenbewegung neutralisiert und vereitelt werden könnte. Selbst wenn das polnische Reich mit einem Erzherzog als König, fügte er hinzu, nur als Schreckbild und zur Lahmlegung für Rußland benutzt werden sollte, würde die Berechnung falsch sein; denn sie setzt Verhältnisse voraus, wie sie nur zur Zeit der polnischen Insurrektion von 1830 vorhanden waren. Jetzt ist Rußland in seinen polnischen Provinzen in der Lage, einen Aufstand zu ersticken, ehe er sich entwickeln kann. Preußen knüpft also, resümiert der Bundeskanzler, gerade keine Besorgnisse an die diesfallsigen Pläne des Grafen von Beust; daß er aber solche Pläne hege und dieselben als ein bedeutsames Glied seiner französischen Allianzpolitik ansieht, ist wohl mehr als wahrscheinlich. Hatte Freiherr von

---

[1]) Werther, Wien, 4. Mai 1869.

[2]) Bismarck an Werther, Berlin, 11. Mai 1869.

Werther gemeint, die Ungarn würden nie den Ersatz Galiziens durch nichtungarische Länder als Verminderung ihres Einflusses zugeben, so war Bismarck hierin anderer Ansicht. Seine Auffassung der Lage zeigt, daß er Beust das Aeußerste, selbst die Zerstörung des soeben unter seiner Mitwirkung zustande gekommenen Ausgleiches vom Jahre 1867 zutraute, nur um der Revanchepolitik Geltung zu verschaffen. Eine Entschädigung Oesterreichs für Galizien, betonte der norddeutsche Kanzler, würde Graf Beust nach einem glücklichen Kriege wohl noch lieber in Deutschland als an der unteren Donau suchen. Schließlich aber würden nach einem glücklichen Kriege wohl auch die Wünsche der Magyaren selbst nicht mehr allzusehr ins Gewicht fallen und der letzte Gedanke doch wohl der sein, daß alle jetzt an Ungarn gewährten Privilegien nur einen vorübergehenden Ausnahmezustand bildeten, welchem eine neue Erhebung Oesterreichs ein Ende machen müßte.[1]) Die preußischen Staatsmänner waren vollkommen im Recht, wenn sie Beust eine entschiedene Kriegspolitik zuschrieben, die die gegenwärtige Machtverteilung für so lange als ein Provisorium betrachte, bis Oesterreich wieder sein Schwert in die Wagschale werfen könne.[2]) Diejenigen irrten daher, die meinten, er habe schon den Zeitpunkt zum Losschlagen bestimmt. Er war nur bemüht, die Hoffnungen aller, die sich durch 1866 benachteiligt fühlten, zu nähren,[3]) Rußland von Preußen zu trennen und Frankreich an Oesterreich sowie an Italien zu fesseln.[4]) Ohne den Krieg eigentlich schon jetzt zu wollen, trieb Beust dennoch durch seine unruhige, überall hintastende Politik dem Ausbruche desselben entgegen. Wäre Andrássy nicht in dem verhängnisvollen Momente energisch dazwischengefahren, so hätte die Welt gewiß im Jahre 1869 das grausige Schauspiel eines allgemeinen Weltbrandes erlebt, in den alle Staaten Europas verwickelt worden wären. Schon wurde die Sprache von Berlin aus immer drohender. Bereits erklärte die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung", so lange Beust an der Spitze der Geschäfte stehe, sei die Erhaltung des Friedens nicht gesichert.[5]) Die heftige Sprache des Bismarckschen Organes ließ Beust den Abgrund erkennen, an dem er gewandelt und dem er in fast un-

---

[1]) Bismarck an Werther, Berlin, 11. Mai 1869.

[2]) Graf Arnim an Bismarck, Rom, 10. Dezember 1868.

[3]) Ibidem.

[4]) Werther, Wien, 18. Mai 1869.

[5]) Wimpffen telegraphierte sofort den Inhalt dieses Artikels an Beust. Tagebuch des Baron Orczy, Mitte Januar 1869 (ung.).

glaublicher Sorglosigkeit zugeeilt war. Jetzt war der Fall eingetreten, den Andrássy vorausgesehen, als er zu Orczy äußerte, was zu tun wäre, wenn es Bismarck einfallen sollte, als Pfand des guten Einvernehmens den Rücktritt Beusts zu fordern. „Welche Rolle," sagte er, „würde ich dabei gespielt haben? Wäre nicht auf meine Schultern die Verantwortung dafür gewälzt worden, wenn ich gestattet hätte, daß einer derartigen Drohung entsprochen werde?" [1]) Nun meinte Beust selbst, daß Andrássy sehr richtig getan, als er die Danielikschen Artikel desavouieren ließ. Doch war er, der Eitle, der Ansicht, daß Andrássy ihm den Widerruf hätte überlassen sollen, wozu Baron Orczy bemerkt: „Jawohl, nur daß er (Beust) sich erst dann dazu entschlossen hätte, wenn es schon zu spät gewesen wäre." [2]) Wenn Beust sich auch dem Druck der Verhältnisse fügen mußte, so entsagte er doch nicht der weiteren Verfolgung seiner antipreußischen Pläne. Jetzt war es ihm ganz erwünscht, daß die Deákpartei aus den Wahlen des Jahres 1869 vermindert an Kraft und Stärke hervorging. Beust war kurzsichtig genug, zu meinen, Andrássy werde hierdurch gezwungen sein, seine Aufmerksamkeit von nun an mehr den internen Fragen zuzuwenden und daß ihm selbst infolgedessen ein freierer Spielraum auf dem Gebiete der äußeren Politik vergönnt sein werde. [3]) Darin täuschte sich freilich der Reichskanzler, wie so viele andere mit ihm. Kein Zweifel, daß im ersten Augenblicke der Ausfall der Wahlen, aus denen die äußerste Linke vermehrt an Zahl hervorging, in Wien den Nimbus der Deákpartei verdunkelte. [4]) Ebenso unleugbar ist es, daß Andrássy über dies Resultat, das sein Ansehen vor dem Monarchen und dem Ausland schwächen konnte, sehr verdrossen war. [5]) Da aber die ihm zur Verfügung stehende Majorität — 80 Deputierte ohne die für die Regierungspartei mitstimmenden 29 Kroaten [6]) — noch ansehnlich genug war, tröstete er sich rasch über den Verlust. In der ihm eigentümlich drastischen Ausdrucksweise äußerte er zu

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869 (ung.).

[2]) Ibidem.

[3]) Werther, 3. April 1869.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 21. März 1869 (ung.).

[5]) Ibidem, 22. und 23. April 1869 (ung.).

[6]) Im Sinne des ungarisch-kroatischen Ausgleiches von 1868 § 32 sendet der kroatische Landtag, die Stadt Fiume und den Küstenlanddistrikt nicht inbegriffen, 29 Abgeordnete in den ungarischen Reichstag zur Beratung gemeinsamer Angelegenheiten.

dem Pester norddeutschen Generalkonsul Baron Waecker-Gotter: Die Deákpartei hatte schon zuviel Bauch; sie ist jetzt ein wenig abgeschwitzt und wird darum nur um so besser laufen.[1] Das Selbstgefühl, das ihn beseelte, fand den lebendigsten Ausdruck in seiner Wahlrede, die das größte Aufsehen erregte und die man mit Recht als „epochal" bezeichnete.[2] Gegenüber dem Kampfe um das neu aufgeführte staatsrechtliche Fundament, wie ihn die Linke mit Aufrollung kommunistischer und anderer populärer Schlagworte von der Unabhängigkeit Ungarns führte, bildete Andrássys Wahlrede eine von staatsmännischem Geiste erfüllte Verherrlichung der Wohltaten des Ausgleiches von 1867. „Die Regierung," sagte er im Hinblick auf die Anklagen der äußersten Linken, „hat in keinem Punkte die Unabhängigkeit Ungarns aufgeopfert, und dazu wurde sie auch nie aufgefordert; aber eine Sache hat sie nie aus den Augen verloren: daß Seine Majestät neben Ungarn auch seine übrigen Länder und Provinzen besitzen könne."[3] Brachten auch die Wahlen eine größere Anzahl von Anhängern der Personalunion in den ungarischen Reichstag, so war Andrássy doch weit entfernt davon, sich schwach oder kleinmütig zu zeigen. Er wandelte weiter auf dem bisher betretenen Wege; nichts sprach dafür, daß er gesonnen wäre, den ihm gesetzlich zustehenden Einfluß auf die Leitung der äußeren Angelegenheiten aufzugeben. Sein gegen Mitte April 1869 an Orczy gerichteter Brief ist das beredteste Zeugnis dafür, daß er entschlossen war, die auswärtige Politik auf den Bahnen festzuhalten, die ihm als die richtigsten erschienen. Baron Orczy hatte darüber zu wachen, daß die von Andrássy und Beust in gegenseitigem Einvernehmen abgesteckten Grenzen in keinem Falle vom Reichskanzler überschritten werden. Nachdem es zwischen den beiden Staatsmännern über die zu befolgende auswärtige Politik wieder zu ziemlich scharfer Auseinandersetzung gekommen war, hatte sich Beust schließlich der Auffassung Andrássys anbequemt. Darin waren beide von vornherein einig, daß in einem Kriege Preußens mit Frankreich der letzteren Macht von Oesterreich-Ungarn nebst dem Ausdruck der freundschaftlichsten Gefühle auch noch die Versicherung zu erteilen sei, daß wir uns nie, wie immer das

---

[1]) Bericht Waecker-Gotters, Pest, 30. März 1869.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, Januar 1869 (ung.). Werther, 19. Januar 1869, nennt diese Rede die bedeutendste politische Enunziation jener Tage.

[3]) Lederer, Bd. II, S. 12.

Resultat des Feldzuges ausfallen möge, mit Preußen verbinden werden. Auch darüber bestand zwischen ihnen keine Meinungsverschiedenheit, daß wir beim Abschluß einer Allianz zwischen Rußland und Preußen mit unserer ganzen Heeresmacht, ohne Rücksicht darauf, ob wir vollkommen bereit seien oder nicht, zu Frankreich stoßen. Dagegen waltete ein großer Gegensatz zwischen Andrássy und Beust rücksichtlich der gegenüber Preußen einzuhaltenden Politik, wenn es tatsächlich zum Zusammenstoß mit Frankreich käme. Der Reichskanzler wünschte vollkommen freie Hand für alle seine Entschlüsse mit Bezug auf Preußen, was der ungarische Ministerpräsident nicht zulassen wollte. Andrássy wünschte vielmehr, in Berlin die bündige Erklärung abgegeben zu wissen, daß wir, solange der Krieg auf beide Kämpfende beschränkt bleibe, volle Neutralität beobachten werden. Die Rolle des inaktiven Zuschauers sollte freilich nicht ausschließen, daß auch Oesterreich-Ungarn beim Friedensschlusse seine Rechte wahre und geltend mache. An der Spitze eines mächtigen Heeres von 6—800 000 Mann, das in jedem Augenblicke die sächsischen Gebirgspässe besetzen und von hier aus, während Preußen selbst am Rhein beschäftigt ist, nach Berlin marschieren könnte, wollte Andrássy um jeden Preis ein zweites Villafranca verhindern. Beust mißbilligte die Auffassung des ungarischen Ministerpräsidenten, gegen die er, wofern Andrássy bei ihr verharren sollte, in einem eigenen Memoire vor dem Throne protestieren müßte. Der ungarische Premier entgegnete, daß er dann genötigt wäre, den gleichen Vorgang einzuhalten und ebenfalls vor dem Monarchen Verwahrung gegen die vom Reichskanzler zu befolgende Politik einlegen werde. Getrennt durch den unüberbrückbar scheinenden Gegensatz schieden die beiden Staatsmänner voneinander. Plötzlich, als Andrássy dies am wenigsten erwartete, versicherte Beust, er akzeptiere vollkommen den Standpunkt seines ungarischen Kollegen und werde sich strenge an denselben halten. Diese Erklärung gab er auch vor dem Kaiser ab, der sich beeilte, sie Andrássy zu wiederholen. Der ungarische Ministerpräsident konnte sich die Ursache der neuen Schwenkung, deren Veranlassung auch bis jetzt unergründet geblieben ist, nicht erklären. Für ihn war jedoch, wie er Orczy gegenüber bemerkte, die Hauptsache, daß die nunmehr eingeschlagene Richtung ehrlich und offen eingehalten werde.[1]) Daran

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 11. April 1869 (ung.). Orczy teilt hier den Inhalt des an ihn gerichteten Briefes Andrássys mit.

schien Beust, ungeachtet aller Beteuerungen, nicht zu denken. Denn kaum, daß er Andrássy beruhigt, sagte Sektionschef Baron Hofmann, den Beust als Fühler gebrauchte, zu Orczy: es wäre ja gar nicht nötig, Preußen über unsere zu beobachtende Haltung zu verständigen. „Gerade das," erwiderte Orczy, „ist unerläßlich, damit Preußen jeder Anlaß zur Verdächtigung gegen uns benommen werde." [1]) Nicht nur diese Aeußerung, von der Andrássy sofort Kenntnis erhielt, erregte von neuem dessen Mißtrauen gegen Beust. Eben damals veröffentlichte der österreichische Generalstab im vierten Bande seiner Publikation über den Krieg von 1866 eine während des Feldzuges aufgefangene und dechiffrierte preußische Depesche, die König Wilhelm als vor allem auf Annexionen erpicht hinstellte. [2]) Beust behauptet in seinen Denkwürdigkeiten, keine vorherige Mitteilung von der Veröffentlichung des den preußischen Monarchen kompromittierenden diplomatischen Aktenstückes erhalten zu haben. [3]) Andrássy war anderer Ansicht. In der Veröffentlichung der Depesche erblickte er ein absichtliches Reizen Preußens. Er besorgte, Frankreich werde sofort bei der Hand sein, die neue Lage auszunützen, um uns die Beobachtung der Neutralität auf alle Weise zu erschweren. [4]) Wußte er doch, daß die französische Regierung nur auf die Gelegenheit lauere, um die Beziehungen zwischen unserer Monarchie und Berlin zu trüben. Als anfangs Januar 1869 die österreichischen und preußischen Zeitungen sich befehdeten, hatte Metternich am 14. Januar nach Wien telegraphiert: „Im Anblicke der heftigen Angriffe der offiziellen Presse Berlins hat mich Kaiser Napoleon gebeten, in seinem Namen amtlich, aber vertraulich unserem Allerhöchsten Herrn zu erklären, daß Frankreich, heute gerüstet, nicht erlauben werde, daß Preußen bis zu Taten gegenüber Oesterreich

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. April 1869 (ung.).

[2]) „Oesterreichs Kämpfe im Jahre 1866." Nach Feldakten bearbeitet durch das k. k. Generalstabsbureau für Kriegsgeschichte, Bd. IV, S. 140. Graf Bismarck an Graf Goltz in Paris, Nikolsburg 20. Juli 1866. „Der König schlägt die Bedeutung eines norddeutschen Bundesstaates geringer an als ich und legt demgemäß vor allem Wert auf Annexion. — — Er hat, wie ich zu Ihrer ganz intimen persönlichen Direktion mitteile, geäußert: er werde lieber abdanken, als ohne bedeutenden Ländererwerb für Preußen zurückkehren." Die „Neue Freie Presse" hatte am 17. April 1869, kurz vor Ausgabe des Generalstabswerkes, Bismarcks Schreiben veröffentlicht, das großes Aufsehen erregte.

[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 243.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 22. und 23. April 1869 (ung.).

schreite."[1]) Einen Monat später wieder ließ Prinz Napoleon durch den französischen Militärattaché Vassart dem Kaiser sagen, wenn er den Krieg beginnen wolle, möge er ihn dies wenigstens drei Monate vorher wissen lassen.[2]) Andrássys Besorgnisse waren daher vollauf berechtigt, daß Beust weiter, wenn auch geheim, eine kriegerische Politik betreibe. Die nächste Zukunft sollte ihn auch nicht Lügen strafen.

---

[1]) Orczy teilt in seinem Tagebuch, Februar 1869, den französischen Text der Depesche mit. Er gibt auch die hierauf an Metternich erfolgte Antwort: « L'empereur et Roi vous prie à dire à l'empereur Napoléon combien il est sensible à ce généreux mouvement et combien il en apprécie toute la valeur. » Wie Orczy erwähnt, fand selbst Beust die Depesche Metternichs erniedrigend für Oesterreich, da man sich einer solchen Sprache nur kleinen Staaten gegenüber bediene, die der Protektion bedürfen.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 23. März 1869 (ung.).

Vierzehntes Kapitel

Der Kronrat vom 18. Juli 1870[1])

Beust hielt sich nicht an die volle Wahrheit, als er in der dritten Delegation (1869) sagte: „Ja, meine Herren — warum soll ich es leugnen? — wir stehen in sehr guten, freundlichen Beziehungen zur französischen Regierung, und warum sollte dies nicht sein?" [2]) Wohlweislich verschwieg der Reichskanzler die eine höchst wichtige Tatsache, daß er durch Allianzverhandlungen mit Kaiser Napoleon bereits die Grenze „sehr guter, freundlicher Beziehungen" überschritten hatte. [3]) Er verheimlichte der Delegation seine verborgensten Gedanken, die dahin zielten, unauffällig alles zum Kriege vorzubereiten, der Situation aber erst dann eine kriegerische Wendung zu geben, wenn er hierzu den Zeitpunkt für gekommen erachte. Beust hatte keine Ahnung davon, daß für denselben Plan in aller Stille Stephan Türr, der als Ungar in Italien den Rang eines Divisionsgenerals bekleidete, sowohl in Paris als auch in Florenz tätig war. Türr, der mit Napoleon, König Viktor Emanuel und Graf Andrássy in Verbindung stand, zeigte sich sehr rührig. Er scheint sich in Paris und Florenz als einen von ungarischer Seite und in Ungarn als einen von Napoleon und dem König von Italien bevollmächtigten Unterhändler ausgegeben zu haben. Als er am 1. Januar 1869 in der französischen Hauptstadt eintraf, empfing ihn Napoleon sofort und sagte ihm: „Gegenwärtig ist wohl keine Veranlassung zu einem Kriege vorhanden, damit man jedoch gegen alle möglichen Ereignisse gesichert sei, ist es wünschenswert, daß zwischen Oesterreich, Italien und Frankreich der Dreibund geschlossen werden könne." [4]) Napoleon, der

---

[1]) Der Kürze wegen bediene ich mich des in Oesterreich üblichen Ausdruckes „Kronrat", obgleich ein solcher im staatsrechtlichen Sinne nie bestanden hat. Richtig müßte es heißen: „Gemeinsamer Ministerrat unter dem Vorsitze Seiner Majestät".

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 250.

[3]) Ibidem, Bd. II, S. 341.

[4]) Türr an Andrássy, Paris, 2. Januar 1869. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

sich sehr angelegentlich nach der inneren Entwicklung Ungarns erkundigte, fragte den General auch, wie sich Andrássy zu einer Allianz mit Frankreich verhalten würde. Türrs Auskunft, zu der er nach allem, was wir über die Anschauungen des ungarischen Ministerpräsidenten wissen, kaum berechtigt gewesen sein wird, lautete: „Andrássy gedenke nicht, sich ‚mir nichts, dir nichts' in einen Krieg hineinsprengen zu lassen, es müßte ein gründlicher Plan festgestellt werden, denn vor allem wolle er klar sehen." Hierauf entgegnete der französische Kaiser: „Sieh, sieh, das ist sehr richtig, man darf nicht blindlings vorgehen." [1]) Türr, der den Ehrgeiz hatte, um jeden Preis den Dreibund zu fördern und dafür auf seine Art als Unterhändler durch geschickt angebrachte Einflüsterungen Stimmung zu machen suchte, wandte sich deswegen auch an Nigra, den damaligen einflußreichen italienischen Gesandten am französischen Hofe. Auf die Bemerkung Nigras: „Es läge nicht im Interesse Ungarns, Oesterreich in Deutschland mächtig werden zu lassen," erwiderte Türr: „Noch weniger aber, daß Preußen und Rußland sich bis zum Adriatischen Meere ausdehnen; das wäre der Tod Ungarns und würde auch Italien nicht zum Vorteile gereichen." Nach des Generals Ansicht könnte Italien keinen größeren Fehler begehen, als wenn das junge Königreich sich für seinen Eintritt in den Dreibund mit der Erwerbung Roms bezahlen lassen wollte, dessen Ueberlassung für Napoleon die reine Unmöglichkeit bedeute. „Für einen Krieg," äußerte er zu Nigra, „bedürfen wir aller Kräfte Frankreichs, und Sie, der Sie es seit 1859 kennen, wissen, daß der Kaiser viel zu schlau ist, um sich gegenwärtig eine bedeutende Partei in Frankreich durch Ueberlassung Roms an Italien zu entfremden. Zur Zeit des Kampfes," schloß er, „ist es nicht ratsam, weder seine eigenen Kräfte noch die der Verbündeten zu schwächen." [2]) Vorläufig erzielte weder Türr noch Beust ein Resultat. Die Allianzpolitik scheiterte einerseits an der durch Preußen und Rußland unterstützten [3]) Beharrlichkeit Italiens,

---

[1]) Türr an Andrássy, Paris, 14. Januar 1869. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

[2]) Türr an Viktor Emanuel, 11. Januar 1869. Kopie, beiliegend dem Briefe Türrs an Andrássy, Paris, 14. Januar 1869. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Türr an Andrássy, Paris, 14. Januar 1869. Ibidem. „Sie können sich gar nicht vorstellen, welche Mühe sich der Preuße und Russe geben, um Italien mit sich fortzureißen." (Ung.) Siehe über Türr „Revue des Deux Mondes" 1878, S. 496/97.

die Fahne des neuen italienischen Königreiches in Rom zu hissen, und andererseits an dem Widerstreben Napoleons, dies Verlangen zu erfüllen. Die zwischen Wien, Paris und Florenz gepflogenen Verhandlungen führten im September 1869 nur zu einem Austausch persönlicher Handschreiben der drei Monarchen, in welchen die gegenseitige Zusicherung erteilt wurde, sich nur gemeinsam mit anderen Mächten zu verständigen. Napoleon gab überdies noch dem Herrscher Oesterreich-Ungarns das Versprechen, ihm, falls ihn Preußen angreifen sollte, Hilfe zu leisten.[1]) Nicht Beusts Verdienst war es, daß der gegen Preußen geplante Dreibund an der italienischen Forderung zerschellte. Er hätte ihn gerne sofort verwirklicht gesehen. Anstatt einer Allianz mit Frankreich und Italien schien es, als sollte es vielmehr zu einer Annäherung Oesterreich-Ungarns an den von Beust so sehr gehaßten preußischen Staat kommen. Als äußere Anzeichen hierfür konnte der Empfang des preußischen Kronprinzen Friedrich im Oktober 1869 in Wien gelten. Bismarck, zu dessen politischen Zielen seit Königgrätz die Versöhnung Preußens mit unserer Monarchie gehörte, hatte die bevorstehende Eröffnung des Suezkanales, wie er selbst sagt, in der bewußten Absicht benutzt, den Besuch Seiner Königlichen Hoheit in Wien möglich zu machen.[2]) Nur mit großer Mühe und ohne daß er über die Art der Aufnahme am Wiener Hofe versichert gewesen, war es ihm gelungen, die Zustimmung König Wilhelms zu der Fahrt des Kronprinzen zu erlangen.[3]) Der Erfolg des Schrittes schien ein befriedigender zu sein. Franz Josef äußerte Freiherrn von Werther gegenüber große Zufriedenheit über die Sendung des königlichen Prinzen,[4]) die mit einem Gegenbesuch Erzherzog Karl Ludwigs, des Bruders Franz Josefs I., in Berlin erwidert wurde. Waren die Beziehungen zwischen Wien und Berlin auch nicht über den Charakter allgemein europäischer Höflichkeit[5]) hinausgediehen, so konnte doch immerhin von einer Besserung der Lage gesprochen werden. Als ein weiteres Friedenszeichen durfte auch die im Sommer 1869

---

[1]) Wilhelm Busch, „Die Beziehungen Frankreichs zu Oesterreich und Italien", S. 32 u. 76. — E. Bourgeois et E. Clérmont, „Rome et Napoléon III", 1907, S. 221 u. 318. S. 229 ist der Brief Viktor Emanuels an Napoleon III. mitgeteilt.

[2]) Bismarck an Schweinitz, Berlin, 20. Februar 1870.

[3]) Ibidem.

[4]) Werther an König Wilhelm, Wien, 21. Oktober 1869.

[5]) Bucher an den norddeutschen Generalkonsul Waecker-Gotter in Pest, Varzin, 16. Oktober 1869.

unternommene Orientreise des Kaisers angesehen werden, an der Beust und Andrássy teilnahmen.[1]) Während der Reichskanzler die kaiserliche Orientfahrt als einen Triumph seiner Politik feiern mochte, trat Graf Andrássy vor dem preußischen Kronprinzen als Interpret der Friedenssehnsucht der Monarchie auf. Friedrich war so rasch nach Wien gekommen, daß Andrássy nicht mehr Zeit fand, sich von Pest aus noch rechtzeitig zu dessen Begrüßung dorthin zu begeben. Erst während der Orientfahrt, an der sich auch Kronprinz Friedrich beteiligte, traf er in Konstantinopel mit ihm zusammen.[2]) Kaum, daß Friedrich vernommen, Andrássy befände sich in der türkischen Hauptstadt, äußerte er sofort den Wunsch, ihn kennen zu lernen. Bei der Begegnung sagte er zum ungarischen Ministerpräsidenten, wie sehr es ihn befriedige, daß gerade er für die Mission nach Wien erwählt worden und daß er den Kaiser ebenso freundschaftlich wie in früheren Jahren gefunden. „Dies sei um so erfreulicher," fügte er hinzu, „als in letzter Linie beide Monarchien, die dringend des Friedens bedürfen, auf gutem Fuße miteinander leben müssen." Andrássy erwiderte, auch er wäre sehr einverstanden damit, daß die Annäherung zwischen Preußen und Oesterreich-Ungarn erfolgt sei, da beide Staaten in vielen Dingen ein gemeinsames Interesse hätten. Die Zwistigkeiten und das Fingerziehen, betonte er, gereichen nur einer deutschen Republik, niemals aber Oesterreich-Ungarn zum Vorteile; andererseits könnte Preußen nicht wünschen, daß, sei es die Donau, sei es der ganze Orient, in russische Hände gelangen. Der preußische Kronprinz stimmte Andrássy darin bei, daß in Deutschland genügend Elemente vorhanden seien, die der Republik zusteuern. Dagegen ließ er dessen Bemerkung über Rußlands Absichten unbeachtet, obgleich es schien, daß auch er die Ansicht teile. Erst nachdem Friedrich schon längere Zeit mit dem ungarischen Ministerpräsidenten, besonders über den Orient gesprochen, wandte er sich dem neben Andrássy stehenden Grafen Beust zu, mit dem er nur wenige Worte wechselte.[3]) Vor aller Welt sollte damit das geringe Vertrauen dokumentiert werden, das der künftige Herrscher Preußens zu dem Reichskanzler hege, in dem er den offenkundigen Feind

---

[1]) Ueber die Orientreise siehe: „Erinnerungen an die Orientreise Sr. Majestät des Kaisers im Jahre 1869" von Friedrich Graf Beck in: „Oesterreichische Rundschau", Bd. XVII, S. 334 ff.

[2]) Bericht Waecker-Gotters, Pest, 24. Oktober 1869.

[3]) Andrássys tagebuchartige Aufzeichnungen über die Reise nach dem Suez. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

des Einheitsprozesses Deutschlands erblickte. In der Hinsicht teilte er die Gesinnungen Bismarcks, dessen Mißtrauen gegenüber Beust neue Nahrung erhielt durch die Anstellung des Polen Julian Klaczko als Hofrat im Ministerium des Aeußern.[1]) Der norddeutsche Kanzler faßte die Verwendung Klaczkos, der rechten Hand des Polenführers Fürsten Czartoryski, sofort als Verdachtsmoment dafür auf, daß, wie er Reuß gegenüber bemerkt, der Reichskanzler sehr bedenkliche Wege zu betreten beabsichtige.[2]) Die Berufung Klaczkos, den man für einen „Plänkler" der aggressiven Politik Beusts hielt,[3]) fand auch die entschiedene Mißbilligung sowohl Alexanders II.[4]) wie des Fürsten Gorčakov,[5]) die in ihm einen russenfeindlichen Polen sahen. Mochte Beust auch lächelnd versichern, Klaczko habe nur seiner schriftstellerischen Talente wegen einen Platz im Palais am Wiener Ballhausplatz gefunden,[6]) so schenkte man seinen Worten doch keinen Glauben. Ebensowenig wie der damit in krassestem Widerspruch befindlichen Beteuerung: des ehemaligen Pariser Literaten Aufgabe bilde nicht die Abfassung von Depeschen, sondern nur die Ordnung des Archives.[7]) All diese Deutungen vermehrten den Argwohn. Der Verdacht blieb bestehen, Klaczkos Anstellung bedeute für seine leicht erregbaren Landsleute das Signal zu neuen Umtrieben[8]) und er sei der eigentliche intellektuelle Leiter aller auf die Zukunft Polens berechneten Unternehmungen.[9])

Hatte schon die Verwendung Klaczkos im Ministerium des

---

[1]) Klaczko war der langjährige bekannte Mitarbeiter der „Revue des Deux Mondes".

[2]) Bismarck an Fürst Reuß in Petersburg, 11. und 20. Februar 1870.

[3]) Thiles, des Staatssekretärs, Bemerkung zur Depesche des Wiener Gesandten General Schweinitz, 7. September 1870.

[4]) Bericht des Schweinitz, März 1870.

[5]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 7. März 1870.

[6]) Schweinitz, Wien, 5. April 1870.

[7]) Idem, Wien, 7. Februar 1870.

[8]) Reuß, Petersburg, 8. April 1870.

[9]) Weisung aus Berlin, 28. März 1870. Klaczko, Verfasser des vielgelesenen Buches „Deux Chanceliers", hielt bald darauf — am 30. August 1870 — als Abgeordneter des galizischen Landtages eine, mit seiner Stellung unverträgliche Rede zugunsten Frankreichs, infolge deren er auf sein Amt als Hofrat des Ministeriums des Aeußern verzichtete. Siehe Beust, „Aus drei Viertel-Jahrhunderten", Bd. II, S. 432. Die Rede in der „Neuen Freien Presse" vom 2. September 1870; daselbst am 3. September über Klaczko ein Artikel „Julian Apostata". Siehe auch Przibram, „Erinnerungen", S. 206, der Klaczko als einen der „Intimsten" Beusts bezeichnet.

Aeußern unliebsames Aufsehen erregt, so war dies noch mehr der Fall, als man erfuhr, Erzherzog Albrecht, das Haupt der „rabiaten Unversöhnlichen gewisser Kreise“,[1] sei im März 1870 nach Paris gereist. Niemand wußte zu sagen, ob das angesehenste und einflußreichste Mitglied des Herrscherhauses bloß zum Vergnügen oder in politischer Mission Frankreich aufsuche. Wenn der Chef der nach Vergeltung für Sadowa lechzenden Militärpartei[2]) sich an das Hoflager Napoleons III. begab, mußte ein solches Unternehmen zu einer Zeit, wo alle Welt vom unvermeidlichen Zusammenstoß zwischen Frankreich und Preußen sprach, in Berlin unwillkürlich Beunruhigung erzeugen. Es nutzte nicht viel, wenn Clarendon versicherte, Erzherzog Albrecht beschäftige sich nach von ihm eingezogenen Erkundigungen in Paris nicht mit Politik, sondern vorzugsweise mit der Besichtigung wissenschaftlicher und gelehrter Anstalten.[3] Heute unterliegt es keinem Zweifel mehr, daß der siegreiche kaiserliche Prinz von 1866 dem Kaiser Napoleon einen Plan zu einem Frühjahrsfeldzug[4] der drei Mächte — Oesterreich-Ungarn, Frankreich und Italien — gegen Preußen vorlegte. Da Oesterreich-Ungarn vor sechs Wochen nicht bereit sein konnte, hätte Frankreich zuerst die Offensive ergreifen müssen. Nach des Erzherzogs Entwürfen sollten die Franzosen mit schwächeren Kräften die Preußen an der Saar festhalten, dagegen mit ihrer Hauptarmee den Oberrhein überschreiten, um Süddeutschland vom Norden zu trennen. Erzherzog Albrecht, der, sonderbar genug, eine mögliche Störung des Aufmarsches durch den Gegner gar nicht in Betracht zu ziehen schien, dachte dann an eine Vereinigung der französischen Heeresteile mit den anrückenden Truppen Oesterreich-Ungarns und Italiens. Die Entscheidungsschlacht verlegte er in die Leipziger Ebene.[5] Die von Napoleon

---

[1]) Schweinitz, Wien, 3. April 1870.

[2]) Prinz Napoleon, „Les alliances de l'empire en 1869 et 1870“ in: „Revue des Deux Mondes“, Bd. XXVI (1878), S. 492. Rothan, „L'Allemagne et l'Italie 1870/71“, Bd. II, S. 48. „Il (Albert) était en Autriche le chef du parti de la revanche.“

[3]) Depesche des Londoner preußischen Botschafters Bernstorff, 9. März 1870.

[4]) Sehr treffend sind die Bemerkungen Wilhelm Buschs, a. a. O., S. 79, daß nur im allgemeinen von einem Frühjahrsfeldzuge die Rede war und nicht von einem solchen im Frühjahr 1871.

[5]) Général Lebrun, „Souvenirs militaires“, S. 73 u. 161. Siehe auch Général Jarras, „Souvenirs“, 2. Kapitel. Ferner die kleine Schrift Jules Tessiers, „Le plan de l'archiduc Albert“, Caen 1903, die in historischer Hinsicht eigentlich nichts Neues bietet.

zu Rate gezogenen französischen Generale hielten das Projekt des Erzherzogs nur in dem Falle für annehmbar, wenn alle drei Verbündete gleichzeitig den Krieg erklärten und auch gleichzeitig die Operationen beginnen würden. Aufs entschiedenste verwarfen sie die von Albrecht geplante anfängliche kriegerische Isolierung Frankreichs.[1]) General Lebrun, der nach Wien entsandt wurde und dort am 6. Juni 1870 eintraf, hatte den Auftrag, die sofortige Mitwirkung unserer Monarchie beim eventuellen Ausbruche der Feindseligkeiten durchzusetzen.[2])

Das Verhalten Erzherzogs Albrecht war ein feindseliger Schritt gegen Preußen; als solcher wurde er auch von einem Teile der Wiener militärischen Kreise aufgefaßt.[3]) Er war ein Versuch, durch den Napoleon, wenn auch nicht sofort, in der Absicht einer Kriegserklärung an Preußen bestärkt werden sollte. Das Vorgehen des Erzherzogs fällt in die Zeit, als durch den Eintritt Badens in den Norddeutschen Bund die Furcht vor der nationalen Einigung Deutschlands die Gemüter wieder mehr aufregte. Sollte nun Albrecht, zu dessen Lieblingsideen von jeher eine Allianz unserer Monarchie unter Mitwirkung Süddeutschlands mit Frankreich gehörte,[4]) in Paris zu weit gegangen sein und dort mehr gesagt haben, als wozu er befugt war? Von einer sonst gut unterrichteten Persönlichkeit wird behauptet, daß dies wenigstens für den Anfang der Mission gilt. Erst im weiteren Verlaufe der von ihm geführten Verhandlungen vorsichtiger geworden, vermied es der Erzherzog, sich auf bindende Abmachungen militärischer Natur einzulassen.[5]) Es klingt kaum glaublich, daß ein sonst so gewissenhafter, sich seiner Verantwortung stets bewußter Mann, wie Erzherzog Albrecht, es gewagt hätte, auf eigene Faust über Pläne so weittragender

---

[1]) Lebrun, a. a. O., S. 74. Jarras, a. a. O., S. 45.

[2]) Ibidem, S. 74 u. 83.

[3]) „Zur Rückkehr Seiner Kaiserlichen Hoheit des Armeeinspektors Erzherzog Albrecht" in „Neue Militärische Zeitung" Nr. 25, Wien, 26. März 1870. Der Artikel strotzt von Ausfällen gegen Preußen, die in Berlin so unangenehm berührten, daß man sogar gerichtliche Schritte in Wien gegen die Redaktion der Zeitung unternehmen wollte. Der offenbare Zweck dieser Gerichtsverhandlung wäre gewesen, die Aufmerksamkeit auf das Gebaren gewisser militärischer Kreise zu lenken. Bismarck an Schweinitz, Berlin, 30. März 1870. Auf Anraten des Generals Schweinitz unterblieb dieser Schritt, der sein sich eben besserndes Verhältnis zu den militärischen Kreisen nur übel beeinflußt hätte. Schweinitz, Wien, 3. April 1870.

[4]) Mitteilung einer hochstehenden Persönlichkeit.

[5]) Mitteilung einer hochstehenden Persönlichkeit.

Bedeutung mit Kaiser Napoleon III. zu unterhandeln.[1]) Möglich ist es immerhin, daß der Erzherzog sich von seinem Wunsche fortreißen ließ, die Allianz mit Frankreich verwirklicht zu sehen, und in seinem Eifer sich nicht genügend zu beherrschen wußte.[2]) Gewiß aber war er nicht ganz und gar ohne Instruktion, die ihn ermächtigte, mit Napoleon die Chancen eines künftigen gemeinsamen Feldzuges gegen Preußen zu erörtern. Es muß jedenfalls auffallen, daß Beust, der in seinen Denkwürdigkeiten über viele minder wichtige Dinge sehr ausführlich spricht, gerade über die Pariser Reise des Erzherzogs, die ihm doch nicht unbekannt geblieben sein konnte, ohne ihrer auch nur mit einem einzigen Worte zu gedenken, hinweggleitet. Er, der nur von dem Bestreben geleitet zu sein scheint, sich in seinen Memoiren als den friedliebendsten Menschen hinzustellen, dem jeder Gedanke an Vergeltung fremd gewesen, muß triftige Gründe gehabt haben, um ein so tiefes Stillschweigen über die Pariser Mission des Erzherzogs walten zu lassen. Man darf es als fast sicher annehmen, daß zwischen Beust und Albrecht, deren Lebensziele in der Abrechnung mit Preußen gipfelten, volles Einvernehmen über die letzten Absichten der Sendung nach Paris geherrscht haben wird. War aber auch der Kaiser mit den Plänen des Erzherzogs und des Reichskanzlers einverstanden? Kein Zweifel: in der Brust des Kaisers brannte noch immer die Wunde, die ihm das Jahr 1866 geschlagen. Außer dem kränkenden Bewußtsein, der Unterlegene zu sein, erfüllte ihn die Ueberzeugung, daß man ihn unrechtmäßig einer Stellung beraubt hatte, auf die er vollen Anspruch zu haben meinte. Von solchen Empfindungen beherrscht, hätte der Kaiser, der eben im kräftigsten, zu kühneren Unternehmungen von selbst herausfordernden Mannesalter stand, gewiß gern seinen früheren Einfluß in Deutschland zurückerobert. Deshalb dürfte er den Einflüsterungen mächtiger Hofkreise nicht unzugänglich geblieben sein, die auf die Besiegung Preußens im Bunde mit Frankreich und Italien hinwiesen. Doch gehörte Franz Josef nicht

---

[1]) Dies nimmt Lorenz, „Kaiser Wilhelm", S. 312, an, aber in unbegründeter Weise. Selbst Erzherzog Albrecht, wie bevorzugt auch seine Stellung war, hätte ein so eigenmächtiges Vorgehen nicht gewagt.

[2]) Jarras, „Souvenirs", S. 41, deutet derartiges an, wenn er sagt: „Soit qu'il (der Erzherzog) eût été surexcité par cet accueil" (der französischen Generale, die ihm in der schmeichelhaftesten Weise begegneten) u. s. w. Auf die franzosenfreundliche Gesinnung Erzherzogs Albrecht werfen seine Ausführungen aus dem Jahre 1875 ein helles Licht. Siehe hierüber: Jules Hansen, „Les coulisses de la diplomatie" (1864—1879), S. 312.

zu den Unversöhnlichen, die von nichts als Vergeltung träumten. General von Schweinitz, der neue preußische Gesandte als Nachfolger des Freiherrn von Werther versichert, daß der Kaiser von Gefühlen des Hasses oder der Rache frei zu sein scheint; er ist eben eine elastische Natur.[1] Das Anpassungsvermögen des Monarchen, das ja in so vielen Lagen seines Lebens beobachtet werden konnte, ließ ihn sich leichter mit der neuen Situation befreunden und Wünschen entsagen, an denen andere hartnäckig festhielten. Wir haben gesehen, wie sich der Kaiser den Vorstellungen Andrássys zugänglich zeigte, als Beust 1868 wie ein Besessener blind den Kriegsgefahren entgegenstürmte. Franz Josef I. zog nicht ausschließlich seine persönlichen Gefühle zu Rate, sondern nahm, wie immer, in erster Linie die Verantwortung in Betracht, zu der er sich seinen Völkern gegenüber verpflichtet dünkte. Er war eingedenk der schweren Niederlagen von 1859 und 1866, um nicht zurückzuschrecken vor einem neuen Waffengang, dessen Folgen nicht abzusehen waren. Daher widerstrebte es dem Kaiser, sich in einen Krieg einzulassen, zu dem er nicht ernstlich gezwungen war. Er ließ es zu, daß Verabredungen getroffen, sogar Allianzen für die Zukunft und für den Fall der Not vorbereitet wurden, daher dürfte er auch Kenntnis von den letzten Absichten Erzherzog Albrechts in Paris gehabt haben. Aber im entscheidenden Moment siegte, wenigstens für jetzt, beim Kaiser das Friedensbedürfnis der Monarchie über das Verlangen nach Revanche an dem einstigen glücklicheren Gegner, wozu übrigens, wie dem Herrscher hinlänglich bekannt war, Andrássy nie die Hand geboten hätte. General Lebrun, der Abgesandte Napoleons, wurde hierüber in der ihm am 14. Juni 1870 im Laxenburger Schloß bei Wien erteilten Audienz auch nicht im unklaren gelassen. „Ich will den Frieden," sagte Franz Josef zu Lebrun, „wenn ich in den Krieg ziehen soll, muß ich dazu gezwungen sein."[2] Der Wille des Herrschers wurde damit auf das bestimmteste ausgesprochen; er wollte nur dann zum Schwerte greifen, wenn er in den Augen seiner Völker als für eine gerechte Sache kämpfend erscheinen konnte[3] — hierin unterschieden von Beust, der leichtfertig nach Gründen suchte, um den Streit vom Zaune brechen zu können. Wäre ein plausibler Vorwand zum Anschluß an Frankreich vorhanden gewesen, dann hätte Franz

---

[1]) Schweinitz an König Wilhelm, Wien, 18. Januar 1870. General Schweinitz war in früheren Jahren preußischer Militärattaché in Wien.

[2]) Lebrun, „Souvenirs militaires 1866—1870", S. 146.

[3]) Ibidem.

Josef wohl nicht gezögert — er würde dann haben hoffen können, den vorhandenen Widerstand Andrássys und der Ungarn gegen einen Krieg mit Preußen zu überwinden. Freilich mußte auch mit den Gefühlen der Deutschen Oesterreichs gerechnet werden, die nicht leicht für einen neuerlichen Bruderkampf mit Preußen zu gewinnen gewesen wären. Soll doch nach einer, allerdings nicht verläßlichen Quelle, der Minister des Innern, Dr. Giskra, geäußert haben: wenn die Agitationen gegen Preußen, die zu einer gefahrvollen Verwicklung führen können, nicht aufhören, müßte sich ein Teil der Regierung veranlaßt sehen, seine Entlassung zu nehmen.[1]) Für jetzt jedoch, solange Napoleon nicht mit Zustimmung Süddeutschlands als dessen bevollmächtigter Beschützer auftreten konnte, mochte auch Franz Josef nichts von gemeinsamen Operationen mit Frankreichs Heeren wissen.[2]) Deshalb sagte er nochmals zu Lebrun: „Vor allem will ich den Frieden; um den Krieg zu beginnen, muß ich dazu gezwungen sein.“[3]) Eine solche Sprache war im Munde des Herrschers von Oesterreich-Ungarn um so berechtigter, als ja Preußen nicht unterließ, jeden Anlaß zu einer Verstimmung in Wien aus dem Wege zu räumen. General Schweinitz hatte den Auftrag, das Wiener Kabinett der besten Gesinnungen der Berliner Regierung zu versichern, die sich nur einem Bündnis mit uns gegen Rußland verschloß. Dagegen hatte Bismarck die volle Neutralität Norddeutschlands für die Eventualität eines Kampfes zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland schon damals in Aussicht stellen lassen.[4])

So standen die Dinge, als sich plötzlich die Situation änderte und Europa vor der drohenden Gefahr eines Krieges zwischen Frankreich und Preußen stand, der wie ein Sturmwind daherbrauste und alle Welt durcheinander rüttelte. Wurde wirklich der Anlaß zum Kriege absichtlich von Bismarck durch die Aufstellung der Kandidatur eines Hohenzollern zum König von Spanien als Nachfolger der vertriebenen Königin Isabella herbeigeführt, wie die Franzosen behaupten[5]) und es die veröffentlichten Mitteilungen

---

[1]) (Heinrich Pollak), „Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten“, Bd. II, S. 73.

[2]) Lebrun, a. a. O., S. 147.

[3]) Ibidem, S. 148.

[4]) Baron Orczy an Andrássy (ung.), Ofen, 13. Juni 1870. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) So in der jüngsten Zeit Ollivier im XIII. Band seines Werkes „L'empire libéral“, 12. Kapitel: „Le guet-apens Hohenzollern“.

des Königs Karl von Rumänien zu bestätigen scheinen?[1]) Oder benutzten nicht vielmehr die Franzosen diese Kandidatur als erwünschte Gelegenheit zur Befehdung der Preußen, wie Bismarck in seinen „Gedanken und Erinnerungen" versichert?[2]) Es kann jetzt als sicher gelten, daß Bismarck, als man die spanische Kandidatur aufstellte, zwar eine gewisse Aufregung in Frankreich erwartete, keinesfalls jedoch die Stärke des durch den Vorfall hervorgerufenen Sturmes voraussah. Am wenigsten aber hatte er daran gedacht, die Person des Hohenzollern als Brandfackel zu benützen.[3]) Vielmehr ist die Annahme gestattet, daß ein Hohenzoller auf dem spanischen Throne im Rücken Frankreichs den Ausbruch eines Krieges erschweren hätte sollen. Die „spanische Fliege im Nacken Napoleons" sollte den französischen Kaiser hindern, feindselige Gedanken gegen Preußen zu nähren.[4])

Erbprinz Leopold von Hohenzollern, den man zum Souverän Spaniens machen wollte, stand dem Blute nach in nahen verwandtschaftlichen Beziehungen zu Napoleon III. Zur Großmutter hatte er eine Murat, und die Mutter war eine Cousine und Adoptivschwester der Königin Hortense, der Mutter Napoleons III. Der Hohenzoller hätte also dem Kaiser der Franzosen genehmer sein müssen als der Herzog von Montpensier, der Sohn Louis Philipps, des nächsten in Betracht kommenden Bewerbers um die spanische Krone. Trotzdem gab man vor, in der Festsetzung eines Hohenzollern auf dem Throne Spaniens eine Bedrohung im Rücken Frankreichs zu erkennen oder stellte sich wenigstens, eine solche darin zu erblicken. Das französische Kabinett forderte ungestüm die Zurückziehung der Kandidatur des Erbprinzen Leopold. Wird sich Preußen zu einem solchen Schritte bequemen wollen? „Es ist wohl jetzt schwer," schreibt Baron Béla Orczy, der Sektionschef

---

[1]) „Aus dem Leben König Karls von Rumänien", Bd. I.

[2]) Bd. II, S. 81.

[3]) Dies ist jetzt überzeugend durch Richard Festers Abhandlung „Bismarck und die hohenzollernsche Thronkandidatur in Spanien" in „Deutsche Rundschau" 1909, 140. Bd., nachgewiesen. Delbrück, „Das Geheimnis der Napoleonischen Politik im Jahre 1870" in „Preußische Jahrbücher", 82. Bd., S. 28, war noch der Ansicht, daß Bismarck mit der Aufstellung des Hohenzollern den Krieg beabsichtigte. Nach der Publikation der Festerschen Abhandlung hat er in seinem jüngsten Aufsatze „Ollivier über den Krieg 1870" in „Preußische Jahrbücher" 1909, 137. Bd., S. 313, diesen Standpunkt aufgegeben und sich der Festerschen Auffassung angeschlossen.

[4]) Georg Rathlef, „Zur Frage nach Bismarcks Verhalten in der Vorgeschichte des Deutsch-Französischen Krieges", S. 108.

im österreichisch-ungarischen Ministerium des Aeußern, „mit apodiktischer Sicherheit behaupten zu wollen, ob sich Kaiser Napoleon vom Kriege wird abhalten lassen oder nicht. Wir hoffen immer, daß es dem einstimmigen Zureden Englands und Oesterreich-Ungarns gelingen wird, den König von Preußen dazu zu bewegen, seinem Vetter von der Annahme des Thrones abzuraten, ja vielleicht es ihm zu verbieten. Aber," fährt Orczy fort, „es ist die Frage, ob mit dieser Sache allein schon alle Gefahr vorüber ist, da es nur zu leicht geschehen kann, daß der in Frankreich seit Sadowa angesammelte Groll gegen Preußen, dann die in der französischen Armee wachgerufene fièvre de gloire et des dotations für die Generale alle Vernunftgründe überwiegen und jede Stimme der Mäßigung übertäuben wird. Kaiserin Eugenie treibt mächtig zum Krieg." [1]) Die Möglichkeit eines Zusammenstoßes zwischen Frankreichs und Preußens Heeren bewirkte große Unruhe im Wiener Ministerium des Aeußern. Beust, der bisher immer die Lunte an der Zündschnur bereitgehalten, in der Absicht, sie zu einer von ihm bestimmten Zeit explodieren zu lassen, erschrak jetzt, als er wahrnahm, daß der Brand ohne seine Initiative und viel früher, als es ihm genehm war, auszubrechen drohte. Er bot daher all seine Beredsamkeit auf, damit man sich in Paris mit der Rücktrittserklärung des Hohenzollernprinzen von der spanischen Kandidatur begnüge. Allein in Paris, wo das Kriegsfieber gewaltig um sich griff, verlangte man schon weit mehr. Unter dem Drucke der öffentlichen Meinung stellte Gramont, der Minister des Aeußern, die Forderung, König Wilhelm solle dem Kaiser Napoleon einen Entschuldigungsbrief schreiben und sich überdies verpflichten, niemals die Zustimmung zu einer neuerlichen Kandidatur eines Hohenzollern zu geben. Um vor den Augen Frankreichs einen glänzenden diplomatischen Erfolg über Bismarck zu erringen, nahm man sogar Zuflucht zur Vermittlung Kaiser Alexanders II. Im Auftrage Napoleons ersuchte Fleury, der französische Botschafter am Petersburger Hofe, den Zaren, er möge durch seinen Einfluß König Wilhelm bewegen, den Wunsch Frankreichs zu erfüllen. Alexander verweigerte jede Einmengung. Er sagte zu Fleury: Der König (Wilhelm) hätte alles getan, was man verlangen könne. Damit sei der Grund zu einem Kriege ganz be-

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 11. Juli 1870. Die mir vorliegenden ungedruckten Briefe des Baron Orczy an seine Mutter sind alle in deutscher Sprache geschrieben.

seitigt. Nie würde er dem Könige anraten, sich zu demütigen."[1]) Allein in Frankreich hielt man sich militärisch für stark genug, um dem König im Angesichte ganz Europas eine solche Erniedrigung aufzwingen zu können. Verleitet durch Beusts Haltung, rechnete Frankreich mit Sicherheit auf die Unterstützung Oesterreich-Ungarns.[2]) Napoleon scheint fest davon überzeugt gewesen zu sein, daß bei uns die Revanchebegier alle anderen Rücksichten überwiege und wir, sobald er nur die Gelegenheit dazu biete, vereint mit ihm gegen Preußen ziehen würden.[3]) In einem Ministerkonseil erklärte sogar der Herzog von Gramont, daß unsere Monarchie zu Beginn des Krieges ohne Zögern ein Armeekorps mobilisieren werde.[4]) Jetzt zeigte es sich, daß Beust mit seinen Andeutungen, halb getanen und halb zurückgezogenen Versprechungen auf Hilfe im Notfall mehr zugesagt hatte, als wozu er in seiner Eigenschaft eines verantwortlichen Ministers des Aeußern befugt gewesen.[5]) Beust muß mit seinen Zusagen sehr weit gegangen sein, wenn er genötigt war, Baron Bourgoing, den damaligen Sekretär der Wiener französischen Botschaft, zu bitten, er möge nach Paris reisen und Gramont aufmerksam machen, Oesterreich-Ungarn nur ja nicht durch Indiskretionen einer Gefahr auszusetzen.[6]) Obgleich Orczy den französischen Minister des Aeußern für einen „großen Blagueur" hielt, war er doch überzeugt, „qu'il n'y a pas de fumée sans feu".[7]) Er hat es daher auch für seine Pflicht erachtet, Andrássy zu verständigen, daß Beust dem Kaiser Napoleon Versprechungen gemacht, die er jetzt nicht imstande sein werde, einzulösen.[8]) Unter diesen Umständen verliert die Versicherung des Reichskanzlers an Wert, daß vor der

---

[1]) Telegramm des Geschäftsträgers von Pfuel, Petersburg, 16. Juli, der in demselben den Bericht des Obersten von Werder aus Krasnoje-Ssélo mitteilt, dem Alexander, zur Berichterstattung an König Wilhelm, den Verlauf der Audienz des Fleury erzählt hatte.

[2]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 17. Juli 1870.

[3]) Ibidem.

[4]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 9. Juli 1870 (ung.).

[5]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, 17. Juli 1870. „Ich habe es immer für einen Fehler gehalten, daß man in dieser Richtung nie klar und ohne Umschweife gesprochen hat; natürlich enttäuscht man jetzt den Kaiser Napoleon, der auf uns, wie es jetzt immer mehr vorkommt (soll wohl heißen: hervorkommt) gerechnet hat."

[6]) Tagebuch des Baron Orczy, 10. Juli 1870 (ung.). Przibram, „Erinnerungen", S. 265.

[7]) Ibidem.

[8]) Ibidem, 14. Juli.

Kriegserklärung kein Wort gesagt oder geschrieben worden, das Frankreich hätte berechtigen oder nur verleiten können, zu glauben, es könne auf die bewaffnete Unterstützung Oesterreich-Ungarns rechnen.[1]) Der intimste und vertrauteste Hüter der letzten Gedanken seines Chefs, Fürst Richard Metternich, der zu jener Zeit in Paris als österreichisch-ungarischer Botschafter wirkte, sagt selbst: „Die Wahrheit ist, daß ich für ein gemeinsames defensives, ich will es gerne gestehen, je nach Umständen auch offensives Vorgehen mit Frankreich von ganzem Herzen eingenommen war,“ [2]) womit es freilich nicht recht stimmt, wenn er weiter äußert, daß Frankreich „ohne irgendwelche berechtigte Aussicht auf Oesterreichs bewaffnete Unterstützung, Preußen den Krieg erklärt hat“.[3]) Graf Andrássy, der als nachmaliger Minister des Aeußern doch in der Lage war, die Aussagen Metternichs zu kontrollieren, begleitet mit einem Fragezeichen dessen Behauptung, daß die Haltung Frankreichs in der hohenzollerischen Frage nicht im Einklang war mit dem Wortlaute aller Besprechungen, „welche bisher durchweg nur einen defensiven Charakter hatten“. Nach all dem ist es sicher zweifellos, daß Beust mit dem Feuer gespielt und in Napoleon, wie in dessen Staatsmännern, die Hoffnung auf die Hilfe Oesterreich-Ungarns genährt hat. Jetzt freilich, da das Schwert früher gezogen werden sollte, als Beust erwartet hatte, wurde Metternich von ihm beauftragt, mit aller Entschiedenheit „diesem unzeitgemäßen Ausbruch langverhaltener kriegerischer Gelüste entgegenzutreten“.[4]) Nun kam für den Botschafter, der an diesem Zustande der Dinge nicht von aller Schuld freizusprechen ist, eine, wie er es selbst nennt, „böse Zeit“.[5]) „Meine Aufgabe war,“ schreibt er, „einerseits unserer inneren Stellung, unserer Unbereitschaft Rechnung zu tragen, daher das Inunsdrängen französischerseits zu verhüten, andererseits aber die damals unberechenbaren Folgen des plötzlichen Ausbruches des Krieges wohl zu gewärtigen und mich mit dem eventuellen künftigen Sieger unausgesetzt in geeigneten freundschaftlichen Beziehungen zu erhalten.“ [6]) Am 11. Juli hatte Beust dem Botschafter die Sprache vorgeschrieben,

---

[1]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 342.

[2]) Fürst Richard Metternich an Andrássy, Wien, 19. Januar 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Ibidem.

[6]) Ibidem.

deren er sich in Paris zu bedienen habe. Er sollte die dortigen Machthaber überzeugen, daß sie die Ereignisse überstürzt und für Oesterreich-Ungarn keine Nötigung vorhanden sei, am Kriege gegen Preußen teilzunehmen.[1]) Der Herzog von Gramont sagte die Wahrheit, als er in seinem Schreiben vom 8. Januar 1873 behauptete, diese Depesche Beusts vom 11. Juli sei ihm nicht mitgeteilt worden.[2]) Metternich selbst bestätigt es.[3]) Doch nimmt er für sich die Gerechtigkeit in Anspruch, im Sinne der Weisung vom 11. Juli vorgegangen zu sein, als Beweis dessen er die Kälte anführt, die hierauf zwischen Wien und Paris eingetreten sei.[4]) Der österreichisch-ungarische Botschafter kam zu spät mit seinen Mahnungen zur Vorsicht. Sämtliche Minister, allen voran Gramont und Ollivier, waren in so aufgeregter Stimmung, daß Vernunftgründe auf sie absolut keinen Einfluß hatten.[5]) „Nur einer," schrieb nachträglich Metternich, „blieb, meiner Ueberzeugung nach, bei voller Einsicht der Gefahr, einer leidenschaftslosen Erwägung zugänglich, und dieser eine war der Kaiser selbst."[6]) In der Tat war Napoleon, ungeachtet er von Kaiserin Eugenie, den Ministern und den Marschällen zum Kriege gedrängt wurde, noch am 14. Juli, dem Vorabend der herausfordernden Erklärung des Herzogs von Gramont in der französischen Kammer, zum Frieden bereit. An dem Tage war Metternich telegraphisch angewiesen worden, abermals einen Versuch zu machen, den Kaiser zu veranlassen, sich mit der hohenzollerischen Thronentsagung zu begnügen. „Ich kam," erzählt Metternich, „nachmittags in die Tuilerien.[7]) Der

---

[1]) „Aus drei Viertel-Jahrhunderten", Bd. II, S. 346. Depesche Beusts vom 11. Juli 1870. Ibidem, S. 352.

[2]) Ibidem, S. 373.

[3]) Metternich an Andrássy, 19. Januar 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Herzog von Gramont sagt, ich hätte ihm die Depesche vom 11. Juli nicht mitgeteilt. Das ist allerdings richtig. Es war der vertrauliche Brief vom 11. Juli keine diplomatische Weisung, und dessen Inhalt war, jeder mit diplomatischen Dingen Vertraute muß es bezeugen, nicht derart, daß eine Abschrift hätte mitgeteilt werden dürfen."

[4]) Fürst R. Metternich an Andrássy, Wien, 19. Januar 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Ibidem.

[6]) Ibidem.

[7]) An diesem Tage gab es mehrere Konseils. Das erste fand um neun Uhr früh, das zweite um die Mittagsstunde statt und dauerte bis sechs Uhr abends; die dritte Konferenz wurde am selben Tage zehn Uhr nachts abgehalten. Ollivier, a. a. O., Bd. XIV, S. 363, macht aus der Nachmittags- und Nachtsitzung eine Konferenz.

Ministerrat war versammelt, und ich mußte eine Spanne Zeit warten. Der Kaiser verließ die Sitzung, um ein wichtiges Aktenstück von seinem Tische zu holen, fand mich in seiner Schreibstube und ließ mich kaum zu Wort kommen. Nachdem er sich entschuldigt, mich warten gelassen zu haben, zog er ein gefaltetes Blatt aus der Tasche und gab mir, mit der Bemerkung, er wisse, warum ich da sei, dasselbe zu lesen.“ [1]) Es war ein von Napoleon redigiertes und mit seiner Schrift aufgezeichnetes Votum des Ministerrates, [2]) das am nächsten Morgen der Kammer mitgeteilt werden sollte und wonach die Kaiserliche Regierung sich mit der Thronentsagung des Prinzen von Hohenzollern begnüge. Ein einzuberufender Kongreß sollte Garantien gegen eine Frankreich feindliche Besetzung des spanischen Thrones schaffen.[3]) Metternich, hocherfreut über die günstige Wendung, erbat sich sofort von Napoleon die Erlaubnis, diese gute Kunde nach Wien telegraphieren zu dürfen.[4]) Hatte Napoleon unter dem starken Einflusse seiner nächsten Umgebung noch unmittelbar vorher erklärt: er sei entschlossen, zu marschieren, da er nicht so bald wieder eine so vortreffliche Gelegenheit finden werde, wo die deutsche Frage ganz außer Spiel bleibe und er zehn Tage Vorsprung vor Preußen habe,[5]) so fügte er sich jetzt dem Drängen Oesterreich-Ungarns.[6])

„Kaiser Napoleon,“ schreibt Baron Béla Orczy an seine Mutter, „hat in der letzten Stunde einer versöhnlicheren Stimmung Gehör gegeben. — Ich war noch gestern abend um neun Uhr bei Beust, als er mir diese angenehme Nachricht brachte. Es ist nicht zu leugnen, daß der größte Anteil an diesem Erfolg unserem Einfluß auf Napoleon zuzuschreiben ist. Da nun Italien erklärte,“ fährt er fort, „seine Haltung in dieser Sache der unserigen anzupassen und so zu handeln, wie wir es für gut finden, so sah Kaiser Napoleon ein, daß er die öffentliche Meinung Europas schwer für sein Unternehmen gewinnen wird können und wird sich mit der Zurückziehung des preußischen Prinzen von der spanischen Kandidatur vorderhand begnügen. — Italien hat

---

[1]) Metternich an Andrássy, 19. Januar 1873.

[2]) Ollivier, a. a. O., Bd. XIV, S. 366, Anm. 1, bestreitet, daß das Projekt der in der Kammer zu verlesenden Deklaration vom Kaiser herrührte.

[3]) Das war im Konseil vom Nachmittag festgesetzt worden.

[4]) Metternich an Andrássy, 19. Januar 1873.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 13. Juli 1870.

[6]) Metternichs Darstellung weicht von der jetzt vorliegenden Olliviers (Bd. XIV) ab.

uns jetzt ein schönes Beispiel von Freundschaft gegeben, und König Viktor Emanuel hat sein Wort gehalten, als er im vorigen Jahr dem General Möring sagte: ‚Dites à l'empereur François Joseph que s'il veut disposer de mon sang et de mon armée, il l'aura toujours à sa disposition.'"[1]) Die friedliche Strömung, über die man nach der Depesche Metternichs vom 14. Juli in Wien laut aufjubelte, dauerte nicht lange. Metternich war entrüstet, als er am Tage darauf (15. Juli) vernahm, der Herzog von Gramont habe im gesetzgebenden Körper eine der Unterredung zwischen dem Kaiser und ihm entgegengesetzte kriegerische Aeußerung getan. „Als ich," berichtet der ehemalige Botschafter am französischen Hofe, „beim Minister des Aeußern eine Aufklärung darüber einholte, antwortete mir der Herzog von Gramont: ‚Es ist wahr, der Kaiser hat nachgeben wollen — Ollivier und ich, wir haben es verhindert[2]) und beim Konseil erklärt, daß, wenn von einem Kongresse die Rede sein sollte, wir unsere Entlassung einreichen müßten.'"[3]) „Sei es," bemerkt hierzu Fürst Metternich, „daß der Kaiser später den kriegerischen Anregungen seiner Minister aus freien Stücken nachgegeben oder daß der Keim der Krankheit, die ihn seither weggerafft, ihn so sehr herabgestimmt habe, daß er vor einer energischen Vertretung seiner friedlichen Gesinnung zurückschreckte — die Bombe war geplatzt."[4]) Zum Platzen hatte die Bombe die in Bismarcks Fassung berühmt gewordene Emser Depesche gebracht, der ein Zurückweichen vor beleidigenden Drohungen Frankreichs für noch schlimmer hielt als die Demütigung von Olmütz im Jahre 1850 durch Oesterreich.[5]) Durch knappere Form und Weglassung aller motivierenden Umstände, ohne jedoch etwas Neues hinzuzufügen, hatte Bismarck dem im Grunde ganz ruhig gehaltenen Berichte des Geheimrates Abeken über die Ablehnung der von Benedetti erhobenen französischen Garantie-

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 14. Juli 1870.

[2]) Baron Orczy schreibt am 18. Juli an seine Mutter: „Vitzthum ist jetzt hier und erzählte mir, daß eigentlich Ollivier es war, der den Krieg prezipitierte, ohne sich viel zu kümmern, ob der Kaiser es will oder nicht. Man war bis 3. Juli in voller Ruhe und spielte die Rolle vortrefflich. Als aber die Nachricht der hohenzollernschen Kandidatur bekannt wurde, warf man die Maske plötzlich ab."

[3]) Metternich an Andrássy, 19. Januar 1873. Gräfl. Andrássysches Archiv. Ollivier, a. a. O., Bd. XIV, S. 365, sagt dagegen, daß er den Antrag stellte, an einen Kongreß zu appellieren, worüber er, wie er bemerkt, noch heute errötet.

[4]) Metternich an Andrássy, 19. Januar 1873.

[5]) Bismarck, „Gedanken und Erinnerungen", Bd. II, S. 85.

forderung,[1]) eine kriegerisch klingende Fassung gegeben, die in Paris die größte Erregung anfachte und in der Tat über Nacht den Krieg entschied.[2]) Es war dies jene Emser Depesche, von der Moltke äußerte: „Vorhin klang es wie Schamade, jetzt wie eine Fanfare,“[3]) und die auf den Herzog von Gramont eine so niederschmetternde Wirkung übte, daß er in das Gemach Olliviers mit den Worten stürzte: „Sie sehen hier einen Mann vor sich, der eine Backpfeife erhalten hat.“ [4])

Bismarck handelte als wahrer Psycholog, der vortrefflich die Mittel zu wählen weiß, das Blut in Wallung zu bringen. Er war

---

[1]) Die Garantieforderung bestand, wie im Texte schon erwähnt worden, darin, daß der König von Preußen sich verpflichte, nie wieder die Erlaubnis zur Kandidatur eines Hohenzollern für den spanischen Thron zu erteilen.

[2]) Bismarck, „Erinnerungen“, Bd. II, Kap. 22. Abeken hatte im Auftrage des Königs an Bismarck depeschiert, daß Graf Benedetti den damals in Ems weilenden König Wilhelm auf der Promenade abgefangen und in sehr zudringlicher Art an diesen die Zumutung gerichtet, niemals wieder seine Zustimmung zur Aufstellung der Kandidatur eines Hohenzollern zu geben — ein Verlangen, das vom preußischen Monarchen „etwas ernst“ zurückgewiesen worden war. In der Abekenschen Depesche heißt es noch, daß König Wilhelm erwähnte, er habe über die Entsagung des Hohenzollern noch keine Nachricht erhalten. Die Depesche schließt mit den Worten: „Seine Majestät hat seitdem ein Schreiben des Fürsten (Karl Anton) bekommen. Da Seine Majestät dem Grafen Benedetti gesagt, daß er Nachricht vom Fürsten erwarte, hat Allerhöchstderselbe mit Rücksicht auf die obige Zumutung, auf des Grafen Eulenburg und meinen Vortrag beschlossen, den Grafen Benedetti nicht mehr zu empfangen, sondern ihm nur durch einen Adjutanten sagen zu lassen: daß Seine Majestät jetzt vom Fürsten die Bestätigung der Nachricht erhalten, die Benedetti schon aus Paris gehabt, und dem Botschafter nichts weiter zu sagen habe.“ Die Bismarcksche Fassung der Abekenschen Depesche lautet: „Nachdem die Nachrichten von der Entsagung des Erbprinzen von Hohenzollern der Kaiserlich französischen Regierung von der Königlich spanischen amtlich mitgeteilt worden sind, hat der französische Botschafter in Ems an Seine Majestät noch die Forderung gestellt, ihn zu autorisieren, daß er nach Paris telegraphiere, daß Seine Majestät der König sich für alle Zukunft verpflichte, niemals wieder seine Zustimmung zu geben, wenn die Hohenzollern auf ihre Kandidatur wieder zurückkommen sollten. Seine Majestät hat es darauf abgelehnt, den französischen Botschafter nochmals zu empfangen und demselben durch den Adjutanten vom Dienst sagen lassen, daß Seine Majestät dem Botschafter nichts weiter mitzuteilen habe.“ Das war eine glatte Abweisung des Grafen Benedetti, was ursprünglich in der Abekenschen Depesche nicht lag. Ueber die Emser Vorgänge siehe noch: „Heinrich Abeken. Ein schlichtes Leben in bewegter Zeit“ S. 370—377.

[3]) Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 91.

[4]) Ollivier, a. a. O., Bd. XIV, S. 355.

seinerseits nicht geneigt, die „französische Ohrfeige“[1]) einzustecken, wie sie, seiner Ansicht nach, die Zumutung Gramonts an König Wilhelm in sich barg. Es war ein grober Fehler Gramonts, daß er sich nicht mit der Zustimmung Wilhelms zur Verzichtleistung des Hohenzollern begnügte, sondern mehr: die Demütigung von Preußens König verlangte.[2]) Damit bewahrte er Bismarck vor einer diplomatischen Niederlage und verhalf ihm zu einem glänzenden Triumphe. Um keinen Preis wollte sich der norddeutsche Kanzler den günstigen Moment entgehen lassen, wo er hoffen konnte, durch das übermütige Auftreten des französischen Ministers die ganze deutsche Nation mit sich fortzureißen. Nun war die nationale Ehre gegenüber Frankreich engagiert. Der Erfolg war um so größer, als noch kurz vorher Bayern und Württemberg in Wien die Erklärung abgegeben hatten, daß der Krieg Preußens mit Frankreich für sie keine Veranlassung biete, sich an demselben zu beteiligen.[3]) Die Veröffentlichung der Emser Depesche bewirkte einen völligen Wandel. Was Napoleon zu vermeiden gesucht, daß die deutsche Frage nicht in den Handel zwischen ihm und Preußen hineingezogen werde, war nun doch geschehen. Jetzt stand ganz Deutschland wie ein Mann auf, um in den Krieg gegen Frankreich zu ziehen. „Die Kriegssituation,“ schreibt Orczy, „ist plötzlich in ein sehr ernstes Stadium getreten . . . Nur ein Wunder kann noch den Konflikt zwischen Frankreich und Preußen verhüten, aber leider geschehen im neunzehnten Jahrhundert Wunder sehr selten.“[4])

* * *

Von Anfang an hatte der ungarische Ministerpräsident mit banger Sorge für die Erhaltung des Friedens die Entwicklung des Streites zwischen Frankreich und Preußen verfolgt. Getreu seinem bereits im Jahre 1868 zum Ausdruck gebrachten Standpunkte, daß wir uns von jeder Einmengung in die deutschen Angelegenheiten ferne halten müssen, hatte er demgemäß auch jetzt an Orczy geschrieben, daß unseren Interessen nur allein eine neutrale Haltung

---

[1]) Bismarck, a. a. O., Bd. II, S. 85.

[2]) Welschinger, „La France, l'Autriche et l'Italie en 1870“ (Le Correspondant, 25. Juli 1907), S. 216, tadelt in schärfster Weise die Politik Gramonts. Welschinger bemerkt auch noch S. 223, daß die Uebergabe Roms nichts genutzt hätte, da Oesterreich-Ungarn und Italien zu einem Feldzuge gar nicht gerüstet waren.

[3]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 13. Juli 1870.

[4]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, 16. Juli 1870.

frommen könne.[1]) Mit Zustimmung Beusts gab er dann am 14. Juli im ungarischen Reichstag die Erklärung ab, das Auswärtige Amt wirke im Sinne des Friedens, wobei er versicherte, der Minister des Aeußern, gebunden durch das Einvernehmen mit den Ministern Oesterreichs und Ungarns, könne gar keine andere als eine friedliche Politik betreiben.[2]) Als Andrássy vor den Abgeordneten Ungarns sprach, war er fest entschlossen, mit dem Aufgebot aller ihm zur Verfügung stehenden Energie für diese Richtung in der Leitung der äußeren Angelegenheiten einzutreten. Er fühlte sich hierzu um so mehr verpflichtet, als er, benachrichtigt durch Orczy, bereits wußte, daß Beust, und nicht bloß er allein, gerne bereit sein würde, Napoleon die Hand zu reichen. In Wien arbeitete die französische Diplomatie, die den Mund sehr voll nahm, für eine gemeinsame Aktion Oesterreich-Ungarns mit Frankreich. „Haben Sie,“ sagte Caseaux, der französische Chargé d'affaires, ein nervöser Mensch, der gerne alle Leute durcheinander brachte, zu Orczy, „haben Sie wohl bedacht, daß, wenn Preußen siegt, dies gefährliche Folgen für Sie nach sich ziehen könnte?“ Als Orczy hierauf erwiderte, das sei gerade ein dringender Grund mehr, jedem Abenteuer aus dem Wege zu gehen, entgegnete der Franzose: „Frankreich könnte auf Kosten der österreichisch-ungarischen Monarchie Frieden schließen. Allein, auch ohne Ihr Bündnis vertraut es auf seinen Sieg. Frankreich kann ein Jahr lang Krieg führen, ohne Mangel an Geld und Menschen zu leiden, während Preußen bei seinem hinaufgeschraubten Wehrsystem binnen kurzer Zeit Bankrott machen müßte.“[3]) In Wien machte eine solche Sprache, mit der Caseaux nicht müde wurde, auch anderen gegenüber zu prahlen, tiefen Eindruck. Gerne und um so mehr wurde ihr Glauben geschenkt, als sie die eigenen Wünsche so getreu zum Ausdruck brachte. Man träumte schon von der Demütigung Preußens, der Wiedergewinnung Schlesiens und der Erneuerung des deutschen Kaisertitels für das Haus Habsburg.[4]) Unterstützung fand die zum Kriege treibende Partei an Feldzeugmeister Freiherrn von Kuhn, dem Leiter des Kriegsministeriums. Er hegte die Ueberzeugung, Preußen werde nicht auf

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 11. Juli 1870.

[2]) Lederer, a. a. O., Bd. II, S. 310 u. 311.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. Juli 1870 (ung.).

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 11. Juli 1870 (ung.). Orczy bemerkt, daß insbesondere Pretis und Klaczko, letzterer im Interesse der Herstellung Polens, sich in derartigen Illusionen wiegen.

Süddeutschland rechnen können — Horst hatte vorher das Gegenteil behauptet.[1]) Ebenso war Kuhn durchdrungen davon, daß Frankreich über Norddeutschland den großen Vorteil der Initiative, des raschen, imposanten Aufmarsches besitze; all das aber lasse Bismarck unberücksichtigt, obgleich er es schon lange auf eine Beleidigung der französischen Nation abgesehen haben dürfte. Soll nun, fragte Kuhn, die österreichisch-ungarische Monarchie am Kriege teilnehmen, selbst auf die Gefahr hin, daß durch ihr Eingreifen der sonst isoliert bleibende Krieg unfehlbar zu einem Weltbrande ausarten müßte? Als Mann, der in seiner Stellung verpflichtet ist, die Vor- und Nachteile eines Entschlusses in Erwägung zu ziehen, nahm Kuhn zuerst den Fall in Betracht, daß sich die Monarchie für Beobachtung der Neutralität erklärt. Vermag sie aber gleichgültiger Zuschauer zu bleiben, wenn Frankreich siegt, Preußen niederwirft und sich der Rheingrenze bemächtigt? fragt der Kriegsminister. Einen solchen Moment erachtete Kuhn als geeignet dafür, daß Oesterreich-Ungarn zugunsten Deutschlands eingreife, um den daselbst durch Sadowa verlorenen Boden wiederzugewinnen. Nach des Feldzeugmeisters Ansicht kann ein siegreiches Frankreich überhaupt der Monarchie nichts anhaben, denn Norditalien, das einzige Objekt, das die Mißgunst dieses Reiches noch erregen hätte können, sei ohnehin für Oesterreich-Ungarn verloren. Wesentlich anders und viel schlimmer stünde es, nach der Auffassung Kuhns, für uns, wenn Preußen triumphierte und wir neutral geblieben wären. Es sei sicher, sagt er, daß dann König Wilhelm sofort alle deutschen Fürsten ihrer Throne verlustig erklären würde. In weiterer Folge sah Kuhn bereits den König von Preußen zum Kaiser von Deutschland ausgerufen, das sich unter der Herrschaft der Hohenzollern zu einem Einheitsstaate vereinigen wird. Die preußische Pickelhaube am Inn, fährt er fort, bedeutet soviel wie „finis Austriae"; denn ihre Herrschaft daselbst muß binnen kürzester Zeit die Einverleibung der deutsch-österreichischen Länder nach sich ziehen. Nach Kuhn wäre es eine grobe Selbsttäuschung, sich damit trösten zu wollen, daß ja noch immer Ungarn als Zufluchtsstätte erübrige. Das mächtige Deutschland, erläutert er seine Ausführungen, wird nicht dulden, daß der deutsche Strom — die Donau — ferner in fremdem Besitze verbleibe. Es wird sich vielmehr des ganzen Stromes bis zu den Grenzen Rumäniens bemächtigen und das Reich der Magyaren vernichten. Der Kriegs-

---

[1]) Friedjung, „Freiherr von Horst", S. 12.

minister glaubte nach all dem an die unbedingte Notwendigkeit, daß die Monarchie, will sie ihr Leben erhalten, sich am Kampfe beteiligen müsse, selbst auf die Gefahr hin, ganz Europa in Feuer und Flamme zu setzen. Für ihn unterlag es keinem Zweifel, daß Oesterreich-Ungarn im Bunde mit Frankreich gegen das isolierte Preußen als Sieger aus dem Kampfe hervorgehen werde, denn in diesem Falle stünden 1 700 000 Streiter gegen eine Million Soldaten des Norddeutschen Bundes.[1]) Als Kuhn seine Denkschrift verfaßte, fühlte er sehr wohl die große Verantwortung, die der Staatsmann durch die Entscheidung für oder gegen den Krieg auf sich lade. Trotzdem zögerte er keinen Augenblick, seine gewichtige Stimme gegen die Neutralität in die Wagschale zu legen. Jeder Staatsmann, äußert er, der großzügige Politik befolgt und kein bloßer Stümper sein will, kann nichts anderes tun, als sich für die Teilnahme am Riesenkampfe aussprechen. Indem er voraussetzte, daß Rußland, und zwar als Bundesgenosse Preußens, dem Kriege nicht ferne bleiben werde, zog er auch die Revolutionierung Polens in den Kreis seiner Berechnungen. Selbst mit Aufopferung Galiziens sei die Trennung Polens von Rußland zu erkaufen, um den nordischen Riesen zu schwächen und auf Asien zu verweisen. Weigere man sich, dies zu tun, so werde über kurz und lang die Aufteilung der Erde unter Nordamerika und die Russen erfolgen. Kuhn war nicht nur bereit, Galizien zu entsagen, sondern auch auf Südtirol zu verzichten, das Italien zu überlassen wäre. Für alle Verluste hätte sich die Monarchie durch die Erwerbung der Donaufürstentümer, Bosniens, Bayerns, Württembergs und Badens zu entschädigen. Der Kriegsminister will überall zugreifen, da sich, seiner Meinung nach, der Monarchie nie wieder eine günstigere Gelegenheit zu ihrer Wiedergeburt bieten werde. Als Zentralist, der sich nur notgedrungen in die neuen Verhältnisse gefügt, deren Druck er schwer empfand, zeigte er in seiner Denkschrift auch noch eine andere Perspektive, die die Vernichtung des ihm unbequemen Dualismus in sich schloß. Er sah schon das durch glänzende Siege gestärkte Oesterreich mit kräftiger Hand an die Ordnung der inneren Zustände schreiten, die nichts anderes bedeutet als die Zertrümmerung der Zweiteilung der Monarchie. Ungeachtet all der von unbeschränkter Phantasie zeugenden Darlegungen, vergaß Kuhn im letzten Augenblicke doch nicht, daß es vielleicht anders kommen und möglicherweise Preußen über

---

[1]) Denkschrift Kuhns aus dem Jahre 1870 (ungedruckt).

seine Gegner als Sieger triumphieren könnte. Für eine derartige Eventualität tröstete er sich als richtiger Fatalist damit, daß sich dann nur das unvermeidliche Geschick der Monarchie erfülle, die in jedem Falle, auch wenn sie neutral geblieben wäre, zugrunde hätte gehen müssen.[1]) Solcher Pessimismus plagte den kühnen Soldaten, der stets dem Tode mutig ins Antlitz gesehen, nicht lange. Für ihn schien es eine ausgemachte Sache, daß Oesterreich im Bunde mit Frankreich und Italien Preußen niederrennen und dann wieder zur Herrschaft in Deutschland gelangen werde. Kann man sich wundern, wenn einerseits die Zauberbilder von künftiger Größe und andererseits die Schreckbilder eines preußischen Sieges, entworfen vom Hüter des Kriegswesens, nicht ohne mächtige Wirkung auf das Gemüt Franz Josefs blieben! Ist es nicht menschlich faßbar, daß er, ungeachtet seines Bewußtseins großer Verantwortung gegenüber seinen Völkern, doch die Versuchung an sich herantreten fühlte, gemeinsame Sache mit Frankreich zu machen? Zu einem solchen Plane konnte der Kaiser jedoch wie früher so auch jetzt nicht auf die Mitwirkung Andrássys rechnen, der bisher stets, solange keine Gefahr von Rußland drohe, für die Enthaltung am Kampfe eingetreten war. Als die Situation sich ernster gestaltete und Gramont seine den Krieg ankündigende Erklärung am 15. Juli im gesetzgebenden Körper abgegeben, war der ungarische Ministerpräsident den folgenden Tag eiligst nach Wien geeilt, wo weittragende Entschlüsse über das zukünftige Schicksal der Monarchie gefaßt werden sollten. „Andrássy," schreibt Orczy am 17. Juli, „ist gestern gekommen, er ist frohen Mutes und hofft für uns das Beste und keine Beteiligung am Kampfe."[2]) Bevor der ungarische Premier nach Wien fuhr, soll er noch geheime Besprechungen mit den Koryphäen der Regierungspartei gepflogen haben, die sich insgesamt für die Befolgung striktester Neutralität aussprachen.[3]) Einer der Eifrigsten für eine solche Stellungnahme war der Honvédgeneral Klapka, unser aufrichtigster Freund, wie ihn Waecker-Gotter nennt.[4]) Klapka zeigte dem norddeutschen Generalkonsul zwei von ihm an Andrássy gerichtete Briefe, in denen er den Grafen bei seinem Patriotismus beschwor, Ungarn

---

[1]) Auf Grundlage einer ungedruckten Denkschrift Kuhns aus dem Jahre 1870.

[2]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 17. Juli 1870. Dessen Tagebuch, 16. Juli 1870 (ung.).

[3]) Bericht aus Pest, präsentiert am 22. Juli 1870.

[4]) Bericht Waecker-Gotters, Pest, 20. August 1870.

um keinen Preis in das Abenteuer einer französischen Allianz verwickeln zu lassen.[1]) Der erste Eindruck, den Andrássy in Wien empfing, war allerdings der, daß, vom Kaiser angefangen, alle maßgebenden Faktoren, wie Beust und der österreichische Ministerpräsident Graf Potocki, eines Sinnes mit ihm seien.[2])

Doch wenn der ungarische Staatsmann unter dem Einflusse seiner Wahrnehmungen auch im ersten Augenblick gemeint hatte, die von ihm vertretene Auffassung der Lage werde sicherlich durchdringen, so sah er sich sehr bald Strömungen gegenüber, mit denen er einen ernsten Kampf auszufechten hatte. „Eine solche Verantwortung," heißt es in einem seiner Briefe an seine Gattin, „habe ich noch nie auf meinem Halse gehabt. Sie wissen ja, daß ich mit mir stets im reinen zu sein pflege und mich nie vor der Verantwortung fürchte, wenn das, wofür ich verantwortlich zu sein habe, allein von mir abhängt. Aber hier stehe ich nicht allein, sondern ich muß à quatre mains, sogar à huit mains spielen und bin nach keiner Richtung hin sicher. Und doch wird die Verantwortlichkeit auch mich treffen. Meine Stellung ist daher sehr schwer, aber ich weiß, was meine Pflicht ist, wenigstens kann ich die Menschen von großen Fehlern zurückhalten, und derjenige, der keinen solchen begeht, bedarf nur ein wenig des Glückes, um Erfolge zu erzielen. Es war," fügt er hinzu, „wirklich eine providentielle Sache, daß ich heraufgekommen bin (nach Wien). Beust war anfangs ungemein leichtsinnig. Jetzt geht er schon richtiger vor. Die Franzosen zürnen auf mich und sind grob. Aber auch daran gewöhnt sich der Mensch." [3]) Einen harten Stand hatte Andrássy mit Beust, der ihn zwar der Uebereinstimmung mit seinen Ansichten versicherte, aber trotzdem Schwierigkeiten machte, offen und entschieden die Neutralität der Monarchie auszusprechen. Der Reichskanzler, der Napoleon grollte, daß er allzu voreilig „dem Faß den Boden ausgebrochen", hatte noch immer Angst vor Frankreich und schwankte daher in seinen Entschlüssen.

---

[1]) Bericht Waecker-Gotters, Pest, 20. August 1870.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 18. Juli 1870. „Andrássy hat gestern lange mit dem Kaiser gesprochen und scheint sehr zufrieden darüber zu sein, daß sowohl der Kaiser wie auch Beust und Potocki so einstimmig mit ihm denken, daß er das volle Vertrauen gefaßt hat, daß unsere Situation eine befriedigende ist, denn wir bleiben so neutral, wie es unsere Sicherheit und unsere Interessen verlangen."

[3]) Andrássy an seine Frau (undatiert). Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

Einerseits fürchtete er, die Franzosen könnten die Passivität Oesterreich-Ungarns übelnehmen, andererseits wieder vermochte er sich von dem Gedanken der Revanchepolitik nicht loszureißen. Deshalb plädierte er für die „Politik der freien Hand", die ihm gestatte, im geeigneten Moment an die Seite Frankreichs zu treten.[1]) Die Situation war um so schwieriger, als auch der Monarch unter der Einwirkung der für das Bündnis mit Frankreich begeisterten Männer wieder zu seiner alten Neigung zurückkehrte, zugunsten Napoleons zu mobilisieren.[2]) In den Beratungen, die seit der Anwesenheit Andrássys in Wien stattfanden, kam es zu scharfen Auseinandersetzungen.[3]) Der ungarische Ministerpräsident trachtete vor allem, daß sein österreichischer Kollege, Graf Potocki, bei seiner bisherigen Haltung beharre. Schließlich gelang es ihm in einer Unterredung, den österreichischen Ministerpräsidenten davon zu überzeugen, daß es beider Pflicht sei, in vollem Einvernehmen die Kriegslust des Monarchen zu beschwichtigen. Denn, sagte Andrássy, nie wäre es nötiger als jetzt, offen und ohne alle Hintergedanken die Neutralität zu verkünden, indem es ja nicht gleichgültig sein könnte, daß Preußen und Rußland, unsere ungewisse Haltung vorschützend, die unzufriedenen Elemente bei uns aufregen und zur Opposition reizen.[4]) „Aus allem," weiß Baron Orczy zu berichten, „was ich par sous-entendus mir denken kann, ist die Gefahr, daß wir unbedacht in einen Krieg verwickelt werden, nicht ganz verschwunden. Es scheinen in höchsten Kreisen noch manche Zweifel zu herrschen, ob es nicht gut wäre, sich doch hineinzumischen. Ich habe meine größte Zuversicht in Andrássys unbeugsamer Festigkeit, daß er den Frieden für uns als höchstes Gut immer vor Augen hält und selbst davor nicht zurückschrecke, seine Demission zu geben, wenn man eine für die Monarchie gefährliche Verwicklung forcieren wollte. Der Kaiser," sagt Orczy weiter, „so hoffe ich, wird Gyulas (Julius Andrássy) und Potockis Bedenken nicht übersehen, und wenn man auf den einmütigen Rat dieser zwei wahren Freunde des Kaisers und der Monarchie achtet, so werden alle anderen Einflüsterungen nicht imstande sein, eine leichtsinnige Politik zu treiben. Ich hätte nicht geglaubt," fügt er noch hinzu, „daß es so schwer geht, der Stimme der Ver-

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 18. Juli 1870 (ung.).
[2]) Ibidem.
[3]) Ibidem.
[4]) Ibidem.

nunft Gehör zu verschaffen, als ich es jetzt erfahren mußte — aber die Empfindlichkeiten, die ich beseitigt glaubte, sind noch viel lebhafter, als man dem äußeren Ansehen nach hätte schon hoffen können."[1]) Inmitten der schwülen Atmosphäre trat am 18. Juli unter Vorsitz des Kaisers der Kronrat zusammen, der einen endgültigen Beschluß über die künftige Stellungnahme der Monarchie zum Kriege zwischen Frankreich und Preußen zu fassen hatte.

* * *

Außer dem Kaiser nahmen am Kronrat teil: Erzherzog Albrecht, Graf Beust, die beiden Ministerpräsidenten Andrássy und Potocki, Kriegsminister Kuhn und der gemeinsame Finanzminister Lónyay. Als Protokollführer fungierte Sektionsrat Baron Konradsheim.[2]) Mit Rücksicht auf die folgenschwere Wichtigkeit der zu ergreifenden Maßregeln forderte der Monarch die anwesenden Mitglieder der Konferenz auf, ihre Ansichten mit aller Offenheit darzulegen. Er knüpfte daran die weitere Bemerkung, es wäre sein Wille, daß die Entscheidung, die er nach Anhörung aller Meinungen treffen werde, auch von allen Seiten „einmütig und energisch" zu vollziehen sei. Nach dem Herrscher ergriff Beust das Wort, um eine Schilderung der politischen Lage zu entwerfen. Der Reichskanzler erinnerte daran, daß gleich England auch Oesterreich-Ungarn im Vereine mit Italien Vermittlungsversuche unternommen hätten; sie seien jedoch erfolglos geblieben, da Napoleon erklärte, daß er sich durch die aufgetauchte Kongreßidee in den militärischen Vorbereitungen nicht beirren lassen wolle. Nachdem Beust den Anschluß der süddeutschen Staaten an Preußen konstatiert hatte, meinte er, man gehe nicht fehl, eine aktive Beteiligung Rußlands am Kampfe für den Fall vorauszusetzen, wenn die preußische Armee eine Niederlage erleiden sollte. Man dürfe, sagte er, nicht übersehen, daß, obgleich die russische öffentliche Meinung sich mehr für Frankreich als für Preußen erkläre, das offizielle Rußland Lust zu einer Diversion in Galizien bezeige. Von Italien behauptete Beust, es wäre geneigt, Hand in Hand mit uns zu gehen, doch sei es auch nicht ausgeschlossen, daß es sich für die Ueberlassung Roms zur Verfügung Napoleons stelle. Der Norden Europas habe noch

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 19. Juli 1870.

[2]) Die folgende Darstellung beruht auf vollkommen verläßlichen ungedruckten zeitgenössischen Aufzeichnungen. Siehe Em. Kónyi, „Graf Beust und Graf Andrássy" in „Deutsche Revue" 1890.

nicht Stellung genommen; die Türkei wünsche sich, wie aus deren wiederholten Anfragen zu ersehen, ganz nach dem Vorgange Oesterreich-Ungarns zu richten. Wir selbst, fuhr der Reichskanzler fort, sind bisher noch nach keiner Seite hin Verpflichtungen eingegangen, unsere bisherige Passivitätspolitik ist noch durch keine bestimmte Maßregel alteriert. Schon aus Rücksicht auf die inländische Presse, die, infolge preußischer „Lockmittel", den Kampf auch bei uns als einen „deutschen" aufgefaßt wissen wolle, sei absichtlich jeder Schein des Ablenkens von der eingeschlagenen Passivitätspolitik vermieden worden. Sehe man aber, schloß Beust fürs erste seine Ausführungen, auf die Haltung anderer Staaten, namentlich auf jene unseres Nachbars im Osten, so frage es sich, ob die bisherige Passivität noch weiterhin eingehalten werden könne oder ob es sich nicht vielmehr empfehle, uns auf einen solchen Fuß zu setzen, daß uns die Ereignisse, wenn sie an uns herantreten, nicht unvorbereitet treffen. Dies sei aber eine Frage, bei welcher in erster Reihe die inneren Elemente in Betracht gezogen werden müssen und worüber sich vor allem jene Ratgeber der Krone aussprechen mögen, welche den inneren Elementen näher stehen als der Minister des Aeußern.[1]) Es gehörte die ganze Unverfrorenheit Beusts dazu, den Mut aufzubringen, sich derart im Kronrat zu äußern. Seine Sprache stand in grellem Gegensatz zu seiner wahren Haltung. Nichts lag ihm ferner, als der Vertreter der Passivitätspolitik zu sein, die er als leitenden Stern seines Vorgehens hinstellte. Durch seinen Freund und Vertrauten Graf Vitzthum, der damals in Wien weilte[2]) und dessen er sich auch schon bisher als Organ der geheimsten, nicht für die Oeffentlichkeit bestimmten Absichten bedient hatte, ließ er Frankreich versichern, daß wir es mit unserer Macht unterstützen werden. Durch ihn korrespondierte er mit Paris und unternahm er alle jene Schritte, die er gerne in das Dunkel seines Intrigengewebes hüllte.[3]) Im stillen hoffte er auf Siege der Franzosen und deren Vordringen bis nach Berlin; schon entzückte ihn die Vorstellung, daß es ihm dann sofort gelingen werde, den noch immer zögernden Kaiser mit sich fortzureißen, dem er ja bereits 1866 die Revanche an Preußen in sichere Aussicht gestellt hatte.[4]) Man schrieb ihm den Gedanken zu, bei Ausbruch des Krieges

---

[1]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.
[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. Juli 1870 (ung.).
[3]) Ibidem, 26. und 27. Juli 1870 (ung.).
[4]) Ibidem, 8. August 1870 (ung.).

sofort Dresden zu besetzen, um den Sachsen den Anschluß an Preußen unmöglich zu machen.[1]) Ebenso wollte man wissen, daß er darauf sinne, unter der Hand die Situation derart zu schürzen, daß Oesterreich-Ungarn durch Rußland selbst gezwungen werde, am Kriege teilzunehmen, welche Gelegenheit dazu benutzt werden sollte, sich mit Napoleon gegen Preußen zu verbinden.[2]) Das Merkwürdigste an all dem war, daß Beust mit diesen Plänen förmlich spielte, selbst zu keinem entschiedenen Entschlusse gelangte, aber sie alle in seinem politischen Felleisen für alle Eventualitäten zu etwaigem Gebrauche bereithalten wollte.[3]) Der Reichskanzler hatte keine bestimmt ausgesprochene Richtung, wofern man nicht die Revanchepolitik als solche gelten lassen will. Aber auch diese öffentlich und männlich zu vertreten, fehlte es ihm am nötigen Mut. Er fristete nur mit kleinlichen Ausflüchten und Mittelchen von Tag zu Tag sein Dasein als politischer Intrigant, aber nicht als Staatsmann, dessen Führung das Wohl einer großen Monarchie anvertraut war. Er trieb persönliche Politik, einzig und allein erfüllt vom Verlangen, seinen glücklicheren Rivalen in Preußen zu demütigen. Beust wollte größer sein als Bismarck und war doch um so viel kleiner als dieser. Wenn Graf Andrássy zur Zeit des Kronrates vom 18. Juli auch noch nicht in voller Kenntnis der geheimen Machinationen Beusts war, so wußte er doch genug von dessen Umtrieben, die darauf angelegt waren, die Monarchie in den Kampf gegen Preußen an der Seite Frankreichs hineinzutreiben.[4]) Andrássy erkannte sehr wohl, daß die Politik, die Beust gleißnerisch als „Passivitätspolitik" kennzeichnete, für die Monarchie von den größten Gefahren begleitet sein müsse. Aufs entschiedenste erklärte sich Andrássy im Kronrate dagegen. Oesterreich-Ungarn, meinte der Graf, könne nicht gleichgültiger Zuschauer bleiben gegenüber den Agitationen Preußens jenseits und diesseits der Leitha, ebensowenig dürfe die Monarchie die Hände in den Schoß legen gegenüber den Bemühungen Frankreichs in den Donaufürstentümern, wo es den Sturz des Fürsten von Rumänien und

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 10. August 1870 (ung.).

[2]) Ibidem, 6. August 1870 (ung.).

[3]) Ibidem.

[4]) Nach all dem wird kaum mehr folgende Aeußerung Petersdorfs aufrechtzuerhalten sein: „Man wird nach diesen Darlegungen schwerlich noch ohne erhebliche Einschränkungen an der Theorie festhalten, daß Oesterreich auf den Krieg hingesteuert hat." Petersdorf, „Der Streit über den Ursprung des Deutsch-Französischen Krieges" in „Forschungen zur brandenburgischen und preußischen Geschichte", Bd. IX, S. 80.

solche Ereignisse herbeizuführen bemüht ist, die auf uns den nachhaltigsten Einfluß ausüben müssen. Indem Andrássy genau ausführte, daß die Monarchie nicht zum Spielball ihrer Nachbarn werden dürfe, warf er die Frage auf, welche Stellung wir einzunehmen hätten, um aus der Krise nicht nur ungeschädigt hervorzugehen, sondern, wenn wir in die Aktion einzutreten gezwungen wären, aus ihr sogar Nutzen zu ziehen? Für ihn gab es nur zwei Möglichkeiten: entweder Krieg mit Frankreich gegen Preußen oder Neutralität. Da er unseren Beruf zu einem Feldzuge an der Seite Frankreichs nicht zugeben wollte, trat er für die Neutralität ein. Sie war in seinen Augen nicht gleichbedeutend mit Passivität, weil sie, wie er sagte, in diesem Sinne für Preußen wohl erwünscht sein könne, von Frankreich aber verübelt werden würde und uns selbst nach keiner Seite nützen dürfte. Auch als „bewaffnete Neutralität“ wollte Andrássy die von ihm vorgeschlagene Stellungnahme nicht gelten lassen. Er verwarf diese Bezeichnung, da solche, wie er darlegte, leicht als Provokation unserer Nachbarn gedeutet und uns daraus die Lust nach der Okkupation der Donaufürstentümer imputiert werden könnte. Ich meine, äußerte der ungarische Ministerpräsident, einen Zustand der Neutralität, der uns gestattet, gewisse militärische Vorbereitungen zu treffen, um von den Ereignissen nicht überrascht zu werden. Unter militärischen Vorbereitungen verstand er den Ankauf von Pferden und Vorräten, die vorläufige Mobilisierung von 300000 Mann und die Veranstaltung, daß wir für alle Fälle binnen drei Wochen schlagfertig sein könnten. Man solle überhaupt, ließ sich Andrássy weiter vernehmen, ohne sich die Hände nach irgendeiner Seite zu binden und nach Abgabe einer Neutralitätserklärung das reine Interesse als Losungswort ausgeben und jedem, der danach fragt, offen bekennen, daß wir, solange Preußen allein bleibt, uns in den Krieg nicht einmengen und die militärischen Vorbereitungen nur der Eventualitäten wegen im Oriente treffen. Andrássys Ansicht nach hätte der Reichskanzler die Aufgabe, Preußen eine solche Politik der Monarchie begreiflich zu machen und es durch die Versicherung, daß wir nur als Angegriffener in die Aktion eintreten, zum Aufgeben aller weiteren Agitationen im Innern Oesterreich-Ungarns zu veranlassen. Indem Andrássy noch betonte, daß wir nur mit einer solchen Neutralitätserklärung vor die Delegationen zu treten vermöchten, deren Geldbewilligungsrecht in keinem Fall umgangen werden könne, schloß er seine Ausführungen mit den Worten: Ich halte die von mir definierte zuwartende Neutralität

nach keiner Seite hin für gefährlich. Denn, wenn auch Preußen siegen sollte, was für uns allerdings kein wünschenswerter Ausgang des Kampfes wäre, so könne dies unmöglich in kurzer Zeit geschehen, da der Krieg nicht ein Napoleonischer, sondern ein französischer Nationalkrieg sein und Frankreich gewiß die größte Hartnäckigkeit entwickeln werde. Siege aber Frankreich, so bleibe es uns noch immer unbenommen, zugunsten effektiver Garantien des europäischen Gleichgewichtes einzutreten. Nur wenn Rußland sich einmenge, bliebe uns keine Wahl.[1]) Diese Angst vor dem russischen Nachbar hielt seinen Blick gebannt oder, wie der norddeutsche Generalkonsul in Pest, Waecker-Gotter, sich ausdrückte: Rußland ist sein Gedanke früh und spät.[2]) Einige Zeit soll er sogar in seiner Brust den Plan gehegt haben, gemeinsam mit den eventuell siegreichen Franzosen, falls sie bis Dresden vordrängen, gegen Rußland zu marschieren.[3]) Andrássy war klug genug, solche Ideen in seinem Innersten zu verbergen und höchstens den Intimsten seines Kreises zu verraten. Im Kronrate vom 18. Juli ließ er nichts davon verlauten. Er begnügte sich mit dem Hinweis, daß wir den Kampf nur dann aufnehmen müßten, wenn Rußland sich an demselben beteilige. Und daß ähnliches drohe, wenn Oesterreich-Ungarn Miene machen würde, sich Frankreich anzuschließen, war keine bloß eingebildete Gefahr. Alexander II. sagte es ja unverblümt unserem Vertreter und dem französischen Botschafter, er werde in dem Moment, da wir auch nur einen Mann gegen Preußen loslassen, gegen uns marschieren.[4]) Im großen ganzen stellte sich Andrássy im Kronrat auf den Standpunkt der Neutralität. Dies betonte er nochmals gegenüber Graf Potocki, dem österreichischen Ministerpräsidenten, der sich, gleich Beust, als Anhänger der Politik der Passivität bekannte. Graf Potocki gegenüber, der seine Worte falsch verstanden und sie als „neutralité armée“ deutete, verwahrte sich der ungarische Premier aufs entschiedenste, daß seinen Ausführungen ein ihnen vollkommen fremder Sinn unterlegt werde. Andrássy wiederholte, daß er vorläufig keine förmliche Rüstung, sondern nur eine partielle Truppenaufstellung wünsche.[5]) Einen

---

[1]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

[2]) Waecker-Gotter, Pest, 22. November 1870. Dieser Bericht bildet eine Art Memorandum über die Ereignisse des Sommers von 1870.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 3. August 1870 (ung.).

[4]) „La France et la Russie en 1870“, „Revue de Paris“ 1899, S. 300, und an verschiedenen anderen Stellen dieses Aufsatzes.

[5]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

solchen Antrag bekämpften der Kaiser, Erzherzog Albrecht und der Kriegsminister Freiherr von Kuhn. Der Monarch sagte, daß bei der Organisation unserer Armee eine halbe Bewaffnung nur schwer durchzuführen wäre. Seiner Ansicht nach bliebe daher nichts anderes übrig, als zwischen vollständiger Ausrüstung oder Passivität zu wählen. Erzherzog Albrecht meinte, daß für anfangs September an der sächsischen Grenze die entscheidende Schlacht zu erwarten sei, die uns zur Tat rufen werde. Gefährlich wäre es, unsere Mobilisierung erst in diese Zeit zu verlegen, wo auch Rußland, das wir nicht aus den Augen verlieren dürfen, gerüstet dastehen werde. Militärisch, schloß der Erzherzog, stelle sich die Sache so: könne und wolle man halben September in die Aktion nicht eintreten, so lasse man die Rüstung ganz bleiben; wolle man sich aber für diesen Zeitpunkt bereithalten, so treffe man die Vorbereitungen gleich und energisch.[1]) Getreu der bereits in seiner Denkschrift zum Ausdruck gebrachten Auffassung befürwortete Kuhn auch im Kronrate die Anteilnahme am Kriege. Er, der von einem Erfolge Frankreichs für Oesterreich-Ungarn nichts befürchtete, dagegen von einem Triumphe Preußens alles besorgte, plädierte für die sofortige Rüstung in „großartigem Maßstabe". Um die Gefahren dieses Sieges (Preußens) abzuwenden, äußerte er, müssen wir bis dahin fertig gerüstet sein, damit wir unser Schwert im entscheidenden Moment zugunsten Frankreichs in die Wagschale werfen können.[2])

Kuhn sprach Beust aus der Seele, obgleich er es nicht wagte, offen für den Kriegsminister Partei zu ergreifen. Der Reichskanzler sagte nur, wir müßten alles vermeiden, was wie eine Unterstützung der Feinde Frankreichs aussehe; die Neutralitätserklärung werde sicher mehr Preußen als Frankreich zustatten kommen; er zweifle auch nicht daran, daß es bei der Perfidie Preußens ganz nutzlos sein werde, unsere Neutralität gleichsam an dieses zu verkaufen, das uns im Siegesfalle ebenso prellen werde, wie es den Gasteiner Vertrag[3]) zu seinem Vorteile ausbeutete. Worauf es, betonte Beust, bei diesem Kriege zumeist ankomme, sei, daß wir uns

---

[1]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

[2]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen. Alles, was Przibram in seinen „Erinnerungen", S. 270 und 273 u. s. w., über Kuhn berichtet, ist falsch und unrichtig.

[3]) Die Konvention von Gastein vom 14. August 1865, derzufolge Preußen in Schleswig und Oesterreich in Holstein die Regierung führe, doch jede Macht im Namen beider Staaten.

durch Vorbereitung für den Kampf gegen Ueberraschung sichern, daß wir dies ohne Provokation erklären, möge man dieser Erklärung nach außen welchen Namen immer geben, dann, daß wir mit Italien im Einvernehmen bleiben, und zwar in Frankreich freundlichem Sinne.[1]) Noch einmal erhob Andrássy seine Stimme, um seiner Auffassung Geltung zu verschaffen. Kuhn gegenüber wollte er es nicht zugeben, daß der Friede für uns durchaus unhaltbar sei. Andrássy gab ihm zu bedenken, daß wir ein um so schwereres Gewicht in die Wagschale werfen können, je mehr und je länger wir Geld und Leute sparen. Mit geradezu vernichtenden Argumenten bekämpfte er die Hinneigung Beusts zu Frankreich, der, vielleicht gegen seinen Willen, im Kronrat das Bekenntnis ablegte: zu einer Allianz mit Napoleon sei es nur nicht gekommen, weil er selbst durch die Ereignisse überrascht worden.[2]) Wer Andrássy in diesem Sinne sprechen hätte hören können, würde sich gewiß gehütet haben, ihm übertriebene Gefühle der Dankbarkeit, die er angeblich Frankreich gegenüber hege, unterzuschieben und die ihn daran hindern sollten, als Gegner dieses Landes zu erscheinen.[3]) Die ihm derartiges zumuteten, würden im höchsten Grade erstaunt gewesen sein, daß gerade der Mann, den sie freundlicher Gesinnungen für Napoleon verdächtigten, eine so scharfe Sprache gegen den Kaiser der Franzosen führte. Napoleon, sagte Andrássy, habe noch nie ein Unternehmen ganz zu Ende geführt und gehe oft, wie die Erfahrung lehre, ohne erst seine Bundesgenossen zu befragen, selbständig vor. Und wer bürge uns dafür, setzte er hinzu, daß der Kaiser der Franzosen, wenn wir uns zu sehr mit ihm einlassen, nicht mit Preußen plötzlich abschließe und uns dieser Macht und Rußland preisgebe?[4]) Wie sehr Andrássy mit solchen Warnungen gegen eine Allianz mit Frankreich im Rechte war, beweist am besten der Antrag, den Napoleon unmittelbar vor Ausbruch des Krieges von 1866 dem Berliner Hofe gemacht. Für die Annexion von Belgien wollte er Preußen gegen das damalige Oesterreich mit einem Heer von 250000 Mann unterstützen und ihm noch überdies die Annexion

---

[1]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

[2]) Ibidem.

[3]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 20. Juli 1870. Waecker-Gotter, Pest, 22. November 1870. Hierauf spielte auch der Wiener russische Chargé d'affaires gegenüber Baron Orczy an, der dem entschieden widersprach. Schweinitz, Wien, 12. Juli 1870.

[4]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

von acht Millionen Seelen garantieren — ein Angebot, das Bismarck stolz ablehnte, da er es vorzog, lieber den Krieg allein zu führen.[1]) Andrássy, der die Hoffnung hegte, Frankreich und Preußen werden sich im gegenseitigen Kampfe schwächen, wodurch dann Oesterreich-Ungarn die entscheidende Rolle des Schiedsrichters beim Friedensschluß zufallen könnte, trat schon aus dieser Ursache, aber auch noch aus anderen Gründen, für die neutrale Haltung der Monarchie ein. Wir könnten sicher sein, lauten seine Worte, daß wir für die zuwartende Stellung die Zustimmung des eigenen Volkes haben werden, was allein schon ein großer Gewinn sei; wir könnten mittlerweile uns bei der Türkei versichern, was sie im Falle eines Krieges mit Rußland zu leisten imstande sei, wir könnten verhindern, daß in der Wallachei die rote Republik proklamiert werde; wir könnten die Zeit benutzen, um Serbien, dessen Stellung im Kampf mit Rußland von der größten Wichtigkeit ist, zu neutralisieren. Mit allem möglichen Nachdruck bekämpfte Andrássy Beusts Behauptung von der Nutzlosigkeit einer Aussprache mit Preußen. Ich traue Bismarck auch nicht, meinte der ungarische Ministerpräsident, aber jetzt liege es in dessen eigenem Interesse, uns nichts zu tun, sobald er von uns eine Erklärung darüber habe, daß wir uns nur dann einmischen, wenn eine dritte Macht herbeigezogen wird. Von einer mit der Neutralitätserklärung verbundenen und aus eigener Initiative hervorgegangenen Versicherung, daß wir keine Rachepläne schmieden, erwartete Andrássy die vorteilhafteste Wirkung auf den norddeutschen Kanzler.[2]) Um diesen Punkt wogte im Kronrat der Kampf, und hier standen sich die beiden Staatsmänner als Vertreter verschiedener Richtungen gegenüber. Beust zürnte überhaupt auf Andrássy, daß er die Monarchie zu einer Neutralitätserklärung dränge. Als der Reichskanzler zum erstenmal von dieser Absicht seines ungarischen Ministerkollegen Kenntnis erhalten, telegraphierte er ihm nach Ofen, daß er davon ablassen möge. Nach Andrássys Ankunft in Wien, am 16. Juli, drang Beust zwei Tage lang in ihn, von der Neutralität abzustehen.[3]) Erst am dritten Tage, als alle Versuche an der Standhaftigkeit des ungarischen Premiers scheiterten, fügte sich Beust. Unter diesen Umständen, bemerkte er, sei er wohl gezwungen, nachzugeben, doch über-

[1]) Bismarck an Bernstorff in London, 23. Juli 1870.

[2]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

[3]) Andrássy an Baron Nopcsa, Wien, 6. Mai (1871) (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

wälze er alle Verantwortung für die Folgen auf die Schultern Andrássys.[1])

Trotz dieses scheinbaren Einlenkens war Beust noch lange nicht gesonnen, die von ihm eingenommene Position zu verlassen. Konnte er schon die Neutralitätserklärung nicht verhindern, so wollte er wenigstens jeder speziellen vertraulichen Mitteilung hierüber, wie es Andrássy wünschte, aus dem Wege gehen. Er begründete dies damit, daß uns ein solches Vorgehen nach außen hin kompromittiere, ohne uns auch nur im mindesten Preußen gegenüber zum Vorteile zu gereichen. Auf dem üblichen diplomatischen Wege, durch Zirkularnoten an die Gesandtschaften der Monarchie, sollte auch der Berliner Hof von unserer zu beobachtenden Haltung benachrichtigt werden.[2]) Der Reichskanzler mochte daher nichts von dem Vorschlage Andrássys hören, daß der Kaiser den norddeutschen Botschafter, General Schweinitz, zu sich berufe, um ihm in freundschaftlichster Weise die Gründe auseinanderzusetzen, die ihn zur teilweisen Rüstung nötigen. Ebensowenig wollte Beust davon wissen, daß der Monarch durch Vermittlung des preußischen Generals König Wilhelm sein Wort dafür verpfände, er werde, wie immer sich auch die Verhältnisse gestalten mögen, sowohl Preußen wie Frankreich gegenüber die unparteiischsten gutnachbarlichen Beziehungen unterhalten. Andrássy erachtete diesen Vorgang schon deshalb für unumgänglich nötig, um das uns stets mit Mißtrauen verfolgende und unseren Eintritt in den Kampf fürchtende Preußen von der Verbindung mit Rußland abzuhalten.[3]) Dabei schwebte ihm auch die Anbahnung eines dauernd guten Verhältnisses zu Preußen vor. Mit Eötvös[4]) teilte er die Ansicht, die Zertrümmerung der preußi-

---

[1]) Andrássy an Baron Nopcsa, Wien, 6. Mai (1871) (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

[3]) Andrássy an Baron Nopcsa, Wien, 6. Mai (1871) (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Eötvös schrieb am 22. August 1870 an Andrássy: „Ich halte den Sieg Preußens für uns nicht gefährlich; jedenfalls für viel weniger als das Gegenteil. Denn wenn Preußen unterliegt, so würde dies in Deutschland die Herstellung der Zustände vor Sadowa nach sich ziehen, und in diesem Falle weiß ich nicht, wer all jene, die in Oesterreich die Dinge leiten, zurückhalten hätte können, daß sie das alte Spiel fortsetzen und wie ehedem so auch ferner alle Kraft der Monarchie vergeuden, um Oesterreich einen minimalen Einfluß in Deutschland zu verschaffen, dies wäre aber wahrscheinlich der größte Schlag, der unser Vaterland treffen könnte.“ (Ung.)

schen Hegemonie in Deutschland berge für Ungarn die Gefahr in sich, daß Oesterreich wieder zu seiner alten deutschen Politik zurückkehren könnte.[1]) Durchdrungen davon, daß die Deutsch-Oesterreicher niemals gegen Deutschland kämpfen werden, und daß auch die Slawen Zisleithaniens keinen Anlaß hätten, Vorteile für sich aus einem Kriege mit Preußen zu erwarten,[2]) empfahl Andrássy im Kronrate den Weg, der allein zu freundschaftlichen Beziehungen zu dem Berliner Hofe zu führen vermöge. Mit aller Schärfe protestierte Beust gegen den Vorschlag Andrássys,[3]) der einen um so schwereren Stand hatte, als fast zum Schlusse des Kronrates der Kaiser selbst einen kriegerischen Ton anschlug, bereit, mit der ganzen Macht in den Lauf der Ereignisse einzugreifen.[4]) Den Monarchen leitete hierbei die allerdings nicht zum Ausdrucke gebrachte Befürchtung, was für Schicksal ihm wohl, als Neutralem, bevorstehe, wenn einer der beiden Kriegführenden als Triumphator aus dem Zusammenstoße hervorgehen sollte.[5]) Mäßigte der Kaiser auch wieder seine kriegerische Lust, so hatte das Aufflammen derselben doch genügt, um Beusts Widerstand zu stärken und Andrássys Antrag zu Fall zu bringen. Die nachfolgenden Ereignisse gaben Andrássy ein Recht, zu behaupten, daß bei Befolgung seines Ratschlages König Wilhelm wohl nie an den Zaren hätte telegraphieren können: Nur allein dem von diesem auf uns ausgeübten Drucke verdanke er unsere Neutralität.[6]) Ein offenes Wort des Kaisers gegenüber General Schweinitz hätte manche bange Stunde von uns abgewendet. Freilich hat dies Beust nicht gehindert, sich in der Broschüre „Graf Beust, Oesterreichs Neutralitätspolitik"[7]) ein Loblied singen und darin die von ihm bekämpfte Neutralitätspolitik als sein eigenstes Werk hinstellen zu lassen. Mit welcher Mühe und wie sehr gegen des Reichskanzlers Willen aber war sie im Kronrate durchgesetzt worden! Nach langer Beratung verkündete der Kaiser als Beschluß: Vorläufig solle Neutralität beobachtet, zugleich aber mit der bei der Sachlage nötigen

---

[1]) Waecker-Gotter, Pest, 10. November 1870. Nach Aeußerungen Andrássys zu Waecker-Gotter.

[2]) Ibidem.

[3]) Andrássy an Baron Nopcsa, Wien, 6. Mai (1871) (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 18. Juli 1870 (ung.).

[5]) Ibidem.

[6]) Andrássy an Baron Nopcsa, Wien, 6. Mai (1871) (ung.). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[7]) Erschienen in Pest 1871 bei Ludwig Aigner.

Armierung, und zwar zunächst mit den zeitraubenden Vorbereitungen, nämlich Befestigungsarbeiten und Pferdeeinkäufen begonnen werden. Ferner wurde bestimmt: Den Mächten sei die Neutralität Oesterreich-Ungarns bekanntzugeben und gleichzeitig mit dieser Deklaration eine die Rüstungen motivierende Aufklärung zu erteilen.[1])

* * *

Beust konnte sich mit der von der Monarchie zu beobachtenden Neutralität so wenig befreunden, daß er selbst nach der amtlich den Mächten bekanntgegebenen Notifikation auf Andrássy noch zürnte. Dieser, äußerte er zu Baron Orczy, habe dadurch alle Vorteile geopfert, die für Oesterreich-Ungarn aus einem Siege Frankreichs über Preußen hervorgehen könnten. Andrássy hingegen, froh über die Wendung, die die Dinge genommen, sagte zu demselben Orczy: „Unser Spiel steht jetzt gut, man darf es nur nicht verderben.“[2]) Beust machte wirklich Miene, dies zu tun. Er vermochte sich noch immer nicht zu entwöhnen, Frankreichs Sache als die Oesterreich-Ungarns zu betrachten. Wie gerne hätte er dem Wunsche Gramonts willfahrt, der sich am 17. Juli mit folgenden Worten an ihn gewandt hatte: „Ich möchte Sie in vierzehn Tagen an der Grenze Böhmens, die Italiener in München und uns selbst mit Ihnen verbündet wissen.“[3]) An Beust lag es gewiß nicht, daß die von Gramont in diesem Moment eingeleiteten Unterhandlungen zum Zweck des Abschlusses der 1869 gescheiterten Allianz auch jetzt zu keinem Resultate gelangen konnten.[4]) Im Verein mit seinen Anhängern und der Militärpartei bot der Reichskanzler alles auf, um Andrássy für den Feldzug im Bunde mit den Franzosen zu gewinnen. Man sagte ihm, die Niederlage Preußens sei sicher und Rußland noch nicht gerüstet. Nie, hieß es, werden sich für den unvermeidlichen Zusammenstoß mit dem nordischen Nachbar günstigere Chancen bieten als jetzt. Dies letztere Argument, mit dem man Andrássy an seiner empfindlichsten Seite zu packen verstand, erschwerte ihm wohl das Festhalten an seinem Widerstand gegenüber den kriegerischen

---

[1]) Auf Grundlage ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 21. Juli 1870 (ung.).

[3]) Gramont an Beust, 17. Juli 1870, mitgeteilt in der „Neuen Freien Presse“, 31. Juli (und nicht wie Delbrück, „Preußische Jahrbücher“ 1909, S. 330, angibt, 30. Juli) 1906.

[4]) Gramont an Fleury, 20. Juli 1870, in „Revue de Paris“ 1899, S. 302.

Tendenzen. Wie sehr er sich auch des Gegensatzes zu Rußland bewußt war und meinte, daß es eines Tages vielleicht zum Schlagen mit dieser Macht kommen müsse, so erachtete er es doch nicht für richtig, sich durch derartige Gründe zum Aufgeben seiner bisherigen Stellungnahme bewegen zu lassen. Den Drängern antwortete er stets: Zugegeben, wir siegen mit Frankreich. Was aber hernach? Wir können die Einigung Deutschlands, die sich mit geschichtlicher Notwendigkeit vollzieht, doch nicht hindern; für die zweifelhafte Freundschaft des fernen Frankreich werden wir dann für alle Zeiten nur den Haß des deutschen Volkes eingeerntet haben.[1]) Als alle vorgebrachten politischen Erwägungen nicht verfangen wollten, suchte man Andrássys Gegeneinwürfe damit zu entkräften, daß ihm gesagt wurde, Rußland und Preußen sännen auf die Zertrümmerung Oesterreich-Ungarns. Wie der Russe sich der östlichen, so werde sich der Preuße der westlichen Länder der Monarchie bemächtigen. Am selben Tage — 20. Juli 1870 — als Beust nach der Neutralitätserklärung seine bekannte franzosenfreundliche Depesche an Metternich richtete,[2]) hatte Andrássy ein sehr bemerkenswertes Gespräch mit General Schweinitz. Der ungarische Premier gedachte der weitverbreiteten Furcht, daß Rußland die östlichen und südslawischen, Preußen aber die deutsch-österreichischen Provinzen „fressen" werde, wobei er sofort hinzufügte: er selbst teile zwar nicht die Ansicht, daß man Wien gar so leicht zu einer deutschen Provinzialstadt machen könne. Schweinitz entgegnete auf der Stelle: Wenn Norddeutschland während des bevorstehenden Kampfes gewahr wird, daß es seinen linken Arm frei gebrauchen kann, ohne ihn vorsichtig gegen Süden sich vorhalten zu müssen, so kann sich ein Gefühl von Vertrauen und Zusammengehörigkeit entwickeln, das für lange Zeit hinaus den beiden großen mitteleuropäischen Staatskörpern Sicherheit nach Ost und West gewährt.[3]) Da Schweinitz häufig im Verkehr mit der Wiener Gesellschaft dem Ausdrucke vom „Fressen" der Monarchie durch Rußland und Preußen begegnete,[4]) hielt er es für angemessen, Bismarck über seine Unterredung mit Andrássy Bericht zu er-

---

[1]) Waecker-Gotter, Pest, 10. November 1870. All dies sagte Andrássy selbst dem norddeutschen Generalkonsul.

[2]) Von Sybel, „Die Begründung des Deutschen Reiches", Bd. VII, S. 387, und anderen mitgeteilt.

[3]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 20. Juli 1870.

[4]) Schweinitz, Wien, 20. Juli 1870. Ueber diese Angst lagen auch Nachrichten der geheimen russischen Agenten aus Wien vor.

statten. Sie veranlaßte den deutschen Kanzler zu einer Aeußerung von höchster Bedeutung, die, mit Rücksicht auf die große Wichtigkeit für uns, es wohl verdient, hier mitgeteilt zu werden. Ausgehend von der Möglichkeit eines Bündnisses Oesterreich-Ungarns mit Frankreich meinte Bismarck: Entweder unterliegen Frankreich und Oesterreich dem durch die Parteinahme Oesterreichs herbeigeführten preußisch-russischen Bündnisse. Dann würden natürlich die Erbitterung und das Mißtrauen, welche das Benehmen Ungarns in Deutschland erregen müßte, auch weitere Früchte tragen. Oder Oesterreich und Frankreich miteinander im Bunde siegen: dann ist in Oesterreich die Fähigkeit der Zentralregierung, Ungarn wieder auf den Fuß von vor 1866 zu bringen, zweifellos hergestellt; ob der Wille besteht, muß man dort in Wien und in Pest besser wissen. Jedenfalls aber wäre Oesterreich Frankreich gegenüber in der Lage, nicht gerade des tönernen Topfes mit dem eisernen, aber doch in zweifelloser Abhängigkeit von seinem Verbündeten, etwa wie Italien. Nach Bismarcks Ansicht würde sich dieses abhängige Verhältnis noch viel schärfer gestalten, wenn Deutschland besiegt werden sollte, ohne daß noch vorher ein deutsch-russisches Bündnis zustande gekommen wäre. In diesem Falle würde Rußland, intakt und gerüstet, zur Allianz mit Frankreich befähigt sein und Oesterreich daher auch von dieser Seite in Abhängigkeit erhalten werden. Unter allen Umständen, erläuterte Bismarck seine Ansichten weiter, auch den Eintritt des preußisch-russischen Bündnisses vorausgesetzt, würde Rußland immer von dem Siege Frankreichs weniger geschädigt werden als Deutschland, wie das die geographische Lage mit sich bringt, und es stände nichts dagegen, daß die Situation von 1807 und 1808 sich wiederholte. Die Neigung zu einer solchen Wendung war bekanntlich schon nach dem Krimkrieg vorhanden. Verhält sich dagegen Oesterreich neutral, so ist in der ganzen Situation kein Moment vorhanden, durch welches die Stellung Ungarns irgendwie geschädigt werden könnte. Aufs entschiedenste verwahrte sich Bismarck in seinen Ausführungen dagegen, als könnte es in seinen Plänen gelegen sein, einen Handstreich gegen die Existenz Oesterreich-Ungarns zu führen. Er weist die von ihm wiederholt als Absurdität bezeichnete Verdächtigung zurück, als ob Norddeutschland die Neigung oder ein Interesse haben könnte, die österreichische Monarchie zu zertrümmern. Die Aufnahme des sogenannten Deutsch-Oesterreichs mit seinen Tschechen und Slowenen in den Norddeutschen Bund wäre nach Bismarck gleichbedeutend mit dessen Zersetzung. Zwischen Preußen

und Oesterreich kann und wird mit der Zeit ein vertrauensvolles Verhältnis gegenseitiger Annäherung sich ausbilden, wenn Oesterreich in dem gegenwärtigen Bestande erhalten bleibt; mit den einzelnen Bruchstücken einer der Auflösung verfallenen österreichischen Monarchie kann sich der norddeutsche Kanzler eine organische Beziehung gar nicht vorstellen. Seiner Ansicht nach würden selbst die waghalsigsten Kombinationspolitiker an derartigen praktischen Versuchen Schiffbruch leiden. Schon die Vorstellung allein von Wien als einer Provinzialstadt, unmittelbar an der Grenze eines deutschen Reiches, wirft, wie Bismarck weiter bemerkt, ein helles Licht auf die ganze Reihe von Unmöglichkeiten, die in jener Gedankenrichtung liegen. Und selbst wenn man sich eine althistorische Hauptstadt mit einer halben Million Einwohner als verfallen und verschwunden denken wollte, so würden dergleichen Utopien als nicht weniger unausführbar sich darstellen. Bismarck will es gar nicht zugeben, daß Staats- und Parteimänner, die an die Absorption Deutsch-Oesterreichs durch den Norddeutschen Bund zu glauben vorgeben, aufrichtig reden. Schweinitz soll jeden anderen Grund der Feindschaft gegen Preußen hinter diesem seichten Vorwande suchen. Zur Unterstützung seiner Darlegungen verwies Bismarck noch darauf, daß nicht einmal die süddeutschen Staaten etwas von einem siegreichen Preußen zu besorgen hätten, um wieviel weniger Oesterreich-Ungarn.[1]) Aufs nachdrücklichste betont es der norddeutsche Kanzler, daß er bei solcher Auffassung jede germanische Eroberungspolitik gegenüber Oesterreich als eine Torheit betrachte, die außerhalb aller vernünftigen Politik liegt. Bismarck hofft, daß dies auch den Staatsmännern diesseits und jenseits der Leitha einleuchten wird.[2]) Der Protest gegen die Beschuldigung einer „germanischen Eroberungspolitik" war in erster Linie an die Adresse Andrássys gerichtet, den er als die ein-

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, 23. Juli 1870. Bismarck sagt da, wenn Preußen siegreich aus dem Kriege hervorgeht, so würden auch die süddeutschen Staaten von dessen Seite nicht um ein Haar breit stärkere Pression als bisher zur Eingehung engerer Beziehungen mit dem Norddeutschen Bunde zu besorgen haben; Preußen würde nach wie vor das Maß der gegenseitigen Annäherung ganz von der freien Entschließung der süddeutschen Bundesgenossen abhängen lassen. Weitere gewaltsame Annexionen als diejenigen, welche zur Herstellung des geographischen Zusammenhanges dienten, wäre ein politischer Fehler, der Preußen schwächen würde; es könnte mit den Süddeutschen nur in solchen Beziehungen leben, zu deren Erhaltung sie auch dann freiwilllg entschlossen bleiben, wenn sie in gefahrvollen Zeiten der vollen Freiheit eigener Bestimmung überlassen sind.

[2]) Bismarck an Schweinitz, 23. Juli 1870.

flußreichste Persönlichkeit der Monarchie kannte und den er daher vor allem frei von gefährlichen Vorurteilen gegen Preußen wissen wollte. Schweinitz hatte Gelegenheit gesucht und gefunden, Andrássy über die Ansichten Bismarcks zu unterrichten.[1]) Es bedurfte ja nicht erst dieser Beruhigung über die Grundlosigkeit der Annexionsgelüste des norddeutschen Bundeskanzlers, um den ungarischen Premier zum beredten Vertreter der Neutralität der Monarchie zu machen.[2]) Hatte Andrássy wohl im Kronrate den Sieg Preußens für Oesterreich-Ungarn auch nicht als wünschenswert bezeichnet, so mußten ihm jetzt doch die ersten Nachrichten über die deutschen Erfolge hohe Befriedigung gewähren, da er sie vorausgesehen und sie als glänzende Rechtfertigung der von ihm befürworteten Politik dienten. Die alle Welt verblüffenden, herrlichen Taten der deutschen Heere stärkten die Position der Friedensfreunde.[3]) In gewissen Kreisen dagegen wirkten die deutschen Siegesbulletins geradezu niederschmetternd, da man sich bisher in der Sicherheit gewiegt hatte, es werde den Franzosen mit Leichtigkeit gelingen, die Preußen über den Haufen zu werfen.[4]) Gleich einer von weither tönenden Todesmusik mußte die Depesche Metternichs in Beusts Ohren klingen: „Die französische Armee ist in vollem Rückzuge, ich kehre mit der Kaiserin (Eugenie) zurück; sie beschwört unsern Allerhöchsten Herrn, doch etwas zu tun, um Preußen zu beunruhigen.“[5]) Beusts Hoffnungstraum auf zu erwartende große Kriegstaten der französischen Generale versank im Staub. Obgleich er es später nicht zugeben wollte, auf falscher Fährte gewesen zu sein,[6]) als er das Schicksal der Monarchie an das Geschick Napoleons III. hatte schmieden wollen,

---

[1]) Schweinitz, Wien, 14. August 1870.

[2]) Bericht Waecker-Gotters, Pest, 20. August 1870. Waecker sagt, daß Graf Andrássy es auch gewesen sei, der durch seine standhafte Opposition gegen zahlreiche Versuche der Kriegspartei den Ausschlag für die friedliche Haltung gegeben hat; dies darf allen entgegengesetzten Behauptungen zum Trotz nach seinen zuverlässigen Informationen als positiv angesehen werden.

[3]) Waecker-Gotter, Pest, 20. August 1870.

[4]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 8. August 1870. „Hier hat dieses Mißgeschick der Franzosen eine enorme Sensation gemacht, da man allgemein eine so hohe Meinung von der Kraft und Zahl der französischen Armee hatte, daß man glaubte, sie würde mit ihrer bekannten Impétuosité die preußischen Armeen über den Haufen werfen; ihre individuelle Tapferkeit, die Präzision ihrer Waffen machte glauben, daß sie den Preußen überlegen sind.“

[5]) Tagebuch Baron Orczys, 7. August 1870 (ung.). Orczy teilt die Depesche im französischen Originaltext, aber ohne Datumsangabe, mit.

[6]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 390.

so zeugte seine damalige Haltung dafür, es sei ihm endlich zum Bewußtsein gekommen, auf welch schiefer Ebene er dahingleite. Er schien gänzlich den Kopf verloren zu haben. Weisungen, die er Metternich heute gegeben, mußte den nächsten Tag sein Vertrauter, Graf Vitzthum, widerrufen, so daß der Botschafter sich überhaupt nicht mehr auskannte. Seine Not ließ ihn nach rettenden Gedanken suchen, und er wußte nicht mehr, wie Baron Orczy sich ausdrückt, „auf welchen Heiligen er eigentlich schwören solle".[1]) Beusts Bestrebungen, im Verein mit Italien die Vermittlung zwischen den streitenden Teilen an sich zu reißen, die dann Oesterreich-Ungarn bei den Friedensverhandlungen einen Löwenanteil sichern sollten, scheiterten.[2]) Verblendet durch die ihn bedrohende Gefahr, griff er zu einem anderen Ausfluchtsmittel, das zum Fiasko führte. Nur ein Mann von des Reichskanzlers Art, gewohnt, ohne Grundsätze von der Hand in den Mund zu leben, der nicht das Zeug in sich hatte, seiner Politik ein großzügiges Gepräge zu geben, konnte die Idee fassen, sein Heil in einem Versuche zu erblicken, der unter den gegebenen Verhältnissen unfehlbar mißglücken mußte. Der Reichskanzler wollte jenes Rußland, das einen gegen uns gerichteten geheimen Vertrag mit Preußen geschlossen,[3]) das in jedem Augenblick bereit war, auf Verlangen König Wilhelms 300000 Russen an die galizische Grenze marschieren zu lassen,[4]) dem Berliner Hofe abspenstig machen und auf die Seite Oesterreich-Ungarns ziehen. Dabei schwebte ihm der sonderbare Gedanke vor, mit Hilfe des Zaren noch immer die ersehnte Revanche an Preußen und Bismarck zu nehmen. Mit allerlei Lockungen, wie der schon einmal, 1867, in Anregung gebrachten Aufhebung des jedem Russen schimpflich erscheinenden Pariser Vertrages von 1856[5]) und dem

[1]) Tagebuch Orczys, 9. August 1870 (ung.).

[2]) Sybel, „Die Begründung des Deutschen Reiches", Bd. VII, S. 398 ff.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy (ung.).

[4]) Reuß an Bismarck, Petersburg, 20. Juli 1870. Kaiser Alexander sagte zu Fürst Reuß, dem preußischen Vertreter: Wenn aber Oesterreich die geringste Miene mache, sich feindlich gegen Preußen zu zeigen, so werde er auf das gewissenhafteste seine Pflicht zu tun wissen, dann würden seine Sympathien auch durch das Interesse Rußlands unterstützt sein.

[5]) Schweinitz, 26. September 1870. Nach Schweinitz scheint es, als hätte Beust nur die Absicht gehabt, diesen Antrag zu stellen, und er erwähnt, Andrássy hätte ihm diesbezüglich erzählt: er habe Beust gesagt, er möchte das sein lassen. Baron Orczy in seinem Tagebuch, 12. September 1870, stellt die Sache so dar, als wäre das Anerbieten erfolgt. Er sagt: „Beusts Hinweis auf die Aenderung der für Rußland beschwerlichen Bedingungen des Pariser Friedens machten keinen Eindruck" (ung.).

Anerbieten, daß Rußland die Initiative in der Mediation zwischen den Kriegführenden ergreife, trachtete er den Zaren zu gewinnen. Unter dem Vorwande gemeinschaftlicher Erzielung eines „moderierten Friedens“ barg Beust die geheime Absicht, von den Russen selbst zur Rüstung aufgefordert zu werden, die er seinerseits gleichfalls zu Truppenansammlungen ermuntern wollte, um dann bei gegebener Gelegenheit gemeinsam gegen Preußen zu marschieren. Kaiser Alexander, dem der eigentliche Hintergedanke all dieser Vorschläge Beusts nicht verborgen blieb, lehnte sie rundweg ab. Doch hatte er nichts Eiligeres zu tun, als Bismarck davon Kenntnis zu geben.[1]) Gleich jenen Wiener Koterien, die die Unmöglichkeit, Preußen zu erniedrigen, noch immer verneinten, hegte auch Beust weiter die Illusion, es könnte vielleicht doch gelingen, Alexander II. und König Wilhelm zu entzweien. „Beust,“ schreibt Baron Béla Orczy, „und besonders unser armer Chotek in Petersburg können ein Kapitel darüber singen, daß sie sich die Nase am Petersburger Kabinett angestoßen haben für die Zumutung, mit uns cause commune gegen Preußen zu machen. Es hat noch in der Welt kein größeres diplomatisches Fiasko ‚sur toute la ligne‘ gegeben, als das, was Beust in dieser Hinsicht sich in Petersburg abgeholt hat.“[2]) Andrássy erfuhr von dieser Intrige des Ministers des Aeußern erst, als bereits Graf Choteks, des österreichisch-ungarischen Botschafters, Bericht über die Vergeblichkeit seiner Bemühungen beim russischen Kabinett in Wien einlangte.[3]) Diese Hintertreppenpolitik versetzte den ungarischen Premier in größten Zorn. Mit Grund, da die Russen, die bisher mit schönen Worten kein anderes Ziel zu erreichen gesucht hatten, als uns in jeder Aktion gegen Preußen und zugunsten Frankreichs zu behindern, plötzlich die Haltung änderten und die Maske abwarfen. Nun forderte Kaiser Alexander auf das bestimmteste, daß wir unsere Streitkräfte nicht erhöhen und unsere Rüstungen einstellen.[4])

Andrássy, wiewohl vielleicht einer Abrechnung mit Rußland nicht feind, erachtete den jetzigen Augenblick, wo Frankreich geschlagen war und Rußland Preußen zu seiner Rückendeckung hatte, als den ungünstigsten Zeitpunkt hierzu. Er beharrte daher unentwegt auf der Aufrechterhaltung der Neutralität, wie er dies

---

[1]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 12./13. September 1870 (ung.)

[2]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 30. Oktober 1870. Er bemerkt dazu: „C'était au début de la guerre.“

[3]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 12. September 1870 (ung.).

[4]) Ibidem, 13. September 1870 (ung.).

in seiner Rede vom 28. Juli 1870 im ungarischen Abgeordnetenhaus ausgesprochen.[1]) Von diesem Wege wollte er sich nicht abdrängen lassen.

„Andrássys unbeugsamer Wille," heißt es in einem Briefe Baron Orczys, „ist eine wahre Providence, er schwankt nicht, sagt seine Meinung ganz heraus, und ihn wenigstens wird man nie mißverstehen, noch weniger einer Arrière-pensée fähig halten. Das Vertrauen, das ihm alle entgegentragen, ist notre ancre de salut."[2]) Freilich hetzte er damit die Kreise auf sich, die ihm, blind in ihrer Wut gegen Preußen, seine Friedfertigkeit nicht verzeihen konnten. Sie trachteten den Monarchen gegen Andrássy mißtrauisch zu machen oder wenigstens dessen Empfindlichkeit ihm gegenüber zu reizen. „Ich bin persönlich," äußert hierüber Orczy, „noch nicht beruhigt, da ich weiß, wie argwöhnisch Beust fortwährend auf Andrássy blickt, und welche fortwährende Versuche gemacht werden, ihn beim Kaiser, wenn nicht zu verdächtigen, doch ihm zu subsumieren, z. B. in diesem Genre: Ja wohl war jetzt der Weg nach Berlin offen, aber es lag nicht in der Absicht Andrássys, Eurer Majestät diese Genugtuung zu verschaffen. In diesem Genre," fährt Orczy fort, „wird dann von allen Seiten auf den Kaiser losgearbeitet und neuestens mit dem zukünftigen Kaiser von Deutschland geschreckt, da dies ein Gegenstand ist, für den der Kaiser immer sehr empfindsam war. Deshalb bin ich immer," schließt er, „auf der Wacht, um Gyula (Julius Andrássy) auf alle Minen, welche gegen ihn gegraben werden, beizeiten avisieren zu können."[3]) Das Merkwürdigste an der ganzen Sache ist, daß Andrássy mit seiner Haltung nicht nur keine Anerkennung bei den Hofkreisen und der Militärpartei fand, sondern daß seine Politik auch von Bismarck selbst als unaufrichtig gekennzeichnet wurde.

Der Bundeskanzler, den schon die Rede Andrássys vom 28. Juli im ungarischen Abgeordnetenhaus nicht befriedigt hatte, fand sich durch einen Bericht des Generals Schweinitz über eine Unterredung mit dem ungarischen Premier erst recht veranlaßt, diesen der „Zweideutigkeit" zu zeihen.[4]) Andrássys Aeußerungen ließen

---

[1]) Lederer, a. a. O., Bd. II, S. 333—339 (ung.).

[2]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 10. August 1870.

[3]) Ibidem, 7. September 1870.

[4]) Bismarck an General Schweinitz, Ferrières, 3. Oktober 1870, erwähnt, daß die Aeußerungen die Stellung des letzteren (Andrássys) noch immer als eine zweideutige erscheinen lassen, auf welche sich kein Vertrauensverhältnis gründen läßt.

noch immer dessen Besorgnis vor geheimen Abmachungen Preußens mit Rußland über die Zukunft des Orientes durchschimmern. Vor dem Botschafter machte er auch kein Geheimnis daraus, daß er, wenn er dessen gewiß gewesen wäre, im Kronrat unbedingt gegen die Neutralität gestimmt haben würde.[1]) Bismarck nahm diese Andeutungen des ungarischen Ministerpräsidenten sehr übel auf. Er meinte: das fortwährende entweder vorhandene oder als Deckung des schlechten Gewissens vorgegebene Mißtrauen, das man gegen Preußen hat, kann nur Mißtrauen wecken. Preußen durfte wohl glauben, Anspruch auf Vertrauen zu haben, da es ihm tatsächliche Beweise von Interesse und Wohlwollen gegeben.[2]) Aber es ist eigentümlich, daß gerade die beiden Länder, welche Preußen am meisten zu verdanken haben, sich am undankbarsten gegen dieses erweisen: Ungarn und Italien. Die Nationen oder diese Nationen empfinden wohlwollender für ihre Gegner als für diejenigen, denen sie Dank zu schulden sich bewußt sind. Und was, bemerkt weiter Bismarck, die persönliche Stellung des Grafen Andrássy betrifft, so wird derselbe sich klarzumachen haben, daß er sich Preußens Vertrauen zuerst zu verdienen hat; seine bisherige Haltung und seine bekannten französischen Tendenzen sind nicht dazu angetan und geben gerade ihm am wenigsten das Recht, von Mißtrauen gegen Preußen zu reden.[3]) Es liegt keine einzige Aeußerung vor, die Andrássy im politischen Sinne als französisch gesinnt erscheinen ließe. Sowohl 1867 in Salzburg als auch später zeigte er sich nicht als Freund einer Allianz mit Napoleon. Stets betonte er, daß er sich Frankreich nur dann in die Arme werfen würde, falls Preußen mit Rußland gegen uns gemeinsame Sache machen sollte. Man hatte Bismarck irregeführt, als ihm berichtet wurde, Frankreich bilde für Andrássy den „stärkeren Magnet", daß die gleichgesinnte Gattin ihn hierin bestärke und er einen Kampf zwischen seinem Kopf und seinem

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 26. September 1870. Am 15. Juli 1870, als es hieß, daß sich Gorčakov und Kaiser Alexander nach Ems begeben, wo König Wilhelm weilte, berichtete Waecker-Gotter an Bismarck, daß Ungarn einstimmig zum Kriege drängen würde, sobald Rußland in die Aktion eintritt, worauf Bismarck aus Berlin antwortete: Fürst Gorčakov ist über hier direkt nach Wildbad gereist, nicht in Ems gewesen, er (Bismarck) auch nicht.

[2]) Anspielung auf die Haltung Bismarcks in Rumänien, wo er auf die Entfernung des ungarnfeindlichen Ministeriums gedrungen hatte.

[3]) Bismarck an Schweinitz, 3. Oktober 1870.

Herzen zu bestehen hatte, dem erst die Siege von Wörth und Forbach ein Ende machten.[1]) Die Sprache, die Andrássy im Kronrate vom 18. Juli führte, geben dem ein entschiedenes Dementi. Auch Thiers, als dieser im September 1870 seine Rundreise nach den europäischen Höfen unternahm, um die Mächte zur Hilfeleistung Frankreichs zu bewegen, verhehlte Andrássy nicht, daß er die Revanchepolitik an der Seite Frankreichs bekämpft habe.[2]) Mit Recht durfte er es als sein persönliches Verdienst in Anspruch nehmen, daß durch sein Eingreifen der Weltbrand vermieden worden, und er durfte zu General Schweinitz sagen: ihm liege vor allem daran, ihn zu überzeugen, daß Preußen Rußland keinen Dank dafür schulde, Oesterreich-Ungarn von der Teilnahme am Kriege abgehalten zu haben.[3])

Andrássy war, wie er es wiederholt versicherte, für ein inniges Zusammengehen mit Deutschland, das allein den Interessen der Monarchie entspreche. Schon um diese Zeit war es seine Ueberzeugung, daß Deutschland bald in die Lage kommen werde, zwischen der Freundschaft Oesterreich-Ungarns und Rußlands wählen zu müssen. Je eher, meinte er, Deutschland sich für uns entscheide, desto wesentlicher trägt es zu unserer Kräftigung bei. Geschieht dies, so erlangt daraus die slawische Welt die Ueberzeugung, Deutschland könne nie ein Uebergreifen Rußlands über die Karpathen dulden. Diese Erklärung müsse bewirken, daß sowohl die österreichischen wie ungarischen Slawen sich beruhigen und wieder zu friedlichen, ruhigen Bürgern der Monarchie werden.[4]) Während jedoch Andrássy bei Verhütung eines, Oesterreich-Ungarn leicht mit Vernichtung bedrohenden Krieges von so großzügigen, eine neue Zukunft vorbereitenden Ideen geleitet wurde, häufte Beust mit seiner Politik nur Fehler auf Fehler. „Seit vier Jahren," urteilt Baron Béla Orczy, ein genauer Kenner aller Schritte des Reichskanzlers, „hat er die französische Freundschaft gepflegt, nicht um eines positiven Vorteils willen, sondern nur um es zu verhindern, mit Rußland sich zu verständigen, hauptsächlich aber, um Preußens Pläne auf Süddeutschland zu hintertreiben. Der Erfolg des jetzigen Krieges hat diesen Zweck total zunichte gemacht,

---

[1]) Waecker-Gotter an Bismarck, Pest, 22. November 1870.

[2]) „Notes et souvenirs de Mr. Thiers 1870—1873", S. 12.

[3]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 26. September 1870.

[4]) Waecker-Gotter, Pest, 10. November 1870. Waecker-Gotter berichtet da über seine Gespräche mit Andrássy.

das ganze Gebäude der Politik, welches auf die französische Freundschaft gegründet war, ist de fond en comble zusammengestürzt, währenddem Preußen mit Rußland immer inniger zusammengerückt ist und nun wir wieder isoliert sind."[1]) Dahin hatte es Beust mit seiner Politik der Rache gebracht. Unter diesen Umständen war es ein wahres Glück zu nennen, daß Graf Andrássy durch die von ihm proklamierte Neutralität der Monarchie den Weg zur Versöhnung mit dem neuerstandenen Deutschen Reiche offen gehalten. Er war es auch, der Beust im September 1870 von der Notwendigkeit zu überzeugen suchte, mit Preußen freundlichere Beziehungen anzuknüpfen.[2]) Obgleich ihn Andrássy hierzu willfähriger als vor einigen Wochen fand,[3]) hatte Beust doch bereits den richtigen Moment hierzu verpaßt. Mit dem Reichskanzler wollte Bismarck in keine intimeren politischen Beziehungen mehr treten. Er hoffe, meinte er, General Schweinitz werde ihm darin beistimmen, daß mit dem Grafen Beust nicht die Möglichkeit bestehe, den Wunsch nach dauernd guten Beziehungen zwischen Deutschland und Oesterreich zu verwirklichen. Kann Preußen nicht ohne Graf Beust die Freundschaft Oesterreichs erwerben, so wird es dies Bestreben aufgeben müssen. In welchem Tempo und in wie scharfem Winkel die Wege zu gehen sein werden, auf welchen das Ziel ohne Graf Beust zu erreichen versucht werden soll, das wollte Bismarck mit Vertrauen dem Takte des Gesandten überlassen, dem er den so wichtigen Wiener Posten übertragen habe. Er war entschlossen, vorläufig keine anderen Anknüpfungspunkte, als die in den Beziehungen zu Graf Beust liegen, zu gewinnen, alle weiteren Versuche, in bessere Verhältnisse zu Oesterreich zu gelangen, späteren günstigeren Zeiten vorzubehalten.[4]) Der Gesandte antwortete hierauf, er werde seine Aktion gegen den Reichskanzler, den bestimmten Weisungen folgend, jetzt verschärfen, sie jedoch häufig modifizieren und den täglich wechselnden Formen anpassen, wie es die Leidenschaften und die Apathie gebieten, in deren Mitte er, nach seinem Ausspruche, seinen Dienst zu tun habe.[5])

Kam auch für einige Zeit wieder eine Annäherung zwischen Bismarck und Beust zustande, so hatte der österreichisch-ungarische

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 17. November 1870.

[2]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 26. September 1870.

[3]) Ibidem.

[4]) Bismarck an Schweinitz, 3. Oktober 1870.

[5]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 6. Oktober 1870.

Reichskanzler sich doch bereits durch seine verfehlte auswärtige Politik für die Zukunft unmöglich gemacht. Seine Experimente in der inneren Politik gruben ihm den letzten Rest an Boden ab, auf dem er noch fußte. Beust selbst bahnte auf diese Weise dem Mann den Weg ins Ministerium des Aeußern, in dem er schon lange mit mißtrauischen Augen den gefährlichen Rivalen und Nebenbuhler erblickte.

Fünfzehntes Kapitel

Der Weg zum Ministerium Hohenwart

Andrássy war es glücklich gelungen, Oesterreich-Ungarn vor der Teilnahme am französisch-preußischen Kriege zu bewahren. Kaum hatte er diese schweren Stunden überwunden, als er sich schon wieder einer schwierigen Aufgabe gegenüber befand. Ein in Oesterreich vorbereiteter und in größtem Stile angelegter Anschlag gegen die durch den Ausgleich von 1867 garantierte verfassungsmäßige Gestaltung der Monarchie sollte verhindert werden. Damit griff allerdings Andrássy in die inneren Angelegenheiten des Nachbarstaates ein, aber nur, weil der in Oesterreich entflammte verfassungsrechtliche Brand leicht auch über die Grenzen Ungarns hinübergreifen konnte.

Seit einiger Zeit hatten die Verhältnisse in Oesterreich eine höchst bedenkliche Wendung genommen. Die österreichischen Nationalitäten wollten nichts vom Reichsrate wissen. Sie verlangten möglichste Erweiterung der Länderautonomie sowie größere Selbständigkeit der Landtage gegenüber dem Reichsrat und der Zentralverwaltung. Vor allem beanspruchten die Tschechen die Gleichstellung mit Ungarn: sie drangen auf die Krönung des Kaisers zum König von Böhmen und auf die Ernennung eines eigenen Ministeriums.[1]) Immer klarer trat die föderalistische Strömung in den Gesichtskreis. Vom Kaiser nach Prag berufen, als er dort, Juni 1868, aus Anlaß der feierlichen Eröffnung einer Brücke weilte, trat Beust in Verhandlungen mit den tschechischen Führern Palacki und Rieger. Der Reichskanzler befand sich, als er diesen Schritt unternahm, im Gegensatz zum österreichischen Ministerium, infolgedessen eine starke Spannung zwischen ihm und seinen österreichischen Kollegen entstand. Es hat den Anschein, als wollte die österreichische Regierung es noch nicht zum offenen Bruch mit Beust kommen lassen, da sein Ansehen bei der Krone

---

[1]) Tschechische Deklaration vom 22. August 1868, abgedruckt bei Kolmer, „Parlament und Verfassung in Oesterreich", Bd. I, S. 347.

noch immer stärker als das ihrige war.[1]) Doch galt es als sicher, daß nach dem eigenmächtigen Eingriff Beusts in die Sphäre des Ministeriums zwischen diesem und ihm ein inniger Kontakt nicht mehr möglich sei.[2]) Diese unüberbrückbare Kluft hatte das gefürchtete „Ausgleichstalent“ [3]) des Reichskanzlers verschuldet, der Prag mit dem Bewußtsein verlassen mußte, daß die Kaiserreise völlig ergebnislos verlaufen sei. Denn die Tschechen waren um keines Haares Breite von ihrem staatsrechtlichen Standpunkt abgewichen. Gleichwie in Böhmen hatte man auch in Galizien einen Mißerfolg zu verzeichnen. Als sich der Kaiser — man wollte wissen, auf Anraten Andrássys[4]) — dahin begeben sollte, faßte der galizische Landtag eine verfassungsfeindliche Resolution,[5]) die den Monarchen zum sofortigen Aufgeben der Fahrt veranlaßte. Nach der Aeußerung Beusts schloß das Unterlassen des Besuches von Galizien einen entschiedenen Protest der Krone gegen die föderalistische und verfassungsfeindliche Aeußerung der Polen in sich.[6]) Sie erregte um so größere Befriedigung, als man bisher der Meinung gewesen, im geheimen würden gerade von maßgebender Stelle die gegen den Bestand der Verfassung gerichteten Bestrebungen gefördert.[7]) Während die Polen behaupteten, russischer Einfluß habe die galizische Reise verhindert,[8]) feierte man dagegen in verfassungsfreundlichen Kreisen den Entschluß des Monarchen als einen Sieg des parlamentarischen Ministeriums.[9]) Nicht russischer Druck, sondern die Besorgnis, daß die von den polnischen Emigranten mit bewußter Absicht geförderte Haltung des galizischen Landtages leicht zu einem Konflikte mit dem russischen Nachbar führen könnte,[10]) zwang den Kaiser, in Wien zu bleiben. Aber auch der Triumph des Ministeriums, den nicht



---

[1]) Werther, Wien, 24. Juni 1868. Siehe den offenbar gegen Beust inspirierten Artikel der „Neuen Freien Presse“ vom 24. Juni: „Zur Prager Kaiserreise“.

[2]) Idem, 30. Juni.

[3]) Idem, 22. September 1868.

[4]) Ibidem.

[5]) Galizische Resolution vom 24. September 1868, abgedruckt bei Kolmer, a. a. O., Bd. I, S. 353.

[6]) Werther, 26. September 1868.

[7]) Idem, 26. September 1868.

[8]) Idem, 28. September.

[9]) Idem, 29. September.

[10]) Tagebuch des Baron Orczy, 25. September 1868 (ung.).

einmal das ganze Kabinett zu wünschen schien,[1]) war kein vollständiger. Es verlor eben jetzt sein Oberhaupt. Fürst Carlos Auersperg, der der Regierung seinen Namen gegeben, zog sich definitiv von der Leitung der Staatsgeschäfte zurück, nachdem er schon vorher einigemal vergeblich um seine Entlassung angesucht.[2]) „Sagen Sie es dem Grafen Andrássy, es wird ihn zwar nicht viel kränken“ — mit diesen Worten teilte Beust dem Sektionschef Baron Orczy den Austritt Auerspergs mit, wobei er in französischer Sprache noch hinzufügte: „L'insuffisance blessée“.[3]) Damit wollte der Reichskanzler andeuten, daß der etwas schwierige und unverträgliche Fürst[4]) sich durch vermeintliche Zurücksetzung gegenüber dem ungarischen Ministerpräsidenten tief verletzt fühle. Schon lange hatte Carlos Auersperg mit scheelen Augen den überwiegenden Einfluß Graf Andrássys verfolgt.[5]) Verdruß hatte ihm auch die Berufung Beusts nach Prag bereitet.[6]) Als nun gar die beabsichtigte galizische Reise hinter seinem Rücken, als das Resultat der Verabredungen zwischen Beust und Taaffe zustande gekommen war, da riß ihm die Geduld. Er benutzte diesen Anlaß als passenden Vorwand, vom Schauplatz seiner bisherigen politischen Tätigkeit abzutreten.[7]) Der Fürst glaubte auf diese Weise das Fiasko seiner Ministerschaft verhüllen zu können. In der Tat hatte er nur Enttäuschungen erlebt. Er war in das Kabinett mit der Ueberzeugung getreten, daß es seinem glänzenden Namen und seinem Einflusse bald gelingen werde, die Tschechen zu bändigen.[8]) Von all dem war das Gegenteil eingetroffen und die Verwirrung im Innern nur noch höher gestiegen. Wie der preußische Geschäftsträger zu berichten wußte, waren die stolzen Träume, in denen sich die Wiener Liberalen zur Zeit des Schützenfestes (1868) wiegten, daß Oesterreich durch seine neue Verfassung der parlamentarische Musterstaat geworden sei, der, im Innern erstarkt, nach außen eine moralische Anziehungskraft üben werde, rasch

---

[1]) Nach Orczy (Tagebuch vom 24. September 1868) war das österreichische Ministerium in der Frage der galizischen Reise unter sich geteilt.

[2]) Werther, 26. September 1868.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 25. September 1868 (ung.).

[4]) Werther, 26. September 1868.

[5]) Tagebuch des Baron Orczy, 25. September 1868 (ung.).

[6]) Werther, 26. September 1868. Leopold von Hasner, „Denkwürdigkeiten“, S. 99.

[7]) Tagebuch des Baron Orczy, 25. September 1868 (ung.).

[8]) Werther, 26. September 1868.

nach den traurigen Erfahrungen der jüngsten Landtagssession zerronnen.[1]) Man sprach sogar schon davon, daß für Oesterreich überhaupt keine „generalisierende“ Verfassung tauge.[2]) Unter diesen Umständen war es für den zu dieser Mission erkorenen Beust keine leichte Aufgabe, einen geeigneten Chef für das österreichische Ministerium ausfindig zu machen.[3]) Gegenüber den sich türmenden Schwierigkeiten wurde dem Reichskanzler bereits der Plan zugeschrieben, ein föderalistisch gefärbtes Kabinett zu bilden, das berufen wäre, eine Verständigung mit den sich vom Reichsrat abseits haltenden Nationalitäten herbeizuführen.[4]) Es beruht jedenfalls auf einer Verkennung der Verhältnisse, wenn behauptet wurde, die Ungarn würden, um ihre „magyarischen Hegemoniegedanken“ leichter zu verwirklichen, eine Schwenkung im föderalistischen Sinne gerne dulden.[5])

Solange Andrássy an der Spitze der ungarischen Regierung stand, war eine derartige Bereitwilligkeit nicht zu erwarten. Das ließ er auch ausdrücklich erklären, als man ihn beschuldigte, er hätte den „Pester Lloyd“ veranlaßt, an das österreichische Kabinett eine Mahnung wegen strafferer Handhabung der ministeriellen Gewalt zu richten. Sofort hatte er dies als sogenannten „prätentiösen Einmischungsversuch“ Ungarns zugunsten des föderalistischen Systems aufs entschiedenste widerrufen lassen.[6]) Im Stadium der Bestrebungen, die grollenden Elemente Oesterreichs zur Mitwirkung an der verfassungsmäßigen Arbeit zu veranlassen, gab es für den ungarischen Ministerpräsidenten absolut keine Veranlassung, mit seinem Veto einzugreifen. Noch waren die Dinge nicht so weit gediehen. Andrássy konnte ein um so ruhigerer Zuschauer der Vorgänge in Oesterreich bleiben, als ja gerade von höchster Stelle aus die Versicherung erteilt wurde, es solle von dem durch die Verfassung vorgeschriebenen Wege nicht abgegangen werden. Für den Moment war keine Verletzung des Ausgleiches von 1867 zu besorgen, der für beide Staaten der Monarchie den Dualismus geschaffen und sich mit einem föderalistischen Gebilde nicht vertrug. Vorläufig behauptete Beust, dessen Hand überall in der inneren österreichi-

---

[1]) Ladenberg, Wien, 27. Oktober 1868.

[2]) Ibidem.

[3]) Werther, Wien, 6. Oktober 1868.

[4]) Ladenberg, Wien, 27. Oktober 1868.

[5]) Idem.

[6]) Werther, Wien, 6. Juli 1869. „Pester Lloyd“ vom 1. Juli, Andrássys Dementi im ungarischen amtlichen Blatte vom 4. Juli.

schen Politik zu spüren ist, daß das Bemühen jeder österreichischen Regierung auf die gleichmäßige Befriedigung aller Parteien gerichtet sein müsse. Nachdem er sich überzeugt, daß von der liberalen deutschen Verfassungspartei keine Förderung seiner Revanchepolitik zu erwarten sei, entdeckte der Reichskanzler plötzlich, daß die Deutsch-Oesterreicher ja keine ausschließliche Herrschaft über die anderen Nationalitäten für sich beanspruchen dürfen.[1]) Das sagte derselbe Beust, der früher so lebhaft für das Uebergewicht der Deutschen in Oesterreich eingetreten war, immer in der Voraussetzung, sie würden ihm treue Gefolgschaft in der Bekämpfung Preußens leisten. Mit der ihm eigenen Leichtfertigkeit vollzog er jetzt die Schwenkung hinüber zu den deutschfeindlichen Nationalitäten und zu den Männern, bei denen er mehr Verständnis für seine Bestrebungen zu finden hoffte. Vor allem seiner Empfehlung, die so sehr der persönlichen Neigung des Kaisers entsprach, verdankte Graf Taaffe nach dem Rücktritte des Fürsten Carlos Auersperg die Ernennung zum österreichischen Ministerpräsidenten.[2]) Im Bunde mit Taaffe, in dem der Reichskanzler einen willfährigen Anhänger seiner Politik gefunden,[3]) knüpfte dieser, ohne Wissen des Gesamtministeriums, im geheimen die Fäden zu einem Ausgleiche mit den den jetzigen Zuständen feindlich gesinnten Nationalitäten an. Er sann bereits auf einen seinen Plänen günstigen Ministerwechsel, um mit dessen Hilfe eine föderalistisch gehaltene Revision der Verfassung vornehmen zu lassen.[4]) Nicht nur die herrschende Zerfahrenheit innerhalb der Verfassungspartei, sondern auch die wenigstens teilweise vorhandene Erkenntnis von der Notwendigkeit eines Ausgleiches mit den unzufriedenen Völkerschaften schienen den Absichten Beusts zustatten zu kommen. Nach Werther fand die Ueberzeugung, daß es auf dem bisherigen Wege nicht weiter fortgehen, und daß von einer Herstellung dauernder Verfassungsverhältnisse nicht die Rede sein könne, solange der schroffe Gegensatz zwischen Verfassung und Nationalitäten nicht gehoben sei, in immer weiteren Kreisen Eingang. Man sagt sich, fährt der preußische Gesandte fort, daß etwas geschehen müsse und werde, um diese unhaltbaren Zustände zu beenden, daher das allgemeine Gefühl des Unbehagens und der

---

[1]) Werther, Wien, 16. Februar 1869.
[2]) Werther, Wien, 19. April 1869.
[3]) Ibidem.
[4]) Idem, 9. Oktober 1869.

Unsicherheit, und die Befürchtung in den verfassungstreuen Kreisen, daß die Lösung dieser Schwierigkeit, wenn auch nicht unmittelbar, so doch im Laufe der nächsten Reichsratssession entscheidende Konsequenzen für die Integrität und den Bestand des parlamentarischen Ministeriums herbeiführen werde.[1]) Schon waren deutliche Anzeichen der Auflösung des Kabinetts wahrnehmbar. Zwar gelang es dem energischen Auftreten Giskras, des Ministers des Innern, Beust zu einer verfassungsfreundlicheren Haltung zu drängen. Um so leichter, als sich der Reichskanzler bei seinen in letzter Zeit wiederholt nach Prag unternommenen Reisen von den sich schroff gebärdenden Tschechen verschiedentliche Körbe geholt.[2]) Im Angesicht des heftig wogenden Kampfes, ob der Reichsrat künftig, wie es die Freunde der Verfassung wünschten, aus direkten Wahlen oder aber, im Sinne der Gegner der Konstitution, aus den Landtagen selbst, hervorgehen solle, hielt es Beust für geraten, einstweilen mit seinen Ausgleichsplänen im Hintergrunde zu bleiben. Vertraulich äußerte er jedoch zu einem Wiener Gesandten, die gegenwärtig bestehende Reformbewegung sei ihm sehr erwünscht, da sie dem Ausgleichsgedanken bei allen Parteien immer mehr zum Durchbruche verhelfe. Er leugnete gar nicht den Zwiespalt, der, infolge der Wahlreform, im Ministerium herrsche, und sagte es gerade heraus, daß der Gegensatz, wofern er nicht ausgeglichen werden könnte, zu einer Umgestaltung des Kabinetts führen müsse.[3]) Das hieß wohl so viel, als daß man genötigt sein würde, Giskra, Herbst und Hasner, die eifrigen Vertreter der direkten Reichsratswahlen, über Bord zu werfen. Beust bot den Gegnern dieser Männer im Ministerium, Taaffe, Potocki und Berger, einen starken Rückhalt.[4]) Gleichzeitig aber, wie es seiner geschäftigen Natur entsprach, suchte er zwischen der Mehrheit und Minderheit des Kabinetts zu vermitteln.[5]) Die Gegensätze waren jedoch zu schroff, um noch eine Versöhnung zuzulassen. Die Majorität wollte nur solche Aenderungen gestatten, die sich in den Rahmen der Dezemberverfassung einfügen. Die Minorität hingegen gedachte, über diese hinausgehend, den Feinden des herrschenden Systems die Hand zu reichen; vereint mit ihnen beabsichtigten sie eine Bresche in

---

[1]) Werther, Wien, 14. Oktober 1869.

[2]) Ladenberg, Wien, 26. Oktober 1869.

[3]) Ibidem. Der betreffende Gesandte, dem Beust seine Eröffnungen gemacht, teilte diese sofort Ladenberg mit.

[4]) Schweinitz an König Wilhelm, Wien, 18. Januar 1870.

[5]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 3. Januar 1870.

den Bau des eben aufgeführten Verfassungsgebäudes zu schlagen. Der Geist der einheitlichen Verwaltung stand jedoch wie eine feste Bastion diesem Streben nach föderalistischer Gestaltung Oesterreichs noch hindernd entgegen. Als die Kluft im Ministerium von Tag zu Tag breiter wurde, faßte dessen Majorität — Plener, Hasner, Giskra, Herbst und Brestel — den Entschluß, in einer von Hasner verfaßten Denkschrift dem Kaiser die Lage ungeschminkt darzulegen.[1]) Sie wurde von der Minorität — Taaffe, Potocki, Berger — mit einem der spitzen Feder des ehrgeizigen Berger entstammenden Gegenmemorandum beantwortet. Ein in Oesterreich ganz ungewöhnlicher Vorgang war es, daß die für die Information der Krone bestimmten Dokumente auf Befehl des Monarchen selbst durch die „Wiener Zeitung" vom 12. Januar 1870 vor die Oeffentlichkeit gebracht wurden.[2])

Man hätte es unterlassen müssen, solch intime Aeußerungen des Ministeriums ans Tageslicht zu ziehen, deren Wortlaut nicht nur die volle Trostlosigkeit der inneren Verhältnisse, sondern auch den tiefen Zwiespalt in den höchsten Regierungsregionen widerspiegelte. Die österreichischen Staatsmänner hätten jedenfalls weiser gehandelt, nicht, wie es hieß, aus persönlichen Motiven und um ihrer verletzten Eitelkeit Genugtuung zu verschaffen, vom Kaiser die Bewilligung zur Publikation ihrer Memoranden zu verlangen. Zur Hebung der Autorität diente es gewiß nicht, den Zank der Minister aller Welt preiszugeben. Aus leicht begreiflichen Gründen verfolgte Ungarn mit gespannter Aufmerksamkeit den Zerbröcklungsprozeß des österreichischen Ministeriums, das jetzt in eine den Föderalismus negierende Majorität und in eine der Dezemberverfassung nicht freundlich gesinnte Minorität zerfallen war. In Berlin gab man sich einen Augenblick der Meinung hin, als würde es vielleicht den feudalen Parteien gelingen können, an Andrássy und Deák hilfsbereite Bundesgenossen zum Sturze Giskras und Herbsts zu finden.[3]) Man hatte dort, wie sich sehr bald herausstellte, die Deákpartei mit der ungarischen Opposition verwechselt, die vielleicht kein Bedenken getragen hätte, ein Bündnis zu schließen, das geeignet gewesen wäre, die Verlegenheiten Oesterreichs zu ver-

---

[1]) Hasner, a. a. O., S. 101.

[2]) Beide Memoranden, das der Majorität vom 18. Dezember 1869 wie das der Minorität vom 26. Dezember 1869, finden sich abgedruckt bei Kolmer, a. a. O., Bd. II, S. 6—17.

[3]) Staatssekretär Thile an Ladenberg, Berlin, 10. November 1869.

mehren.[1]) Die ungarische Regierungspartei, an deren Spitze Deák und Andrássy standen, wünschte keine Umgestaltung des österreichischen Kabinetts zugunsten föderalistischer Bestrebungen. Unmöglich konnte sie zugeben, daß im Schoße der österreichischen Regierung die Ministerkrisis sich zu einer Verfassungskrisis auswachse, deren Flammen leicht auch nach Ungarn übergreifen konnten.

In einer Inaugurierung des Föderalismus in Oesterreich, wollte der Gesandte des Norddeutschen Bundes, General Schweinitz, wissen, würde man in Ungarn eine ernste Gefahr wegen der Rückwirkung erblicken, die dieses System, gelangte es zur Herrschaft, auf die Nationalitätenbewegung in Ungarn ausüben müßte. Deshalb spricht sich die öffentliche Meinung in Ungarn so entschieden für Aufrechterhaltung des bestehenden Verfassungssystems in Oesterreich aus.[2]) Bismarck, dem es sofort einleuchtete, daß jede wesentliche Verfassungsänderung in Oesterreich auch Ungarn stark beeinflussen würde, bemerkte damals gegenüber General Schweinitz: Da die Ungarn alle Ursache haben, mit ihrem staatsrechtlichen Verhältnisse zufrieden zu sein, so ist es natürlich, daß sie jede Veränderung in Oesterreich fürchten und der dort bestehenden Verfassung alle Dauer wünschen. Als Mann der Tat, für den Wünsche in gefährlichen Lagen nur leeren Schall bedeuten, setzte der norddeutsche Bundeskanzler voraus, daß sich auch die ungarischen Staatsmänner nicht auf bloße Hoffnungen beschränken werden. Er nahm an, daß sie zu Handlungen übergehen und Anstalten treffen werden, um die aus einem Umsturz in Oesterreich möglicherweise entstehenden nachteiligen Folgen für ihr Land unschädlich zu machen. Bismarck war der Ansicht, daß die ungarischen Staatsmänner sich um so mehr aufgefordert fühlen müßten, diese Erwägungen rechtzeitig anzustellen, als es ihnen nicht an Mitteln fehlen würde, auf den Verlauf einer österreichischen Verfassungskrisis einzuwirken. Mit um so lebhafterer Besorgnis wendete sich Bismarck diesen Erscheinungen zu, als es ihm gerade für seine Politik von höchster Wichtigkeit schien, an der Donau ein geordnetes und glücklich gedeihendes Reich zu wissen. Eben in diesen Tagen sagte er neuerdings zum österreichisch-ungarischen Gesandten in Berlin, Grafen Wimpffen, daß es wohl seinem Verstande wenig Ehre antun hieße, wenn man ihm die Verfolgung von Utopien, wie die Herabdrückung Wiens zu einer Provinzialstadt, zu-

---

[1]) Ladenberg, Wien, 29. November 1869.
[2]) Schweinitz an Bismarck, 3. Januar 1870.

muten wollte.[1]) Preußens Interesse für Ungarn, äußerte er, ist durchaus verträglich mit demjenigen, das es an der Dauer der Gesamtmonarchie nimmt, da die letztere den Ungarn selbst als die Form oder Schale erscheint, in der sie sich am füglichsten einrichten können. Der norddeutsche Kanzler vermochte nicht die Möglichkeit zu bestreiten, aber auch die Wahrscheinlichkeit nicht zuzugeben, daß ein unitarisch-konstitutionelles Oesterreich auf die Dauer lebensfähig und entwicklungsfähig sei. Zu dieser Anschauung ward Bismarck durch die Beobachtung bewogen, daß es infolge der Verschiedenheit der geschichtlichen Entwicklung wie des herrschenden Gegensatzes der Interessen in Oesterreich an einer Gemeinschaft des Bewußtseins fehle, der vornehmsten Bedingung jedes konstitutionellen und parlamentarischen Lebens. Noch mehr wurde er in dieser Auffassung bestärkt durch das Verhalten des österreichischen Reichsrates selbst, der von einer Lösung der Ministerkrisis aus eigener Kraft zurückschreckte und die Verantwortlichkeit hierfür einfach der Krone aufzubürden trachtete. Wenn aber der leitende deutsche Staatsmann die österreichische Verfassung in ihrer jetzigen Gestaltung auch nicht für lebensfähig hielt, so wollte er sie darum doch nicht gänzlich beseitigt wissen. Man sollte sie nur, wie er sich drastisch genug ausdrückte, als konstitutionelle Mumie konservieren und, durch Aenderungen der §§ 11 und 14 der Dezemberverfassung von 1867, der Oktroyierung einen weiteren Spielraum eröffnen. Es schien ihm, daß diese Entwicklung oder ähnliches mit verhältnismäßig geringerer Erschütterung der Stellung Ungarns in der Gesamtmonarchie durchzuführen sein würde. Bismarck war durchdrungen davon, daß, wenn dieser in konstitutionelle Formen gehüllte Staatsstreich nicht möglich wäre, kein anderer Ausweg bliebe, als entweder zur früheren, absoluten Gewalt zurückzukehren oder zu einer Föderativverfassung mit großen nationalen Gruppen, wie Deutsch-Oesterreich, Böhmen, Galizien, Dalmatien zu greifen. Bismarck verhehlte es sich nicht, daß derartig tiefe Eingriffe in das Gefüge der einen Hälfte der Monarchie nicht über den Kopf Ungarns hinweg vorgenommen werden könnten. Denn, so glaubte er, in solcher Gestalt einheitlich erhalten, mag der Herrscher von Oesterreich den Ungarn als konstitutioneller König zu stark erscheinen; in nationale Gruppen aufgelöst, würde es den Auflösungsprozeß

---

[1]) Dasselbe hatte er Andrássy durch General Schweinitz sagen lassen. Siehe vierzehntes Kapitel.

nach Ungarn zu verbreiten drohen. Der norddeutsche Kanzler war daher sehr neugierig, wie sich Ungarn der Alternative einer Wiederherstellung der absoluten Gewalt gegenüber verhalten würde. Von besonderem Interesse war es somit für ihn, die Auffassung des Grafen Andrássy näher kennen zu lernen.[1]) Als Bismarck sich in dieser Weise äußerte, war er bereits unterrichtet davon, daß der ungarische Ministerpräsident seinen Einfluß bei der Krone für die Erhaltung der Dezemberverfassung einsetzte.[2]) Der Monarch entschied für die „Fünf", wie man die aus fünf Mitgliedern des Kabinetts bestehende Majorität der Minister nannte. Um so leichter fiel dem Herrscher dieser Schritt, als sich jetzt auch beide Häuser des Reichsrates für die Auffassung der „Fünf" aussprachen, von deren Entschließung der Kaiser seine eigene Entscheidung abhängig gemacht hatte. Der Angriff auf das konstitutionell einheitlich gestaltete Oesterreich erlitt somit eine Niederlage. Bismarck verfolgte das Ereignis mit größter Aufmerksamkeit. In seinen Augen hatte Oesterreich gewählt — eine Wahl, die nach der Auffassung Bismarcks den norddeutschen Interessen nicht widersprach, ihnen vielmehr die Aufgabe stellte, Oesterreich auf der jetzt abgesteckten Bahn mit wohlwollenden Gesinnungen zu verfolgen.[3])

Für die „Fünf", denen im Kampfe mit der Minorität der Sieg zufiel, war es nicht leicht, ein geeignetes Oberhaupt als Führer zu finden. Der neue Ministerpräsident sollte in erster Reihe eine durch Geburt und Verdienste ausgezeichnete Persönlichkeit sein. Er mußte außerdem die Eignung besitzen, günstige Beziehungen des Ministeriums zur Krone und dem verfassungsfreundlichen Teile der Aristokratie zu pflegen. Die politische Vergangenheit des neuen Regierungschefs hätte ferner die nötige Gewähr der Dauer sowohl für den Bestand des Ministeriums als auch des Reichsrates bieten sollen. Man hatte dabei an einen der beiden Brüder Carlos und Adolf Auersperg gedacht. Die Verhandlungen mit ihnen führten jedoch zu keinem Resultate.[4]) Carlos Auersperg wollte überhaupt kein Kabinett mehr bilden, dessen Bruder Adolf wiederum

---

[1]) Das Ganze nach der Weisung Bismarcks an General Schweinitz in Wien. Berlin, 12. Januar 1870.

[2]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 3. Januar 1870. Dem Einfluß des Grafen Andrássy wird aber vornehmlich zugeschrieben, den Kaiser für diesen Standpunkt (Aufrechterhaltung des bestehenden Verfassungssystems in Oesterreich) gewonnen zu haben. Bismarck an Schweinitz, 12. Januar 1870.

[3]) Bismarck an General Schweinitz, Berlin, 27. Januar 1870.

[4]) General Schweinitz, 18. und 25. Januar 1870.

war dem Monarchen nicht sympathisch.[1]) Allzulange schon für das Ansehen der Majoritätsminister verzögerte sich die Neugestaltung des Kabinetts. Nachdem kein hochmögender verfassungstreuer Aristokrat an dessen Spitze gestellt werden konnte, wäre es am nächsten gelegen, mit der Bildung des Ministeriums das staatsmännisch hervorragendste Talent der „Fünf", den bisherigen Minister des Innern, Dr. Karl Giskra, zu betrauen. Allein der eifersüchtige, ewig nörgelnde Charakter des Justizministers Herbst[2]) wollte diese Erhebung seines Kollegen nicht zugeben. Der Rivalität und den Intrigen Herbsts war es zuzuschreiben, daß die Wahl des Kaisers auf Hasner fiel. Obgleich eine in seinem Fache ausgezeichnete Kraft, hatte Hasner bisher doch neben Giskra und Herbst nur eine untergeordnete politische Rolle gespielt. Vor allem aber war er nicht der Mann, um zwischen den Ministern des Innern und der Justiz mit dem gehörigen Gewichte von Autorität vermitteln zu können.

Die gleichen Eifersüchteleien, die sich schon betreffs der Ernennung des Ministerpräsidenten bemerkbar gemacht, wiederholten sich bei den Vorschlägen für die durch den Austritt Taaffes, Potockis und Bergers erledigten Ministerportefeuilles. Als endlich nach langen Reibungen und persönlichen Verbitterungen ein Einverständnis erzielt schien, mußte man die unangenehme Erfahrung machen, daß die in Aussicht genommenen Kandidaten die Ehre ablehnten, ins neue Ministerium einzutreten. Mit Recht wurde dieses Sträuben ministerieller Parteigänger als ein Zeichen geringen Vertrauens zur Zukunft und Haltbarkeit der bestehenden Zustände aufgefaßt.[3]) Als der preußische Gesandte nach Berlin meldete, allgemein werde es als ein schwerer Fehler des Ministeriums Hasner bezeichnet, daß es sich anstatt durch hervorragende Männer aus dem Großgrundbesitz und den Kreisen der Tschechen zu ergänzen, bloß durch ihm ergebene Elemente der bureaukratischen Sphäre verstärkt habe, meinte Bismarck, vor allem muß es *einig* sein, dann handhabt es die Maschine doch.[4]) Nach den mit kraftvoller Beredsamkeit vorgetragenen Ausführungen Giskras

---

[1]) Tagebuch Orczys, 5. April 1869 (ung.). Eine nicht sehr günstige Charakteristik Adolf Auerspergs gibt Przibram, „Erinnerungen", S. 321 und 356. S. 327 nennt er Auersperg irrtümlich Vinzenz.

[2]) Ritter von Przibram in den „Erinnerungen eines alten Oesterreichers", S. 194. — Schweinitz, 2. Februar 1870.

[3]) Schweinitz, Wien, 8. Februar 1870.

[4]) Ibidem.

hätte man meinen sollen, daß diese von Bismarck so nachdrücklichst betonte Einigkeit auch wirklich im Ministerium vorherrsche. Aeußerungen des Ministers des Innern ließen erkennen, daß das Kabinett einmütig zu billigen Konzessionen an die Nationalitäten, aber auch zur entschiedenen Abwehr übertriebener Forderungen entschlossen sei, und zwar im Vertrauen auf die Unterstützung der Krone und Ungarns. General Schweinitz, der von Giskras Begabung die höchste Meinung hegte, dachte nicht so zuversichtlich wie dieser von der Stärke der Regierung. Nach einer längeren Unterredung mit Giskra verließ er diesen unter dem Eindruck, daß ein edler Mann im Kampf gegen das Verhängnis ein den Göttern wohlgefälliger Anblick sei. [1]) Im Schoße des Ministeriums herrschte nichts weniger als Eintracht. Vor kurzem hatte es dem Kaiser die von Giskra ausgearbeitete Wahlreformvorlage überreicht, durch welche, unter Beibehaltung des Gruppensystems, eine Verdoppelung der Abgeordnetenzahl erreicht werden sollte. Die Verfassungspartei, die den Reichsrat von den Launen und der Gegnerschaft der Landtage unabhängig machen wollte, hatte diese Wahlreform mit direkten Wahlen in den Reichsrat betrieben; sie war auch einig geworden, die Berechtigung des Reichsrates zur Abänderung eines Staatsgrundgesetzes, wie der bisherigen Wahlform, anzuerkennen. Nun galt es aber als öffentliches Geheimnis, daß insbesondere Herbst und Brestel sich in dieser Frage im Gegensatz zum Minister des Innern befänden. Teils aus Opportunitätspolitik, teils weil sie allzusehr am Buchstaben des Gesetzes hafteten, hielten sie fest an dem Grundsatz, der Reichsrat dürfe ohne Zustimmung der Landtage die Wahlreform nicht beschließen. Von den die Einflußsphäre des Reichsrates bekämpfenden Landtagen war aber nie zu erwarten, daß sie mithelfen würden, dessen Ansehen und Macht zu stärken. Unter dem Vorsitz des Kaisers fand zum Behufe einer Entscheidung in dieser wichtigen Angelegenheit ein Ministerrat statt. Der Monarch billigte sowohl das Prinzip der direkten Wahlen als auch der Notwendigkeit der Verstärkung der Macht des Reichsrates. Doch lehnte er die für die Durchführung des Reformprojekts gewählte Form ab und stellte sich auf den früher von Herbst und Brestel eingenommenen Standpunkt. Mit Rücksicht auf die angebliche Unmöglichkeit, noch während der Tagung der Reichsratssession die zur Abänderung des gültigen Wahlgesetzes nötige Zweidrittelmajorität zu erlangen, ließ der

---

[1]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 14. Februar 1870.

Ministerrat seinen Entwurf fallen. An dessen Stelle wollte er das bestehende Notwahlgesetz dahin abändern, daß auch in Fällen, wo gewählte Abgeordnete ihre Mandate zurücklegen, die direkten Reichsratswahlen eintreten können. Mit dem Beschreiten dieses Ausweges war nicht bloß das Schicksal der Reformvorlage, sondern auch das des Ministeriums selbst besiegelt. Unter den acht Ministern war Giskra der einzige, der die Folgen dieses Vorgehens richtig ermaß, der sich bewußt war, daß das Kabinett mit dem Verzicht einen Selbstmord begehe. Der Minister des Innern wollte sich mit keiner unrühmlichen politischen Existenz belasten. Am 21. März erbat und erhielt Giskra die Entlassung. Die übrigen Minister blieben. Zu spät erkannten sie, daß sie mit ihrer Nachgiebigkeit sich nichts genützt, daß sie in ihren Stellen nur geduldet worden waren, um eine Entwicklung zu ermöglichen, die zur Zeit des Rücktrittes Potockis, Taaffes und Bergers noch nicht zur Reife gelangt war.[1]) Man hatte recht, zu sagen, daß das Ministerium Hasner nur noch „auf Kündigung im Amte“ sei.[2]) Kein Zweifel, daß Beust im Hintergrund in Gemeinschaft mit allen den Elementen, die auf den Sturz des Hasnerschen Kabinettes hinarbeiteten, eifrigst intrigierte. Ungeachtet aller Ableugnungen bestand von Anfang an ein gespanntes Verhältnis zwischen dem Reichskanzler und diesen Ministern. In vertrautem Kreise äußerte sich Beust äußerst scharf und sarkastisch über die Politik der „Ci-devant-Majoritätsminister“; er führte ein förmliches Register über die von ihnen begangenen Kapitalfehler.[3]) Das Kabinett Hasner vermochte sich in der Tat keiner Erfolge zu rühmen, am wenigsten den Tschechen gegenüber, deren Vertreter es sogar ablehnten, zur Abhaltung von Beratungen nach Wien zu kommen.[4])

Das Ministerium befand sich in einem unerträglichen Zustande, dem es entschlossen war, durch seinen Rücktritt ein Ende zu bereiten. Am 4. April 1870 erfolgte die formelle Enthebung. Bei der Wahl der Nachfolger für die abtretenden Minister hatte der dem Hofe noch immer unentbehrliche Beust abermals die Hand im Spiele.[5]) Auf seinen Rat, dem es einerlei war, ob Deutsche,

---

[1]) Hasner, „Denkwürdigkeiten“, S. 105, beschönigt, wenn er sagt, er und seine Kollegen konnten sich darüber nicht täuschen, daß sie „einstweilen geduldet waren“. Zu ihrem Verderben merkten sie das etwas zu spät.

[2]) „Neue Freie Presse“, 22. März 1870.

[3]) Schweinitz, 2. März 1870.

[4]) Idem, 22. Februar und 2. März 1870.

[5]) Idem, 30. Januar 1870.

Tschechen oder Polen regierten, wenn sie ihm nur den Revanchegedanken verwirklichen halfen, wurde jetzt der polnische Graf Alfred Potocki nach Wien berufen, um mit der Kabinettsbildung betraut zu werden.[1]) Potocki, dem Beust schon früher eine große Zukunft geweissagt hatte,[2]) gehörte zu den drei Minoritätsministern, die gegenüber den sogenannten „Fünf“ unterlegen waren. Er war ein vornehmer, sehr reicher, auch in Rußland begüterter Grandseigneur, der sowie seine eifrig katholische Frau, eine geborene Fürstin Sangusko, alle äußeren Vorzüge vereinte, die zu einer hohen Stellung erforderlich sind.[3]) Allein seine Energie und Tatkraft standen in keinem Einklang mit seiner durchaus edeln Denkungsweise und den redlichen Absichten, von denen er sich erfüllt zeigte. Einer seiner Standesgenossen charakterisierte ihn mit den Worten: „Er könnte sehr gut neben einem anderen Pferde an der Deichsel gehen, aber nicht Sattelpferd sein.“ [4]) Der weiche, gefühlvolle Mann, der nach dem Sturze des Ministeriums Hasner Oesterreichs politische Richtung bestimmen sollte, litt an dem größten Fehler, der einem leitenden Staatsmann anhaften kann. Er war ohne alles Vertrauen zu sich selbst und von einer fast unaustilgbaren Schwarzseherei,[5]) die, wie im Leben, so auch in der Politik die Quelle des Mißerfolges bildet. Dieser schwache polnische Aristokrat, den die Slawen und Beust emporgehoben, wurde ausersehen, den Kampf aufzunehmen mit talentvollen, leidenschaftlichen und durch ihren Fall gekränkten Männern, die ihm jetzt an der Spitze der Opposition gegenüberstanden. Niemand war von dieser Wendung der Dinge mehr erfreut als Beust. Zum preußischen Gesandten sagte er: So wie bisher konnte es nicht länger fortgehen. Ich würde dem Kaiser gegenüber meine Pflicht verabsäumt haben, hätte ich es unterlassen, dies auszusprechen. Die letzten Akte des Parlamentes bezweckten nichts anderes, als die Krone zur Berufung eines Ministeriums Giskra zu bestimmen. Bald wird man merken, daß es doch ein anderes Ding sei, wenn Kaiser, Reichskanzler und Ministerium am selben Strang ziehen.[6])

Trotzdem verwahrte sich Beust bei einer der Wohltätigkeitsvorstellungen, die damals auf seine Veranlassung im Ministerium

---

[1]) Schweinitz, 29. Januar 1870.
[2]) Idem, 3. April 1870.
[3]) Idem, 5. April 1870.
[4]) Przibram, „Erinnerungen“, S. 257.
[5]) Beust, Bd. II, S. 332.
[6]) Schweinitz, 10. April 1870.

des Aeußern stattfanden,[1] dagegen, daß das frühere Ministerium durch ihn gestürzt worden. In seiner frivolen Art äußerte er bei dieser Gelegenheit zu General Schweinitz: Glauben die Leute, ich hätte mir eine Ministerkrisis arrangiert, während ich diese Komödie im Hause habe.[2] Weniger angenehm war Andrássy von der Art der Lösung der österreichischen Ministerkrisis berührt. Man wollte sogar wissen, daß er nach Bekanntwerden der Betrauung Potockis niedergeschlagen gewesen. Dies erschien dem norddeutschen Generalkonsul in Pest um so glaubwürdiger, als sich der ungarische Premier erst vor einiger Zeit zu ihm dahin geäußert hatte: wie in Ungarn das magyarische, so müsse in Oesterreich das deutsche Element herrschen, denn sie zusammen bilden den Kitt der Verbindung für beide Staaten der Monarchie.[3]

Andrássy und mit ihm die vornehmsten Politiker der Déakpartei befürchteten eine stark föderalistische Färbung des neuen Kabinettes.[4] Die brennendste und wichtigste Aufgabe desselben bestand ja in einer Annäherung an die Nationalitäten, vor allem an die Tschechen, die zur Wiederanteilnahme an den Verhandlungen des Reichsrates bewogen werden sollten. Der, an Stelle des mit militärischer Strenge verfahrenden Baron Koller, zum Statthalter von Böhmen berufene Fürst Alexander Dietrichstein-Mensdorff bearbeitete die Alttschechen, der Ackerbauminister Baron Alexander Petrino suchte die Feudalen zur Nachgiebigkeit zu bewegen, Smolka wieder hatte die kleine Gruppe der Jungtschechen aufs Korn genommen.[5] Der Ministerpräsident Graf Potocki selbst wählte, um alle für sich zu gewinnen, zu seiner Devise die Worte: „Versöhnlichkeit und Verfassungstreue".[6] General Schweinitz hielt es keineswegs für unmöglich, daß man zum Ziele gelange, wenn man unter diesem Beseitigung der Verfassung auf verfassungsmäßigem Wege verstehe. Bezeichnend für die damalige Lage ist es, daß der preußische Gesandte unter dem Eindruck stand, daß, wenn die Tschechen die günstigen Bedingungen, die man ihnen jetzt entgegenträgt, zurückweisen, wenn sie durch die Aussicht auf eine slawische Majorität in dem zukünftigen Zentralparlament nicht zur Teilnahme an einem solchen bestimmt werden,

---

[1]) Am 6., 9. und 12. April.
[2]) Schweinitz, 9. April 1870.
[3]) Waecker-Gotter, Pest, 19. April 1870.
[4]) Ibidem.
[5]) Idem, 14. Mai 1870.
[6]) „Wiener Abendpost", 15. April 1870.

man der Ansicht Raum geben muß, welche die heutige ministerielle Presse ausspricht: daß die Tschechen Vorkehrungen für den Zerfall Oesterreichs treffen.[1]) Die Tschechen, die zur Unterstützung ihrer Pläne auf auswärtige Konflikte rechneten und nur von der Bildung eines selbständigen Königreiches Böhmen träumten, wollten nichts von bloßer Befriedigung durch administrative Konzessionen hören, wie sie ihnen von der Regierung angeboten wurden. Da man um jeden Preis die tschechisch-feudale Partei von ihrer bisher beobachteten Abstinenz abzubringen trachtete, wurden die Unterhandlungen mit ihr fortgesetzt. Nicht ohne Beunruhigung verfolgte Graf Andrássy die Schritte, die den Feudalen den Weg zur Macht ebnen sollten. Er besorgte davon einen höchst nachteiligen Einfluß auf die äußere Politik, die unter der Einwirkung der tschechisch-feudalen Richtung unbedingt sofort eine Annäherung an Rußland suchen würde. Der ungarische Ministerpräsident glaubte es zu wissen, daß der Kaiser es auch jetzt nicht ablehnen würde, sich mit dem Zaren zu verbinden, wenn ihm dies die Aussicht auf Revanche gegenüber Preußen verschaffen könnte. Andrássy befürchtete daher, daß jede Schwenkung zu Rußland die endgültige Versöhnung mit Preußen, wie es in seinem Progamme lag, verhindern müßte.[2]) Er sah es daher gar nicht gerne, daß infolge des fortgesetzten Liebäugelns mit den Tschechen und Feudalen der Riß zwischen der verfassungstreuen deutschen Partei und dem Ministerium ein stets klaffenderer wurde.[3]) Je mehr Andrássy für die Deutschen und gegen die Tschechen war, desto lebhafter wünschten Beust und die österreichischen Minister den Ausgleich mit diesen, auf dessen Zustandekommen sie noch immer hofften.[4]) Sowohl der Reichskanzler als auch Taaffe, der Minister des Innern, ließen sich hierbei auch von sehr persönlichen Beweggründen leiten. Gelang es, die tschechischen Abgeordneten in den Reichsrat zu bringen, so konnte mit Hilfe der anderen Parteien leicht eine ministerielle Majorität gebildet werden, gegen welche die ohnehin zerklüfteten und verhaßten deutschen Verfassungstreuen nicht aufkommen konnten. Wie Taaffe die ihm im Reichsrate ungelegenen Männer mit Unterstützung des neuen Anhanges mundtot zu machen suchte, so rechnete seinerseits

---

[1]) Schweinitz, 14. Mai 1870.
[2]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 5. September 1870.
[3]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, 6. September 1870.
[4]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 18. September 1870.

Beust darauf, daß er nach Sprengung der deutschen Majorität befreit sein werde von der Angst, den Spezialfeinden seiner Person, Herbst, Plener, Banhans, wieder in der Delegation zu begegnen.[1])

„Es ist das Ganze," schreibt Baron Orczy hierüber an seine Mutter, „ein höchst gefährliches Spiel, in dem die Regierung eigentlich die weniger schöne Rolle spielt, weil sie sich den Anschein gibt, mit den Feudalen und Nationalen, also föderalistisch gesinnten Parteien, cause commune machen zu wollen, nur daß sie die Majorität der verfassungstreuen deutschen Partei streitig machen können. Es handelt sich au fond um nichts als um die Person Beusts und Taaffes, das übrige ist Staffage. En deuxième ligne erst kommen die anderen Motive; es ist traurig, daß es so ist, aber es ist leider so." [2]) Die „parlamentarische Misere", die keine Heilung finden konnte, verhinderte den Zusammentritt der Delegationen, was Andrássy unangenehme Stunden bereitete. Trüb blickte er in die sich immer mehr verdüsternde Zukunft.[3]) „Kopf- und Ratlosigkeit an allen Ecken," mit diesen Worten kennzeichnet Baron Orczy die trostlose Lage in Oesterreich, „so daß der Knoten, anstatt sich bald zu lösen, täglich geschürzter wird. Des Kaisers Geduld erleidet eine harte Prüfung; alle Parteien machen nach und nach einen Streik, wie trotzige Arbeiter. Nur der Kaiser muß auf seinem Posten ausharren, ohne Streik machen zu können. Aber es muß traurig für ihn sein, daß keiner seiner Ratgeber imstande ist, auch nur mit etwas Wahrscheinlichkeit des Erfolges ihm die Mittel an die Hand zu geben, den parlamentarischen

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 18. September 1870.

[2]) Ibidem. Wie in einem ungedruckten Schriftstück erzählt wird, soll Beust außer obigem Grunde noch ein anderes, sehr gewichtiges Motiv zum Wunsche der Erhaltung des Ministeriums Potocki-Taaffe bewogen haben. Schon unter Hasner handelte es sich um die Kotierung der Türkenlose, bei denen, wie es heißt, Beust von Baron Hirsch mit einer Million Franken beteiligt war. Das Ministerium wollte die Kotierung nicht zulassen. Der damalige französische Botschafter in Wien, Herzog von Gramont, der gleichfalls bei diesem Geschäfte mitgetan und den das Verbot daher sehr unangenehm berührte, bat den Bankier Moritz Wodianer zu sich, um ihn zu bereden, daß er seinen Einfluß zur Bewilligung der Kotierung aufbiete. Als Wodianer dies ablehnte, sagte ihm der Herzog, Beust hätte ihm versprochen, es werde bald ein solcher Regierungswechsel eintreten, der von günstiger Bedeutung für die Kotierung der Türkenlose sein werde. Kurze Zeit darauf wurde wirklich das Ministerium Hasner enthoben, und das an dessen Stelle getretene Kabinett Potocki gestattete die von Beust und Gramont heiß ersehnte Kotierung.

[3]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 23. September 1870.

Karren aus der tiefen Ornière herauszuhelfen, in die derselbe einesteils durch die der neuen Maschinerie innewohnenden Schwierigkeiten, aber größtenteils durch die persönlichen Animositäten und Interessen der maßgebenden Minister und Parteichefs geraten ist.“ [1]) So wenig Vertrauen Graf Potocki auch sonst zu sich selbst hegte, so überließ er sich doch in seinen Verhandlungen mit den Tschechen sanguinischen Erwartungen. Eine beredte Hilfsgenossin fand er an der in aristokratischen Kreisen sich großen Einflusses erfreuenden Fürstin Lori Schwarzenberg. Allein vergebens mühte sie sich, ihren Neffen, Fürst Karl Schwarzenberg, einen der Matadore der Feudalen, zur Nachgiebigkeit zu bewegen. Auch Kardinal Fürst Schwarzenberg, der in gleicher Richtung sein Glück bei seinen Standesgenossen in Prag versuchte, konnte sich keines besseren Erfolges rühmen.[2]) Die Tschechen verharrten auf ihrer Forderung, eine Stellung, wie sie Ungarn innehatte, einzunehmen. Von Beteiligung an den Beratungen des Reichsrates mochten sie nichts wissen. Das war für Potocki eine um so bitterere Erfahrung, als ihm die Tschechen zuerst nicht alle Hoffnung geraubt hatten, seinem Rufe in den Reichsrat zu folgen.[3]) Mit umflorter Stimme,[4]) tiefe Erregung verratend, erklärte der österreichische Ministerpräsident am 16. November 1870 im Herrenhause, daß diese Enttäuschung einen der herbsten Schläge bilde, die ihn in seinem politischen Leben getroffen hätten. Nach diesem Schiffbruch des „Versöhnungsministeriums“ gab es keinen Halt mehr für dasselbe. Graf Potocki diente als Beweis dafür, daß die Gefahr für den Bestand Oesterreichs vielleicht weniger in der Kraft der auseinander strebenden Elemente als in der Schwäche der zur Leitung des Staates berufenen Männer liege.[5]) Potocki und Taaffe hatten gefehlt, als sie die mächtige, außerordentlich starke Rückwirkung, die gerade damals die Siege der deutschen Heere über die Franzosen auf die Deutsch-Oesterreicher ausübten, ganz übersahen, als sie diese vernachlässigten und bereit waren, fast um jeden Preis die Tschechen und Feudalen zu versöhnen. Gestützt auf die Deutschen, anstatt diese mit Hilfe ihrer Gegner aus dem Reichsrate verdrängen zu wollen, hätte die Regierung noch eine starke Position gegenüber den maßlosen Ansprüchen der tschechisch-feudalen Partei

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 23. September 1870.
[2]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 18. September 1870.
[3]) von Derenthal, Wien, 26. Mai 1870.
[4]) Przibram, „Erinnerungen“, S. 281.
[5]) Schweinitz, Wien, 3. November 1870.

beziehen können. Diese Kurzsichtigkeit mußte Graf Potocki mit seinem Sturze bezahlen. Am 21. November 1870 gab er seine Demission, aber es währte geraume Zeit, bis er sie wirklich erhielt.

* * *

Mit dem Entlassungsgesuche des Grafen Potocki trat vorerst keine neue Situation ein. Die Gegner von früher standen sich wieder in voller Rüstung gegenüber. Die Deutschen, von erhöhtem Selbstbewußtsein geschwellt, trugen den Glauben zur Schau, daß jetzt ihnen die Regierung zufallen werde. Wenn man dem sonst wohlunterrichteten General Schweinitz trauen soll, so wären sie sogar, um die verfassungsmäßigen Freiheiten zu retten, für eine zeitweilige Beschränkung derselben zu haben gewesen. Nach der Behauptung des preußischen Gesandten waren sie hierbei von der Ansicht geleitet, daß die Verfassung von den zu ihrer verständigen Benutzung noch unfähigen Nationalitäten zur Bekämpfung des deutschen, das Reich zusammenhaltenden Kulturelementes mißbraucht werde.[1]) Beust, der noch immer gerne Potocki und Taaffe in ihren Aemtern erhalten, es sich aber auch keinen Moment überlegt hätte, sie, wenn nötig, fallen zu lassen, näherte sich jetzt auffällig den Deutschen. So ließ er, um diese wieder für sich günstiger zu stimmen, im Widerspruch zur Wahrheit, in Zeitungen und durch Broschüren verbreiten, daß ganz allein er die Monarchie vor dem Andrängen der Franzosen zu einer Allianz gerettet und wieder nur er allein es gewesen, der am 18. Juli 1870 die Neutralitätserklärung Oesterreich-Ungarns durchgesetzt habe. Zu gleicher Zeit vollzog er auch öffentlich seinen Bruch mit den Tschechen, deren Führer Rieger er vor aller Welt, wegen dessen Parteinahme für Rußland, der „Landespreisgebung“ bezichtigte.[2]) Beust, der jetzt den Stern der Tschechen erbleichen sah, wollte sich nunmehr für alle Fälle der Stütze der Deutschen versichern. Die Häupter der Verfassungspartei, die ihn bisher mit Anklagen über seine unbefugte Einmischung in die inneren Angelegenheiten verfolgten, erteilten ihm in der Delegation ein Vertrauensvotum,

---

[1]) Schweinitz, Wien, 3. November 1870.

[2]) Beust, Bd. II, S. 426. Rieger hatte an Beust in seinem und im Namen seiner Gesinnungsgenossen ein Memorandum übersandt, in welchem er dafür plädierte, daß Rußland nicht im Besitz des Schwarzen Meeres gestört werden dürfe. Nach Przibram, „Erinnerungen“, S. 280, stammt der Ausdruck „Landespreisgebung“ von Teschenberg. Zwei Tage lang, den 14. und 15. Dezember 1870, hatten Hofmann, Teschenberg und Przibram an der Abfassung der Antwort für Rieger gearbeitet.

um seine Stellung zu ihren Gunsten nach oben zu stärken. Gegenüber der ungeklärten Lage empfand man auf beiden Seiten das Bedürfnis der Bundesgenossenschaft. Glaubte man ja damals, nach dem Scheitern Potockis, ernstlich an die Möglichkeit eines rein deutschen Ministeriums.[1]) Ein solches war aber ohne die mächtige Stütze der Krone nicht denkbar. Mit Recht bemerkte daher General Schweinitz, das sei eben die große Frage, ob der Thron sich für die deutsche Verfassungspartei einsetzen werde.[2]) Beust hatte keine gute Witterung, als er die Krone einer Wiederkehr der Verfassungstreuen günstig gesinnt wähnte. In dieser Hinsicht täuschte er sich ebensosehr, wie er darin irrte, als er meinte, sein persönliches Ansehen allein habe ihm in der letzten Delegation den errungenen Erfolg verschafft. Ausschließlich dem vom ungarischen Ministerpräsidenten zu seinen Gunsten ausgegebenen Losungsworte hatte es der Reickskanzler zu danken, daß er nicht von den ungarischen Delegierten gestürzt wurde.

Beust scheint keine Kenntnis davon besessen zu haben, daß der Kaiser wohl noch geneigt gewesen wäre, mit jenem Teil der Deutschen, die unter Schmerlings Leitung standen,[3]) zu regieren, aber nicht mit der deutschen Verfassungspartei. Mit dieser, deren Führer sich von seiten der Krone keiner Beliebtheit erfreuten und die wegen ihrer angeblichen Hinneigung zu Deutschland bei Hofe im Verdacht stand, nicht gut dynastisch gesinnt zu sein, wollte der Monarch nicht zusammengehen. So weit man sehen kann, hat damals keine maßgebende Persönlichkeit der deutschen Verfassungspartei an ein Losreißen von Oesterreich und einen Anschluß an Deutschland gedacht. Sagt doch der preußische Gesandte selbst von Giskra, daß er noch keinen Diener des Kaisers gefunden habe, der mit so verständiger Anerkennung der Eigenschaften des Monarchen loyalere Anhänglichkeit an denselben vereint.[4]) Die Verfassungspartei zielte höchstens auf eine stärkere Anlehnung an das Deutsche Reich.[5]) Selbst wenn eine derartige Richtung vor-

[1]) Schweinitz, Wien, 3. November 1870.

[2]) Ibidem.

[3]) Schweinitz, 20. und 24. Januar 1871.

[4]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 20. April 1870.

[5]) Bancroft (amerikanischer Gesandter in Preußen) to Mr. Fish, Berlin, 18. April 1870. „They (the Germans of Cisleitha) dislike the mission of civilizing the East, and desire a reunion with the other branches of the German family. But so long as they remain a part of the Austro-Hungarian empire, Hungary categorically forbids the renewal of the connection with Germany.“ Abgedruckt in den amerikanischen Kongreßakten. 41st Congreß; 2nd Section, Senate, Ex Doc. no. 94.

geherrscht hätte, würde sie kein Entgegenkommen in Berlin gefunden haben. Als General Schweinitz berichtete, ein Ministerium Schmerling würde eine starke Hand entschiedener Bekämpfung aller separatistischen Tendenzen und der Verteidigung des rein österreichisch-deutschen Standpunktes gegenüber den national gesinnten Deutschen bedeuten,[1]) war Bismarck der Ansicht, daß die Bestrebungen der Fraktion, die nach dem Anschluß der deutschen Erblande Oesterreichs an Deutschland strebt, nicht den Zielen seiner Politik entsprechen. Er könne nur wünschen, daß die Fraktion, als deren Vertreter Schmerling bezeichnet wird, die Oberhand behalte und ihre Bestrebungen, ohne Erschütterung des Zusammenhanges der österreichisch-ungarischen Monarchie, zu verwirklichen imstande sei.[2]) War es auch unbegründet, das ganze Lager der Verfassungspartei mit einzelnen erhitzten Köpfen deutschnational Gesinnter in einen Topf zu werfen, so erzeugte doch deren Haltung bei Hofe den Eindruck, daß die Deutschliberalen keine guten Oesterreicher wären und ihnen nicht zu trauen sei. Mit scheelen Augen mußte daher die Annäherung Beusts an diese Partei betrachtet werden. Aber der aus den Delegationen als Sieger hervorgegangene Reichskanzler hielt seine Position für stark genug, um dem Kaiser auch nach der angebotenen Demission Potockis wie bisher ratend zur Seite stehen zu wollen. Das kommende Ministerium sollte nicht ohne seine Mitwirkung ins Leben treten. Beust war sich vollkommen klar darüber, daß hiervon seine zukünftige Stellung gegenüber der Krone abhänge. Er fürchtete die ihm entgegengesetzten Einflüsse, und zu Baron Orczy sagte er damals: „Ich traue mich nicht, den Kaiser ohne mich vierundzwanzig Stunden in Wien zu lassen.“ [3]) Sektionschef Hofmann, das getreue Echo seines Chefs, aber äußerte: „Falls Seine Majestät ein Ministerium ohne Anhörung Beusts ernennen sollte, würde dieser sofort um seine Enthebung einkommen.“ [4]) Obgleich der Reichskanzler später behauptete, entschlossen gewesen zu sein, nur dann, wenn er vom Kaiser darum gefragt würde, ihm geeignete Männer aus der Verfassungspartei zu empfehlen,[5]) so ist er diesem Vorsatze doch nicht treu geblieben. Ohne auch nur hierzu aufgefordert worden zu sein, empfahl er dem Monarchen General Koller, denselben,

---

[1]) Schweinitz, 20. Januar 1871.

[2]) Bismarck an Schweinitz, Versailles, 7. Februar 1871.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 10. Februar 1871.

[4]) Ibidem.

[5]) Schweinitz, Wien, 12. Februar 1871.

dem es gelungen war, als Statthalter von Böhmen die Tschechen zu Paaren zu treiben, ferner den Präsidenten des Abgeordnetenhauses, von Hopfen, und Lasser als die zur Bildung eines neuen Ministeriums berufenen Persönlichkeiten. Allein der Kaiser tat, als hörte er ihm gar nicht zu und hüllte sich in tiefes Schweigen.[1]) Zu dieser Zeit stand aber schon die Ernennung des Grafen Hohenwart zum Ministerpräsidenten fest, dessen Berufung Beust die größte Ueberraschung bereitete. Als er am 7. Februar 1871 die ungarische Hauptstadt verließ, hatte der Reichskanzler keine Ahnung von dem großen Ereignis. Noch am Bahnhof äußerte er, neugierig zu sein, ob er in Wien schon ein neues Ministerium vorfinden werde. Wie ein vernichtender Donnerschlag traf es ihn daher, als er aus einem ihm während der Fahrt nach Wien überreichten Morgenblatte die Liste der neuernannten Minister, Hohenwart, Schäffle, Jireček, Habietinek, erfuhr.[2]) Was er so sehr gefürchtet, daß ihn der Kaiser umgehen werde, war wirklich geschehen. Sein Verstand sagte ihm, daß man diese Nichtberücksichtigung seiner Persönlichkeit sofort als eine Erschütterung seiner Stellung auslegen werde, wie denn auch der sächsische Gesandte nach Dresden mitteilte: immerhin bleibe jetzt die Tatsache bestehen, daß ein erster Axthieb in den Stamm geführt worden sei.[3]) Beust hatte dann auch nichts Eiligeres zu tun, als durch eine von ihm erfundene Fabel dem Aufkommen derartiger Gerüchte entgegenzutreten. Baron Orczy gegenüber bemerkte er, der Kaiser habe ihm bereits am 5. Februar morgens in Ofen „ganz vertraulich" die Ernennung Hohenwarts unter der Bedingung mitgeteilt, davon nur ja nichts Andrássy merken zu lassen.[4]) Das stand freilich im Widerspruch zu seiner anderen Angabe, wonach sich der Monarch bei seinem ersten Zusammentreffen mit ihm in Wien förmlich entschuldigt habe, daß er ihn nicht zu Rate gezogen. „Ich wollte Sie nicht," hätte ihm der Kaiser gesagt, „im vorhinein mit der ministeriellen Kombination in Verbindung bringen, da man Sie ja ohnehin der Einmengung in die inneren Angelegenheiten be-

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 10. bis 12. Februar 1870.

[2]) So wird es übereinstimmend von Baron Orczy (Tagebuch Orczys, 14. bis 17. Februar 1871) und Przibram, „Erinnerungen", S. 293, der mit Beust reiste und für ihn unterwegs das „Wiener Tagblatt" kaufte, erzählt. Sie weichen nur darin ab, daß Orczy als Ort, wo das Blatt gekauft wurde, Preßburg, Przibram dagegen Neuhäusel angibt.

[3]) Bose an den sächsischen Minister Friesen, Wien, 9. Februar 1871.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. bis 17. Februar 1871.

schuldigt. Ich wollte Sie daher mit der Verantwortung hierfür verschonen. Aber in den auswärtigen Angelegenheiten besitzen Sie mein volles Vertrauen." [1])

Beust, der nur ja nichts von der peinlichen Verlegenheit merken lassen wollte, in die ihn die Art und Weise der hinter seinem Rücken vollzogenen Berufung Hohenwarts brachte, stellte sich, als wäre er dem Herrscher sogar dankbar dafür, daß er ihn ganz außer Spiel gelassen. Er, der vorher erklärte, bei Neubildung eines Ministeriums ohne seine Befragung sofort aus dem Amte scheiden zu wollen, fand plötzlich, daß er dies unter keinen Umständen tun dürfe. Wie schnöde, meinte er, wäre es jetzt von ihm gehandelt, dem Kaiser, der ihn seit Jahresfrist gegen alle Angriffe, wie mit einem „Schild" geschützt, den Stuhl vor die Türe setzen zu wollen, einfach nur deswegen, weil er theoretisch ganz konstitutionell, im Sinne Herbsts, vorgegangen sei. Aufrichtig sprach Beust nur, als er hinzufügte: Allgemein hat man instinktmäßig die Wahrheit herausgefühlt, daß ich an dieser Kombination (Ernennung des Ministeriums) unschuldig bin. Das ändert aber freilich nichts daran, daß mir durch dieses Ministerium meine Aufgabe dem Auslande, besonders Deutschland gegenüber, erschwert werden kann.[2]) Von dem Bewußtsein erfüllt, daß er mit der neuen Regierung, deren kein einziges Mitglied ihm irgendwie zur Erkenntlichkeit verpflichtet war, einen schweren Stand haben werde, äußerte er sofort: Es kann natürlich nicht in meiner Absicht liegen, den neuen Ministern Schwierigkeiten zu bereiten; ich werde mich vielmehr ganz fern von ihnen halten und sie gewähren lassen, solange sie nicht meine Züge durchkreuzen; geschieht dies, so muß ich freilich ihnen gegenüber Stellung nehmen.[3]) Aber schon war er, der sich eine sein Gewissen beruhigende Theorie ausgeklügelt, um nicht gehen zu müssen, daran, die Brücken zu schlagen, die zwischen ihm und Hohenwart eine Verbindung herstellen könnten.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. bis 17. Februar 1871.

[2]) Bose an den sächsischen Minister Friesen, Wien, 9. Februar 1871. Beust hatte eine sehr eingehende Unterredung mit Bose.

[3]) Ibidem.

Sechzehntes Kapitel

Hohenwart-Krisis

In so geheimnisvoller Weise wurde die Bildung des Ministeriums Hohenwart betrieben, daß bis zur letzten Minute eigentlich nichts darüber in die Oeffentlichkeit gedrungen war. Aus Ofen, wo der Kaiser damals weilte, gelangte nun die Nachricht nach Wien, es stehe eine überraschende Lösung der Ministerkrisis im Sinne „streng katholisch-zentralistischer Richtung" bevor.[1]) Noch am 7. Februar, an dem die Ernennung Hohenwarts veröffentlicht wurde, hieß es, daß man ein Ministerium Taaffe-Kellersperg zu erwarten habe.[2]) So sehr überraschte die Ministerliste und so unbekannt waren die Namen der „neuen Männer", wie sie sich selbst nannten, daß alle Welt fragte: „Wer ist Jireček, wer ist Habietinek?" Man sagte, Hohenwart habe den Ministerialrat Jireček vorgeschlagen, der früher bei ihm Hauslehrer gewesen, Jireček wieder empfahl den Professor Habietinek als seinen nahen Verwandten und Habietinek den Professor Schäffle, mit dem ihn intime Freundschaft verband.[3]) Das war bloß loses Gerede der Zeitungen und der Wiener, die die Namen der neuen Regierungsmänner nur mit einem Gemisch von Unwillen und Heiterkeit aussprachen. Wahre Kenntnis von den Vorgängen, die sich hinter der Szene abgespielt und zur Bildung des Ministeriums geführt, hatte niemand.

Der Kaiser betrachtete die neue Regierung als das ausschließliche Ergebnis seines kaiserlichen Willens[4]) und wollte sie auch als solches angesehen wissen.[5]) Schon seit langem war er mit den herrschenden Zuständen unzufrieden. Der Monarch sehnte sich nach einer tiefgreifenden Aenderung derselben.[6]) Nur zögerte

---

[1]) „Neue Freie Presse", 4. Februar 1871.

[2]) Ibidem, 7. Februar 1871. Erst im Abendblatte brachte sie die Nachricht von der Ernennung des Ministeriums.

[3]) Schweinitz, Wien, 9. Februar 1871.

[4]) Telegramm des Schweinitz, Wien, 9. Februar 1871.

[5]) Idem, Wien, 21. Februar 1871.

[6]) General Schweinitz, Wien, 14. Februar 1870, berichtet, daß der Kaiser zu Giskra sagte, die Unordnung dauere ihm schon zu lange.

er noch, nach welcher Seite hin die Entscheidung fallen sollte. Als Potocki und Taaffe ans Ruder kamen, hatte Graf Mensdorff, der Statthalter von Böhmen, zu General Schweinitz geäußert: Scheitert auch dieser Aussöhnungsversuch, dann kommen wieder die Zentralisten an die Reihe.[1]) Bei der Erfolglosigkeit von Potockis Bestrebungen, den die Verfassungstreuen mehr, als in ihrem Interesse lag, gekränkt[2]) und dem sie die nötige Unterstützung versagt hatten, dachte der Monarch so ernstlich an Schmerling, den bedeutendsten Vertreter der zentralistischen Richtung, daß sogar eine vertrauliche Anfrage nach Ungarn ging, ob man da gegen ihn Einwendungen erheben würde.[3]) Sei es, daß aus Transleithanien eine ablehnende Antwort erfolgte oder aber Schmerling selbst keine Lust zur Uebernahme der Staatsgeschäfte bezeigte — das Projekt, ihn an die Spitze der Regierung zu stellen, wurde fallen gelassen. Zur Verfassungspartei aber wollte der Kaiser um keinen Preis seine Zuflucht nehmen. Er, der mit der höchsten Vorstellung von seinem Herrscherberufe das Bewußtsein großer Befähigung zur Ausübung desselben verband,[4]) war durchdrungen davon, daß es ihm auch ohne Mitwirkung der deutschen Verfassungspartei gelingen werde, eine Versöhnung der miteinander hadernden Nationalitäten herbeizuführen. Ununterbrochen stand sein Sinn danach, die Tschechen zur Teilnahme an der Erledigung der Staatsangelegenheiten heranzuziehen. In dieser Ansicht hatte ihn Beust bestärkt, ohne zu ahnen, daß er sich damit selbst die Grube zu seinem Falle grabe. Hatte er ja, als er, im Gegensatz zur Verfassungspartei, mit den Tschechen liebäugelte, geäußert: „Im Grunde ist es die Bestimmung Oesterreichs, daß diesseits die Slawen, jenseits die Magyaren die Majorität haben“ — eine Anschauung, der Andrássy mit der Bemerkung entgegentrat: „Die Slawen kann man nicht befriedigen. Ihr letztes Endziel könnte ihnen höchstens Rußland gewähren — die Vereinigung aller Slawen.“[5]) Die Krone scheint nicht der Meinung

---

[1]) Schweinitz, 17. Mai 1870.

[2]) Idem, 9. Februar 1871.

[3]) General Schweinitz, Wien, 10. November 1870, erwähnt, daß man von Wien aus in Pest vertraulich anfragen ließ, ob Ungarn ein Ministerium Schmerling in Oesterreich zulassen würde? Schweinitz glaubte, daß die Antwort verneinend ausfallen dürfte.

[4]) Eichmann (preußischer Gesandter in Sachsen), Dresden, 12. Februar 1871. In diesem Sinne äußerte sich der sächsische Minister Friesen zu Eichmann.

[5]) Przibram, „Erinnerungen“, S. 215.

gewesen zu sein, daß man die Tschechen nicht befriedigen könnte. Wie großen Wert sie auf deren günstige Stimmung legte, bewies der Auftrag an den Reichskanzler, in seinem Absagebrief an Rieger, in dem das Wort von der „Landespreisgebung“ fiel, nur ja keinen die Loyalität dieses Tschechenführers verletzenden Ausdruck zu gebrauchen.[1]) In welcher Richtung sich die Gedanken des Kaisers bewegten, offenbarte aber am unzweideutigsten die Weihnachten 1870 erfolgte Sanktion der vom allgemeinen Wehrgesetze abweichenden Tiroler Landesverteidigungsordnung, die eine starke Konzession an den klerikalen Föderalismus bedeutete, was nicht ohne Rückwirkung auf die übrigen Länder Oesterreichs bleiben konnte.[2])

In der Seelenstimmung, in der sich der Monarch befand, wirkten mächtige Einflüsse auf ihn ein, die ihn auf einen Weg drängten, der zu dem gefährlichsten Experimente führte, das seit dem Bestande der Verfassung unternommen wurde und alles Bisherige auf den Kopf zu stellen drohte. Die Fäden zur Umgestaltung der österreichichen Regierungsverhältnisse reichen zurück in den Hochsommer 1870.[3]) Die verschiedensten Elemente beteiligten sich daran. Zur Untergrabung des bestehenden Systems trug sein Scherflein besonders der hohe Adel bei, zu dessen Wortführer sich der Obersthofmeister Fürst Konstantin Hohenlohe machte. Er suchte Beusts Stellung mit dem Hinweis auf dessen allzu große Nachgiebigkeit gegen Preußen zu erschüttern.[4]) Ihn mußte man vor allem entwurzeln, um ihm keine Stimme bei einer etwaigen Neugestaltung der Verhältnisse zu gestatten. Der Direktor der Kabinettskanzlei, Staatsrat Braun, ein Mann der streng katholischen Richtung und von ausgesprochen antipreußischer Gesinnung,[5]) wirkte, wie es scheint, unterstützt von der Erzherzogin Sophie, bei seinem täglichen Verkehre mit dem Monarchen für

---

[1]) Przibram, „Erinnerungen“, S. 280.

[2]) Schweinitz, Wien, 30. Dezember 1870. Graf Taaffe war für die nachträgliche Sanktionierung des vom aufgelösten Tiroler Landtag im Jahre 1869 beschlossenen Landesverteidigungsgesetzes eingetreten, dessen § 4 der Reichsrat bekämpfte, da diese Bestimmung für die Tiroler Landesschützen die Ausnahme vom Gesetze feststellte, daß sie nur mit Zustimmung des Landtages außer Landes verwendet werden dürfen.

[3]) Schäffle, „Aus meinem Leben“, Bd. I, S. 192 ff.

[4]) Schweinitz, 29. Januar und 9. Februar 1871.

[5]) Bismarck an Schweinitz, Versailles, 16. Februar 1871. Baron Béla Orczy, Tagebuch, 14.—17. Februar 1871, schreibt, es wird behauptet, daß Braun einen Hauptanteil an der Bildung des Ministeriums hatte. — Schäffle, a. a. O., S. 208.

die Berufung eines ultramontanen Ministeriums.[1]) Im ersten Augenblicke war Bismarck sogar geneigt, englische und französische Einflüsse im Spiele zu sehen, die sich, angeblich aus Eifersucht über Preußens Erfolge, bemüht hätten, in Oesterreich ein dem neuen Deutschen Reiche feindselig gesinntes Kabinett zur Herrschaft zu bringen.[2]) Auch der konservative Abgeordnete und ehemalige Flügeladjutant des Kaisers, Graf Dürckheim, soll einer der Taufpaten der Hohenwartschen Regierung gewesen sein.[3]) Was schließlich die vom preußischen Gesandten, General Schweinitz, erwähnte Mise en scène betrifft, so bestätigte sich die von ihm angedeutete Einmischung des Fürsten Hohenlohe vollständig; besonders tätig bei der Vorbereitung des sehr heimlich betriebenen Coups war Helfert,[4]) der Vertraute der Grafen Clam-Martinitz und Thun; die Ausführung im Detail, der geheimnisvolle Verkehr mit der Staatsdruckerei war durch Braun, den Chef der Kaiserlichen Kabinettskanzlei, besorgt worden.[5]) Die hier erwähnten Faktoren fanden den geeigneten Boden für ihre Tätigkeit in der Ueberzeugung des Kaisers, daß nach den bisher mißlungenen Bemühungen auf einem anderen Wege ein neuer Versuch zur Herstellung des inneren Friedens unternommen werden müsse. Sagte doch Franz Josef I. selbst zum preußischen Gesandten: Es handle sich darum, die Zügel etwas straffer anzuziehen; mit dem Liberalismus sei viel Mißbrauch getrieben worden. Keine Nationalität dürfe die andere

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, 16. Februar 1871. Brauns und der Erzherzogin Sophie Beteiligung an der gegenwärtigen Wendung der Dinge bestärkten Bismarck in seiner Vermutung, daß konfessionelle Einflüsse bei der Bildung des Ministeriums wirksam gewesen sind.

[2]) Idem ad eundem, Versailles, 15. Februar 1871.

[3]) Schäffle, „Aus meinem Leben", Bd. I, S. 174.

[4]) Freiherr von Helfert war in der Bachschen Periode Unterstaatssekretär im Unterrichtsministerium.

[5]) Schweinitz, Wien, 9. Februar 1871. Der unlängst verstorbene Freiherr von Helfert, seinerzeit von mir interpelliert, bestritt es aufs entschiedenste, daß er irgendeinen Anteil an der Entstehung des Hohenwartschen Ministeriums gehabt; er hätte, sagte er, allerdings dem Klub angehört, der sich ein- oder zweimal in der Woche in der in Dornbach gelegenen Bieglerhütte versammelte und in dem auch Habietinek, Jireček und Pražak erschienen; weil einige der Mitglieder dieses Klubs Minister im Kabinett Hohenwart wurden, habe man vermutet, er, Helfert, sei einer der „Ministermacher" gewesen, was aber absolut nicht der Wahrheit entspreche. Nach Schäffle, „Aus meinem Leben", Bd. I, S. 193, hatte Helfert einen sehr bedeutenden Anteil an der Bildung des Ministeriums. Der Bieglerhütte, als dem Ursprung des Hohenwartschen Ministeriums, gedenkt auch Przibram, a. a. O., S. 293.

unterdrücken, es solle von nun an „echt österreichisch" regiert werden.[1])

Auf die Person Hohenwarts, der zu jener Zeit Statthalter von Oberösterreich war,[2]) scheint Taaffe die Aufmerksamkeit des Kaisers gelenkt zu haben.[3]) Der Chef der neuen Regierung, die der Oeffentlichkeit als ein „über den Parteien stehendes Ministerium" vorgestellt wurde,[4]) hatte sich den Ruf eines guten Verwaltungsbeamten aus der Schule Bachs erworben.[5]) Bisher war von ihm nichts bekannt geworden, was die Uebernahme der Staatsgeschäfte durch seine Person gerechtfertigt hätte. Man wußte nur, daß er konservativ und gut katholisch gesinnt, ein ehrenwerter, energischer Charakter sei,[6]) der bisher keiner extremen Richtung angehörte.[7]) In seinem Auftreten verriet er den Aristokraten, ohne jedoch den Zauber der Liebenswürdigkeit und Lebenslust um sich zu verbreiten, der vielen dieser vom Schicksal begünstigten Menschen anhaftet. Vielmehr erweckten der finstere Zug um den Mund und die stets niedergeschlagenen, dunkelbeschatteten Augen den Eindruck, daß man es hier mit einem Manne zu tun habe, der es vorziehe, sich von der Außenwelt abzuschließen und seine Gedanken zu verbergen. Im Verkehre mit ihm klagte man über seine Kälte und Verschlossenheit.[8]) Deswegen wurde er auch der „schweigsame Oranier" genannt.[9]) Sonderbar stach von der Wortkargheit im privaten Leben seine Beredsamkeit als parlamentarischer Redner ab. Sein Vortrag war von tadelloser Eleganz, fließend, lebendig und präzis in der Wiedergabe der Gedanken.

---

[1]) Schweinitz, Wien, 21. Februar 1871.

[2]) Graf Hohenwart, geb. 1824, gest. 1899, wurde schon in jüngeren Jahren an Stelle des zurückgetretenen Grafen Anton Auersperg ins Frankfurter Parlament gewählt; sein Mandat übte er aber nicht aus, 1856 war er Komitatsvorstand in Fiume, 1860 Kreisvorsteher in Trient, 1862 Landeshauptmann in Krain, 1866 Landespräsident von Kärnten, 1868 Statthalter von Oberösterreich.

[3]) Przibram, a. a. O. — Beust sagte zum sächsischen Gesandten: Seit Jahresfrist habe man den Kaiser auf Graf Hohenwart aufmerksam gemacht. Bose an Friesen, Wien, 9. Februar 1871.

[4]) Handschreiben des Kaisers vom 7. Februar 1871; ferner das am selben Tage in der „Wiener Zeitung" erschienene Regierungsprogramm.

[5]) Schweinitz, Wien, 7. Februar 1871.

[6]) So äußerte sich Beust über Hohenwart. Bose an Friesen, Wien, 9. Februar 1871.

[7]) Schweinitz, 7. Februar 1871.

[8]) Przibram, a. a. O., S. 297.

[9]) „Biographisches Jahrbuch", 4. Bd., S. 88. Der da über Hohenwart anonym erschienene Nekrolog hat den Grafen Fr. Schönborn zum Verfasser.

Jedoch nicht Hohenwart, sondern der bisherige Professor der Nationalökonomie an der Wiener Universität, Dr. Albert Eberhard Friedrich Schäffle, der konfuse Sozialdemokrat, wie ihn Schweinitz nennt,[1]) drückte der neuen Regierung den Stempel seines Geistes auf. Als junger, aus Schwaben gebürtiger Theolog, hatte er sich 1849 am badischen Aufstande beteiligt, dessen klägliches Ende in ihm ein bitteres Gefühl gegen Preußen zurückließ. Genötigt, der theologischen Laufbahn zu entsagen, wandte er sich volkswirtschaftlichen Studien zu, die ihm den Namen eines hervorragenden Nationalökonomen verschafften und 1868 seine Berufung an die Wiener Universität bewirkten. Von großem Selbstbewußtsein erfüllt, hielt er sich zu den schwierigsten Aufgaben — selbst zur Neugestaltung Oesterreichs berufen, von dessen Verhältnissen er nur wenig oder nichts wußte. Zu den Eigentümlichkeiten der damaligen Lage gehört es, daß ein in österreichischen Dingen wildfremder, völlig unbewanderter Mann, wie Schäffle, der sich erst rasch die allernötigsten Kenntnisse aneignen mußte, zur Leitung des Handelsministeriums berufen wurde, das gerade die größte Umsicht erforderte. Nicht minder befremdend ist es, daß man dem in Oesterreich vollkommen unorientierten Professor die Festlegung der Grundsätze und der Richtung des neuen Ministeriums überließ, zu dessen bösem Genius er bald wurde.

Schäffle selbst behauptet, Graf Dürckheim habe ihn dem Monarchen empfohlen.[2]) Von anderer Seite wird erzählt, Erzherzog Albrecht hätte ihm den Zutritt zur Krone gebahnt.[3]) Viel wahrscheinlicher ist es, daß Staatsrat Braun, der ja an der Wiege des Ministeriums Hohenwart Pate gestanden, Schäffle die Wege ebnete. Mit ihm war Braun, schon von früher her, innig liiert, und auch später pflegten sie regen Verkehr miteinander.[4]) Der Staatsrat dürfte daher auf seinen Freund die Aufmerksamkeit des

---

[1]) Schweinitz, Wien, 11. November 1871. Schäffle hat ein zweibändiges Werk: „Aus meinem Leben“, 1905, hinterlassen. Wie mir von einer Schäffle nahegestandenen Persönlichkeit mitgeteilt wurde, hätten diese Aufzeichnungen erst zehn Jahre nach seinem 1903 erfolgten Ableben veröffentlicht werden sollen, womit auch die Witwe Graf Hohenwarts einverstanden war. Gegen den ausgesprochenen Wunsch Schäffles erschienen sie jedoch früher. Das dem Werke beigegebene Bild Habietineks stammt nicht von diesem selbst. Der Verleger entnahm es dem Nachlasse Schäffles und versah es mit der einem Briefe Habietineks entlehnten Unterschrift desselben.

[2]) Schäffle, „Aus meinem Leben“, Bd. I, S. 191.

[3]) Schweinitz, Wien, 22. Februar 1871.

[4]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, 14. November 1871.

Herrschers gelenkt haben, vor dem Schäffle den Gedanken der Erhaltung Oesterreichs als staatlicher Einheit mit Hilfe der Volksmassen gegenüber der liberalen plutokratischen Mittelklasse vertrat [1]) — ein Gedanke, den sich auch die Krone zu eigen machte.[2]) In Berlin rief Schäffles Eintritt ins Kabinett, in dem er das Handelsministerium übernahm, keinen besonders günstigen Eindruck hervor. Man erblickte darin eine offenbare Stellungnahme gegen das Deutsche Reich.[3]) Beust erkannte sehr rasch die Wichtigkeit des Mannes, mit dessen Eigenart er zu rechnen habe. Sowohl der Kaiser als auch der Reichskanzler waren bemüht, Schäffle dem preußischen Gesandten gegenüber seines „preußenfeindlichen Charakters“ zu entkleiden. Beust gab ein Diner, an dem die Grafen Hohenwart, Potocki, Schmerling, Hopfen, Jireček, Habietinek, Schäffle teilnahmen und zu dem auch nebst anderen Diplomaten General Schweinitz geladen war. Der Minister des Aeußern wollte bei dieser Gelegenheit den Minister Schäffle mit dem preußischen Gesandten in Berührung bringen. Nicht ohne feine Ironie bemerkt Schweinitz von dem Diner, daß es ihn durch die Wahl der Gäste lebhaft an die in den Straßen Londons zuweilen aufgestellte Happy family erinnerte, wo der Marder und das Kaninchen, der Falke und die Taube, Katzen und Spatzen friedlich in einem Käfig zusammensitzen. Schäffle benützte den ihm von Beust gebotenen Anlaß, um sich dem preußischen Gesandten in vorteilhaftem Lichte zu zeigen. Welches auch immer — versicherte er Schweinitz — sein früheres Verhalten gegenüber Preußen gewesen sein möge, so wisse er doch sehr wohl, daß er in seiner jetzigen Stellung sich nur die Interessen Oesterreichs vor Augen halten dürfe, die gute Beziehungen zum Berliner Kabinett erheischen — Worte, die Kaiser Wilhelm zu der Bemerkung veranlaßten, daß sich geradeso der Herzog von Gramont gegen Werther äußerte, als er Minister wurde.[4]) Wie der Person Schäffles selbst, so brachte man in Berlin überhaupt dem ganzen Ministerium, dem der Ruf tschechisch-feudalklerikaler Gesinnung vorausging, keine besonders freundlichen Empfindungen entgegen. Man sah in ihm eine Frucht der Besorgnisse des Wiener Hofes vor allzu starker Hinneigung der Verfassungs-

---

[1]) Schweinitz, Wien, 22. Februar 1871.

[2]) Ibidem.

[3]) Bismarck an Schweinitz, 15. Februar 1871. Schweinitz, 9. Februar 1871.

[4]) Schweinitz, Wien, 22. Februar 1871.

partei zu Deutschland.[1]) Mit geradezu feindlichen Gefühlen aber ward das Kabinett Hohenwart-Schäffle von den Deutsch-Oesterreichern selbst aufgenommen. Wer nach Potocki, der vergeblich den Tschechen bis nach Prag entgegenging — ließ sich das Hauptorgan der Deutsch-Oesterreicher vernehmen — noch den Ausgleich und die Kontinuität der Verfassung proklamiert, kann keine andere Mission haben, als der föderalistischen Reaktion vorzuarbeiten. Man bestritt dem Kabinett den sich selbst zugeschriebenen Charakter einer über den Parteien erhabenen Regierung.[2]) Welche Bestrebungen innerhalb der Verfassungspartei Hohenwart-Schäffle zugemutet wurden, offenbart aufs klarste ein Schreiben, das der oberösterreichische Reichsratsabgeordnete Friedrich Freiherr zu Weichs[3]) in jenen Tagen an Graf Herbert Bismarck richtete. Das Ministerium Hohenwart, heißt es da, verfolgt die Tendenz, das deutsche Element definitiv von der Führung in Westösterreich — dieser Voraussetzung des ungarischen Ausgleichs — abzudrängen und will an die Stelle deutscher die slawische Führung treten lassen. Hohenwart, führt der Oberösterreicher weiter aus, beabsichtigt, sich zur Durchführung dieses Planes auf die Slawen und Ultramontanen zu stützen. Um die deutsche Opposition zu brechen, soll in den Ländern gemischtsprachiger Nationalität — Böhmen, Mähren, Schlesien, Krain — der deutsche Stamm isoliert, dessen Verbindung mit den übrigen Deutschen in Oesterreich unterbrochen und er auf diese Weise der rücksichtslosen Slawisierung und Ausbeutung durch slawische Majoritäten preisgegeben werden. Am meisten schreckte Freiherrn zu Weichs die drohende Gefahr, daß Hohenwart nach Auflösung des Reichsrates, des letzten, die Deutschen Oesterreichs noch zusammenhaltenden Bandes, jede Verbindung unter ihnen sprengen und durch Bewilligung der tschechisch-polnischen Forderungen Tatsachen schaffen könnte, die die Deutschen notgedrungen in Opposition gegen den österreichischen Staatsgedanken treiben mußten, während es doch klar sei, daß, wie er sagt, die Erhaltung eines Oesterreich unter

---

[1]) Bismarck an Schweinitz, Versailles, 15. Februar 1871.

[2]) „Neue Freie Presse", 8. Februar 1871.

[3]) Freiherr zu Weichs, in München 1832 geboren, war Kgl. Bayerischer Kämmerer. Er richtete am 16. Juni 1871, bei Gelegenheit des feierlichen Einzugs der deutschen Truppen in Berlin, im Namen zahlreicher Gesinnungsgenossen aus Oberösterreich ein aus Linz datiertes Glückwunschtelegramm an Kaiser Wilhelm, das von ihm am 27. Juni beantwortet wurde. Weichs † 1873.

deutsch-magyarischer Führung, eines Oesterreich, welches unter dem Einfluß deutscher Politik steht, derzeit im Interesse des Deutschen Reiches wohl begründet ist.[1])

Die Handlungen des neuen Ministeriums zeigten, daß die Besorgnisse der Deutschen Oesterreichs nicht unbegründet seien. Unter dem Vorgeben, die nationale Gleichberechtigung zur Tat werden zu lassen, wurden in den sprachlich gemischten Kronländern die deutschen Schulen durch Anstellung von Slawen und ultramontan Gesinnter drangsaliert. Mit größtem Eifer betrieb man in Böhmen und Mähren die Tschechisierung der Schulen. In Brünn ward eine tschechische Lehrerbildungsanstalt zum Zwecke slawischer Propaganda gegründet. Die Prager Universität sollte zur ausschließlichen Domäne tschechischer Dozenten gemacht und dagegen die Deutschen an der böhmischen Hochschule mit der Zeit auf den Aussterbeetat gesetzt werden.[2]) Schon wurde auch an dem Plane gearbeitet, den Reichsrat, die stärkste Stütze der Deutschen, seines bisherigen Charakters zu berauben — ein Plan, von dessen Ausführung ja Freiherr zu Weichs die größten Gefahren für die Deutsch-Oesterreicher besorgte. Lónyay hatte recht, als er meinte, Hohenwart sollte sich mit den Deutschen und Polen verbinden. Ja, er war sogar der Meinung, daß es ihm nicht schwer fallen könnte, vereint mit dem deutschen und polnischen Element eine achtunggebietende Mehrheit zu bilden, die den Ministerpräsidenten von dem Zwange befreien würde, einen Giskra oder Herbst in sein Kabinett aufzunehmen. Lónyay war überzeugt, daß all das nur dann durchführbar wäre, wenn Hohenwart über ebensoviel staatsmännische Weisheit und Klugheit verfügte, als ihm Kühnheit, Vorsicht und Schweigsamkeit eigen sind.[3])

Es besteht jedoch kein Zweifel, daß der Präsident der österreichischen Regierung weit entfernt von solch weitaussehender Politik war. Graf Hohenwart verschmähte die Freundschaft der Deutschen. Dafür begünstigte er, wie dies ja schon die Zusammensetzung seines Kabinettes zeigte, mit auffallendem Bemühen die Tschechen, deren Stärkung einen wesentlichen Punkt seines Programmes bildete. All das geschah zu einer Zeit, als sich die

---

[1]) Friedrich Freiherr zu Weichs an Graf Herbert Bismarck, Berlin, 26. März 1871. Weichs hielt sich damals in Berlin auf.

[2]) Abendblatt der „Neuen Freien Presse", „Unterrichtszeitung", 28. Dezember 1871. „Das Ministerium Jireček."

[3]) Lónyay an Andrássy, Wien, 19. März 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv (ung.).

Tschechen durch Vermittlung Riegers an Novikov, den russischen Gesandten in Wien, wandten, um ihn auf die Gefahren aufmerksam zu machen, die dem slawischen Element von dem überhandnehmenden Germanentum drohen. Sie mahnten den Zaren, die slawischen Brüder nicht im Stich zu lassen und sich beizeiten zu rüsten, um dem Deutschen Reiche die Beute zu entreißen. Die Tschechen versprachen ihre hilfreiche Mitwirkung, sobald Rußland ihrer bei dem großen Unternehmen gegen Deutschland benötigen würde. Wie sehr man auch sonst von russischer Seite den Tschechen Entgegenkommen bezeigte, hielt man es diesmal doch für geraten, mäßigend auf sie einzuwirken. Auf Befehl Kaiser Alexanders II. hatte Novikov den tschechischen Führern eine sehr kategorische Absage zu erteilen, die ihnen jede Hoffnung auf eine etwaige russische Einmischung rauben sollte.[1]) Die Tschechen hüteten sich wohl, von derartiger Buhlerei um die Protektion des Herrschers aller Reußen etwas verlauten zu lassen; sie waren vielmehr bemüht, alle ihre Handlungen im Lichte reinster Loyalität und die der Deutsch-Oesterreicher in entgegengesetzter Beleuchtung erscheinen zu lassen. Am Hofe schenkte man ihnen Glauben und war fest davon überzeugt, daß die Deutschen auf nichts anderes als auf Lostrennung von der Monarchie sinnen. Nur diese Stimmung macht die mächtige Unterstützung begreiflich, die die Krone dem Ministerium Hohenwart, das immer festeren Boden gewann, zuteil werden ließ.[2])

Nachdem es dem Ministerpräsidenten gelungen war, bei der Abstimmung über das Budget (7. Juni) mit einer Majorität von allerdings bloß zehn Stimmen (77 gegen 67) zu siegen, vertagte er am 11. Juli den Reichsrat auf unbestimmte Zeit. Der Heimschickung des Reichsrates folgte am 10. August die Auflösung jener acht Landtage,[3]) die bisher fast noch alle über eine verfassungstreue Mehrheit ver-

---

[1]) Prinz Reuß an Bismarck, Petersburg, 20. März 1871. Reuß sagt, daß ihm dies aus sicherer Quelle mitgeteilt wurde.

[2]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 3. Juni 1871. „Die tschechisch-feudalen Herren haben leider großen Einfluß in der Umgebung Seiner Majestät; der Preußenhaß ist noch nicht abgekühlt, und die Befürwortung der tschechischen Angelegenheiten tritt im Gewande der Loyalität auf, während die deutsche Verfassungspartei mit Aspiration nach Deutschland beschuldigt wird, und dies scheint der Charakter der Situation zu sein." (Ung.) Siehe die Antwort des Kaisers auf die vom Präsidium des österreichischen Abgeordnetenhauses überreichte Adresse.

[3]) Nieder- und Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Mähren, Schlesien, Tirol.

fügten. Einige Tage später — 17. August — berief die Regierung sämtliche siebzehn Landtage für den 14. September ein. Die Umgestaltung des Wahlsystems in den Landtagen im Sinne der slawischen Forderungen sollte der Regierung nicht nur eine verläßlichere Majorität im Reichsrat sichern, sondern ihm gleichzeitig ein ultramontan-föderalistisches Gepräge verleihen. Die vom Ministerium geplante Wahlreform der Landtage, aus denen die Wahlen in den Reichsrat erfolgten, stand in diametralem Gegensatz zu den in dieser Hinsicht von der liberalen Partei genährten Wünschen. Trachteten die Verfassungstreuen den Reichsrat von den Landtagen unabhängig zu machen und ein freisinniges Wahlgesetz zu schaffen, so suchte dagegen das Ministerium Hohenwart die Reichsvertretung für immer an die Landtage zu ketten, deren reaktionäre Gestaltung jede Möglichkeit des Zustandekommens eines liberal gesinnten Reichsrates für immer verhindern sollte. Mit Hilfe der „Zehnguldenmänner“ [1]) und Vermehrung der klerikalen Wahlstimmen hoffte man über die deutsche Verfassungspartei einen vollständigen Sieg zu erringen.

Die durch den Hof und das Ministerium geförderte mächtig anschwellende slawische Bewegung konnte nicht ohne Rückwirkung auf Ungarn bleiben. Rasch fand sie dort ein Echo, vor allem in Kroatien, wo die antiunionistische Partei, ermutigt durch die Vorgänge in Oesterreich, wieder kühner ihr Haupt erhob.[2])

Gleich unmittelbar nach Einsetzung des Kabinetts Hohenwart interessierte sich Bismarck lebhaft dafür, wie man in Ungarn die neue Situation beurteile. Seiner Ansicht nach war die Spitze der Tendenz des Ministeriums ebenso gegen die Ungarn wie die Deutsch-Oesterreicher gerichtet, und es ist, wie er meinte, kaum glaublich, daß dies nicht in Ungarn empfunden werden sollte.[3]) General Schweinitz hatte, noch ehe sein Chef diese Bemerkung machte, nach Berlin die Mitteilung gelangen lassen, daß das föderalistische Programm der Regierung schwer mit dem in

[1]) Der Erlaß vom 9. August 1871 traf die Verfügung, daß bei der Anlegung der Wählerlisten für die kommenden Wahlen sämtliche Zuschläge zur landesfürstlichen Steuer in den Steuerkonsens von zehn Gulden mit einzubeziehen seien. Diese Erweiterung des Wahlrechtes auf die kleineren Gewerbesteuerträger bedeutete die Wahlreform zugunsten der „Zehnguldenmänner“. Auf diesem Wege ward die Zahl der nichtdeutschen und der klerikalen Wähler in allen Städten und Industriebezirken bedeutend vermehrt. Kolmer, a. a. O., Bd. II, S. 169.

[2]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 16. Mai 1871. Schweinitz, 22. Mai 1871.

[3]) Bismarck an Schweinitz, Versailles, 15. Februar 1871.

Ungarn herrschenden System vereinbar sei, da die ungarländischen Slawen sofort die gleichen Rechte beanspruchen würden, wie sie den österreichischen zuteil werden sollen.[1]) Wenn man sich der Sprache erinnert, die Graf Andrássy im Jahre 1866 vor dem Kaiser über die Gefahren einer föderalistischen Gestaltung der Monarchie führte, wird man es begreiflich finden, daß er dem Hohenwartschen Experimente keine besondere Sympathie entgegenbringen konnte. Trotzdem nahm er anfangs gegen die neue Richtung keine feindselige Stellung ein.[2]) Er zog sich vorläufig auf den Beobachterposten zurück, und zwar, weil es ihm in erster Linie um das baldige Zustandekommen der Delegationen zu tun war, deren Einberufung er mit Hohenwart für den Monat Juni verabredet hatte. Er wollte ihren Zusammentritt nicht durch ein feindseliges Verhalten verhindern. Doch scheint es, daß schon bald nach der Uebernahme der Geschäfte durch Hohenwart das ungarische Ministerium sich den Gegnern des österreichischen Kabinetts zugesellte. Es steht fest, sagte Freiherr zu Weichs, daß dieser Plan (der Vernichtung der Deutschen) von Ungarn aus lebhaft bekämpft wird, weil dadurch die slawischen Elemente in Ungarn in gefährlicher Weise gegen die herrschenden Magyaren unterstützt werden, und es hat sich also naturgemäß eine Parteigruppierung vollzogen, welche einerseits die ungarische Regierung, die österreichische Verfassungspartei und die deutschnationale Partei umfaßt, welche Koalition mit allen Mitteln auf den Sturz des Kabinetts Hohenwart hinarbeitet, während andererseits die vereinigten Slawen und Ultramontanen die derzeitige österreichische Regierung kräftigst unterstützen und zu erhalten bestrebt sind.[3]) Zu einer sichtbaren Kraftäußerung dieser Koalition kam es aber noch nicht, denn die österreichische Regierung betonte noch immer die volle Respektierung des Ausgleiches von 1867 mit Ungarn, an dem, nach den eigenen Worten des Monarchen zu Schäffle, unter keiner Bedingung gerüttelt werden dürfe.[4]) Zu den charakteristischen Erscheinungen des Hohenwartschen Regimes gehört es, daß es sich in den sonderbarsten Widersprüchen bewegte. Ungeachtet der vom Kabinett eingeschlagenen föderalistischen Richtung gab man sich einerseits der Illusion hin, wenigstens vorerst, den Dualismus unangetastet aufrechtzuerhalten

---

[1]) Schweinitz, 9. Februar 1871.
[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. März 1871 (ung.).
[3]) Freiherr zu Weichs an Graf Herbert Bismarck, 26. März 1871.
[4]) Schäffle, a. a. O., S. 203.

und mit Ungarn auf friedlichem Fuße zu verbleiben. Andererseits wieder glaubte man, ungeachtet der im Innern herrschenden deutschfeindlichen Politik, freundschaftliche Beziehungen zum neuen Deutschen Reiche pflegen zu können — eine äußere Politik, wie sie seit den jüngsten Umgestaltungen mit Zustimmung des Kaisers und Königs Franz Josef I. von Beust verfolgt wurde. Es waren dies so krasse Widersprüche, die wohl einige Zeit verhüllt werden konnten, um dann aber mit um so größerer Schärfe zutage zu treten. Die Zusammenkunft zwischen unserem Monarchen und Kaiser Wilhelm I. in Ischl, August 1871, mußte aller Welt als ein neues deutliches Zeichen guten Verhältnisses zwischen den beiden Nachbarstaaten gelten. Franz Josef erwähnte bei dieser Gelegenheit der inneren Schwierigkeiten, mit denen er zu kämpfen habe, doch hoffe er, wie er zu Kaiser Wilhelm sagte, mit den Tschechen zu einem befriedigenden Ausgleich zu kommen, dessen Veröffentlichung für den 18. August bevorstehe. Der Kaiser und König gedachte in seinem Gespräche, das er während der Fahrt von Wels nach Ischl mit Kaiser Wilhelm hatte, auch der weitgehenden Forderungen der Verfassungspartei, die ihm viel Ungelegenheiten bereiten, worauf der deutsche Monarch bemerkte, daß, wenn es ihm (Franz Josef) gelänge, die deutschen Untertanen in bezug auf ihre wirklichen Bedürfnisse zufrieden zu stellen, sie gewiß nicht ihre Augen aus Oesterreich nach Deutschland richten würden.[1]) Die Begegnung der beiden Herrscher war natürlich den Feinden Preußens wie auch den Förderern des tschechischen Ausgleiches ein Dorn im Auge — Graf Trauttmannsdorff sagte ausdrücklich: „Dieses Entgegenkommen den Preußen gegenüber ist eine Mißachtung der Würde Oesterreichs,“ [2]) womit dieser Aristokrat nur die Anschauungen seiner feudalen Gesinnungsgenossen verdolmetschte.[3]) Noch war beim Kaiser selbst nicht die Abneigung gegen Preußen überwunden, und er hatte für dasselbe, wie ein Zeitgenosse berichtet, „nur ein halbes Herz“. Vieler Ueberredung bedurfte es, um ihn zu bestimmen, noch einmal mit Kaiser Wilhelm zusammen-

---

[1]) Von „Schmerzensschreien“ nach Deutschland, wie Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 37, berichtet, ist kein Wort gefallen.

[2]) Orczy schreibt aus Újszász am 31. August 1871 an Andrássy (Gräfl. Andrássysches Archiv), Kaiser Wilhelm habe zu Franz Josef I. gesagt: „Mir ist es selbst im höchsten Grad unangenehm, wenn die Deutsch-Oesterreicher die Hälse über die Grenze Deutschlands hinstrecken.“

[3]) Baron Béla Orczy an Andrássy, 31. August 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

zutreffen.[1]) Der Monarch teilte die Worte Kaiser Wilhelms, die ihn nicht sehr angenehm berührt zu haben scheinen, dem Grafen Hohenwart mit.[2]) Nach dieser Aeußerung des deutschen Herrschers dürfte der österreichische Ministerpräsident am wenigsten Neigung empfunden haben, Kaiser Wilhelm und Fürst Bismarck in Salzburg zu begegnen, wo die zweite Entrevue stattfinden sollte. Es ist mehr als wahrscheinlich, daß Hohenwart den Kaiser bat, ihm die Anwesenheit in Salzburg während des dortigen Aufenthaltes des Deutschen Kaisers und seines Kanzlers zu erlassen.[3]) Gerne hätte Franz Josef, der um diese Zeit alles tat, worum ihn Graf Hohenwart ersuchte, dessen Wunsch erfüllt.[4]) Doch hatte Graf Andrássy schon vorher aus seinem Terebeser Sommeraufenthalt nach Wien telegraphiert, wenn Kaiser Wilhelm und Bismarck sich längere Zeit in Gastein aufhielten, er deren Anwesenheit dort nicht außer acht lassen könnte.[5]) Der Kaiser, wenigstens behauptet dies Beust, entschied sofort, daß keiner der Ministerpräsidenten seine Aufwartung beim Deutschen Kaiser zu machen hätte. Als die „toujours la bonne bête du bon Dieu", wie sich Beust selbst nennt, wollte er, ungeachtet des abschlägigen Bescheides des Monarchen, die Berufung Andrássys durchgesetzt haben, die natürlich jene Hohenwarts nach sich zog.[6]) Als Sektionschef Hofmann dem Baron Orczy im Monat September Mitteilung von dieser Intervention machte, zog dieser sogleich die Wahrheit der Erzählung in Zweifel.[7]) Es ist kaum glaublich, daß Beust, wenn er tatsächlich in diesem Sinne gewirkt hätte, nur aus reiner Gutmütigkeit gehandelt habe. Nach der zwischen Beust und Bismarck in Gastein stattgefundenen freundschaftlichen Aussprache dürfte man vielmehr an maßgebender Stelle die Notwendigkeit empfunden haben, bei einer neuerlichen Begegnung der beiden Monarchen, an der sich die zwei Kanzler beteiligten, auch den österreichischen und ungarischen Ministerpräsidenten nicht fehlen zu lassen. Dieser Grund wird wohl den Kaiser bestimmt haben, ferner auf die Abneigung Hohenwarts,

---

[1]) Baron Béla Orczy an Andrássy, 31. August 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv. Beust, a. a. O., Bd. II, S. 494.

[2]) Schäffle, a. a. O., S. 37.

[3]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, sagt, daß Hohenwart den Kaiser schon vor der Zusammenkunft in Wels warnte. Hier erwartete Franz Josef den Kaiser Wilhelm, um mit ihm nach Ischl zu fahren.

[4]) Baron Orczy an Andrássy, 31. August 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Idem, Tagebuch, 17. August 1871. Beust, a. a. O., Bd. II, S. 495.

[6]) Beust, Bd. II, S. 496.

[7]) Tagebuch des Baron Orczy, 3. September 1871 (ung.).

persönlich vor Wilhelm I. und Bismarck zu erscheinen, keine Rücksicht mehr zu nehmen. Die Salzburger Entrevue ist von Wichtigkeit, weil hier zum erstenmal eine Aussprache zwischen Andrássy und Hohenwart über dessen tschechischen Ausgleich stattfand. Sie dürfte den österreichischen Ministerpräsidenten kaum sehr befriedigt haben. Hatte, wie es heißt, schon vorher Bismarck den Grafen Hohenwart gewarnt, in seinem Vorgehen Vorsicht walten zu lassen, so sollte er ähnliche Worte auch aus dem Munde Andrássys vernehmen. Als er diesem seine auf den tschechischen Vergleich bezügliche Bestimmungen vorlas, bezeichnete der ungarische Ministerpräsident sofort zwei Punkte, gegen die er vom Gesichtspunkt des ungarischen Staatsrechtes aus unbedingt Verwahrung einlegen müßte. Andrássy, auf den das Ganze den Eindruck eines gefährlichen Unternehmens machte, fragte seinen Ministerkollegen, ob er ihm einen Ratschlag erteilen dürfte. „Gewiß, ich nehme ihn mit Dank an,“ erwiderte Hohenwart, worauf Andrássy sagte: „Unterbreiten Sie die Sache als die Wünsche der Tschechen, die von den verfassungsmäßigen Körpern in verfassungsmäßiger Weise behandelt werden sollen, keinesfalls aber engagieren Sie dafür Seine Majestät oder sich selbst. In Oesterreich gibt es wenig Menschen, die den Mut haben, etwas zu tun, was ihrer Ueberzeugung entspricht. Aufrichtig würde ich es bedauern, wenn Sie sich damit den Hals brechen würden, was unausbleiblich ist, wenn Sie die tschechischen Wünsche zu den Ihrigen machen.“ [1]) In diesen Fehler aber verfiel Hohenwart, obgleich als sicher angenommen wurde, daß er, vorwärts getrieben durch die feudal-klerikale Strömung, mehr nach Aufrichtung des Absolutismus als nach voller Befriedigung der Tschechen strebe, die er nur als Mauerbrecher benutzen möchte.[2]) Die Tschechen wieder, hinter denen Thun und Clam-Martinitz standen, trachteten, sich Hohenwarts zur Bewältigung der Deutschen und Wiederherstellung des Königreiches Böhmen mit allen seinen längst erloschenen Privilegien zu bedienen. Da die Tschechen in Verfolgung ihrer eingestandenen Ziele größere Energie entfalteten, als Hohenwart für die Verwirklichung seiner von ihm noch verhüllten Pläne aufzubringen vermochte, gelang es ihnen, den Ministerpräsidenten ganz in den Dienst ihrer Absichten zu stellen. Mit seiner Hilfe erreichten sie es, daß der Kaiser seinen Namenszug unter das Reskript vom 12. September 1871 an den böhmischen Landtag

---

[1]) Emanuel Kónyi, „Beust und Andrássy“, in „Deutsche Revue“ 1890.

[2]) Dies war die Auffassung Lónyays. Tagebuch des Baron Orczy, 24. August 1871 (ung.).

setzte, in dem es hieß: „Eingedenk der unerschütterlichen Treue, mit welcher die Bevölkerung Böhmens jederzeit unseren Thron stützte, erkennen Wir gerne die Rechte dieses Königreiches an und sind bereit, diese Anerkennung mit Unserem Krönungseide zu erneuern.“ [1]) Der böhmische Landtag wurde aufgefordert, „im Geiste der Mäßigung und Versöhnung“ die „zeitgemäße Ordnung“, der staatlichen Verhältnisse Böhmens zu beraten und ohne Verletzung der Rechte der anderen Königreiche und Länder einen Verfassungsstreit zu beenden, „dessen längere Fortdauer das Wohl unserer treuen Völker in bedenklicher Weise bedrohen würde“. [2]) Dieses kaiserliche Reskript, mittels dessen der sehnlichste Wunsch der Tschechen erfüllt werden sollte, scheint der Feder des Grafen Clam-Martinitz entstammt zu sein, [3]) der, ohne gerade durch hervorragenden Geist und besonderes Wissen ausgezeichnet zu sein, doch die Fähigkeit besaß, auf alle, die mit ihm in Berührung kamen, eine faszinierende Wirkung auszuüben. [4]) Dem Mangel genügenden Verständnisses von seiten Hohenwarts für die Tragweite dieses Schrittes, wie den Intrigen Schäffles war es zuzuschreiben, daß der Kaiser ein alle bisherigen Verhältnisse umstülpendes Reskript mit seiner Unterschrift versah. [5]) Beust selbst hatte keine Kenntnis von dem Erlaß dieses wichtigen Dokumentes. [6]) Er würde sonst jedenfalls getrachtet haben, wenigstens jene Ausdrücke auszumerzen, die wegbleiben mußten, wenn man den Deutschen nicht den gerechtesten Anlaß zu schwerer Klage geben wollte. Nachdem den Tschechen alles gewährt worden, was sie verlangten, klang die Mahnung, „im Geiste der Mäßigung und Versöhnung“ vorzugehen, geradezu wie bitterer Hohn in die Ohren der Deutschen. Die sogenannten „Fundamentalartikel“ [7]) des böhmischen Landtages waren die gründlichste Widerlegung des „Geistes der Mäßigung und Versöhnung“. Sie kehrten alles vom Untersten zum Obersten. An Stelle des bisherigen „Reichsrates“ sollte ein

---

[1]) Kolmer, a. a. O., S. 172.
[2]) Ibidem, S. 173.
[3]) Schweinitz, Wien, 28. September 1871.
[4]) Idem, 10. August 1871.
[5]) Idem, 28. September 1871.
[6]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 499.
[7]) Mitgeteilt von Schäffle, Bd. II, S. 213 ff. Die Bezeichnung „Fundamentalartikel“ soll aus historischen Rücksichten erfolgt sein, da dieser Ausdruck in den Kämpfen Böhmens um Erweiterung der Landesrechte wiederholt vorgekommen ist. A. B. Czedik, „Das Ministerium Hohenwart-Schäffle“, in „Neue Freie Presse“, 9. Januar 1910.

„Delegiertenkongreß“ und ein „Senat“ treten, denen ein Ministerium mit Länderministern oder Hofkanzlern gegenüberzustehen hätten.

Die bisher zur Behandlung der mit Ungarn gemeinsamen Angelegenheiten bestimmten Delegierten wären fernerhin nicht mehr vom Reichsrate, sondern vom Landtage zu wählen. Wohl das Stärkste und jedenfalls Unklugste leistete sich der böhmische Landtag, von dem sich die deutschen Abgeordneten fernhielten, durch Anmaßung des Rechtes, großmütig den Ausgleich von 1867 „nachträglich“ anzuerkennen. Es war töricht von ihm, auf diese Weise gleichzeitig den Widerstand der Deutschen und Ungarn gegen die „Fundamentalartikel“ wachzurufen, deren eigentlicher Sinn dahin ging, an Stelle Oesterreich-Ungarns eine österreichisch-ungarisch-böhmische Monarchie ins Leben zu rufen. Zum Verständnis dieser Schöpfung der böhmischen Feudalherren, die sich bereits vor Uebermut wie toll gebärdeten und denen der tschechische Mittelstand nur Assentdienste leistete, muß man sich deren politische Gedankenwelt ein wenig vergegenwärtigen. Man konnte von ihnen folgende Aussprüche hören: „Die Herren Giskra, Herbst und Konsorten haben lange genug gewirtschaftet, ohne zu einem Resultate zu gelangen. Nun sind wir an der Reihe, und wenn gar nichts, so werden wir wenigstens energisch sein, und unseren Ministern wird der sächsische Schwindler (Beust) kein X für ein U vormachen. Wir werden nicht ruhen, bis nicht dieser Mann mit Schande und Spott weggejagt wird.“ Der junge Fürst Adolf Schwarzenberg äußerte: „Warum sollen die Ungarn mehr haben können als wir, warum sollen wir uns von Wiener Advokaten regieren lassen?“ Die Führer hatten das von allen gläubig nachgebetete Losungswort ausgegeben: „Die Deutschen gravitieren nach Preußen, sind von Bismarck gekauft, der tschechische Adel ist daher berufen, Oesterreich der Krone zu erhalten.“ [1])

Niemand befand sich unter solchen Verhältnissen in schlimmerer Lage als Beust. Einige schüchterne Versuche der Annäherung abgerechnet, hatte er sich von Anfang an dem Kabinette gegenüber, von dessen Bildung man ihn ferne gehalten, Zurückhaltung auferlegt. Zu Baron Orczy sagte er: „Ich kann mich doch nicht auf die Amme des Ministeriums hinausspielen, sonst würde man noch, früher oder später, sogar die Behauptung aufstellen, ich sei

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 13. Oktober 1871. Idem an Andrássy, 13. Oktober 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

dessen Mutter.“[1]) Er war daher fest entschlossen, Hohenwart und dessen Kollegen nach Belieben schalten und walten zu lassen und sich nicht in ihre Angelegenheiten einzumengen.[2]) Mit dieser absichtlich passiven Haltung erntete er wenig Dank. Der Kaiser sowie Hohenwart und Staatsrat Braun verlangten vielmehr von ihm, daß er das Ministerium unterstütze. Sie machten es ihm und seinem Adlatus Hofmann zum Vorwurfe, daß die im Solde des Auswärtigen Amtes stehenden Zeitungen alle Aktionen des Hohenwartschen Kabinettes aufs schonungsloseste angriffen.[3]) Hohenwart drang sogar ziemlich ungestüm in Beust, sich zu entscheiden. Er drohte ihm, widrigenfalls den Kaiser vor die Alternative zu stellen, zwischen ihm und dem Reichskanzler zu wählen.[4]) Allein, wie gerne sich vielleicht auch Beust gefällig gezeigt hätte, so konnte er ohne Untergrabung des letzten Kredites, den er noch als Staatsmann besaß, sich doch nicht den Zumutungen des österreichischen Ministerpräsidenten fügen. „Wenn er zur Slawisierung der Monarchie seine Hand bieten soll, dann hat er die Deutschen und die Ungarn gegen sich, und die Delegationen werden ihm feindlich, also kann er Hohenwarts Ideen nicht unterstützen,“ schrieb damals Baron Béla Orczy von Wien aus an seine Mutter.[5]) Wollte der Reichskanzler sich erhalten, so mußte er seine Zuflucht zu den Deutschen und den Ungarn, vor allem zu Graf Andrássy nehmen, der in keinem Falle den Umsturz des von ihm begründeten Ausgleiches und die Vernichtung der von ihm so eifrig befürworteten Freundschaft mit dem Deutschen Reiche dulden konnte. Aber auch die Tschechen rechneten mit dem ungarischen Ministerpräsidenten. Im Sommer 1871 sandten sie einen gewissen Jordan, Redakteur eines slawischgesinnten Wiener Blattes „Die Zukunft“ nach Terebes zu Andrássy, dem er folgendes eröffnete: Seine Auftraggeber wissen sehr wohl, daß ihre Abmachungen mit Hohenwart zunichte werden, sobald er, der leitende Minister Ungarns, diese nicht billige.[6]) Wie wenig aber kannten die Absender Jordans Andrássy, wenn sie ihm für den Fall der Verweigerung seiner Unterstützung mit einer Denunziation beim Kaiser drohten. Sie hätten, ließen sie ihm sagen, genaue Kenntnis davon,

---

1) Baron Orczy an Andrássy, 14. Februar 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.
2) Ibidem.
3) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 28. September 1871.
4) Idem ad eandem, Wien, 11. Oktober 1871.
5) Idem ad eandem, Wien, 28. September 1871.
6) Kónyi, a. a. O., S. 82.

daß er hinter dem Rücken des Monarchen und Beusts mit Bismarck in geheimen Unterhandlungen stehe, die sie sofort preisgeben würden, wenn er die Tschechen zurückweise. Im entgegengesetzten Falle verpflichten sie sich zu ewigem Schweigen. Man kann sich leicht die Empfindungen des stolzen, in Ehrensachen ungemein feinfühligen Andrássy gegenüber solchen Zumutungen vorstellen. Er brauchte sich nichts vorzuwerfen, da er vor seinem Herrscher kein Geheimnis daraus gemacht hatte, daß er durch eine Mittelsperson in Beziehungen zu Bismarck getreten war. Es hatte sich um den Fürsten Karl von Rumänien gehandelt, dessen Minister Bratiano in Siebenbürgen wühlte und damit Ungarn große Verlegenheiten bereitete. Andrássy ließ damals — es war vor Ausbruch des französischen Krieges — Bismarck sagen: er möge zwischen Ungarn und Rumänien wählen. Der norddeutsche Kanzler bestimmte hierauf den Fürsten von Rumänien zur Entlassung seines Premiers.[1]) Mit dem Bewußtsein, nichts getan zu haben, was er vor seinem Souverän verheimlichen hätte müssen, antwortete jetzt Andrássy dem Redakteur Jordan: Wenn die tschechischen Herren etwas von seinem geheimen Verhältnis zu Bismarck wüßten, so sei es deren Pflicht, bedingungslos davon die Krone in Kenntnis zu setzen. Was jedoch die tschechischen Abmachungen betreffe, so halte er es für überflüssig, sich darüber zu äußern, da diese ja eine österreichische Angelegenheit betreffen. Sollten aber diese Vereinbarungen solche Dinge enthalten, die auch in das ungarische Staatsrecht übergreifen, so werden die Herren in seinen Aeußerungen gewiß nicht die nötige Offenherzigkeit vermissen. Er werde bestimmt Farbe bekennen. Bis dahin habe er zur Sache selbst nichts weiter zu bemerken.[2]) Andrássy wollte sich nicht aus seiner Stellung eines ruhigen Beobachters verdrängen lassen. Um so weniger, als er mit dem bisherigen Vorgehen des österreichischen Ministerpräsidenten nicht einverstanden war. Er hielt Hohenwart für einen, wie er selbst sagt, „genügend verständigen Mann", der jedoch „mehr Mut nach unten als Festigkeit nach obenhin" besitze.[3]) Dies folgerte Andrássy aus der dem österreichischen Premier wahrscheinlich anbefohlenen Vorlage betreffs der Durchführung des § 19 des Staatsgesetzes vom 21. Dezember 1867 „über die all-

---

[1]) Siehe das dreizehnte Kapitel.

[2]) Kónyi, „Beust und Andrássy", in der „Deutschen Revue" 1890.

[3]) Andrássy an Baron Nopcsa, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv.

gemeinen Rechte der Staatsbürger",[1]) welche Vorlage vom Reichsrat mit 93 gegen 66 Stimmen abgelehnt wurde. Andrássys Ansicht nach hätte Hohenwart seine ganze Aktion mit dem „Statut" über eine Galizien zu bewilligende weitgehende Autonomie beginnen müssen. Mehr, meinte der ungarische Ministerpräsident, durfte er nicht versprechen; dies würde ihm eine feste Position verschafft haben, um die er sich jetzt brachte.[2]) Andrássy merkte sehr bald, daß man sich im Schoße der österreichischen Regierung mit Dingen weittragender Natur beschäftige, die man bemüht sei, vor ihm geheimzuhalten.[3]) Schon im Juli 1871 sagte ihm Baron Orczy, hier scheine es sich um die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes zu handeln, und er möge auf seiner Hut sein, um nicht plötzlich durch ein Fait accompli überrascht zu werden.[4])

Am 23. August schrieb Baron Béla Wenckheim, der Minister des Innern, aus Wien an Andrássy, daß ihm Hohenwarts Vorgehen gar nicht gefallen könne, er ahne ein schlechtes Ende, obwohl er bisher über die ganze Sache ein abschließendes Urteil zu fällen nicht in der Lage sei.[5]) Trotz alledem wies Andrássy noch immer auch die von ungarischer Seite erfolgte Aufmunterung zum aktiven Eingreifen zurück. „Dort drüben, in Oesterreich," erwiderte er seinen Freunden, „schicken sie sich an, aus einem Glase zu trinken, von dem sie glauben, daß es Tokaier Wein enthalte. Ich freilich bin der Ansicht, daß es ein ekles Getränk in sich berge. Wenn ich ihnen nicht bloß das sage, sondern ihnen auch noch das Gefäß vom Munde reiße und dessen Inhalt auf die Erde schütte, werden sie ihr ganzes Leben der Meinung bleiben, ich hätte sie um den Tokaier gebracht. Es ist daher nötig, daß sie davon

---

[1]) Siehe Bernatzik, „Die österreichischen Verfassungsgesetze", S. 370. § 19 sagt: „Alle Volksstämme des Staates sind gleichberechtigt, und jeder Volksstamm hat ein unverletzliches Recht auf Wahrung und Pflege seiner Nationalität und Sprache." Natürlich sollte die Durchführung des § 19 im föderalistischen Sinne erfolgen.

[2]) Andrássy an Baron Nopcsa, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv. Die Verständigung über die galizische Frage scheiterte. Der Grund lag darin, daß die Verfassungspartei fürchtete, es handle sich der Regierung nur um ein dann auf alle anderen Länder anzuwendendes Experiment.

[3]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 20. Juli 1871 (ung.).

[4]) Ibidem.

[5]) Baron Béla Wenckheim an Andrássy, Wien, 23. August 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

kosten, um sich selbst von der Art des Trankes zu überzeugen."[1]
Er war entschlossen, sich nicht voreilig „die Finger zu verbrennen".[2]

* * *

Mittlerweile nahm die Aufregung über die tschechischen Ansprüche immer mehr zu. Die ungarischen Zeitungen hielten nicht mit ihrer Ansicht über das Reskript vom 12. September zurück. Laut äußerten sie ihre Befürchtungen über die nachteiligen Rückwirkungen der Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes auf ungarische Verhältnisse. Viel höher gingen natürlich die Wogen in Oesterreich selbst, dessen deutsche Bevölkerung sich in erster Reihe in ihrem innersten Wesen von der tschechisch-klerikalen Umsturzpolitik Hohenwarts bedrängt und bedroht fühlte. Bereits am 28. September versicherte General Schweinitz, daß die Bewegung in der deutschen Bevölkerung Oesterreichs an Umfang gewinne und tief, sehr tief gehe und erfahrene Männer sie als die stärkste seit 1848 schildern.[3] Nur eines kleinen Anlasses bedurfte es noch, um den gegen das Ministerium angehäuften Groll zum vollen Ausbruch zu bringen. Einen solchen bot die in der Aula der Wiener Universität am 9. Oktober stattfindende Inauguration des neuen Rektors Baron Hye, der im Jahre 1867 Justiz- und Kultusminister gewesen. Beust, der nicht gut die Einladung eines ehemaligen Ministerkollegen ablehnen konnte, hatte sich zur Feier Hyes in der Aula eingefunden. Als nun bei Verlesung des Jahresausweises der Universität auch der Berufung der Professoren Habietinek und Schäffle ins Ministerium Erwähnung geschah, zischten die Studenten und riefen „Pereat". Das Toben und fortgesetzte „Pereat"-Rufen auf den anwesenden Unterrichtsminister Jireček legten sich erst, als dieser von dem ihm vorangehenden Pedell begleitet, sich aus der Versammlung entfernt hatte. Der damalige Statthalter Baron Weber wandte sich sofort nach der Kundgebung des Unwillens der Studenten an den Reichskanzler mit der Frage, ob unter solchen Umständen es nicht ratsamer wäre, sich zu entfernen. Schon hatte sich auch Beust erhoben, um den Saal zu verlassen, da im selben Augenblicke die Studenten stürmische Hochrufe auf ihn ausbrachten. Ein Grund mehr für ihn, wegzugehen. Jetzt aber hielt ihn der Weihbischof Kutschker, der spätere Kardinal und Erzbischof von Wien, zurück, der ihm

---

[1] Kónyi, „Beust und Andrássy", „Deutsche Revue" 1890.
[2] Baron Béla Orczy an seine Mutter, 13. Oktober 1871.
[3] Schweinitz Wien, 28. September 1871.

sagte, man dürfe solch jugendliches Aufbrausen nicht zu ernst nehmen und ihm keine zu große Bedeutung beilegen. Noch immer im Zweifel darüber, ob er sich wieder setzen oder gehen solle, gab den Ausschlag die von anderen Personen geäußerte Bemerkung, sein Aufbrechen würde erst recht einen Skandal bewirken, da ihm die Studenten den Ausgang unter verdoppelten Vivatrufen versperren würden.[1] Dem nach öffentlichen Huldigungen sehr begierigen Reichskanzler mochte das Zujauchzen der Universitätshörer wie berauschende Musik in die Ohren geklungen haben. Es ist daher höchst wahrscheinlich, daß ihn, wenn dies überhaupt der Fall war, weniger die Ueberredungskunst der Anwesenden als vielmehr die eigene Befriedigung über die ihm in Gegenwart der Minister dargebrachte Ovation in der Aula zurückhielt. Freilich hätte Beust besser und richtiger daran getan, auf die Stimme der Vernunft zu hören und gleichzeitig mit Jireček den Platz zu räumen. Denn die Mitglieder des Hohenwartschen Kabinetts haben aus dieser gegen sie gerichteten Demonstration und aus dem Verbleiben Beusts in der Aula eine höchst gefährliche Hiebwaffe gegen die Person des Reichskanzlers geschmiedet, die ihn schwer verwundete.

Unmittelbar nach Beendigung der Inauguration traten Hohenwart, Habietinek und Schäffle zu einer Beratung zusammen. Das Ergebnis war, daß der Ministerpräsident Beschwerde beim Kaiser über Beusts Verhalten führte.[2] Beust ward beschuldigt, durch sein Verbleiben im Saale die Demonstration der Studenten gegen die Regierung gebilligt zu haben.[3] Hohenwart bat daher um Genugtuung, die in nichts Geringerem als in der Entlassung des Reichskanzlers zu bestehen hätte, da sonst die sich beleidigt fühlenden Minister auf ihr Amt verzichten müßten.[4] Der ministerielle Kurier traf den Monarchen auf seinem Jagdschlosse in Ebensee. Nach Durchsicht des Hohenwartschen Vortrages wurden sofort die für zwei Tage anberaumten Jagden abgesagt, worauf die Gäste abreisten. Des Kaisers selbst bemächtigte sich ungeheure

---

[1]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 511. — Przibram, „Erinnerungen", S. 307, stellt die Szene irrig dar, wenn er Beust durch Hye zurückhalten läßt.

[2]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 41.

[3]) Königlicher Rat Josef von Somossy an Andrássy, Wien, 12. Oktober 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Idem ad eundem. „Orczy meldet, Habietinek und Schäffle haben Demission in Aussicht gestellt, wenn Seine Majestät Beust behält." Danach ist Przibram, S. 307, zu berichtigen, wonach Habietinek, Jireček und Schäffle ihre Entlassungsgesuche bereits eingereicht hätten.

Aufregung. Den ganzen Vormittag durfte niemand sein Arbeitszimmer betreten, in dem er laut mit sich selbst redend, rasch auf und ab schritt. Die Umgebung des Kaisers wollte diesen noch nie in so übler Laune gesehen haben.[1]) Am nächsten Tage, 12. Oktober, erhielt Graf Hohenwart vom Kaiser folgende Depesche: „Ihren Bericht erhalten. Entlassung im jetzigen Augenblick unmöglich. Verständigung notwendig. Handeln Sie mit Ruhe und Entschiedenheit."[2]) Der „Ruhe" im Handeln von seiten der Regierung hätte es wirklich bedurft, doch geschah das Gegenteil, denn Schäffles Organ, „Der Oesterreichische Oekonomist", forderte die Beschränkung der Preßfreiheit, und die klerikalen Blätter riefen unter dem Eindruck der Szene in der Aula nach dem Belagerungszustand, kurz und gut, „die Reaktion schrie," wie ein Zeitgenosse bemerkt, „à pleins poumons."[3]) Um so mehr wäre dieses weise Maßhalten am Platze gewesen, als auch im anderen Lager — nach dem Bekanntwerden der vom böhmischen Landtag am 10. Oktober genehmigten Adresse mit den Fundamentalartikeln — in Wien und den größeren deutschen Städten Oesterreichs die Erbitterung den höchsten Grad erreichte. Selbst in hohen Kreisen gab man derselben ohne Scheu in derben Worten Ausdruck.[4])

In einem Briefe aus jenen sehr bewegten Tagen heißt es: „Die Aufregung in Wien ist groß. Die Minister riskieren, auf offener Straße insultiert zu werden. Alles ist outriert über die Maßlosigkeit der böhmischen Forderungen und den beispiellosen Leichtsinn des Ministeriums, eine so gefährliche Komplikation heraufzubeschwören."[5]) In diesem kritischen Moment faßte Beust den Entschluß, zu einem vernichtenden Schlage gegen das Ministerium auszuholen. Er wollte dem Kaiser eine Denkschrift überreichen, in der die verhängnisvollen Rückwirkungen der Hohenwartschen Politik auf die inneren und äußeren Verhältnisse der Monarchie geschildert werden sollten. Dabei hatte der seit 1870 zum gemeinsamen Finanzminister ernannte Lónyay seine Hand im Spiele. Fort lag er dem Reichskanzler in den Ohren, hetzte ihn

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 13. Oktober 1871. Idem an Andrássy, 13. Oktober 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 41. Es ist nicht richtig, wie Przibram, a. a. O., S. 307 behauptet, daß Beust vom Kaiser telegraphisch aufgefordert wurde, sich zu rechtfertigen.

[3]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 11. Oktober 1871 (ung.).

[4]) Schweinitz, Wien, 18. Oktober 1871.

[5]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 11. Oktober 1871.

ununterbrochen gegen Hohenwart, wie man ein Wild hetzt, das man erlegen will. Lónyay, der von Anfang an ein bestimmtes Ziel verfolgte, wünschte den unheilbaren Konflikt zwischen dem Reichskanzler und dem österreichischen Ministerpräsidenten, unbekümmert darum, ob in diesem Streite beide Gegner auf der Strecke bleiben. Ihm war es vor allem darum zu tun, Beust schwerverwundet aus diesem Duell hervorgehen zu sehen, um Raum zur Befriedigung seines Ehrgeizes zu schaffen. Fiel Beust, worauf Lónyay mit aller Sicherheit rechnete, dann konnte Andrássy an dessen Stelle geschoben werden, wodurch für ihn der Platz des ungarischen Ministerpräsidenten frei würde.[1]) Allein der Reichskanzler war vorerst doch zu vorsichtig, um sich allein auf den Kampfplatz mit seinen Gegnern hinauszuwagen. Er bat daher am 11. Oktober den Sektionschef Orczy, den Grafen Andrássy in seinem Namen zur Mitwirkung aufzufordern.[2]) Die Denkschrift sollte nicht früher unterbreitet werden, bis Beust die Gewißheit erlangt hätte, daß Andrássy mit ihm gemeinsame Sache mache und entschlossen sei, gleichfalls seine ernsten Bedenken wegen der nachteiligen Folgen der Hohenwartschen Aktion auf Ungarn vor den Stufen des Thrones auszusprechen.[3]) Hierauf sandte Andrássy folgende telegraphische Antwort an den königlichen Rat Somossy: „Bitte Orczy mitzuteilen, daß das von Graf Beust Gewünschte bereits geschehen ist. Wie ich Graf Beust auch mündlich gesagt, habe ich es für meine Pflicht erachtet, Seiner Majestät meine Ansichten zu unterbreiten. Da mir damals das bereits fertige und expedierte Operat[4]) mitgeteilt wurde, und ich darüber meine Ansicht ausgesprochen, sehe ich keinen Anlaß zu neuen Schritten, ich könnte nur das Gesagte wiederholen, was mir nicht angezeigt erscheint.“[5]) Um nicht der übereilten Einmischung in innere Angelegenheiten Oesterreichs beschuldigt zu werden, die bei passender Gelegenheit leicht in unangenehmer Weise heimgezahlt werden konnte, legte sich Andrássy Zurückhaltung auf.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 24. August und 3. November 1871.

[2]) Ibidem, 11. Oktober 1871.

[3]) Telegramm des königlichen Rates Joseph Somossy (im Auftrage Orczys). Gräfl. Andrássysches Archiv. Abschrift. Es steht 12. Oktober 1871. Nach der Antwort Andrássys und der Tagebuchnotiz Orczys vom 11. Oktober kann auch das Telegramm Somossys nur von diesem Tage datiert sein.

[4]) Damit dürfte vielleicht das Reskript vom 12. September 1871 gemeint sein.

[5]) Andrássy an Somossy, 12. Oktober 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Dazu war er um so mehr berechtigt, als den Kaiser seine ihm persönlich vorgebrachten staatsrechtlichen Bedenken äußerst unangenehm berührt zu haben schienen. Kaum hatte er die ersten Worte über die Gefährlichkeit der Hohenwartschen Bestrebungen über die Lippen gebracht, als sich der Monarch von ihm abwandte und das Gespräch jäh abschnitt.[1]) Andrássy konnte hieraus ersehen, daß die Dinge für ein entschiedeneres Auftreten noch nicht genügend reif seien. Er wollte daher den geeigneten Moment abwarten.[2]) Einen Fall gab es, in dem er entschlossen war, alle Rücksicht fallen zu lassen. „Sollte," hatte er noch an Somossy telegraphiert, „Graf (Moritz) Esterházy zum Reichskanzler ernannt werden, dann ist es Zeit, daß ich einen weiteren Schritt tue, der in der Bitte um Annahme meiner Abdankung bestehen würde." [3]) Mit diesem altkonservativen ungarischen Staatsmann, der wohl den Sturz Schmerlings bewirkt, aber ein ausgesprochener Vertreter feudal-klerikaler Richtung war, konnte ein Andrássy um keinen Preis zusammenwirken. Esterházy und Andrássy repräsentierten in ihren Personen und ihrer Denkweise zwei voneinander zu verschiedene Welten! Es hieß damals, daß die feudal-katholisch-tschechischen Herren mit dem Plane umgingen, den Grafen Esterházy aus der Versenkung, in der er nach 1866 wohlverdient verschwunden war, wieder auf die Oberfläche zu ziehen und ihn an die Stelle Beusts zu bringen. Nur wenn diese Absicht verwirklicht werden sollte, wollte Andrássy zurücktreten. Beust genügten derartige Drohungen nicht. Er verlangte augenblickliche, sofortige Hilfeleistung, mit der er allerdings einen Hintergedanken verband. Andrássys Schicksal sollte unwiderruflich mit dem seinigen verknüpft sein. Fiel er, so wünschte er wenigstens die Genugtuung zu haben, auch seinen gefürchteten Nebenbuhler, als der ihm Andrássy galt, in seinen Sturz verwickelt zu sehen.[4]) Trotz des lebhaften Depeschenwechsels, den Orczy mit dem in Terebes weilenden Andrássy auf Drängen Beusts unterhielt,[5]) war der ungarische Ministerpräsident doch nicht geneigt, sich aus seiner Verschanzung herauslocken zu lassen. Das hinderte freilich

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 13. Oktober 1871.

[2]) Ibidem.

[3]) Andrássy an Somossy, Terebes, 12. Oktober 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 11. Oktober 1871.

[5]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 13. Oktober 1871. „Mit Andrássy telegraphiere ich täglich, aber das bisherige Resultat ist nicht zur Satisfaktion meines Chefs."

nicht, daß er für alle Möglichkeiten seine Vorkehrungen traf, wobei er jedoch die größte Vorsicht walten ließ. Königlicher Rat Somossy hatte sich im eigenen Namen um die Rückkehr des Kaisers nach Wien zu erkundigen, womit von vornherein der Entstehung des Gerüchtes vorgebeugt werden sollte, als hätte er selbst die Absicht, nach der kaiserlichen Residenzstadt zu kommen.[1]) Den auf Urlaub befindlichen ungarischen Minister um die Person des Königs forderte er auf, in Anbetracht der „wichtigeren Dinge", die dort jetzt geschehen, auf seinen Posten nach Wien zurückzukehren.[2]) Da Andrássy keineswegs zu bewegen war, schon jetzt dem Hilferufe Beusts zu folgen, entschloß sich dieser, dem Kaiser allein seine Denkschrift zu überreichen.[3]) Mit großem Geschick übte er treffende Kritik an dem Vorgehen des Ministeriums, das der Monarch mit der „großen patriotischen Aufgabe" betraut hatte, den politischen Zwistigkeiten in den nichtungarischen Königreichen und Ländern ein Ende zu bereiten und dauernden Frieden herzustellen. Er zeigt, wie die Rechtsausführungen der Adresse und der Fundamentalartikel des böhmischen Landtages „tief und mit schneidender Schärfe" in den Ausgleich von 1867 eingreifen, wie sie den rechtlichen Charakter des verfassungsmäßigen Zustandes leugnen, der seit nahezu vier Jahren (von 1868 bis 1871) gedauert und über allen Zweifel erhaben war. Von wirksamstem Eindruck mußten Beusts Darlegungen über den Einfluß der tschechischen Ansprüche auf die auswärtigen Beziehungen der Monarchie sein. Erhalten die tschechischen Fundamentalartikel die verfassungsmäßige Erledigung, dann erlangt auch Galizien den Anspruch auf gleiche Begünstigungen. In diesem Falle aber wird mit aller Sicherheit eine unberechenbare Reihe von Konflikten mit Rußland heraufbeschworen, in denen es unbedingt der Unterstützung Preußens gewärtig sein kann. Sowenig wie Rußland vermag auch Preußen ein selbständig organisiertes Polen an seinen Grenzen zu dulden, was allerdings im Widerspruch zu seinen früheren polnischen Plänen stand. Von nicht minder schwerwiegender Bedeutung wird ferner die Bewilligung der tschechischen Wünsche für das Verhältnis der Monarchie zu Deutschland sein. Die

---

[1]) Andrássys Telegramm an Somossy, Terebes, 13. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Andrássy an Baron Wenckheim, 17. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Die Denkschrift Beusts vom 13. Oktober 1871 ist abgedruckt bei Beust, a. a. O., Bd. II, S. 501—510.

Besprechungen in Gastein und Salzburg (Sommer 1871) haben die Freundschaft mit dem Deutschen Reich fester begründet und der deutschnationalen Propaganda in Oesterreich den Boden entzogen. Sofort aber würde dieser Zustand eine gründliche Umwandlung erfahren, wenn die Fundamentalartikel Erfüllung fänden. Die „Schmerzensschreie" der Deutschnationalen müßten sich in Deutschland vernehmbar machen, dort Gehör finden, und die nächste Folge davon wäre eine Trübung des eben hergestellten guten Verhältnisses zwischen Wien und Berlin. Es ist wirklich höchst interessant, wie der Reichskanzler, der ehemalige Gegner Preußens, jetzt die Vorteile freundschaftlicher Beziehungen zu dieser Macht und die Gefahren des Gegensatzes zu ihr schildert. Er sagt in seiner Denkschrift: „Einer der wesentlichsten Erfolge der Gastein-Salzburger Besprechungen dürfte in deren Rückwirkung auf die preußisch-russischen Beziehungen erkannt werden, welche sich sofort in einer größeren Freiheit der preußischen Regierung Rußland gegenüber, in einer gewissen Reserve und Mäßigung der russischen Regierung uns gegenüber fühlbar machte. Die Gruppierung Deutschland-Oesterreich-Italien gewährleistet uns Ruhe und Sicherheit; wird diese Kombination gestört, führen wir Preußen und Rußland wieder enger zusammen, dann haben wir die Gruppe Rußland, Deutschland und Italien zu gewärtigen, und wo soll die Monarchie dann ihre Anlehnung finden?" Besonders der Teil der Denkschrift, der sich auf die auswärtige Politik bezog, war von Beust selbst verfaßt worden.[1]) Sofort hatte er Baron Orczy von dem Schriftstück Mitteilung gemacht, der über dessen Inhalt ohne Verzug an Andrássy berichtete.[2]) Der Kaiser traf am 14. Oktober morgens in Schönbrunn ein, um einen Tag früher, als man ihn

---

[1]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 13. Oktober 1871. Orczy nennt als Mitarbeiter noch den Hofrat von Teschenberg. Przibram, a. a. O., S. 309, nennt auch Hofmann und sich selbst beteiligt an der Abfassung der Denkschrift. Przibram spricht aber von einer Denkschrift über die Fundamentalartikel und dann wieder von einer „eiligst zusammengestellten Denkschrift", die Beust dem Kaiser nach seiner Audienz am 14. Oktober überreichte (S. 309). Das ist aber falsch. Beust hat nur e i n e Denkschrift verfaßt, die der Monarch schon bei seiner am 14. Oktober erfolgten Ankunft in Wien auf seinem Schreibtisch vorfand. Eine zweite wurde nicht verfaßt und auch nicht überreicht. So interessant und wertvoll auch die „Erinnerungen" Przibrams sind, können sie doch nicht ohne Kritik benutzt werden. Przibram will seine „Erinnerungen" aus dem Kopfe niedergeschrieben haben, und da ist denn auch so manches nicht richtig wiedergegeben.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. Oktober 1871.

ursprünglich erwartete.[1]) Auf seinem Schreibtisch lag bereits das Memoire Beusts, und alles hing davon ab, wie er dieses aufnehmen würde.[2]) Rasch war eine Entscheidung in dem einen oder anderen Sinne zu treffen, da schon in den nächsten Tagen die Antwort auf die Adresse und die Fundamentalartikel des böhmischen Landtages erteilt werden mußte. „Dort könnte," meinte Baron Orczy, „der Hemmschuh, den man dem Größenwahnsinn der Tschechen anlegen will und noch könnte, bekanntgegeben werden, sonst ist es zu spät." [3]) Wer weiß, wie der Kaiser die von Beust mit seiner Denkschrift eingeleitete Aktion aufgenommen haben würde, wenn damals nicht ein Ereignis eingetreten wäre, das förmlich das neuerliche Eingreifen des Reichskanzlers in die inneren Angelegenheiten rechtfertigte. Ohne diesen Vorfall dürfte der Monarch schwerlich das Memoire jenes Wohlwollens gewürdigt haben, wie es ihm tatsächlich zuteil geworden.[4]) Gerade, als es sich um die Lösung der schwerwiegenden Frage handelte, ob Oesterreich dem Slawismus ausgeliefert werden sollte, kam am 8. Oktober 1871 in der Militärgrenze „im Namen der kroatischen Nationalregierung" [5]) ein Aufstand zum Ausbruche, der nichts Geringeres als die vollständige Losreißung der südslawischen Länder von der habsburgischen Monarchie bezweckte. Aus Kroatien, Slawonien, Dalmatien, Krain mit Istrien, den slawischen Teilen Steiermarks unter Einbeziehung Bosniens und der Hercegovina sollte ein neuer illyrischer Staat gebildet werden.[6]) Die slawischen Bewegungen in Oesterreich hatten Feldzeugmeister Mollinary, den kommandierenden General in Agram, längst zur Vorsicht gemahnt. Er war jeden Tag auf irgendein national-kroatisches Abenteuer gefaßt.

Bei der ersten, ihm am 8. Oktober zugekommenen Nachricht, daß im Oguliner Grenzregiment eine Revolte ausgebrochen, hatte er sofort mit soldatischer Energie und der Umsicht eines tüchtigen, seine Pflicht kennenden Generals die nötigen Anstalten zur Erstickung des Aufstandes im Keime getroffen. Graf Andrássy, der volles Vertrauen zu Mollinary hegte, übernahm jede Verantwortung für dessen Vorgehen. Er drängte, das Hauptgewicht auf Raschheit

---

[1]) Baron Orczy an Andrássy, 13. Oktober 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 14. Oktober 1871.

[3]) Ibidem.

[4]) Idem ad eandem, Wien, 15. Oktober 1871.

[5]) Mollinary, „46 Jahre im österreichisch-ungarischen Heere", Bd. II, S. 233.

[6]) Ibidem, S. 232.

der militärischen Operationen zu legen und keine Kosten zu scheuen, denn, wie Andrássy bemerkte, „Lawinen hält man nur auf, ehe sie ins Rollen kommen".[1]) Der ungarische Ministerpräsident war hocherfreut, als er noch am selben Tage — 11. Oktober — an dem er an Mollinary diese telegraphische Weisung abgesandt, auch schon von dem Feldzeugmeister die Nachricht erhielt, daß der Aufstand unterdrückt sei. Er beglückwünschte Mollinary zu seinem Erfolge und fügte hinzu: „Wenn der schnellen Aktion, wie ich überzeugt bin, eine energische Repression folgt, so zweifle ich nicht, daß einem Weitergreifen oder einer Wiederholung definitiv vorgebeugt und damit weiteres Blutvergießen und Unglück verhindert wird."[2]) Andrássy wünschte nur, daß man den Haupträdelsführer Kvaternik festnehme. Dieser hatte schon vor Jahren dem Prinzen Napoleon für den Fall eines französischen Einbruches den Antrag gemacht, sich mit Grenztruppen den französischen Soldaten anzuschließen. Andrássy hoffte, daß man durch diesen Mann wohl Näheres über die auswärtigen Einflüsse erhalten werde können, die den Aufstand bewirkt hätten.[3]) Wahrscheinlich schürten russische und serbische Emissäre in der Militärgrenze, wo sie infolge der Agitation der kroatischen Nationalpartei genug des Zündstoffes für ihre Wühlereien gefunden haben dürften.[4]) Man wußte, daß Gorčakov unverhohlen seine Freude über die den Tschechen versprochenen Konzessionen ausgedrückt hatte.[5]) Kállay, der österreichisch-ungarische Generalkonsul in Belgrad, berichtete, daß eben jetzt die serbischen Untertanen Ankujučić und Vleiković, dieser ein pensionierter russischer Offizier, angeblich nach Montenegro, vermutlich aber nach der Militärgrenze abgereist seien.[6]) Kann auch die Einwirkung russischer oder serbischer Agenten nicht mit Gewißheit nachgewiesen werden, so erscheint es dagegen fast als sicher, daß der Oguliner oder, wie er auch heißt, Rakovicaer Aufstand eine Folge tschechischer Umtriebe war.

---

[1]) Andrássys Telegramm an Mollinary, 11. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Zweites Telegramm Andrássys an Mollinary, 11. Oktober 1871. Abschrift Gräfl. Andrássysches Archiv.

[3]) Telegramm des Grafen Andrássy an Feldzeugmeister Mollinary, Terebes, 11. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Andrássy an den Banus Bedekovics in Agram, 17. Oktober 1871. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[5]) Schweinitz, Wien, 22. Oktober 1871.

[6]) Telegramm des Reviczky an Andrássy, Pest, 11. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Man hatte einfach eine Art Diversion schaffen wollen. Die Ungarn sollten am eigenen Herd beschäftigt werden, um ihre Aufmerksamkeit nicht den Vorgängen in Oesterreich widmen zu können. Von der südwestlichsten Ecke Kroatiens bis zum nordöstlichen, von Ruthenen bewohnten galizischen Landstrich wurden Anstalten getroffen, um eine allgemeine Erhebung zur Vernichtung der „verhaßten“ Magyaren zu bewerkstelligen.[1]) Zum Glück schlugen die Empörer in der Militärgrenze früher los, ehe alles für ein Gelingen vorbereitet war.[2]) Der verfehlte, rasch bewältigte Putsch des Oguliner Bezirkes sowie die Studentendemonstration in der Wiener Aula erregten in der ungarischen Hauptstadt ein derart großes Aufsehen, daß die daselbst anwesenden Mitglieder der Regierung am 11. Oktober zu einem Ministerrat zusammentraten.[3]) Sie hielten sich jedoch nicht für befugt, in Abwesenheit Andrássys, der noch immer auf seinem Sommersitz in Terebes weilte, irgendeine Verfügung zu treffen. Die Minister baten daher ihren Chef, nach Budapest zu kommen.[4]) Andrássy, der von Terebes aus in direkter Verbindung mit Mollinary stand und von diesem über alles genaue Nachrichten erhielt, ließ sich nicht aus seiner Ruhe bringen. Es schien ihm gar nicht einleuchten zu wollen, daß der Ministerrat schon jetzt einen Beschluß zu fassen hätte. Er telegraphierte zurück: „Wenn es nötig sein wird, komme ich.“ Bis dahin wünschte er ausführliche Informationen auch über die Ereignisse in der Wiener Aula.[5]) Baron Orczy hatte sehr recht, als er meinte, der Oguliner Putsch werde wohl klar und überzeugend dartun, welches Schicksal Ungarn bevorstehe, falls die slawische Bewegung in Böhmen triumphieren sollte.[6])

---

[1]) Schweinitz, 21. Oktober 1871.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. Oktober 1871 (ung.). Idem an seine Mutter, 15. Oktober 1871. „Ich kann es mir denken, daß der Oguliner Putsch den Herren in Prag sehr ungelegen kam, nicht darum, weil er geschah, denn ich bin überzeugt, er ist von Prag souffliert, sondern weil er vorzeitig geschah und darum avortierte. Diese Bewegung hätte in großem Maß in den Grenzen und Kroatien ausbrechen und den Ungarn Verlegenheiten bereiten sollen, die sie verhindert hätten, dem böhmischen Attentate auf den Ausgleich vom Jahre 1867 wirksam entgegenzutreten. Nun brach die Sache voreilig aus.“

[3]) Telegramm des Reviczky an Andrássy. Abschrift. Budapest, 11. Oktober 1871. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Telegramm des Ministers Szlávy an Andrássy, Budapest, 11. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[5]) Telegramm Andrássys an Szlávy, Terebes, 11. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[6]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. Oktober 1871 (ung.).

Unmöglich konnten diese gewalttätigen Eingriffe, wie sie sich eben in der Militärgrenze zugetragen hatten, des Kaisers Gefallen finden. Der Herrscher freute sich auch tatsächlich über die rasche Unterdrückung des Aufstandes und sagte, als ihm der Erfolg der Operationen Mollinarys mitgeteilt wurde: „So ist es recht."[1]) Diese Revolte, deren Zusammenhang mit den Ereignissen in Böhmen dem Monarchen nicht entgehen konnte, mußte ihm zu denken geben. Dazu hätte es gewiß nicht erst der Vorstellungen des eben damals in Wien weilenden sächsischen Kronprinzen bedurft, den Beust bat, den Kaiser auf die Gefährlichkeit des Hohenwartschen Experimentes aufmerksam zu machen.[2]) Der Kronprinz kam aber, wie er dem deutschen Botschafter mitteilte,[3]) gar nicht in die Lage, dem Monarchen gegenüber dies heikle Thema zu berühren. Der Kaiser sprach nicht mit ihm über innere Politik, infolgedessen der sächsische Prinz sich, wie natürlich, auch jeder Einmengung enthielt. Der Oguliner Putsch war schon allein ein genügend starkes Ereignis, um auf die Krone den tiefsten Eindruck zu machen.[4]) In solcher Stimmung las der Monarch, auf den seit einiger Zeit noch andere, von außen kommende Einflüsse einwirkten, die Denkschrift des Reichskanzlers. Man darf nicht glauben, daß die gesamte österreichische katholische Partei zu den Bundesgenossen Hohenwarts gehörte. Dies vermag nur von den Katholisch-Feudalen zu gelten, deren sichtbares Oberhaupt Kardinal Fürst Schwarzenberg war, dem in dem slawischen Klerus eine mächtige Truppe zur Verfügung stand. Diese katholisch-feudale Partei alliierte sich mit Hohenwart, weil sie von der Ansicht ausging, daß die katholische Kirche ihren alleinigen Schutz nur noch bei den Landtagen finde, während das Zentralparlament sie zu grunde richte.[5]) Von ganz anderen Gesichtspunkten ließ sich die katholisch-politische Partei leiten, deren geistiger Lenker Kardinal Rauscher war. Diese wünschte eine starke staatliche Autorität, um sie dann für die Zwecke der Kirche ausnützen zu können.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. Oktober 1871 (ung.).

[2]) Ibidem, 15. Oktober 1871. — Idem an seine Mutter, Wien, 15. Oktober 1871.

[3]) Schweinitz, Wien, 18. Oktober 1871. Wie Schweinitz am 19. Oktober meldet, hatte der sächsische Kronprinz erst am 18. Oktober, knapp vor seiner Abreise eine Unterredung mit dem Kaiser über politische Angelegenheiten. Damals aber hatte der Kaiser schon Beust die Audienz gewährt.

[4]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 15. Oktober 1871. „Er (der Putsch) wird nicht umhin können, den Kaiser auf die unloyalen Wege aufmerksam zu machen, welche die Böhmen und Kroaten eingeschlagen haben."

[5]) Schweinitz, Wien, 11. November 1871.

Im Verein mit einer nicht unbedeutenden Zahl angesehener Bischöfe, der Hofgeistlichkeit, verfassungstreuen katholischen Laien und, wie es heißt, selbst höheren Militärs, stellte sich Rauscher auf die Seite eines einheitlichen Oesterreichs gegen die feudalen Ambitionen der Tschechen, wie sie in den Fundamentalartikeln zum Ausdruck gelangten.[1]) Unter dem Einfluß dieser Hohenwart feindlichen Strömung und der Beustschen Denkschrift erscheint es begreiflich, daß der Monarch jetzt nicht bloß den österreichischen Ministerpräsidenten hören wollte, sondern das Bedürfnis empfand, auch all den Ministern Gelegenheit zur Aeußerung zu geben, die an der Schaffung der neuen Zustände seit 1867 beteiligt waren. Er sagte daher zu Beust, den er freundlich empfing,[2]) daß er vor Abhaltung eines gemeinsamen Ministerrates nichts beschließen werde.[3]) Noch am 14. Oktober ließ der Kaiser Graf Andrássy eiligst telegraphisch nach Wien berufen.[4]) Alles hing jetzt von der Stellungnahme des ungarischen Ministerpräsidenten ab. Königlicher Rat Somossy war im Rechte, als er an Andrássy telegraphierte: „Wenn Euer Exzellenz festhalten, so ist keine Ueberstürzung zu befürchten.“ [5]) Andrássy, der sofort antwortete, daß er von Terebes aus wegen der Wagenfahrt über Kaschau, erst

---

[1]) Schweinitz, Wien, 11. November 1871.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 14. Oktober 1871.

[3]) Idem ad eandem, Wien, 15. Oktober 1871. — Somossy an Andrássy, 14. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Orczy meldet, es soll nichts beschlossen werden, bevor alle am 67er Ausgleich Beteiligten beraten haben. Beust war soeben bei Seiner Majestät und hat Beruhigung von ihm erhalten.“ Przibram, a. a. O., S. 309, erzählt, der Kaiser hätte zu Beust gesagt: „Ich setze volles Vertrauen in Sie. Wir müssen die Deutschen wiedergewinnen.“ Das kann der Kaiser unmöglich gesagt haben. Damit hätte er ja schon eine Entscheidung gegen Hohenwart getroffen, wovon er noch weit entfernt war. Vorerst wollte er nur die einzelnen Minister anhören.

[4]) Telegramm des Ministerialrates Barthos von Szigeth an Graf Andrássy in Terebes, Wien, 14. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv. „Seine Majestät wünscht, daß Euer Exzellenz in Wien schleunigst eintreffen. Bitte Zeitpunkt der Ankunft der hierortigen Präsidialkanzlei telegraphisch mitzuteilen.“ Jedenfalls beruht es auf einem Irrtum, wenn Przibram, a. a. O., S. 309 sagt, daß die Berufung Andrássys erfolgte, ohne daß Beust davon unterrichtet war. Sobald der Kaiser erwähnte, er werde einen gemeinsamen Ministerrat abhalten, involvierte dies doch schon eo ipso die Berufung des ungarischen Ministerpräsidenten. — Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 236, Tagebuchaufzeichnungen, gibt fälschlich den Freitag, das ist den 13. Oktober, als Tag der Berufung Andrássys an.

[5]) Somossy an Andrássy, 14. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

am 16., einem Montag, in Wien eintreffen könne,[1]) hatte außerordentlich geschickt operiert. Standhaft waren von ihm alle Versuche zurückgewiesen worden, einzugreifen, ehe ihn hierzu nicht die am meisten berechtigte Stelle aufforderte. In Ruhe hatte er die Stunde abgewartet, bis ihm von der Krone selbst die Aufforderung zukam, was dann seinem ganzen Auftreten ein besonderes Gewicht verleihen mußte. Niemand konnte gegen ihn den Vorwurf erheben, er habe sich mit seinem Ratschlage vorgedrängt. Hatte er doch einmal geäußert: „Ich mische mich nicht gerne in die jenseitigen Verhältnisse, wenn ich es aber muß, so pflege ich es in einer solchen Weise zu tun, daß ich gewiß bin, meinen Willen durchzusetzen."[2]) Wohl muß man zugeben, daß er, als er nun eingriff, vom Zufall sehr begünstigt gewesen. Auch Andrássy faßte den Oguliner Putsch als ein Glück auf, da er vor den Augen aller Welt den Schleier von den Plänen der klerikalen Opposition und der nationalen Exaltados hinweggerissen.[3]) Die Tschechen, die durch ihre Freunde am Hofe Wind von dem Stimmungswechsel des Monarchen erhalten hatten, waren außer sich vor Wut darüber, daß noch immer nicht die kaiserliche Antwort auf die Adresse des böhmischen Landtages erfolgte, die man für den 16. erwartete. Rieger, der sich darauf berief, daß Hohenwart im Namen der Krone alles versprochen, drohte damit, daß man sich absolut auf keine weitern Verhandlungen einlassen werde. Von den Fundamentalartikeln, äußerte er, dürfe nicht ein Buchstabe nachgelassen werden.[4]) Mittlerweile war Andrássy den 16. Oktober abends in Wien angelangt. „In meinem Zimmer," erzählte er seiner Frau, „fand ich den Staatsrat Braun, der mir im Namen des Kaisers einen Auftrag brachte und mich bat, daß ich, bevor ich noch mit irgend jemand gesprochen, mit Hohenwart rede. Dann folgte Orczy, der wieder im Namen Beusts bat, daß ich sofort zu ihm kommen möge. Daraus können Sie ersehen, welch stille Freuden hier meiner warteten. Ich antwortete, daß ich vor allem essen[5]) wolle, bis dahin spreche ich mit niemand, hernach ja, wenn's gefällig ist. So geschah es auch, und ich kam erst um zwei Uhr morgens nach

---

[1]) Andrássy an Somossy, Terebes, 14. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Waecker-Gotter, Pest, 29. Januar 1870. Diese Worte hat der norddeutsche Generalkonsul von Andrássy selbst gehört.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 16. Oktober 1871.

[4]) Ibidem, 15. Oktober 1871.

[5]) Von Andrássy selbst unterstrichen.

Hause."[1]) Andrássy war in der übelsten Laune in Wien eingetroffen. Er schimpfte, daß man ihn aus seiner ländlichen Ruhe (Terebes) herausgerissen habe.[2]) Besonders ungehalten war er auf Beust, den er beschuldigte, die Ursache der ganzen Krisis zu sein. Sein ewiges, von Andrássy seit Jahren mißbilligtes[3]) Hineinmischen in die österreichischen Regierungsgeschäfte, sein einstiges Kokettieren mit den tschechischen Großgrundbesitzern, mit deren Hilfe er damals seine Stellung zu kräftigen gehofft hatte, das Spielen mit der Wenzelskrone — all das, meinte der ungarische Ministerpräsident, habe den Monarchen in seiner Sympathie für die Loyalität der tschechischen Großgrundbesitzer nur bestärkt und die Hohenwartsche Reaktion erzeugt. Klagt jetzt, schloß der Graf, Beust über die üblen Rückwirkungen dieser Erscheinungen auf die äußere Politik, so hätte er das früher bedenken sollen und nicht erst, wenn das Dach bereits brennt.[4]) Auch in seiner Unterredung mit dem Reichskanzler selbst, die, bald nach seiner Ankunft, von Mitternacht bis halb zwei Uhr morgens dauerte, machte Andrássy Beust kein Hehl aus seinem Mißmute über dessen bisheriges Verhalten, und wie er eigentlich ja schon im Frühjahr diese Komplikation voraussehen hätte müssen. Er verbarg ihm nicht, daß sein nachträgliches Einschreiten ihm um so weniger gut ausgelegt werden würde, als er ja im Jahre 1870 diesen Weg selbst betreten und dabei den Grafen Potocki nur vorgeschoben habe. Jetzt gewinne es den Anschein, daß er, Beust, nur deshalb „Gefahr" rufe, weil die tschechische Ausgleichsoperation eventuell durch Hohenwart und nicht durch ihn erfolgreich durchgeführt wird.[5])

---

[1]) Andrássy an seine Frau, Wien, 19. (Oktober 1871) Nachmittag. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 17. Oktober 1871. Im Prager Statthaltereipräsidium sprach man damals als einer feststehenden Tatsache davon, daß nach dem Erscheinen der Fundamentalartikel Fürst Carlos Auersperg, der ehemalige österreichische Ministerpräsident, zu Andrássy nach Terebes gereist sei, um dessen Hilfe gegen Hohenwart und die Tschechen anzurufen. Auersperg soll angeblich bei dieser Gelegenheit Andrássy besonders dadurch für die von ihm geplante Aktion zu gewinnen getrachtet haben, daß er ihn auf jene Bestimmungen der Fundamentalartikel hinwies, die von einer nachträglichen Anerkennung des ungarischen Ausgleiches von 1867 sprachen. Mündliche Mitteilung eines damaligen Beamten des Prager Statthalterei-präsidiums. Mir ist unbekannt, ob Fürst Carlos Auersperg diese Reise unternommen hat.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 17. Oktober 1871.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 16. Oktober 1871. So äußerte sich Andrássy sofort nach seinem Eintreffen zu dem ihn besuchenden Orczy.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 17. Oktober 1871.

Unter dem Eindrucke der eigenen Mitteilungen des Reichskanzlers, der Andrássy sehr „aufgebraucht“ gefunden, schrieb Baron Orczy an seine Mutter: „Sie (Beust und Andrássy) müssen sich ziemlich hart angefahren haben.“[1]) Sowenig auch Andrássy eigentlich Lust empfand, Beust um jeden Preis zu stützen, so erkannte er doch, daß, zur Verhütung verhängnisvoller Wirren, es nötig sei, das ganze Gewicht seines Ansehens für diesen und gegen Hohenwart in die Wagschale zu werfen.[2]) Am 17., dem Tag nach seiner Ankunft, wurde er vom Monarchen empfangen, dem er seine Bedenken eröffnete. Gleichzeitig bat er, den Ministerrat zu verschieben, was ihm auch bewilligt wurde. Von der Hofburg aus ging dann Andrássy mit Lónyay und dem Kriegsminister Freiherrn von Kuhn zu Beust, wo noch einmal jene Ansichten besprochen wurden, die der Reichskanzler mit dem gemeinsamen Finanzminister und dem Kriegsminister vereinbart hatte und denen nun auch der ungarische Ministerpräsident zustimmte. Nach dieser Konferenz empfing Beust um halb vier Uhr nachmittags den Grafen Hohenwart, dessen Aeußerungen in dem Reichskanzler die Meinung erzeugten, daß ein Einlenken in versöhnende Bahnen noch nicht vollkommen ausgeschlossen sei. Es scheint aber, daß Beust den Grafen Hohenwart falsch verstanden, denn als Andrássy abends mit diesem eine Zusammenkunft hatte, konnte er absolut nichts von Versöhnlichkeit merken.[3]) Vielmehr stießen beide Staatsmänner sehr stark aneinander.

Hohenwart behauptete, die Befriedigung der Tschechen sei viel wichtiger als die Zufriedenstellung der Deutschen und Ungarn.[4]) Er hielt an der Durchführung der vom böhmischen Landtag aufgestellten Forderungen fest und war entschlossen, es koste was es wolle, sie auch vom Reichsrat votieren zu lassen.

Das waren keine sehr erfreulichen Aussichten für eine friedliche Austragung der Krisis. Beust hatte wieder einmal sein unverbesserlicher Optimismus irregeführt. Dafür war Andrássy nach der Unterredung mit Hohenwart ein wenig verstimmt, da er die Möglichkeit, ein Kompromiß zustande zu bringen, sich immer mehr verringern sah.[5]) Unterdessen wurde aber in Privatgesprächen der Minister weiter daran gearbeitet, einen Ausweg zu finden, um

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 17. Oktober 1871.

[2]) Ibidem.

[3]) Idem ad eandem, 18. Oktober 1871.

[4]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 18. Oktober 1871.

[5]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 18. Oktober 1871.

aus der Klemme herauszukommen. Infolgedessen ward neuerdings die für den 19. Oktober anberaumte Abhaltung des großen Ministerrates verschoben.[1]) Der Kaiser selbst mühte sich, zwischen Andrássy und Hohenwart eine Annäherung herbeizuführen. Am 19. Oktober hatte er abermals eine zweistündige Konferenz mit Andrássy. Der Graf, der es verurteilte, daß sich die österreichische Regierung auf leidenschaftliche Nationalitäten stütze, und anstatt eines Prinzipienstreites einen Rassenkampf heraufbeschworen habe, machte kein Hehl vor der Krone daraus, wie bei einem solchen Vorgehen „die Kanonen nach rückwärts losgehen würden".[2]) In dieser Audienz betonte Andrássy die Gefahren, die sich daraus ergeben müßten, wenn der Kaiser im Sinne der Tschechen eine antideutsche Stellung einnehmen würde. Er sagte, daß die zuverlässige Treue, von welcher die deutsche Regierung jetzt so deutliche Beweise gebe, dann nicht imstande sein werde, den Lauf der Dinge zu hemmen; die österreichischen Deutschen werden sich an die deutsche Demokratie wenden, die dem Fürsten Bismarck die nationale Fahne entwinden wird, um sie weiter zu tragen, bis zur Einigung des ganzen Deutschen Reiches.[3])

Eine sehr scharfe Sprache führte der ungarische Ministerpräsident gegen Schäffle, der in der letzten Zeit fast ausschließlich die ganze Aktion des Hohenwartschen Ministeriums geleitet hatte.[4]) Andrássy verhehlte es nicht dem Kaiser, daß der Handelsminister, dem das Schicksal der Monarchie ganz gleichgültig sei, in Oesterreich den archimedischen Punkt suche, von dem aus er auf Deutschland wirken könne. Er fügte hinzu: Schäffle wären alle Mittel recht, ob klerikal, national oder sozial, wenn sie ihm nur zu Diensten gegen Deutschland unter der Führung Preußens seien.[5]) Ueber diese Unterredung bemerkt der ungarische Premier, daß ihm der Herrscher großes Vertrauen entgegenbrachte und ihm größtenteils in allem recht gab. „Ich war mit mir zufrieden. Meine Nerven haben mich nicht im Stich gelassen," schrieb er damals an seine Frau.[6]) An diese zweistündige Audienz schloß sich sofort ein neuer dreiundeinhalbstündiger Empfang Andrássys und

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 19. Oktober 1871.

[2]) Schweinitz, Wien, 21. Oktober 1871. Nach Mitteilungen Andrássys.

[3]) Ibidem.

[4]) Schweinitz, Wien, 11. November 1871.

[5]) Ibidem.

[6]) Andrássy an seine Frau, Wien, 19. (Oktober 1871) Nachmittag. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

Hohenwarts. Der Kaiser wünschte, daß diese beiden Männer, deren Händen die inneren Angelegenheiten Oesterreichs und Ungarns anvertraut waren, sich vor ihm über die schwere Krisis aussprechen und eventuell in gegenseitigem Verkehr zu einer Verständigung gelangen sollten. Denn das war dem Monarchen keinen Augenblick zweifelhaft, wenn nur erst der Widerstand des ungarischen Ministerpräsidenten überwunden sei, der Einspruch Beusts nicht weiter schwer ins Gewicht falle. Die von der Krone so sehnlichst erhoffte Eintracht kam jedoch auch hier nicht zustande. In dieser Unterredung war von größter Bedeutung die Tatsache, daß der Kaiser sich nicht, wie man bisher stets gefürchtet, durch sein Wort den Tschechen gegenüber gebunden, sondern daß er noch immer vollkommen freie Hand hatte. Er sagte es selbst in Gegenwart der beiden Minister, und der österreichische Regierungschef konnte es nicht bestreiten.[1])

Andrássy entfernte sich aus der Hofburg mit dem Eindruck, daß Hohenwart „vollkommen verrannt" sei, zugleich aber mit der Ueberzeugung, daß die Angelegenheiten trotzdem in ein besseres Fahrwasser gelangen, „wofern", wie er seiner Frau gegenüber bemerkte, „nach meinem Abgange von hier nicht wieder was anderes geschieht". Er setzte alle Hoffnung auf den Ministerrat, der am 20. Oktober stattfinden sollte. „Morgen nun", äußerte er am 19., „findet der erste und, wie ich annehme, auch letzte Plenarministerrat statt. Ich weiß nicht, ob ich schon morgen abends werde nach Hause reisen können. Ich bin nicht imstande, mehr zu schreiben. Mein Kopf schmerzt mich."[2])

Baron Orczy, der den Minister nach der Audienz sah, schrieb seiner Mutter: „Julius (Andrássy) ist noch guter Laune und hat weder den Mut noch die Hoffnung verloren."[3]) Er bedurfte in der Tat der Zuversicht und der Hoffnungsfreudigkeit, um in dem am 20. Oktober von ein Uhr nachmittags bis sechs Uhr abends dauernden Kronrat[4]) die von ihm vertretene Sache siegreich zu verfechten.

* * *

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 19. Oktober 1871.

[2]) Andrássy an seine Frau, Wien, 19. (Oktober 1871) Nachmittag. Besitz der Gräfin Ilona Batthyány-Andrássy.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 19. Oktober 1871.

[4]) Auch hier benütze ich der Kürze wegen den in Oesterreich üblichen Ausdruck „Kronrat" anstatt „Ministerrat unter dem Vorsitze Seiner Majestät".

Wiederholt sprach Andrássy mit großer Lebhaftigkeit im Kronrat, und der Monarch hörte seinen Ausführungen mit tiefem Ernste zu. An diesem Tage sollte die Entscheidung darüber fallen, ob der alle Wünsche der Tschechen erfüllende Reskriptsentwurf des österreichischen Ministeriums an den böhmischen Landtag anzunehmen sei, oder der des gemeinsamen Ministeriums, der das gerade Gegenteil forderte. Hohenwart, dem man sonst Energie und Mut nachrühmte, zeigte sich im Kronrate nicht von dieser günstigen Seite seines Charakters. Anstatt anzugreifen und zur scharfen Offensive überzugehen, beschränkte sich der österreichische Ministerpräsident auf die bloße Rettung seiner Position. Und selbst dies geschah in so matter Form, daß man den Eindruck gewann, hier werde von einem bereits geschlagenen Heerführer die eigentlich schon verlorene Stellung nur noch äußerst schwach verteidigt. An den Mitgliedern seines Kabinettes fand er, mit Ausnahme des Ministers Grocholski,[1]) keine hilfreiche Unterstützung. Was der Handelsminister Schäffle vorbrachte, war belanglos und klang äußerst kläglich. Dabei hatte Hohenwart noch das Unglück, daß ihm sein eigener Finanzminister, Freiherr von Holzgethan, mit zersetzender und vernichtender Kritik der vom zisleithanischen Ministerium unternommenen Aktion, in den Rücken fiel. Hohenwart hatte am 20. Oktober keinen glücklichen Tag. Beust, der in seiner Rede so ziemlich das wiederholte, was er bereits in der Denkschrift vom 13. Oktober zum Ausdruck gebracht, hätte den Grafen Hohenwart schwerlich zu Fall gebracht. Seine von ihm nur mit schwacher Stimme vorgebrachten Darlegungen verhallten ziemlich wirkungslos.[2]) Um so nachhaltiger war die Wirkung, die Graf Andrássy erzielte. Vor allem suchte er sich dagegen zu verwahren, als wollte er sich in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs einmengen. Er habe nur der Aufforderung der Krone entsprochen, in dieser Sache mitzusprechen, und wolle dies auch nur insoweit tun, als durch das Vorgehen des Ministeriums Hohenwart auch Ungarn betroffen würde. Dieses aber sei in Mitleidenschaft gezogen durch die von den Tschechen in Gemeinschaft mit dem Ministerium beabsichtigte Aenderung der staatsrechtlichen Verhältnisse. Was der Herrscher in Uebereinstimmung mit den beiderseitigen Legislativen erlassen, daher

---

[1]) Grocholski war — als Führer der Polen, am 11. April 1871 zum Minister ohne Portefeuille ernannt — der erste galizische Landsmannminister.

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 512.

für die ganze Monarchie Gesetz geworden, sagte Andrássy, könne wieder nur auf dem, durch das Uebereinkommen bezeichneten Wege geändert oder, sofern es sich um Vereinbarungen für eine bestimmte Zeitdauer handle, erneuert werden. Diese, die ganze Monarchie bindenden Gesetze dürften nicht vor das Forum eines anderen legislativen Körpers, wie es der böhmische Landtag sei, gezogen werden. In grundsätzlicher Hinsicht erscheine es daher dringend geboten, daß der Monarch fest darauf bestehe, an den Ausgleichsgesetzen in keiner Weise rütteln zu lassen. Dieses Prinzip aber werde nur durch den Entwurf des gemeinsamen Ministeriums anerkannt. Andrássy, der, mit Rücksicht auf ähnliche Kundgebungen in einer früheren Periode der Geschichte Ungarns, nichts von der ominösen Bezeichnung „Fundamentalartikel" hören wollte, tadelte in lebhafter Weise die geplanten Umgestaltungen, die durch sie in der Verfassung bewirkt werden sollten. Entschieden mißbilligte er die Verdrängung des Namens des „Reichsrates" durch den sogenannten „Delegiertenkongreß". Man sollte, meinte er, den Einfluß nicht unterschätzen, den solche Veränderungen hervorrufen müßten. In einer auf konservativer Grundlage beruhenden Monarchie sollten überhaupt derartige Veränderungen nicht stattfinden. Eben deshalb sprach sich auch Andrássy gegen die geplante Aufhebung des Herrenhauses aus, an dessen Stelle ein „Senat" zu treten hätte. Schäffle trachtete das Ministerium zu entlasten und die Verantwortung für solche tiefgreifende Maßregeln auf die feudal-klerikalen Führer zu überwälzen. Die Regierung, sagte er, habe alles getan, um diese Herren zum Fallenlassen des Gedankens der Beseitigung des gegenwärtigen Herrenhauses zu bestimmen, sie seien jedoch dabei geblieben, indem sie erklärten, die konservativen Interessen wären am besten gesichert, wenn sich der Adel in die Mitte der bürgerlichen Vertreter begebe.[1])

Wußte es Schäffle nicht oder suchte er absichtlich den geheimen Beweggrund zu verheimlichen, der die Feudalen zum Kampfe gegen das Herrenhaus antrieb? Er lag wohl darin, daß ihnen das Oberhaus zu sehr die alten österreichischen, mehr zentralistischen Ueberlieferungen verkörperte, die im schärfsten Gegensatz zu ihren eigenen Tendenzen standen. Natürlich war es nicht geraten, diese Triebfeder ihrer Handlungsweise an die große Glocke zu hängen. Dem gegenüber bezweifelte Andrássy, ob das Aeußerste

---

[1]) Auf Grundlage vollkommen verläßlicher ungedruckter gleichzeitiger Aufzeichnungen.

geschehen sei, um die Ansprüche der feudalen Partei zu mildern. Er gab der Ueberzeugung Ausdruck, wie von dem Standpunkt aus, daß unter der Vorherrschaft der feudalen Elemente eine selbständige Politik geradezu unmöglich gemacht werde, die Regierung zur Abwehr der feudalen Forderungen etwas kräftiger hätte vorgehen müssen. Im übrigen, hob Andrássy gegenüber Schäffle hervor, sei Ungarn in der Theorie nicht so weit vorgeschritten, um ohne Oberhaus bestehen zu können. Gerade gegenüber Hohenwart benutzte der ungarische Ministerpräsident die beabsichtigte Einführung des „Senates", um ihm zu beweisen, wie unhaltbar dessen Behauptung sei, daß rücksichtlich Ungarns die Ausgleichsgesetze keine Aenderung erfahren hätten. Die Abschaffung des Herrenhauses, das bisher zur Behandlung der gemeinsamen Angelegenheiten Delegierte entsandte, müsse auf die Zusammensetzung der Delegationen von wesentlichem Einflusse sein. Es könnte die beteiligten Faktoren doch nicht gleichgültig lassen, aus welchen gesetzgebenden Körpern die Delegierten gewählt würden. Für Oesterreich selbst müßte es ja einen gewaltigen Unterschied bedeuten, ob die ungarischen Delegierten, wie bisher, aus dem Reichstage oder aber aus den Komitaten hervorgehen sollten. Damit wollte Andrássy, obgleich es ihm nicht einfiel, die Komitate den österreichischen Landtagen gleichzustellen, jene Bestimmung der Fundamentalartikel entwurzeln, die das Wahlrecht für die Delegation in die provinziellen Vertretungskörper verlegte.[1]) Der ungarische Premier sträubte sich überhaupt gegen die leiseste Aenderung an dem Wesen der von ihm, wie seinen eigenen Augapfel gehüteten Delegationen. Auch das, ließ er sich im Kronrate vernehmen, sei wohl zu beachten, daß das Delegationsinstitut um so schwieriger zu halten sein dürfte, je mehr man daran selbst rüttelt. Das Zustandekommen dieses Institutes sei keine leichte Sache gewesen. Nun, da es angenommen, habe man mit ihm doch jedenfalls befriedigende Erfolge erzielt, und vielleicht würde sich die Monarchie ohne dasselbe nicht in einer so guten Lage befinden. Unter solchen Umständen könnte wohl, meinte der Graf, die Frage aufgeworfen werden, ob man Umgestaltungen vornehmen dürfe oder solle, die nicht unbedingt nötig sind. Seine Antwort hierauf lautete: Der

---

[1]) § 7 des Gesetzes vom 21. Dezember 1867 kennt nur eine „Delegation des Reichsrates". Der III. Punkt der „Fundamentalartikel" lautet, daß die andere Delegation „von den übrigen Königreichen und Ländern in konstitutioneller Weise entsendet werde".

richtige Standpunkt der Monarchie wäre seiner Ueberzeugung nach der, nur das zu verändern, was absolut nicht haltbar sei.

Gegenüber diesen Ausführungen Andrássys hatte Hohenwart nur eine sehr lahme Entgegnung. Er habe, entgegnete der österreichische Ministerpräsident, nie behauptet, es wäre gleichgültig, woher die Delegierten gewählt würden; seine Aeußerung bezöge sich nur darauf, daß die Bestimmung der Art und Weise der Entsendung der Delegierten Sache der betreffenden Reichshälfte sei. Wenn Hohenwart den Ausgleich mit Ungarn anerkannte, so mußte es sehr merkwürdig klingen, daß er im selben Moment eine Ansicht äußerte, die in entschiedenstem Gegensatz zu den Bestimmungen des Gesetzartikels XII : 1867 stand. Dieser verfügt doch klar und bündig, daß die Wahlen zu den Delegationen in den beiden Parlamenten vorgenommen werden müssen, daher die Auslegung des Gesetzes im Hohenwartschen Sinne ganz unstichhaltig war. Darin lag der große Unterschied zwischen dem Standpunkte der nicht zum Hohenwartschen Lager gehörenden Minister und dem Kabinette Hohenwart selbst. Die gemeinsamen Minister im Bunde mit Andrássy wollten die Erhaltung des bisherigen, auf dem Gesetzartikel XII : 1867 beruhenden Zustandes oder eventuell einige nötig gewordene Abänderungen mit Zustimmung aller daran beteiligten Faktoren. Das Hohenwartsche Ministerium dagegen strebte, unter dem Deckmantel der Gültigkeitserklärung des Ausgleiches von 1867, die volle Umgestaltung der bisherigen staatsrechtlich bestehenden Verhältnisse an, die mit der Zeit ja auch die gänzliche Aenderung der Beziehungen zu Ungarn nach sich ziehen mußten.

Machten doch die Tschechen kein Hehl daraus, worauf im Kronrat auch hingewiesen wurde, daß sie als Bedingung der Anerkennung des Ausgleiches die Erfüllung aller ihrer Wünsche beanspruchen. Dagegen äußerte sich Andrássy wiederholt am 20. Oktober, indem er die Abwehr jedes Eingreifens in die Ausgleichsvereinbarungen von seiten nichtberechtigter Faktoren als den in erster Linie ins Auge zu fassenden Gesichtspunkt bezeichnete. Seiner Meinung nach aber habe der böhmische Landtag mit der Aufstellung der Fundamentalartikel eine Kompetenzüberschreitung vollzogen, die nicht mit Stillschweigen übergangen werden könne.

Gegenüber Hohenwart, der es mit aller Bestimmtheit aussprach, daß die Aenderung des Reskriptes im Sinne des gemeinsamen Ministeriums ganz gewiß die Tschechen vom Eintritte in

den Reichsrat fernhalten werde, ohne daß dadurch, wie dies Minister Grocholski gleichfalls hervorgehoben, auch nur ein Deutscher mehr gewonnen würde, bemerkte Andrássy, er wolle das letztere nicht bestreiten. Es sei aber, fügte er sofort erläuternd hinzu, ein Unterschied: ein Element nicht gewinnen und es, während es geschwächt werden wollte, dadurch zu stärken, daß man ihm eine glänzende Fahne überliefere. Was jedoch die Tschechen betreffe, sei es wohl sehr wünschenswert, daß sie den Reichsrat beschicken, doch dürfe das nicht um jeden Preis herbeigeführt werden. Die Kalamität des Nichterscheinens dünke ihn jedenfalls geringer, als wenn ihre Anwesenheit mit dem Aufgeben der wichtigsten Fundamentalgesetze der Monarchie bezahlt werden solle. Der ungarische Ministerpräsident war jedoch der Meinung, daß die Tschechen in den Reichsrat kommen werden. Seiner Ansicht nach würden sie bei einer so vorteilhaften Konstellation, wie sie der jetzige Augenblick bietet, kaum die Verantwortung für die Abstinenz auf sich nehmen wollen. Und sollten sie, wie er annahm, nicht in Massen kommen, so dürften sie in der kürzesten Zeit einzeln bittend erscheinen. [1])

Noch in einem anderen sehr wichtigen Punkt zeigte sich die Verschiedenheit der Auffassung zwischen den beiden Ministerpräsidenten. Hohenwart bestritt, daß es sich um einen Rassenkampf handle, er wollte nur einen Kampf der Parteien zulassen. Als Beweis hierfür führte er die „eminent deutschen Länder": Tirol und Oberösterreich an, deren Ausgleichsbestrebungen sich in Opposition zur liberal-deutschen Partei befänden. Wenn sich dies und die vollkommen unberechtigten ausschließlichen Ansprüche der deutschen Liberalen auf die Regierung erweisen ließe, entgegnete Andrássy, würde allerdings die ganze Lage in einem einigermaßen veränderten Lichte erscheinen. Gerade das aber wollte er nicht zugeben und äußerte: das Bild der eventuellen neuen Situation zeige den Gegensatz zwischen „slawisch und deutsch". Das „slawisch und deutsch" müsse sich in den sicher eintretenden Konsequenzen immer mehr entwickeln, denn die Böhmen werden, um die Suprematie behaupten zu können, über die Leitha hinübergreifen, wo sich dann das „slawisch-deutsch" in einer für die Krone sehr unerwünschten Form geltend machen würde. Das Ueberschwengliche der Selbständigkeit, setzte er treffend fort,

---

[1]) Auf Grundlage vollkommen verläßlicher gleichzeitiger ungedruckter Aufzeichnungen.

werde das Richtige der Selbständigkeit ertöten. Die Schwierigkeit liege eben darin, die Mitte zu halten.

Hatte Andrássy schon auf das Uebergreifen der slawischen Bewegung nach Ungarn verwiesen, so machte er auch noch auf eine andere Gefahr aufmerksam, die für Ungarn aus den separatistischen Bestrebungen der Tschechen entstehen müßten. Der ungarische Ministerpräsident befürchtete, daß die auf die Beseitigung der gemeinsamen Gesetze lossteuernde ungarische Opposition, unter Berufung auf die tschechischen Vorgänge, die Behauptung aufstellen könnte: man dürfe bisher in einem Parlament konzentrierte Rechte ohne Gefährdung der Machtstellung der Monarchie dezentralisieren. Daß die Machtstellung — in diese Worte faßte Andrássy seine Darlegung zusammen — dadurch gewinne, werde wohl ebensowenig behauptet werden können, als daß die Böhmen Opfer gebracht haben. Es mag auf den Kaiser wie auf die im Kronrate anwesenden gemeinsamen Minister gerade keinen sehr überzeugenden Eindruck gemacht haben, wenn Hohenwart auf diese klugen und sachlich begründeten Ausführungen seines ungarischen Kollegen nichts anderes zu erwidern hatte, als: man möge doch bedenken, daß es sich nur um eine Anerkennung des Bemühens handle, die Landesrechte mit der Machtstellung in Einklang zu bringen. Rätselhaft klang es auch, wenn er weiter hinzufügte: es werde sich ja zeigen, wie das Resultat dieser Bemühungen sein werde; doch komme dies vorerst nicht in Frage. Andrássy aber fand es mit dem Ansehen der Krone nicht sehr vereinbarlich, daß Hohenwart diese in dem an den böhmischen Landtag zu erlassenden Reskripte bloß zugunsten der Tschechen engagieren wolle. Man müsse, meinte er, auch auf die Deutschen Rücksicht nehmen und dürfe den Herrscher nicht nur nach einer Seite hin Stellung nehmen lassen. Andrássy legte daher aufs entschiedenste Verwahrung dagegen ein, das königliche Wort als Gewährleistung der Rechte Böhmens in den Kampf einzubeziehen,[1]) wodurch, wie er bemerkte, des Kaisers Person in den Vordergrund gestellt, ja preisgegeben werde."

---

[1]) Die hierauf bezügliche Stelle im Hohenwartschen Reskriptentwurf lautet: „Wir erwarten um so zuversichtlicher, daß er (der böhmische Landtag) dieser Unserer Aufforderung (Vertreter in den Reichsrat zu senden) nachkommen werde, als er in Unserem königlichen Worte die Gewährleistung der Rechte Unseres Königreiches Böhmen erblickend und demselben rückhaltlos vertrauend durch Vornahme dieser Wahl bereitwillig den Beweis geben wird, brüderlicher Gesinnung für alle Völker des Reiches u. s. w."

Nach der Auffassung des ungarischen Ministerpräsidenten erheische vielmehr der monarchische und konstitutionelle Standpunkt die Deckung des Herrschers durch die verantwortlichen Minister, die jede Verantwortlichkeit für die Handlungen der Regierung zu übernehmen haben. Die schweren Bedenken, die hier Andrássy schon mit Rücksicht auf die Unbestimmtheit der Rechte vorbrachte, die in diesem Falle durch das Wort der Krone gewährleistet werden sollten, fanden sofort ein Echo beim Kaiser selbst. Auch er verwarf die Aufnahme einer solchen königlichen Zusage im Reskripte, an der er schon früher Anstoß genommen.

Graf Andrássy wurde bei seinem Angriffe im Kronrate vom 20. Oktober auf Hohenwart sowohl vom gemeinsamen Ministerium wie auch von Baron Wenckheim, dem anwesenden ungarischen Minister am Allerhöchsten Hoflager unterstützt. Tiefen Eindruck mußte es hervorrufen, als sich ihm auch Holzgethan, der Finanzminister des Hohenwartschen Kabinettes, anschloß, der, wie er vor dem Kaiser und den versammelten Ministern feierlich erklärte, von allem Anfang an in der sogenannten Ausgleichspolitik des Ministeriums Hohenwart keine Aera des Friedens, sondern eine Aera des Unfriedens und der Zerstörung erblickte und daher gegen dessen Bestrebungen entschieden Front machte. Hatten Andrássy und die mit ihm verbündeten Minister politische, staatsrechtliche und auch militärische Gründe zur Bekämpfung Hohenwarts ins Treffen geführt, so holte Holzgethan seine Waffen aus dem Arsenale des ihm unterstehenden Ministeriums der Finanzen. Vom Ressortstandpunkt aus, erläuterte der Minister, müsse er die finanziellen Punktationen des böhmischen Operates in ihrer Gänze unbedingt verwerfen, zumal die Ausdehnung derselben auf die übrigen Länder sich als unausweichliche Folge ergeben würde. An einzelnen Beispielen zeigte er dann auch die Unhaltbarkeit des ganzen Systems.[1]) Kann man sich, fragt er, was die Staatsschuldenquote betrifft, einen Schuldner denken, der Gläubiger von siebzehn anderen Schuldnern (Landtagen) sei? Welchen Kredit wird er haben? Holzgethan konnte dann auch auf die Tatsache verweisen, daß schon die bloße Verlautbarung der einschlägigen Bestimmungen des böhmischen Operates einen gewaltigen Rentensturz bewirkte, wie sich dies nur zu Kriegszeiten ereigne. Von 61 fiel damals die Rente auf 55, und sie erhob sich nur wieder auf 57, als sie

---

[1]) Auf Grundlage vollkommen verläßlicher gleichzeitiger ungedruckter Aufzeichnungen.

mit großer Mühe, ohne Beeinflussung durch den Finanzminister, von einer der Regierung freundlich gesinnten Seite gestützt wurde. So stark war die Erschütterung der Rente, daß sie schon zu einem unverkäuflichen Artikel ward. Im Laufe des Sommers hatte Holzgethan für eine Million Gulden Rente in das Ausland verkauft. Er mußte die höchst betrübende Erfahrung machen, daß sie sofort wieder zurückströmte. Der Finanzminister, der für das Jahr 1872 eine Stockung im Staatshaushalte für unvermeidlich hielt, schloß seine Rede mit den vielsagenden Worten: Fundamentalartikel und Staatsbankerott seien für ihn gleichbedeutend.[1])

Der Monarch traf im Kronrate keine Entscheidung. Er sprach sich weder für den einen noch den anderen Reskriptentwurf aus. Man merkte es nur seinen kurzen Bemerkungen an, wie schwer es ihm werden dürfte, Hohenwart, gedrängt von dessen Gegnern, fallen zu lassen. Nicht ohne schmerzliche Empfindung mochte der Herrscher im Laufe der Debatte wahrnehmen, wie gleichsam unter der Hand allmählich der stolze Traum zerrann, die Tschechen zu befriedigen und in den Reichsrat zu bringen. Dieser gewiß den besten Absichten der Krone entspringende Vorsatz, „im Geiste der Mäßigung" Frieden zu stiften, mußte an den übermütigen Forderungen des tschechisch-feudal-klerikalen Lagers scheitern. Unmöglich war es, dies Ziel mit einer von ganz unberechtigtem Ehrgeiz erfüllten Partei zu erreichen, die, ohne Rücksicht auf die Machtstellung der Monarchie und die bestehenden Ausgleichsgesetze, für Böhmen eine Ungarn gleiche Stellung erobern, sich zum Herrn der Situation machen und die von ihr gehaßten Deutsch-Oesterreicher vernichten wollte. Hohenwarts grober Fehler war es, daß er sich zum bewußten oder unbewußten Werkzeug solcher Bestrebungen hergab und selbst vom Wahne befangen war, mit der im klerikalen Sinne durchgeführten Slawisierung Oesterreichs dieses stark und mächtig gestalten zu können.

Nach dem Kronrat wußte kein Mensch, welcher Seite sich der Kaiser zuneigen werde. Leicht wurde ihm der Entschluß nicht. Die gemeinsamen und ungarischen Minister hatten ihm alle in

---

[1]) Auf Grundlage vollkommen verläßlicher gleichzeitiger ungedruckter Aufzeichnungen. In diesen Aufzeichnungen kommt kein Wort von der Holzgethan durch Beust (a. a. O., Bd. II, S. 512) in den Mund gelegten und einen Heiterkeitsausbruch erregenden Aeußerung vor. Es ist auch nicht wahrscheinlich, daß der sonst so ruhige, nur mit Zahlen operierende Finanzminister von passiven Ländern gesprochen haben sollte, die „alle an den Mutterbrüsten von Ober- und Niederösterreich saugen".

beredten Worten die tschechischen Forderungen in ihrer ganzen Ungeheuerlichkeit und Gefährlichkeit für den Bestand der Monarchie geschildert. Auch Lónyay, von dem der Kaiser erwartet zu haben scheint, er werde sich von Beust und Andrássy trennen und seinen Standpunkt einnehmen, war von der gegen Hohenwart gebildeten Phalanx nicht gewichen. Ja, der gemeinsame Finanzminister hatte schon früher die Bemerkung fallen lassen, daß, wenn dieser Krisis wegen das ungarische Kabinett zurücktreten müßte, in der Deákpartei gewiß kein Mann mehr zu finden sein werde, der in solcher Lage geneigt sein würde, das Präsidium eines neu zu bildenden Ministeriums zu übernehmen. Der Kaiser verstand sehr wohl diesen Wink, daß er in keinem Falle auf Lónyay rechnen dürfe.[1]) Sollte also unter solchen Umständen Andrássy den Tschechen geopfert werden? Baron Orczy schrieb damals: „Ich kann es nicht denken, daß der Kaiser die Stellung Andrássys unmöglich machen ließe, und das würde es bedeuten, wenn er nun die Lösung des Verfassungsstreites nur zugunsten der Herren Clam, Rieger und der ganzen Clique der Moskaupilger beschließen würde." [2]) Der ungarische Ministerpräsident wäre am liebsten unmittelbar nach dem Kronrat nach seinem Terebeser Tuskulum zurückgekehrt. Doch mußte er bleiben, so lange ihm unbekannt war, welchen Entschluß der Monarch gefaßt habe. Am 21. Oktober trat die entscheidende Wendung ein. Der Kaiser berief an diesem Tage Andrássy und Hohenwart zu einer vertraulichen Unterredung. Beide Staatsmänner sollten noch einmal vor ihm eingehend ihren Standpunkt vertreten. Der Herrscher selbst hörte ruhig dem Rededuell der Minister zu. Mit Rücksicht auf die in deutsch-österreichischen Kreisen herrschende ungeheure Aufregung fragte der ungarische Ministerpräsident den Grafen Hohenwart, ob er allenfalls auch bereit wäre, die Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes mit Kanonen durchzusetzen? Als dieser nicht wagte, die an ihn gerichtete Frage zu bejahen und Andrássy hierauf bemerkte: „Wenn Sie hierzu nicht entschlossen sind, dann fangen Sie mit dieser Politik auch nicht an,"[3]) da brach der Kaiser plötzlich und ganz unvermittelt das Zwiegespräch

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 24. Oktober 1871. Lónyay schrieb am 29. Oktober an seinen Bruder Albert: „Es fiel mir schwer, mich mit der Lieblingsidee Seiner Majestät in Gegensatz zu stellen, aber es mußte geschehen." Kónyi, „Beust und Andrássy", a. a. O.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 21. Oktober 1871.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 22. Oktober und 17. November 1871 (ung.).

der Minister ab, die das als Zeichen ansahen, sich zu entfernen. Obgleich in sehr übler Laune, ließ der Herrscher unmittelbar hierauf Andrássy wieder in sein Arbeitszimmer rufen. Neuerdings machte dieser hier auf die Gefahren aufmerksam, mit denen die Hohenwartsche Politik Oesterreich-Ungarn bedrohe. Unter dem Eindruck solcher Sprache erwiderte der Kaiser: „Die Argumente des Grafen Beust habe ich nicht verstanden, aber die Ihrigen verstehe ich; auch nur Ihnen zulieb habe ich die Sache so entschieden.“ [1]) Damit war der Stab über die Fundamentalartikel gebrochen. Nun unterlag es keinem Zweifel mehr, daß die Krone den Hohenwartschen Entwurf fallen lasse. Am 22. Oktober teilte der Kaiser diesen seinen Entschluß dem österreichischen Ministerpräsidenten mit, der hierüber so erbost war, daß er beim Austritt aus dem kaiserlichen Arbeitszimmer Beust und Andrássy begegnend, an diesen unwirsch und ohne Gruß vorüberschritt.[2]) Auch der Kaiser selbst empfing die beiden Minister, die unmittelbar nach Hohenwart folgten, nicht aufs freundlichste. Er sagte ihnen nur: er werde tun, was sie ihm angeraten.[3]) Andrássy, der die Sache, derentwegen er nach Wien gekommen war, endlich für gesichert hielt, reiste am 23. Oktober wieder nach Terebes zurück. Er überließ die weitere Durchführung der Angelegenheit Graf Hohenwart. Orczy hatte recht, als er damals schrieb: „Was nun weiter geschieht, das ist schwer zu sagen, aber es wird ohne Sturm nicht abgehen, und in Prag werden die Tschechen wütend sein.“ [4]) Wie verworren trotz der für den Moment scheinbar beschworenen Krisis die ganze Lage war, zeigte sich am besten, als auf Wunsch des Kaisers die tschechischen Führer Clam, Rieger und Pražak nach Wien berufen wurden. Clam, durch Hohenwart vom Entschluß des Kaisers verständigt, verlangte, daß das Ministerium überhaupt gar kein Reskript an den böhmischen Landtag erlassen solle. Diesem Wunsche lag eine geheime Absicht zugrunde. Erging kein Reskript, so konnte man die ganze Aktion Andrássys und Beusts als mißlungen darstellen. Einem solchen Bestreben aber wollten die beiden Minister einen Riegel vorschieben. Daher hielten sie fest an ihrer Forderung, daß das Reskript nicht unterbleiben dürfe. Nur auf diese Weise konnte vor aller Welt die

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 22. Oktober 1871. Orczy macht seine Aufzeichnungen stets nach den Mitteilungen Andrássys.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 22. Oktober 1871.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

Illusion vernichtet werden, als sei das tschechische Staatsrecht von der Krone anerkannt worden.[1]) Der Kaiser versicherte auch Beust, der sich bei ihm um das Schicksal des Reskriptes erkundigte, ein solches im Sinne des gemeinsamen Ministeriums abgehen lassen zu wollen. Er fügte dieser Mitteilung noch die Worte hinzu: „Ich habe es Hohenwart aufoktroyiert, der Ausgleich mit den Tschechen geht in die Brüche."[2]) Unterdessen übermittelten Clam und Rieger dem Monarchen ein Memorandum, in dem sie die Behauptung aufstellten, die bisherigen Verhandlungen mit ihnen hätten im Namen der Krone stattgefunden und daß die Tschechen stets von der Voraussetzung ausgegangen seien, der Kaiser billige die Pläne Hohenwarts. Sie erbitten daher ein Reskript, das, auf dem Boden der Anerkennung des böhmischen Staatsrechtes fußend, den Tschechen die zum Eintritt in den Reichsrat nötigen Wahlen ermögliche. Wenn dagegen, hieß es weiter in dem Memorandum, ein die Tschechen erniedrigendes Reskript erscheine, so ist der Ausgleich vernichtet und keine Aussicht vorhanden, daß der böhmische Landtag die Wahlen vornehme. Werden jetzt, lautete es zum Schlusse, die Ausgleichsverhandlungen eingestellt, so ist jede Hoffnung ausgeschlossen, sie je wieder aufzunehmen; die tschechische Nation zieht sich auf eine volle oppositionelle Haltung zurück, und der böhmische Landtag tritt nicht mehr zusammen.[3])

Während ihre Vertreter in Wien und die Tschechen selbst in Prag wüteten, löste der Verlauf der Krisis in Oesterreich unter den Deutschen einen wahren Freudenrausch aus. In den Wiener Theatern wurde jede Stelle, die in Beziehung zu den momentanen Vorfällen gebracht werden konnte, mit Begeisterung begrüßt. Die im dritten Akt von „Lohengrin" vorkommenden Worte: „Für deutsches Land das deutsche Schwert! So sei des Reiches Kraft bewährt!" erregten einen minutenlang dauernden Beifallssturm. Frohlockend verkündeten die der Verfassungspartei angehörenden Zeitungen, daß der Versuch, Oesterreich in einen slawischen Staat umzuwandeln und dann gegen Deutschland und Italien einen Revanchekrieg zu unternehmen, ein schmähliches Ende erreicht habe. Man muß es Hohenwart zu seiner Ehre nachsagen, daß er dem Kaiser kein Hehl aus der tiefgehenden Erregung unter den

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 24. Oktober 1871.

[2]) Ibidem, 25. Oktober 1871.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 28. Oktober 1871. Orczy teilt da den Inhalt des Memorandums mit. Siehe auch die Inhaltsangabe bei Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 241.

Deutsch-Oesterreichern gemacht und ihm, wie es ja nur seine Pflicht gewesen, die täglichen hierauf bezüglichen Berichte der Polizei zur Kenntnis brachte. Die Gegensätze, die angeblich durch das Ministerium Hohenwart behoben hätten werden sollen, machten sich jetzt nur noch mehr bemerkbar. Der Kaiser irrte sich nicht, als er, wie erwähnt, am 25. Oktober zu Beust sagte: „Der Ausgleich mit den Tschechen geht in die Brüche." Er hatte sich jedoch getäuscht, als er gleichzeitig die Vermutung aussprach, das Ministerium Hohenwart werde das die Absage an den böhmischen Landtag enthaltende neue Reskript unterzeichnen.

Zuerst am 23. Oktober suchte sich Schäffle durch die Bitte um Enthebung von seinem Amte zu flüchten; der Monarch rief ihm in erregtem Tone zu, isolierter Rücktritt sei Pflichtverletzung.[1]) Als nun auch Hohenwart aus dem Verkehr mit Clam und Rieger die Ueberzeugung gewonnen, daß diese jeder Versöhnung, wofern sie nicht gemäß ihrem Diktate erfolge, abgeneigt seien, beschloß er gleichfalls der Führung der Geschäfte zu entsagen. Auf diese Weise trachtete er sich der Notwendigkeit zu entziehen, das Reskript an den böhmischen Landtag mit seinem Namenszug zu versehen. Am 25. Oktober vormittag überreichte er sein Demissionsgesuch. Der Kaiser nahm es mit der Bemerkung entgegen: „Das ist mir sehr hart." [2]) Ohne Wissen Beusts und ohne Baron Béla Wenckheim zu befragen, ließ er noch am selben Tage durch die Kabinettskanzlei an Andrássy telegraphieren: „Böhmen kommen nicht in den Reichsrat. Ministerium Demission gegeben, da es nicht in der Lage, einen stimmfähigen Reichsrat zustande zu bringen und dieser wegen Finanz dringend notwendig, kann das Ministerium nicht mehr halten. Daher wolle Graf Andrássy gleich kommen." [3]) Als Baron Orczy von der Berufung des ungarischen Ministerpräsidenten Kenntnis erhielt, schrieb er an seine Mutter: „Was nun geschehen wird, ist durchaus nicht vorherzusagen, aber es ist eine rechte Konfusion vorhanden; denn die Tschechen kommen nicht in den Reichsrat, und die Deutschen haben ihr Kommen auch noch nicht zugesagt. Die Eventualität ist also möglich, daß, wenn der Reichsrat zusammenkommt, die sämtlichen Bänke leer bleiben. Es ist also eine solche Krisis, aus der es mehr als schwierig ist, einen guten Ausweg zu prognostizieren. Welcher Ministerpräsident

[1]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 240.

[2]) Ibidem, S. 242.

[3]) Telegramm des Hofrates Barthos in Allerhöchstem Auftrage an Graf Andrássy, 26. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

wird sich also auf diesen im Kot steckengebliebenen Regierungswagen setzen wollen, vor den nichts gespannt ist?"[1])

Für Andrássy, von dem die Krone jetzt Rat erholte, war die Verantwortung unter solchen Umständen eine sehr schwere. Hatte sie doch das Recht, von ihm zu fordern, er solle aus dieser Wirrnis heraushelfen, nachdem es seinen Ausführungen gelungen war, zu beweisen, daß das, was Hohenwart beabsichtigte, unausführbar und gefährlich für die Monarchie sei. Wollte Andrássy sich nicht um alles Vertrauen des Herrschers zu seiner staatsmännischen Einsicht bringen, so mußte er ihm jetzt beistehen, die Krisis glücklich zu überwinden. Die Lage des ungarischen Ministerpräsidenten war gerade keine beneidenswerte. Wie ehrend es auch für ihn sein mochte, daß sich der Monarch mit Umgehung jeder anderen Persönlichkeit jetzt ausschließlich nur an ihn allein wandte, so setzte gerade dies ihn sehr leicht dem Verdachte aus, daß er wirklich, wie dies bereits Schäffle in seinem Blatte verlautbarte, die Rolle eines „König Andrássy" spielen wolle.[2]) Es war dies ein vergifteter Pfeil, den der in seinem Ehrgeiz verletzte Handelsminister noch im Falle aus sicherem Hinterhalte dem siegreicheren ungarischen Minister nachsandte. Der gallige Schäffle, der seinen Grimm nicht verbeißen konnte, hoffte Andrássy durch eine derartige Denunziation nach oben hin zu kompromittieren. Diese Art des Vorgehens gleicht auf ein Haar dem von ihm in seinen Denkwürdigkeiten beobachteten Verfahren, wobei er dem liberalen Ungar die von ihm selbst erfundene, aber nie von Andrássy getane Aeußerung in den Mund legt: „Wenn die Böhmen nicht kommen, Rückkehr zum Absolutismus."[3]) Andrássy kümmerte sich wenig um solche, einem gerade nicht edlen Gemüte entstammende Verdächtigungen. Rief ihn sein König, so war er, was immer man auch gegen ihn vorbringen mochte, zu jeder Stunde bereit, sich ihm mit den reichen Gaben seines Geistes zur Verfügung zu stellen. Auch jetzt hätte er nicht gezögert, sich sofort nach Wien zu begeben, wenn die Depesche des Königs nicht gerade zur Zeit seiner Abwesenheit von Terebes dort eingetroffen wäre.[4]) Er

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 27. Oktober 1871.

[2]) „Oesterreichisches Journal", Abendausgabe, 25. Oktober 1871.

[3]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 54 und S. 239. Wie mir ein Mitglied des Hohenwart-Ministeriums versicherte, habe Graf Hohenwart nie seinen Ministerkollegen erzählt, daß Andrássy den Absolutismus empfohlen hätte.

[4]) Andrássy an den königlichen Rat Somossy, Terebes, 27. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

säumte jedoch nicht, kaum daß das Telegramm in seinen Besitz gelangte, dem Kaiser am 27. Oktober, gleichfalls auf telegraphischem Wege, seine Ansicht über die Lage der Dinge zukommen zu lassen. Dies war um so richtiger, als der Monarch noch am selben Tage morgens zu Baron Wenckheim, dem Minister am königlichen Hoflager, sagte: „Aber was jetzt?“ [1]) Dies zeigt, daß der Kaiser mit Ungeduld die Ankunft Andrássys erwartete, um erst dann die endgültige Entscheidung zu treffen. Der ungarische Ministerpräsident folgerte aus dem an ihn ergangenen Telegramm, daß das Reskript noch nicht erlassen worden und das Kabinett sich weigere, es zu unterfertigen. Er bestritt diesem die Berechtigung hierzu, denn, heißt es im Telegramm: „Das im Ministerrat beratene Reskript ist nicht an die Herren Rieger und Clam, sondern an den böhmischen Landtag gerichtet gewesen, der böhmische Landtag ist allein berufen, es anzunehmen oder abzulehnen. Das Ministerium Hohenwart kann es also gar nicht als offiziell konstatiert betrachten, daß der böhmische Landtag verweigert habe, in den Reichsrat zu wählen, bis dies nicht der Landtag selbst erklärt hat.“ Seiner Ansicht nach schaffe im Weigerungsfalle das Ministerium selbst den Anlaß zur Ablehnung der Reichsratswahlen und bietet damit die Handhabe zu Demonstrationen, die hinfällig zu machen gerade das Reskript berufen sei. „Soll also,“ fährt er fort, „die Verantwortung für das Scheitern des Ausgleiches nicht den Rat der Krone und vielleicht sogar die Krone selbst, sondern die wahren Urheber treffen, so muß vor allem das Reskript, und zwar von dem jetzigen Ministerium unterzeichnet werden.“ Andrássy erwog bereits die Möglichkeit, daß auch eine andere Regierung das Reskript erlassen könnte. „Dann aber hätten,“ wie er sagt, „die Führer des böhmischen Landtags schon das Argument, die neue Regierung sei eine feindselige, und sie hätten daher keine Garantie, daß überhaupt etwas von ihren Forderungen angenommen werde — ein Vorwand, der entfällt, wenn das Reskript von dem jetzigen Ministerium unterzeichnet wird.“ Andrássy war der Meinung, daß hierdurch die „politische Konsequenz“ Hohenwarts in keiner Weise Schaden erleide. Vermag er doch zu beweisen, daß er die Nichtannahme der Fundamentalartikel vorausgesehen. Andererseits kann er auch, um die Person des Kaisers ganz außer Spiel zu lassen, erklären, daß er zu diesem Schritte bloß durch den erweiterten Rat der

---

[1]) Baron Béla Orczy an seine Mutter, Wien, 28. Oktober 1871.

Krone bestimmt worden. Hohenwart, betont Andrássy, hat der Loyalität den Tschechenführern gegenüber dadurch Genüge getan, daß er ihnen das von ihm verfaßte Reskript vorher mitgeteilt, ein Umstand, der, wie der ungarische Ministerpräsident schon in Wien hervorgehoben, die Erreichung des angestrebten Zieles nicht nur erschwerte, sondern geradezu unmöglich machte. Jetzt sei es aber an dem Ministerium, seiner Ergebenheit auch gegenüber der Krone zu entsprechen. Dies könne nur dadurch geschehen, wenn es das Reskript erlasse und auf diese Weise dartue, daß mit Ausnahme einiger gänzlich unausführbarer Punkte keine der tschechischen Forderungen abschlägig beschieden wurde; daß der Ausgleich nur daran scheiterte, weil Graf Clam oder der böhmische Landtag erklärt hätten, die von der Krone sanktionierten und von ganz Europa als Basis der Monarchie anerkannten Gesetze besäßen so lange keine Rechtskraft, bis alle ihre Postulate erfüllt seien. „In der Konstatierung dieser Tatsache," äußert Andrássy weiter, „liegt die Rechtfertigung der Krone, die Legitimation der Wendung, die nun offenbar eintreten wird und die Bürgschaft für das Gelingen der zukünftigen Aktion." Er legt somit das größte Gewicht darauf, daß der Kaiser alles aufbiete, um Graf Hohenwart zur Unterzeichnung des Reskriptes zu bewegen. Er schließt sein Telegramm mit den Worten: „Sollte das Ministerium dies verweigern, so ist der Zweck noch immer, wenn auch weniger vollkommen, dadurch zu erreichen, daß das nächste Ministerium dasselbe Reskript an den Landtag erlasse, daher es wünschenswert wäre, den Text nicht früher in den Zeitungen publizieren zu lassen."[1]) Noch ehe Andrássy in Wien eintraf, machte der Kaiser im letzten Hohenwartschen Ministerrat, der unter seinem Vorsitz am 27. Oktober stattfand, Gebrauch von dessen Ratschlag. Seiner Bemerkung, nur die Führer, nicht der Landtag hätte abgelehnt, wurde die Antwort zuteil, daß auch der Landtag die Fortsetzung der Aktion verweigern werde.[2]) Noch einmal — am 28. Oktober — richtete der Monarch durch Staatsrat Braun an Graf Hohenwart das Verlangen, das Reskript Andrássys und des gemeinsamen Ministeriums zu unterfertigen. Schäffle, mit dem er sich deswegen beriet, hielt ihn davon zurück. Der Handelsminister sagte: Wenn Hohenwart den Wunsch des Kaisers erfülle, werde er sich, wie es seine Gegner

---

[1]) Telegramm Andrássys an Somossy, Terebes, 27. Oktober 1871. Abschrift. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 242.

wünschen, für immer moralisch zugrunde richten; lehne er jedoch ab, so erhalte er sich für bessere Tage als unverbrauchter Staatsmann, in welcher Eigenschaft er der Krone einst große Dienste werde leisten können. Nach dieser Besprechung begab sich Hohenwart sofort in die Hofburg, um die Gegenzeichnung endgültig abzulehnen.[1]) Am selben Tag — 28. Oktober — langte Andrássy in Wien an. Der Kaiser fragte ihn, was er dieser Weigerung gegenüber tun solle.[2]) Wahrscheinlich auf seinen Rat hin wurden Holzgethan und Grocholski, die im Verein mit einigen Sektionschefs die provisorische Fortführung der Geschäfte übernahmen, mit der Unterfertigung des Reskriptes betraut. Die übrigen Minister aber, mit Ausnahme des Landwehr-Verteidigungsministers Schöll, erhielten am 30. Oktober ihre Entlassungsdekrete.[3])

Damit endete eine der merkwürdigsten Krisen in der an Erschütterungen nicht armen Verfassungsgeschichte Oesterreichs. Unter der Maske seines Deutsch-Oesterreichertums mit der Versicherung, daß er kein anderes Ziel vor Augen habe, als die deutsche Verfassungspartei selbst, und daß ihm die Slawisierung der Monarchie vollkommen ferne liege, versuchte Graf Hohenwart seine Gegner in den Dienst des Ministeriums zu locken, das seinen Namen führte.[4]) Man kann doch unmöglich an Selbsttäuschung denken, als Hohenwart in diesem Sinne sprach und gleichzeitig mit aller ihm zur Verfügung stehenden Macht darauf losarbeitete, den tschechisch-klerikal-feudalen Staat zu begründen, dessen einbekannter letzter Zweck in der Zertrümmerung des Dualismus, der Vernichtung der Freiheit und des Deutschtums in Oesterreich bestand.[5]) Ein wahrhaft machiavellisches System wurde erdacht, um diesen Staatsstreich erfolgreich auszuführen. Um vorläufig Oesterreich ungestört in neue Formen gießen zu können, wurde den Ungarn ein Separatfriede angeboten, mit dem diabolischen Hintergedanken, nach gelungener Tat mit den getäuschten Nachbarn aufzuräumen.[6]) Denn zur selben Zeit, als man die ungarischen

---

[1]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 67.

[2]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 29. Oktober 1871.

[3]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 67.

[4]) „Die Verfassungspartei und das Ministerium Hohenwart.“ Eine politische Studie. Wien, Manz, 1871. Diese Broschüre erschien im Auftrage des Hohenwartschen Ministeriums.

[5]) „Oesterreichisches Journal“, Abendausgabe, 25. und 30. Oktober 1871.

[6]) Ibidem.

Politiker einzulullen trachtete, wurden im Süden Ungarns die Vorbereitungen zu einem großen Brande gelegt, der berufen war, den ungarischen Staat einzuäschern. Man wandte sich an die Zentralisten um Bundesgenossenschaft mit der Beteuerung, daß nur mit tschechischer Hilfe der unnatürliche Dualismus zu überwinden sei. Deutschland sollte über die Absichten Hohenwarts mit der Versicherung beruhigt werden, daß es sich um nichts weiter als um Sprengung des auch dort an hoher Stelle verhaßten Parlamentarismus handle. – Das hinderte freilich nicht, sich mit Revanchegedanken gegen die Einheit Deutschlands und Italiens zu befassen. Als die Tschechen gegen ihre famosen Fundamentalartikel sich eine mächtige Phalanx bilden sahen, hatten sie nichts Eiligeres zu tun, als Zwietracht zwischen Beust und Andrássy zu säen. In das Ohr des ohnehin schon gegen Andrássy mißtrauischen Reichskanzlers wurde Gift geträufelt: der ungarische Ministerpräsident wurde ihm als Rivale hingestellt, der heftige Sehnsucht nach dem Posten des gemeinsamen Ministers des Aeußern empfinde. Um das Vertrauen der Deutschen zu Andrássy zu untergraben, wurde verbreitet, er sei nur deshalb ein Gegner Hohenwarts, weil er fürchte, daß Oesterreich durch den tschechischen Ausgleich auf Kosten Ungarns übermächtig werden könnte.[1]) Es war eine ganz unaufrichtige Politik, die von Hohenwart und seinem ganzen Anhange betrieben wurde. Nicht die Herstellung der Ordnung und des inneren Friedens bedeutete sie, sondern Umsturz und völlige Auflösung Oesterreich-Ungarns, auf dessen Trümmer dann die unbeschränkte Herrschaft der tschechisch-feudal-klerikalen Herren aufgebaut werden sollte. Die beiden Staaten der Monarchie hätten nach deren Plane in ihre Atome zerfallen müssen. Ihre Zukunft wäre ein selbständiges Böhmen, ein Herzogtum Tirol, Königreich Dalmatien, Königreich Slawonien gewesen. Galizien graute es nun doch ein wenig vor der Allmacht Böhmens und seiner eventuellen Abhängigkeit von diesem. Selbst die Schwarzenbergs, die bisher eine Hauptstütze des Ministeriums gebildet, sollen im stillen über dessen kläglichen Ausgang nicht allzusehr betrübt gewesen sein. Im letzten Moment, so wenigstens wird es behauptet, scheinen sie selbst gefühlt zu haben, daß Clam und Rieger sie weit über das vernünftig Zulässige mit sich fortgerissen hätten. Nun waren sie froh, der Verantwortung für Folgen überhoben zu sein, für die

---

[1]) „Oesterreichisches Journal", Abendausgabe, 25. Oktober 1871.

dann einzutreten ihnen schwer gefallen wäre. Die Grandseigneurs sollen erkannt haben, daß sie bei der Verwirklichung ihrer ungeheuerlichen Pläne eigentlich nichts gewonnen und nur aus dem Regen in die Traufe gekommen wären. Man wollte Kenntnis von einer Aeußerung von ihnen haben, daß sie bei einem Siege der Tschechen wohl das Joch der Wiener Doktoren abgeschüttelt hätten, um dafür das der Prager Advokaten einzutauschen.[1]) Auch Staatsrat Braun, den man für einen der vornehmsten Förderer der neuen Gestaltung hielt, soll bedenklich den Kopf geschüttelt haben, als er die wahren Tendenzen der tschechischen Feudalen sich immer mehr enthüllen sah.[2]) Nun erlangte auch der Kaiser vollen Einblick in die alles untergrabende und zersetzende Politik Hohenwarts und dessen Anhänger. Man hatte das begreifliche Bestreben des Monarchen, die einander feindlich gegenüber stehenden Völker zu versöhnen und Frieden unter ihnen zu schaffen, in frevelhafter Weise ausgenutzt. Die unstreitig vorhandene Verstimmung der Krone gegen die Deutsch-Oesterreicher wurde als Angriffsobjekt gegen deren noch immer dominierende Stellung verwertet. Indem man sie als Landesverräter brandmarkte, die nichts Geringeres als Lostrennung von der habsburgischen Monarchie planen, schilderte man dem Herrscher die tschechischen Feudalen als die einzigen wahren Oesterreicher, denen kein höheres Ziel als die Größe und Macht eben dieser Monarchie vorschwebe. Bei dem in den maßgebenden Kreisen noch immer fortwuchernden Mißtrauen gegen Deutschland fielen solche Verdächtigungen und Anklagen auf fruchtbaren Boden. Den von den Ungarn eventuell zu befürchtenden Widerstand hatte man dem Kaiser als leicht zu besiegen hingestellt, da man ja dessen Selbständigkeit anerkenne, wobei man sich freilich hütete, dem Monarchen Einblick in die letzten Konsequenzen dieser Politik zu gewähren. In meisterhafter Weise hatte man es verstanden, vor die Augen des Herrschers ein herrlich eingerichtetes Zukunftsgebäude zu zaubern, als dessen einzig mögliche Baumeister sich der Ministerpräsident und dessen tschechische Verbündete ausgaben. Mit Bezug hierauf sagte Andrássy: der Kaiser habe geglaubt, Hohenwart kredenze ihm mit dem böhmischen Ausgleich Champagner, hinterher erwies sich dieser als Treber.[3])

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, Wien, 6. November 1871.

[2]) Schweinitz, Wien, 18. Oktober 1871.

[3]) Przibram, a. a. O., S. 311.

Eine sonderbare Fügung, daß gerade Andrássy, der am meisten dazu beigetragen, den Monarchen davon zu überzeugen, daß ihm sein Minister anstatt eines köstlich schmeckenden ein übel schmeckendes Getränk servierte — sonderbar, daß gerade er, der sein Vaterland vor dem vernichtenden Schlage der Tschechen bewahrte, von der ungarischen Opposition die ganz unbegründeten Vorwürfe erdulden mußte, er hätte sich eigenmächtig und in unberechtigter Weise in die Angelegenheiten des Nachbarstaates eingemengt.[1]) Andrássys Antwort auf diese Anklage lautete, daß es sich hier weder um eine ausschließlich zisleithanische, ungarische oder tschechische, sondern um eine beiden Hälften der Monarchie gemeinsame Angelegenheit handelte, in der er der Krone als deren Minister mit seinem Ratschlage beistehen mußte.[2]) Mit Recht wies der ungarische Ministerpräsident darauf hin, daß ein Zustand, der 1867 von der Krone, von beiden Parlamenten und beiden Ministerien nach mühseligen Unterhandlungen sanktioniert worden, nicht einseitig von einem hierzu gar nicht berechtigten Faktor in Frage gestellt werden dürfe.[3]) Die Opposition irrte, wenn sie meinte, daß die Einführung der Personalunion die beste Schutzwand gegen die Rückwirkung tschechisch-feudal-klerikaler Strömungen in Oesterreich auf Ungarn bilde. Wäre der Blick der Opposition nicht durch Wahlmanöver mit Rücksicht auf die bevorstehenden Reichstagswahlen getrübt gewesen, hätte sie gewiß nicht die Drohungen überhören können, die der gefallene Schäffle gegen Ungarn richtete und die die wahren Pläne des Ministeriums Hohenwart enthüllten. Die slawische Gesamtbewegung, welche beide Reichshälften umfaßt, schrieb Schäffle damals in seinem Leiborgan, ist im Werden und Wachsen; ihre Kräfte werden sich jenseits richten gegen das Vorrecht des Magyarismus, der schließlich froh sein wird, sich in den Föderalismus zu retten, den sein Vertreter (Andrássy) jetzt bekämpft hat.[4]) Andrássys Verdienst war es, daß er diese Gefahr erkannt und mit männlichem Mut gegen sie auftrat. Die Personalunion wäre kein genügender Schutzwall gegen solche Bestrebungen gewesen. Hätte Andrássy den ruhigen Zuschauer abgegeben und nicht rechtzeitig geholfen, einen Damm dagegen zu errichten, die slawische Hochflut wäre zerstörend in Ungarn eingebrochen, und

---

[1]) Lederer, Bd. II, S. 507 u. ff.

[2]) Ibidem, S. 524.

[3]) Ibidem.

[4]) „Oesterreichisches Journal", 30. Oktober 1871, Abendausgabe.

mit der Vernichtung der Freiheit und deutschen Wesens würde sie auch bei uns viel kostbare Güter hinweggeschwemmt haben. Die deutsche Verfassungspartei hat in jenen für sie so bedrohlichen Tagen den großen Dienst, den Andrássy auch ihr geleistet, vollkommen anerkannt. Ihr Organ verkündete es lauthin aller Welt: daß sie nun erst mit dem Jahre 1867 versöhnt sei, dessen Schöpfung sie vom Untergang rettete.[1])

---

[1]) „Neue Freie Presse", 4. November 1871. „Deákpartei und Verfassungspartei."

Siebzehntes Kapitel

Beusts Sturz und Andrássys Ernennung zum Minister des Aeußern

Das momentane Zusammenwirken Andrássys und Beusts gegen das Ministerium Hohenwart hatte Tieferblickende keinen Augenblick über die unüberbrückbare Kluft zu täuschen vermocht, welche die zwei hervorragendsten Staatsmänner der Monarchie voneinander schied. Persönliche wie sachliche Gegensätze trennten den ungarischen Ministerpräsidenten vom Reichskanzler. Der gerade, offene Charakter Andrássys fühlte sich von dem stets unruhigen, zur Intrige hinneigenden „aalglatten“ Beust abgestoßen. Dieser hörte sein Lob so gerne in den Zeitungen erklingen und verschmähte es nicht, sich in den Salons als Verfasser geistreicher Impromptus, witziger Gedichte und als Kompositeur feiern zu lassen. Auch schon vor der Affäre Hohenwart hatte sich zwischen den beiden Männern keine Uebereinstimmung in der Verfolgung politischer Ziele gezeigt. Wiederholt wurde die äußere wie innere Richtung des Reichskanzlers von Andrássy bekämpft. Kaum ließ dieser eine sich ihm darbietende Gelegenheit verstreichen, ohne nicht in intimerem Kreise Beusts Gebaren als Minister des Aeußern zu verurteilen.[1]) In späterer Zeit (1887), als Andrássy längst nicht mehr die äußeren Geschicke der Monarchie leitete, vermerkte er auf dem ihm gehörigen Exemplar der Denkwürdigkeiten des gewesenen Reichskanzlers, daß dessen auswärtige Politik eine verfehlte gewesen.[2]) Voll Mißtrauen gegen diese, hatte der ungarische Ministerpräsident ihre Kontrollierung einem ihm vollkommen ergebenen Vertrauensmann übertragen, um nicht von der Leitung der auswärtigen Angelegenheiten durch unerwartete Sprünge überrascht zu werden. Beust war diese Ueberwachung in der Tiefe seines Herzens zuwider. Anstatt sie jedoch auf den natürlichen Ursprung, auf Andrássys Sorge um das Wohl des Staates zurückzuführen, redete sich der Reichskanzler immer mehr in die Ueberzeugung hinein, Andrássy wäre sein Neben-

---

[1]) Mündliche Mitteilung einer Zeitgenossin.
[2]) Mündliche Mitteilung Kónyis.

buhler, der sehnsuchtsvoll von Ofen nach Wien schiele, um ihn so rasch als möglich aus dem Sattel zu heben. Er konnte dieser ihn auf Schritt und Tritt verfolgenden Besorgnis nicht mehr loswerden, die noch verstärkt wurde durch die Ansicht der Diplomaten, daß der Einfluß des ungarischen Staatsmannes ein überwiegender sei.[1]) Seitdem waren alle Handlungen Beusts von der Furcht beherrscht, der ungarische Kollege sinne auf seinen Sturz. So sehr man sich auch bemühte, der Außenwelt den Einblick in die Reibungen zwischen den beiden Ministern zu wehren — ganz konnte diese Verstimmung doch nicht verheimlicht werden.

Die ersten Gerüchte über einen bevorstehenden Wechsel im Ministerium des Aeußern infolge dieser Gegensätze reichen in den November 1868 zurück. Die Wiener Zeitungen verfolgten durch Verbreitung derartiger Nachrichten neben der Reklame für Beust gleichzeitig den Zweck, die Stimmung der Oesterreicher gegen das magyarische Uebergewicht in einer für Ungarn ungünstigen Weise zu beeinflussen. Dagegen bemächtigten sich die offiziösen Blätter des Gerüchtes, um den Reichskanzler als eine ganz unentbehrliche Persönlichkeit für die Monarchie zu verherrlichen. Hatte auch die „Neue Freie Presse“ mit ihrer Meldung gute Witterung bekundet, was die Disharmonie betrifft, so war sie und ihr folgend das „Vaterland“[2]) doch weit mit den Angaben über die Nachfolgerschaft Andrássys übers Ziel geschossen. Noch war davon die Rede nicht. Zu jener Zeit — 1868 — unternahm Andrássy nur den ersten Sturm auf die von Beust vertretene Politik. Würdigte der Kaiser auch nach einigem Zögern die sachlich begründeten Vorstellungen des ungarischen Ministerpräsidenten gegen die allzu franzosenfreundliche Tendenz des Reichskanzlers, so vermochten sie doch nicht, diesem das Vertrauen der Krone zu rauben. Gerade damals ward Beust — 5. Dezember 1868 — in den erblichen österreichischen Grafenstand erhoben.[3]) Im Hinblick auf die starke Stütze, die dieser beim Souverän fand, konnte daher der preußische Gesandte mit Berechtigung äußern, daß Beust nicht nur noch lange Zeit der Lenker von Oesterreich-Ungarns auswärtiger Politik bleiben, sondern auch Preußen mit ihm als einem einflußreichen, sehr geschäftskundigen Faktor werde rechnen

---

[1]) Bericht aus Pest, 1868, ohne Tagesdatum, muß aber in den April gehören.

[2]) 20. November 1868.

[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 233.

müssen.[1]) Im Besitz der Auszeichnung seines Herrschers fand es offenbar Beust in seinem Interesse gelegen, vor den Augen der Monarchie und Europas in bestem Einvernehmen mit Andrássy zu erscheinen. In einer jedenfalls vom Reichskanzler beeinflußten Flugschrift[2]) wurden angebliche Differenzen zwischen ihm und Andrássy in das Reich böswilliger Erfindungen verwiesen. Das ganze Lager der Offiziösen erhielt den Auftrag, es aller Welt zu verkünden, daß zwischen den beiden Ministern das „herzlichste Einvernehmen" herrsche. So war Beust immer von Sorge für seine Stellung erfüllt und konnte den Gedanken an seinen vermeintlichen Rivalen nicht mehr bannen. Sein Mißtrauen blieb um so reger, als die Zeitungen immer von neuem Andrássy den kommenden Mann nannten. Der „Pester Lloyd" bestritt diese Zumutungen, indem er erklärte, der ungarische Ministerpräsident denke nicht daran, die Zügel der auswärtigen Leitung zu ergreifen; er wäre in Ungarn nötig, wo seine Mission noch nicht erfüllt sei.[3]) Aber auch diese Berichtigungen vermochten nicht Beusts fixe Idee aus der Welt zu schaffen, und er traf Vorkehrungen, um dem gefürchteten Nebenbuhler den Weg nach dem Wiener Ballhausplatze zu verrammeln. Und zwar versuchte er dies durch Verdrehung der Tatsachen. Während er selbst für den Krieg mit Preußen tätig war, ließ er durch seine Preßorgane Andrássy als Vertreter einer kriegerischen Politik hinstellen, um ihn auf diese Weise von vornherein der öffentlichen Meinung mißliebig zu machen.[4]) Diese Bemühungen verfehlten jedoch ihren Zweck, denn die Stimmen, die unablässig von der wachsenden Bedeutung des ungarischen Ministerpräsidenten zu erzählen wußten, wollten nicht verstummen. Aus Wien wurde nach Berlin berichtet, daß der junge[5]) Graf Beust täglich immer und ebensoviel an Ansehen und Einfluß verliert, wie der des Grafen Andrássy steigt.[6]) Dann hieß es wieder, wie auf Verabredung gleichzeitig in Wiener und Pariser Salons, daß Beusts Stellung erschüttert sei, daß die ungarische Partei dem

---

[1]) Brief Werthers an Bismarck, Wien, 9. Dezember 1868. Bismarck bemerkte hierzu: Aendert nichts.

[2]) „Oesterreich im Frühjahr 1869", Prag 1869, S. 13. Eine zur Verhimmelung Beusts verfaßte Flugschrift.

[3]) „Pester Lloyd", 6. und 14. Januar 1869. Beide Artikel haben Max Falk zum Verfasser.

[4]) Bericht aus Pest, präsentiert 2. Februar 1869.

[5]) Anspielung auf die jüngst erfolgte Erhebung Beusts in den Grafenstand.

[6]) Meldung des Berliner Nachrichtenbureaus, ohne Datum. Jedenfalls in den Februar 1869 gehörig.

Kaiser die Augen über ihn geöffnet habe und er demnächst Andrássy Platz werde machen müssen.[1]) Freiherr von Werther, von Berlin aus über die Stichhaltigkeit dieser Nachrichten befragt, bestritt nicht, daß vorübergehende Meinungsverschiedenheiten zwischen dem Reichskanzler und dem ungarischen Ministerpräsidenten bestanden haben mögen. Er bezweifelte jedoch, daß man jetzt ernstlich an einen Wechsel im Ministerium des Aeußern denke und hielt es überhaupt für fraglich, ob Andrássy ungeachtet seiner sonstigen Fähigkeiten sich für die Kanzlerschaft eigne.[2])

Der tiefere Anlaß der stets von neuem auftauchenden Gerüchte, daß Andrássy demnächst seinen Einzug in das Ministerpalais am Wiener Ballhausplatze halten werde, war, trotz aller Ableugnungen, nicht auszutilgen. Er fand seinen Ursprung in der bei wichtigen politischen Anlässen immer wiederkehrenden großen Meinungsverschiedenheit, die auf die Dauer ein gemeinsames Zusammenarbeiten der beiden Minister geradezu unmöglich machte. Aufs entschiedenste hatte sich die vollkommen entgegengesetzte Denkungsweise in der Neutralitätsfrage offenbart. Gleich 1868/69 war Beust auch im Jahre 1870 genötigt, vor der Friedenspolitik Andrássys die Segel zu streichen und den kürzeren zu ziehen. Da die Erfolge für Andrássys Politik sprachen, mußte sich naturgemäß der Krone die Ueberlegenheit des staatsmännischen Blickes des ungarischen Ministerpräsidenten über den des Reichskanzlers aufdrängen. Damals wollte Andrássy zum erstenmal beim Kaiser Anzeichen der Unzufriedenheit mit seinem Minister des Aeußern wahrnehmen. In diesem Zusammenhange erschien es ihm als nicht unwahrscheinlich, daß der Monarch vielleicht ihn mit der Führung der äußeren Politik betrauen könnte.[3]) Das mag auch Beust nicht entgangen sein. Dieser Umstand erklärt es, daß er sich jetzt bitter über Andrássy beklagte, der in allem mitsprechen wolle und ihm seine Stellung sehr erschwere.[4]) Des Reichskanzlers hatte sich schon seit einiger Zeit ein starkes Gefühl der Isoliertheit bemächtigt. Daß mich die Klerikalen und böhmischen Feudalen hassen, bekannte er freimütig dem preußischen Gesandten, finde ich natürlich; aber von den Deutschliberalen begreife ich es nicht.[5]) Einem sächsischen Landsmanne gegenüber äußerte er sich bei

---

[1]) Graf Solms, Chargé d'affaires in Paris, an Bismarck, Paris, 16. August 1869.
[2]) Werther, Wien, 31. August 1870.
[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 15. August 1870 (ung.).
[4]) Ibidem.
[5]) Schweinitz, Wien, 29. Januar 1870.

anderer Gelegenheit darüber, wie ihm die ganze Aristokratie feindlich gesinnt sei, daß er in Oesterreich niemand habe, auf den er sich verlassen oder dem er sein Vertrauen schenken könnte.[1] General Schweinitz hatte die Ueberzeugung, daß Beusts Schicksal in den Händen Andrássys liege, der gerade in diesen Tagen zum norddeutschen Gesandten äußerte: er brauche nicht gegen ihn zu sprechen; wenn er schweige, stimmen alle 60 Ungarn (in der Delegation) gegen ihn.[2] Aus all dem folgerte der Preuße, daß Beusts Tage gezählt sein dürften. Behaupten dürfe er, meinte damals der preußische Gesandte, beweisen jedoch könne er es nicht, daß des Reichskanzlers Stellung nicht mehr lange haltbar sein werde[3] Es konnte daher in Berlin keine Ueberraschung bereiten, als dort am 16. November 1870 von Waecker-Gotter aus Pest die Meldung einlief: Andrássy sei zum Reichskanzler ernannt worden.[4] Sofort fragte Staatssekretär Thile im Auftrage Bismarcks bei General Schweinitz in Wien an: Was ist an der Sache?[5], worauf dieser antwortete: Bis jetzt sei hier nichts Derartiges bekannt.[6] Waecker-Gotter hatte etwas übereilt den Worten des Generals Gablenz Glauben geschenkt. Am 15. spät abends hatte dieser in das Pester Kasino, dem Versammlungsort der vornehmsten hauptstädtischen Gesellschaft, die Neuigkeit gebracht, er habe soeben aus Wien die vollkommen verbürgte Nachricht von der Ernennung Andrássys erhalten. Der norddeutsche Generalkonsul vertraute um so leichter den Angaben des Feldzeugmeisters Gablenz, als er gleichzeitig erfuhr, auch der Gräfin Andrássy sei die gleiche Mitteilung zugekommen, die aus diesem Anlasse sogar schon Gratulationen entgegennehme.[7] So ganz aus der Luft gegriffen war die Erzählung des Generals Gablenz, die einen Tag hindurch in Pest als authentisch galt,[8] denn doch nicht. Beusts Stellung war gerade damals tatsächlich im höchsten Grade gefährdet. Nur seiner Geschicklichkeit und seinem Anpassungsvermögen hatte er es zu danken, daß es ihm gelang, jetzt noch die ihn bedrohenden Klippen glücklich zu umschiffen. Nur indem

---

[1]) Eichmann, Dresden, 22. Oktober 1870.
[2]) Schweinitz, Wien, 6. Oktober 1870.
[3]) Ibidem.
[4]) Ibidem.
[5]) Ibidem.
[6]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 16. November 1870.
[7]) Waecker-Gotter, 20. und 29. November 1870.
[8]) Schweinitz, Wien, 20. November 1870.

Beust, wie Bismarck wußte, sich der ungarischen Auffassung, die antirussisch ist, fügte,[1]) vermochte er sein bereits sehr gebrechliches Schifflein noch zu retten.

Ohne es zu beabsichtigen, bot Rußland dem Reichskanzler den Rettungsanker. Die Aufwerfung der Pontusfrage half ihm über den sich vor ihm auftuenden Abgrund hinweg. Ermutigt durch die Schwäche Frankreichs, die unbedingte Friedensliebe Englands, die Besetzung Roms durch Italien und rechnend auf die Zustimmung des dankbaren Deutschlands, wollte auch das Petersburger Kabinett sein Schäflein ins Trockene bringen. Jetzt schien diesem der Moment gekommen, um endlich die Schmach zu tilgen, die der Pariser Vertrag von 1856 dem russischen Reiche angetan. Im Rundschreiben vom 31. Oktober 1870[2]) an die Mächte forderte Fürst Gorčakov die Aufhebung jener Bestimmung des Pariser Friedens, die Rußland die Haltung einer Kriegsflotte im Schwarzen Meere untersagte. Anknüpfend an das seinerzeitige Anerbieten Beusts aus dem Jahre 1867, den Pariser Vertrag zugunsten Rußlands zu modifizieren, wandte sich jetzt der russische Staatskanzler mit seinem Anliegen an Oesterreich-Ungarn, an die vor allem in dieser Frage beteiligte Macht. Hatte einmal unsere Monarchie die Zustimmung gegeben, dann durfte Rußland hoffen, auch die Billigung der anderen Kabinette Europas zu erhalten. Der Wiener russische Botschafter begab sich am 9. November zu Beust, um ihm vertraulich die Mitteilung zu machen, daß Rußland mittels einer Zirkularnote den Pariser Vertrag kündige. Novikov hatte vorher den Sektionschef Baron Orczy in das Geheimnis eingeweiht und gebeten, ihn beim Reichskanzler zu melden. Beust, der eben im Begriffe stand, für einen Tag nach München zu reisen, weigerte sich anfangs, den russischen Diplomaten zu empfangen.[3]) Die Entgegennahme seines Auftrages sollte bis nach der Rückkehr aus der bayrischen Hauptstadt verschoben werden. Nur dem nachdrücklichen Drängen Orczys gelang es endlich, den Minister anderen Sinnes zu machen. Mit Ausnahme Baron Rothschilds, den Beust unmittelbar nach der Begegnung zu sich hatte rufen lassen,[4])

---

[1]) Bismarck an Schweinitz. Ohne Datum.

[2]) Circulaire du prince Gorčakov, 19./31. Oktober 1870. Rotbuch des k. k. gemeinsamen Ministeriums des Aeußern, Nr. 4, S. 135.

[3]) Beust begleitete seine Familie, die am 11. November nach Vevey fuhr, bis München. Am 12. kehrte er von dort zurück. Angaben der „Neuen Freien Presse“ vom 8., 11. und 12. November 1870.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 1.—10. November 1870 (ung.).

verschwieg Beust drei Tage lang[1]) aller Welt die russische Zirkularnote, die wie eine Brandgranate unter die europäische Diplomatie fuhr. Obgleich sie einen schweren Schlag gegen Oesterreich-Ungarn und zugleich den drohenden Eroberungskrieg gegen die Türkei bedeutete, verbreitete sich doch erst am 12. November[2]) das noch unbestimmt lautende Gerücht von der Forderung Rußlands nach der Revision des Artikels XIV des Pariser Vertrages. An diesem Tag war auch Andrássy in Wien eingetroffen, den der Reichskanzler sofort in Kenntnis des russischen Zirkulars gesetzt haben dürfte. Der Reichskanzler, der ja wiederholt und zum letztenmal im September das russische Kabinett zu solch einem Schritte ermuntert hatte, soll auch jetzt zu einem Entgegenkommen gegenüber Petersburg bereit gewesen sein. Darin aber wurde er von Andrássy gehindert, der weder für ein Eingehen auf den russischen Wunsch war, noch aber auch dafür, daß man sich nach den Entschlüssen Englands richte, wie es Beust zu befürworten schien. Andrássy hatte das richtige Gefühl, daß die Monarchie in dieser, ihre lebendigsten Interessen berührenden Frage eine vollständig selbständige, von jeder anderen Macht unabhängige Politik vertreten müsse. Die unmittelbare Folge des Gedankenaustausches zwischen den beiden Staatsmännern war Beusts Weisung vom 16. November an den Botschafter in Petersburg, mittels welcher dieser betraut wurde, das russische Ansinnen abzulehnen.[3]) Wenn jedoch der Reichskanzler in seinen Denkwürdigkeiten behauptet, es gereue ihn nicht, in seiner Depesche an Graf Chotek Rußland gegenüber einen herben Ton angeschlagen zu haben,[4]) so brüstet er sich mit einer Tat, die nicht seinem eigenen Entschlusse entsprang. Wäre es nach ihm gegangen, so hätte er sich Rußland gegenüber entgegenkommend gezeigt. Erst Graf Andrássys energisches Auftreten, dem die kriegerische, gegen Rußland gerichtete Sprache der ungarischen Presse sekundierte, zwang ihn zu einer Aenderung seiner Haltung. Nur allein um diesen Preis konnte er sich vor seinem sicheren Falle retten. Denn bis zum 10. November war es eine beschlossene Sache, den Reichskanzler in der ungarischen Delegation zu stürzen.[5]) Würde er sich geweigert haben, dem Petersburger Botschafter Weisungen im Sinne Andrássys

---

1) Tagebuch des Baron Orczy, 1.—10. November 1870 (ung.).

2) „Neue Freie Presse", 12. November 1870.

3) Beust, a. a. O., S. 418—423. Rotbuch, Nr. 4, S. 137 u. ff.

4) Beust, a. a. O., S. 418—423.

5) Schweinitz, Wien, 5. Dezember 1870.

zu erteilen, so wäre unausweichlich der Sturm gegen ihn in der Delegation losgebrochen, der ihn dann unbarmherzig hinweggefegt hätte. Hierauf bezieht sich die Aeußerung Bismarcks, daß Graf Beust sich der ungarischen Fassung, welche antirussisch ist, füge, um seine Stellung zu befestigen.[1]) Doch hatte Beust nicht nur gegen die ihm von ungarischer Seite drohende Gefahr anzukämpfen. Auch die deutsch-österreichischen Delegierten wollten ihn von seinem Platze verdrängen. Giskra, Herbst und andere Führer der Verfassungspartei gaben unverhohlen ihrer Unzufriedenheit mit dem Reichskanzler Ausdruck und sagten ganz laut: „Andrássy ist der rechte Mann.“[2]) Wie ein Ertrinkender noch im letzten Augenblicke alle Lebenskräfte zur Verteidigung seiner Existenz zusammenrafft, ebenso angestrengt hielt jetzt der Minister des Aeußern Ausschau nach den Schwächen seiner Gegner, um diese in geschickter Weise zu seinem Vorteile auszubeuten. Er wußte, daß die Deutsch-Oesterreicher es wegen der Pontusfrage zu keinem Kriege mit Rußland kommen lassen möchten. Diesen Umstand benützte Beust, um ihnen vorzustellen, daß der Zusammenstoß unvermeidlich sei, wenn Andrássy sein Nachfolger würde.[3]) Gleichzeitig verstand er es, sich die Gewogenheit sowohl der ungarischen als der österreichischen Delegation durch die Betonung seiner freundlichen Gesinnungen für die Neugestaltung Deutschlands zu erringen. Es gelang ihm, Pulszkys Vorwürfe zu entkräften, der Beusts auswärtige Politik eine Shakespearsche „Komödie der Irrungen“ nannte, die nahe daran war, zu einer „Tragödie der Irrungen“ zu werden.[4]) Mit erstaunlicher Geschmeidigkeit kam er ungefährdet über die verwundbarste Stelle seiner politischen Tätigkeit: die Allianzverhandlungen mit Napoleon und die Sendung des Grafen Vitzthum nach Florenz, hinweg. Er hütete sich wohl, auch nur mit einem Worte dieser Dinge zu gedenken, die ihn schwer kompromittieren konnten.[5])

---

[1]) Bismarck an Schweinitz. Ohne Datum. Novikov sagte damals zu General Schweinitz: Nous lui avons rendu un grand service, sans le circulaire il ne serait plus chancelier. Schweinitz, Wien, 19. Dezember 1870.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 1.—10. Januar 1871 (ung.).

[3]) Schweinitz, Wien, 5. Dezember 1870. Ich will hier nur bemerken, daß in der auf Vorschlag Preußens in London 1871 zusammengetretenen Londoner Konferenz die Neutralisation des Schwarzen Meeres aufgehoben wurde. Nur die Meerengensperre blieb aufrecht.

[4]) Tagebuch der ungarischen Delegation. XIII. Sitzung vom 23. Januar 1871 (ung.).

[5]) In diesem Sinne urteilen Orczy, Tagebuch, 1.—10. Januar 1871 (ung.) und Schweinitz, Wien, 5. Dezember 1870.

Hatte sich Andrássy auch enthalten, der Stellung Beusts in diesem Moment den Todesstoß zu versetzen, so wollte er doch nicht, daß die Außenwelt den Eindruck empfange, er sei im Ringen mit dem Reichskanzler unterlegen. „Man soll doch," äußerte damals der ungarische Ministerpräsident zu Baron Orczy, „nicht immer von einem Kampf zwischen Beust und Andrássy sprechen. Einen solchen gibt es überhaupt nicht. Wenn man mich jedoch," fuhr er fort, „so hinstellen möchte, daß es einen Kampf gegeben, in dem ich den kürzeren gezogen habe, dann könnte ich vielleicht gezwungen sein, zu beweisen, daß ich in einem solchen Falle nicht der Besiegte wäre."[1]) Noch aber war der Tag der Abrechnung mit dem Reichskanzler nicht gekommen. Das fühlte Andrássy selbst. Aus diesem Grunde schenkte er gerne der Mahnung des geistvollen ungarischen Unterrichtsministers Baron Eötvös Gehör, der ihm schrieb: Im Falle seiner Ernennung zum Minister des Aeußern würde höchstens der Ruhm eines Ungarn, der persönliche Ruhm seines Freundes Andrássy, nie aber die Zukunft der ungarischen Nation begründet werden. „Du gehörst", so apostrophierte ihn Eötvös, „zu den seltenen Günstlingen des Schicksals, deren persönliche Stellung mit der Zukunft einer Nation verknüpft ist. Nur wenn Du in diesem wichtigen Augenblick" — es war im August 1870 — „die Geschicke der Monarchie als ungarischer Minister leitest und bestimmst, sicherst Du damit gleichzeitig die zukünftige Stellung Ungarns."[2]) Hierauf antwortete Andrássy am 16. September 1870: „Ich stimme mit Dir in allem überein. Was die Aussicht betrifft, daß ich an Beusts Platz kommen soll, so habe ich auf alle Weise dagegengekämpft und kämpfe auch jetzt dagegen. Für mich könnte nichts unangenehmer sein als eine solche Wendung, da ich mich einer schier unmöglichen Aufgabe gegenübergestellt sehen würde."[3]) Aus den Worten Andrássys, er habe auf jede Weise gegen das Erbe Beusts gekämpft und kämpfe noch dagegen, müßte naturgemäß gefolgert werden, daß ihm bereits 1870 von der Krone das Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten angeboten worden war. Es mag ja sein, daß Andrássy von dem Hofe nahestehenden Personen Andeutungen über seine eventuelle Berufung gemacht wurden. Diesen gegen-

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 1.—10. Januar 1871 (ung.).

[2]) Eötvös an Andrássy, 3. August 1870 (ung.). Zuerst mitgeteilt von Lederer, Bd. II, S. 355.

[3]) Andrássy an Eötvös, 16. September 1870 (ung.), mitgeteilt in Bd. XX der „Gesammelten Werke Baron Eötvös'", S. 107 (ung.).

über dürfte er Einwendungen erhoben haben, die ihn dann zur Aussage veranlaßten, er kämpfte und kämpfe gegen die Uebernahme der Leitung der äußeren Politik. Dagegen aber liegt kein einziges Dokument als Beweis dafür vor, daß der Monarch dem Grafen Andrássy im Laufe des Jahres 1870 einen direkten Antrag zum Eintritt in das Ministerium des Aeußern gemacht hätte. Vielmehr sprechen alle Tatsachen für das Gegenteil. Andrássy war sogar verstimmt darüber, daß ihn der Herrscher, entgegen allen seinen Erwartungen, nicht mit der Leitung der äußeren Angelegenheiten betraute.[1]) Nach dem Kronrate vom 18. Juli 1870, in dem seine Ansicht den Ausschlag gegeben, hatte er fast mit Sicherheit den Eintritt dieses Ereignisses erwartet. Aber gerade damals war der Kaiser nicht gut auf Andrássy zu sprechen. Intime, dem Hofe alliierte Freunde des ungarischen Ministerpräsidenten wollten sogar wissen, daß dieser das Vertrauen der Krone nicht mehr in dem Maße wie vorher besitze.[2]) Kein Zweifel, daß enragierte Preußenfeinde den Monarchen gegen Andrássy seiner preußenfreundlichen Politik wegen einzunehmen suchten. Es wirkten aber noch andere triftige Gründe mit, die den Kaiser bestimmten, Beust im November 1870 noch nicht fallen zu lassen, obgleich sein Glaube an dessen staatsmännische Begabung um diese Zeit ge der deuinfoltschen Siege schon sehr erschüttert schien. Vor allem nahm der Herrscher damals noch sehr ungerne Personalveränderungen in den höchsten Staatsämtern vor, am seltensten in der Leitung des Ministeriums des Aeußern. Nur im dringendsten Falle enschloß er sich dazu. Abgesehen davon, fürchtete auch der Kaiser, daß beim Abgange Andrássys aus Ungarn die Führung der Staatsgeschäfte daselbst leicht Schaden erleiden könnte.[3])

Alle diese Umstände fielen zugunsten Beusts in die Wagschale, der erleichtert aufatmete, als ihm anfangs 1871 auch der Monarch versicherte, er denke an keine Aenderung. Mit Bezug auf die stets in den Zeitungen besprochene Reichskanzlerkrisis sagte damals der Kaiser zu Graf Beust: „Ich habe niemand das Ministerium des Aeußern angeboten und dies auch niemand so nahe gelegt, daß wer immer sich berechtigt fühlen dürfte, zu meinen, ich beabsichtige einen Wechsel.“ Auf die Frage des Herrschers nach dem eigentlichen Ursprungsort dieser Gerüchte

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 15. September und 10. Oktober 1870.
[2]) Ibidem, 5. und 17. September 1870 (ung.).
[3]) Ibidem, 10. Oktober 1870 (ung.).

meinte der Reichskanzler: sie könnten unmöglich in der ungarischen Hauptstadt verbreitet werden, wenn man nicht ununterbrochen von Wien aus dorthin berichten würde; wer aber deren Urheber sei, könnte er nicht angeben. Hier warf der Kaiser ein: „Sollte Lónyay nichts davon wissen?“, worauf Beust entgegnete: „Ich fühle mich nicht bewogen, den Denunzianten zu spielen,“ eine Antwort, womit er die Vermutung des Monarchen weder zugeben noch bestreiten wollte. Die auf Lónyay anspielende Bemerkung scheint aber darauf hinzudeuten, daß der Kaiser von den Plänen des gemeinsamen Finanzministers, an Stelle Andrássys als ungarischer Ministerpräsident zu gelangen, genaue Kenntnis hatte. Er beschloß die Audienz mit den Worten: „Ich will, daß man diesen Gerüchten (von einem Wechsel im Ministerium des Aeußern) endlich ernstlich ein Ende mache.“ [1]) Nichts natürlicher, als daß der Reichskanzler keinen dringenderen Wunsch empfand, als in den Zeitungen die Aeußerung des Monarchen verlautbaren zu lassen, daß er niemand das Ministerium des Aeußern angeboten und auch kein Wechsel in der Leitung desselben beabsichtigt sei.[2]) Es erschien auch tatsächlich am 20. März in der „Wiener Abendpost“ ein in diesem Sinne abgefaßtes Entrefilet.[3])

Beust genügte jedoch eine solche Erklärung nicht. Es verlangte ihn nach mehr. Nachdem sich die Sturmwolken verflüchtigt hatten, die die Pontusaffäre über seinem Haupte zusammenballte, war er mehr als je beflissen, von gefügigen Federn auf Kosten Andrássys sein Loblied singen zu lassen. Damals erschien eine Broschüre: „Graf Beust, Oesterreichs Neutralitätspolitik“,[4]) in der, gleich wie früher schon in der Beustschen Presse, abermals behauptet wurde, der Reichskanzler allein habe die Monarchie vor dem Kriege bewahrt, während Andrássy, im Bunde mit der „racheschnaubenden“ Kamarilla und der „säbelrasselnden“ Militärpartei, Seite an Seite mit Frankreich um jeden Preis auf Preußen losstürzen wollte. Andrássy, dem die Flugschrift zugesandt worden, lachte herzlich über deren absurden Inhalt. Scherzend bemerkte er darüber zu Beust: „Es scheint, daß doch Geschichte auf ganz seltsame Weise geschrieben wird,“ worauf Beust mit verlegener Miene entgegnete: „Da ist nichts zu machen, die Menschen

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 26. Januar 1871 (ung.).

[2]) Ibidem, 1. März 1871.

[3]) „Wiener Abendpost“, 1871. Wie Beust, a. a. O., Bd. II, S. 460 angibt, wurde dieses Entrefilet von ihm selbst verfaßt.

[4]) Pest 1871.

schreiben dumme Sachen zusammen, es ist nur ein Glück, daß sie nicht ernst genommen werden."[1]) Damit war für den ungarischen Premier die Angelegenheit erledigt. In seiner vornehmen Denkungsart kam es ihm gar nicht ernstlich in den Sinn, auch nur im entferntesten in Beust den Urheber dieser Broschüre zu vermuten. Noch weniger dachte er daran, in den Zeitungen eine Erwiderung gegen die seine Person betreffenden Behauptungen erscheinen zu lassen. Andrássy gab sich mit dem Bewußtsein zufrieden, das Rechte gewollt und erreicht zu haben. Er dachte nicht mehr an das Schriftchen, als ihm in der ersten Hälfte des April 1871, zur Zeit der Ministerschaft Hohenwarts, eine „Andrássy und seine Politik"[2]) betitelte Flugschrift zukam. Anfangs beachtete er sie nicht und ließ sie ungelesen liegen. Meinte er doch, sie rühre von demselben Manne her, der „Graf Beust, Oesterreichs Neutralitätspolitik" verfaßte und es sich zur Aufgabe gemacht habe, jetzt ihn zu preisen. Erst als er aus den Wiener Zeitungen, besonders jenen, die gute Beziehungen zur Reichskanzlei unterhielten, ersah, daß man ihm die Veranlassung der Broschüre zuschreibe, mit der bestimmten Absicht, Beust zu stürzen, nahm er das Schriftchen zur Hand. Er fand es, wie er selbst äußerte, sehr dumm, ebenso dumm, wie die andere vorher erschienene Broschüre.[3]) Keinen Moment wollte er jedoch den Verdacht auf sich sitzen lassen, als hätte er wirklich deren Veröffentlichung angeregt. In einem in den Zeitungen veröffentlichten Dementi wurde dies aufs entschiedenste in Abrede gestellt. Trotzdem fuhren die Blätter der Reichskanzlei fort, ihren Lesern diese Märe aufzubinden. Damals — am 19. April — reiste Andrássy nach Wien. Unmittelbar nach seiner Ankunft eilte der ungarische Premier in die Burg, wo ihm der Monarch aus freien Stücken die Versicherung gab, er hätte ihn nie für den Urheber der viel besprochenen Broschüre gehalten.[4])

---

[1]) Andrássy an Baron Nopcsa, Wien, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv. Der Brief ist ohne Jahreszahl. Nach seinem Inhalte kann er nur 1871 geschrieben worden sein.

[2]) Wien 1871. Nach Schweinitz, Wien, 19. April 1871, soll die Broschüre von einem Honvédhauptmann, namens Pfeifer, geschrieben und im Pester Preßbureau korrigiert und zensuriert worden sein. Orczy, Tagebuch, 16. April 1871 (ung.), wieder vermutete, daß Ludassy im Auftrage Andrássys die Flugschrift verfaßte. Wie aus dem Texte zu ersehen, wies Andrássy jede Mitwissenschaft an der Broschüre von sich.

[3]) Andrássy an Baron Nopcsa, Wien, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem.

Erst nach dieser Audienz interpellierte Andrássy den Grafen Beust, indem er an ihn die Frage richtete, wieso es denn komme, daß seine (des Reichskanzlers) Zeitungen ihn fortwährend mit dieser Broschüre verdächtigen? Ganz merkwürdig lautete die Antwort, Beust, der in seinen Denkwürdigkeiten seinen ungarischen Kollegen entlastet und doch gleichzeitig den Glauben an dessen Schuld zu erwecken sucht,[1]) entgegnete, er habe wohl keine Einflußnahme Andrássys auf die Abfassung der Flugschrift vorausgesetzt, doch könnte er nicht zur Verantwortung dafür gezogen werden, wenn die Wiener Blätter an eine solche glauben. Dies sei um so begreiflicher, als in dieser Broschüre Dinge besprochen werden, die nur aus der nächsten Umgebung Andrássys zur Kenntnis des Verfassers gelangt sein konnten. Nun verließ den ungarischen Ministerpräsidenten sein Gleichmut; der lange verhaltene Zorn blitzte hell auf. Wuchtige Worte schlugen jetzt an Beusts Ohr, Worte, die gewiß zu den schärfsten gehörten, die er je in seinem Leben zu hören bekommen haben mag. Andrássy hielt ihm sein ganzes politisches Sündenregister vor, wie er durch seine Haltung im Jahre 1870 ohne sein — des ungarischen Premiers — Dazwischentreten unfehlbar eine Katastrophe über die Monarchie heraufbeschworen hätte. Schonungslos gemahnte er Beust an die verschiedenen Episoden jener Tage, wie er, entgegen dem Antrage Andrássys, den Kaiser gehindert, sich direkt mit Preußen auseinanderzusetzen. Mit vollem Rechte durfte der Graf dem Reichskanzler sagen, daß diese Einzelheiten, vor die Oeffentlichkeit gebracht, ihm (Beust) ein vernichtendes Verdammungsurteil ganz Oesterreich-Ungarns zuziehen würden. Jedermann müßte nach Enthüllung dieser Tatsachen gestehen, daß, wenn Beust so gehandelt hätte, wie es er, Andrássy, empfohlen, es keine Pontusfrage gäbe und auch kein Gefühl der Dankbarkeit von seiten Preußens gegenüber Rußland wegen unserer im Kriege beobachteten Neutralität. Ist aber, apostrophierte der ungarische Ministerpräsident den Reichskanzler, von all dem auch nur ein Sterbenswörtchen in der Broschüre enthalten?[2])

Unter dem Eindruck dieser Philippika blieb der sich schuldbewußt fühlende Beust sprachlos; er vermochte, wie natürlich, nichts zu erwidern. Sonderbar aber mutete es Andrássy an, als der Reichskanzler statt jeder Entgegnung das Ersuchen an ihn

---

[1]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 461 ff.

[2]) Andrássy an Baron Nopcsa, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv.

richtete, sich mit ihm in der Oper zu zeigen, was die sichere Wirkung haben werde, das Gerede über die Broschüre verstummen zu machen. „Nachdem," berichtet hierüber Andrássy seinem Freunde Baron Nopcsa, „es mein fester Vorsatz war, Beust noch hundert Jahre lang ungeschoren auf seinem Posten zu lassen, wenn nur Seine Majestät und die Delegationen mit ihm zufrieden sind, so fügte ich mich seinem Antrage und erschien mit ihm in der Oper, zu dem größten Erstaunen des verblüfften Publikums." [1]) Allein Beust genügte diese eine Sensation nicht; er bedurfte noch eines weiteren sichtbaren Zeichens der Versöhnung. Am Tage nach dem gemeinschaftlichen Besuche in der Oper lud er Andrássy schriftlich zu einem Ritt in den Prater mit der Bemerkung: „J'ai un cheval digne de vous." Der Graf weigerte sich auch diesmal nicht, fand aber, als er am Rendezvousplatz eintraf, das ihm zur Verfügung gestellte Pferd, da er ein ausgezeichneter Reiter war, seiner nichts weniger als würdig. Noch bizarrer gestaltete sich die Geschichte durch folgenden Umstand. Kaum hatten sich die beiden Grafen vom Belvedere aus in Bewegung gesetzt, als ihnen ein Reitknecht mit zwei Rosen nachgesprengt kam, die er Beust übergab. Eine davon reichte der Kanzler seinem Kollegen, indem er hinzufügte, sie seien für den gemeinschaftlichen Ritt von einer Dame gespendet worden — vermutlich der Baronin Löwenthal,[2]) der Freundin des Ministers des Auswärtigen. Das war Andrássy des Komödienhaften doch zu viel. Während Beust seine Rose ins Knopfloch steckte, warf er die „schöne Blume" einfach zu Boden, „wo sie," wie er ironisch bemerkt, „noch jetzt liegen muß, wenn sie keiner aufgehoben hat." [3]) Diese Affäre konnte natürlich nicht unbemerkt bleiben, und gleich am folgenden Tag hieß es in ganz Wien: „Haben Sie schon von dem großen historischen Ritt gehört?" [4]) oder wie sich Beust ausdrückte, von dem „dualistischen Spazierritt".[5]) Nun war alle Welt fest überzeugt, alles sei in bester Ordnung, Beust hätte nichts mehr von seinem Rivalen zu be-

---

[1]) Andrássy an Baron Nopcsa, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Diese Baronin Sofie Löwenthal, geb. von Wilczynska, war die Gattin des ehemaligen Pariser österreich.-ungar. Militärattachés Freiherrn von Löwenthal, der später unter Andrássy als General im Präsidium des k. u. k. Ministerium des Aeußern in Verwendung stand. Sie war die Schwiegermutter des Herzogs von Decazes, des französischen Ministers des Aeußern. Orczy in seinem Tagebuch, 18. bis 19. November 1871, bemerkt, daß die Löwenthal „die Rolle der Egeria Beusts zu spielen liebte".

[3]) Andrássy an Baron Nopcsa, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Ibidem. [5]) Schweinitz, Wien, 1. Mai 1871.

fürchten, und er stände fester denn je. Der ungarische Ministerpräsident wußte nur zu gut, daß die wahre Situation eine völlig andere sei, als die Menschen, geblendet durch den Schein, sie sich vorstellten. Nach Andrássys Kenntnis der Dinge mußte er Beusts Stellung für erschüttert halten, erschüttert nicht etwa durch einen Sturmlauf von seiner Seite, sondern weil er sich selbst längst um alles Vertrauen beim Monarchen gebracht hatte. Wenn der Kaiser seinen Kanzler noch nicht entfernte, so geschah dies, wie Andrássy wohl bekannt war, aus einem sehr triftigen Grunde. Die passive Haltung, die Beust anfangs Hohenwart gegenüber beobachtete, war der Krone sehr erwünscht gewesen und machte ihn ihr noch einmal genehm.[1]) Stand doch zu besorgen, daß ein neuer Reichskanzler, etwa vom Schlage Andrássys, sich nicht zu solch beschaulicher Rolle bequemen würde. Hätte Beust seine unfreiwillig bezogene Position nicht aufgegeben, aller Wahrscheinlichkeit nach würde er sich noch längere Zeit, als dies hernach der Fall war, in seiner Stellung behauptet haben. Aber gerade das Emporkommen Hohenwarts und die von diesem beeinflußte weitere Gestaltung der Verhältnisse brachten Beust ins Gedränge und nötigten ihn, aus seiner Reserve herauszutreten. Auch rächte sich sein früheres Eingreifen in die inneren Geschicke Oesterreichs jetzt bitter an ihm. Er war es ja, wie wir gesehen, der die Krone zuerst auf den Weg des Ausgleiches mit den Tschechen gewiesen, womit er freilich, ohne es zu beabsichtigen, Hohenwart die Bahn geebnet, dessen Ernennung dann hinter seinem Rücken und ohne sein Wissen erfolgte. Es hies damals wohl, man habe ihn nicht befragt, um nicht das Odium der Einmengung in interne Angelegenheiten Oesterreichs auf ihn zu laden. Der wahre Grund lag aber darin, daß seine Indiskretion gefürchtet wurde und daß er die Bildung des Ministeriums der Welt früher verraten könnte, als dies nützlich wäre. Die Ernennung Hohenwarts ohne Beusts Mitwirkung war jedenfalls das erste Anzeichen des sinkenden Vertrauens der Krone zum Reichskanzler.[2])

Mit Rücksicht auf die üblen Folgen der neueren inneren Richtung auf die äußere Politik mußte aber Beust Einspruch gegen

---

[1]) Andrássy an Baron Nopcsa, 6. Mai (1871). Gräfl. Andrássysches Archiv. „Die Situation ist kurz die folgende: Der Kaiser hat gar kein Vertrauen zu Beust, aber jetzt war er ihm viel bequemer als je, da er sich in die hiesigen (österreichischen) Dinge nicht einmengt.“ (Ung.)

[2]) Das war die Auffassung Andrássys. Tagebuch des Baron Orczy, 8. November 1871 (ung.).

die Fortdauer des Hohenwartschen Regimes erheben. Konnte der Monarch noch länger auf den Rat eines Ministers hören, der ihn jetzt mit aller Macht von einer Sache abzubringen trachtete, die er ihm vorher, als im wichtigsten Staatsinteresse gelegen, aufs nachdrücklichste empfohlen hatte? Franz Josef I. mußte von Tag zu Tag merken, daß er in seinem Reichskanzler nicht mehr den verläßlichen Ratgeber besitze, dem er unbedingt folgen dürfe. Und konnte es ohne tiefen Eindruck bleiben, daß Beust zum Sturze Hohenwarts noch Andrássy als Bundesgenossen herbeigerufen hatte! Der Monarch, dem der Ausgleich mit den Tschechen so sehr am Herzen lag und der deswegen Hohenwart gerne im Amte behalten hätte, verzieh es Beust nicht, daß er durch solche Frontänderung seinem Lieblingsgedanken entsagen mußte. Franz Josef hatte das Gefühl, daß er sich nach jeder Hinsicht in Beust getäuscht. Nichts von all dem war eingetroffen, was man bei seinem Eintritt ins Ministerium des Aeußern erwartete und er selbst in Aussicht gestellt. Der Kaiser war Beust gefolgt, als dieser Allianzunterhandlungen mit Napoleon gegen Preußen einleitete. Anstatt der erhofften Demütigung des siegreichen Rivalen, war dessen Macht nur immer mehr angewachsen, bis ihm endlich sogar die deutsche Kaiserkrone zufiel. Die ganze politische Wirksamkeit Beusts vermochte nur unangenehme Erinnerungen in der Seele des Kaisers zu erwecken.[1]) Seines Bleibens in der Nähe des Herrschers war weiter keine Möglichkeit. Wie sehr sich der Herrscher schon seinem Kanzler entfremdet fühlte, zeigte sich am deutlichsten, als er sich nach der Demission Hohenwarts nicht mehr an Beust, sondern an Andrássy wegen der Wahl des neuen Ministerpräsidenten um Rat wandte. Als der ungarische Ministerpräsident in diesem Moment den Kaiser fragte, ob er sich schon deshalb mit Beust besprochen und er hierauf eine verneinende Antwort erhielt, da wußte Andrássy sofort, daß die Krone den Reichskanzler fallen gelassen und nun an ihn als dessen Nachfolger denke.[2]) Lónyay, Bellegarde, Prinz Hohenlohe und andere sagten es ganz laut, daß Beust in wenigen Tagen an seinen neuen Bestimmungsort als Botschafter nach London abgehen und Andrássy das Palais am Ballhausplatz beziehen werde.[3]) Nur der Reichskanzler allein

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 8. November 1871. „... er (Beust) hinterließ nur unangenehme Erinnerungen bei Seiner Majestät." (Ung.)

[2]) Ibidem, 29. Oktober 1871 (ung.). Idem an seine Mutter, Wien, 29. Oktober 1871.

[3]) Idem an seine Mutter, St. Hubertus 1871 (3. November).

mochte nicht ernstlich an die Möglichkeit seines Sturzes denken. „Eine Art von Vertrauensseligkeit," [1]) wie sich Orczy ausdrückte, „war über ihn gekommen, die ihn blind gegen alle Vorgänge machte, die sich um ihn abspielten. Er schien nicht merken zu wollen, daß ihn der Kaiser jetzt manchmal zwei bis drei Tage gar nicht rufen ließ, offenbar in der Absicht, ihn fern von jeder Einflußnahme auf die Staatsgeschäfte zu halten." [2]) Beust wollte die Zeichen sichtbarer Ungnade nicht gegen sich deuten. Zu sehr klammerte er sich an das Portefeuille, um sein Ende als Minister so nahe zu wähnen. Sollte ihm aber etwas von Erblassen der Gnade gedämmert haben, so war er der Mann, um sich bei seinem leichtblütigen, sprunghaften Charakter rasch zu trösten und auf die Wiederkehr der Gunst seines Herrn und Gebieters zu rechnen. Doch hatte er nicht die Ruhe des Gemütes, um diesen Wechsel der Stimmung geduldig abzuwarten. Obwohl von Andrássy in loyaler Weise gewarnt, nichts zu überhasten und der Entwicklung der Dinge ihren Lauf zu lassen, war er nicht geneigt, diese Worte zu beachten. Durch den Mund des Baron Orczy hatte ihm der ungarische Ministerpräsident sagen lassen, er möge sich hüten, jetzt bei der Krone auf eine Lösung zu dringen. Nach den letzten Begebenheiten könnte sie kein anderes als ein auf der Basis der Verfassung beruhendes Ministerium ernennen; eine Ueberraschung à la Hohenwart und tschechischer Ausgleich sei daher nicht zu befürchten. Es liege somit für den Reichskanzler keine Veranlassung vor, die „Ammenschaft" bei der Person des neuen Ministerpräsidenten zu übernehmen. Dies sei um so mehr zu vermeiden, als er sich nur mit schwerer Verantwortlichkeit belaste, falls das ernannte Ministerium Fiasko erleide.[3]) So sehr ihm auch Orczy eindringlichst in solcher Weise zuredete[4]) und ihn auch Andrássy versichern ließ, er werde sich absolut nicht in die Neubildung des österreichischen Ministeriums einmengen,[5]) konnte Beust doch nicht das Gefühl des Mißtrauens gegen diese Ratschläge meistern. Manchmal schien er auf sie hören zu wollen, um im nächsten Augenblick wieder anderen Sinnes zu werden. „Ja," fuhr er dann auf, „wenn ich dem Kaiser nicht rate, werde

---

[1]) Baron Orczy an seine Mutter, St. Hubertus 1871 (3. November).

[2]) Ibidem.

[3]) Ibidem.

[4]) Ibidem.

[5]) Tagebuch des Baron Orczy, 30. Oktober 1871 (ung.)

ich überflüssig, und das darf ich nicht zulassen." [1]) Er war entschlossen, auch ungerufen beim Kaiser zu erscheinen, uneingedenk der Wahrheit, daß ein aufgedrungener Rat gerade die entgegengesetzte Wirkung hat, nicht befolgt zu werden. Graf Beust beschäftigte sich schon mit der „Ministermacherei" im großen. Er gedachte, dem Kaiser einen General — Mertens, Gablenz, Edelsheim, Koller — als Ministerpräsidenten vorzuschlagen oder aber ihm die Wahl zwischen Unger, Stremayr und Pretis zu lassen.[2]) Und so unternahm Beust am 4. November einen letzten, allerdings vergeblichen Schritt zur Erhaltung seiner Stellung. Trotz einer starken Erkältung, die ihn seit Tagen ans Zimmer fesselte, verließ er dieses, um sich beim Monarchen melden zu lassen. In der ihm sofort bewilligten Audienz sagte er: „Die Deutschen sind mürbe, man kann sie jetzt wohlfeil haben; sie werden jedes Ministerium unterstützen, das ihr Vertrauen besitzen kann und deshalb weder in liberaler noch konfessioneller Richtung weiter gehen; dafür garantiere ich." [3]) Mit einer Gleichgültigkeit, die Beust das Blut in den Adern erstarren machte, hörte ihn der Monarch an. Diese Kälte zwang ihn dann zu der Abgabe der Erklärung, er sei bereit zu gehen, wenn Seine Majestät seiner Dienste entraten zu können vermeine, worauf weder ein Ja noch ein Nein erfolgte. Wie es seine Gewohnheit ist, wenn er keine bestimmte Antwort erteilen will, blickte der Monarch nur zur Seite. Erst jetzt merkte Beust, daß seine Stunde endgültig geschlagen habe. Obgleich der Kaiser schon entschlossen war, sich vom Reichskanzler zu trennen, wollte er ihm dies doch nicht selbst sagen. Am 4. November kam daher Staatsrat Braun zum Sektionschef Hofmann, um ihn von dem Vorhaben des Monarchen in Kenntnis zu setzen. Er teile ihm dies, sprach er zu Hofmann, im Vertrauen mit, damit er Beust davon unterrichte, der nicht überrascht sein solle, wenn ihn der Kaiser zum Rücktritte von seinem Amte auffordern würde. Hofmann, der nicht gerne der Ueberbringer unangenehmer Botschaften war, lehnte diese Betrauung ab und bat den Staatsrat, selbst diesen Auftrag auszuführen.[4]) Braun hat später mit einer gewissen Entrüstung die Zumutung zurückgewiesen, als wäre er in persona der Träger dieser kaiserlichen Mission ge-

[1]) Orczy an seine Mutter, am St. Hubertustag 1871.

[2]) Tagebuch Orczys, 30. Oktober 1871 (ung.).

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 6. November 1871 (ung.). Beust erzählte dies selbst dem Baron Orczy.

[4]) Ibidem, 5. November 1871 (ung.).

wesen.[1]) So sehr aber auch der Staatsrat diesen Schritt ableugnen mochte, so ist es doch über allen Zweifel erhaben, daß er persönlich bei Beust erschien, um ihn zur Demissionseingabe zu veranlassen. Wie er wahrscheinlich 1866 die Aufforderung zur Uebernahme des Ministeriums des Aeußern überbrachte, so ist es unzweifelhaft, daß er jetzt wieder bei Beust als Bote mit dem Anliegen erschien, sich dieser Würde zu entkleiden. Braun sagte ihm: „Dem Kaiser drückt es das Herz ab, er kann es nicht über das Herz bringen, Sie würden ihm den Schritt erleichtern, einen wahren Dienst leisten. Bereiten Sie sich also vor, wenn Sie aufgefordert werden, Ihren Rücktritt zu verlangen.“ [2]) Braun hatte noch überdies die Aufgabe, Beust seinen Entschluß mit dem Hinweis darauf zu erleichtern, daß der Kaiser unter den gegebenen Umständen nicht mehr eines Reichskanzlers, sondern nur noch eines Ministers des Aeußern bedürfe.[3])

Beust war in hohem Grade darüber erbittert, daß man ihn, wie er sich ausdrückte, gleichsam vierzehn Tage lang absterben ließ. Nicht jetzt erst, meinte er, sondern unmittelbar nach der Entscheidung über das Schicksal des Ministeriums Hohenwart hätte ihm die Krone sagen sollen: „Sie sehen, in welch schwieriger Lage ich bin, ich würde es als Beweis Ihrer Anhänglichkeit betrachten, wenn Sie mir die Situation durch Ihren Rücktritt erleichtern helfen würden.“ Damals wäre er, den Umständen Rechnung tragend, ohne schmerzliche Empfindungen vom Amte geschieden, während er jetzt, wo der Kaiser sich nur an Andrássy und nicht mehr an ihn um Rat wende, das kränkende Bewußtsein habe, ein in Ungnade gefallener Minister zu sein.[4]) Von solchem Sturme der Gefühle im Innern seines Wesens durchwühlt, begab er sich am 5. November in die Hofburg mit dem festen Vorsatze, seine Demission anzubieten. „Der Kaiser hat mich kalt angehört,“ erzählte er selbst hernach. Der Reichskanzler erhielt nur die trockene Weisung, mit der Eingabe seines Entlassungsgesuches noch einige Tage zu warten, im übrigen über das Ganze tiefstes Stillschweigen zu beachten.[5]) Dieses wurde Beust aus dem Grunde auferlegt, weil der Kaiser noch nicht der Zustimmung Andrássys zur Uebernahme des Ministeriums des Aeußern gewiß war. Aus diesem Grunde ließ er noch

---

[1]) Przibram, „Erinnerungen“, S. 314.
[2]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 7. November 1871 (ung.).
[3]) Schweinitz an Bismarck, Wien, 8. November 1871.
[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 6. November 1871 (ung.).
[5]) Ibidem.

am 5. November um die Mittagsstunde, kaum daß sich der Reichskanzler aus dem Arbeitszimmer des Monarchen entfernt hatte, Baron Wenckheim, den Minister am königlichen Hoflager, zu sich berufen. Ihm wurde die Mission zuteil, am selben Tag mit dem Schnellzug nach Budapest zu reisen, um Andrássy im Namen der Krone die Leitung des Auswärtigen Amtes anzubieten.[1]) Es muß betont werden, daß dieser Schritt der eigensten Initiative des Monarchen entsprang, ohne daß er sich vorher mit irgend jemand aus seiner Umgebung beraten hätte. In einem Telegramm, das der Kaiser an die Kaiserin richtete und worin er ihr Mitteilung von seinem Entschlusse machte, gab er ihr gleichzeitig zu wissen, daß er den Wechsel im Ministerium des Aeußern ohne jede Beeinflussung von irgendeiner Seite vornehme.[2]) Baron Wenckheim hatte keinen Augenblick mit der Vollführung des ihm erteilten Befehles gezögert. Spät abends in der ungarischen Hauptstadt eingetroffen, begab er sich direkt von der Bahn in das Andrássysche Palais, dessen Tore bereits gesperrt waren. Als der Baron den Salon betrat, fand er in demselben den Grafen mit seiner Gemahlin, der Gräfin Katinka. Wenckheims erste Worte waren: „Jetzt ist die Sache ernst." Andrássy wußte sofort, weshalb sein Freund zu ihm gekommen, dessen spähendem Blicke es seinerseits nicht entging, welch tiefe Ergriffenheit den ungarischen Premier bei seinem Erscheinen übermannt hatte.[3]) Nun war die Stunde der Entscheidung für ihn gekommen. Kein Zweifel, daß Andrássys Ehrgeiz seit längerer Zeit, seitdem er sah, wie sich Beust nach allen Seiten hin von Tag zu Tag unmöglicher machte, auf das Erbe des Reichskanzlers gerichtet war. Er fühlte die Gabe in sich, nicht nur die auswärtigen Angelegenheiten mit kundigerer Hand zu leiten, als das Beust getan, sondern er war auch sicher, daß ihm die Wiederherstellung der durch Hohenwarts Aktion in der inneren Politik Oesterreichs gestörten Ordnung gelingen werde.[4]) Doch bei allem Selbstvertrauen zu sich war er keinen Augenblick blind gegen die großen Schwierigkeiten, die gerade mit der Berufung eines Ungarn zu so wichtigem Amt verbunden schienen.

---

[1]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. November 1871 (ung.).

[2]) Frau Ida von Ferenczy, die ehemalige Vorleserin der Kaiserin und Königin Elisabeth, hat mir bestätigt, selbst das Telegramm des Kaisers gesehen zu haben.

[3]) Tagebuch des Baron Orczy, 13. November 1871 (ung.).

[4]) Andrássy an einen Freund, wahrscheinlich an Baron Eötvös. Ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv.

Schon längst hatte er sich die Frage vorgelegt, welcher Entschluß von ihm zu fassen sei, wenn einmal Beust nicht mehr zu halten sein sollte. Seine Antwort hierauf lautete: „Eines ist mir klar: nur dann könnte es für mich zur Pflicht werden, Beusts Platz einzunehmen, wenn die ganze Monarchie zur Ueberzeugung gekommen wäre, daß es keinen anderen Ausweg gebe. Unter dieser Bedingung würden sie (die Oesterreicher) es vielleicht selbst auch einem Ungar verzeihen, wenn er sie rettet. Wie sehr aber diese Aussicht für mich angenehm sein kann, darüber können wir," schreibt Andrássy weiter an einen Freund, „gewiß nur einer Meinung sein. Doch bin ich, wenn die Aenderung einer Lage nicht von mir abhängt, Fatalist, und aus diesem Grund setze ich diese unangenehmen Betrachtungen nicht weiter fort."[1]) Auch die Krone hatte das Gefühl, daß zur Vermeidung unnötiger Empfindlichkeiten in der Presse auf die Notwendigkeit Andrássys als Nachfolger Beusts hingewiesen werden müsse.[2]) Um ihm einen günstigen Empfang zu sichern, sollte seine Person als Bürge guter Freundschaft mit Deutschland hingestellt werden. Gleichzeitig wollte man womöglich mit einem fertigen Ministerium Kellersperg der deutschen Verfassungspartei noch eine weitere Garantie zu ihrer Beruhigung gewähren.[3]) Denn es war vorauszusehen, daß ohne solche Vorsichtsmaßregeln der Fall Beusts unter den obwaltenden Umständen das größte Aufsehen und das entschiedenste Mißtrauen gerade in den Kreisen jener Partei hervorrufen werde, die jetzt über Hohenwart gesiegt und die in der Ueberzeugung lebte, daß sie diesen Triumph ausschließlich der Energie des Reichskanzlers verdanke. Die Verfassungstreuen, die keine Ahnung von dem wahren Verlaufe der Dinge hatten, die nicht wußten, daß sie nur Andrássy allein ihre Rettung schuldeten, erhoben wirklich ein Zetergeschrei darüber, daß man ihnen Beust nehme und Andrássy an dessen Stelle setzen wolle. Dieser Lärm war nicht ohne Hinzutun des Reichskanzlers entstanden. Nicht klanglos, sondern ruhmbedeckt und beweint von jener Partei, die sich bisher bei jeder Gelegenheit über seine unbefugte Einmengung in die inneren Angelegenheiten Oesterreichs beschwerte, wollte er vom Schauplatze seiner bisherigen Tätigkeit scheiden. Mit geschickter Hand durchkreuzte Beust den klug ausgeheckten Plan, mittels vollendeter

---

[1]) Andrássy an einen Freund (wahrscheinlich Eötvös). Ohne Datum. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 6. November 1871 (ung.).

[3]) Schweinitz, Wien, 11. November 1871.

Tatsachen den voraussichtlich unangenehmen Eindruck seiner Entlassung wesentlich zu mildern. Gegen die Weisung des Kaisers hatte der Reichskanzler sein Demissionsgesuch, das er mit Gesundheitsrücksichten begründete, bereits am 7. November eingereicht.[1]) Gleichzeitig hatte der Minister unter der Hand die Nachricht davon der Presse mitteilen lassen. Beust entschuldigte sein Vorgehen damit, daß er diesen Schritt noch vor Zusammentritt des böhmischen Landtages am 8. November tun mußte, weil es sonst das Aussehen gehabt hätte, als sei er den Tschechen geopfert worden.[2]) Obgleich Beust selbst davon überzeugt war, daß er der tschechisch-klerikal-feudalen Partei als „Heilpflaster“ und „Sühnopfer“ für Hohenwarts Sturz zu gelten habe,[3]) wollte er doch vor der Oeffentlichkeit den Schein einer solchen Annahme vermieden wissen. Auch in Berlin, wo man Beusts Stellung nach den Besprechungen in Salzburg und nach dem Falle Hohenwarts für vollkommen befestigt hielt, glaubte man die Entfernung des Reichskanzlers einem Siege der „Beichtväterpolitik“ zuschreiben zu sollen.[4]) Beust wurde wirklich den Klerikalen als „Sühnopfer“, als Genugtuung für die Niederlage des mit ihnen verbundenen Hohenwart in den Rachen geworfen.[5]) Dabei scheint Staatsrat Braun tätig mitgewirkt zu haben, den Bismarck noch aus seiner Frankfurter Zeit als gefügiges und tätiges Werkzeug der klerikalen Partei gekennzeichnet hatte.[6]) Von Einfluß auf die Verabschiedung des Reichskanzlers mag vielleicht auch das Versprechen Hohenwarts gewesen sein, daß die Tschechen sich aller mißliebigen Enthüllungen und Rekriminationen enthalten würden, falls der ihnen verhaßte Sachse, dem sie vor allem ihre Niederlage zuschrieben, aus dem Ministerium des Aeußern entfernt würde.[7]) Aller Wahrscheinlichkeit nach haben alle diese Momente die Entscheidung zuungunsten Beusts ausfallen gemacht. Aber auch der Gesichtspunkt der großen Politik fiel ins Gewicht.

---

[1]) Wie Beust Schweinitz vertraulich mitteilte, führte er in seinem Gesuche aus: obgleich noch gesund, müsse er doch befürchten, daß ihn seine Gesundheit im Stiche lassen könnte, wenn er sich ähnlichen Ereignissen, wie den eben vergangenen, gegenübergestellt sehen sollte, wo er dann nicht mehr in der Lage wäre, die Geschäfte zur Zufriedenheit des Kaisers zu führen. General Schweinitz, Wien, 11. November 1871.

[2]) Schweinitz, Wien, 11. November 1871.

[3]) Tagebuch des Baron Béla Orczy, 6. November 1871 (ung.).

[4]) Bismarck an Fürst Reuß in Petersburg, Berlin, 13. November 1871.

[5]) Schäffle, a. a. O., Bd. II, S. 68.

[6]) Bismarck an Reuß, 18. November 1871.

[7]) Tagebuch des Baron Orczy, 6. November 1871 (ung.).

Als Andrássy seiner Berufung folgend, am 8. November in Wien eintraf und dem Kaiser Vorstellungen gegen seine Ernennung zum Minister des Aeußern machte, mit dem Hinweise darauf, daß der Rücktritt Beusts das bestehende gute Einvernehmen mit Deutschland gefährden könnte, entgegnete der Monarch lebhaft und mit dem Ausdruck aufrichtiger Ueberzeugung: Gerade dies kann erst jetzt und durch Sie zur Wahrheit werden.[1]) Hierauf erklärte der ungarische Ministerpräsident dem Monarchen in der Audienz am 8. November um 5 Uhr nachmittags, daß er bereit sei, die Leitung des Ministeriums des Aeußern zu übernehmen.[2]) Beust stellt in seinen Denkwürdigkeiten die Sachlage so dar, als hätte sich Andrássy, im Bewußtsein eines schlechten Gewissens, vor ihm förmlich versteckt und ihn erst nach seiner Ernennung aufgesucht.[3]) Einer solchen Illoyalität war der ungarische Premier, der nicht das geringste zum Sturze des Reichskanzlers beigetragen, überhaupt nicht fähig. Er konnte Beust aus dem ganz einfachen Grunde nicht sprechen, weil er nicht in Wien weilte. Als er aber da eingetroffen und beim Kaiser gewesen, war es sein erstes, sich in die Wohnung Beusts zu begeben, um sich mit ihm in der freundschaftlichsten Weise zu verständigen.[4]) Der Zorn, den der Reichskanzler auch noch nach Jahren bei Abfassung seiner Lebenserinnerungen gegen die Person Andrássys nicht zu unterdrücken vermochte, kommt daher, daß er sich stets einbildete, nur dieser allein habe ihn von seinem Platze verdrängt. Als er dieser Ueberzeugung jetzt auch vor Andrássy Ausdruck verlieh, schenkte ihm sein Nachfolger reinen Wein ein. Er verhehlte ihm nicht, daß er sich einer durch nichts gerechtfertigten schweren Täuschung hingebe. In klaren Worten sagte er es ihm, daß der Monarch um keinen Preis ihm weiter die Leitung der auswärtigen Politik überlassen hätte. Eine Weigerung von seiner — Andrássys — Seite, würde die Krone zur Berufung Metternichs, Trauttmansdorffs oder Hübners bestimmt haben, unter deren Flagge dann eine zweite Auflage des Hohenwartschen Versuches zu gewärtigen gewesen wäre.[5]) Schwerlich dürften diese Erklärungen des neuen Ministers des Aeußern dessen Vorgänger beruhigt haben. Seiner gekränkten Eitelkeit bot der Abschiedsbesuch, mit dem ihn der Monarch am

---

[1]) Telegramm des Schweinitz, Wien, 9. November 1871.
[2]) Baron Orczy an seine Mutter, 9. November 1871.
[3]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 515.
[4]) Baron Orczy an seine Mutter, 9. November 1871.
[5]) Tagebuch des Baron Orczy, 8. November 1871 (ung.).

12. November im Ministerpalais am Ballhausplatz auszeichnete, allerdings Genugtuung, sowie das Handbillett, in dem ihm der Kaiser in sehr schmeichelhaften Ausdrücken für die „ausdauernde und selbstlose Hingebung“ dankt, mit der er den Pflichten seines Amtes während eines Lustrums obgelegen.[1] Balsam für die ihm geschlagene Wunde gewährte Beust auch das überschwengliche Lob, das ihm die liberale Presse spendete, wie die scharfen Ausfälle, die bei dieser Gelegenheit gegen Andrássy fielen. Allein die Verherrlichungen des Reichskanzlers, die dieser in selbstgefälliger Bespiegelung in seinen Denkwürdigkeiten in aller Umständlichkeit vor uns ausbreitet,[2] entbehren der inneren Wahrheit. Selbst den Ausgleich von 1867 schloß er nur zu dem persönlichen Zwecke einer Revanchepolitik ab, die, wenn sie zur Ausführung gelangt wäre, Oesterreich-Ungarn unfehlbar an den Rand einer Katastrophe gebracht hätte. Gerade das Gegenteil von dem, wofür ihn die damaligen Zeitungen priesen, wollte er: Krieg und nichts als Krieg gegen Preußen. Als Beust endlich in der Pontusfrage eine kräftige Hand gegen Rußland an den Tag legen sollte, zeigte er sich schwach und schwankend und mußte erst durch Andrássy zu einer energischeren Haltung angespornt werden. Seine unglückselige Politik in den inneren Angelegenheiten Oesterreichs führte zum Hohenwartschen Experiment, das er dann verurteilt war, selbst zerstören zu müssen. Nie leitete er die Geschicke der Monarchie von höheren, sondern immer nur von persönlichen Gesichtspunkten aus, wobei er es nicht verschmähte, auch seinen privaten Vorteil ein entscheidendes Wort mitreden zu lassen. Still und schweigsam duldete er den vielsagenden Vorwurf, daß ihm die Türkenlose weit mehr am Herzen lägen, als das Los der Türken.[3])

Auf eine weit erfolgreichere und glänzendere Laufbahn im Interesse der Monarchie vermochte der jetzt von seinem Amte scheidende ungarische Ministerpräsident zurückzublicken. Nicht zu Kriegszwecken, sondern um das in seinen Grundfesten tief erschütterte Oesterreich und Ungarn zu neuer Kraft emporzuheben, hat er im Verein mit Deák den Ausgleich von 1867 geschaffen.

---

[1]) Das Handbillett vom 8. November 1871 bei Beust, Bd. II, S. 516. Die Datierung daselbst vom 1. November beruht auf einem Druckfehler.

[2]) Beust, a. a. O., Bd. II, S. 47.

[3]) „Der österreichische Oekonomist“, 25. März 1871: „Die spekulative Politik“. Siehe Schäffle, a. a. O., Bd. I, S. 161. „Ein erster Zusammenstoß mit Beust“, und (Heinrich Pollak), „Dreißig Jahre aus dem Leben eines Journalisten“, Bd. II, S. 182. „Beust und die Türkenlose.“

Mit voller Berechtigung durfte er von sich sagen: „Ich bin für mich und meine Nachkommen stolz darauf, den Ausgleich zustande und es dahin gebracht zu haben, daß der König von Ungarn der populärste Monarch in Europa ist und über ganz Ungarn zur Verteidigung des Reiches gebieten kann.“[1]) Beseelt von feurigster und edelster Liebe für sein Vaterland, senkte er in die Seele seiner Landsleute, die allerdings noch vielfach bestrittene, aber doch ewig wahre Lehre, daß Ungarns Existenz nur im freundschaftlichen Bunde mit einem freiheitlichen Oesterreich und durch die Erhaltung Oesterreich-Ungarns als Großmacht gesichert sei. Im Laufe seiner Ministerschaft gab er Ungarn ein neues Wehrgesetz, regelte er das Verhältnis zu Kroatien und Fiume, führte er die Auflösung der Militärgrenze durch. Sein ganzes Streben war darauf gerichtet, Ungarn groß und blühend zu machen und es dadurch zu einem mächtigen Faktor in der Bestimmung der Geschicke der Monarchie zu stempeln, deren neuer Name Oesterreich-Ungarn schon weithin die veränderte Stellung der ungarischen Nation gegen frühere Zeiten verkünden sollte. Soweit es in der kurzen Zeit seiner Tätigkeit als Ministerpräsident, wo er von Grund aus alles neu zu bilden und zu schaffen hatte, möglich war, suchte er nicht nur das politische, sondern auch das kulturelle Niveau Ungarns zu heben. Niemand wußte es besser als er, der jahrelang in England und Frankreich verbracht, wieviel in dieser Hinsicht in seinem gegen die Bildung des Westens zurückgebliebenen Vaterlande noch zu tun sei. Vor allem schmerzte ihn der verwahrloste Zustand der Hauptstadt, und er war entschlossen, dem ein Ende zu bereiten. Gleich Graf Stephan Széchenyi, schwebte auch ihm als erstrebenswertes Ideal vor: aus den Städten Pest und Ofen ein großes blühendes Zentrum des ganzen Königreiches zu machen, das befruchtend und aneifernd auf alle Teile des Landes wirken und auch für das Ausland als sichtbares Zeichen erwachender Blüte dienen sollte. Die Schönheit und der Glanz der Hauptstadt war ihm der sicherste Bürge der staatlichen Selbständigkeit Ungarns. Neu zu errichtende Brücken sollten die an den beiden Ufern der Donau gelegenen Schwesterstädte miteinander verbinden und den Verkehr regeln.[2]) Vor allem aber betrieb er die Regulierung des mächtigen Donaustromes, einerseits um Budapest — wie von nun an Pest und Ofen hießen — gegen die sich bisher alljährlich

---

[1]) Przibram, „Erinnerungen“, S. 387.
[2]) Lederer, Bd. I, S. 315.

erneuernde Gefahr der Ueberschwemmung zu schützen, andererseits um die von den Hindernissen für die Schiffahrt befreite Donau dem Handel im Interesse Ungarns dienstbar zu machen. Für die Ausführung dieser Pläne verlangte und erhielt er von der Krone [1]) und der Legislative [2]) die Bewilligung zur Inanspruchnahme der staatlichen Unterstützung. All diese segensreichen Einrichtungen konnten nur durchgeführt werden, weil er, im Gegensatz zu Beust, stets bemüht war, der Monarchie den Frieden zu erhalten, was am schlagendsten zur Zeit des Ausbruches des Deutsch-Französischen Krieges im Jahre 1870 an den Tag trat.

Als an Andrássy der Ruf zur Uebernahme des Ministeriums des Aeußern erging, hatte er, im Hinblicke auf seine erfolgreiche Vergangenheit, das Gefühl, die Angelegenheiten des Landes aufs beste bestellt zu haben. Alles ruht, wie er sich in übertreibender Weise ausdrückte, auf so fester Basis, daß selbst mein elfjähriger Sohn Ministerpräsident von Ungarn sein könnte.[3]) Mit diesem Bewußtsein verließ er Ungarn, in dessen Boden er wurzelte, aus dem er die Kraft schöpfte, deren er in dem Kampfe gegen all die Fährlichkeiten bedurfte, die ihn beim Antritte seiner neuen Würde erwarteten. Andrássy wußte, und eine den feudalen Kreisen Wiens angehörige Gräfin nahm keinen Anstand, es offen einzubekennen, daß ihm die österreichische Aristokratie, besonders deren feudaler Teil, sehr feindselig begegnen würde.[4]) Diese aristokratischen Geschlechter konnten es nicht verwinden, daß ein Ungar, den sie als Eindringling in eine ihnen seit Jahrhunderten gehörige Domäne betrachteten, ganz und gar gegen alles Herkommen Minister des Aeußern wurde. Ebensowenig freundliche Gefühle empfand die deutsche Bevölkerung Wiens für Andrássy. Man befürchtete von ihm die Depossedierung der Deutsch-Oesterreicher aus der erbgesessenen Staatskanzlei. Hatte man ihm doch schon früher von dieser Seite den Fehdehandschuh mit den Worten hingeworfen: daß der Staatsmann, der den Versuch der Magyarisierung jenseits der Leitha wagen wollte, sich „mit dem Fluch der Lächerlichkeit oder des untergehenden Oesterreich“ beladen würde.[5])

---

[1]) Vorträge Andrássys vom 7. Februar und 3. März 1870. Kgl. Ung. Ministerpräsidium.

[2]) Lederer, Bd. II, S. 272 ff. und 282 ff.

[3]) Baron Orczy an seine Mutter, 19. November 1874. Orczy führt hier den im Jahre 1871 getanen Ausspruch Andrássys an.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 14. November 1871 (ung.).

[5]) „Neue Freie Presse“, 5. Januar 1869.

Aber nicht nur mit der mehr oder minder sichtbaren Abneigung der Deutsch-Oesterreicher, sondern auch mit dem Groll der Tschechen hatte der ungarische Graf zu rechnen. Von allen Seiten wurden ihm Prügel vor die Füße geworfen. Unter Anerkennung seiner sonstigen Talente, die er nur weiter in seiner Heimat betätigen möge, wurde ihm von den Gegnern sogar die Fähigkeit zum Diplomaten abgesprochen. Andrássy, hieß es, taugt nicht zum Minister des Aeußern. Heller Jubel herrschte dagegen über die Ernennung bei seinen Landsleuten. In Ungarn war man stolz darauf, daß zum erstenmal seit dem Bestande der Monarchie ein ungarischer Staatsmann zur Leitung der auswärtigen Politik erkoren wurde. Diese Erkenntnis bildet den Grundtenor der Zuschriften, die damals Andrássy aus allen Gegenden des Landes zuströmten.[1]) Im ersten Freudenrausch wurde allerdings übersehen, welch schwerer Schlag Ungarn durch seine Entfernung vom Heimatsboden erleide. Selbst Deák, den Andrássy ins Geheimnis eingeweiht, spornte seinen langjährigen Mitarbeiter an, dem Rufe seines Königs zu folgen. Aus Besorgnis, daß im entgegengesetzten Falle die Führung der auswärtigen Angelegenheiten leicht ungarfeindlichen Händen anvertraut werden und dann die Reaktion wieder zu großem Einfluß gelangen könnte, machte der „alte Herr“ seinem Freunde die Uebernahme des Auswärtigen Ministeriums zur Pflicht.[2]) Obgleich Deák unter dem Drucke der damaligen Verhältnisse seine Zustimmung erteilte, ermaß er doch, gleich Eötvös, die ganze Tragweite der Uebersiedlung Andrássys nach Wien. Kaum ein Jahr später schrieb er an ihn: „Gott hat Dich uns in einer Stunde guter Laune gegeben. Nur schade, daß er Dich nicht gleich in zwei Exemplaren schuf, deren eines wir für Wien, das andere aber hier benötigen.“[3]) Beim Abschied hatte er ihm gesagt: „Der Geist geht und“ — auf sich selbst weisend — „das Phlegma bleibt.“[4]) In der Tat nahm jetzt ein geistsprühender Mann von offenem, ehrlichem, entschlossenem Charakter die Leitung der äußern Politik der Monarchie in seine Hand. Kraftvoll und zielbewußt, wie er bisher in seiner Heimat gewesen, trat Andrássy in den Kreis seiner neuen Wirksamkeit als ein Staatsmann, dessen Devise lautete: „Nur keine halben Maßregeln.“ Nach den Jahren unseliger Politik, wie sie am Ballhausplatz betrieben worden, stand endlich wieder

---

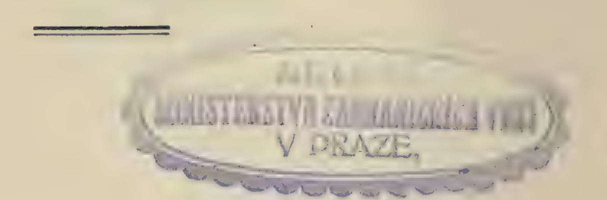
[1]) Sie sind aufbewahrt im Gräfl. Andrássyschen Archiv.

[2]) Tagebuch des Baron Orczy, 8. November 1871 (ung.).

[3]) Deák an Andrássy, 11. August 1872. Gräfl. Andrássysches Archiv.

[4]) Tagebuch des Baron Orczy, 19. November 1871 (ung.).

an der Spitze der Geschäfte ein Minister des Auswärtigen, der mit fester Hand Oesterreich-Ungarn aus seiner Vereinsamung befreite. Nicht nur für Oesterreich-Ungarn, auch für ganz Europa bedeutete es ein großes Glück, daß an Graf Andrássy das über ihn 1851 gefällte Todesurteil nicht vollzogen werden konnte. Vom verurteilten Hochverräter bis zum Minister des Aeußern — welch eine Fülle gewaltiger Wandlung in der Geschichte der Monarchie schließen nicht diese beiden Momente aus der Laufbahn Andrássys in sich! Man darf sich im Interesse der Lebensfähigkeit Oesterreich-Ungarns freuen, daß eine derartige Umgestaltung der Verhältnisse und Anschauungen möglich ward. Andrássy kämpfte nie gegen die Monarchie, deren Erhaltung ihm vielmehr am Herzen lag, sondern nur gegen deren schlechte Minister. Als sie geschlagen am Boden lagen, stellte er seine ganze Kraft in den Dienst Oesterreich-Ungarns. Die gleiche erfolgreiche Tätigkeit entfaltete er als Minister des Aeußern, deren Schilderung im zweiten Bande der Biographie Andrássys gegeben werden soll, dessen Name schon allein durch das von ihm im Verein mit Bismarck begründete und noch heute in voller Kraft bestehende deutsch-österreichisch-ungarische Bündnis für immer mit der Geschichte Oesterreich-Ungarns und Europas verknüpft bleiben wird.





Personenregister

C

G

H

I

J

K

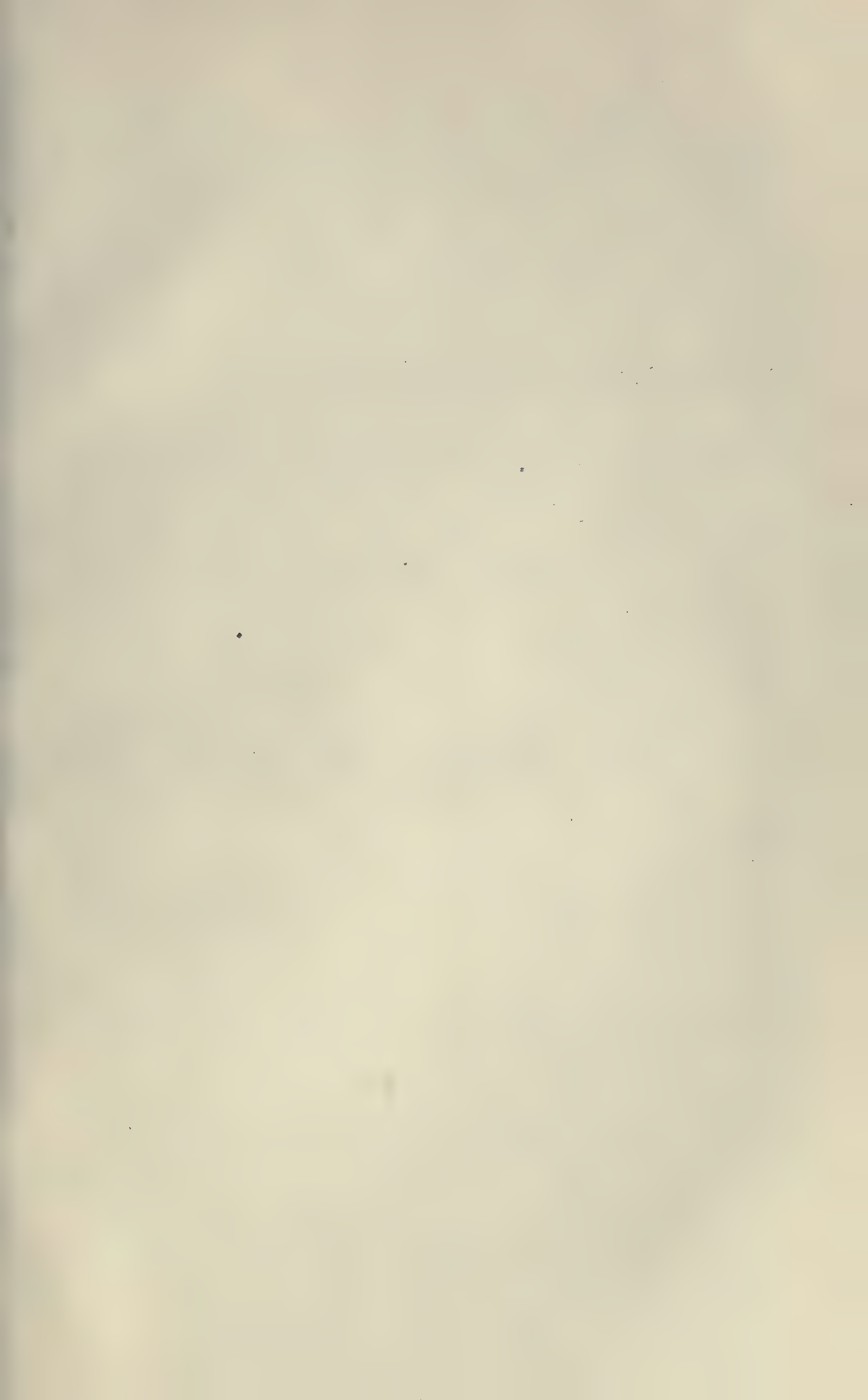
L

M

N

O

T



Wladan Georgewitsch, Die serbische Frage.

Geheftet M 2.50

Konservative Monatschrift, Berlin: „Die Darstellung des für sein Volk und sein Vaterland begeistert in die Schranken tretenden Verfassers ist selbstredend nicht frei von Einseitigkeit, aber sie verdient doch aufmerksam gelesen und als wichtiger Beitrag zur Kenntnis der Balkanfrage geschätzt zu werden."

Wladan Georgewitsch, Golgatha.

Ein Balkanroman. Geheftet M 6.—, gebunden M 7.—

J. Landau im **Berliner Börsen-Courier:** „Ein lebendurchpulstes, gestaltenreiches Gemälde von einer dramatischen Kraft, die den Leser mit zwingender Gewalt in ihrem Bann hält."

Bertha von Suttner, Memoiren. Mit 3 Bildnissen der Verfasserin.

Geheftet M 10.—, gebunden M 12.—

Adam Müller-Guttenbrunn in der **Wiener Abendpost:** „Ein ungewöhnlich interessantes Buch. Man hat selten eine Lebensgeschichte von ähnlichem Reiz gelesen. Der Lebensroman der Verfasserin ist äußerst fesselnd. Wie aus einem Marlittschen Buch entnommen, steht die Heldin vor uns."

Ritter L. von Przibram, Erinnerungen eines alten Oesterreichers.

Geh. M 8.—, geb. M 10.—

Neues Wiener Tagblatt: „Ein Memoirenwerk von eigner Art. Ob der Autor, auf seine Jugend zurückgreifend, von dem alten, noch utraquistischen Prag spricht, ob er dann weiter ein fesselndes Zeit- und Kulturgemälde des nachmärzlichen Wien entwirft, ob er ferner lichtvoll die Aera des Bürgerministeriums schildert: immer versteht er es, amüsant und doch eindringlich gerade von dem zu sprechen, was auch das Geschlecht der Nachgeborenen interessiert."

Dan. Freih. von Salis-Soglio, Mein Leben und was ich davon erzählen will, kann und darf.

2 Bände. Geheftet M 20.—, gebunden M 22.—

Die Zeit, Wien: „Aus bewegten Zeiten Erinnerungen, militärische Memoiren. Man liest sie um so gespannter, je seltener sie in Oesterreich sind. Der Verfasser will alles erzählen, was er weiß, sicher kann er das, und nur daß er als Feldzeugmeister i. R. nicht darf, ist bedauerlich. Einmal bemerkt er, daß sein Gedächtnis sich besonders für komische Ereignisse gut erweise. Natürlich werden ihm seine Leser dafür dankbar sein. Er hat eine Menge sehr amüsanter Dinge behalten, die sich zwischen all den Kriegsberichten, zwischen all den ernsten Ereignissen seiner Laufbahn vorzüglich ausnehmen."





